
GREIFSWALDER GEOGRAPHISCHE ARBEITEN

Institut für Geographie und Geologie der Universität Greifswald

Band 53

**Die Landwirtschaft
Mecklenburg-Vorpommerns
im Vergleich mit anderen Bundesländern**

von
Helmut Klüter

GREIFSWALD 2016

UNIVERSITÄT GREIFSWALD

Zitiervorschlag

Klüter, Helmut (2016): Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich mit anderen Bundesländern. Greifswalder Geographische Arbeiten Bd. 53, Institut für Geographie und Geologie der Universität Greifswald.

Der Band steht auf dem Publikationsserver für Fachliteratur zum System Erde und Weltall, GEO-LEO e-docs, zum Download zur Verfügung (<http://hdl.handle.net/11858/00-1735-0000-002C-AF0D-7>).

Danksagung

Die Tatsache, dass seit 2011 in Mecklenburg-Vorpommern kein Agrarbericht der Landesregierung mehr erstellt worden ist, verdeutlicht, wie schwierig es heute ist, angesichts der Komplexität der Materie und der Vielfalt der Wechselwirkungen ein Monitoring und eine Bewertung zum heutigen Entwicklungsstand der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen. Ohne die Hilfe von Landwirten, Experten aus der Unternehmerschaft, den Verbänden und der Statistik wäre diese Arbeit nicht zustande gekommen. Ganz besonders möchte ich mich bei der Landtagsfraktion der Grünen für die Unterstützung bei der Erstellung der Diagramme und Abbildungen sowie der Drucklegung bedanken. Der Druck wurde außerdem vom Unternehmerverband MiLaN und vom Institut für Geographie und Geologie unterstützt. Für die Formatierung des Textes bedanke ich mich vor allem bei Jelena Keller, für die der Karten bei Stefan Schulz-Fedorin und für die Übersetzung der Zusammenfassung ins Englische bei Christopher Gray.

Impressum:

ISBN: 978-3-86006-451-1
Universität Greifswald

Autor: Helmut Klüter

Redaktion: Jelena Keller

Herstellung: KIEBU-Druck Greifswald

Für den Inhalt ist der Autor verantwortlich.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Inhalt	I
Kartenverzeichnis	V
Abbildungsverzeichnis	VII
Tabellenverzeichnis	XIX
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	XXII
Vorwort	1
Summary: Agriculture in Mecklenburg-Vorpommern compared with other Federal States of Germany	3
Zusammenfassung	5
1. Aufgabenstellung	17
2. Arbeitsmethoden	17
2.1 Zum Informations- und Forschungsstand	17
2.2 Zum Planungsstand über Ländliche Räume und Landwirtschaft	21
2.3 Wichtige Begriffe	24
2.4 Allgemeine Methodik	36
3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern	43
3.1 Physiogeographische Rahmenbedingungen	43
3.1.1 Boden und Klima	43
3.1.2 Klimaerwärmung und Klimavariabilität	52
3.1.3 Bodenerosion	56
3.1.4 Modellierung der land- und forstwirtschaftlichen Nettoprimärproduktion von Kohlenstoff	64
3.1.5 Umweltqualität in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich	66
3.1.6 Zwischenergebnis physiogeographische Rahmenbedingungen	75
3.2 Politische Rahmenbedingungen	77
3.2.1 Lage und Territorium	77
3.2.2 Inhomogenität der administrativen Gliederung	80
3.3 Wirtschafts- und sozialgeographische Rahmenbedingungen	90
3.3.1. Bruttoinlandsprodukt	90
3.3.2 Unzureichende Kapitalbildung	98
3.3.3 Steigender Wohn- und Freizeitwert	101

Inhaltsverzeichnis

3.3.4	Zuwanderung und Bevölkerungswachstum	103
3.3.5	Wachstum im kommunalen Schnitt	111
3.3.6	Tourismus	118
3.3.7	Industrieschwäche	120
3.3.8	West-Ost-Proportionen in Wirtschaft und Gesellschaft	125
3.3.9	Zwischenergebnis: Wirtschafts- und sozialgeographische Rahmenbedingungen	130
4.	Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich	133
4.1	Zur Definition ländlicher Räume	133
4.2	Die Stadt-Land-Gliederung der Europäischen Union	135
4.3	Räumliche Zentralisierung	142
5.	Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich und in ihrer Differenzierung nach Kreisen	147
5.1	Agrarflächen	147
5.2	Wertschöpfung und Flächenproduktivität in der Landwirtschaft	148
5.3	Betriebsgrößen	159
5.4	Betriebsgrößen gestern und heute	164
5.5	Pflanzenbau	183
5.6	Viehhaltung	207
5.6.1	Schweinehaltung	207
5.6.2	Rinderhaltung	212
5.6.3	Geflügelhaltung	215
5.7	Zwischenergebnis landwirtschaftliche Erzeugung	219
6.	Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen	221
7.	Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft	233
7.1	Unternehmensarten	233
7.1.1	Definitionen	233
7.1.2	Anzahl der Betriebe nach Unternehmenstypen	238
7.1.3	Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Rechtsformen	242
7.1.4	Bodenverteilungen nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein	245
7.1.5	Eigenland und Pacht	245
7.2	Arbeit in der Landwirtschaft	250
7.2.1	Arbeitskräfte	250
7.2.2	Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E)	251

Inhaltsverzeichnis

7.2.3	Familienarbeitskräfte	252
7.2.4	Landwirtschaftliche Arbeitskräfte im Nebenerwerb	260
7.2.5	Ständige Arbeitskräfte	262
7.2.6	Erwerbstätige	265
7.2.7	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	270
7.2.8.	Bauern, Familienangehörige und Selbständige	274
7.3	Strukturveränderungen über Landverkäufe	274
7.4	Landerwerb über Beteiligung an juristischen Personen	281
7.5	Zwischenergebnis: Besitzstrukturen und Arbeitskräfte	286
8.	Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich	287
8.1	Verkaufserlöse	287
8.2	Vorleistungen	291
8.3	Bruttoanlageinvestitionen	293
8.4	Einkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit	297
8.5	Subventionen	310
8.6	Agrarindustrie	322
8.7	Zur Entstehung agrarindustrieller Strukturen in Deutschland	326
8.8	Zwischenergebnis: Verkaufserlöse und Einkünfte	333
9.	Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft	335
9.1	Ammoniak	335
9.2	Methan und Distickstoffoxid	338
9.3	Kunstdünger	340
9.4	Pflanzenschutzmittel	344
9.5	Bodenschadverdichtung	346
9.6	Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung	347
10.	Gesundheitliche Belastungen aus der Agrarindustrie	351
11.	Auswirkungen landwirtschaftlicher Strukturen auf die Volkswirtschaft und auf ländliche Räume	355
11.1	Minderung des landwirtschaftlichen Wertschöpfungsanteils an der gesamten Volkswirtschaft	355
11.2	Verluste durch agrarindustrielle Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern	357
12.	Einkommenskombination	363

13.	Ökologischer Landbau	373
13.1	Bestand und Verbreitung	373
13.2	Spezifika des ökologischen Landbaus	373
13.3	Ökologischer und konventioneller Landbau im Wirtschaftlichkeitsvergleich	376
13.4	Regionale Unterschiede in der Förderung des ökologischen Landbaus	379
13.5	Ökologisch bewirtschaftete Flächen nach Bundesländern	379
13.6	Auswirkungen des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern	385
13.7	Zwischenergebnis: Ökologischer Landbau	392
14.	Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume in Mecklenburg-Vorpommern: Das Leitbild „Garten der Metropolen“	393
14.1	Das Leitbild „Garten der Metropolen“ und seine Bedeutung	393
14.2	Hypothesen zur Attraktivität Mecklenburg-Vorpommerns als „Garten der Metropolen“	395
14.3	Zur Entstehung des Leitbildes „Garten der Metropolen“	398
14.4	Das Leitbild „Garten der Metropolen“ in Mecklenburg-Vorpommern	403
14.5	Stärkung der Bindeglieder zwischen Landwirtschaft und Tourismus	405
15.	Resumé in Thesen	411
16.	Handlungsempfehlungen	413
16.1	Neues Monitoring für den Agrarsektor und für ländliche Räume	413
16.2	Neue planerische Untergliederung ländlicher Räume	414
16.3	Trennung von Landwirtschaft und Agrarindustrie	415
16.4	Abbau der räumlichen Überzentralisierung, Stärkung der Gemeinden in ländlichen Räumen	419
16.5	Stärkung der Bindeglieder zwischen regional effektiver Landwirtschaft, Tourismus, Kunst, Kultur, Sozialbereich und Wohnen	419
16.6	Neue Ausbildungsinhalte für Landwirtschaftsschulen und Ausbildungsstätten in ländlichen Räumen	422
	Literatur	423

KARTENVERZEICHNIS

Karte 1:	Ackerbauliches Ertragspotential der Böden in Deutschland	44
Karte 2:	Ausschnitt aus: Ackerbauliches Ertragspotential der Böden in Deutschland	45
Karte 3:	Bodenregionen, Bodengroßlandschaften und Bodenlandschaften in Mecklenburg-Vorpommern	46
Karte 4:	Gebiete mit einheitlichen Niederschlagverhältnissen	49
Karte 5:	Agrarregionen in Mecklenburg-Vorpommern	50
Karte 6:	Regionale Verteilung und Wiederkehr von Kahlfrösten 1981 bis 2013	53
Karte 7:	Variabilität der regionalen Weizenerträge 1995 - 2013	55
Karte 8:	Regionales Auftreten der Tage ohne Niederschlag (RR <0,01 mm) im Zeitraum 15. März bis 15. Mai, 30-jährige Mittelwerte 1961 - 1990, 1971- 2000, 1981 - 2010	56
Karte 9:	Folgen des Klimawandels in Deutschland für Regionen und gesellschaftliche Bereiche	57
Karte 10:	Gefährdung durch Winderosion in Mecklenburg-Vorpommern	59
Karte 11:	Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche 2013	63
Karte 12:	Anteil der Wasserfläche an der Bodenfläche 2013	63
Karte 13:	Jahressumme der modellierten Nettoprimärproduktion (NPP) 2000	65
Karte 14:	Durchschnittliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen je Einwohner und je Jahr 2008 bis 2011	71
Karte 15:	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche	74
Karte 16:	Übersichtskarte der Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns 2015	77
Karte 17:	Anteil der Steuerpflichtigen mit Kapitaleinkünften an allen Steuerpflichtigen und Median der Kapitaleinkünfte nach Bundesländern	99
Karte 18:	Erwerbslosenquoten in Mecklenburg-Vorpommern (Febr. 2016)	128
Karte 19:	Gestorbenenüberschuss 2014 (Personen je 1 000 Einwohner nach Kreisen)	129
Karte 20:	Anteil des Ackerlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2014 nach Kreisen	157
Karte 21:	Gemüseanbau im Freiland 2014	200
Karte 22:	Anbauflächen für Freilandgemüse, Obst und Rebflächen 2013	203
Karte 23:	Anzahl der Biogasanlagen 2011 und Änderung der Dauergrünlandfläche 2003 bis 2010	206
Karte 24:	Großviehanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2014	209
Karte 25:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Landwirtschaft nach Ämtern Mecklenburg-Vorpommern 2014, in Absolutzahlen	272
Karte 26:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Landwirtschaft nach Ämtern Mecklenburg-Vorpommern 2014, in Verhältniszahlen	273
Karte 27:	Räumliche Verteilung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen im Umfang von 1 bis 2 Millionen € in Deutschland 2013	320

Karte 28:	Räumliche Verteilung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen im Umfang von über 2 Millionen € in Deutschland 2013	321
Karte 29:	Ammoniak-Mengen aus Schweinemastbetrieben in Deutschland auf Thru.de 2012	337
Karte 30:	Ammoniak-Mengen aus deutschen Geflügelhaltungsbetrieben auf Thru.de in 2010	338
Karte 31:	Methan-Emissionen 2012 in deutschen Bundesländern nach Wirtschaftssektoren	339
Karte 32:	Distickstoffoxid-Emissionen 2012 in deutschen Bundesländern nach Sektoren	341
Karte 33:	Nitratbefunde in oberflächennahen Grundwassermessstellen (FOK <= 25 m) in Mecklenburg-Vorpommern (Mittelwerte 2007 – 13)	343
Karte 34:	Potentielle Schadverdichtungsgefährdung	347
Karte 35:	Regionale Zuteilung der Antibiotika-Abgabemengen in Deutschland 2015	349
Karte 36:	Staphylococcus aureus. Percentage of Invasive isolates with resistance to methicillin (MRSA), by country, EU/EEA countries, 2014	354
Karte 37:	Ökologischer Landbau in Deutschland 2010: Anzahl der Betriebe nach Kreisen	374
Karte 38:	Ökologischer Landbau in Deutschland 2010: Bewirtschaftete Fläche nach Kreisen	375
Karte 39:	Pkw-Fahrzeit zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle 2010 in Minuten	397
Karte 40:	Schlösser und Gärten in Herefordshire, Warwickshire, Gloucestershire und Oxfordshire, England	401
Karte 41:	Milch- und Käsestraße Mecklenburg-Vorpommern	407
Karte 42:	Spielstätten des Mecklenburg-Vorpommern Festivals 2016	407
Karte 43:	Mecklenburger Parkland	409
Karte 44:	Ateliers und Kunstwerkstätten in der Peene-Region nach „Kunst offen –Vorpommern 2016“	409
Karte 45:	Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern 2015	410

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 1:	Aufbau der Studie	42
Abb. 2:	Agrarregionen und Boden-Klima-Räume Mecklenburg-Vorpommerns	51
Abb. 3:	Tage mit Wechselfrost im Frühling. Durchschnitt 1961 bis 1990 und Abweichung 2015	52
Abb. 4:	Luftbild des Massenunfalls vom 8.4.2011 auf der Autobahn A19 bei Kavelstorf	61
Abb. 5:	LIKI-Umweltindikatoren nach Bundesländern	68
Abb. 6:	Anteil der Bundesländer an Positionen der besseren 25 % der Spanne der LIKI-Indikatoren 2010	70
Abb. 7:	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Gesamtfläche der Bundesländer 2014	74
Abb. 8:	Deutsche Bundesländer nach Fläche 2013	78
Abb. 9:	Bevölkerung nach Bundesländern am 31.12.2014 auf Grundlage des Zensus 2011	78
Abb. 10:	Bevölkerungsdichte nach Bundesländern 2014	79
Abb. 11:	Gemeinden je Landkreis (31.12.2014)	82
Abb. 12:	Durchschnittliche Einwohnerzahl deutscher Landkreismunicipalitäten 2013/14	82
Abb. 13:	Anteil der Bevölkerung, die in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner lebt (31.12.2013)	87
Abb. 14:	Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2014	87
Abb. 15:	Volumen der Bundesländerhaushalte (Ausgaben) in Mrd. € 2015	91
Abb. 16:	Finanzkraft der Bundesländerhaushalte (Ausgaben) in Tausend € je km ² 2015	91
Abb. 17:	Bruttoinlandsprodukt 2015	93
Abb. 18:	Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland und Schleswig-Holstein 1991 bis 2015	93
Abb. 19:	Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ost- und Norddeutschland 2000 bis 2015	94
Abb. 20:	Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014 in jeweiligen Preisen	94
Abb. 21:	Wachstum der Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014 in jeweiligen Preisen	95
Abb. 22:	Bruttoinlandsprodukt der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2013	96
Abb. 23:	Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2013	96
Abb. 24:	Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Kreise im westlichen Mecklenburg 2000 bis 2013	97
Abb. 25:	Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf der Mecklenburgischen Seenplatte und in Vorpommern (östlicher Landesteil) 2000 bis 2013	97
Abb. 26:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015	99
Abb. 27:	Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2014	100
Abb. 28:	Bruttogeldvermögen privater Haushalte am 01.01.2013	100
Abb. 29:	Erbschaftssteueraufkommen pro Einwohner 2014	101

Abbildungsverzeichnis

Abb. 30:	Anteil der nach 2000 gebauten Wohnungen in % an allen Wohnungen in deutschen Bundesländern nach Zensus 2011	102
Abb. 31:	Anteil der nach 2000 gebauten Wohnungen in % an allen Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern nach Zensus 2011	102
Abb. 32:	Entwicklung der Bevölkerung nach Groß- und Stadtkreisen 1950 bis 2014	104
Abb. 33:	Bevölkerungsentwicklung in Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns 1950 bis 2014	104
Abb. 34:	Bevölkerungsentwicklung in Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns 1990 bis 2014	105
Abb. 35:	Bevölkerungsentwicklung in deutschen Bundesländern 2014	105
Abb. 36:	Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungen der deutschen Bevölkerung über die Landesgrenze 1990 bis 2014	106
Abb. 37:	Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungen der ausländischen Bevölkerung über die Landesgrenze 1990 bis 2014	106
Abb. 38:	Mecklenburg-Vorpommern: Zuzüge aus anderen Bundesländern 2014	107
Abb. 39:	Zuwanderung der deutschen Bevölkerung anderer Bundesländer nach Mecklenburg-Vorpommern 2014 nach Kreisen	107
Abb. 40:	Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Mecklenburg-Vorpommern in andere Bundesländer 2014 nach Kreisen	108
Abb. 41:	Überregionale (andere Bundesländer) Wanderungssalden der deutschen Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2014 nach Kreisen	108
Abb. 42:	Überregionale Wanderungsattraktivität der Kreise Mecklenburg-Vorpommerns für die deutsche Bevölkerung 2014	109
Abb. 43:	Bevölkerungswachstum der Kreise Mecklenburg-Vorpommerns 2014	109
Abb. 44:	Mecklenburg-Vorpommern: Fortzüge in andere Bundesländer 2014	110
Abb. 45:	Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungssalden 2014	110
Abb. 46:	Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungsattraktivität gegenüber anderen Bundesländern 2014	111
Abb. 47:	Wanderungssalden in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2014	113
Abb. 48:	Einwohnerentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2014	113
Abb. 49:	Aus- und Einpendler von und nach Mecklenburg-Vorpommern 2003 bis 2014	114
Abb. 50:	Anteil der Pendler in andere Bundesländer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2014	116
Abb. 51:	Anteil der Pendler in andere Kreise innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2014	117
Abb. 52:	Auspendler aus Mecklenburg-Vorpommern in die Metropolregionen Berlin und Hamburg, Stand 30.06.2014	117
Abb. 53:	Gästeübernachtungen nach Bundesländern 2014	119
Abb. 54:	Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe 2013	119
Abb. 55:	Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe je Gastübernachtung 2013	120
Abb. 56:	Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2015	121

Abbildungsverzeichnis

Abb. 57:	Bruttowertschöpfung der Industrie 2015 (Verarbeitendes Gewerbe)	121
Abb. 58:	Anteil der Industrie an der Wertschöpfung des jeweiligen Bundeslandes 2015	122
Abb. 59:	Umsatz der Nahrungs- und Futtermittelindustrie 2014	122
Abb. 60:	Anteil der Nahrungs- und Futtermittelindustrie an der gesamten Industrie des jeweiligen Bundeslandes 2014 nach Umsatz, tätigen Personen und Entgelten	123
Abb. 61:	Bruttostundenverdienste einiger Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern 2014	124
Abb. 62:	Industrieinvestitionen in Sachanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2008 bis 2012	125
Abb. 63:	West-Ost-Proportionen in Mecklenburg-Vorpommern 2012/2014	127
Abb. 64:	Entwicklung des Anteils Ost-Mecklenburg-Vorpommerns an der Erstwohnsitzbevölkerung des gesamten Bundeslandes 1950 bis 2014	129
Abb. 65:	Wachstum des Bruttoinlandsprodukt im westlichen und östlichen Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014	131
Abb. 66:	Mecklenburg-Vorpommern und sein Stellenwert innerhalb Deutschlands	132
Abb. 67:	Deutsche Flächenländer: Einwohner ländlicher Räume 2014	137
Abb. 68:	Deutsche Flächenländer: Einwohnerdichte ländlicher Räume	137
Abb. 69:	Differenzierung von Stadt und Land nach Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2014	138
Abb. 70:	Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland	138
Abb. 71:	Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern und Norddeutschland	139
Abb. 72:	Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Deutschland	141
Abb. 73:	Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Norddeutsche Flächenländer und Deutschland	141
Abb. 74:	Deutsche Flächenländer: Anteil der Bevölkerung ländlicher Räume an der jeweiligen Gesamtbevölkerung 2014	142
Abb. 75:	Deutsche Flächenländer: Räumliche Zentralisierung nach Bevölkerung 2014	143
Abb. 76:	Deutsche Flächenländer: Räumliche Zentralisierung nach Fläche 2014	143
Abb. 77:	Erreichbarkeit niedergelassener Ärzte in Deutschland 2014 (Ärzte auf 100 km ²)	145
Abb. 78:	Erreichbarkeit öffentlicher Apotheken in Deutschland 2013	145
Abb. 79:	Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Bundesländern 2015	147
Abb. 80:	Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der Bundesländer 2014	148
Abb. 81:	Anteil der Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesländer 2014	149
Abb. 82:	Ackerfläche nach Bundesländern 2015	149
Abb. 83:	Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2015	150
Abb. 84:	Anteil von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Bruttowertschöpfung der jeweiligen Bundesländer 2015	151

Abbildungsverzeichnis

Abb. 85:	Schrumpfung der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 2013-2015	151
Abb. 86:	Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in ostdeutschen Flächenländern 1991 bis 2015	153
Abb. 87:	Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Mecklenburg- Vorpommern und nordwestdeutschen Flächenländern 1991 bis 2015	153
Abb. 88:	Flächenproduktivität (Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) 2015	154
Abb. 89:	Landwirtschaftliche Nutzfläche in Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014	155
Abb. 90:	Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2014	155
Abb. 91:	Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei der Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns 2000 bis 2013 (nach Revision 2014)	157
Abb. 92:	Anteil der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014	158
Abb. 93:	Flächenproduktivität (Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je ha LNF) in Mecklenburg-Vorpommern 2013	158
Abb. 94:	Mittlere landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb nach Bundesländern 2015	160
Abb. 95:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2015	160
Abb. 96:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Brandenburgs 2015	161
Abb. 97:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Sachsen-Anhalts 2015	161
Abb. 98:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 2015	162
Abb. 99:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Niedersachsens 2015	162
Abb. 100:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Nordrhein-Westfalens 2015	163
Abb. 101:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 2015	163
Abb. 102:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ost- und Westdeutschlands 2015	165
Abb. 103:	Landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 500 ha LNF als Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Flächenländern 2014	165
Abb. 104:	Vergleich der spätf feudalen Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Pommerns 1882 mit der Mecklenburg-Vorpommerns 2014	167
Abb. 105:	Die Entstehungszeiten der Ortswüstungen auf Rügen zwischen 1780 und 1955	167
Abb. 106:	Vergleich der spätf feudalen Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburgs und des Deutschen Reiches 1882 mit der Mecklenburg-Vorpommerns 2014	169
Abb. 107:	Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe mit mehr als 5 ha LNF 1882 bis 2014	169
Abb. 108:	Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe mit mehr als 100 ha LNF 1882 bis 2014	169
Abb. 109:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1939	171

Abbildungsverzeichnis

Abb. 110:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1949	171
Abb. 111:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Westdeutschlands 1949	171
Abb. 112:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ost- und Westdeutschlands 1949	172
Abb. 113:	Anteil der übrigen (= nicht sozialistischen) Betriebe an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR und Mecklenburg-Vorpommerns+Uckermark 1950 - 1989	173
Abb. 114:	Durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb in Ostdeutschland 1950 bis 1968	173
Abb. 115:	Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassenverteilung in der Bewirtschaftung von Gütern, Genossenschaften und Kommunalbetrieben Ostdeutschlands 1989	175
Abb. 116:	Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassenverteilung in der Bewirtschaftung von Gütern, Genossenschaften und Kommunalbetrieben Mecklenburg-Vorpommerns 1989	175
Abb. 117:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1991	176
Abb. 118:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1992	177
Abb. 119:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1993	177
Abb. 120:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1994	178
Abb. 121:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1995	178
Abb. 122:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2001	179
Abb. 123:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2005	179
Abb. 124:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2010	179
Abb. 125:	Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach aggregierten Größenklassen in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2005	181
Abb. 126:	Anteil der aggregierten Betriebsgrößenklassen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015	181
Abb. 127:	Entwicklung der mittleren Betriebsgröße landwirtschaftlicher Betriebe nach landwirtschaftlicher Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015	182
Abb. 128:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 2014	182
Abb. 129:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1939, 1949, 1989, 2014	182
Abb. 130:	Entwicklung des Anbaus von Ackerkulturen in Deutschland 1950 bis 2014	183
Abb. 131:	Anbauflächen von Winterraps nach Bundesländern 2015	191
Abb. 132:	Anbauflächen von Getreide zur Körnergewinnung nach Bundesländern 2015	193
Abb. 133:	Getreideertrag je ha in dt nach Flächenländern 2015	193
Abb. 134:	Anbauflächen von Pflanzen zur Grünernte nach Bundesländern 2015	195

Abbildungsverzeichnis

Abb. 135:	Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Energiepflanzen nach Bundesländern 2011	195
Abb. 136:	Anteil der Silomaisanbaufläche an der gesamten Ackerfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1960 bis 2015	196
Abb. 137:	Anzahl und Leistung der Biogasanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2002 bis 2014	196
Abb. 138:	Anbauflächen für Kartoffeln in Deutschland 2015	197
Abb. 139:	Anbauflächen von Kartoffeln im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1960 bis 2014	197
Abb. 140:	Erntemenge von Kartoffeln im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1970 bis 2014	198
Abb. 141:	Anbauflächen für Gemüse, Erdbeeren und Gartengewächse in Deutschland 2015	199
Abb. 142:	Anbaufläche von Gemüse im Freiland im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1970 bis 2012	199
Abb. 143:	Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014	199
Abb. 144:	Anbau von Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1989 bis 2014	201
Abb. 145:	Anbauflächen für Baum- und Beerenobst, einschl. Nüsse, in Deutschland 2015	201
Abb. 146:	Baumobstflächen in Mecklenburg-Vorpommern 1992 bis 2012	202
Abb. 147:	Dauergrünland in Deutschland 2015	203
Abb. 148:	Massen- und übrige Kulturen (in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Deutschland, Schleswig-Holstein u. Nordrhein-Westfalen 2015	204
Abb. 149:	Schweinehaltung in deutschen Flächenländern 2015 (1000 Tiere)	208
Abb. 150:	Schweinehaltung in deutschen Flächenländern 2015.	208
Abb. 151:	Schweinehaltung in agrarindustriellen Betrieben 2015: Anzahl der Schweine in Betrieben mit 2000 und mehr Schweinen	210
Abb. 152:	Schweinehaltung in agrarindustriellen Betrieben 2015: Anzahl der Schweine, die in Anlagen mit mehr als 5.000 Tieren gehalten werden	210
Abb. 153:	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern (03.05.2015)	211
Abb. 154:	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Schleswig-Holstein (03.05.2015)	211
Abb. 155:	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Mastschweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern (03.11.2015)	212
Abb. 156:	Rinderhaltung in Deutschland (03.05.2015)	213
Abb. 157:	Durchschnittliche Anzahl der Rinder je rinderhaltenden Betrieb (03.05.2015)	213
Abb. 158:	Anteil der Rinder, die in Großbetriebe >500 Rinder gehalten werden (03.05.2015)	213
Abb. 159:	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern (03.05.2015)	214
Abb. 160:	Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Schleswig-Holstein (03.05.2015)	214
Abb. 161:	Geflügelhaltung in deutschen Flächenländern 2013	215

Abbildungsverzeichnis

Abb. 162:	Geflügelhaltung in deutschen Flächenländern 2013: Anzahl der Vögel je Betrieb	216
Abb. 163:	Anteil der agrarindustriellen Betriebe an der Gesamtzahl der Geflügel haltenden Betriebe 2013	217
Abb. 164:	Anteil des Geflügels, das 2013 in agrarindustriellen Anlagen gehalten wurde	217
Abb. 165:	Hennenhaltungsplätze und Legehennenhaltung in Deutschland nach Haltungsformen am 1.Dezember 2005 bis 2014	218
Abb. 166:	Entwicklung der privaten Nachfrage nach Nahrungs- und Genussmitteln in Deutschland 2011 bis 2014	221
Abb. 167:	Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland 2014	223
Abb. 168:	Warengruppen der Ernährungswirtschaft mit positiven Außenhandelssalden 2014	223
Abb. 169:	Warengruppen der Ernährungswirtschaft mit negativen Außenhandelssalden 2014	225
Abb. 170:	Außenhandelssalden der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014	225
Abb. 171:	Exporte der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014	227
Abb. 172:	Importe der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014	227
Abb. 173:	Preise für Kuhmilch in Deutschland 2014 und 2015	227
Abb. 174:	Marktentwicklung bei einzelnen Bio-Produkten Jan. bis Nov. 2015	228
Abb. 175:	Häufigkeit des Erwerbs einzelner Biolebensmittel 2016	228
Abb. 176:	Gründe für den Kauf von Biolebensmittel 2016	229
Abb. 177:	Konsumententypologie Biolebensmittel nach Geschlecht und Nettoeinkommen	230
Abb. 178:	Konsumententypologie Biolebensmittel nach Urbanität und Bildung	230
Abb. 179:	Ergebnisse des Ökobarometers 2016	231
Abb. 180:	Beispiel für komplexe Unternehmensstrukturen in Ostdeutschland	237
Abb. 181:	Landwirtschaftliche Strukturen nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern 2013	237
Abb. 182:	Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 2013	239
Abb. 183:	Entwicklung der Anzahl der GmbH, KG und GmbH & Ko.KG und der eingetragenen Genossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 2013	239
Abb. 184:	Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsformen 2013	241
Abb. 185:	Nichtbäuerliche landwirtschaftliche Betriebe 2013	241
Abb. 186:	Landwirtschaftliche Flächen nach Rechtsformen 2013	243
Abb. 187:	Nichtbäuerliche landwirtschaftliche Flächen 2013	243
Abb. 188:	Landwirtschaftliche Fläche je bäuerlichen Betrieb 2013	244
Abb. 189:	Landwirtschaftliche Fläche je nichtbäuerlichen Betrieb 2013	244
Abb. 190:	Anteil an der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach Rechtsformen im Ver- gleich zu ihren Anteilen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg- Vorpommern und Schleswig-Holstein 2013	246
Abb. 191:	Mittlere Größe des eigenen Landes je Betrieb (2013)	247

Abbildungsverzeichnis

Abb. 192:	Verhältnis von Eigenland und Pachtland in Mecklenburg-Vorpommern 1999 bis 2013	247
Abb. 193:	Durchschnittliche Pachtpreise nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern 2013	249
Abb. 194:	BVVG: Verpachtete Fläche nach Ländern zum 31. Dezember 2014	249
Abb. 195:	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2013 in den Flächenländern	251
Abb. 196:	Verteilung der Arbeitskräftegruppen nach Anteilen an gesamten AK-E in deutschen Makroregionen 2013	251
Abb. 197:	Arbeitskräfte-Einheiten in der Landwirtschaft in den Flächenländern 2013	255
Abb. 198:	Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft (Arbeitskräfte-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) 2013	255
Abb. 199:	Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Deutschland 2013	256
Abb. 200:	Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Mecklenburg-Vorpommern 2013	256
Abb. 201:	Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Nordrhein-Westfalen 2013	257
Abb. 202:	Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013	257
Abb. 203:	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013	259
Abb. 204:	Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Nordrhein-Westfalens nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013	259
Abb. 205:	Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Rechtsformen in Deutschland 2013	261
Abb. 206:	Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern 2013	261
Abb. 207:	Anteil der in Nebenerwerbsbetrieben Tätigen an der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitsleistung (in % nach Arbeitskräfte-Einheiten) 2013	263
Abb. 208:	Ständige landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) 2013	263
Abb. 209:	Anteil der ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Arbeit (AK-E) 2013	265
Abb. 210:	Erwerbstätigen- und Arbeitsnehmerzahlen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommerns 1991 bis 2015	266
Abb. 211:	Erwerbstätigkeit in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 1991 bis 2015	266
Abb. 212:	Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Landkreisen 2000 bis 2013	268
Abb. 213:	Anteil der Erwerbstätigen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Erwerbstätigkeit nach Kreisen 2000 bis 2013	268
Abb. 214:	Erwerbstätige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in den Bundesländern 2015	269
Abb. 215:	Erwerbstätige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2015	269

Abbildungsverzeichnis

Abb. 216:	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (15- bis 65-jährige) nach Branchen, Geschlecht und Arbeitszeit in Prozent, Juni 2014	271
Abb. 217:	Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte nach Branchen und Geschlecht, Juni 2014	271
Abb. 218:	Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Landkreisen 2000 bis 2013	275
Abb. 219:	Bauern und Familienangehörige im Haupterwerb sowie andere Selbständige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Kreisen 2000 bis 2013	275
Abb. 220:	Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 2014	276
Abb. 221:	Veräußerte Flächen als Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 2014	276
Abb. 222:	Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 2000 - 2014	277
Abb. 223:	Mittlerer Kaufwert veräußerter landwirtschaftlicher Flächen 2014	277
Abb. 224:	Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung 2000 - 2014	279
Abb. 225:	Durchschnittlicher Kaufwert je ha veräußerter Landwirtschaftsflächen zum Verkehrswert nach Bundesländern 2005 bis 2015	279
Abb. 226:	Wachstum des durchschnittlichen Kaufwerts veräußerter Agrarflächen in nord- und ostdeutschen Bundesländern 2005 bis 2014	280
Abb. 227:	Verkäufe nach Größenklassen der veräußerten Fläche landwirtschaftlicher Nutzung in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 2014	280
Abb. 228:	Gliederung der untersuchten Verkaufsfallgruppen von Betriebsübernahmen	282
Abb. 229:	Anteile der Unternehmen in den Verkaufsfallgruppen nach Rechtsform	282
Abb. 230:	Anteil der Unternehmen nach Fallgruppe und untersuchten Landkreisen	284
Abb. 231:	Entwicklung der Zahl der Übernahmen nach Fallgruppen	285
Abb. 232:	Veränderung der Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche analysierter Unternehmen 2006 und 2014 nach Fallgruppen und Bundesländern	285
Abb. 233:	Anteile der Verkaufserlöse der in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	287
Abb. 234:	Anteile der Verkaufserlöse der Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	288
Abb. 235:	Anteile der Verkaufserlöse der in Brandenburg erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	289
Abb. 236:	Anteile der Verkaufserlöse der in Schleswig-Holstein erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	289
Abb. 237:	Anteile der Verkaufserlöse der in Niedersachsen erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	290
Abb. 238:	Anteile der Verkaufserlöse der in Nordrhein-Westfalen erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013	290
Abb. 239:	Anteil der Vorleistungen am landwirtschaftlichen Produktionswert zu Herstellungspreisen nach Bundesländern 2013	292
Abb. 240:	Anteil der Futtermittel an den landwirtschaftlichen Vorleistungen nach Bundesländern 2013	292

Abbildungsverzeichnis

Abb. 241:	Vorleistungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2013	293
Abb. 242:	Vorleistungen für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein 2013	293
Abb. 243:	Bruttoanlageinvestitionen in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2013	294
Abb. 244:	Bruttoanlageinvestitionen in der Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2013	295
Abb. 245:	Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen für die Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2013	295
Abb. 246:	Investitionen in neue Bauten für die Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutz- fläche nach Bundesländern 2013	296
Abb. 247:	Bruttoanlageinvestitionen in die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2013	296
Abb. 248:	Investitionen in neue Bauten für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2013	297
Abb. 249:	Einkommensentwicklung in den landwirtschaftlichen Betrieben 2002 bis 2015	299
Abb. 250:	Gewinn je landwirtschaftliches Unternehmen (Haupterwerbsbetriebe einschl. Per- sonengesellschaften) im Wirtschaftsjahr 2014/15	301
Abb. 251:	Gewinn in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben (incl. Personengesellschaf- ten) und Flächenprämien je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2014/15	302
Abb. 252:	Gewinn in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben (incl. Personengesellschaf- ten) je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2008/09 bis 2014/15	302
Abb. 253:	Jahresüberschuss juristischer Personen (incl. GmbH & Co. KG) in Ostdeutschland und Flächenprämien je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2014/15	305
Abb. 254:	Jahresüberschuss juristischer Personen (incl. GmbH & Co. KG) in Ostdeutschland je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2008/09 bis 2014/15	305
Abb. 255:	Gewinn/Jahresüberschuss und Flächenprämien je landwirtschaftliches Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2014/15	306
Abb. 256:	Gewinn je Arbeitskräfte-Einheit (AK-E) der Haupterwerbsbetriebe (einschließlich Personengesellschaften) und der juristischen Personen (JP) in der Landwirtschaft 2014/15	307
Abb. 257:	Ordentliches Ergebnis je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) und der juristischen Personen (JP) in der Landwirtschaft 2014/15	308
Abb. 258:	Direktzahlungen und Zuschüsse für Haupterwerbsbetriebe 2014/15, einschl. Personengesellschaften (€/ha LNF)	311
Abb. 259:	Direktzahlungen und Zuschüsse für juristische Personen 2014/15, einschl. GmbH & Co. KG (€/ha LNF)	311
Abb. 260:	Ordentliches Ergebnis, abzüglich Flächenprämie und Agrardieselerstattung, je landwirtschaftliches Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2014/15	313
Abb. 261:	Flächenprämien je Betrieb in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2014	313
Abb. 262:	Subventionseffektivität in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2014	315
Abb. 263:	Flächenprämie je Betrieb in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2013	317
Abb. 264:	Subventionseffektivität in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2013	317

Abbildungsverzeichnis

Abb. 265:	Kumulierte Beträge der Betriebsprämien nach Prämiengrößenklassen landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein-Hamburg 2014	319
Abb. 266:	Kumulierte Beträge der Betriebsprämien nach Prämiengrößenklassen landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen 2014	319
Abb. 267:	Verflechtungen der Agrarverbände, Unternehmen und Politik	332
Abb. 268:	Ammoniak-Emissionen in Deutschland nach Quellkategorien	335
Abb. 269:	Ammoniakmengen aus der Schweinemast im deutschen PRTR (2007-2012)	337
Abb. 270:	Distickstoffoxid-Emissionen in Deutschland	340
Abb. 271:	Düngemittellieferungen zum Verbrauch in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns nach Wirtschaftsjahren 1993/4 bis 2013/4	342
Abb. 272:	Flächenbezogener Stickstoffverbrauch in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1993/4 bis 2013/4	343
Abb. 273:	Deutscher Inlandsabsatz einzelner Wirkstoffgruppen in Pflanzenschutzmitteln	345
Abb. 274:	Anzahl der Schweine, die 2013 in agrarindustriellen Anlagen mit mehr als 5.000 Schweinen gehalten wurden, nach Flächenländern	352
Abb. 275:	Übermittelte MRSA-Fälle pro 100.000 Einwohner nach Bundesländern 2013	353
Abb. 276:	Übermittelte MRSA-Fälle pro 100.000 Einwohner nach Bundesländern 2014	353
Abb. 277:	Übermittelte MRSA-Fälle pro 100.000 Einwohner nach Bundesländern 2015	353
Abb. 278:	Schrumpfung des Bruttowertschöpfungsanteils von Land,-Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Wertschöpfung 1991 - 2000	356
Abb. 279:	Schrumpfung des Bruttowertschöpfungsanteils von Land,-Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Wertschöpfung 2000 - 2015	356
Abb. 280:	Betriebe mit Einkommenskombination nach Bundesländern 2013	368
Abb. 281:	Verteilung der teilweise in Einkommenskombinationen beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach Rechtsformen in Deutschland 2013	368
Abb. 282:	Verteilung der teilweise in Einkommenskombinationen beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Deutschland 2013	369
Abb. 283:	Durch Einkommenskombination gesicherte landwirtschaftliche Arbeitskräfte 2013	369
Abb. 284:	Anzahl der Betriebe mit Einkommenskombinationen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein 2013	371
Abb. 285:	Vorsprung Schleswig-Holsteins Mecklenburg-Vorpommern gegenüber bei Einkommenskombinationen in der Landwirtschaft 2013	371
Abb. 286:	Direktvermarktung von Milch nach Bundesländern 2015	372
Abb. 287:	Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des Betriebes nach Flächenländern 2013	372
Abb. 288:	Entwicklung des Umsatzes mit Ökolebensmitteln und der Ökofläche in Deutschland 2000 - 2014	377
Abb. 289:	Umfang und Zuwachs ökologisch bearbeiteter Flächen in Deutschland 1996 bis 2014	377
Abb. 290:	Anzahl und Zuwachs ökologisch wirtschaftender Betriebe in Deutschland 1996 bis 2014	378

Abbildungsverzeichnis

Abb. 291:	Entwicklung des Gewinns + Personalaufwand je Arbeitskraft in ökologischen und vergleichbaren konventionellen Betrieben in Deutschland 1995/96 bis 2013/14	378
Abb. 292:	Veränderung des ökologisch bewirtschafteten Fläche in den Bundesländern zwischen 2009 bis 2014	380
Abb. 293:	Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen und Ausgleichszulagen für Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) in den Bundesländern, Wirtschaftsjahr 2014/15	380
Abb. 294:	Betriebe mit ökologischem Landbau in deutschen Flächenländern 2014	381
Abb. 295:	Ökologisch bewirtschaftete Fläche in Flächenländern 2014	381
Abb. 296:	Ökologisch bewirtschaftete Fläche je Betrieb 2014 nach Flächenländern	383
Abb. 297:	Grünland, Ackerland und andere Flächen in der Betriebsgrößenklassenverteilung der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2013	383
Abb. 298:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 2013	384
Abb. 299:	Betriebsgrößenklassenverteilung in der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Nordrhein-Westfalens 2013	384
Abb. 300:	Anteil ökologisch bewirtschafteter Wiesen und Weiden an der jeweiligen gesamten Wiesen- und Weidenfläche der Bundesländer 2013	385
Abb. 301:	Stellenwert der mecklenburg-vorpommerschen Öko-Landwirtschaft in der gesamtdeutschen Öko-Landwirtschaft 2013	385
Abb. 302:	Stellenwert der Öko-Landwirtschaft innerhalb der gesamten Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2013	387
Abb. 303:	Vergleich des Konzepts der Metropolregionen mit dem Leitbild „Garten der Metropolen“	394
Abb. 304:	Zeitschriften über ländliches Leben am Zeitschriftenkiosk	395
Abb. 305:	Sukzession vom Urlauber zum Erstwohnsitznehmer - „Zuwanderungsrakete“	397
Abb. 306:	Mecklenburg-Vorpommern: Vergleich der Bruttowertschöpfung in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und im Gastgewerbe 1991 - 2014	399
Abb. 307:	Das Modell der „Thünenschen Kreise“ 1826	399
Abb. 308:	Leitbild „Garten der Metropolen“	404
Abb. 309:	Waldschutzstreifen an der Straße von Kemerovo nach Leninsk-Kuzneckij (Südsibirien)	421
Abb. 310:	Waldschutzstreifen aus Nadelbäumen an der Straße von Čusovitino nach Borisovo (Südsibirien)	421

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Beispiele für Zuordnungskriterien der allgemeinen BWA-Klassen	34
Tabelle 2:	Umrechnungsschlüssel für Großvieheinheiten	35
Tabelle 3:	Agrarregionen in Mecklenburg-Vorpommern	43
Tabelle 4:	Anteil der benachteiligten Gebiete an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern	48
Tabelle 5:	Prozentuale Ertragsabweichungen verschiedener Kulturen vom langjährigen Mittel (1999 – 2013) in Deutschland.	54
Tabelle 6:	Erosionsgefährdung durch Wasser auf Ackerflächen in Mecklenburg-Vorpommern	58
Tabelle 7:	Erosionsgefährdung durch Wind auf Ackerflächen in Mecklenburg-Vorpommern	61
Tabelle 8:	Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der LIKI-Umweltindikatoren	69
Tabelle 9:	Flächennutzung nach Bundesländern in km ²	72
Tabelle 10:	Flächennutzung nach Bundesländern in Prozent der jeweiligen Gesamtfläche	73
Tabelle 11:	Zur Homogenität der Elemente in räumlichen Gliederungen Mecklenburg-Vorpommerns, 31.12. 2014	81
Tabelle 12:	Klassen der Politik- und Verwaltungskompetenzen auf Gemeindeebene in Mecklenburg-Vorpommern	83
Tabelle 13:	Amtsfreie Gemeinden und Ämter in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Bevölkerungswachstum 2014 von über 10 Promille	114
Tabelle 14:	Gruppierung der 116 amts- und kreisfreien Gemeinden sowie der Ämter Mecklenburg-Vorpommerns nach Wachstum 2014	115
Tabelle 15:	Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, nach Kreisen. Stand: 30.06.2014	116
Tabelle 16:	Strategien zur Unterscheidung von Stadt und Land in Mecklenburg-Vorpommern	133
Tabelle 17:	Stadt-Land-Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein	140
Tabelle 18:	Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern + Uckermark im Vergleich zur DDR 1956 bis 1968	174
Tabelle 19:	Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nach Bodennutzungserhebung 2015 (1.000 ha)	184
Tabelle 20:	Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nach Bodennutzungserhebung 2015 (in Prozent)	186
Tabelle 21:	Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz nach Bodennutzungserhebung 2015; jeweilige Prozentanteile an Deutschland	188
Tabelle 22:	Mecklenburg-Vorpommern und seine Anbaustrukturen im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt 2015	190

Tabellenverzeichnis

Tabelle 23:	Schleswig-Holstein und seine Anbaustrukturen im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt 2015	191
Tabelle 24:	Inlandsverwendung des Getreides in Deutschland 2013/14	192
Tabelle 25:	Dauergrünlandflächenanteil und Veränderung in den Bundesländern	205
Tabelle 26:	Selbstversorgungsgrad mit Getreide nach der Versorgungsbilanz nach Arten in den Wirtschaftsjahren 2012/13 bis 2014/15	222
Tabelle 27:	Eigenes selbst bewirtschaftetes und gepachtetes Land in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 2013	248
Tabelle 28:	Betriebsinhaber, Familienarbeitskräfte und Nebenerwerbslandwirte 1999 bis 2013	262
Tabelle 29:	Inwertsetzung der Verkaufsgrößenklasse von veräußerten Flächen 2014, die größer als 50 ha waren	278
Tabelle 30:	Anzahl der von A. Tietz untersuchten Unternehmen nach Fallgruppe und Rechtsform	282
Tabelle 31:	Zahl der Unternehmen nach Fallgruppen und untersuchten Landkreisen	283
Tabelle 32:	Besitzveränderungen 2007 bis 2014 in ausgewählten ostdeutschen Landkreisen	284
Tabelle 33:	Einkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in Deutschland	298
Tabelle 34:	Ursachen der Gewinnveränderung von 2013/14 auf 2014/15 der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe	299
Tabelle 35:	Einkommen der Haupterwerbsbetriebe nach betrieblicher Ausrichtung 2014/5	300
Tabelle 36:	Gewinn und Einkommen landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 2014/15	301
Tabelle 37:	Gewinn und Einkommen der juristischen Personen (einschließlich GmbH & Co. KG) in Ostdeutschland im Wirtschaftsjahr 2014/15	303
Tabelle 38:	Einige Ergebnisse aus den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern	309
Tabelle 39:	Ordentliches Ergebnis landwirtschaftlicher Unternehmen, abzüglich der Flächenprämie und der Agrardieselerstattung, nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern im Wirtschaftsjahr 2014/15	314
Tabelle 40:	Abweichungen der regionalen Werte der Zahlungsansprüche je ha LNF im Rahmen der Betriebsprämienregelung im Jahre 2014	316
Tabelle 41:	Grundwassermessstellen mit mittleren Nitratgehalten > 50 mg/l NO ₃	344
Tabelle 42:	Vergleich der Abgabemengen von Antibiotika in der deutschen Tierhaltung nach Wirkstoffklassen 2011 bis 2015	350
Tabelle 43:	Durchschnittliche zusätzliche Behandlungskosten, die den Krankenversicherun- gen durch MRE entstehen	354
Tabelle 44:	Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklen- burg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2012	357
Tabelle 45:	Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklen- burg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2013	359
Tabelle 46:	Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklen- burg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2014	359

Tabelle 47:	Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2015	360
Tabelle 48:	Modellrechnung zur möglichen Erwerbstätigkeit im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2015	361
Tabelle 49:	Modellrechnung zum möglichen Arbeitskräftevolumen im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2013	362
Tabelle 50:	Modellhafte Entwicklungsschritte von Einkommenskombinationen	363
Tabelle 51:	Entwicklungsschritte nach Modellen bei der Direktvermarktung	364
Tabelle 52:	Durchschnittszahlen für Haupterwerbsbetriebe des ökologischen und des konventionellen Landbaus in Deutschland 2013/14	376
Tabelle 53:	Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) des ökologischen Landbaus im Vergleich mit entsprechenden konventionellen Betrieben in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2014/15	388
Tabelle 54:	Betriebe des ökologischen Landbaus im Vergleich mit konventionellen Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern	389
Tabelle 55:	Vergleich der ordentlichen Ergebnisse ökologischer und konventioneller Betriebe nach den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern für die Wirtschaftsjahre 2010/11 bis 2014/15	391
Tabelle 56:	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im englischen und deutschen „Garten der Metropolen“ 2014, nach Kaufkraftstandards in €	402
Tabelle 57:	Offene Gärten in Mecklenburg-Vorpommern, Bearbeitungsstand 08.03.2016	408

VERZEICHNIS DER VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN:

ABI	Landkreis Anhalt-Bitterfeld
AG	Aktiengesellschaft
AK-E, AK	Arbeitskräfte-Einheit
ASE	Agrarstrukturerhebung
AUKM	Agrar-Umwelt-Klima-Maßnahmen
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMELV	Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
BVVG	Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft
BWA	Betriebswirtschaftliche Ausrichtung
BWS	Bruttowertschöpfung
BZ	Landkreis Bautzen
DBFZ	Deutsches Biomasseforschungszentrum, Leipzig
DBV	Deutscher Bauernverband
DDR	Deutsche Demokratische Republik (1949 – 1990)
DGL	Dauergrünland
dt	Dezitonne (= 100 kg)
EEG	Erneuerbare Energien-Gesetz
EG	Europäische Gemeinschaften (Vorläufer der heutigen EU)
eG	Eingetragene Genossenschaft
EGE	Europäische Größeneinheit. 1 EGE = 1.200 € Standarddeckungsbetrag
EGW	In der Außenhandelsystematik: Warengruppen der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft
ESVG	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
e.V.	Eingetragener Verein
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FBN	Leibniz-Institut für Nutztierbiologie, Dummerstorf
FdIN	Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen:

FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
FOK	Filteroberkante
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GBE-Bund	Gesundheitsberichterstattung des Bundes
GE	Getreideeinheit
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPG	Gärtnerische Produktionsgenossenschaft
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GV, GVE	Großvieheinheit; Umrechnung siehe Tabelle 2, S. 35
ILEK	Integriertes ländliches Entwicklungskonzept
InVeKoS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
JAE	Jahresarbeitsseinheit
KIM	Kombinat industrielle Mast
KKS	Kaufkraftstandards
KTBL	Kuratorium für Technik- und Bauwesen in der Landwirtschaft
LEG	Landesentwicklungsgesellschaft
LEP	Landesraumentwicklungsprogramm
LF	Landwirtschaftsfläche
LFA M-V	Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern, Gülzow
LIKI	Länderinitiative Kernindikatoren des Arbeitskreises Umweltökonomische Gesamtrechnung
LNF	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LUNG	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, Güstrow
LwAnpG	Gesetz über die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft an die soziale und ökologische Marktwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik (Landwirtschaftsanpassungsgesetz)
LZ	Landwirtschaftszählung
MeLa	Landwirtschaftsausstellung Mecklenburg-Vorpommern
MiLaN	Unternehmerverband „Mit Lust an der Natur“, Wietzow, Alt Tellin. Hohenholz, Schönfeld
MRE	Multiresistente Erreger
MRSA	<u>M</u> ethicillin- <u>r</u> esistente <u>S</u> taphylococcus <u>a</u> ureus; gehört zur Gruppe der multiresistenten Erreger
MLUV	Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern

Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen:

MSE	Landkreis Mecklenburgische Seenplatte
NPP	Nettoprimärproduktion
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OZ	Ostsee-Zeitung
PRTR	Pollutant Release and Transfer Register; deutsch: Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister des Umweltbundesamtes
SDB	Standarddeckungsbeitrag
SDL	Landkreis Stendal
SM	Landkreis Schmalkalden-Meiningen
SO	Standardoutput
SÖ	Landkreis Sömmerda
Stat. Bericht	Statistischer Bericht
TDO	Landkreis Nordsachsen (Torgau, Delitzsch, Oschatz)
Thru	Internetplattform für das Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister des Umweltbundesamtes (www.thru.de)
UBA	Umweltbundesamt
UG	Unternehmergesellschaft
UGRdL	Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnung der Länder
URL	Uniform Resource Locator; Angabe über die Lokalisierung der aktuellen Adresse und des Typs einer Website
VdGB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe in der DDR
VE	Vieheinheit, siehe GV
VEB	Volkseigener Betrieb in der DDR
VEG	Volkseigenes Gut in der DDR
VG	Landkreis Vorpommern-Greifswald
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
VGRdL	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
VR	Landkreis Vorpommern-Rügen
WBA	Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL
Z	im Kontext der Landesplanung: Ziel der Raumordnung, Aussage zur Entwick- lung, Ordnung und Sicherung des Raums als Vorgabe für nachfolgende Abwä- gungs- oder Ermessensentscheidungen
ZALF	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung, Müncheberg
ZID	Zentrale InVeKoS-Datenbank

VORWORT

Mecklenburg-Vorpommern ist in vielerlei Hinsicht ein besonderes Bundesland: mit einer Küstenlänge von 2000 km, zahlreichen Seen, Flüssen und Kleinseen bietet es in seinen drei Nationalparks und drei Biosphärenreservaten eine oft noch relativ intakte Natur. Und gerade wegen dieser schönen Natur kommen Jahr für Jahr rund sieben Millionen Besucher nach Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig ist es das Bundesland, in dem die Landwirtschaft die beherrschende Landnutzungsform ist. Mit 64 % der Landesfläche prägen weite Acker- und Grünlandflächen das Landschaftsbild im Nordosten der Bundesrepublik Deutschland. Diese Landwirtschaft weist Besonderheiten auf, die Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Teilen der Republik kennzeichnen. Das betrifft Betriebsgrößen, Anzahl der Beschäftigten im Verhältnis zur bewirtschafteten Fläche, Eigentumsverhältnisse, aber auch angebaute Kulturen oder Viehdichte.

Helmut Klüter hat sich in der hier vorliegenden Studie mit zentralen Fragen der Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern beschäftigt: Aufbauend auf einer Analyse der naturräumlichen Ausstattung, der politischen Rahmenbedingungen werden die Einkommens- und Nachfragesituation bis hin zu zeitgemäßen Antworten auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Bevölkerungsentwicklung, der steigenden Nachfrage nach regionalen Frischprodukten und den Chancen des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern bearbeitet. Dabei treten problematische Entwicklungen des bundesdeutschen, ja des europäischen Agrarsektors besonders eklatant zu Tage: Hier gibt es bundesweit gesehen die größte Flächenakkumulationen (mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 287 Hektar), den niedrigsten Arbeitskräftebesatz mit 1,3 AK-E pro 100 Hektar und einer auffällig niedrigen regionalen Wertschöpfung aus dem originären Agrarsektor.

Als Folge einer von dem Prinzip der Kontinuität geleiteten Agrarpolitik seit Beginn der 1990er Jahre kam es trotz dafür geeigneter Gesetze nicht zu einer Bodenverteilung, die für neue Akteure in relevanter Größenordnung Platz ließ. Im Prinzip bestehen die durch die Kollektivierung entstandenen Großstrukturen auch heute unter neuen Namen weiter fort. Die euphemistische Bezeichnung „gewachsene Strukturen“ täuscht dabei darüber hinweg, dass diese Strukturen mit Gewalt erzwungen wurden und bis heute schmerzende Wunden geschlagen haben: bei den durch die Zwangskollektivierung betroffenen Landwirten und ihren Familien, im Landschaftsbild, in der Biodiversität, aber auch im sozialen Gefüge und der kulturellen Identität der Menschen dieses Landes.

Gegenwärtig werden viele dieser Betriebe oder landwirtschaftliche Nutzfläche von Investoren gekauft, die eher an Spekulationsgewinnen interessiert sind, als an einer guten Landwirtschaft. Diese Investoren treiben die Bodenpreise in Höhen, die sich nicht durch in der Landwirtschaft übliche Gewinne erwirtschaften lassen. Der Bodenpreis hat sich dadurch in den letzten zehn Jahren in Mecklenburg-Vorpommern vervierfacht. Hier wird die Notwendigkeit eines Agrarstruktur-Verbesserungsgesetzes besonders deutlich.

Vor diesem Hintergrund hat die Bündnisgrüne-Landtagsfraktion Professor Helmut Klüter damit beauftragt, die besonderen Ursachen für die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu analysieren, die Risiken zu bewerten und Chancen zu benennen. Ich finde, das ist ihm in hervorragender Weise gelungen.

Dr. Ursula Karlowski, MdL,

Agrar- und umweltpolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Die Ergebnisse der Studie wurden

- am 3.5.2016 auf der Rostocker Tagung „Land in Sicht – vom Mehrwert der Landwirtschaft,
- am 19.7.2016 auf der Landespressekonferenz im Schweriner Schloss und
- am 7.12.2016 auf der Konferenz „Access to land for farmers in the EU“ auf Englisch und Französisch (<http://www.greens-efa.eu/access-to-land-for-farmers-in-the-eu-16013.html> ; 2016-12-17);
Präsentation auf Englisch:
http://www.greens-efa.eu/fileadmin/dam/Documents/Events/2016_12_07_Access_to_land_for_farmers_in_the_EU/Helmut_Klueter.pdf ; 2016-12-17

vorgelegt.

SUMMARY

AGRICULTURE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN COMPARED WITH OTHER FEDERAL STATES OF GERMANY

1. In spite of relatively good general conditions and good soils, agriculture in Mecklenburg-Vorpommern is the only economic sector in the state whose gross value added has not seen a positive development in the last 20 years.
2. Mecklenburg-Vorpommern's agricultural sector stagnates at a low level and with a productivity of only 613 euros per hectare at 31.7 per cent below the German average. One of the most significant causes for this are the large farming businesses which are specialised in cheap mass production.
3. When compared to the rest of Germany, Mecklenburg-Vorpommern's large farming businesses are by no means as competitive as is often made out. In fact it is more likely that they interfere with the market due to overproduction and dumping prices and reduce Mecklenburg-Vorpommern's competitiveness. In terms of regional economy, they form a low-wage sector and act as a brake for future growth in more effective areas of land use such as tourism or high quality residential areas.
4. The strong position of the large farming businesses does not just affect the portfolio of agricultural products and prices, by distorting competition, but also the agricultural land market. In particular, buying prices for large areas of land seem to be excessively high when compared to other East German federal states due to the speculation.
5. The land market is also influenced by the considerable acquisition of company and cooperative shares by agricultural or non-agricultural investors. In some parts of the state, the amount of land area which has been passed on to other owners by buying shares is larger than the area of land that was sold.
6. The strong position of the large farming businesses also distorts the livestock and meat markets. The shared responsibilities in corporate companies make it possible for animal welfare interests to be neglected, supposedly in order to reduce costs, up until the point that farms who look after their animals in an animal-friendly manner are forced out of the market.
7. In relation to the amount of land used for agriculture, Mecklenburg-Vorpommern receives similarly high amounts of subsidies when compared to other federal states. However, the effectiveness of the subsidies at only 2.63 euros value added per 1 euro of annual direct payment is at the second lowest level (in front of Sachsen-Anhalt: 2,58 euros) in Germany (medium level: 3,71 euros).
8. One of the causes for the low area productivity is the inadequate flexibility of the large farming companies when it comes to reacting to market signals. Whilst smaller farms can adjust their productive alignment relatively quickly or diversify to mix their income, large farming businesses try to avoid changes or put them off for as long as possible.
9. Mecklenburg-Vorpommern needs to catch up especially in the production of high quality produce, organic foods and in diversification.
10. The profits gained per agricultural company in Mecklenburg-Vorpommern are amongst the highest in Germany. One of the reasons for this is the excessive subsidisation and the special, privileged treatment of industrial farming businesses, which is mainly undeserved.
11. In view of the economic and population growth in Mecklenburg-Vorpommern, but also from the point of view of conservation and environment protection, the industrial farming structures can be seen as a costly burden and incorrect use of the land.

Summary

12. The form of production, which is dominated by the large farming businesses, and the marginalisation of small and medium-sized farms as a result of land speculation and price dumping, cause the federal state of Mecklenburg-Vorpommern regional economic damages of at least € 250 million annually.
13. These € 250 million do not include the damages caused by multi-resistant pathogens, the costs of raised danger of epizootic diseases, mass cruelty to animals, the contamination of soils and waters due to over-fertilisation and the excessive use of pesticides and other additives.
14. One can therefore assume that the profits made in the commercial farming industry in 2015 are substantially exceeded by the economic and regional economic damages, as well as the ecological and medical harm that they had caused.
15. Taking these findings into account, it is crucial that the monitoring of and the instruments for controlling industrial farming companies are improved and that these tasks are handed over to a federal authority.
16. The definition of industrial farming must be clearly separated from the other forms of agriculture.
17. All industrial farming companies must be subject to regular business licensing procedures, which must be carried out by the above named federal authority.
18. The subsidisation and privileged treatment of industrial farming has to be cut down on as quickly as possible.
19. A constantly growing portion of Mecklenburg-Vorpommern has been taken over by tourism, residential areas and leisure activities. In many rural regions of the state, the stagnating agricultural sector has lost its position as the strongest economic factor to tourism, real estate and other sectors.
20. In contrast to large parts of the industrial farming sector, small and medium-sized farms cooperate successfully with tourism and other branches. Art, literature and music use rural regions as the backdrop for their activities.
21. These promising synergies should be elaborated according to the model "The Garden of the Metropolises".
22. The "Garden of the Metropolises" combines effective regional agriculture with a high standard of living, leisure and recuperation for the inhabitants of the large cities.
23. This kind of agriculture which is mainly made up of small and medium-sized farming businesses can serve the demands of the local population and the large cities with the production of high quality, organically sound produce; and work together with a production and service sector which is suited to the region.
24. The EU commission has to fight anticompetitive behaviour. This means that a member state is not allowed to subsidise a whole branch or industry. It is only allowed to promote f.e. innovative or small and medium sized enterprise to start up or to correct asymmetries of markets. This rule has to be applied to agriculture as well. It is reasonable, that the commission promotes young small and medium sized farms. But it is destructive for markets, when an EU country like Germany supports every farm including the big players of European agribusiness.
25. The change of course in agricultural politics and the planning for rural regions which has been outlined here, should be consolidated by a Federal State Parliament Commission of inquiry in strengthening "Development of Rural Regions of Mecklenburg-Vorpommern" and be implemented in policies and by authorities.

ZUSAMMENFASSUNG

Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern mit relativ guten Böden ausgestattet. Die Niederschlagsmenge nimmt von Westen nach Osten ab, die Dürre- und Frostgefährdung von Norden nach Süden zu. Die hohe Klimavariabilität ist zwar ein Negativfaktor. Er trifft jedoch die ostdeutschen Binnenländer noch stärker als das Küstenland Mecklenburg-Vorpommern.

41,6 % der Ackerflächen werden den Winderosionsgefährdungsstufen „mittel“, „hoch“ und „sehr hoch“ zugeordnet. Trotz dieser Bedrohung wurden und werden in Mecklenburg-Vorpommern Feldgebüsch und Hecken, die die Winderosion bremsen könnten, vernichtet. Am 08.04.2011 führte ein plötzlich aufgetretener Staubsturm auf der Autobahn 19 bei Kavelstorf zu dem bisher größten zivilen Straßenverkehrsunfall in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns und machte schlagartig das Ausmaß dieser Bedrohung klar. Angesichts der Klimaerwärmung und der Zunahme von Wetter-Extremereignissen müssen in Mecklenburg-Vorpommern – ähnlich wie in den Steppen Nordamerikas und Südrusslands – Windschutzstreifen (Hecken, Waldstreifen) angelegt werden.

Andererseits erscheint Mecklenburg-Vorpommern nach der modellierten land- und forstwirtschaftlichen Nettoprimärproduktion innerhalb Norddeutschlands als bevorzugte Region. Den nordwestdeutschen Nachbarländern gegenüber genießt es den Vorteil der geringeren Zersiedlung. **Somit sind die physiogeographischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft sowohl den ostdeutschen Binnenländern, als auch den nordwestdeutschen Nachbarländern gegenüber zumindest ebenbürtig, in einigen Aspekten jedoch als besser einzustufen.**

Bezüglich der **Umweltqualität nach LIKI-Indikatoren**(Leitinitiative Kernindikatoren des Arbeitskreises Umweltökonomische Gesamtrechnung) **2010 nahm Mecklenburg-Vorpommern vor Berlin, Hamburg, Brandenburg und Thüringen den Spitzenplatz unter den 16 Bundesländern ein.** Mit nur 8,11 % Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil an der Gesamtfläche hat das Land den niedrigsten Wert unter den deutschen Bundesländern – und mit 62,28 % den zweithöchsten Anteil an Landwirtschaftsflächen.

In einigen Bereichen entspricht das physiogeographische Monitoring nicht mehr dem neusten Stand. Die heute benutzten Ackerwertzahlen sind über ein halbes Jahrhundert alt und können die Folgen der agrarischen Nutzung, insbesondere nach 1991, nicht abbilden. Bodenabtrag durch Erosion, Qualitätsverluste durch Monokulturen, Zerstörung von Hecken und Gebüsch, Verluste an Biodiversität, der Schadstoffeintrag durch Gülle und Gärreste und die immer stärkere Belastung mit agrochemischen Stoffen sind punktuell eindrucksvoll belegt, aber nicht flächendeckend für die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche dokumentiert. Aufgrund des drastischen Stellenabbaus bei den Monitoring-Behörden in den letzten Jahren ist vorerst nicht zu erwarten, dass dieser Rückstand aufgeholt werden kann. **Die Defizite im Umweltmonitoring und -controlling bilden heute für die planerische Bewertung gegenwärtiger und zukünftiger landwirtschaftlicher Projekte und Investitionen ein großes Problem.** Andererseits sind die Monitoring- und Kontrolldefizite – ähnlich wie im benachbarten Land Brandenburg – Faktoren, die agrarindustrielle Strukturen mit hohen Umwelt- und Sozialrisiken in besonderer Weise begünstigen und weiterhin in die Region locken.

Jene Defizite sind teilweise finanziell und organisatorisch bedingt. **Mit 7,2 Mrd. Euro erreicht der Haushalt des Landes Mecklenburg-Vorpommern nur ein Drittel des durchschnittlichen Bundesland-Budgets in Deutschland.** Mit 312.000 Euro je km² war die flächenbezogene Finanzkraft des

Landesbudgets 2015 die niedrigste in ganz Deutschland. Im westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein lag sie mit 669.000 €/km² bereits 114 % und im gesamtdeutschen Durchschnitt mit 952.000 Euro/km² um 205 % höher. Mecklenburg-Vorpommern kann sich daher nur eine unvollständige Landesverwaltung leisten. Da bei Dienstleistungen für Bildung, Gesundheit und im Verkehrswesen nur wenig gespart werden kann, ist die Kontroll- und Monitoring-Infrastruktur der Landesverwaltung umso stärker betroffen.

Von den 757 Gemeinden des Landes (Stand: 31.12.2014) hatten 706 weniger als 5.000 Einwohner. Die meisten davon haben keine eigene Verwaltung und können die Aufgaben der Kommunalverfassung nicht eigenständig erfüllen. 42 % der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns leben in solchen Gemeinden. **Keine dieser Gemeinden hat die Möglichkeit, die auf ihren Territorien ansässigen agrarischen Großbetriebe wirksam zu kontrollieren, obwohl das laut Kommunalverfassung und Baugesetzbuch notwendig wäre.** Ähnliches gilt für die Landkreise. Mit einer Durchschnittsfläche von 3.816 km² sind sie 1,5 Mal größer als das Saarland. Das Saarland ist das kleinste Flächenbundesland und besteht aus sechs Kreisen. Damit gibt es auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen starke Funktionsdefizite:

- Die Landesverwaltung ist für die Erfüllung aller länderspezifischen Aufgaben zu schwach,
- Die Landkreise, die aus über 100 Gemeinden bestehen, sind für Koordinations- und übergreifende Managementaufgaben aus der Kommunalverfassung zu groß.
- Die Ämter sind rechtlich keine Gebietskörperschaften, haben keine eigene Legislative und sind in ihrem Handlungsspielraum entsprechend begrenzt.
- Sechs Siebentel der Gemeinden sind zu klein, um ihre verfassungsgemäßen Aufgaben auch nur ansatzweise zu erfüllen.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist mit 53.888 Euro das niedrigste in Deutschland (70.317; 2015). Eine der Ursachen für das niedrige Bruttoinlandsprodukt ist die Stärke des Landes in Niedriglohnbranchen. **Mit dem Tourismus, der Nahrungs- und Futtermittelindustrie und der Landwirtschaft sind in Mecklenburg-Vorpommern gleich drei extreme Niedriglohnsektoren überrepräsentiert.**

Der wachstumsschwächste Wirtschaftszweig der letzten 15 Jahre war in Mecklenburg-Vorpommern die Landwirtschaft. Ihre Stagnation führte zu einem erheblichen gesamtwirtschaftlichen Bedeutungsverlust. Ihr Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Bundeslandes sank von 4,2 % im Jahre 2000 auf 2,3 % im Jahre 2015. Konnte die Landwirtschaft im Jahrzehnt zuvor zumindest in einigen Regionen als Wachstumsfaktor angesehen werden, fungiert sie heute als Wachstumsbremse. Dabei erweist sich die starke großbetriebliche Konzentration als größter und kostenträchtigster Störfaktor. Betroffen ist davon nicht nur die Landwirtschaft selbst, sondern auch Tourismus, Immobilienwirtschaft sowie Wohnwert- und Kulturentwicklung, die auf eine gesunde, positive Entwicklung ländlicher Räume angewiesen sind.

Forciert wird die Stagnation ländlicher Räume durch eine auf Schrumpfung und weitere räumliche Zentralisierung ausgelegte Landespolitik. Während die Bevölkerung des Landes in den letzten 25 Jahren um 19 % abnahm, wurde die Zahl der Kreise um 78 % reduziert. Von 1991 bis 2014 ging die Zahl der allgemeinbildenden Schulen von 971 auf 567 zurück, also um 41 %. **Infolgedessen ist Mecklenburg-Vorpommern im Bundesvergleich extrem überzentralisiert:** Während im Bundesdurch-

schnitt nach der Stadt-Land-Klassifizierung der EU auf 100 Einwohner semiurbaner Gemeinden 55 Bewohner ländlicher Gemeinden kommen, sind es in Mecklenburg-Vorpommern 188. In den benachbarten Bundesländern Brandenburg sind es 81 und Schleswig-Holstein 63 Einwohner. **Nicht nur bei der Zentralisierung nach Bevölkerungsindikatoren, sondern auch bei der Zentralisierung nach Flächenindikatoren hat Mecklenburg-Vorpommern die mit Abstand schlechtesten Werte in Deutschland.** Im gesamtdeutschen Durchschnitt kommen 34,6 niedergelassene Ärzte auf 100 km². In Brandenburg sind es 11,2 und in Mecklenburg-Vorpommern 9,8 je 100 km². Somit benötigt man für den Weg zum Arzt in Mecklenburg-Vorpommern zwei bis fünfmal länger als im deutschen Durchschnitt.

Die **ländlichen Räume wurden durch die Zentralisierungspolitik** der letzten Jahrzehnte **so stark geschwächt**, dass in der Infrastruktur, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich, die im Grundgesetz geforderte Gleichbehandlung von Menschen ungeachtet ihrer Heimat und Herkunft (GG Art. 3) nicht mehr gewährleistet ist.

Die räumliche Überzentralisierung der Bildungs-, Gesundheitsvorsorge- und Verwaltungseinrichtungen benachteiligt und schädigt nicht nur die ländliche Bevölkerung insgesamt, sondern besonders auch das mittlere und kleinere landwirtschaftliche Unternehmertum. Die teilweise extrem langen Wege zu diesen Einrichtungen mindern die Chancen für die Gründung neuer Bauernhöfe. Somit sind einige Regionen weitgehend alternativlos den agrarischen Großbetrieben ausgeliefert.

Während die Landesplanung im neuen Landesraumentwicklungsprogramm 2016-2030 weiterhin eine Negativentwicklung propagiert, hat Mecklenburg-Vorpommern sich seit 2013 zu einem Zuwanderungs- und Bevölkerungswachstumsland entwickelt. Getragen wird das Wachstum vorzugsweise durch den hohen Urlaubs-, Wohn- und Freizeitwert des Landes. Der Tourismus gehört zu den Wirtschaftssektoren, die die Landesentwicklung am stärksten beeinflussen. Er ist der größte Kaufkraftimporteure des Landes. **Während der Sommermonate von Juni bis September steigt die Zahl der Nahrungsmittel nachfragenden Menschen um 25 % auf insgesamt etwa 2 Millionen an. Von der besonderen touristischen Nachfrage profitieren vor allem landwirtschaftliche Produzenten mit gehobenem Angebot und mit Einkommenskombinationen.**

Mecklenburg-Vorpommern hat innerhalb Ostdeutschlands die meisten Agrarflächen. In dem nordostdeutschen Bundesland kommen auf 1,96 % der deutschen Bevölkerung 8 % der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche. **Mit 1,079 Millionen ha Ackerland liegt Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit an dritter Stelle.** Es wurde 2015 nur von Bayern mit 2,068 Millionen ha und von Niedersachsen mit 1,9 Millionen ha übertroffen.

Nach landwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung lag Mecklenburg-Vorpommern 2015 auf Rang 6. Mit 825 Millionen Euro wurden auf 8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nur 5,5 % der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Deutschlands erzeugt. Die landwirtschaftliche Flächenproduktivität lag mit 613 €/ha 31,7 % unter dem deutschen Durchschnitt. Den deutschlandweit niedrigsten Wert hatte mit 580 €/ha Sachsen-Anhalt – das Bundesland mit den besten Böden in Deutschland. **Hier zeigt sich, dass nicht nur Bodenqualität und Witterung, sondern vor allem betriebliche Organisationsformen, Betriebsgrößen und Subventionspolitik die landwirtschaftliche Wertschöpfung beeinflussen.**

Während in Westdeutschland hauptsächlich bäuerliche Familienbetriebe mit 50 bis 200 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche die Produktion tragen, sind es in Mecklenburg-Vorpommern und im übrigen

Ostdeutschland Personengesellschaften und -gemeinschaften sowie juristischen Personen mit über 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LNF). Der bäuerliche Mittelstand ist in Ostdeutschland stark unterrepräsentiert.

Die heutige großbetriebliche Dominanz mit über 95 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Verfügung von Betrieben mit mehr als 100 Hektar ist noch stärker, als sie in Mecklenburg und Pommern 1882, also zu Zeiten des Spätfudalismus nach einem Jahrhundert des Bauernlegens, war. Die für die damalige Zeit charakteristische Betriebsgrößenklassenverteilung in Form einer umgestülpten Pyramide ist wieder auferstanden. Nicht zuletzt deswegen wird die heutige Besitzverteilung „neofeudal“ genannt. Mecklenburg-Vorpommern hat mit 287 Hektar je Betrieb die größten Agrarbetriebe Deutschlands. Der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 60 Hektar.

Auf den teilweise übergroßen Schlägen werden zunehmend einfach zu bestellende Massenfrüchte angebaut. **Mecklenburg-Vorpommern ist das größte Rapsanbaugebiet Deutschlands.** Auch der Anbau von Getreide und Silomais hat zugenommen. **2011 waren 19,6 % der Flächen mit Energiepflanzen bestellt. Das war der höchste Anteil auf Bundesländerebene.** Der deutsche Durchschnitt lag bei 11,8 %. Stark zurückgegangen ist demgegenüber der Anbau von hochwertigen, meist arbeitsintensiven Kulturen wie Kartoffeln, Obst und Gemüse. Vor 1990 war Mecklenburg-Vorpommern einer der größten Gemüseproduzenten der DDR. Seitdem gingen vier Fünftel der Anbauflächen verloren. **2015 lagen nur 2,26 % der deutschen Gemüseanbauflächen in Mecklenburg-Vorpommern.**

In der **Viehhaltung** nimmt Mecklenburg-Vorpommern nach Absolutzahlen innerhalb Deutschlands einen mittleren Rang ein. Der durchschnittliche Viehbesatz je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche erscheint entsprechend niedrig. Allerdings wird bei diesen Zahlen die **außerordentliche Konzentration der Bestände auf einige wenige Großbetriebe** verschleiert. Dadurch kommt es in der Schweine- und Geflügelhaltung zu einem lokalen Überbesatz, der über das Ausmaß der bisher bekannten Belastungsspitzen im Oldenburger Münsterland (Kreise Cloppenburg, Vechta) und im nördlichen Westfalen hinausgeht.

Daneben fallen die Großbetriebe durch überdurchschnittliche Ammoniak-, Methan- und Distickstoffoxid-Emissionen auf. **Die lokalen Belastungen sind in einigen Fällen so drastisch, dass sie die Wohn- und Lebensqualität dieser Regionen negativ beeinflussen.**

Betroffen sind dabei auch Gebiete im Küstenraum, an überregionalen Achsen und in landschaftlich attraktiven Bereichen, die für den Tourismus bedeutsam sind. Die Ausweitung der agrarindustriellen Produktion hat nicht nur negative regionalwirtschaftliche Auswirkungen auf den Tourismus, sondern auch auf den Agrarsektor selbst.

Sowohl Selbstversorgungsgrad und Außenhandelsstatistik weisen auf erhebliche Asymmetrien in der landwirtschaftlichen Erzeugung hin. Bei Gemüse betrug der Selbstversorgungsgrad in Deutschland nur noch 40 %. Bei Obst erreichte er 24,5 %. Demgegenüber lag er bei Magermilch bei 663 %. **Der Überproduktion von Getreide, Milch und Schweinefleisch stehen große Defizite bei Obst, Gemüse, Zierpflanzen und anderen Hochpreisprodukten gegenüber.** Diese Asymmetrien sind keineswegs neu. Sie hängen vor allem mit der ostdeutschen Spezialisierung auf Massenprodukte zusammen. Der derzeitige Preisverfall bei Getreide, Milch und Schweinefleisch ist kein unerwartetes Ereignis, sondern war strukturell absehbar. **Er zeigt, wie unflexibel die Großbetriebe auf Marktsignale reagieren. Der von ihnen induzierte Preisverfall trifft nicht nur die Agrarindustrie selbst, sondern auch die klein-**

teiligen Produzenten in Ost- und Westdeutschland. Trotz der seit Langem eindeutigen Marktsignale geht in Mecklenburg-Vorpommern die Erzeugung von Obst und Gemüse weiter zurück.

Die drei nordostdeutschen Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben mit Berlin die drittgrößte deutsche Nachfrageregion nach Ökoprodukten vor der Haustür, können sie aber nur zu einem Drittel versorgen. Die übrigen zwei Drittel muss Berlin aus Westdeutschland und aus dem Ausland einführen. **Deutschlandweit wurden 2014 Gemüse und Küchen-gewächse im Wert von 3,35 Mrd. und Obst im Wert von 4 Mrd. Euro importiert.** Diese Summen überschritten die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung Mecklenburg-Vorpommerns um das Vierfache.

Von 16,7 Millionen Hektar an Landwirtschaftsflächen in Deutschland wurden 2013 10,9 Millionen, also 65,2 % von bäuerlichen Einzelunternehmen bewirtschaftet. In Mecklenburg-Vorpommern waren es jedoch nur 30,4 %. 40,1 % befanden sich in der Hand von juristischen Personen. Erstere verhalten sich als Arbeitsmaximierer, weil sie Familienarbeitskräfte nicht ohne Weiteres freisetzen können. Personengesellschaften und juristische Personen verhalten sich als Arbeitskräfterationalisierer, weil sie mit der Einsparung von Löhnen ihre Fixkosten senken können. **Im Industrieland Nordrhein-Westfalen waren bei 8 % größerer landwirtschaftlicher Nutzfläche mit 116.500 Arbeitskräften 4,6 mal mehr in der Landwirtschaft tätig, als im „Agrarland“ Mecklenburg-Vorpommern mit nur 25.000.**

Besonders in Süddeutschland kann die Landwirtschaft auf Familienarbeitskräfte zurückgreifen, während sie in Ostdeutschland auf ständige Arbeitskräfte – überwiegend Lohnarbeiter – angewiesen ist. Der Arbeitskräftebesatz je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche variiert daher in Deutschland erheblich. In Süddeutschland ist er in der Regel überdurchschnittlich. Bayern liegt mit 4,4 AK-E je 100 ha 42 % über dem deutschen Durchschnitt von 3,1. Die reichen süddeutschen Bundesländer mit sehr hohen Lohnniveaus stecken also mehr Arbeitskraft in ihre Landwirtschaft als die vergleichsweise armen ostdeutschen Bundesländer. **Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 1,3 AK-E je 100 ha 58 % unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Für hochwertige, arbeitsaufwendige Kulturen fehlen der mecklenburg-vorpommerschen Landwirtschaft die Arbeitskräfte.**

In Westdeutschland sind über die Familie die meisten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auch an der agrarischen Vermögensbildung beteiligt, während in Ostdeutschland die Vermögen in den Händen weniger, überwiegend sehr reicher Eigentümer zusammenfließen.

Mecklenburg-vorpommersche Regionen mit einem hohen Besatz an Lohnarbeit in der Landwirtschaft zählen zu den ärmsten Regionen des Landes. Mit durchschnittlich 14,01 Euro pro Arbeitsstunde kam die landwirtschaftliche Lohnarbeit auf nur 77 % des durchschnittlichen Lohnniveaus in Mecklenburg-Vorpommern. Sie zählt damit zu den Niedriglohnbranchen.

Viele der großbetrieblichen Eigentümer betreiben faktisch Kapitalexpert, weil sie selbst oder ihre Gesellschaften nicht vor Ort ansässig sind. Der Rückfluss in Form von Investitionen ist relativ gering. **Nicht zuletzt deswegen liegen die ostdeutschen Bruttoanlageinvestitionen je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erheblich niedriger als in Westdeutschland.** In Mecklenburg-Vorpommern erreichten sie mit 353 Euro/Hektar LNF nur 62 % des gesamtdeutschen Niveaus von 570 Euro/Hektar LNF.

Während in anderen Bundesländern aufgrund des höheren Arbeitskräftebesatzes gewisse Wahlmöglichkeiten unter den landwirtschaftlichen Produktionsausrichtungen wahrgenommen werden können, arbeitet Mecklenburg-Vorpommern am unteren Rand des in Deutschland Möglichen. Es gibt bei den

dortigen Betrieben kaum Reserven, um bei Preis- oder Produktionsschwankungen in andere Ausrichtungen wie Garten- oder Ökolandbau auszuweichen. Solche Schritte würden erheblich mehr Arbeitskräfte erfordern. **Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns scheint damit stärker als in anderen Bundesländern auf billige Massenerzeugung angewiesen zu sein. Für ein Umschalten auf höherwertige Ausrichtungen fehlen ihr die Arbeitskräftereserven. Auf Grund der damit verbundenen Inflexibilität ist sie krisenanfälliger als die mit Arbeitskräften besser ausgestattete Landwirtschaft Westdeutschlands.**

Die Überproduktion von Massengütern einerseits und die Knappheit von hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten andererseits führen zu einer Marktteilung. Beispielsweise lag der Erzeugerpreis für konventionelle Kuhmilch im Dezember 2015 bei 29,23 Euro/100 kg, der für biologisch oder ökologisch erzeugte Milch bei 49,16 Euro/100 kg.

Bei den Massenprodukten kommt es immer wieder zu starken Preiseinbrüchen. Bei den hochwertigen beziehungsweise regional, biologisch oder ökologisch erzeugten Produkten sorgt die erstarkende Nachfrage derzeit für stabile Preisniveaus. **Begünstigt werden dadurch die süddeutschen Bundesländer, in denen viele kleine und mittlere Betriebe in der Regel schneller und flexibler auf Marktsignale reagieren als in Ostdeutschland.** Die Umstellung hoch spezialisierter Großbetriebe ist organisatorisch zeitaufwändiger, komplizierter und teurer.

Aufgrund der Skaleneffekte und der Flächenprämie sind die Unternehmensgewinne in Ostdeutschland am höchsten. Mecklenburg-Vorpommern lag bei den Jahresüberschüssen der juristischen Personen im Wirtschaftsjahr 2014/15 mit 176.931 Euro je Buchführungsbetrieb nach Sachsen und Thüringen an dritter Stelle, bei Haupterwerbsbetrieben und Personengesellschaften nach Sachsen-Anhalt an zweiter Stelle in Deutschland. **Rechnet man die Gewinne (Ordentliches Ergebnis) auf die Fläche um, dann bleiben die juristischen Personen weit hinter den bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben zurück.** In Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg liegt das ordentliche Ergebnis bei über 600 Euro/Hektar LNF, bei den juristischen Personen in Ostdeutschland bei unter 200 Euro/Hektar LNF. Die Art und Weise der Berechnung der Buchführungsergebnisse setzt eine hochgradige Monetarisierung der Produktions- und Versorgungsprozesse voraus. Obwohl dies die juristischen Personen und Personengesellschaften begünstigt, zeigt sich jedoch, dass die Familienbetriebe vor allem in arbeitsintensiven Bereichen (Gartenbau, Obst), im hochwertigen Produktspektrum und bei der Nähe zum Endverbraucher (Einkommenskombinationen, v. a. Direktvermarktung; s. u.) große Vorteile genießen.

Die Subventionseffektivität, berechnet als Verhältnis von Bruttowertschöpfung zur Flächenprämie, liegt in Ostdeutschland erheblich niedriger als in Westdeutschland. In Rheinland-Pfalz wurden aus 1 Euro Flächenprämie 8,55 Euro Wertschöpfung erwirtschaftet. Damit lag das Land 130 % über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 3,71 Euro. Die niedrigsten und damit problematischsten Werte wiesen Mecklenburg-Vorpommern mit 2,63 Euro und Sachsen-Anhalt mit 2,58 Euro auf. Mit der Flächenprämie werden die Marktteilungseffekte verstärkt. Großbetriebe, die mehrere Millionen Euro Flächenprämie im Jahr bekommen, haben wenig Motivation, sich mit Möhrenanbau oder anderen aufwändigen Kulturen zu befassen.

Nur ein Teil der Gewinne wird in Ostdeutschland investiert. Ein Großteil fließt in Flächenaufkäufe. **In Mecklenburg-Vorpommern haben sich die Verkaufspreise für landwirtschaftliche Flächen von**

2005 bis 2015 verfünffacht. Mit diesem Preisanstieg nehmen Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Spitzenpositionen unter den 16 Bundesländern ein.

Da der Durchschnittspreis für verkaufte Grundstücke 2015 trotz erheblich niedrigerer Ertragsmesszahlen um ein Drittel über dem Niveau der Verkaufspreise in Sachsen-Anhalt lag, **kann für Mecklenburg-Vorpommern davon ausgegangen werden, dass die Preise spekulativ überhöht sind.** Besonders drastisch trifft die Bodenspekulation das Segment der großflächigen Verkäufe von Flächen über 50 ha, in dem fast ausschließlich die Agrarindustrie aktiv ist. 2014 entfielen fast 64 % der Verkäufe landwirtschaftlicher Flächen auf Ostdeutschland (33,1 % der deutschen LNF), und je 18 % auf Süd- und Nordwestdeutschland.

Ein immer größerer Teil der Landbesitzveränderungen wird nicht über Verkäufe, sondern über Anteilskäufe und Neugründungen von Unternehmen abgewickelt. Besonders betroffen sind Genossenschaften, deren Anteile erst aufgekauft und die danach in GmbH und andere Formen umgewandelt werden. In einer Fallstudienanalyse des Thünen-Instituts erwies sich der Kreis Mecklenburgische Seenplatte als am stärksten betroffen. Mindestens ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wechselte dort in den letzten sieben Jahren den Besitzer. Eine der Ursachen für die hohe Grundstücksmobilität ist die große Anzahl der unrechtmäßigen LPG-Umwandlungen nach der Wiedervereinigung. Mit den forcierten Verkäufen an Dritte und Vierte schaffen die damaligen Akteure – einschließlich der genehmigenden Landwirtschaftsämter – „vollendete Tatsachen“, die auch bei größeren Verfehlungen eine seit Langem geforderte juristische Aufarbeitung unmöglich machen.

In diesen Zahlen zeigt sich, dass betriebswirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Rationalität nicht übereinstimmen: Für die Großbetriebe ist es sinnvoll, ihre Arbeitskräfte zu minimieren und betriebswirtschaftliche Ausrichtungen zu wählen, die möglichst kostengünstig Flächenprämien und Spekulationsgewinne durch Landverkäufe abschöpfen können. **Aus regionalwirtschaftlicher Sicht führt dies zu einer extrem niedrigen Flächenproduktivität und zu der paradoxen Notwendigkeit, als Agrarland gerade im Hochpreinsniveau von Gemüse, Obst, Blumen und ökologischen Lebensmitteln auf Einfuhr angewiesen zu sein.**

Neben dem besonderen Zugriff auf große Flächen wurden elf weitere Bereiche identifiziert, in denen die Großbetriebe gegenüber normaler Landwirtschaft privilegiert sind. **Der agrarische Großbetrieb, der Arbeitsplätze aufgrund von Rationalisierung abbaut oder sie durch Pacht und Aufkauf bisher bäuerlicher Flächen verdrängt, wird von der öffentlichen Hand stärker subventioniert als die politische Gemeinde, in der der Betrieb liegt, und die sich möglicherweise um neue Arbeitsplätze bemüht.** Auch der „demografische Wandel“ auf dem Lande erfährt eine Akzentuierung: **12 bis 17 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche werden per Flächenprämie ohne weitere Öko- oder Naturschutzaufgaben von der öffentlichen Hand stärker subventioniert als ein Kind (Kindergeld pro Jahr).**

Aus diesen Gründen ist es notwendig, bestimmte Großbetriebe aus der Landwirtschaft auszugliedern. Sie sollen im Folgenden als „Agrarindustrie“ bezeichnet werden.

Für Agrarindustrie gelten folgende Kriterien:

- über Besitzanteile miteinander verflochtene, filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position,

- Unternehmen oder Unternehmensteile, die nicht von einem orts- oder regionsansässigen Berufslandwirt dauerhaft geführt werden,
- Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Besitz-, Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen („Regionalkartelle“),
- Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV),
und/oder mehr als 2000 Schweinen
oder mehr als 380 Sauen mit 3000 Ferkeln
und/oder mehr als 9000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet,
- Betriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Agrarbetriebe, die eines der obigen Kriterien erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zu zählen sind. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn sie im Arbeitskräftebesatz 30% über dem ausrichtungsspezifischen gesamtdeutschen Mittelwert liegen und in sozial- bzw. regionalökonomisch bzw. -ökologisch bedeutsamen Bereichen wichtige Aufgaben erfüllen.

Agrarindustrielle Großbetriebe verursachen erhebliche Umweltschäden. Aufgrund der starken lokalen Konzentration ihrer Tierbestände sind Ammoniak-, Methan- und Distickstoffoxidemissionen überhöht. Durch den verstärkten Nitrateintrag – nicht zuletzt im Rahmen unverantwortlicher Überdüngung – werden auch oberflächennahe Grundwasserkörper beschädigt. **In Mecklenburg-Vorpommern weisen bereits über ein Viertel der Messpunkte Werte auf, die den Grenzwert für Trinkwasser überschreiten. 41 % der Überschreitungen entfallen allein auf den Landkreis Ludwigslust-Parchim.**

Großbetriebe in der Tierzucht beeinflussen nicht nur die Tiergesundheit, sondern zunehmend auch die Gesundheit von Menschen. Komplexe Tierseuchen wie die Vogelgrippe und andere finden in Großbetrieben optimale Verbreitungs- und Mutationsbedingungen, die dazu führen, dass einige Erreger auch Menschen infizieren können. **Der erhöhten Seuchengefahr in agrarindustriellen Strukturen soll durch einen ebenso erhöhten Antibiotikaeinsatz vorgebeugt werden. Als Sekundärfolge des verstärkten Antibiotika-Einsatzes ergeben sich immer mehr Resistenzen. Einige multiresistente Erreger gehen auch auf den Menschen über. Nach vorsichtigen Schätzungen sterben etwa 6.000 Menschen pro Jahr in Deutschland an den Folgen einer Antibiotikaresistenz.**

Wieviel davon durch die Massentierhaltung verursacht werden, ist umstritten. Die wichtigsten multiresistenten Erregergruppen (MRE) sind MRSA, VRE und ESBL. **Die räumliche Verteilung von Großviehanlagen und die der MRSA-Inzidenzen weisen erhebliche Übereinstimmungen auf. In Süddeutschland, wo es kaum Großviehanlagen gibt, ist die MRSA-Inzidenz weit unterdurchschnittlich. Nordwest- und Ostdeutschland sind dagegen überdurchschnittlich betroffen.** In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegt die MRSA-Inzidenz 90 % über dem Bundesdurchschnitt. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegt sie „nur“ 60 % darüber. Die hohen Werte für Berlin sind teilweise dadurch bedingt, dass dort bereits früh ein nahezu vollständiges MRSA-Screening eingeführt wurde. Die MRE-Mehrkosten pro Krankenhauspatient wurden für das Uni-Klinikum Greifswald 2013 mit durchschnittlich 17.500 Euro beziffert. Darin sind jedoch die Kosten für Folgeeffekte (Verschiebung chirurgischer Eingriffe, verstärkte Belegung von Einzelzimmern, verlängerte Klinikaufenthalte durch MRE-Screening) nicht enthalten.

Studien aus den USA haben gezeigt, dass von Neuinfektionen durch MRE nicht nur Tierärzte und Beschäftigte in Großviehanlagen, sondern auch Menschen in deren Umgebung betroffen sind, die nicht dort arbeiten. Arbeiten aus Deutschland zeigen, dass sich MRE-Resistenzen entlang der Nahrungskette entwickeln, also auch in Großschlachthöfen, Großküchen, Catering-Unternehmen und in den Einrichtungen, die sie vorzugsweise ausschließlich versorgen (Schulen, Seniorenheime, Fast Food-Lieferanten).

Bisher sind die Großviehanlagen an den humanmedizinischen Folgekosten von MRE nicht beteiligt. Faktisch müssen Krankenkassen, Kliniken und die Kranken selbst dafür büßen, dass in Großviehanlagen auf eine tiergerechte Haltung verzichtet wird.

Eine weitere Folge agrarindustrieller Produktion ist der überdimensionale Preisverfall agrarischer Erzeugnisse. Die meisten agrarindustriellen Strukturen können nicht über Qualität, sondern nur über die Masse und Preis konkurrieren. Mit ihren enormen Verkaufsmengen und den besonderen Beziehungen zur Nahrungs- und Futtermittelindustrie beeinflussen sie Preisbildung für Nahrungsmittel insgesamt. Das ist eine der Ursachen dafür, dass die Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft stagniert und sich nicht weiter entwickelt. Damit bleibt der Agrarsektor immer weiter hinter den anderen Wirtschaftszweigen zurück. 1991 betrug sein Anteil an der deutschen Bruttowertschöpfung noch 1,17 %. Bis 2000 war er auf 1,06 % gesunken. 2015 waren es nur noch 0,55 %.

Dort, wo hochwertige Spezialkulturen dem Preisdumping der Agrarindustrie entzogen waren, verlief die Schrumpfung langsamer. Zu diesen Ländern gehören Rheinland-Pfalz mit dem Weinbau, Brandenburg mit dem expandierenden Spargelanbau, und einige andere. Dort, wo das Preisdumping auf kleinbetriebliche Strukturen derselben Ausrichtung traf, gab und gibt es Verdrängungswettbewerb, bei dem die ostdeutschen Großbetriebe erhebliche Vorteile genießen. Jene Vorteile ergeben sich daraus, dass die Großbetriebe die ökonomischen und ökologischen Kosten ihrer Produktion bisher noch auf die Allgemeinheit abwälzen können, und daraus, dass sie derzeit übersubventioniert werden. Auf diese Weise können sie mit Niedrigpreisen die Viehwirtschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bedrängen. 2015 wurden Überproduktion und anschließender Preisverfall so stark, dass auch ostdeutsche Großbetriebe erhebliche Einbußen erlitten.

Agrarindustrielle Strukturen wirken nicht nur auf das Produktionsportfolio der Landwirtschaft wettbewerbsverzerrend, sondern auch auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt, auf dem die Preise vor allem im großflächigen Marktsegment spekulativ überhöht sind. Eine dritte drastische Wettbewerbsverzerrung ergibt sich durch die systematische Vernachlässigung des Tierwohls aufgrund geteilter Verantwortlichkeiten, wie sie in Unternehmensgesellschaften möglich sind. Die daraus folgenden Kosteneinsparungen drängen Produzenten aus dem Markt, die ihr Vieh tiergerecht behandeln.

Die agrarindustriellen Betriebe schmälern mit mangelhafter Flächenproduktivität und Niedrigpreisstrategien nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Stammländer im Osten Deutschlands, sondern auch die der gesamten deutschen Landwirtschaft. Eine Arbeitsfrage lautet: Wie produktiv könnte der Agrarsektor in Mecklenburg-Vorpommern sein, wenn er eine andere Besitz- und Unternehmensstruktur hätte?

Leitindikator ist die Flächenproduktivität, also der Quotient aus Bruttowertschöpfung von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei und der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Legt man westdeutsche Durchschnittswerte zugrunde, summieren die Verluste der letzten vier Jahre sich auf 1,9 Mrd. Euro.

Dem ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns fehlen jährlich 250 bis 580 Millionen Euro an Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft. Das ist nur ein Teil der quantitativen Dimension der Verluste, denn die humanmedizinischen (zum Beispiel durch MRE), veterinärmedizinischen und ökologischen Schäden der Agrarindustrie fehlen in dieser Berechnung. Daneben gibt es eine qualitative, die sich daraus ergibt, dass aufgrund der ungünstigen Besitzverteilung die Wertschöpfung der Großbetriebe weniger stark in Investitionen und regionalen Konsum verlängert wird als das bei der bäuerlichen Mittelschicht der Fall ist, die in Westdeutschland dominiert.

Neben den Wertschöpfungsverlusten erzeugt die Agrarindustrie erhebliche Arbeitsplatzverluste. **Würde man den schleswig-holsteinischen Arbeitskräftebesatz zugrunde legen, könnte die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns doppelt so viele Arbeitsplätze bieten.** Nimmt man den westdeutschen Besatz (ohne Weinbau) könnte man fast dreimal so viele Menschen beschäftigen. Da sie fehlen, mangelt es auch die entsprechende Nachfrage nach Verbrauchsgütern und Dienstleistungen in ländlichen Räumen. Die Defizite multiplizieren sich im ländlichen Einzelhandel und anderen Bereichen. **Die agrarindustriellen Betriebe sind also im bundesdeutschen Vergleich keine Wohlstands-, sondern Armutsbeschaffer. Die zusätzlichen Gewinne, die die Agrarindustrie durch höhere Skalenerträge, Billigproduktion und Massentierhaltung erzielt, sind weit geringer, als die von ihr verursachten regionalwirtschaftlichen Verluste sowie die Folgekosten von MRE und Tierseuchen.**

Die marktverzerrenden Effekte der Subventionierung der Agrarindustrie betreffen nicht nur die deutsche, sondern auch die europäische Landwirtschaft. **Den marktwirtschaftlichen Prinzipien der EU-Kommission zufolge ist es unsinnig, ganze Wirtschaftszweige, einschließlich von Großunternehmen, zu fördern. Gestattet sind die Förderung innovativer, kleiner und mittlerer Unternehmen, sowie die Vermeidung von Ungleichgewichten auf regionalen Märkten.** Die Unterstützung auch der großen Unternehmen läuft diesem Ziel zuwider, da damit massenhaftes Preis-Dumping und somit die Benachteiligung kleiner, innovativer Unternehmen am Markt hervorgerufen wird.

Ein besonderes Instrument zur Erhöhung der Produktivität sind Einkommenskombinationen. **Von den 285.000 Betrieben, die von der Agrarstrukturerhebung 2013 erfasst wurden, waren 94.100 – also weit über ein Drittel – in mindestens einer Einkommenskombination aktiv.** Über die Hälfte dieser Betriebe konzentrierten sich auf die beiden Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg. 128.000 Arbeitskräfte, davon 12.900 in Ostdeutschland, wurden ganz oder teilweise durch Einkommenskombinationen gesichert. Schleswig-Holstein war mit 4.200 Betrieben für westdeutsche Verhältnisse nur schwach mit Einkommenskombinationen besetzt. Im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich Schleswig-Holstein jedoch viermal stärker. **Besonders in der Erzeugung erneuerbarer Energien, bei Reiterhöfen und Fremdenverkehr/Beherbergung war Schleswig-Holstein überlegen. Auch bei Direktvermarktung und Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe hat Mecklenburg-Vorpommern einen erheblichen Rückstand.**

Beim ökologischen Landbau ist Mecklenburg-Vorpommern jedoch stärker als das westliche Nachbarland. Allerdings war die Förderung in den letzten Jahren so niedrig, dass es zu Rückumwandlungen kam. **Seit etwa 2005 kann die Zunahme der Ökofläche in Deutschland mit dem rasanten Nachfragewachstum nicht mehr Schritt halten.** Der ökologische Landbau wurde in den Mittelgebirgsländern und in Brandenburg mehr als doppelt so stark gefördert wie in Mecklenburg-Vorpommern. Erst vor kurzem wurden die Umstellungs- und Weiterführungsprämien erhöht.

58 % der 23.398 landwirtschaftlichen Öko-Betriebe in Deutschland haben ihren Sitz in Baden-Württemberg oder Bayern. Mecklenburg-Vorpommern ist mit 1.089 Betrieben der Land- und Ernährungswirtschaft die stärkste Region in Ostdeutschland. 9,3 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden ökologisch bewirtschaftet. Nur Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg haben höhere Anteile. Der relativ hohe Flächenanteil in Mecklenburg-Vorpommern ist einigen flächenstarken Viehzuchtbetrieben geschuldet, die sehr extensiv arbeiten und ihre Rinder oft das ganze Jahr auf der Weide lassen. Mit 151,7 Hektar im Durchschnitt hat Mecklenburg-Vorpommern die zweitgrößten Öko-Betriebe in Deutschland. Der Arbeitskräftebesatz ist kaum höher als bei den konventionellen Betrieben. In Nordrhein-Westfalen sind die Öko-Betriebe durchschnittlich nur 39 ha groß. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 44,8 ha. **Der Beitrag der Öko-Betriebe zur Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern ist erheblich. Besonders in einigen Hochpreissegmenten wie Baum- und Beerenobstanlagen und Ziegenhaltung sind die Öko-Betriebe stark vertreten.** 28,2 % der Wiesen und Weiden Mecklenburg-Vorpommerns werden ökologisch bewirtschaftet. Dieser Anteil ist höher als in jedem anderen Bundesland. Der Bundesdurchschnitt lag 2013 bei 11,9 %.

Die Diskussion um Einkünfte und Subventionen zeigt auch, dass betriebswirtschaftlichen und die der regionalwirtschaftlichen Rationalität nicht immer übereinstimmen. Betriebswirtschaftlich kann es für ein agrarindustrielles Unternehmen sinnvoll sein, möglichst viele Flächen sehr billig und mit minimalem Arbeitseinsatz zu bewirtschaften. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht bedeutet das Vernichtung von Arbeitsplätzen und Verschwendung von Ressourcen, denn auf den Böden könnte man Pflanzen anbauen, für die in der Bevölkerung eine hohe Nachfrage besteht – z. B. Gemüse, Obst oder Produkte aus ökologischem Anbau. Im meso- oder regionalökonomischen Kontext heißt das, dass die kleinen und mittleren Familienbetriebe in Westdeutschland eine breitere Einkommensstreuung und somit relativ reiche Dörfer erzeugen, und dass die juristischen Personen und Personengesellschaften mit ihrer Gewinn- und Subventionskonzentration auf wenige sehr reiche Personen die relative Armut ostdeutscher Dörfer verlängern.

Die Analyse zeigt, dass es auf einigen Feldern erheblichen Handlungsbedarf gibt. Er wurde unter dem **Leitbild „Garten der Metropolen“** zusammengefasst.

Das Leitbild „Garten der Metropolen“ verbindet

- den **Freizeit- und Erholungswert ländlicher Räume** für die Einwohner der Agglomerationen Berlin, Hamburg, Rostock und Stettin
- mit einer **regional effektiven Landwirtschaft**.

Eine derartige **überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierte Landwirtschaft** bedient mit der Erzeugung hochwertiger, ökologisch einwandfreier Produkte die Nachfrage der eigenen Bevölkerung und der Metropolen,

- **kooperiert mit einem regional angepassten Produktions- und Dienstleistungssektor**, einschließlich urbaner Sektoren, bei denen der Arbeitsplatz nicht oder zeitweise nicht mehr citygebunden zu sein braucht,
- sowie mit **qualitativ hochwertigem Wohnen und Arbeiten vor ländlicher Kulisse**.

Ähnlich wie das Konzept der „Metropolregionen“ nutzt auch „Garten der Metropolen“ die Beziehungen zwischen großen Städten und ihrem erweiterten Umland als Basis. Der Unterschied ist darin zu sehen, dass bei Metropolregionen die Großstadt im Zentrum des Interesses steht: Sie wird als der mit

Abstand wichtigste Arbeitsort betrachtet, der das erweiterte Umland mit Waren, Dienstleistungen und Kaufkraft versorgt.

„Garten der Metropolen“ betont demgegenüber die Leistungen der ländlichen Räume: Sie bieten den Agglomerationen Lebensmittel, Natur-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten sowie zunehmend auch ruhigen, teilweise hochwertigen Wohnraum, vor allem für die neue multilokale Generation. Wie in einem echten Garten sind die **Grenzen** zwischen **Arbeit und Freizeit**,

- Touristen, Zweitwohnsitznehmern und Einheimischen,
- Profi-Aktivitäten und Hobby,
- Kreativität und Routine,
- Ästhetik/Schönheit und Sachzwang,
- Fremd- und Selbststeuerung

aufgeweicht bzw. aufgehoben.

„Garten der Metropolen“ ersetzt das alte de-facto Leitbild vom „Demografischen Wandel“, das den ländlichen Räumen ein Vierteljahrhundert Infrastrukturentzug und Schulschließungen beschert hat.

„Garten der Metropolen“ berücksichtigt auch,

- dass die Zuwanderung nach Mecklenburg-Vorpommern nicht nur die größeren Städte, sondern auch kleinere Orte aufwertet,
- dass die stagnierende Landwirtschaft ihre Rolle als führender Wirtschaftsfaktor auf dem Lande in den meisten Teilregionen Mecklenburg-Vorpommerns an den Tourismus und/oder an das hochwertige Wohnen verloren hat.

Initiativen wie „Ländlichfein“, MiLaN und viele andere zeigen, dass die Zusammenarbeit zwischen hochwertiger Landwirtschaft und Tourismus ausgezeichnet funktionieren kann. Festivals und Events wie das Mecklenburg-Vorpommern-Festival oder „Kunst offen“ zeigen, wie wichtig die Kulissenfunktion ländlicher Räume für kulturelle Aktivitäten ist. **Probleme entstehen dort, wo agrarindustrielle Einzelinteressen die Wirtschaftsentwicklung und die Kultur ganzer Regionen ausbremsen.**

Um den Entwicklungs- und Flächenproduktivitätsrückstand Mecklenburg-Vorpommerns den anderen Bundesländern gegenüber auszugleichen, wurden **Maßnahmen empfohlen**, die folgende Bereiche umfassen:

- Neues Monitoring für den Agrarsektor und für ländliche Räume,
- Neue planerische Untergliederung ländlicher Räume,
- Trennung von Landwirtschaft und Agrarindustrie,
- Abbau der räumlichen Überzentralisierung, Stärkung der Gemeinden in Ländlichen Räumen,
- Stärkung der Bindeglieder zwischen regional effektiver Landwirtschaft, Tourismus, Kunst, Kultur, Sozialbereich und Wohnen,
- Neue Ausbildungsinhalte für Landwirtschaftsschulen und Ausbildungsstätten in ländlichen Räumen.

Diese Empfehlungen sind in Kapitel 16 (S. 413 ff.) aufgelistet.

1. AUFGABENSTELLUNG

Neben einer Beurteilung der Landwirtschaft von M-V im bundesweiten Vergleich erfolgt eine besondere Darstellung der ostdeutschen Länder. Außerdem wird ein Vergleich mit einem aus geografischer Sicht geeigneten Bundesland stattfinden. Die Bedeutung von Nebenerwerbsbetrieben für die Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum wird ebenfalls analysiert und ihre Potentiale bewertet.

Vertiefend sollen die Chancen aufgezeigt werden, die sich für einzelne Wirtschaftsbereiche ergeben, wenn auf die Zuwanderung aus den Städten vor dem Hintergrund des besonderen Wohn- und Freizeitwerts ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern adäquat reagiert wird (Stichwort „Gärten der Metropolen“).

Die Notwendigkeit einer Stärkung des ökologischen Landbaus als eines besonderen Bindegliedes zwischen städtischen und ländlichen Räumen wird hervorgehoben.

2. ARBEITSMETHODEN

2.1 ZUM INFORMATIONS- UND FORSCHUNGSSTAND

Die Diskussionen um die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft standen in den letzten Jahren unter dem Leitthema der Globalisierung oder in der gemäßigten Form unter dem der Europäisierung. 2007 setzte Michael Woods parallel zu den „Global Cities“ seine These von der „Global Countryside“ (Woods 2007). Sie wurde von vielen Wissenschaftlern und Politikern dankbar aufgenommen. Der globalisierte ländliche Raum wurde als Tummelplatz transnationaler Saatgut-, Handels-, Agrarchemie- und Nahrungsmittelkonzerne interpretiert, denen ein kleines Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern oder ein noch viel kleinerer Landwirtschaftsbetrieb mehr oder weniger hilflos ausgeliefert ist. Diese Quasi-Resignation wurde von deutscher Seite durch den Determinismus des „Wachsens oder Weichens“ verbrämt, der mehr oder weniger ungeschminkt Großbetriebe bevorzugt.

Dabei wird vergessen, dass Woods in seiner Arbeit zwar Ökonomen, Agrarwissenschaftler und Geographen aus aller Welt zitiert, dabei aber einen Wissenschaftler seiner eigenen Universität Aberystwyth (Wales) umgeht. Gemeint ist Leopold Kohr (1909 – 1994), der für seine Kritik an übergroßen politischen und wirtschaftlichen Strukturen (vgl. Kohr 2006) als einer der ersten 1983 mit dem alternativen Nobelpreis geehrt wurde. Unter anderem vertrat er die These, dass gerade in einer globalisierten Wirtschaft kleinere Strukturen große Vorteile besitzen, weil sie sich den sich verändernden Rahmenbedingungen und der Nachfrage flexibel und schneller als große Betriebe anpassen können.

Auch die sozialen Kosten der Globalisierung werden von Woods 2007 weitgehend verdrängt, obwohl sie von William Kapp bereits 1950 ausführlich beschrieben wurden (vgl. Kapp 1950).

Damit soll nicht in Frage gestellt werden, dass Landwirtschaft wie die übrige Wirtschaft auch unter den Bedingungen weltweiter Informations- und Rohstoffressourcen arbeiten und handeln muss. Es wird aber abgelehnt, diese sprach- und informationsräumlichen Attribute direkt in Handlungs-determinismen für Politiker und Landwirte bezüglich der jeweiligen Agrarverfassung und der Landnutzung zu verlängern. Nicht zuletzt der Vergleich Mecklenburg-Vorpommerns mit anderen Regionen zeigt, dass selbst innerhalb eines hoch entwickelten Staates wie Deutschland völlig unterschiedliche

2. Arbeitsmethoden

Organisations- und Bewirtschaftungsformen existieren. In der Regionalbewegung wird sogar versucht, diese Varianz deutschlandweit zu stärken, sie auf ihre Weise zu organisieren und gegen „Think-big“-Strukturen in Stellung zu bringen (vgl. www.regionalbewegung.de).

Vor dem Hintergrund dieser Erwägungen geht es in dieser Studie nicht um die „Verifizierung“ eines Weltmodells (z.B. „Globalisierung“), sondern um die ergebnisoffene Darlegung eines regionalen Vergleichs.

Standort- und Regionalvergleiche spielen in den Agrarwissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Statistik traditionell eine große Rolle. Die Bandbreite reicht von klassischen, immer noch lesenswerten Arbeiten wie *Conrad (1888)* bis heute, wobei stellvertretend auf *Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf (2013)* verwiesen wird. Aus dem breiten Fundus des Braunschweiger Thünen Instituts für Ländliche Räume sei auf die 7-Länder-Evaluierung verwiesen, in deren Rahmen auch ein Bericht über Mecklenburg-Vorpommern erschienen ist. (Vgl. *Grajewski, Forstner, Horlitz 2015*). Die meisten der heutigen Arbeiten sind entweder förderpolitisch, topologisch (als Standort-Fallstudien) angelegt oder beziehen sich auf bodengeographische oder klimatische Regionalisierungen. Erheblich seltener sind Studien, die mit politisch-administrativen Regionalisierungen arbeiten. Sofern ein Bundesland als Objekt auftritt, ergeben sich Vergleiche mit anderen Bundesländern eher nebenbei, so etwa in einer Studie über Niedersachsen (*Nier, Tamašy, 2015*) oder im Agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung (*BMEL 2015*). Häufig wird dabei nur erläuternd oder deskriptiv verglichen. Die einzelnen Vergleiche tauchen meist überraschend, unvermittelt ohne eigene Systematik auf. Besser strukturierte, jedoch überwiegend additive Vergleiche bieten der Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (*URdL 2015*), der Thünen Agraratlas (*Gocht, Röder, Meyer-Borstel 2015*) und der regionale Fleischatlas (*Chemnitz 2016*).

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es auf Landes- und Bundesebene mehrere Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, die sich mit Fragestellungen der Entwicklung von Landwirtschaft und Ländlichen Räumen befassen:

- die Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommerns (LFA) in Dummerstorf und Gülzow (*Landesforschungsanstalt 2015*),
- das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) in Güstrow,
- die Agrar- und Umweltwissenschaftliche Fakultät der Universität Rostock,
- der Fachbereich Agrarwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft an der Hochschule Neubrandenburg,
- Arbeitsgruppe Stadt-Land-Entwicklung an der Hochschule Wismar,
- die Forschungsgruppe „Think rural“ (*Dünkel et al. 2014*) und die Regionale Geographie an der Universität Greifswald,
- das Leibniz-Institut für Nutztierbiologie (FBN), Dummerstorf,
- das Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit, Greifswald, Insel Riems (*Friedrich-Loeffler-Institut 2014*),
- das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) mit den Nebestandorten Groß Lüsewitz und Malchow/Poel.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz gibt neben dem Agrarbericht des Landes eine Vielzahl von Schriften und Broschüren heraus. Besonders hervorzuheben ist der Band

2. Arbeitsmethoden

„Erhaltung und Entwicklung der biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern“ (MLUV 2012a), der eine interessante Bestandsaufnahme über die Tier- und Pflanzenwelt in Mecklenburg-Vorpommern liefert. Die Gemeinsame Verwaltungsbehörde für den EFRE, ESF und ELER hat 2015 den „Zwischenbericht 2014 gemäß Ar. 82 der VO (EG) Nr. 1698/2005 zum Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007 – 2013“ (EFRE, ESF, ELER 2015) vorgelegt, der wertvolle Angaben zur ländlichen Entwicklung enthält. Daneben arbeiten viele weitere

- Verbände wie Parteien, Kirchen (z. B. Kaiser 2015), Bauernverband, AbL, BUND,
- Initiativen wie beispielsweise den Unternehmerverband MiLaN in Wietzow (Kröger et al. 2013, Beil et al. 2015) und
- Einzelpersonlichkeiten wie Jörg Gerke (Gerke 2008; Website www.ostdeutsche-bodenpolitik.de), Wolf Karge (Karge 2011, 2014) und andere

an Problemen Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung.

Von den überregionalen Einrichtungen sei insbesondere das Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig erwähnt, das mit vielen Projekten, Studien und Karten wertvolle Informationen auch über Mecklenburg-Vorpommern liefert. Erwähnt seien hier wiederum der Thünen-Agraratlas, von dem einige Karten in Gocht, Röder, Meyer-Borstel, 2015 veröffentlicht sind, und die Studie von Andreas Tietz über die überregional aktiven Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen (Tietz 2015). Die 21-seitige Literaturliste am Schluss dieses Bandes kann nur einen kleinen Eindruck darüber vermitteln und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Allerdings gehen die Folgerungen, Schlüsse, und damit auch die Zukunftsempfehlungen jener Studien und Materialien weit auseinander. Das Landwirtschaftsministerium lobt beispielsweise die hohe Arbeitsproduktivität:

„Neben einem hohen Anteil an der Wertschöpfung im Land zeichnet die Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei eine überdurchschnittlich hohe Arbeitsproduktivität aus. Sie liegt in Mecklenburg-Vorpommern mit 31.262 Euro je Erwerbstätigen um 35,9 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt der Landwirtschaft. Dieser Vergleichswert liegt für die Gesamtwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns um -20,3 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.“

(Agrarbericht M-V 2011, S. 11)

Uwe Bastian verwies allerdings schon 2003 darauf, dass die Früchte dieser Arbeit nur einer verschwindend geringen Minderheit zugutekommen, die sich im Übrigen personell nicht allzu sehr von der agrarischen Elite vor der Wende unterschied:

„Nach übereinstimmender Aussage der befragten Fraktionsvorsitzenden der Parteien im Kreisparlament Ostvorpommern der CDU, SPD und PDS sind zirka 80 Prozent des Personals in den ländlichen Verwaltungen noch von der SED geschult und eingesetzt. Investoren, die nicht zu diesem Funktionszirkel gehören bzw. althergebrachte Verbindungen besitzen, haben in der Regel große Schwierigkeiten, Unternehmen aufzubauen. Das wird zumindest von diesem letztgenannten Personenkreis beklagt. Die Abwanderung von Jugendlichen und Fachkräften in die westlichen Bundesländer ist auch aus diesen Gründen extrem hoch. Die kumulierte Abwanderung nach amtlichen statistischen Angaben ist vom Fall der Mauer bis heute höher als in der Zeit von DDR-Gründung bis zum Mauerbau.“

Die weitere Monopolisierung des ostdeutschen Agrarsektors wird nicht ohne Folgen für die westdeutsche und europäische Landwirtschaft bleiben. Durch die übermäßige Kapital- und Landkonzent-

2. Arbeitsmethoden

ration bei den LPG-Nachfolgeunternehmen werden viele der westdeutschen Landwirte über kurz oder lang im wirtschaftlichen Wettbewerb chancenlos sein, und das »Bauernlegen« wird sich auch im Westen beschleunigen.“

(Bastian 2003, S. 177)

„Der unerwartete Zusammenbruch der DDR am Ende des Jahres 1989 und der sich daran 1990 anschließende Prozess der deutschen Wiedervereinigung eröffnete den Propheten des landwirtschaftlichen Strukturwandels ebenso unverhofft die einmalige Möglichkeit, ihre Theorie vom „Wachsen oder Weichen“ endlich auch in der Praxis umsetzen zu können. Der ab 1992 amtierende Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert sprach sogar von einer „historischen Chance“ für die Agrarpolitik, die es „ohne Zögern und ohne Umwege“ zu nutzen galt. Es musste nur dafür Sorge getragen werden, dass die im Vergleich zu den bäuerlich strukturierten Betrieben im Westen völlig anderen, eher an industriellen Maßstäben orientierten ostdeutschen Betriebsgrößenstrukturen nicht zerschlagen wurden.“

(Kemper 2005, S. 50, 51)

Ein Jahrzehnt später sieht Jörg Gerke, dass diese Elite das Feld zumindest teilweise regions- und branchenfremden Investoren überlässt:

„In Ostdeutschland, auf rund einem Drittel der landwirtschaftlichen Fläche des wiedervereinigten Deutschlands, hat sich nach der Wende ein landwirtschaftlicher Großgrundbesitz herausgebildet, der alles an Größe in der Geschichte Deutschlands übertrifft. Mehr noch, diese ostdeutsche Landwirtschaft wird seit einigen Jahren in verstärktem Maße von externen Investoren aufgekauft, also von Investoren, die nicht mehr mit dem Ort des Wirtschaftens verbunden sind. Es erfolgt ein Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft, der in einigen Regionen schon mit über 30% schon weit fortgeschritten ist. Und diese Entwicklung geht weiter.“

(Gerke 2015)

Zu den gegenwärtigen Strukturen meint Agrarminister Till Backhaus:

"Die landwirtschaftliche Struktur in Mecklenburg-Vorpommern war stets geprägt von Bewirtschaftungseinheiten mit großem Grundbesitz. Schon zu Zeiten des Deutschen Reichs gab es im damaligen Mecklenburg-Schwerin 13 Güter mit einem Grundbesitz von über 1.000 ha und teilweise noch wesentlich größeren Bewirtschaftungsflächen. Der Anteil der Betriebe mit mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche lag 1890 mit 58,2 % auf Platz 1 und damit deutlich höher als im Rest des damaligen deutschen Staatsgebiets (20,2 %). Das zeigt, dass schon damals eine deutliche, natürlich gewachsene Prägung zu großen Strukturen vorhanden war.“

(Pressemitteilung vom 11.10.2012; MLUV 2012b)

Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik verweist auf die gesundheitlichen Risiken für Mensch und Tier, die mit dem Wachstum der Massentierhaltung verbunden sind:

„Sollten die im Gutachten empfohlenen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes nicht zu den erwünschten Ergebnissen führen, sieht der WBA mittelfristig keine Alternative zur Reduktion von Tierbeständen in den gegenwärtigen „Ballungsregionen“ der Tierhaltung. Entsprechend dem niederländischen Modell sollten dann regionale Bestandsobergrenzen eingeführt werden. Aufgrund der hohen Bedeutung für die Biodiversität empfiehlt der WBA, Maßnahmen fortzuführen oder auch auszuweiten, die eine gesellschaftlich erwünschte Nutzung von ertragsschwachen Grünlandstandorten sicherstellen.“

Aus Sicht des WBA sind im Bereich des Verbraucherschutzes vor allem deutliche Verbesserungen im Bereich des Tierarzneimittelleinsatzes aufgrund der Antibiotika-Resistenzproblematik notwendig. Der mit der 16. Novelle des Arzneimittelgesetzes eingeschlagene Weg der Antibiotikaminimierung durch Monitoring und Benchmarking ist aus Sicht des WBA in Kombination mit einer Optimierung der Hal-
tungsverfahren erfolgversprechend und sollte konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.“
(*Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL 2015, S. iv*)

Für die Bundeszentrale für politische Bildung stellt das kein Problem dar. Unter dem Titel „Landwirtschaft in Ostdeutschland. Der späte Erfolg der DDR“ werden „hohe Produktivität, gute Gewinnsituation und oftmals umweltverträgliche Produktionsverfahren“ bejubelt:

„Bis 1989 litt die Landwirtschaft in der DDR unter den üblichen Problemen sämtlicher anderer Sektoren der realsozialistischen Planwirtschaft: mangelnde Investitionen, geringe Produktivität, große Umweltbelastungen bei der Produktion. Seither hat sich jedoch die ostdeutsche Landwirtschaft zu einem Erfolgsmodell entwickelt: Sie ist geprägt durch große Betriebe mit hoher Produktivität, guter Gewinnsituation und oftmals umweltverträglichen Produktionsverfahren. Der Agrarbereich ist heute die einzige Branche, in der in Ostdeutschland mit besseren Ergebnissen gewirtschaftet wird als in den alten Bundesländern. Dieser Erfolg stand Anfang der 90er Jahre noch nicht fest.“

(*Martens 2010, S. 2*)

Derartige Texte möchte die Bundeszentrale an Schulen verbreitet wissen.

2.2 ZUM PLANUNGSSTAND ÜBER LÄNDLICHE RÄUME UND LANDWIRTSCHAFT

Auch in Mecklenburg-Vorpommern wird gejubelt. Im neusten Entwurf zum Landesraumentwicklungsprogramm heißt es:

„Die Ländlichen Räume umfassen zusammen mit den Ländlichen Gestaltungsräumen mehr als 90 % der Landesfläche und prägen maßgeblich das Erscheinungsbild des Landes. Sie sind Lebensraum für gut 60 % der Bevölkerung. Hier befinden sich gut die Hälfte aller Arbeitsplätze und die mit am leistungsfähigsten Agrarbetriebe Deutschlands....“

Wenn in Ländlichen Räumen aufgrund der sich durch den demografischen Wandel verringernden Tragfähigkeit eine Ausdünnung von Infrastrukturen unvermeidbar ist, kann eine Kompensation durch moderne Verkehrs- oder Kommunikationseinrichtungen erfolgen.“

(*LEP M-V 2016, S. 32-33*)

Hier stehen „die leistungsfähigsten Agrarbetriebe Deutschlands“ der größten Arbeitsplatzvernichtung Deutschlands, schamhaft „demographischer Wandel“ genannt, gegenüber. Im zweiten Teil des Zitats scheint die Landesplanung sich als Erfüllungsgehilfin der Agrarindustrie zu verstehen: Sie möchte den ländlichen Raum von störender Infrastruktur befreien („... Ausdünnung von Infrastrukturen unvermeidbar ...“). Die Räume, die man in den letzten 2 Jahrzehnten von Schulen, Kultur- und Sozial-
einrichtungen entleert hat, werden euphemistisch „ländliche Gestaltungsräume“ genannt.

2. Arbeitsmethoden

Einige Seiten später wird der Gestaltungsspielraum für 580 von 750 Gemeinden auf Null gesetzt:

„(1) Der Wohnbauflächenentwicklung ist unter Berücksichtigung einer flächensparenden Bauweise auf die Zentralen Orte zu konzentrieren. (Z)

(2) In Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion ist die Ausweisung neuer Wohnbauflächen auf den örtlichen Eigenbedarf zu beschränken. (Z)“

(LEP M-V 2016, S. 48)

Für die 580 nichtzentralen Gemeinden wird ein faktisches, der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns widersprechendes Zubauverbot erlassen. Im Widerspruch zum agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung 2015 (s.u.) heißt es weiter:

„Konventionelle Bewirtschaftungsformen werden beibehalten. Auf den Grünlandstandorten wird die bodengebundene Tierhaltung gefördert. Die Bodengebundenheit der Veredelungswirtschaft ist Teil des stofflichen Kreislaufs in der Landwirtschaft – beginnend bei der Futterwerbung über die tierische Veredelung bis hin zur Verwertung des anfallenden Wirtschaftsdüngers. Landwirtschaftliche Tierhaltungsbetriebe, die charakterisiert sind durch eigene Futtersversorgung und Nutzung der Nährstoffe aus dem anfallenden Wirtschaftsdünger, gehören daher in den landwirtschaftlich geprägten Regionen zum Erscheinungsbild und tragen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bei. Die Betriebsstandorte müssen sich raumverträglich einfügen. Die Betriebe zur Veredelung, Verarbeitung und Vermarktung heimischer landwirtschaftlicher Produkte tragen mit ihren Arbeitsplätzen wesentlich zum Strukturhalt bzw. zur Strukturverbesserung bei. Ein zentrales Anliegen besteht in der Entwicklung siedlungsverträglicher Strukturen der Veredelungswirtschaft und der verstärkten Vermarktung von Produkten aus umwelt- und tiergerechter Erzeugung im Sinne des Verbraucherinteresses. Erzeugergemeinschaften können die Verbindung zwischen Produktion und Markt herstellen und in Zusammenarbeit mit Weiterverarbeitungs- und Vermarktungsunternehmen den Absatz heimischer Produkte unterstützen. Gleichzeitig ergeben sich positive Effekte für die Tourismusbranche, die mittels der hohen Qualität einheimischer Produkte die Gäste überzeugen kann.“

(LEP M-V 2016, S. 60)

Probleme wie die im Beiratgutachten aufgeworfenen Auswirkungen der wachsenden Antibiotika-Resistenzen (vgl. *Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL 2015*) werden weder im Agrarbericht des Landes, noch im Landesraumordnungsprogramm, noch im Ergebnisbericht der Perspektivkommission „Mensch und Land“ erwähnt (vgl. *Perspektivkommission „Mensch und Land“ 2015*). Es werden auch keine Gegenmaßnahmen vorgeschlagen oder unternommen. Nach Meinung der Planer dürfen sich MRE in Mecklenburg-Vorpommern offenbar ungehindert ausbreiten.

Wie groß die Tierhaltungsbetriebe sein dürfen, und wie viele Touristen und Wohnsitznehmer sie abschrecken, wird in dem Programm nicht erörtert. Auch auf eine Regelung über die in anderen Bundesländern zwingend notwendigen Raumordnungsverfahren für agrarindustrielle Investitionen wird im LEP verzichtet.

Überhaupt spielt Regionalanalyse im Landesraumentwicklungsprogramm kaum eine Rolle. Das letzte offizielle Monitoring, der Raumordnungsbericht Mecklenburg-Vorpommern 1995, liegt 20 Jahre zurück (*Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern 1995*). Angesichts der Tatsache, dass der im damaligen Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt entstandene Bericht wenig Erfreuliches für die Regierung enthielt, wurde die Berichtspflicht (§ 26) aus dem Landesplanungsgesetz gestrichen. Eine Zeitlang versuchte die Landesplanung, das Empirie- und Monitoring-Defizit mit Hilfe von Bevölkerungsprognosen zu übertünchen. Generell wurde unterstellt,

2. Arbeitsmethoden

dass eine schrumpfende Bevölkerung mit schrumpfender Wirtschaftsleistung einherginge. Real zeigte sich aber, dass die einige Phasen größter Abwanderung, also Bevölkerungsschrumpfung, gleichzeitig Phasen größten Wirtschaftswachstums in Mecklenburg-Vorpommern waren (vgl. Abb. 18, S. 100). Man kann aus der Zahl der Abwandernden nicht schließen, wie gut oder schlecht der verbleibende Rest arbeitet.

Mit dem Fehlgriff der letzten Prognose aus dem Jahre 2010, die bis 2030 gelten soll, obwohl sie bereits in den Jahren 2011-2012 durch die reale Bevölkerungsentwicklung falsifiziert wurde, steht das LEP 2016, das sich auf diese Prognose beruft (*LEP 2016, S. 13 - 17*), weit entfernt von der heutigen Wachstumsrealität. Wie groß das Monitoring-Defizit in der Landesplanung ist, kann man ermessen, wenn man das LEP 2016 mit dem Rostocker Atlas der Industrialisierung (*Braun et al. 2013*) oder mit der 351-seitigen Antwort (ohne Anlagen) vom 31.03.2015 auf die Große Anfrage der Fraktion der Linken „20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ vergleicht (*Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015a*).

Vor diesem Hintergrund ergeben sich folgende zusätzliche Forschungsfragen:

- Gehören die Agrarbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern wirklich zu den leistungsfähigsten in Deutschland?
- Welche Effekte haben die physiogeographischen, politischen, wirtschafts- und sozialgeographischen Rahmenbedingungen auf die Entwicklung der Landwirtschaft?
- Welchen Einfluss hat die Betriebsgröße landwirtschaftlicher Unternehmen auf die regionale Wirtschaft?
- Welche Einflüsse haben Ökologisierung und Einkommenskombinationen auf die Landwirtschaft und auf die regionale Wirtschaft als Ganzes?
- Wie werden die Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe gemessen?
- In welchem Umfang kann die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen bedient werden?
- Wie wirken sich die betrieblichen Organisations- und Besitzstrukturen auf den landwirtschaftlichen Output aus? Welche Segmente sind von Überproduktion und Preisverfall, welche von einem Nachfrageüberhang charakterisiert?
- Welche außerökonomischen Faktoren haben die Entstehung von Großbetrieben begünstigt?
- Welche Folgen haben großbetriebliche agrarische Strukturen auf die regionale Wirtschaft, auf die Umwelt, auf die Bevölkerungs- und auf die Siedlungsentwicklung in ländlichen Räumen?
- Wie passen sich die landwirtschaftlichen Betriebe in die übrige regionale Wirtschaft, vor allem in Tourismus, Wohnungswesen und soziale Dienstleistungen ein?
- Welche Leistungen wären in Mecklenburg-Vorpommern mit einer anderen Betriebsstruktur möglich?

2.3 WICHTIGE BEGRIFFE

Der agrarpolitische Bericht 2015 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft enthält ein agrarpolitisches Leitbild:

„(1) Das agrarpolitische Leitbild der Bundesregierung umfasst attraktive, lebenswerte und vitale ländliche Räume und eine nachhaltige, ökologisch verantwortbare, ökonomisch leistungsfähige und multifunktional ausgerichtete Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft. Landwirtschaftliche Familienbetriebe und Unternehmen mit bäuerlicher Wirtschaftsweise entsprechen diesem Leitbild in besonderer Weise. Sie sind für eine Entwicklung der ländlichen Regionen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt von großer Bedeutung.

(2) Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft erzeugt sichere, gesunde und bezahlbare Lebensmittel und leistet ihren Beitrag zur Sicherung der Welternährung. Sie trägt daneben zur Versorgung mit erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen bei.“ (BMEL 2015, S. 8).

Dieses Leitbild versucht zumindest ansatzweise, Landwirtschaft genauer zu umreißen als die für heutige Verhältnisse völlig unzureichende Definition des Baugesetzbuches:

„§ 201 Begriff der Landwirtschaft

Landwirtschaft im Sinne dieses Gesetzbuchs ist insbesondere der Ackerbau, die Wiesen- und Weidewirtschaft einschließlich Tierhaltung, soweit das Futter überwiegend auf den zum landwirtschaftlichen Betrieb gehörenden, landwirtschaftlich genutzten Flächen erzeugt werden kann, die gartenbauliche Erzeugung, der Erwerbsobstbau, der Weinbau, die berufsmäßige Imkerei und die berufsmäßige Binnenfischerei.“

(Baugesetzbuch § 201. http://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/_201.html ; 2014-03-12)

Diese Normen reichen nicht aus, um einen landwirtschaftlichen Betrieb eindeutig zu definieren. In der Agrarstatistik wird wie folgt vorgegangen:

„Die Definition eines landwirtschaftlichen Betriebs leitet sich zum einen aus dem § 91 AgrStatG ab und zum anderen aus Artikel 2 a) der Verordnung (EG) 1166/2008. Laut AgrStatG ist ein landwirtschaftlicher Betrieb eine technisch-wirtschaftliche Einheit, die eine Mindestgröße an landwirtschaftlich genutzter Fläche aufweist bzw. über vorgegebene Mindesttierbestände oder Mindestanbauflächen für Spezialkulturen verfügt (siehe Abschnitt 1.1), für Rechnung eines Inhabers oder Leiters bewirtschaftet wird, einer einheitlichen Betriebsführung untersteht und land- und/oder forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder zusätzlich auch Dienstleistungen und andere Erzeugnisse hervorbringt. Die Absicht Gewinn zu erzielen ist nicht erforderlich.“ (Stat. Bundesamt 2014, Fachserie 3 Reihe 2.2.1, S. 8).

Erhebungseinheiten nach dem Agrarstatistikgesetz sind nach § 91 (1) und (2):

„(1) Soweit auf diese Vorschrift verwiesen wird, sind Betriebe landwirtschaftliche Betriebe im Sinne von Artikel 2 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 1166/2008.

(1a) Erhebungseinheiten sind, soweit nichts anderes bestimmt ist:

1. Betriebe im Sinne von Absatz 1 mit mindestens

- a) fünf Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche,
- b) zehn Rindern,
- c) 50 Schweinen oder zehn Zuchtsauen,

2. Arbeitsmethoden

- d) 20 Schafen,
- e) 20 Ziegen,
- f) 1000 Haltungsplätzen für Geflügel,
- g) 0,5 Hektar Hopfenfläche,
- h) 0,5 Hektar Tabakfläche,
- i) ein Hektar Dauerkulturfläche im Freiland,
- j) jeweils 0,5 Hektar Rebfläche, Baumschulfläche oder Obstfläche,
- k) 0,5 Hektar Gemüse- oder Erdbeerfläche im Freiland,
- l) 0,3 Hektar Blumen- oder Zierpflanzenfläche im Freiland,
- m) 0,1 Hektar Fläche unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen oder
- n) 0,1 Hektar Produktionsfläche für Speisepilze.

2. Betriebe mit mindestens zehn Hektar Waldfläche oder Fläche mit schnellwachsenden Baumarten.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, sind von Betrieben, die mindestens eine Bedingung des Absatzes 1a erfüllen, alle Merkmale der betreffenden Erhebungen anzugeben.“

<http://www.gesetze-im-internet.de/agrstatg/BJNR004690989.html> (2015-11-09)

„Diese Mindestgrößen gelten seit der Landwirtschaftszählung 2010, so dass die Ergebnisse der ASE 2013 mit denen der LZ 2010 vergleichbar sind. Bis zum Jahr 2007 existierten jedoch deutlich niedrigere Erfassungsgrenzen (siehe Fachserie 3, Reihe 2 S. 5 „Methodische Grundlagen der Agrarstrukturerhebung 2013“). Daher und aufgrund anderer methodischen Änderungen ist der Vergleich dieser Daten mit denen der ASE 2013 nur eingeschränkt zu empfehlen.“ (Stat. Bundesamt 2014, Fachserie 3 Reihe 2.2.1, S. 6)

„Die Erhebung aller Angaben erfolgt nach dem Ort des B e t r i e b s s i t z e s (Betriebssitzprinzip), nicht nach der Belegenheit der vom Betrieb selbst bewirtschafteten Flächen. Betriebssitz ist das Grundstück, auf dem sich die Wirtschaftsgebäude des Betriebes befinden. Befinden sich Wirtschaftsgebäude des Betriebes auf mehreren Grundstücken, ist der Betriebssitz das Grundstück, auf dem sich das wichtigste oder die in ihrer Gesamtheit wichtigsten Wirtschaftsgebäude befinden. Hat der Betrieb kein Wirtschaftsgebäude, so ist das Grundstück Betriebssitz, von dem aus der Betrieb geleitet wird. Dies gilt auch für Betriebe, deren Flächen teils im Inland, teils im Ausland liegen sowie für das auf diesen Flächen befindliche Vieh.

Demzufolge ist beispielsweise Vieh, das sich auf den im Ausland bewirtschafteten Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Inland befindet, in den Ergebnissen enthalten, Vieh auf den im Inland gelegenen Flächen von Betrieben mit Betriebssitz im Ausland dagegen nicht.

Das Betriebssitzprinzip ist insbesondere auch bei der Interpretation der Ergebnisse der Strukturerhebungen (ASE/LZ) in landwirtschaftlichen Betrieben zu beachten, da alle Angaben des Betriebes, z. B. über Flächen und Tierbestände, auf den Betriebssitz bezogen werden. Somit können bei regionalen Ergebnismessungen Unterschiede zur tatsächlichen Belegenheit der Flächen und Tierbestände auftreten.

Zugepachtete Flächen und zur Bewirtschaftung unentgeltlich erhaltenes Land sowie Dienstland, aufgeteilte Allmende und ähnliche Flächen werden demjenigen Betrieb zugerechnet, der sie bewirtschaftet.

2. Arbeitsmethoden

tet (selbstbewirtschaftete Fläche). Entsprechend werden verpachtete Flächen eines Betriebes nicht bei ihm, sondern beim zu pachtenden Betrieb erfasst und nachgewiesen.

In der Agrarstrukturerhebung werden jene Tiere nachgewiesen, die sich am Stichtag in den Ställen und auf den Flächen des Betriebes befinden, unabhängig davon, ob sie Eigentum des Betriebsinhabers sind oder nicht. In Pension weggegebene eigene Tiere gehen somit in die Ergebnisse des Pensionsbetriebes ein.“ (Stat. Bundesamt 2014, Fachserie 3 Reihe 2.2.1, S. 8)

Weitere wichtige Begriffe werden im Sinne des Statistischen Jahrbuchs über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2014 angewandt:

„**Abschreibungen:** Wertverzehr der Gegenstände des Anlagevermögens während des Geschäftsjahres; sie enthalten nicht die im Sonderposten mit Rücklageanteil abgegrenzten steuerlichen Sonderabschreibungen.

Agrarrohstoffe (Non-Food-Erzeugnisse) - z.B. Faserpflanzen, Wolle, Felle, Häute, Holz) werden in der EGW-Systematik unter „Gewerbliche Wirtschaft“ erfasst. Diese Erzeugnisse sind aber Teil der agrarischen Produktion.

AK-E (Arbeitskräfte-Einheit) entspricht der Arbeitsleistung einer Person, die das ganze Jahr mit betrieblichen Arbeiten (ohne Haushalt) voll beschäftigt war.

Arbeitskräfte, die in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, werden unterschieden nach den Familienarbeitskräften, zu denen die Betriebsinhaber und ihre mithelfenden Familienangehörigen zählen, und den familienfremden Arbeitskräften. Beide Hauptgruppen setzen sich zusammen aus voll- und teilbeschäftigten bzw. ständigen und nichtständigen Arbeitskräften.

Aufwendungen, sonstige betriebliche: Aufwandspositionen, die nicht anderen Positionen der GuV zugeordnet werden können, z.B. Unterhaltungsaufwendungen, Betriebsversicherungen (einschl. landwirtschaftlicher Unfallversicherung). Im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise gehören hierzu auch zeitraumfremde Aufwendungen, die bisher als neutraler Aufwand ausgewiesen wurden.

Außenbeitrag bezeichnet die Differenz zwischen den Exporten und den Importen von Waren und Dienstleistungen.

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtig sind alle Arbeiter, Angestellten und alle Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden.

Betriebe, landwirtschaftliche sind, wenn nicht anders definiert, Betriebe mit 2 ha LF und mehr bzw. mit einer Mindestgröße an Erzeugungseinheiten oder mit Spezialkulturen oder Tierbeständen, wenn festgelegte Mindestgrößen erreicht oder überschritten werden.

Betriebsergebnis ist der Saldo aus betrieblichen Erträgen (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, sonstige betriebliche Erträge) und betrieblichen Aufwendungen (Materialaufwand, Personalaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen).

Bevölkerung: Dazu zählen alle Personen am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung, einschließlich der im Bundesgebiet gemeldeten Ausländer und Ausländerinnen, nicht aber die Angehörigen der ausländischen Streitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

2. Arbeitsmethoden

Bilanz: Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva), die der Gewinnermittlung des Unternehmens dient. Die Aktivseite der Bilanz zeigt die Kapitalverwendung, die Passivseite die Kapitalherkunft.

BMELV-Jahresabschluss entspricht den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und kann daher in der Landwirtschaft für alle Rechtsformen verwendet werden. Die festgelegte Abgrenzung der Positionen im Abschluss führt zu einer Vereinheitlichung der Begriffe und ermöglicht Betriebsvergleiche innerhalb der in der Landwirtschaft anzutreffenden Rechtsformen sowie mit anderen Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Der Jahresabschluss wird gegen eine Vergütung von Steuerberatern und landwirtschaftlichen Buchstellen erstellt. Die Mitarbeit im Testbetriebsnetz ist freiwillig. Er bildet die Grundlage für die Datenerfassung ab dem Wirtschaftsjahr 1995/96.

Bruttoanlageinvestitionen untergliedern sich in Ausrüstungen, Bauten und sonstige Anlagen (u.a. Nutzvieh, Nutzpflanzungen, Computersoftware).

Brutto-Bodenproduktion stellt die Bodenleistung ohne Rücksicht auf die Art ihrer Verwertung dar. Alle landwirtschaftlich genutzten Flächen sind mit ihren ermittelten oder geschätzten Erträgen einbezogen.

Bruttoeigenerzeugung an Fleisch umfasst sämtliche im Inland erzeugten Tiere, unabhängig von der Schlachtung im In- oder Ausland. Sie errechnet sich aus den Inlandsschlachtungen (gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen) abzüglich der eingeführten und zuzüglich der ausgeführten Schlacht-, Nutz- und Zuchttiere. Angaben in Schlachtgewicht, d. h. einschließlich Knochen und Abschnittfette.

Bruttoinlandsprodukt ist in erster Linie ein Produktionsindikator und ergibt sich aus der bereinigten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Bruttoinvestitionen: Gesamter Zugang zum Investitionsbereich, d.h. Zugänge zum Anlagevermögen sowie Bestandsveränderungen bei Tieren und Vorräten.

Bruttonationaleinkommen ergibt sich, indem zum Bruttoinlandsprodukt die von der übrigen Welt empfangenen Primäreinkommen (Arbeitnehmerentgelt, Vermögenseinkommen, Subventionen) hinzugezählt und an die übrige Welt geleisteten Primäreinkommen (Arbeitnehmerentgelt, Vermögenseinkommen, Produktions- und Importabgaben) abgezogen werden.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel durch Abzug der Vorleistungen von den Produktionswerten ermittelt. Durch Addition der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche erhält man zunächst die unbereinigte Bruttowertschöpfung. Wird von der unbereinigten Bruttowertschöpfung die unterstellte Bankgebühr abgezogen (eine Vorleistung, die nicht auf einzelne Wirtschaftsbereiche aufgeteilt werden kann), ergibt sich die bereinigte Bruttowertschöpfung.

Deputate sind Sachbezüge von Arbeitnehmern der Land- und Forstwirtschaft. Diese Sachbezüge gehören wie Sachbezüge in anderen Wirtschaftszweigen zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Es werden jedoch ein Bewertungsabschlag von 4 Prozent und ein Rabatffreibetrag gewährt. Der Rabatffreibetrag beträgt 1.224 € im Jahr.

Durchschnittspreise entsprechen dem durchschnittlichen Erlös aller verkauften Qualitäten ohne Umsatzsteuer, bei Getreide und Milch vor Abzug der Mitverantwortungsabgabe. Änderungen gegenüber früheren Angaben bei einigen Produkten infolge Umstellung der landwirtschaftlichen Gesamtrechnung auf ESVG 1995.

2. Arbeitsmethoden

Einkommen: Gewinn bzw. Jahresüberschuss vor Steuern zuzüglich Personalaufwand. Diese Kennzahl dient zum Vergleich der Einkommenslage in verschiedenen Rechtsformen.

Ergebnis, außerordentliches ist der Saldo aus außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen. Dies sind ungewöhnliche Geschäftsvorfälle, die unregelmäßig auftreten. Im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise in der Landwirtschaft zählen hierzu nicht die zeitraumfremden Geschäftsvorfälle.

Ernährungsgewerbe, produzierendes, setzt sich zusammen aus Ernährungsindustrie und Ernährungshandwerk, die in 33 Wirtschaftszweige (Klassen) untergliedert sind. Die statistischen Einheiten werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit liegt. Im Rahmen der Statistik des Produzierenden Gewerbes wird dieser Schwerpunkt durch die Beschäftigtenzahl bestimmt, bei den Ergebnissen aus der Umsatzsteuerstatistik nach dem Umsatz. Der Vorjahresvergleich kann in einzelnen Wirtschaftszweigen durch Schwerpunktverlagerung und einer damit verbundenen Umgruppierung der Betriebe beeinträchtigt werden. Deshalb werden zusätzliche Angaben über fachliche Betriebsteile veröffentlicht, d. h. die Ergebnisse kombinierter Betriebe werden auf die verschiedenen Wirtschaftszweige aufgeteilt, denen die einzelnen Betriebsteile ihrer Produktion entsprechend zuzurechnen sind.

Erträge, sonstige betriebliche: Erträge, die nicht anderen GuV-Positionen zugeordnet werden können, insbesondere staatliche Zulagen und Zuschüsse (Betriebsprämien, Agrardieselerstattung, Investitionszulagen und -zuschüsse, Ausgleichszulage, Prämien für umweltgerechte Agrarerzeugung usw.). Hierzu gehören auch zeitraumfremde Erträge.

Erwerbspersonen sind alle, die als Selbständige, mithelfende Familienangehörige oder abhängig Beschäftigte (Beamte, Angestellte, Arbeiter, Auszubildende) eine unmittelbar oder mittelbar auf Erwerb gerichtete Tätigkeit auszuüben pflegen, ohne Rücksicht auf den Ertrag dieser Tätigkeit und auf die Arbeitszeit; unterschieden werden Erwerbstätige und Erwerbs-(Arbeits-)lose. Zu den Erwerbspersonen gehören auch die Soldaten. Die Zuordnung zu den Wirtschaftsbereichen richtet sich bei mehreren Tätigkeiten nach der zeitlich überwiegenden Tätigkeit.

Erwerbstätige sind Personen, die als unselbstständig oder selbstständig Beschäftigte gegen Bezahlung arbeiten, wobei auch Arbeit von mithelfenden Angehörigen bei Selbstständigen (z.B. in der Landwirtschaft oder bei Gewerbetreibenden) gemeint ist. Erwerbstätig sind auch Frauen im Mutterschutz, Karenz- bzw. Kindergeldbezieherinnen mit aufrechter Dienstverhältnis bis 2 Jahre sowie Personen, die aufgrund von Krankheit, Unfällen oder aus anderen Gründen vorübergehend nicht arbeitsfähig sind.

Europäische Größeneinheit (EGE): Maßeinheit der wirtschaftlichen Betriebsgröße (1EGE = 1200 Euro Standarddeckungsbeitrag)

Festmeter: Maßeinheit für die feste Holzmasse ohne Hohlräume, die rechnerisch dem Rauminhalt von 1 Kubikmeter (m³) entspricht.

Finanzergebnis ist der Saldo aus Finanzerträgen (z.B. Zinserträge) und Finanzaufwendungen (Zinsaufwendungen).

Freiwilliger Landtausch ist ein schnelles und einfaches Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz (FlurbG - §103a-i), in dem die Agrarstruktur durch Tausch und Arrondierung ländlicher Grundstücke verbessert wird. Er kann auch aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchgeführt werden. Er setzt voraus, dass sich alle Tauschpartner über die Tauschbedingungen einig sind und auf dieser Grundlage den Tausch beantragen. Er ist vor allem dann geeignet, wenn eine begrenzte Besitzersplitterung behoben werden soll und hierzu keine oder nur geringe

2. Arbeitsmethoden

Vermessungsarbeiten und Folgemaßnahmen nötig sind. In einem Tauschplan fasst die Flurbereinigungsbehörde die Vereinbarungen über die zu tauschenden Grundstücke und über geldliche Leistungen, sonstige zwischen den Tauschpartnern getroffene Regelungen und alle Rechte, zusammen.

Freiwilliger Nutzungstausch ist ein einfaches, schnelles und kostengünstiges Bodenordnungsverfahren. Es dient zur Verbesserung der Bewirtschaftungsverhältnisse und Schaffung von betriebsorientierten Wirtschaftseinheiten und damit gleichzeitig der Erhaltung der Kulturlandschaft sowie der Sicherung einer nachhaltigen Landnutzung. Auf der Basis von Pachtverträgen werden Wirtschaftsflächen zwischen den Landwirten getauscht; mit einbezogen werden auch die von den Tauschpartnern selbst bewirtschafteten Eigentumsflächen. Das Eigentum an den Grundstücken bleibt unverändert.

Futterwert ist ein Maßstab sowohl für die chemische Zusammensetzung eines Futtermittels als auch für seine Verwertung durch das Tier. Da jede Tierart unterschiedliche Möglichkeiten zur Verdauung des Futters besitzt, hat dasselbe Futter für verschiedene Tiere einen unterschiedlichen Wert, d.h. der Futterwert gilt nur unter Bezugnahme auf eine bestimmte Tierart.

Fleischverbrauch umfasst neben dem menschlichen Fleischverzehr (Nahrungsverbrauch) auch die Mengen, die nicht verzehrt werden: Knochen, Verluste, an Tiere (insb. Hunde, Katzen) verfütterte Mengen sowie die industrielle Verwertung. Der menschliche Fleischverzehr liegt deshalb deutlich niedriger als der gesamte Verbrauch - der hier der gesamten inländischen Verwendung entspricht -, ist aber dessen weitaus wichtigste Komponente. Zur Verdeutlichung der Unterschiede werden nachstehend alle Angaben über den Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch um den von Experten geschätzten Fleischverzehr pro Kopf ergänzt.

Gesamteinkommen ist das Erwerbseinkommen zuzüglich Einkünfte aus privatem Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstigen steuerpflichtigen Einkünften und erhaltenen Einkommensübertragungen (Kinder-, Arbeitslosen-, Vorruhestandsgeld, Altersrenten usw.).

Gesamtrechnung für den Bereich Landwirtschaft (einschl. Garten- und Weinbau, ohne Forstwirtschaft und Fischerei) ist nach den Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) aufgestellt.

Gesamtleistung im Ernährungsgewerbe errechnet sich aus Umsatz ohne Umsatzsteuer plus/minus Bestandsveränderungen an selbthergestellten und bearbeiteten Erzeugnissen plus selbsterstellte Anlagen.

Getreideeinheit (GE) wird benutzt als gemeinsamer Nenner sowohl bei der Brutto-Bodenproduktion als auch bei der Nahrungsmittelproduktion und der Netto-Nahrungsmittelproduktion und ermöglicht eine Zusammenfassung der einzelnen Erzeugnisse zu einem Gesamtwert. Die Getreideeinheit ist eine Kennzahl, die in Abhängigkeit von der Verwendungsstruktur des landwirtschaftlichen Erzeugnisses in der Fütterung das Energielieferungsvermögen eines Erzeugnisses im Verhältnis zum errechneten Energielieferungsvermögen von Futtergerste wiedergibt. Die tierischen Erzeugnisse werden nicht nach ihrem eigenen Nettoenergiegehalt, sondern nach dem Nettoenergiegehalt des Futters bewertet, das durchschnittlich zu ihrer Erzeugung erforderlich ist.

Getreidewert: siehe Produkteinheiten.

Gewerbe, verarbeitendes: Die Erhebungen erstreckten sich bis zum Berichtsjahr 2006 in der Regel auf sämtliche Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 tätigen Personen. Ab 2007 sind nur noch wichtige Daten über Betriebe für diesen Berichtskreis verfügbar. Weitere Daten über Betriebe und fachliche Betriebsteile beziehen sich ab dem Berichtsjahr 2007 auf Betriebe mit 50 und mehr Beschäf-

2. Arbeitsmethoden

tigten. Durch die überwiegend kleineren Betriebs-/Unternehmensgrößen im Ernährungsgewerbe liegt dort bei einigen Wirtschaftszweigen die Erfassungsgrenze bei 10 Beschäftigten und mehr. Die niedrigere Erfassungsgrenze ist bei den betreffenden Statistiken jeweils in der Fußnote angegeben.

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) dient der Ermittlung und Darstellung des Erfolgs eines Geschäftsjahres. Sie wird nach dem Gesamtkostenverfahren und Bruttoprinzip (keine Verrechnung von Aufwendungen und Erträgen) in Staffelform aufgestellt. Der Gewinn/Verlust ist identisch mit dem Gewinn/Verlust aus dem Betriebsvermögensvergleich in der Bilanz.

Gewinn/Verlust bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag stellt die Summe aus Betriebs-, Finanz- und außerordentlichem Ergebnis dar. Der Gewinn/Verlust umfasst bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften das Entgelt für die nicht entlohnte Arbeit des landwirtschaftlichen Unternehmens und u. U. Mitunternehmers sowie seiner/ihrer mitarbeitenden, nicht entlohten Familienangehörigen, das eingesetzte Eigenkapital und die unternehmerische Tätigkeit. Er steht für die Privatentnahmen des/der Unternehmer/s (private Steuern, Lebenshaltung, Krankenversicherung, Alterssicherung, Altenteillasten, Erbabfindungen, private Vermögensbildung usw.) und die Eigenkapitalbildung des Unternehmens (Nettoinvestitionen, Tilgung von Fremdkapital) zur Verfügung.

Der Gewinn ist nicht mit den steuerlichen Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft gleichzusetzen, die anhand von Pauschalansätzen (nach § 13 a EStG) ermittelt werden.

Bei juristischen Personen lautet die entsprechende Bezeichnung nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) „Jahresüberschuss/-fehlbetrag“. Da in landwirtschaftlichen Unternehmen dieser Rechtsform die eingesetzte Arbeit bereits voll entlohnt ist, umfasst der Jahresüberschuss/-fehlbetrag nur das Entgelt für das eingesetzte Eigenkapital.

Gewinn/Verlust bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag plus Personalaufwand: Gewinn/Verlust bzw. Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern vom Einkommen und Ertrag zuzüglich Personalaufwand. Diese Kennzahl dient zum Vergleich der Einkommenslage in verschiedenen Rechtsformen.

Großvieheinheit (GV; GVE) ist ein Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztvieharten auf der Basis des Lebendgewichtes (LG) der einzelnen Tierarten. 1 GV entspricht dabei ca. 500 kg LG und ist auf den ganzjährig im Betrieb gehaltenen Durchschnittsbestand bezogen.

Haupterwerbsbetriebe sind Betriebe mit 1,5 und mehr Arbeitskräften (AK-Einheiten) je Betrieb oder 0,75 bis 1,5 Arbeitskräfte je Betrieb und einem Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen von mindestens 50 %. Nebenerwerbsbetriebe = alle anderen Betriebe.

Integriertes ländliches Entwicklungskonzept (ILEK) dient der Einbindung der Land- und Forstwirtschaft in den Prozess zur Stärkung der gesamten regionalen Wirtschaft. Es soll auf der Basis einer Analyse der regionalen Stärken und Schwächen einer Region die Entwicklungsziele für die Region definieren, Handlungsfelder festlegen, Strategien zur Realisierung der Entwicklungsziele entwickeln und erste prioritäre Entwicklungsprojekte beschreiben und umsetzen.

Mit dem integrierten ländlichen Entwicklungskonzept (ILEK) wurde die großräumige agrarstrukturelle Entwicklungsplanung alter Prägung mit einem wesentlich breiteren Ansatz weiter entwickelt.

Dabei geht es insbesondere darum, dass Regionen eine auf ihre besondere Situation ausgelegte Entwicklungsstrategie erarbeiten. Die Region ist als Gebiet mit räumlichem und funktionalem Zusammenhang definiert.

Jahresarbeitsinheit (JAE) ist die Arbeitsleistung einer vollzeitlich im Betrieb beschäftigten Person.

2. Arbeitsmethoden

Kettenindex ist ein spezieller Indextyp, der sich aus der zeitlichen Verknüpfung (Multiplikation) von Teilindizes ergibt; diese beziehen sich jeweils auf das Vorjahr und haben damit ein jährlich wechselndes Wägungsschema. Zur Darstellung wird der Kettenindex auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (z. B. Jahr 2000 = 100), was aber nicht zu verwechseln ist mit dem bisherigen Preisbasisjahr (bei der Festpreisrechnung).

Konsumausgaben: Die privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe (auch unterstellte Käufe) der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Die Konsumausgaben des Staates entsprechen den Aufwendungen des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden.

Materialaufwand sind Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (z.B. Saatgut, Düngemittel), für bezogene Waren und Leistungen. Die entsprechenden Bestandsveränderungen sind nicht bei den Einzelpositionen ausgewiesen, sondern in einer Sammelposition zusammengefasst.

MRE: Multiresistente Erreger

MRSA: (= Methicillin-resistente Staphylococcus aureus) gehört zur Gruppe der MRE (= multiresistente Erreger). Für sie gibt es in Deutschland keine Meldepflicht. Die in den Abbildungen dargestellten Werte beruhen auf den gemeldeten Daten der Gesundheitsämter.

Nahrungsmittelproduktion umfasst alle Mengen, die an Nahrungsmitteln sowie an Rohprodukten für gewerbliche Zwecke verfügbar werden. Darunter fallen sowohl die pflanzlichen Erzeugnisse, die für die menschliche Ernährung direkt verwendet werden, zur Verarbeitung im Ernährungsgewerbe dienen oder für technische Zwecke genutzt werden als auch die tierischen Erzeugnisse aus den verschiedenen Zweigen der landwirtschaftlichen Veredlungswirtschaft. Darin enthalten sind auch die tierische Erzeugung aus eingeführten Futtermitteln sowie die Ausfuhren an Nutz- und Zuchtvieh. Berücksichtigt sind auch die Veränderungen des Viehbestandes, bereinigt um die Einfuhr von Nutz- und Zuchtvieh. Nicht der Nahrungsmittelproduktion zugerechnet werden dagegen die landwirtschaftlichen Vorleistungen (Futter, Saat- und Pflanzgut, Bruteier).

Nahrungsmittelverbrauch kennzeichnet die für den Verbrauch zur Verfügung stehenden, nicht aber die tatsächlich verzehrten Mengen. Vergleiche mit den Statistiken über die von privaten Haushalten eingekauften Mengen sind nur begrenzt möglich. Dies gilt vor allem bei Erzeugnissen, die nicht oder nur zum geringen Teil in der ersten Verarbeitungsstufe (Mehl, Fleisch- in Schlachtgewicht) eingekauft wurden, sondern erst nach einer weiteren Be- oder Verarbeitung (z.B. Backwaren, Fleisch- und Wurstwaren). Außerdem bleibt in den Wirtschaftsrechnungen der Verzehr außer Haus unberücksichtigt.

Nebenerwerbsbetrieb: siehe Haupterwerbsbetriebe.

Nettoinvestitionen sind der die Abschreibungen und Abgänge überschreitende Zugang zum Investitionsbereich, d.h. Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen und Abgänge.

Netto-Nahrungsmittelproduktion stellt die Erzeugung aus heimischer Bodenleistung dar und wird aus der Nahrungsmittelproduktion durch Abzug der Futtermiteleinfluhren errechnet.

Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten (Volkseinkommen) ergibt sich durch Verminderung des Bruttonationaleinkommens zu Marktpreisen um die Abschreibungen (durch Verschleiß und wirtschaftliches Veraltern bedingte Wertminderung, bewertet zu Wiederbeschaffungspreisen) und die Produktions- und Importabgaben an den Staat abzüglich Subventionen vom Staat.

2. Arbeitsmethoden

Netto-Stundenverdienst ist definiert als der Verdienst eines männlichen Industriefacharbeiters (einschl. Hoch- und Tiefbau), Leistungsgruppe 1, verheiratet, ohne Kind; Umrechnung des Brutto-Stundenverdienstes auf Netto-Stundenverdienst nach dem Verhältnis zwischen Brutto- und Netto-Wochenverdienst.

Personalaufwand: Summe der Löhne und Gehälter einschließlich aller Zulagen sowie aller sozialen Abgaben und der Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung.

Preise und Preisindizes werden mit Ausnahme der Endverbraucherpreise und ihrer Indizes entsprechend preisstatistischen Grundsätzen ohne Einrechnung der Umsatzsteuer dargestellt. Mit der Umstellung des Preisindex für die Lebenshaltung auf die international geltende Systematik COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) sowie infolge Berechnung des Index für Deutschland insgesamt ist die Darstellung langer Reihen nicht möglich.

Produkteinheiten werden als Maßeinheiten verwendet, wenn bestimmte Rohstoffe zu Verarbeitungserzeugnissen zusammengefasst oder bestimmte Bestandteile in unterschiedlich zusammengesetzten Produkten addiert werden sollen, z.B. Frischkartoffeln, Getreidekörner, Mehl, Magermilch, Weißzucker. Die Umrechnung erfolgt mittels technischer Koeffizienten.

Produktionswert: Dazu gehören alle Verkäufe an andere Wirtschaftsbereiche und landwirtschaftliche Einheiten, die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, der Eigenverbrauch zu Nahrungszwecken, die Vorratsveränderungen pflanzlicher und tierischer Erzeugnisse sowie die selbsterstellten Anlagen (Vieh, Dauerkulturen). Zusätzlich wird der Teil der Produktion erfasst, der von derselben Einheit im Laufe desselben Wirtschaftsjahrs als Vorleistung verwendet wird (innerbetrieblicher Verbrauch). Zu dieser Summe werden die Gütersubventionen (insbesondere die Ausgleichszahlungen und Tierprämien der GAP-Reform) hinzugezählt und die Gütersteuern (z.B. Erzeugerabgaben für Zucker) abgezogen. Ab 2005 sind die EU-Zahlungen von der Produktion entkoppelt und werden als Betriebsprämie ausgezahlt. Im Sinne des ESVG 95 werden sie als sonstige Subventionen verbucht. Außerdem werden die landwirtschaftlichen Dienstleistungen (z.B. Lohnunternehmen, Maschinenringe) und nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten, welche charakteristisch für den landwirtschaftlichen Sektor sind, dem Produktionswert des Agrarsektors zugerechnet.

Regionalmanagement (RM) soll ländliche Entwicklungsprozesse initiieren, organisieren und in der Umsetzungsphase begleiten. Primär geht es dabei darum, die Bevölkerung und die anderen Akteure in einer Region durch Information und Beratung zu aktivieren. Ziel dieses Prozesses ist es, Projekte, die der Entwicklung einer Region dienen, zu identifizieren und in ihrer Umsetzung zu begleiten.

Schaleneiwert: siehe Produkteinheiten.

Selbstversorgungsgrad: Er zeigt, in welchem Umfang die Erzeugung der heimischen Landwirtschaft den Bedarf (Gesamtverbrauch) decken kann oder um welchen Prozentsatz die Produktion den inländischen Bedarf übersteigt. Der Selbstversorgungsgrad ist gleich der Inlandserzeugung in Prozent des Gesamtverbrauchs für Nahrung, Futter, industrielle Verwertung, Saatgut, Marktverluste.

Spezialhandel umfasst den Warenverkehr unmittelbar mit dem Ausland sowie über Zollgut- und Freihafenlager, soweit die Waren in den freien Verkehr (einschl. des Verbrauchssteuerverkehrs) gehen oder dorthin stammen. Außerdem enthält der Spezialhandel den Warenverkehr zur bzw. nach Veredelung (Eigen- und Lohnveredelung) im zollamtlich zugelassenen Veredelungsverkehr, die Einfuhr in die Freihäfen zum dortigen Ge- und Verbrauch und die Ein- und Ausfuhr für den Schiffsbedarf. Im Warenwert sind u. a. Abschöpfungen oder Erstattungen sowie Währungsausgleich nicht enthalten.

2. Arbeitsmethoden

Entgegen dem EU-Schema werden die Einfuhren sowohl im innergemeinschaftlichen als auch im Dritthandel nach Ursprungsland erfasst.

Standarddeckungsbeitrag (SDB) einer Tier- bzw. Fruchtart ist die mit standardisierten Ansätzen ermittelte Differenz zwischen der jeweiligen geldlichen Bruttoleistung (einschl. produktgebundener Ausgleichszahlungen, Beihilfen bzw. Prämien) und den zurechenbaren Spezialkosten (ohne variable Arbeiter- und Maschinenkosten). Die Summe der Standarddeckungsbeiträge der Betriebszweige ergibt den Standarddeckungsbeitrag des Betriebes. Daraus wird das Standardbetriebseinkommen errechnet. Aus der Zusammensetzung des betrieblichen Standarddeckungsbeitrages wird die Zugehörigkeit der Betriebe zu Betriebsformen und -typen abgeleitet.

Standarddeckungsbeiträge (SDB) werden vom Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) regionalisiert nach 38 Regionen (Regierungsbezirke) für 23 Produktionszweige der Bodennutzung und für 16 Tierhaltungsmerkmale ermittelt.

Steuerergebnis ist die Summe aus Steuern vom Einkommen und Ertrag sowie sonstiger Steuern (= Betriebssteuern).

Umsatzerlöse sind Erlöse aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung sowie der Wert der Naturalentnahmen für geschäftstypische Erzeugnisse und Waren sowie für Dienstleistungen nach Abzug von Erlösschmälerungen und Umsatzsteuer.

Vergleichswert: Nach den Vorschriften des Bewertungsgesetzes im vergleichenden Verfahren ermittelter Ertragswert einer Nutzung oder eines Nutzungsteils (z.B. landwirtschaftliche, weinbauliche, gärtnerische Nutzung) eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes. Der durchschnittliche Vergleichswert der landwirtschaftlichen, weinbaulichen und gärtnerischen Nutzung gilt für die bewirtschaftete Fläche.

Versorgungsbilanzen stellen das Aufkommen (verwendbare Erzeugung + Einfuhren) und die Verwendung (Inlandsverwendung + Ausfuhren + Bestandsveränderungen) der Gesamtheit eines Erzeugnisses oder einer Erzeugnisgruppe in einem Mitgliedstaat oder der EU einander gegenüber. Die Versorgungsbilanzen werden für die pflanzlichen Produkte nach Wirtschaftsjahren und für die tierischen Produkte nach Kalenderjahren ausgewiesen.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR): erfasst die gesamtwirtschaftlichen Einkommens- und Güterströme in einer Volkswirtschaft oder mit dem Ausland in einer abgelaufenen Periode anhand von Einnahmen und Ausgaben und liefert dadurch im Nachhinein einen quantitativen Überblick über das wirtschaftliche Geschehen in einer Volkswirtschaft. Grundlage der VGR ist die Kreislauftheorie, bei der alle Unternehmen und alle Haushalte einer Volkswirtschaft in Sektoren zusammengefasst werden. Die zwischen den Sektoren bestehenden Verbindungen in Form von Güter-, Geld- und Leistungsströmen werden buchhaltungstechnisch festgehalten. Die Hauptaufgabe der VGR ist der Ausweis des Bruttoinlandsproduktes nach Entstehung, Verwendung und Verteilung. Des Weiteren widmet sie sich der Ermittlung von Eckdaten der Sozial-, Wachstums- und Konjunkturpolitik. Als Ausgangspunkt gesamtwirtschaftlicher Analysen und Prognosen nimmt die VGR eine wichtige Stellung ein.

Vorleistungen für die Landwirtschaft umfassen den ertragssteigernden Aufwand, die Ausgaben für zugekaufte sowie innerbetrieblich erzeugte und verbrauchte Futtermittel, die Ausgaben für Energie, die Kosten der Unterhaltung von Maschinen und Wirtschaftsgebäuden sowie die Ausgaben für Dienstleistungen. Die Vorleistungen für die Landwirtschaft enthalten neben den Käufen von anderen

2. Arbeitsmethoden

Wirtschaftsbereichen auch die Käufe von landwirtschaftlichen Einheiten. Sie enthalten nicht die Löhne für fremde Arbeitskräfte, Beiträge für Sozial- und Unfallversicherung, Schuldzinsen und Käufe von Investitionsgütern.“

Aus: Stat. Jahrb. Über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 2014.

<http://www.bmelv-statistik.de/de/statistisches-jahrbuch/glossar-des-statistischen-jahrbuches/> (2015-11-10); einige Begriffe aus Fachlexika ergänzt.

Die Arten der landwirtschaftlichen Betriebe werden in der Statistik nach Klassen der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung (BWA) erfasst. Die Agrarstrukturerhebung 2013 operierte mit 9 allgemeinen BWA-Klassen:

Tab. 1: Beispiele für Zuordnungskriterien der allgemeinen BWA-Klassen

Allgemeine BWA	Anteil des SO der Produktionszweige am gesamten SO des Betriebes
Spezialisierte Ackerbaubetriebe	Ackerbau (d. h. Getreide und Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung, Ölfrüchte, Hackfrüchte, weitere Handelsgewächse, Gemüse und Erdbeeren im Freiland im Wechsel mit landwirtschaftlichen Kulturen, Saat- und Pflanzguterzeugung auf Ackerland, sonstige Ackerlandkulturen, stillgelegtes/aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenes Ackerland/Brache und Futterpflanzen zum Verkauf, Futterpflanzen für Weidevieh (siehe unten), wenn KEIN Weidevieh im Betrieb vorhanden) > 2/3
Spezialisierte Gartenbaubetriebe	Gemüse und Erdbeeren im Freiland und unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern im Wechsel mit gärtnerischen Kulturen, Blumen und Zierpflanzen im Freiland unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern, Pilze und Baumschulen > 2/3
Spezialisierte Dauerkulturbetriebe	Baum- und Beerenobstanlagen, Rebflächen, sonstige Dauerkulturen und Dauerkulturen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen einschließlich Gewächshäusern > 2/3
Spezialisierte Futterbaubetriebe (Weideviehbetriebe)	Weidevieh (Einhufer, alle Arten von Rindern, Schafen und Ziegen) sowie Futterpflanzen für Weidevieh (Futterhackfrüchte, grün geerntete Pflanzen, Wiesen und Weiden, ertragsarmes Dauergrünland), wenn Weidevieh im Betrieb vorhanden > 2/3
Spezialisierte Veredlungsbetriebe	Veredlung, d.h. Schweine (d.h. Ferkel, Zuchtsauen, andere Schweine), Geflügel (d.h. Masthühner, Legehennen, sonstiges Geflügel) > 2/3
Pflanzenbauverbundbetriebe	Ackerbau, Gartenbau und Dauerkulturen > 2/3 (aber Ackerbau ≤ 2/3, Gartenbau ≤ 2/3 und Dauerkulturen ≤ 2/3)
Viehhaltungsverbundbetriebe	Weidevieh, Futterpflanzen und Veredlung > 2/3 (aber Weidevieh und Futterpflanzen ≤ 2/3 und Veredlung ≤ 2/3)
Nicht klassifizierbare Betriebe	Nicht im Klassifizierungssystem erfasste Betriebe (gesamter SO = 0)
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbundbetriebe	Betriebe, die in den vorherigen Klassen ausgeschlossen wurden

Aus: Stat. Bundesamt (2015) *Arbeitskräfte. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.1.8, S. 16, 17.*

2. Arbeitsmethoden

Diese Gliederung ist keineswegs optimal. Bereits die Nomenklatur ist missweisend: Hinter dem wohlklingenden Begriff „Veredlung“ verbirgt sich unter anderem die Massentierhaltung, in der weder mit Menschen noch Tieren „edel“ umgegangen wird.

In diesem Kontext fällt auf, dass weder das Leitbild noch die Definition von Landwirtschaft im BauGB, noch die des landwirtschaftlichen Betriebs besondere Qualifikationen des Inhabers oder des Betreibers erfordern. Die Rechtssituation in Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass es keine verbindliche Definition des Landwirts gibt. Allerdings kann in der realen Praxis einiger Bundesländer – etwa bei der Genehmigung von Agrarlandverkäufen – auf die Dateien der Landwirtschaftskammern über ausgebildete Landwirte zurückgegriffen werden. Jedoch gilt dies nicht für Ostdeutschland. Nach der Wiedervereinigung wurden in keinem der neuen Bundesländer die Landwirtschaftskammern wieder eingerichtet.

In der Tierhaltungsstatistik werden die Bestände häufig in Großvieheinheiten angegeben. Mit einer Großvieheinheit - abgekürzt GV, GVE oder VE (= Vieheinheit) - wird ein großes Haustier (Pferd, Rind) als Bemessungsstandard für Emissionen, Agrarumweltmaßnahmen, Nährstoffbedarf, Düngung und ähnliches gesetzt. Eine Großvieheinheit soll einer Lebendmasse von 500 kg entsprechen. Das Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) hat dafür einen Schlüssel entwickelt:

Tab. 2: Umrechnungsschlüssel für Großvieheinheiten

<i>Tierart</i>	<i>GV</i>
Rinder	
Kühe und Rinder über 2 Jahre	1,20
Weibliches Jungvieh 1 - 2 Jahre	0,60
Mastrinder 1 - 2 Jahre	0,70
Kälber und Jungvieh bis 1 Jahr	0,30
Mastkälber	0,30
Schafe	
Schafe über 1 Jahr	0,10
Schafe unter 1 Jahr	0,05
Bock	0,20
Pferde	
Fohlen unter 6 Monate und Ponys	0,50
Pferde 6 Monate bis 1 Jahr	0,70
Pferde über 1 Jahr	1,00
Schweine	
Mastschweine (20 - 110 kg)	0,13
Mastschweine (25 - 115 kg)	0,14

2. Arbeitsmethoden

Zuchtsauen ohne Ferkel, Eber (150 kg)	0,30
Zuchtsauen mit Ferkeln (Ferkel 1,4 - 9 kg)	0,40
Zuchtsauen mit Ferkeln (Ferkel 1,4 - 13,6 kg)	0,45
Jungsauenaufzucht (30 - 90 kg)	0,12
Aufzuchtferkel (6/8 - 15 kg)	0,02
Aufzuchtferkel (6/8 - 25 kg)	0,03
Aufzuchtferkel (13 - 28 kg)	0,04
Geflügel	
Legehennen	0,0034
Junghennen	0,0014
Masthähnchen	0,0015
Pekingentenaufzucht	0,0013
Pekingentenmast	0,0038
Flugentenaufzucht	0,0012
Flugentenmast	0,0050
Truthühneraufzucht	0,0022
Truthühnermast, Hennen	0,0125
Truthühnermast, Hähne	0,0222

Aus: <https://www.landwirtschaft.sachsen.de/landwirtschaft/3839.htm> (2015-11-14),
<http://daten.ktbl.de/gv-rechner/gvHome.do#start> (2015-11-14)

2.4 ALLGEMEINE METHODIK

Die Widersprüchlichkeit der in Abschnitt 2.1 erwähnten Zitate und die teilweise unverständlichen Bezüge der Autoren auf extrem veraltete Daten – insbesondere im Entwurf zum Landesentwicklungsprogramm 2016 – zwingen dazu, Vergleichsaspekte stärker zu systematisieren. Dies betrifft vor allem die Aktualisierung der Datenbasis und die Notwendigkeit, die Raumbezüge möglichst so zu homogenisieren, dass die Vergleiche überhaupt möglich und sinnvoll sind. Die meisten Vergleiche unterstellen implizit Ceteris-paribus-Klauseln, die in dieser Arbeit zumindest ansatzweise mitreflektiert werden sollen. Daher wird dem Landwirtschaftsvergleich ein ausführlicher Vergleich der physisch-geographischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vorangestellt. Die meisten dieser Daten werden im Folgenden in standardisierten Diagrammen dargestellt, um damit Vergleiche direkt zu visualisieren.

2. Arbeitsmethoden

In modernen Gesellschaften hängen räumliche Nutzungsformen und Verbreitungsmuster weniger von natürlichen Rahmenbedingungen oder der „reinen“ Nachfrage ab, als vielmehr von Fragen der Organisation (vgl. Klüter 1999).

Dies betrifft

- die Organisation des Angebots,
- die Organisation der Nachfrage und
- die Organisation der Infrastruktur, einschließlich der Kommunikations-, Verkehrs- und gebietskörperschaftlichen Dienstleistungen.

Dabei geht es einerseits um die Struktur von Unternehmen, Behörden, Verbänden oder Vereinen nach innen, andererseits um die Frage, wie diese Organisationen sich voneinander abgrenzen, wie sie miteinander kommunizieren, Interessen umsetzen und aufeinander Einfluss nehmen (vgl. Klüter 2000, 2002).

In der Landwirtschaft spielen beide Aspekte eine wichtige Rolle: Die Binnenstruktur ist beispielsweise dadurch charakterisiert, dass ein Teil der Betriebe als bäuerliche Familienunternehmen, ein weiterer Teil als Personengemeinschaft und ein dritter als juristische Person organisiert ist.

Die Art der Außenbeziehungen kann z.B. bedeuten, dass in bestimmten Fällen mehrere Bauernhöfe ein Dorf bilden, die sich selbst und den lokalen Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Viehfutter versorgen. Umgekehrt erreichen jedoch andere Betriebe derartige Dimensionen, dass mehrere Siedlungen in den Agrarflächen dieses Betriebes liegen. Der Großbetrieb spielt für die lokale Versorgung vor Ort keine Rolle, weil die gesamte Produktion an einen Großabnehmer in der Nahrungsmittelindustrie geht. Solche regionalen Systemstrukturen in der Landwirtschaft zu durchleuchten, kann in dieser Arbeit nicht geleistet werden. Über bestimmte, teilweise hoch aggregierte Indikatoren können jedoch die Leistungsfähigkeit bzw. andere Eigenschaften regionaler landwirtschaftlicher Teilsysteme erfasst und miteinander verglichen werden (vgl. Bastian, Klüter 2012, S. 10 – 15, Klüter 2014, S. 30 - 38). Das Rahmenkonzept wird in folgenden Teilstrategien umgesetzt:

1. Funktionalisierte regionalisierte Vergleiche,
2. Institutions- und Organisationsvergleiche,
3. Statistische Vergleiche,
4. Kartographische Vergleiche,
5. Regionalisierte Prozessvergleiche,
6. Kompatibilitätsvergleiche,
7. Präsentations- und Literaturvergleiche.

Zu 1. Funktionalisierte regionalisierte Vergleiche:

Ausgehend von den Zielen des Vergleichs werden Instrumente und Regionalisierung gewählt. In Bezug auf Landwirtschaft sind solche Ziele neben den betrieblichen Produktionszielen der Grad der Nachfragedeckung, die Aufrechterhaltung der Bindung der Bevölkerung an ländliche Räume durch landwirtschaftliches Eigentum, die Landschaftspflege, der Schutz und die Erhaltung der natürlichen Ressourcen und die Art und Weise der Verknüpfung mit nicht agrarischen Wirtschaftssektoren. Die Pluralität mehrerer gleichberechtigter Ziele wird durch die Formulierung unterstrichen:

„Die Absicht Gewinn zu erzielen ist nicht erforderlich.“

2. Arbeitsmethoden

(Stat. Bundesamt 2014; zitiert auf S. 24 der vorliegenden Arbeit).

Die Frage der zu wählenden Regionalisierung stellt sich unter diesen Bedingungen ebenfalls mehrdimensional:

a) Regionalisierung nach natürlich-klimatischen Rahmenbedingungen. Eine solche Regionalisierung ist besonders für den Pflanzenbau wichtig. Beispielsweise wird versucht, mit der Ausweisung von Boden-Klima-Räumen (s.u.) diesen Problembereich anzunähern. Allerdings werden nur wenige agrarstatistische Daten nach solchen Regionalisierungen erfasst.

b) Politisch-administrative Regionalisierungen. Die gebietskörperschaftlichen Grenzen entsprechen in Deutschland nur selten natürlich-klimatischen Gegebenheiten. Die Grenze zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein durchschneidet eine bodenkundlich und klimatisch zusammenhängende Region. Ähnliches gilt für die Südgrenze zum Land Brandenburg. Andererseits erheben die Gebietskörperschaften mit ihren statistischen Ämtern und Landesämtern eine Vielzahl von Daten und Indikatoren, die neben der Landwirtschaft auch andere Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche umfassen.

Der hier durchgeführte Bundesländervergleich legt den Hauptakzent der Aufgabenstellung entsprechend auf die 16 Bundesländer, wobei die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen eine Sonderrolle einnehmen.

Aufgrund der natürlich-klimatischen Gemeinsamkeiten kommt dem Vergleich mit dem Nachbarland Schleswig-Holstein eine hervorragende Bedeutung zu. Teilweise werden auch die anderen nordwestdeutschen Flächenländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen in die ausführlichere Betrachtung einbezogen.

Aufgrund der historisch-organisatorischen Gemeinsamkeiten erscheint es notwendig, die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns vor dem gemeinsamen DDR-Hintergrund und der dadurch bedingten Dominanz von Großbetrieben mit den anderen ostdeutschen Flächenländern genauer zu vergleichen.

Zu 2. Institutions- und Organisationsvergleiche:

Die innerbetriebliche Organisation, wie etwa die Unterschiede zwischen juristischen Personen und bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben, haben erhebliche Auswirkungen auf die Flächennutzung, auf Art und Intensität der Einkommenskombinationen. Art und Weise der zwischenbetrieblichen Verknüpfungen wie Liefer-, Vertrags- und Absatzbeziehungen differieren erheblich. Auch landwirtschaftliche Verbands- und Selbstorganisationsformen sind betroffen. Beispielsweise gibt es in einigen Bundesländern Landwirtschaftskammern, in Mecklenburg-Vorpommern jedoch nicht.

Zu 3. Statistische Vergleiche:

Die Qualität statischer Vergleiche hängt in starkem Maße von der Exaktheit und Analysetiefe der jeweiligen Datenerhebungen ab. Auf Bundesebene werden

- Bodennutzungserhebungen,
- Erhebungen über die Viehbestände,
- Strukturerhebungen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben,
- Ernteerhebungen,
- Geflügelstatistik,
- Schlachtungs- und Schlachtgewichtsstatistik,

2. Arbeitsmethoden

Milchstatistik,
Fischerei- und Aquakulturstatistik,
Weinstatistik,
Holzstatistik und
Düngemittelstatistik

in unterschiedlichen Periodisierungen erhoben. Die Bodennutzungshaupterhebung wird jedes Jahr durchgeführt. Agrarstrukturerhebungen werden derzeit alle drei Jahre durchgeführt, d.h. 2010, 2013, 2016. Dabei werden die meisten Daten aus einer 80.000-Betriebe-Stichprobe gezogen. Im Output werden die Ergebnisse als Hunderter- oder Tausender-Größen angegeben, was insbesondere bei kleineren Betriebszahlen, wie sie in Ostdeutschland vorherrschen, zu erheblichen Ungenauigkeiten führt. 2010 war die letzte Vollerhebung. Die Agrarstrukturerhebung 2016 wird als Kombination einer allgemeinen Erhebung mit einer Stichprobenerhebung durchgeführt.

(vgl.

https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/Agrarstruktur_erhebung2016/Agrarstrukturerhebung2016.html ; 2016-03-07).

Erste Ergebnisse sind 2017 zu erwarten.

Aufgrund unterschiedlicher Erfassungsgrenzen kommen häufig Ergebnisse zustande, die die vergleichende Aussagekraft beeinträchtigen. So werden beispielsweise in der Viehbestandserfassung vom 03.05.2015 in Deutschland 151.365 Rinderhaltungen mit 12.653.071 Rindern angegeben (*Statistisches Bundesamt 2015, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Viehbestand 3. Mai 2015. S. 5*). In derselben Publikation wird die Zahl der Schweinehaltungen mit 25,8 (Tausend) mit 28.099,5 (Tausend) Schweinen genannt. (*Statistisches Bundesamt 2015, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Viehbestand 3. Mai 2015. S. 6*). Dabei entsteht der Eindruck, es gäbe in Deutschland fast sechsmal mehr Rinder- als Schweinehaltungen. Die Ursache für diese Unterschiede sind nicht zuletzt die Erfassungsuntergrenzen: Bei Schweinehaltenden Betrieben liegt sie bei 50 Schweinen bzw. 10 Zuchtsauen. Die Rinderhaltungen wurden vollständig erfasst. Noch ungenauer sind die Angaben über die Geflügelbestände. Oft gibt es nur Zahlen zur Legehennenhaltung, die jedoch mengenmäßig weit hinter die Mastgeflügelhaltung zurückfällt. Angaben zur Pferdehaltung sind noch seltener. Oft sind sie widersprüchlich, denn Pferde werden nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in anderen Betrieben oder als Reittiere von der Bevölkerung gehalten.

Obwohl bei den Landwirtschaftsämtern genauere Daten vorliegen sollten, greifen einige Bundesländer bei der Publikation ihrer Landesstatistiken verstärkt auf die Erhebungsgrenzen und Daten des Bundes zurück. Die oben dargestellten Probleme in den Publikationen des Statistischen Bundesamtes multiplizieren sich in jedem der 16 Bundesländer auf ihre Weise noch einmal.

Aufgrund der unterschiedlichen Validität, Exaktheit und Periodizität der Ausgangsdaten wurde auf aggregierende Operationen wie Faktoren-, Cluster- oder Trendanalysen weitgehend verzichtet. Die weit reichenden impliziten Homogenitätsanforderungen jener Instrumente kann mit derartigen Datensätzen nicht erfüllt werden. Um dennoch zu verständlichen Ergebnissen zu kommen, wurden die einzelnen Datenkulturen in visuell standardisierte Einzeldiagramme aufbereitet. Dies gestattet einerseits, sich nicht allzu weit von den Ursprungsdaten zu entfernen, gibt aber andererseits dem Leser die Möglichkeit, durch den Vergleich der verschiedenen Diagramme Parallelitäten, funktionale Äquivalenzen und Koinzidenzen nachzuvollziehen.

2. Arbeitsmethoden

Zu 4. Kartographische Vergleiche:

Kartographische Vergleiche erleichtern die Visualisierung von Disparitäten. Entsprechend der Aufgabenstellung liegt der Schwerpunkt auf der Darstellung regionaler Unterschiede auf Bundesländerebene.

Zu 5. Regionalisierte Prozessvergleiche:

Die Frage der Entstehung der heutigen Strukturen öffnet einen Problemkreis, dessen Dimensionen die Enquete-Kommission 5/1 „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ mit 40 Sitzungen und 26 Gutachten und Stellungnahmen ansatzweise sichtbar geworden sind. Für Mecklenburg-Vorpommern und die anderen ostdeutschen Bundesländer hat es eine derartige Kommission bisher noch nicht gegeben. Nicht zuletzt das Statement des ehemaligen mecklenburg-vorpommerschen Landwirtschaftsministers Martin Brick von der Brandenburger Kommission am 15.06.2012 und einige andere Aussagen lassen erahnen, wie notwendig eine solche Kommission auch für Mecklenburg-Vorpommern wäre.

(vgl. Protokoll in http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Protokoll%202022.%20Sitzung%20EK%205_1%2015.06.2012%20inkl.%20Anlagen_Ausgabe%2029.pdf; 2015-03-05)

Im Folgenden wurde nur dort auf Prozessvergleiche eingegangen, wo es in der Diskussion gravierende Missverständnisse bezüglich der Vergangenheit gegeben hatte, vor allem bei der Entstehung der heutigen Betriebsstrukturen. Dieses stark selektive Vorgehen ist für einige Sachverhalte sicher unbefriedigend, ist hier aber der begrenzten Bearbeitungszeit geschuldet.

Zu 6. Kompatibilitätsvergleiche:

Sie werden angewandt, wenn Systeme für sich oder für andere gegenseitig schwer oder undurchschaubar sind. Beispiel: Aus Wettbewerbsgründen streben die Unternehmen danach, ihre Wirtschaftsmodi geheim zu halten (Produktionsgeheimnis). Zwischen ihren Aktivitäten können weder Funktionen noch innersystemische Leistungen dargestellt werden. Die Gesellschaft behilft sich damit, dass sie solche Aktivitäten an Grundstücke zu binden versucht: Gegenseitige Störungsfreiheit und Vereinbarkeit der Unternehmen erscheint gewährleistet, wenn alle die Grundstücksgrenzen respektieren. Die Grundstücksgrenze fungiert als Instrument zur Herstellung von Kompatibilität. Auf diese Weise sind in der Landwirtschaft auch Unternehmen mit völlig verschiedenen Voraussetzungen und Geschäfts- und Aktivitätenbereichen miteinander vereinbar. Ein Gartenbaubetrieb, der die Siedlung seines Standorts mit Gemüse, Obst und Blumen versorgt, kann neben einem Pflanzenbaugroßbetrieb liegen, der sein Getreide nach Russland verschifft, und somit in einem ganz anderen Marktsegment tätig ist (vgl. Klüter 2002, 2014). Wenn allerdings Grundstücksgrenzen durch Emissionen, Abdrift oder Schadstoffeinleitungen überschritten werden, versagt jener Kompatibilitätsmodus. Großviehanlagen und Tourismus können unter solchen Bedingungen inkompatibel werden. Die einzelnen Bundesländer haben unterschiedliche Strategien entwickelt, Probleme dieser Art zu lösen.

Zu 7. Präsentations- und Literaturvergleiche.

Fast alle informationsverarbeitenden Organisationen haben eigene Traditionen der Literatur- und Datenaufbereitung entwickelt. Das gilt auch für Institutionen mit ähnlichen Aufgaben. Das Statis-

2. Arbeitsmethoden

tische Amt Mecklenburg-Vorpommern und das Statistikamt Nord in Hamburg, das auch Schleswig-Holstein zuständig ist, unterscheiden sich trotz ähnlicher Aufgaben bereits in der Art und Weise der Darstellung und Umsetzung und in den Modalitäten der Kooperation mit anderen Fachbehörden der beiden Bundesländer. Auch die Statistischen Jahrbücher der beiden Länder sind unterschiedlich gegliedert und weisen verschiedene Schwerpunktsetzungen auf.

Bei Regionalvergleichen, einschließlich Bundesländervergleichen, ist zu berücksichtigen, dass es bei vielen Indikatoren weniger um die Bundesländer als Gebietskörperschaften, sondern um die dort ansässigen Unternehmen geht. Genau so sind die in dieser Arbeit verwendeten quantifizierten Diagramme zu lesen: Nicht das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wird thematisiert, sondern Eigenschaften und Charakteristika der landwirtschaftlichen Unternehmen, die in Mecklenburg-Vorpommern ansässig sind. Die Bundesländer sind für diese Daten die administrativräumliche Schablone, auf der bestimmte Unterschiede abgebildet werden.

Daneben gibt es eine Reihe von Parametern, die die Administrationen der Bundesländer stark oder nahezu ausschließlich beeinflussen. Dazu gehört nicht nur Umsetzung bestimmter Förderprogramme, sondern auch die Informations- und Organisationspolitik, die von den zuständigen Ministerien umgesetzt wird. Teilweise blockieren sich einige ministeriale Aufgaben gegenseitig:

- In Mecklenburg-Vorpommern ist der Minister für Landwirtschaft auch für Umwelt- und Verbraucherschutz zuständig. Einerseits muss er mit der Landwirtschaft einen Sektor bedienen, in dem einige Betriebe durch hohe Emissionen und durch den fahrlässigen Umgang mit chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln die Umwelt schädigen, andererseits müsste er als Umwelt- und Verbraucherschutzminister genau dies intensiv bekämpfen.
- Im benachbarten Brandenburg sind Landwirtschaft und Infrastrukturentwicklung in einem Ressort vereint. Dort könnte der Minister die Infrastrukturplanung zur ubiquitären Versorgung ländlicher Räume instrumentalisieren.

Dies wiederum kollidiert mit den Vorgaben aus den Innen- und Finanzressorts, die eine weitere räumliche Zentralisierung umsetzen möchten.

Die Studie wurde in vier Arbeitsschritten erstellt:

1. Voraussetzungen für die Entwicklung der Landwirtschaft,
2. Aufarbeitung des Status-quo der derzeitigen Bewirtschaftungs- und Organisationsformen,
3. Entwicklungsmöglichkeiten
4. Kommentierung der Ergebnisse im Rahmen einer Spezialistenbefragung.

Die Inhalte sind in Abbildung 1 auf S. 42 dargestellt.

2. Arbeitsmethoden

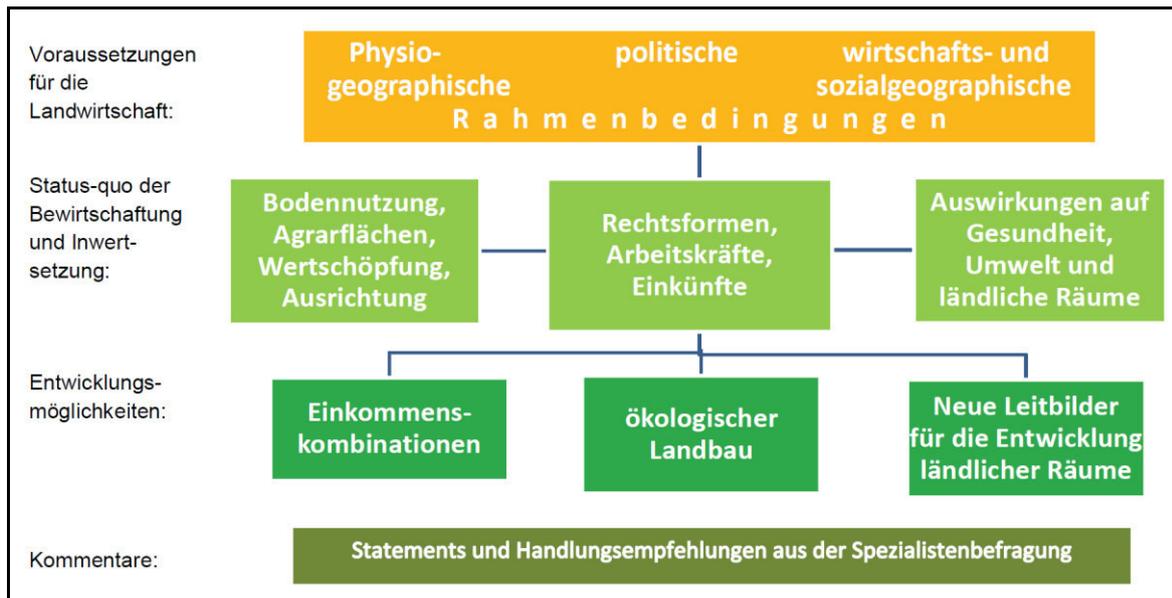


Abb. 1: Aufbau der Studie

3. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

3.1 PHYSIOGEOGRAPHISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

3.1.1 Boden und Klima

Betrachtet man die ackerbauliche Bodenbewertung des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung (ZALF), Müncheberg, ergeben sich die höchsten Werte (102 Punkte) für die Magdeburger Börde, das Thüringer Becken und für die Kölner Bucht (vgl. Karte 1 und 2). Innerhalb Norddeutschlands hat Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit Schleswig-Holstein die besten Böden. Niedersachsen und Brandenburg weisen nur inselhaft hohe Werte auf.

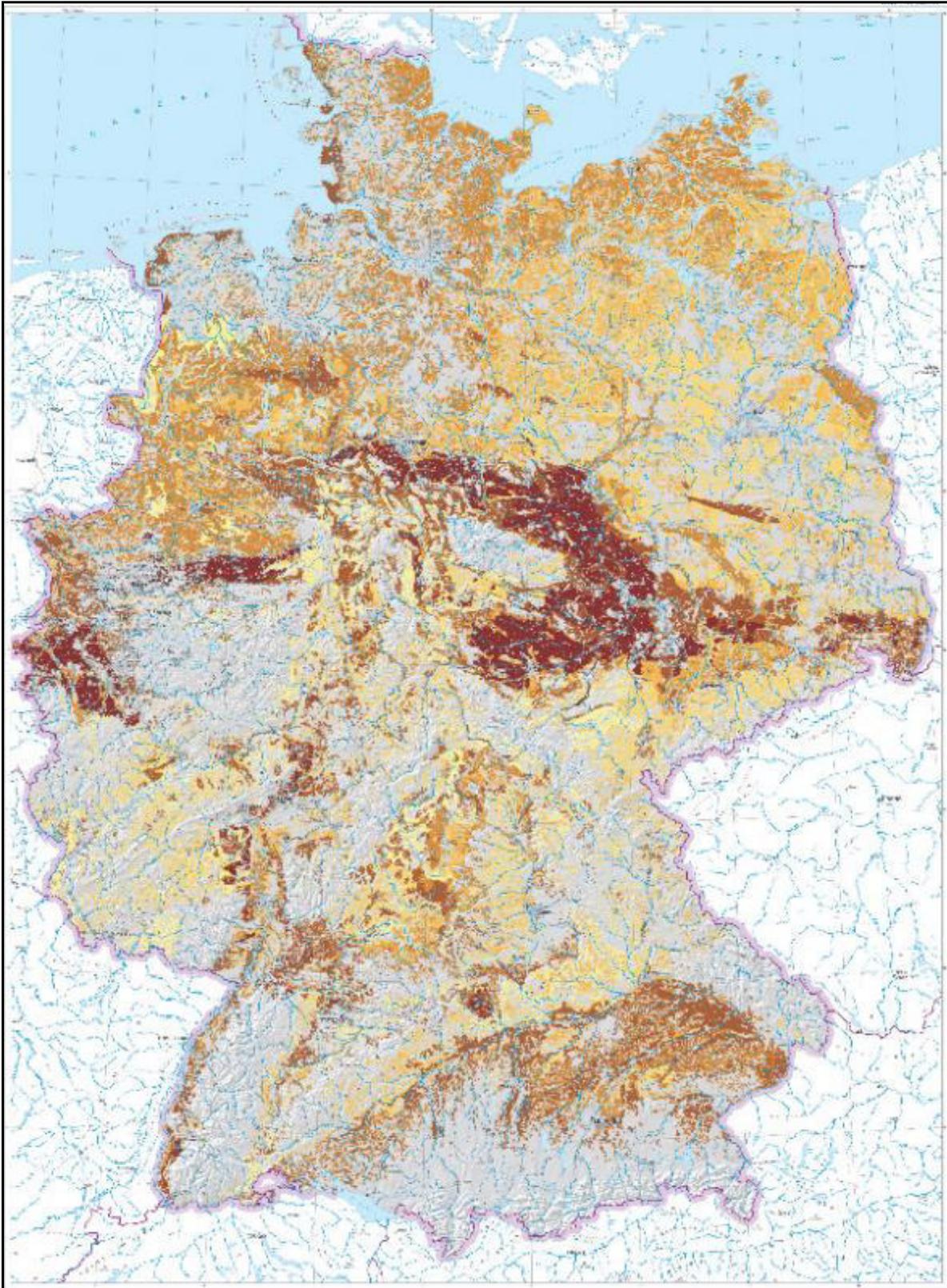
Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns waren nach dem Agrarbericht 1995 Nordwestmecklenburg (I) mit Ackerzahlen um 50 und das östlich anschließende Mecklenburgische und Vorpommersche Küstengebiet sowie das Bützow-Güstrower Becken mit Ackerzahlen (III) um 40 besonders begünstigt (Karte 2). Beide werden an Größe vom Ostmecklenburgischen Höhenrücken mit dem vorgelagerten Grundmoränengebiet (IV) übertroffen. Auch hier waren die Ackerzahlen mit 40 noch recht hoch. Aufgrund des hügeligen Geländes und anderer Faktoren war dort fast die Hälfte der Flächen als benachteiligt ausgewiesen. Die sandigen Böden Südwestmecklenburgs (II), Ostvorpommerns und des südostmecklenburgischen Seengebiets (V) bildeten die Agrarregionen mit den niedrigsten Ackerzahlen und den höchsten Anteilen an benachteiligten Flächen von über 90%. Diese über 20 Jahre alten Erhebungen sind angesichts der teilweise sehr intensiven Bodenbearbeitung mit entsprechendem Humusabtrag und Erosionsverlusten (s. u.) veraltet. Neuere Zahlen und landesweite Auswertungen sind bisher nicht veröffentlicht worden.

Tab. 3: Agrarregionen in Mecklenburg-Vorpommern

Agrarregion	Größe ha LN	Ackerzahl ca. Angabe	benachteiligte Flächen (ha LN)	Flächen (% an LN)
I Nordwestmecklenburg	196 232	50	24 733	12,6
II Südwestmecklenburg	294 979	30	276 381	93,6
III Mecklenburgisches u. Vorpommersches Küstengebiet sowie Bützow-Güstrower Becken	419 865	40	146 429	34,9
IV Ostmeckl. Höhenrücken mit vorgelagertem mecklenburgisch-vorpommerschen Grundmoränengebiet	455 425	40	216 733	47,6
V Ostvorpommern u. südostmecklenburgisches Seengebiet	95 593	25	93 177	97,5
Mecklenburg-Vorpommern	1 462 094	39	757 453	51,8

Aus: LUNG 2005, S. 15 (nach Agrarbericht M-V 1995).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 1: Ackerbauliches Ertragspotential der Böden in Deutschland

Quelle: siehe Karte 2.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 2:

Ausschnitt aus: Ackerbauliches Ertragspotential der Böden in Deutschland.

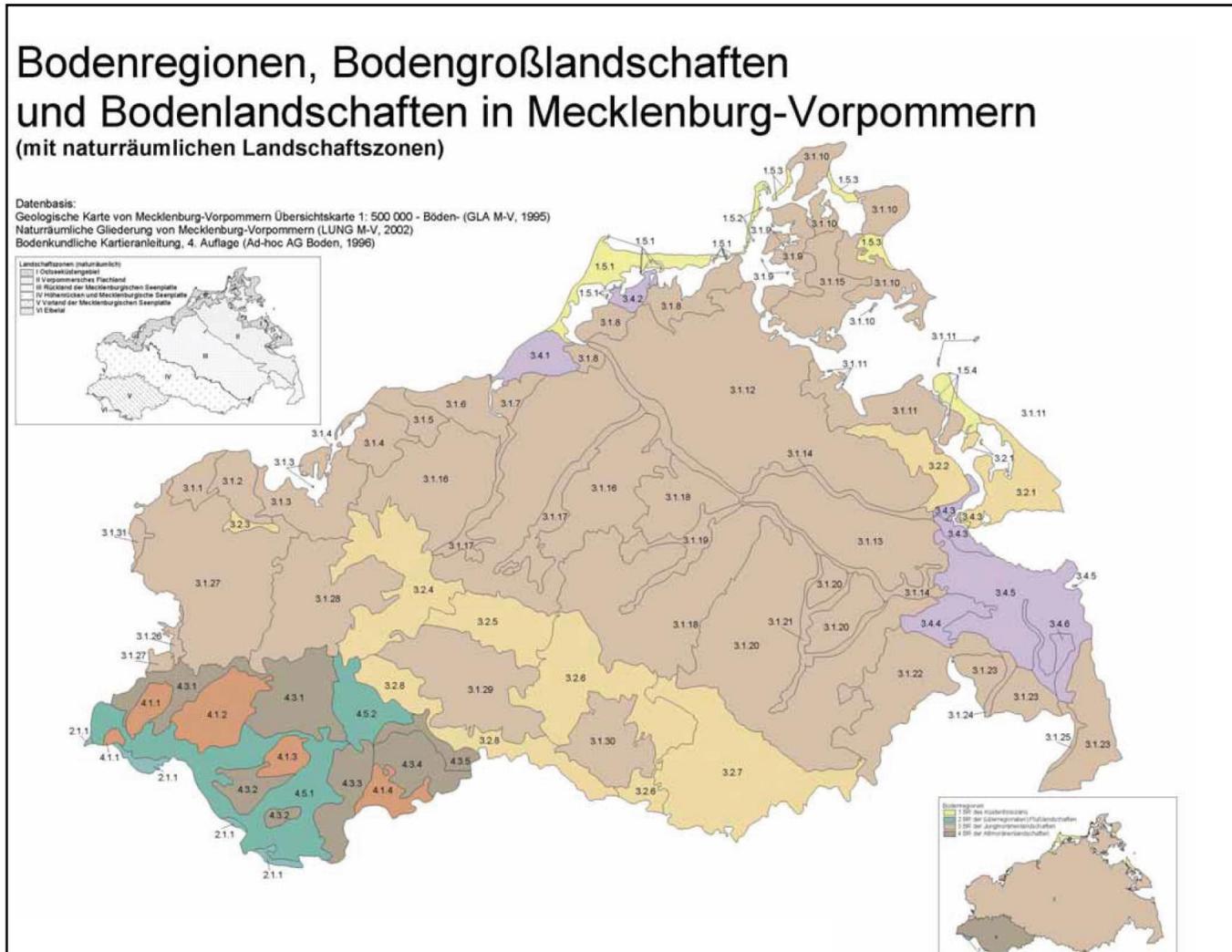
http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Boden/Produkte/Karten/Downloads/karte_AckerbaulichesErtragspotential_A0_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (2016-04-03)

Ackerbauliches Ertragspotential nach dem Müncheberger Soil Quality Rating



3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Karte 3 zeigt die makro- und mesoräumliche Verteilung der Böden in Mecklenburg-Vorpommern.



Karte 3:

Bodenregionen, Bodengroßlandschaften und Bodenlandschaften in Mecklenburg-Vorpommern

Aus: LUNG 2005, S. 12, 13.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Bodenregionen	Bodengroßlandschaften	Bodenlandschaften
1 BR des Küstenholozäns	1.5 BGL der Ostsee- und Boddenküste (Nehrungen u. Haken)	1.5.1 Fischland/Darß/Zingst 1.5.2 Hiddensee 1.5.3 Bug/ Schaabe/ Schmale Heide 1.5.4 Nordusedom
2 BR der (überregionalen) Flußlandschaften	2.1 BGL der Auen und Niederterrassen (einschließlich der vergesellschafteten Moore und Flugsandgebiete)	2.1.1 Mecklenburgisches Elbetal
3 BR der Jungmoränenlandschaften	3.1 BGL der Grundmoränenplatten und lehmigen Endmoränen im Jungmoränengebiet Norddeutschlands	3.1.1 Dassower Becken 3.1.2 Klützer Winkel 3.1.3 Wismarer Land u. Insel Poel 3.1.4 Neubukower Becken mit Halbinsel Wustrow 3.1.5 Kühlung 3.1.6 Häger Ort 3.1.7 Totenwinkel 3.1.8 Südliches Boddenkettenland 3.1.9 Westrügenschisches Boddenland und Ummant 3.1.10 Nord- und ostbrügisches Hügel- und Boddenland 3.1.11 Südliches Greifswalder Boddenland 3.1.12 Lehmplatten nördlich der Peene 3.1.13 Lehmplatten südlich der Peene 3.1.14 Grenztal und Peenetal 3.1.15 Flach- und Hügelland von Inner-Rügen und Halbinsel Zudar 3.1.16 Flach- und Hügelland um Warnow und Recknitz 3.1.17 Warnow- und Recknitztal mit Güstrower und Bützower Becken 3.1.18 Kuppiges Peenegebiet mit Mecklenburger Schweiz 3.1.19 Teterower und Malchiner Becken 3.1.20 Kuppiges Tollensegebiet 3.1.21 Tollensebecken mit Tollense- und Datzetal 3.1.22 Wöldegl.-Feldberger-Hügelland 3.1.23 Kuppiges Uckermärkisches Lehmgebiet 3.1.24 Ueckertal 3.1.25 Randowtal 3.1.26 Schaalseebecken 3.1.27 Westmecklenburgisches Hügelland mit Stepenitz u. Radegast 3.1.28 Schweriner Seengebiet 3.1.29 Oberes Warnow-Elde-Gebiet 3.1.30 Großseenland westlich der Müritz 3.1.31 Lübecker Becken
	3.2 BGL der Sander und trockenen Niederungssande sowie der sandigen Platten und sandigen Endmoränen im Jungmoränengebiet Norddeutschlands	3.2.1 Mittel- und Süd- Usedom 3.2.2 Sandplatten nördlich der Peene (Endmoräne und Sander südöstlich Greifswald) 3.2.3 Westmecklenburger Hügelland (Everstorfer Forst und Roggenstorfer Sander) 3.2.4 Sternberger Seengebiet 3.2.5 Krakower Sleen- und Sandgebiet 3.2.6 Östliche Großseenlandschaft mit Müritz, Kölpin- und Fleesensee 3.2.7 Neustreltzer Kleinseenland 3.2.8 Crivitz-Parchimer Sand- und Lehmfleichen
	3.4 BGL der Niederungen und Urstromtäler des Jungmoränengebietes	3.4.1 Rostock-Gelbensander Heide 3.4.2 Südliches Boddenkettenland (Barth-Fuhendorfer Heide) 3.4.3 Peenestormland 3.4.4 Friedländer Große Wiese 3.4.5 Ueckermünder Heide 3.4.6 Nördliches Randowtal
4 BR der Altmoränenlandschaften	4.1 BGL der Grundmoränenplatten und Endmoränen im Altmoränengebiet	4.1.1 Altmoränengebiet bei Greven-Granzin (Granziner Heidberge) und Boizenburg 4.1.2 Altmoränengebiet zwischen Wittenburg und Hagenow 4.1.3 Altmoränengebiet bei Picher 4.1.4 Westliche Prignitz
	4.3 BGL der Sander und trockenen Niederungssande sowie der sandigen Platten und sandigen Endmoränen im Altmoränengebiet Norddeutschlands	4.3.1 Sander- und Talsandgebiete südwestlich Schwerin (Sülstorfer Sander und Schaalsee Sander) 4.3.2 Sande der Grundmoräne mit Flugsanddecken östlich Lübbtheen (Griese Gegend) und westlich der Elde 4.3.3 Sandflächen östlich der Elde-westliche Prignitz 4.3.4 Ruhner Berge und Sonnenberg 4.3.5 Parchim-Meyenburger Sand- und Lehmfleichen (südlicher Teil)
	4.5 BGL der Niederungen und Urstromtäler des Altmoränengebietes	4.5.1 Südwestliche Talsandniederungen mit Elde, Sude und Rognitz 4.5.2 Lewitz

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Die benachteiligten Gebiete machten nach dem Agrarbericht 1995 51,8%, nach den EWG-Richtlinien über benachteiligte Gebiete 54,1% der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes aus (vgl. Tab. 4). Im südlich anschließenden Land Brandenburg lag dieser Indikator bei 75%. Die regionalen Werte liegen aufgrund der bisher nicht erneuerten Erhebungen nur nach Altkreisen vor und schwankten beträchtlich.

Tab. 4: Anteil der benachteiligten Gebiete an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern:

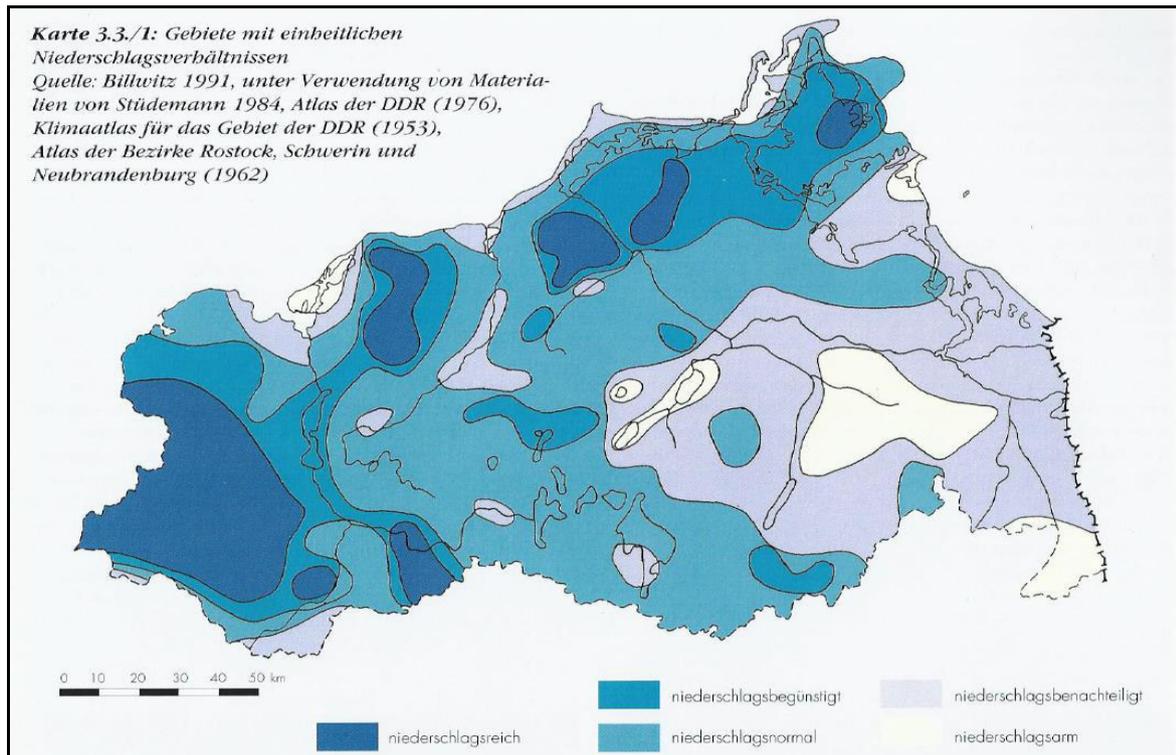
Großkreis/Altkreis/Stadtkreis	Anteil benachteiligter Flächen	Benachteiligte Flächen in ha
Ludwigslust-Parchim		265.023
Ludwigslust	94,8%	145.046
Parchim	84,6%	119.977
Vorpommern-Greifswald		ca. 199.582
Ostvorpommern	92,8%	125.026
Uecker-Randow	89,4%	73.052
Stadt Greifswald	57,2%	1.504
Mecklenburgische Seenplatte		ca. 178.764
...Müritz	77,9%	69.839
Stadt Neubrandenburg	52,4%	1.379
Mecklenburg-Strelitz	50,6%	58.497
...Demmin	33,7%	49.067
Vorpommern-Rügen		ca. 77.055
...Rügen	40,2%	27.202
Nordvorpommern	33,2%	49.853
Landkreis Rostock		74.709
Güstrow	34,5%	50.278
Bad Doberan	24,4%	24.431
Nordwestmecklenburg (ohne Wismar)	9,8%	15.163
Stralsund, Wismar, Rostock, Schwerin	k. A.	k. A.
Mecklenburg-Vorpommern	54,1%	810.314

Berechnet nach: LUNG 2005, S. 16 (nach Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 72/1, Richtlinie Nr. 75/268 EWG für benachteiligte Gebiete in Deutschland).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Anteile über 90% wiesen die Altkreise Ludwigslust und Ostvorpommern auf. Mehr als 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche waren in den Altkreisen Uecker-Randow, Parchim und Müritz betroffen. Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche galten in Mecklenburg-Strelitz sowie den Städten Neubrandenburg und Greifswald als benachteiligt. Auch dieses Monitoring ist dringend erneuerungsbedürftig.

Die Verteilung der Niederschläge (vgl. Karte 4) zeigt, dass auch nach diesem Indikator der Westen und Küste Vorteile genießen. Das Landesinnere mit dem Warnowtal und der Mecklenburgischen Seenplatte haben quantitativ schwächere Niederschläge.



Karte 4: Gebiete mit einheitlichen Niederschlagsverhältnissen in Mecklenburg-Vorpommern
Aus: Billwitz, Albrecht 1995, S. 18.

Mehrfach wurde versucht, Boden- und Klima-Indikatoren in einer Regionalisierung zu vereinen. Eines der Ergebnisse ist die Einteilung des Landes in Agrarregionen:

„Weitgehend vergleichbare Boden- und Klimaverhältnisse ermöglichen es, verschiedene Territorien Mecklenburg-Vorpommerns - ohne Berücksichtigung administrativer Verwaltungsgrenzen - in Agrarregionen zusammenzufassen. Diese Aufteilung sind die Landwirtschaftsverwaltungen auf Landes- und Bundesebene vor allem für Planungszwecke. In einer Grobgliederung werden fünf Bereiche unterschieden:

Region I: Nordwestmecklenburg: In dieser Region befinden sich die ackerbaulich günstigsten Standorte des Landes. Das Gebiet ist überwiegend flachwellig. Die mittlere Ackerzahl liegt bei 50.

Region II: Südwestmecklenburg: Hauptbodenarten dieser Region sind Sand und anlehmiger Sand. Die Geländegestaltung ist überwiegend eben, teilweise leicht wellig. Die mittlere Ackerzahl liegt bei 30.

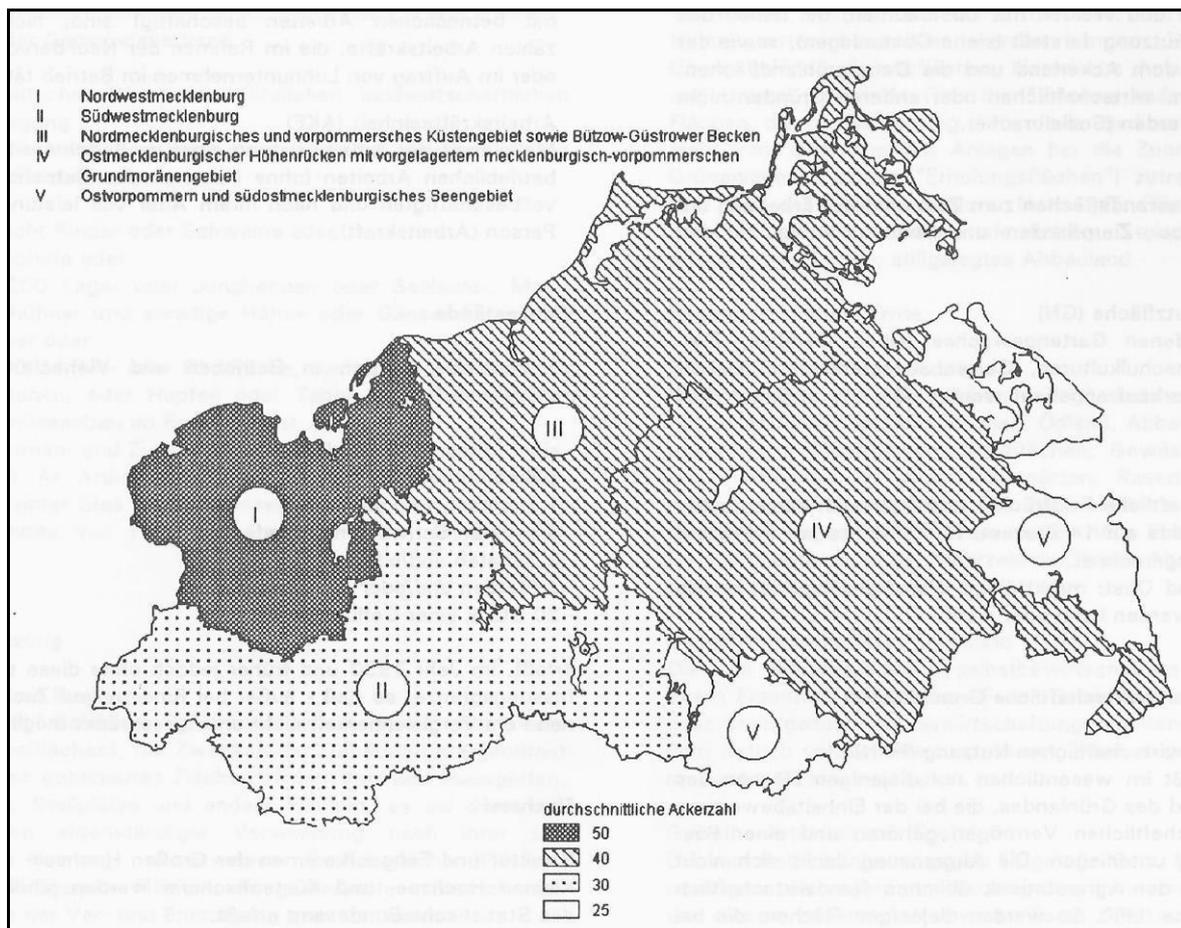
3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Region III: Nordmecklenburgisches und vorpommersches Küstengebiet sowie Bützow-Güstrower Becken: Die Bodenoberfläche dieser Region wird überwiegend durch ebene bis wellige Grundmoränen mit guten Bodenqualitäten bestimmt. Vorherrschende Bodenarten sind lehmiger Sand und stark sandiger Lehm. Die Region hat eine mittlere Ackerzahl von 40.

Region IV: Ostmecklenburgischer Höhenrücken mit vorgelagertem mecklenburgisch-vorpommerschen Grundmoränengebiet: Die Region IV ist die größte Agrarregion. Der nördliche Teil ist durch kuppige Endmoränenzüge mit stark wechselnden steinreichen Böden gekennzeichnet. Im vorgelagerten weitflächigen Grundmoränengebiet überwiegen tiefgründige sandiglehmige Böden mit guter Ertragsfähigkeit. Die durchschnittliche Bodengüte dieser Region entspricht mit einer Ackerzahl von 40 etwa der Region III.

Region V: Ostvorpommern und südostmecklenburgisches Seengebiet: In dieser Region überwiegen leichte Böden mit einem hohen Anteil geringwertiger Sande. Die mittlere Ackerzahl der Region liegt bei 25. Der nördliche Teil des Kreises Uecker-Randow ist mit einer Ackerzahl von 20 das Gebiet mit der geringsten Ertragsfähigkeit im Landesmaßstab.“

Nach: Statistisches Landesamt 1995, S. 124).



Karte 5: Agrarregionen in Mecklenburg-Vorpommern.

Aus: Statistisches Landesamt 1995, S. 124).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Ein weiterer Versuch, Gebiete mit relativ homogenen Standortbedingungen für die Landwirtschaft abzugrenzen, wurde 2007 von Roßberg et al. veröffentlicht (Roßberg et al. 2007a und 2007b). Deutschland wurde in 53 Boden-Klima-Räume eingeteilt, von denen 4 in Mecklenburg-Vorpommern vorkommen. Thomas Annen hat die beiden Regionalisierungen 2008 miteinander verglichen:

Agrarregionen		Boden-Klima-Räume	
1	Nordwestmecklenburg	101	mittlere diluviale Böden Mecklenburg-Vorpommern und Uckermark
2	Südwestmecklenburg	102	Sandige diluviale Böden des norddeutschen Binnentieflandes
3	Nordmecklenburgisches und vorpommersches Küstengebiet sowie Bützow-Güstrower Becken	105	Vorpommersche Sandböden im Uecker-Randow-Gebiet
4	Ostmecklenburgischer Höhenrücken mit vorgelagertem mecklenburgisch-vorpommerschem Grundmoränengebiet	158	NW-Mecklenburg und Küstengebiet, bessere diluviale Böden
5	Ostvorpommern und südostmecklenburgisches Seengebiet		

--	--	--	--

Anhand der Karten wird deutlich, wie weit Agrarregionen und Boden-Klima-Räume übereinstimmen:			
Agrarregion 1 entspricht weitgehend dem	BKR 158, zu letzterem zählen zusätzlich die Küstenregionen bis Rostock sowie die Insel Rügen		
Agrarregion 2 entspricht in etwa dem	BKR 102		
Agrarregion 3 und 4 stimmen weitgehend mit	BKR 101 überein		
Agrarregion 5 entspricht in etwa dem	BKR 105, wobei der Teil südlich der Müritz zum BKR 102 zugerechnet wird.		

Abb. 2: Agrarregionen und Boden-Klima-Räume Mecklenburg-Vorpommerns

Aus: Annen 2008, S. 136, 137

Die Frage, ob sich das Klima wirklich in dieser Form an den Boden binden lässt, ist umstritten. Mecklenburg-Vorpommern liegt in einer Übergangszone zwischen maritimen und kontinentalen Klimagebieten, wobei sich die Grenzen je nach Wetterlage kurzfristig – manchmal sogar von einem Tag auf den andern – verschieben können.

3.1.2 Klimaerwärmung und Klimavariabilität

Ein weiterer Faktor, der die statisch angelegte Modellierung des Klimas behindert, ist die globale Klimaerwärmung. Beide Faktoren zusammen bewirken die Klimavariabilität. Auch der Begriff der Klimavariabilität setzt feste regionale Messstandards voraus, die in der Regel in Form langjähriger Mittel angegeben werden.

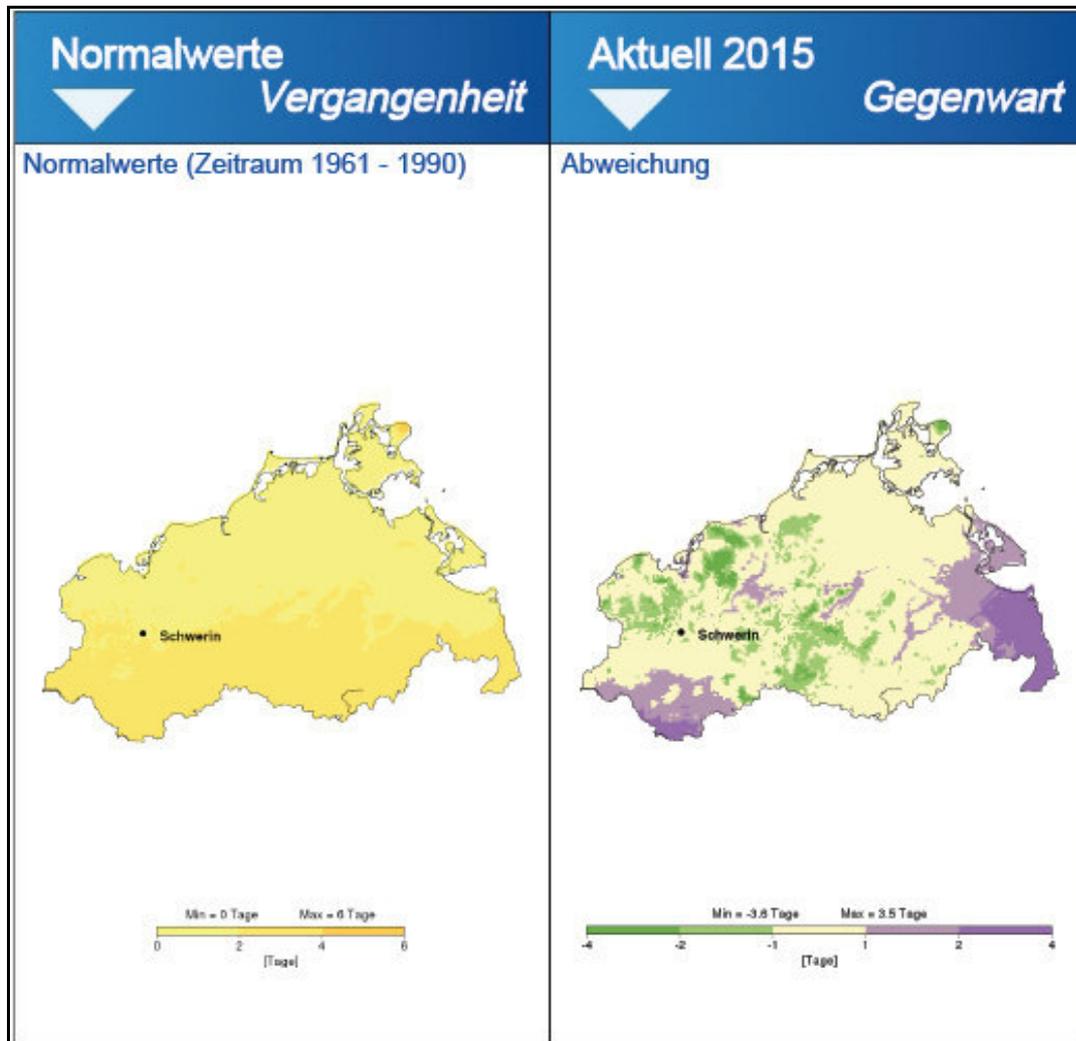


Abb. 3: Tage mit Wechselfrost im Frühling. Durchschnitt 1961 bis 1990 und Abweichung 2015.

Erstellt nach: Deutscher Wetterdienst (2015): Deutscher Klimaatlas.

http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaatlas/klimaatlas_node.html (2015-12-27)

Andererseits signalisiert die Häufigkeit der Abweichung, wie sinnvoll bestimmte Standardisierungen sind, oder wie großzügig Schwankungsbreiten gestaltet werden müssen.

Der Deutsche Wetterdienst hat mit dem Deutschen Klimaatlas ein interessantes Instrument entwickelt, mit dem man relativ aktuell bestimmte Aspekte der Klimavariabilität erfassen kann. Ein Beispiel ist das Auftreten von Wechselfrosttagen, die im Mecklenburg-Vorpommern während des Frühlings im langjährigen Durchschnitt bis zu sechsmal vorkommen.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

„Als Wechselfrost wurde definiert, wenn die Temperaturen tagsüber über dem Gefrierpunkt ($> +3^{\circ}\text{C}$) und nachts darunter ($< -3^{\circ}\text{C}$) liegen. Es kommt so zum täglichen Tauen und Gefrieren der obersten Bodenschicht. Bei Winterkulturen wie Wintergetreide und Winterraps werden durch die Volumenänderung des Bodens die Wurzeln geschädigt, wobei es sogar zum Abreißen der Wurzeln kommen kann.“

Aus: Deutscher Wetterdienst 2015: Tage mit Wechselfrost.

https://www.dwd.de/DE/leistungen/deutscherklimaAtlas/erlaeuterungen/elemente/_functions/faqkarussell/wechselfrosttage.html (2015-12-27)

Im Frühjahr 2015 kam es in den östlichen und südwestlichen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns zu einer Zunahme der Wechselfrosttage um 30 bis 80 %. Nordwestmecklenburg, Landkreis Rostock und die westliche Mecklenburgischen Seenplatte verzeichneten einen Rückgang der Wechselfrosttage. Das dabei entstandene regionale Muster deckt sich nur im Uecker-Randow-Gebiet mit den oben dargestellten Boden-Klima-Räumen.

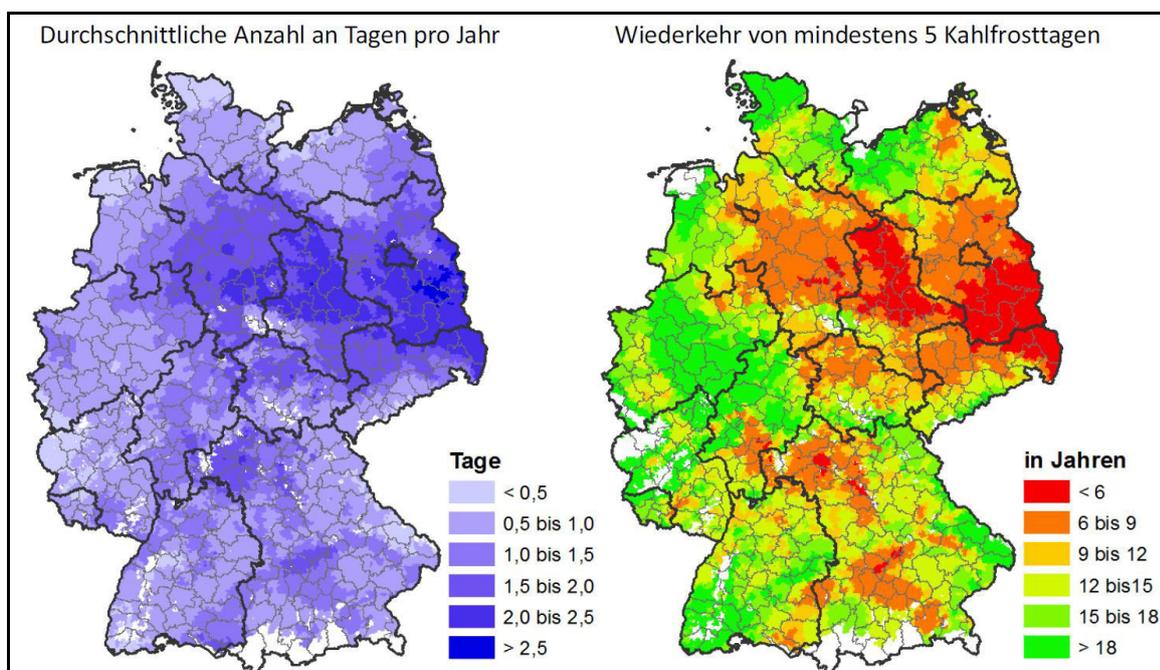
Ein weiterer Variabilitätsindikator ist das Auftreten von Kahlfrösten.

„Kahlfrost (auch Barfrost) ist Frost in Erdbodennähe, der durch das Fehlen einer schützenden Schneedecke direkt auf die oberste Bodenschicht und Pflanzen einwirkt und hier bei strengen Frösten zu Schäden an Winterkulturen und Gehölzen unter anderem in Landwirtschaft und Gartenbau führen kann.“

Aus: Deutscher Wetterdienst 2015: Wetterlexikon.

<https://www.dwd.de/DE/service/lexikon/Functions/glossar.html?lv2=101334&lv3=101384> .

Das niedersächsische Harzvorland, Sachsen-Anhalt, der Süden Brandenburgs und die sächsische Lausitz sind besonders betroffen. Die Gefährdungszone umfasst mit den mitteldeutschen Bördegebieten auch die fruchtbarsten Böden in Deutschland.



Karte 6: Regionale Verteilung und Wiederkehr von Kahlfrösten 1981 bis 2013

Aus: Gömann et al. 2015, S. 78.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

In Bezug auf die Variabilität zeigt sich ein ähnliches Verbreitungsmuster. Abgesehen von Niedersachsen sind westdeutsche Gebiete kaum betroffen. In Süddeutschland gibt es einige kleinere Areale im Odenwald, in Unterfranken sowie auf der fränkischen und schwäbischen Alb, in denen Kahlfrost ebenfalls gehäuft vorkommt.

Diese und weitere Variabilitätselemente wie Hitze, Starkniederschläge u. a. wurden von *Gömann et al. 2015* genauer untersucht. Die Auswirkungen auf die Erträge verschiedener Kulturen wurden tabellarisch dargestellt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Erntevariabilität auch von Faktoren abhängt, die nur mittelbar oder gar nicht durch Klima und Böden bestimmt sind, z. B. durch Anbau-techniken, Schädlingsbefall und Krankheiten.

Tab. 5: Prozentuale Ertragsabweichungen verschiedener Kulturen vom langjährigen Mittel (1999 – 2013) in Deutschland.

Jahr	Wi-Weizen	Wi-Gerste	Wi-Roggen	Wi-Raps	So-Gerste	Hafer	Silo-mais	Zucker-rübe	Kar-toffeln
1999	2.3	2.4	12.4	0.4	3.8	7.2	-0.2	-8.6	-9.0
2000	-2.0	-0.8	-4.3	-6.8	-5.5	-1.6	3.4	0.0	5.8
2001	6.0	10.2	19.0	2.0	-2.5	5.7	1.5	-10.5	-0.5
2002	-7.1	-5.7	-2.4	-17.3	-10.9	-6.5	4.2	-5.5	-4.6
2003	-12.3	-18.1	-16.7	-19.3	-1.9	-1.6	-13.2	-13.7	-16.3
2004	9.9	9.7	19.0	14.2	11.6	11.7	0.6	-0.1	7.7
2005	0.6	2.0	-1.2	4.5	-5.3	-1.6	4.2	-2.4	2.3
2006	-3.1	-1.0	-4.7	3.9	-5.3	-3.1	-9.6	-6.4	-11.3
2007	-6.4	-9.7	-22.0	-4.6	-12.9	-12.3	7.8	1.2	3.1
2008	8.9	2.7	-1.4	4.2	-2.5	-5.2	3.6	1.0	6.7
2009	5.0	8.0	10.6	18.6	5.5	8.9	2.1	9.5	7.6
2010	-2.9	3.5	-10.1	7.8	0.4	-9.3	-9.6	-0.1	-4.3
2011	-5.5	-11.9	-20.2	-19.0	0.0	-6.3	9.2	20.4	9.8
2012	-0.9	0.9	6.2	2.3	15.1	11.5	6.5	11.6	7.4
2013	7.5	7.7	16.1	9.2	10.6	2.3	-10.6	3.6	-4.4
Mittlere Standard-abweichung	± 6.5	± 8.2	± 13.6	± 11.5	± 8.0	± 7.6	± 7.2	± 8.9	± 8.0

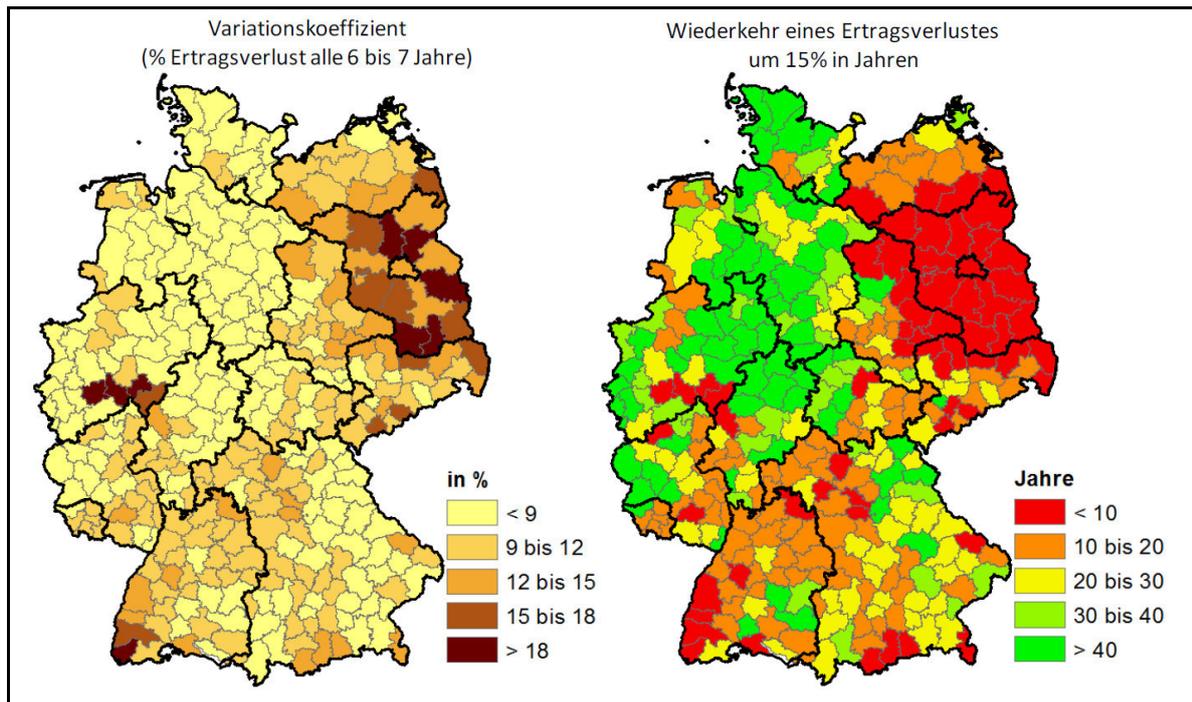
Aus: *Gömann et al. 2015, S. 66.*

Winterroggen und Winterraps weisen eine mittlere Standardabweichung von über 10 % auf. Sie reagieren offenbar am stärksten auf die Klimavariabilität. Winterweizen, Hafer und Silomais erwiesen sich im betrachteten Zeitraum 1999 bis 2013 am stabilsten.

Hinter diesen gesamtdeutschen Durchschnittswerten stecken allerdings erhebliche regionale Unterschiede (vgl. Karte 7).

Winterweizen zeigt die größte Stabilität in Nordwestdeutschland, vor allem in Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Innerhalb Ostdeutschlands weisen Brandenburg und die benachbarten Kreise in den angrenzenden Bundesländern die größten Ertragsverlustisiken auf. Die Altkreise Ludwigslust, Müritz, Mecklenburg-Strelitz und Uecker-Randow fallen ebenfalls in diese Kategorie. In Süddeutschland sind die südliche oberrheinische Tiefebene und einige Gebirgsregionen betroffen.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 7: Variabilität der regionalen Weizenerträge 1995 – 2013

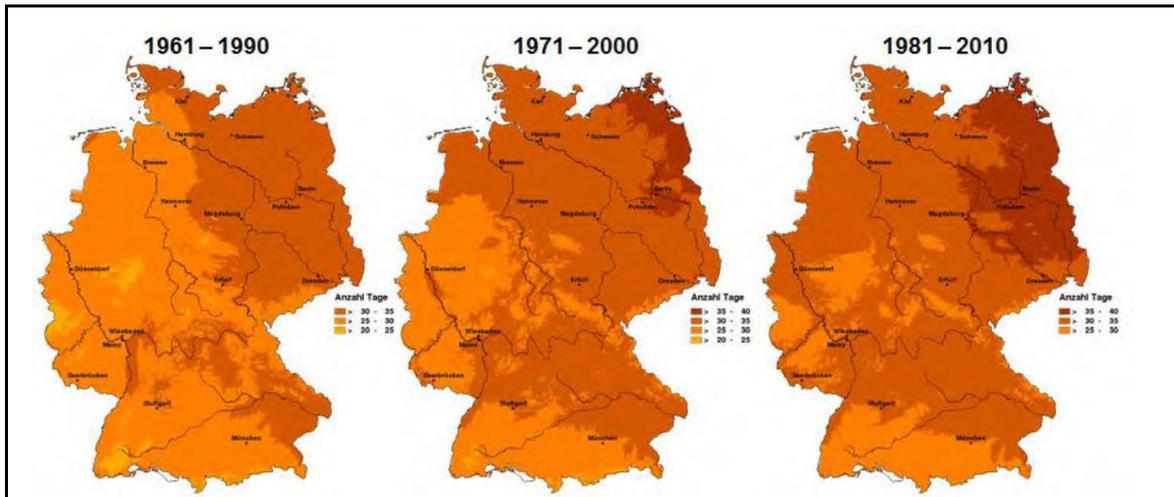
Aus: Gömann et al. 2015, S. 68.

Die Frage, warum der Osten des Landes so stark betroffen ist, hängt nicht zuletzt mit dem Klimawandel zusammen. In Karte 8 ist die Anzahl der Tage ohne Niederschlag während der Keim- und Frühwachstumsperiode vom 15. März bis zum 15. Mai abgebildet.

- Während des ersten 30-Jahre-Schnitts 1961 bis 1990 kam die Kategorie 35 bis 40 Tage in Deutschland nicht vor.
- Während des zweiten 30-Jahre-Schnitts 1971 bis 2000 hatte sie Vorpommern und Uckermark-Barnim erfasst.
- Im Zeitraum des dritten 30-Jahre-Schnitts 1981 – 2010 fallen bereits das östliche Mecklenburg-Vorpommern, der größte Teil Brandenburgs und das östliche Sachsen-Anhalt in das Areal mit 35 bis 40 niederschlagsfreien Tagen in der Frühjahrsperiode. Andererseits ist das Areal mit nur 20 bis 25 niederschlagsfreien Tagen, das in den ersten beiden 30-Jahresschnitten in einigen westdeutschen Regionen dominierte, verschwunden.

Der Deutsche Wetterdienst hat einen Teil dieser Daten zu einer Karte über die Folgen des Klimawandels in Deutschland für Regionen und gesellschaftliche Bereiche zusammengefasst. Demnach zählt der mecklenburg-vorpommersche Ostseeküstenstreifen zu den Regionen mit kühlerem Klima, in dem Starkwind- und Starkregenereignisse zu erwarten sind. Der weitaus größte Teil Mecklenburg-Vorpommerns fällt bis zur westlichen Landesgrenze in die Regionen mit trocknerem Klima mit ganzjährig unterdurchschnittlichen Niederschlägen und erhöhter Klimavariabilität, besonders bei Temperaturen und Niederschlag. In Zukunft muss dort mit höheren Temperaturen sowie einer Zunahme an heißen Tagen und Tropennächten gerechnet werden.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 8: Regionales Auftreten der Tage ohne Niederschlag ($RR < 0,01$ mm) im Zeitraum 15. März bis 15. Mai, 30-jährige Mittelwerte 1961 - 1990, 1971- 2000, 1981 - 2010

Aus: Gömann et al. 2015, S. 41.

Stärker von der Erwärmung betroffen sind das südliche Brandenburg, Mitteldeutschland, die nördlichen Rheinlande und die Oberrheinische Tiefebene. Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind von der zu erwartenden Erwärmung kaum betroffen, müssen aber mit Meeresspiegelanstieg und zunehmenden extremen Wetterereignissen rechnen.

3.1.3 Bodenerosion

Bezogen auf die Landwirtschaft bedeuten die Befunde aus Abschnitt 3.1.2 unter anderem, dass die Bodenerosionsgefährdung in Mecklenburg-Vorpommern zunehmen dürfte.

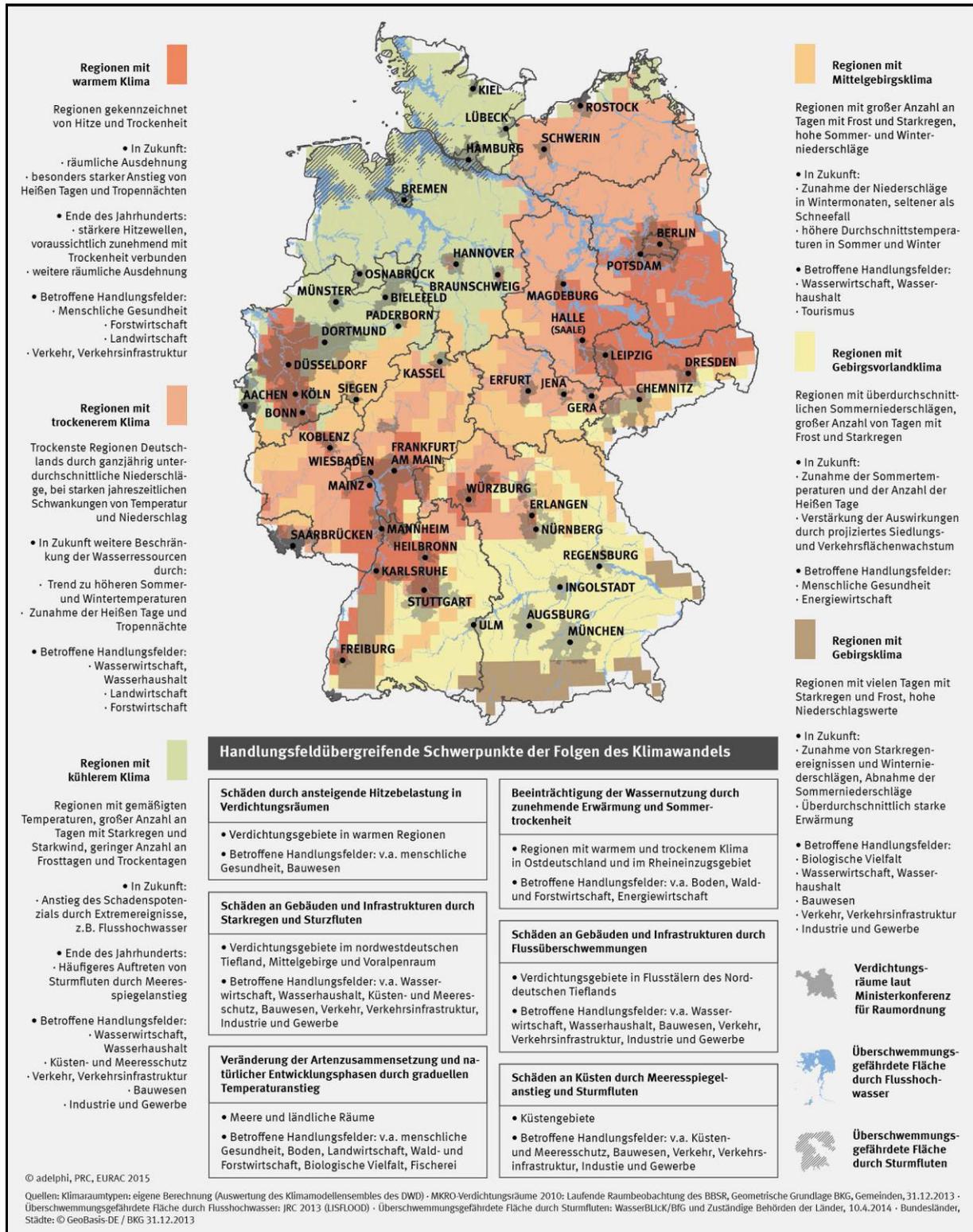
„Unter Bodenerosion versteht man die Verlagerung von Bodenmaterial an der Bodenoberfläche durch Wasser und Wind. Bei diesem Vorgang können Bereiche mit vorwiegendem Abtrag und Bereiche mit vorwiegendem Auftrag ausgegrenzt werden“.

(Frielinghaus 2002, S. 18).

„Die Ursachen für die Zunahme in den vergangenen 50 Jahren liegen in einem deutlichen Intensivierungsschub der Landwirtschaft. Ursächlich dabei sind:

1. Vergrößerung einheitlich bewirtschafteter Flächen ohne wasser- und windbremsende Saumstrukturen und Hindernisse, wie sie besonders in den ostdeutschen Ländern vorherrschen,
2. Zunahme des Anbaus von erosionsanfälligen Reihenkulturen wie Mais, Zunahme des Anbaus von Winterweizen als erosionsfördernde Winterkultur, Abnahme des mehrjährigen Ackerfutterbaus,
3. Zunahme des Bewirtschaftungs-/Befahrungswandes bei intensiver Pflanzenproduktion mit erhöhter und gehäufte mechanischer Reduzierung der Wasserinfiltration.
4. Zunahme der Tiefe wendender Bodenbearbeitung mit dadurch verminderter Tragfähigkeit des Bodens und erhöhter Strukturlabilität in Zeiten ohne Bodenbedeckung,

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 9: Karte der Folgen des Klimawandels in Deutschland für Regionen und gesellschaftliche Bereiche

Aus:

http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimawandel/_functions/aktuellemeldungen/downloads/151124_Klimawandel_Folgen_D_Karte.pdf;jsessionid=5D6B58F5B2109A3E9ABE36D78FFC2913.live11041?__blob=publicationFile&v=2 (2015-12-25)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

5. tiefgreifende Entwässerung großer Ackerflächen als Grundlage für eine einheitliche Bearbeitbarkeit, damit verbundene überschnelle Austrocknung der Bodenoberfläche.“

(Frielinghaus 2002, S. 13)

In dem Band ist eine Gefährdungsschätzung enthalten:

„In Mecklenburg-Vorpommern sind ca. 53% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wassererosionsgefährdet (davon 24% gering, 19% mittel, 9% stark und 1% sehr stark).“

(Frielinghaus 2002, S. 26)

Gleichzeitig gelten 60% der Böden als mittel bis stark von Winderosion gefährdet.

„Nach dieser Auswertung ergibt sich für Mecklenburg-Vorpommern ein Anteil von ca. 40% der Böden, die potentiell nicht bzw. gering gefährdet sind, 35% der Böden werden als mittel und 25% als stark gefährdet eingeschätzt...Die möglichen Bodenabträge liegen zwischen 0,01 bis 121 t/ha*a. Besonders gefährdete Standorttypen sind die sickerwasserbestimmten und grundwasserbestimmten Sande.“

(Frielinghaus 2002, S. 28)

Sowohl die wasser- als auch die winderosionsgefährdeten Flächen weisen in Mecklenburg-Vorpommern eine hohe kleinräumige Varianz auf. Allerdings haben sich durch die Ausholzungen von Hecken und Gebüsch teilweise riesige Schläge ergeben, die auf der nördlichen Mecklenburgischen Seenplatte, im Südwesten und im Süden des Landes zu nahezu flächendeckenden Arealen der Winderosionsgefährdung führen (vgl. Karte 10).

In späteren Arbeiten wurden die Skalen verändert, so dass sich insbesondere für die Wassererosionsgefährdung geringere Werte ergeben: Bei der Berechnung in der Tabelle wurden die Bodenbeschaffenheit (Erodierbarkeitsfaktor K), die Hangneigung S und der Regenerositätsfaktor R (Niederschlag) berücksichtigt.

Die Parameter Hanglänge L, Bearbeitungsfaktor C und Faktor der Erosionsschutzmaßnahmen P, die in die Arbeiten von Frielinghaus teilweise mit eingeflossen sind, fehlen in MLUV 2012.

Tab. 6: Erosionsgefährdung durch Wasser auf Ackerflächen in Mecklenburg-Vorpommern (DIN 19708_K*S*R)

E_{nat}-Stufen	Erosionsgefährdung	Flächen [ha]	Anteil an Gesamt-Ackerfläche [%]
0	Keine	343.062	31
1	Sehr gering	589.705	53
2	Gering	144.199	13
3	Mittel	21.022	2
4	Hoch	4.245	0,4
5	Sehr hoch	116	0.01
Gesamt		1.102.349	100

Aus: MLUV 2012, S. 90, Tabelle 17.

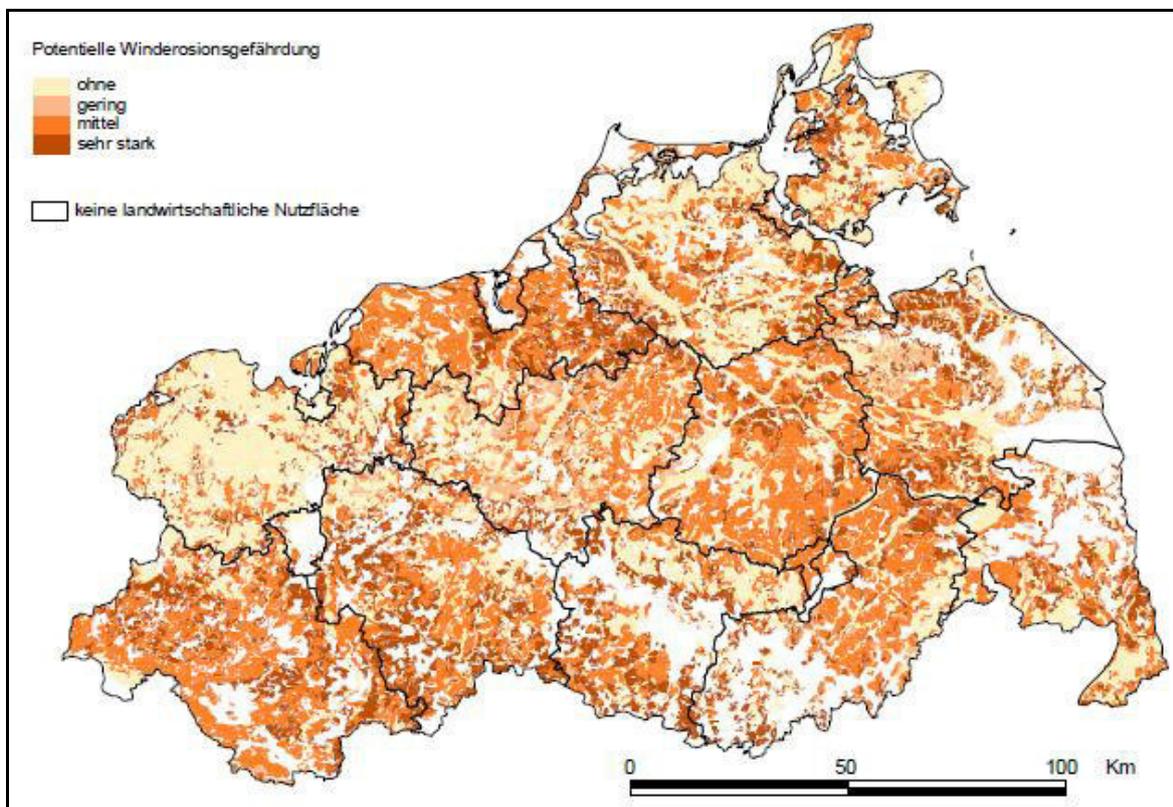
3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Die Erosionsgefährdung durch Wind ist demgegenüber auch im neueren Berechnungsmodus mit 41,5% der Ackerflächen besorgniserregend (vgl. Tab. 7).

Trotz dieser eindeutigen Befunde und Warnungen wurden selbst an dicht befahrenen Straßen keine Wald- oder Buschschutzstreifen angelegt. Am 8.04.2011 fuhren während eines plötzlich auftretenden Sandsturms auf der Autobahn A19 bei Kavelstorf (Mecklenburg-Vorpommern) 83 Fahrzeuge ineinander. 8 Menschen starben, 131 wurden verletzt (vgl. Abb. 4). Der Sand hatte sich von einer riesigen, kahlen Ackerfläche erhoben und den Autofahrern die Sicht genommen.

In den Massenunfall am 8. April 2011 auf der A19 waren 83 Autos verwickelt. Dieses Polizeifoto entstand, als die meisten Autos auf der linken Seite (Richtung Berlin) schon abtransportiert waren.

In den Steppengebieten Osteuropas sind solche Stürme nichts Unbekanntes. Sie treten mit großer Regelmäßigkeit auf. Schon seit den 40-er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden entlang wichtiger Verkehrswege Waldschutzstreifen an Gefahrenstrecken angelegt, denn Hecken oder Gebüsch reichen zum Schutz gegen Sandstürme nicht aus.



Karte 10: Gefährdung durch Winderosion. Aus: *Lenschow 2001, S. 34.*

Ein befragter Spezialist aus Süd-Russland staunte darüber, dass es eine solche Pflicht zu Anlage von Schutzstreifen in Ostdeutschland nicht gäbe. Die Anpflanzung der 40 bis 100 m breiten Streifen wurde vom Staat geplant und umgesetzt. Ihre Pflege wird von Forstbehörden und Großbetrieben getragen, die die großen Schläge bewirtschaften. Ebenso wurde kritisiert, dass in Mecklenburg-Vorpommern bei Flurneuerungsverfahren mit Schlaggrößen operiert werde, die bei der anstehenden Versteppung im Rahmen der Klimaerwärmung viel zu groß wären.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Waldschutzstreifen haben in Russland mehrere Funktionen. Am wichtigsten ist der Schutz vor sommerlichen Trockenwinden (Цыховеї), die sich in Gebieten ohne Waldschutzstreifen schnell in Staubstürme verwandeln. Schutzstreifen verhindern das Absinken des Grundwasserspiegels oder dienen zur Uferbefestigung. An Hängen und in Erosionsschluchten mindern sie die Wassererosion. Schutzstreifen um Siedlungen und Gewerbegebiete, an Straßen und Eisenbahnen schützen Anlagen und Häuser vor Verwehungen, vor allem auch in schneereichen Wintern. Zwar mindern die Waldschutzstreifen die Ackerfläche, doch wird dies durch höhere Erträge aufgrund der Sicherung des Humus gegen Verwehung und gegen Austrocknung mehr als ausgeglichen (vgl. Kulik 2014, Abakumov, Babenko, Bartenev 1986)

Die juristische Aufarbeitung des bisher größten Autounfalls in Mecklenburg-Vorpommern ist auch heute (2016) – über fünf Jahre später – nicht abgeschlossen. Bezeichnend ist allerdings, dass der landwirtschaftliche Betrieb, von dessen Flächen die Auswehung ihren Ursprung genommen hatte, und das Autobahnamt, das auf eine Sicherung durch Waldschutzstreifen verzichtet hatte, nicht angeklagt wurden. Die dringend notwendigen Schutzstreifen sind bis heute nicht angelegt.

Der Unfall ist für die Bodenkunde mittlerweile ein Lehrbuchbeispiel. Auf der Website der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe ist ihm ein eigener Beitrag im Kapitel „Winderosion“ gewidmet:

„Bodenerosion durch Wind hat mehrere Ursachen

Der Ort Kavelstorf erlangte im April 2011 Bekanntheit. Auf der naheliegenden A19 südlich von Rostock fand eine von Bodenerosion durch Wind mitverursachte Karambolage statt. Warum gerade hier? Im Süden von Rostock wie auch in weiten Teilen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sind Parabraunerden aus Geschiebelehm der jüngsten Vereisung verbreitet. Diese Böden sind dadurch gekennzeichnet, dass Ton, der ursprünglich die Erodierbarkeit des Bodens verringert hat, im Rahmen der Jahrtausende währenden Bodenentwicklung langsam vom Oberboden in den Untergrund verlagert wurde.

Parabraunerden aus Geschiebelehm sind darüber hinaus ganz überwiegend von einer meist geringmächtigen Decke aus schluffigem Geschiebedecksand überzogen. Die Oberböden in dieser Region sind durch Bodenarten der Gruppen Sandlehme und Lehmsande geprägt, die anfällig gegenüber Erosion durch Wind sind. Die in Norddeutschland weit verbreiteten erosionsanfälligen Böden sind alleine nicht ausreichend für das Entstehen von Bodenerosion. Der Prozess findet in aller Regel nur auf Ackerflächen statt, andere Nutzungen sind fast gar nicht betroffen. Ackerflächen sind nur dann betroffen, wenn sie – insbesondere im Frühjahr – ohne Bewuchs sind und nicht durch Erntereste wie Stroh vor dem Einfluss des Windes geschützt sind. Besonders betroffen sind im Frühjahr solche Äcker, die für den Anbau von Mais, Zuckerrüben und Kartoffeln vorgesehen sind, da diese Kulturen im Frühjahr relativ spät zur Bedeckung der Böden beitragen.

Der Boden ist nur bei trockenen Witterungsbedingungen erosionsanfällig. In den Frühjahrsperioden der vergangenen Jahre gab es ausgeprägte Trockenphasen, in denen offen liegender schluffig-sandiger Oberboden schon in wenigen Tagen austrocknet. In derartigen Fällen sind fehlende Niederschläge als weiterer Faktor für Bodenerosion durch Wind gegeben. Nicht unerwähnt bleiben dürfen in diesem Zusammenhang auch die in Küstennähe höheren durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten, die als witterungsbedingter Faktor hohe Bedeutung haben.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 7: Erosionsgefährdung durch Wind auf Ackerflächen in Mecklenburg-Vorpommern (DIN 19706)

E_{nat}-Stufen	Erosionsgefährdung	Flächen [ha]	Anteil an Gesamt-Ackerfläche[%]
0	Keine	50.659	4,60
1	Sehr gering	228.902	20,75
2	Gering	364.459	33,06
3	Mittel	388.290	35,22
4	Hoch	28.210	2,56
5	Sehr hoch	41.829	3,79
Gesamt		1.102.349	100

Aus: MLUV 2012, S. 91, Tabelle 18.



Abb. 4: Luftbild des Massenunfalls vom 8.4.2011 auf der Autobahn A19 bei Kavelstorf;
Foto: PD Rostock

<http://www.ostsee-zeitung.de/ozdigital/archiv.phtml?param=news&id=3405427> (29.03.2012)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Eine weitere Ursache für erhöhte Erosionsgefahr von Böden durch Wind hat eine historische Dimension: In der ehemaligen DDR wurden bei der Einführung der LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) zahlreiche Ackerflächen zu deutlich größeren Einheiten (Schlägen) zusammengelegt. Dazu mussten Hecken und Kleingehölze gerodet werden, die die Zusammenlegung behinderten. Es entstanden riesige Ackerschläge ohne Strukturen, die dem Angriff des Windes hätten trotzen können. Ein maßstabsidentischer Vergleich von Landschaftsausschnitten aus der Umgebung von Kavelstorf einerseits und dem in Schleswig-Holstein liegenden Lensahn belegt eindrucksvoll die Unterschiede der Flächengrößen: Während die Flächen in Schleswig-Holstein deutlich kleiner und verbreitet durch Gehölzstreifen vor Wind geschützt sind, enthalten die Ackerflächen um Kavelstorf nur vereinzelt Heckenstreifen und Gehölzinseln; sie sind Starkwindereignissen praktisch schutzlos ausgeliefert.“

Aus: http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Boden/Ressourcenbewertung-management/Bodenerosion/Wind/Winderosion/sandsturm_node.html (2015-11-01)

Im Frühjahr 2016 wurde das Erosionsereigniskataster Mecklenburg-Vorpommern ins Internet gestellt. Ein Methodenband liefert die Erläuterungen dazu (Kape, Kastell 2016). Das Kataster unterstreicht, wie notwendig Maßnahmen für die präventive Vermeidung von Erosion für Mecklenburg-Vorpommern sind.

1991 gab es in Mecklenburg-Vorpommern noch 6.149,6 km Hecken, davon über die Hälfte in Westmecklenburg. Ein Vierteljahrhundert früher hatte es allein in diesem Landesteil über 6.100 km Hecken gegeben:

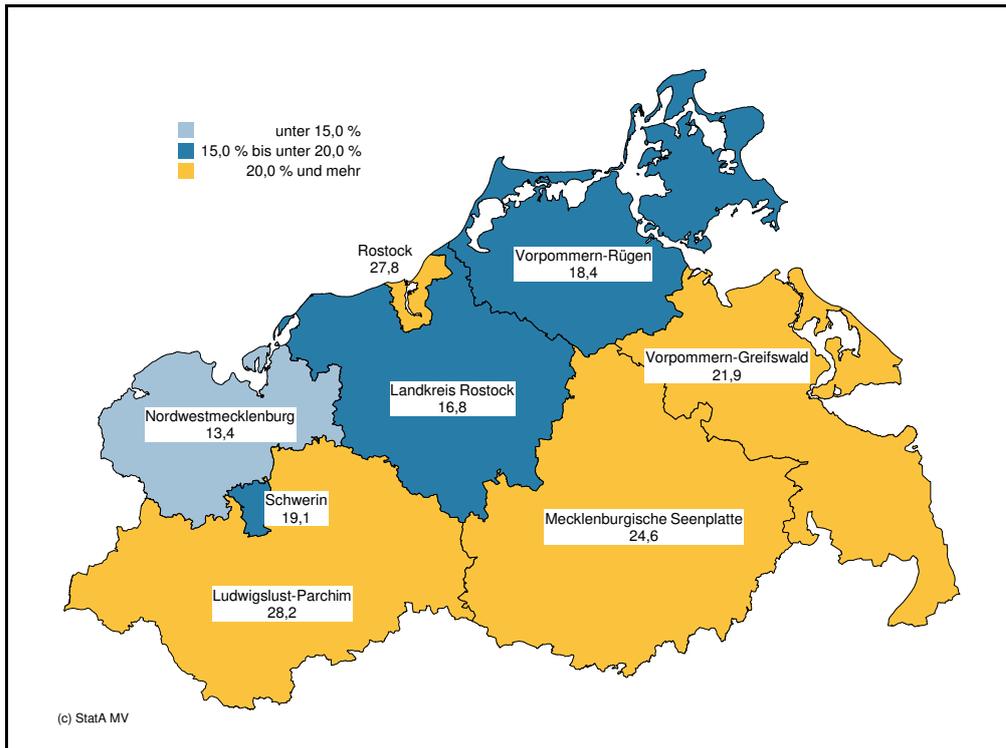
„Besonders stark die Feldheckenverluste zwischen 1965 und 1991. In diesen 26 Jahren sind in Westmecklenburg von 6168 km Hecken 3626 km verloren gegangen. Die Verluste in den Altkreisen Grevesmühlen, Gadebusch, Hagenow und Ludwigslust, aufgeschlüsselt nach Gemeinden, sind in den Abbildungen 18 und 19 dargestellt. Für andere Landesteile liegen keine genauen Zahlen vor. Reif & Aulig (1990) haben Werte für die Abnahme der Heckendichte in Mitteleuropa zusammengestellt. Die räumlich benachbarten Gebiete in Schleswig-Holstein wiesen demnach zumeist eine ebenso hohe Abnahme von 70 - 80 % auf.

Obwohl durch das Bundesnaturschutzgesetz ein pauschaler Schutz der Feldhecken gegeben ist, erfolgten auch in den 1990er Jahren nach Erfahrungen der Naturschutzbehörden an vielen Stellen Eingriffe in die bestehenden Feldheckenbestände (Rodungen, Auspflügen bzw. Abschieben von Heckenabschnitten). Durch das häufig zu beobachtende Pflügen im Traufbereich der Hecken, das Fehlen von Krautsäumen sowie Schäden an den Hecken durch zu dicht herangefahrene Fahrzeuge können längerfristig zumindest Teile der Feldhecke so geschädigt werden, dass der dichte Gehölzbestand aufgelöst wird und Lücken in den Feldhecken entstehen“ (Lenschow 2001, S. 62)

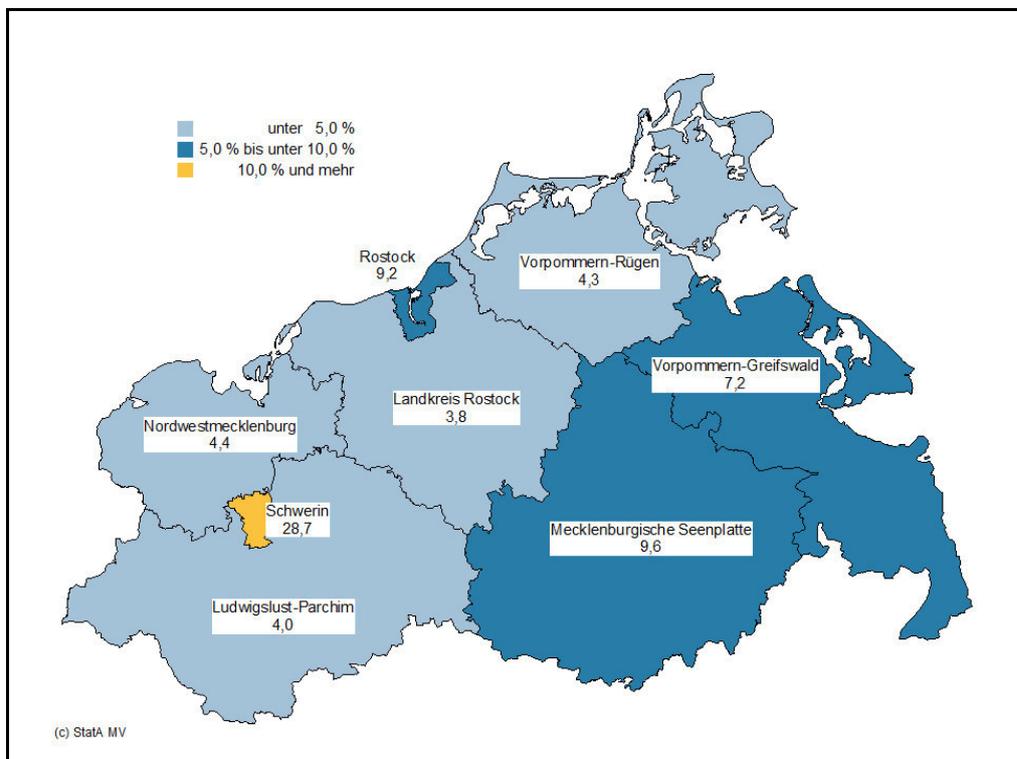
Auch diese Erhebung wurde seit 1991 nicht wiederholt, obwohl sie dringend notwendig wäre.

Außerdem wird die Erosion dadurch begünstigt, dass Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich zu anderen Bundesländern schwach bewaldet ist. Mit nur 21,85% Wald liegt Mecklenburg-Vorpommern fast 10% unter dem deutschen Durchschnitt.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 11: Anteil der Waldfläche an der Bodenfläche 2013



Karte 12: Anteil der Wasserfläche an der Bodenfläche 2013

Karten 11 und 12 aus: Stat. Amt M-V (2014): *Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2013 (Ergebnisse der Flächenerhebung)*. Stat. Bericht AA V -j. Grafiken.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns erreichen Ludwigslust-Parchim und der Stadtkreis Rostock einen Waldanteil von über einem Viertel an der Gesamtfläche. Die Mecklenburgische Seenplatte liegt knapp unter 25%. Unter 20% fällt die Bewaldung in den Landkreisen Vorpommern-Rügen und Rostock aus. Den niedrigsten Anteil hat mit nur 13,4% der Landkreis Nordwestmecklenburg.

Einige Wälder gehören zu den wertvollsten Ökotypen in Deutschland. 2011 wurden die „Buchenwälder der Karpaten und Alte Buchenwälder Deutschlands“ als UNESCO-Weltnaturerbe anerkannt. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei mit zwei Waldgebieten vertreten:

1. Die Halbinsel Jasmund (Rügen) trägt auf etwa 2.100 ha den größten zusammenhängenden Buchenwald an der deutschen Ostseeküste trägt. 493 ha davon wurden Teil des Welterbes.
2. Östlich von Neustrelitz befindet sich der Serrahner Buchenwald, von dem 268 ha dem Welterbe zugeordnet wurden.

Mecklenburg-Vorpommern hat den höchsten Wasserflächenanteil unter den deutschen Flächenländern. Mit 6,09% werden Schleswig-Holstein (5,08%) und Brandenburg (3,45) weit übertroffen. Alle anderen Flächenländer erreichen den deutschen Durchschnitt von 2,43% nicht.

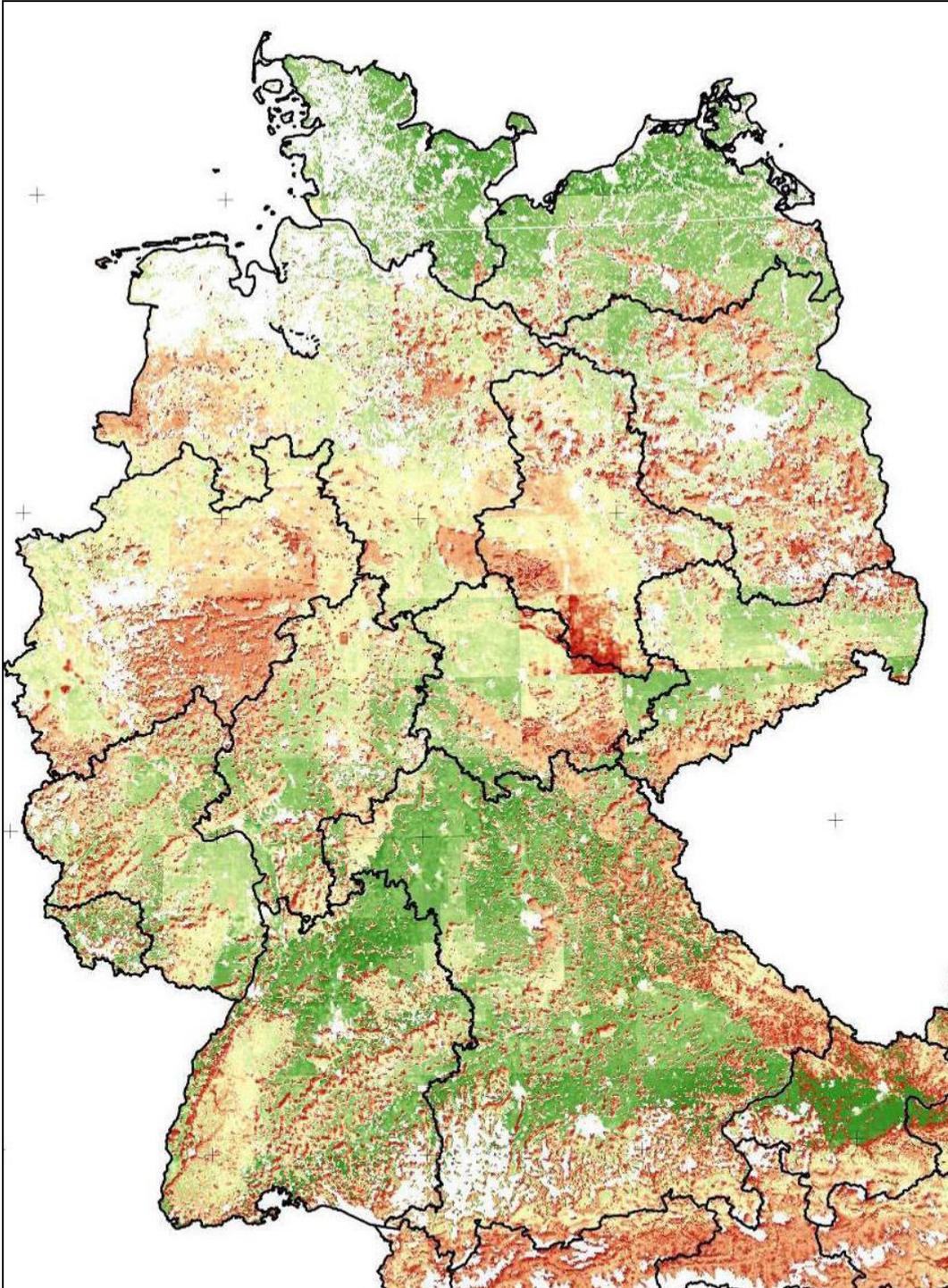
Die Wasserhauptstadt von Deutschland ist Schwerin. Mit einem Wasserflächenanteil von 28,7% übertrefft sie nicht nur Hamburg, Bremen und Berlin, sondern auch alle anderen deutschen Landeshauptstädte. Mit 61,5 km² ist der Schweriner See der zweitgrößte im Land. Übertroffen wird er von der Müritz mit 109,8 km² auf der Mecklenburgischen Seenplatte. In diesem Landkreis entfällt fast ein Zehntel auf Wasserflächen. Mit 9,2% Wasserfläche rangiert der Stadtkreis Rostock an dritter Stelle, gefolgt von Vorpommern-Greifswald mit 7,2%. Die anderen Kreise rangieren unterhalb des Landesdurchschnitts von 6,09%. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass auch diese Kreise als Küstenkreise an der Ostsee hinreichend mit Gewässern ausgestattet sind. Da es sich jedoch nicht um Binnengewässer handelt, haben diese Küsten in der Bodenflächenbilanz denselben Status wie Festlandgrenzen.

3.1.4 Modellierung der land- und forstwirtschaftliche Nettoprimärproduktion von Kohlenstoff

Eine weitere Methodik, die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu erfassen, besteht in der satellitengestützten Modellierung der Möglichkeiten für die land- und forstwirtschaftliche Nettoprimärproduktion von Kohlenstoff (vgl. *DBFZ 2010*). Mit Hilfe von Satellitenbildern wird der Zuwachs an Biomasse pro Flächeneinheit berechnet. Da bei der Photosynthese CO₂ an die Atmosphäre abgegeben und im Modell subtrahiert wird, ergibt sich die mögliche Nettoprimärproduktion (NPP), gemessen in Tonnen Kohlenstoff je km² und Jahr.

Die niedrigen NPP-Werte sind in Karte 13 rot dargestellt. Als solche treten vor allem Waldflächen, und damit meist Gebirgs- und Heideregionen, hervor. Dort wird eine NPP bis zu 200 Tonnen erreicht. Fast doppelt so hoch steigt die NPP auf Ackerland und gut bestrahlten Flächen. Sie sind auf der Karte in Grüntönen dargestellt. Demnach haben in Norddeutschland Mecklenburg-Vorpommern und der Osten Schleswig-Holsteins die besten Rahmenbedingungen für die Land- und Forstwirtschaft. Weite Teile Frankens, des nördlichen Baden-Württemberg sowie Bayern nördlich von München weisen gleichfalls hohe NPP-Werte auf.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 13: Jahressumme der modellierten Nettoprimärproduktion (NPP) 2000.

Ausschnitt aus: DBFZ 2010, S. 82.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Sachsen-Anhalt sowie große Teile Niedersachsens und Nordrhein-Westfalen erscheinen auf der Karte sandfarben, d.h. mit mittleren NPP-Werten. Es fällt auf, dass die Löß- und Bördegebiete Mitteldeutschlands mit ihren hohen Bodenqualitäten kaum mit grün gekennzeichnet sind. Das bedeutet, dass nach diesem Modell hohe Ackerzahlen durch andere Faktoren relativiert werden.

Vor diesem Hintergrund nimmt Mecklenburg-Vorpommern nicht nur in Nord-, sondern auch in Ostdeutschland eine führende Position ein. Die Frage, inwieweit sich dieses Bild aus dem Jahre 2000 auf einen längeren Zeitraum verallgemeinern lässt, wird in DBFZ 2010 nicht beantwortet. Es wurde darauf verwiesen, dass Überprüfungen am realen Zuwachs die modellhaft errechneten Werte weitgehend bestätigen. Allerdings stellte sich eine systematische Unterschätzung des NPP von Wald heraus (vgl.: DBFZ 2010, S. 89-93).

3.1.5 Umweltqualität in Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich

Zur physiogeographischen Umweltqualität haben Umweltbundesamt und der Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“ umfangreiches Material zusammengestellt. Der Arbeitskreis veröffentlicht jährlich einen Bundesländervergleich nach wichtigen, bundesweit vorliegenden Indikatorengruppen. Sie werden LIKI-Indikatoren genannt. LIKI bedeutet „Länderinitiative Kernindikatoren“. In Abb. 5 sind die LIKI-Indikatoren für das Jahr 2010 für alle Bundesländer zusammengestellt.

„Die Werte der letzten 10 Jahre wurden auf den linearen Trend getestet. Das heißt, es wurde anhand geeigneter statistischer Methoden untersucht, ob sich bei den einzelnen Indikatoren in den letzten 10 Jahren ein linearer Entwicklungstrend statistisch belegen lässt. Bei den Indikatoren, bei denen eine solche Entwicklung identifiziert wurde, erscheint im dazugehörigen Tabellenfeld ein Pfeil. Die Pfeilrichtung veranschaulicht den identifizierten Trend.

Ein nach oben gerichteter Pfeil symbolisiert einen steigenden Trend, ein waagerechter Pfeil eine stetig konstante Entwicklung und ein nach unten gerichteter Pfeil einen fallenden Trend...

Die Farben der Pfeile haben dabei folgende Bedeutung:

- grün, wenn der identifizierte Trend aus Umweltsicht einer positiven Entwicklung entspricht,
- rot, wenn die Entwicklung als negativ einzuschätzen ist,
- gelb, wenn die Entwicklung konstant verläuft (waagerechte Pfeile)....

Eine dunkelblaue Signatur bedeutet, dass das Bundesland innerhalb der besseren 25% der Länderwerte des Indikators liegt. Eine dunkelblaue Signatur steht somit für eine positive Wertung. Eine Signatur in mittlerem Blau bedeutet, dass sich das Bundesland in den mittleren 50% der Länderwerte des Indikators befindet. Die Zuordnung einer hellblauen Signatur zu einem Bundesland in der Statusbewertung weist darauf hin, dass der aktuelle Indikatorenwert des Bundeslandes in den schlechteren 25% der Werte des Indikators der verglichenen Länder angesiedelt ist.“

(Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder, 2014, Bd. 2. S. 36 - 37)

Bei 11 von 20 LIKI-Indikatoren liegen die Werte für Mecklenburg-Vorpommern in den besseren 25%, gemessen an der Spanne der Werte für alle Bundesländer. Einige der Positionierungen bedürfen sicher einer Erläuterung. So darf aus dem hohen Flächenanteil der ökologischen Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern nicht auf eine besondere Stärke dieses Sektors geschlossen werden. Viel-

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

mehr wird er dadurch erreicht, dass einige Rinderzuchtbetriebe mit sehr großen Flächen nicht düngen – und damit fast automatisch in die Kategorie der ökologischen Landwirtschaft geraten. Mit den genannten 11 Positionen in den besseren 25% erreichte Mecklenburg-Vorpommern bundesweit den ersten Platz – sofern man alle Indikatoren gleich gewichtet. Das Land profitierte nicht zuletzt davon, dass es nur wenig Industrie und keinen Großflughafen hat. Berlin erreicht in Abb. 6 den zweiten Rang nicht zuletzt, weil der Flughafen Schönefeld Brandenburg zugerechnet wird.

Auffällig sind in Abb. 6 die niedrigen Positionen von Bayern, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen rangiert am Schluss.

Die ostdeutschen Bundesländer mit Ausnahme Sachsens besetzen gemeinsam mit Hamburg und Schleswig-Holstein die vorderen Ränge, wobei nach den Daten von 2010 Mecklenburg-Vorpommern sich durch die beste physiogeographische Umweltqualität auszeichnete.

Inzwischen hat der Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen seine Daten aktualisiert. Auch die LIKI-Auswertung wurde erneuert und liegt jetzt in der Version 9.1 mit Daten bis 2013 vor. Das gilt jedoch nicht für Mecklenburg-Vorpommern. Die Zeile für dieses Bundesland weist für die 20 Indikatoren 8 Leerstellen aus. (*Arbeitskreis UGRDL 2015; umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder. Band 2 Indikatoren und Grafiken, S. 36, 37*). Dies ist möglicherweise wiederum ein Hinweis auf das unzureichende Umweltmonitoring in diesem Bundesland. Aufgrund dieser Leerstellen wurde in Abb. 5 auf die Version 8.0 aus dem Jahr 2013 zurückgegriffen, die eine vollständige Vergleichsmöglichkeit gibt. Es ist aber wohl auszugehen, dass Mecklenburg-Vorpommern nach wie vor einen Spitzenplatz bezüglich der LIKI-Indikatoren unter den 16 Bundesländern einnimmt.

Einerseits bietet die hohe Umweltqualität gute Entwicklungsmöglichkeiten für Wohnen, Freizeit und Tourismus. Andererseits dürfte klar geworden sein, wie verletzlich die Ökosysteme in Mecklenburg-Vorpommern sind, wie leicht sie durch unkontrollierte Entwicklungen zerstört werden können.

Bedenklich ist in diesem Kontext, dass beim Indikator C5.2 (Anteil der Messstellen mit Nitratgehalten >50 mg/l), der stark von Großviehanlagen bestimmt wird, deutschlandweit nur ein mittlerer Platz erzielt wird. Dieser Indikator gehört zu denen, die in der LIKI-Version 9.1 von 2015 mit einer Leerstelle versehen sind.

Der Optimismus nach LIKI-Indikatoren in Bezug auf Mecklenburg-Vorpommern wird nicht von allen Bundesbehörden geteilt.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft verweist auf seiner Website darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern beim Verbrauch landwirtschaftlicher Fläche je Einwohner mit 16 m² pro Jahr (2008 bis 2011) innerhalb Deutschlands führt (vgl. Karte 14).

Der gesamtdeutsche Durchschnitt lag im betrachteten Zeitraum mit 4 m² viermal niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern. Besonders niedrig war der Flächenverbrauch je Einwohner in Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz. Alle westdeutschen Flächenländer lagen mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern unter dem deutschen Durchschnitt.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

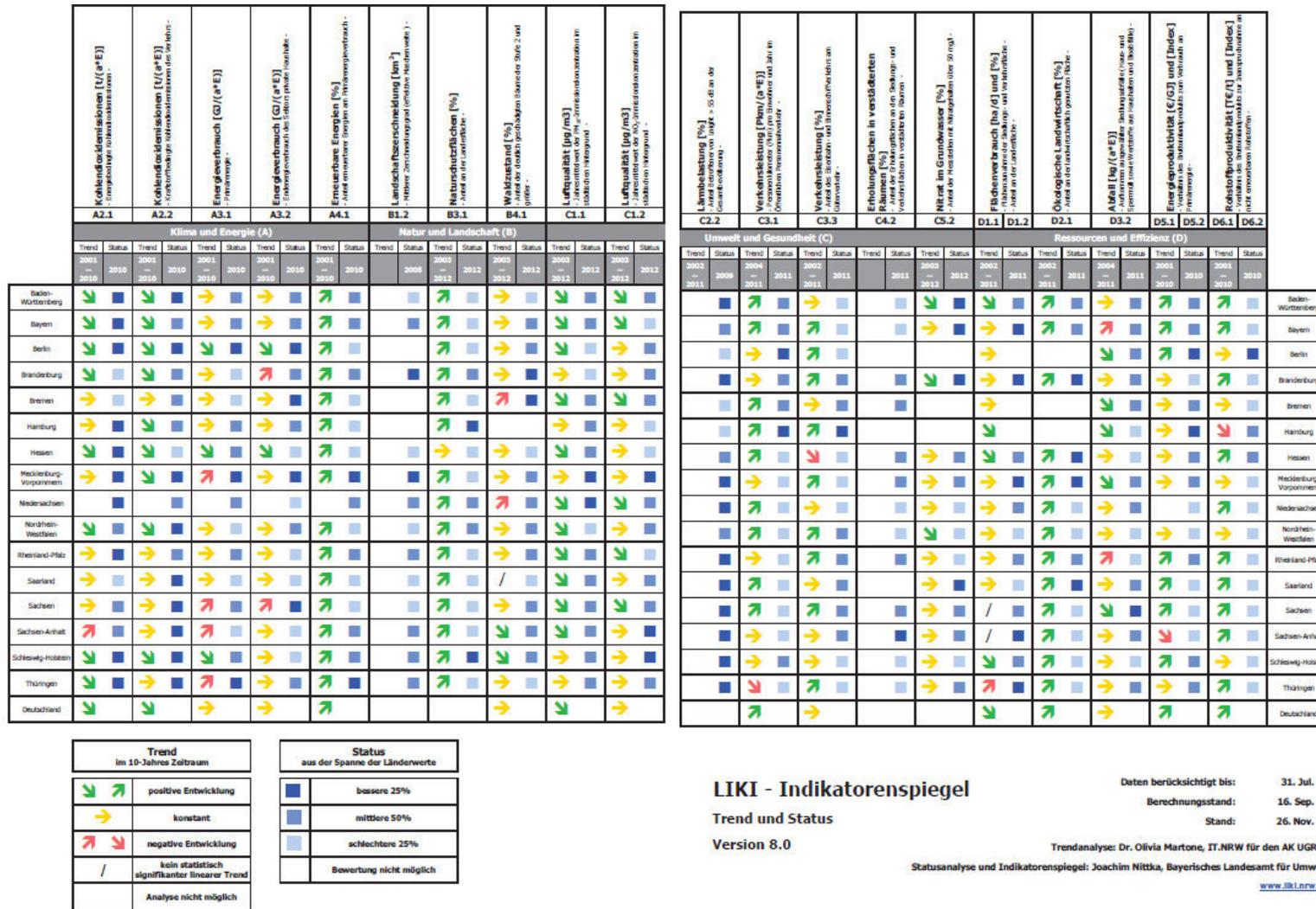


Abb. 5: LIKI-Umweltindikatoren nach Bundesländern

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Ein Auszug aus Abb. 5 zeitigt für Mecklenburg-Vorpommern folgende Ergebnisse:

Tab. 8: Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der LIKI-Umweltindikatoren

	Indikatorengruppe	Erläuterungen	Positionierung Mecklenburg-Vorpommerns in		
			Bessere 25%	Mittlere 50%	Schlechtere 25%
A	Klima und Energie				
A2.1	Energiebedingte Kohlendioxidemissionen	t/a*E	X		
A2.2	Kraftstoffbedingte Kohlendioxidemissionen des Verkehrs	t/a*E	X		
A3.1	Verbrauch von Primärenergie	GJ/(a*E)	X		
A3.2	Energieverbrauch des Sektors private Haushalte		X		
A4.1	Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch		X		
B	Natur und Landschaft				
B1.2	Mittlerer Zerschneidungsgrad von Landschaften (effektive Maschenwerte)		X		
B3.1	Anteil Naturschutzflächen an Landesfläche				X
B4.1	Waldzustand: Anteil der deutlich geschädigten Bäume der Stufe 2 und größer			X	
C	Umwelt und Gesundheit				
C1.1	Luftqualität: Jahresmittelwert der PM ₁₀ -Immissionskonzentration im städtischen Umfeld		X		
C1.2	Luftqualität: Jahresmittelwert der NO ₂ -Immissionskonzentration im städtischen Umfeld		X		
C2.2	Lärmbelastung: Anteil Betroffener von L _{night} > 55 dB an der Gesamtbevölkerung		X		
C3.1	Personenkilometer pro Einwohner und Jahr im Öffentlichen Personennahverkehr	Pkm/(a*E)			X
C3.3	Anteil des Eisenbahn- und Binnenschiffverkehrs am Güterverkehr				X
C4.2	Anteil der Erholungsflächen an den Siedlungs- und Verkehrsflächen in verdichteten Räumen			X	
C5.2	Anteil der Messstellen mit Nitratgehalten >50 mg/l			X	
D	Ressourcen und Effizienz				
D1.1	Flächenzunahme der Siedlungs- u. Verkehrsfläche		X		
D2.1	Anteil der ökologischen Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche		X		
D3.2	Aufkommen ausgewählter Siedlungsabfälle			X	
D5.1	Energieproduktivität: BIP/Verbrauch Primärenergie			X	
D6.1	Rohstoffproduktivität: BIP/Inanspruchnahme nicht erneuerbarer Rohstoffe				X
	SUMME		11	5	4

Aus: Abbildung 5.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

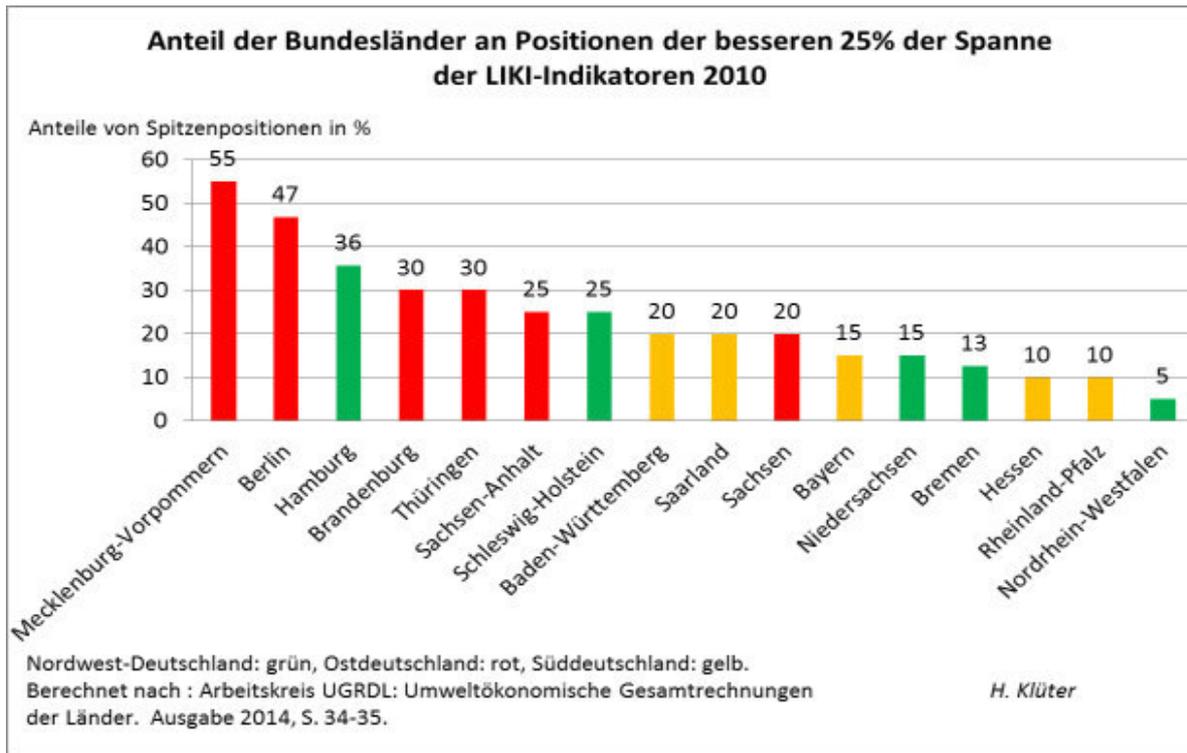


Abb. 6: Anteil der Bundesländer an Positionen der besseren 25% der Spanne der LIKI-Indikatoren 2010

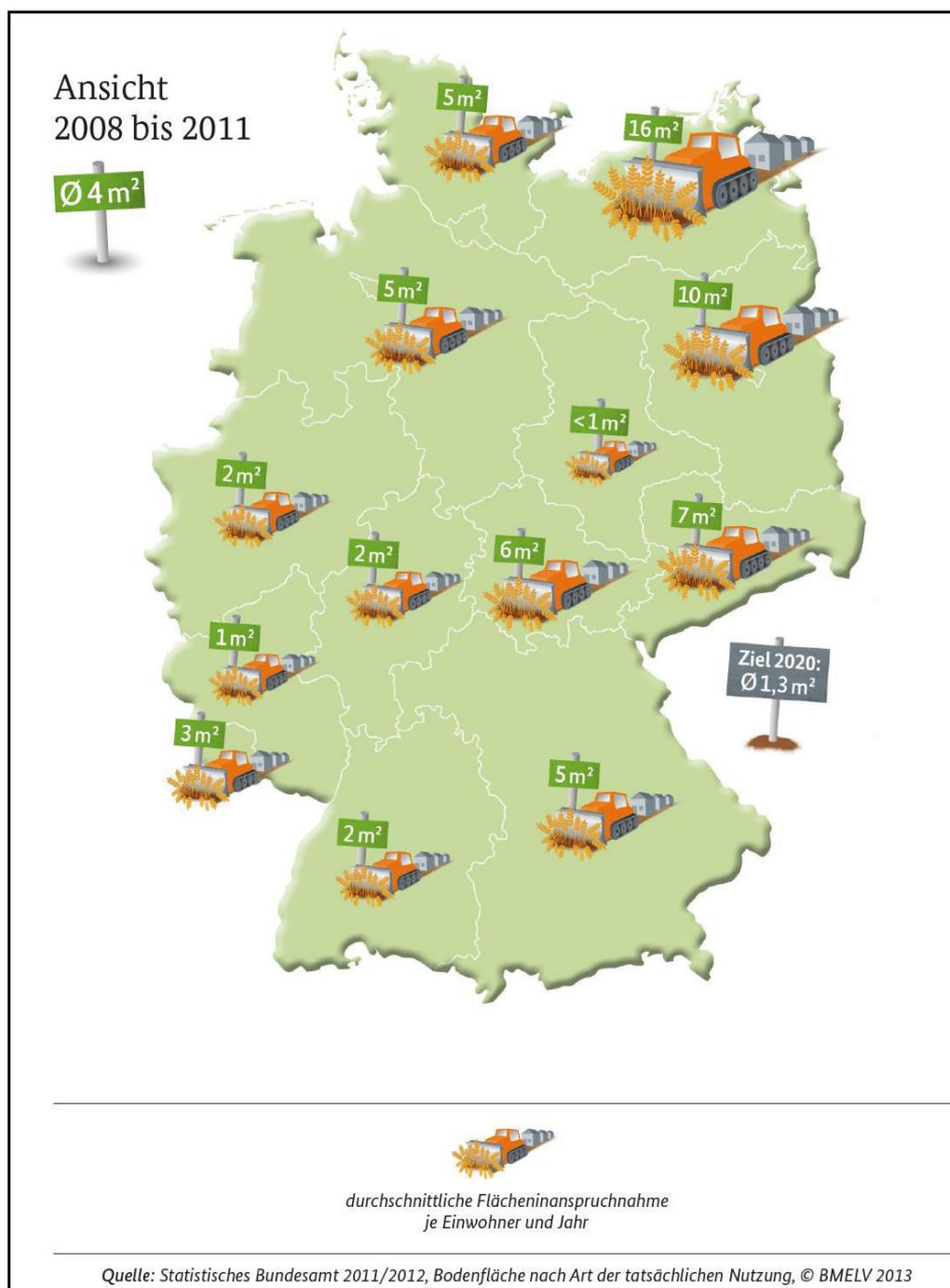
In den ostdeutschen Ländern wurde jener Indikator seinerzeit stark durch die damals abnehmende Bevölkerung beeinflusst. Abnehmende Bevölkerung bedeutet, dass sich die Flächeninanspruchnahme pro Einwohner selbst dann vergrößert, wenn überhaupt nicht gebaut wurde.

Außerdem müssen die unterschiedlichen Ausgangsniveaus beachtet werden. In Tabelle 9 sind daher die Basisdaten für die Flächenberechnung angegeben. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche macht in Mecklenburg-Vorpommern nur 8,11 % der Gesamtfläche aus.

Das ist der niedrigste Wert unter den deutschen Bundesländern. Mecklenburg-Vorpommern gehört auch zu den Flächenländern, in denen die Gebäude- und Freiflächen erheblich größer als die Verkehrsflächen sind. In Rheinland-Pfalz ist das Gegenteil der Fall. In Thüringen übertrifft die Gebäude- und Freifläche die Verkehrsfläche nur noch knapp. Mit einer Verkehrsfläche von nur 2,98 % ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland, das in dieser Kategorie unter 3 % liegt. Brandenburg und Sachsen-Anhalt liegen zwischen 3 und 4 %, Thüringen, Sachsen und Bayern liegen zwischen 4 und 5 %. Die übrigen Bundesländer übertreffen den deutschen Durchschnittswert von 5,06 %.

Der niedrige Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil in Ostdeutschland kommt weitgehend der Landwirtschaft zugute. Mit Ausnahme Brandenburgs weist Ostdeutschland Landwirtschaftsflächenanteile auf, die den gesamtdeutschen Durchschnitt von 51,66 % übertreffen. Mecklenburg-Vorpommern rangiert mit 62,28 % deutschlandweit nach Schleswig-Holstein (69,76 %) an zweiter Stelle.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 14: Durchschnittliche Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen je Einwohner und je Jahr 2008 bis 2011.

Aus: http://www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/Infografiken/media/BMELV_LR_Infokarte_Flaecheninanspruchnahme.pdf?__blob=publicationFile (2015-10-02)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 9: Flächennutzung nach Bundesländern in km²

Bundesland	31.12.2014								
	Boden- fläche ins- gesamt	darunter					Land- wirt- schafts- fläche	Wald- fläche	Was- ser- fläche
		Siedlungs- und Verkehrsfläche ¹⁾							
		insge- samt	darunter			Ver- kehrs- fläche			
	Gebäude- und Freifläche		Erho- lungs- fläche						
km ²									
Bayern	70.550	8.351	4.303	508	3.298	33.106	25.707	1.234	
Niedersachsen	47.615	6.626	3.552	464	2.475	28.510	10.507	1.107	
Nordrhein-Westfalen	34.110	7.794	4.373	687	2.445	16.547	8.828	667	
Baden-Württemberg	35.751	5.140	2.771	314	1.974	16.257	13.698	391	
Brandenburg	29.654	2.793	1.308	268	1.101	14.614	10.529	1.023	
Mecklenburg- Vorpommern	23.213	1.883	824	318	691	14.457	5.082	1.415	
Sachsen-Anhalt	20.452	2.246	881	521	793	12.555	5.058	480	
Schleswig-Holstein	15.803	2.032	1.100	177	698	11.024	1.668	805	
Sachsen	18.420	2.445	1.319	251	800	10.078	4.989	387	
Thüringen	16.202	1.579	720	110	699	8.891	5.298	202	
Hessen	21.115	3.315	1.572	209	1.433	8.859	8.477	294	
Rheinland-Pfalz ²⁾	19.854	2.840	1.187	344	1.227	8.267	8.367	276	
Saarland ²⁾	2.570	537	322	26	161	1.100	874	26	
Hamburg	755	451	285	59	94	185	51	60	
Bremen	419	236	139	35	50	118	8	52	
Berlin	892	626	370	107	133	38	164	60	
Deutschland	357.376	48.895	25.026	4.397	18.071	184.607	109.306	8.477	

1) »Siedlungs- und Verkehrsfläche« und »versiegelte Fläche« können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen.

2) Einschließlich des gemeinschaftlichen deutsch-luxemburgischen Hoheitsgebietes.

Aus: http://www.statistik-portal.de/Statistik-Portal/de_jb09_jahrtaf1.asp (2015-12-23)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 10: Flächennutzung nach Bundesländern in Prozent der jeweiligen Gesamtfläche

Bundesland	31.12.2014							
	Boden- fläche	darunter						
		Siedlungs- und Verkehrsfläche					Land- wirt- schafts- fläche	Wald- fläche
	insge- samt	insge- samt	darunter					
			Gebäude- und Freifläche	Erho- lungs- fläche	Ver- kehrs- fläche	Land- wirt- schafts- fläche	Wald- fläche	Wasser- fläche
in Prozent der jeweiligen Gesamtfläche des Bundeslandes								
Schleswig-Holstein	100	12,86	6,96	1,12	4,42	69,76	10,55	5,09
Mecklenburg- Vorpommern	100	8,11	3,55	1,37	2,98	62,28	21,89	6,10
Sachsen-Anhalt	100	10,98	4,31	2,55	3,88	61,39	24,73	2,35
Niedersachsen	100	13,92	7,46	0,97	5,20	59,88	22,07	2,32
Thüringen	100	9,75	4,44	0,68	4,31	54,88	32,70	1,25
Sachsen	100	13,27	7,16	1,36	4,34	54,71	27,08	2,10
Deutschland	100	13,68	7,00	1,23	5,06	51,66	30,59	2,37
Brandenburg	100	9,42	4,41	0,90	3,71	49,28	35,51	3,45
Nordrhein-Westfalen	100	22,85	12,82	2,01	7,17	48,51	25,88	1,96
Bayern	100	11,84	6,10	0,72	4,67	46,93	36,44	1,75
Baden-Württemberg	100	14,38	7,75	0,88	5,52	45,47	38,32	1,09
Saarland	100	20,89	12,53	1,01	6,26	42,80	34,01	1,01
Hessen	100	15,70	7,44	0,99	6,79	41,96	40,15	1,39
Rheinland-Pfalz	100	14,30	5,98	1,73	6,18	41,64	42,14	1,39
Bremen	100	56,32	33,17	8,35	11,93	28,16	1,91	12,41
Hamburg	100	59,74	37,75	7,81	12,45	24,50	6,75	7,95
Berlin	100	70,18	41,48	12,00	14,91	4,26	18,39	6,73

Berechnet nach: Tab. 8.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

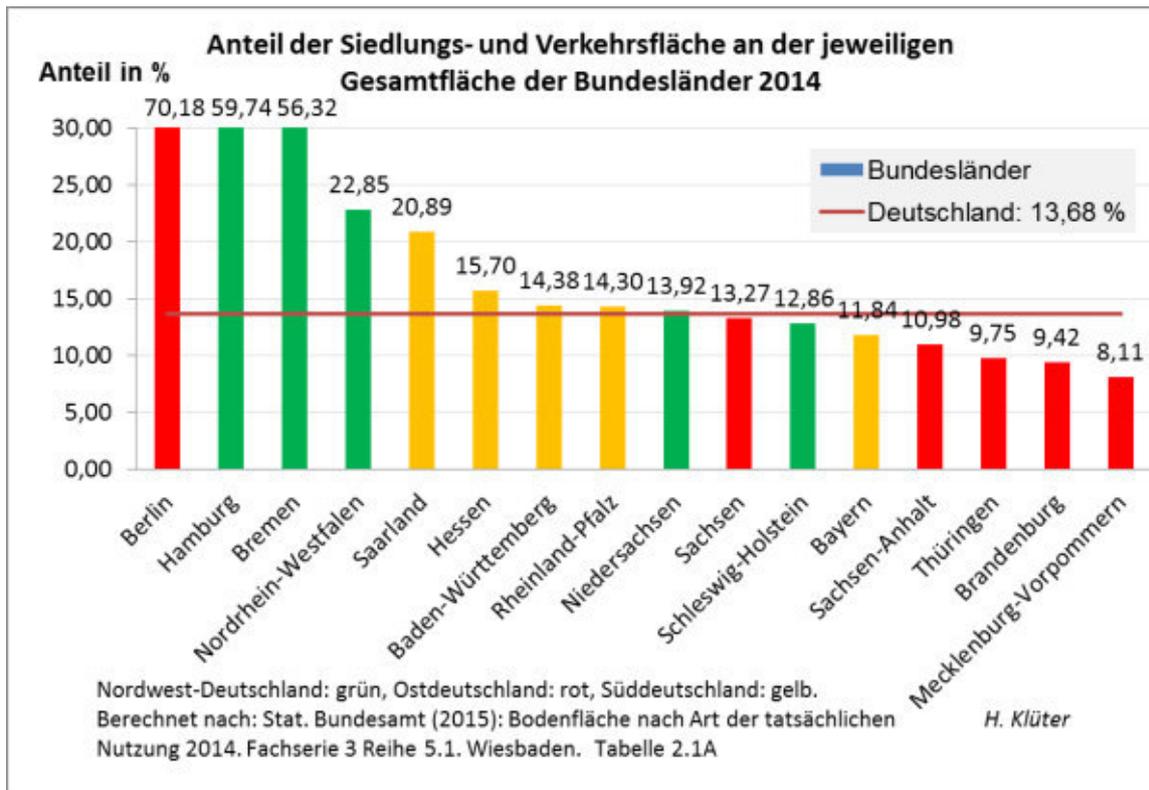
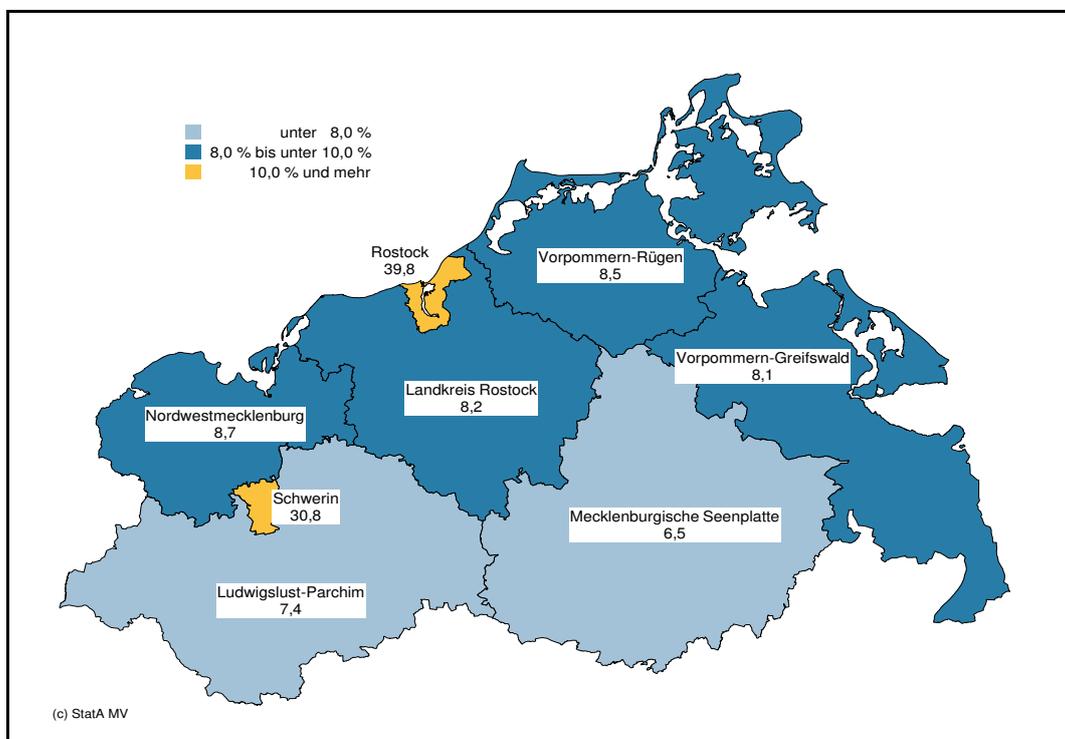


Abb. 7: Anteil Siedlungs- und Verkehrsflächen an gesamt je Bundesland



Karte 15: Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche

aus: Stat. Amt M-V (2014): Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung 2013 (Ergebnisse der Flächenerhebung). Stat. Bericht AA V -j. Grafiken.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Der hohe Landwirtschaftsflächenanteil in Schleswig-Holstein ist in starkem Maße dem niedrigen Waldanteil geschuldet. Mit nur 10,55 % ist er nicht einmal halb so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern.

Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns weisen die Stadtkreise und die Küstenkreise überdurchschnittliche Werte auf. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die östlichen Landkreise und Nordwestmecklenburg seit 2011 ehemals kreisfreie Städte enthalten, die den Durchschnitt des Großkreises nach oben verschieben. Die niedrigsten Anteile an Siedlungs- und Verkehrsflächen gibt es in den beiden Binnenlandkreisen Ludwigslust-Parchim (7,4 %) und Mecklenburgische Seenplatte (6,5%; vgl. Karte 15).

3.1.6 Zwischenergebnis physiogeographische Rahmenbedingungen

Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern mit relativ guten Böden ausgestattet. Die besten Böden gibt es in Nordwestmecklenburg. Es folgen das mecklenburgische und nordvorpommersche Küstengebiet und das Bützow-Güstrower Becken. In Südwestmecklenburg und in Ostvorpommern dominieren ärmere Böden. In den letztgenannten Regionen lag 1995 der Anteil der benachteiligten Flächen mit über 80 % entsprechend hoch.

Während der Westen des Landes in der Regel ausreichend Niederschläge bekommt, gelten die Mecklenburgischen Seenplatte und der Altkreis Uecker-Randow als niederschlagsarm.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen wurde versucht, ganz Deutschland in Boden-Klimaräume einzuteilen. Der größte Raum dieser Art ist in Mecklenburg-Vorpommern der mit „mittleren diluvialen Böden Mecklenburg-Vorpommerns und der Uckermark“ (BKR-Nr. 101). Er umfasst den Festlandsanteil Nordvorpommerns, das Binnenland des Landkreises Rostock sowie die nordöstliche Hälfte der Mecklenburgischen Seenplatte. „Sandige diluviale Böden des norddeutschen Binnentieflands“ (BKR-Nr. 102) besteht aus Ludwigslust-Parchim und der südwestlichen Mecklenburgischen Seenplatte. „Vorpommersche Sandböden im Uecker-Randow-Gebiet“ (BKR-Nr. 105) erfasst die östlichen zwei Drittel des Kreises Vorpommern-Greifswald. „Nordwest-Mecklenburg und Küstengebiet, bessere diluviale Böden“ (BKR-Nr. 158) umfasst die restlichen Gebiete des Bundeslandes, einschließlich der Insel Rügen.

Die Klimavariabilität wird durch diese statisch angelegte Einteilung nur unzulänglich widerspiegelt. Mecklenburg-Vorpommern ist von unregelmäßig auftretenden Wechsel- und Kahlfrostatagen, Starkregen, Frühjahrsdürren, Hitzewellen und Stürmen betroffen. Erwärmung, Wassermangel und Dürregefahren nehmen nach Süden hin zu. Innerhalb Deutschlands nimmt die Gefährdung von Westen nach Osten zu. In Ostdeutschland ist Brandenburg am stärksten, Mitteldeutschland etwas schwächer betroffen. Es sind dieselben Regionen, die unter dem fortschreitenden Klimawandel zu leiden haben.

Vor diesem Hintergrund steigt die Erosionsgefährdung in Ostdeutschland, wobei die Winderosion in Mecklenburg-Vorpommern stärker als im Süden Ostdeutschlands ausfällt. 41,6 % der Ackerflächen werden den Winderosionsgefährdungsstufen „mittel“, „hoch“ und „sehr hoch“ zugeordnet. Trotz

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

dieser Bedrohung wurden und werden in Mecklenburg-Vorpommern Feldgebüsch und Hecken vernichtet. In Westmecklenburg gingen von 1965 bis 1991 von 6.168 km Hecken 3.626 verloren. Am 08.04.2011 führte ein plötzlich aufgetretener Staubsturm auf der Autobahn A19 bei Kavelstorf zu dem bisher größten zivilen Straßenverkehrsunfall in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns. Um die Wind- und Wassererosion zu begrenzen, müssen in den dürre- und erosionsgefährdeten Gebieten Waldschutzstreifen angelegt werden, ähnlich wie dies in den 30-er Jahren im Mittleren Westen der USA und wenig später in den Steppengebieten des heutigen Russlands und in Kasachstan erfolgt ist.

Ungeachtet dieser Benachteiligungen und Probleme erscheint Mecklenburg-Vorpommern bei der modellierten land- und forstwirtschaftlichen Nettoprimaryproduktion innerhalb Norddeutschlands als bevorzugte Region. Den nordwestdeutschen Nachbarländern gegenüber genießt es den Vorteil der geringeren Zersiedlung. Somit sind die physiogeographischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft sowohl den ostdeutschen Binnenländern, als auch den nordwestdeutschen Nachbarländern gegenüber zumindest ebenbürtig, in einigen Aspekten jedoch als besser einzustufen.

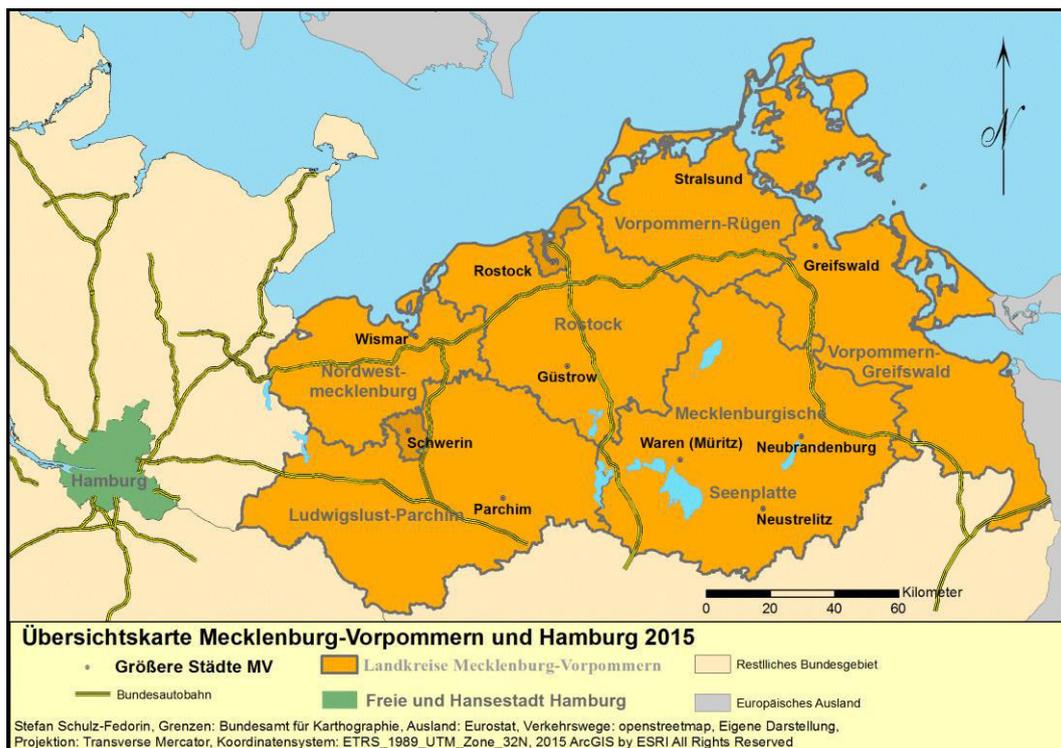
Bezüglich der Umweltqualität nach LIKI-Indikatoren 2010 nahm Mecklenburg-Vorpommern vor Berlin, Hamburg, Brandenburg und Thüringen den Spitzenplatz unter den 16 Bundesländern ein. Mit nur 8,11 % Siedlungs- und Verkehrsflächenanteil an der Gesamtfläche hat das Land den niedrigsten Wert unter den deutschen Bundesländern – und mit 62,28 % den zweithöchsten Anteil an Landwirtschaftsflächen.

In einigen Bereichen entspricht das physiogeographische Monitoring nicht mehr dem neusten Stand. Der letzte landesumfassenden Umweltbericht erschien 1998 (vgl. *Umweltministerium M-V 1998*). Die heute benutzten Ackerwertzahlen sind teilweise über ein halbes Jahrhundert alt und können daher die Folgen der intensiven agrarischen Nutzung nach 1993 nicht abbilden. Bodenabtrag durch Erosion, Qualitätsverluste durch Monokulturen, Zerstörung von Hecken und Gebüsch, Verluste an Biodiversität, der Schadstoffeintrag durch Gülle und Gärreste und die immer stärkere Belastung mit agrochemischen Stoffen sind punktuell eindrucksvoll belegt, aber nicht flächendeckend für die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche dokumentiert. Aufgrund des drastischen Stellenabbaus bei den Monitoring-Behörden in den letzten Jahren ist vorerst nicht zu erwarten, dass dieser Rückstand aufgeholt werden kann. Die Defizite im Umweltmonitoring und -controlling bilden heute für die planerische Bewertung gegenwärtiger und zukünftiger landwirtschaftlicher Projekte und Investitionen ein großes Problem. Andererseits sind die Monitoring- und Kontrolldefizite – ähnlich wie im benachbarten Land Brandenburg – Faktoren, die agrarindustrielle Strukturen mit hohen Umwelt- und Sozialrisiken in besonderer Weise begünstigen und weiterhin in die Region ziehen.

3.2 POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

3.2.1 Lage und Territorium

Mecklenburg-Vorpommern ist mit 23.212,05 km² das sechstgrößte Bundesland in Deutschland und - nach Brandenburg - das zweitgrößte in Ostdeutschland. Durch seine Lage im deutschen Nordosten werden mehrere Rahmenbedingungen gesetzt, die eine Vielzahl wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivitäten - darunter auch die Landwirtschaft - beeinflussen.



Karte 16: Übersichtskarte der Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns 2015

- Neben Schleswig-Holstein ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland, das direkt an die Ostsee grenzt, was für Tourismus, Verkehr und Außenhandel von großer Bedeutung ist.
- Mit Sachsen ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland, das sowohl an das reichere Westdeutschland, als auch an ärmere osteuropäische Staaten grenzt. Das soziale Spannungsfeld innerhalb des Bundeslandes ist entsprechend groß.
- Mit Schleswig-Holstein, Nordniedersachsen, Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen-Anhalt hat Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam, dass seine wirtschaftsgeographischen Metropolen Hamburg und Berlin außerhalb der Landesgrenzen liegen. In Schleswig-Holstein ist dies ebenfalls Hamburg, in Nordniedersachsen Hamburg und Bremen, in Brandenburg Berlin, in Sachsen-Anhalt Hannover-Braunschweig-Wolfsburg, Berlin und Leipzig, in Rheinland-Pfalz Köln, Frankfurt, Mannheim und Karlsruhe und in Mecklenburg-Vorpommern Hamburg und Berlin.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

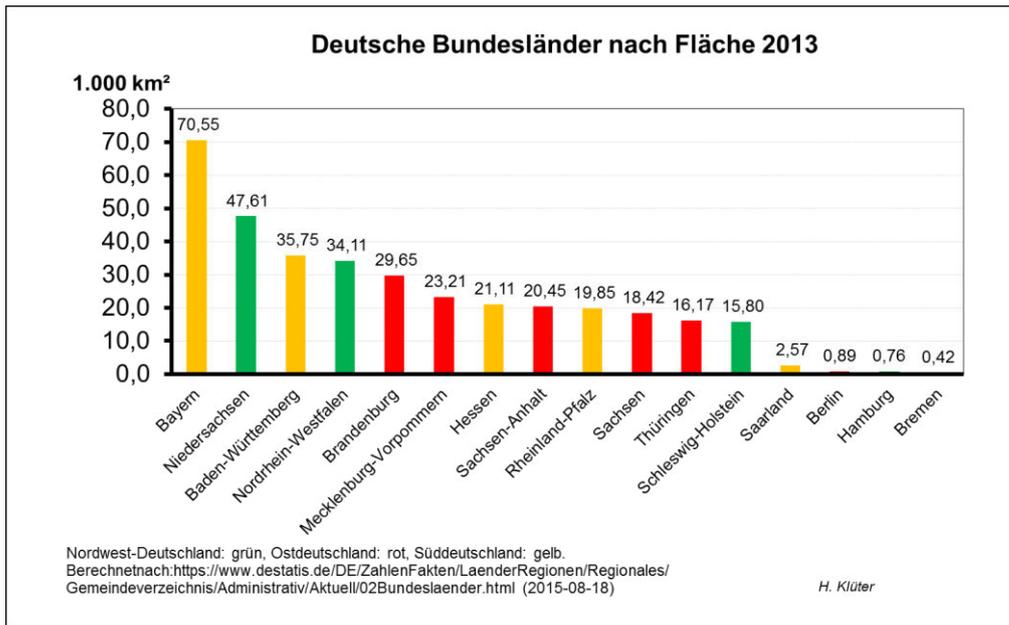


Abb. 8: Bundesländer nach Fläche 2013

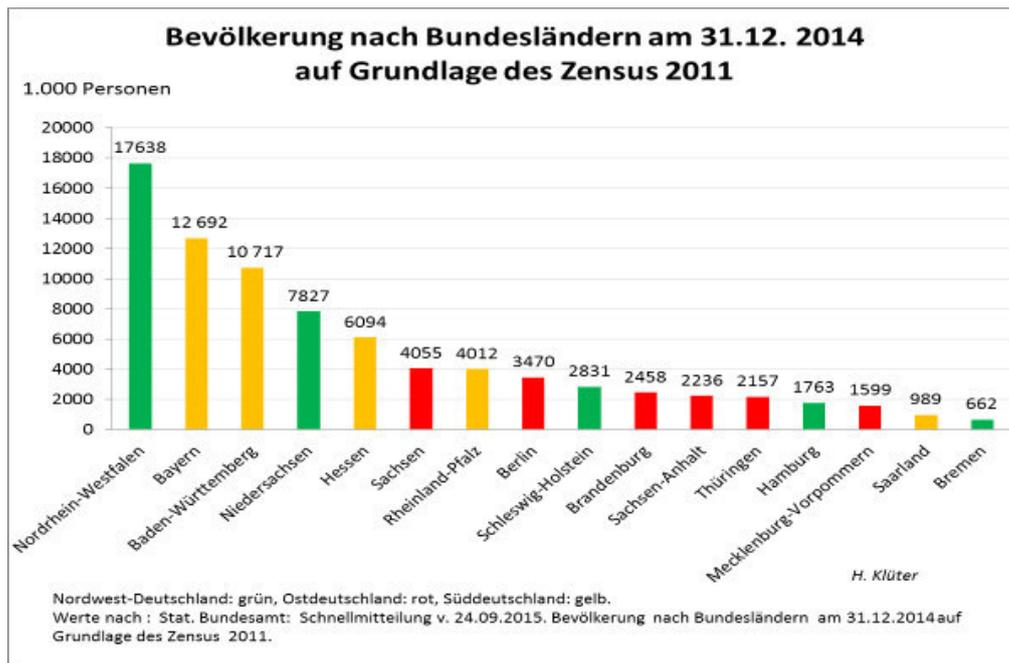


Abb. 9: Bevölkerung nach Bundesländern je Bundesland 2014

Mit 1,612 Millionen Einwohnern (31.12.2015) liegt Mecklenburg-Vorpommern auf dem 14. Platz unter den 16 Bundesländern. Geht man davon aus, dass ein Bundesland im Durchschnitt 5,1 Millionen Einwohner hat, erreicht Mecklenburg-Vorpommern nur knapp ein Drittel dieser Größe. Mit Nordrhein-Westfalen übertrifft ein Bundesland Mecklenburg-Vorpommern um das zehnfache. Zwei Bundesländer übertreffen seine Bevölkerungszahl mehr als fünfmal - Bayern und Baden-Württemberg.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

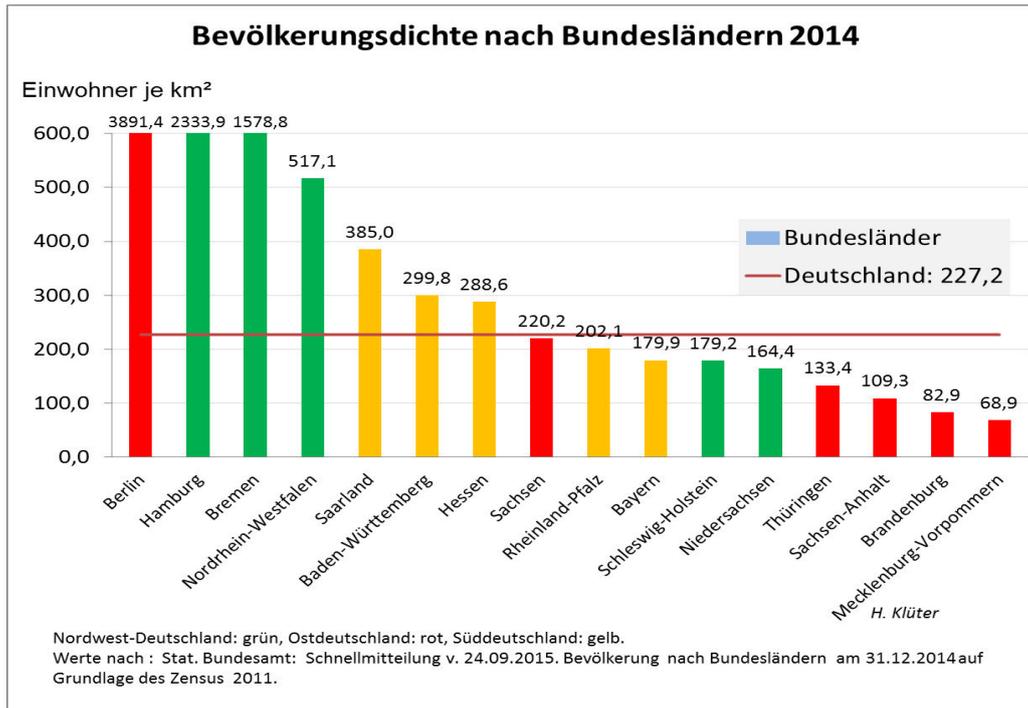


Abb. 10: Bevölkerungsdichte nach Bundesländern 2014

Fünf weitere Bundesländer sind mindestens doppelt so stark wie Mecklenburg-Vorpommern. Mit Sachsen und Berlin liegen zwei davon im Osten Deutschlands. Mit 68,9 Einwohner/km² erreicht Mecklenburg-Vorpommern nur 30% der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte in Deutschland (227,2). Die niedrige Bevölkerungsdichte ist jedoch nur zu einem geringen Teil der dünnen Besiedlung in ländlichen Räumen geschuldet. Solche niedrigen Dichten gibt es auch in der Lüneburger Heide oder in den Mittelgebirgen. Bedeutsamer ist, dass es in Mecklenburg-Vorpommern keine größeren Metropolen wie München, Hannover, Dresden oder Leipzig gibt, die die Durchschnittsdichte des jeweiligen Bundeslandes nach oben ziehen. Die Bevölkerungsdichte der anderen beiden norddeutschen Küstenländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist mit 179,2 bzw. 164,4 Einwohnern/km² mehr als doppelt so hoch. Gemeinsam mit Sachsen-Anhalt hat Mecklenburg-Vorpommern innerhalb Deutschlands die größten Siedlungsreserven.

Mit Ausnahme Sachsens bilden die ostdeutschen Länder in Abb. 10 die Schlussgruppe in Deutschland. Von 76 Großstädten in Deutschland liegen nur 7 in dieser Gruppe, d. h. genauso viel wie in dem westdeutschen Bundesland Niedersachsen.

Die Abbildung vermittelt den Eindruck, die Mittelgebirgsländer im Süden Deutschlands wären dichter als die nördlichen Bundesländer besiedelt. Die niedrigeren Werte im Norden kommen nicht zuletzt dadurch zustande, dass die Bevölkerung der Stadtstaaten aus den Flächenländern ausgeschlossen ist. Wäre Berlin-Brandenburg ein Bundesland, würde es mit 194,1 Einwohnern/km² Bayern übertreffen. Hamburg-Schleswig-Holstein würde mit 277,5 sogar über dem deutschen Durchschnitt liegen und nahezu den Dichtewert Hessens mit 288,6 Einwohnern/km² erreichen.

3.2.2 Inhomogenität der administrativen Gliederung

Die administrative Gliederung von Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zu anderen Bundesländern durch erhebliche Inhomogenität gekennzeichnet. Die Kommunen sind auf drei Verwaltungsebenen zersplittert. Mit Stand vom 31.12.2014 gab es:

- 757 Gemeinden
- 116 Einheiten auf Ämterebene
- 8 Einheiten auf Kreisebene.

Die 757 Gemeinden weisen mit 2.113 Einwohnern die kleinste Durchschnittsgröße in Deutschland auf. Die genannten 3 Ebenen überschneiden sich:

2 Gemeinden sind amts- und kreisfrei,

38 weitere Gemeinden sind amtsfrei.

Die an Einwohnern kleinste Gemeinde war am 31.12.2014 Neu Gaarz mit 88 Einwohnern im Amt Seenlandschaft Waren. Sie wurde in Tabelle 11 nicht berücksichtigt, weil sie am folgenden Tage nach Jabel eingemeindet wurde. Sie wurde durch Voigtsdorf (Amt Woldegk) und Grabow-Below (Amt Röbel-Müritz) ersetzt, die beide 108 Einwohner hatten. Beide sind 1.890-mal einwohnerschwächer als die größte Gemeinde Mecklenburg-Vorpommerns Rostock mit 204.167 Einwohnern. Schließt man die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte (6 Einheiten) aus, fällt die Inhomogenität auf 267:1. Allerdings fällt dabei auch die Durchschnittsgröße von 2.113 auf 1.442 Einwohner. Die Inhomogenität der Gemeinden nach Fläche fällt mit 96 zu 1 geringer aus. Die an Fläche kleinste Gemeinde ist das 2 km² Pingelshagen am nördlichen Stadtrand von Schwerin.

Die 116 Ämter sowie der amts- und kreisfreien Gemeinden sind erheblich homogener verteilt. Nach Bevölkerung beträgt die Inhomogenität 82:1. Schließt man die kreisfreien Städte aus, ergibt sich 25:1. Die größte Raumeinheit ist dann Neubrandenburg mit 63.311 Einwohnern, die kleinste die Insel Poel mit 2.505. Die mittlere Einheit dieser Ebene hat ohne kreisfreie Städte 11.428 Einwohner. Zieht man auch die 4 großen kreisangehörigen Städte ab, fällt der Durchschnittswert mit 9.845 auf unter 10.000 Einwohner.

Mit 2.901,5 km² ist der Durchschnittskreis in Mecklenburg-Vorpommern über ein Siebtel größer als das kleinste Flächenbundesland Saarland, das mit 2.569,7 km² aus 6 Kreisen besteht. Zieht man die kreisfreien Städte ab, steigt die durchschnittliche Kreisfläche auf 3.816,7 km², also die 1,5-fache Größe des Saarlandes. Der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ist als größter Kreis Deutschlands mit 5.470 km² mehr als doppelt so groß wie das Saarland. Der mecklenburg-vorpommersche Durchschnitt übertrifft die Fläche eines deutschen Durchschnittslandkreises (1.101 km²; ohne M-V, ohne Regionalverbände Hannover und Saarbrücken) um mehr als das Dreifache. Bei diesen Flächen erreichen der Versorgungs- und Bedienungsaufwand für die Kreisverwaltung absurde Dimensionen. Die Gemeinde Nadrensee ist weiter von ihrer Kreisstadt Greifswald mit 144 km entfernt als von der Bundeshauptstadt Berlin mit 135 km. Die nächstgelegene Kreisstadt wäre Prenzlau, das nach nur 35 km zu erreichen wäre. Doch die Hauptstadt der Uckermark gehört zum Bundesland Brandenburg. Erheblich größer als die Bundesländerdisparitäten nach Bevölkerungsdichte fallen die nach Gemeindedichte je Landkreis aus.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 11: Zur Homogenität der Elemente in räumlichen Gliederungen Mecklenburg-Vorpommerns, 31.12. 2014

	Anzahl d. Einheiten	Durchschnittsgröße	kleinste Einheit		größte Einheit		Homogenität
Gemeinden, Bevölkerung	757	2.113			Rostock	204.167	1.890 : 1
- ohne kreisfreie Städte	755	1.726	Voigtsdorf	und	Neubrandenburg	63.311	586 : 1
- ohne kreisfreie, ohne große kreisangeh. Städte	751	1.442	Grabow-Below	108	Güstrow	28.791	267 : 1
Gemeinden, Fläche in km²	757	30,66	Pingelshagen	2,07	Feldberger Seenlandschaft	199,59	96 : 1
Ämter, amtsfr. Gem. Bevölkerung	116	13.786	Insel Poel	2.505	Rostock	204.167	82 : 1
- ohne kreisfreie Städte	114	11.428	Insel Poel	2.505	Neubrandenburg	63.311	25 : 1
Ämter, amtsfr. Gemeinden Fläche	116	200,1	Graal-Müritz	8,22	Röbel-Müritz	570,69	69 : 1
Kreise, Bevölkerung	8	199.892	Schwerin	92.138	Mecklenburgische Seenplatte	261.733	2,8 : 1
- ohne kreisfreie Städte	6	217,139	Nordwestmecklenburg	155.424	Mecklenburgische Seenplatte	261.733	1,7 : 1
Kreise, Fläche in km²	8	2.901,5	Schwerin	131	Mecklenburgische Seenplatte	5.470	42 : 1

Berechnet nach:

Stat. Amt M-V (2015): Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, 31.12.2014. Stat. Ber. A I - Ij

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

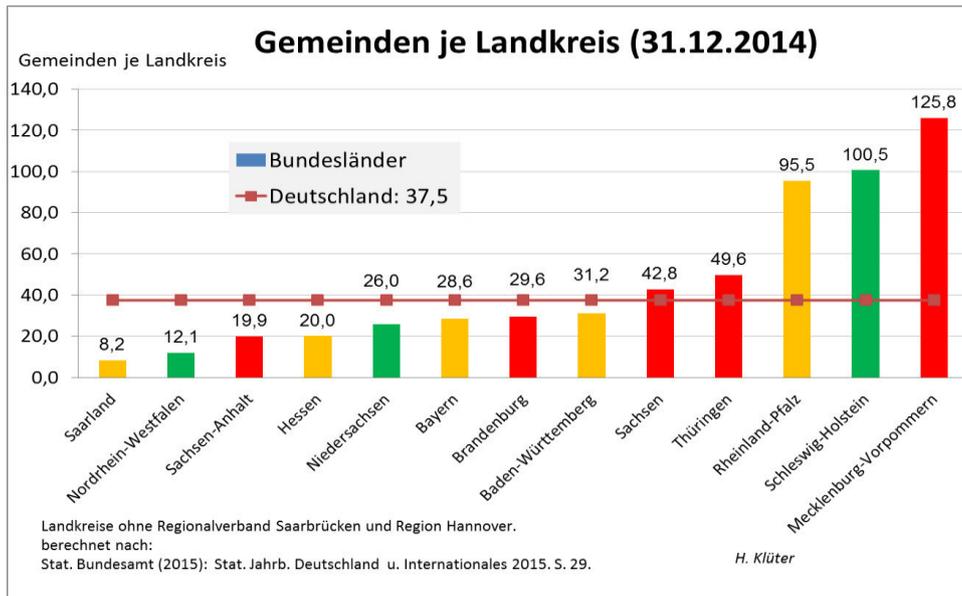


Abb. 11: Gemeinden je Landkreis

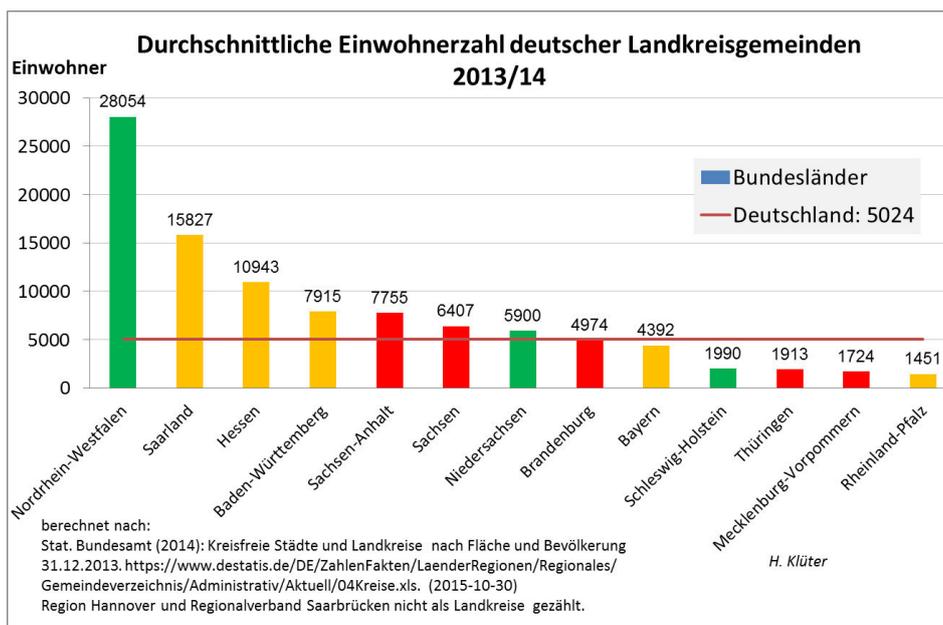


Abb. 12: Durchschnittliche Einwohnerzahl deutscher Landkreisgemeinden 2013/14

In der Berechnung (Abb. 12) wurden im Gegensatz zur offiziellen Statistik die Region Hannover und der Regionalverband Saarbrücken nicht als Landkreise gezählt. Die darin gelegenen Gemeinden wurden ebenfalls ausgeschlossen. Geht man davon aus, dass eine Kreisadministration etwa 15 bis 20 Gemeinden optimal koordinieren und bedienen kann, dann wird dieser Richtwert in Mecklenburg-Vorpommern um mehr als das Sechsfache überschritten. Diese Riesenkreise mit durchschnittlich 125 Gemeinden sind im Sinne einer demokratischen Bottom-up gesteuerten kommunalen Selbstverwaltung unregierbar. Faktisch wird die Politik in solchen Kreisen nicht durch die Exekutive oder Legislative, sondern durch die durch die Administrative Gewalt bestimmt. Der landesweite Mittelwert von

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

125 wird auf der Mecklenburgischen Seenplatte mit 158, in Ludwigslust-Parchim mit 149 und in Vorpommern-Greifswald mit 140 Gemeinden weit überschritten. Würde man die 114 kreisangehörigen Ämter und amtsfreien Gemeinden als Bezugsgröße nutzen, ergäben sich durchschnittlich 19 Einheiten pro Landkreis. Allerdings sind einige Ämter aufgrund ihrer Größe und ihres Zuschnitts (Mantelämter) kommunalpolitisch kaum handlungsfähig, selbst wenn sich ihre Gemeinden zusammenschließen. Von Rechts wegen müsste die Infrastruktur des Landes nicht der Administrativen Gewalt top-down, sondern von den Gemeinden nach dem Bottom-up-Prinzip bestimmt werden. In der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommerns wurde dies in § 2 (1) festgelegt:

„Die Gemeinden sind berechtigt und im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“

(<http://www.landesrecht-mv.de/jportal/portal/page/bsmvprod.phtml?nid=5&showdoccase=1&doc.id=jlr-KVMV2011pP2&st=null> ; 2016-03-29)

Damit ist das Bottom-up-Prinzip durch die Allzuständigkeit der Gemeinden zwar juristisch gesichert, kann aber aufgrund der Verwaltungs- und Finanzschwäche der meisten Gemeinden nicht umgesetzt werden. Eine der Ursachen ist die über 20-jährige Verschleppung der 1994/95 geplanten Gemeindereform durch die Administrative Gewalt (Landesadministration).

In den oberen zwei Klassen sind die gewählten Organe der Bürgerschaft oder des Gemeinderats und des Bürgermeisters einer professionellen Verwaltung vorgeordnet. Das Zusammenspiel zwischen Legislativer, Exekutiver und Administrativer entspricht der Kommunalverfassung und den Verhältnissen, wie man sie aus modernen westdeutschen Bundesländern kennt. Auch in den Klassen 3, 4 und 5 verfügen die gewählten Gremien über eine eigene Verwaltung.

Tab. 12: Klassen der Politik- und Verwaltungskompetenzen auf Gemeindeebene in Mecklenburg-Vorpommern

Klasse	Beschreibung
1. Kreisfreie Städte (2 Einheiten)	Gebietskörperschaft ab etwa 100.000 Einwohner; hochgradig professionalisierte Stadt- und Kreisverwaltung mit aktiver Wirtschaftsförderungskompetenz; Großunternehmen mit mehr als 2000 Beschäftigten und verschiedenen Tochterunternehmen (Stadtwerke, Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften usw.); Eigene Steuereinkünfte, Finanzierungs- und Entwicklungskompetenz in eigener Sparkasse. Selbständige EU-Antragskompetenz. vollständige Übernahme des kommunalen Aufgabenbestands des übertragenen Wirkungsbereiches gem. KV MV; vollständige kommunale Datensätze verfügbar. entspricht dem Leitbild „kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“ Bündelung regionaler Entscheidungskompetenz über regionale „Headquarterfunktion“ von Verbänden, Behörden und Medien. Beispiele: Rostock, Schwerin) Unzufriedenheit: NPD Landtagswahl 2011 4,1-4,4% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Fortsetzung **Tab. 12:**

Klasse	Beschreibung
2. Große kreisangehörige Stadt (4 Einheiten)	<p>Amtsfreie Gebietskörperschaft mit mindestens 40.000 Einwohner; professionalisierte Stadt- und Kreisverwaltung in zwei getrennten Behörden mit eingeschränkter Wirtschaftsförderungskompetenz; eigene Steuereinkünfte, Sparkassenbeteiligung als Entwicklungsinstrument; Großunternehmen mit über 400 Beschäftigten und verschiedenen Tochterunternehmen (Stadtwerke, Beschäftigungs- und Entwicklungsgesellschaften usw.). Mittlere EU-Antragskompetenz Seit 2012 erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung durch Kreisumlage. Nur teilweise Wahrnehmung des kommunalen Aufgabenbestands des übertragenen Wirkungskreises gem. KV MV; Regionale Entscheidungskompetenz nur partiell vorhanden, z.B. über Außenstellen; vollständige kommunale Datensätze nur bis 2011. Beispiele: Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald, Wismar - Unzufriedenheit: NPD 2011 4,6-5,3% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)</p>
3. Kleinere Kreishauptstadt (2 Einheiten)	<p>Amtsfreie Gebietskörperschaft ab etwa 15.000 Einwohner; geteilte Stadt- und Kreisverwaltung mit Wirtschaftsförderkompetenz; Professionelle Stadtverwaltung als mittleres (mehr als 300 Beschäftigte), Kreisverwaltung als regionales Großunternehmen (ca. 500 bis 800 Beschäftigte) mit verschiedenen Tochterunternehmen, regionaler Sparkasse oder Sparkassenbeteiligung. Niedrige bis mittlere EU-Antragskompetenz. Stadtverwaltung mit begrenzten, Kreisverwaltung ohne eigene Steuereinkünfte. Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage. Aufgabenwahrnehmung nur im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; Regionale Entscheidungskompetenz bei der Kreisverwaltung vor Ort; unvollständige kommunale Datensätze. Güstrow, Parchim - Unzufriedenheit: NPD 2011 4,7-5,7%</p>
4. Kleinstadt / Landstadt (15 Einheiten)	<p>Gebietskörperschaft ab etwa 10.000 Einwohner; professionelle Stadtverwaltung mit rudimentärer Wirtschaftsförderkompetenz; Stadtverwaltung als mittleres Unternehmen mit 70 bis 250 Beschäftigten. Unzureichende eigene Steuereinkünfte. In der Regel kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Unselbständige EU-Antragskompetenz. Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage bzw. Altschulden, Aufgabenwahrnehmung nur im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; i.d.R. keine regionale Entscheidungskompetenz; unvollständige kommunale Datensätze. Beispiele: Waren, Neustrelitz, Ribnitz-Damgarten, Bad Doberan Ludwigslust, Anklam, Demmin, Wolgast, Bergen, Hagenow, Boizenburg, Sassnitz Unzufriedenheit: NPD 2011 5,9-16,0% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)</p>

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Fortsetzung Tab. 12:

Klasse	Beschreibung
5. amtsfreie Land-stadt bzw. - gemeinde (17 weitere Ein- heiten)	<p>Gebietskörperschaft mit mindestens 5000 Einwohner; Gemeindeverwaltung mit 20 bis 70 Beschäftigten ohne Wirtschaftsförderungskompetenz; kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Abhängige, mittelbare EU-Antragskompetenz</p> <p>Hauptamtlicher Bürgermeister; Knappe eigene Steuereinkünfte.</p> <p>teilweise Wahrnehmung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; Seit 2012 zusätzliche finanzielle Belastung durch erhöhte Kreisumlage, Altschulden. keine regionale Entscheidungskompetenz; unvollständige kommunale Datensätze. Beispiele: Uckermünde, Marlow, Zingst, Süderholz, Zinnowitz, Heringsdorf, Binz, Strasburg, Eggesin</p> <p>Unzufriedenheit: NPD 2011 3,2-18,3% (Zweitstimmen in der Landtagswahl)</p>
6. Amt (76 Ein- heiten)	<p>keine Gebietskörperschaft; Körperschaft des öffentlichen Rechts, ohne Legislative ab etwa 6.000 Einwohner</p> <p>Amtsverwaltung mit 15 bis 40 Beschäftigten ohne Wirtschaftsförderungskompetenz; Keine eigenen Steuereinkünfte; von Amtsumlage abhängig; kein direkter Zugriff auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Abhängige, mittelbare EU-Antragskompetenz</p> <p>nach §125 KV MV existentiell von der Landesregierung abhängig hat eigene Verwaltung, vor Gericht Rechtsvertreter der amtsangehörigen Gemeinde „...hat die öffentlichen Aufgaben, die mehrere amtsangehörige Gemeinden betreffen und eine gemeinsame Abstimmung erfordern, zu beraten und auf ihre Erfüllung hinzuwirken.“ (§ 127 KV MV); unvollständige Datensätze, nur teilweise ämter-spezifisch verfügbar. Träger der Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches nach § 3 KV MV</p>
7. Amts- angehörige Landge- meinde (ca. 706 Einhei- ten)	<p>von unter 100 Einwohnern bis etwa 5000 Einwohner</p> <p>keine eigene Gemeindeverwaltung; ehrenamtlicher Bürgermeister, Ein-Personen-Unternehmen, etwa vergleichbar einer „Ich-AG“; ohne Wirtschaftsförderungs- und Rechtskompetenz;</p> <p>geringe eigene Steuereinkünfte, von denen in der Regel weit über drei Viertel als Kreis-, Amts- und Zweckverbandsumlage abgegeben werden müssen; in der Regel kein Einfluss auf Sparkassen- oder Landesförderpolitik. Keine EU-Antragskompetenz.</p> <p>rudimentäre Wahrnehmung der Aufgaben im eigenen Wirkungsbereich gem. KV MV; nur sehr unvollständige Datensätze verfügbar; kaum gemeindespezifisch gegliedert; keine regionale Entscheidungskompetenz; de facto von Ämtern und Kreisverwaltungen entmündigt. Beispiele: Peenemünde, Mölschow, Loddin, Lubmin, Hugoldsdorf Unzufriedenheit: NPD 2011 2,5-33,0% (Zweitstimmen in der Landtagswahl).</p>

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Auf der Ebene der Ämter gibt es keine direkt demokratisch legitimierten Gremien. Ähnlich wie Regierungsbezirke und Fachämter entsprechen sie somit im klassischen Sinne der administrativen Gewalt. Die Bürgermeister der Klasse 7 sind der Administration also nicht vor-, sondern ihr nachgeordnet. Einer Koalition aus Kreis- und Amtsverwaltung sind sie nahezu hilflos ausgeliefert. Sie müssen sie aber über Umlagen finanzieren – was einer zusätzlichen Schwächung gleichkommt.

So stehen in Mecklenburg-Vorpommern den überdimensionalen Landkreisen mit durchschnittlich 1.724 Einwohnern die deutschlandweit zweitschwächsten Landkreisgemeinden gegenüber. Nur in Rheinland-Pfalz sind sie mit 1.451 Einwohnern noch schwächer. Allerdings ist davon auszugehen, dass aufgrund des höheren Gewerbebesatzes und des Reichtums der Bevölkerung die Landkreisgemeinden in Rheinland-Pfalz finanziell weit besser als in Mecklenburg-Vorpommern gestellt sind. Der deutsche Durchschnitt liegt bei 5.024 Einwohnern je Landkreisgemeinde. Nur in Nordrhein-Westfalen, Hessen und im Saarland ergeben sich Durchschnittsgrößen, die ein ausreichendes Mindestvolumen zu Erfüllung der kommunalen Aufgaben sichern.

41,97% der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern wohnen in Gemeinden unter 5.000 Einwohnern. Die meisten dieser 706 Gemeinden haben keine eigene Verwaltung und können die Aufgaben der Kommunalverfassung nicht eigenständig erfüllen. In der Regel werden sie von einem ehrenamtlichen Bürgermeister geführt. Eigentlich müsste er für seine Gemeinde Ähnliches leisten wie die 2.300-köpfige Stadtverwaltung von Rostock für ihre Stadt. Ämter sollen die kleinen Gemeinden in der Verwaltung unterstützen. Sie können das jedoch nur teilweise, weil sie keine Gebietskörperschaften sind und keine gewählte Legislative haben. Außerdem sind sie nach § 125 der Kommunalverfassung existentiell vom Land, und nicht von den Gemeinden abhängig. Real üben sie über die Gemeinden ein Informations-, Organisations- und häufig auch ein Finanzierungsmonopol aus. Viele Fragen können die Ämter nicht eigenständig entscheiden, sondern sind auf die Unterstützung der Kreise angewiesen. Während in den beiden Stadtkreisen alle kommunalen Dienstleistungen aus einer Hand bereitgestellt werden, ist in ländlichen Räumen der kommunale Aufgabenkomplex mindestens dreigeteilt, und zwar auf

- die Ämter,
- die amtsangehörigen Gemeinden und
- die Kreisverwaltungen.

Für viele Aufgabenbereiche gibt es außerdem Zweckverbände, sowie private Planungs- und Projektbüros. Es entstehen also erheblich größere Koordinierungslasten als in den kreisfreien Städten. Da die Ämter und Kreise kaum eigene Einkünfte haben, sind sie bei der Grundfinanzierung auf Umlagen der Gemeinden angewiesen. Diese wiederum werden durch die Umlagen, zu denen auch noch Zweckverbandsumlagen kommen, derart geschwächt, dass für freiwillige Aufgaben keine Spielräume mehr bleiben. Das führt zu der so genannten „Nein“-Demokratie: Die gewählten ehrenamtlichen Bürgermeister und Gemeinderäte müssen auch gute und sinnvolle Vorschläge und Projekte aus der Bevölkerung meist ablehnen, weil ihnen die finanziellen und organisatorischen Mittel zur Umsetzung fehlen. Das wiederum führte in den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts zu selektiven Abwanderungsprozessen (vgl. Abb. 33, 34), nach denen in einigen Gebieten vor allem niedrig qualifizierte Bevölkerungsgruppen zurückblieben, die oft genug demokratiefeindlich wählen.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

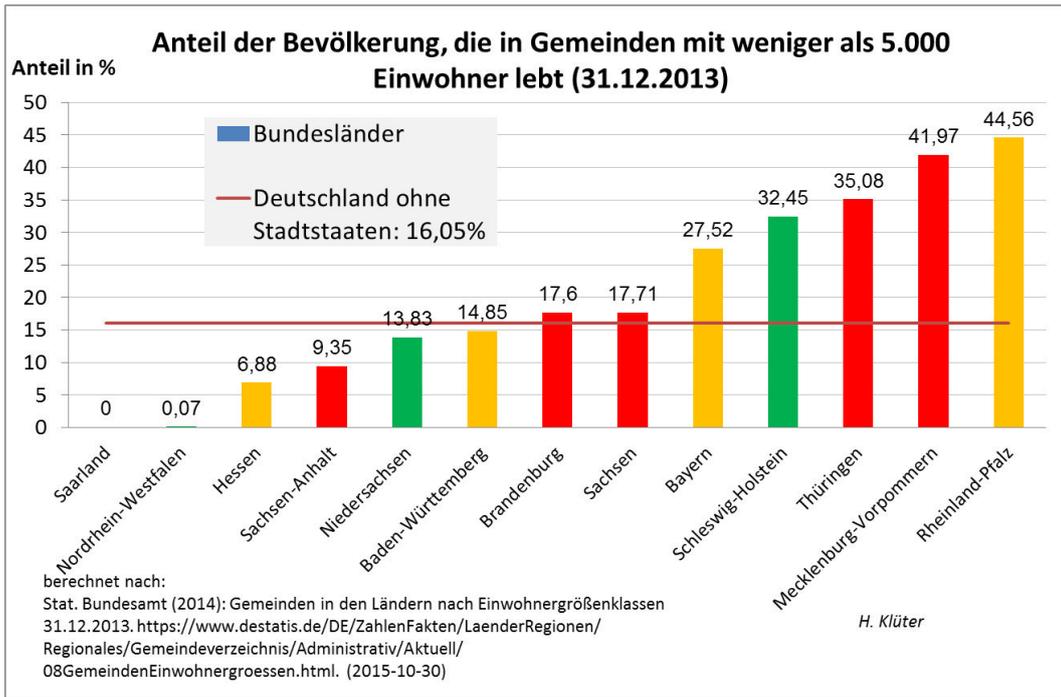


Abb. 13: Anteil der Bevölkerung, die in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohner lebt

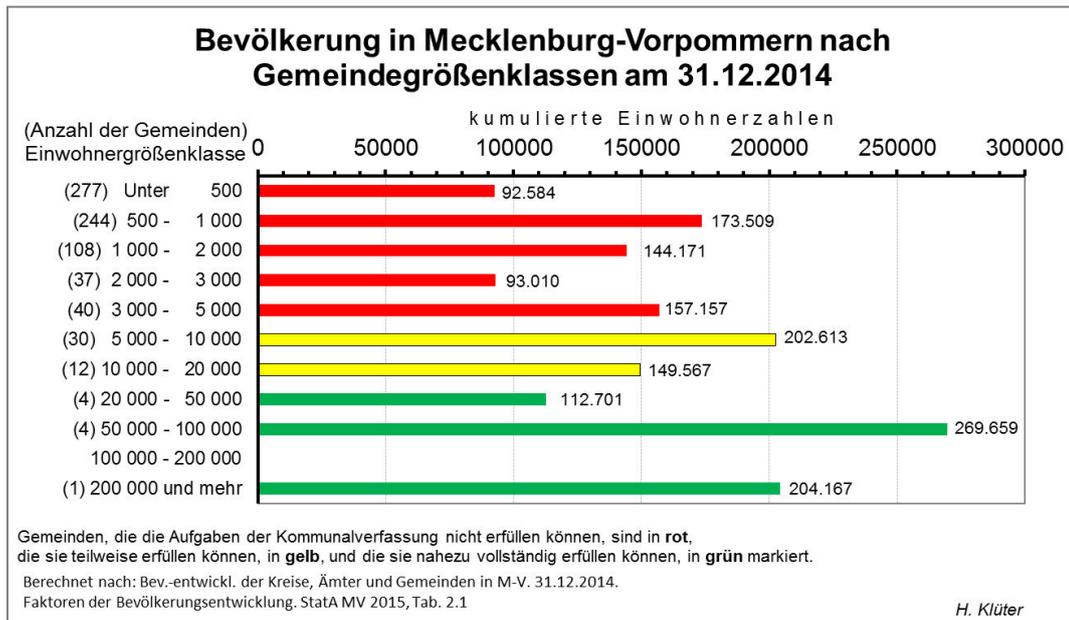


Abb. 14: Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen

Diese „Nein-Demokratie“ ist für die Akteure sehr unbefriedigend und für die Bevölkerung desillusionierend. Sie untergräbt ungewollt das positive Image der Demokratie und schafft gezwungenermaßen den Boden für antidemokratische Bewegungen. Je geringer die Kompetenz der Gemeinden, desto höher ist der Wählergewinn für Rechtsextreme.

Nur 22% der Bevölkerung wohnen in 42 Gemeinden mit 5 bis 20 Tausend Einwohnern, die die Aufgaben der Kommunalverfassung teilweise eigenständig erfüllen können. 36,7% wohnen in 9 Städten mit

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

über 50 Tausend. Einwohnern, die jene Aufgaben nahezu vollständig erfüllen können. Die von der Europäischen Union favorisierte vollständige Erfüllung der Aufgaben der Kommunalverfassung („Kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“) kann in Mecklenburg-Vorpommern nur von Rostock und Schwerin geleistet werden.

Vor der Kreisgebietsreform 2011 gab es mit Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar vier weitere Gemeinden dieser Art. In Schweden, Dänemark und Nordrhein-Westfalen können fast alle Gemeinden die Aufgaben der dortigen Kommunalverfassung eigenständig erfüllen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufgabenkatalog in Skandinavien viel größer als in Deutschland ist.

Die Kreisgebietsreform hat als Selbstbeschäftigungsprogramm für die administrative Gewalt für Arbeit gesorgt. Sie hat aber auch zur Folge, dass sich die nahezu handlungsunfähigen Großkreise kaum um Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung kümmern können. Besonders betroffen ist der Osten des Landes. Dort mussten im Falle der Mecklenburgischen Seenplatte vier Kreisverwaltungen zusammengeführt werden: Neubrandenburg, Mecklenburg-Strelitz, Demmin und Waren. In den beiden vorpommerschen Kreisen waren es jeweils drei:

- in Vorpommern-Rügen: Stralsund, Nordvorpommern und Rügen;
- in Vorpommern-Greifswald: Greifswald, Ostvorpommern und Uecker-Randow.

Besonders stark ist die kommunale Handlungsfähigkeit in Vorpommern-Greifswald beschränkt:

„Kämmerin Ilka Heise verwies darauf, dass fast 90 Prozent der Gemeinden im Kreis defizitäre Haushalte vorlegen würden. Aus diesem Grund schlug sie vor, die Kreisumlage – also den Anteil den die Kommunen jedes Jahr ans Landratsamt zu überweisen haben – nicht angehoben werden soll. Derzeit liegt der Satz bei 47 Prozent. Heise stellte trotzdem noch ein Gedankenspiel an: Eigentlich würden 106 Prozent nötig sein, um den Kreis auskömmlich zu finanzieren.“

(Lachmann 2016, S. 9)

Weitaus geringere zusätzliche Organisationslasten entstanden im Westen des Landes. Dort wurden im Falle von Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim und Landkreis Rostock jeweils nur zwei Verwaltungen zwangsvereinigt:

- Nordwestmecklenburg: Wismar, Altkreis Nordwestmecklenburg,
- Ludwigslust-Parchim: Ludwigslust und Parchim,
- Landkreis Rostock: Bad Doberan und Güstrow.

Die Stadtkreise Rostock und Schwerin gingen unbeschadet aus der Reform hervor und konnten ihre Rolle als Wirtschaftslokomotiven des westlichen Landesteils ohne Organisationsverluste weiterhin wahrnehmen.

Durch die Kreisgebietsreform wurden auch die politischen West-Ost-Proportionen verändert. Vor der Reform besetzte der Osten des Landes mit 10 Landrats- und Oberbürgermeisterpositionen, der Westen 8. Seit 2011 hat der Westen 5, der Osten nur noch drei dieser Positionen.

„Zusammenfassend ist festzustellen, dass die angestrebten Ziele der Reform nicht annähernd erreicht wurden, die kommunale Selbstverwaltung durch die Reform geschwächt wurde, die Reform zu mehr Zentralismus, zu mehr Bürokratie und zu weniger Bürgernähe führte und vor allem, dass sich aus der Reform negative Folgen für die Entwicklung der Region ergeben werden.“

(Krüger 2015, S. 9)

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Unter diesen Aspekten bleibt festzuhalten, dass in Mecklenburg-Vorpommern weder die Gemeinde- noch die Kreisebene richtig funktioniert. Von der Schwäche der archaischen kommunalen Strukturen profitieren

- die Landesverwaltung, die sich aufgrund ihrer relativen organisatorischen und finanziellen Stärke weitgehend ungehindert in fast alle kommunalen Belange einmischen kann,
- und die großen landwirtschaftlichen Betriebe. Sie sind ökonomisch so mächtig, dass sie die zu kleinen Gemeinden gegeneinander ausspielen und im Falle einer juristischen Auseinandersetzung allein über anfallende Gerichtsgebühren aufgrund sehr hoch angesetzter Streitwerte und Drohungen mit noch höheren Entschädigungsforderungen ruinieren können.

Seit der Kreisgebietsreform 2011 gilt das auch für einige finanziell angeschlagene Großkreise – vor allem im Osten von Mecklenburg-Vorpommern. Juristische Auseinandersetzungen zwischen kommunalen Behörden und landwirtschaftlichen Großbetrieben sind entsprechend selten. Einige Großbetriebe sind in Holdings derart verflochten, dass sie vor Ort kaum Steuern zahlen. Zum einen ist das dadurch begründet, dass irgendwo im Verbund irgendetwas investiert wird, das vor Ort genutzt wird, um dort die Steuerlast zu mindern. Zum anderen betreiben einige sehr große Unternehmen ihre Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern als Filialen von Unternehmen, die ihren Sitz außerhalb des Landes haben, so dass sie in Mecklenburg-Vorpommern nicht steuerpflichtig sind.

Die Funktionsschwächen auf der kommunalen Ebene in Mecklenburg-Vorpommern eröffnen für landwirtschaftliche Großbetriebe eine Reihe von faktischen Privilegien, die in Deutschland einmalig sind, und die die oben genannten Tendenzen zur resignierenden „Nein“-Demokratie verstärken.

Die Frage, ob die Landesregierung den Einfluss der Großbetriebe beschränken kann, soll mit den Finanzkapazitäten angenähert werden. Mit 7,2 Mrd. Euro erreicht der Landeshaushalt etwa ein Drittel von dem, was einem deutschen Bundesland im Durchschnitt zur Verfügung steht.

Auch die anderen ostdeutschen Bundesländer mit Ausnahme Berlins und Sachsens können sich auf Grund ihrer zu kleinen Haushalte nur Landesverwaltungen leisten, die im Vergleich zu Westdeutschland unvollständig sind.

Was das im Einzelnen bedeutet, wird klarer, wenn man die Budgets auf die Fläche umrechnet:

- In Mecklenburg-Vorpommern stehen mit 312.000 € nur ein Drittel des durchschnittlichen Bundeslandbudgets pro km² zur Verfügung,
- In Sachsen ist dieser Indikator bereits dreimal höher als im Nordosten,
- in Baden-Württemberg sogar viermal.

Es stellt sich die Frage, wie ein Flächenland mit einem derart kleinen Budget auskommt. Seit seiner Gründung steht Mecklenburg-Vorpommern unter einem strukturellen Sparzwang, dessen Härte die Zwänge in anderen Bundesländern weit übertrifft.

Aus wirtschaftlicher Sicht war das Land von Anfang an ein Übernahmekandidat, eine Lösung, die im Rundfunkwesen mit dem NDR, bei den Arbeitsagenturen (Agentur Nord), bei den Kirchen (Nordkirche) und anderen Organisationen umgesetzt wurde.

Eine andere Möglichkeit war und ist die räumliche Zentralisierung der Verwaltung (vgl. Kap. 4). Bereits in der Gründungsphase wurde darauf verzichtet, Regierungsbezirke einzurichten. Damit wurde eine eigenständige, von politischen Wahlen unabhängige Controlling- und Monitoring-Ebene gar

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

nicht erst installiert. Nach der Wiedervereinigung 1990 erhielten nur die seinerzeit 6 kreisfreien Städte die Chance, sich politisch und wirtschaftlich zu konsolidieren. Die 31 Landkreise wurden bereits 1994 zu 12 übergroßen Einheiten zusammengefasst. Um sie überhaupt regierbar zu gestalten, wurde 2005 eine Ämterreform durchgeführt. 2011 folgte bereits die nächste Reform, in der die Zahl der Stadtkreise von 6 auf 2 sowie die Zahl der Landkreise von 12 auf 6 reduziert wurde. Während die Bevölkerung des Landes in den letzten 25 Jahren um 19 % abnahm, wurde die Zahl der Kreise um 78 % reduziert. Von 1991 bis 2014 ging die Zahl der allgemeinbildenden Schulen von 971 auf 567 zurück, also um 41%.

Einige Behörden des Landes sind bis zur Funktionsunfähigkeit geschwächt. Die der Kreise mussten sich nach der Reform von 2011 neu konsolidieren. Die Kontrolldichte für den Agrarbereich ist ausgedünnt. Daraus ergeben sich weitere Privilegien für die agrarischen Großbetriebe: Während in den meisten westlichen Bundesländern mit überraschenden, oft unbequemen Kontrollen gerechnet werden muss, kann diese Frage in Ostdeutschland, besonders in Mecklenburg-Vorpommern, ruhiger angegangen werden.

Die Stärke der einzelnen Länderhaushalte korreliert hochgradig mit dem Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes.

3.3 WIRTSCHAFTS- UND SOZIALGEOGRAPHISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

3.3.1. Bruttoinlandsprodukt

Die Wirtschaft eines durchschnittlichen Bundeslandes kam 2015 auf ein Bruttoinlandsprodukt von 189,1 Mrd. €. Allerdings wird diese Größe von keinem Bundesland repräsentiert. Am nächsten kommen ihr Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Ersteres liegt bereits ein Drittel über dem Durchschnitt, letzteres ein knappes Drittel darunter.

In Deutschland sind fünf Bundesländer so wirtschaftsstark, dass sie die Schwäche der 11 übrigen kompensieren. Mecklenburg-Vorpommern wird in seiner Wirtschaftsleistung nicht nur von 11 Flächenländern und zwei Stadtstaaten, sondern auch von 6 weiteren Städten übertroffen: München, Köln, Frankfurt/Main, Düsseldorf, Stuttgart und von der Region Hannover. Hamburg ist bei ähnlicher Bevölkerungszahl wirtschaftlich mehr als doppelt so stark wie Mecklenburg-Vorpommern.

Innerhalb Ostdeutschlands ist Berlin seit 2006 das stärkste Bundesland. Gemeinsam mit dem etwas schwächeren Sachsen bildet es die Gruppe der Bundesländer mit 100 Mrd. € Bruttoinlandsprodukt, zu der in Westdeutschland noch Hamburg und Rheinland-Pfalz zählen.

Mit Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen folgt eine Gruppe, die mit 50 bis 65 Mrd. € Bruttoinlandsprodukt etwa ein Drittel des deutschen Durchschnittswerts erreicht. Andererseits sind diese Bundesländer um 40 (Thüringen) bis 60 % (Brandenburg) wirtschaftsstärker als Mecklenburg-Vorpommern.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

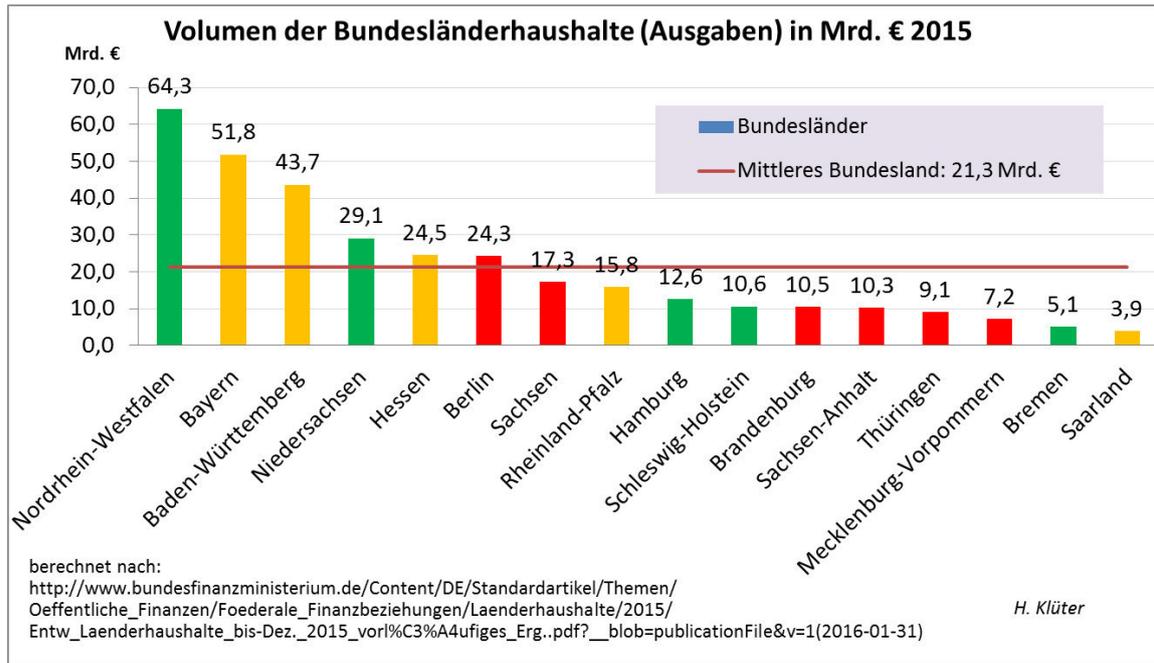


Abb. 15: Volumen der Bundesländerhaushalte

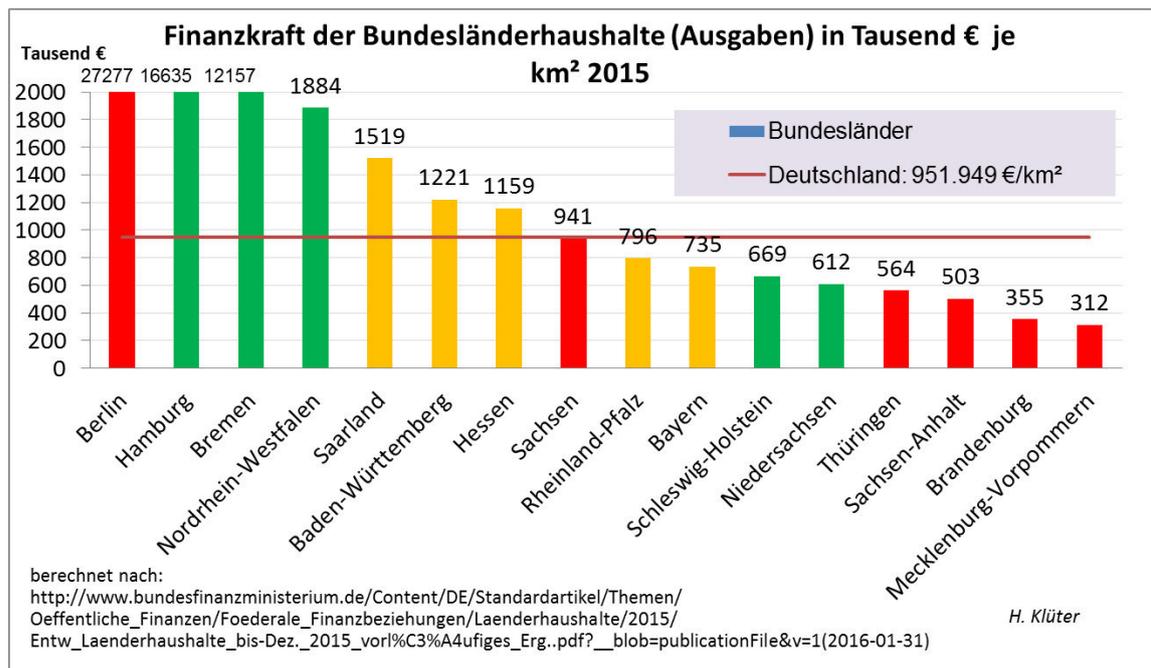


Abb. 16: Finanzkraft der Bundesländerhaushalte 2015

Die Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ist von 2000 bis 2015 nominal um 36,9 % gewachsen. Seit 2006 wuchs sie sogar schneller als die des westlichen Nachbarlandes Schleswig-Holstein. Die südlichen Nachbarländer sind mit Ausnahme Sachsen-Anhalts wachstumsstärker als Mecklenburg-Vorpommern. Seit 2010 ist auch Berlin wachstumsstärker und in Ostdeutschland nach Sachsen und Brandenburg an dritter Stelle. (vgl. Abb. 19).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Stärkster Wirtschaftsbereich sind in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Abstand die Öffentlichen und sonstigen Dienstleistungen, sowie Erziehung und Gesundheit vor Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen.

An dritter Stelle rangieren Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation. Dieser Bereich stagniert seit 2009. Die Industrie (verarbeitendes Gewerbe) erlebte von 2007 bis 2009 einen Niedergang. Danach folgte ein Aufschwung, der 2014 erstmals die 4 Mrd. Eurogrenze überschritt.

Bergbau, Energie- und Wasserversorgung erleben seit 2007 ebenfalls einen Aufschwung. Das Baugewerbe schwächelt bei einer Bruttowertschöpfung von 2 Mrd. Euro.

Schwächste Wirtschaftsgruppe sind in Mecklenburg-Vorpommern mit großem Abstand Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, deren Bruttowertschöpfung 2014 1,083 Mrd. € Bruttowertschöpfung betrug.

Auch nach Wachstumsraten 2000 bis 2014 ist die Landwirtschaft der schwächste Wirtschaftszweig. Das stärkste Wachstum wies im betrachteten Zeitraum die Industrie auf. Trotz des starken Einbruchs 2007 bis 2009 konnte sie das Wachstum des Bereichs Finanz-, Versicherungs-, Unternehmensdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen übertreffen. Die öffentlichen Dienstleistungen, Erziehung und Gesundheit zeichnen sich durch ein sehr stetiges Wachstum aus. Bergbau, Energie- und Wasserversorgung mussten bis 2005 Wertschöpfungsverluste hinnehmen. Danach sorgten die erneuerbaren Energien für einen starken Aufschwung. Auch das Baugewerbe musste bis 2005 starke Verluste hinnehmen. Seitdem gibt es ein verhaltenes Wachstum.

Bis 2013 liegen auch Kreisdaten zum Bruttoinlandsprodukt vor. 2010 verlor der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte seine landesweite Führungsposition an die Hansestadt Rostock. Mit großem Abstand folgt auf die beiden führenden eine Gruppe von vier Landkreisen: die beiden Vorpommerschen Kreise sowie Rostock und Ludwigslust-Parchim. Die Schlussgruppe bilden Schwerin und Nordwestmecklenburg.

Betrachtet man nur die Industrie, dann war 2013 Ludwigslust-Parchim der stärkste Landkreis. 2008 überholte er die Mecklenburgische Seenplatte und Nordwestmecklenburg. Nordwestmecklenburg lag 2013 noch knapp vor der Stadt Rostock. Der Landkreis Rostock nimmt als einziger eine mittlere Position ein. Besonders industrieschwach sind die beiden vorpommerschen Kreise und die Stadt Schwerin. Der Niedergang des Hegemann-Konzerns, der die Werften in Stralsund und Wolgast, sowie Teile der Bauwirtschaft in Neubrandenburg aufgeben musste, hat dem Osten des Landes starke Einbrüche verursacht.

Heute ist die Industrie von Rostock stärker als die der gesamten Mecklenburgischen Seenplatte. 2013 fiel die industrielle Wertschöpfung des Landkreises Vorpommern-Rügen mit 177 Millionen € hinter der von Schwerin (182 Millionen €) zurück. Das Gesamtwachstum der Kreise im westlichen Landesteil wurde durch die Probleme in der Industrie nur wenig beeinträchtigt.

Das Bruttoinlandsprodukt des Landkreises Nordwestmecklenburg und der Stadt Rostock wuchs von 2000 bis 2013 um 36 % - und damit stärker als das BIP der in vielen Rankings hochgelobten Stadt München (vgl. Abb. 24). Auch Ludwigslust-Parchim (+31 %) und die Stadt Schwerin (+27 %) übertrafen das mittlere Landeswachstum von 26,6 %. Einziger der Landkreis Rostock wies im Westen ein unterdurchschnittliches Wachstum auf.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

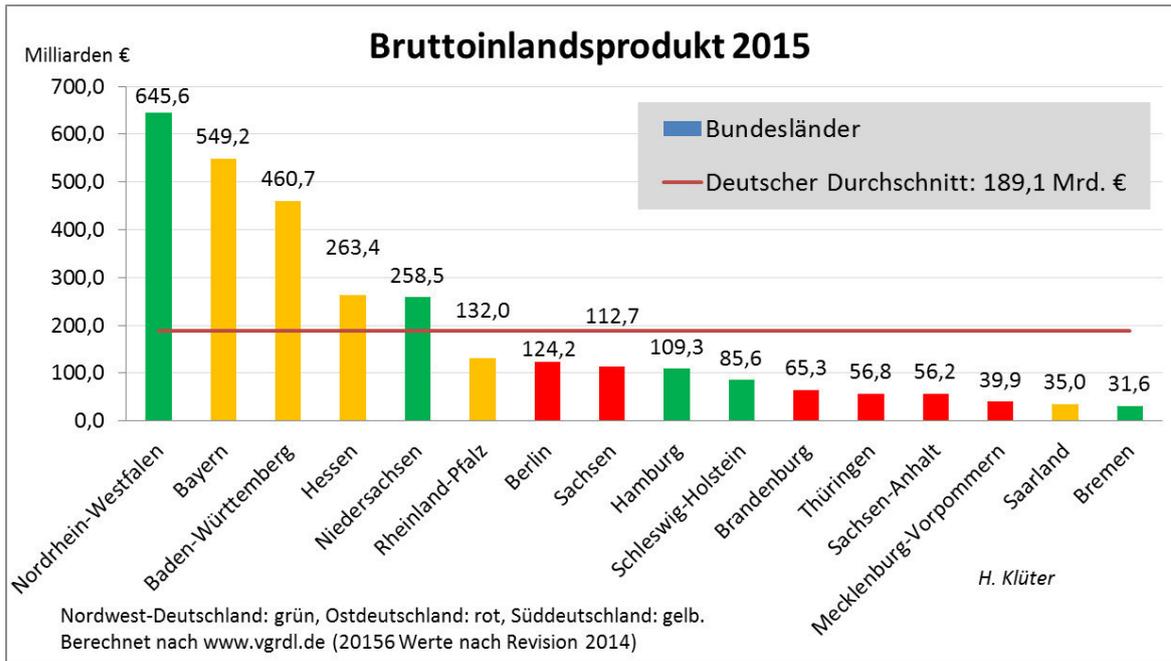


Abb. 17: Bruttoinlandsprodukt 2015

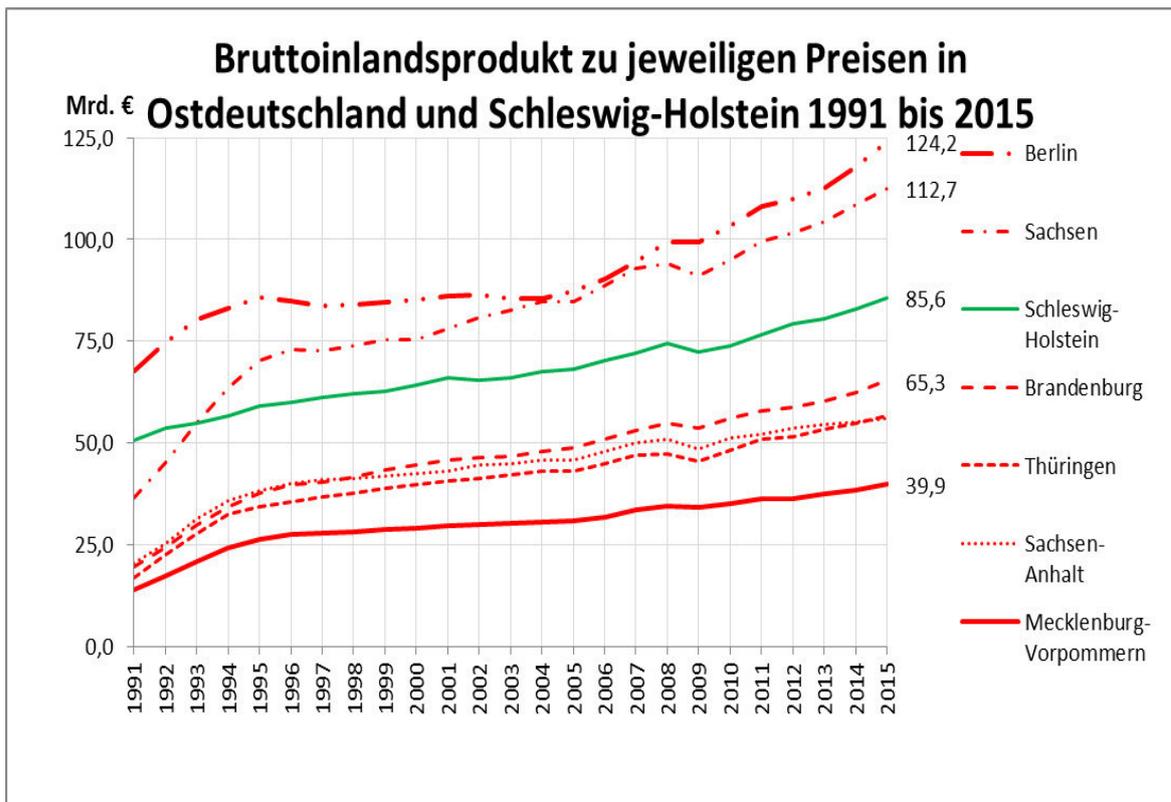


Abb. 18: Bruttoinlandsprodukt zu jeweiligen Preisen in Ostdeutschland und Schleswig-Holstein 1991 bis 2015

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

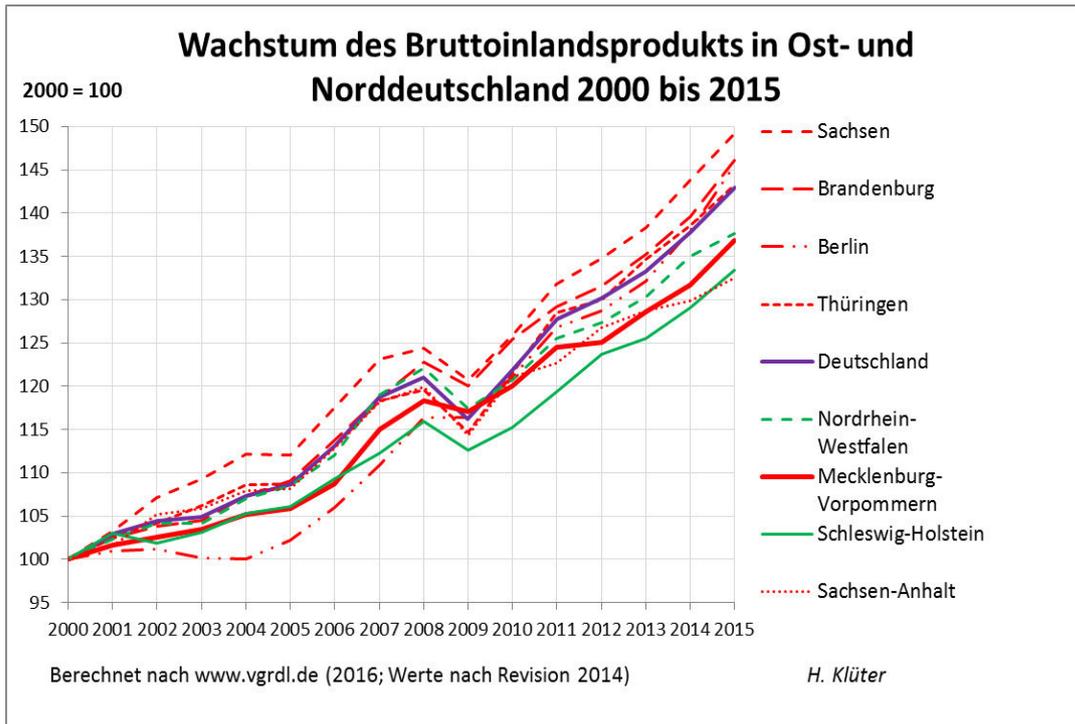


Abb. 19: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ost- und Norddeutschland 2000 bis 2015

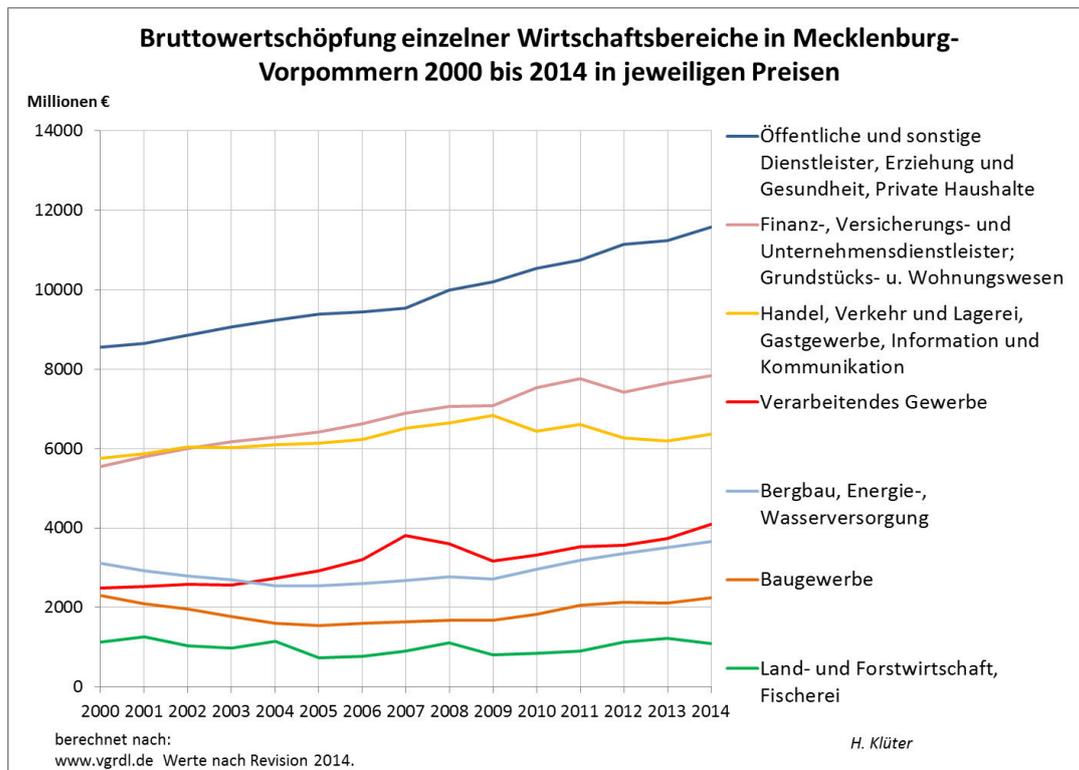


Abb. 20: Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014 in jeweiligen Preisen

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

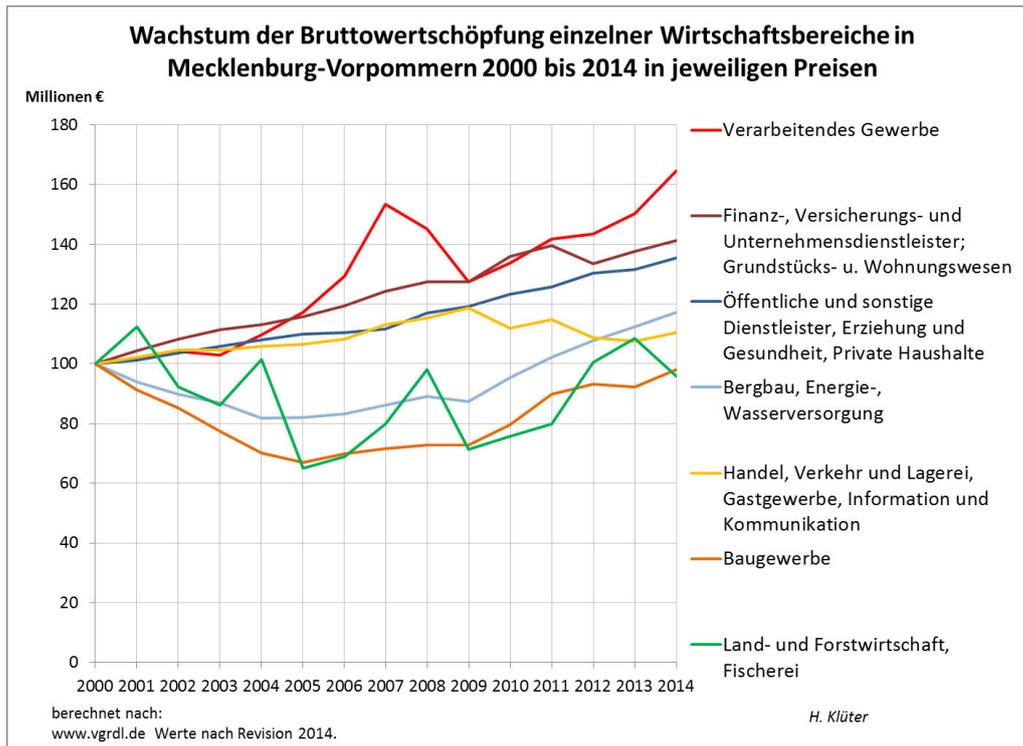


Abb. 21: Wachstum der Bruttowertschöpfung einzelner Wirtschaftsbereiche in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014 in jeweiligen Preisen

Der Osten des Landes kam demgegenüber auf ein unterdurchschnittliches Wachstum von nur 21 %. Dabei zeigte sich, dass Vorpommern-Rügen bis 2011 (Schließung der Volkswerft, Kreisgebietsreform) ein höheres Wachstum als der Westteil des Landes hatte. Seitdem gab es dort einen Rückgang auf 25%. Vorpommern-Greifswald erlebte mit der Kreisgebietsreform ebenfalls Einbußen. Kreise und Gemeinden wurden und werden bei ihren Investitionen durch neue reformbedingte innerbürokratische Reibungsverluste und die Altschuldenproblematik gehemmt. Das schwächste Wachstum weist mit nur 17 % die Mecklenburgische Seenplatte auf (Abb. 25).

Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt auf die Einwohnerzahl 2014, dann nimmt Mecklenburg-Vorpommern den letzten Rang nach Brandenburg und Sachsen-Anhalt ein. Mit 24.909 € werden nur 67,2 % des gesamtdeutschen Durchschnitts erreicht.

Demgegenüber liegen die süddeutschen Bundesländer Bayern, Hessen und Baden-Württemberg weit über dem Durchschnitt. Die Stadtstaaten besetzen eine Sonderrolle, da sie mit ihrem hochwertigen Dienstleistungssektor überregionale Leistungen erbringen, die in der Länderstatistik den Städten zugerechnet werden. Außerdem weisen alle drei positive Pendlersalden auf. Die von den Pendlern geschaffenen Werte werden den Stadtstaaten zugeschlagen. Als Einwohner zählen sie jedoch nur in ihren Herkunftsländern, denen dann genau diese Leistungen fehlen.

Für das niedrige Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern gibt es mehrere Ursachen:

- Negativer Pendlersaldo: Die Wirtschaftsleistung der Auspendler nach Berlin, Hamburg und in andere Bundesländer wird den dortigen Regionen zugerechnet.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

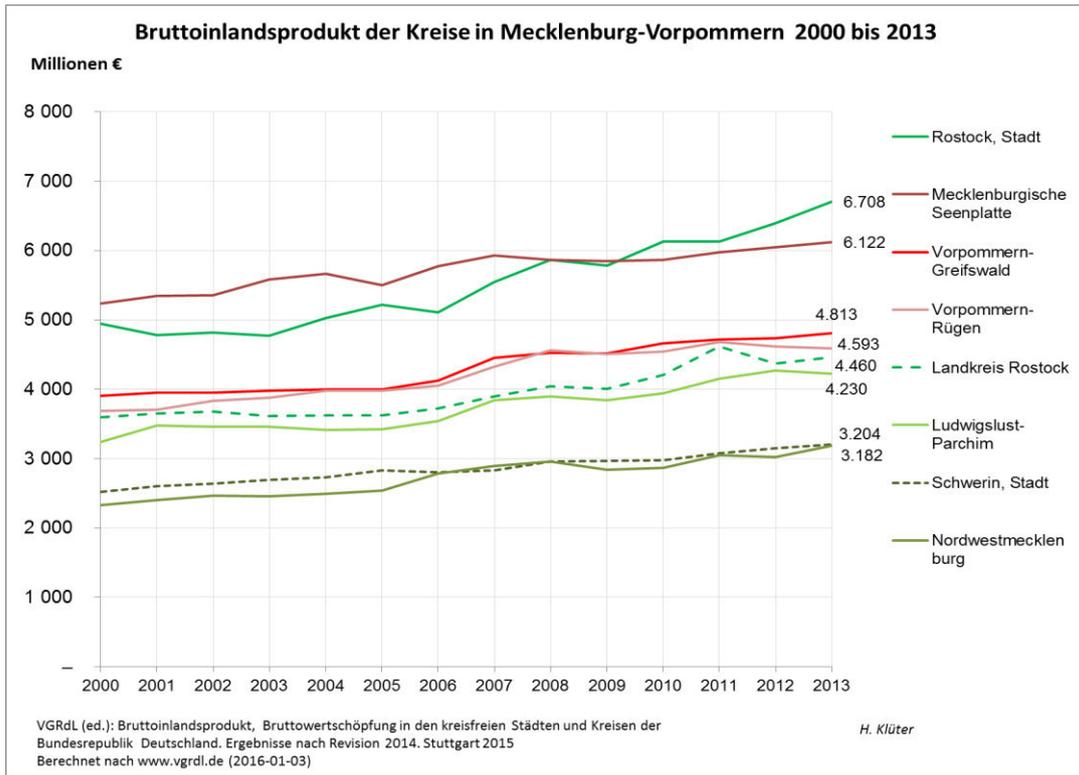


Abb. 22: Bruttoinlandsprodukt der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2013

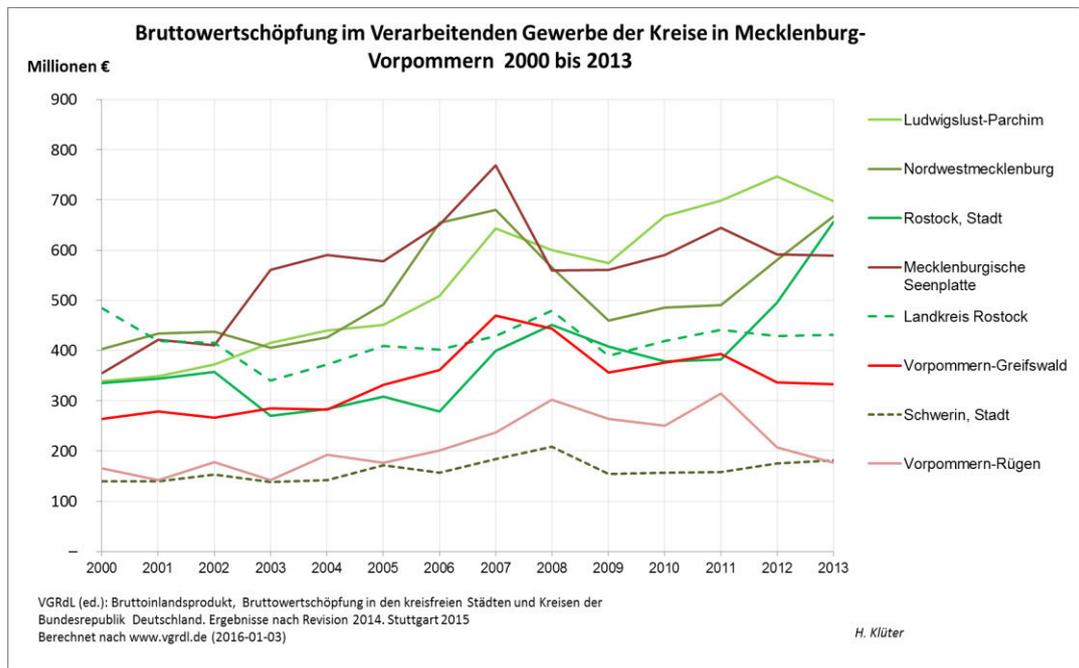


Abb. 23: Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2013

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

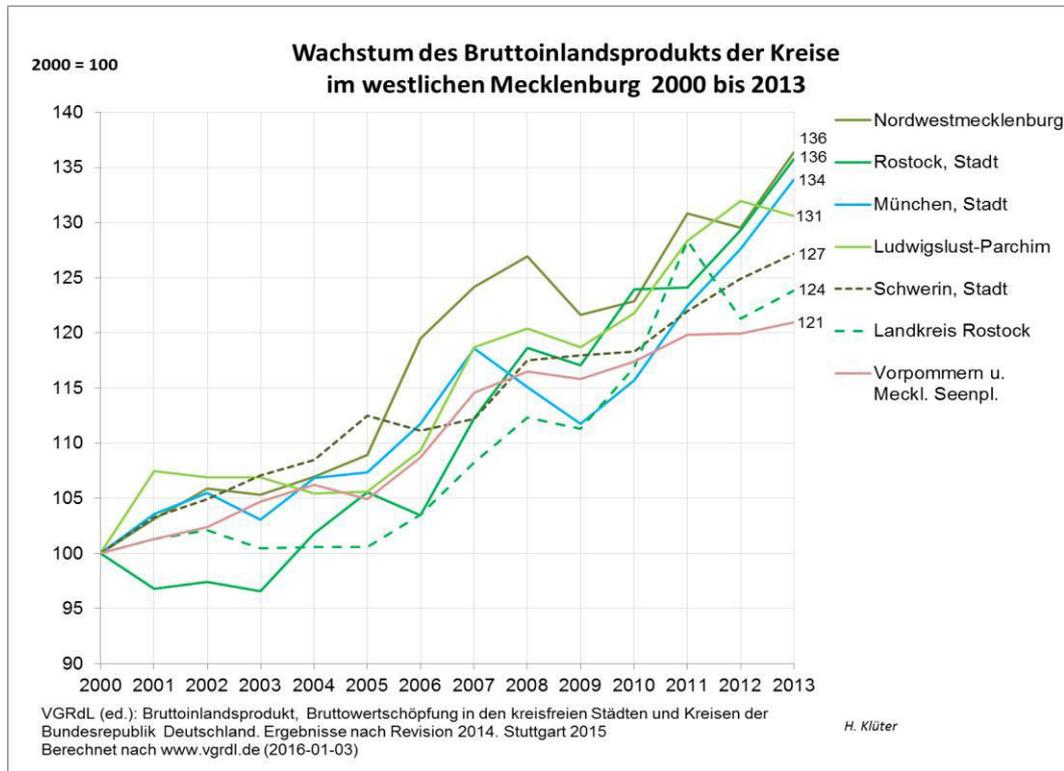


Abb. 24: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Kreise im westlichen Mecklenburg 2000 bis 2013

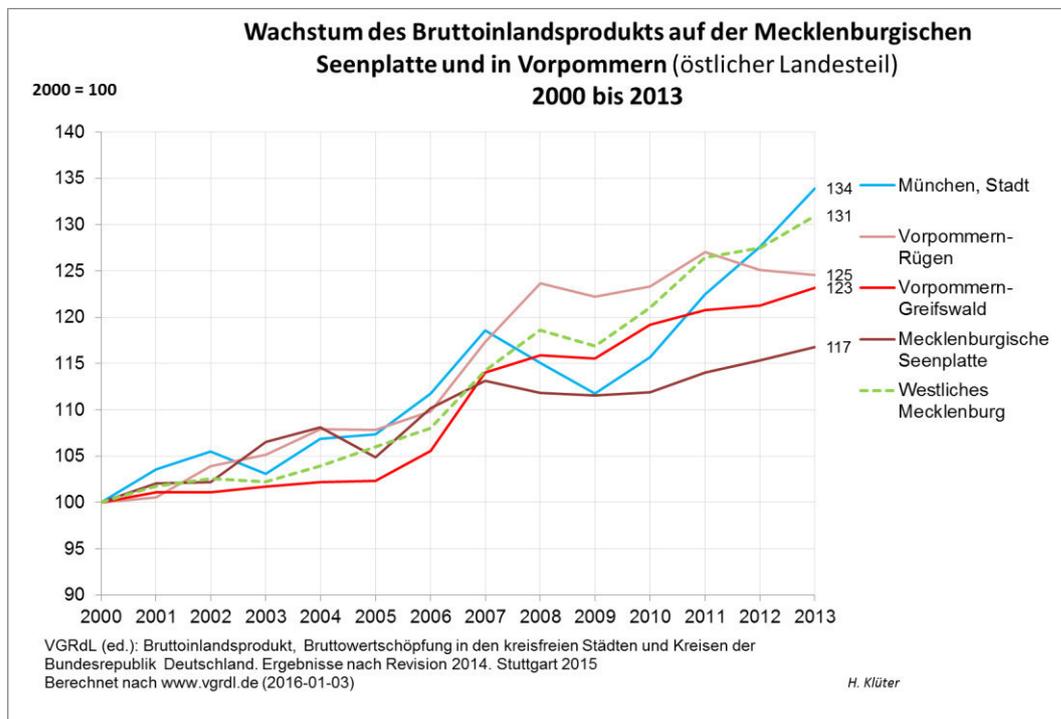


Abb. 25: Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf der Mecklenburgischen Seenplatte und in Vorpommern 2000 bis 2013

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

- Nichtsdestoweniger zählen die Auspendler als Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns. Sie erhöhen also den Quotienten, durch den das sowieso niedrige Bruttoinlandsprodukt dividiert wird.
- In den verstädterten Bundesländern ist das Leben weit stärker monetarisiert als in Mecklenburg-Vorpommern. Für Immobilien und Mieten wird im Nordosten viel weniger als im deutschen Durchschnitt gezahlt. All das mindert das Bruttoinlandsprodukt.
- Die besondere Stärke des Landes liegt in drei Niedriglohnbranchen: Tourismus, Landwirtschaft und Nahrungs-/Futtermittelindustrie.
- Nach wie vor ist die Wirtschaft des Landes durch unzureichende Kapitalbildung gekennzeichnet.

3.3.2 Unzureichende Kapitalbildung

Die Tatsache, dass die ostdeutschen Flächenländer in Abb. 26 einen geschlossenen Block bilden, lässt vermuten, dass hier makroregionale Spezifika eine Rolle spielen.

In Mecklenburg-Vorpommern hatten 2009 nur 8,8 % der Steuerpflichtigen Einkünfte aus Kapitalvermögen. Das war der niedrigste Wert unter den deutschen Bundesländern. Die höchsten Werte wurden in Bayern mit 20,8 % und in Hamburg mit 18,5 % erreicht.

Betrachtet man die Vergabe (ohne Vergabeinstitute mit überregionalen Aufgaben ohne Filialnetz) von Krediten an Nichtbanken, wird dies deutlicher. In Westdeutschland liegt die Kreditvergabe je Einwohner höher oder knapp unter dem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner. In Hessen und Hamburg ist die Kreditvergabe nahezu doppelt so hoch. Auch in Berlin und Schleswig-Holstein ist das Kreditvolumen höher als das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner.

In den ostdeutschen Flächenländern sind diese Verhältnisse umgekehrt. Das Bruttoinlandsprodukt ist fast überall doppelt so hoch wie das Kreditvolumen je Einwohner. Die Kreditschwäche Ostdeutschlands hat mehrere Gründe. Noch vor der Wiedervereinigung gelang es westdeutschen Großbanken, die ostdeutschen Banken einschließlich der Staatsbank vollständig zu filialisieren. Eine ostdeutsche Großbank kam nicht zustande. Der Zugang zu Industriekrediten ist entsprechend erschwert.

Nicht nur der Kreditzugang war und ist im Osten komplizierter, auch die Kapital- und Vermögensbildung verlief schleppend.

Während 2014 das Erbschaftssteueraufkommen in Deutschland bei 67,51 € pro Einwohner lag, stagniert es in den ostdeutschen Flächenländern seit 2000 bei Werten unter 10 €. In Mecklenburg-Vorpommern betrug es 2015 6,92 €.

In Verbindung mit der anhaltenden Kreditschwäche ist zu vermuten, dass es trotz Aufbau Ost und anderer Hilfen immer noch zu Nettokapitalabflüssen aus Ostdeutschland kommt. Die West-Ost-Zuflüsse, die durch den Staat, durch die Renten- und Arbeitslosenversicherung gespeist werden, fallen geringer aus als die kumulierten Abflüsse durch den hochgradig filialisierten Einzelhandel, durch den ebenso stark filialisierten Autohandel und die Filialisierung in einigen Industriebranchen. Die Kapitalschwäche gehört auch zu den limitierenden Rahmenbedingungen in der ostdeutschen Landwirtschaft.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

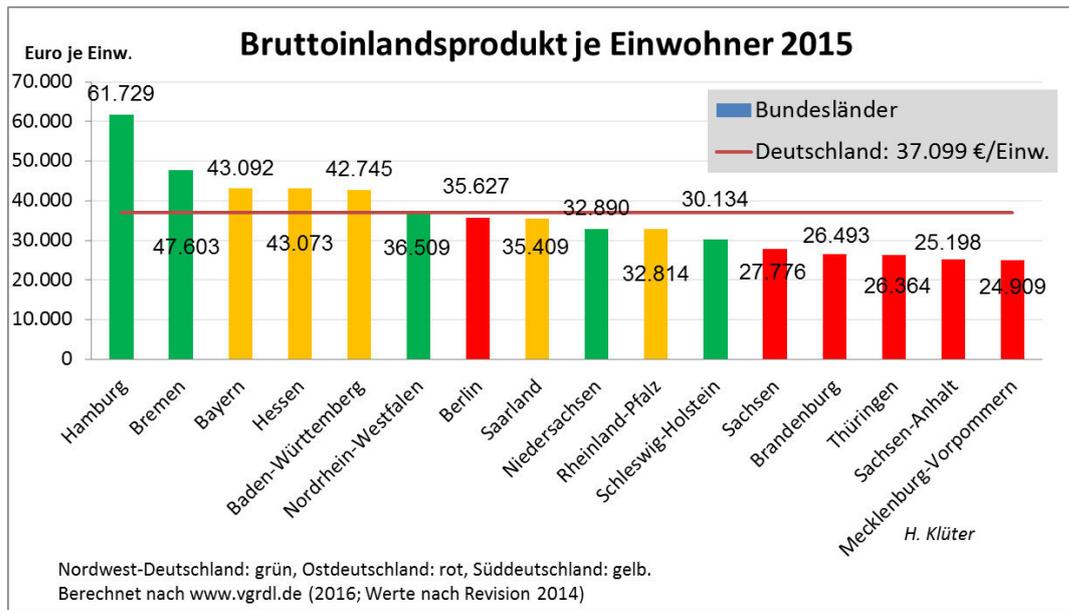
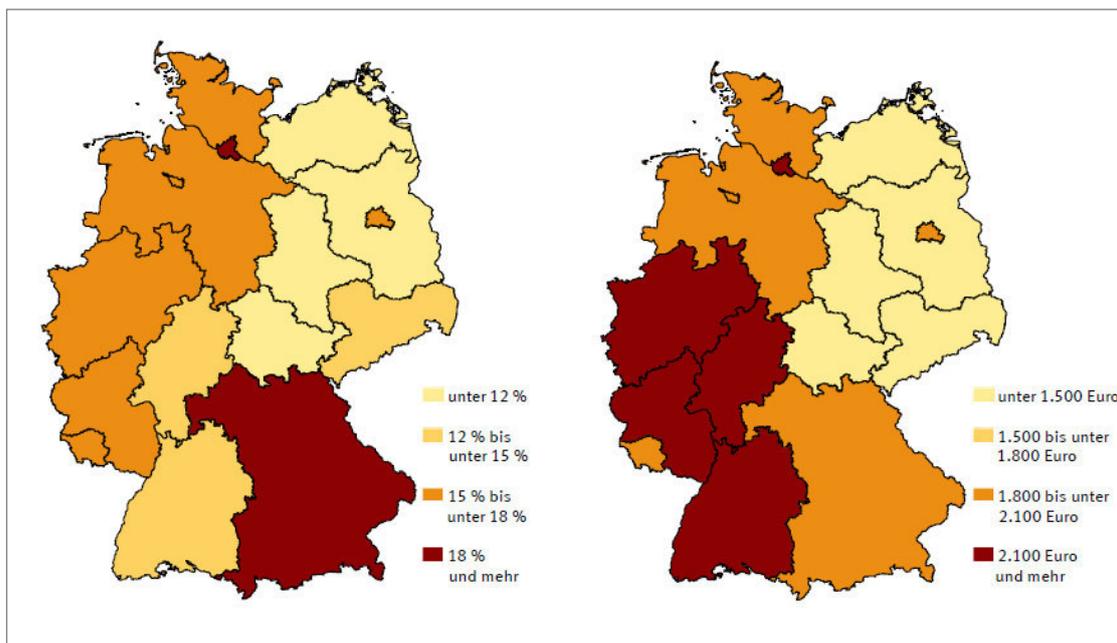


Abb. 26: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2015



Karte 17: Anteil der Steuerpflichtigen mit Kapitaleinkünften an allen Steuerpflichtigen (links) und Median der Kapitaleinkünfte (rechts) nach Bundesländern

Aus: Stat. Bundesamt (2013): *Finanzen und Steuern. Jährliche Einkommenssteuerstatistik*. S. 24

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

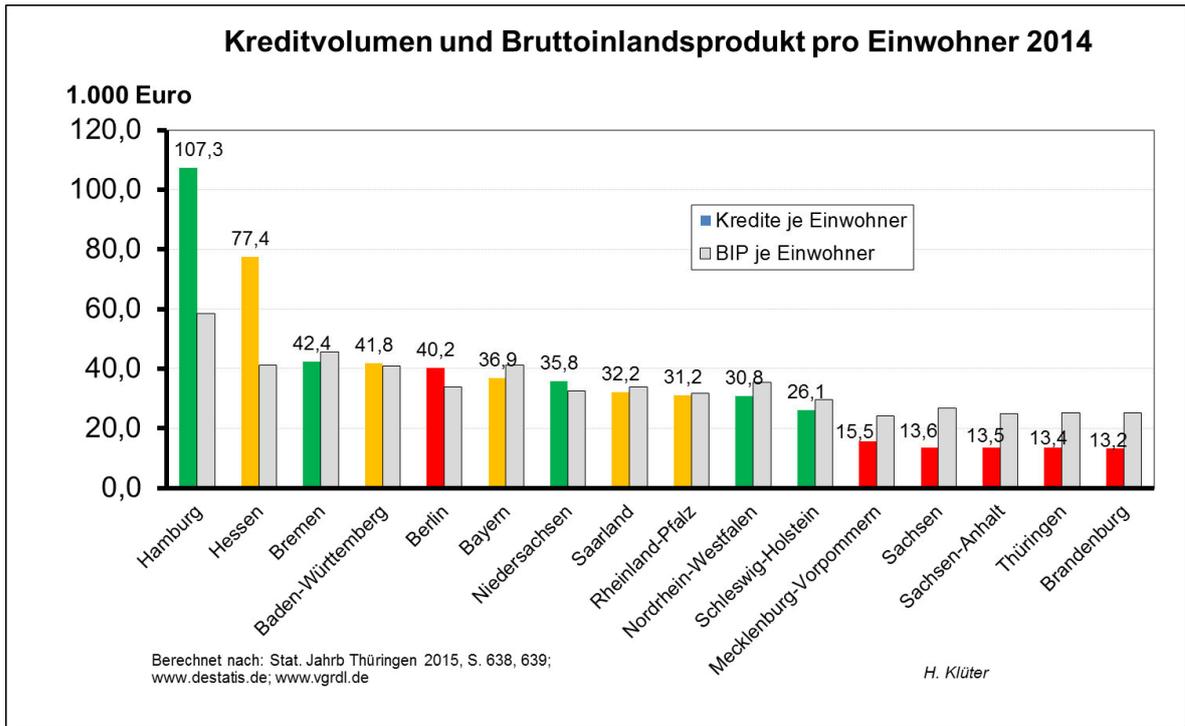


Abb. 27: Kreditvolumen und Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2014

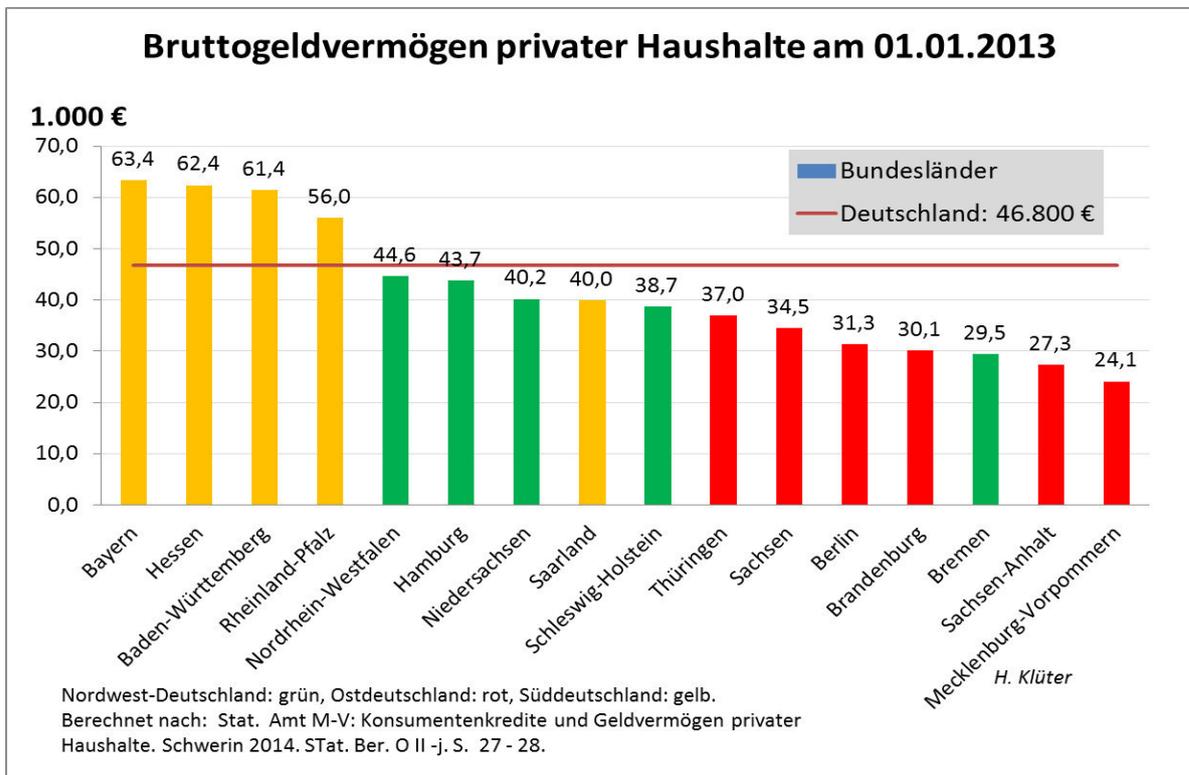


Abb. 28: Bruttogeldvermögen privater Haushalte am 01.01.2013

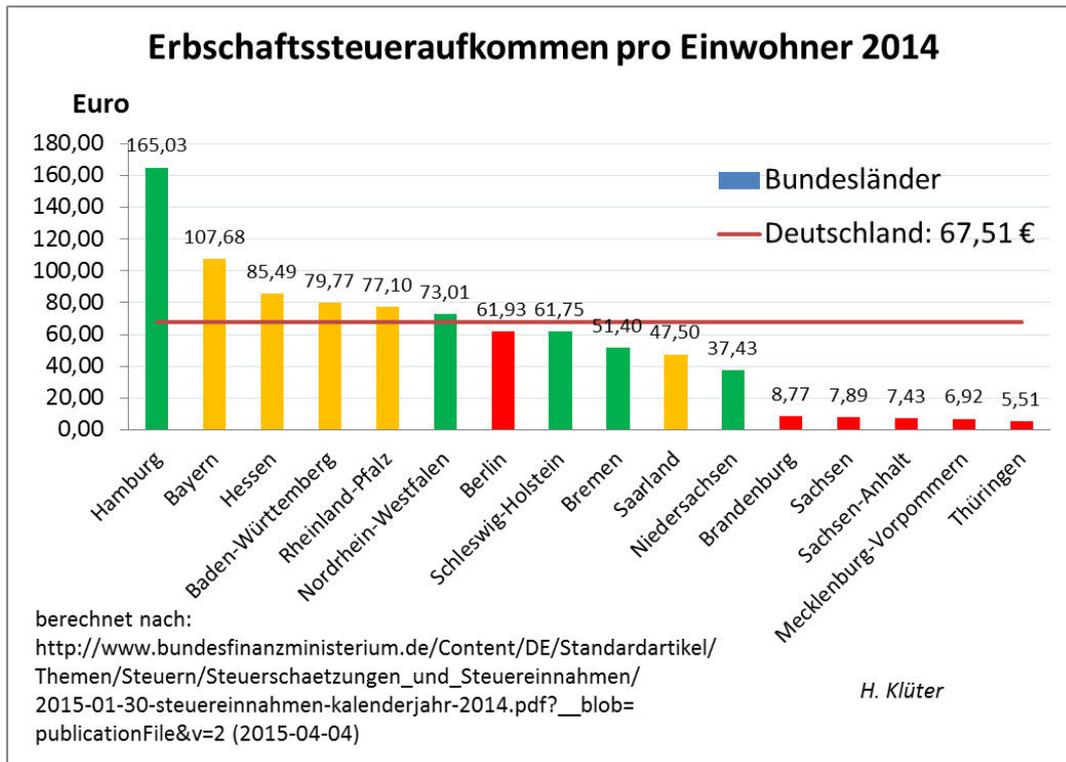


Abb. 29: Erbschaftssteueraufkommen pro Einwohner 2014

3.3.3 Steigender Wohn- und Freizeitwert

Kapitalzuflüsse und eine hoffnungsvolle Eigenentwicklung gibt es in der Gruppe der Unternehmensdienstleistungen sowie im Grundstücks- und Wohnungswesen, deren Zeitreihen ab 2000 vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder zu einem kumulierten Indikator mit den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbunden werden. In dieser Gruppe wurde in Mecklenburg-Vorpommern von 2000 bis 2014 ein Wachstum von 41,3% erzielt. (vgl. Abb. 21).

Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern mit den übrigen ostdeutschen Flächenländern über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 36,1%. Für 2013 liegen getrennte Werte vor. Das Grundstücks- und Wohnungswesen kam in jenem Jahr auf 4,145 Mrd. € Bruttowertschöpfung. Das war bereits mehr als die Wertschöpfung in der Industrie (3,735 Mrd. €) und dreimal mehr als in der Landwirtschaft (1,225 Mrd. €) Mecklenburg-Vorpommerns in jenem Jahr.

Der starke Wohnungszubau 2000 bis 2011 bestätigt diesen Trend. 2011 betrug der Anteil der in diesem Zeitraum errichteten Wohnungen an allen Wohnungen 9,14 %. Damit übertraf Mecklenburg-Vorpommern den gesamtdeutschen Wert von 7,48 % und lag nach Brandenburg und Bayern deutschlandweit an dritter Stelle. Die südostdeutschen Flächenländer Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen rangierten mit unter 6 % weit abgeschlagen. Die Daten stammen aus der Gebäude- und Wohnungsvollerhebung des Zensus 2011 und liegen gemeindescharf vor.

In Abb. 31 werden die Daten der damaligen Kreise gezeigt. Die Küstenkreise Bad Doberan, Rügen, Nordwestmecklenburg, Ost- und Nordvorpommern weisen weit überdurchschnittliche Werte auf.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

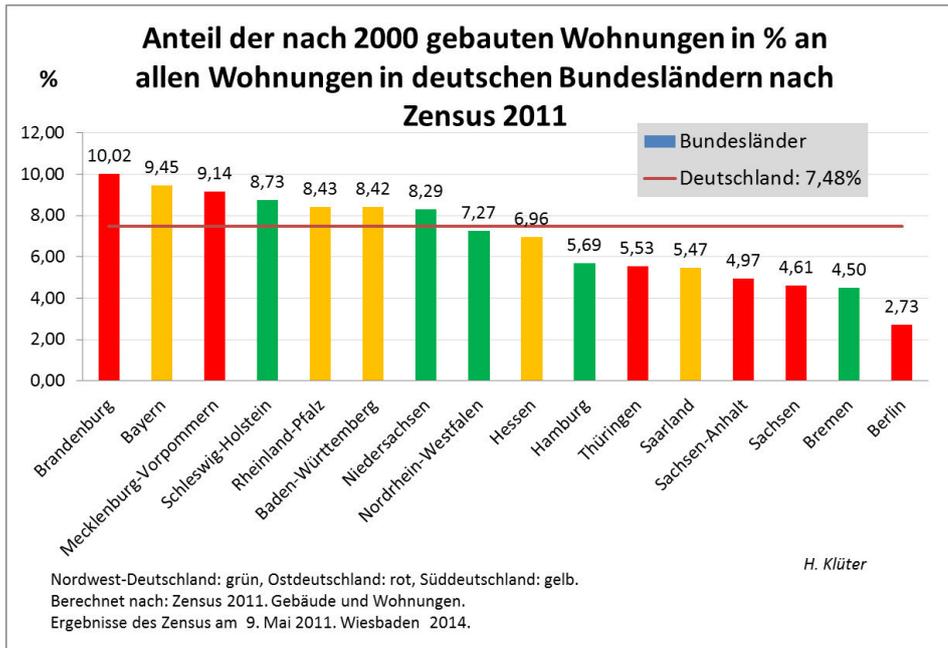


Abb. 30: Anteil der nach 2000 gebauten Wohnungen in % an allen Wohnungen in deutschen Bundesländern nach Zensus 2011

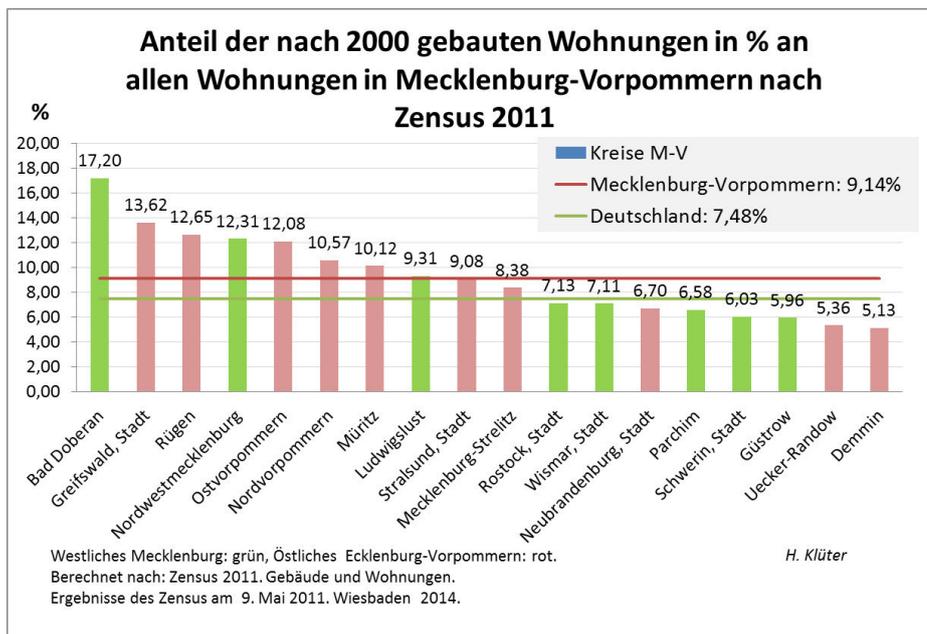


Abb. 31: Anteil der nach 2000 gebauten Wohnungen in % an allen Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern nach Zensus 2011

Auch die Müritz, Ludwigslust, Stralsund und Mecklenburg-Strelitz liegen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Weit darunter liegen die Kreise Demmin, Uecker-Randow, Güstrow sowie die Stadt Schwerin. Diese Daten zeigten erstmals, wie hoch der Wohnwert Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich zu anderen Bundesländern zu bewerten ist. Seit 2013 schlägt er sich in einer entsprechenden Zuwanderung nieder.

3.3.4 Zuwanderung und Bevölkerungswachstum

In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung galt Mecklenburg-Vorpommern als klassisches Abwanderungsland. Das war nicht immer so gewesen. In den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs und in der Nachkriegszeit erlebte das relativ wenig kriegszerstörte Land den größten Zuwanderungsschub des 20. Jahrhunderts: Durch Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten und aus den zerbombten Großstädten wuchs die Bevölkerung von 1,4 Millionen (1939) auf etwa 2,139 Millionen im Jahre 1946. Innerhalb von 7 Jahren gab es ein Wachstum von 52 %. Die meisten Menschen blieben. Erst 1954/55 sank die Bevölkerung wieder unter 2 Millionen. Besonders die an der DDR-Westgrenze gelegenen Kreise (heute: Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim) erlebten bis 1961 einen starken Bevölkerungsrückgang. Ein erhebliches Wachstum gab es bis 1990 in Rostock. In Schwerin fiel das Wachstum gemäßigt aus. Die damalige Bezirkshauptstadt Neubrandenburg konnte ihre Einwohnerzahl mehr als verdoppeln. Auch einige Landstädte wie Wolgast und Bergen erlebten ein starkes Wachstum.

Beide Großstädte verloren durch die Suburbanisierung nach 1990 große Bevölkerungsanteile an das Umland, so dass die Landkreise Rostock, Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim entsprechend wuchsen. Nordwestmecklenburg profitierte außerdem von der Suburbanisierung des benachbarten Lübeck. Nach 1990 konzentrierten sich somit die Bevölkerungsverluste besonders auf den Osten des Landes.

Nach jahrzehntelanger Abwanderungsdominanz gab es 2013 erstmals einen positiven Wanderungssaldo für Mecklenburg-Vorpommern. Dieser neue Trend hält bis heute an. Im Jahr 2014 ist die Bevölkerung Deutschlands um 430.074 Personen gewachsen. Die Verteilung dieses Wachstums fiel regional sehr unterschiedlich aus. Berlin wuchs über 10 Promille. In den beiden anderen Stadtstaaten, den großen Ländern Süddeutschlands und Schleswig-Holstein gab es ein Wachstum über 5 Promille. In Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern lag das Wachstum zwischen 5 und 1 Promille. Drei von 16 Bundesländern – Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg konzentrieren bereits die Hälfte der 81,198 Mio. (2014) Bewohner Deutschlands auf sich.

2014 war das erste Jahr dieses Jahrhunderts, in dem die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns wuchs. Während in anderen Bundesländern die Zuwanderer vor allem aus dem Ausland kamen, wies Mecklenburg-Vorpommern 2014 auch bei der deutschen Bevölkerung einen positiven Saldo auf. Die Zuwanderung aus dem Ausland lag 2014 noch mit 16.911 Zuzügen niedriger als die der deutschen Bevölkerung mit 25.823 Zuzügen.

Die Abwanderung geht zurück

- a) weil die geburtenschwachen Jahrgänge nach 1991 ins arbeitsfähige Alter eintreten und für sie das Arbeitsplatzangebot größer als die Nachfrage ist,
- b) weil im Zuge von a) Arbeitsplatzwanderung zunehmend durch Bildungs- und Ausbildungswanderung ersetzt wird. Mecklenburg-Vorpommern hat keine technische Universität. Die Berufsschulen sind räumlich so stark zentralisiert, dass Lehrausbildungs- und Schulausbildungsort weit voneinander getrennt sind. In Lübeck, Kiel und Hamburg liegen sie am jeweils selben Ort. Bildungswanderung ist nicht so häufig mit einem Erstwohnsitzwechsel verbunden wie Arbeitsplatzwanderung.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

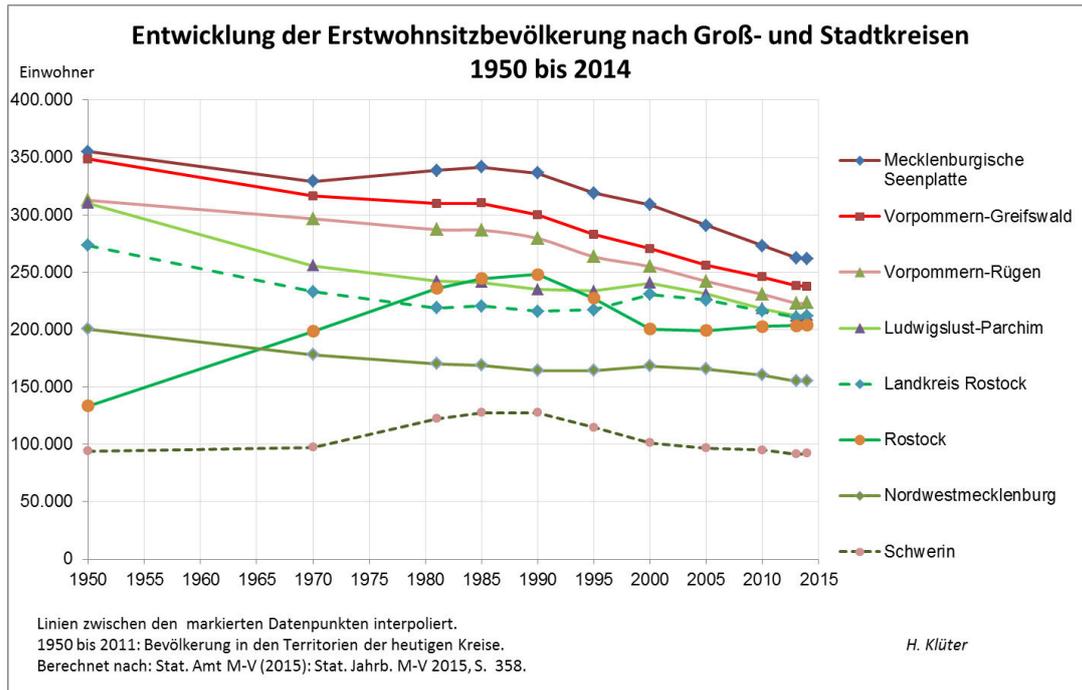


Abb. 32: Entwicklung der Erstwohnsitzbevölkerung nach Groß- und Stadtkreisen 1950 bis 2014

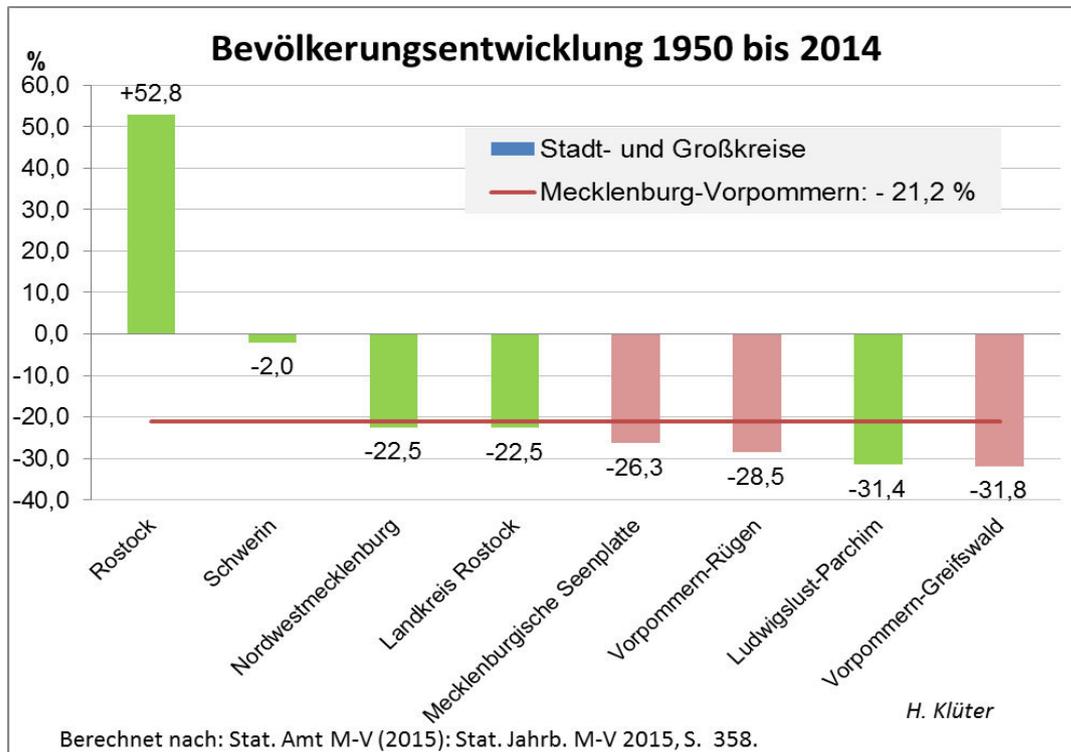


Abb. 33: Bevölkerungsentwicklung 1950 bis 2014

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

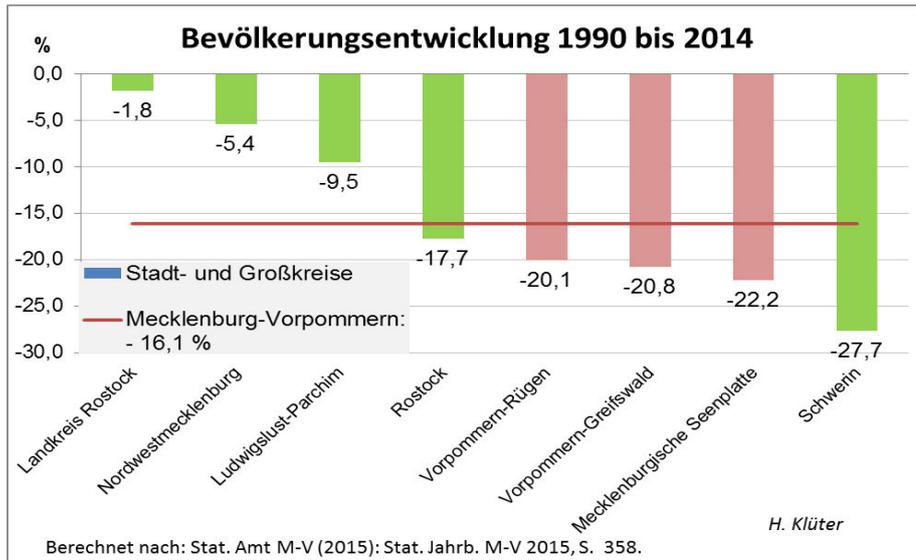


Abb. 34: Bevölkerungsentwicklung in Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns 1990 bis 2014

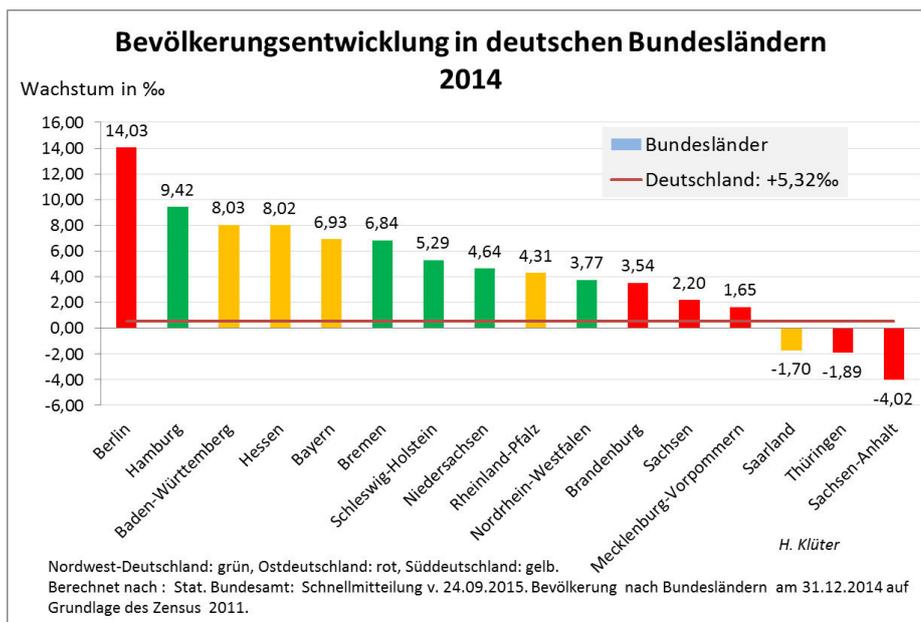


Abb. 35: Bevölkerungsentwicklung in deutschen Bundesländern 2014

Weit über die Hälfte der Zuzüge aus anderen Bundesländern entfielen auf Berlin, Hamburg, sowie auf die Nachbarländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg.

Die Zuwanderung hat erhebliche Einflüsse auf die Regionalentwicklung innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns. Zum einen erfährt der Arbeitsmarkt eine Bereicherung, zum anderen steigt die regionale Nachfrage nach Wohnraum. Ein Teil der Zuwanderer ist so vermögend, dass sie eigene Häuser bauen oder erwerben. Auf diese Weise tragen sie über Kapitalimport zum regionalen Wohlstand bei.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

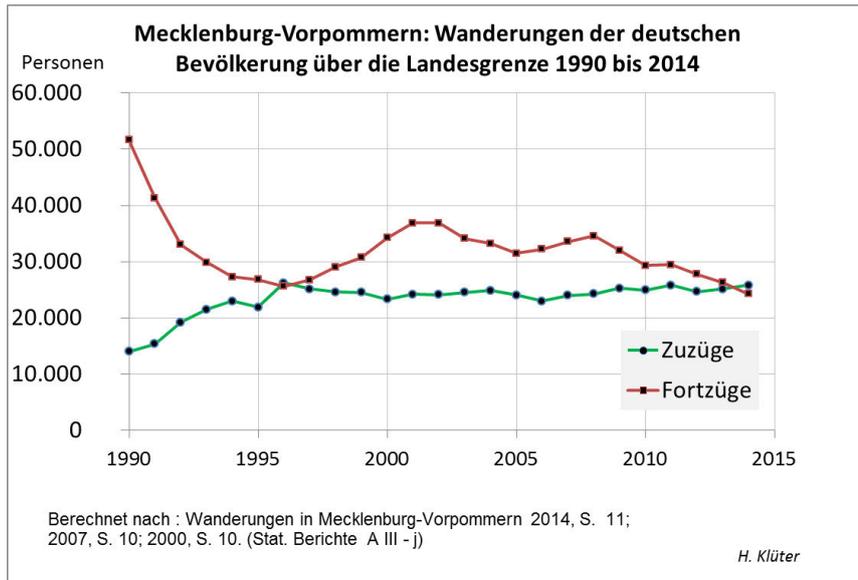


Abb. 36: Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungen der deutschen Bevölkerung über die Landesgrenze 1990 bis 2014

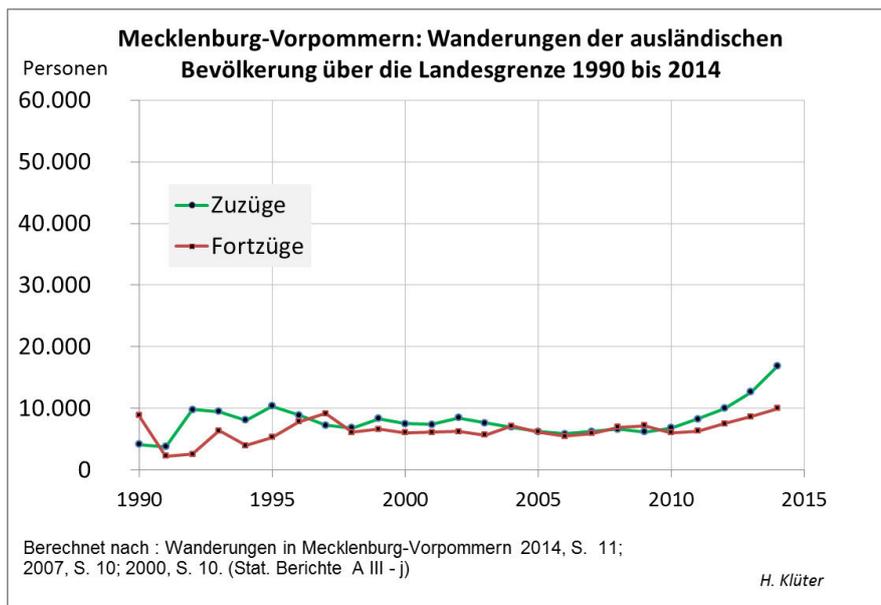


Abb. 37: Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungen der ausländischen Bevölkerung über die Landesgrenze 1990 bis 2014

Daher wird im Folgenden auch auf die Auswirkungen dieser Prozesse innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns eingegangen.

Die Statistik der Zielregionen wird von den drei östlichen Landkreisen und der Hansestadt Rostock angeführt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Osten in nur drei, der Westen des Landes jedoch in 5 Gebietseinheiten geteilt ist.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Allerdings führen die östlichen Kreise nicht zuletzt aufgrund der schlechteren Hoch- und Berufsschulausstattung bei der Abwanderung, so dass sich für Vorpommern-Greifswald und die Mecklenburgische Seenplatte leicht negative Salden und eine negative Wanderungsattraktivität ergeben. Führend nach Wanderungsattraktivität sind die Landkreise Rostock und Vorpommern-Rügen, in denen Koeffizienten über 0,1 erzielt werden. Die Wanderungsattraktivität wird als Quotient von Zuziehenden und Fortziehenden in eine andere Region (hier: Bundesland) definiert, von dem die Zahl 1 abgezogen wird.

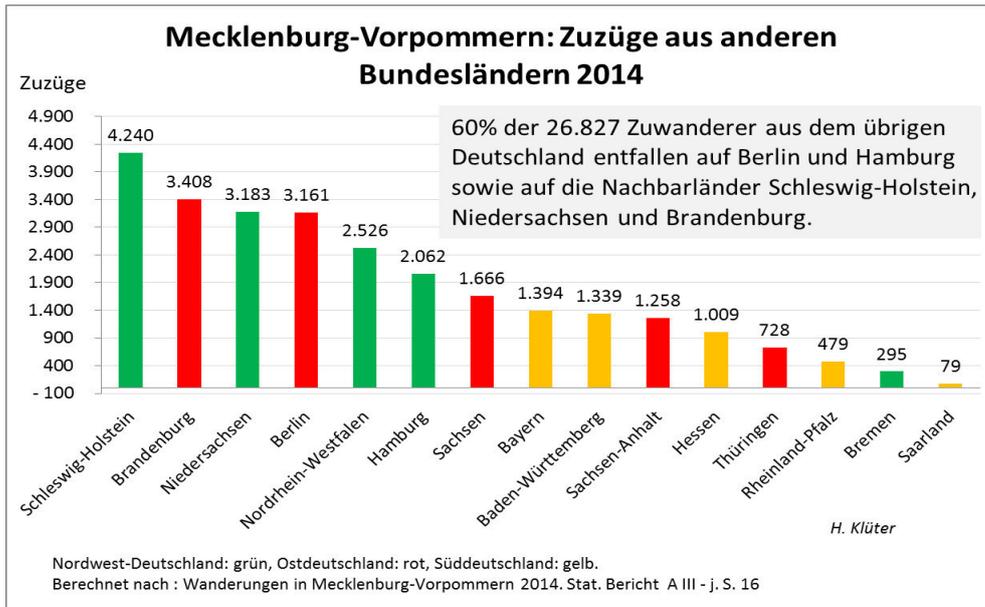


Abb. 38: Mecklenburg-Vorpommern: Zuzüge aus anderen Bundesländern 2014

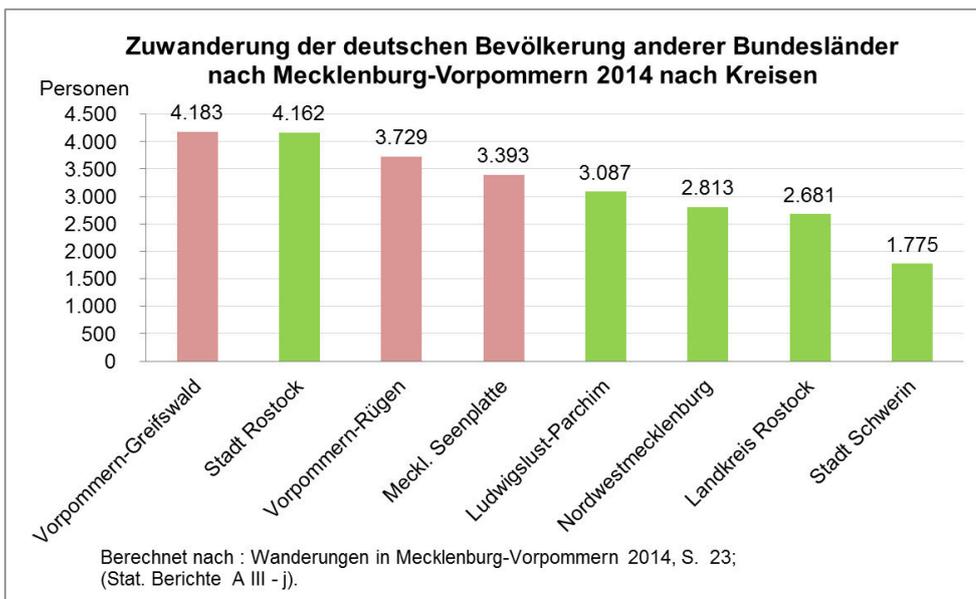


Abb. 39: Zuwanderung der deutschen Bevölkerung anderer Bundesländer nach Mecklenburg-Vorpommern 2014 nach Kreisen

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

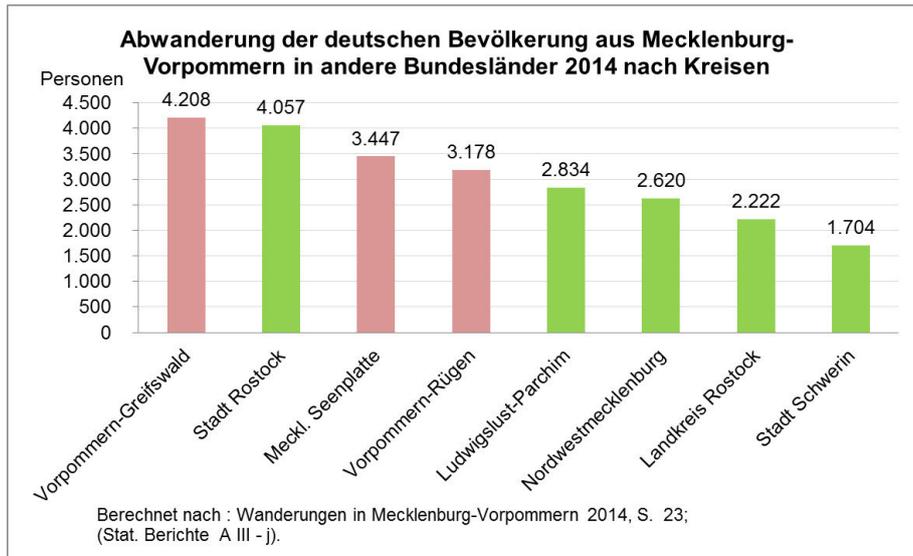


Abb. 40: Abwanderung der deutschen Bevölkerung aus Mecklenburg-Vorpommern in andere Bundesländer 2014 nach Kreisen

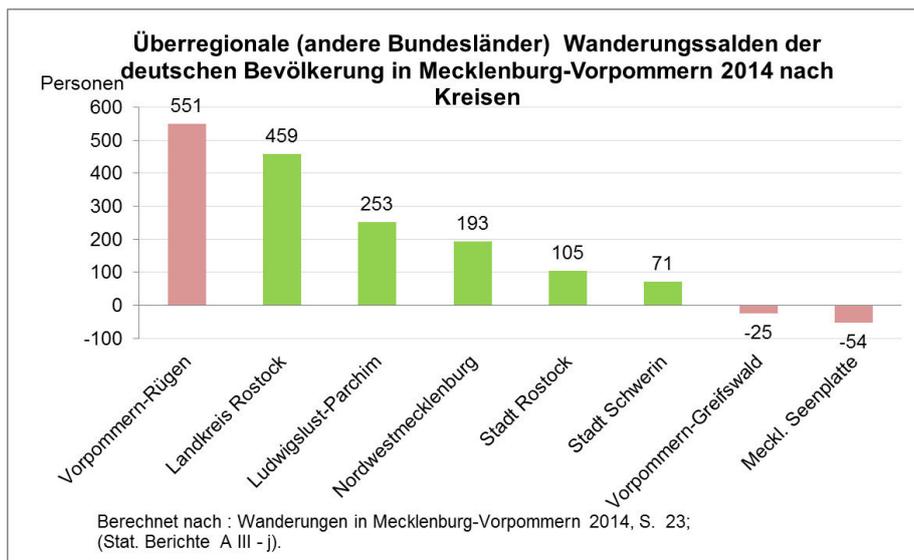


Abb. 41: Überregionale (andere Bundesländer) Wanderungssalden der deutschen Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2014 nach Kreisen

Auch die westmecklenburgischen Kreise weisen eine positive Wanderungsattraktivität aus. In den Städten Rostock und Schwerin liegt die Wanderungsattraktivität unter dem Landesdurchschnitt, jedoch knapp über 0. Für Vorpommern-Greifswald und die Mecklenburgische Seenplatte fiel die Wanderungsattraktivität leicht negativ aus.

Die Fortzüge aus Mecklenburg-Vorpommern sind noch stärker als die Zuzüge auf die 3 Nachbarländer sowie Hamburg und Berlin konzentriert. Hamburg, das bei den Zuzügen an sechster Stelle lag, steigt bei den Fortzügen auf den zweiten Rang nach Schleswig-Holstein.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

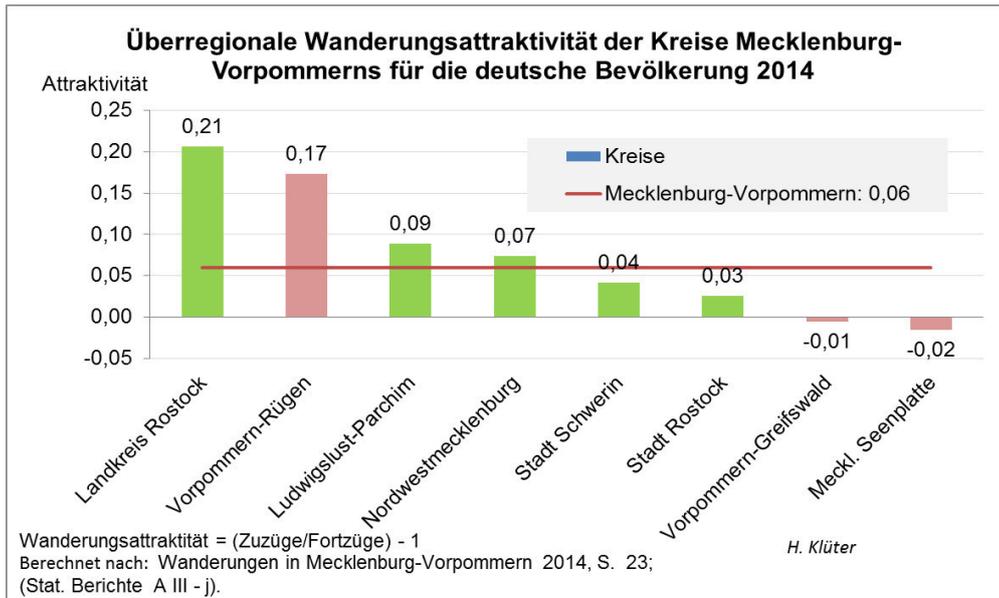


Abb. 42: Überregionale Wanderungsattraktivität der Kreise Mecklenburg-Vorpommerns für die deutsche Bevölkerung 2014

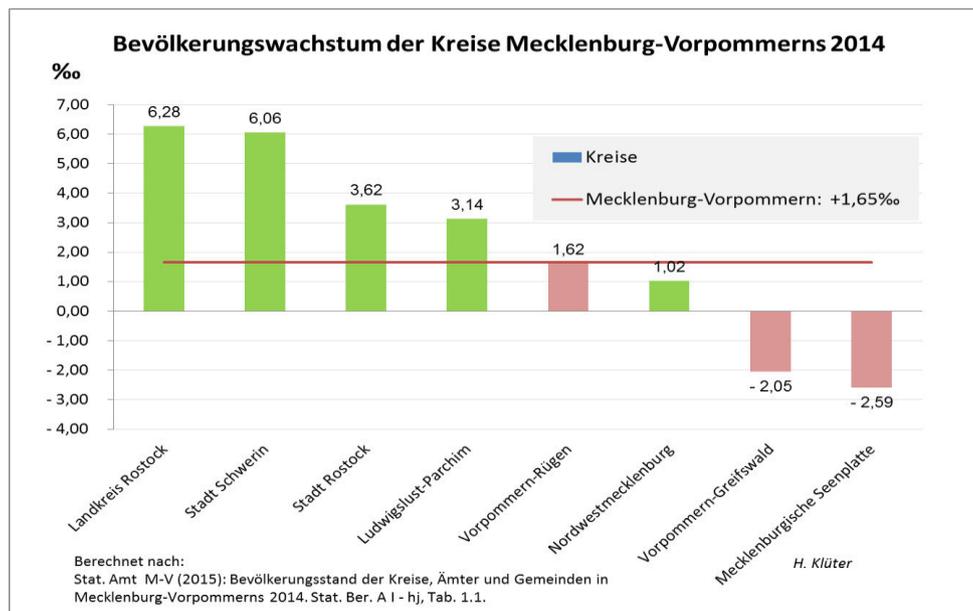


Abb. 43: Bevölkerungswachstum der Kreise Mecklenburg-Vorpommerns 2014

Sechs Bundesländern gegenüber hat Mecklenburg-Vorpommern einen negativen Wanderungssaldo. Von der kumulierten Summe (1.427) der Negativsalden entfielen mit 1.225 Personen 85,8% auf Hamburg.

Die positiven Wanderungssalden den übrigen neun Bundesländern gegenüber sind breiter gestreut. Hier führte Brandenburg mit 552 Personen. Die folgenden Ränge wurden von Bundesländern eingenommen, die nicht direkt an Mecklenburg-Vorpommern grenzen: Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Die Zuwanderung per Saldo war aus Baden-Württemberg stärker als aus Sachsen.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

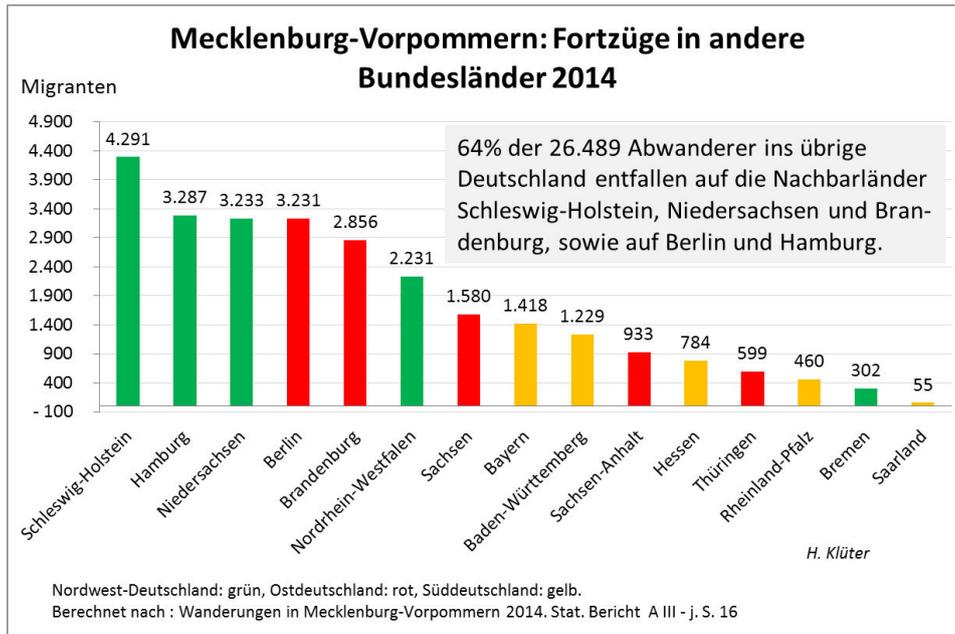


Abb. 44: Mecklenburg-Vorpommern: Fortzüge in andere Bundesländer 2014

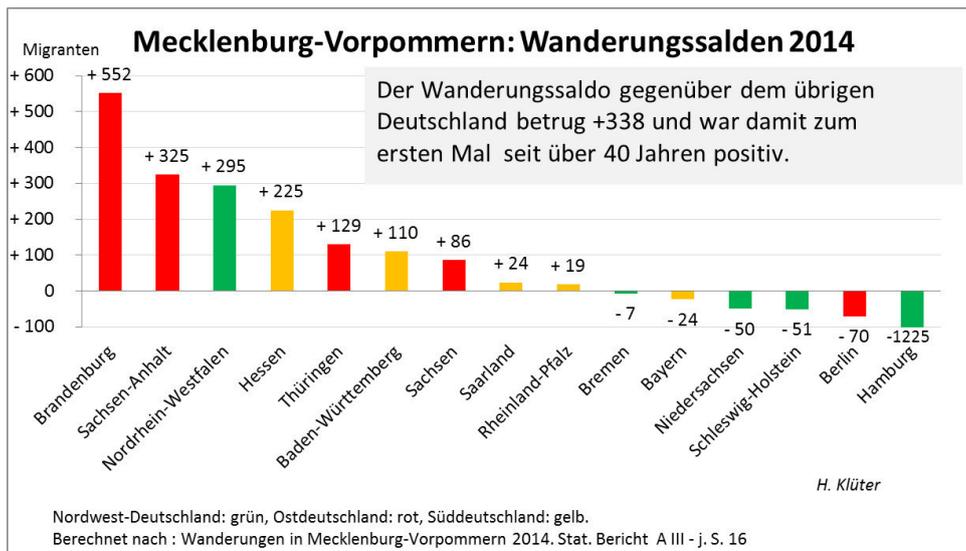


Abb. 45: Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungssalden 2014

Relativ gesehen ist Mecklenburg-Vorpommern für die Bewohner des Saarlands, Sachsen-Anhalt und Hessens am attraktivsten. Auch den übrigen Binnenländern gegenüber fällt die Wanderungsattraktivität positiv aus. Ausnahmen bilden Bayern und Berlin. Diesen und den anderen Küstenländern gegenüber ist die Wanderungsattraktivität Mecklenburg-Vorpommern negativ, wobei der Wert für Hamburg mit großem Abstand am niedrigsten ist.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

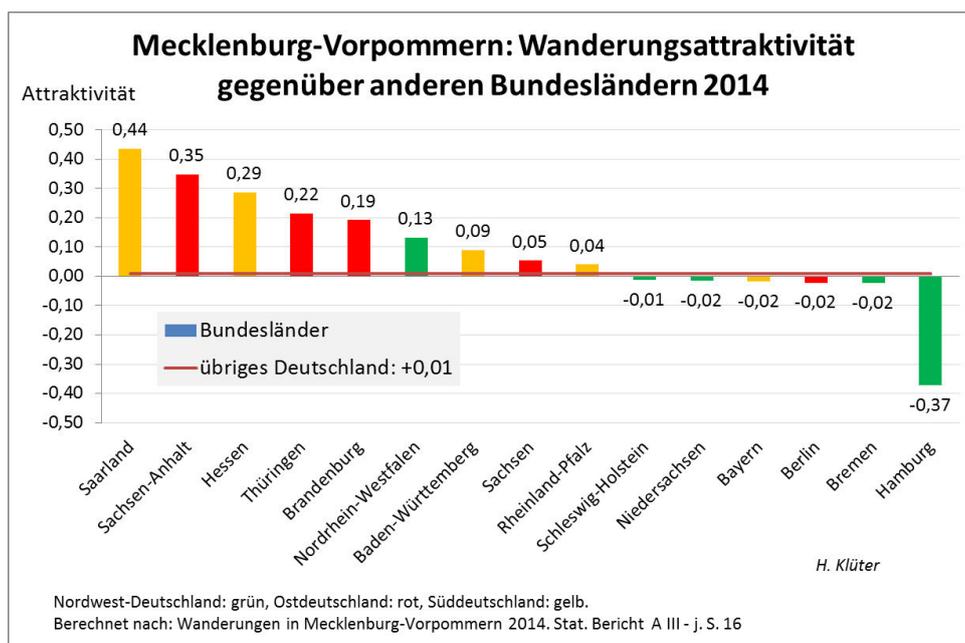


Abb. 46: Mecklenburg-Vorpommern: Wanderungsattraktivität gegenüber anderen Bundesländern 2014

3.3.5 Wachstum im kommunalen Schnitt

2014 wiesen von den 757 Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns 339 Gemeinden ein Bevölkerungswachstum auf. 22 Gemeinden hatten Ende 2014 dieselbe Bevölkerungszahl wie Ende 2013. In 396 Gemeinden gab es einen Bevölkerungsrückgang. Dabei konzentrierten sich die negativen Wanderungssalden auf die Gemeindegrößenklasse mit weniger als 1000 Einwohnern. Dies heißt nicht, dass alle Gemeinden unter 1.000 Wanderungsverluste erlitten. Es bedeutet, dass der kumulierte Saldo aller 521 Gemeinden dieser Größenklasse einen negativen Wert ergab. Nadrensee im Südosten des Kreises Vorpommern-Greifswald hatte Ende 2014 beispielsweise 404 Einwohner. 2014 gab es 5 Sterbefälle und 5 Geburten. 33 Fortzügen standen 56 Zuzüge gegenüber. Der Bevölkerungsanstieg von 381 auf 404 Personen ergab für 2014 ein Rekordwachstum in Vorpommern-Greifswald von 60 %. Den höchsten relativen Zuwanderungssaldo erzielten die vier Städte der Klasse mit 20 bis 50 Tsd. Einwohnern (+11,09 %). Mit 10,64 % lag auch die Klasse der Gemeinden mit 5 bis 10 Tsd. Einwohner um das Doppelte über dem Landesdurchschnitt (+5,32 %). Die Klassen 2 bis 3.000 (7,31 %) sowie 50 bis 100.000 (6,16 %) lagen ebenfalls über dem Landesdurchschnitt (Abb. 47).

Nach Abzug des Sterbeüberhangs (Abb. 48) verblieb in der Klasse mit 5 bis 10 Tsd. Einwohnern ein Bevölkerungswachstum von +5,69%. Die Abbildung zeigt deutlich, dass nicht nur die großen Städte wachsen. Auch die durch Landesplanung und Finanzausgleichsgesetz subventionierten „Zentralen Orte“ konnten ihre Privilegien nicht in überproportionales Bevölkerungswachstum umsetzen

Die Daten in den folgenden Tabellen berücksichtigen nicht nur die Zuwanderung aus dem Ausland und aus anderen Bundesländern, sondern auch die Migration innerhalb des Landes sowie die Differenz aus Geburts- und Sterbefällen.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Alle Landkreise mit Ausnahme von Nordwestmecklenburg sind unter den wachstumsstärksten Gebietseinheiten auf Ämterebene vertreten. Mit Kühlungsborn, Bad Doberan, Ludwigslust, Hagenow und Parchim sind kleinere Städte im westlichen Landesteil besonders stark präsent (Tab. 13).

2014 wiesen 50 der 116 Gebietseinheiten auf der Ebene der Ämter, amts- und kreisfreien Gemeinden ein Bevölkerungswachstum von über 2% aus. Dort wohnten 914.495 Personen auf einem Drittel der gesamten Landesfläche. In 21 Einheiten mit 284.614 Einwohnern blieb die Bevölkerungszahl in etwa gleich, d. h. sie schwankte zwischen +1,99 und -1,99%. Sie nahmen ein Sechstel der Landesfläche ein. 45 Einheiten mussten eine Bevölkerungsabnahme von über 2 % hinnehmen. In diesen Regionen mit 49,7% der Landesfläche lebten 400.029 Einwohner – also weniger als halb so viel wie in den Wachstumsregionen.

Auffällig ist die breite Streuung der Gebietseinheiten mit Bevölkerungswachstum. Es wachsen keineswegs nur die großen Städte und ihr Umland. Die höchste Bevölkerungsdichte gibt es in der Klasse 3 mit 2 bis 4,99% Wachstum. Zwei Fünftel der Bevölkerung dieser Klasse stellt die Stadt Rostock. Die Klassen 1 und 4 mit dem höchsten Wachstum über 10% und die Klasse mit nahezu unveränderter Bevölkerungszahl haben annähernd die gleiche Bevölkerungsdichte – 73 und 72 Einwohner je km². Ähnliches gilt für die beiden Klassen 5 und 6 mit Einwohnerrückgängen von -2 bis -4,99% und von -5 bis -9,99%, die beide auf 36 Einwohner je km² kommen. Das Wachstum richtet sich nicht nach dem Zentrale-Orte-System der Landesplanung.

Zwar hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern seit dem Eintritt der geburten-schwachen Jahrgänge (ab 1992) ins Berufsleben entspannt, doch hält das Wachstum an Arbeitsplätzen mit der Zuwanderung nicht Schritt. Das bedeutet, dass trotz der hoffnungsvollen Arbeitsmarktzahlen die Zahl der Arbeitspendler in andere Bundesländer kaum zurückgeht. Am 30.06.2014 hatten 72.507 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland. 2007 vor der Wirtschaftskrise waren es 73.446. Demgegenüber weist die Zahl der Einpendler eine leichte Steigerung auf: 2003 waren es 18.772, 2008 bereits 22.682 und 2014 schließlich 25.851 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Tabelle 15 zeigt die Pendlerzahlen auf Kreisebene. Mit 43,7% Auspendlern über Kreis- und Landesgrenzen pendelt im Landkreis Rostock fast jeder zweite Arbeitnehmer. Auch in den westmecklenburgischen Landkreisen liegt der Pendleranteil über 40%. Allerdings sind knapp 20% dem Pendeln nach Schwerin geschuldet. Im Landkreis Rostock sind es über 30%, die nach Rostock pendeln. Im Osten des Landes gibt es keine Differenzierung nach kreisfreien Städten und Landkreisen mehr. Daher liegt das kreisgrenzüberschreitende Pendeln innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns unter 15%.

Die Kreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim und Mecklenburgische Seenplatte sind nach Auspendlerzahl stärker mit anderen Bundesländern als mit Kreisen in Mecklenburg-Vorpommern verflochten.

In Bezug auf das Auspendeln über die Landesgrenzen ist Mecklenburg-Vorpommern geteilt:

- Die Bevölkerung im Westen und Norden pendelt überwiegend in die Metropolregion Hamburg,
- die im Osten und Südosten in die Metropolregion Berlin-Brandenburg.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

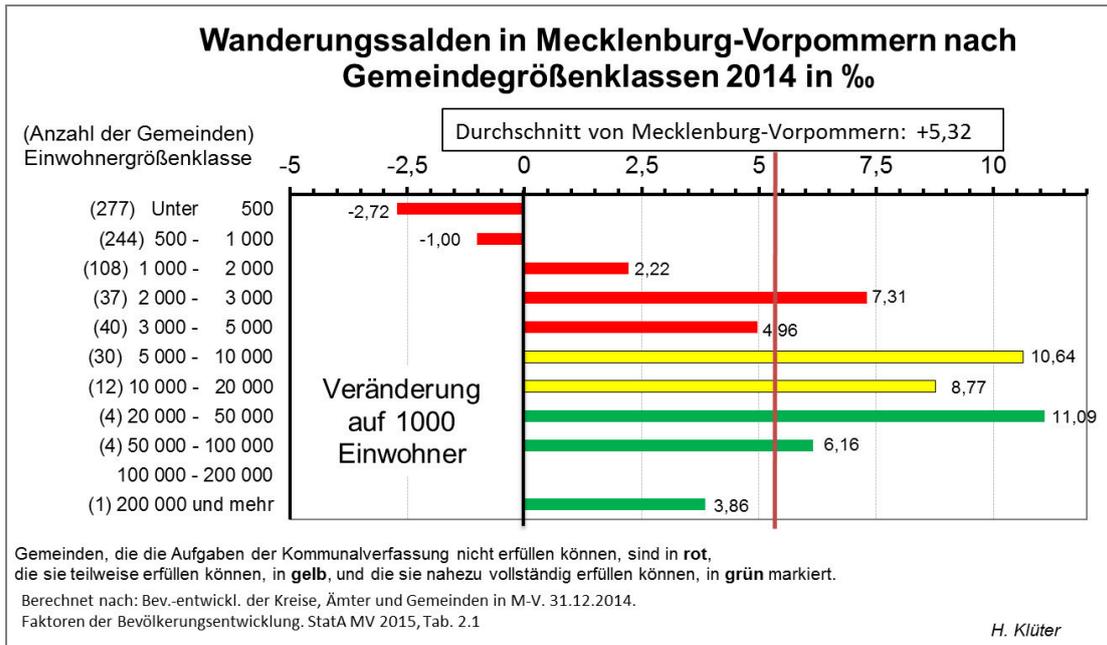


Abb. 47: Wanderungssalden in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2014

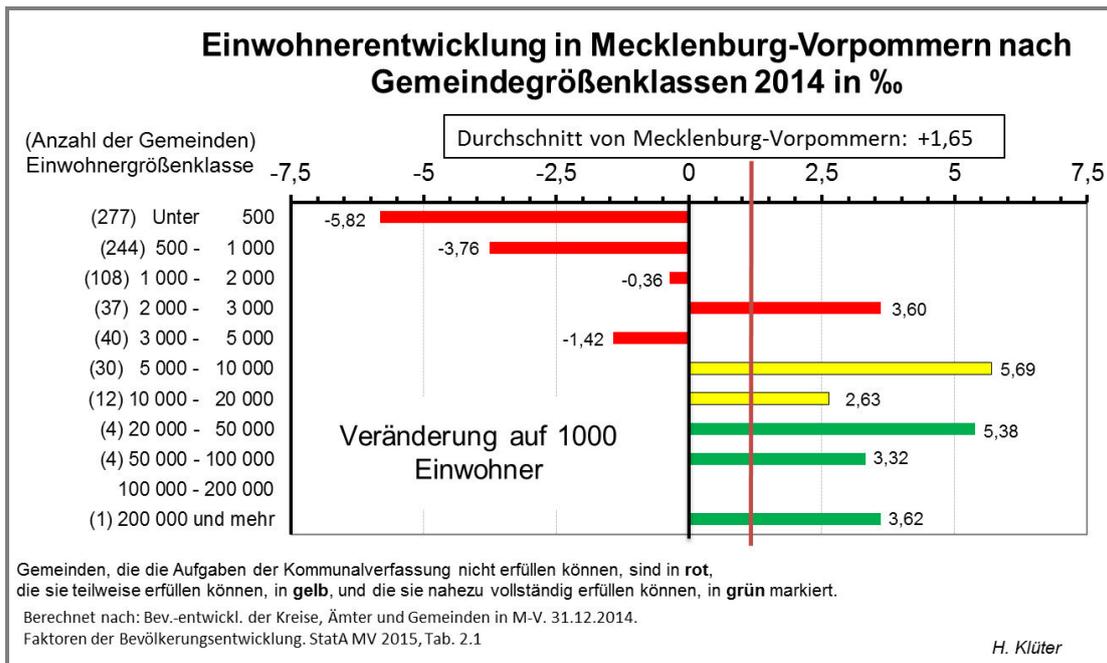


Abb. 48: Einwohnerentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern nach Gemeindegrößenklassen 2014

Abb. 52 erweckt den Eindruck, die Auspendlerabhängigkeit zur Metropolregion Hamburg sei größer als die Berlin-Brandenburg gegenüber. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Daten sich nur auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beziehen. Beamte, Selbständige, Freiberufler und Bildungspendler sind nicht enthalten. Genau dies sind jedoch die Kontingente, in denen das Pendlerziel Berlin stark ist.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 13: Amtsfreie Gemeinden und Ämter in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Bevölkerungswachstum 2014 von über 10%

Kreis	Amtsfreie Gemeinde, Amt	Bevölkerung 31.12.2014	Veränderung 2014	
			Personen	‰
LRO	Kühlungsborn, Stadt	7.825	336	+44,87
VR	Mönchgut-Granitz	7.069	169	+24,49
LUP	Boizenburg-Land	7.492	153	+20,85
LRO	Rostocker Heide	8.851	178	+20,52
LUP	Zarrentin	9.945	175	+17,91
LRO	Bad Doberan, Stadt	11.785	178	+15,34
LRO	Dummerstorf	7.202	103	+14,51
LRO	Carbäk	8.460	107	+12,81
LUP	Ludwigslust, Stadt	12.243	148	+12,24
LRO	Satow	5.506	65	+11,95
LRO	Bad Doberan-Land	11.690	137	+11,86
LRO	Warnow-West	16.404	191	+11,78
VR	Binz	5.172	58	+11,34
LUP	Hagenow, Stadt	11.443	119	+10,51
LUP	Wittenburg	9.160	95	+10,48
MSE	Stargarder Land	9.721	99	+10,29
VG	Löcknitz-Penkun	10.819	109	+10,18
LUP	Parchim, Stadt	17.794	177	+10,05

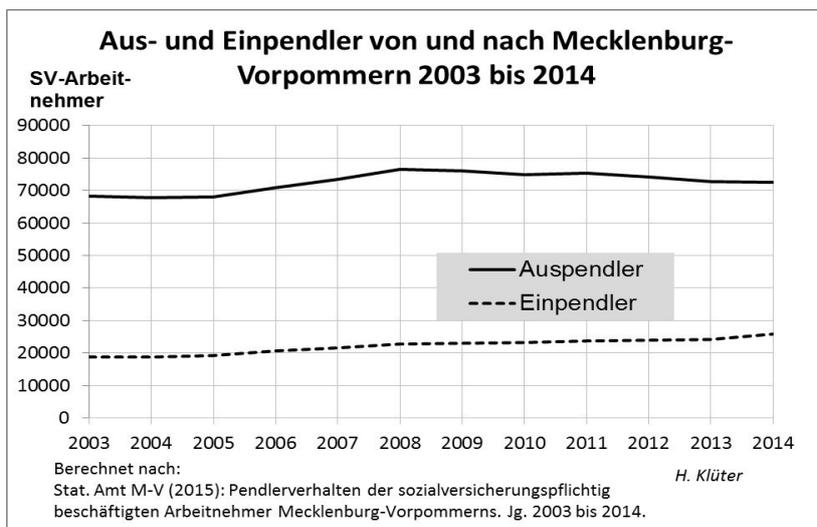


Abb. 49:
Aus- und Einpendler von und nach Mecklenburg-Vorpommern 2003 bis 2014

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 14: Gruppierung der 116 amts- und kreisfreien Gemeinden sowie der Ämter Mecklenburg-Vorpommerns nach Wachstum 2014

Klasse	Wachstum	Anzahl	Bevölkerung	Fläche km ²	Einw./km ²	Einige Regionen, Städte, Ämter
1.	> 10 ‰	18	178.581	2.434	73	Einige Seebäder, Rostocker Umland, Ludwigslust, Hagenow, Parchim, Löcknitz-Penkun
2.	5 bis 9,99 ‰	13	215.855	1.775	122	Ländlicher Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen, Seebäder, Schwerin, Güstrow, Boizenburg
3.	2 bis 4,99 ‰	19	520.059	3.528	147	Ländlicher Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen, Rostock, Stralsund, Greifswald, Wismar, Waren, Neustrelitz
4.	-1,99 bis +1,99 ‰	21	284.614	3.934	72	Landstädte, dünnbesiedelter ländlicher Raum, Neubrandenburg, Ribnitz-Damgarten, Bergen, Barth, Grimmen, Sassnitz, Heringsdorf, Darß-Fischland
5.	-2 bis -4,99 ‰	14	132.960	3.744	36	Landstädte, dünnbesiedelter ländlicher Raum, Demmin, Pasewalk, Teterow, Mecklenburgische Schweiz, Sternberger Seenlandschaft
6.	-5 bis -9,99 ‰	20	180.011	4.932	36	Landstädte, dünnbesiedelter ländlicher Raum, Anklam, Malchin, Gadebusch, Kröpelin, Stavenhagen, Graal-Müritz, Strasburg
7.	< -10 ‰	11	87.058	2.867	30	Dünnbesiedelter ländlicher Raum, Grevesmühlen, Lübbtheen, Gnoien, West-Rügen, Süderholz

Berechnet nach:

Stat. Amt M-V (2015): *Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden am 31.12.2014. Stat. Ber. A I – hj. Tabelle 4.*

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 15: Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort, nach Kreisen.
Stand: 30.06.2014

	SV-Beschäftigte mit Wohn- und Arbeitsort im selben Kreis	SV-Beschäftigte mit Arbeitsort in einem anderen Kreis M-Vs	SV-Beschäftigte mit Arbeitsort in einem anderen Bundesland	SV-Beschäftigte am Wohnort in M-V
Ludwigslust-Parchim	50.930	17.054	17.894	85.878
Nordwestmecklenburg	36.004	10.157	14.081	60.242
Landkreis Rostock	45.348	27.973	7.190	80.511
Vorpommern-Rügen	63.761	10.639	6.420	80.820
Stadt Rostock	53.130	14.467	6.237	73.834
Stadt Schwerin	23.801	6.446	3.685	33.932
Meckl. Seenplatte	79.775	7.658	9.078	96.511
Vorpommern-Greifswald	67.896	7.773	7.352	83.021
Mecklenburg-Vorpommern	420.645	102.167	71.937	594.749

Grün: Kreis mit dem Hauptauspendlerziel Hamburg-Schleswig-Holstein

Rot: Kreis mit Hauptauspendlerziel Berlin-Brandenburg

Aus: Stat. Amt M-V (2015): Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Mecklenburg-Vorpommerns 2014. Stat. Ber. A VI - j. S. 46 - 47.

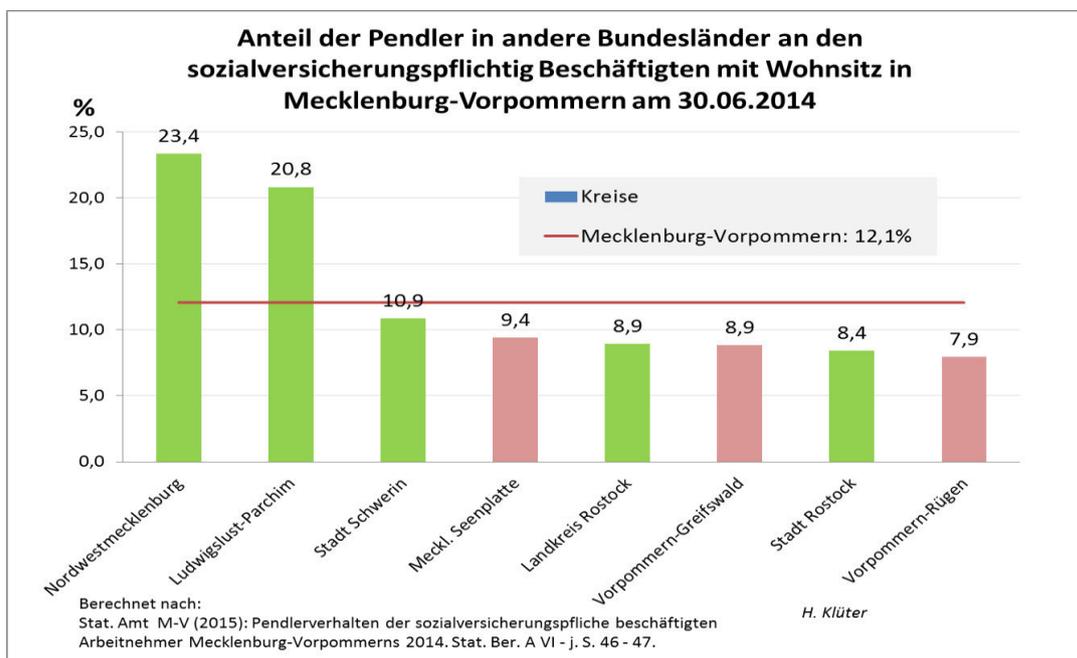


Abb. 50: Anteil der Pendler in andere Bundesländer an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz in Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2014

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

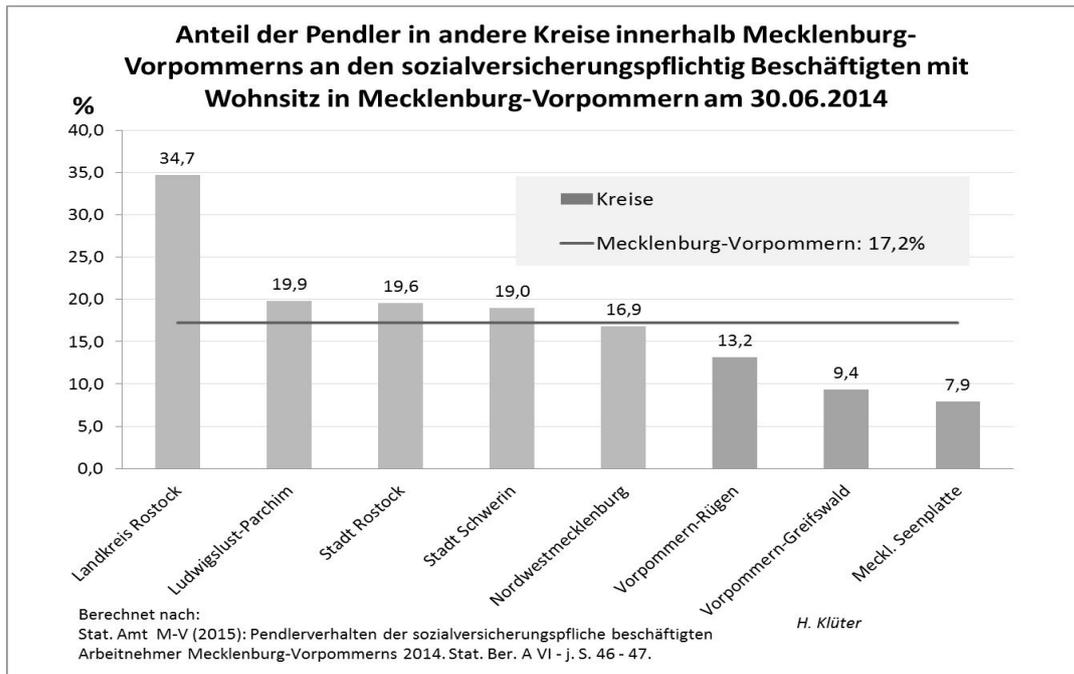


Abb. 51: Anteil der Pendler in andere Kreise innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnsitz in MV am 30.06.2014

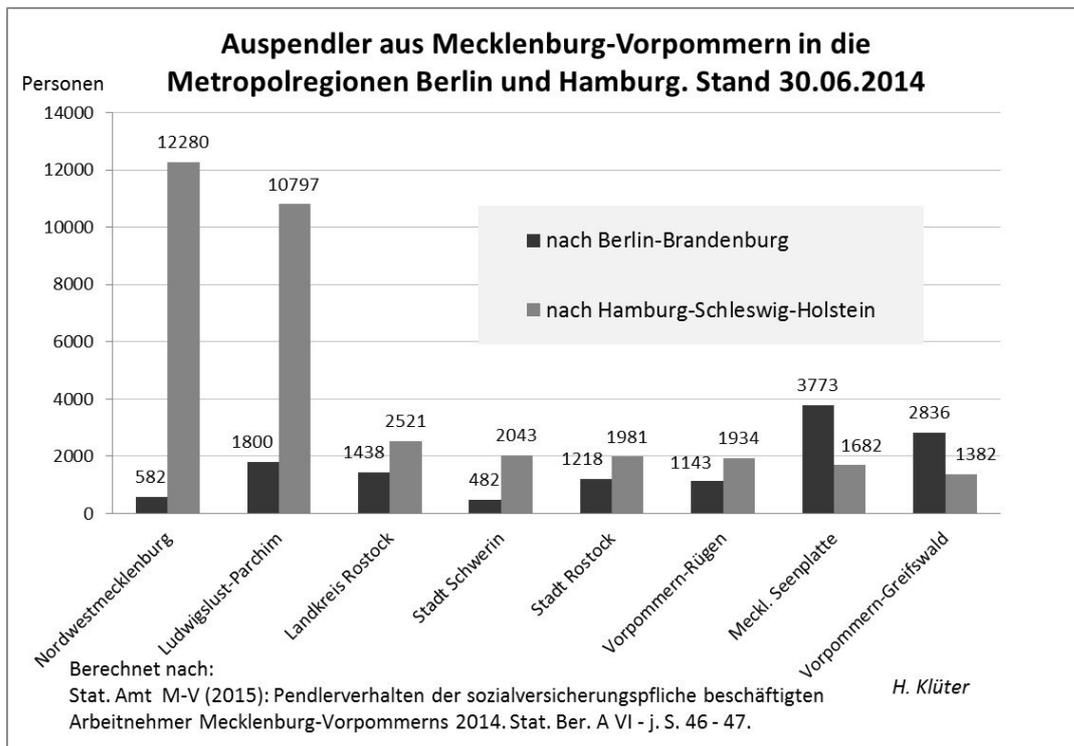


Abb. 52: Auspendler aus Mecklenburg-Vorpommern in die Metropolregionen Berlin und Hamburg

3.3.6 Tourismus

Lange Zeit war Mecklenburg-Vorpommern das wichtigste touristische Zielgebiet in Ostdeutschland. Die Zahl der Gästeübernachtungen brach nach der Wiedervereinigung ein. 1996 gab es erstmals wieder über 10, im Jahr 2000 bereits über 20 Millionen Übernachtungen. 2009 wurden 28,421 Millionen Übernachtungen gezählt. Danach kam es zu einer leichten Stagnation, der ab 2012 durch ein verhaltenes Wachstum folgte. Im Jahr 2015 wurde Mecklenburg-Vorpommern erstmals von Berlin überholt. Berlin kam auf 30,250 Millionen, Mecklenburg-Vorpommern auf 29,468 Millionen Übernachtungen. In Berlin gab es ein Wachstum von 5,4 %, in Mecklenburg-Vorpommern von 2,6 %. Die Stärken Berlins liegen vor allem im Ausländertourismus, der um 7,6 % wuchs. In Berlin entfielen 45,1 % der Übernachtungen auf ausländische Personen, in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 %.

(Vgl. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/pms/2016/16-02-18a.pdf>; Stat. Bericht M-V G IV – m; Dez. 2015, Jahr 2015, Tab. 1)

Da für 2015 noch nicht aus allen Bundesländern neue Daten vorliegen, bezieht der folgende Vergleich sich auf das Jahr 2014. Seinerzeit lag Mecklenburg-Vorpommern mit 28,7 Millionen Gästeübernachtungen noch an 6. Stelle unter den 16 Bundesländern, allerdings dicht gefolgt von Berlin. Immerhin war Mecklenburg-Vorpommern übernachtungsstärker als das westlich angrenzende Schleswig-Holstein oder als Rheinland-Pfalz.

Mit 1,050 Mrd. € Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe (2013) rangierte Mecklenburg-Vorpommern in Ostdeutschland an dritter, in Gesamtdeutschland an 11. Stelle. Hessen, Berlin, Sachsen, Hamburg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein waren trotz niedrigerer Übernachtungszahlen wertschöpfungsstärker als Mecklenburg-Vorpommern.

2013 wurden im Gastgewerbe Mecklenburg-Vorpommerns 37,29 € Wertschöpfung je Übernachtung erzielt, also etwa 40% der deutschen Durchschnitts. Damit lag Mecklenburg-Vorpommern unter den 16 Bundesländern auf dem letzten Rang. In Nordrhein-Westfalen lag die Wertschöpfung je Übernachtung mehr als viermal höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Ursachen für die niedrigen mecklenburg-vorpommerschen Wert sind

- erhebliche Defizite im Qualitäts- und Ausländertourismus,
- sowie das hohe, zumeist landesextern erbrachte Vorleistungsniveau. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es zu wenige Ausrüster für das Hotel- und Gaststättengewerbe.
- Das in westlichen Bundesländern und in Berlin ergiebige Segment des Geschäfts- und Messectourismus ist in Mecklenburg-Vorpommern nur schwach entwickelt.
- Die Selbstverpflegung der in Mecklenburg-Vorpommern starken Segmente des Ferienhaus- und Camping-Tourismus werden statistisch nicht dem Gastgewerbe, sondern dem Einzelhandel zugerechnet. Diese beiden Segmente erhöhen zwar die Übernachtungszahlen, bringen aber relativ wenig Wertschöpfung für die Gastgewerbsstatistik.
- Außerdem nimmt in größeren Städten Westdeutschlands und in Berlin die landeseigene Bevölkerung gastgewerbliche Leistungen – vor allem in Restaurants – viel stärker in Anspruch, als das in Mecklenburg-Vorpommern der Fall ist.
- Zahlreiche Hotels im Nordosten gehören Konzernen oder Gesellschaften, die in Westdeutschland oder Berlin ansässig sind, so dass mit Ausnahme der Löhne große Teile der Wertschöpfung

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

fung in andere Bundesländer abfließen. Allerdings ist zu erwarten, dass ab 2015 aufgrund der Mindestlohnregelung die Wertschöpfung im Tourismus ansteigt.

Das Gastgewerbe umfasst nicht alle touristischen Dienstleistungen. Der tourismusbezogene Einzelhandel und Verkehr sind nicht berücksichtigt. Der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern geht von einem jährlichen Bruttoumsatz von 5,1 Mrd. € (2013) aus (vgl. <http://www.tmv.de/statistische-daten/>; 2016-03-04).

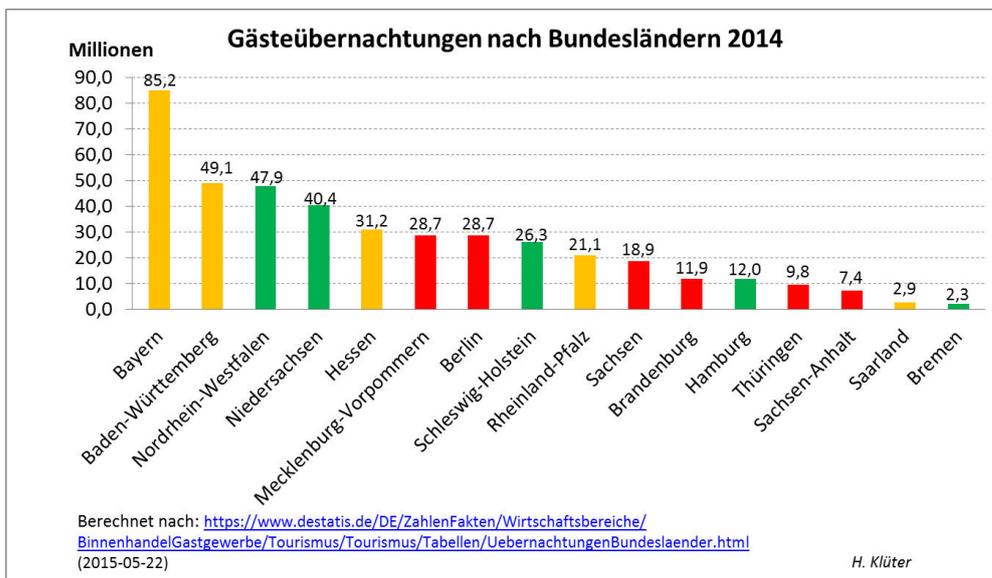


Abb. 53: Gästeübernachtungen nach Bundesländern 2014

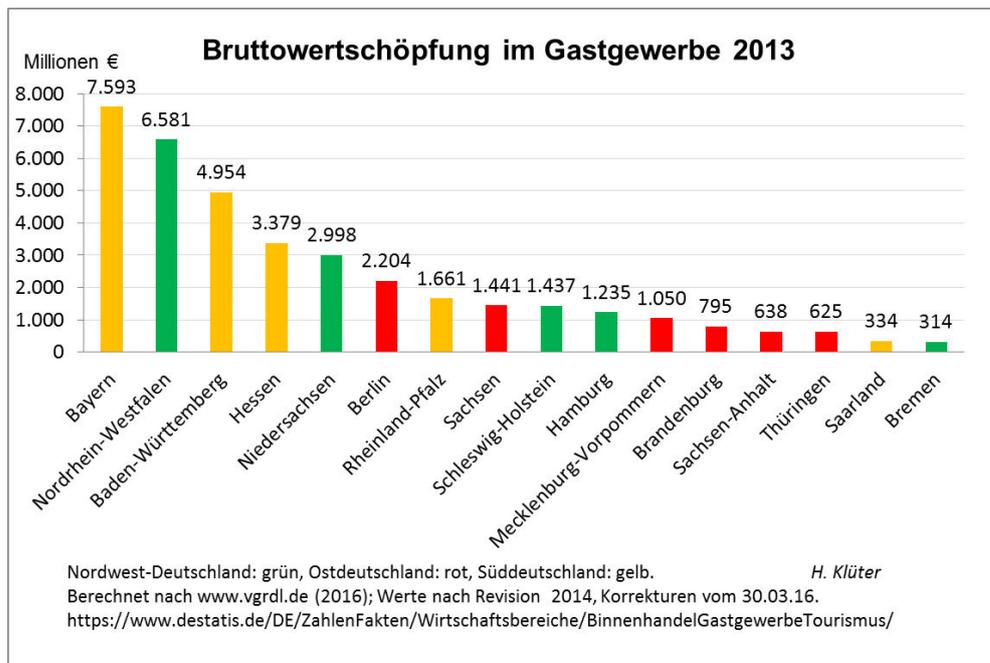


Abb. 54: Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe 2013

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Trotz der niedrigen Wertschöpfung kommt dem Tourismus eine wichtige volkswirtschaftliche Arbeitgeber- und Werbefunktion zu. Der Anteil des Gastgewerbes an der gesamten Bruttowertschöpfung Mecklenburg-Vorpommerns betrug 2013 3,1% - mehr als in jedem anderen Bundesland. Es folgten Berlin mit 2,2 % und Schleswig-Holstein mit 2,0 % Anteil. Im ersten Jahrzehnt nach der Wende war nur der Tourismus in der Lage, Menschen in größerer Anzahl nach Mecklenburg-Vorpommern zu locken. Heute ist der Tourismus der größte Kaufkraftimporteure des Landes. Viele andere Wirtschaftszweige profitieren davon, dass spätere Studierende, Zuwanderer, Investoren und Existenzgründer das Land zunächst als Touristen kennen lernen.

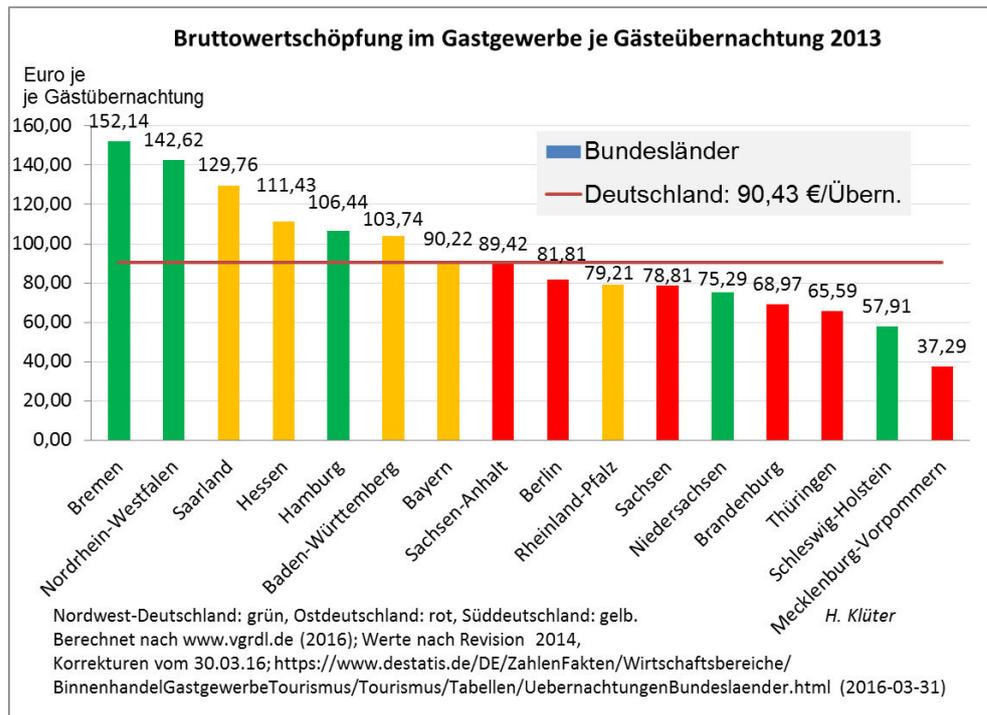


Abb. 55: Bruttowertschöpfung im Gastgewerbe je Gästeübernachtung 2013

3.3.7. Industrieschwäche

Eine der Ursachen für das im Bundesländervergleich niedrigste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bildet in Mecklenburg-Vorpommern die negative Pendlerbilanz mit anderen Bundesländern. Die von den Auspendlern geschaffenen Werte werden dem Regionalprodukt der Zielländer zugerechnet. Sie gelten aber als Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns und erhöhen so den Quotienten, durch den das hiesige Bruttoinlandsprodukt geteilt wird.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen bezieht sich nur auf diejenigen, die in Mecklenburg-Vorpommern arbeiten. Mit 53.888 € lag es bei 76,6 % des deutschen Durchschnittswerts von 70.317 €. Damit ist der Abstand zum deutschen Durchschnitt zwar von 32,8 (BIP je Einwohner) auf 23,4% (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) geschrumpft, führt Mecklenburg-Vorpommern jedoch immer noch auf den letzten Platz unter den 16 Bundesländern.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

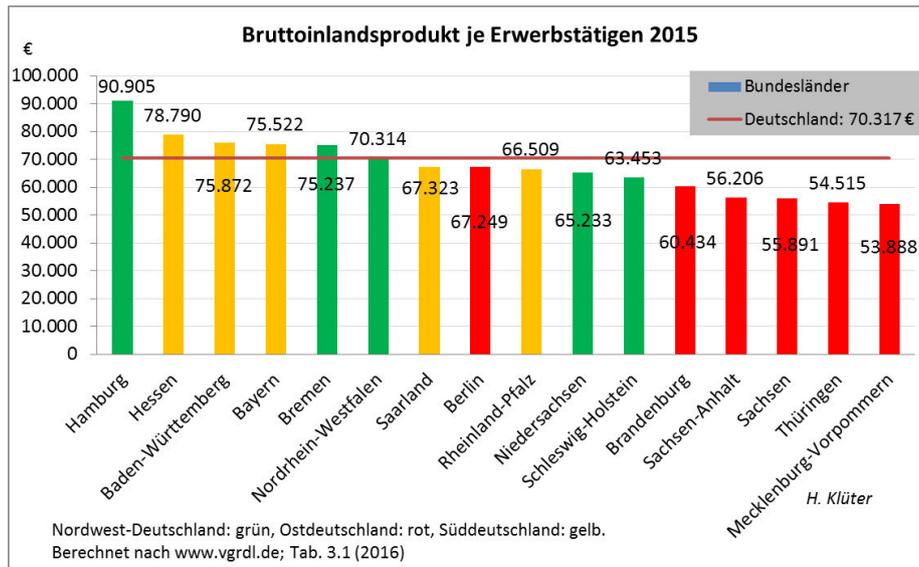


Abb. 56: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen 2015

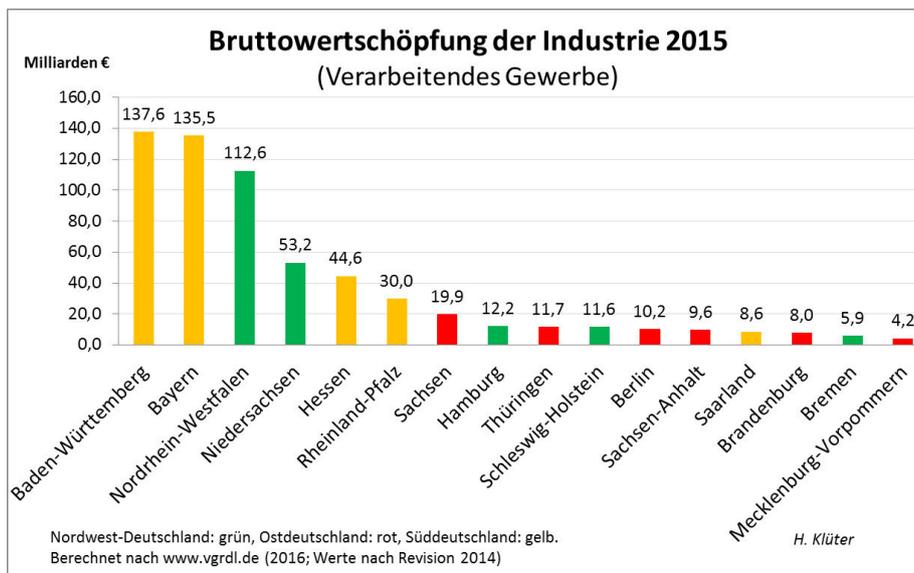


Abb. 57: Bruttowertschöpfung der Industrie 2015

Eine der Ursachen ist die Industrieschwäche des Landes. Mit 4,2 Milliarden € Bruttowertschöpfung nahm Mecklenburg-Vorpommern unter den 16 Bundesländern den letzten Platz hinter Bremen und Brandenburg ein. Die drei führenden Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen vereinen bereits 63 % der industriellen Wertschöpfung von Deutschland auf sich.

Die Industrieschwäche ist keineswegs Stigma der ostdeutschen Länder. Thüringen hat mit der erfolgreichen LEG-Politik der letzten Jahre mit 23 % Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes den gesamtdeutschen Durchschnittswert von 22,6 % überschritten. Sachsen hat inzwischen das altindustrielle Nordrhein-Westfalen überholt.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Die Schwäche gilt nicht für alle Industriezweige in gleicher Weise. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie Mecklenburg-Vorpommerns ist mit 4,33 Mrd. € Umsatz stärker als die von Brandenburg, Thüringen, Berlin oder des Saarlandes. Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns entfallen über 30% des Industrieumsatzes auf diese eine Branche. Das ist der höchste Anteil innerhalb der deutschen Bundesländer. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie gehört zu den Branchen, die sich am schnellsten internationalisieren. 2000 betrug der Auslandsanteil am Umsatz 12,1 %. 2010 lag er bei 18,0 und 2014 bereits bei 20,3 % (vgl. Abb. 59).

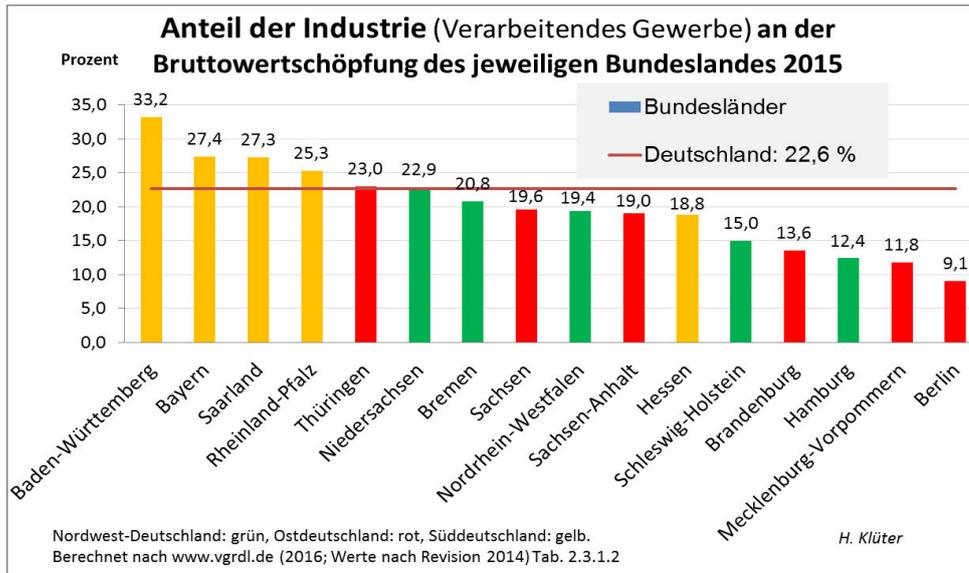


Abb. 58: Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung des jeweiligen Bundeslandes 2015

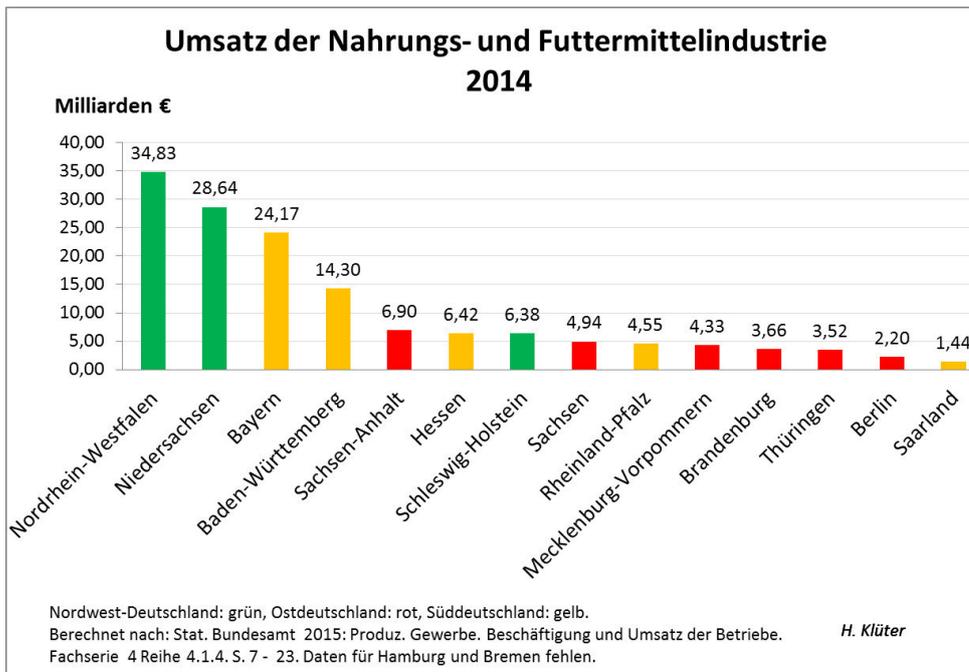


Abb. 59: Umsatz der Nahrungs- und Futtermittelindustrie 2014

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

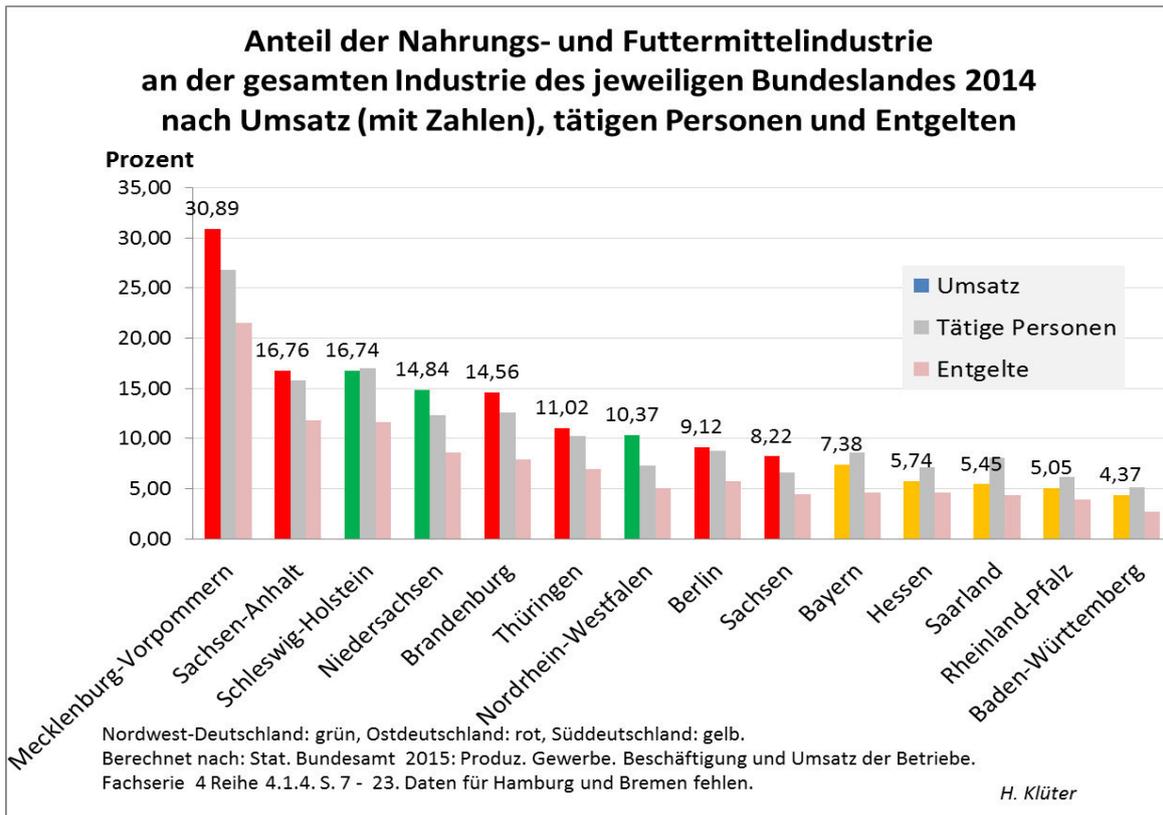


Abb. 60: Anteil der Nahrungs- und Futtermittelindustrie an der gesamten Industrie des jeweiligen Bundeslandes 2014

Die Kehrseite ist das niedrige Lohnniveau dieses Industriezweigs von nur 11,81 € je Arbeitsstunde. Gemeinsam mit den Löhnen in der Textilherstellung sind es die niedrigsten Industrielöhne in Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Negativverhältnis gilt nicht nur für unser Land, sondern auch anderswo. In allen Bundesländern liegt der Lohnanteil der Nahrungs- und Futtermittelindustrieeschäftigten weit unter dem jeweiligen Anteil an den Industrieeschäftigten. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie ist nicht der einzige Niedriglohnsektor, der in Mecklenburg-Vorpommern das BIP je Erwerbstätigen nach unten zieht.

Der zweite Sektor ist die Landwirtschaft, die mit 14,01 € ihre Arbeiter weit schlechter bezahlt, als Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt erhalten (18,20 €). Beide Niedriglohnbranchen werden mit 9,58 € vom Tourismus unterboten. Die mecklenburg-vorpommersche Wirtschaft ist gleich in drei Zweigen überproportional stark, die bundesweit durch sehr niedrige Löhne auffallen. Schätzungsweise stand 2014 ein Viertel der Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnissen mit Entgelten unterhalb des Mindestlohns. Mit der Einführung des Mindestlohns stiegen die Stundenentgelte für landwirtschaftliche Arbeit von 2014 14,47 € (Neuberechnung gegenüber den Werten in Abb. 61) trotz sinkender Wertschöpfung auf 14,66 € im Jahre 2015 (*Stat. Amt M-V, 2016, Bruttolöhne und -gehälter sowie Arbeitnehmerentgelt am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015, Ergebnisse nach Revision 2014, Tabelle 8*).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

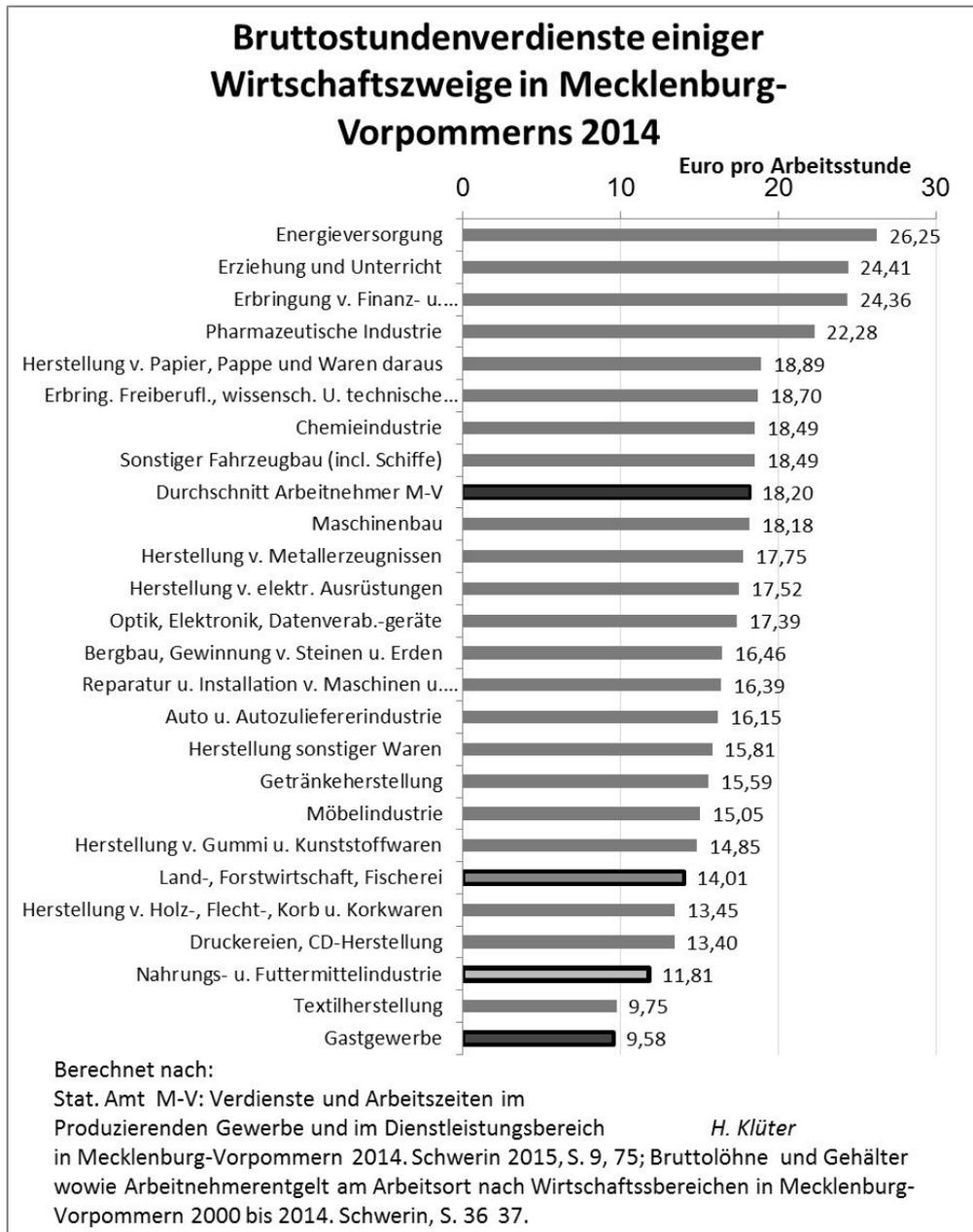


Abb. 61: Bruttostundenverdienste einiger Wirtschaftszweige in Mecklenburg-Vorpommern 2014

Die Wirtschaftskrise und das Missmanagement auf den Werften haben Mecklenburg-Vorpommern schwer getroffen. Von 2008 bis 2012 schrumpften die Industrieinvestitionen von 684,7 auf 396,1 Millionen €, also um 42%. Auf den Schiffs- und Bootsbau entfielen 2012 nur noch 6,8 Millionen €. Das waren 1,7% der Industrieinvestitionen. Demgegenüber entfielen mit 120,4 Millionen € 30,4% auf die Nahrungs- und Futtermittelindustrie. Wie Abb. 62 zeigt, bahnte sich 2012 sich eine leichte Erholung an. Neuere Daten liegen noch nicht vor. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation danach gebessert hat, denn die Wertschöpfung ist seitdem stark angestiegen (vgl. Abb. 21).

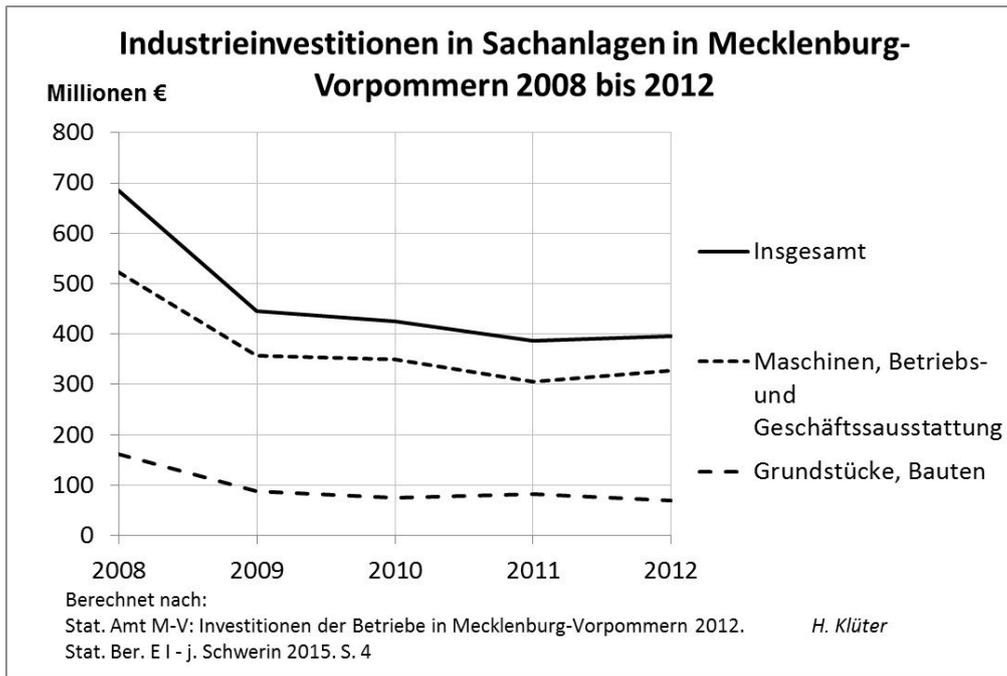


Abb. 62: Industrieinvestitionen in Sachanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2008 bis 2012

3.3.8 West-Ost-Proportionen in Wirtschaft und Gesellschaft

Mecklenburg-Vorpommern ist durch erhebliche regionale Disparitäten gekennzeichnet. Die westliche Landeshälfte (Stadtkreise Rostock, Schwerin; Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parochim und Rostock) erwirtschaftet mit 54,7% der Bevölkerung 58,1% des Bruttoinlandsprodukts des Landes.

Mehrere Faktoren tragen dazu bei:

- Fast drei Viertel der Industrie sind im Westen konzentriert.
- 68,5% (= 49.657 Personen) der Auspendler in andere Bundesländer haben ihren Wohnsitz im Westen des Landes. Damit entlasten die Auspendler den Arbeitsmarkt des Landes stärker als der größte Arbeitgeber (Landesverwaltung). Die Statistik berücksichtigt nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also weder Beamte, Selbständige noch Bildungspendler. Ähnlich wie Touristen und Studierende importieren die Auspendler Kaufkraft nach Mecklenburg-Vorpommern und beflügeln somit Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Mit 22.850 auspendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfallen auf den weiter von Hamburg und Lübeck entfernten Osten des Landes nur 31,5% der Auspendler. Ihre Effekte auf die dortige regionale Wirtschaft sind somit um mehr als die Hälfte geringer als im Westteil des Landes.
- Zum stabilen Wachstum im Westen trägt auch die Landesverwaltung als größter Arbeitgeber Mecklenburg-Vorpommerns bei: 62,6% der 36.542 Landesbediensteten sind im Westteil des Landes beschäftigt, vor allem in Schwerin und Rostock.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

- Mit 63,4% der Autobahnen verfügt der Westen über eine erheblich bessere Verkehrsinfrastruktur als der Osten. Während im Westen A 19 (Berlin – Rostock), A 20 (Lübeck – Kreuz Uckermark), A 14 (Wismar – Ludwigslust) und A 24 (Hamburg – Berlin) eine Netzstruktur bilden, wird der an Gesamtfläche größere Osten nur linienhaft durch A 20 und A 11 (Berlin – Stettin) erschlossen.

Der Osten besteht aus drei übergroßen Landkreisen: Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald und Vorpommern-Rügen. Der hohe Gesamtflächenanteil von 54,3% führt dazu, dass der Osten bei einigen agrarischen Indikatoren wie Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, beim Hühnerbesatz und bei den ökologisch bewirtschafteten Flächen vorn liegt. Vor dem Hintergrund seiner Industrie- und Investitionsschwäche ist der Osten bei Sozialindikatoren wie Arbeitslosenzahlen und Leistungsempfängern nach SGB II überrepräsentiert.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im Februar 2016 verdeutlicht dies: In der westlichen Landeshälfte lag die Arbeitslosigkeit unter 11 %, in der östlichen Landeshälfte jedoch zwischen 14 und 15 %. Der Osten ist nicht zuletzt dadurch benachteiligt, dass im Tourismus und in der Landwirtschaft im Herbst viele Arbeitskräfte entlassen und erst im Frühjahr wieder eingestellt werden. In der westlichen Landeshälfte sind weit mehr Alternatarbeitsplätze in anderen Branchen vorhanden.

Trotz der Zuwanderung leidet der Osten des Landes immer noch an einem Mangel an jungen Leuten als Erbe der forcierten Abwanderung in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung. Landesweit ging der Sterbeüberhang von 4,5 ‰ (2013) auf 3,8 ‰ (2014) zurück. In Rostock betrug er nur 0,7 ‰, in Schwerin 3,1 ‰ und im Landkreis Rostock 3,2 ‰. In Vorpommern lag er um zwei Drittel höher: in Vorpommern-Greifswald bei 5,3 ‰ und in Vorpommern-Rügen bei 5,7 ‰. (vgl. *Stat. Amt M-V 2016, Natürliche Bevölkerungsbewegung*, S. 26.)

Bereits zu DDR-Zeiten nahm der Anteil des Ostens von 50,11 % im Jahre 1950 auf 48,04 % im Jahre 1990 ab – also in 40 Jahren um 2 %. Seitdem beschleunigte sich das Auseinanderdriften der Landesteile: In dem Vierteljahrhundert seit der Wiedervereinigung fiel der Anteil des Ostens um fast 3 % und lag 2014 bei 45,21 %.

Die drei östlichen Landkreise vereinten 2014 64,1% der Gästeübernachtungen des Landes auf sich. Allerdings reichte das nicht aus, um in der Wertschöpfungskategorie Handel, Verkehr, Lagerei, Gastgewerbe einen entsprechend hohen Anteil zu erwirtschaften, denn dort betrug der Anteil des Ostens nur 43,2%. Die Stärken im Tourismus konnten somit die Schwächen des Ostens in Handel, Verkehr und Lagerei nicht kompensieren.

Die derzeitige Schwäche des östlichen Landesteils ist keineswegs naturgegeben. Von 2000 bis 2007 lagen seine Wachstumsraten (nach Revision 2011) sogar höher als im westlichen Landesteil. Nach 2007 wurde das Wachstum allerdings durch extraktiv orientierten Unternehmensstrategien, beispielsweise des Hegemann-Konzerns und der Agrarindustrie, unter den Landesdurchschnitt gedrückt. Seit 2010/11 werden die Gemeinden und übergroß geschnittenen Landkreise durch die Negativeffekte der Kreisgebietsreform, vor allem durch die Altschuldenregelung, geknebelt, so dass eine konstruktive Wirtschaftsentwicklungspolitik im Osten immer schwieriger wird. Während im westlichen Landesteil das Bruttoinlandsprodukt in der Periode von 2000 bis 2014 um 38 % anstieg, wuchs es im östlichen Landesteil nur um 25 % (vgl. Abb. 65).

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

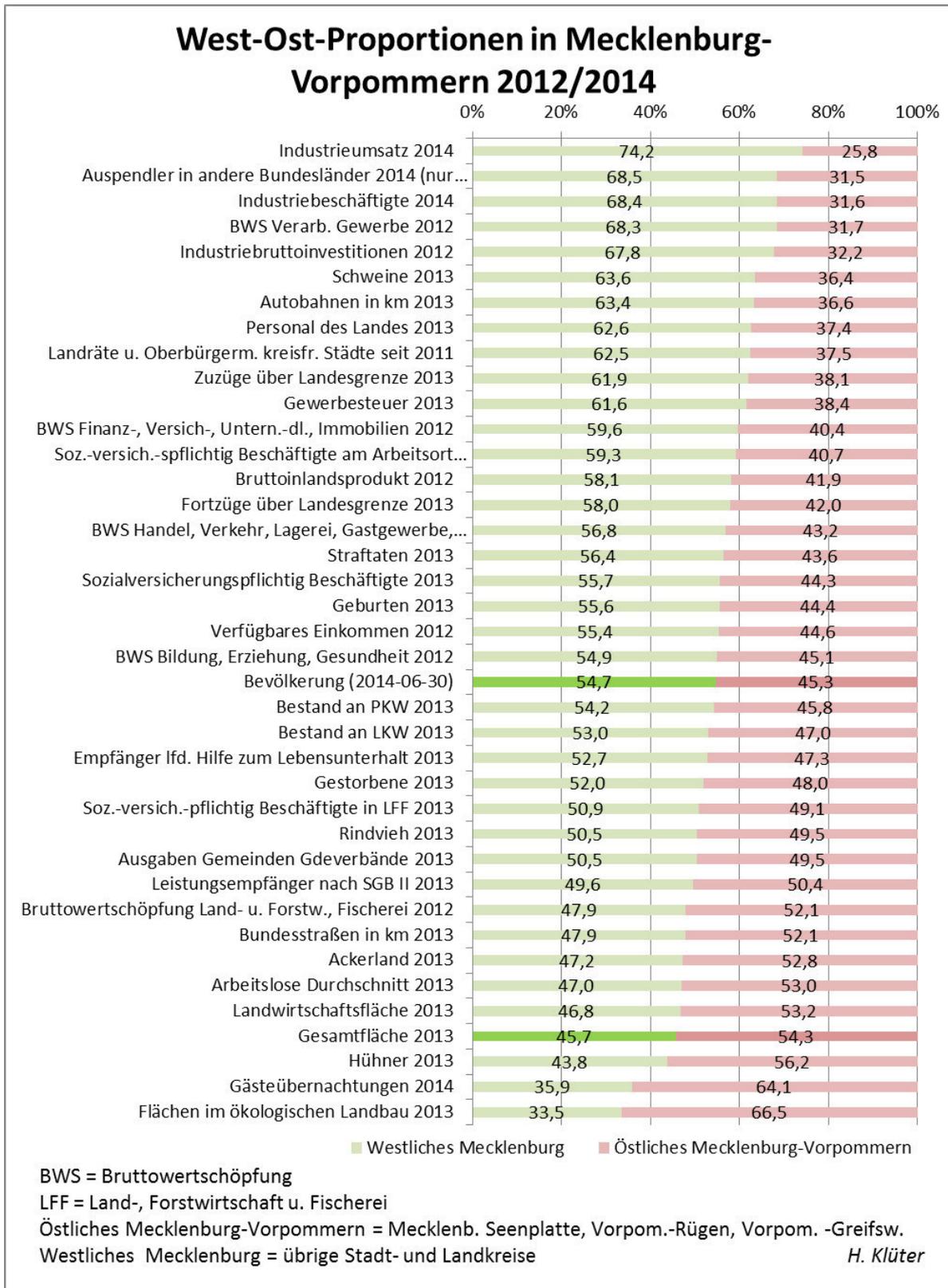
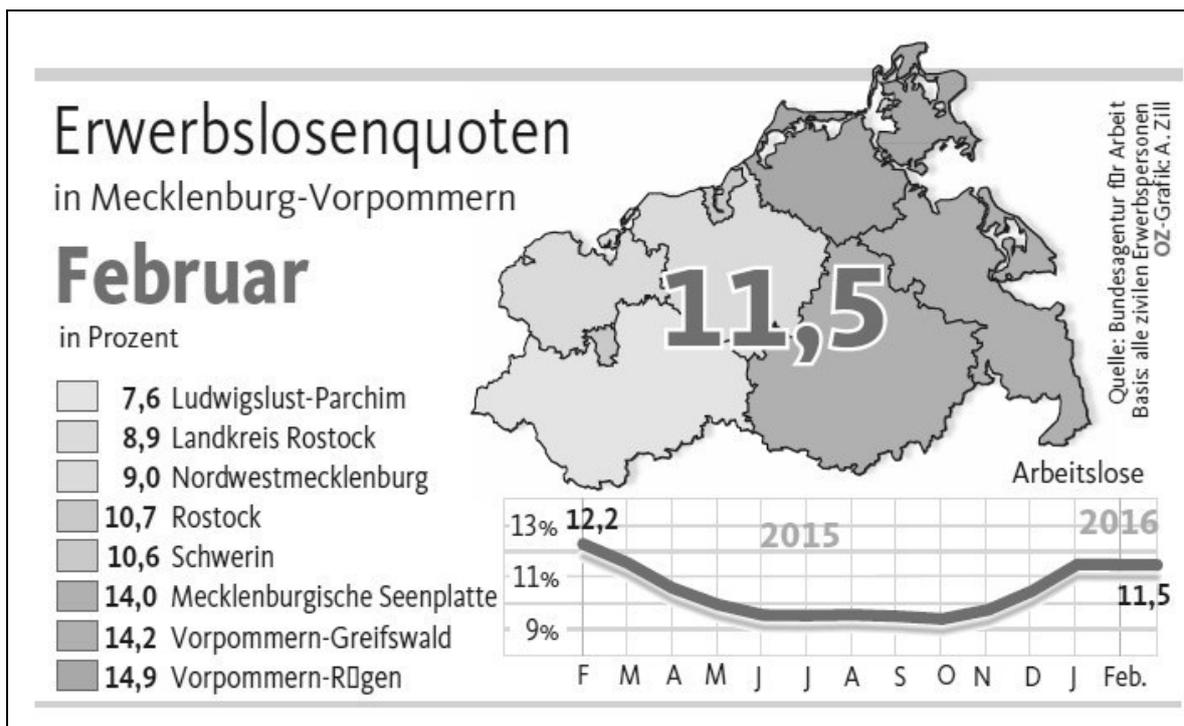


Abb. 63: West-Ost-Proportionen in Mecklenburg-Vorpommern 2012/2014

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

Mit der Kreisgebietsreform haben Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald ihre Kreisfreiheit verloren und können damit in den gängigen Entwicklungs- und Wirtschaftsrankings ihre positive Signalfunktion nicht mehr wahrnehmen. Denn in diesen Rankings werden nur Territorien mit Land- oder Stadtkreisstatus berücksichtigt. Die derzeit noch positiven Daten der Stadt Neubrandenburg werden beispielsweise von den überwiegend unterdurchschnittlichen Indikatoren des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte dominiert, so dass er im Prognos-Ranking 2016 nur Rang 386 von 402 möglichen erreicht. Vorpommern-Greifswald liegt auf Rang 390 und Vorpommern-Rügen auf Rang 401 (vgl. http://www.prognos.com/publikationen/zukunftsatlas-regionen/download-broschuere-2016/de906461f3b2a6e316c34ef28970ab13/?tx_form_form%5Baction%5D=process 2016-06-03), S. 27.

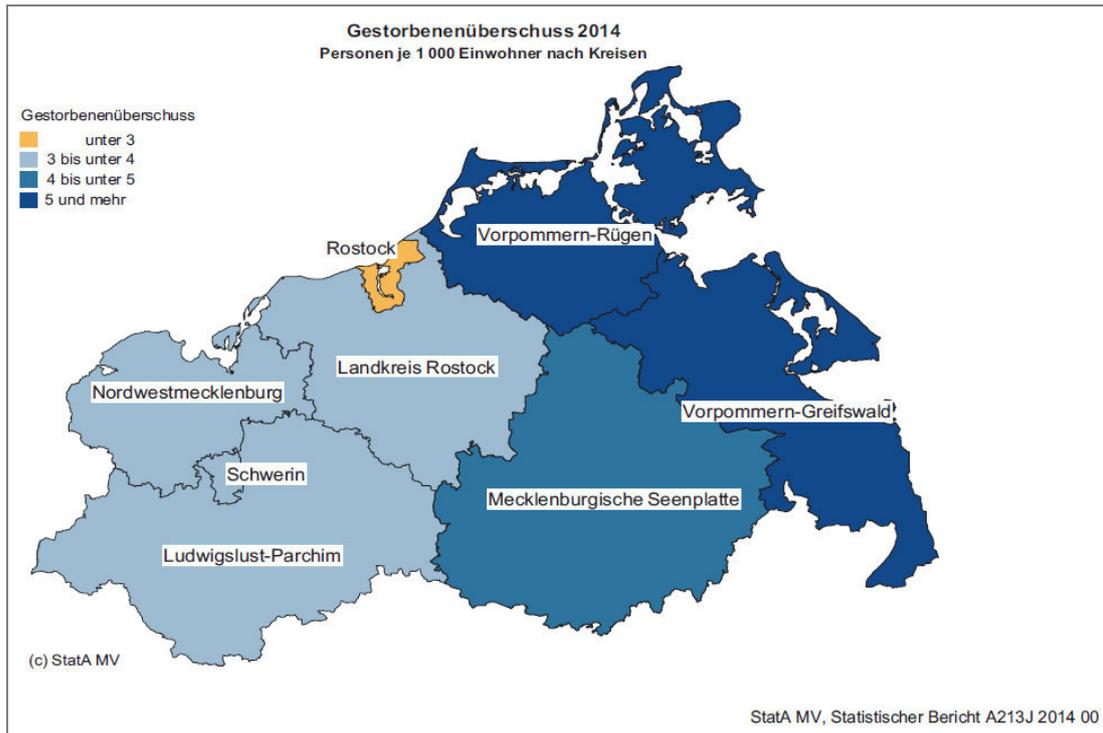
Nicht zuletzt deswegen erscheint es notwendig, wie bereits 2003 vorgeschlagen (vgl. Klüter, Heinz 2003, S. 43) für den östlichen Landesteil ein besonderes Landesentwicklungszentrum einzurichten, das die Aufgabe erhält, das Monitoring und Controlling im Osten des Landes zu verbessern, die Entwicklungsanstrengungen der dortigen Gemeinden und Kreise zu unterstützen, zu koordinieren und die sich abzeichnenden Interessenkonflikte zwischen den im Osten starken Wirtschaftsbereichen Tourismus, hochwertiges Wohnen und Agrarindustrie sowie dem Umwelt- und Naturschutz zu entschärfen.



Karte 18: Erwerbslosenquoten

Aus: *Ostsee-Zeitung* vom 02.03.2016, S. 8.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 19: Gestorbenenüberschuss 2014

Aus: Stat. Amt M-V 2016, *Natürliche Bevölkerungsbewegung*, S. 4.

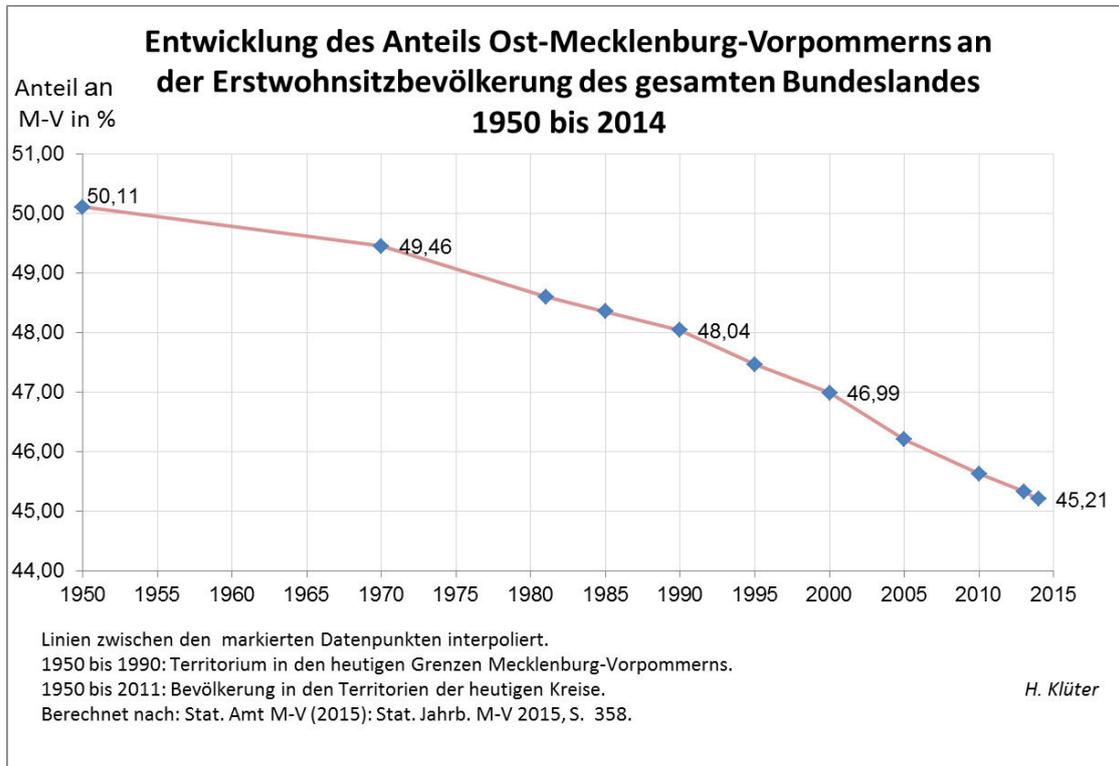


Abb. 64: Entwicklung des Anteils Ost-Mecklenburg-Vorpommerns an der Erstwohnsitzbevölkerung des gesamten Bundeslandes 1950 bis 2014

3.3.9 Zwischenergebnis:

Wirtschafts- und sozialgeographische Rahmenbedingungen

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Mecklenburg-Vorpommern sehr gut mit Fläche ausgestattet: 1,95 % der deutschen Bevölkerung stehen 6,5% der gesamtdeutschen Fläche zur Verfügung. Für die Entwicklung der Landwirtschaft ist dies positiv zu bewerten. Beide Größen sind als Orientierungslinien in Abb. 66 eingetragen.

Bei einigen flächenbezogenen Indikatoren bleibt Mecklenburg-Vorpommern hinter den anderen Bundesländern zurück. Das gilt für die Straßeninfrastruktur (Bundesstraßen 5,06 %, Autobahnen 4,29 %) und für die Erschließung mit Eisenbahnen, die nur 4,75 % des deutschen Netzes ausmachen.

Bei den installierten Windenergieleistungen (7,1 %) und bei den Gästeübernachtungen (6,77 %) werden Werte oberhalb des Flächenanteils erzielt. Allerdings belief sich der mecklenburg-vorpommersche Anteil an der Bruttowertschöpfung des deutschen Gastgewerbe 2012 auf nur 2,74 %, was unterstreicht, wie stark Qualitätsmängel, Kapitalabfluss durch Gewinne und zum Kauf für touristische Anlagen und Ausrüstungen sowie andere Faktoren die Wertschöpfungsmöglichkeiten beschränken. Besonders niedrig ist Mecklenburg-Vorpommerns Anteil am Ausländertourismus (0,13 %).

Mecklenburg-Vorpommern hatte 2015 einen Anteil am deutschen Bruttoinlandsprodukt von nur 1,32 %. Hintergrund ist die Kapital- und Finanzschwäche im Land. In Mecklenburg-Vorpommern werden nur 0,83 % des Kreditvolumens deutscher Geschäftsbanken vergeben. Der Wertschöpfungsanteil der Industrie liegt mit 0,7 % noch darunter. Größter Industriezweig in Mecklenburg-Vorpommern ist die Nahrungs- und Futtermittelindustrie, die deutschlandweit neben Gastgewerbe und Landwirtschaft zu den Billiglöhnbereichen zählt. Billiglöhne schmälern den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

Der wachstumsschwächste Wirtschaftszweig der letzten 15 Jahre war in Mecklenburg-Vorpommern die Landwirtschaft. Ihre Stagnation führte zu einem erheblichen gesamtwirtschaftlichen Bedeutungsverlust. Ihr Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Bundeslandes sank von 4,2 % im Jahre 2000 auf 2,3 % im Jahre 2015. Konnte die Landwirtschaft im Jahrzehnt zuvor zumindest in einigen Regionen als Wachstumsfaktor angesehen werden, fungiert sie heute als Wachstumsbremse. Dieser dramatische Befund wird ab Kapitel 5 näher erläutert.

Wachstumsstark ist in Mecklenburg-Vorpommern die Immobilienwirtschaft. Hintergrund sind die positiven Wanderungssalden seit 2013. Zuzug erlebt Mecklenburg-Vorpommern vor allem aus den Metropolen Berlin und Hamburg sowie aus Mitteldeutschland. Das Bevölkerungswachstum ist dabei nicht nur auf größere Städte konzentriert, sondern verteilt sich auch auf kleinere Gemeinden, vor allem solche, die eine gute Verkehrsanbindung, z. B. in der Nähe von Autobahnauffahrten, besitzen.

In Infrastruktur- und Industriebesatz ist die östliche Landeshälfte der westlichen gegenüber benachteiligt. Außerdem leidet der Osten seit 2011 verstärkt unter den negativen Folgen der Kreisgebietsreform. Andererseits verfügt der Osten bei 45,3 % der Landesbevölkerung über 64,1 % der Gästeübernachtungen. Für den Tourismus und in der Lebensqualität hat er somit einige Vorteile, die derzeit aufgrund der ausgedünnten Infrastruktur (Verkehr, Schulen, Krankenversorgung) nicht vollständig ausgespielt werden können. Um den mittlerweile aufgelaufenen Entwicklungsrückstand in der östlichen Landeshälfte auszugleichen, erscheint es notwendig für den Osten des Landes ein besonders Landesentwicklungszentrum einzurichten.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

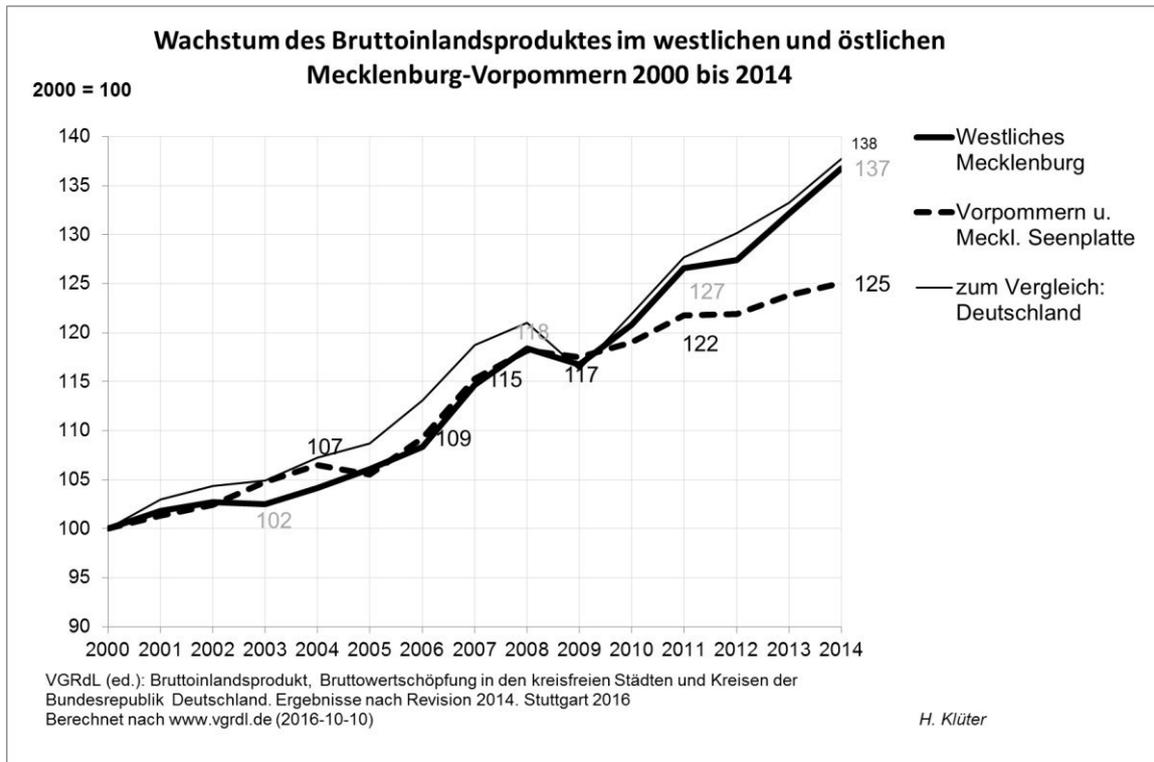


Abb. 65: Wachstum des Bruttoinlandsproduktes im westlichen und östlichen Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014

Mit diesen wenigen Daten kann kein vollständiges Bild über die Lebensqualität und den Stand der regionalen Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern gegeben werden. Es wurde deutlich, wie wichtig es für die Landesentwicklung ist, den Vorsprung Mecklenburg-Vorpommerns bezüglich der physiogeographischen Umweltqualität vor den anderen Bundesländern zu halten und zu sichern und ihn andererseits über die hohen Wohn-, Freizeit-, Urlaubs- und Arbeitsumfeldwerte für Wachstums-, und nicht für Schrumpfungstrategien zu nutzen. Dieser Befund ist keineswegs revolutionär. Bereits im „Wirtschaftsatlas Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte“ wurde 2005 festgestellt:

„Dieser Atlas zeigt, dass das Östliche Mecklenburg-Vorpommern der Bevölkerung und den Unternehmen die Vorzüge einer hoch mobilen, dispers siedelnden städtischen Dienstleistungsgesellschaft vor ländlicher Kulisse bietet. Dabei schließt die ländliche Kulisse Freizeitmöglichkeiten von höchstem Standard ein – vor allem an der Küste und auf der Mecklenburgischen Seenplatte.“

(Klüter et al. 2005, S. 110.)

Somit ist für die Entwicklung der ländlichen Räume und der Landwirtschaft ein interessanter Rahmen und eine wachstumsorientierte Aufgabe vorgegeben. Im folgenden wird erörtert, inwieweit Rahmen und Aufgaben gefüllt wurden.

3. Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern

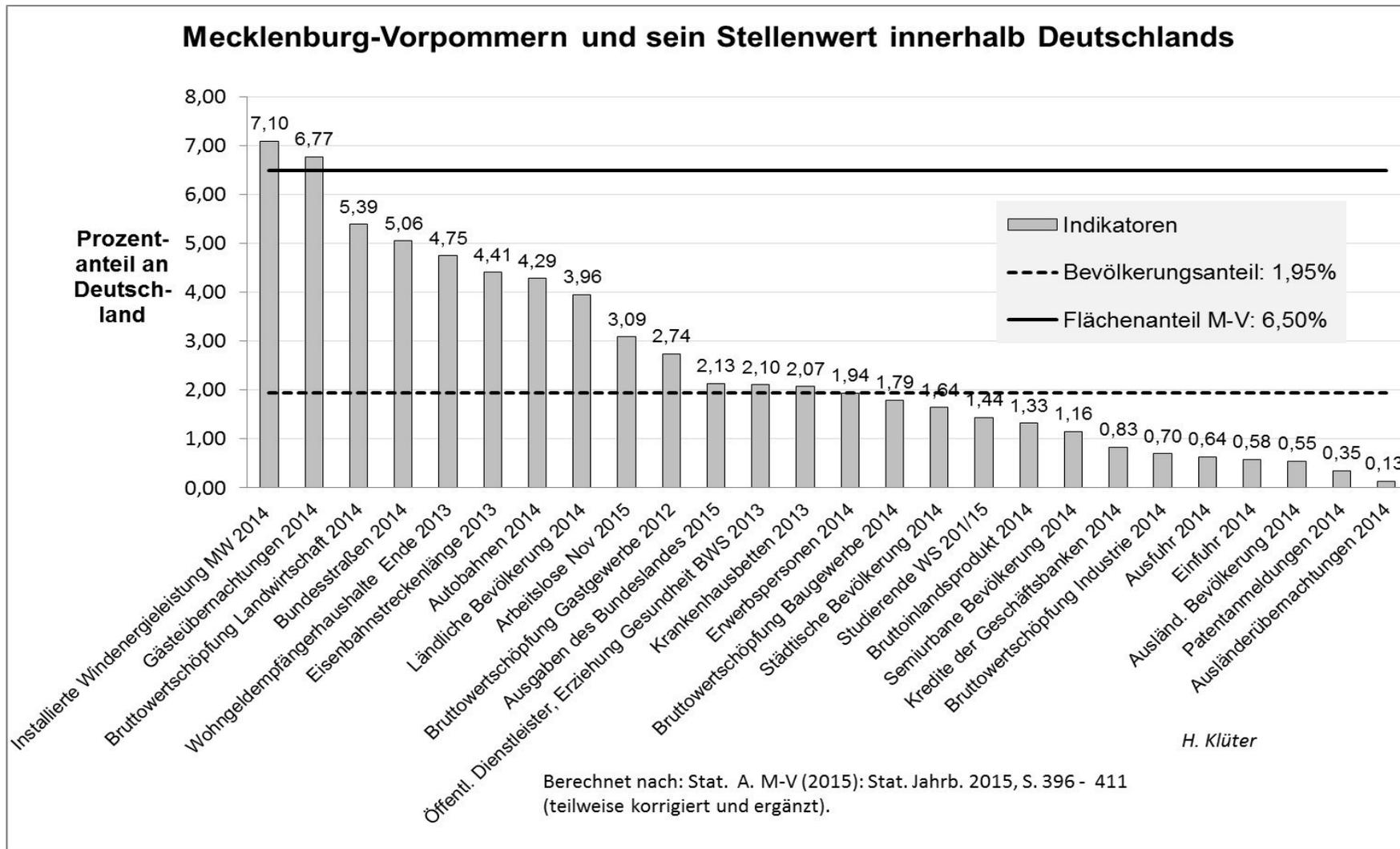


Abb. 66: Mecklenburg-Vorpommern und sein Stellenwert innerhalb Deutschlands

4. LÄNDLICHE RÄUME MECKLENBURG-VORPOMMERNS IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH

4.1 ZUR DEFINITION LÄNDLICHER RÄUME

Von den in Kap. 3.2.2 genannten Funktionsschwächen sind insbesondere ländliche Räume betroffen. Leider ist in Deutschland nicht eindeutig fest gelegt, was unter ländlichen Räumen zu verstehen ist. In der hoch urbanisierten Wissenschaft, die häufig weit entfernt von den Realitäten auf dem Lande arbeitet, hat es sich eingebürgert, „Land“ als eine Restkategorie von „Stadt“ zu betrachten: Man bestimmt, was „Stadt“ sein soll, und bezeichnet alles Übrige als ländlich. Dies hat zur Folge, dass paradoxerweise ländliche Räume davon abhängen, wie ihr theoretisches Gegenteil, die Stadt, definiert wird.

Die Entscheidung, nach welcher Methodik die Unterscheidung von Stadt und Land vorgenommen wird, hat erheblichen Einfluss auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse, und damit auf die Bewertung jener Unterschiede.

Tab. 16: Strategien zur Unterscheidung von Stadt und Land in Mecklenburg-Vorpommern

<i>Selektion nach:</i>	<i>Gruppenbildung</i>	<i>Kommentar</i>
Titularstadt	Gemeinden mit Stadt als Teil des Gemeinamenamens – Gemeinden ohne Stadtbezeichnung	Richtenberg mit 1.353 Einwohnern gilt als Stadt, Heringsdorf mit 8.883 Einwohnern jedoch nicht.
10.000 Einwohner-Grenze	Gemeinden > 10.000 Einw. Gemeinden < 10.000 Einw.	Verstädterte Gemeinden wie Bentwisch oder Kritzmow gelten als ländlich.
Stadt-Umland-Räume der Landesplanung	Stadt-Umland-Räume - ländliche Räume	Güstrow, Waren und Neustrelitz mit je über 20.000 Einwohnern gelten als „ländlich“.
Kreisfreiheit, Leitbild Kommunale Selbstverwaltung, „Kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“	Kreisfreie Städte - kreis- und amtsangehörige Städte und Gemeinden	Die vom Kommunalrecht und von der EU präferierte Norm wird in M-V seit 2011 nur noch von 2 Städten erfüllt.
Stadt-Land-Gliederung der EU	Städtisch: >50% der Bev. in hochverdichteten Clustern Semiurban: <50% der Bev. in hochverdichteten Clustern, <50% in ländlichen Rasterzellen, Ländlich: >50% in ländlichen Rasterzellen	Wird in allen Bundesländern nach derselben Methodik erhoben.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

In Tab. 16 sind einige Stadt-Land-Gliederungen vorgestellt. Am 31.12.2014 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 84 Gemeinden, die die Bezeichnung Stadt führten. 40 davon hatten weniger als 5.000 Einwohner – und damit weniger als die normalen ländlichen Gemeinden in anderen Bundesländern wie Hessen oder Nordrhein-Westfalen. Daneben gibt es in Mecklenburg-Vorpommern einige Gemeinden, die nach Bevölkerungsgröße und Funktionen städtisch geprägt, aber offiziell keine Städte sind. Ein Beispiel ist Heringsdorf, in dem im Sommerhalbjahr über 20.000 Menschen leben und versorgt werden müssen.

In vielen Arbeiten werden daher Gemeinden mit einer Bevölkerungsgröße ab 10.000 Einwohner als „städtisch“ bezeichnet. Allerdings werden in Mecklenburg-Vorpommern einige städtisch geprägte Gebiete durch teilweise veraltete und absurde administrative Grenzen voneinander getrennt, so dass extrem urbanisierte Gemeinden oft weniger als 10.000 Einwohner haben.

Nicht zuletzt deswegen hat die Landesplanung in Mecklenburg-Vorpommern Stadt-Umland-Räume ausgewiesen. Doch diese wurden nur für Rostock, Schwerin, Wismar, Stralsund, Neubrandenburg und Greifswald festgelegt, so dass Güstrow, Waren, Neustrelitz und andere als ländlich gelten.

Die Landesplanung ergänzt daher die Stadt-Umland-Räume durch ein über 20 Jahre altes Netz „Zentraler Orte“. Es geht von der nicht ganz verfassungskonformen Überlegung aus, dass die Bewohner ländlicher Räume nicht von ihren Gemeinden, die verfassungsmäßig Allzuständigkeit besitzen, versorgt werden, sondern von teilweise weit entfernt liegenden Gemeinden, deren Infrastruktureinrichtungen subventioniert oder übersubventioniert werden. Dadurch werden räumliche Disparitäten erheblich verstärkt. Außerdem wird unterschlagen, dass viele Dienstleistungen – vor allem im kommunikativen Bereich – heute ubiquitär angeboten werden könnten, wenn es die Konzentration auf „Zentrale Orte“ nicht gäbe.

Auch die Tatsache, dass viele Städter auf das Land fahren, um sich zu versorgen, wird im „Zentrale Orte-Konzept“ missachtet. In diesem Konzept haben prinzipiell dezentral und ländlich ausgerichtete Aktivitäten wie Landwirtschaft und Urlaubstourismus keinen Platz. Das wiederum führt dazu, dass Orte mit großen Versorgungsaufgaben und hoher urbaner Dienstleistungsausstattung wie Heringsdorf und Binz von der Landesplanung als „Unterzentrum“ geführt werden, während kaufkraftschwächere Gemeinden wie Grimmen oder Wolgast als „Mittelzentrum“ fungieren sollen.

Geht man von dem Ziel einer größtmöglichen kommunalen Selbstverwaltung für Städte aus, das in Schweden und Dänemark als „Kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“ für alle Gemeinden gilt, dann erreichen in Mecklenburg-Vorpommern nur 2 von 757 Gemeinden diesen Status: Rostock und Schwerin. Vor der Kreisgebietsreform waren es vier Einheiten mehr. Obwohl das Verwaltungsmodell der kreisfreien Gemeinde auch in Mecklenburg-Vorpommern das erfolgreichste kommunale Organisationsmodell ist, wurde es 2011 für Wismar, Stralsund, Neubrandenburg und Greifswald abgeschafft. Kommunalpolitisch sind sie seit 2011 „ländlich“, d.h. ähnlich benachteiligt wie andere ländliche Gemeinden.

4.2 DIE STADT-LAND-GLIEDERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

In der dänischen Kommunalreform von 2007 wurde die gemeindliche Mindestgröße auf 30.000 Einwohner als Richtwert gesetzt. Sie wurde nur für einige Inseln und andere Sonderfälle unterschritten. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund wurde in der EU-Klassifizierung die Mindestgröße eines städtischen Siedlungsgebiets auf 50.000 Einwohner festgesetzt. Das Gebiet kann aus mehreren zusammenhängenden Gemeinden bestehen, die eine Bevölkerungsdichte über 500 Einwohner haben sollen. In Mecklenburg-Vorpommern gehören Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Stralsund und Greifswald zu dieser Klasse.

Die Stadt-Land-Gliederung der Europäischen Union vermeidet die dichotomische Gegenüberstellung von Stadt und Land, indem eine dritte Klasse gebildet wird. Einer der Ausgangspunkte ist die Überlegung, dass eine demokratische Gemeinde nur mit einem Dienstleistungsangebot erfolgreich und konkurrenzfähig sein kann, das das gesamte Aufgabenspektrum nach der jeweiligen Kommunalverfassung abdeckt. Um ein derartiges Dienstleistungsangebot zu tragen, wird in Mecklenburg-Vorpommern die Finanzkraft von ca. 15.000 bis 20.000 Einwohnern benötigt.

Da einige Gemeinden in Dänemark, Sachsen-Anhalt und anderen Regionen sehr großflächig angelegt sind, wurde für die zweite Klasse die Mindesteinwohnerdichte auf 150 Einwohner abgesenkt, wobei die Mindesteinwohnerzahl eines zusammenhängenden Gebiets weiterhin 50.000 betragen sollte.

Letzteres wird jedoch nicht konsequent eingehalten. 2011 wurde die Methodik durch ein Rasterverfahren ergänzt.

- In städtischen Gebieten sollen mehr als 50% der Bevölkerung in hoch verdichteten Clustern leben.
- In semiurbanen Gebieten sind es weniger als 50%. Jedoch auch die als ländlich klassifizierten Raster liegen dort bei einem Bevölkerungsanteil von unter 50%.
- In ländlichen Räumen leben mehr als 50% der Bevölkerung in dünn besiedelten Rastern.

Offiziell werden die drei Klassen als dicht (1), mittel (2) und gering (3) besiedelt bezeichnet. Da real die Bevölkerungsdichte der in den Klassen 2 und 3 stark variiert, sind diese Bezeichnungen missverständlich.

- Im Saarland liegt die Dichte der ländlichen Bevölkerung mit 170 Einwohnern je km² mehr als doppelt so hoch wie im deutschen Durchschnitt (79; vgl. Abb. 68). Die ländliche Bevölkerung lebt dort dichter als in den Regionen mittlerer Siedlungsdichte Sachsens mit durchschnittlich nur 151 Einwohnern je km².
- In Brandenburg (38) und Mecklenburg-Vorpommern(36) erreicht sie demgegenüber weniger als die Hälfte des deutschen Durchschnittswertes.

Im Folgenden werden die alten Bezeichnungen städtisch, semiurban und ländlich beibehalten. Zu den semiurbanen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern gehörten 2013 neben Wismar und Güstrow auch Orte wie Gägelow, Dorf Mecklenburg, Grevesmühlen, Anklam, Ueckermünde, Heringsdorf, Pasewalk, Wolgast und Torgelow.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

Die Stadt-Land-Gliederung der Europäischen Union bietet folgende Vorteile:

- Durch den Einbau einer dritten Gliederungsklasse (semiurban, halbstädtisch) kann der Übergangsbereich zwischen Stadt und Land besser abgebildet werden.
- Dieser Übergangsbereich umfasst Tourismusorte, Landstädte, suburbanisierte und andere spezialisierte Gemeinden.
- Den Orten der semiurbanen Klasse kommt bei der Infrastrukturversorgung ländlicher Räume eine besondere Bedeutung zu.
- Die EU-Klassifizierung verbessert die überregionale Vergleichbarkeit.
- Die Zuordnung der einzelnen Gemeinden wird vom Statistischen Bundesamt regelmäßig aktualisiert.

Im Vergleich zur Bevölkerungsdichte fallen die Absolutwerte der ländlichen Bevölkerung nach Bundesländern ziemlich homogen aus: 7 der 13 Flächenbundesländer liegen mit ihrer ländlichen Bevölkerung zwischen 0,7 und 1,2 Millionen Einwohnern. Bayern hat mit knapp 4,1 Millionen fast so viele wie ganz Ostdeutschland. Auch Niedersachsen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, die eigentlich als Industrieländer gelten, sind in Bezug auf ländliche Bevölkerung mehr als doppelt so stark wie Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Abb. 67).

In Abb. 69 ist dargestellt, wie stark die Bevölkerung ländlicher Räume nach den einzelnen Definitionen variiert. Am restriktivsten erweist sich die Differenzierung nach Titularstädten und übrigen Gemeinden. Nur 35,4 % Mecklenburg-Vorpommerns oder 566.493 Personen wohnten 2014 in Gemeinden, die keinen Stadttitel trugen.

Geht man vom Leitbild der „Kommunalen Dienstleistungen aus einer Hand“ aus, so gilt dies nur für die kreisfreien Städte Rostock und Schwerin mit insgesamt 296.305 Einwohnern. 1.302.833 oder 81,5 % wohnten demnach in ländlichen Gemeinden.

Die beiden Extremgliederungen werden dann einander angenähert, wenn man die dreiklassige EU-Gliederung benutzt. Der Anteil der ländlichen Bevölkerung vergrößert sich im Vergleich zur erstgenannten Gliederung um 10 % auf knapp 46 %, der Anteil der städtischen wächst im Vergleich zur letztgenannten ebenfalls um 10 % auf 29,6 %. Ein knappes Viertel der Bevölkerung wohnt in semiurbanen Räumen.

In Abb. 70 zeigt der Vergleich mit den deutschen Flächenländern, dass der Anteil der städtischen Bevölkerung mit 29,63 % nur geringfügig vom Durchschnitt der 13 Flächenländer abweicht.

Die Werte für die Klassen „semiurban“ und „ländlich“ wirken demgegenüber wie vertauscht: In Mecklenburg-Vorpommern leben 45,97 % in ländlichen Räumen, in den deutschen Flächenländern leben 44,81 % in semiurbanen Räumen. Die semiurbane Klasse ist in Mecklenburg-Vorpommern nur etwa halb so stark wie im Flächenländerdurchschnitt.

Ähnlich fällt der Befund aus, wenn man Mecklenburg-Vorpommern mit dem westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein vergleicht: Dort liegt der städtische Anteil mit 21,9% niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern bzw. Deutschland. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Hamburg als südliches Zentrum für Schleswig-Holstein von den Landesgrenzen ausgeschlossen wird.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

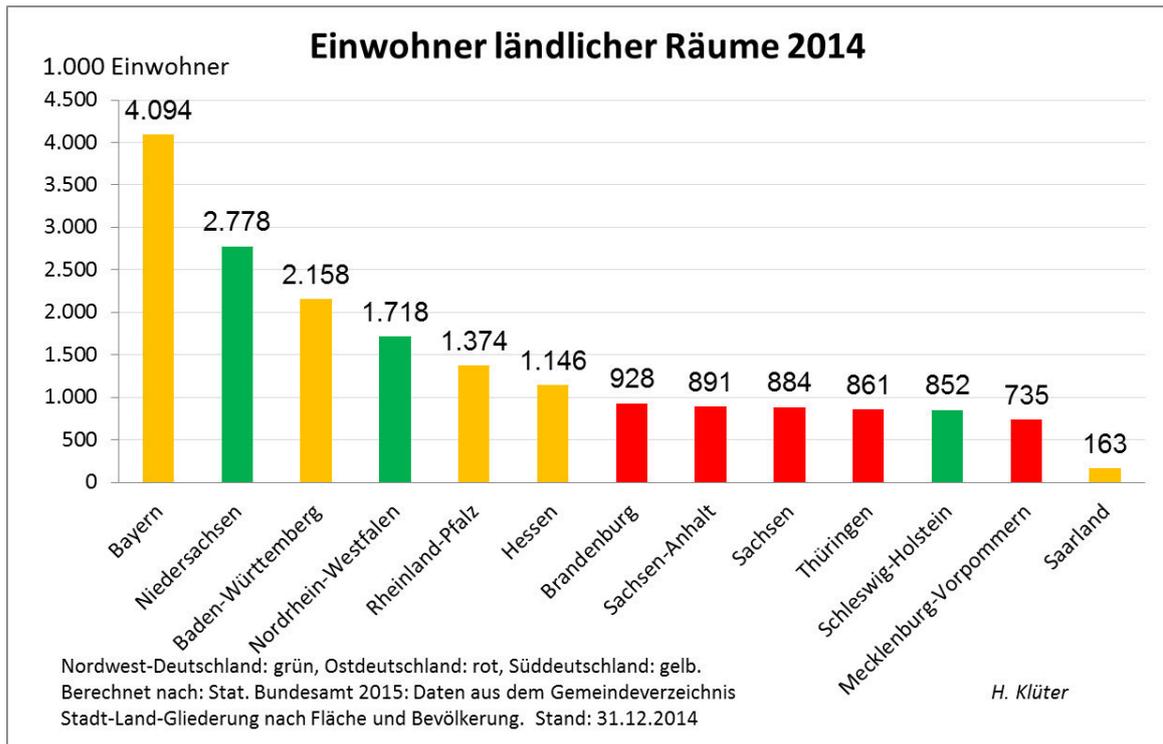


Abb. 67: Deutsche Flächenländer: Einwohner ländlicher Räume 2014

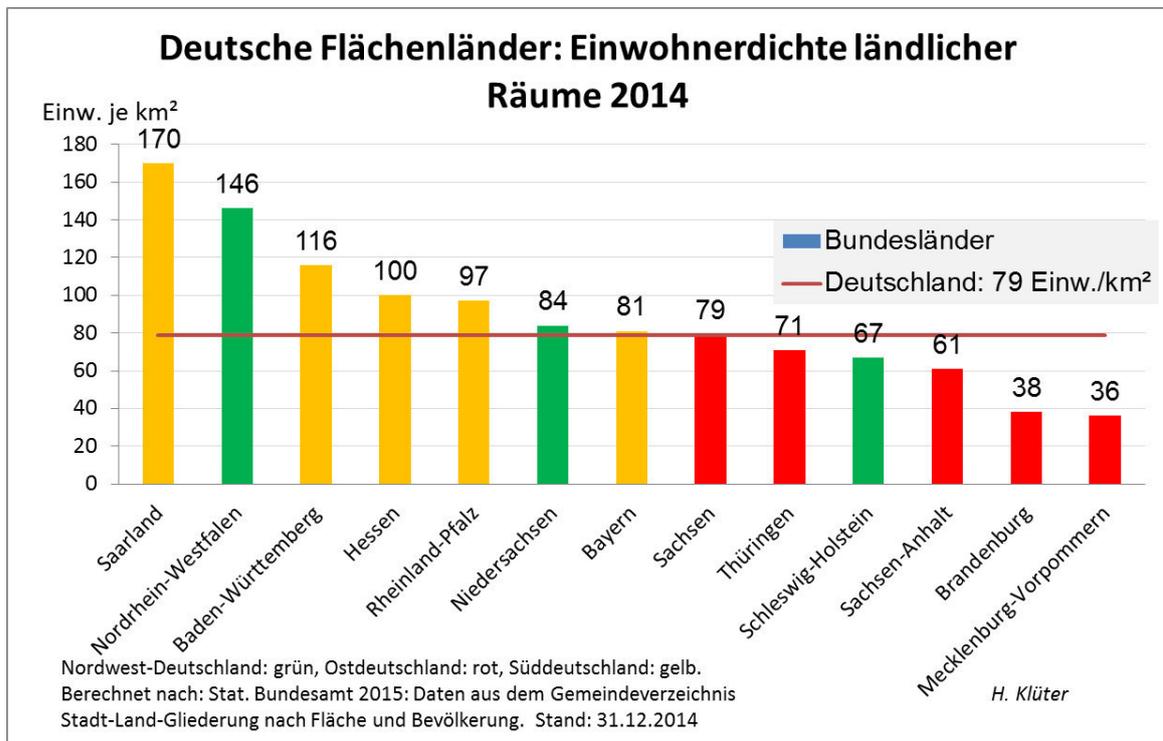


Abb. 68: Deutsche Flächenländer: Einwohnerdichte ländlicher Räume 2014

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

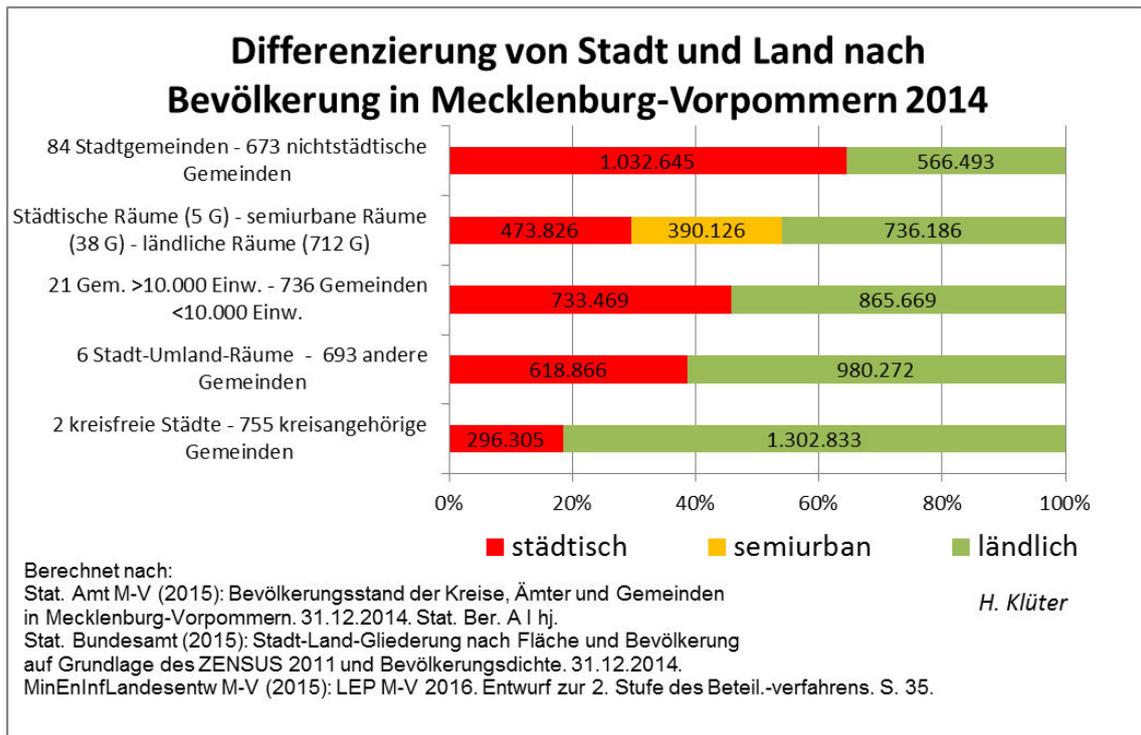


Abb. 69: Differenzierung von Stadt und Land nach Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern 2014

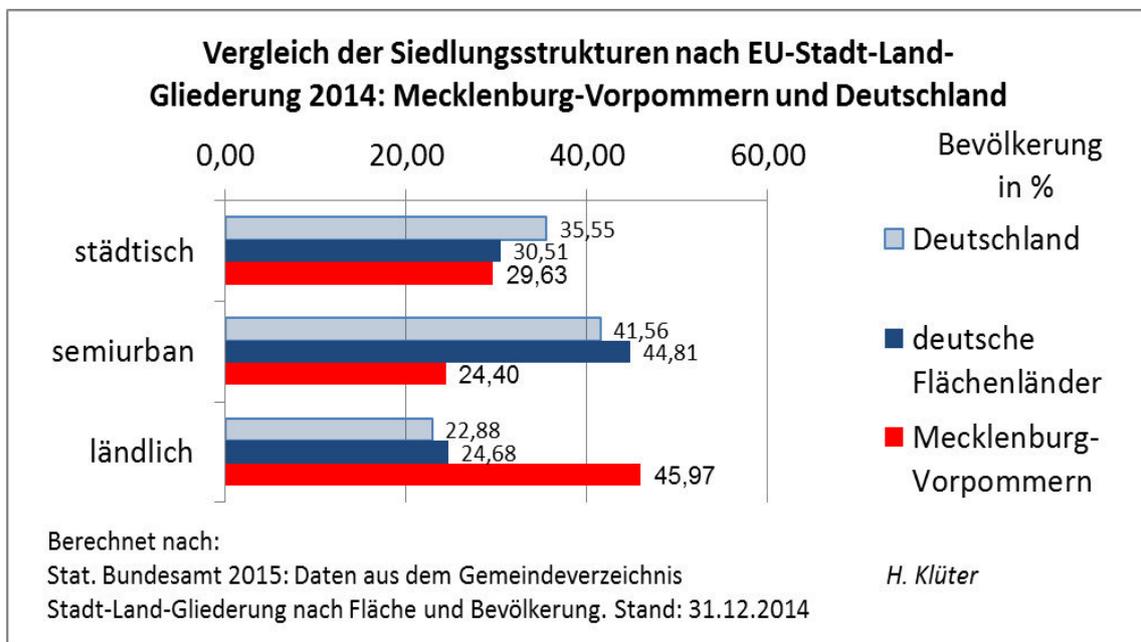


Abb. 70: Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern und Deutschland

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

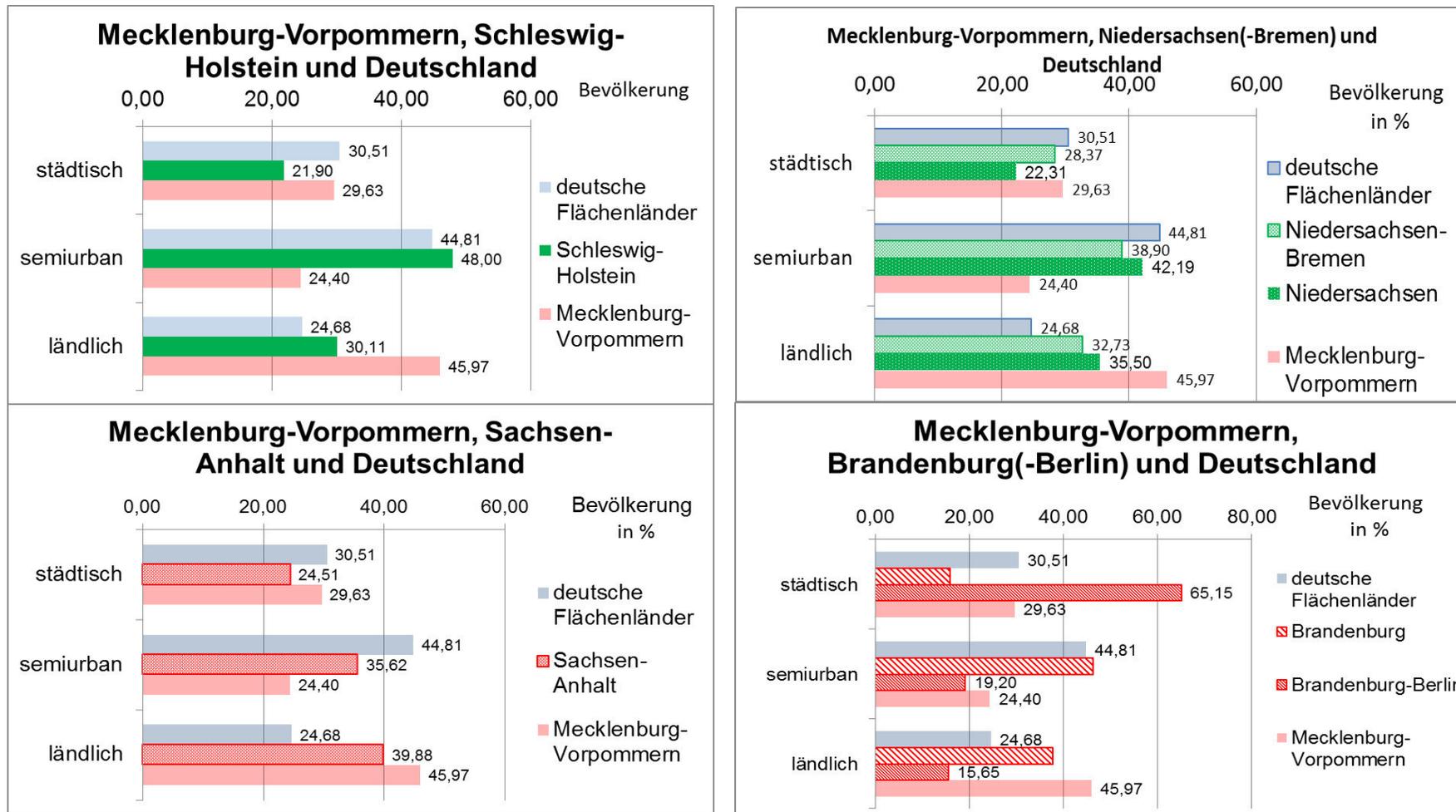


Abb. 71: Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern und Norddeutschland

Berechnet nach: Stat. Bundesamt 2015: Daten aus dem Gemeindeverzeichnis Stadt-Land-Gliederung nach Fläche und Bevölkerung. Stand: 31.12.2014

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

Der Anteil der ländlichen Bevölkerung liegt in Schleswig-Holstein mit 30 % zwischen dem Wert Mecklenburg-Vorpommerns und den Flächenländer-Durchschnitt. Nicht zuletzt aufgrund der starken Suburbanisierung des Südens ist der Anteil der semiurbanen Bevölkerung mit 48% fast doppelt so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern und höher als im Flächenländer-Durchschnitt.

Die Zahl der semiurbanen Gemeinden liegt in Schleswig-Holstein mit 148 fast viermal höher als in Mecklenburg-Vorpommern (38; vgl. Tab. 17). Damit kommen in Schleswig-Holstein 9,62 städtische und semiurbane Gemeinden auf 1.000 km². In Mecklenburg-Vorpommern sind es nur 1,85. Mecklenburg-Vorpommern ist räumlich erheblich stärker zentralisiert als Schleswig-Holstein.

Tab. 17: Stadt-Land-Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

	Bevölkerung	Anteil der Bevölkerung in %	Anzahl der Gemeinden	Anteil der Gemeinden in %	Durchschnitts-einwohnerzahl
Mecklenburg-Vorpommern	1.599.138	100	757	100,00	2.112
städtisch	473.826	29,63	5	0,66	94.765
semiurban	390.126	24,40	38	5,02	10.266
ländlich	735.186	45,97	719	94,98	1.023
Schleswig-Holstein	2.830.864	100,00	1.110	100,00	2.550
städtisch	619.850	21,90	4	0,36	154.963
semiurban	1.358.705	48,00	148	13,33	9.180
ländlich	852.309	30,11	958	86,31	890

Berechnet nach: *Stat. Bundesamt 2015: Daten aus dem Gemeindeverzeichnis. Stadt-Land-Gliederung nach Fläche und Bevölkerung. Stand: 31.12.2014*

Auch in Brandenburg liegt die städtische Bevölkerung mit nur 15,96 % Bevölkerungsanteil weit unter dem deutschen Flächenländer-Durchschnitt (30,51 %). Die semiurbane Bevölkerung ist mit 46,31 % fast so stark wie in Schleswig-Holstein. Die ländliche Bevölkerung ist mit 37,74 % geringer als die semiurbane. Die Werte Brandenburgs schließen Berlin aus, obwohl es wirtschaftsgeographisch mit Brandenburg eine Einheit bildet. Wird Berlin dazugezählt, steigt der Anteil der städtischen Bevölkerung auf 65,16 % und übertrifft sogar Nordrhein-Westfalen (47,23 %). Der Anteil der ländlichen Bevölkerung sinkt auf 15,65 % und liegt dann niedriger als der deutsche Flächenländerwert.

Sachsen-Anhalt ist bezüglich der Stadt-Land-Gliederung Mecklenburg-Vorpommern am ähnlichsten. Allerdings beträgt auch hier die Differenz zwischen den länderspezifischen semiurbanen Bevölkerungsanteilen mehr als 10 % (vgl. Abb. 71).

Ähnlich wie Brandenburg-Berlin schließt Niedersachsen das Bundesland Bremen vollständig ein. Die ländliche Bevölkerung ist dort ebenfalls schwächer als die semiurbane Bevölkerung.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

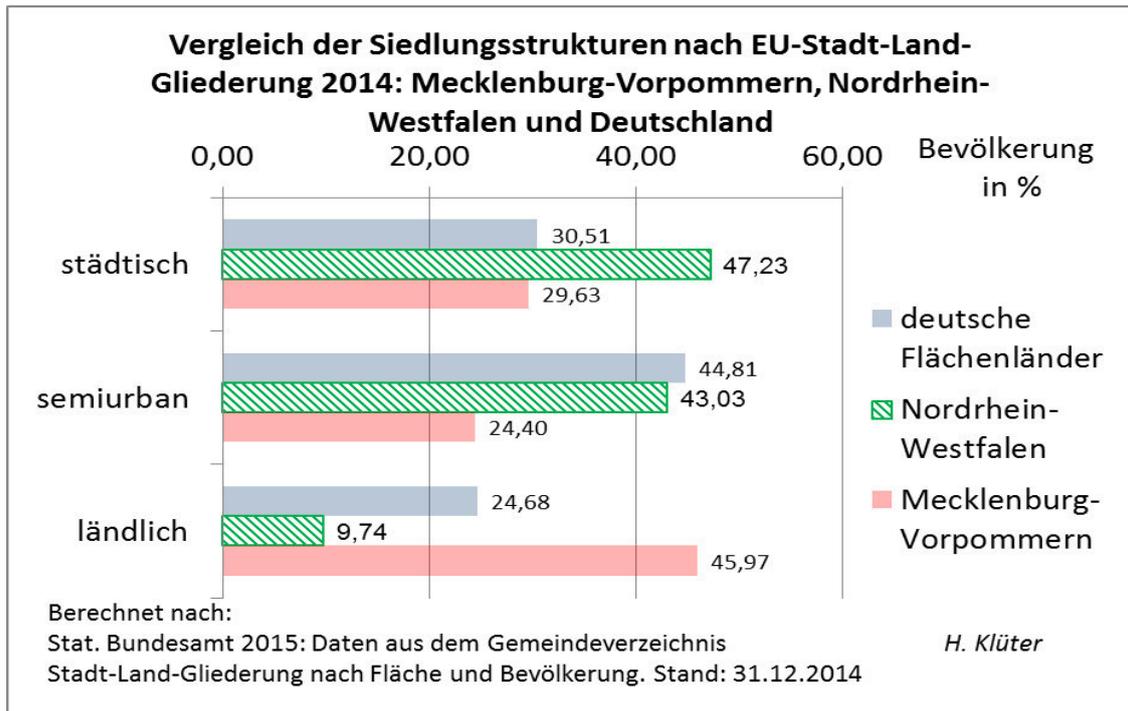


Abb.: 72: Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Deutschland

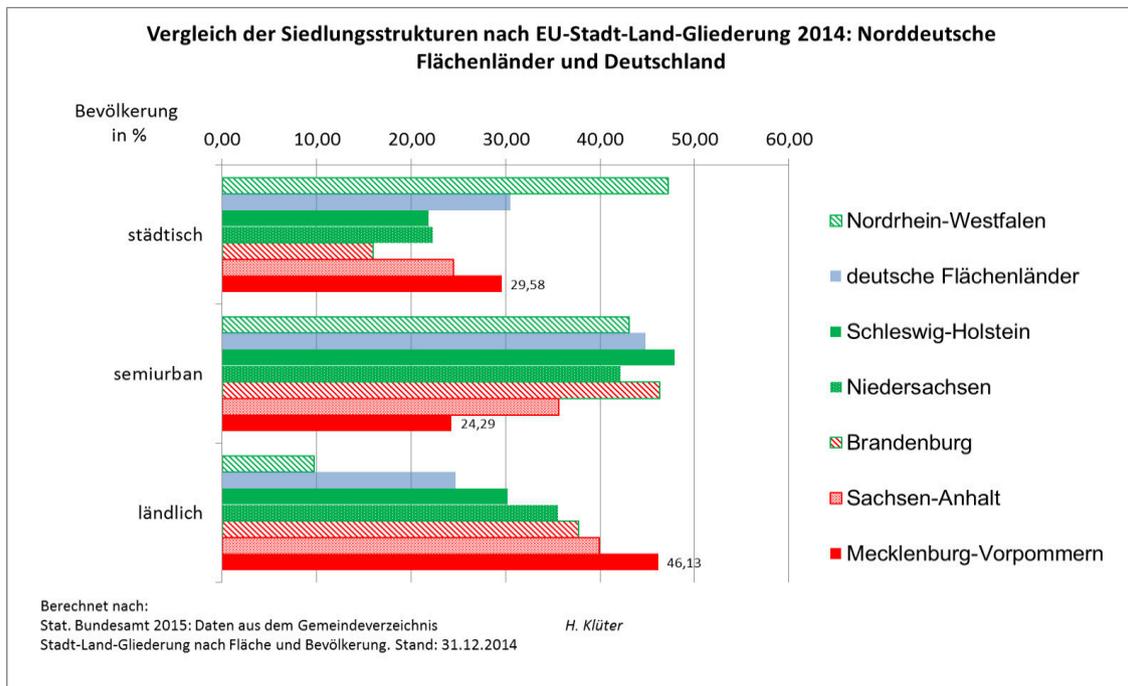


Abb. 73: Vergleich der Siedlungsstrukturen nach EU-Stadt-Land-Gliederung 2014: Norddeutsche Flächenländer und Deutschland

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

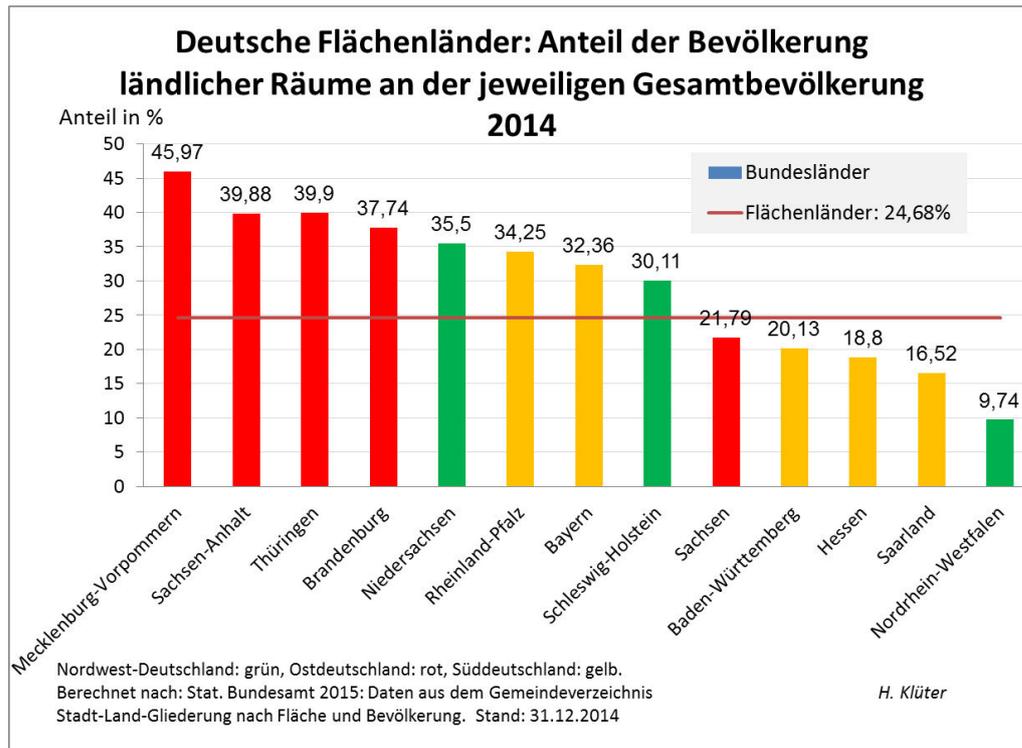


Abb.: 74: Deutsche Flächenländer: Anteil der Bevölkerung ländlicher Räume an der jeweiligen Gesamtbevölkerung 2014

Obwohl die ländliche Bevölkerung Nordrhein-Westfalens mit 1,718 Millionen mehr als doppelt so stark ist wie die Mecklenburg-Vorpommerns mit 0,735 Millionen, fällt ihr relativer Anteil an der gesamten Bevölkerung mit nur 9,74 % viermal geringer aus als in Mecklenburg-Vorpommern. Damit hat Nordrhein-Westfalen innerhalb Norddeutschlands diejenige Siedlungsstruktur, die am stärksten von der Mecklenburg-Vorpommern abweicht (vgl. Abb. 72).

Die süddeutschen Bundesländer liegen mit ihren ländlichen Bevölkerungsanteilen unterhalb des Niveaus von Niedersachsen. Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland unterschreiten dabei den Flächenländermittelwert von 24,68 % erheblich.

4.3 RÄUMLICHE ZENTRALISIERUNG

Die besondere Schwäche der semiurbanen Bevölkerung in Ostdeutschland bei gleichzeitig besonderer Stärke der ländlichen führt unter Voraussetzung länderübergreifend ähnlicher technischer Infrastrukturalgorithmen zu Versorgungsschwierigkeiten. Um deren Ausmaß darzustellen, wird aus dem Verhältnis von ländlicher zu semiurbaner Bevölkerung ein Indikator gebildet, der im folgenden „Zentralisierungsgrad“ genannt wird.

Da die EU-Klassifizierung der Gemeinden in allen Bundesländern gleich angewandt wird, sind die Ergebnisse im Ländervergleich von ganz anderer Validität als das Auszählen „Zentraler Orte“, deren Ausweisung extrem länderspezifisch gehandhabt wird.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

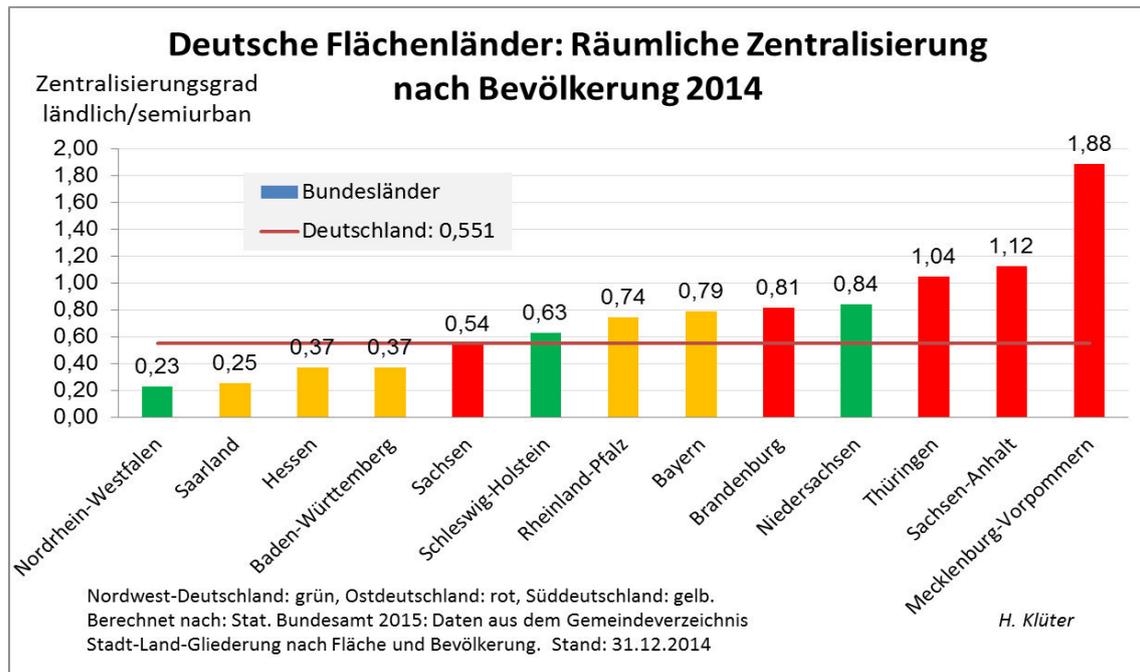


Abb. 75: Deutsche Flächenländer: Räumliche Zentralisierung nach Bevölkerung 2014

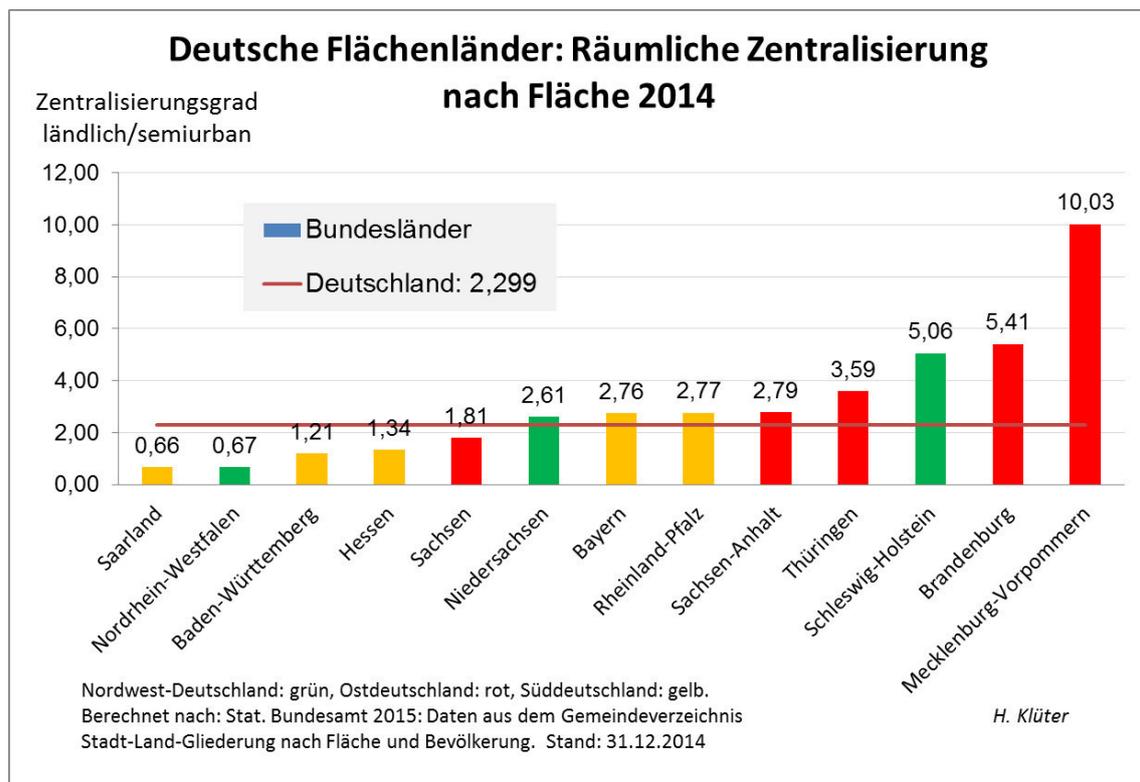


Abb. 76: Deutsche Flächenländer: Räumliche Zentralisierung nach Fläche 2014

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

Dividiert man die ländliche durch die semiurbane Bevölkerung, ergibt sich deutschlandweit ein Wert von 0,551. In Nordrhein-Westfalen und im Saarland ist die semiurbane Bevölkerung viermal stärker als die ländliche. Sachsen, Schleswig-Holstein, Bayern, Brandenburg und Niedersachsen weisen Verhältnisse zwischen 0,5 und 0,84 auf. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist die ländliche stärker als die semiurbane Bevölkerung. In Mecklenburg-Vorpommern wird mit 1,88 ein absoluter Spitzenwert erreicht.

Bedenkt man, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Landes- und die Kreisadministrationsen zu den größten Arbeitsgebern gehören, wirkt sich der Verlust von Verwaltungs- und von damit verknüpften Headquarter-Funktionen für ehemalige Landkreiszentren besonders nachteilig aus. Betroffen sind hier Waren, Ribnitz-Damgarten, Bergen, Anklam, Wolgast, Demmin, Grevesmühlen, Pasewalk, Grimmen, Ueckermünde, Teterow, Bützow, Malchin, Lübz, Gadebusch, Altentreptow, Röbel, Strasburg und Sternberg. Nur in Bad Doberan, Hagenow, Neustrelitz und Ludwigslust konnte der Verlust des Kreissitzes zumindest teilweise durch andere Faktoren kompensiert werden.

Noch drastischer fallen die Disparitäten nach Fläche aus. Die kumulierten Flächen ländlicher Gemeinden sind deutschlandweit 2,3-mal größer als die Flächen der semiurbanen Gemeinden zusammen genommen. Nur im Saarland und Nordrhein-Westfalen sind die Verhältnisse umgekehrt. Andererseits liegen Schleswig-Holstein (5,06) und Brandenburg (5,41) um mehr als das Doppelte über dem deutschen Durchschnitt. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Indikator mit 10,03 um mehr als das Vierfache über dem Durchschnitt der Flächenländer.

Mecklenburg-Vorpommern ist somit im Vergleich zu den anderen Bundesländern erheblich überzentralisiert. Der Zugang der ländlichen Bevölkerung zu zentral erbrachten Dienstleistungen ist schwerer als im übrigen Deutschland. Die Kontrolle flächengebundener Aktivitäten wie Landwirtschaft ist von den aktiven Zentren aus entsprechend aufwändiger, teurer und – unter Voraussetzung deutschlandweit ähnlicher Infrastrukturalgorithmen – lückenhafter.

Die hier dargelegte Überzentralisierung und die in Kap. 3.2.2 dargelegten Funktionsschwächen haben für die Bevölkerung harte Konsequenzen. Beispielhaft sei dies kurz am Gesundheitssektor geschildert. In Deutschland gab es 2014 etwa 35 Ärzte auf 100 km². Dieser Wert wird in den Stadtstaaten und Städten hundertfach überschritten – und in Mecklenburg-Vorpommern um das Dreifache unterschritten. Mit 11,2 Ärzten auf 100 km² lag Brandenburg knapp vor Mecklenburg-Vorpommern mit 9,8 Ärzten auf 100 km². Allerdings profitiert ein Drittel der Brandenburger Bevölkerung von der Nähe zu Berlin, das mit 649 Ärzten auf 100 km² von allen Bundesländern am besten ausgestattet ist. Mangelhafte Erreichbarkeit bedeutet für die Bevölkerung nicht nur einen schlechteren Zugang zu ärztlichen Leistungen. Es heißt auch, dass ein Landarzt ein guter Autofahrer sein sollte – und dass bei Hausbesuchen ein Großteil seiner Arbeitszeit durch Fahrten zu den Patienten verloren geht.

Bei der Erreichbarkeit der Apotheken nimmt Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland ebenfalls den letzten Platz unter den Bundesländern ein. Der Wert von nur 1,8 Apotheken auf 100 km² (vgl. Abb. 78) entpuppt sich vor allem an Wochenenden als rein statistischer Wert. Dann ist nur ein Sechstel bis ein Viertel der Apotheken geöffnet. Selbst wenn man die Wochenendöffnungszeiten im Kopf hat, kann es am Sonntag durchaus mehr als eine Stunde Auto- oder Taxifahrt dauern, bevor man seine Medikamente bekommt.

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

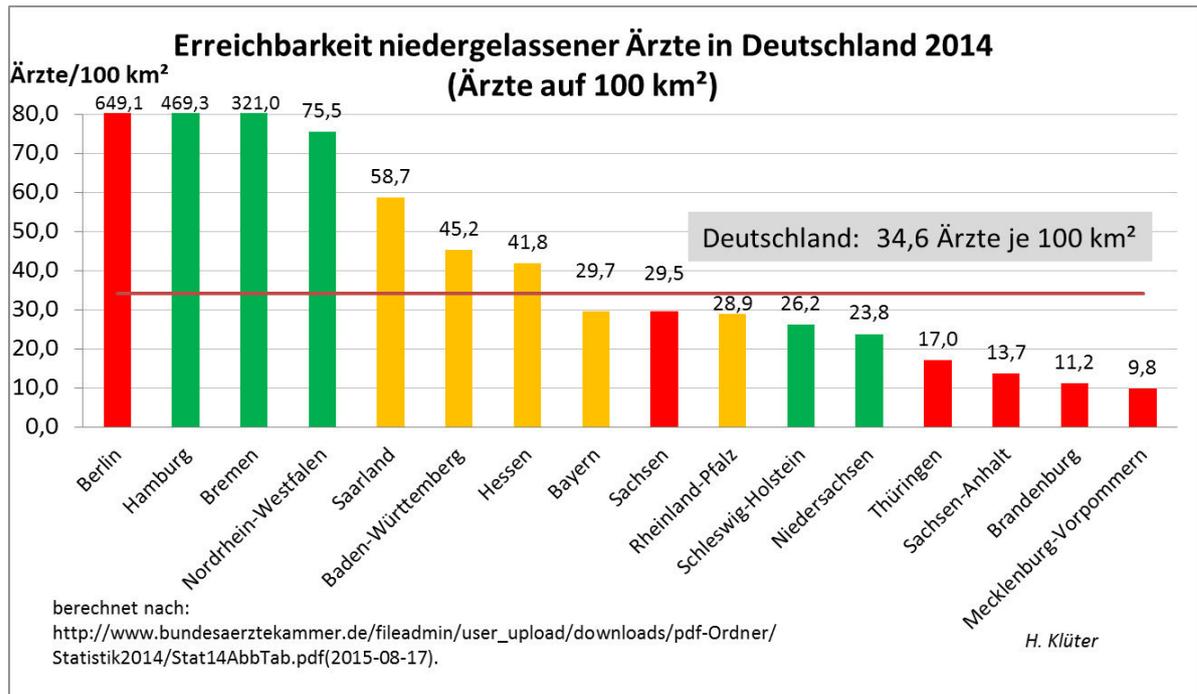


Abb. 77: Erreichbarkeit niedergelassener Ärzte in Deutschland 2014

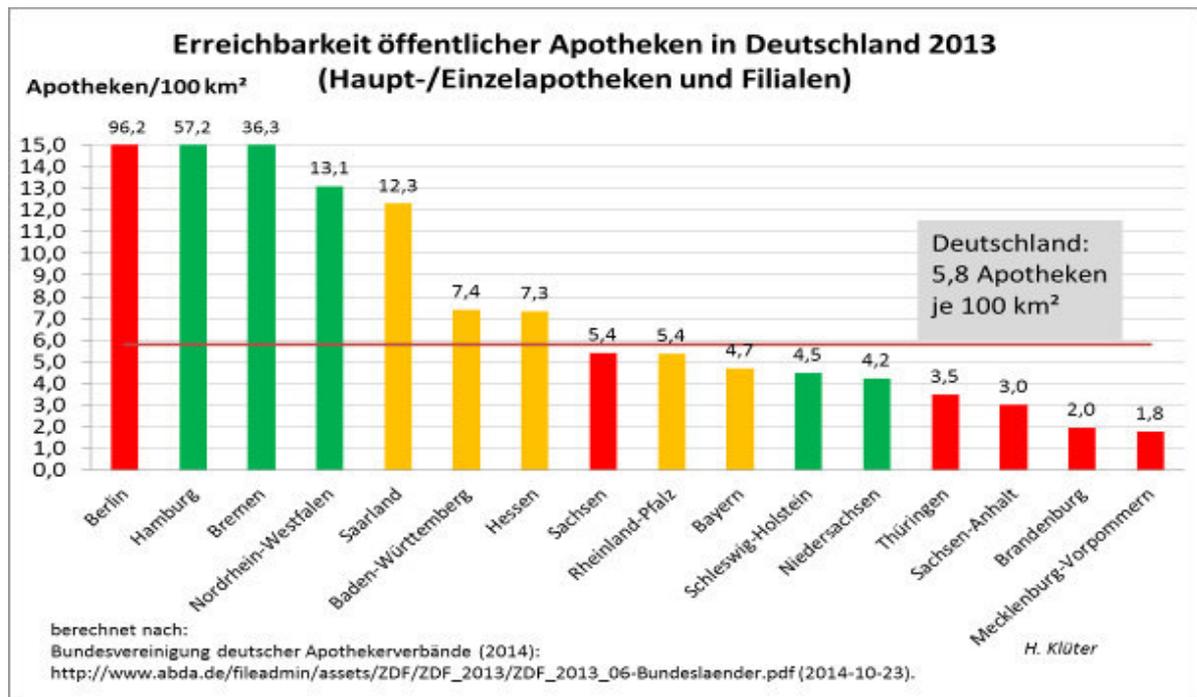


Abb. 78: Erreichbarkeit öffentlicher Apotheken in Deutschland 2013

4. Ländliche Räume Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesländervergleich

Die extreme Unterversorgung der Landkreise hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass sowohl bei den Ärztekammern als auch in der Landesplanung von Pro-Einwohner-Zahlen ausgegangen wird. Der Flächenbezug, der bezüglich der realen Erreichbarkeit aussagekräftiger wäre, wird unterschlagen. Ferdinand Kirchhof, Richter am Bundesverfassungsgericht, hat in einem Vortrag in Greifswald geäußert, dass die hinreichende Versorgung mit Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen nicht nur aus dem relativ schwachformulierten Art. 72 GG (Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse) abzuleiten sei.

Vielmehr müsse sie den in Art. 3 GG formulierten Grundrechten des Menschen genügen. Der Anspruch auf Erreichbarkeit der dafür notwendigen Einrichtungen unterläge nicht dem Finanzierungsvorbehalt der Gemeinden oder des Landes. Würden deren Mittel nicht ausreichen, sei der Bund in der Pflicht. Erreichbarkeit im ländlichen Raum sei durch flächenbezogene Indikatoren, nicht durch Pro-Einwohner-Indikatoren zu messen (*F. Kirchhof 2015*). Er empfahl der durch die Justizministerin vertretenen Landesregierung, entsprechende Berechnungen in den Länderfinanzausgleich einzubringen. Die räumliche Überzentralisierung der Bildungs-, Gesundheitsvorsorge- und Verwaltungseinrichtungen benachteiligt und schädigt nicht nur die ländliche Bevölkerung insgesamt, sondern besonders auch das mittlere und kleinere landwirtschaftliche Unternehmertum. Die teilweise extrem langen Wege zu den genannten Einrichtungen mindern zudem die Chancen für die Gründung neuer Bauernhöfe. Somit sind ganze Regionen weitgehend alternativlos den agrarischen Großbetrieben ausgeliefert.

5. DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGUNG IN MECKLENBURG-VORPOMMERN IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH UND IN IHRER DIFFERENZIERUNG NACH KREISEN

5.1 AGRARFLÄCHEN

Die ostdeutschen Bundesländer sind im gesamtdeutschen Vergleich mit landwirtschaftlicher Nutzfläche gut ausgestattet. Gemeinsam mit Schleswig-Holstein bilden sie unter den 16 Bundesländern das Mittelfeld. Mit über 1,346 Millionen ha führt Mecklenburg-Vorpommern in Ostdeutschland und liegt in der Bundesrepublik an fünfter Stelle.

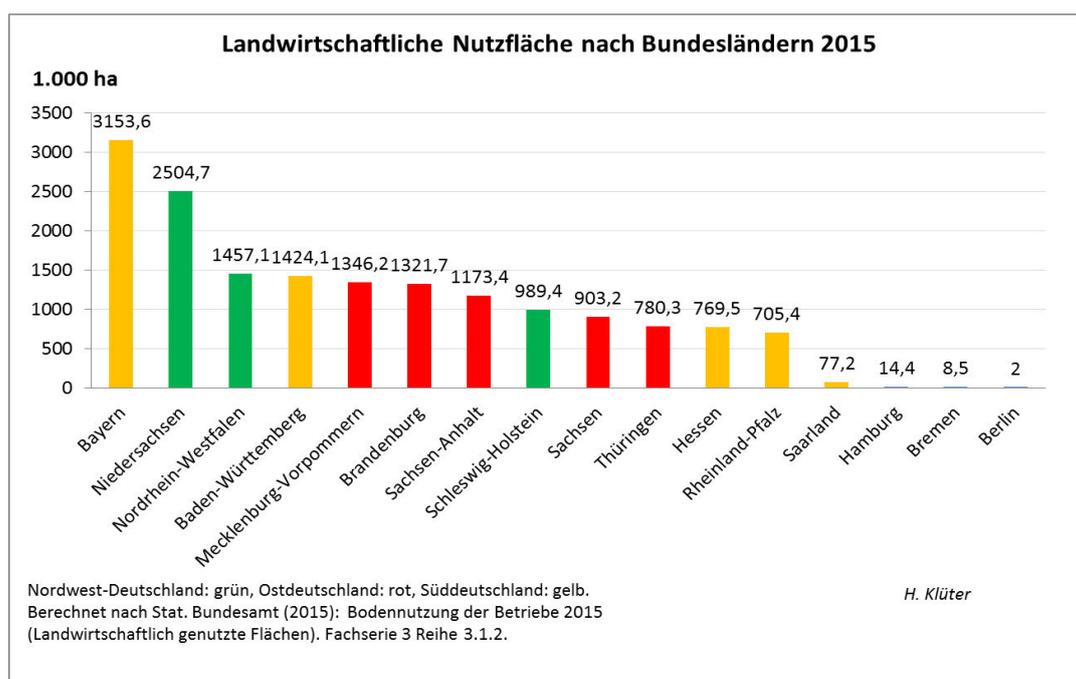


Abb. 79: Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Bundesländern 2015

Die relativ hohen Werte für Ostdeutschland hängen nicht zuletzt damit zusammen, dass dort der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der jeweiligen Gesamtfläche über dem deutschen Durchschnitt von knapp 47 % liegt. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Anhalt liegt er 10 % höher. Die beiden ostdeutschen Länder werden nur von Schleswig-Holstein mit fast 63 % übertroffen. In den süddeutschen Mittelgebirgsländern fallen die Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche naturgemäß niedriger aus.

Deutschland ist bezüglich der Verteilung von Ackerland und Grünland dreigeteilt. Nicht mehr die Küstenländer verfügen über die höchsten Grünlandanteile, wie man vielleicht erwarten könnte. Die

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

fünf ostdeutschen Flächenländer bilden einen geschlossenen Block, in denen über drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche umgebrochen ist. Es folgen die drei nordwestdeutschen Flächenländer mit Anteilen über zwei Drittel. In den süddeutschen Ländern betragen Anteile des Ackerlandes an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche zwischen 48 und 66 %.

Damit gibt es in Mecklenburg-Vorpommern heute über 1 Million ha Ackerland. Innerhalb Deutschlands wird es nur von Niedersachsen und Bayern übertroffen. Auch in Brandenburg wurde die 1 Million ha-Grenze überschritten. Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern gemeinsam verfügen über mehr Ackerland als ganz Bayern.

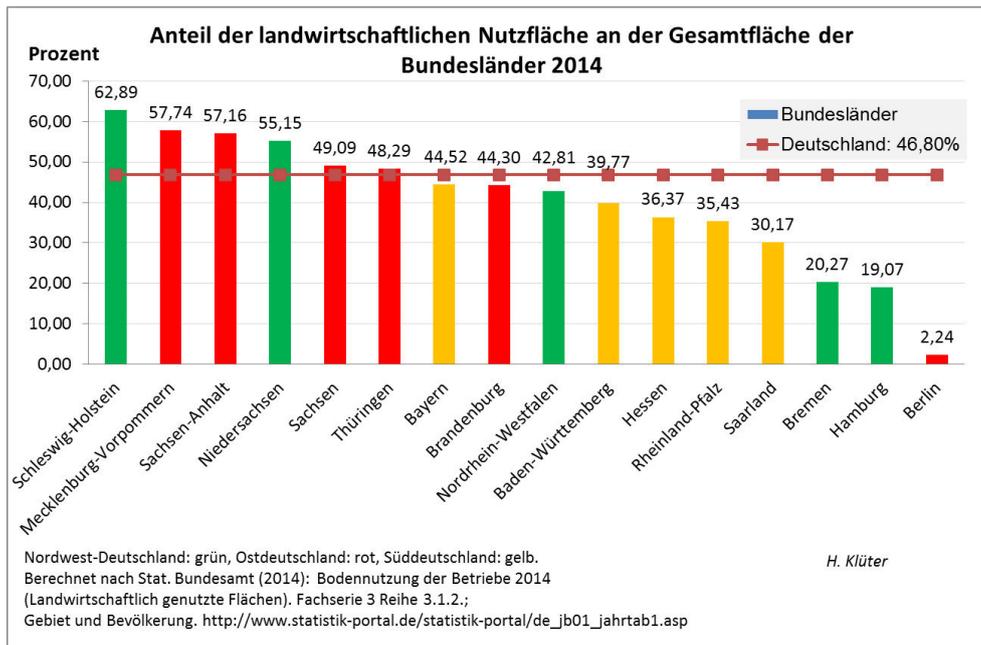


Abb. 80: Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der Bundesländer 2014

5.2 WERTSCHÖPFUNG UND FLÄCHENPRODUKTIVITÄT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Betrachtet man jedoch Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei, erreichen die beiden nordostdeutschen Länder wenig mehr als die Hälfte des bayrischen Werts. Mit nur 825 Millionen € liegt Mecklenburg-Vorpommern weit hinter Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern. Die vier führenden Bundesländer vereinen bereits 59 % der Wertschöpfung auf sich. Innerhalb Ostdeutschlands ist Mecklenburg Vorpommern allerdings stärker als Brandenburg und übertrifft sogar Sachsen-Anhalt, obwohl dies die besten Böden in ganz Deutschland hat.

Trotz der imposanten Werte spielt Landwirtschaft in der gesamten Volkswirtschaft Westdeutschlands nach Relativdaten nur eine untergeordnete Rolle. In Bayern trägt sie nur 0,6 %, in Baden-Württemberg 0,365 % und in Nordrhein-Westfalen 0,3% zur Wertschöpfung bei. Demgegenüber kommt die Land-

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

wirtschaft in Ostdeutschland außer in Berlin und Sachsen auf Anteile über ein Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern sind es sogar 2,3 %. Allerdings sind diese höheren Anteile weniger einer starken Landwirtschaft, als vielmehr der relativen Schwäche der anderen Wirtschaftszweige geschuldet.

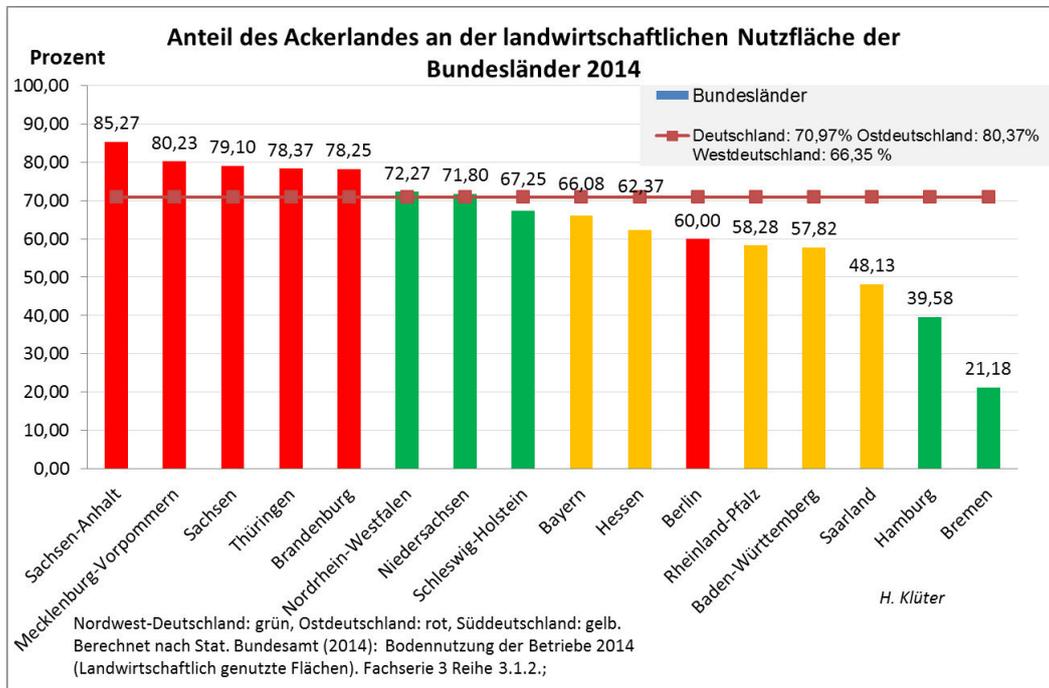


Abb. 81: Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesländer 2014

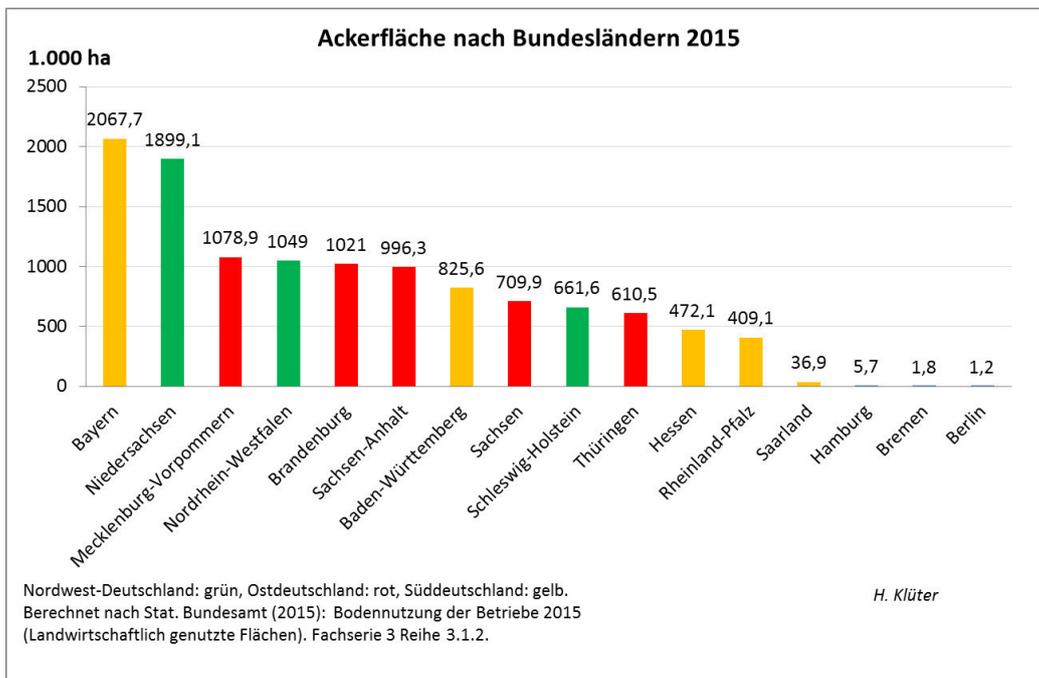


Abb. 82: Ackerfläche nach Bundesländern 2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Bruttowertschöpfung 1991 bis 2015 wurde vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder neu berechnet und am 30.03.2016 veröffentlicht. Demnach ging im Jahr 2015 die Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns zum zweiten Mal innerhalb der letzten drei Jahre zurück. 2013 hatte sie noch 1.161 Millionen € betragen. 2014 gab es einen Rückgang um 15,3 % auf 981 Millionen € und 2015 eine noch stärkere Schrumpfung um weitere 15,9 % auf 825 Millionen €. In drei von der Agrarindustrie dominierten Produktgruppen wurde die Aufnahmefähigkeit des Marktes überschritten: Schweinefleisch, Milch und Getreide. Ein extremer Preisverfall war die Folge. Die gesamtdeutschen Durchschnittszahlen für die Landwirtschaft beliefen sich 2014 auf -10,7 % und 2015 auf -16,1 %.

Einen derart starken Einbruch erlebte Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 25 Jahren bisher nur einmal, und zwar hauptsächlich als Folge der Umstellung der EU-Agrarförderung auf Flächenprämien im Jahre 2005. In jenem Jahr ging die Bruttowertschöpfung des Agrarsektors um 35,9 % zurück. (*www.vgrdl.de; Daten nach Revision 2014 und nach Korrekturen vom 30.03.2016*).

Betrachtet man die Schrumpfung des Agrarsektors 2013 bis 2015 im Bundesländervergleich, fallen alle ostdeutschen Länder unter den gesamtdeutschen Durchschnitt von -25,01 %, während alle süddeutschen Länder über dem Durchschnitt liegen. Die kleinen, teilweise stark diversifizierten Betriebe Süddeutschlands mit relativ hohen Anteilen von Einkommenskombinationen und ökologischem Obst- und Gartenbau konnten die Krise offenbar besser kompensieren, als die durch großbetriebliche Monostrukturen geprägten Betriebe in Ostdeutschland.

Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, in denen über die Hälfte der Schweine in Deutschland gemästet werden, wurden durch die Überproduktion von Schweinefleisch und dem dadurch bewirkten Preisverfall stark getroffen. Die Landwirtschaft Bremens erlebte 2014 einen Rückgang von -3,7 % und

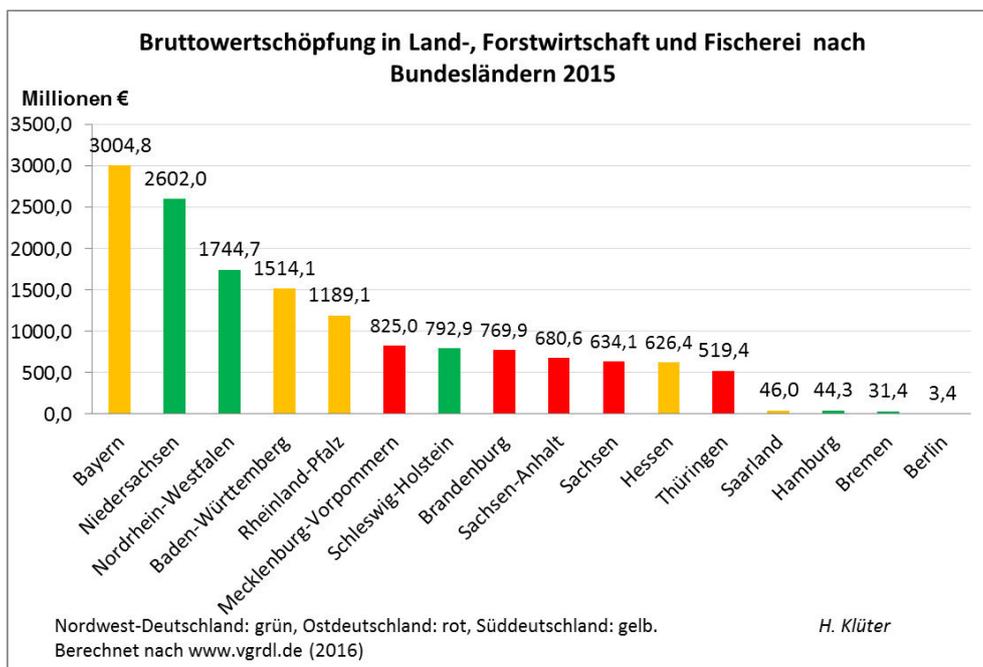


Abb. 83: Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

2015 als einziges Bundesland ein Wachstum von 7,9%, so dass der Wert von 2013 überschritten wurde. Im Stadtstaat Bremen gibt es weder Großviehanlagen noch nennenswerte Getreideproduktion.

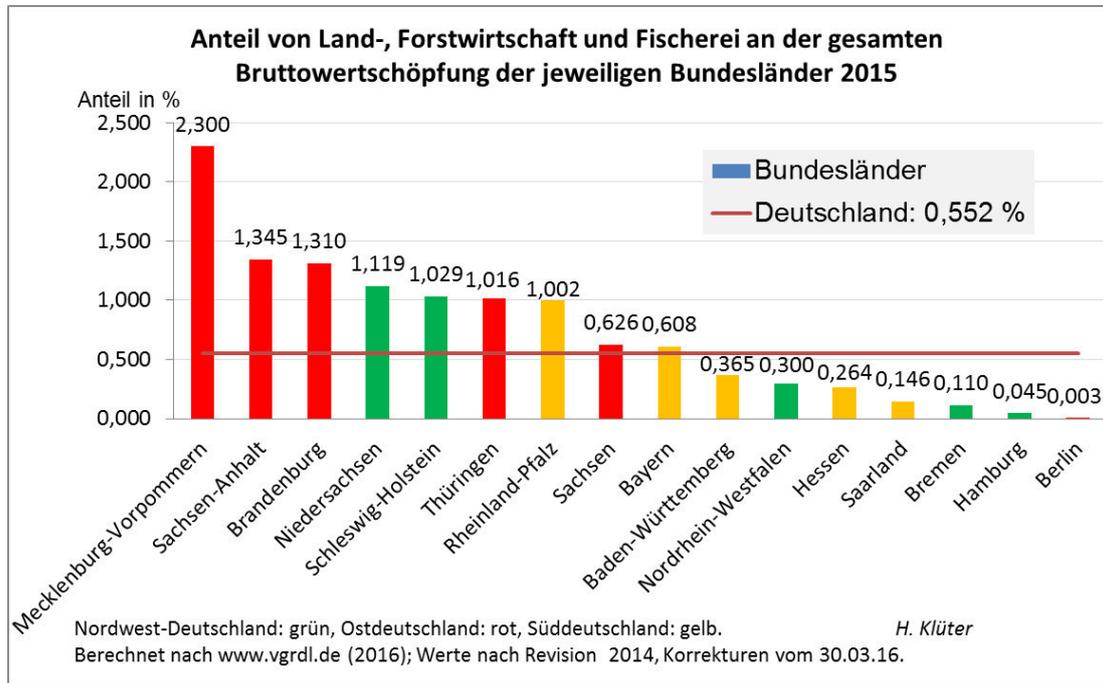


Abb. 84: Anteil von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Bruttowertschöpfung der jeweiligen Bundesländer 2015

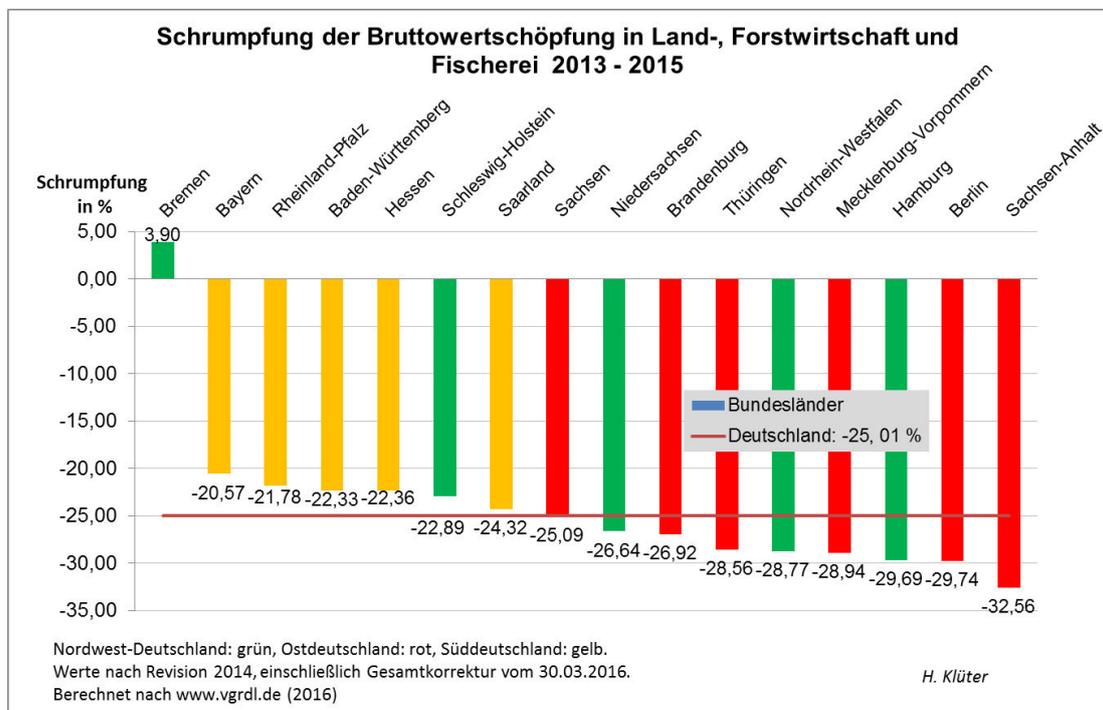


Abb. 85: Schrumpfung der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei 2013 - 2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Die Bruttowertschöpfung und damit auch die Flächenproduktivität sind somit erheblichen Schwankungen ausgesetzt. Wichtige Einflussgrößen für die Bruttowertschöpfung sind:

- a) Witterung,
- b) Über- bzw. Mangelproduktion,
- c) Nachfrageschwankungen,
- d) Änderung der Fördermodalitäten für die Landwirtschaft

Sein Minimum erlebte der mecklenburg-vorpommersche Agrarsektor, gemessen in jeweiligen Preisen, im Jahre 1992 mit umgerechnet 602 Millionen €. Sein bisheriges Maximum fiel ins Jahr 2001 mit 1,243 Mrd. €. 2005 erfolgte die Umstellung der EU-Agrarförderung auf die entkoppelte Flächenprämie, was zunächst in ganz Ostdeutschland einen Rückgang der Wertschöpfung verursachte. 2013 wurde mit 1,161 Mrd. € ein weiteres Maximum erzielt. Innerhalb Ostdeutschlands ergab sich dieses Maximum auch für Brandenburg, nicht aber für die mitteldeutschen Länder. In Sachsen und Thüringen geht die Produktion bereits seit 2011, in Sachsen-Anhalt seit 2012 zurück. Seitdem ist die Landwirtschaft Brandenburgs dank des forcierten Spargelanbaus stärker als die Sachsen-Anhalts.

Während Mecklenburg-Vorpommern innerhalb Ostdeutschlands eine Spitzenposition einnimmt, rangiert es im Vergleich mit Nordwestdeutschland weit abgeschlagen. Nordrhein-Westfalen hat weniger Ackerfläche als Mecklenburg-Vorpommern, übertrifft es aber an Wertschöpfung um das Doppelte. Schleswig-Holstein verfügt nur über drei Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Mecklenburg-Vorpommerns, liegt aber nach Wertschöpfung mit dem ostdeutschen Nachbarn nahezu gleichauf. Auch die nordwestdeutschen Bundesländer sind starken Produktionsschwankungen unterworfen. Jedoch sind sie nicht so groß, dass die Rangfolge unter den Bundesländern ernsthaft verändert würde. Im Gegensatz zu fast allen anderen Wirtschaftsbereichen gibt es in der Landwirtschaft keine Aufwärtsbewegungen in der Wertschöpfung. Produktionszuwächse werden durch Kostensteigerungen bei den Vorleistungen, durch Überproduktion und Preisverfall, oft hervorgerufen durch die erdrückende Stärke der Nahrungs- und Futtermittelindustrie, durch das Höfesterben und einige andere Faktoren kompensiert.

Die Großbetriebe können derartige Krisen derzeit aufgrund der hohen Flächenprämien überstehen. Kleinere Betriebe, die eigentlich produktiver arbeiten, aber weniger Prämie bekommen, werden aus dem Markt gedrückt. Davon sind nicht nur die kleinen und mittleren Betriebe in Ostdeutschland, sondern auch die in Westdeutschland betroffen. Die Flächenproduktivität ergibt sich als Quotient aus landwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung und landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Anders ausgedrückt: Die Großbetriebe Ostdeutschlands können überleben, obwohl sie den westdeutschen kleinen und mittleren Betrieben an Flächenproduktivität weit unterlegen sind. Der Rückstand der ostdeutschen Länder in Bezug auf Flächenproduktivität ist während des letzten Jahrzehnts weitgehend stabil geblieben. Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern bilden gemeinsam mit dem Saarland die Schlusslichter unter den deutschen Bundesländern. Thüringen und Sachsen stehen etwas besser da.

Jedoch erreicht kein ostdeutsches Flächenland den gesamtdeutschen Durchschnitt von 898 € je ha. Mecklenburg-Vorpommern kommt mit 613 €/ha nicht einmal auf die Hälfte der rheinland-pfälzischen Flächenproduktivität (1.686 €/ha). Die höchste Flächenproduktivität wird in den von Gartenbau geprägten Stadtstaaten erzielt. Aufgrund der ungenauen Flächenangaben in der Statistik –

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

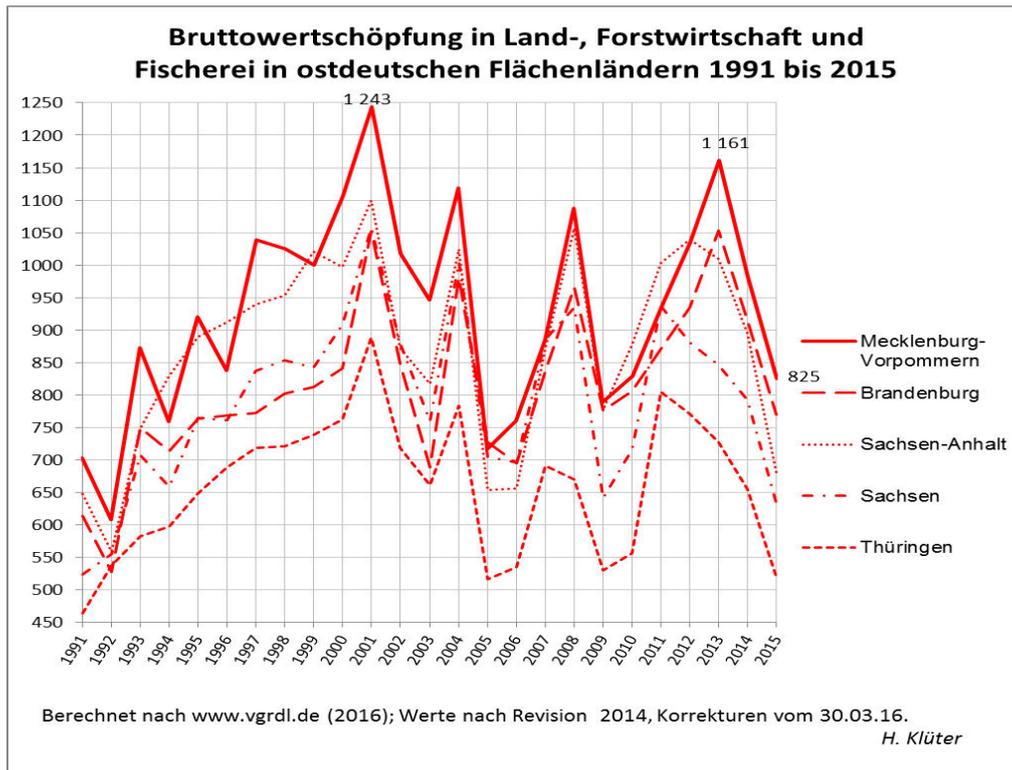


Abb. 86: Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in ostdeutschen Flächenländern 1991 bis 2015

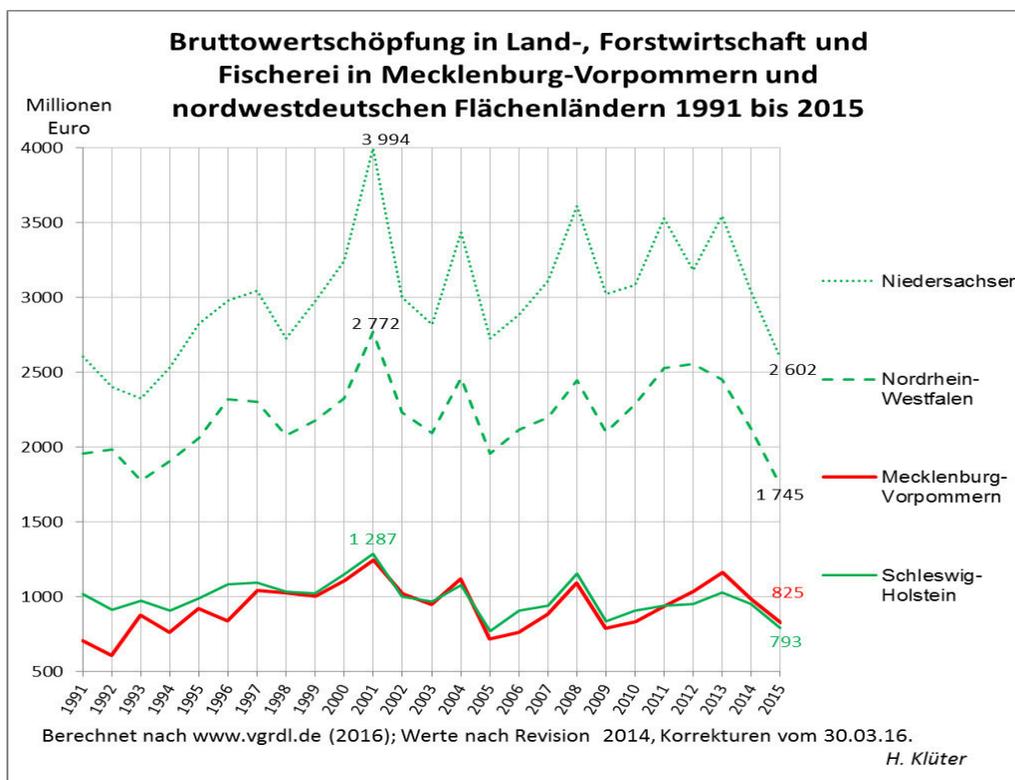


Abb. 87: Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern und nordwestdeutschen Flächenländern 1991 bis 2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

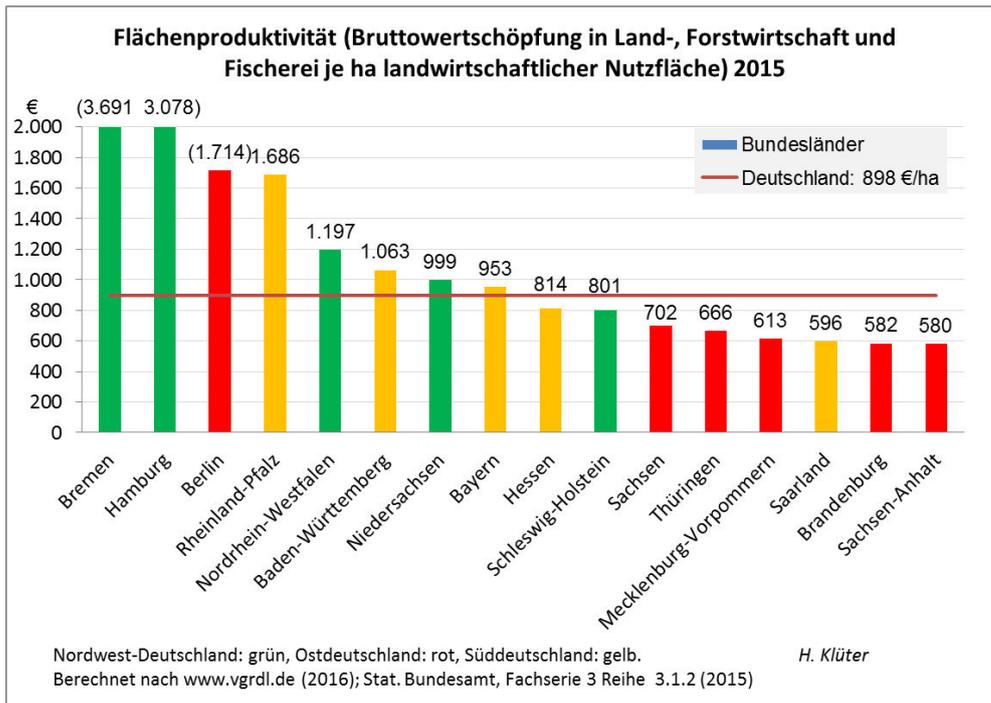


Abb. 88: Flächenproduktivität (Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) 2015

nach 1000 ha – sind die Angaben für die Stadtstaaten entsprechend unscharf und in Abb. 88 eingeklammert. Rheinland-Pfalz erzielt unter den Flächenländern den höchsten Wert, da dort der Weinbau als eine der flächenintensivsten Kulturen deutschlandweit am stärksten ist. Die nach Bundesländern niedrigste Flächenproduktivität verzeichnet Sachsen-Anhalt, das aufgrund seiner Bodenqualität eigentlich viel höher rangieren müsste. Hier zeigt sich, dass die Flächenproduktivität offensichtlich durch eine Reihe anderer Faktoren als Bodenfruchtbarkeit und Klima beeinflusst wird. Ähnliches gilt für Mecklenburg-Vorpommern, das mit 613 €/ha nur 68,3 % des gesamtdeutschen Durchschnitts erreichte.

Die extrem niedrige Flächenproduktivität in Mecklenburg Vorpommern soll im Folgenden anhand der Kreisdaten näher untersucht werden. Fünf der sechs Landkreise verfügen über Agrarflächen mit mehr als 200.000 ha. Nur der relativ kleine Landkreis Nordwestmecklenburg fällt mit 138.600 ha etwas heraus.

Betrachtet man die Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche, dreht sich das Bild um. Nun führt Nordwestmecklenburg vor dem Landkreis Rostock. Die großflächigen Kreise Mecklenburgische Seenplatte, Ludwigslust-Parchim und Vorpommern Greifswald liegen unter dem Landesdurchschnitt von 57,74 %.

Ähnlich verhält es sich mit dem Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Nordwestmecklenburg liegt mit 88,4 % weit über dem Landesdurchschnitt von Mecklenburg-Vorpommern (80,23 %).

Auch die Landkreise Rostock, Vorpommern Rügen und Mecklenburgische Seenplatte liegen über dem Landesdurchschnitt. Ludwigslust-Parchim (77,36%) und Vorpommern-Greifswald (74,00%) weisen die größten Grünlandanteile auf. Die Verteilung von Ackerland und Grünland spiegelt in etwa die Bodenfruchtbarkeit in Mecklenburg-Vorpommern wider. In Nordwestmecklenburg ist sie am höch-

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

ten, in Vorpommern Greifswald und Ludwigslust-Parchim am niedrigsten. Umso mehr überrascht es, dass in Bezug auf die Bruttowertschöpfung der Landkreis Ludwigslust-Parchim im Jahre 2013 mit 252 Millionen € führte. Neuere Daten zur Wertschöpfung liegen derzeit auf Kreisebene noch nicht vor.

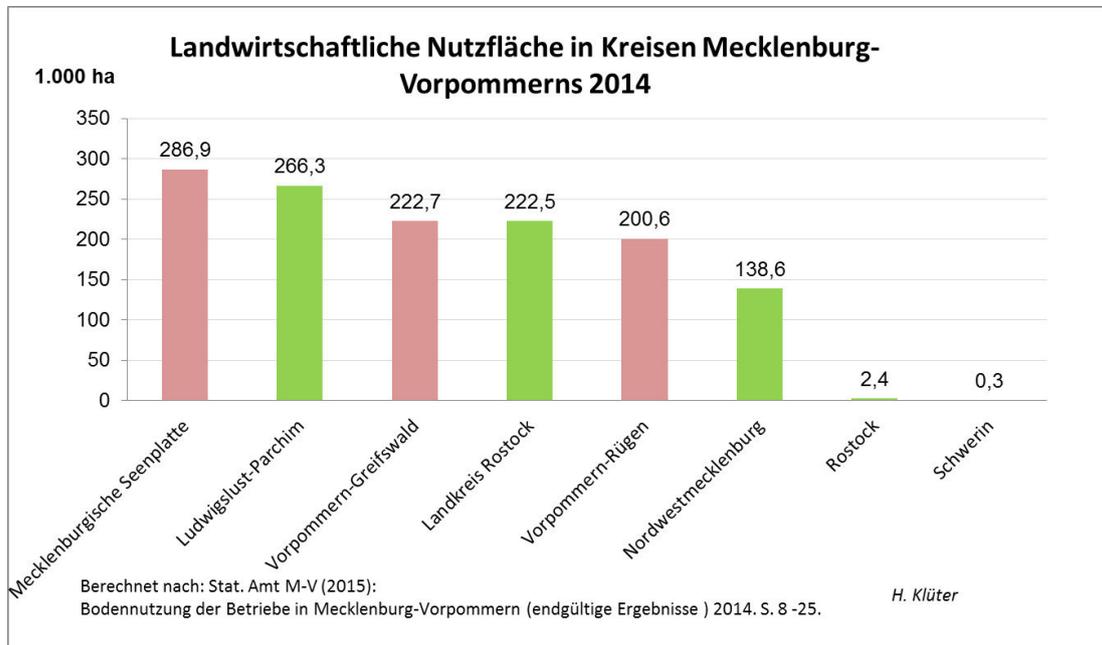


Abb. 89: Landwirtschaftliche Nutzfläche in Kreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014

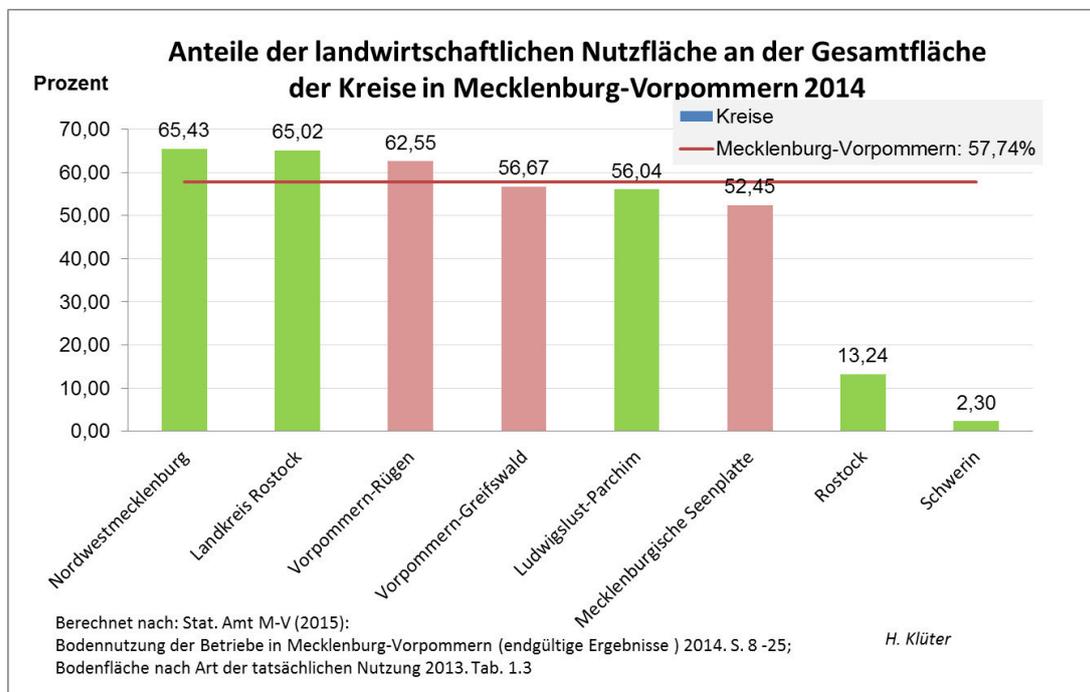


Abb. 90: Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche an der Gesamtfläche der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

An zweiter Stelle folgt der Riesenlandkreis Mecklenburgische Seenplatte mit 243 Millionen €. Die Landkreise Rostock, Vorpommern Rügen und Vorpommern Greifswald bilden ein Mittelfeld mit 170 bis etwa 230 Millionen €. Ziemlich weit abgeschlagen rangiert der fruchtbare Landkreis Nordwestmecklenburg mit 126 Millionen € landwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung am Schluss.

Die Betrachtung auf der Zeitachse 2000 bis 2013 zeigt große Schwankungen. Allerdings verlaufen sie in den Landkreisen weitgehend parallel. Daraus kann geschlossen werden, dass es sich hauptsächlich um Witterungs- und andere externe Einflüsse handelt. Der Einbruch des Jahres 2005 wurde durch eine Umstellung der Agrarförderung der Europäischen Union bedingt. Seitdem dominiert die Förderung über die sogenannte Flächenprämie.

Daneben gibt es einige mesoregionale Sonderentwicklungen:

- Während im Jahr 2000 die Mecklenburgische Seenplatte die mit Abstand die höchste Bruttowertschöpfung aufwies, wurde sie ab 2009 von dem Landkreis Ludwigslust Parchim überholt.
- Die beiden vorpommerschen Landkreise waren zu Beginn der betrachteten Periode nahezu gleich stark. Seit 2004 driften sie auseinander. Heute ist Vorpommern-Rügen um ein Fünftel stärker als Vorpommern-Greifswald.

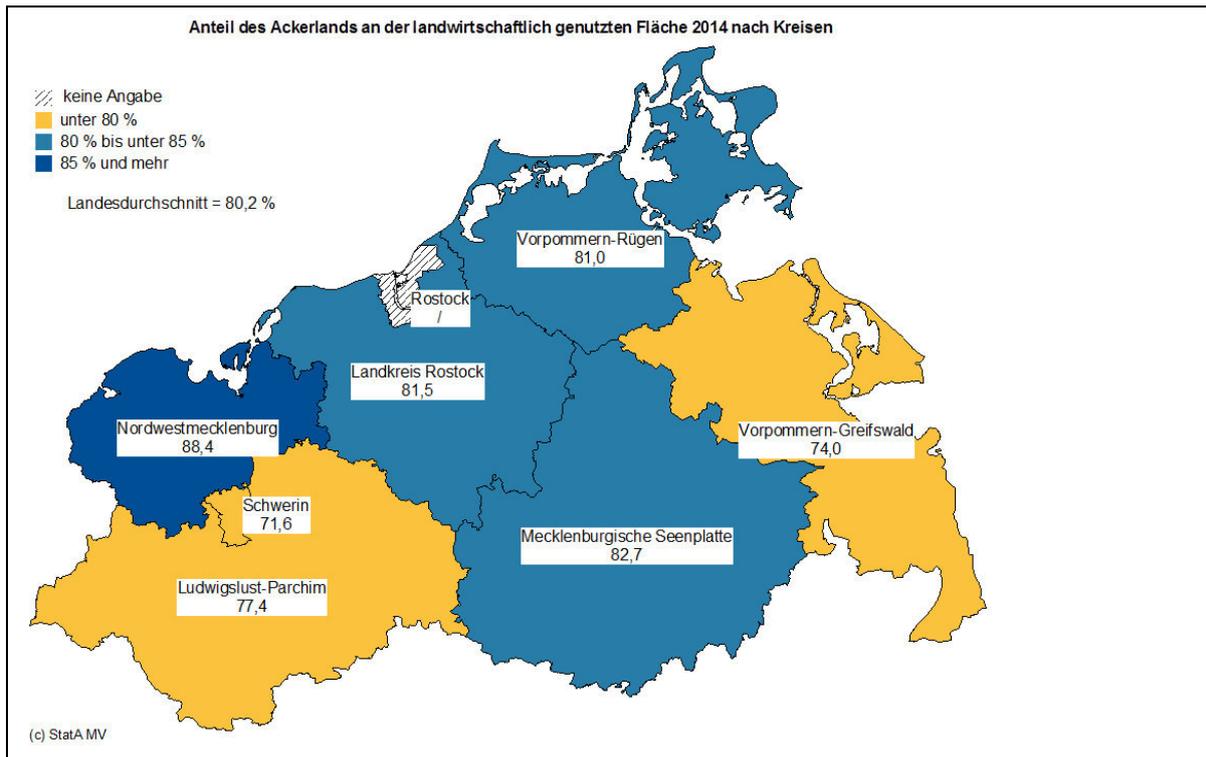
In dem betrachteten Zeitraum erreichten fast alle Landkreise ihr Wertschöpfungsmaximum im Jahre 2001. Eine Ausnahme bilden die Landkreise Rostock und Ludwigslust-Parchim, die ihr Maximum im Jahre 2013 erzielten. Damit ist angedeutet, dass die Produktivitätsgewinne des letzten Jahrzehnts nahezu vollständig durch Kostensteigerungen bei den Vorleistungen, durch den Preisverfall der Endprodukte und durch andere Faktoren kompensiert wurden.

Den höchsten regionalwirtschaftlichen Stellenwert genießt die Landwirtschaft im Kreis Ludwigslust-Parchim. Mit 6,63 % Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung wird der Durchschnittsanteil in Mecklenburg-Vorpommern von 3,65 % (2014) um fast das Doppelte übertroffen. Auch der Wert des Landkreises Rostock fällt mit 5,66 % sehr hoch aus. (vgl. Abb. 92) Die übrigen vier Landkreise enthalten in ihren Werten auch die ehemals kreisfreien Städte Neubrandenburg, Stralsund, Greifswald und Wismar. Dadurch wird dort der Anteil der Landwirtschaft am gesamten Kreis nach unten verzerrt. In gewisser Weise gilt das auch für den niedrigen Landesdurchschnitt. Er impliziert die Werte für die Stadtkreise Schwerin und Rostock, die in der Abbildung nicht dargestellt sind.

Aufgrund der derzeitigen Datenlage konnte die Flächenproduktivität auf Kreisebene nur für das Jahr 2013 berechnet werden. Mit 914 € je Quadratkilometer lag sie in Mecklenburg-Vorpommern erheblich höher als 2015 mit 613 € je Quadratkilometer.

Das bedeutet nicht, dass Mecklenburg-Vorpommern 2013 auf der gesamtdeutschen Skala weiter vorn lag. Aufgrund der damaligen Preis- und Wetterverhältnisse fiel die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung auch in den anderen Bundesländern weit höher als 2015 aus. Ähnlich wie auf Bundesländerebene die Stadtstaaten weisen auf Landesebene die Stadtkreise die höchsten Produktivitätswerte auf. Werte über 1.000 € erzielten die Landkreise Rostock und Vorpommern-Rügen. Im relativ unfruchtbaren Landkreis Ludwigslust-Parchim war die Flächenproduktivität mit 946 €/ha höher als in Nordwestmecklenburg, dem Landkreis mit den besten Böden in Mecklenburg-Vorpommern. In Vorpommern-Greifswald lag die Flächenproduktivität mit nur 768 €/ha landesweit am niedrigsten.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 20: Anteil des Ackerlands an der landwirtschaftlich genutzten Fläche 2014 nach Kreisen
 Aus: Stat. Amt M-V (2015):
 Bodennutzung der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern (endgültige Ergebnisse) 2014, S. 27.

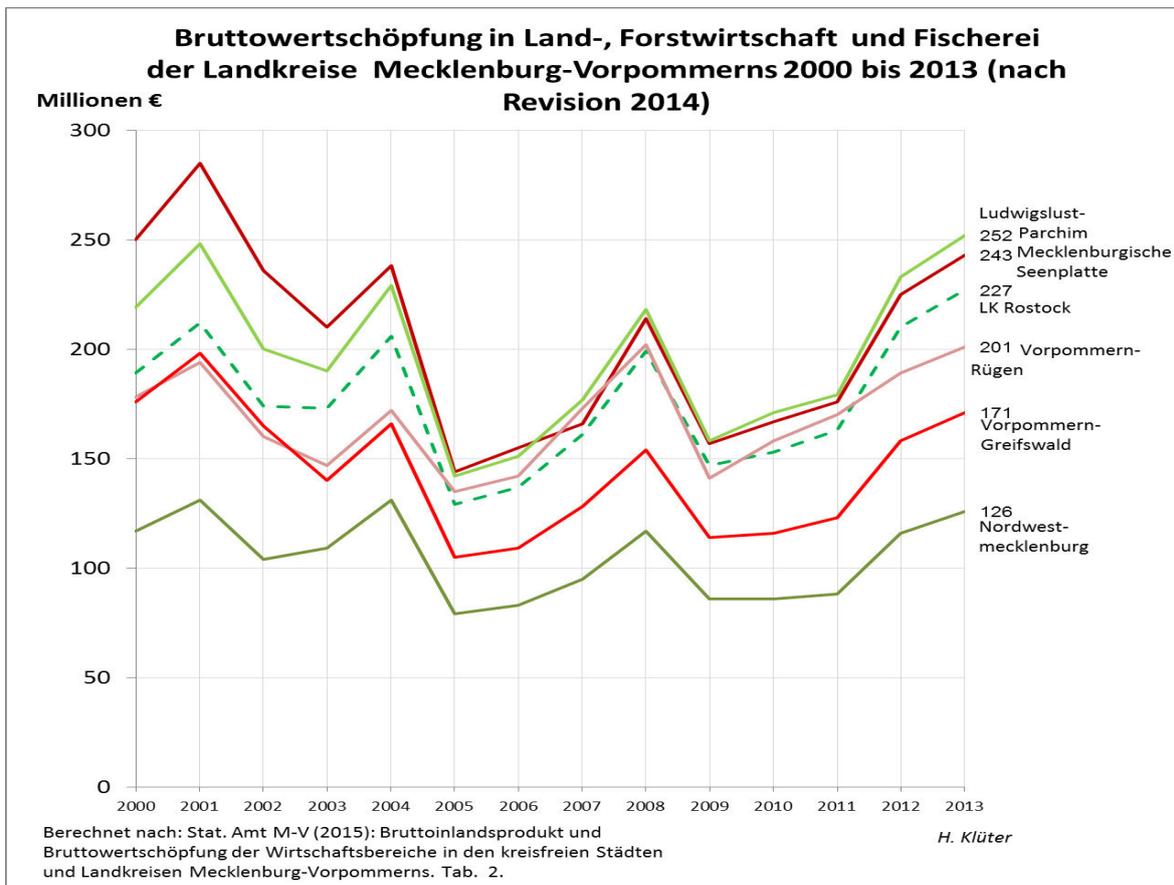


Abb. 91: Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei der Landkreise Mecklenburg-Vorpommerns 2000 bis 2013

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

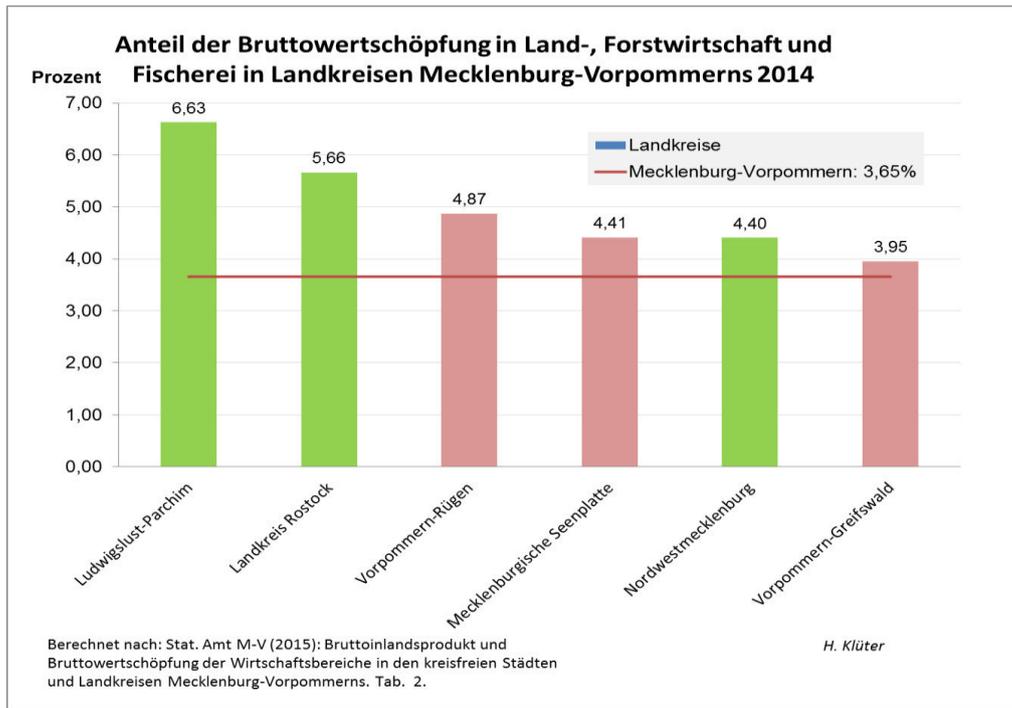


Abb. 92: Anteil der Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014

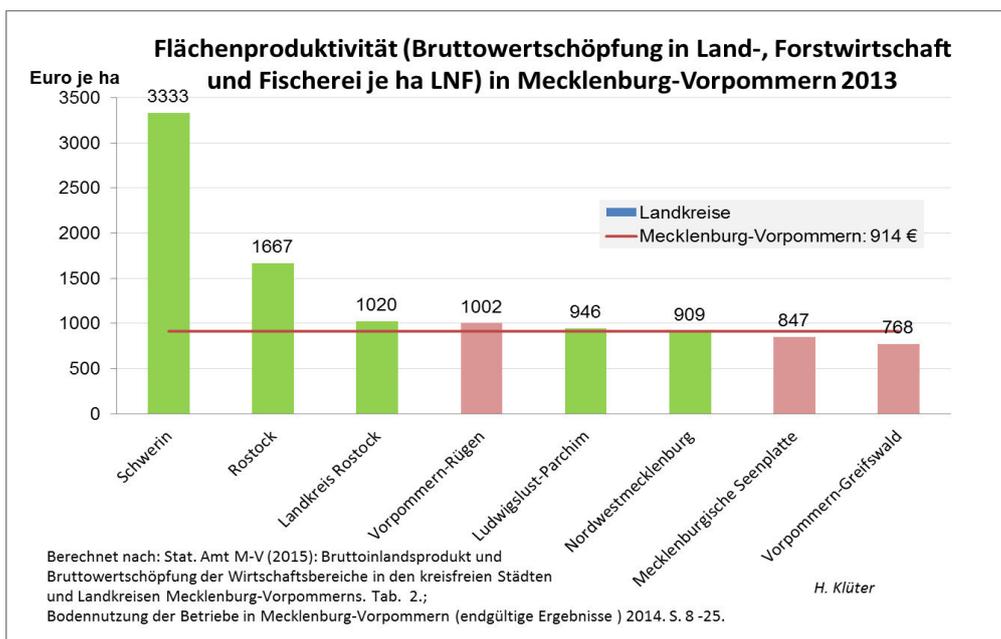


Abb. 93: Flächenproduktivität (Bruttowertschöpfung in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je ha LNF) in Mecklenburg-Vorpommern 2013

Ähnlich wie im Bundesländervergleich zeigt sich hier erneut, dass die fruchtbarsten Regionen nicht unbedingt diejenigen mit der höchsten Flächenproduktivität sind. Somit gilt auch für innerregionale Differenzierung Mecklenburg-Vorpommerns, dass die Flächenproduktivität nicht nur durch Klima und Bodenqualität beeinflusst wird.

5.3 BETRIEBSGRÖSSEN

Als weiterer möglicher Einflussfaktor sollen die Betriebsgrößen untersucht werden. Im Durchschnitt ist ein Agrarbetrieb in Deutschland etwa 60 ha groß. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg wird er um mehr als das Vierfache übertroffen. Mecklenburg-Vorpommern rangiert mit 287 ha Durchschnittsgröße knapp vor Sachsen-Anhalt mit 266 ha.

Innerhalb Westdeutschlands gibt es die größten landwirtschaftlichen Strukturen in Schleswig-Holstein. Doch mit 76 ha Durchschnittsgröße fallen sie gegenüber Ostdeutschland sehr klein aus. Noch kleinere Betriebe dominieren in Süddeutschland. Dort erreicht das Saarland mit 63 ha einen Wert oberhalb des deutschen Durchschnitts. Die kleinsten Durchschnittsgrößen in Flächenländern gibt es in Bayern und Baden-Württemberg mit 34 ha.

Der Durchschnittswert von 287 ha je Betrieb ist für die Besitzverteilung in Mecklenburg-Vorpommern nur bedingt repräsentativ. Zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von Betrieben eingenommen, die größer als 500 ha sind. Geht man von der Anzahl der insgesamt 4.900 Betriebe aus, haben zwei Drittel weniger als 200 ha Nutzfläche. Die Verteilung in Abbildung 95 gleicht einer umgestülpten Pyramide: relativ viele kleinere Betriebe verfügen über geringe kumulierte Flächen. Demgegenüber entfallen auf wenige Großbetriebe weit über die Hälfte der Gesamtfläche. Leider sind die Angaben über die Anzahl der Betriebe in der Statistik für 2014 auf Hunderter gerundet. Dies wird damit gerechtfertigt, dass die Stichprobe von 80.000 Betrieben bei einer Gesamtzahl von 286.800 deutschlandweit nicht ausreicht, genauere Zahlen hochzurechnen. Natürlich sind in der Landes- und Agrarstatistik genauere Angaben vorhanden, doch werden diese in den statistischen Jahrbüchern und in den statistischen Berichten nicht mehr publiziert. Die nächste Allgemeine Bodennutzungshaupterhebung, die genauere Daten liefern könnte, wird im Jahr 2016 durchgeführt.

Diese Betriebsgrößenklassenverteilung ist keineswegs einmalig in Deutschland. Sie wiederholt sich in den anderen ostdeutschen Flächenländern. Als Beispiele folgen die Verteilungen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt (Abb. 96 und 97)

Beide Bundesländer weisen ähnliche umgestülpte Pyramiden auf wie Mecklenburg-Vorpommern. Die Betriebe mit weniger als 100 ha spielen nur eine marginale Rolle.

Eine völlig andere Verteilung weisen die 13.300 Betriebe Schleswig-Holsteins auf (Abb. 98). Die Größenklasse der Betriebe von 50 bis 100 ha, die den Landesdurchschnittswert von 75 Betrieben enthält, ist mit großem Abstand diejenige, die mit 3.300 die höchste Zahl der Betriebe aufweist. Die Klassen der Betriebe mit mehr als 500 ha enthalten weniger als 200 Einheiten. Die kumulierten Nutzflächen sind ebenfalls mittelklassenzentriert, allerdings nach oben verschoben:

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

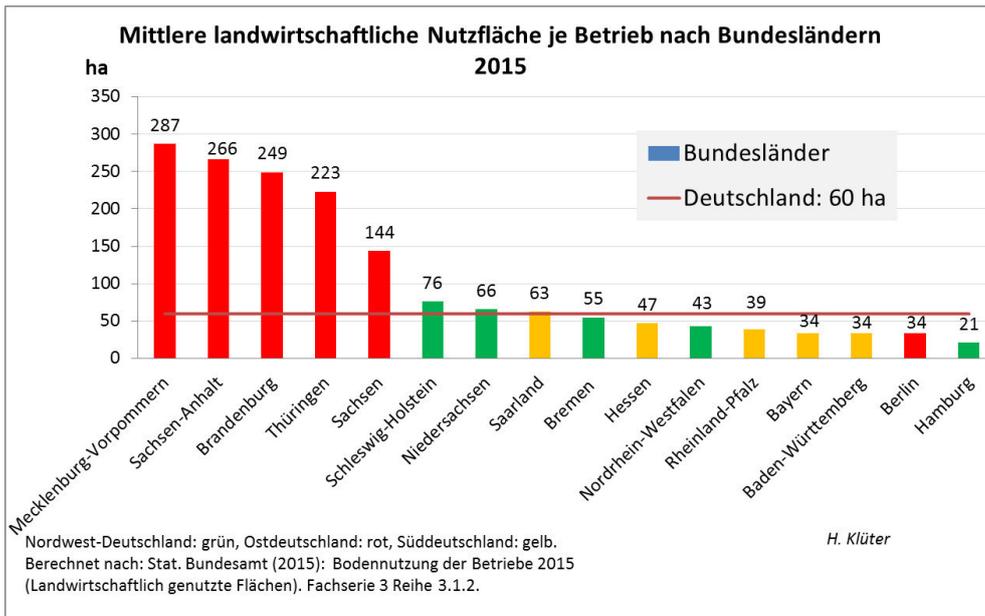


Abb. 94: Mittlere landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb nach Bundesländern 2015

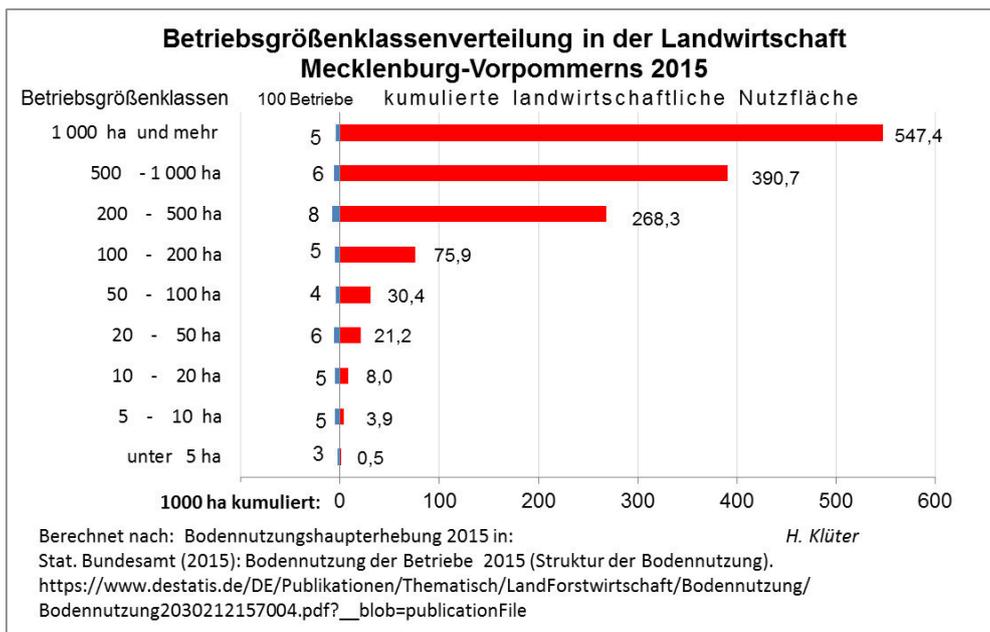


Abb. 95: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2015

Nicht die Klasse 50-100 ha verfügt über die größte Fläche, sondern die Klasse 100-200 ha. Auch in Niedersachsen bilden die mittleren Betriebe von 50 bis 500 ha die stärksten Größenklassen. Jedoch fallen Anzahl und kumulierte Flächen für die kleineren Betriebe von 5 bis 50 ha dreimal stärker als in Schleswig-Holstein aus.

Für Nordrhein-Westfalen ergibt sich eine weitere Verschiebung zugunsten der kleineren Betriebe (Abb. 100).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

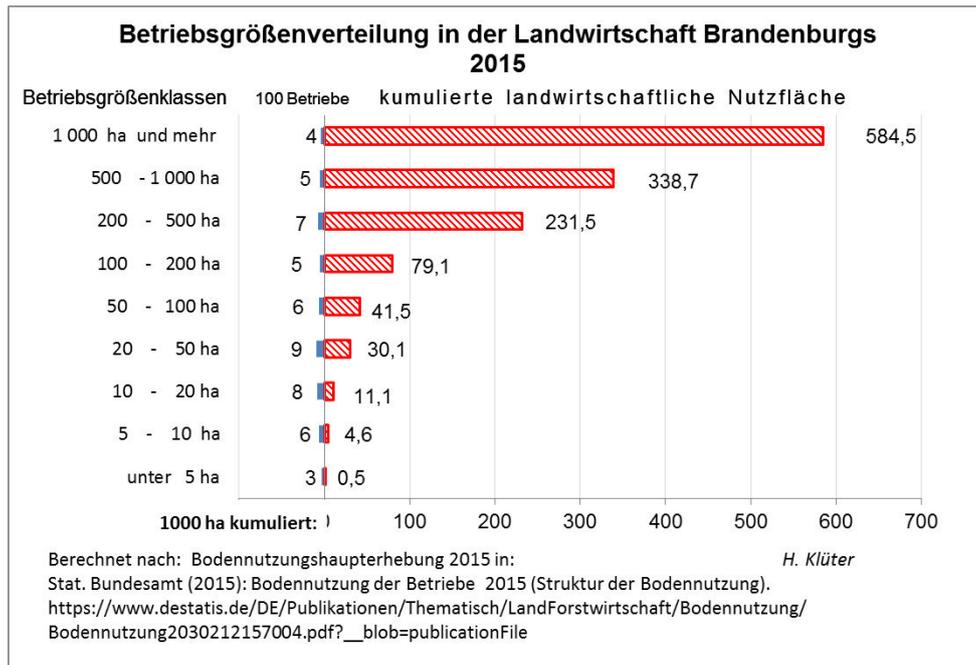


Abb. 96: Betriebsgrößenverteilung in der Landwirtschaft Brandenburgs 2015

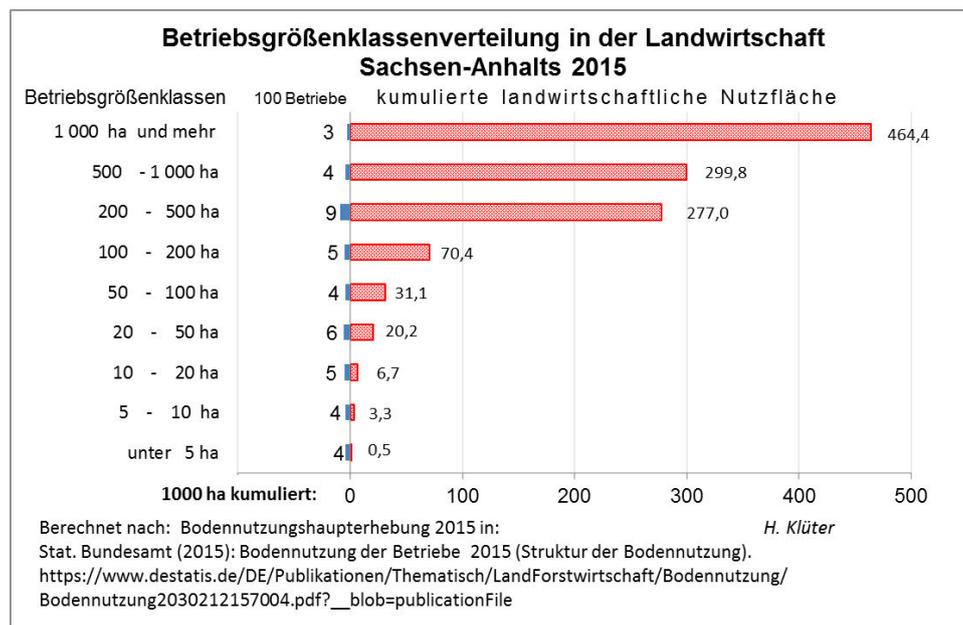


Abb. 97: Betriebsgrößenverteilung in der Landwirtschaft Sachsen-Anhalts 2015

Dort ist die Klasse 20-50 ha zahlenmäßig am stärksten. Sie enthält auch den Landesdurchschnittswert von 44 ha je Betrieb. Die Klasse der Betriebe mit 50 bis 100 ha verfügt mit 524.500 ha über die größte kumulierte Fläche. Die Anzahl der Großbetriebe mit mehr als 500 ha liegt unter 50. Auf sie entfallen 23.700 ha – wenig mehr als Mecklenburg-Vorpommerns größter Privatbetrieb KTG Anfang 2016 allein besaß.

Vergleicht man Verteilungen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig Holstein direkt miteinander, scheint es auf den ersten Blick keine Gemeinsamkeiten zu geben (Abb. 101).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

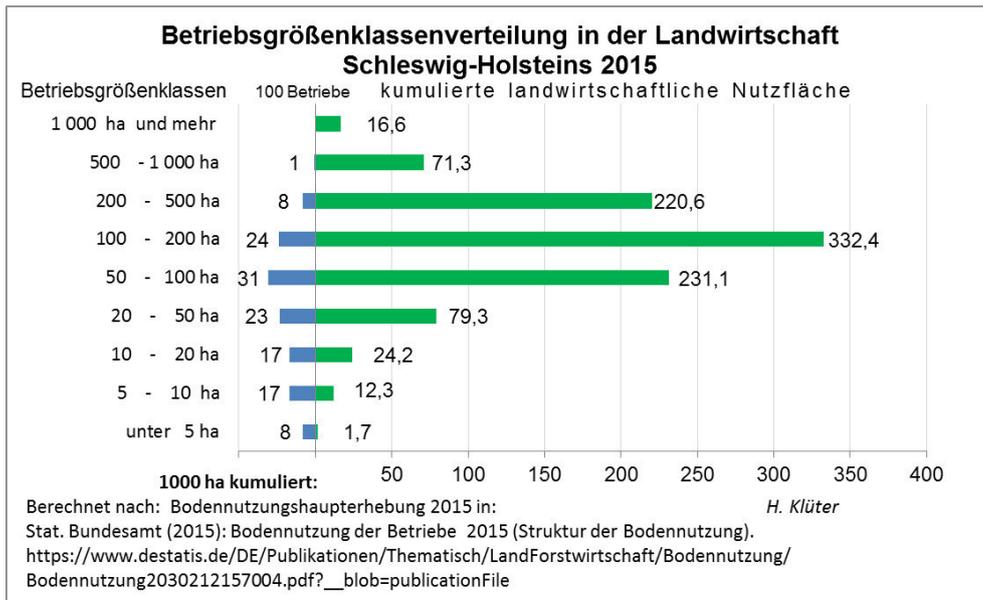


Abb. 98: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins 2015

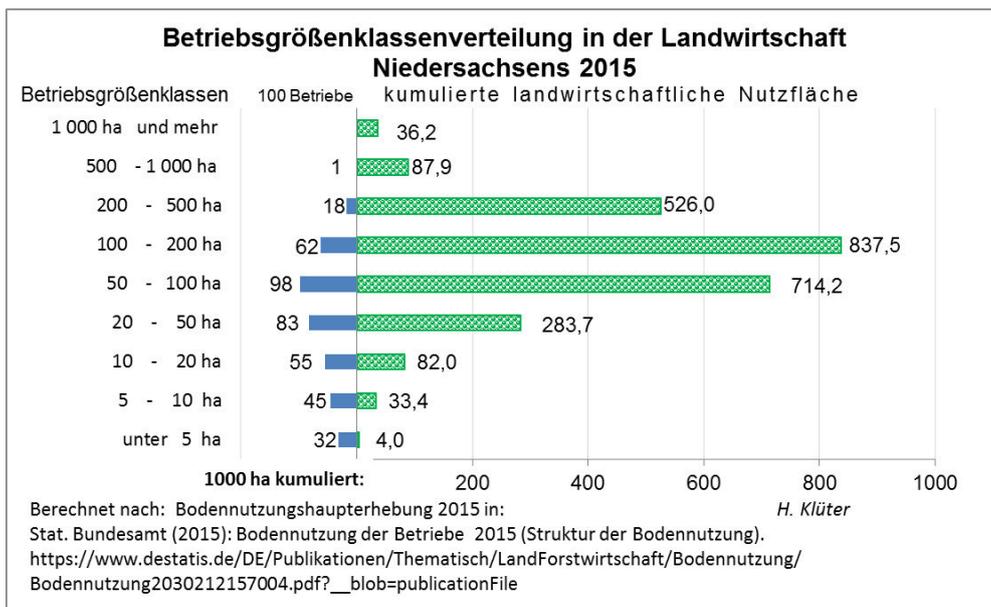


Abb. 99: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Niedersachsens 2015

Die in grün dargestellte Struktur Schleswig Holstein bietet eine Basis, die in rot dargestellte Struktur Mecklenburg-Vorpommerns wirkt wie aufgesetzt. In Mecklenburg-Vorpommern weist die Anzahl der Betriebe in den einzelnen Größenklassen keine großen Unterschiede auf. Das mecklenburg-vorpommersche Maximum (800) rangiert in der Klasse 200-500, gefolgt von der zahlenmäßig fast ebenso starken Klasse der Betriebe 20-50 ha. Schleswig Holstein weist demgegenüber in der Klasse 50-100 ha ein klares Maximum auf (Abb. 101).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

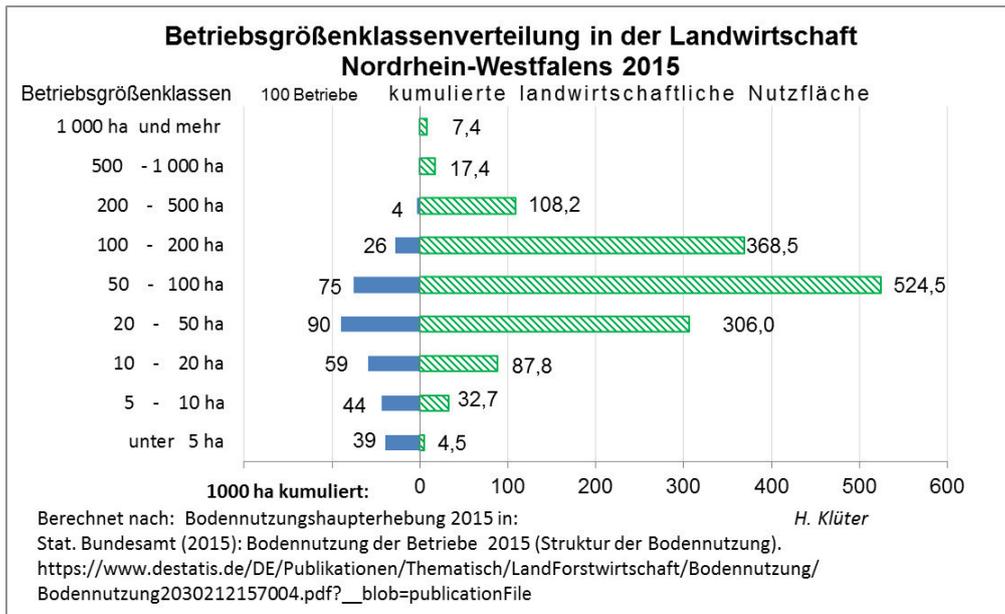


Abb. 100: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Nordrhein-Westfalens 2015

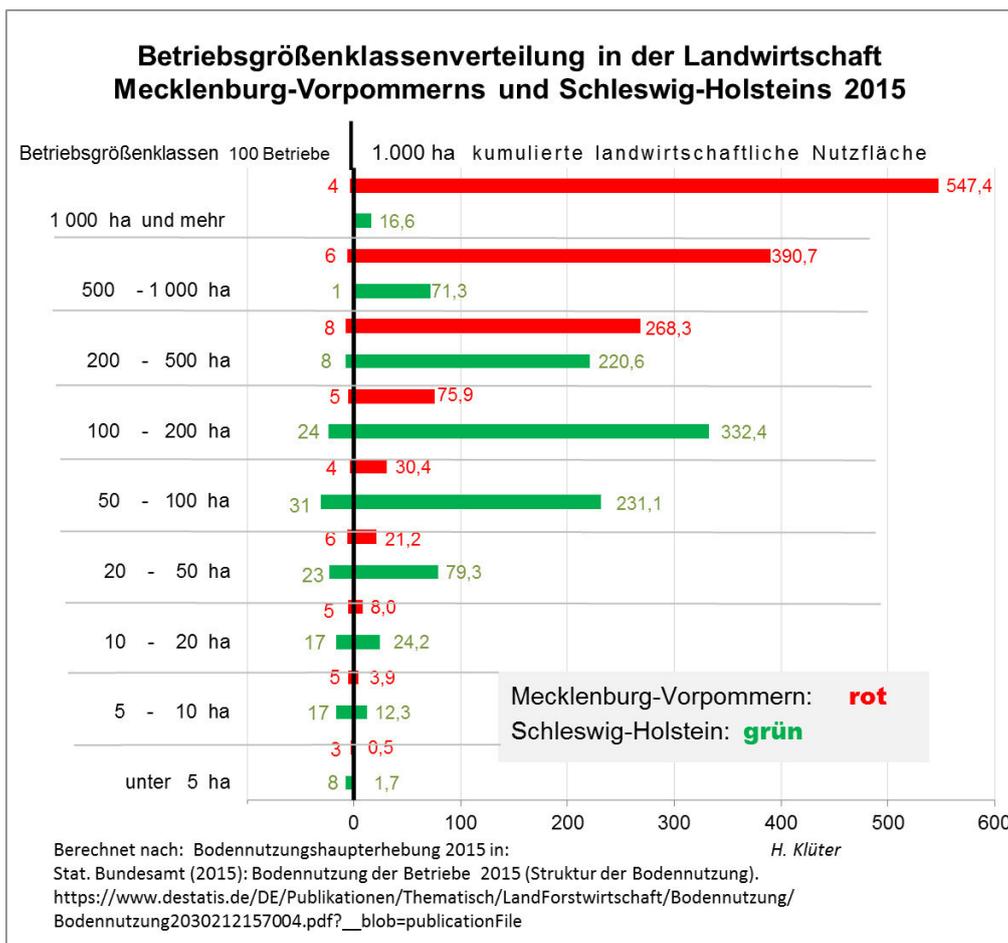


Abb. 101: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Die größte statistische Nähe zwischen Betriebsgrößenklassen der beiden Bundesländer ergibt sich für die Betriebe 200-500 ha. In beiden Bundesländern gibt es etwa 800 Betriebe dieser Größenklasse. In Mecklenburg-Vorpommern verfügen sie über 268.300 ha, in Schleswig-Holstein über 220.600 ha. Die anderen Klassen weisen teilweise extremste Differenzen auf: die Klasse der Betriebe mehr als 1000 ha ist in Mecklenburg Vorpommern an Nutzfläche 35-mal stärker als in Schleswig Holstein.

Dies gilt nicht nur im Verhältnis von Mecklenburg-Vorpommern zu Schleswig-Holstein, sondern auch zum Verhältnis von Ost- zu Westdeutschland. In der Betriebsgrößenklasse über 1000 ha gibt es in Ostdeutschland 32-mal mehr landwirtschaftliche Nutzfläche als in Westdeutschland. Umgekehrt überflügelt Westdeutschland in der Betriebsgrößenklasse 50-100 ha die ostdeutschen Nutzflächen um den Faktor 27. Sowohl die Anzahl der Betriebe als auch die Werte der kumulierten landwirtschaftlichen Nutzfläche sind in Westdeutschland durch mittelklassenzentrierte Verteilungen charakterisiert. Das Nutzflächenmaximum mit 3,3 Millionen ha wird dort in der Betriebsgrößenklasse 50-100 ha erzielt.

In Ostdeutschland zeigt sich die bereits erwähnte großbetriebszentrierte, umgestülpte Pyramidenstruktur mit einem klaren Maximum bei den Betrieben mit mehr als 1000 ha. Sie bewirtschaften dort fast 2,4 Millionen ha. Die größte statistische Nähe zwischen Betriebsgrößenklassen Ost- und Westdeutschlands zeigt sich wiederum bei den Betrieben mit 200-500 ha. Sie bewirtschaften in Westdeutschland 1,3 und in Ostdeutschland etwas mehr als 1 Million ha Nutzfläche.

Am extremsten sind die Ost-West-Unterschiede bei den Großbetrieben mit mehr als 500 ha. Im gesamtdeutschen Mittel nehmen sie 24,09 % der Nutzfläche ein. In Westdeutschland erreichen sie den höchsten Flächenanteil in Schleswig-Holstein mit knapp 8 %. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist ihre Zahl so niedrig, dass sie in der Statistik nicht ausgewiesen sind. In Hessen und im Saarland gibt es keine solchen Betriebe. Demgegenüber nehmen sie in den ostdeutschen Flächenländern zwischen 63 und 73 % der Nutzflächen ein. Damit werden alle anderen Betriebsgrößenklassen Ostdeutschlands von ihnen klar dominiert.

Die beiden Verteilungen in Abb. 102 und 103 sind strukturell so unterschiedlich, als hätte man es mit völlig verschiedenen Agrarverfassungen zu tun. Daraus folgt die Frage, wie die Verteilung in Ostdeutschland entstanden ist, und ob es zur heutigen Verteilung historische Parallelen gibt.

5.4 BETRIEBSGRÖSSEN GESTERN UND HEUTE

„Es ist die Pflicht des Staates, selbst eine genaue Statistik der Grundbesitzverhältnisse herzustellen, wie viel Mühe und Kosten es auch verursachen möge, und alle Veränderungen in der Besitzverteilung, wie auch unter den Persönlichkeiten der Latifundienbesitzer auf das genaueste von Jahrzehnt zu Jahrzehnt zu verfolgen. Sache der Wissenschaft aber ist es, ausgehend von den gegenwärtigen Zuständen, die Entwicklung der gegenwärtigen Latifundien bis in frühere Jahrhunderte zurück zu verfolgen, um aus dem, wie es geworden, ein richtiges Urteil über die Bedeutung der jetzigen Besitzverteilung zu gewähren, als wir es in dieser ersten, allgemeinen Übersicht zu geben vermochten und in der Betrachtung der einzelnen Provinzen vermögen werden.“ (Conrad 1888, S. 170).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

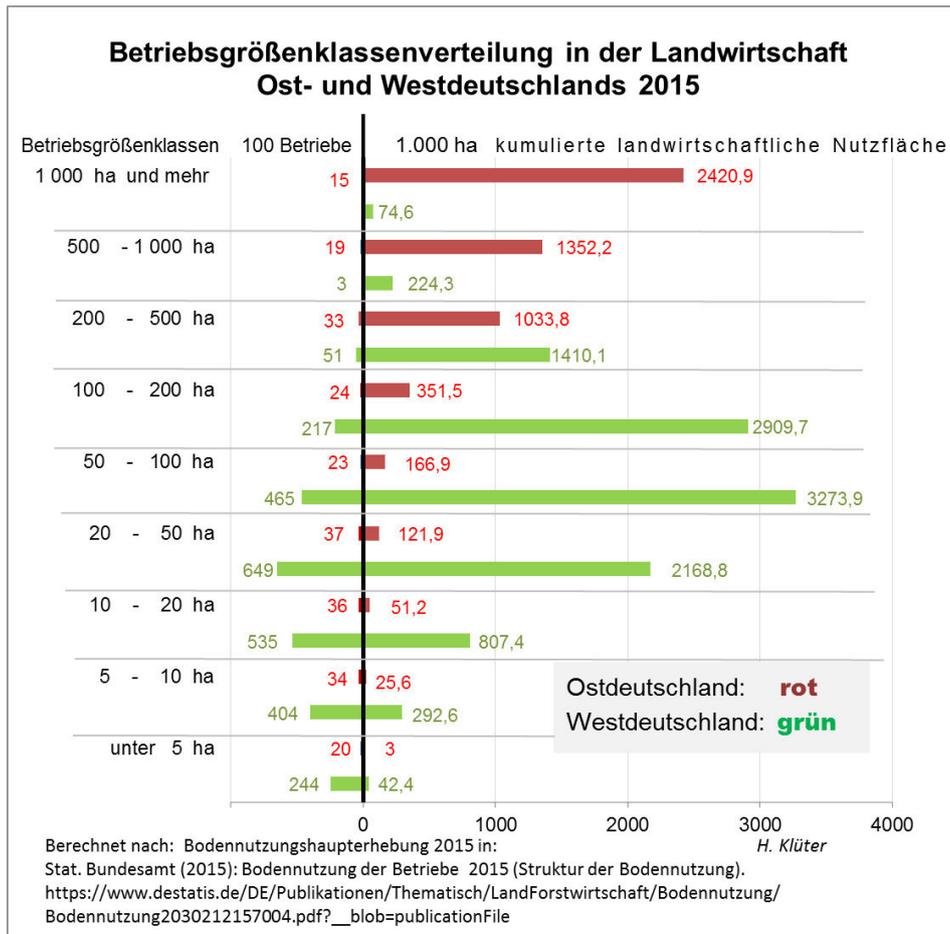


Abb. 102: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ost- und Westdeutschlands 2015

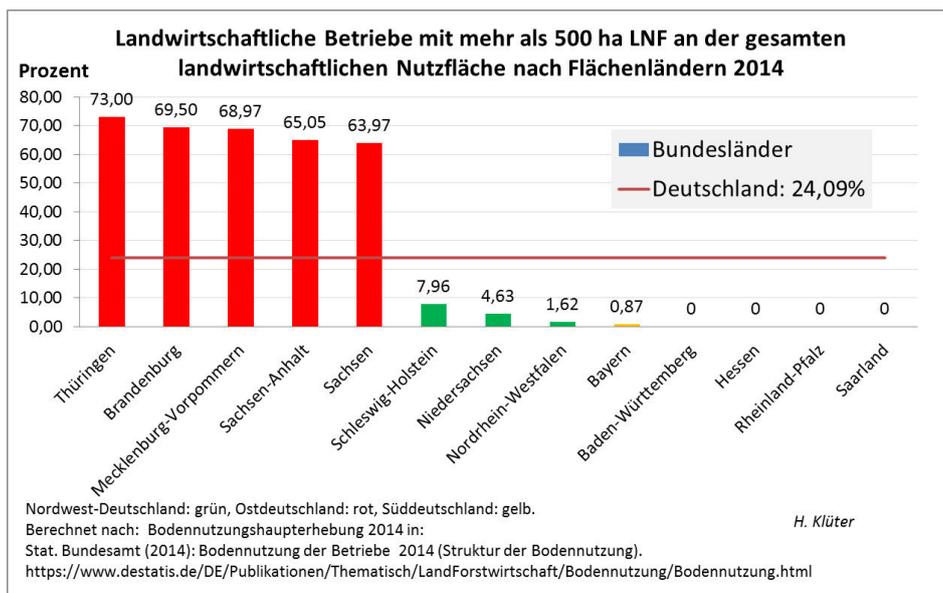


Abb. 103: Landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 500 ha LNF als Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Flächenländern 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Diese äußerst aktuelle Empfehlung stammt von Johannes Conrad (1830-1915), einem der Väter der deutschen Agrarstatistik. Ihm selbst, seinen Mitarbeitern und Schülern ist es zu verdanken, dass man „die Entwicklung der gegenwärtigen Latifundien“ bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen kann.

Das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1900 enthält die Ergebnisse der Betriebserhebungen von 1882 und 1895. Zu jenem Zeitpunkt war das heutige Mecklenburg-Vorpommern in 3 Länder aufgeteilt: Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Preußen. Die preußische Provinz Pommern umfasste bis 1919 etwa 30.120 km² und war somit viermal größer als die heutigen zwei vorpommerschen Großkreise zusammengenommen.

In der damaligen Statistik waren die Kleinbetriebe unter 5 ha in zwei weitere Gruppen untergliedert:

1. unter 2 ha
2. 2 bis 5 ha

Da heute die Betriebe unter 5 ha nur teilweise in die Statistik eingehen (vgl. S. 25, 26) ist für diese Größenklasse keine Vergleichbarkeit gegeben. Die folgenden historischen Vergleiche beziehen sich daher ausschließlich auf die Betriebe mit 5 ha und mehr landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Außerdem waren die Betriebe mit mehr als 100 ha nicht weiter unterteilt. Die übrigen drei Klassen konnten nach Umrechnung miteinander verglichen werden. Es zeigt sich, dass die spätf feudale Verteilung von 1882 in ihrer umgestülpten Pyramidenstruktur der heutigen Verteilung ähnelt. Allerdings nahmen die Betriebe mit mehr als 100 ha damals nur 61,28% der Nutzflächen ein. 2014 waren es 95,11%. Geht man von der Annahme aus, dass die heutige ha-Grenze zwischen mittleren und Großbetrieben nicht mehr bei 100, sondern bei etwa 500 ha liegt, dann entfallen in Mecklenburg-Vorpommern auf diese Größenklasse 73% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Unter diesem Aspekt ist die heutige Betriebsgrößenklassenverteilung Mecklenburg-Vorpommerns stärker feudal strukturiert als im spätf feudalen Pommern vor 130 Jahren.

Die Daten für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz wurden zu Mecklenburg aufaddiert und ebenfalls mit der heutigen Verteilung verglichen. Der Anteil der Betriebe über 100 ha war 1882 etwas höher als in der preußischen Provinz Pommern. Unter den damaligen Gebietseinheiten des Deutschen Reiches (Preußen, preußische Provinzen, andere deutsche Länder) hatte Mecklenburg-Strelitz den höchsten Anteil von Betrieben über 100 ha an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Es folgten Mecklenburg-Schwerin, Pommern, sowie die ehemaligen preußischen Provinzen Posen und Westpreußen, die 1919 an Polen abgegeben wurden.

Bei der damaligen Dominanz der Großbetriebe handelt es sich keineswegs um „gewachsene historische Strukturen“, wie in einer Presseerklärung des MLUV MV vom 11.10.2012 behauptet wird (*MLUV 2012b*). Vielmehr war sie das Ergebnis der schlimmsten Phase gutsherrlichen Bauernlegens, die je in Deutschland stattgefunden hat (*vgl. Kaak 1991*). Mit der Aufhebung der Leibeigenschaft war der Prozess der feudalen Landnahme keineswegs beendet. Die Gutsherren nahmen sich das Recht auf Ablösung. Während in den westlichen Gebieten Preußens die Ablösung meist in Form von langfristigen Geldzahlungen geleistet wurde, wurde im Osten überwiegend mit Land bezahlt. Das bäuerliche Eigentum wurde extrem verkleinert, die Flächen der Güter erreichten gegen Ende des Jahrhunderts ihren Höchststand.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

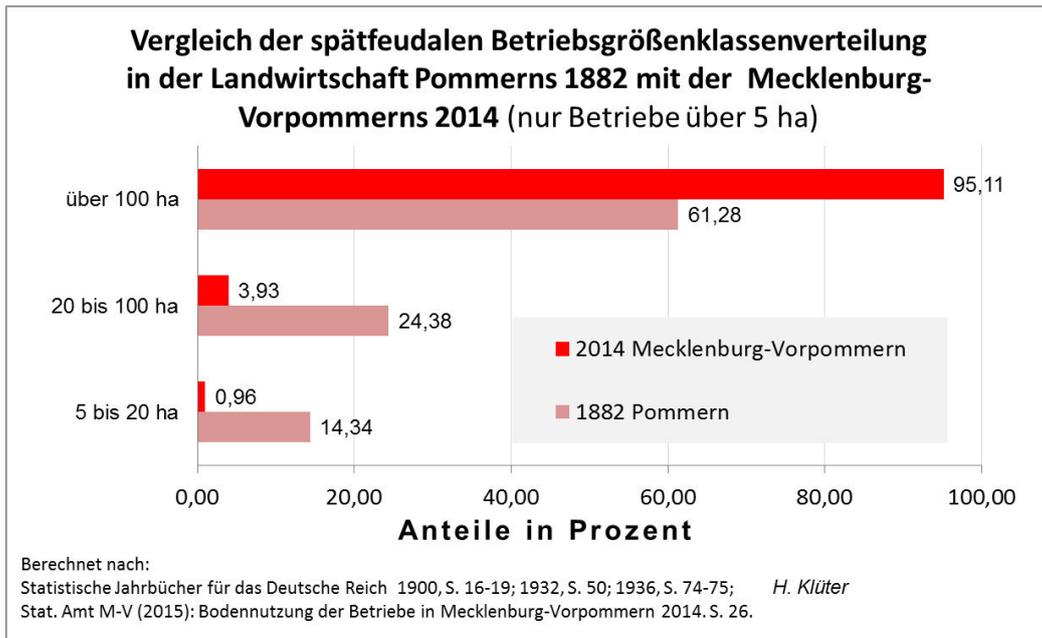


Abb. 104: Vergleich der spätf feudalen Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Pommerns 1882 mit der Mecklenburg-Vorpommerns 2014

Die Bevölkerung reagierte mit Landflucht, Ab- und Auswanderung. Pommern verlor in manchen Jahren der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts über 1% seiner Bevölkerung. Die verlassenen Siedlungen wurden umgehend von den Gutsbesitzern zerstört. So parallelisiert *Lenz (1958)* die Auswüchse des Bauerlegens mit den Wüstungserscheinungen. Auf der Insel Rügen fielen in der Zeit von 1780 bis 1955 insgesamt 163 Dörfer wüst.

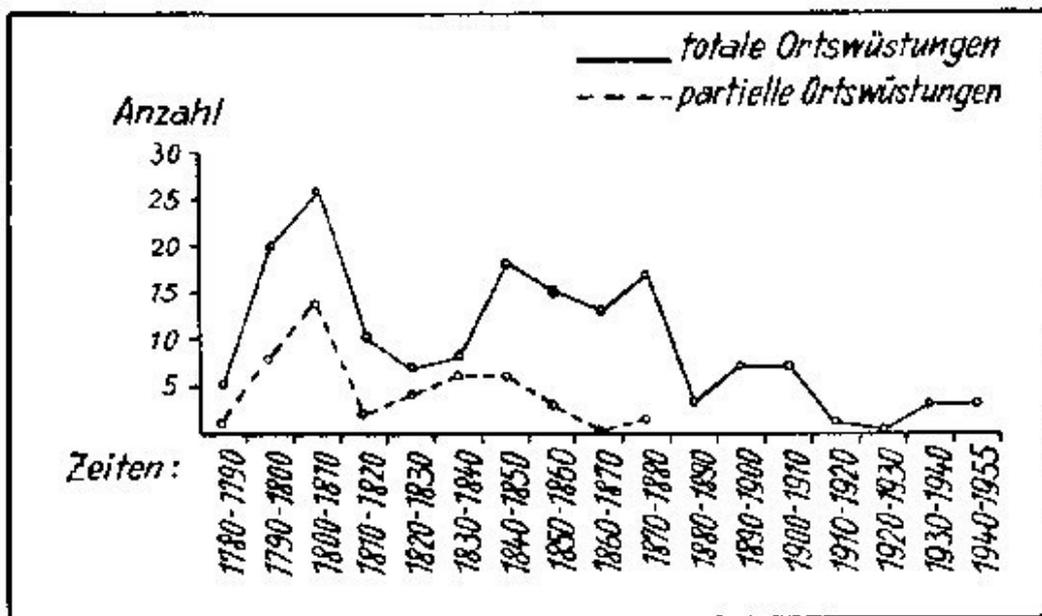


Abb. 105: Die Entstehungszeiten der Ortswüstungen auf Rügen zwischen 1780 und 1955
 Aus: *Lenz 1958, S. 57.*

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Dabei bildeten – abgesehen von den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts – die Jahrzehnte 1840 bis 1880 die intensivste Phase (vgl. Abb. 105)

„Die Ursachenfrage der Ortswüstungen dieser Zeit kann eindeutig beantwortet werden: fast 75% aller Wüstlegungen sind quellenmäßig auf die Ausbreitung der Gutsbetriebe zurückzuführen.“
(Lenz 1958, S. 53)

Die Betriebszählung von 1882 zeigt ein Ergebnis dieses Prozesses. Im damaligen Deutschen Reich nahmen die Betriebe mit mehr als 100 ha nur 29 % der Nutzflächen ein; in Mecklenburg dagegen 64,15 %. Stärkste Klasse im Deutschen Reich war die der Betriebe mit 20 bis 100 ha, die 36,90 % der Nutzflächen auf sich vereinigte (Abb. 106 bis 108).

Erst nach 1895 gingen die Durchschnittsgrößen der Betriebe mit mehr als 100 ha langsam zurück (vgl. Abb. 108). Revolution (1918), Inflation (1923) und Weltwirtschaftskrise (1928) ließen die Zahl der Großbetriebe einbrechen. Auch ihre Durchschnittsgröße ging bis 1933 um etwa 15% zurück.

Die Angaben über die Betriebszählung 1939 sind im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/42 unvollständig, weil die Größenklassenbildung sich auf die Betriebsfläche, nicht auf die landwirtschaftliche Nutzfläche bezieht.

Eine Größenklassenbildung nach landwirtschaftlicher Nutzfläche für 1939 ist im Statistischen Jahrbuch der DDR enthalten (Abb. 109). Allerdings sind die Daten nicht für Mecklenburg-Vorpommern, sondern für ganz Ostdeutschland angegeben. Die Großbetriebe über 100 ha haben mit 31,2% nur noch den zweitgrößten Anteil an der Nutzfläche. Der größte entfällt mit knapp 2 Millionen ha auf die mittleren Betriebe mit 20 bis 100 ha, die 33,9 % der Nutzflächen auf sich vereinen.

Dies zeitigte Auswirkungen auch auf die Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe überhaupt. In Mecklenburg schrumpfte sie von 58,4 ha (1907) auf 41,8 ha (1933), in Pommern von 35,4 auf 27,6 ha. Damit waren sie 7-mal kleiner als der heutige Durchschnittsbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern.

In den Jahren 1945/46 führte die sowjetische Militärregierung eine Bodenreform in ihrer Besatzungszone durch. Durch Enteignung und andere Maßnahmen schrumpfte die Zahl der Großbetriebe mit mehr als 100 ha bis 1949 auf ein Zehntel. Bei den verbliebenen 683 Betrieben handelt es sich überwiegend um Kirchenbesitz oder Betriebe in öffentlicher Hand. Damit stieg die Durchschnittsgröße der Betriebe mit mehr als 100 ha in Ostdeutschland von 286,9 ha im Jahre 1939 auf 320,1 ha im Jahre 1949. Demgegenüber nahmen Anzahl und Flächen der Betriebe 5 bis 10 ha um mehr als das 2,5-fache zu. Auch bei den Größenklassen unter 1 ha gab es ein erhebliches Wachstum, was sich auf die gesamte Nutzflächenverteilung nur geringfügig auswirkte. Die Durchschnittsgröße aller landwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 5 ha schrumpfte von 23 (1939) auf 12,8 ha im Jahre 1949.

Oberhalb der Betriebsgrößen von 5 ha ergab sich bezüglich der Anzahl der ostdeutschen Betriebe die klassische Pyramidenform, die zumindest in dieser Beziehung der westdeutschen zu jener Zeit glich.

Auch in der britischen Besatzungszone (heute: Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) kam es zu einer Bodenreform, die sich jedoch auf nur wenige Enteignungen und Güterauflösungen beschränkte. Mit über 3,5 Millionen ha bildete in Westdeutschland die Klasse 10 bis 20 ha die größte kumulierte Nutzfläche, auf die 32,1 % der Flächen über 5 ha entfielen. Mit 29,5 % war der Anteil der Betriebe mit 20 bis 50 ha nur wenig kleiner.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

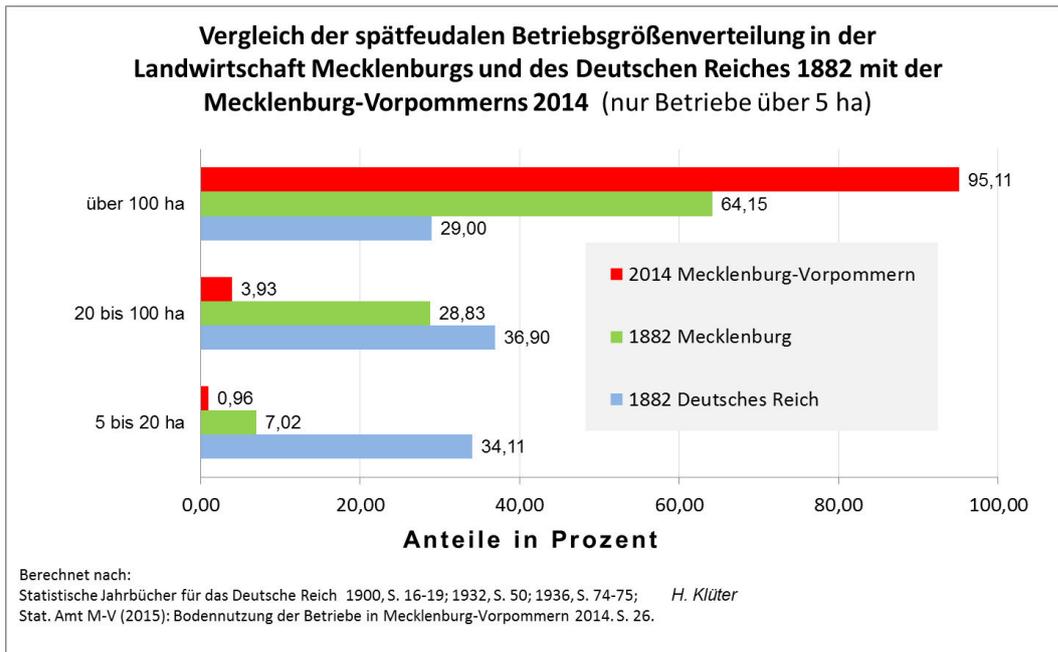


Abb. 106: Vergleich der spätf feudalen Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburgs und des Deutschen Reiches 1882 mit der Mecklenburg-Vorpommerns 2014

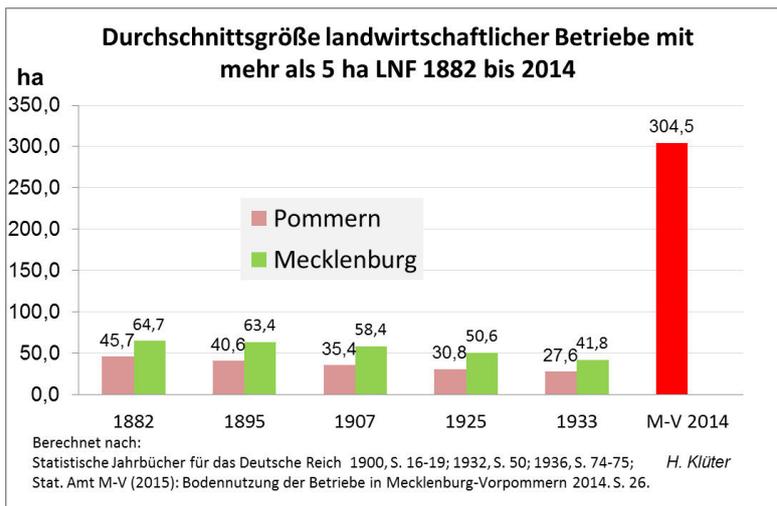


Abb. 107:

Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe mit mehr als 5 ha LNF 1882 bis 2014

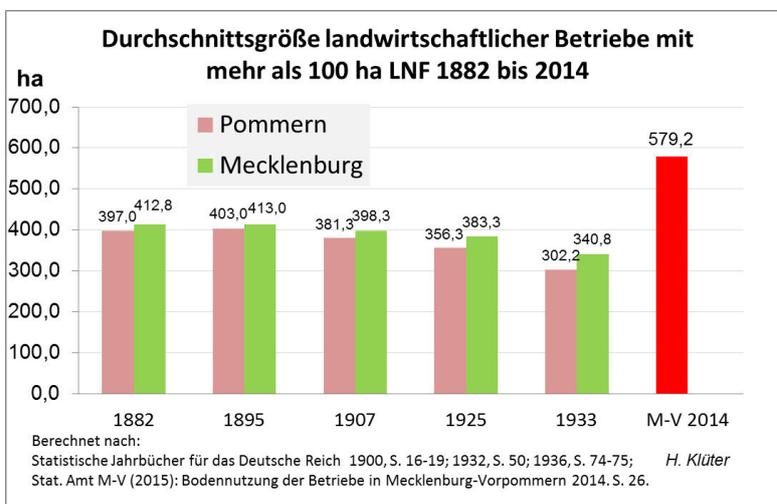


Abb. 108:

Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe mit mehr als 100 ha LNF 1882 bis 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Insgesamt zeigte die westdeutsche Verteilung ein klares Flächenoptimum bei den Betrieben mittlerer Größe. Mit 14 ha Durchschnittsgröße (ab 5 ha) waren die Betriebe nur wenig größer als in Ostdeutschland nach der Bodenreform (12,8 ha). Die großen Betriebe über 100 ha, die in Ostdeutschland im Durchschnitt 320 ha umfassten, kamen in Westdeutschland nur auf 184,7 ha.

In Abb. 112 wurden die Größenklassen so zusammen gerechnet, dass man zwischen West- und Ostdeutschland einen direkten Vergleich ziehen kann. Auf der linken Seite des Diagramms, der Anzahl der Betriebe, weisen beide Verteilungen die normale Pyramidenform auf. Auf der rechten Seite, die die kumulierte landwirtschaftliche Nutzfläche der Klassen zeigt, gibt es einige markante Unterschiede: Die Klasse der Betriebe mit 20-100 ha nimmt in West Deutschland 37,0 %, in Ostdeutschland jedoch nur 26,1%. Bei den größeren Betrieben über 100 ha gibt es demgegenüber weitgehende Parallelität: In Westdeutschland nehmen diese Betriebe 5,1%, in Ostdeutschland 4,1% der jeweiligen Nutzflächen ein.

1952 begann in Ostdeutschland die Kollektivierung. Doch nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde das Tempo verlangsamt. Erst im Laufe des Jahres 1959 überflügelten die sozialistischen Betriebe die übrigen an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die kirchlichen Betriebe bis 1955 den sozialistischen Betrieben zugerechnet wurden. Von 1955 bis 1959 bekamen sie in der Statistik eine eigene Spalte. Ab 1960 wurden sie den „übrigen Betrieben“, also den überwiegend privaten zugeschlagen. 1960 waren die Nutzflächen der „übrigen Betriebe“ auf 7,6 % geschrumpft. Bis zum Ende der DDR Zeit ergab sich ein weiterer Rückgang auf 5,4 %.

Die Kollektivierung wurde nicht überall mit gleicher Intensität durchgeführt. Die folgende Abbildung zeigt, dass sie im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns bereits früher einsetzte und auch zu einer stärkeren Sozialisierung führte.

Das Gebiet des heutigen Mecklenburg Vorpommern wurde zu damaliger Zeit von den drei Bezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg abgedeckt. Dabei umfasste Neubrandenburg auch den Kreis Uckermark des heutigen Landes Brandenburg. In den drei Nordbezirken blieben 1960 nicht 7,6 % sondern nur 4,1 % der Flächen für nicht sozialistische Betriebe übrig. Bis 1989 verringerte sich ihr Anteil auf 2,8 %.

Mit diesen Daten ist angedeutet, dass die Verteilungsstrukturen, die sich in Ostdeutschland durch die Bodenreform 1945/6 ergeben hatten, offenbar viel länger fortwirkten, als es die auf Kollektivierung fixierte Parteipropaganda nach außen trug. Von 1950-1958 wuchs die Durchschnittsgröße eines landwirtschaftlichen Betriebs in Ostdeutschland von 7,35 ha auf 9,85 ha. Im selben Zeitraum wuchsen die westdeutschen Betriebe von 6,8 auf durchschnittlich 7,2 ha. Diese Zahlen schließen – wie auch die von Ostdeutschland – die Kleinbetriebe von 0,5-5 ha mit ein.

Zwar betrug die Durchschnittsgröße der sozialistischen Betriebe im Jahre 1958 bereits 106,83 ha, doch beeinflussten die relativ wenigen Betriebe dieser Art die gesamte Durchschnittsgröße nur marginal. Von 1958-1960 kam es in Ostdeutschland zu einer Verdoppelung der Betriebsgrößen. Die sozialistischen Betriebe vergrößerten sich von 107 auf 200 ha, die übrigen Betriebe von 6,3 auf 16,1 ha. In dieser Zeit wurden vor allem kleine Betriebe kollektiviert. Mit der nahezu vollständigen Kollektivierung 1960 war das Betriebsgrößenwachstum jedoch keineswegs abgeschlossen.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

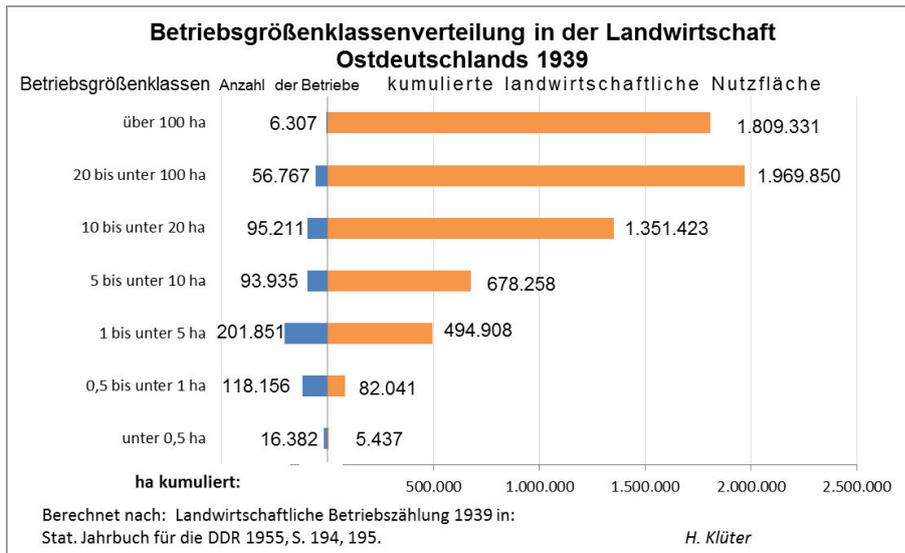


Abb. 109:

Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1939

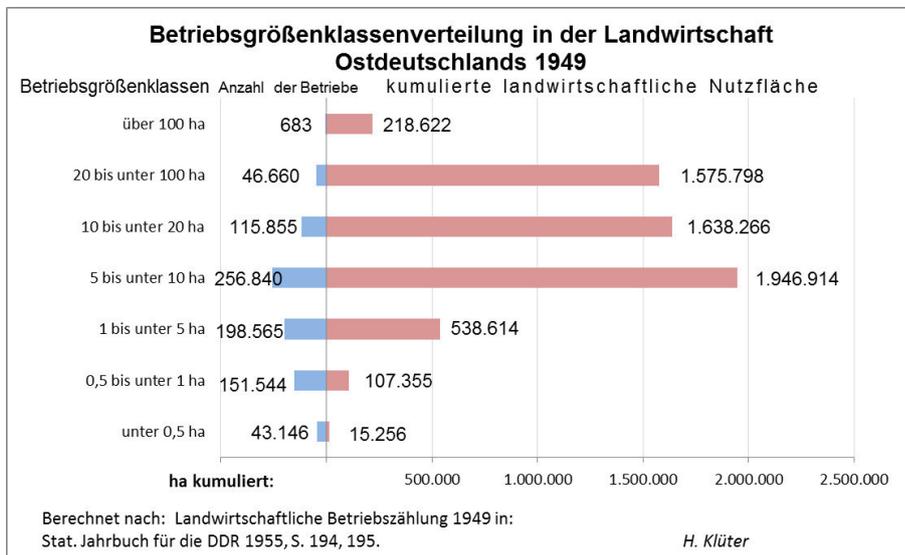


Abb. 110:

Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1949

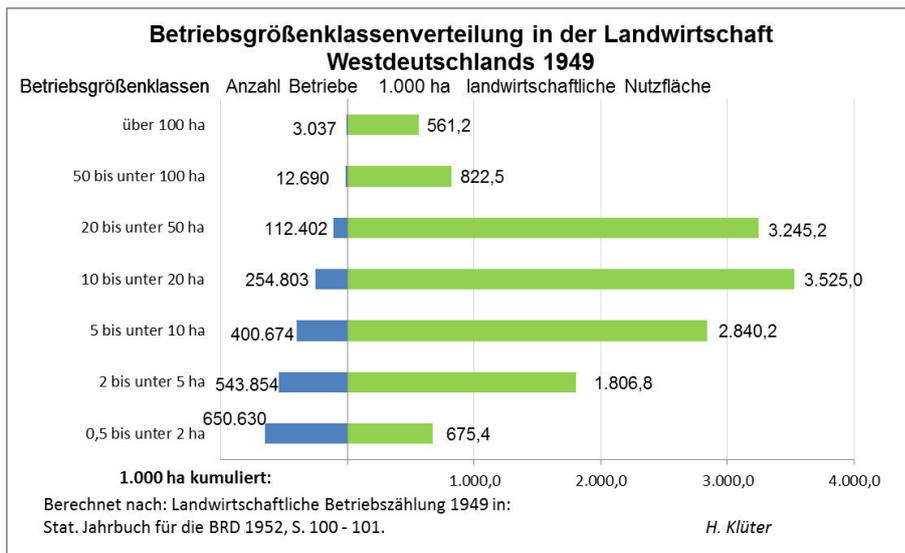


Abb. 111:

Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Westdeutschlands 1949

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

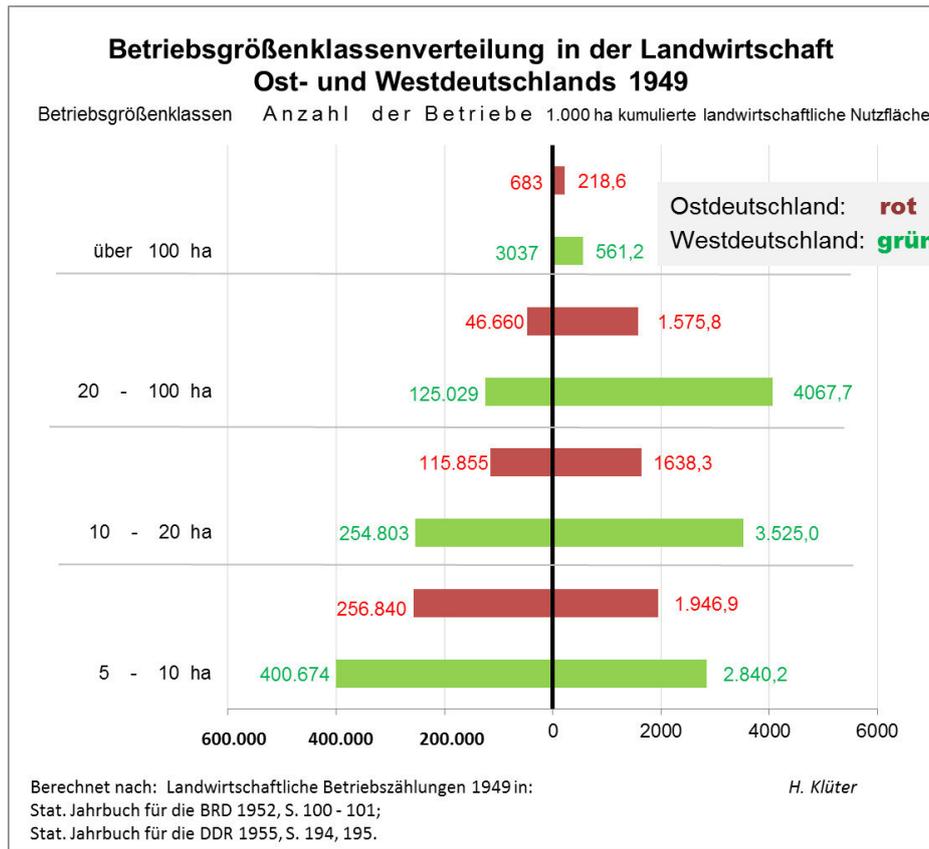


Abb. 112: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ost- und Westdeutschlands 1949

Bis 1968 wuchsen die sozialistischen Betriebe auf durchschnittlich 409,3 ha. Bemerkenswert ist dabei, dass sie erst im Jahre 1964 die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe von heute erreichten (vgl. Abb. 114). Auch unter diesem Aspekt sind die heutigen Großbetriebe nicht „historisch gewachsen“, sondern erst durch DDR-Unrecht forciert geschaffen worden. In diesen Größenordnungen existierten sie also bis 1989 nur 25 Jahre. Dass sie seitdem weitere 25 Jahre existieren konnten, ist nicht dem DDR-Unrecht anzulasten, sondern den Verhältnissen im vereinigten Deutschland.

Im heutigen Mecklenburg Vorpommern waren die sozialistischen Betriebe bis 1958 im Durchschnitt kleiner als die kirchlichen Betriebe. Für 1958 ergibt sich ein Durchschnitt von nur 16,8 ha. Erst mit der Vollkollektivierung 1959 änderte sich dieses. Seitdem waren die sozialistischen Betriebe im heutigen Mecklenburg-Vorpommern erheblich größer als im DDR Durchschnitt. Nach 1959 enthalten die Statistiken keine Daten mehr über die kirchlichen Betriebe. Sie wurden wahrscheinlich der Kategorie der übrigen Betriebe zugeschlagen. Für die Zeit nach 1968 enthält die DDR Statistik leider keine Angaben über die Anzahl der „übrigen Betriebe“ mehr.

Nach 1968 wurden in Ostdeutschland die landwirtschaftlichen Betriebe weiter vergrößert. Die Betriebe mit mehr als 5000 ha Nutzfläche nahmen 1989 2,9 Millionen ha ein. Im Durchschnitt verfügten die 457 Betriebe dieser Größenklasse über 6.302 ha. In Mecklenburg-Vorpommern gab es 121 Betriebe dieser Art, die dort über 53,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten. Sie waren dort im Durchschnitt 6.374 ha groß. Beide Verteilungen zeigen die bereits früher angemerkte umgestülpte Pyramidenform.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

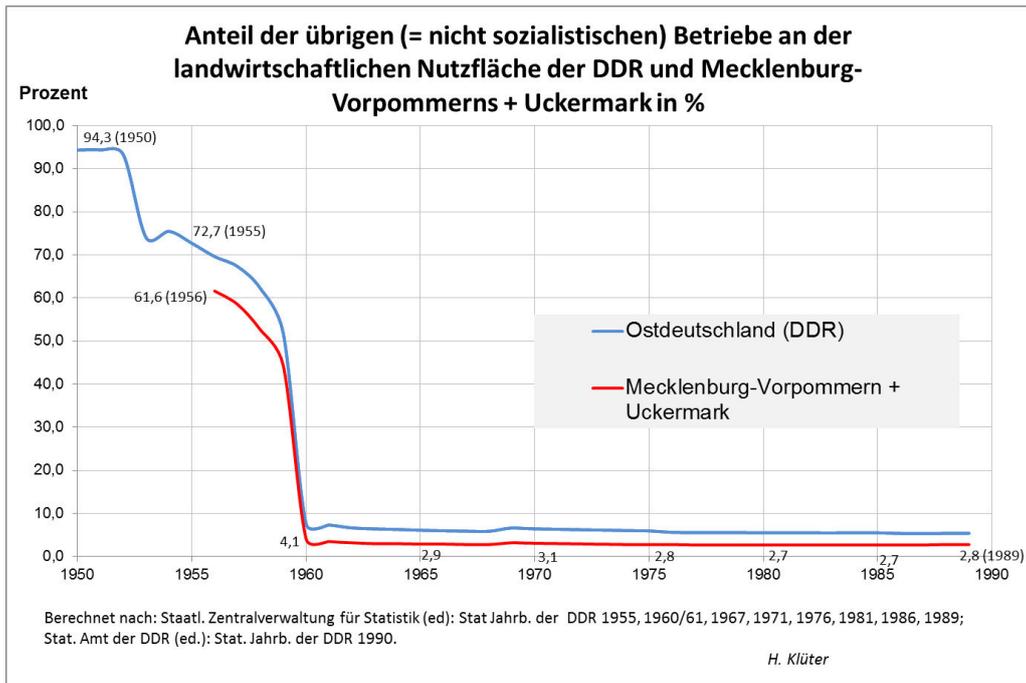


Abb. 113: Anteil der übrigen (= nicht sozialistischen) Betriebe an der landwirtschaftlichen Nutzfläche der DDR und Mecklenburg-Vorpommerns + Uckermark 1950 bis 1989

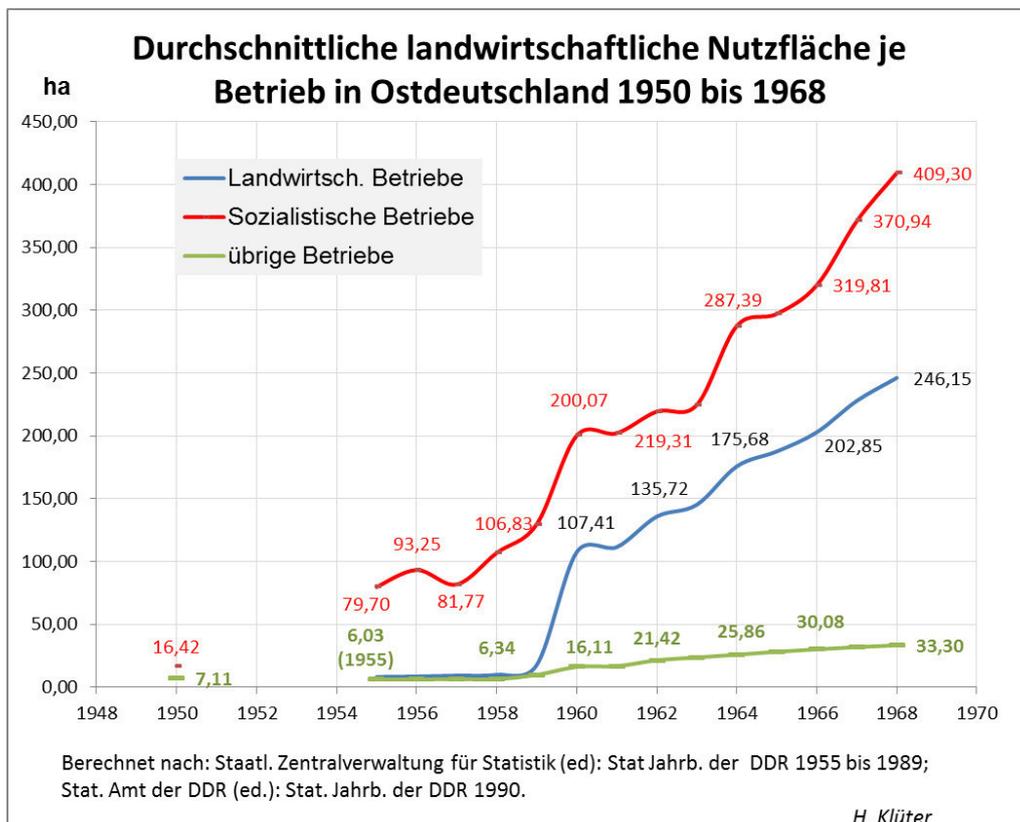


Abb. 114: Durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche je Betrieb in Ostdeutschland 1950 bis 1968

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 18: Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern + Uckermark im Vergleich zur DDR 1956 bis 1968

	1956	1957	1958	1959	1960	1965	1967	1968
Sozialistische Betriebe	18,9	17,9	16,8	161,6	248,8	373,8	494,3	552,6
Durchschnitt M-V + UM	10,5	11,1	11,2	23,3	142,1	274,2	357,1	402,5
Durchschnitt DDR	8,5	9,2	9,9	17,5	107,4	175,7	227,8	246,2
Kirchliche Betriebe	18,9	19,5	30,2	28,6	?	?	?	?
übrige Betriebe	8,2	8,7	8,6	11,3	12,8	27,2	33,4	38,3

Berechnet nach: *Stat. Jahrbücher der DDR 1956 bis 1969.*

1991 waren von den 121 Betrieben mit mehr als 5.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche noch 19 übrig geblieben. Die meisten von ihnen waren als ehemalige volkseigene Güter der Treuhand einverleibt worden. Sie verpachtete die Ländereien an die LPG-Nachfolger und stärkte somit vor allem die Betriebe ab etwa 1000 ha. Die Zahl der Betriebe mit 1000 - 2000 ha stieg von 1989 bis 1991 von 11 auf 257 (Abb. 118). Die von ihnen bewirtschaftete landwirtschaftliche Nutzfläche wuchs von 17.574 ha auf 374.454 ha. Die Betriebe unter 500 ha waren zwar zahlenmäßig recht stark, blieben aber in ihren kumulierten Nutzungsflächen weit hinter den Betrieben mit mehr als 500 ha zurück.

Arbeitete die DDR-Statistik in den 80-er Jahren mit 10 Betriebsklassengrößen, begann das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern 1991 mit 24 Klassen. Diese detaillierte „Eröffnungsbilanz“ zeigt, wie viel Aufmerksamkeit man der landwirtschaftlichen Besitzverteilung in der ersten Zeit nach der Wiedervereinigung widmete.

Für 1992 wurden nur noch 15 Klassen ausgewiesen (Abb. 118). 1993 waren es 14. Die Klassenverschiebungen erzeugten neue Verteilungsmuster. Die Baum-Form von 1991 erschien 1994 als „Bauch“. Seit jenem Jahr wurden für die Betriebe ab 5.000 ha keine Daten mehr ausgewiesen. 1995 fiel auch die > 4000-Betriebeklasse fort.

Bis 2001 stieg die Gesamtzahl der Betriebe nur noch langsam. 1995 waren es 5.166 Betriebe gewesen, 2001 5.225. Außerdem waren die Erfassungsgrößen nach oben verschoben worden. Etwa 400 Betriebe zwischen 1 und 2 ha fielen aus der Gesamtzahl heraus. Betriebe unter 2 ha wurden von 1999 bis 2009 nur dann berücksichtigt, wenn sie mindestens 8 Rinder oder 8 Schweine, 200 Hühner oder anderes Geflügel oder 30 Ar Rebfläche oder andere aufwendigen Spezialkulturen hatten.

In der „Eröffnungsbilanz“ von 1991 waren die Großbetriebe mit mehr als 1.000 ha noch durch 7 Klassen dargestellt worden. Ab 2005 wurden sie zu einer einzigen Klasse als Betriebe mit mehr als 1.000 ha zusammengefasst. So ergab sich 2005 erstmals die heute noch typische umgestülpte Pyramidenform. Die kleineren Betriebsgrößenklassen wurden 2005 wieder detaillierter dargestellt, so dass man sie mit der Ausgangsverteilung von 1991 vergleichen konnte. Die Klasse der Betriebe von 20 bis 30 ha war von 200 auf 307, die Klassen von 30 bis 40 ha von 101 auf 190 gewachsen. Doch war dieses Wachstum viel zu gering, um die umgestülpte Pyramide auf die Füße zu stellen.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

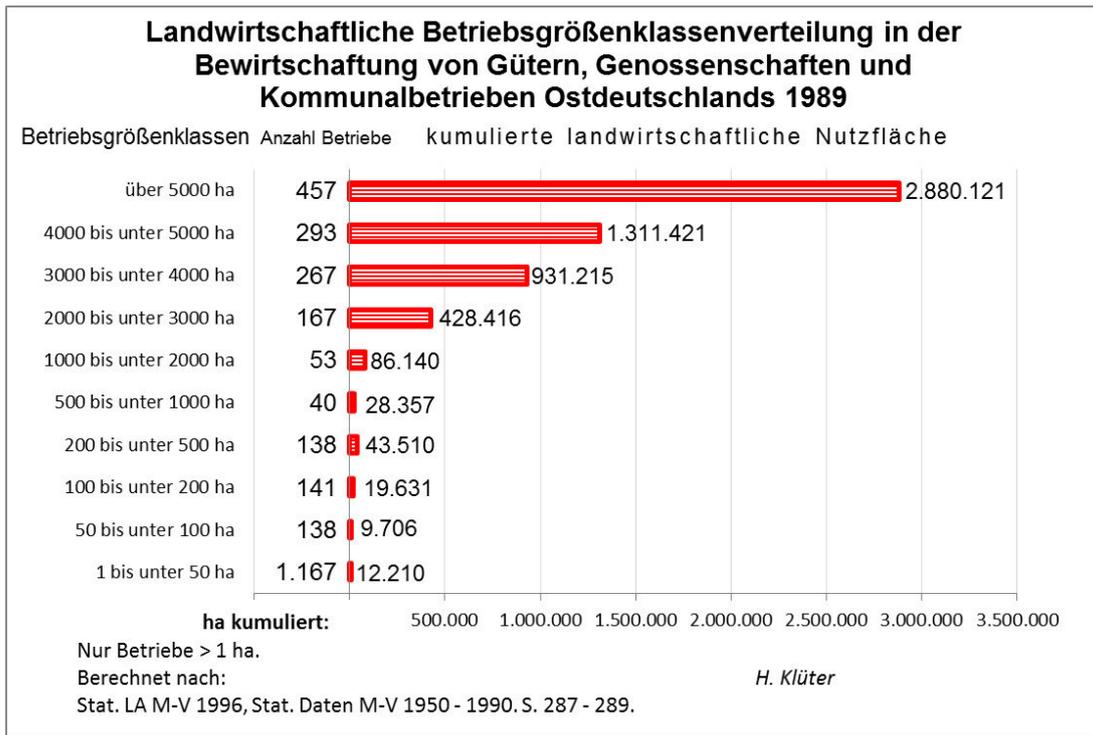


Abb. 115: Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassenverteilung in der Bewirtschaftung von Gütern, Genossenschaften und Kommunalbetrieben Ostdeutschlands 1989

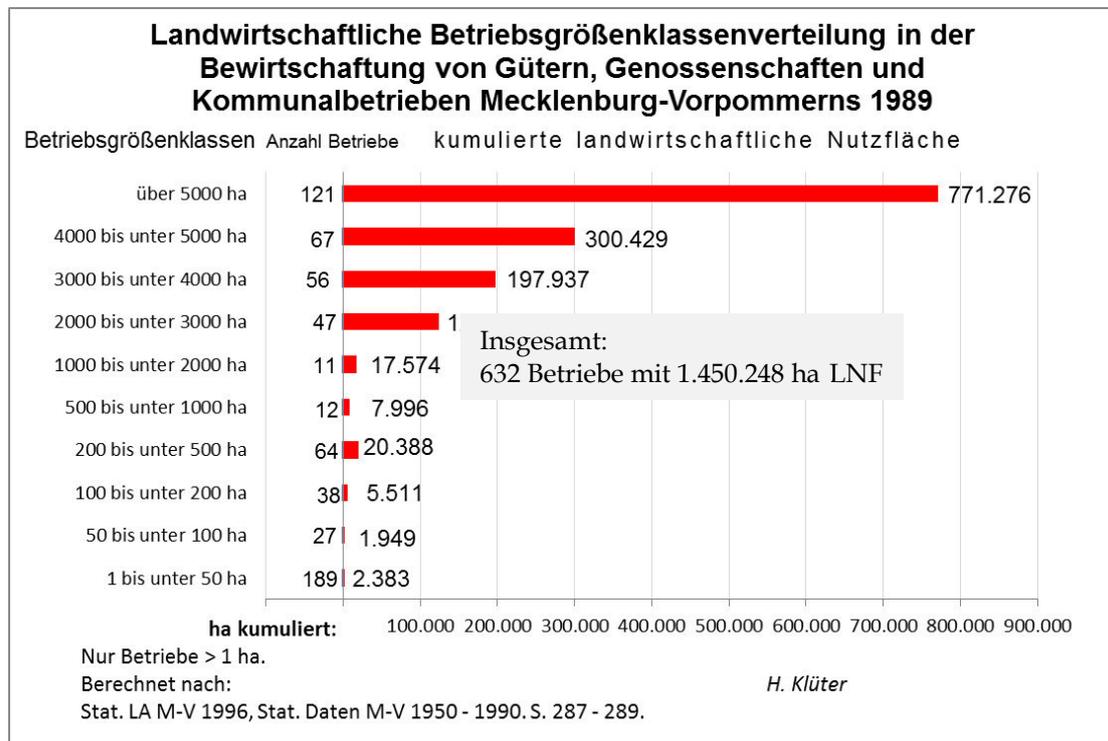


Abb. 116: Landwirtschaftliche Betriebsgrößenklassenverteilung in der Bewirtschaftung von Gütern, Genossenschaften und Kommunalbetrieben Mecklenburg-Vorpommerns 1989

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

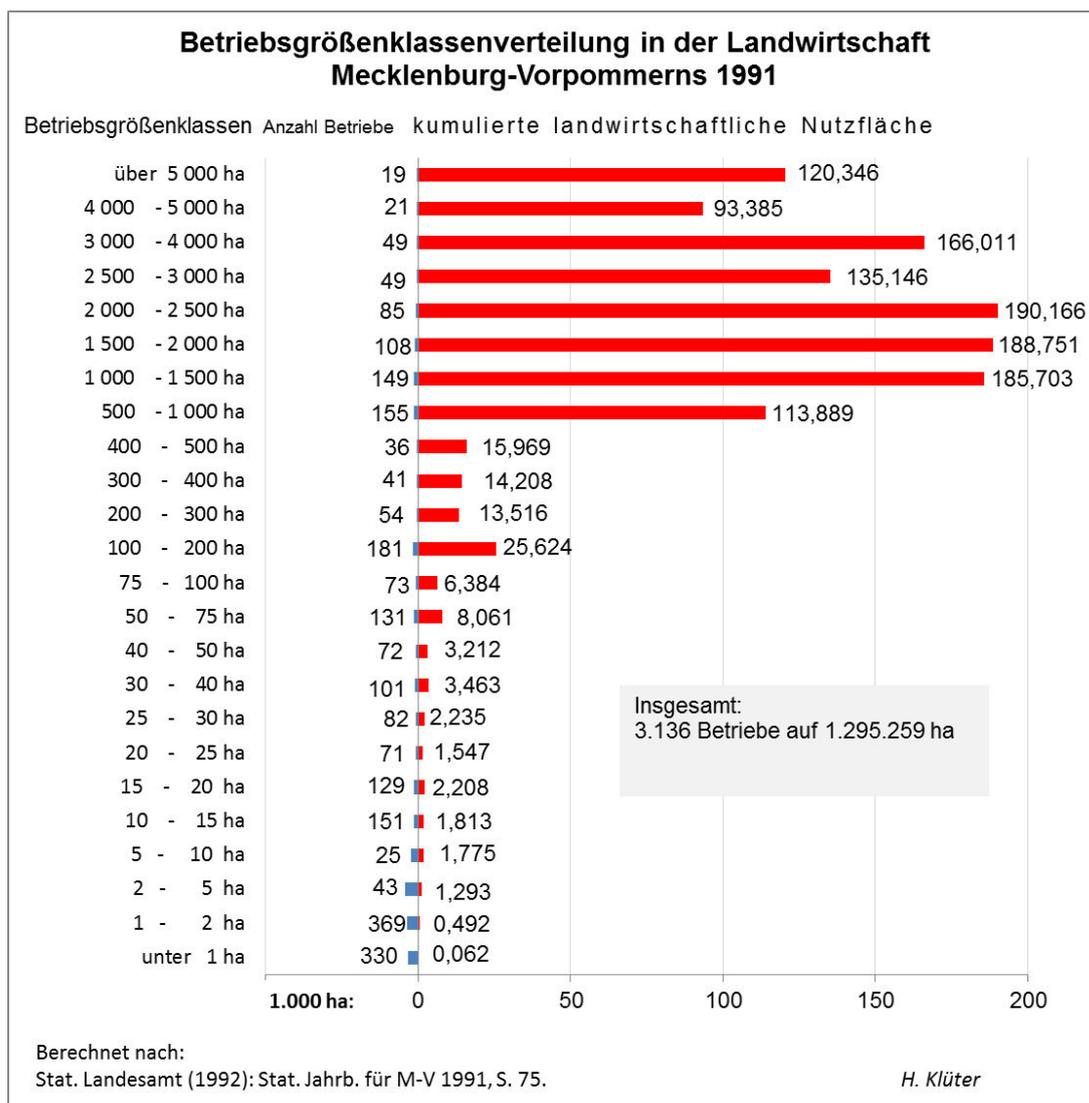


Abb. 117: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1991

2010 wurden die unteren Größenklassen wieder zusammengefasst, so dass seitdem mit 9 Größenklassen gearbeitet wird. Das ist eine weniger als zu DDR-Zeiten. Die Mindesterhebungsgrenze wurde auf 5 ha angehoben. Die Betriebe unter 5 ha werden nur dann erfasst, wenn eines der Kriterien auf S. 26 erreicht wird (vgl. Abb. 126).

Nicht zuletzt durch die erneute Verschiebung der Erhebungsgrenzen nach oben sank die Zahl der Betriebe 2010 auf 4725. Danach wurden die meisten Strukturzahlen nur noch in Hundertern angegeben. Wäre man 1991 bei der ersten Aufstellung der Betriebsgrößenklassenverteilung so verfahren, hätten von 24 Klassen 8 mit der Betriebsanzahl „0“ besetzt werden müssen. Denn alle Zahlen unter 50 werden bei Hunderter-Angaben auf 0 abgerundet.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Abb. 118: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1992

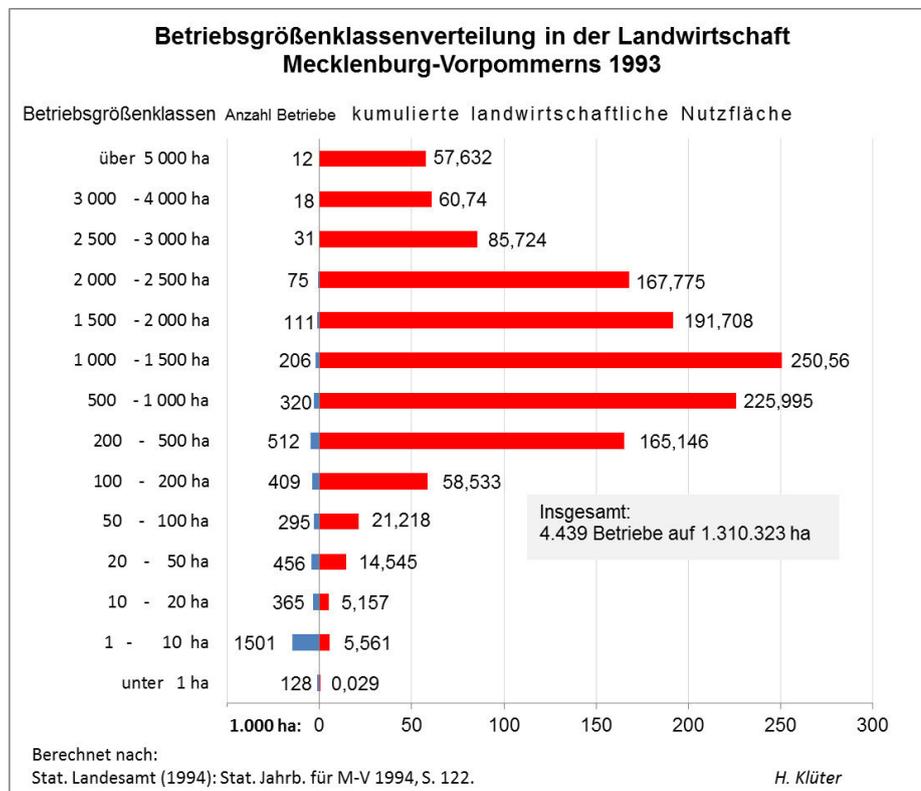


Abb. 119: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1993

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

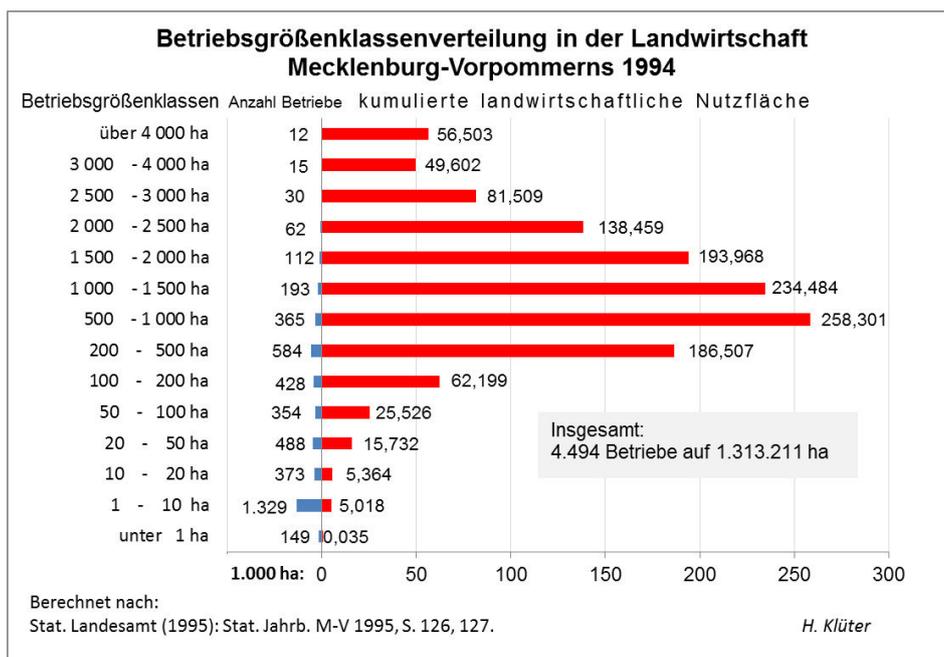


Abb. 120: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1994

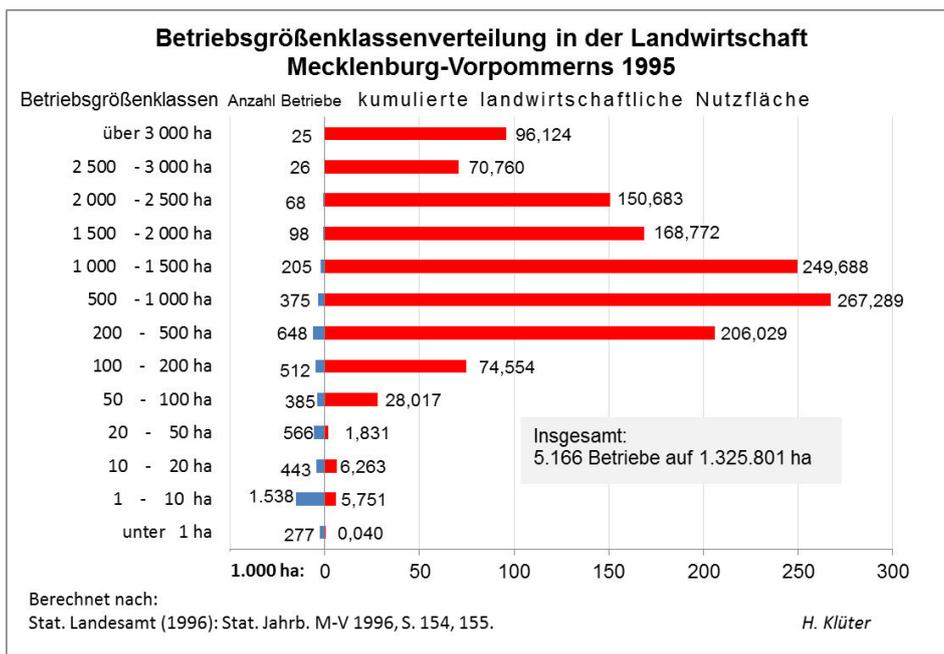


Abb. 121: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1995

Folgende Klassen wären betroffen gewesen:

- 2 - 5 ha (43 Betriebe)
- 5 - 10 ha (25 Betriebe)
- 300 - 400 ha (41 Betriebe)
- 400 - 500 ha (36 Betriebe)

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

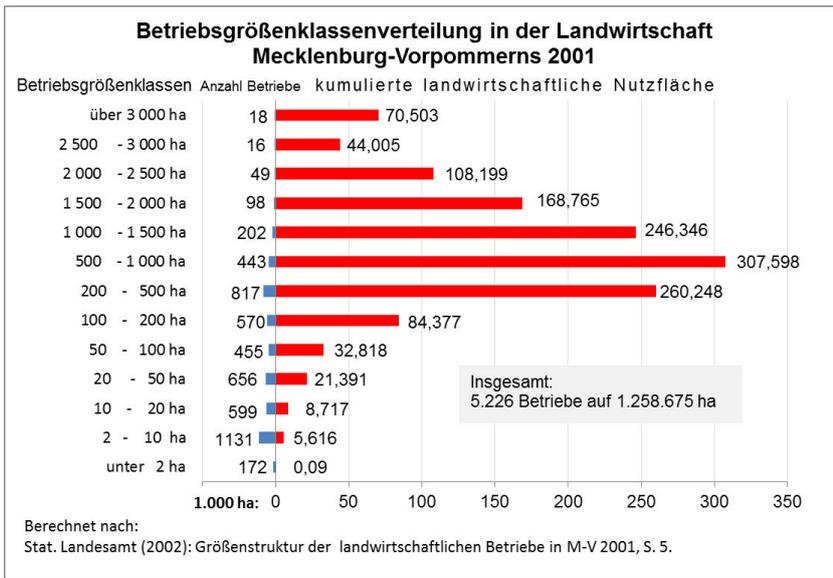


Abb. 122:
Betriebsgrößenklassenverteilung
in der Landwirtschaft Mecklen-
burg-Vorpommerns 2001

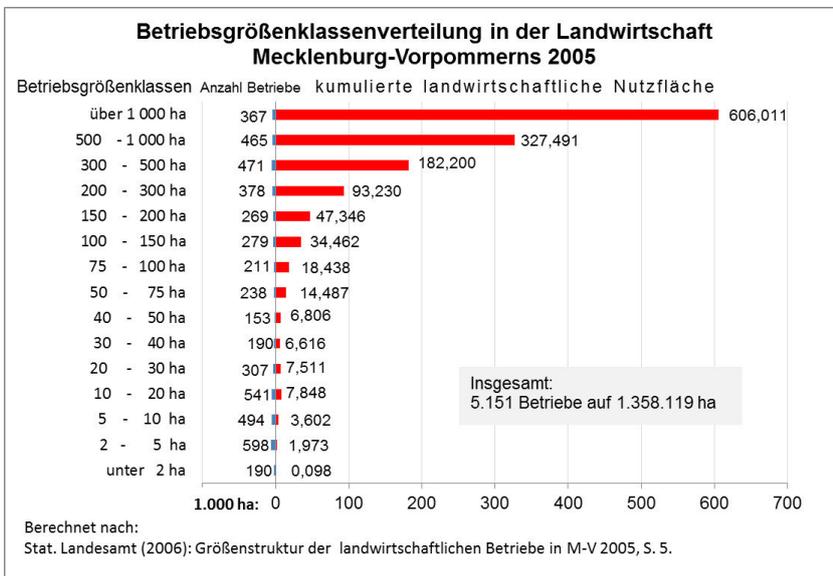


Abb. 123:
Betriebsgrößenklassenverteilung
in der Landwirtschaft MV 2005

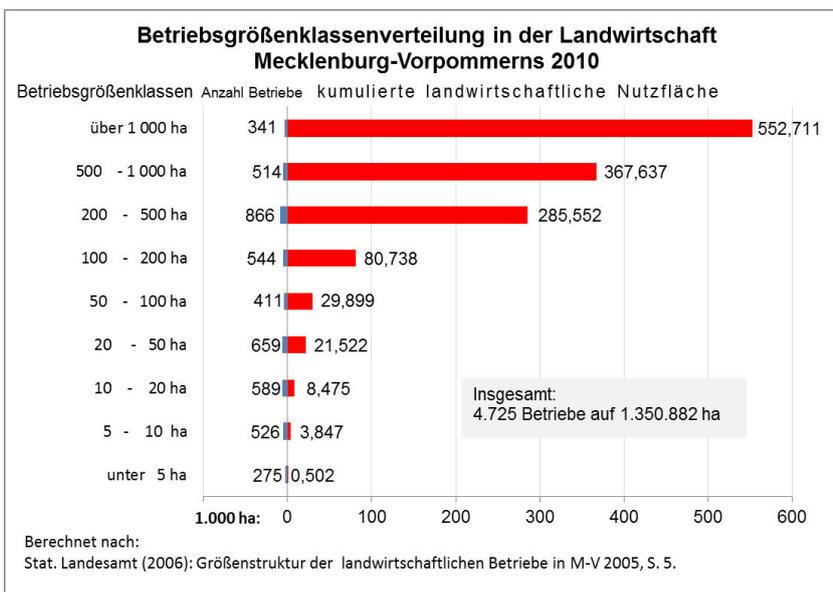


Abb. 124:
Betriebsgrößenklassenverteilung
in der Landwirtschaft MV 2010

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

2500 – 3000 ha	(49 Betriebe)
3000 – 4000 ha	(49 Betriebe)
4000 – 5000 ha	(21 Betriebe)
über 5000 ha	(19 Betriebe).

Die heutige Agrarstatistik ist nicht nur wegen der zu kleinen Klassenzahl unschärfer als die DDR-Statistik. Aufgrund des Übergangs zu Hunderter-Zahlen ist sie die ungenaueste Statistik, die seit 130 Jahren über die deutsche Landwirtschaft erstellt wird. Das ist nicht zuletzt deswegen beklagenswert, als bei den Ämtern für Landwirtschaft die genauen Zahlen vorhanden sind. Sie werden auch fortgeschrieben, jedoch in Mecklenburg-Vorpommern von der Landesstatistik nicht veröffentlicht.

In den folgenden Abbildungen wurde versucht, die Veränderungen bei den Erhebungsgrenzen auszuschließen. Es wurden daher über den gesamten Zeitraum nur die Betriebe mit mehr als 5 ha betrachtet.

Am stabilsten hat sich die Zahl der Großbetriebe ab 500 ha entwickelt. Von 638 stieg ihre Zahl auf 826 im Jahre 2001 und erreichte 2015 eine Zahl zwischen 950 und 1049. Seit Einführung der Betriebsprämie nach Fläche 2005 steigt die Zahl der Großbetriebe an.

Die Klasse der mittleren Betriebe von 50 bis 500 ha war 1991 mit 513 Einheiten die schwächste. Ihre Zahl verdreifachte sich bis 1999 auf 1.855 Einheiten und geht seitdem langsam zurück. Damit ist die Klasse, die in Westdeutschland das Rückgrat der Landwirtschaft bildet, in Mecklenburg-Vorpommern seit 15 Jahren von Schrumpfung betroffen.

Eine ähnliche Stagnation zeichnet sich bei den kleineren Betrieben mit 5 - 50 ha ab. Sie erreichten 2007 ein Optimum und unterliegen seitdem starker Schrumpfung. Bei der Konkurrenz um Pachtland waren sie mit ihrem Interesse an kleineren Flächen besonders benachteiligt, da die BVVG und andere Verpächter „große“ Verträge bevorzugten. Insofern ist verständlich, dass es bei der Nutzungsflächenverteilung seit 1999 kaum noch Änderungen gegeben hat. Wie in der späten DDR-Zeit dominieren Großbetriebe mit mehr als 500 ha.

Die mittleren Betriebe mit 50 bis 500 ha konnten ihren Flächenanteil von 6,39 % auf 27 % im Jahre 1999 ausbauen. Seitdem stagniert ihr Flächenanteil. Ähnliches gilt für die kleineren Betriebe 5 - 50 ha, die 1999 bei 2,48 % und 2015 bei 2,5 % der LNF-Anteile lagen.

Bei Betrachtung der Entwicklung der mittleren Betriebsgrößen ist zu berücksichtigen, dass 1999 und 2010 die Erhebungsgrenzen verändert wurden. Bei Betrachtung der Entwicklung der mittleren Betriebsgrößen ist zu berücksichtigen, dass 1999 und 2010 die Erhebungsgrenzen verändert wurden. Insbesondere der Sprung von 250 ha (2007) auf 286 ha (2010) dürfte dadurch mitverursacht sein.

Abb. 125 zeigt deutlich, dass die mittleren Größenklassen seit 1995 nur geringfügigen Veränderungen unterliegen. Das Land ist praktisch in der Struktur von 1995 mehr oder weniger erstarrt. Dieser Befund gilt nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, sondern für ganz Ostdeutschland. Die Verteilung der Betriebsgrößenklassen in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 2014 zeigt das bekannte Bild in leicht veränderter Form. Auch hier dominiert die umgestülpte Pyramide (Abb. 128).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

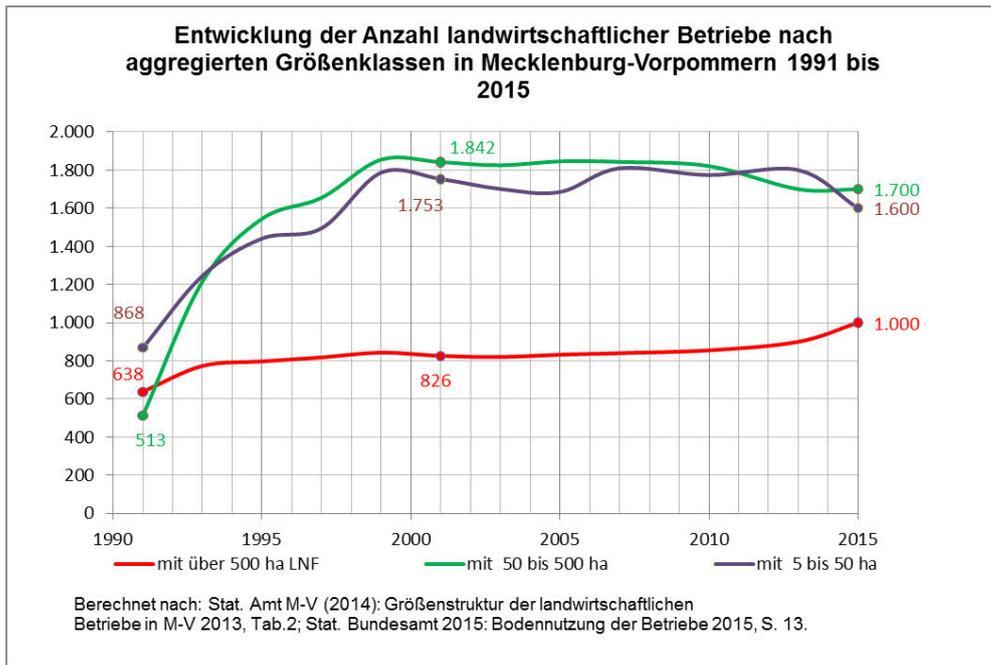


Abb. 125: Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach aggregierten Größenklassen in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015

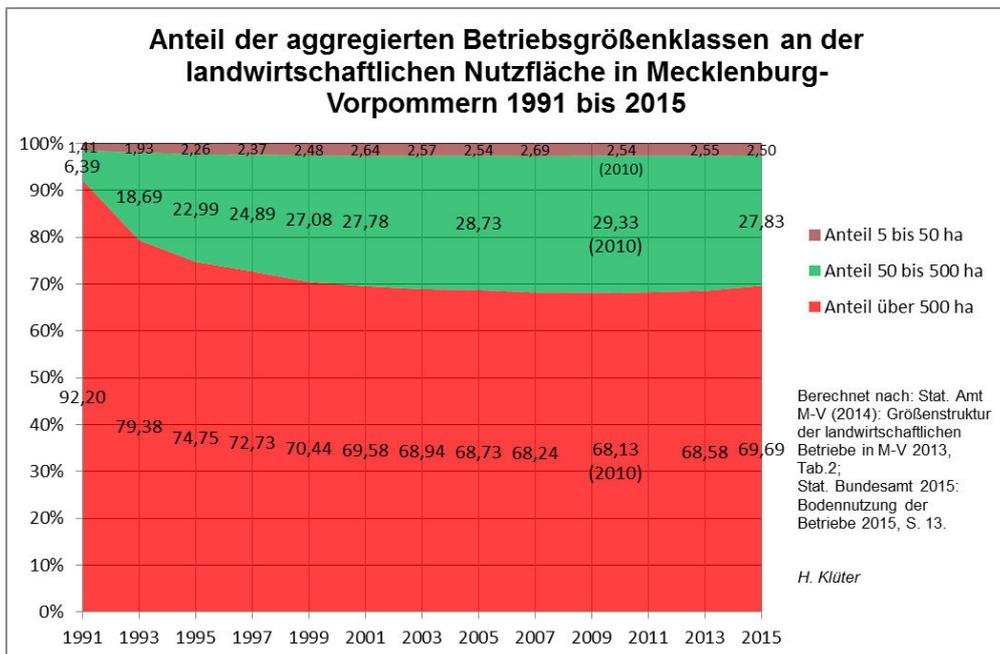


Abb. 126: Anteil der aggregierten Betriebsgrößenklassen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015

Vergleicht man die Agrarstrukturen des mittleren 20. Jahrhunderts mit der heutigen, dann fällt auf, dass die von 2014 nur mit der sozialistischen Unrechtsverteilung gewisse Parallelen aufweist. Mit den Verteilungen von 1939 und der Verteilung von 1949, die eigentlich die Basis für die Privatisierung nach 1989 hätte sein müssen, gibt es so gut wie keine Übereinstimmungen (Abb. 129).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

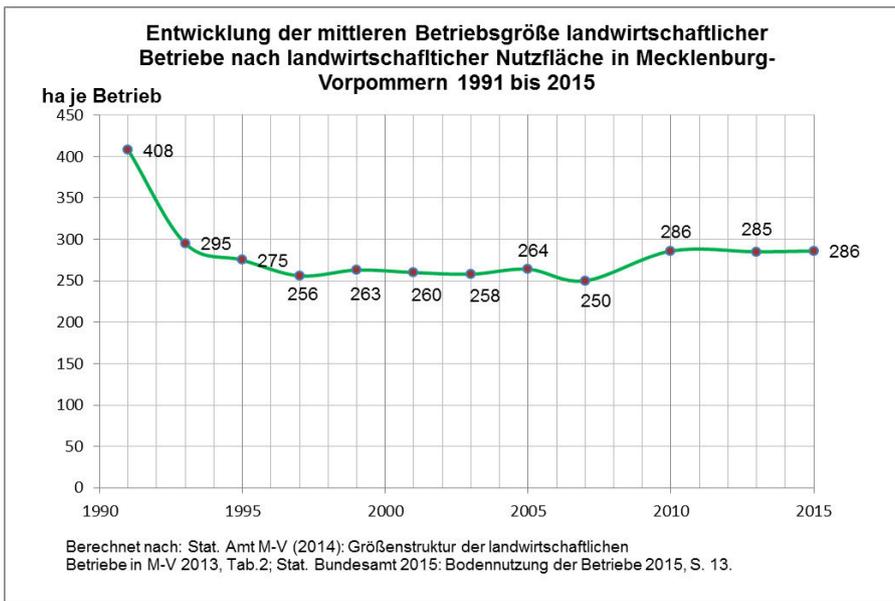


Abb. 127:
Entwicklung der mittleren Betriebsgröße landwirtschaftlicher Betriebe nach Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2015

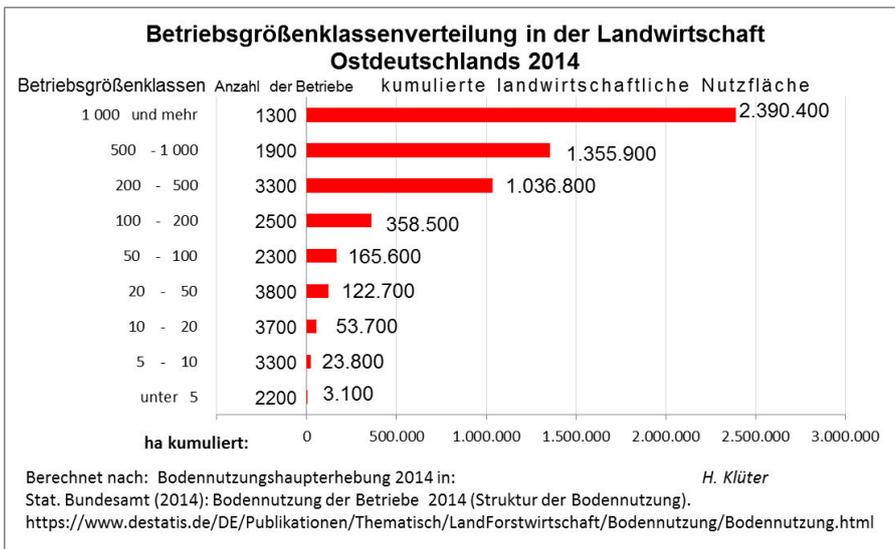


Abb. 128:
Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 2014

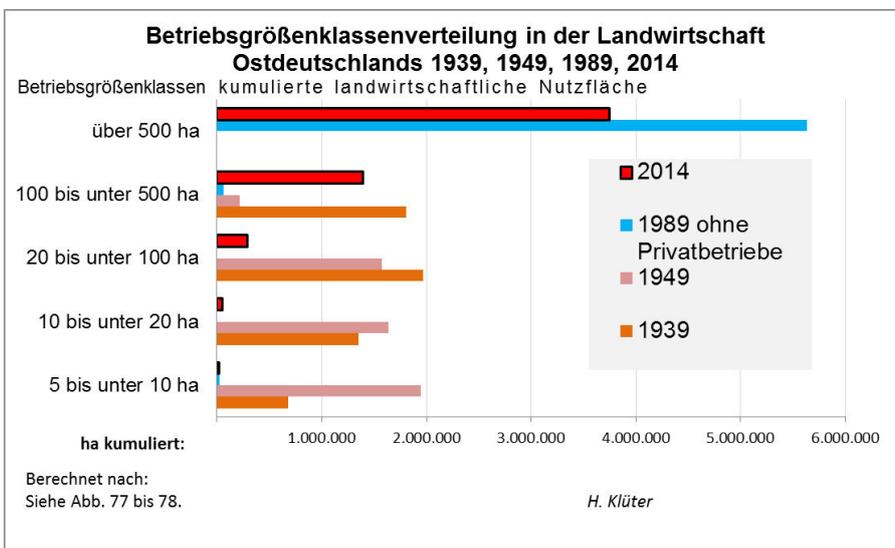


Abb. 129:
Betriebsgrößenklassenverteilung in der Landwirtschaft Ostdeutschlands 1939, 1949, 1989 und 2014

5.5 PFLANZENBAU

Die Anbaustrukturen im Pflanzenbau haben sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Mit der Einbindung in den Europa- und Welthandel sowie mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskraft wurden arbeitsintensive Kulturen wie Kartoffeln und Zuckerrüben zurückgefahren. Die Anbauflächen für Gerste und Weizen wurden seit etwa 1965 ausgeweitet. Seit dieser Zeit expandieren auch Mais- und Rapsanbau. Durch die Änderungen im EEG wurde der Anbau weiter beflügelt.

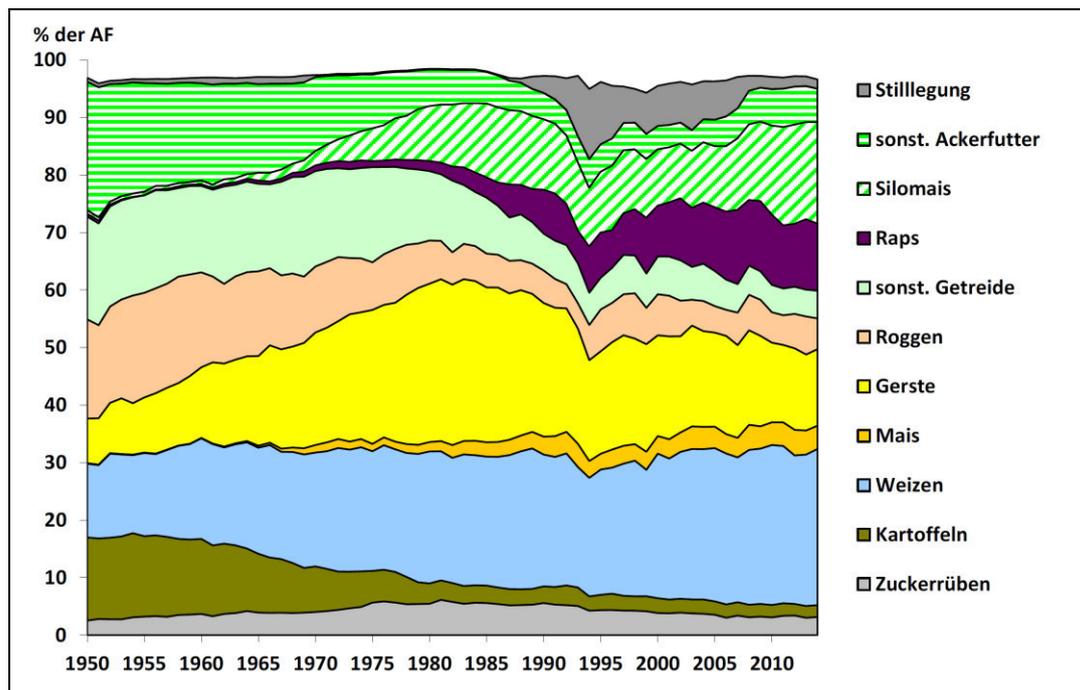


Abb. 130: Entwicklung des Anbaus von Ackerkulturen in Deutschland 1950 - 2014.

Aus: Gömann et al. 2015, S. 62.

Die Statistik der Bodennutzungserhebungen liegt nur in Tausend-Hektar-Angaben vor. Dies hat zur Folge, dass vor allem Sonder- und Spezialkulturen unscharf dargestellt werden. Die Absolutdaten in Tabelle 19 wurden in einem ersten Schritt in Regionalstrukturen umgerechnet, wobei die landwirtschaftlichen Nutzflächen von Mecklenburg-Vorpommern bzw. Schleswig-Holstein jeweils als 100 Prozent gesetzt wurden. In einer weiteren Tabelle wurden die jeweiligen länderspezifischen Anbauflächen auf die gesamte Anbaufläche in Deutschland umgerechnet (vgl. Tab. 21).

Die beiden Landesstrukturen weisen erhebliche Unterschiede auf: Über die Hälfte der Ackerfläche wird in Mecklenburg-Vorpommern für Getreide zur Körnergewinnung genutzt. 17,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird für Winterraps genutzt, der in Schleswig-Holstein nur auf 9,2 % der Nutzfläche kommt. An dritter Stelle rangieren in Mecklenburg-Vorpommern die Pflanzen zur Grünenernte, die dort 13,7%, in Schleswig-Holstein jedoch 23,6 % der Flächen einnehmen. In beiden Bundesländern ist der Kartoffelanbau auf weniger als 1 % der Landwirtschaftsflächen geschrumpft.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 19: Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nach Bodennutzungserhebung 2015 (1.000 ha)

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
Betriebsfläche insgesamt	18 424,3	1 418,8	1 081,9
Landwirtschaftlich genutzte Fläche zusammen	16 730,7	1 346,2	989,4
Ackerland zusammen	11 846,4	1 078,9	661,6
Getreide zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	6 529,2	567,4	302,3
Weizen zusammen	3 282,7	351,8	194,3
Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	3 210,4	348,3	190,9
Sommerweizen	53,5	3,5	2,9
Hartweizen (Durum)	18,8	-	/
Roggen und Wintermenggetreide	616,0	60,9	27,6
Triticale	401,6	11,3	7,5
Gerste zusammen	1 621,8	129,6	64,9
Wintergerste	1 252,9	122,6	59,4
Sommergerste	368,9	7,0	5,4
Hafer	125,7	8,8	6,1
Sommernenggetreide	14,2	0,8	0,9
Körnermais / Mais zum Ausreifen (einschl. CCM)	455,5	3,4	/
anderes Getreide zur Körnergewinnung	11,7	0,6	0,3
Pflanzen zur Grünenernte zusammen	2 746,2	184,5	233,7
Getreide zur Ganzpflanzenernte ²⁾	106,6	7,1	20,4
Silomais / Grünmais	2 100,4	144,1	167,4
Leguminosen zur Ganzpflanzenernte	258,4	12,6	8,2
Feldgras / Grasanbau auf dem Ackerland	267,8	20,7	37,5
andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte	13,1	0,0	/
Hackfrüchte zusammen	554,1	34,2	12,7
Kartoffeln zusammen	236,7	11,3	5,2
Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung	312,8	22,6	7,0
andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung	4,6	0,3	0,6
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	160,4	15,1	3,0
Erbsen	79,1	3,6	/
Ackerbohnen	37,6	2,8	2,4
Süßlupinen	29,6	5,2	0,1
andere Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung	13,9	3,4	/
Handelsgewächse zusammen	1 374,4	232,8	91,5
Ölfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	1 332,3	231,8	91,1
Winterraps	1 281,8	230,3	90,9
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	3,7	0,1	/
Sonnenblumen	18,4	0,6	/
Öllein (Leinsamen)	5,0	0,2	-

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung	23,4	0,6	/
weitere Handelsgewächse zusammen	42,0	1,0	0,4
Hopfen	18,4	-	-
Tabak	/	-	/
Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen	7,1	/	/
Hanf	1,5	0,4	0,0
andere Pflanzen zur Fasergewinnung	/	-	-
Handelsgewächse nur zur Energieerzeugung	8,1	0,6	0,4
alle anderen Handelsgewächse zusammen	/	/	/
Gemüse, Erdbeeren u.a. Gartengewächse zusammen	136,9	3,1	7,4
Gemüse und Erdbeeren zusammen	128,9	3,0	7,2
im Freiland	127,7	3,0	7,2
unter Glas o. anderen begehbaren Schutzabdeckungen	1,195	0,068	/
Blumen und Zierpflanzen zusammen	7,5	0,0	0,2
im Freiland	5,6	0,0	0,1
unter Glas o. anderen begehbaren Schutzabdeckungen	1,848	0,010	/
Gartenbausämereien, Jungpflanzenerz. zum Verkauf	0,6	0,0	/
Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte und weitere Handelsgewächse ³⁾	23,5	2,3	0,4
Sonstige Kulturen auf dem Ackerland	11,6	2,2	0,1
Stillgelegte Flächen mit Beihilfe- / Prämienanspruch	302,6	36,8	9,5
Brache ohne Beihilfe- / Prämienanspruch	7,6	0,6	/
Dauerkulturen zusammen	204,7	3,3	7,2
Dauerkulturen im Freiland zusammen	204,6	3,3	7,2
Baum- und Beerenobst einschl. Nüsse	64,1	2,5	1,0
Baumobstanlagen	54,4	1,8	0,8
Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)	9,0	0,6	0,2
Nüsse	0,7	0,0	/
Rebflächen	99,6	0,0	-
Baumschulen	19,9	0,2	3,9
Weihnachtsbaumkulturen	20,1	/	/
andere Dauerkulturen im Freiland	0,9	0,0	/
Dauerkulturen unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen	0,178	-	/
Dauergrünland zusammen	4 677,1	263,9	320,3
Wiesen	1 844,0	60,5	27,0
Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)	2 651,0	198,5	288,8
ertragsarmes Dauergrünland	164,9	3,7	3,9

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe- / Prämienanspruch	17,2	1,2	/
Haus- und Nutzgärten	2,4	0,1	0,3
Sonstige Flächen zusammen	1 693,6	72,6	92,5
dauerhaft nicht mehr gen. LF ohne Prämienanspruch	18,0	2,7	4,0
Waldflächen und Kurzumtriebsplantagen zusammen	1 382,7	42,8	48,5
Waldflächen	1 376,9	42,8	48,4
Kurzumtriebsplantagen	/	0,1	0,1
Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen	292,9	27,0	40,0
Produktionsfläche für Speisepilze	0,032		-
Champignons	0,027	.	-
andere Speisepilze	0,005	.	-

1 Einschließlich Saatguterzeugung.

2 Einschließlich Teigreife.

3 Ohne Ölfrüchte.

Aus: Stat. Bundesamt (2015): Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Flächen) 2015. Wiesbaden.

Bei Gemüse und Dauerkulturen ist Schleswig-Holstein doppelt so stark wie Mecklenburg-Vorpommern. Bei Dauergrünland sind die Unterschiede nach Fläche am größten: In Schleswig-Holstein gibt es 320.300 ha Dauergrünland, vor allem Weiden. In Mecklenburg-Vorpommern sind es demgegenüber nur 263.900 ha. Auch bei Haus- und Nutzgärten ist Schleswig-Holstein mehr als doppelt so stark wie Mecklenburg-Vorpommern.

Tab. 20: Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein nach Bodennutzungserhebung 2015

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
Landwirtschaftlich genutzte Fläche zusammen	100,0	100,0	100,0
Ackerland zusammen	70,8	80,1	66,9
Getreide zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	39,0	42,1	30,6
Weizen zusammen	19,6	26,1	19,6
Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	19,2	25,9	19,3
Sommerweizen	0,3	0,3	0,3
Roggen und Wintermenggetreide	3,7	4,5	2,8
Triticale	2,4	0,8	0,8
Gerste zusammen	9,7	9,6	6,6
Wintergerste	7,5	9,1	6,0
Sommergerste	2,2	0,5	0,5

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
Hafer	0,8	0,7	0,6
Sommermenggetreide	0,1	0,1	0,1
Körnermais / Mais zum Ausreifen (einschl. CCM)	2,7	0,3	
anderes Getreide zur Körnergewinnung	0,1	0,0	0,0
Pflanzen zur Grünenernte zusammen	16,4	13,7	23,6
Getreide zur Ganzpflanzenernte ²⁾	0,6	0,5	2,1
Silomais / Grünmais	12,6	10,7	16,9
Leguminosen zur Ganzpflanzenernte	1,5	0,9	0,8
Feldgras / Grasanbau auf dem Ackerland	1,6	1,5	3,8
andere Pflanzen zur Ganzpflanzenernte	0,1	0,0	
Hackfrüchte zusammen	3,3	2,5	1,3
Kartoffeln zusammen	1,4	0,8	0,5
Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung	1,9	1,7	0,7
andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung	0,0	0,0	0,1
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	1,0	1,1	0,3
Erbsen	0,5	0,3	
Ackerbohnen	0,2	0,2	0,2
Süßlupinen	0,2	0,4	0,0
andere Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung	0,1	0,3	
Handelsgewächse zusammen	8,2	17,3	9,2
Ölfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	8,0	17,2	9,2
Winterraps	7,7	17,1	9,2
Sommerraps, Winter- und Sommerrübsen	0,0	0,0	
Sonnenblumen	0,1	0,0	
Öllein (Leinsamen)	0,0	0,0	
andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung	0,1	0,0	
weitere Handelsgewächse zusammen	0,3	0,1	0,0
Gemüse, Erdbeeren u.a. Gartengewächse zusammen	0,8	0,2	0,7
Gemüse und Erdbeeren zusammen	0,8	0,2	0,7
im Freiland	0,8	0,2	0,7
Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte und weitere Handelsgewächse ³⁾	0,1	0,2	0,0
Sonstige Kulturen auf dem Ackerland	0,1	0,2	0,0
Stillgelegte Flächen mit Beihilfe- / Prämienanspruch	1,8	2,7	1,0
Brache ohne Beihilfe- / Prämienanspruch	0,0	0,0	
Dauerkulturen zusammen	1,2	0,2	0,7
Dauerkulturen im Freiland zusammen	1,2	0,2	0,7
Baum- und Beerenobst einschl. Nüsse	0,4	0,2	0,1
Baumobstanlagen	0,3	0,1	0,1
Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)	0,1	0,0	0,0

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

	Deutsch- land	Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
Dauergrünland zusammen	28,0	19,6	32,4
Wiesen	11,0	4,5	2,7
Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)	15,8	14,7	29,2
ertragsarmes Dauergrünland	1,0	0,3	0,4
aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe- / Prämienanspruch	0,1	0,1	
Haus- und Nutzgärten	0,0	0,0	0,0
Sonstige Flächen zusammen	10,1	5,4	9,3
dauerhaft nicht mehr gen. LF ohne Prämienanspruch	0,1	0,2	0,4
Waldflächen und Kurzumtriebsplantagen zusammen	8,3	3,2	4,9
Waldflächen	8,2	3,2	4,9
Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen	1,8	2,0	4,0

In Tabelle 21 wurden die Anteile der Anbauflächen der beiden Bundesländer auf die gesamtdeutschen Flächenwerte bezogen. Dabei wurden die einzelnen Flächenanteile auf den jeweiligen LNF-Anteil ausgerichtet. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über 8,05 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Deutschland. Werte in einem Spektrum von einem Zehntel über oder unter 8,05 wurden als durchschnittlich gewertet. Abweichungen zwischen einem Zehntel und einem Fünftel wurden als über- bzw. unterdurchschnittlich charakterisiert. Werte mit größeren Abweichungen wurden als weit über- bzw. extrem unterdurchschnittlich klassifiziert. Für 68 Anbaukulturen aus Tab. 20 gab es Werte ungleich Null für die beiden Nordbundesländer. Mecklenburg-Vorpommern lag bei nur 7, Schleswig-Holstein bei 12 Kulturen im deutschen Durchschnitt. Daraus kann geschlossen werden, dass es sich bei beiden nicht um „typische“ Bundesländer handelt. Mecklenburg-Vorpommern wies bei 17, Schleswig-Holstein bei 12 Gruppen überdurchschnittliche Werte auf. Beide Länder lagen mit je 44 Gruppen unter dem Durchschnitt.

Tab. 21: Landwirtschaftliche Flächen sowie Flächen verschiedener Anbaukulturen in Deutschland, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz nach Bodennutzungserhebung 2015; jeweilige Prozentanteile an Deutschland

	Deutsch- land	Anteile an Deutschland in %	
		Mecklenburg- Vorpommern	Schleswig- Holstein
Betriebsfläche insgesamt	100	7,70	5,87
Landwirtschaftlich genutzte Fläche zusammen	100	8,05	5,91
Ackerland zusammen	100	9,11	5,58
Getreide zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	100	8,69	4,63
Weizen zusammen	100	10,72	5,92
Winterweizen einschl. Dinkel und Einkorn	100	10,85	5,95
Sommerweizen	100	6,54	5,42
Roggen und Wintermenggetreide	100	9,89	4,48

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

		Anteile an Deutschland in %	
		Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern
Triticale	100	2,81	1,87
Gerste zusammen	100	7,99	4,00
Wintergerste	100	9,79	4,74
Sommergerste	100	1,90	1,46
Hafer	100	7,00	4,85
Sommernenggetreide	100	5,63	6,34
Körnermais / Mais zum Ausreifen (einschl. CCM)	100	0,75	
anderes Getreide zur Körnergewinnung	100	5,13	2,56
Pflanzen zur Grünernte zusammen	100	6,72	8,51
Getreide zur Ganzpflanzenernte ²⁾	100	6,66	19,14
Silomais / Grünmais	100	6,86	7,97
Leguminosen zur Ganzpflanzenernte	100	4,88	3,17
Feldgras / Grasanbau auf dem Ackerland	100	7,73	14,00
Hackfrüchte zusammen	100	6,17	2,29
Kartoffeln zusammen	100	4,77	2,20
Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung	100	7,23	2,24
andere Hackfrüchte ohne Saatguterzeugung	100	6,52	13,04
Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	100	9,41	1,87
Erbsen	100	4,55	
Ackerbohnen	100	7,45	6,38
Süßlupinen	100	17,57	0,34
andere Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung	100	24,46	
Handelsgewächse zusammen	100	16,94	6,66
Ölfrüchte zur Körnergewinnung ¹⁾ zusammen	100	17,40	6,84
Winterraps	100	17,97	7,09
Sommerraps, Winter- und Sommerrüben	100	2,70	
Sonnenblumen	100	3,26	
Öllein (Leinsamen)	100	4,00	
andere Ölfrüchte zur Körnergewinnung	100	2,56	
weitere Handelsgewächse zusammen	100	2,38	0,95
Hanf	100	26,67	0,00
Handelsgewächse nur zur Energieerzeugung	100	7,41	4,94
Gemüse, Erdbeeren u.a. Gartengewächse zusammen	100	2,26	5,41
Gemüse und Erdbeeren zusammen	100	2,33	5,59
im Freiland	100	2,35	5,64
unter Glas o. anderen begehbaren Schutzabdeckungen	100	5,69	
Blumen und Zierpflanzen zusammen	100	0,00	2,67
im Freiland	100	0,00	1,79
unter Glas oder anderen begehbaren Schutzabdeckungen	100	0,54	

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

		Anteile an Deutschland in %	
		Deutschland	Mecklenburg-Vorpommern
Gartenbausämereien, Jungpflanzenerz. zum Verkauf	100	0,00	
Saat- und Pflanzguterzeugung für Gräser, Hackfrüchte und weitere Handelsgewächse ³⁾	100	9,79	1,70
Sonstige Kulturen auf dem Ackerland	100	18,97	0,86
Stillgelegte Flächen mit Beihilfe-/Prämienanspruch	100	12,16	3,14
Brache ohne Beihilfe- / Prämienanspruch	100	7,89	
Dauerkulturen zusammen	100	1,61	3,52
Dauerkulturen im Freiland zusammen	100	1,61	3,52
Baum- und Beerenobst einschl. Nüsse	100	3,90	1,56
Baumobstanlagen	100	3,31	1,47
Beerenobstanlagen (ohne Erdbeeren)	100	6,67	2,22
Baumschulen	100	1,01	19,60
andere Dauerkulturen im Freiland	100	0,00	
Dauergrünland zusammen	100	5,64	6,85
Wiesen	100	3,28	1,46
Weiden (einschl. Mähweiden und Almen)	100	7,49	10,89
ertragsarmes Dauergrünland	100	2,24	2,37
aus der Erzeugung genommenes Dauergrünland mit Beihilfe- / Prämienanspruch	100	6,98	
Haus- und Nutzgärten	100	4,17	12,50
Sonstige Flächen zusammen	100	4,29	5,46
dauerhaft nicht mehr gen. LF ohne Prämienanspruch	100	15,00	22,22
Waldflächen und Kurzumtriebsplantagen zusammen	100	3,10	3,51
Waldflächen	100	3,11	3,52
Gebäude- und Hofflächen sowie andere Flächen	100	9,22	13,66

Tab. 22: Mecklenburg-Vorpommern und seine Anbaustrukturen im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt 2015 (Richtwert: 8,05% der gesamtdeutschen LNF)

	Grenzwerte und Farben in Tab. 21	Anzahl der Tabellenzeilen
weit überdurchschnittlich	>9,651	14
überdurchschnittlich	8,855 – 9,650	3
durchschnittliche	7,245 – 8,854	7
unterdurchschnittlich	6,441 – 7,244	9
extrem unterdurchschnittlich	< 6,441	35
Insgesamt		68

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 23: Schleswig-Holstein und seine Anbaustrukturen im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt 2015 (Richtwert: 5,91% der gesamtdeutschen LNF)

	Grenzwerte und Farben in Tabelle 21	Anzahl der Tabellenzeilen
weit überdurchschnittlich	>7,092	11
überdurchschnittlich	6,501 – 7,091	1
durchschnittliche	5,319 – 6,500	12
unterdurchschnittlich	4,728 – 5,318	3
extrem unterdurchschnittlich	< 4,727	41
Insgesamt		68

Beim Rapsanbau führt Mecklenburg-Vorpommern (230.300 ha) mit großem Vorsprung vor den anderen Bundesländern. Abb. 133 zeigt, dass Raps vor allem in Ostdeutschland angebaut wird. Dort liegen 59% der gesamtdeutschen Flächen. Jeder fünfte Hektar Ackerland wurde in Mecklenburg-Vorpommern 2015 mit Winterrips bebaut. In Sachsen kam Raps auf 17,8 % der Fläche. In Süddeutschland dagegen ist die pflanzenschutzmittelintensive Pflanze schwächer vertreten. Die höchsten Anteile liegen im Saarland und Rheinland-Pfalz bei 10,6 %. In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen die Anbauanteile unter 5,6%.

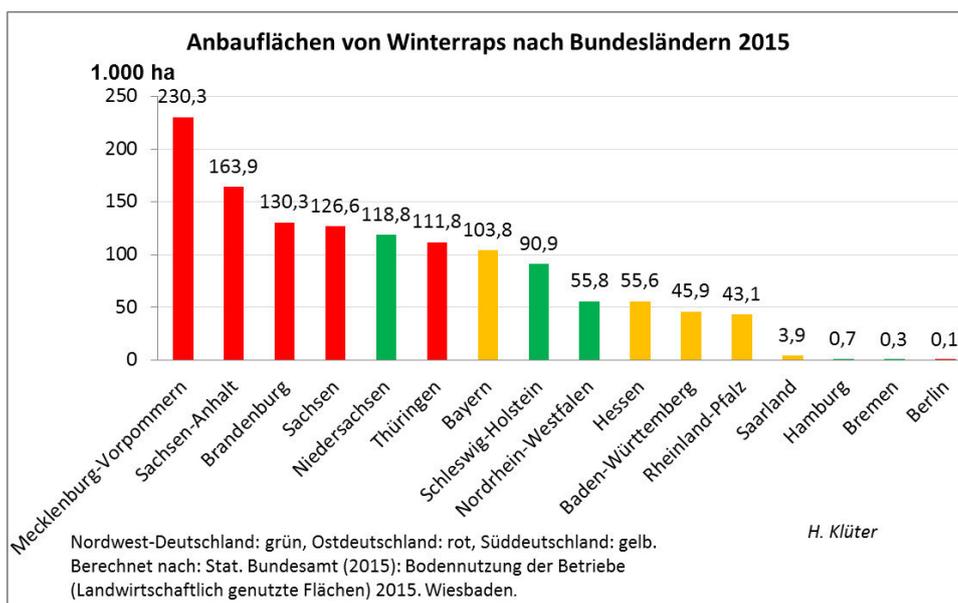


Abb. 131: Anbauflächen von Winterrips nach Bundesländern 2015

Im Wirtschaftsjahr 2013/14 wurden 47,8 Millionen t Getreide geerntet. Nach dem Saldo von Einfuhr und Ausfuhr sowie unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes standen 47,1 Millionen t für die Inlandsverwendung zur Verfügung. Nur 9,9 Millionen t davon wurden für die menschliche Ernährung genutzt. 61,8 % wurden an Tiere verfüttert. 6,5 % wurden für energetische Zwecke eingesetzt.

In Deutschland wurden 2015 55% der Ackerflächen mit Getreide zur Körnergewinnung bestellt. In Mecklenburg-Vorpommern waren es 52,6 %. Mit 567.000 ha Getreide war Mecklenburg-Vorpommern

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

das Anbauland Nr. 1 im Osten vor Sachsen-Anhalt mit 563.000 ha. Mecklenburg-Vorpommern wurde nur von Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen übertroffen. Den höchsten Getreideanteil an der Ackerfläche hatte Hessen mit 64,4 %, gefolgt von Baden-Württemberg mit 62,2 %.

Tab. 24: Inlandsverwendung des Getreides in Deutschland 2013/14

	1.000 t	Anteil in %
Inlandsverwendung Getreide	47.083	100
Tierfutter	29.082	61,8
menschl. Nahrungsverbrauch	9.886	21,0
Energie (incl. Bioethanol)	3.081	6,5
Industrielle Verwertung	2.800	5,9
Saatgut	1.025	2,2
Verluste	1.209	2,6

Berechnet nach: *BMEL 2015. Stat. Jahrb., S. 217.*

Beim Getreideertrag rangierte Mecklenburg-Vorpommern 2015 nach Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bundesweit an dritter Stelle. Alle übrigen ostdeutschen Länder lagen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 74 dt/ha. Aufgrund der außergewöhnlichen Frühsommerdürre mussten sie Ertragseinbußen bis zu 12 dt/ha hinnehmen. 2014 lagen die Hektarerträge in Sachsen-Anhalt bei 80,2 und in Brandenburg bei 63,0 dt. Die Getreideerträge werden stark durch Winterweizen determiniert, der im bundesdeutschen Vergleich in Schleswig-Holstein die höchsten Erträge erbringt.

23,1 % der Ackerflächen werden in Deutschland mit Pflanzen zur Grünernte besetzt. 51 % konzentrierten sich auf die Bundesländer Niedersachsen, Bayern und Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein beträgt ihr Anteil an der gesamten Ackerfläche 35,3% - höher als in jedem anderen Flächenbundesland. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 184.500 ha im Mittelfeld. Dort werden 17,1 % der Ackerflächen mit Pflanzen zur Grünernte bestellt.

Die Frage, wie viel davon zur Energiegewinnung in Biogasanlagen genutzt wird, ist anhand der gegebenen Statistik nicht zu beantworten. Die Agentur für erneuerbare Energien hat 2013 die Nutzung der Bioenergie für 2011 bewertet. Darin sind auch Angaben über den Anteil von Energiepflanzen an der landwirtschaftlich genutzten Fläche enthalten.

Am stärksten war demnach Mecklenburg-Vorpommern mit 19,6 % betroffen. Auch in den anderen ostdeutschen Flächenländern liegt der Anteil weit über dem deutschen Durchschnitt von 11,8%.

Von den westdeutschen Flächenländern erreichen nur Schleswig-Holstein und Niedersachsen den gesamtdeutschen Durchschnitt. Alle süddeutschen Länder liegen unter 9 %. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern ist der Maisanteil für Biogas am höchsten. Er liegt dort bei 7 bis 8,5 %.

Im Mecklenburg-Vorpommern wurden 2015 5,3 Millionen t Silomais geerntet. Die Anbaufläche dafür betrug 144.100 ha, d.h. 13,4% des Ackerlandes.

„Mais zeichnet sich vor allem durch einen hohen Mechanisierungsgrad und eine relativ hohe Ertragsicherheit aus und ist damit aus betriebswirtschaftlicher Sicht kostengünstig.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Abb. 132: Anbauflächen von Getreide zur Körnergewinnung nach Bundesländern 2015

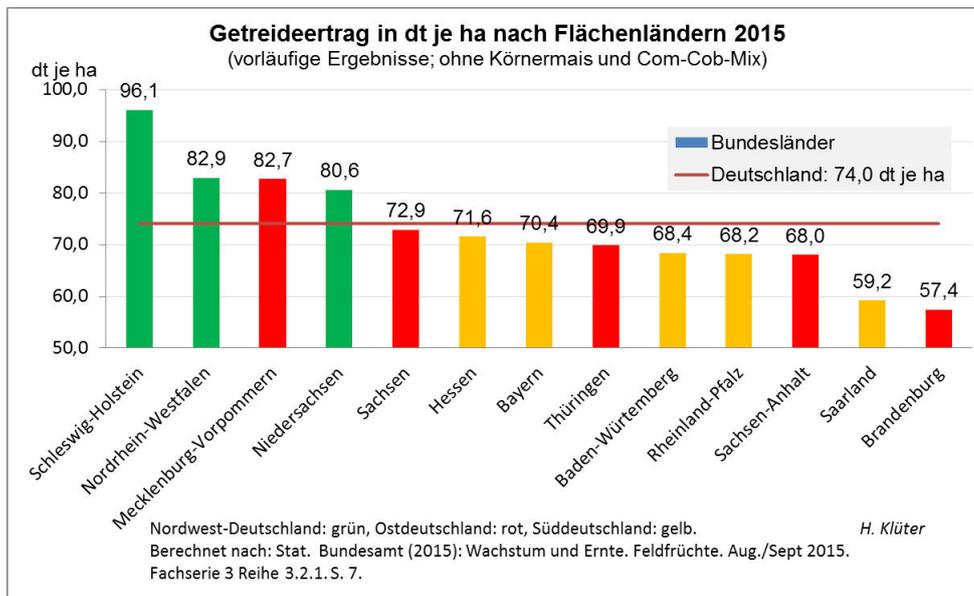


Abb. 133: Getreideertrag in dt je ha nach Flächenländern 2015

Sein Anbauumfang und damit auch sein **Anteil am Ackerland** verdoppelten sich in den vergangenen 40 Jahren, wesentlich beeinflusst durch den Bau von Biogasanlagen seit rund zehn Jahren. **Maissilage als Viehfutter** wird überwiegend in der Rinderfütterung eingesetzt. Während sich in diesem Zeitraum der **Rinderbestand** im Land um rund 5 Prozent erhöhte (2005: 539.000 Tiere, Mai 2015: 565.000 Tiere), vergrößerte sich die Anbaufläche von Silomais um 83 Prozent (2005: 78.700 Hektar, 2015: 144.100 Hektar). Nach der Erntemenge stehen 2,9 Millionen Tonnen Silomais im Jahr 2005 aktuellen

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

5,3 Millionen Tonnen gegenüber. Unter Berücksichtigung des höheren Rinderbestandes in diesem Jahr ist damit zu rechnen, dass aus der Ernte 2015 mehr als 2,0 Millionen Tonnen Silomais für **Biogasanlagen** zur Verfügung stehen. (Die amtliche Agrarstatistik erfasst den Silomais nicht differenziert nach seinem Verwendungszweck.)

Regional betrachtet hat der Anbau von Silomais im Landkreis Ludwigslust-Parchim mit 45 200 Hektar bei einem Anteil am Ackerland von 22,0 Prozent die größte Bedeutung. Dieser Kreis verfügt mit 139.500 Tieren über ein Viertel des Rinderbestandes im Land. Am niedrigsten ist die Anbaukonzentration in den Landkreisen Vorpommern-Rügen und Nordwestmecklenburg mit einem Silomaisanteil am Ackerland von 8,1 bzw. 10,6 Prozent. Die Rinderbestände in diesen beiden Kreisen sind die landesweit niedrigsten mit 48.000 Tieren in Nordwestmecklenburg und 66.100 Tieren in Vorpommern-Rügen.“

Aus: *Pressemitteilung Nr.69/2015 es Stat. Amtes M-V vom 27.11.2015.* http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/index.jsp?&pid=109822

Zu den Bodenerosionsgefahren des Maisanbaus heißt es auf der Website des Umweltbundesamtes:
„Einfluss der Bewirtschaftung

Verschiedene Faktoren der Bewirtschaftung beeinflussen das Auftreten von Bodenerosion. Diese Faktoren können betrieblich angepasst werden:

- Hanglänge (Flurgestaltung, Geometrie und Größe der Ackerfläche),
- Kulturarten (Vielfalt und Abfolge der Kulturarten),
- Bearbeitungssystem (Bestellweise und -intensität),
- Bearbeitungsrichtung (Anordnung der Bearbeitungsrichtung zum Gefälle).

Der Einfluss der Hanglänge bemisst sich aus der Strecke, die ohne Barrieren und Hindernisse für den Abfluss des Wassers zur Verfügung steht. Je länger der Hang desto größer wird das Risiko. Bei starkem Gefälle haben auch geringe Fließstrecken ein hohes Risiko.

Die angebauten Kulturarten beeinflussen den Grad der Bodenbedeckung zu bestimmten Zeiten im Jahresverlauf. Besonders Hackfrüchte wie Mais und Zuckerrüben garantieren erst sehr spät nach der Aussaat eine Bodenbedeckung von mehr als 30 Prozent, die als Minimum für einen wirksamen Schutz des Bodens gilt.“

Aus: <http://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/bodenbelastungen/erosion> (2015-11-17).

Der Maisanbau wurde vor allem durch den Biogasanlagenboom nach 2005 beflügelt. Von 2005 bis 2011 verdoppelte sich in Mecklenburg-Vorpommern die Maisanbaufläche. Die Zahl der Biogasanlagen stieg von 22 im Jahre 2002 auf 70 im Jahre 2005. 2014 wurden in 540 Biogasanlagen 298,7 Megawatt Elektrizität erzeugt. Um 1 Megawatt zu erzeugen, benötigt man mindestens 400 ha Mais.

Das bedeutet, dass 2014 etwa 119.000 ha Flächenäquivalente Mais allein für die Biogasanlagen genutzt wurden. Flächenäquivalente entsprechen nicht der real benötigten Fläche, da in den Biogasanlagen nicht nur Mais vergoren wird. Allerdings sind die anderen Kulturen weniger effektiv als Mais, so dass jene 119.000 ha eher zu niedrig angesetzt sind. Insgesamt wurden 2015 in Mecklenburg-Vorpommern auf 144.100 ha Silomais bzw. Mais zur Grünernte angebaut.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

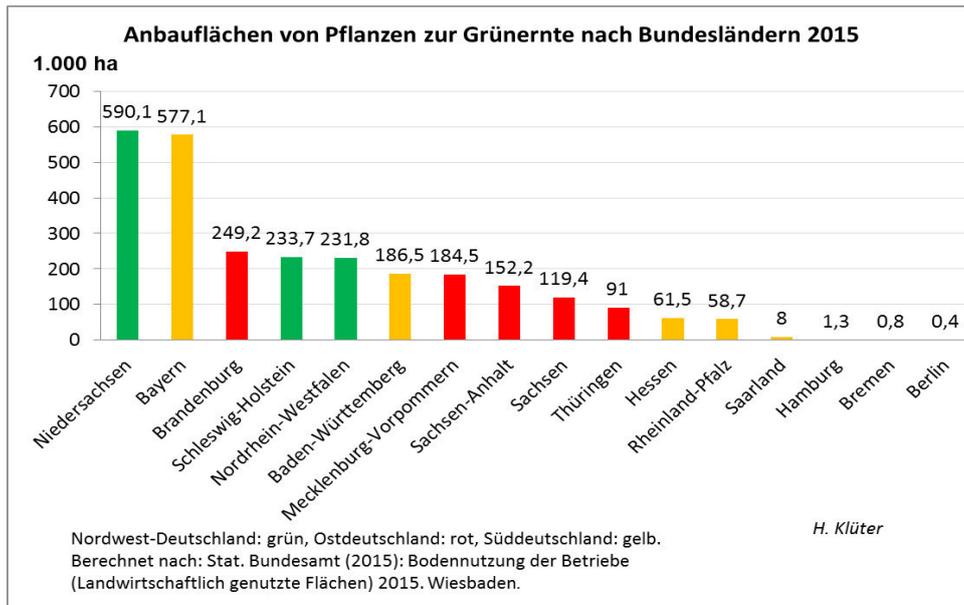


Abb. 134: Anbauflächen von Pflanzen zur Grünernte nach Bundesländern 2015

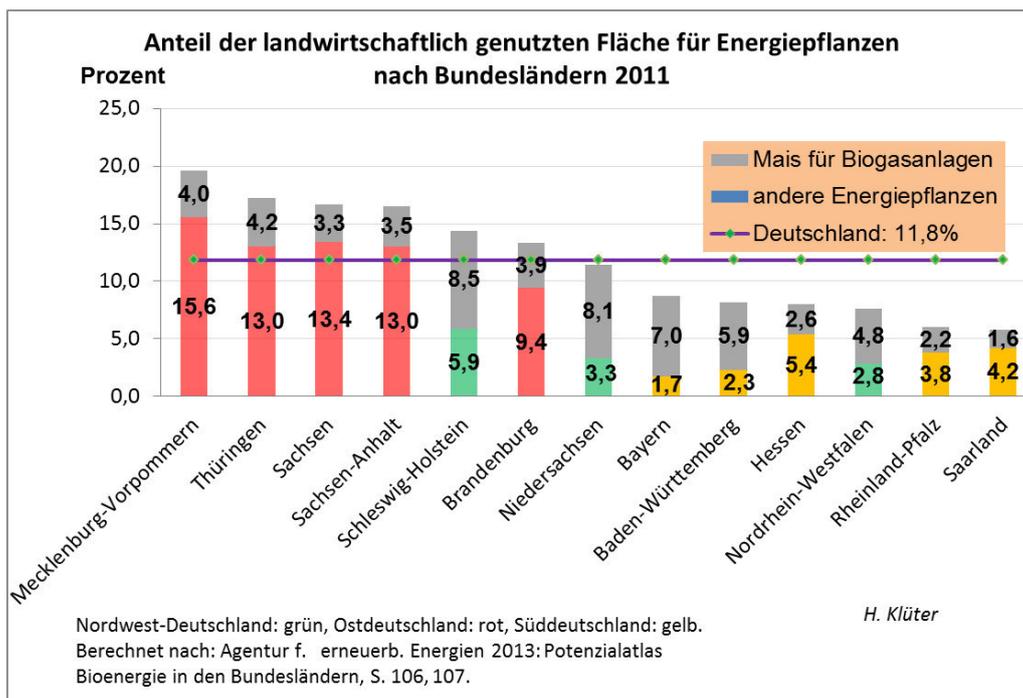


Abb. 135: Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche für Energiepflanzen nach Bundesländern 2011

Demgegenüber beträgt die Anbaufläche für Kartoffeln in Mecklenburg-Vorpommern nur noch 11.300 ha. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern in Ostdeutschland an zweiter Stelle hinter Sachsen-Anhalt, bleibt aber weit hinter den westdeutschen Anbauspitzen zurück. Allein Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen konzentrieren mehr als die Hälfte des westdeutschen Kartoffelanbaus auf sich. Niedersachsen hat knapp zehnmal so viel Kartoffelfläche wie Mecklenburg-Vorpommern.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

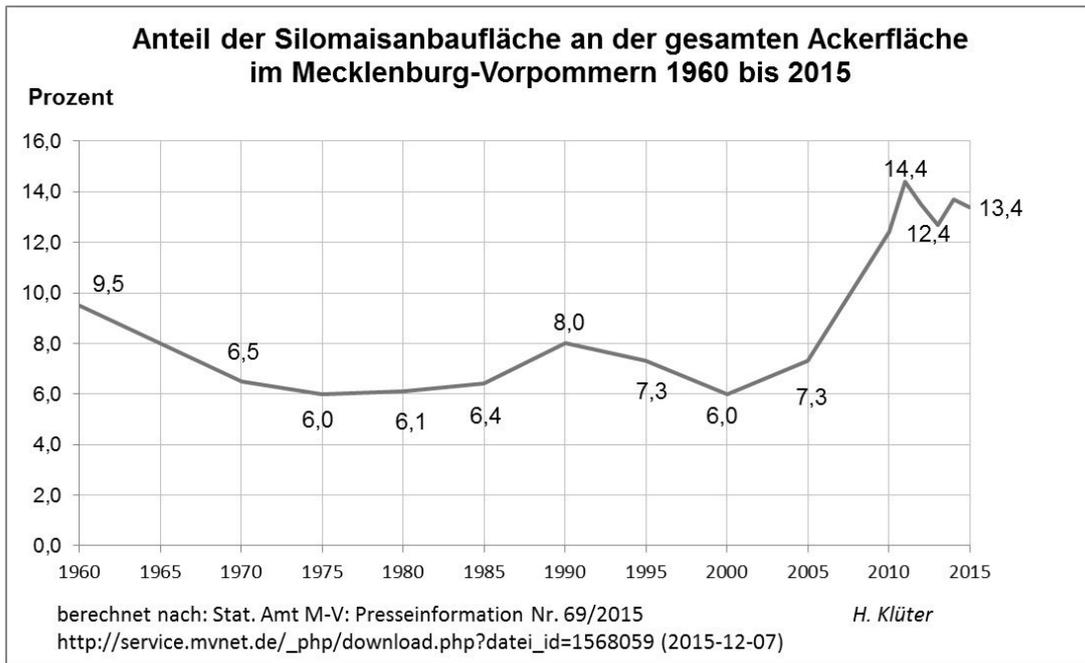


Abb. 136: Anteil der Silomaisanbaufläche an der gesamten Ackerfläche in Mecklenburg-Vorpommern 1960 bis 2015

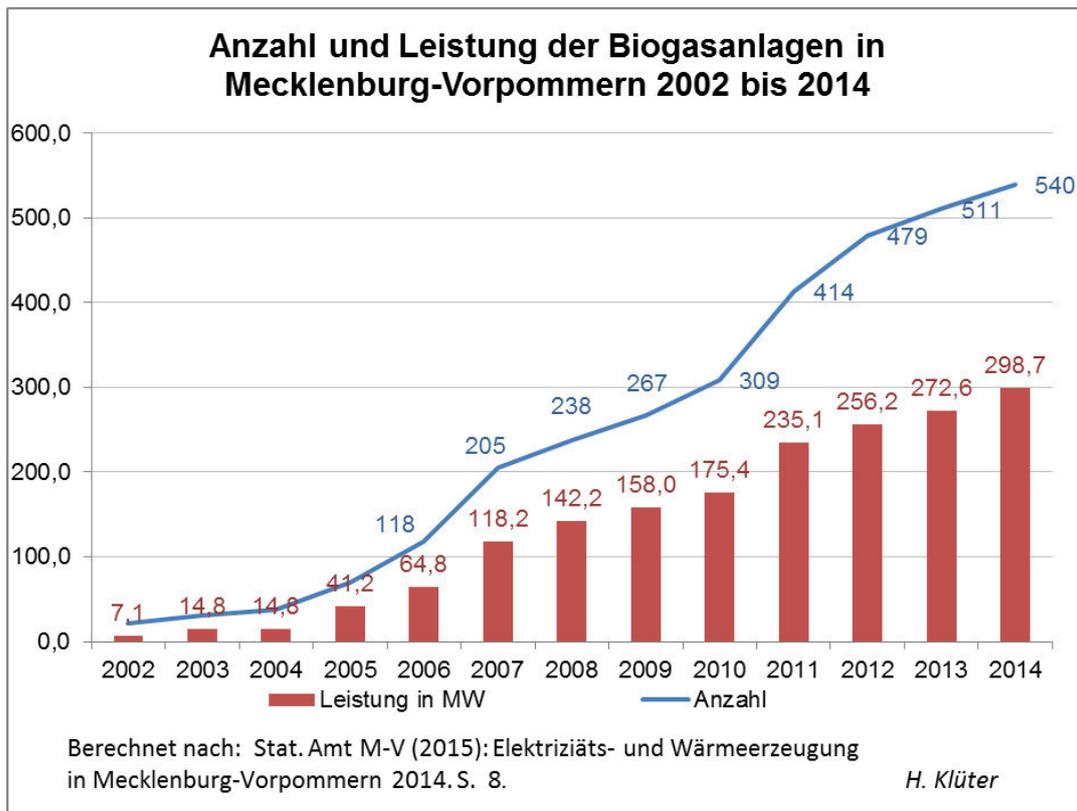


Abb. 137: Anzahl und Leistungen der Biogasanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2002 bis 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

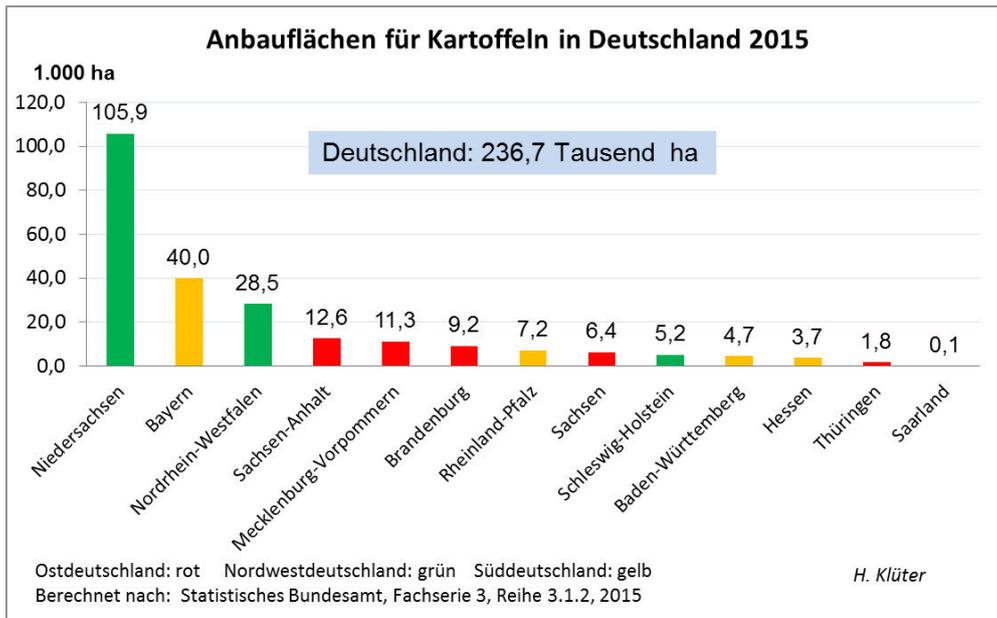


Abb. 138: Anbauflächen für Kartoffeln in Deutschland 2015

Heute ist kaum vorstellbar, dass Mecklenburg-Vorpommern noch 1989 fast so viel Kartoffelanbaufläche wie Niedersachsen hatte. 1980 waren es sogar 109.000 ha. Davon blieben bis 1991 etwa 27.000 ha. Die zu DDR-Zeiten übliche Erntehilfe aus anderen Wirtschaftszweigen fand nicht mehr statt. Für die neuen Großbetriebe war die Kartoffel zu arbeitsaufwändig. 1994 sank die Anbaufläche erstmals unter 20.000 ha und hat sie seitdem nicht mehr überschritten.

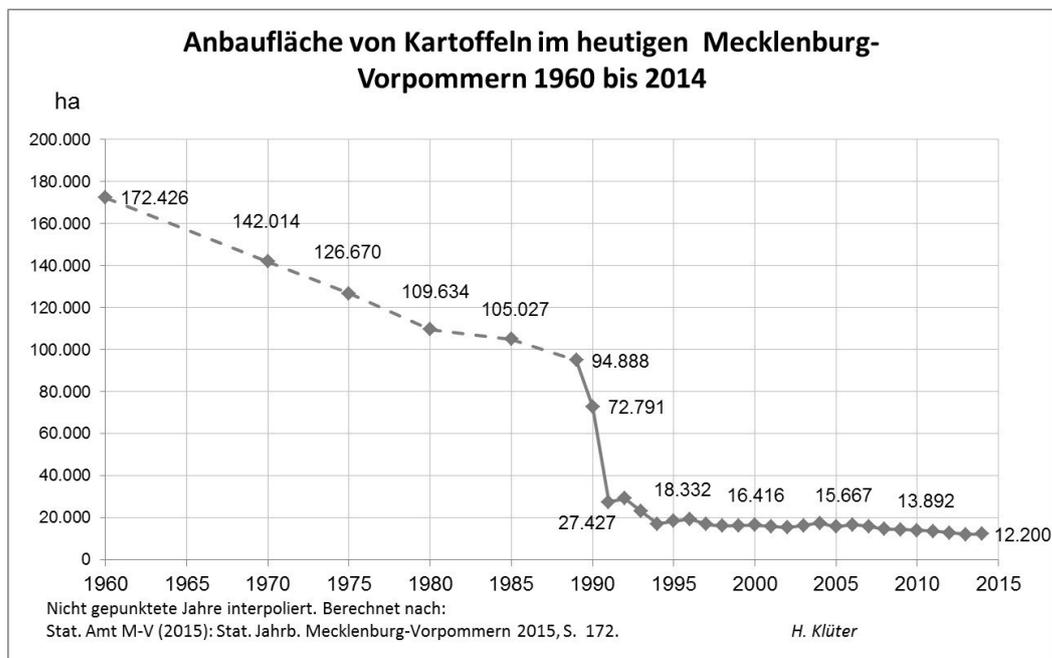


Abb. 139: Anbaufläche von Kartoffeln im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1960 bis 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

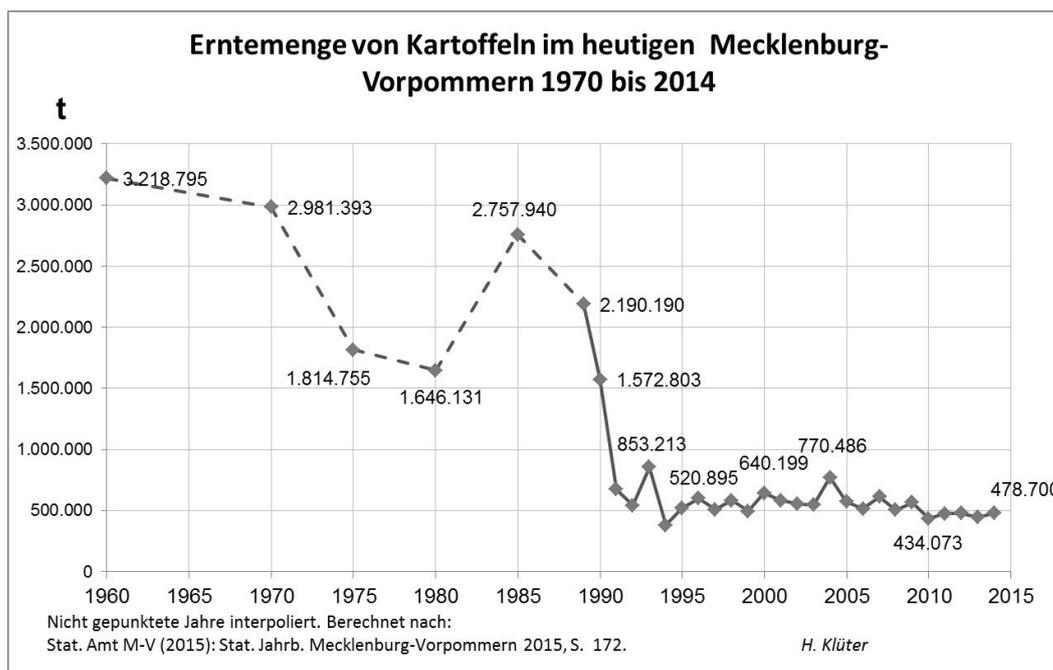


Abb. 140: Erntemenge von Kartoffeln im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1970 bis 2014

Zwar sind die Hektarerträge gestiegen, doch konnten sie den Flächenrückgang nur teilweise kompensieren. Von 2,7 Millionen im Jahre 1985 fiel die Kartoffelernte auf 478.700 t im Jahre 2014 bei 393,1 dt/ha. Der höchste Hektarertrag mit 441 dt/ha wurde 2004 erzielt.

Noch weiter abgeschlagen rangiert Mecklenburg-Vorpommern bei der Erzeugung von Gemüse, Erdbeeren und Gartengewächsen. Mit 3.100 ha liegt Mecklenburg-Vorpommern auf dem drittletzten Flächenländerplatz in Deutschland. In den benachbarten Bundesländern Schleswig-Holstein (7.100 ha) und Brandenburg (6.900 ha) ist die jeweilige Anbaufläche mehr als doppelt so groß. Über ein Drittel der Anbauflächen entfällt auf Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Bis 1989 war Mecklenburg-Vorpommern einer der größten Gemüseproduzenten in der damaligen DDR. Mit über 7.900 ha (ohne Erdbeeren) war die Anbaufläche größer als im heutigen Schleswig-Holstein. Mit dem Zusammenbruch des ostdeutschen Gemüsegroßhandels nach der Wende schrumpften die Anbauflächen um vier Fünftel.

Über 95 % der verbliebenen Anbauflächen (ohne Gartengewächse) konzentrieren sich auf den westlichen Landesteil. In Abb. 143 konnten die beiden Stadtkreise Rostock und Schwerin nicht abgebildet werden, da für sie keine Daten vorlagen. Ludwigslust-Parchim profitiert dabei nicht zuletzt vom expandierenden Spargelanbau. 2013 gab es landesweit 261 ha Spargelflächen, davon 134 ha in Ludwigslust-Parchim. Die Landkreise Rostock und Nordwestmecklenburg sind Zentren des Erdbeeranbaus. Im östlichen Landesteil werden Erdbeeren als Marktfrüchte kaum angebaut.

Extrem stark fiel der wendebedingte Rückgang beim hochwertigen Gewächshausgemüse aus. Bis 1995 blieb nur ein Neuntel der ursprünglichen Fläche zurück (vgl. Abb. 144). Für die großbetriebliche Landwirtschaft ist der Gemüseanbau viel zu aufwändig. Heute muss das Agrarland Mecklenburg-Vorpommern Gemüse aus anderen Regionen einführen.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

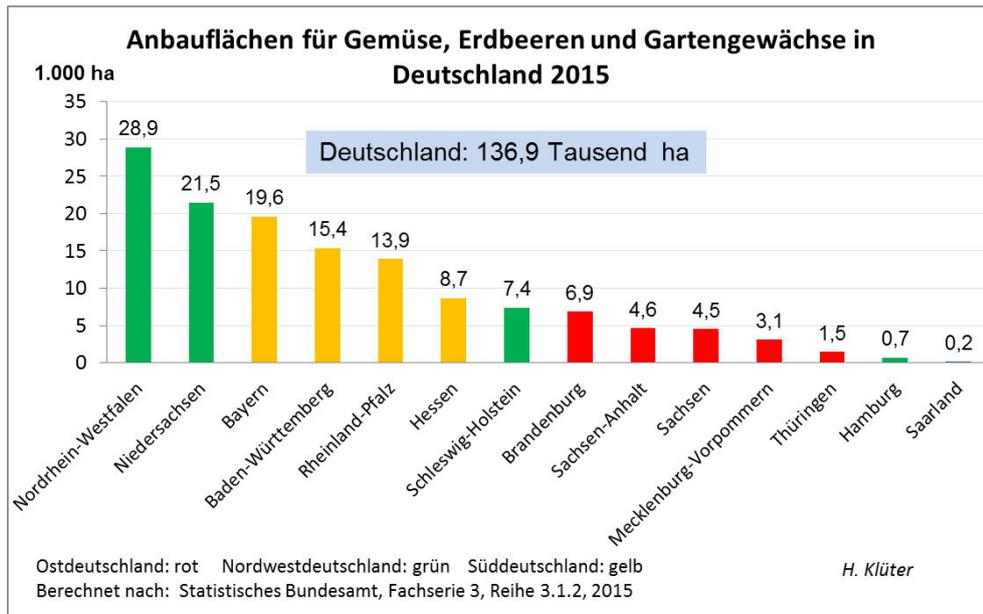


Abb. 141:
Anbauflächen für Gemüse, Erdbeeren und Gartengewächse in Deutschland 2015

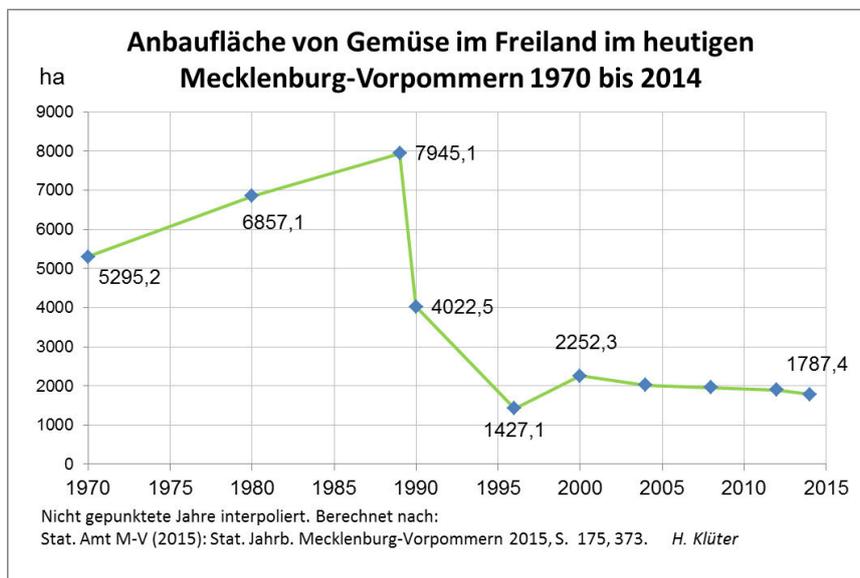


Abb. 142:
Anbaufläche von Gemüse im Freiland im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1970 bis 2014

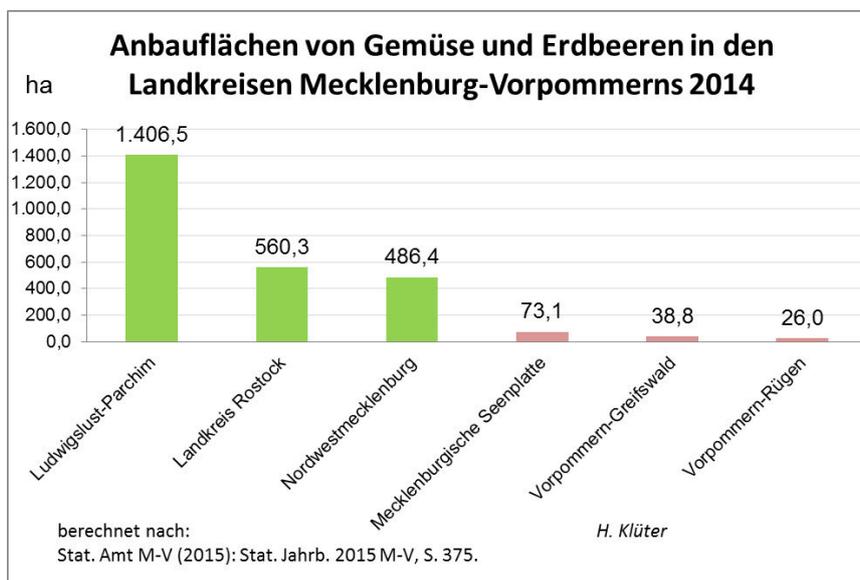
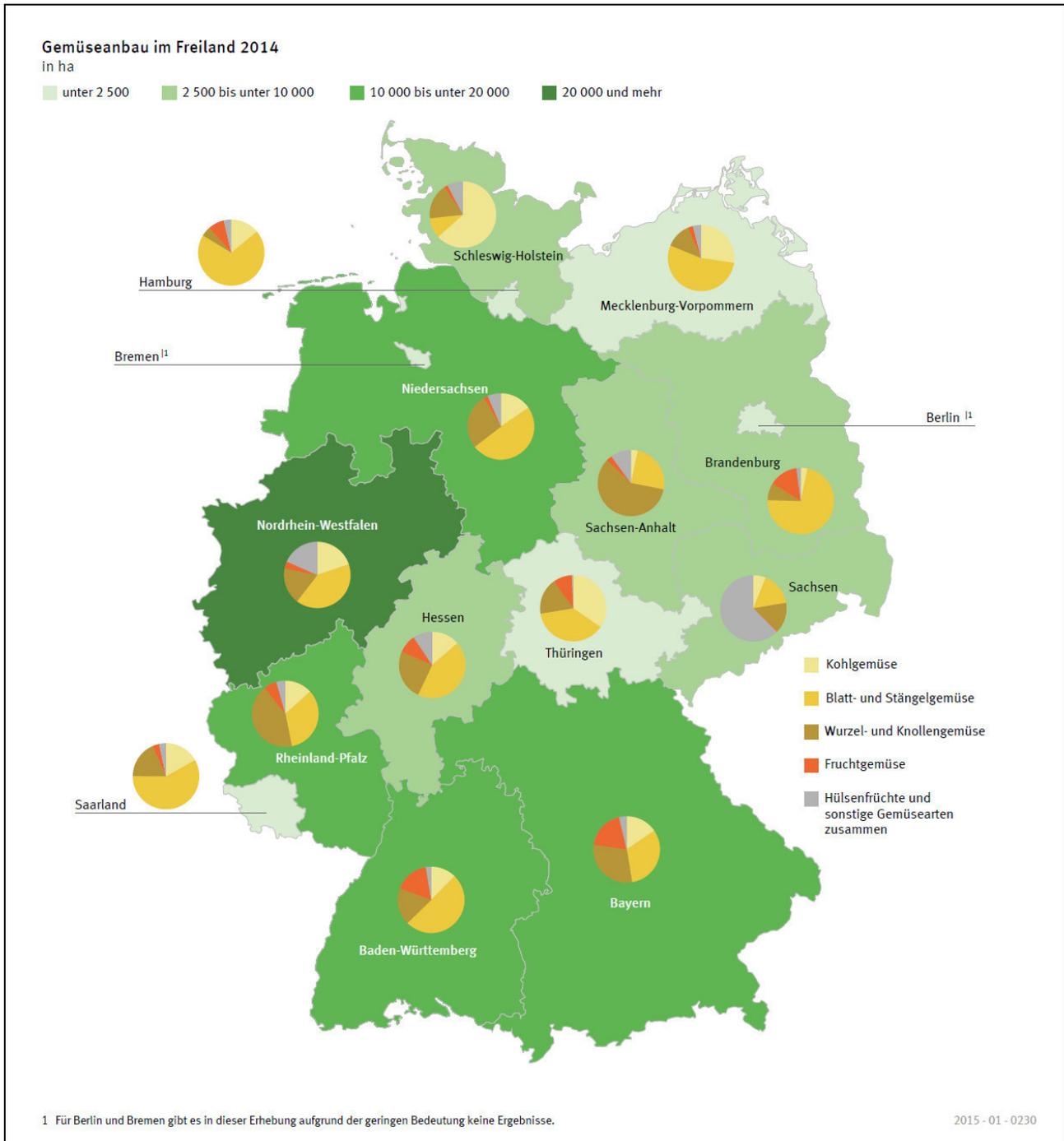


Abb. 143:
Anbauflächen von Gemüse und Erdbeeren in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns 2014

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Auch bei Baum- und Beerenobst ist Mecklenburg-Vorpommern nur schwach vertreten. Über die Hälfte der Anbauflächen entfallen auf die beiden Bundesländern Baden-Württemberg und Niedersachsen. Mit nur 2.500 ha kommt Mecklenburg-Vorpommern auf 3,9 % der Flächen (vgl. Abb. 145).

Abb. 146 zeigt die Entwicklung der Baumobstflächen (ohne Beerenobst). Leider weist die Statistik keine Hektardaten aus der DDR-Zeit aus. Der Rückgang vor 1992 konnte daher nicht abgebildet werden. Seit 1992 sind Flächen um 44 % zurückgegangen.



Karte 21: Gemüseanbau im Freiland 2014

Aus: Stat. Bundesamt 2015, Stat. Jahrbuch, S. 473.

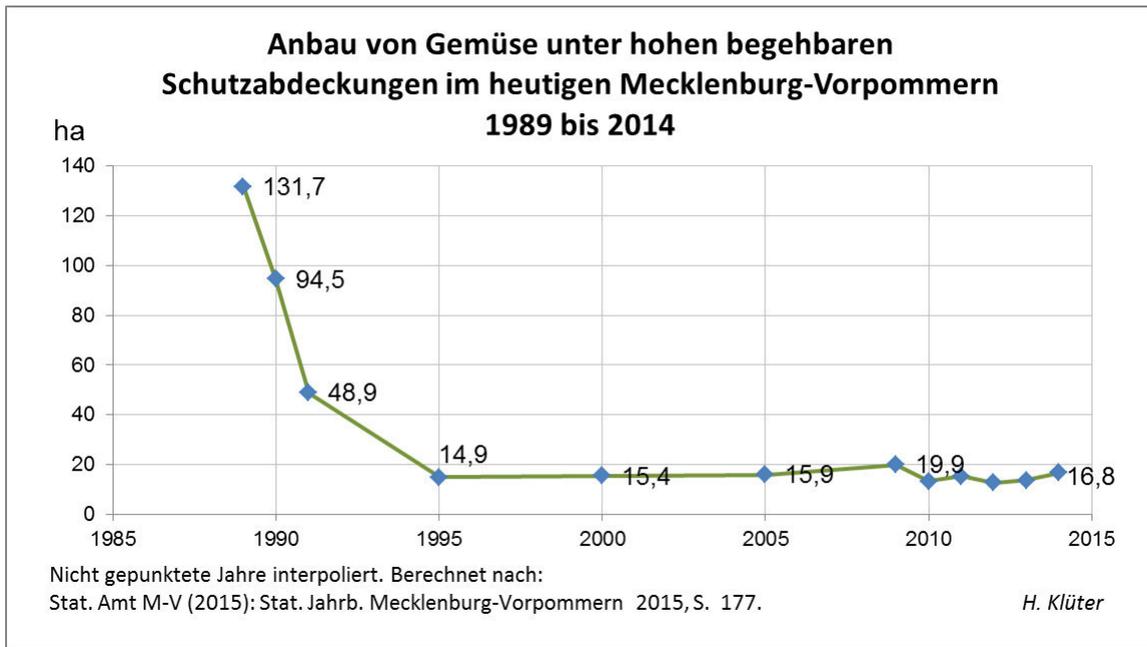


Abb. 144: Anbau von Gemüse unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen im heutigen Mecklenburg-Vorpommern 1989 bis 2014

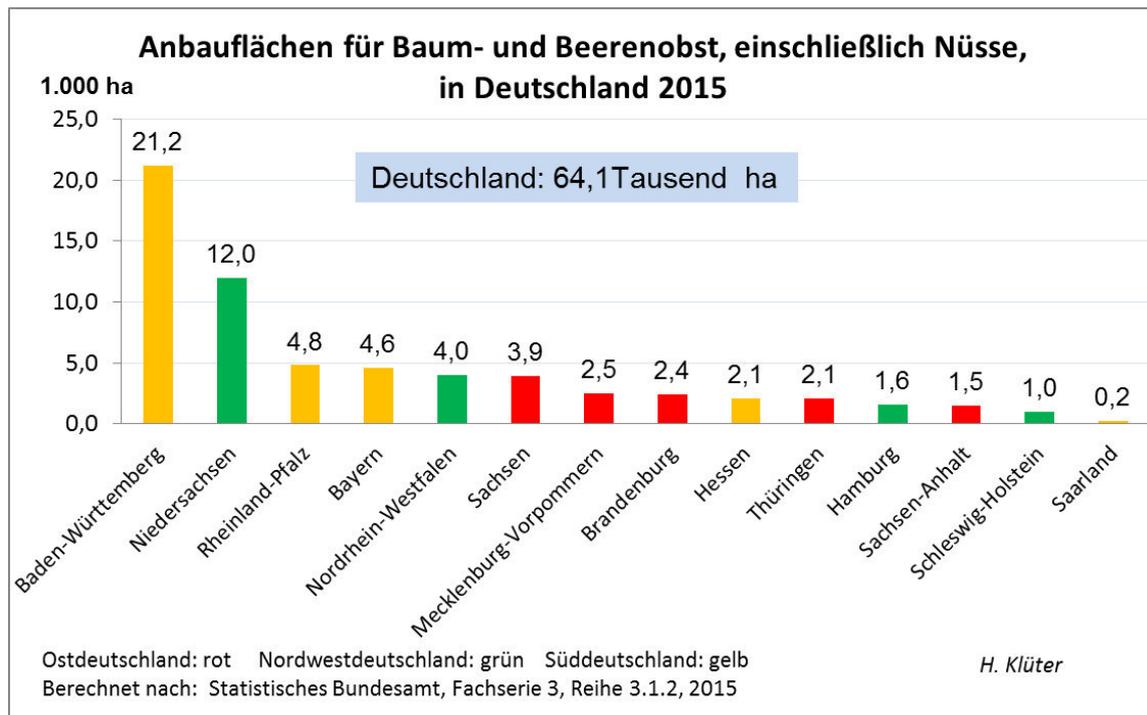


Abb. 145: Anbauflächen für Baum- u. Beerenobst, einschl. Nüsse in Deutschland 2015

Einige der erwähnten Spezialkulturen sind in Deutschland regional stark konzentriert (vgl. Karte 22). Der Obstanbau hat seine Schwerpunkte im Alten Land bei Hamburg, in der Oberrheinischen Tiefebene und in der Bodenseeregion. Gemüse wird vor allem in Dithmarschen, im Rheintal und im Umland einiger großer Städte angebaut.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

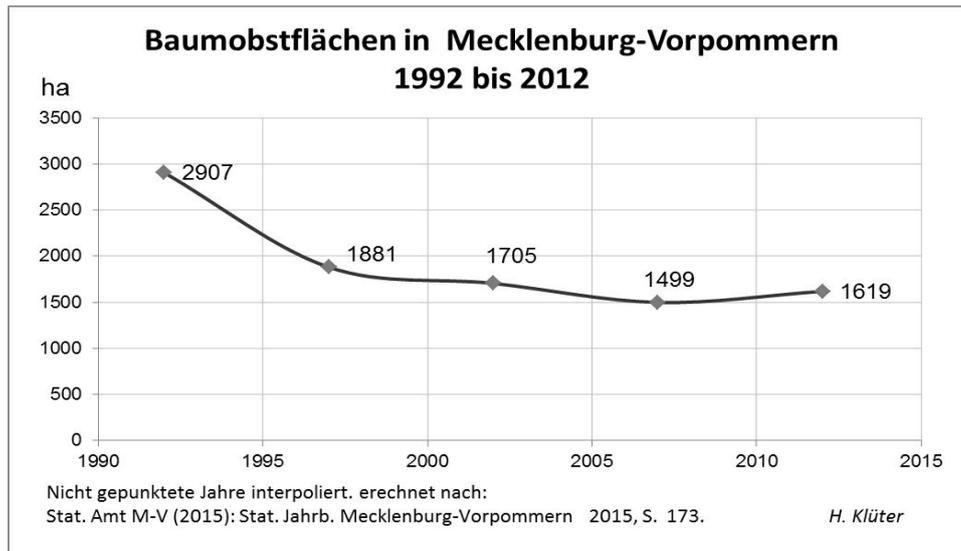


Abb. 146: Baumobstflächen in Mecklenburg-Vorpommern 1992 bis 2012

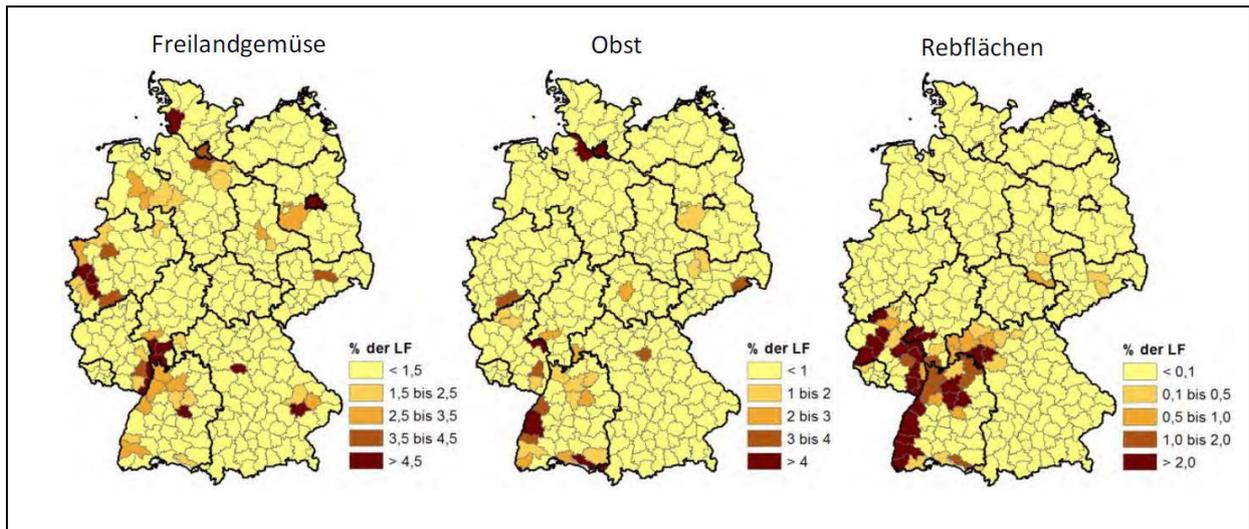
Es fällt auf, dass die Obst- und Gemüseanbaugebiete der früheren DDR bei Werder, Rostock, Eilenburg und im Oderbruch kaum noch in Erscheinung treten. In einigen anderen Regionen Ostdeutschlands ist der Obst- und Gemüseanbau fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Dagegen ist Mecklenburg-Vorpommern vor allem bei Massenkulturen wie Getreide – überwiegend Winterweizen und Wintergerste –, Raps und Mais stark. Sie besetzen 87,3% der Ackerflächen. Das ist in Deutschland ein Spitzenwert. Selbst im ebenfalls agrarindustriell geprägten Sachsen-Anhalt liegt dieser Indikator bei „nur“ 85,3 %. In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen liegen die entsprechenden Werte unter 85 %. Der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 83,7 %. Von den 68 Anbaukulturgruppen nehmen 4 bereits über 4/5 der Flächen ein. Individuelle Landwirtschaft in dem Sinne, dass der Landwirt unter den 64 verbleibenden Anbaugruppen auswählt, was im gegebenen Jahr auf das Feld kommt, findet nur noch auf 13 % der Flächen statt. Dies zeigt, wie weit die Verarmung der Nutzungsvielfalt inzwischen fortgeschritten ist.

Allerdings fällt sie in Westdeutschland aufgrund der kleineren Schlaggrößen und der starken Grünlandpräsenz weniger auf. Über die Hälfte der deutschen Dauergrünlandflächen konzentrieren sich auf Nordwestdeutschland und Bayern. Während in Gesamtdeutschland 28 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche als Dauergrünland genutzt werden, sind es in Mecklenburg-Vorpommern nur 19,6 %. Auch die anderen ostdeutschen Länder sind an der Grünlandnutzung unterproportional beteiligt. Damit ist angedeutet, dass diese Regionen stark auf Futtermittelimporte angewiesen sind.

Im Rahmen der Ausweitung des Ackerlandes – insbesondere für Bioenergiepflanzen – kam es in den letzten 15 Jahren zu erheblichen Rückgängen des Dauergrünlandes. Von 2003 bis 2014 wurden in Deutschland 5,4 % des Grünlandes umgebrochen oder gingen als Siedlungsland verloren. In den einzelnen Bundesländern lief dieser Prozess sehr unterschiedlich ab. Die höchsten Verluste gab es mit 10,16 % in Rheinland-Pfalz. Verluste über 6 % wiesen Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern aus.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 22: Anbauflächen für Freilandgemüse, Obst und Rebflächen 2013

Aus: Kregel, Sandra: Sonderkulturen. In: Gömann 2015, S. 100.

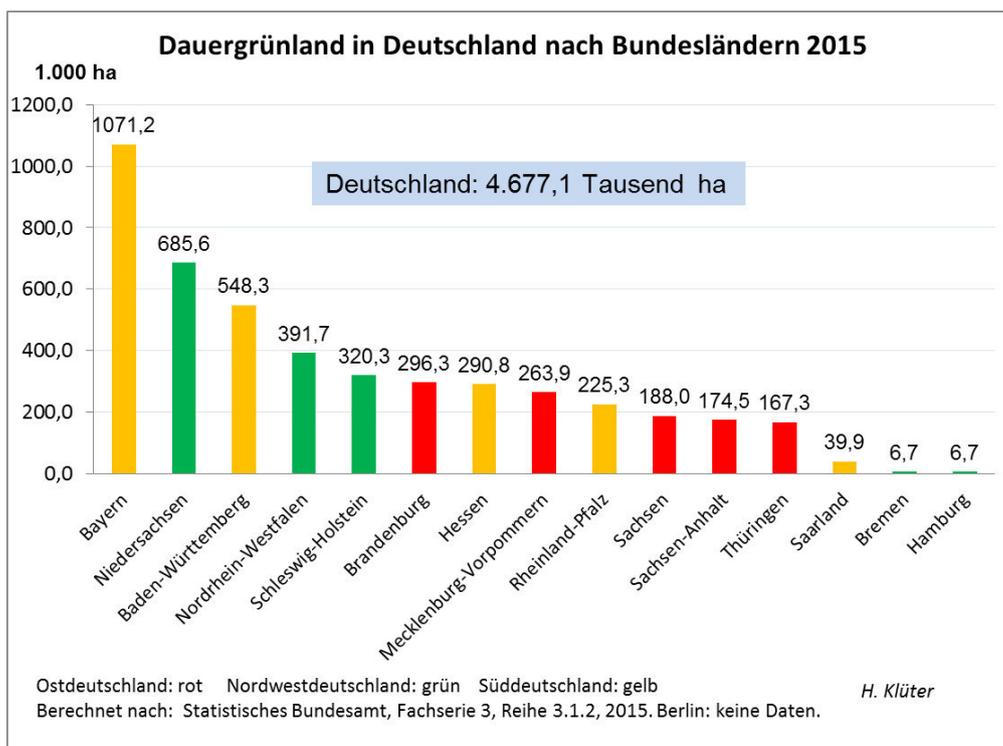


Abb. 147: Dauergrünland in Deutschland nach Bundesländern 2015

Die geringsten Verluste gab es in Hessen und Brandenburg mit weniger als 2 %. Baden-Württemberg und Sachsen hatten Verluste zwischen 3 und 4 %. Sachsen-Anhalt, Saarland und Thüringen lagen mit ihren Werten knapp über dem deutschen Durchschnitt (vgl. Tab. 25).

Massenkulturen und übrige Kulturen...

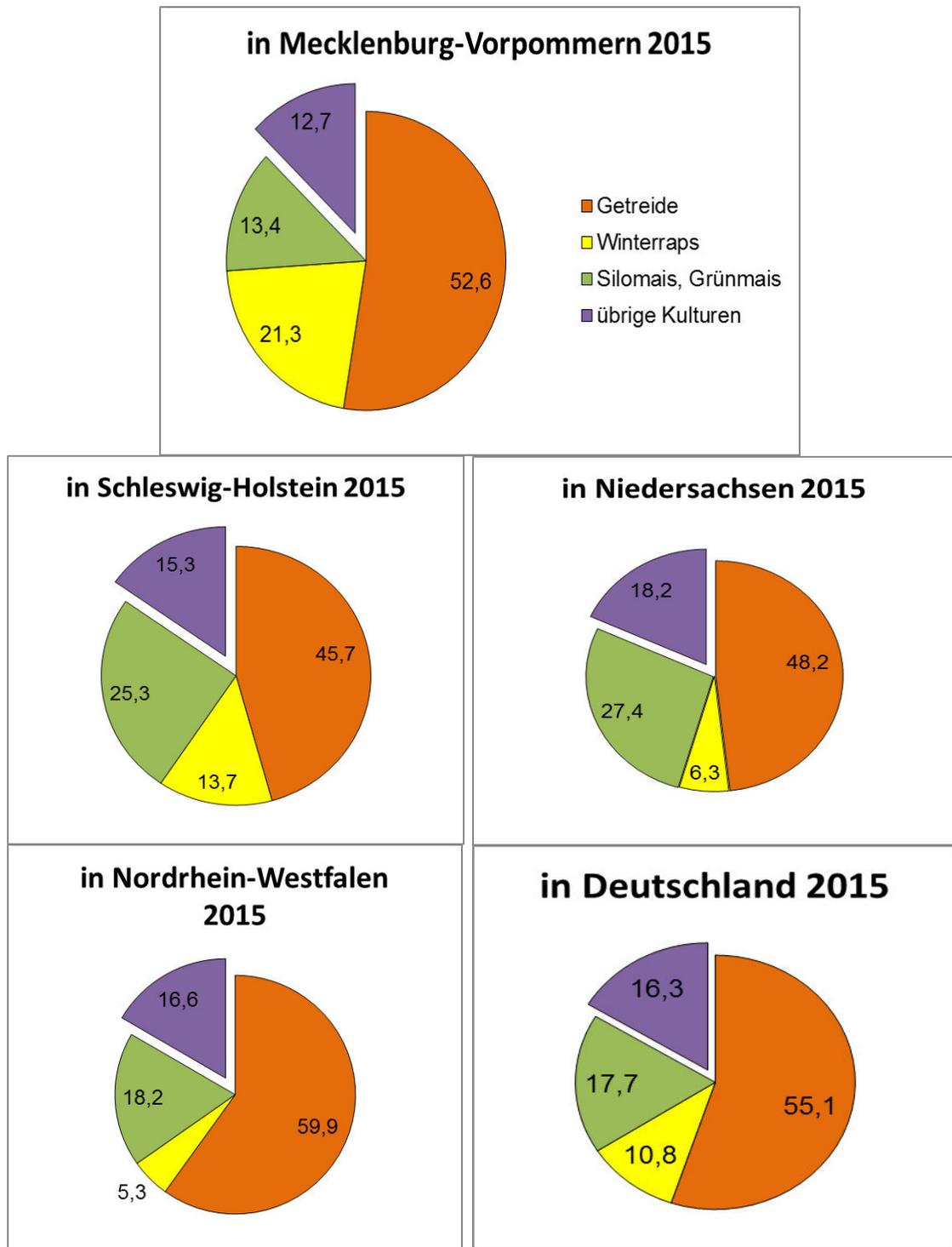


Abb. 148: Massenkulturen und übrige Kulturen

Berechnet nach Stat. Bundesamt 2015, Bodennutzung der Betriebe 2015. Fachserie 3 Reihe 2.1.2.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Tab. 25: Dauergrünlandflächenanteil und Veränderung in den Bundesländern*

	Gesamtfläche Dauergrünland 2003 in Hektar**	Gesamtfläche Dauergrünland 2014 in Hektar**	Veränderung Dauergrünland 2003-2014 in Hektar	Landwirtschaft- liche Fläche ge- samt 2014 in Hektar	DGL-Anteil 2003 in Prozent	DGL-Anteil 2014 in Prozent	Veränderung Dauergrünland 2003-2014 in %
Hessen	299.457	297.500	-1.957	799.739	36,9	37,2	-0,65
Brandenburg/Berlin	295.249	290.486	-4.763	1.321.058	22,0	22,0	-1,61
Baden-Württemberg	568.052	550.583	-17.469	1.413.711	39,5	39,0	-3,08
Sachsen	192.400	184.801	-7.599	904.456	20,9	20,4	-3,95
Sachsen-Anhalt	178.918	171.769	-7.149	1.196.696	14,8	14,4	-4,00
Schleswig-Holstein/Hamburg	362.649	346.258	-16.391	1.025.698	35,0	33,8	-4,52
Saarland	41.522	39.407	-2.115	78.246	51,2	50,4	-5,09
Thüringen	180.728	171.379	-9.349	796.053	22,4	21,5	-5,17
Mecklenburg-Vorpommern	278.299	261.332	-16.967	1.347.755	20,3	19,4	-6,10
Niedersachsen/Bremen	764.060	715.464	-48.596	2.600.629	28,9	27,5	-6,36
Bayern	1.151.286	1.071.953	-79.333	3.178.724	35,6	33,7	-6,89
Nordrhein-Westfalen	462.643	428.127	-34.516	1.515.341	29,9	28,3	-7,46
Rheinland-Pfalz	249.088	223.778	-25.310	653.612	37,2	34,2	-10,16
Deutschland	5.024.351	4.752.837	-271.514	16.831.718		28,2	-5,40

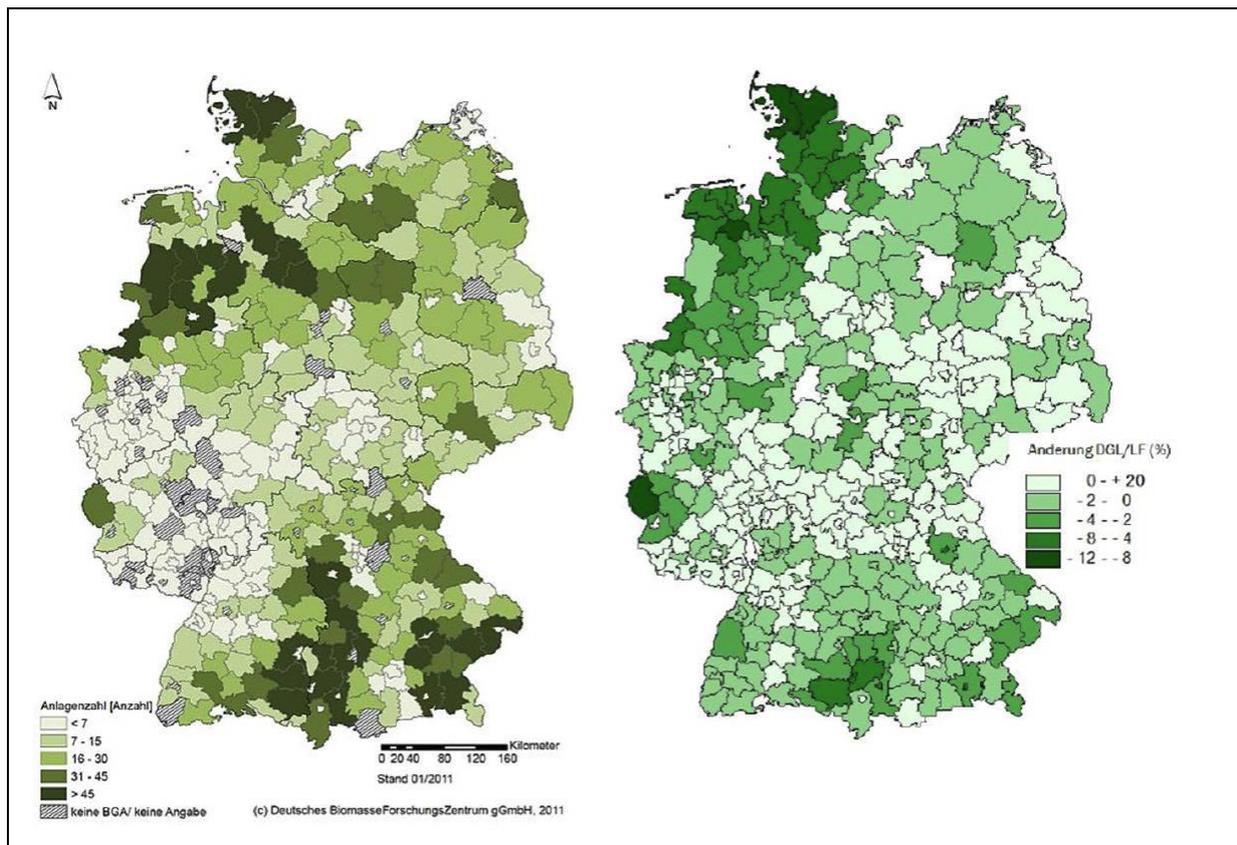
* Die Tabelle erfasst Daten zum Dauergrünland, die 2014 der Europäischen Kommission gemäß Artikel 84 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1122/2009 im Rahmen der Antragstellung für EU-Direktzahlungen zu melden waren. Die Definition des Dauergrünlands und die Art und Weise der Ermittlung des Anteils beruhten auf EU-Recht. In der Tabelle sind lediglich Flächen enthalten, für die Anträge auf EU-Direktzahlungen gestellt wurden. Dauergrünlandflächen, für die keine Förderung beantragt wurden, blieben unberücksichtigt.

** Dauergrünlandfläche weicht von der offiziellen Statistik ab, da in der Tabelle auch Betriebe < 5 Hektar erfasst sind.

Aus: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/landwirtschaft/gruenlandumbruch> (2016-02-23)

Die letzte Spalte und die Zeile „Deutschland“ von H. Klüter ergänzt.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 23: Anzahl der Biogasanlagen 2011 und Änderung der Dauergrünlandfläche 2003 bis 2010

Aus: BfN 2014, *Grünland-Report*, S. 22.

Innerhalb der Bundesländer gibt es gewisse Schwerpunktregionen. Leider liegen Karten auf Kreis-Ebene vorerst nur bis 2011 vor. Es wird deutlich, dass der Landesteil Schleswig, das nördliche Niedersachsen, das Alpenvorland und das östliche Bayern besonders hohe Verluste hatten. Wie die Teilkarte der Biogas-Anlagen zeigt, sind dies überwiegend auch Regionen mit einem hohen Biogasanlagenbesatz.

Grünland ist ein wichtiger CO₂-Speicher. Durch Umbrechen wird entsprechend viel CO₂ freigesetzt. Abgesehen von den besonderen Klimaschutzfunktionen ist Grünland besonders wertvoll für den Erhalt von Wildblütenpflanzen und für die Artenvielfalt von Wildvögeln. Vor diesen Hintergründen haben die Landtage Mecklenburg-Vorpommern (2012) und Schleswig-Holstein (2013) Dauergrünlanderhaltungsgesetze beschlossen. Das Gesetz in Mecklenburg-Vorpommern gilt nur bis zum 31.12.2020. Die Zukunft wird zeigen, ob eine solche zeitlich begrenzte Regelung sich bewährt.

5.6 VIEHHALTUNG

5.6.1 Schweinehaltung

Mit 763.300 Tieren wurden am 3.5.2015 etwa 4,7 % des deutschen Schweinebestandes in Mecklenburg-Vorpommern gehalten. Damit liegt Mecklenburg-Vorpommern im unteren Mittelfeld der deutschen Bundesländer. 57,6 % des deutschen Bestandes entfallen auf Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. In Niedersachsen gibt es mehr Schweine als Menschen. Innerhalb der Bundesländer gibt es gewisse Schwerpunktregionen. Leider liegen Karten auf Kreis-Ebene vorerst nur bis 2011 vor.

In Ostdeutschland wird Mecklenburg-Vorpommern von Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Thüringen übertroffen (vgl. Abb. 149). Allerdings konzentriert sich der erfasste Bestand auf nur 169 Betriebe. Das hat zur Folge, dass die Durchschnittsgröße eines Schweine haltenden Betriebs in Mecklenburg-Vorpommern mit 4.517 Tieren den gesamtdeutschen Durchschnitt von 1.089 Tieren um mehr als das Vierfache übertrifft. Nur in Sachsen-Anhalt gibt es mit durchschnittlich 6.217 Tieren noch größere Anlagen. In Niedersachsen kommen die Schweinehaltungen auf eine Durchschnittsgröße von 1.312 Tieren. In Bayern sind es 619 Tiere (Vgl. Abb. 150).

Bei der kumulierten Anzahl von Schweinen in agrarindustriellen Anlagen mit mehr als 2.000 Tieren nimmt Mecklenburg-Vorpommern mit 698.900 Tieren wiederum einen Mittelplatz ein. Allerdings bedeutet das, dass von den 763.300 Tieren 91,6 % in agrarindustriellen Anlagen leben, die aufgrund ihrer starken Umweltbelastung dem Umweltbundesamt für das PRTR-Register (THRU) gemeldet werden müssen. Die Haltung von Tieren in Großviehanlagen mit mehr als 5.000 Tieren ist nahezu vollständig auf Ostdeutschland konzentriert. Selbst in Niedersachsen leben nur 17,3 % der Tiere in derartigen Anlagen. In Mecklenburg-Vorpommern sind es 69,1 % oder 527.474 Tiere. Die 47 Anlagen dieser Größenklasse sind im Durchschnitt mit 11.223 Tieren besetzt.

Damit ist klar, dass die Skala der Betriebsgrößenklassen um 5.000 bis 9.999, 10.000 bis 19.999, 20.000 bis 29.999 usw. erweitert werden müsste, um ein realistisches Bild dieser Haltungsstrukturen zu bekommen. In Karte 24 sind allein 8 Anlagen verzeichnet, die in die Größenklasse 10.000 bis 19.999 Tiere fallen.

Die am stärksten mit Großviehanlagen belasteten Kreise sind Vorpommern-Greifswald mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 6.111 und Ludwigslust-Parchim mit einer Durchschnittsgröße von 5.106 Schweinen. Selbst der Kreis mit der niedrigsten Durchschnittstierzahl Vorpommern-Rügen liegt mit 3.299 Schweinen um das Dreifache über dem deutschen Durchschnitt. Das Bild in Abb. 153 ähnelt wiederum der umgestülpten Pyramide, die bereits aus der Flächenverteilung bekannt ist und auch für die Schweinehaltung neofeudale Verhältnisse indiziert. Schleswig-Holstein weist eine gleichmäßigere Verteilung auf, bei der nach Betriebsanzahl die Klasse der Ställe mit 1.000 bis 1.999 Tieren dominiert (vgl. Abb. 154).

Im Jahre 2015 kam es zu einer drastischen Überproduktion, der vor allem durch den marktfeindlichen Ausbau ostdeutscher Großviehanlagen zustande kam. Ein enormer Preisverfall war die Folge. Vom 3.11.2014 bis zum 3.11.2015 fiel der Bestand von 853.460 auf 748.455 Tiere. Das war ein Rückgang von -12,3 %. Bei Mastschweinen betrug der Rückgang sogar -26,2 % (vgl. Abb. 155).

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

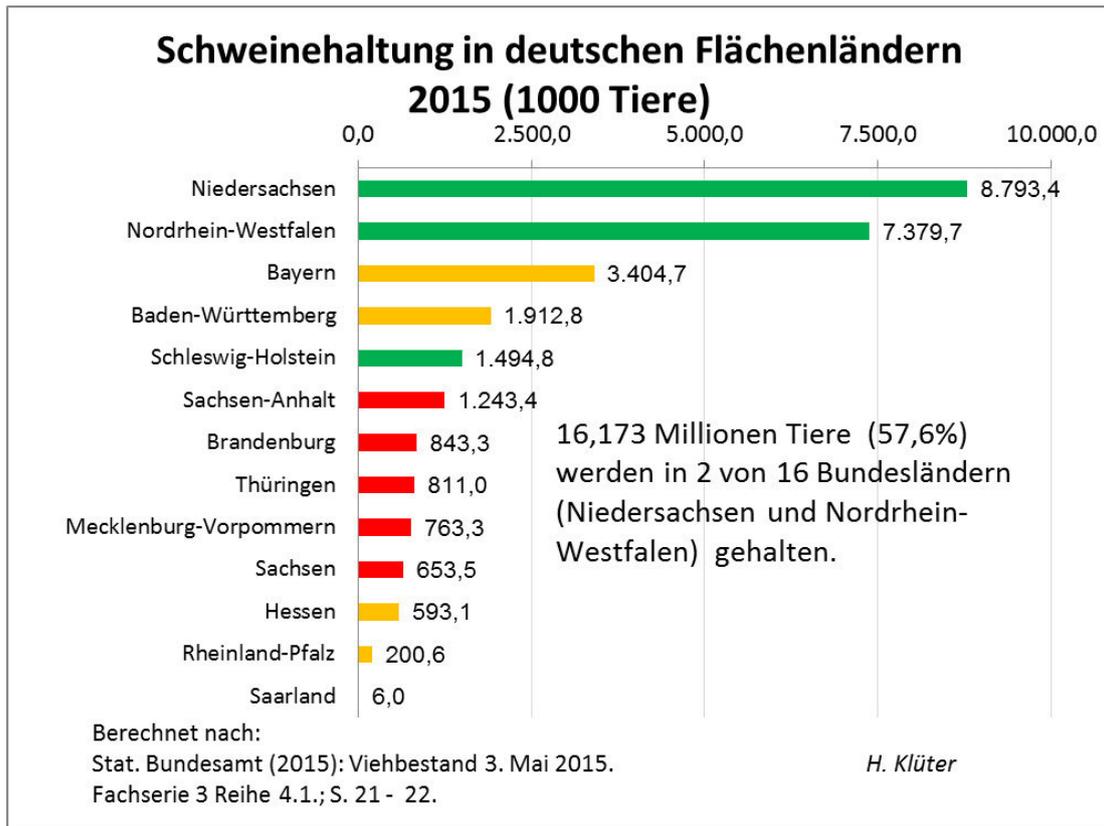


Abb. 149: Schweinehaltung in deutschen Flächenländern 2015

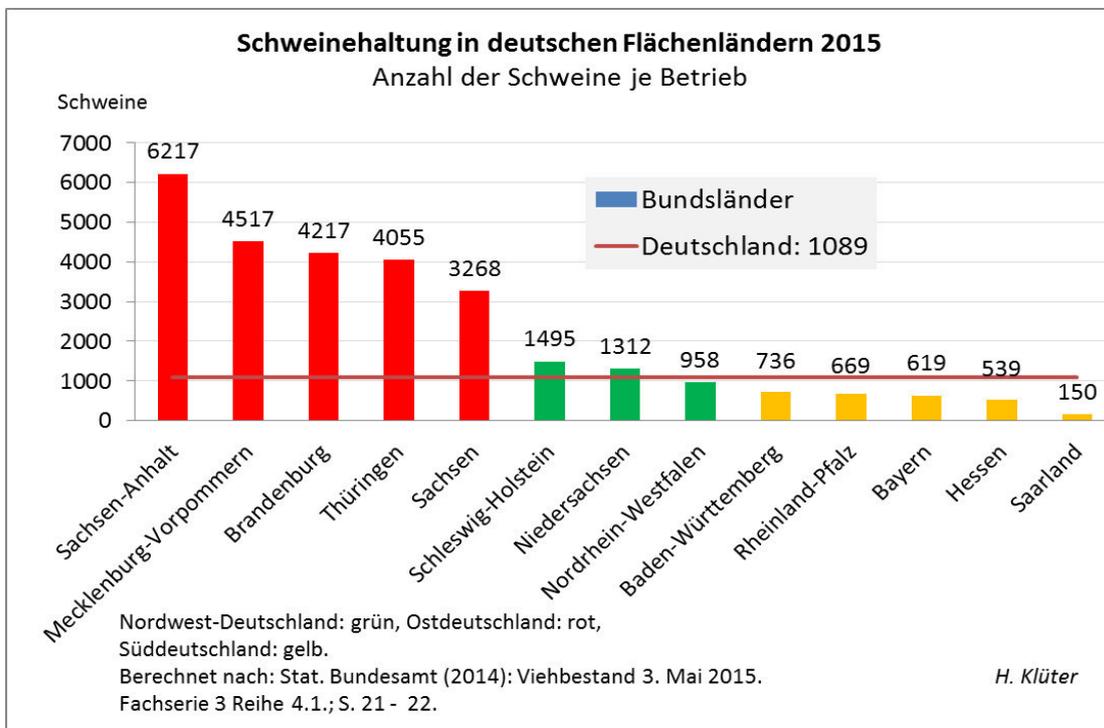
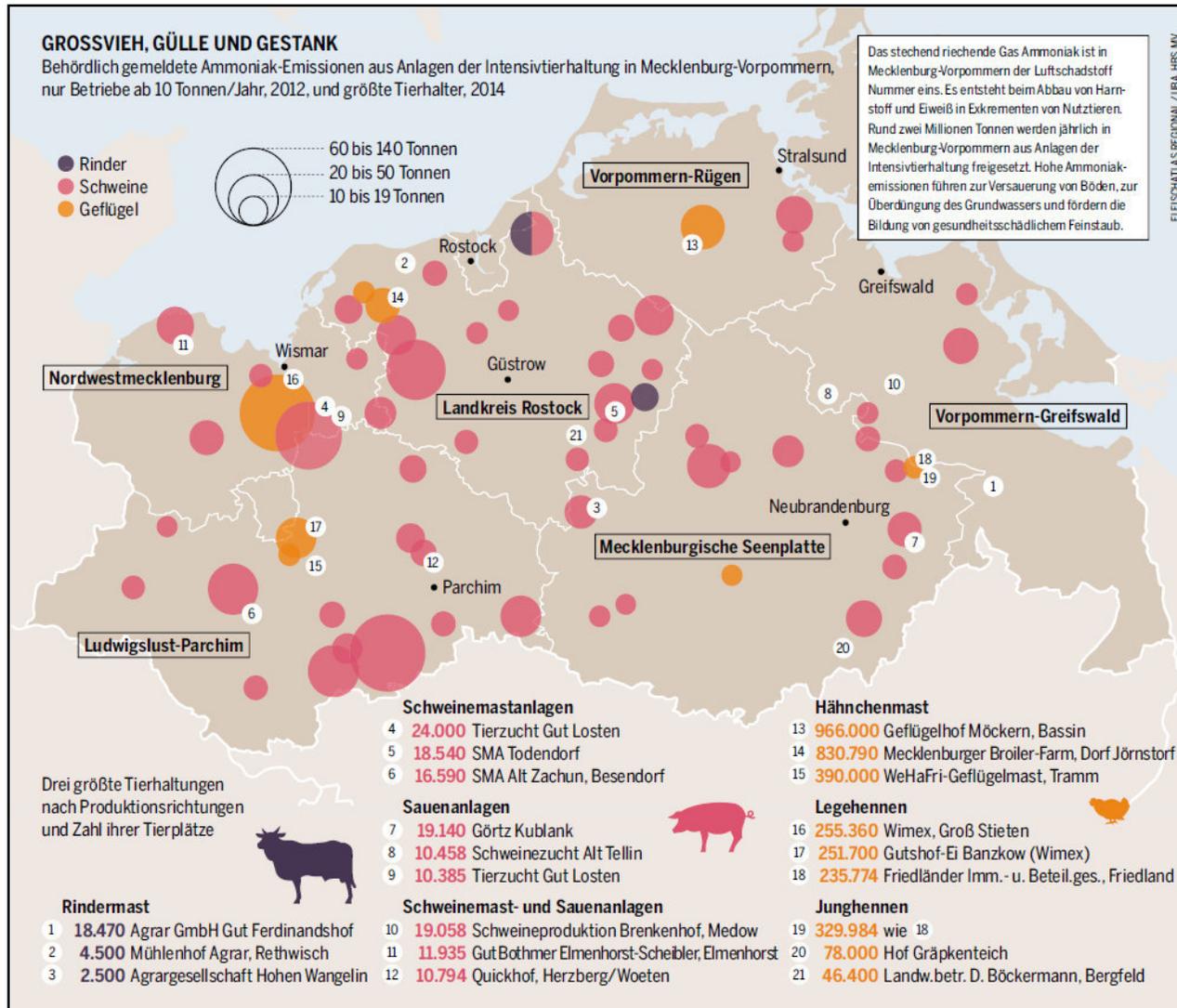


Abb. 150: Schweinehaltung in deutschen Flächenländern 2015 Anzahl der Schweine je Betrieb

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Karte 24:
Großviehanlagen in Mecklenburg-Vorpommern 2014
Aus: Chemnitz 2016, *Fleischatlas*, S. 19.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

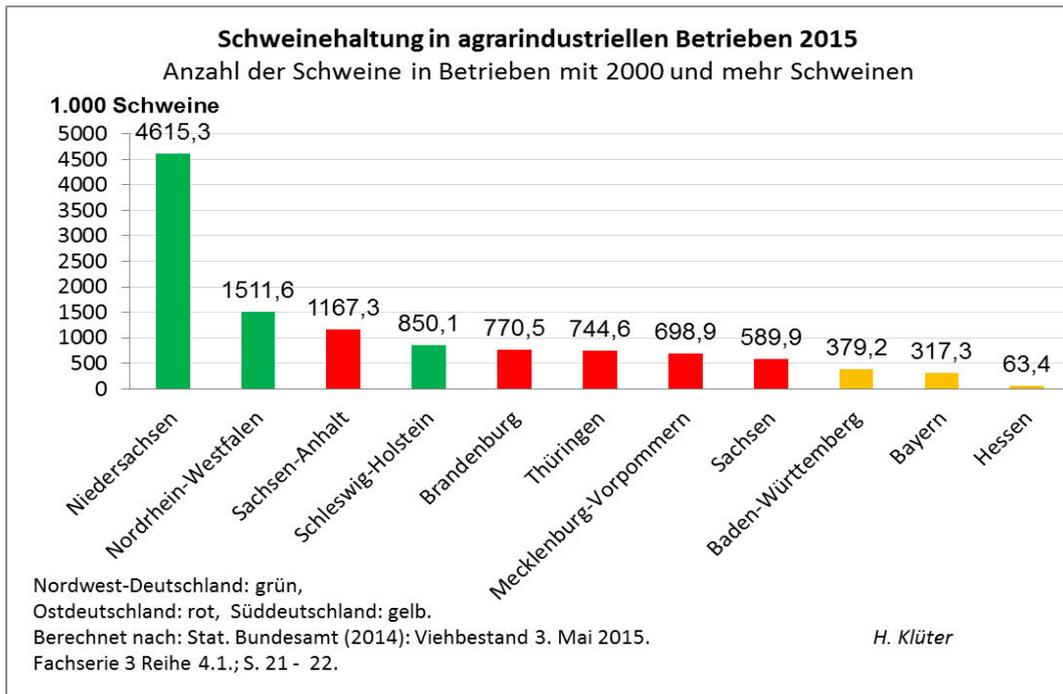


Abb. 151: Schweinehaltung in agrarindustriellen Betrieben 2015

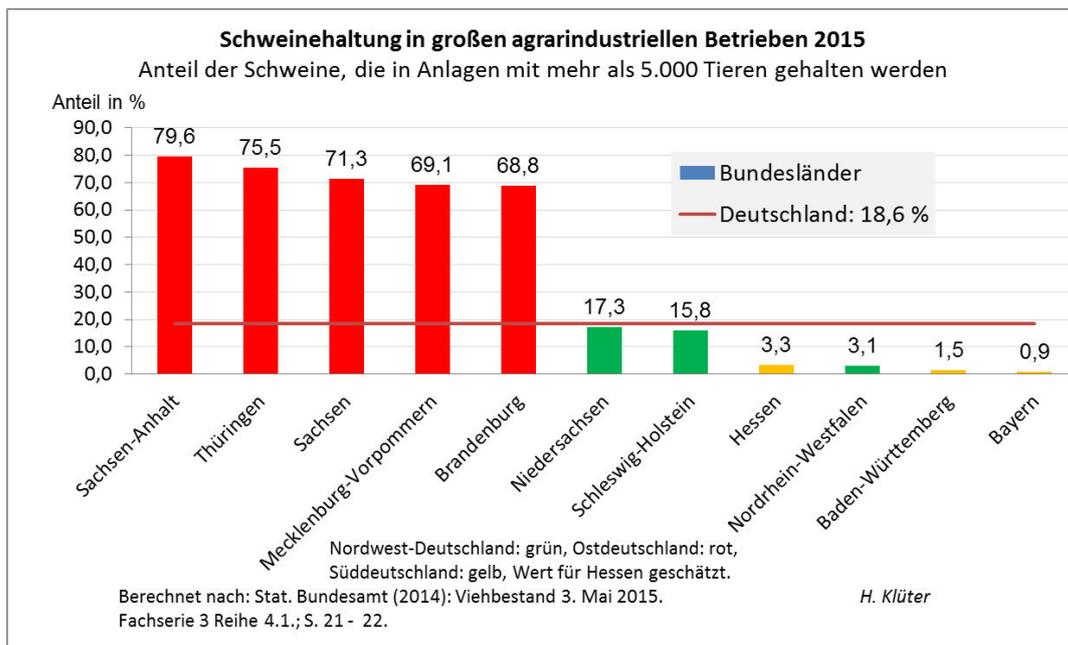


Abb. 152: Schweinehaltung in großen agrarindustriellen Betrieben 2015

Betrachtet man den Rückgang nach Größenklassen, dann verlor in dem halben Jahr vom März bis November 2015 die Klasse mit 500 bis 999 Tieren über 30 % ihres Bestandes. In der Klasse mit 1.000 bis 1.999 Tieren wuchs der Bestand um fast 18 %. Ob die Schwankungen durch Stilllegungen oder durch Klassenwechsel der Betriebe zustande gekommen sind, lässt sich aus der Statistik nicht ersehen.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

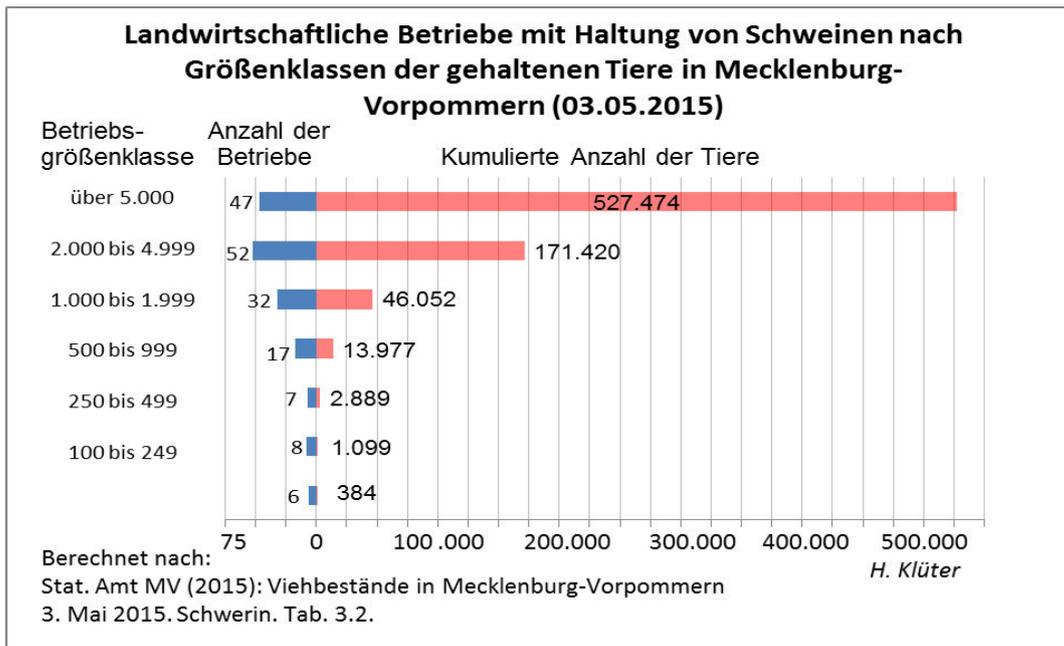


Abb. 153: Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern 2015

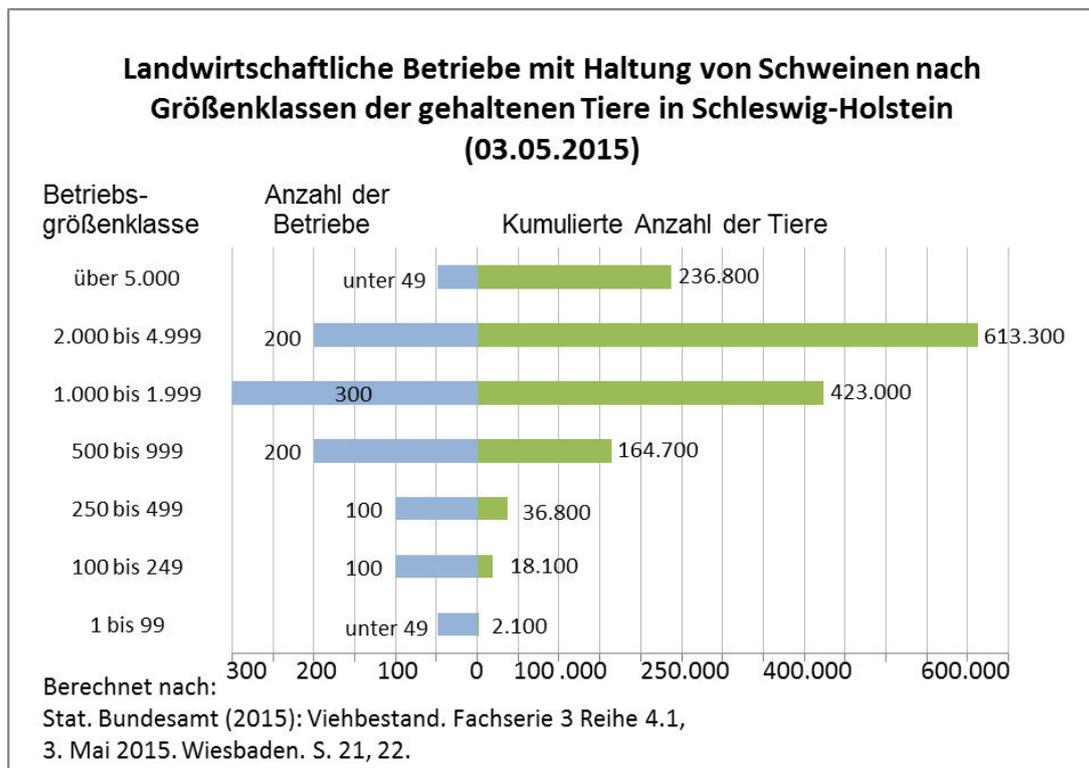


Abb. 154: Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Schweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Schleswig-Holstein 03.05.2015

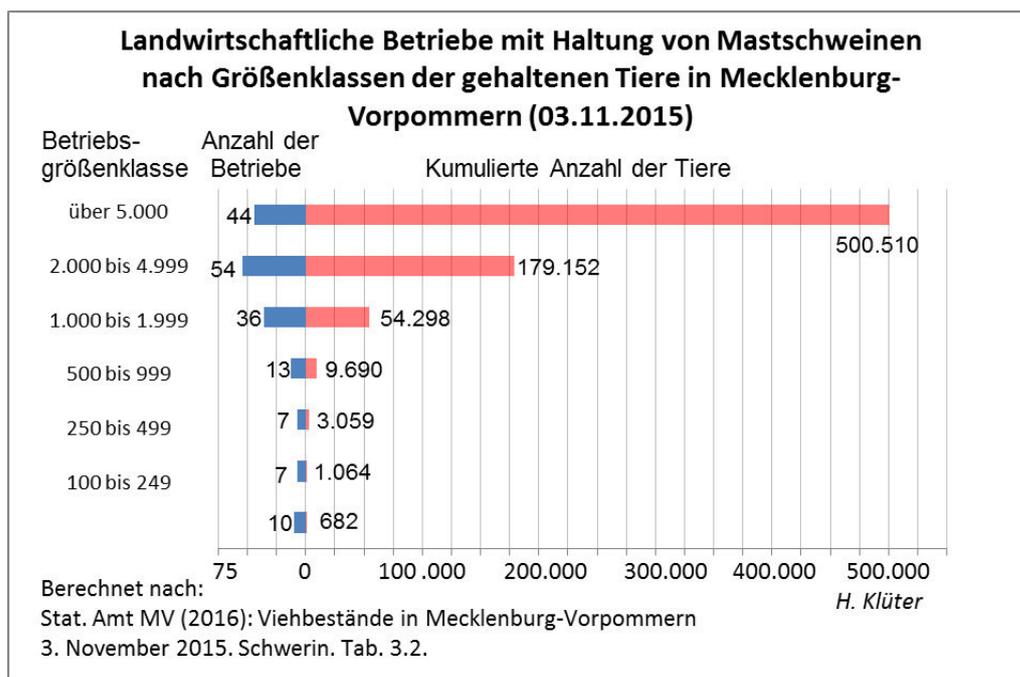


Abb. 155: Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Mastschweinen nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern 03.11.2015

5.6.2 Rinderhaltung

Im Gegensatz zur Statistik der Schweinebestände werden die Rinderbestände komplett und ohne Hunderter-Rundungen erfasst. In Deutschland wurden am 3.05.2015 12.653.071 Rinder in 151.365 Betrieben gehalten. Mit 49.216 hatte Bayern mehr als doppelt so viele rinderhaltende Betriebe wie ganz Ostdeutschland, das auf 22.021 Betriebe kam.

8,4 Millionen Rinder, also zwei Drittel der Gesamtzahl werden in Bayern und Nordwestdeutschland gehalten. Während Bayern und Niedersachsen Bestände von je über 2 Millionen haben, kommt kein ostdeutsches Land über 600.000 Tiere hinaus. Gemeinsam mit Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland bilden sie die Schlussgruppe unter den Flächenländern.

Bei der durchschnittlichen Betriebsgröße jedoch führt mit Mecklenburg-Vorpommern ein ostdeutsches Bundesland. Mit einer Durchschnittszahl von 174 übertrifft es Schleswig-Holstein (141), Brandenburg und Niedersachsen (120). Bayern rangiert mit einer Durchschnittsgröße von 65 Rindern unter der deutschen Durchschnittskopfzahl von 84. In Abb. 157 bilden die süddeutschen Länder mit den Stadtstaaten Hamburg und Berlin eine gemeinsame Schlussgruppe.

2,088 Millionen Rinder werden in Betrieben mit Herden über 500 Tieren gehalten. Die meisten davon sind agrarindustrielle Großviehanlagen. 16,5 % der Rinder in Deutschland stehen in solchen Betrieben. In Ostdeutschland wird dieser Durchschnittswert jedoch weit überschritten. Über die Hälfte der dort gehaltenen Rinder stehen in Großviehanlagen. Am höchsten ist ihr Anteil mit über 63,51 % in Mecklenburg-Vorpommern. Es folgen Brandenburg mit 57,67 % und Thüringen mit 56,11 %. Alle westdeutschen Länder liegen weit unter dem Durchschnitt. In Berlin und Hamburg gibt es keine Betriebe dieser Art. In Bremen gibt es einen und im Saarland 3.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern



Abb. 156:
Rinderhaltung in
Deutschland
03.05.2015

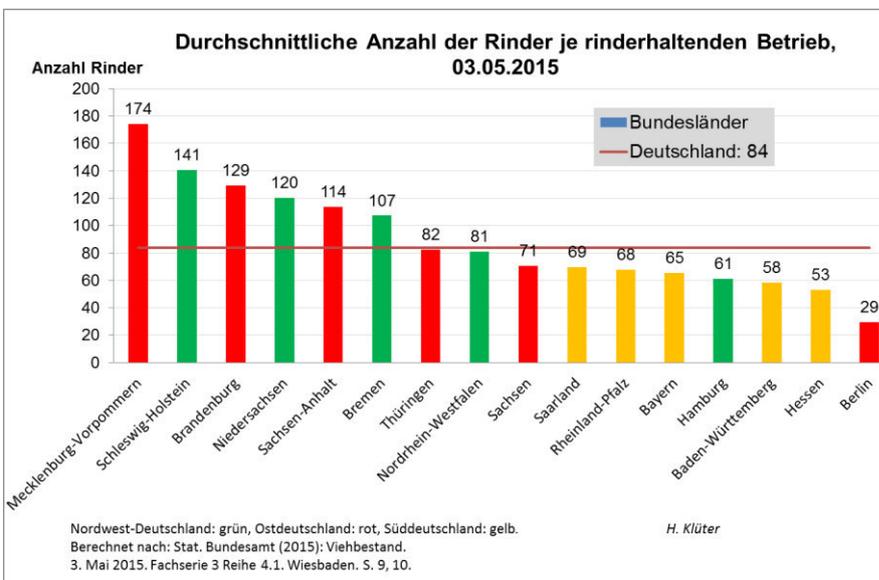


Abb. 157:
Durchschnittliche
Anzahl der Rinder je
rinderhaltenden
Betrieb, 03.05.2015

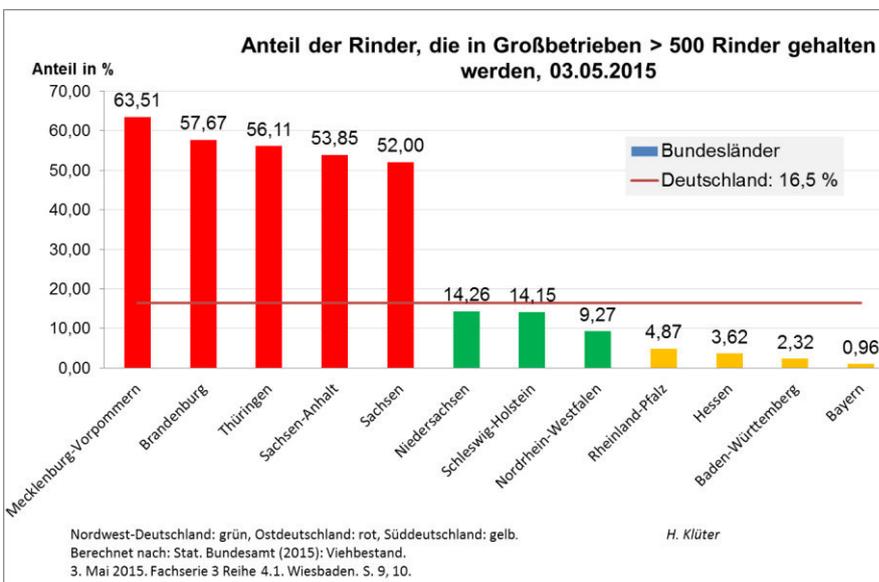


Abb. 158:
Anteil der Rinder,
die in Großbetrieben
gehalten werden,
03.05.2015

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Von den 2.463 Großbetrieben befinden sich 517 in Niedersachsen. Mit 375.442 Rindern in dieser Betriebsgrößenklasse übertrifft Niedersachsen den mecklenburg-vorpommerschen Absolutwert von 358.864 Rindern. Allerdings sind jene 375.442 Tiere nur 14,26 % der in Niedersachsen gehaltenen Tiere. Die Durchschnittsgrößen der Großbetriebe ordnen sich nach Makroregionen: Die ostdeutschen Länder bilden unter Führung Mecklenburg-Vorpommerns (1.025 Rinder je Großbetrieb) eine Gruppe, die ausnahmslos über dem deutschen Durchschnitt von 848 Tieren liegt. Es folgen die drei nordwestdeutschen Flächenländer in Größenordnungen von 679 bis 726 Tieren. Die vier großen süddeutschen Länder bilden die Schlussgruppe. Sie haben nicht nur weniger, sondern auch kleinere Großbetriebe. Auch die Statistik der Rinderhaltung bestätigt somit, dass Mecklenburg-Vorpommern am stärksten agrarindustriell überformt ist (vgl. Abb. 158).

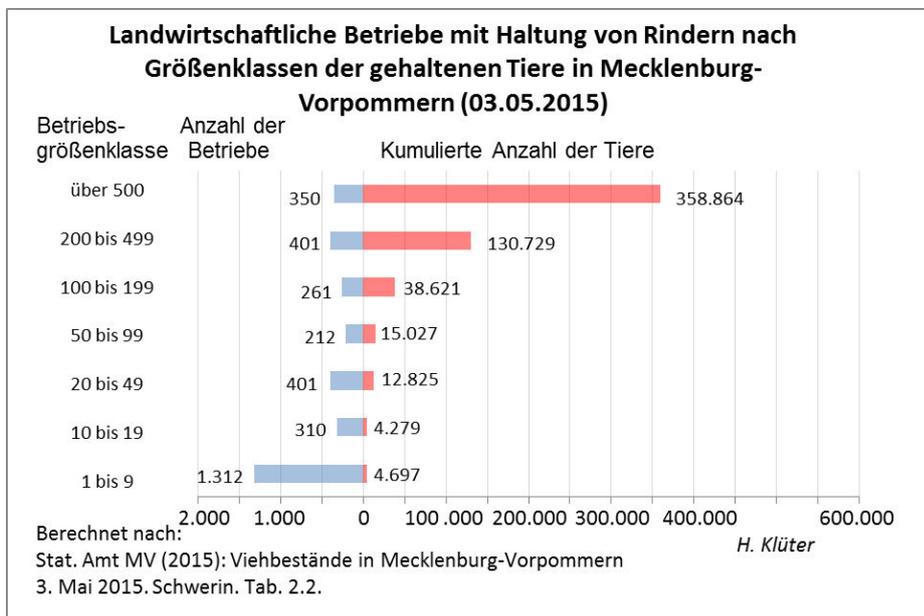


Abb. 159:
Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Mecklenburg-Vorpommern (03.05.2015)

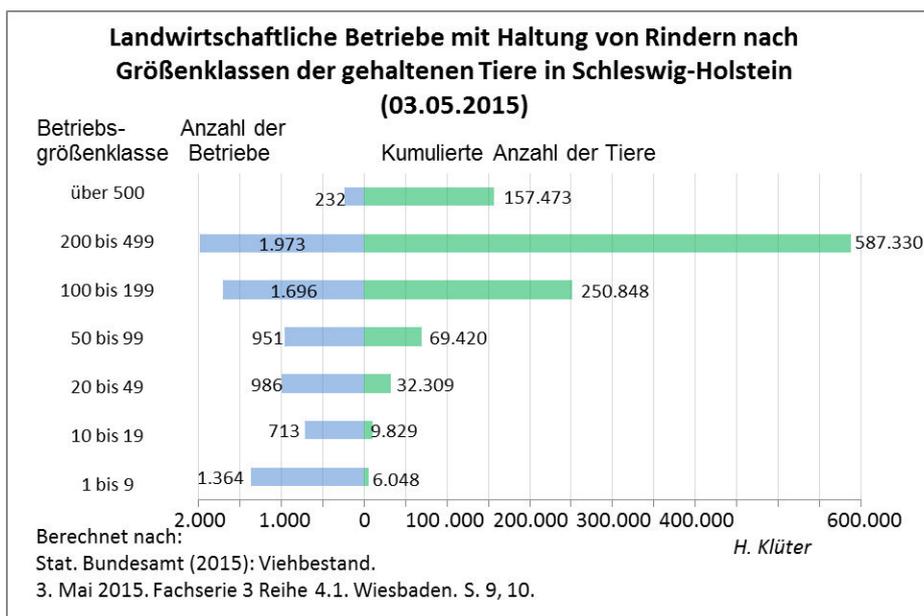


Abb. 160:
Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern nach Größenklassen der gehaltenen Tiere in Schleswig-Holstein (03.05.2015)

5.6.3 Geflügelhaltung

Während die Rinderhaltung statistisch noch relativ gut erfasst ist, und über die Schweinehaltung zumindest ungefähre Angaben nach Hundertern vorliegen, werden über die Geflügelhaltung seit der Agrarstrukturerhebung 2013 so gut wie keine Gesamtdaten veröffentlicht. Es gibt einige Angaben über Schlachtungen und Zahlen zu den Legehennen und ihrer Haltung. Doch die 2,6 Millionen Legehennen besetzten höchstens 30 % der Geflügelhaltungsplätze in Mecklenburg-Vorpommern.

Die Schweigsamkeit über die Geflügelmästung hat ihren Grund: Die Haltungsbedingungen sind im schlimmsten Sinne des Wortes bestialisch. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft erläutert auf seiner Website:

„Gemäß den tierschutzrechtlichen Vorgaben darf bei der Haltung von Masthühnern in Deutschland eine maximale Besatzdichte von 39 kg pro Quadratmeter nicht überschritten werden. In der Praxis bedeutet dies, dass sich gegen Ende der Mastzeit meist 16 bis 26 Tiere einen Quadratmeter Stallboden teilen.“

(aus: http://www.bmel.de/DE/Tier/Nutztierhaltung/Gefluegel/gefluegel_node.html, abgerufen am 22.12.2015)

Zum 01.03.2013 erfasste die Agrarstrukturerhebung 8,5 Millionen Geflügeltiere in den Ställen Mecklenburg-Vorpommerns. Das waren 5,7 % des gesamtdeutschen Bestandes. Zum größten Teil handelte es sich dabei um Masthähnchen, zum geringeren um Legehennen, und zu einem sehr kleinen Teil um Enten, Gänse und andere Vögel. Über die Hälfte des Bestandes entfielen auf das Bundesland Niedersachsen, das somit in der Geflügelhaltung stärker als alle anderen 15 Bundesländer zusammengekommen ist. Die Durchschnittsgröße der Betriebe nach Bundesländern variiert extrem: 400 Tieren in einem durchschnittlichen bayrischen Betrieb stehen 16.300 in einem sachsen-anhaltinischen gegenüber.

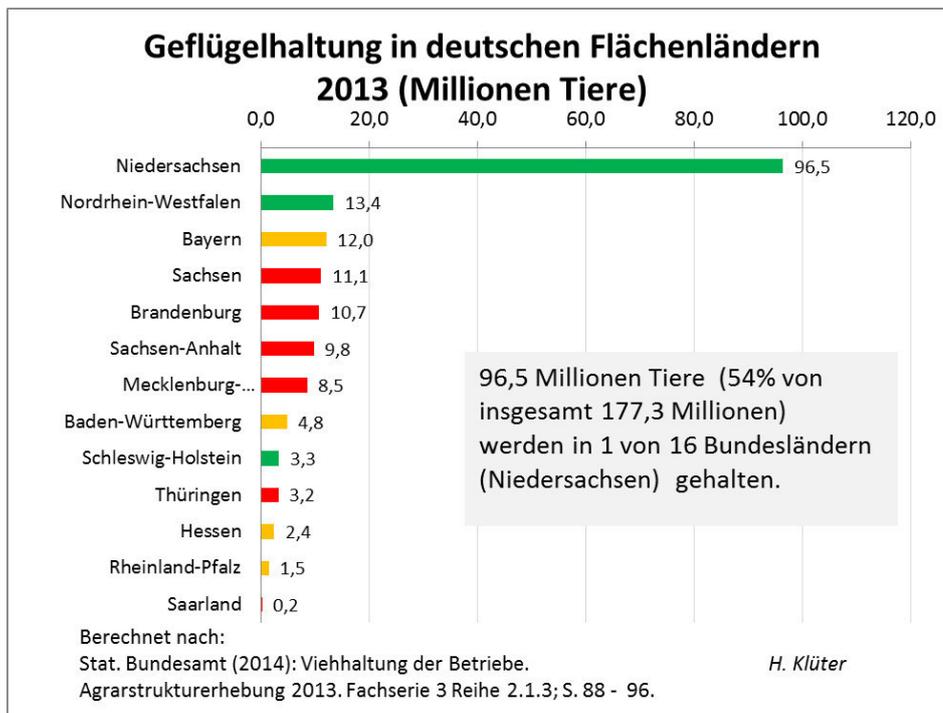


Abb. 161: Geflügelhaltung in deutschen Flächenländern 2013: Absolutzahlen

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Das sind über vierzigmal mehr. Die Durchschnittsgröße in Deutschland liegt bei 3.021 Tieren (vgl. Abb. 162). In Mecklenburg-Vorpommern sind es mit 12.200 Tieren viermal so viele. Mecklenburg-Vorpommern wird in der durchschnittlichen Betriebsgröße nur von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen übertroffen.

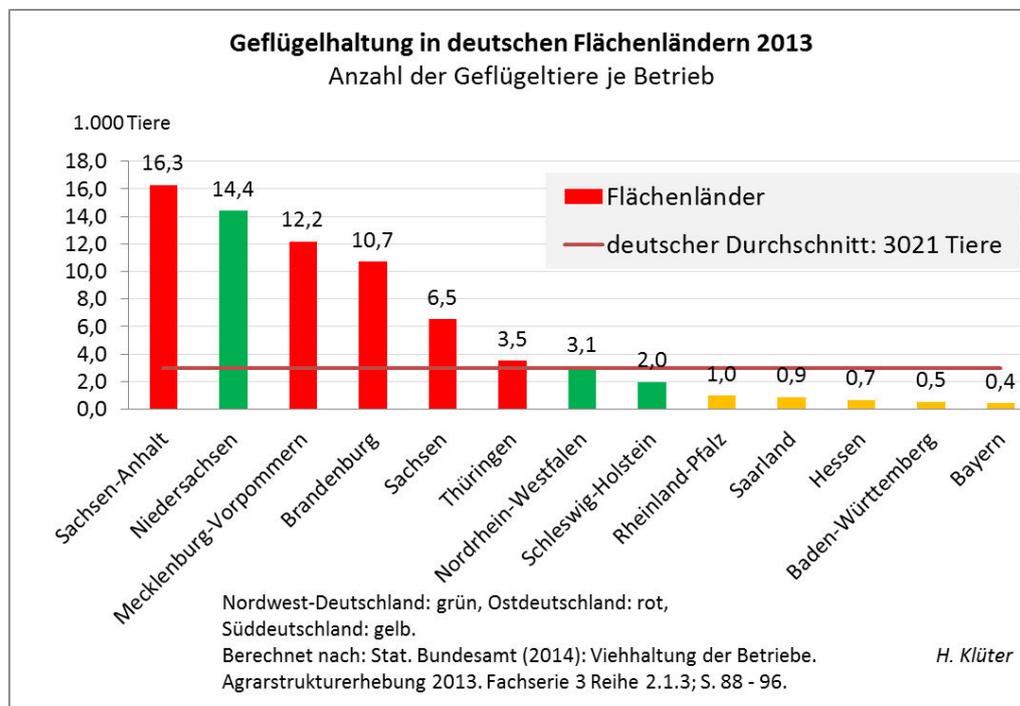


Abb. 162: Geflügelhaltung in Deutschen Flächenländern 2013

Anzahl der Geflügel je Betrieb

Von den etwa 700 Geflügel haltenden Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern erreichten über 200 agrarindustrielle Dimensionen. Damit lag Mecklenburg-Vorpommern über dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 23 %. Nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein war der Anteil dieser Betriebe höher als in Mecklenburg-Vor-pommern. In den süddeutschen Ländern lag der Anteil dieser Betriebe bei 1 % oder darunter.

Insgesamt lebten 2013 95% des deutschen Geflügels in den agrarindustriellen Anlagen. In Sachsen-Anhalt, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern waren es sogar über 98 %. Alle ostdeutschen Länder liegen gemeinsam mit Niedersachsen über dem deutschen Durchschnitt, die übrigen Bundesländer darunter. Die süddeutschen Länder bilden erneut eine zusammenhängende Schlussgruppe, in der die Massentierhaltung weniger ausgeprägt ist.

Abb. 165 zeigt den Wechsel von der bis 2008 dominierender Käfighaltung zur Bodenhaltung in Prozent bei Hennen und Legehennen in Deutschland. Die Freilandhaltung erreichte 2014 28,7 % der Betriebe mit 16,9 % der Haltungsplätze. Die ökologische Erzeugung kam mit 281 Betrieben auf 18,8 % der Betriebe mit 8,7 % der Hennenplätze.

Diese Entwicklung zeigt, wie schnell die Lebensbedingungen von Geflügel vom Gesetzgeber beeinflusst werden könnten. Die Betriebe haben sich in kurzer Zeit auf Bodenhaltung umorientiert. Der befürchtete Produktionseinbruch blieb aus.

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

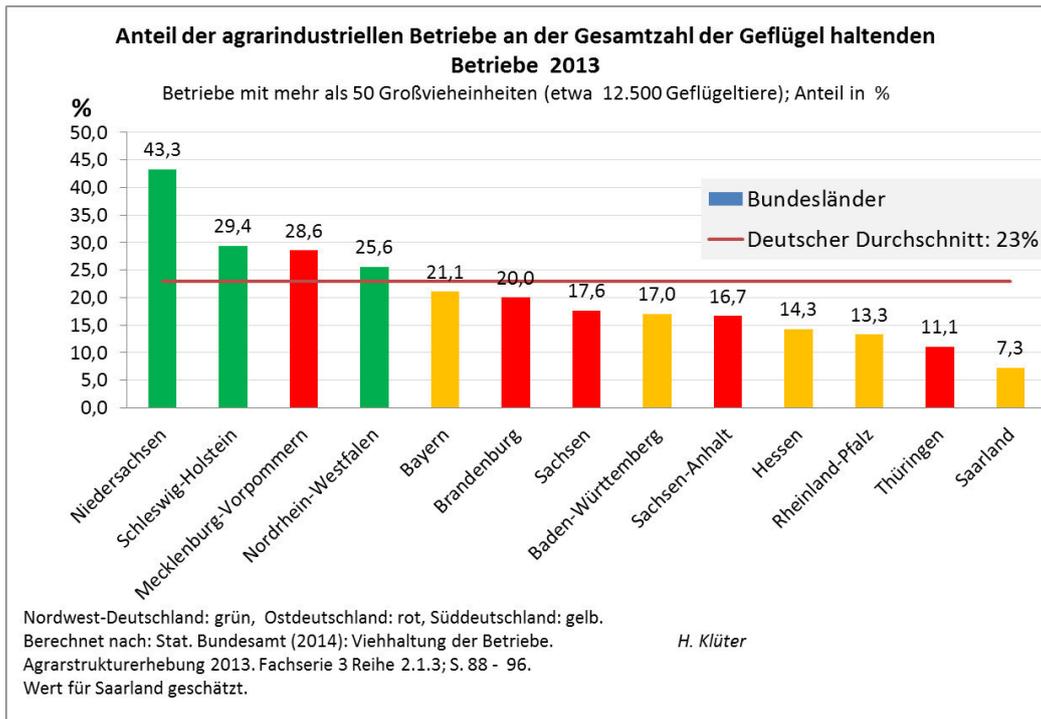


Abb. 163: Anteil der agrarindustriellen Betriebe an der Gesamtzahl der Geflügel haltenden Betriebe 2013

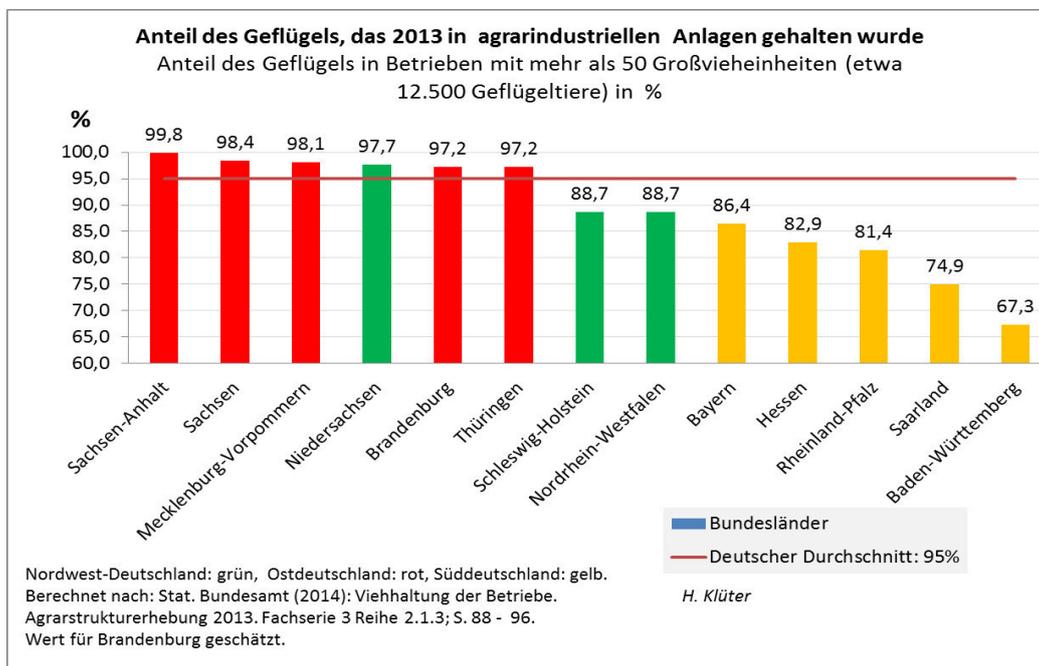


Abb. 164: Anteil des Geflügels, das 2013 in agrarindustriellen Anlagen gehalten wurde

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

Hennenhaltungsplätze und Legehennenhaltung in Deutschland nach Haltungsformen am 1. Dezember ¹⁾

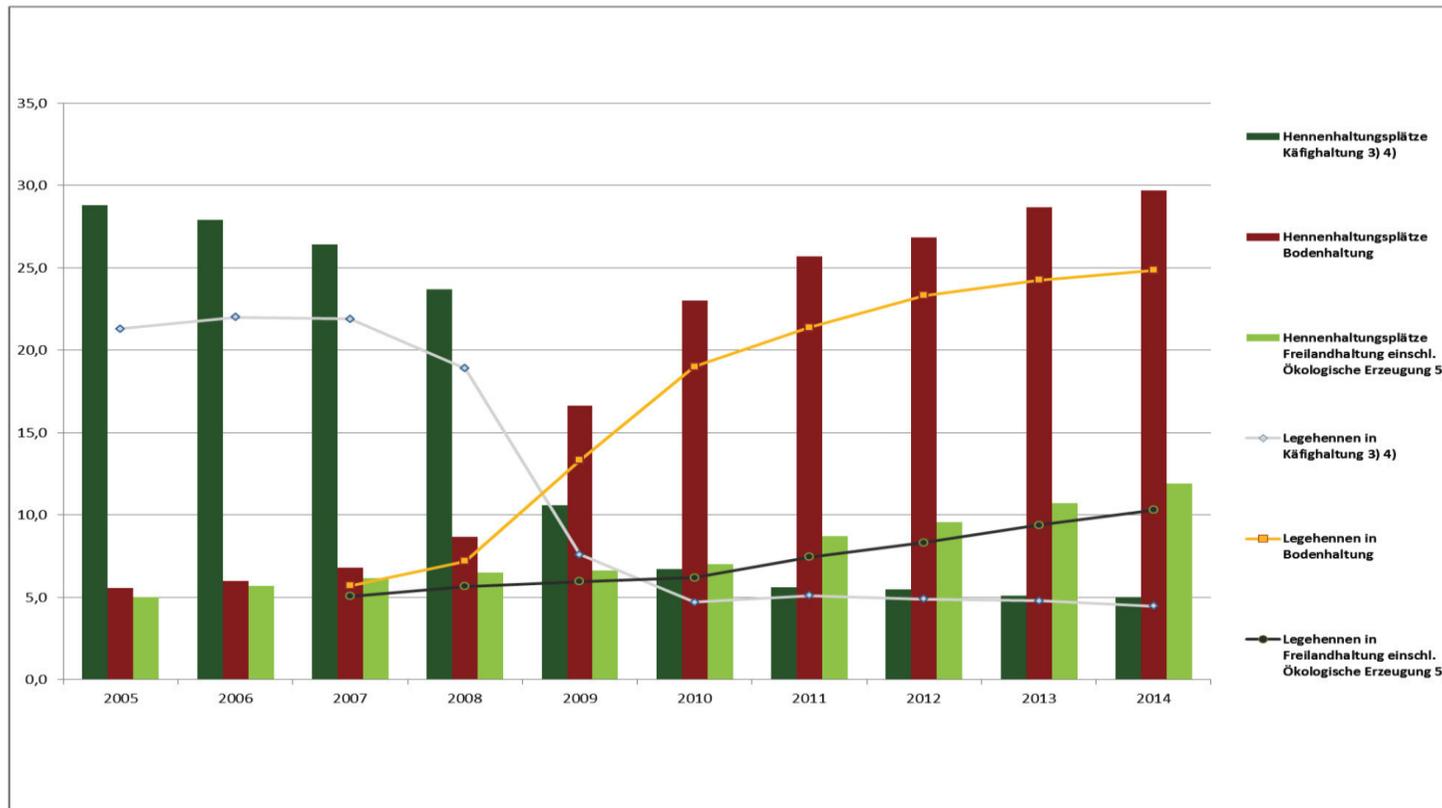


Abb. 165:
Hennenhaltungsplätze und
Legehennenhaltung in Deutsch-
land nach Haltungsformen am
1. Dezember 2005 bis 2014

Aus: Stat. Bundesamt (2015):
Geflügel 2014. Wiesbaden. S. 31.

- 1) In Betrieben von Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; die Unternehmen geben ihre Meldungen untergliedert nach Betrieben, Stichtag 1. Dezember ab.
- 2) Bei voller Ausnutzung der für die Hennenhaltung verfügbaren Stallplätze.
- 3) Ab 2010 zulässig unter Käfighaltung: Kleingruppenhaltung und ausgestalteten Käfigen.
- 4) Ab 2007 Kleingruppenhaltung erstmals erhoben.
- 5) Ökolog. Erzeugung erstmalig im Jahr 2007 erfasst; die Betriebe ordneten sich bis 2006 in der Regel der Haltungsform Freilandhaltung zu.

Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Reihe 4.0.0, 2014

5.7 ZWISCHENERGEBNIS LANDWIRTSCHAFTLICHE ERZEUGUNG

Mecklenburg-Vorpommern hat innerhalb Ostdeutschlands die meisten Agrarflächen. In dem nordostdeutschen Bundesland kommen auf 1,96 % der deutschen Bevölkerung 8 % der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche. Mit 1,079 Millionen ha Ackerland liegt Mecklenburg-Vorpommern deutschlandweit an dritter Stelle. Es wurde 2015 nur von Bayern mit 2,068 Millionen ha und von Niedersachsen mit 1,9 Millionen ha übertroffen.

Nach landwirtschaftlicher Bruttowertschöpfung rangierte Mecklenburg-Vorpommern 2015 nur auf Rang 6. Mit 825 Millionen € wurden auf 8 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nur 5,5 % der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung erzeugt. Die landwirtschaftliche Flächenproduktivität lag mit 613 €/ha 31,7 % unter dem deutschen Durchschnitt. Den deutschlandweit niedrigsten Wert hatte mit 580 €/ha Sachsen-Anhalt – das Bundesland mit den besten Böden in Deutschland. Hier zeigt sich, dass nicht nur Bodenqualität und Witterung, sondern vor allem betriebliche Organisationsformen, Betriebsgrößen und Subventionspolitik die landwirtschaftliche Wertschöpfung beeinflussen.

Während in Westdeutschland bäuerliche Familienbetriebe mit 50 bis 200 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche die Produktion tragen, sind es in Mecklenburg-Vorpommern und im übrigen Ostdeutschland Personengesellschaften und -gemeinschaften sowie juristischen Personen mit über 500 ha LNF. Der bäuerliche Mittelstand ist in Ostdeutschland stark unterrepräsentiert. Die heutige großbetriebliche Dominanz mit über 95 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Verfügung von Betrieben mit mehr als 100 ha ist stärker, als sie in Mecklenburg und Pommern 1882, also zu Zeiten des Spätféudalismus nach einem Jahrhundert des Bauernlegens war. Nicht zuletzt deswegen wird heutige die Besitzverteilung „neofeudal“ genannt. Nach 1882 nahm die Durchschnittsgröße der Betriebe im heutigen Mecklenburg-Vorpommern langsam und in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts abrupt ab. Mit der sowjetischen Bodenreform 1946/7 wurde die durchschnittliche ostdeutsche Betriebsgröße (1939: 23 ha (> 5 ha) bis 1949 auf 12,8 ha gesenkt. Sie ähnelte somit der damaligen westdeutschen Durchschnittsgröße von 1949, die 14 ha je Betrieb (> 5 ha) betrug. Noch 1960 gab es auf dem Territorium des heutigen Mecklenburg-Vorpommerns und der Uckermark 5.502 bäuerliche Familienbetriebe, also viel mehr als 2013, als es nur ca. 3.000 waren.

Erst nach 1960 nahmen die durchschnittlichen Betriebsgrößen der sozialistischen Betriebe drastisch zu, wobei Mecklenburg-Vorpommern offenbar eine Schrittmacherfunktion innerhalb der damaligen DDR einnahm. Die nach der Wiedervereinigung versuchte Restitution der Enteignungen aus DDR-Zeiten führte zu einem Absinken der Durchschnittsgröße auf 256 ha je Betrieb im Jahre 1997. Seitdem stieg die Durchschnittsgröße auf 287 ha im Jahre 2015 an. Teilweise ist der Anstieg der Veränderung der Erhebungsgrenzen geschuldet. Damit hat Mecklenburg-Vorpommern die größten Agrarbetriebe Deutschlands. Der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 60 ha.

Auf den oft übergroßen Schlägen werden zunehmend einfach zu bestellende Massenfrüchte angebaut. Mecklenburg-Vorpommern ist das größte Rapsanbaugebiet Deutschlands. Auch der Anbau von Getreide und Silomais hat zugenommen. 2011 waren 19,6 % der Flächen mit Energiepflanzen bestellt. Das war der höchste Anteil auf Bundesländerebene. Der deutsche Durchschnitt lag bei 11,8 %. Stark zurückgegangen ist demgegenüber der Anbau von arbeitsintensiven Kulturen wie Kartoffeln, Obst und Gemüse. Zu DDR-Zeiten war Mecklenburg-Vorpommern einer der größten Gemüseproduzenten der DDR. Seitdem gingen vier Fünftel der Anbauflächen verloren. 2015 lagen nur 2,26 % der deut-

5. Die landwirtschaftliche Erzeugung in Mecklenburg-Vorpommern

schen Gemüseanbauflächen in Mecklenburg-Vorpommern. Hochwertige Spezialkulturen wurden immer stärker durch billige Massenkulturen ersetzt. Das ist eine der Ursachen für den Rückgang des Anteils der Landwirtschaft an der Bruttowertschöpfung Mecklenburg-Vorpommerns und für die extrem niedrige Flächenproduktivität.

In der Viehhaltung nimmt Mecklenburg-Vorpommern nach Absolutzahlen innerhalb Deutschlands einen mittleren Rang ein. Der durchschnittliche Viehbesatz je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erscheint entsprechend niedrig. Allerdings wird bei diesen Zahlen die außerordentliche Konzentration der Bestände auf einige wenige Großbetriebe unterschlagen. Dadurch kommt es in der Schweine- und Geflügelhaltung zu lokalen Überlastungen, die über das Ausmaß der bisher bekannten Belastungsspitzen im Oldenburger Münsterland (Kreise Cloppenburg, Vechta) und im nördlichen Westfalen weit hinausgehen. Die lokalen Belastungen sind in einigen Fällen so drastisch, dass sie die Wohn- und Lebensqualität dieser Regionen negativ beeinflussen. Betroffen sind dabei auch Gebiete im Küstenraum, an überregionalen Achsen und in landschaftlich attraktiven Bereichen, die für den Tourismus bedeutsam sind. Die Ausweitung der agrarindustriellen Produktion hat nicht nur negative regionalwirtschaftliche Auswirkungen auf den Tourismus, sondern auch auf den Agrarsektor selbst: Die massenhafte Erzeugung von Schweinefleisch, Milch und Getreide hat in den letzten zwei Jahren die Nachfragekapazitäten weit überschritten. Das wiederum hat zu einem Preisverfall geführt, der nicht nur die Agrarindustrie, sondern auch die kleinteiligen Produzenten in Ost- und Westdeutschland trifft. Somit trägt nicht nur der großbetriebliche Pflanzenbau, sondern auch die großbetrieblich strukturierte Viehwirtschaft zum unterdurchschnittlichen Niveau der Flächenproduktivität in Mecklenburg-Vorpommern bei.

6. ZUR NACHFRAGE NACH LANDWIRTSCHAFTLICHEN ERZEUGNISSEN

In Gesellschaften mit schwach wachsender Bevölkerung kann sich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln nur überwiegend qualitativ entwickeln, denn dem quantitativen Wachstum sind biologische Grenzen gesetzt. Insofern sind Umschichtungen und Veränderungen im Verbrauch von großer Bedeutung.

Einige Veränderungen in der Nachfrage der letzten 5 Jahren wurden vom Metro-Handelslexikon aufgelistet. Insgesamt gab es bei Nahrungs- und Genussmitteln einen Wertanstieg von 9,1 %. Damit übertreffen sie andere Haushaltswaren wie Wasch-, Putz- und Reinigungsmittel mit 3,6 % oder Haushalts- und Hygienepapier mit 5,9 %. Bei einigen hochwertigen Produkten wie Kühl- und Feinkost wurde das mittlere Wachstum übertroffen. Fisch, Eis, Obst- und Gemüse erreichten mittlere Werte. Fleisch- und Fleischprodukte, alkoholische Getränke, Brot- und Backwaren kamen auf nur unterdurchschnittliche Zuwächse. Die Frage, was von diesen Tendenzen beim landwirtschaftlichen Erzeuger ankommt, ist nur schwer zu beantworten. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten wird durch den Einzelhandel, den Großhandel sowie durch die Nahrungsmittelindustrie mit der dazu gehörigen Technik mehrfach gebrochen.

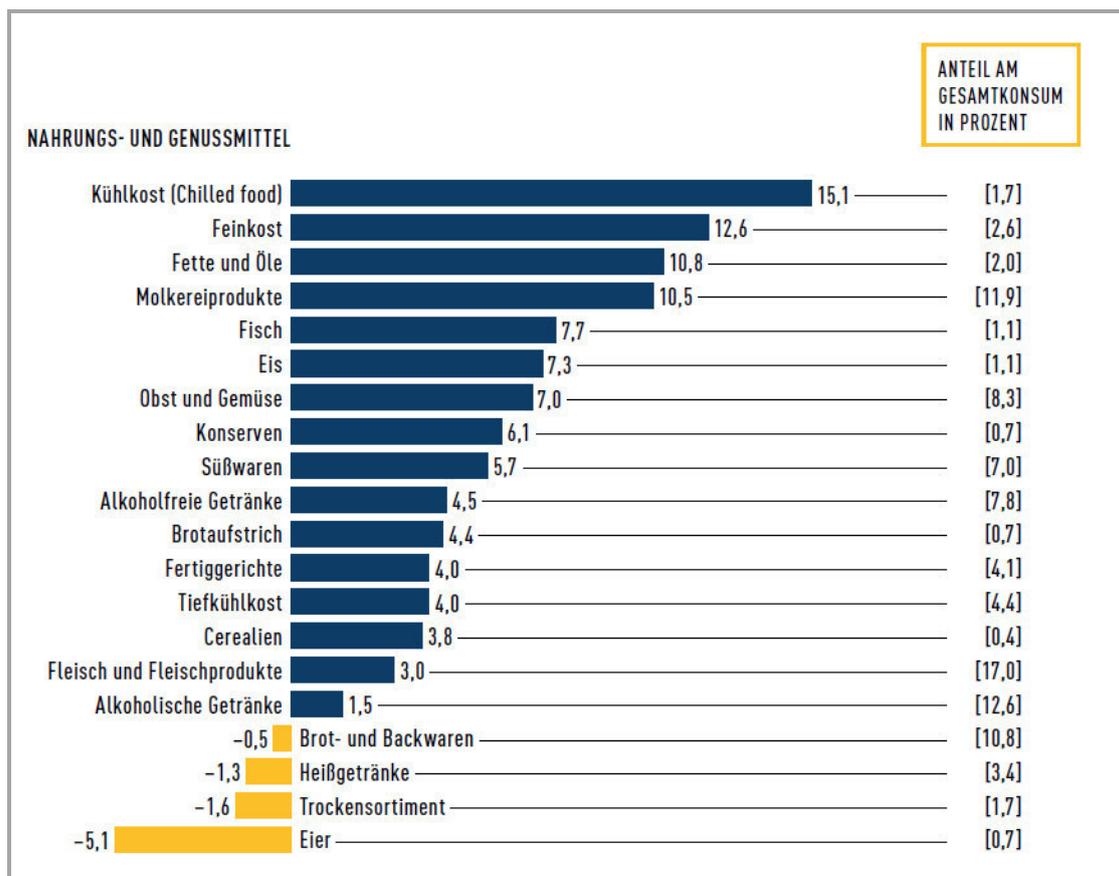


Abb. 166: Entwicklung der privaten Nachfrage nach Nahrungs- und Genussmitteln 2011 bis 2014.

Aus: Metro Group 2015, S. 100.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Direktvermarktung und andere Einkommenskombination mit direktem Kontakt zwischen Landwirt und Endverbraucher werden in Kap.12 gesondert abgehandelt.

Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung errechnet den Selbstversorgungsgrad der deutschen Landwirtschaft. 2014 lag er bei 97 %. Zieht man die Erzeugung auf der Basis von Futtereinfuhr ab, sind es 92 %. Allerdings gibt es je nach Produktgruppe enorme Schwankungen. Bei Innereien liegt der Selbstversorgungsgrad bei über 1000 %. Bei Magermilchpulver und Kondensmilch übertrifft er 300 %. Kartoffeln, Zucker und Sahneerzeugnisse lagen im Selbstversorgungsgrad über 120 %. Auch bei Vollmilch, Schweine- und Geflügelfleisch gab es Überproduktion. Schaf- und Ziegenfleisch, Gemüse, Honig und Obst (ohne Zitrusfrüchte) wurden in nicht ausreichenden Mengen erzeugt.

Einige der im Diagramm dargestellten Produktgruppen sind sehr inhomogen. Am Beispiel der verschiedenen Getreidearten wird gezeigt, wie sich der jährliche Durchschnittswert zusammensetzt.

Im Wirtschaftsjahr 2012/13 ergab sich für Getreide ein Selbstversorgungsgrad von 109,6 %, bei dem vier von 7 Getreidearten Versorgungsgrade über 100 % aufwiesen. 2014/15 war der Durchschnittswert mit 114,5 % zwar höher. Er wurde aber nur von zwei Arten getragen, die mehr als 100 % erreichten. Der Selbstversorgungsgrad mit Hartweizen liegt dauerhaft unter 10 %. Auch Körnermais und Hafer erreichten im betrachteten Zeitraum keinmal 100 %. Der Gesamtüberschuss bei Getreide wird hauptsächlich von Weichweizen und Gerste getragen, die in allen drei Wirtschaftsjahren Werte über 100 % erreichten.

Tab. 26: Selbstversorgungsgrad mit Getreide nach der Versorgungsbilanz nach Arten in den Wirtschaftsjahren 2012/13 bis 2014/15

	2012/13	2013/14	2014/15
Weichweizen	133,6	139,5	150,6
Gerste	112,8	110,3	121,0
Roggen	108,5	94,8	96,3
Triticale	100,3	96,0	91,9
Hafer	98,1	74,5	79,9
Körnermais	73,7	52,1	62,7
Hartweizen	5,0	4,8	6,9
Getreide insgesamt	109,6	105,0	114,5

Aus: http://www.ble.de/DE/01_Markt/15_Versorgungsbilanzen/_functions/Dt_Getreide-VersorgungVerbrauch.html?nn=2303750 (2016-02-22)

Eine weitere Annäherung an die reale landwirtschaftliche Nachfrage bringt die Außenhandelsstatistik. Der landwirtschaftliche Selbstversorgungsgrad unter 100 % setzt sich logischerweise in eine negative Handelsbilanz fort: 2014 wies der deutsche Agraraußenhandel einen Negativsaldo von rund 8,83 Mrd. € auf. Dabei standen 66,697 Mrd. € an Exporten 75,517 Mrd. € an ernährungswirtschaftlichen Importen gegenüber.

Dabei bedingen sich einige Über- und Unterschüsse zumindest in Teilen wechselseitig: Wenn man die Ausfuhr gegen die Einfuhr von Milcherzeugnissen verrechnet, ergibt sich ein Plus von 3,369 Mrd. €.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

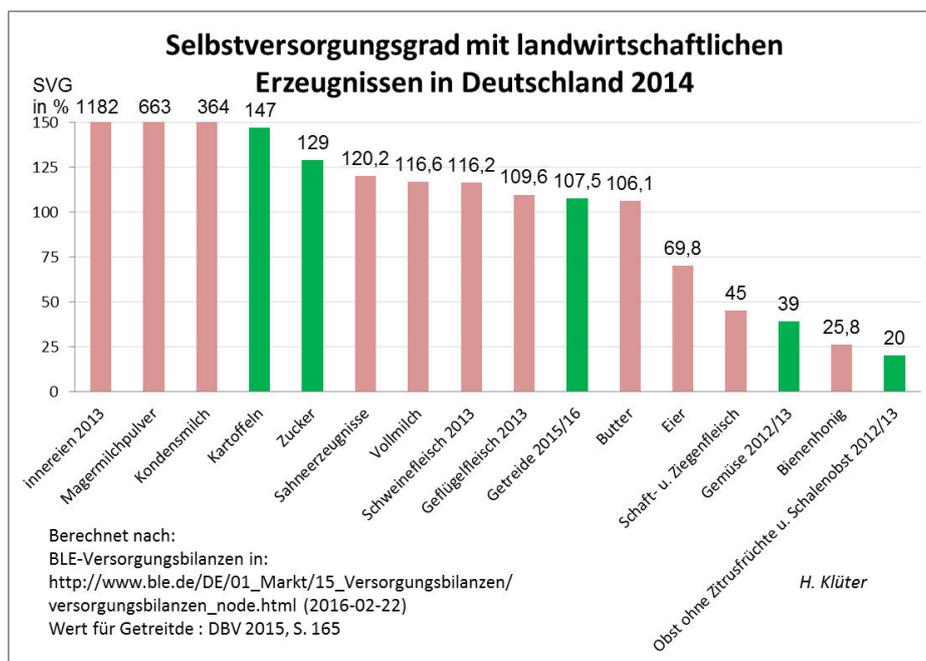


Abb. 167: Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Deutschland 2014

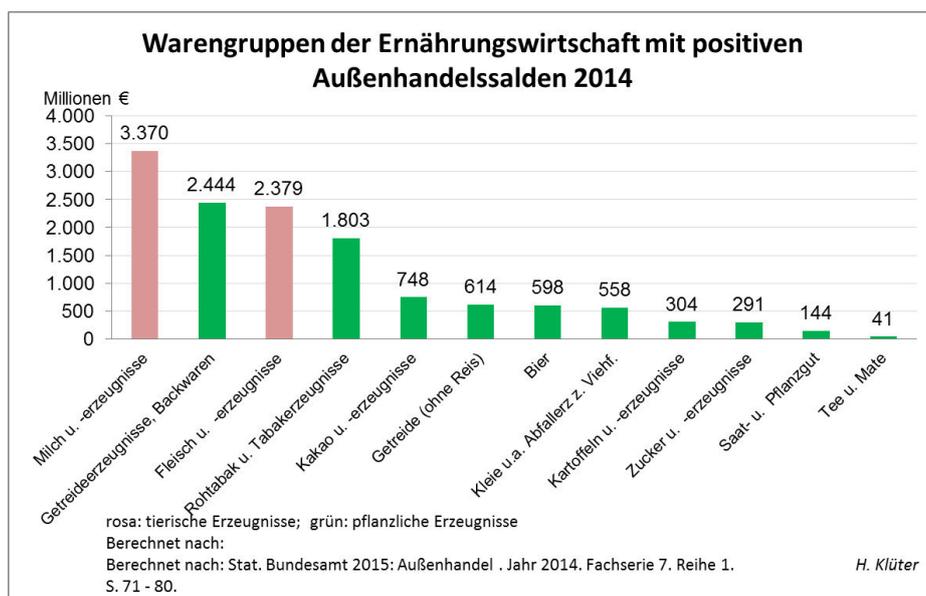


Abb. 168: Warengruppen der Ernährungswirtschaft mit positiven Außenhandelssalden 2014

Allerdings wurde es mit erheblichen Futtermittelimporten erkaufte. Ölsaaten und Ölprodukte schlugen auf der Importseite mit 4,777 Mrd. € zu Buche. Zweitgrößte Exportgruppe sind Getreideerzeugnisse und Backwaren mit über 2,444 Mrd. € Ausfuhrüberschuss. Hier könnte man Düngemittelimporte gegenrechnen. Fleisch und Fleischerzeugnisse erbrachten 2014 einen Ausfuhrüberschuss von 2,380 Mrd. €. Auch hier müsste ein Teil der Futtermittelimporte gegengerechnet werden.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Rohtabak und Tabakerzeugnisse weisen ebenfalls einen Positivsaldo auf. Er bedeutet, dass die Tabakimporte durch den Export von Zigaretten überkompensiert werden. Bei Kakao- und Kakaoerzeugnissen sind die Verhältnisse ähnlich: Zwar muss Rohkakao importiert werden, doch der Wert der exportierten Schokolade und Pralinen ist größer, so dass sich für diese Produktgruppe ein Positivsaldo ergibt.

Der größte Negativsaldo wird mit 4,777 Mrd. € von Ölsaaten und pflanzlichen Ölprodukten gebildet. Dazu gehören die Soja-Importe und Ölkuchen. Frischobst und Südfrüchte bilden mit 4 Mrd. € den zweitgrößten Posten. 3,3 Mrd. € beträgt der Negativsaldo an Gemüse und Küchengewächsen. Lebende Pflanzen und Ziergartenerzeugnisse haben mit ihrem Negativsaldo von 1,658 Mrd. € Wein und Kaffee überflügelt.

Nicht nur einzelne Warengruppen, auch die Bundesländer weisen große Unterschiede in ihren ernährungswirtschaftlichen Außenhandelsbilanzen auf.

Dabei gehört Mecklenburg-Vorpommern traditionell zu den Bundesländern, die eine positive Bilanz aufweisen. Die Russlandsanktionen der EU und das Nahrungsmittellembargo der russischen Seite haben daran wenig geändert. 2014 lag Mecklenburg-Vorpommern mit einem Positivsaldo von über 1,5 Mrd. € bundesweit nach Niedersachsen an zweiter Stelle. Sachsen-Anhalt und Berlin wiesen ebenfalls knappe Positivsalden auf.

Die größten Negativsalden ergaben sich für Hamburg und Nordrhein-Westfalen mit Werten über 5 Mrd. €. Baden-Württemberg, Bremen und Hessen kamen auf Negativsalden weit über 1 Mrd. €.

Betrachtet man die Exporte der Ernährungswirtschaft, dann liegt Mecklenburg-Vorpommern innerhalb Ostdeutschlands mit 2,6 Mrd. € an erster Stelle, nimmt aber in Gesamtdeutschland nur einen Mittelfeldplatz ein. 53 % der den Bundesländern zugeordneten Exporte entfallen auf Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern. Die übrigen 13 Bundesländer leisten nur unterproportionale Beiträge. Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern, das mit 4,4 % an den ernährungswirtschaftlichen Exporten Deutschlands beteiligt ist.

An den Importen dieser Warengruppe ist Mecklenburg-Vorpommern mit 1,034 Mrd. € beteiligt. Das waren 1,4 % des ernährungswirtschaftlichen Imports, der den Bundesländern zugeordnet werden kann. Auch die anderen ostdeutschen Länder fallen durch Einfuhrvolumina unter 2 Mrd. € auf.

Eine zweite Gruppe bilden die Bundesländer Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die eine Einfuhr zwischen 3 und 4 Mrd. € aufweisen.

Eine weitere Gruppe besteht aus Hamburg, Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg mit je 8 bis 9,2 Mrd. € ernährungswirtschaftlicher Einfuhr. Gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen (17,3 Mrd. €) konzentrieren sie über 70 % der ernährungswirtschaftlichen Einfuhr von Deutschland auf sich.

Jene fünf Bundesländer dominieren gemeinsam mit Bremen den Agrarhandel in Deutschland. Für Mecklenburg-Vorpommern sowie die anderen ost- und mitteldeutschen Bundesländer ist außerdem relevant, dass der größte Teil der Viehfutterimporte und anderer agrarischer Rohstoffe auf dem Seeweg nach Deutschland gelangt – vor allem über die Häfen Hamburg, Bremen und Brake. Von den dortigen Handelshäusern werden die Produkte ins weitere Binnenland und nach Ostdeutschland verkauft, wobei sie als innerdeutscher Handel und nicht als Import bilanziert werden.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

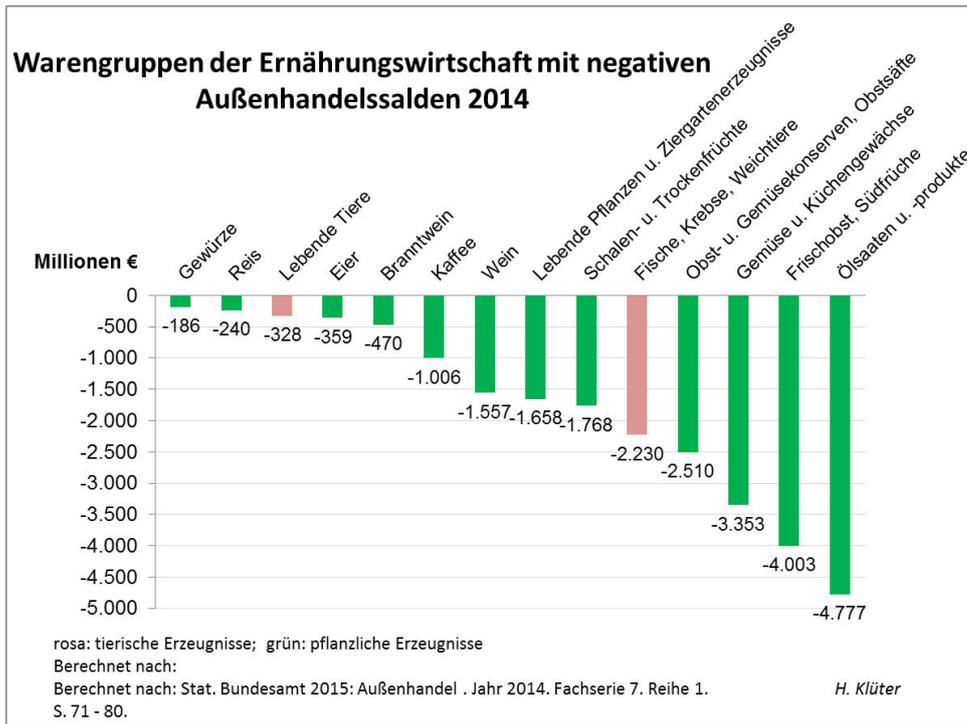


Abb. 169: Warengruppen der Ernährungswirtschaft mit negativen Außenhandelssalden 2014

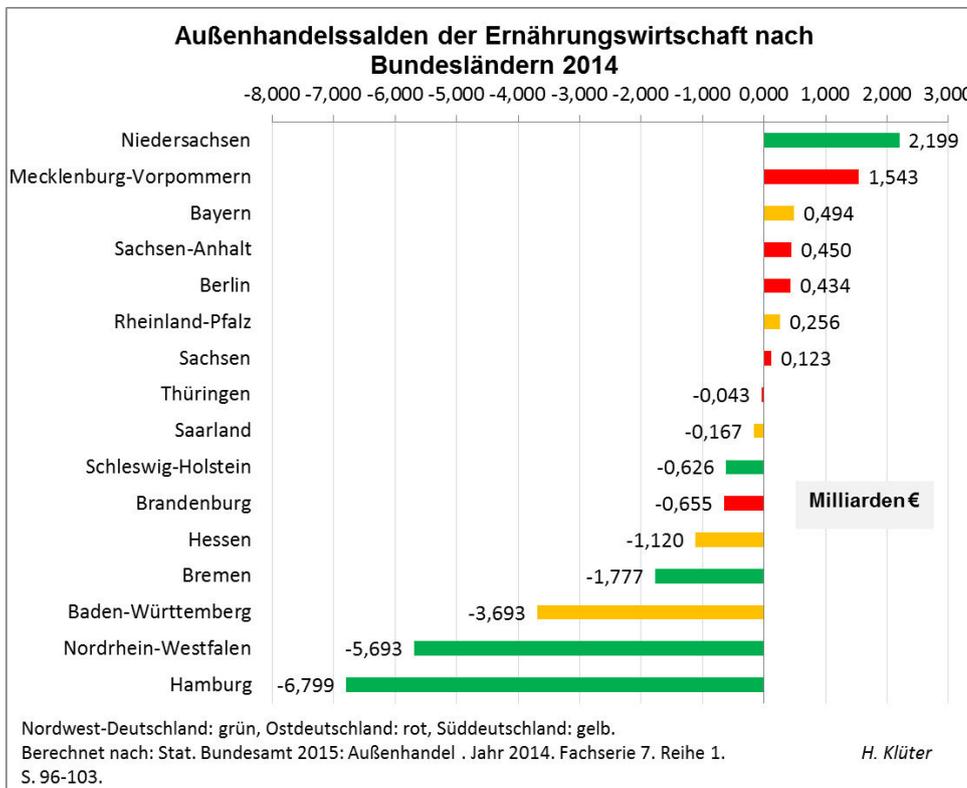


Abb. 170: Außenhandelssalden der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Mecklenburg-Vorpommerns ernährungswirtschaftliche Außenhandelsbilanz ist nur deswegen positiv, weil die aus dem Ausland eingeführten Futtermittel und landwirtschaftlichen Rohstoffe über andere Bundesländer laufen.

Die Exporte der Ernährungswirtschaft sind stärker an den LKW als an den Seeverkehr gebunden. Eine Verschickung per LKW ins Ausland ist auch von Mecklenburg-Vorpommern aus möglich. Allerdings ist damit zu rechnen, dass nur ein Teil der realen Exporte von Mecklenburg-Vorpommern aus direkt ins Ausland verschickt wird. Der wohl größere Teil wird von westdeutschen Handels- und Verarbeitungsunternehmen aufgekauft und von dort exportiert.

Bisweilen wird die Erwartung geäußert, die deutsche Landwirtschaft und ihre derzeitige Struktur könnten durch Intensivierung der Exporte „gerettet“ werden. Vor allem die Sanktionen Russland gegenüber und das Embargo von russischer Seite müssten so schnell wie möglich aufgehoben werden. (Vgl.: *DBV 2016 Situationsbericht*, S. 3). Natürlich ist es sinnvoll, politische Handelshindernisse abzubauen. Die Erwartungen, Russland könne in demselben Umfang wie bis 2013 deutsche ernährungswirtschaftliche Produkte kaufen, sind jedoch überzogen, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Importsubstitution ist in vollem Gange. Die Bruttoproduktion der russischen Landwirtschaft ist von 2013 bis 2015 nominal um ein Drittel gewachsen. Viele Unternehmen haben die Chance genutzt, großstädtische Märkte zurückzuerobern, die seit den neunziger Jahren fest in den Händen westlicher Importeure waren. Dabei werden Ausstattungs- und Hygienestandards der vormals westlichen Unternehmen übernommen.
- Einige russische Regionen entdecken ihre „regionale Produkte“ neu. PSM-freier Weizen - bis vor 3 Jahren eine sibirische Spezialität - ist jetzt in Westrussland erhältlich.
- Mit der Wirtschaftskrise werden Arbeitskräfte freigesetzt, die traditionell in den persönlichen Nebenwirtschaften tätig werden, und somit die Versorgungsbilanzen vor allem in ländlichen Räumen stark entlasten.
- Der Rubel hat aufgrund des Preisverfalls bei Energieträgern seit 2013 fast die Hälfte seines Außenwerts verloren. Selbst wenn jetzt alle Sanktionen und Embargos aufgehoben würden, wird sich nur noch ein kleiner Teil der Unternehmen und der Bevölkerung westliche Lebensmittel leisten können.

Unter diesen Aspekten erscheint es sinnvoll, die inneren Reserven des deutschen Marktes zu hinterfragen. Beispielhaft sei hier die Preisentwicklung von Milch in den letzten zwei Jahren angeführt. Der Preis für konventionell erzeugte Kuhmilch ist von 40,90 €/100 kg im Januar 2014 auf 29,26 €/(100) kg im Dezember 2015 gefallen. Der Preisverlust beträgt mehr als 25 %. Im selben Zeitraum ist der Preis für ökologisch erzeugte Milch weitgehend stabil geblieben. Der Preisabstand, der vor zwei Jahren nur 7,89 €/100 kg betrug, hat sich auf 19,93 €/(100) kg vergrößert. Diese Dynamik gilt nicht nur für ökologisch erzeugte Milch, sondern auch für einige andere Biolebensmittel.

Die Umsätze von Frischgemüse, Obst, Fleisch und Mehl aus Bio-Produktion sind 2015 zweistellig gewachsen. Bei den genannten Produkten wuchs der Umsatz schneller als die Absatzmengen, so dass auch höhere Preise erzielt werden konnten. Bisher übersteigt der Bio-Anteil am jeweiligen Gesamtumsatz nur bei Eiern, Frischmilch, Frischgemüse, Frischobst und Mehl 5 %, so dass der deutsche Binnenmarkt im Biobereich noch erhebliche Reserven aufweist (Abb. 174).

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen



Abb. 171:
Exporte der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014

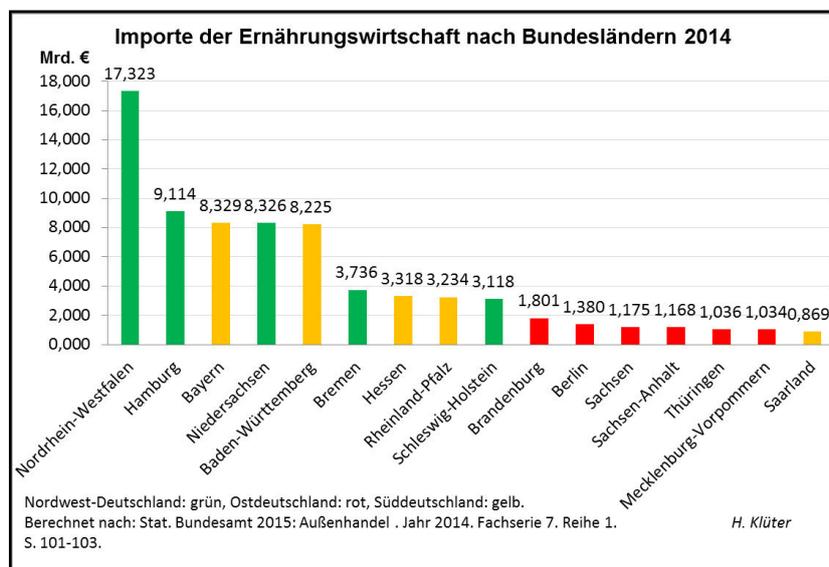


Abb. 172:
Importe der Ernährungswirtschaft nach Bundesländern 2014

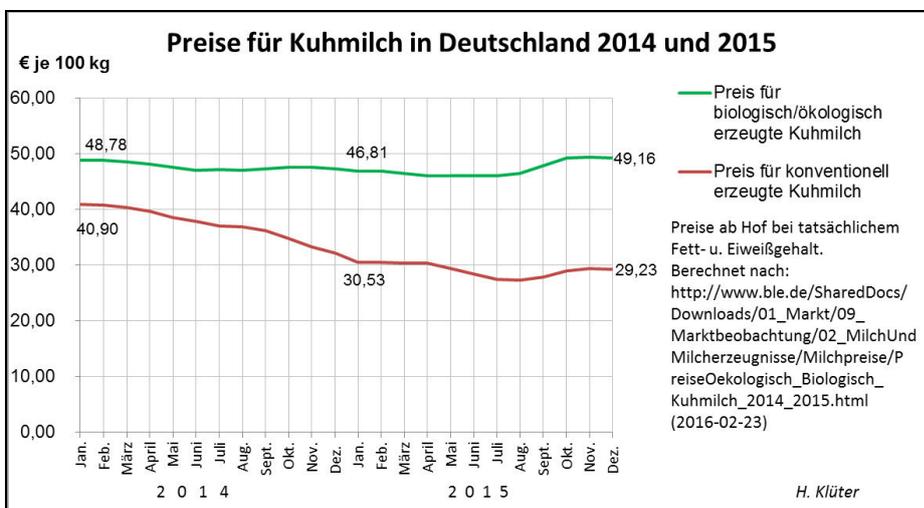


Abb. 173:
Preise für Kuhmilch in Deutschland 2014 und 2015

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

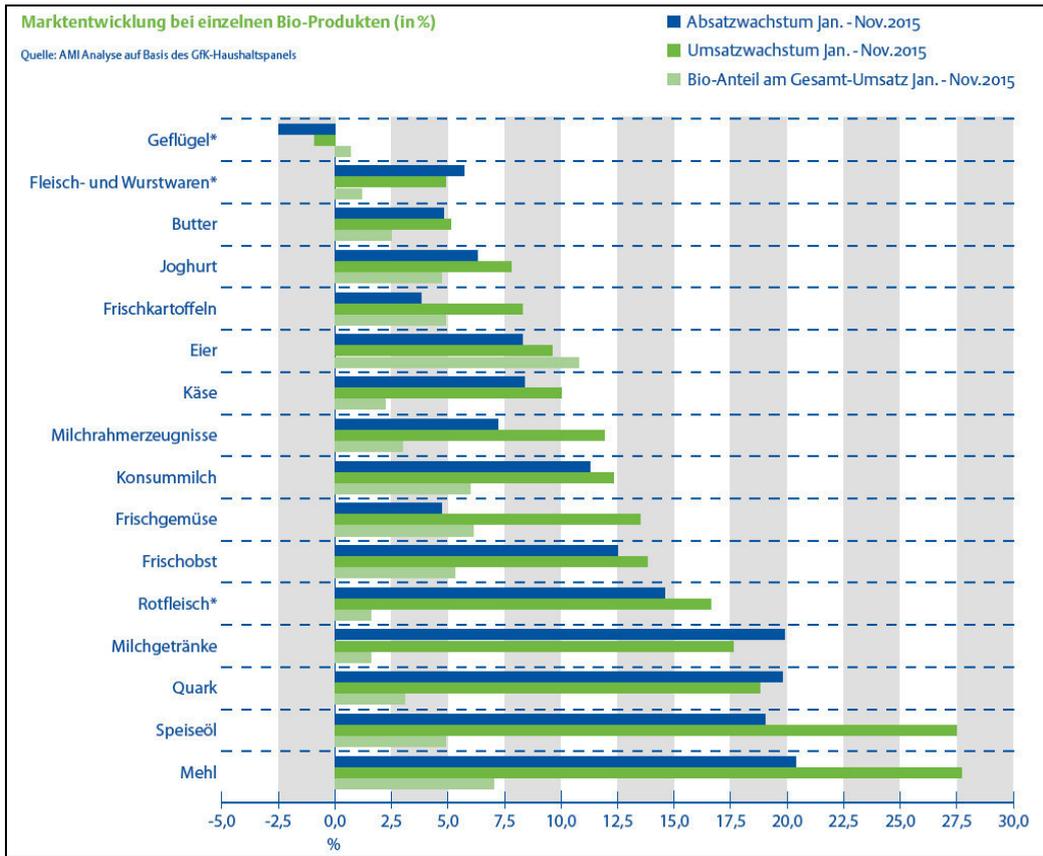


Abb. 174: Marktentwicklung bei einzelnen Bio-Produkten Jan. bis Nov. 2015
Aus: BÖLW 2016, S. 15.

Eine Statistik aus der Sicht der Kunden bietet das Ökobarometer von Infas:

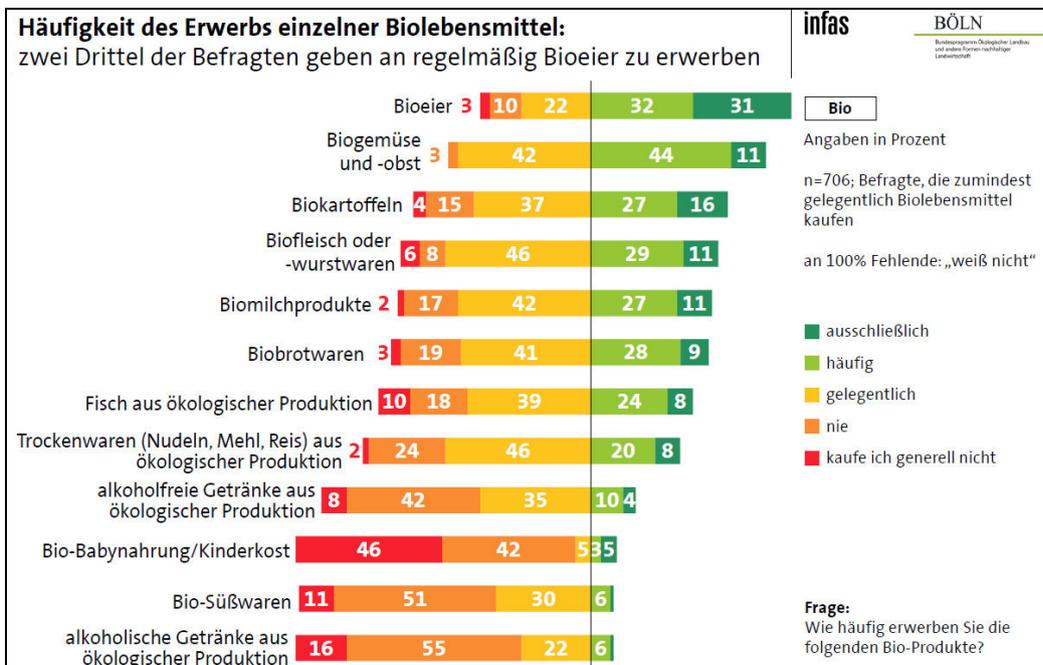


Abb. 175: Häufigkeit des Erwerbs einzelner Biolebensmittel
Aus: Infas 2016 Ökobarometer, S. 7.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Die im Januar 2016 durchgeführte Befragung ergab, dass über die Hälfte der Respondenten häufig Bio-Eier oder Biogemüse und Bio-Obst kauft. Bei Biofleisch und -wurstwaren erreichte diese Kennziffer 40 %.

Bei den Motiven zum Kauf von Biolebensmitteln rangiert die artgerechte Tierhaltung mit 93 % Ja-Anteilen an erster Stelle. Äußerst interessant ist, dass an zweiter Stelle mit 91 % Ja-Anteilen kein genuin ökologisches Kriterium rangiert, sondern „regionale Herkunft, Unterstützung regionaler Betriebe“. Die gesunde Ernährung zur Stärkung des Wohlbefindens rangiert unter den 15 abgefragten Motiven erst an 6. Stelle (84 % Ja-Anteile).

Unter den Befragten stellen die „Nicht-Konsumenten“ mit einem Drittel nur noch eine Minderheit dar. Mit zunehmenden Einkommens- und Bildungsniveau verringert sich der Anteil der Nicht-Konsumenten auf 16 % bis 14 %. Daneben gibt es eine starke Stadt-Land-Differenzierung, nach der die Großstädter am stärksten Biolebensmittel nachfragen.

Vergleicht man diese Daten mit den bisher erzielten Umsatzanteilen im Einzelhandel mit ökologischen Produkten, fallen erhebliche Diskrepanzen auf. Derzeit wird nur bei Öko-Eiern ein Umsatzanteil von über 10 % am jeweiligen Gesamtumsatz erreicht. (vgl. Abb. 176). Die Kundenklassifizierung weist aber 37 % „überzeugte Intensivkonsumenten“ und „bewusste Stammkonsumenten“ aus. Um die sich hier abzeichnende latente Nachfrage voll auszuschöpfen müsste der Anteil der Ökoprodukte am Gesamtumsatz um mehr als das Doppelte wachsen.

Dies sind für die Lebensmittelanbieter und für die Politik wichtige Signale, die andeuten, wie stark das Biosegment im Markt in den nächsten Jahren wachsen könnte.

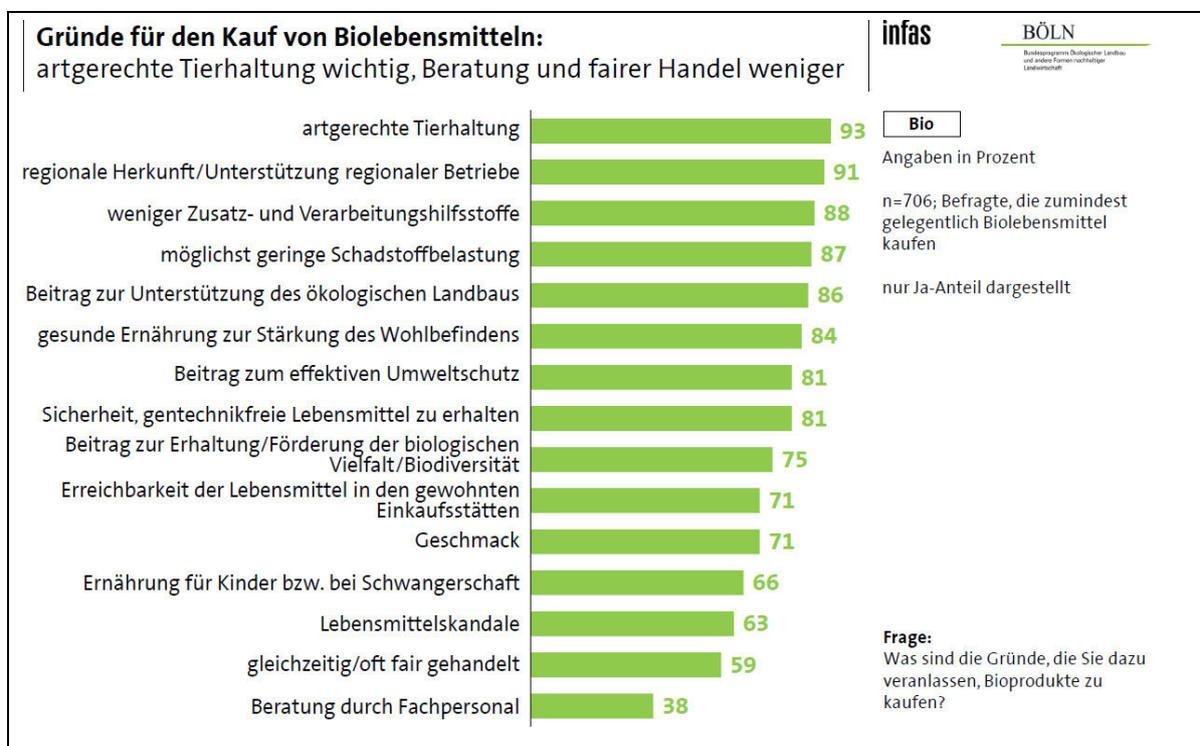


Abb. 176: Gründe für den Kauf von Biolebensmitteln 2016

Aus: Infas 2016 Ökobarometer, S. 10.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

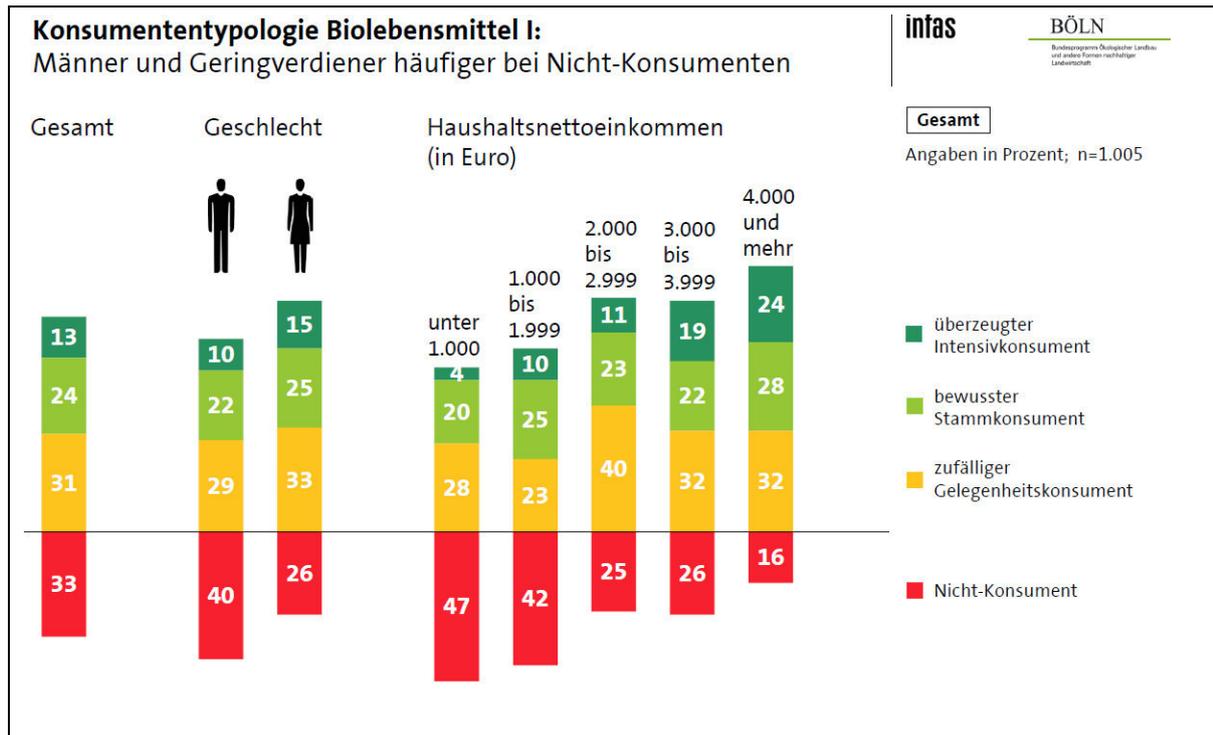


Abb. 177: Konsumententypologie Biolebensmittel nach Geschlecht und Nettoeinkommen

Aus: Infas 2016 Ökobarometer, S. 28.

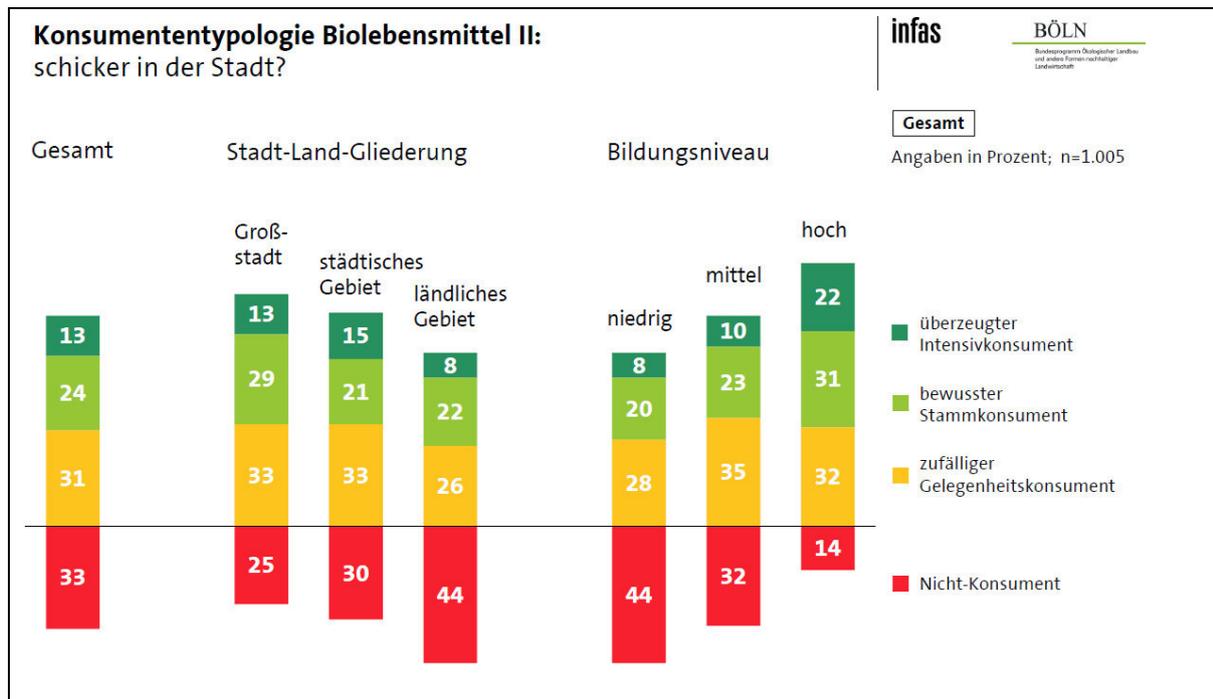


Abb. 178: Konsumententypologie Biolebensmittel nach Urbanität und Bildung

Aus: Infas 2016 Ökobarometer, S. 29.

Biolebensmittelerwerb

- Ein Viertel der Bevölkerung kauft regelmäßig Biolebensmittel. Grundsätzlich ist die Häufigkeit des **Biolebensmittelerwerbs** damit gleich geblieben – bei leichten Veränderungen in Richtung der Pole (ausschließlich, nie).
- Im Bereich der **Bioprodukte** ist die Nachfrage nach Eiern sowie Obst und Gemüse groß, aber nach Süßwaren und alkoholischen Getränken sehr gering. Gekauft werden die Bioprodukte bevorzugt im Supermarkt. Aber auch in Bioläden kaufen über die Hälfte der Bevölkerung ihre Biolebensmittel. Die Abokiste besitzt jedoch noch eine geringe Bekanntheit und auch im Internet erfolgt so gut wie kein Bezug von Biolebensmitteln.
- Artgerechte Tierhaltung und die regionale Herkunft sind weiterhin die wichtigsten **Gründe zum Kauf** von Biolebensmitteln, während überzeugende Information bzw. Beratung durch Fachpersonal und der gleichzeitig faire Handel der Produkte weniger ausschlaggebend sind. Wichtige **Aspekte beim Kauf** sind wiederum optimale Frische und natürlicher Geschmack. Die Warenzeichen von Ökoverbänden auf Bioprodukten sind dagegen nur 18 Prozent der Biolebensmittelkäuferinnen und -käufern wichtig.
- Insbesondere private Kontakte zu anderen Nutzern von Bioprodukten und eigene Initiative sind Gründe für das Interesse an Biolebensmitteln.

Abb. 179: Ergebnisse des Ökobarometers 2016

Aus: *Infas 2016 Ökobarometer*, S. 30.

Sowohl Selbstversorgungsgrad und Außenhandelsstatistik weisen auf erhebliche Asymmetrien in der landwirtschaftlichen Erzeugung hin. Der Überproduktion von Getreide, Milch und Schweinefleisch stehen große Defizite bei Obst, Gemüse, Zierpflanzen und anderen Hochpreisprodukten gegenüber. Diese Asymmetrien sind keineswegs neu. Sie hängen vor allem mit der ostdeutschen Spezialisierung auf Massenprodukte zusammen. Der derzeitige Preisverfall bei Getreide, Milch und Schweinefleisch ist kein unerwartetes Ereignis, sondern war strukturell absehbar. Er zeigt, wie inflexibel die Großbetriebe auf Marktsignale reagieren.

- Einerseits ist das durch ihre schlichte Größe bedingt. Sie sind ähnlich wie Ozeanriesen nur schwer manövrierbar. Die Umprofilierung oder Marktanpassung eines Großbetriebs ist zeit- und kapitalaufwändig. Seine hochgradige Spezialisierung bedeutet, dass er in starkem Maße von Vorleistungen (z.B. Viehfutter, Jungviehlieferungen, Antibiotika) abhängt. Die Vorleistungen werden in großen Mengen benötigt und nur von wenigen Lieferanten angeboten. Auch beim Absatz ihrer Erzeugnisse (meist Massenware) sind sie auf einige wenige Großabnehmer angewiesen. Die Nahrungs- und Futtermittelindustrie kann somit einen Großbetrieb von zwei Seiten in die Preiszange nehmen:
 - über die Vorleistungen
 - über den Aufkauf der Produkte.
- Andererseits wird die Inflexibilität durch die hohe Flächenprämie gefördert. Insofern sind die derzeitigen Liquiditätshilfen für die Landwirtschaft nur eine Art „Feuerwehraktion“. Die strukturellen Probleme der Landwirtschaft – zu große, inflexible, im wahrsten Sinne des Wortes marktfremde Betriebe – werden damit nicht gelöst.

6. Zur Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen

Hinter diesen Prozessen steht eine Marktteilung:

- Die Preisbildung für agrarische Massenprodukte wird durch wenige Akteure auf der Produzentenseite in ostdeutschen Großbetrieben und auf der Abnehmerseite durch einige Großhändler oder sehr große fleisch- und pflanzenverarbeitende Konzerne bestimmt. Wenn es zur Überproduktion kommt, können die Preise eine gewisse Zeit gegen den Markt gehalten werden, brechen aber dann möglicherweise umso stärker ein.
- Die Preisbildung für hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse, einschließlich ökologischer Produkte ist derzeit weniger zentralisiert, obwohl sich im Groß- und großstädtischen Einzelhandel bereits gewisse Konzernstrukturen manifestieren. Die Preise in diesem Marktsegment erwiesen sich bisher stabiler als in der Massenproduktion. Während in der Massenproduktion die Nachfrage stagniert oder sinkt, nimmt sie in dem hochwertigen Segment zu. Besonders stark wächst sie dort, wo sie durch Touristen und Zweitwohnsitznehmer verstärkt wird – beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern.

7. BESITZSTRUKTUREN UND ARBEITSKRÄFTE IN DER LANDWIRTSCHAFT

7.1 UNTERNEHMENSARTEN

7.1.1 Definitionen

Viele Begriffe, die im alltäglichen Sprachgebrauch die Strukturen der Landwirtschaft beschreiben, finden in der Agrarstatistik keine Entsprechung. Dazu gehören Bauernhöfe, Großviehanlagen, landwirtschaftsfremde Investoren, Domänen, Güter und vielen andere. Stattdessen ist von Einzelunternehmen, Personengesellschaften, juristischen Personen, Futterbaubetrieben und Viehhaltungsverbänden die Rede.

Die Agrarstatistik der Rechtsformen der Betriebe hat eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Die Definitionen und Bestimmungen sind derart komplex und eigenwillig, dass es zu Missverständnissen führen könnte, wenn man versucht, sie zusammenzufassen. Das bedeutet auch, dass bei einigen Tabellen die Erläuterungen quantitativ länger sind als die eigentliche Tabelle. 2013 wurden die quantifizierten Rechtsformen der Betriebe wie folgt definiert:

„Betriebe der Rechtsform „Einzelunternehmen“:

Eine natürliche Person ist Alleininhaber eines selbständig wirtschaftenden Betriebes. Einem Alleininhaber sind - sofern kein entsprechender Vertrag vorliegt - Ehepaare, Geschwister, Erbengemeinschaften gleichgesetzt.

Betriebe der Rechtsform „Personengemeinschaften, -gesellschaften“:

Mehrere natürliche Personen, die als Gesellschafter Träger der Rechte und Pflichten in ihrer Verbundenheit sind, die sich nach den Regeln über die Gesamthand richten. Personengemeinschaften haben keine eigene Rechtspersönlichkeit.

Zu den Personengemeinschaften zählen

- nicht eingetragener Verein:
In das Vereinsregister nicht eingetragener, nicht rechtsfähiger Verein. Als Rechtsform ist er in landwirtschaftlichen Kooperationen anzutreffen. Im Gegensatz zum eingetragenen Verein ist er keine juristische Person.
- Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR, BGB-Gesellschaft):
Auf einem Vertrag beruhende Personenvereinigung (z. B. mehrere Landwirte) zur Förderung eines gemeinsamen Zweckes. Im Gesellschaftsvertrag sind die Rechte und Pflichten (Beitrags-, Geschäftsführungs- und Treuepflicht) der Gesellschafter festgelegt. Geschäftsführung und Vertretung stehen, soweit vertraglich nicht anders geregelt, allen Gesellschaftern zu.
- Offene Handelsgesellschaft (OHG):
Eine Gesellschaft, bei der alle Eigentümer zugleich Unternehmer (Gesellschafter) sind, die mit ihrem gesamten Privatvermögen haften. Die OHG ist eine gemeinschaftliche Firma, bei der al-

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

le Gesellschafter die Befugnis zur Alleingeschäftsführung und Alleinvertretung haben und somit Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen können. Die OHG wird ins Handelsregister eingetragen.

- Kommanditgesellschaft (KG):
Handelsrechtliche Personengesellschaft, die sich von der OHG dadurch unterscheidet, dass zwei Typen von Gesellschaftern existieren. Gesellschafter sind die unbeschränkt haftenden Komplementäre und die nur mit ihrer Kapitaleinlage haftenden Kommanditisten. Geschäftsführung und Außenvertretung nehmen ausschließlich die Komplementäre wahr. Die KG wird ins Handelsregister eingetragen.
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. Kommanditgesellschaft (GmbH & Co. KG, einschließlich Ltd. & Co. KG):
Personengesellschaft, die der KG entspricht, nur dass der Komplementär eine GmbH ist. Deren Haftung ist auf die Stammeinlage begrenzt. Gleichzusetzen ist die Ltd. & Co. KG.
- sonstige Personengemeinschaften (einschließlich Erbengemeinschaft):
Weitere hier nicht einzeln aufgeführte und in der Strukturhebung nachzuweisende Gesellschaften in Form des Zusammenschlusses von Personen, wie z. B. der Erbengemeinschaft, in der jeder Miterbe über seinen Anteil am Nachlass in Form der notariellen Beurkundung verfügen kann (Gesamthandgemeinschaft).

Betriebe der Rechtsform „juristische Personen“: Betriebe, deren Inhaber eine juristische Person ist, und zwar:

- des privaten Rechts
- eingetragener Verein (e.V.):
Hierbei handelt es sich um eine in das Vereinsregister eingetragene Personenvereinigung mit eigener Rechtspersönlichkeit. Die in der Satzung festgelegte Zielsetzung kann sowohl auf „nicht wirtschaftliche“ (z. B. soziale, kulturelle) Zwecke als auch wirtschaftliche Zwecke ausgerichtet sein. Die Beschlussfassung erfolgt über den Vorstand, die Mitgliederversammlung und gegebenenfalls über Ausschüsse oder Beiräte.
- eingetragene Genossenschaft (eG):
In das Genossenschaftsregister eingetragene Gesellschaft mit nicht geschlossener (freier und wechselnder) Mitgliederzahl, deren Zweck auf den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale oder kulturelle Belange mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes gerichtet ist. Sie verfügt im Gegensatz zu den Kapitalgesellschaften nur dann über ein Mindestkapital, wenn dies durch Satzung bestimmt ist. Notwendige Organe sind Vorstand, Aufsichtsrat oder Bevollmächtigter und Generalversammlung.
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) einschließlich Unternehmergesellschaft (UG bzw. Mini-GmbH):
Die GmbH ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, die über ihre obligatorischen Organe (Gesellschafter bzw. Gesellschafterversammlung und Geschäftsführung) handelt. Zusätzlich ist ein Aufsichtsrat fakultativ möglich. Die Gesellschafter erwerben über eine Stammeinlage Anteilsrechte an der Gesellschaft. Die Anteile sind im Unterschied zur Aktien-

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

gesellschaft nicht Gegenstand des freien Handelsverkehrs, sondern werden mit einem in notarieller Form geschlossenen Vertrag festgelegt. Als juristische Person ist die GmbH Handelsgesellschaft und Kaufmann kraft Rechtsform. Sie eignet sich als Rechtsform für kleinere und mittlere Unternehmen. Die Rechtsform Private Company limited by shares (Ltd.) ist der deutschen Rechtsform GmbH gleichzusetzen. Die Unternehmergesellschaft (UG), auch als Mini GmbH bezeichnet, ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und gehört deshalb wie die GmbH zu den juristischen Personen. Bei der Mini GmbH ist die Haftung begrenzt auf das Gesellschaftsvermögen und somit eine Haftung der Gesellschafter mit ihrem persönlichen Vermögen grundsätzlich ausgeschlossen. Im Unterschied zur GmbH darf es bei der Mini GmbH nur einen Geschäftsführer geben. Die Mini GmbH ist eigenständig und somit steuerpflichtig.

- Aktiengesellschaft (AG):

Die AG ist wie die GmbH eine Kapitalgesellschaft, besitzt eigene Rechtsfähigkeit und ist kraft Rechtsform Handelsgesellschaft und Kaufmann. Als juristische Person handelt die AG durch ihre Organe (Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung). Dabei sind in der Landwirtschaft häufig so genannte kleine (nicht börsennotierte) Aktiengesellschaften anzutreffen. Dies ist keine eigenständige Rechtsform, sondern sieht für Unternehmen mit einer begrenzten Zahl an Aktionären und Beschäftigten eine Reihe von vereinfachten Regeln vor, z. B. für das Einberufen der Hauptversammlung und die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer.

- Anstalt, Stiftung und andere Zweckvermögen:

Bei einer Anstalt des privaten Rechts handelt es sich um eine auf Gesetz beruhende rechtliche und selbstständige Verwaltungseinrichtung, die einem öffentlichen Nutzungszweck dient. Die Stiftung ist eine rechtsfähige juristische Person des Privatrechts, um für eine gewisse Dauer einen bestimmten Zweck zu erreichen. Bei Zweckvermögen mit ideellen Besitzanteilen handelt es sich z. B. um einen forstwirtschaftlichen Zusammenschluss in privatrechtlicher Form. Privatwaldungen, an denen das Eigentum einer Gemeinschaft oder mehreren Personen (Flächen werden über Nutzungsrechte zugewiesen) gemeinschaftlich zusteht und die der Forstaufsicht des Staates unterliegen.

- Sonstige juristische Personen des privaten Rechts: Zu den sonstigen juristischen Personen des privaten Rechts zählen sonstige Kapitalgesellschaften wie z. B. die europäische Aktiengesellschaft. Ausgenommen sind die einzeln aufgeführten Formen GmbH und AG. Des Weiteren fallen hierunter Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit sowie ausländische Rechtsformen (ausländische Kapital- oder Personengesellschaften oder sonstige ausländische Rechtsformen, außer Ltd. und Mini GmbH).

- des öffentlichen Rechts:

- Gebietskörperschaften: Bund

Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes bestimmt ist.

- Gebietskörperschaften: Land

Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Landes bestimmt ist.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

- sonstige Gebietskörperschaften (Kreis, Gemeinde, Kommunalverbände)
Körperschaft des öffentlichen Rechts, dessen Hoheitsbereich durch einen räumlich abgegrenzten Teil des Kreises, der Gemeinde oder des Kommunalverbandes bestimmt ist.
- sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts (Kirche, kirchliche Anstalt, Stiftung des öffentlichen Rechts, Personalkörperschaften):
- Auf einem Hoheitsakt (z. B. Gesetz) beruhende oder nachträglich durch ein Gesetz als Träger öffentlicher Aufgaben anerkannte Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts (z. B. Personalkörperschaften, kirchliche Anstalten, Kirche).“

Aus: *Statistisches Bundesamt (2014): Land- und Forstwirtschaft. Sozialökonomische Verhältnisse. Agrarstrukturhebung 2013, Wiesbaden 2014, S. 9 – 12.*

Dabei gelten für die Agrarstatistik die in Kap. 2.3 dargestellten Untergrenzen. Bedeutsam ist, dass auch die Rechtsformen – wie schon die übrigen bereits in Kap. 2.3 dargestellten Definitionen – keine Aussagen darüber treffen, welche Qualifikationen der Inhaber oder Betreiber eines landwirtschaftlichen Unternehmens nachweisen soll.

Die Einzelunternehmen – meist in Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe gegliedert – konnten früher im Wesentlichen mit Bauernhöfen gleichgesetzt werden. Vor dem Hintergrund von Problemen bei der Hofnachfolge und Haltungsfragen werden Bauernhöfe aber auch in Gesellschaften bürgerlichen Rechts oder andere Rechtsformen umgewandelt. Die Vorteile der nichtbäuerlichen Rechtsformen liegen nicht nur in den vertraglich geregelten Besitzansprüchen, sondern auch in den geteilten Verantwortlichkeiten. Im bäuerlichen Familienbetrieb ist der Inhaber mit seiner Familie praktisch für alles verantwortlich. Das schafft für Steuer-, Kontroll- und Umweltbehörden relativ eindeutige, klare Verhältnisse. Das bedeutet auch, dass Vorschriften, Auflagen und Gebote zeitnah erfüllt werden müssen.

Ebenso klar sind die Verhältnisse in Bezug auf Besitz und Weiterführung des Betriebs. Wenn ein Familienmitglied zu viel Kapital aus dem Hof zieht, fällt das auf – nicht nur den anderen Familienmitgliedern. Das Dorf hat mindestens ein halbes Jahr Gesprächsstoff, wenn der Sohn ein zu großes Auto fährt. Die soziale Kontrolle wirkt unbarmherzig. Bedeutend einfacher ist es, Geld aus einer Personengesellschaft oder juristischen Person zu ziehen. Der Verkauf von Gesellschaftsanteilen findet in der Regel nicht im Dorf statt. *Forstner, Arkenstette 2014* haben beispielhaft versucht, die landwirtschaftlichen Engagements von drei Personen innerhalb von 110 km Radius beispielhaft darzustellen. Innerhalb dieses Gebiets waren sie an 19 Betrieben beteiligt (Abb. 180).

Bei Personengesellschaften, -gemeinschaften und juristischen Personen sind einzelne Funktionen geteilt: Besitzer sind nicht identisch mit stillen Teilhabern, Geschäftsführern, Filial- oder Betriebsleitern. Durch gezielte Personalfluktuatation in diesen Positionen können Regelverstöße, die von den Behörden aufgedeckt werden, schwer zu zuordnen sein. Wenn dann auf Seiten der Behörden ebenfalls eine gewisse Personalfluktuatation herrscht – etwa aufgrund einer Funktional- oder Kreisgebietsreform-, gibt es auf behördlicher Seite ähnliche Zuordnungsprobleme. Sie haben in der Regel zur Folge, dass der Fall nicht weiter bearbeitet werden kann. Während ein einzelnbäuerliches Unternehmen aufgrund seiner allgemeinen Verantwortlichkeit und seiner beschränkten Finanzmittel selten den Rechtsweg beschreitet, bringt die Klage einer juristischen Person gegen einer Behörde zumindest einen Zeitaufschub.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

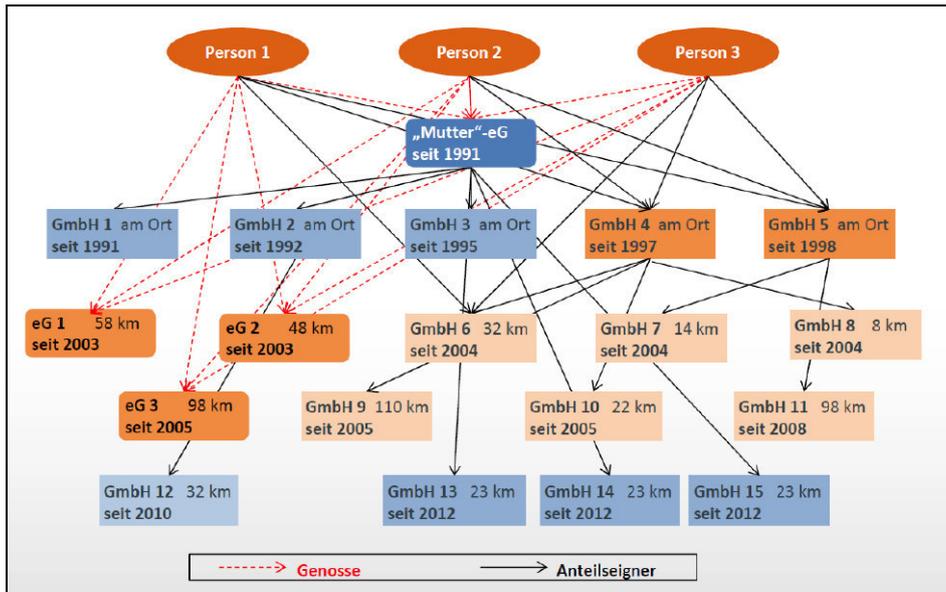


Abb. 180: Beispiel für komplexe Unternehmensstrukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft

Aus: Forstner, Arkenstette 2014, S. 18.

In diesem Zeitraum können einige Funktionen neu verteilt und – sofern eine politische Wahl in der Region ansteht – entsprechende Vorkehrungen für die anstehende Auseinandersetzung getroffen werden. Aktivitäten mit großen Seuchen- und anderen Risiken in der Massentierhaltung werden daher vorzugsweise als juristische Personen organisiert. Das betrifft in Mecklenburg-Vorpommern vor allem die Schweine- und Geflügelhaltung.

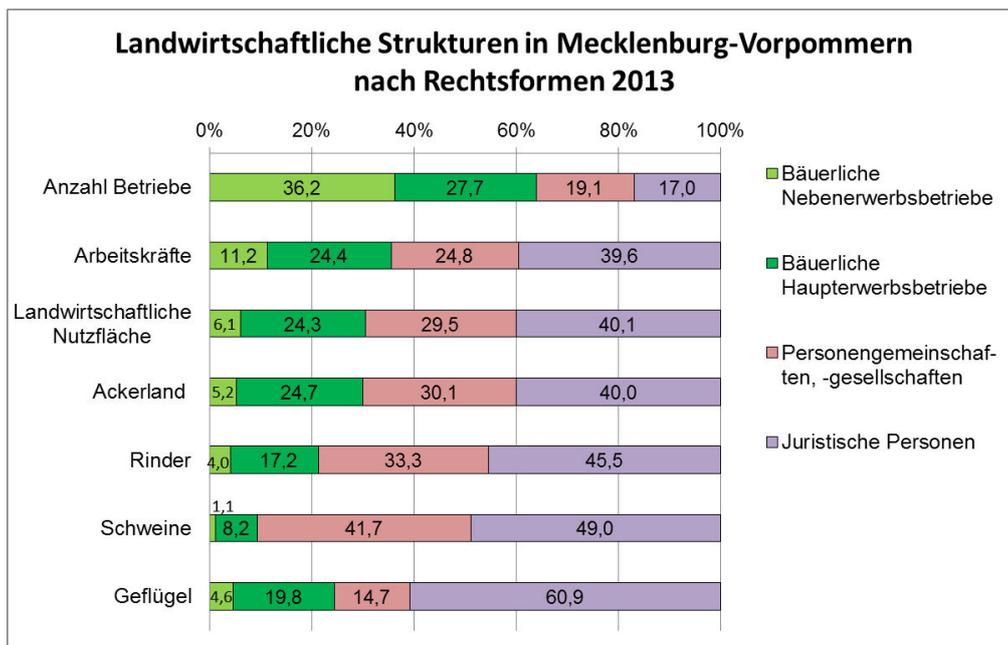


Abb. 181: Landwirtschaftliche Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern nach Rechtsformen 2013

Die juristischen Personen sind in diesen Bereichen überrepräsentiert. Aufgrund ihrer Konzern- und Vertragsverflechtungen können im Rechtsfall hohe Gegenstandswerte geltend gemacht werden, die sich auch auf die Honorare auswirken. Schon aus diesen Gründen kommen Gerichtsverfahren gegen juristische Personen oder Personengemeinschaften und –gesellschaften selten vor. So heißt es in einem Presse-Artikel über Unregelmäßigkeiten in Schweinezuchtanlagen des Straathof-Konzerns:

„Bei 213 Kontrollen von Landesämtern und Veterinärbehörden gab es in 207 Fällen – also fast immer – Anlass für Beanstandungen.“ (*Ostsee-Zeitung vom 11.03.2015, S. 6*)

Trotz der zahllosen Rechtsbrüche kam es in Mecklenburg-Vorpommern zu keiner Betriebsschließung.

7.1.2 Anzahl der Betriebe nach Unternehmenstypen

Die einzelnen Rechtsformen werden in drei Obergruppen zusammengefasst, deren zeitliche Entwicklung in Abb. 184 und 185 dargestellt ist:

- Die Anzahl der einzelbäuerlichen Betriebe (Bauernhöfe) erreichte in Mecklenburg-Vorpommern 1998 ein Maximum und ist seit 2007 stark rückläufig.
- Die Anzahl der Personengemeinschaften und –gesellschaften, sowie der juristischen Personen ist weitgehend stabil, wobei in letzter Zeit eine leichte Zunahme spürbar ist.
- Die Daten für 2013 sind in Hunderten abgefasst, so dass sie an Genauigkeit nicht mit den vorhergehenden Daten vergleichbar sind.

Innerhalb der einzelnen Gruppen gibt es jedoch starke Veränderungen. Besonders augenfällig ist der Rückgang der Anzahl der eingetragenen Genossenschaften. Von 229 im Jahre 1994 sank ihre Zahl auf 156 im Jahre 2010. Die eingetragenen Genossenschaften zählen zu den juristischen Personen. Diese Organisationsform wurde nach der Wende vor allem von ehemaligen LPG gewählt, da in dieser Form einiges so weiter geführt werden konnte wie vor der Wende. Einige Genossenschaften funktionieren ähnlich wie große Familienbetriebe. Die einzelnen Genossen arbeiten im Betrieb und werden durch den Gesamtbetriebsertrag entschädigt. Seit 2006 sind statt 7 nur noch 3 Gründungsmitglieder erforderlich. Viele Genossenschaften haben erhebliche Nachfolgeprobleme. Sie nehmen auch nicht arbeitende oder nicht am Ort ansässige Genossen auf. In der Regel fordern jedoch die Externen eine Unternehmensumwandlung, die den Teilhabern mehr Rechte an den Finanzen und an der Betriebsführung einräumt. Dies ist einer der Gründe, weshalb sich die Zahl Genossenschaften verringert und die der Kommanditgesellschaften seit 1994 fast verdreifacht hat. Die Anzahl der GmbH hat sich nahezu verdoppelt. So gehört die Gruppe der juristischen Personen zu den Unternehmen, die am stärksten für Fremdsteuerung und Übernahme durch außerregionale Investoren anfällig ist (*vgl. A. Tietz 2015*).

Die Inhomogenität der juristischen Personen wird weiter dadurch verschärft, dass auch Gebietskörperschaften und Kirchen dazu gezählt werden. Mit über 80.000 ha ist das Land Mecklenburg-Vorpommern selbst der größte Agrarflächenbesitzer. Allerdings tritt dies in der Statistik nicht zutage, weil das Land den weitaus größten Teil seiner Ländereien verpachtet hat. Das Pachtland wird in der Agrarstatistik dem Pächter zugerechnet, da er es in der Regel bewirtschaftet.

1995 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 9 juristische Personen öffentlichen Rechts. Sie bewirtschafteten nur 1.888 ha selbst. 2010 gab es 5 öffentlich-rechtliche Betriebe, die zusammen noch 214 ha bewirtschafteten.

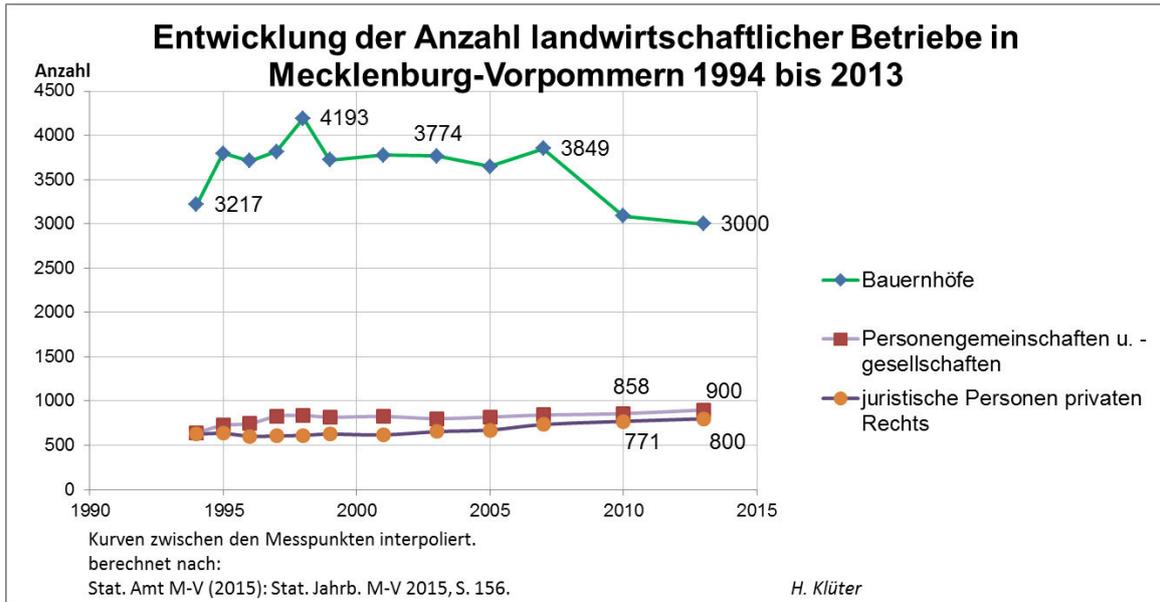


Abb. 182: Entwicklung der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 2013

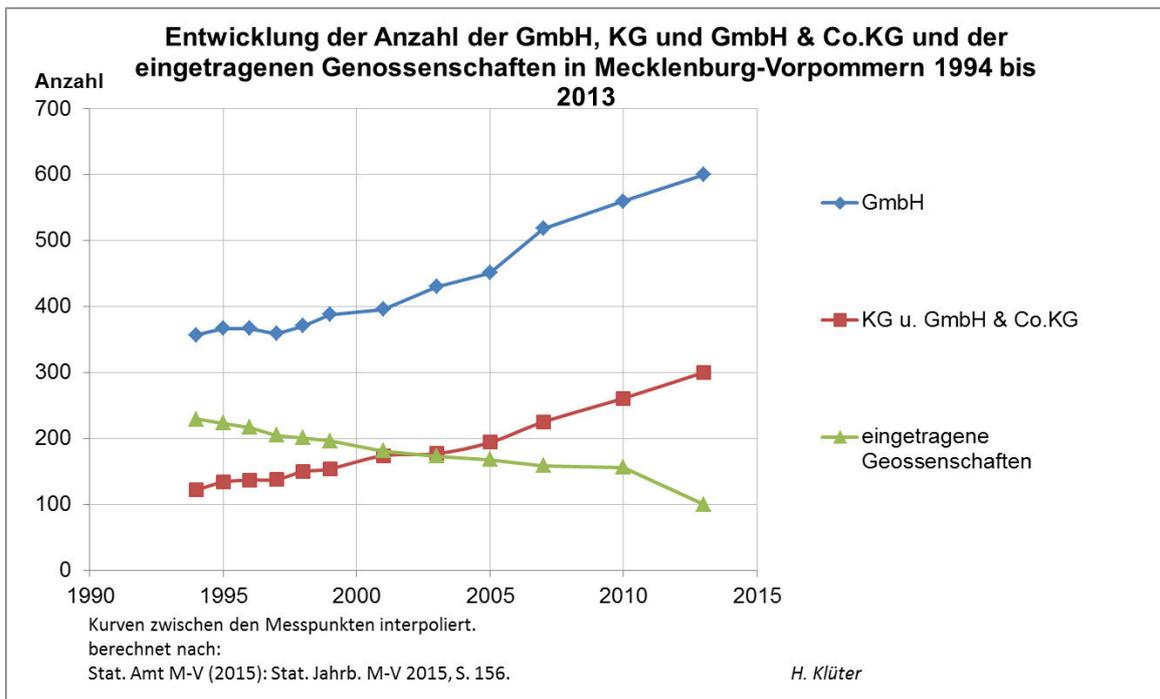


Abb. 183: Entwicklung der Anzahl der GmbH, KG und GmbH & Co.KG und der eingetragenen Genossenschaften in Mecklenburg-Vorpommern 1994 bis 2013

Will man die Werte Mecklenburg-Vorpommerns mit den anderen Bundesländern vergleichen, muss man auf die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2013 zurückgreifen. Sie ist eine Stichprobenerhebung, deren Ergebnisse nicht in klaren Zahlen, sondern in gerundeten Hundertern dargestellt sind.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Das führt dazu, dass die Werte für die Stadtstaaten und für das Saarland nicht mehr sinnvoll dargestellt werden können. Dort sind die Betriebszahlen vor allem in den Untergruppen so gering, dass in den Tabellen „0,0“ (Tausend) auftaucht. „0,0“ bedeutet in diesem Fall, dass es weniger als 50 Einheiten in der betreffenden Gruppe gibt. Diese Länder werden in den folgenden Diagrammen nicht aufgeführt. Tendenzielle Ungenauigkeiten gibt es für die ostdeutschen Bundesländer, in denen die Betriebszahlen ebenfalls extrem niedrig liegen.

Von den 256.000 einzelbäuerlichen Betrieben in Deutschland entfielen 2013 132.100 auf den Neben- und 124.000 auf den Haupterwerb. Haupterwerbsbetriebe erwirtschaften mehr als 50 % ihres Einkommens in der Landwirtschaft und in den dazugehörigen Einkommenskombinationen. 48,7% der Landwirtschaftsflächen wurden in Deutschland 2013 von bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben bewirtschaftet. In Mecklenburg-Vorpommern waren es 24,3 %.

95% der Haupterwerbsbetriebe lagen in Westdeutschland. Mit 42.300 Einheiten hatte allein Bayern siebenmal mehr Betriebe dieser Art als ganz Ostdeutschland. In allen westdeutschen Ländern dominieren die bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe, in Ostdeutschland die juristischen Personen.

Nebenerwerbsbetriebe sind solche, die weniger als 50 % in der Landwirtschaft samt Einkommenskombinationen erwirtschaften. In Nordwestdeutschland gibt es mehr Haupt- als Nebenerwerbsbetriebe. In Süd- und Ostdeutschland ist es umgekehrt. Besonders stark ist der Nebenerwerb in Baden-Württemberg und Hessen. Die Nebenerwerbsbetriebe sind von großer regionalwirtschaftlicher Bedeutung:

- Da die Betriebsinhaber in einem anderen Wirtschaftszweig arbeiten, bilden sie bedeutsame Bindeglieder zwischen der Landwirtschaft und der übrigen Wirtschaft.
- Der Nebenerwerb erleichtert den Quereinstieg in die Landwirtschaft. Wenn man als „Stadtflüchter“ auf's Land gezogen ist, kann man sich beispielsweise über Hobby-Gartenbau oder Reitpferdehaltung der Landwirtschaft annähern, ohne den städtischen Beruf aufzugeben. Sollte sich der Garten oder der Reiterhof als Erfolg erweisen, kann man ihn zum Haupterwerb und den städtischen Beruf zum Nebenerwerb machen.
- Auf ähnliche Weise ermöglicht der Nebenerwerb den „sanften“ Ausstieg aus der Landwirtschaft. Wenn die landwirtschaftlichen Einkünfte nicht mehr ausreichen, wird z. B. eine Einkommenskombination aufgenommen, die dann bei Erfolg später zu einem Gewerbe angemeldet wird.
- Die Nebenerwerbswirtschaften wirken als Abwanderungsbremsen. Da man den landwirtschaftlichen Betrieb nicht mit in die Stadt nehmen kann, bleibt man auf dem Lande wohnen. Die Betriebsinhaber und ihre Familien nehmen dafür bisweilen lange Pendlerwege in Kauf.

Für juristische Personen und Personengesellschaften und -gemeinschaften (= nichtbäuerliche Betriebe) ist Abb. 184 wenig aussagekräftig. Daher wurden sie in einer kleineren Skalierung noch einmal abgebildet (Abb. 185). 2013 gab es in der deutschen Landwirtschaft 23.700 Personengemeinschaften und -gesellschaften sowie 5.300 juristische Personen. Über 90 % der Gemeinschaften und -gesellschaften hatten ihren Sitz in Westdeutschland. Führend waren Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dort ist diese Betriebsform vor allem in der Viehhaltung mit großen Ställen vertreten. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz spielen Winzervereinigungen eine große Rolle.

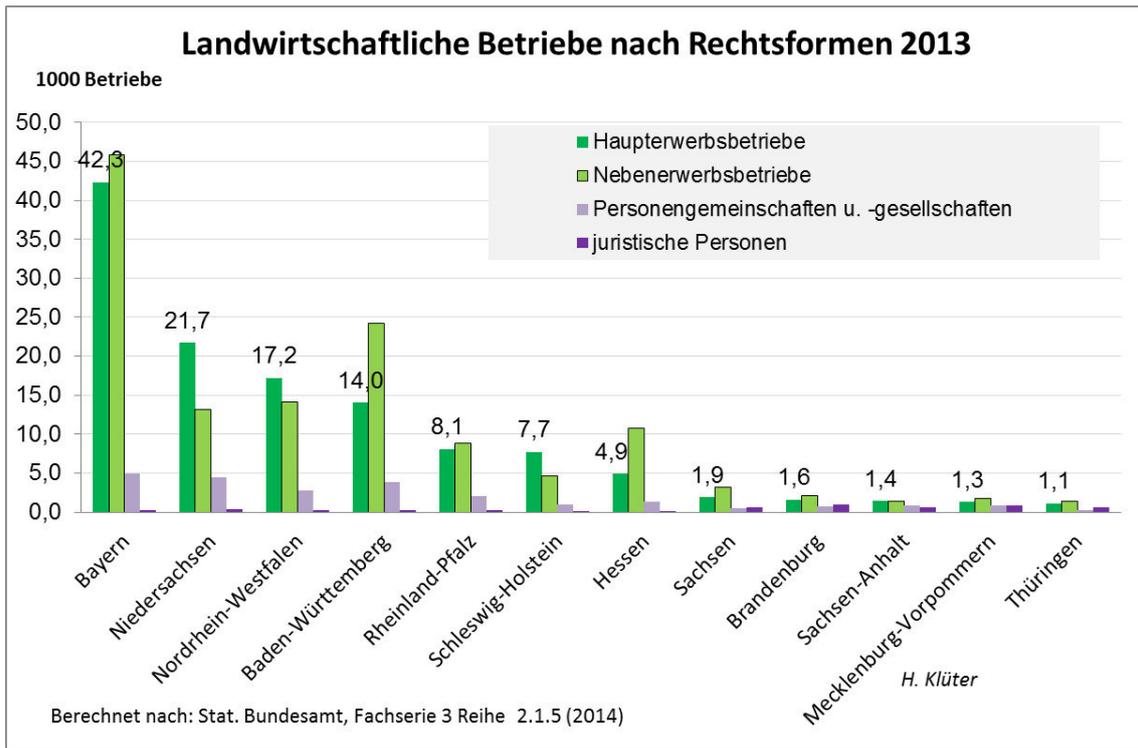


Abb. 184: Landwirtschaftliche Betriebe nach Rechtsformen 2013

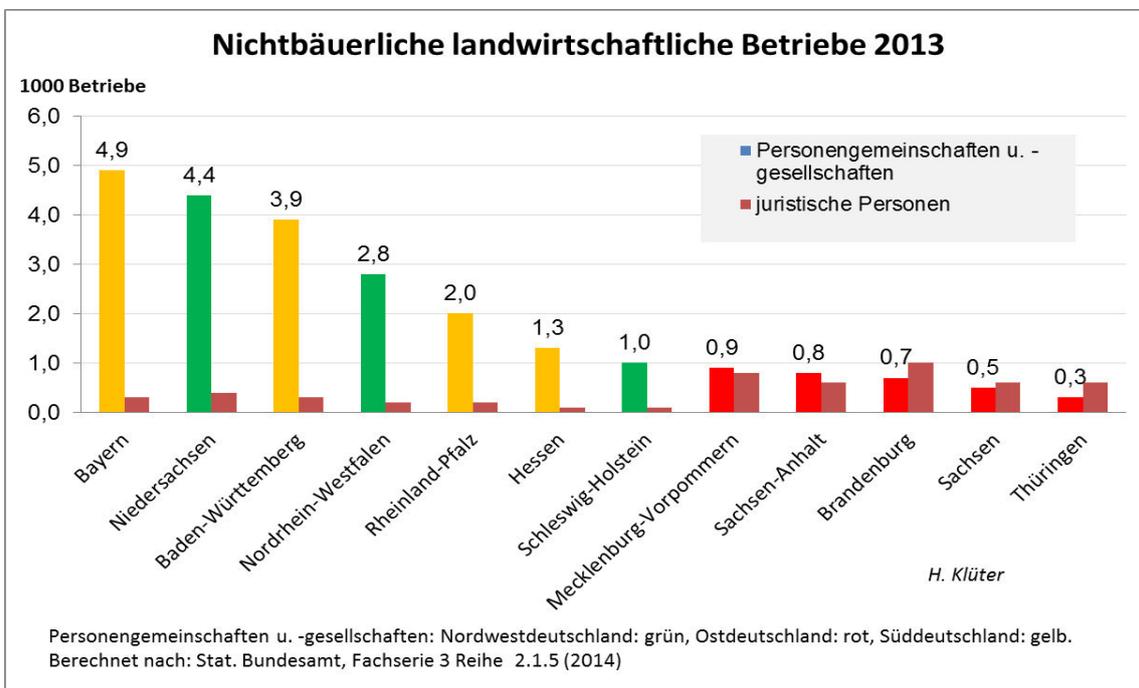


Abb. 185: Nichtbäuerliche landwirtschaftliche Betriebe 2013

7.1.3 Landwirtschaftliche Nutzfläche nach Rechtsformen

54 % der juristischen Personen haben ihren Sitz in Ostdeutschland, wobei sie in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Anzahl der Personengemeinschaften und -gesellschaften überflügeln. Abb. 187 zeigt die Flächen der nichtbäuerlichen Betriebe (juristische Personen und Personengesellschaften und -gemeinschaften) in kleinerer Skalierung. In Brandenburg dominieren die juristischen Personen mit 744.300 ha. Es folgen die anderen ostdeutschen Flächenländer mit Werten zwischen 90.000 bis 540.000 ha.

In Westdeutschland kommen die juristischen Personen in keinem Bundesland über 30.000 ha hinaus. Dafür sind die Personengemeinschaften und -gesellschaften stärker. Sie erreichen ihr Optimum in Niedersachsen mit 489.600 ha. Mecklenburg-Vorpommern folgt mit 395.600 ha vor Bayern (365.100 ha) und Sachsen-Anhalt (326.300 ha).

Im gesamtdeutschen Durchschnitt verfügte ein landwirtschaftlicher Betrieb 2013 über 59 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Je nach Rechtsform gab es erhebliche Unterschiede:

- Juristische Personen verfügten im Schnitt über 551 ha,
- Personengemeinschaften und -gesellschaften über 116 ha,
- bäuerliche Haupterwerbsbetriebe über 66 ha und
- Nebenerwerbsbetriebe über 21 ha.

Von diesen Durchschnittswerten gab es starke regionale Abweichungen: In Mecklenburg-Vorpommern waren die bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe mit 251 ha fast viermal größer als im deutschen Durchschnitt. Die bäuerlichen Nebenerwerbsbetriebe waren in diesem Bundesland mit 48 ha größer als die Haupterwerbsbetriebe in Bayern (45 ha). Die Durchschnittsgrößen der Haupterwerbsbetriebe (Abb. 188) folgen der makroökonomischen Gliederung Deutschlands. Die Durchschnittsgrößen betru-

- in Ostdeutschland 119 bis 251 ha,
- in Nordwestdeutschland 56 bis 90 ha und
- in Süddeutschland 25 bis 54 ha.

Die Verteilung der nichtbäuerlichen Betriebe nach Durchschnittsflächen liefert nur mit Ostdeutschland eine kohärente Makroregion. Thüringen und Sachsen-Anhalt haben mit über 860 ha die größten juristischen Personen. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen liegen zwischen 672 und 822 ha. In Westdeutschland erreichen die juristischen Personen nur in Schleswig-Holstein eine Durchschnittsgröße von mehr als 100 ha.

Die Durchschnittsgröße der Personengemeinschaften und -gesellschaften war 2013 in Mecklenburg-Vorpommern mit etwa 440 ha höchsten. Es folgte Sachsen-Anhalt mit 408 ha. In Westdeutschland fielen die Durchschnittsgrößen erheblich niedriger aus – wohl wegen der spezialisierten Viehzuchtbetriebe in dieser Rechtsform, die kaum über landwirtschaftliche Flächen verfügten. Nur in Schleswig-Holstein (136 ha) und Niedersachsen (111 ha) wurden Größen über 100 ha erreicht. Trotz der großen Varianz lagen in allen Bundesländern die Durchschnittsgrößen der Personengemeinschaften und -gesellschaften über denen der bäuerlichen Haupterwerbsbetriebe.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

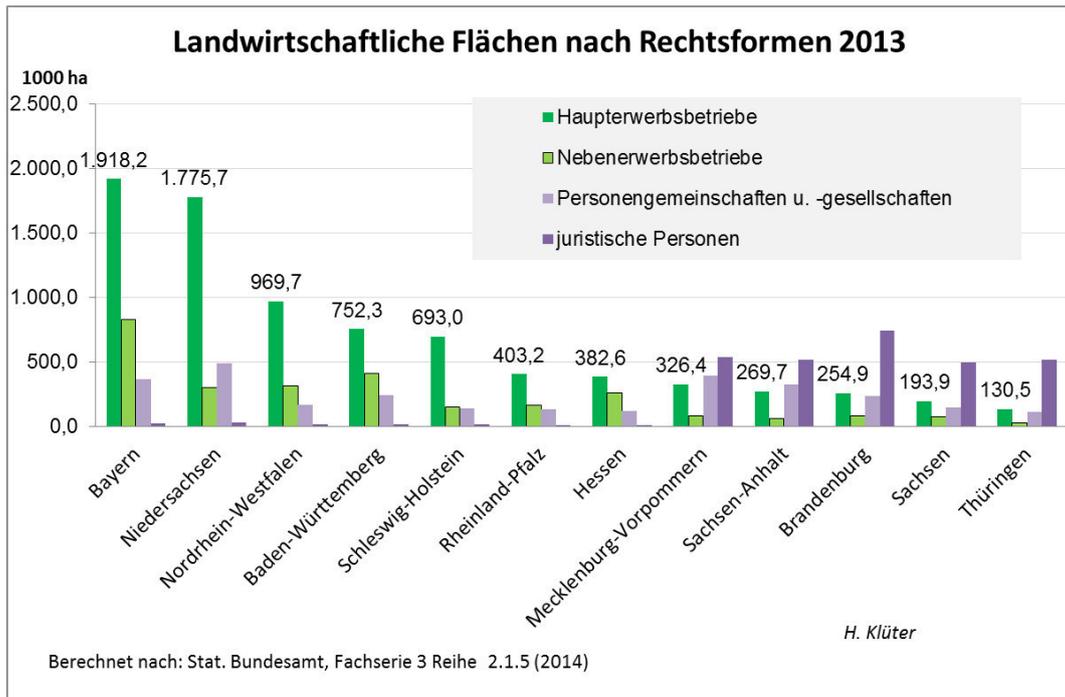


Abb. 186: Landwirtschaftliche Flächen nach Rechtsformen 2013

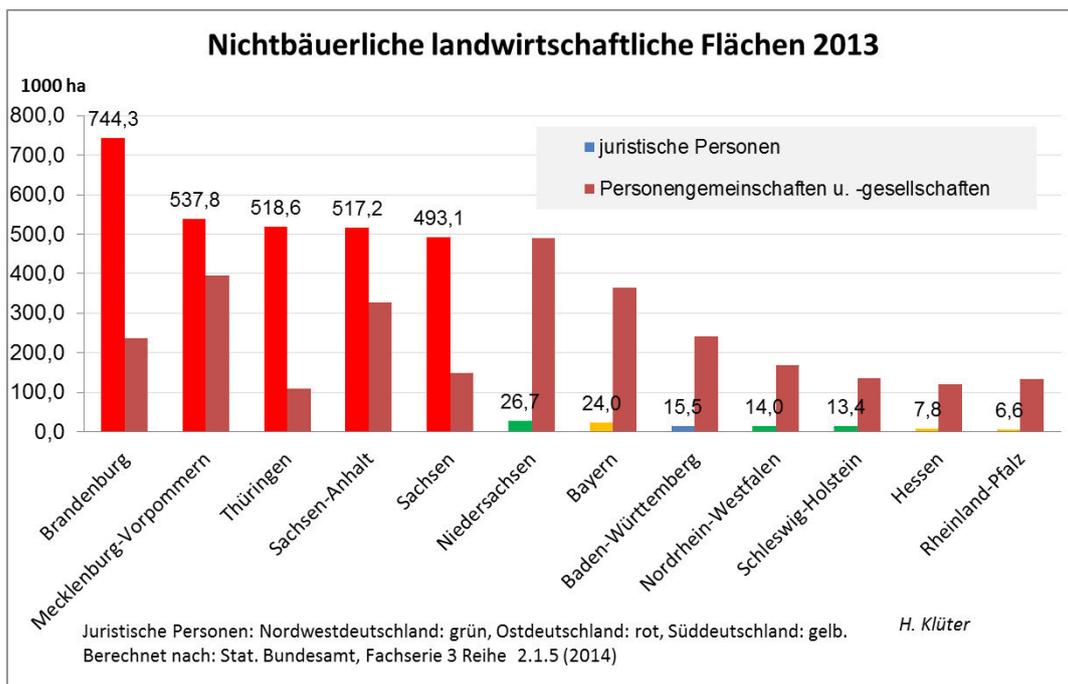


Abb. 187: Nichtbäuerliche landwirtschaftliche Flächen 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

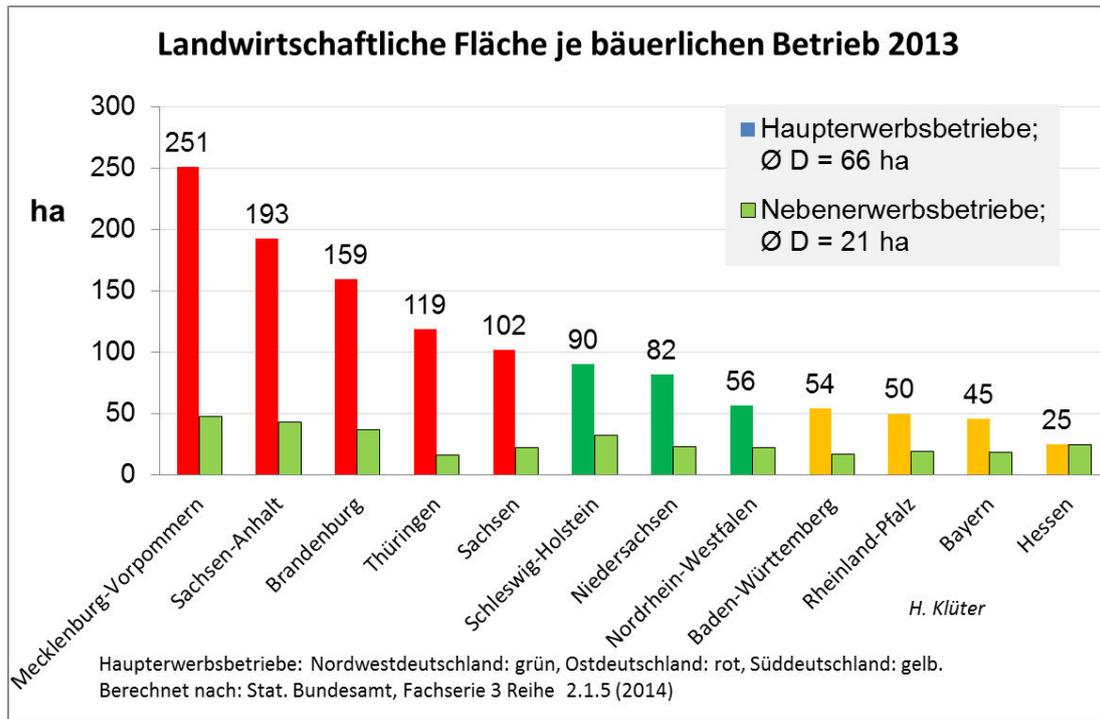


Abb. 188: Landwirtschaftliche Fläche je bäuerlichen Betrieb 2013

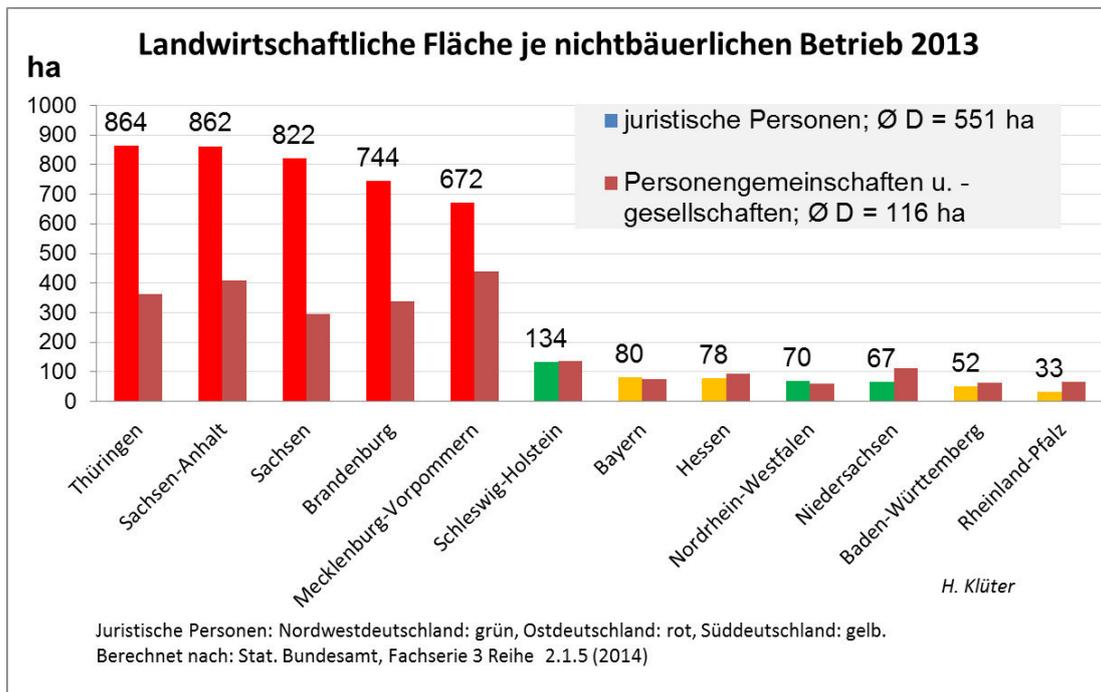


Abb. 189: Landwirtschaftliche Fläche je nichtbäuerlichen Betrieb 2013

7.1.4 Bodenverteilungen nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein

Aus diesen Daten resultieren unterschiedliche Bodenverteilungen, wie am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern und seinem westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein gezeigt werden soll. In Schleswig-Holstein sind über 90 % der landwirtschaftlichen Betriebe bäuerliche Einzelunternehmen. Die Bauernhöfe verfügen über 85 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Personengemeinschaften und -gesellschaften besitzen nur 14 %, juristische Personen 1 % (Abb. 190, S. 248).

In Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 4.700 die Anzahl der Betriebe dreimal niedriger. Jedoch bewirtschaften sie ein Drittel mehr an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Das größte Kontingent nach Anzahl sind die Nebenerwerbsbetriebe mit 36 %. Doch auf sie entfallen nur 6 % der Fläche. Gemeinsam mit den Haupterwerbsbetrieben bewirtschaften die Bauern in Mecklenburg-Vorpommern 30 % der Flächen. Etwas mehr – 32 % – bewirtschaften die Personengemeinschaften und -gesellschaften, wobei auf die Gesellschaften bürgerlichen Rechts der größte Anteil entfällt. Die eingetragenen Genossenschaften – nach der Wiedervereinigung eine dominierende Größe – bewirtschaften nur noch 15 % der Flächen. Dabei handelt es sich um 2 % der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe. 24 % der Flächen sind bereits in Händen von GmbH. Andere juristische Personen besitzen nur 1 % der Flächen.

Die Verflechtung der einzelnen Rechtsformen untereinander konnte hier nicht berücksichtigt werden. So ist es durchaus möglich, dass ein Bauer aus Westdeutschland Gesellschafter in einer ostdeutschen Gesellschaft bürgerlichen Rechts oder GmbH fungiert.

Ebenso bieten juristische Personen und Personengemeinschaften und -gesellschaften Möglichkeiten für landwirtschaftsfremde Investoren, Anteile zu erwerben und damit Einfluss auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse als Ganzes zu nehmen (s.u.).

7.1.5 Eigenland und Pacht

Das oben Dargelegte bedeutet keineswegs, dass die 30 % Flächen der einzelbäuerlichen Betriebe vor dem Zugriff außerlandwirtschaftlicher Investoren sicher wären. Denn zum großen Teil handelt es sich um Pachtland. Derzeit kann nicht verhindert werden, dass beim Auslaufen des jetzigen Pachtvertrages ein Bauer sein Pachtland an eine GmbH, Personengemeinschaft oder -gesellschaft verliert, weil sie ein höheres Pachtentgelt zu zahlen bereit ist.

Während beim Einzelbauern das Land sich in der Regel über den Anbau amortisieren muss, können nichtbäuerliche Rechtsformen Land horten, um so die Grundstückspreise nach oben zu treiben und dann das Land gewinnbringend an den nächsten Investor zu verkaufen. Dieser Prozess ist in Mecklenburg-Vorpommern weiter als in Schleswig-Holstein fortgeschritten.

Betrachtet man die Größe des eigenen Landes je Betrieb, schmelzen die Ost-West-Unterschiede um einiges zusammen. Zwar hat Mecklenburg-Vorpommern immer noch die größten Betriebe, doch sind sie statt 287 ha einschließlich Pachtflächen nur noch 104,8 ha ohne Pachtflächen groß.

Das ostdeutsche Land mit den kleinsten Eigenflächen ist Sachsen mit durchschnittlich 39,2 ha. Das ist nur wenig mehr als in Schleswig-Holstein, wo die eigenen Flächen 34,9 ha pro Betrieb betragen.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

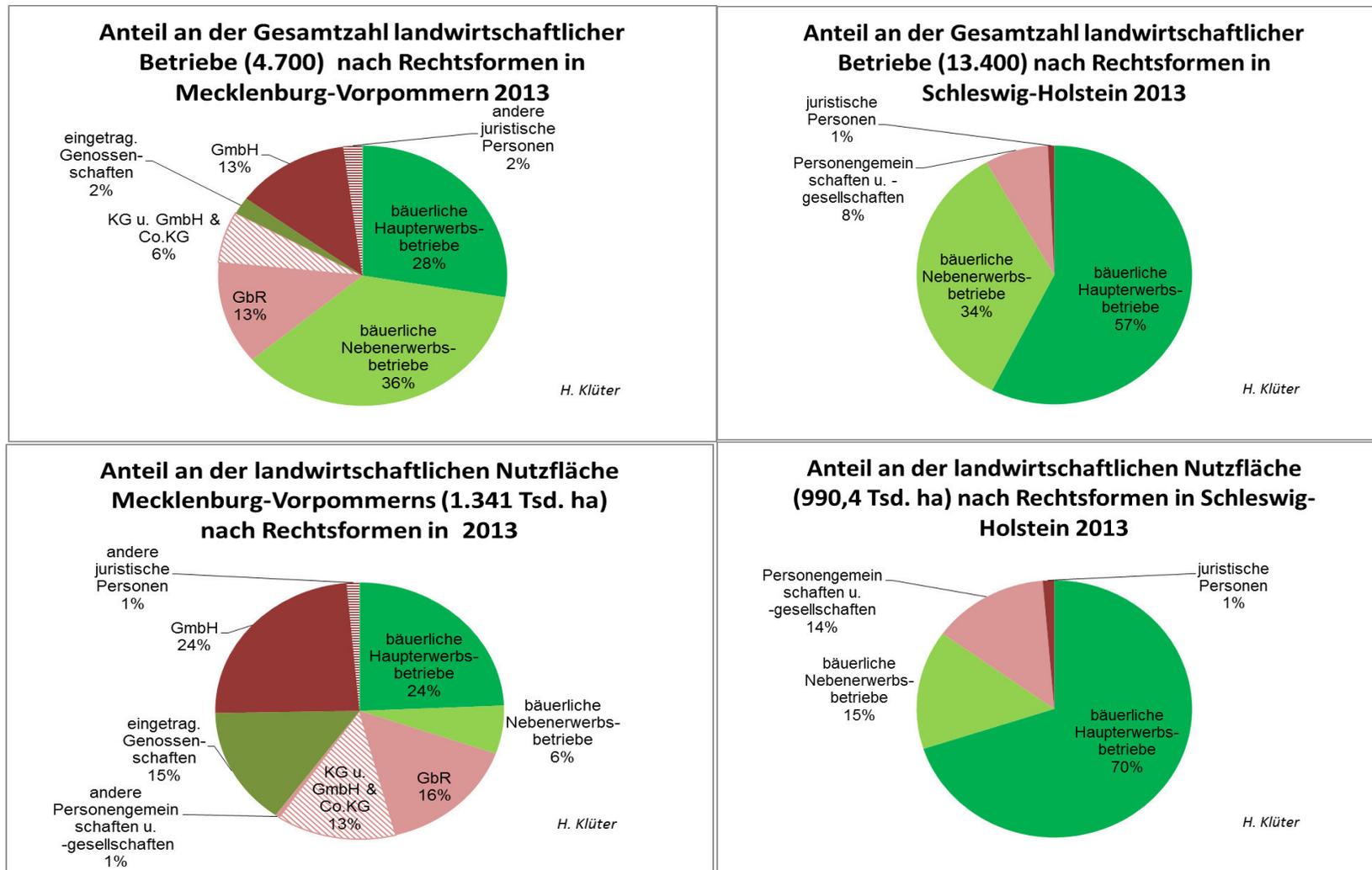


Abb. 190: Anteil an der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach Rechtsformen im Vergleich zu ihren Anteilen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

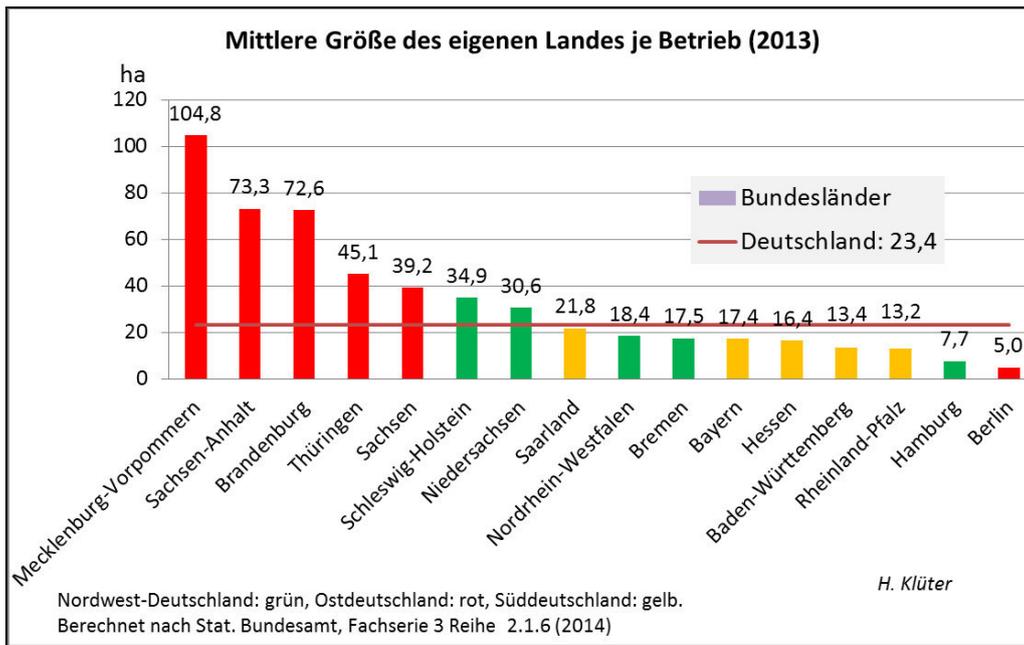


Abb. 191: Mittlere Größe des eigenen Landes je Betrieb (2013)

In Mecklenburg-Vorpommern waren 2013 etwa 63,3 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen Pachtland. 1999 war das Verhältnis zwischen Eigen- und Pachtland weit ungünstiger. 1999 gab es nur 13,3 % Eigenland. Zu jenem Zeitpunkt verfügte die BVVG noch über den weitaus größten Teil der Flächen. Sie bevorzugte bei der Verpachtung ihrer Flächen die großen Pächter, denen in vielen Fällen außerdem noch ein Vorkaufsrecht eingeräumt wurde. Die heutigen großbetrieblichen Strukturen sind also keineswegs nur Erbe der DDR-Politik, sondern vor allem Ergebnis der Pacht- und Privatisierungspraktiken der letzten zwei Jahrzehnte.

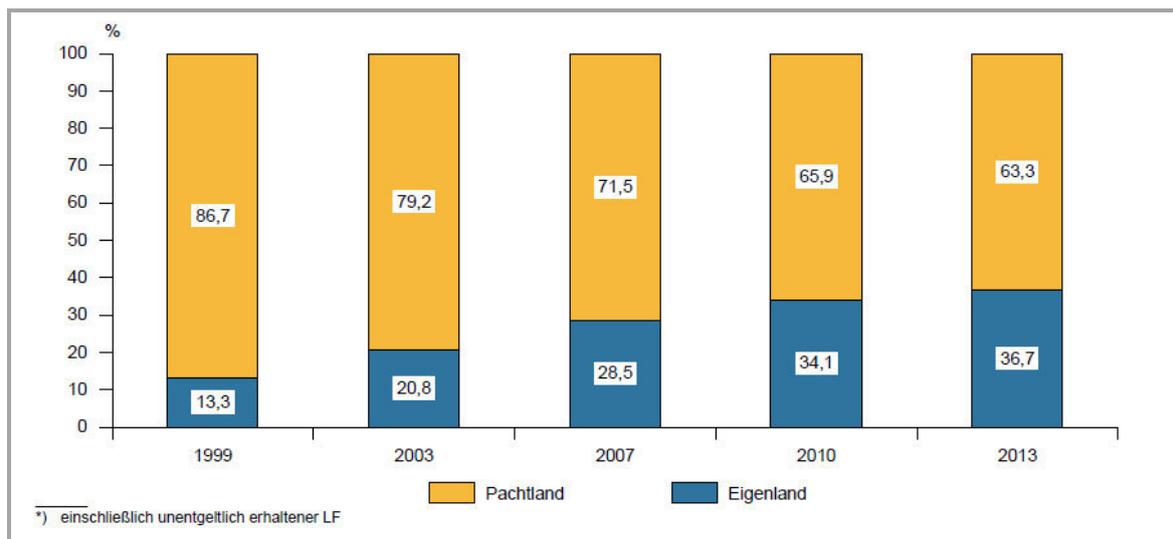


Abb. 192: Verhältnis von Eigenland und Pachtland in Mecklenburg-Vorpommern 1999 bis 2013
Aus: Stat. Amt Mecklenburg-Vorpommern (2015: Stat. Jahrb. Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 155.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Aufgrund dieser Entwicklung ist anzunehmen, dass sich die Pachtstrukturen in Ost und West stark unterscheiden. Das zeigt ein Vergleich von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Obwohl die landwirtschaftliche Nutzfläche in Schleswig-Holstein mit 990,5 Tsd. ha um ein Drittel kleiner als in Mecklenburg-Vorpommern ist, ist dort das kumulierte Eigenland mit 491,5 ha Tsd. größer als im östlichen Nachbarbundesland mit nur 475,5 Tsd. ha. Die Pachtflächen sind in Mecklenburg-Vorpommern mit 848,3 Tsd. ha um zwei Drittel größer als in Schleswig-Holstein (494,5 Tsd. ha).

Tab. 27: Eigenes selbst bewirtschaftetes und gepachtetes Land in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 2013

in Tausend ha	Schleswig-Holstein		Mecklenburg-Vorpommern	
	eigenes selbstbewirtschaftetes Land	Pachtland	eigenes selbstbewirtschaftetes Land	Pachtland
bäuerliche Haupterwerbsbetriebe	343,5	347,2	143,8	179,1
bäuerliche Nebenerwerbsbetriebe	78,3	68,3	36,8	42,7
Personengemeinschaften u. -gesellschaften	62,8	72,6	138,0	249,4
juristische Personen	7,0	6,4	156,9	377,1

Berechnet nach: *Stat. Bundesamt (2014): Eigentums- und Pachtverhältnisse. Agrarstrukturerhebung 2013, Tab. 0402.*

Bei den bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben betrug 2013 das Verhältnis von Pacht- zum Eigenland 1,245: 1. Bei juristischen Personen war es mit 2,403: 1 nahezu doppelt so groß. Für dieses Missverhältnis sind nicht nur die BVVG, sondern auch andere große Verpächter wie das Land Mecklenburg-Vorpommern und die evangelische Kirche verantwortlich.

In Mecklenburg-Vorpommern entfallen 74 % der Pachtflächen auf nichtbäuerliche Unternehmen. In Schleswig-Holstein sind es nur 16 %. Die bäuerlichen Unternehmen verfügen dort über 84 % der Pachtflächen. Das Pachtland ist in Schleswig-Holstein nur wenig größer als das Eigenland. In Mecklenburg-Vorpommern waren 2013 knapp zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Pachtland.

Diese Differenzen wirken sich auf die Pachtpreisstruktur aus. In Gesamtdeutschland werden für kleinere Flächen in der Regel höhere ha-Preise gezahlt als für große. Die Betriebe unter 5 ha zahlten durchschnittlich 694 €/ha, Großbetriebe mit mehr als 1000 ha nur 169 €/ha. In Mecklenburg-Vorpommern zahlten Betriebe dieser Größenordnung 2013 204 €/ha, also mehr als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Dabei lag der durchschnittliche Pachtpreis über alle Betriebsgrößen mit 202 €/ha weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt von 243 €/ha. Kleinere Betriebe bis 50 ha zahlten bis etwa 160 €/ha.

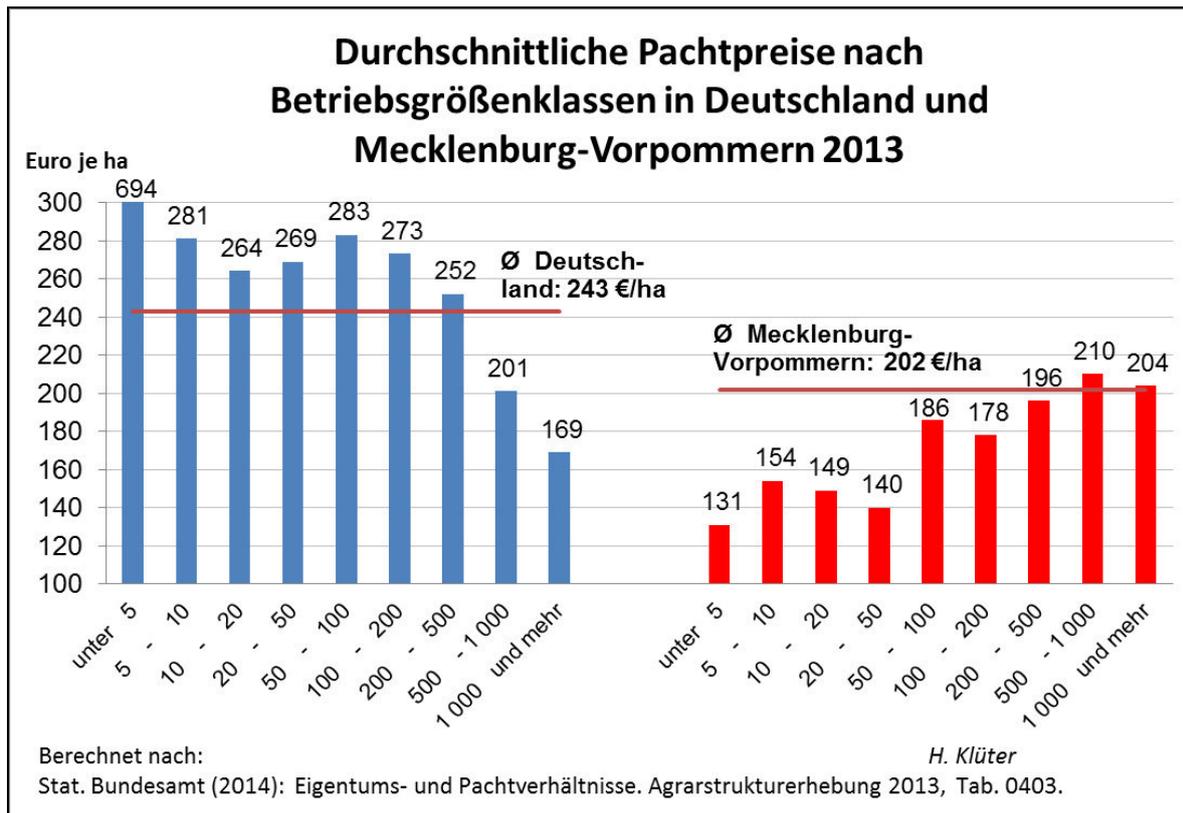


Abb. 193: Durchschnittliche Pachtpreise nach Betriebsgrößenklassen in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern 2013

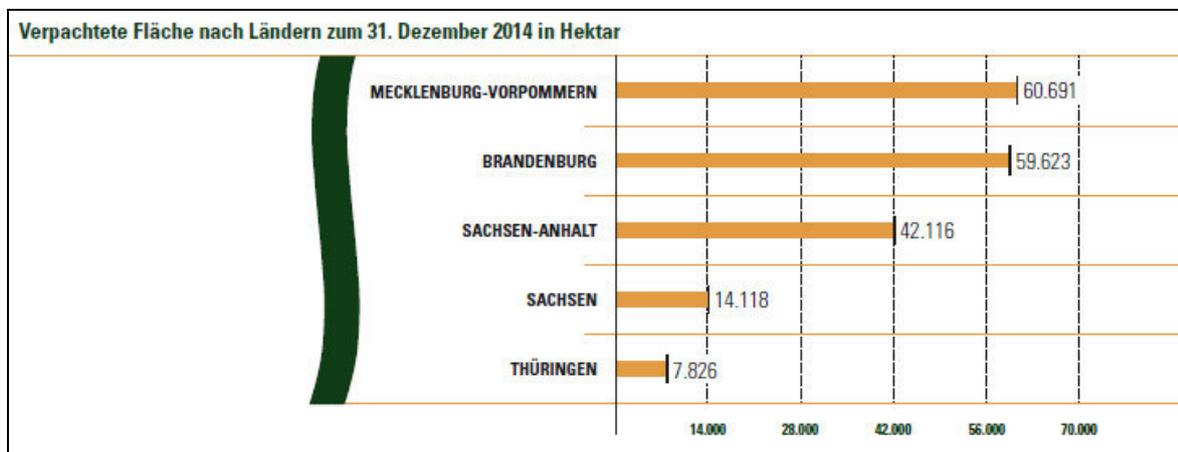


Abb. 194: BVVG: Verpachtete Fläche nach Ländern zum 31. Dezember 2014

Aus: BVVG-Geschäftsbericht 2014, S. 10.

Lange Zeit waren Treuhand-Gesellschaft und BVVG die größten Verpächter in Mecklenburg-Vorpommern. Im Geschäftsbericht 2014 waren nur noch 60.961 ha als Pachtfläche ausgewiesen. Das sind weniger als die Landesflächen mit über 80.000 ha. Damit ist seitdem das Land Mecklenburg-Vorpommern der größte Verpächter im Nordosten.

Insgesamt deutet sich an, dass der landwirtschaftliche Bodenmarkt gespalten ist. Die großflächigen Betriebe pachten teurer, weil für sie vor allem die Differenz zwischen Flächenprämie und Pachtpreis gewinnträchtig zu sein scheint. Die kleineren Betriebe können auf Basis der Flächenprämien nicht überleben. Sie pachten nach herkömmlichen landwirtschaftlichen Kriterien und können nur solche Pachten finanzieren, die sich aus den landwirtschaftlichen Erträgen ergeben. Die hier angesprochene Problematik betrifft nicht nur die Pachtverhältnisse, sondern pflanzt sich in die Struktur der Landverkäufe (Kap. 7.4) fort.

7.2 ARBEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT

7.2.1 Arbeitskräfte

Kaum ein Wirtschaftsbereich ist so stark mit anderen Teilen der Gesellschaft verflochten wie die Landwirtschaft. Die Grenze zwischen Freizeit- und Hobbyaktivitäten einerseits, der professionellen Landwirtschaft andererseits und der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen als Kapitalanlage oder als Bauerwartungsland sind fließend. Schätzungsweise befassen sich mindestens 3,5 Millionen Menschen in Deutschland mit gärtnerischen oder landwirtschaftlichen Tätigkeiten.

- Weit über eine Million bearbeitet Nutz- und Hausgärten über den Eigenbedarf hinaus.
- Knapp eine Million besitzt Kleingartenparzellen.
- 1,02 Millionen wurden in der Agrarstrukturerhebung 2013 als landwirtschaftliche Arbeitskräfte erfasst.

Allerdings ist die letztgenannte Gruppe der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte inhomogen zusammengesetzt. Die größte Einzelgruppe unter den 285.000 erfassten Betrieben sind die 132.100 bäuerlichen Nebenerwerbsbetriebe. Sie sind so definiert, dass der Betriebsleiter zu über 50 % einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit nachgeht, wobei auch in dieser Kategorie offen ist, ob es sich um Hobby-, Freizeit- oder um „echte“ Landwirtschaft mit zu großer anderweitiger Beschäftigung handelt. Selbst unter Vollerwerbslandwirten sowie Betriebsleitern und Anteilseignern von Großbetrieben gibt es eine wachsende Zahl, die ähnlich wie Business Angels operieren. Ihnen geht es nicht primär um den wirtschaftlichen Erfolg, sondern verstärkt um die Umsetzung anderer Ziele wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit oder besondere Innovationen (vgl. www.greenupinvest.de; 2016-04-09)

In allen süddeutschen und in den ostdeutschen Ländern bilden die Nebenerwerbsbetriebe die größte Gruppe unter den landwirtschaftlichen Unternehmen vor den Haupterwerbsbetrieben. Nur in den Flächenländern Nordwestdeutschlands ist das Verhältnis umgekehrt. In Sachsen-Anhalt waren 2013 beide Gruppen etwa gleichstark.

Bayern hatte 2013 mit 241.600 Arbeitskräften zwei Drittel mehr als ganz Ostdeutschland zusammengekommen (146.000). Niedersachsen wurde mit 140.200 knapp von Ostdeutschland überflügelt. Im Industrieland Nordrhein-Westfalen waren mit 116.500 Personen 4,6-mal mehr Personen in der Landwirtschaft tätig als im „Agrarland“ Mecklenburg-Vorpommern mit 25.000 Personen.

Die Hälfte der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte wird mit 505.700 Personen von den bäuerlichen Familien gestellt. Ähnlich wie die 314.400 Saisonarbeitskräfte sind die meisten von ihnen nur teilweise in der Landwirtschaft beschäftigt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

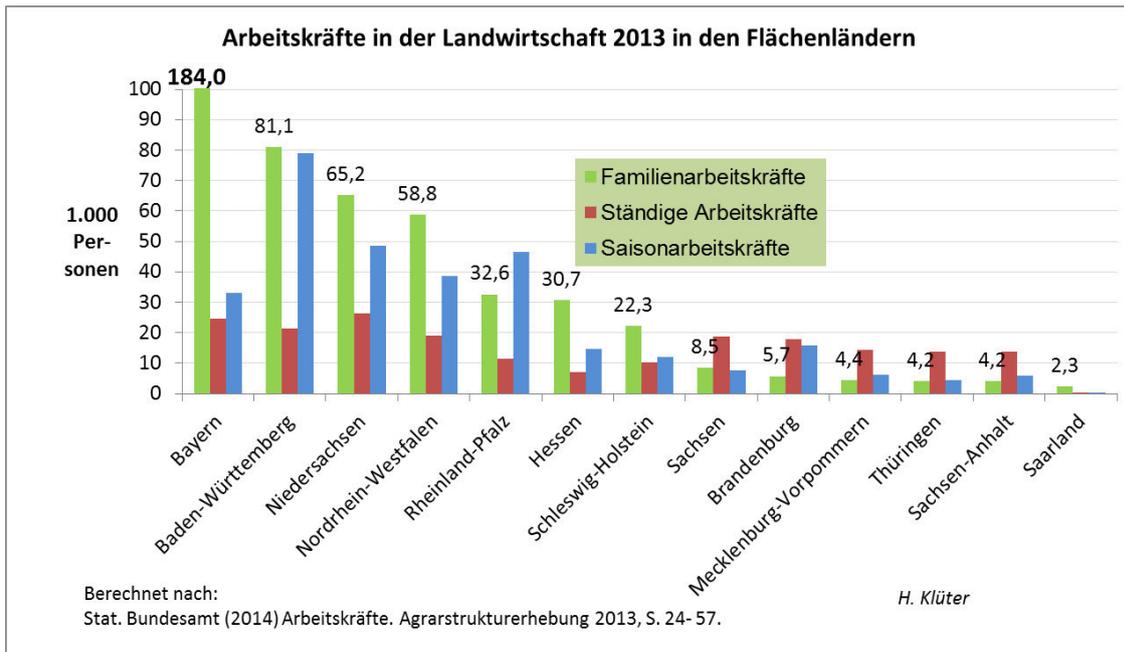


Abb. 195: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft 2013 in den Flächenländern

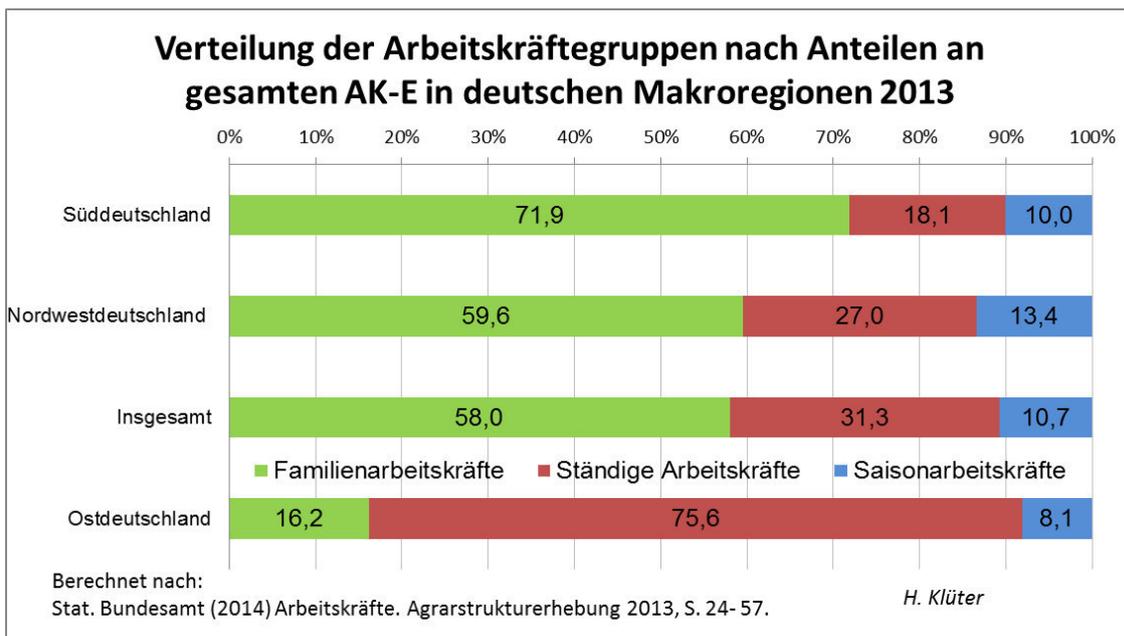


Abb. 196: Verteilung der Arbeitskräftegruppen nach Anteilen an gesamten AK-E in deutschen Makroregionen 2013

7.2.2 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E)

Um den realen Arbeitseinsatz zu messen, werden die Teilzeittätigen in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) umgerechnet, die einer landwirtschaftlichen Vollarbeitskraft entsprechen.

Von den deutschlandweit 522.700 Arbeitskräfteeinheiten entfielen 2013 mit 266.700 mehr als die Hälfte auf Süddeutschland. Diese 51 % bearbeiten dort 36,6 % der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen

Nutzflächen. Das bedeutet, dass die nach Bruttoinlandsprodukt und Vermögen reichste Makroregion Deutschlands sich nach Arbeitseinsatz am stärksten in der Landwirtschaft engagiert. Dieser Befund ist insofern unerwartet, als Landwirtschaft oft als unattraktiver Niedriglohnsektor gilt.

Nordwestdeutschland hat einen Anteil am gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Arbeitsvolumen von 30,8 %. Er entspricht fast exakt dem Anteil an der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche mit 30,3 %.

Ostdeutschland verfügte 2013 über 33,1 % der deutschen Nutzflächen, aber nur über 18,2 % des landwirtschaftlichen Arbeitsvolumens. Die ärmste Makroregion Deutschlands ist also mit großem Abstand am schwächsten in der Landwirtschaft tätig. Die Gründe für diese Paradoxa sind vor allem in den Beschäftigungs- und Besitzverhältnissen zu suchen.

In Süddeutschland gibt es in Form der Familienarbeit eine starke Verflechtung von landwirtschaftlichen Vermögen und landwirtschaftlicher Arbeit. 71,9 % des Arbeitsvolumens werden von Familienarbeitskräften erbracht, die in der Regel direkte Nutznießer des Betriebsgewinns und des Betriebsvermögens sind.

Ein Zehntel des Arbeitsvolumens entfällt auf Saisonarbeit, und 18,1 % auf ständige Lohnarbeitskräfte. Als ständige Arbeitskraft in der Landwirtschaft gilt, wer mindestens 6 Monate des Jahres in Lohnarbeit steht. Auch in der Landwirtschaft beschäftigte Verwandte und Verschwägte des Betriebsinhabers, die nicht auf dessen Hof leben, gelten als ständig beschäftigte Arbeitskräfte.

In Nordwestdeutschland ist die Familienarbeitsanteil am Gesamtvolumen mit 59,6 % erheblich schwächer. Mit 27 % entfällt über ein Viertel auf entlohnte Arbeit. Die Saisonarbeit erreicht in Nordwestdeutschland 13,4 %.

In Ostdeutschland ist der Familienarbeitsanteil mit 16,2 % fast so unbedeutend wie die Saisonarbeit in Nordwestdeutschland. Mit 75,6 % stellt die abhängige Lohnarbeit drei Viertel des Arbeitsvolumens.

7.2.3 Familienarbeitskräfte

Hinter den enormen makroökonomischen Unterschieden stehen ebenso verschiedene sozialökonomische Verhältnisse. Besonders auffallend sind die Unterschiede zwischen landwirtschaftlicher Familien- und Lohnarbeit.

- Familienarbeitskräfte gehen untermonetarisiert in die Statistik ein, da sie kein Gehalt beziehen und kaum Sozialbeiträge zahlen.
- Familienbetriebe sind in stärkerem Maße Selbstversorger als die meist hoch spezialisierten Großbetriebe. Das Vorleistungsniveau liegt entsprechend niedriger. Das wiederum führt zu relativ niedrigen Umsätzen, jedoch zu erhöhter Wertschöpfung.
- Familienarbeitskräfte sind anders als die Lohnarbeiter direkt am Betriebsergebnis beteiligt. Vor allem in kritischen Situationen (z. B. Ernte unter widrigen Wetterbedingungen) sind Familienarbeitskräfte in der Regel stärker als Lohnarbeiter motivierbar.
- Unvollständig monetarisiert ist auch die Produkterzeugung der Familienbetriebe. Einige Produkte werden für den Eigenverbrauch sowie für den von Bekannten und Verwandten angebaut und entgeltlos oder im Waren- oder Dienstleistungsaustausch abgegeben. Daraus ergeben sich drei Effekte:

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

1. Dort, wo Familienbetriebe dominieren, ist die Erzeugung größer, als sie in der Statistik erfasst wird.
 2. Der Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung ist höher als die statistisch erfassbaren Einkommen, da ein Teil der Lebensmittel (Kartoffeln, Gemüse, teilweise auch Fleisch) und der ländlichen Dienstleistungen nicht eingekauft zu werden braucht.
 3. Wenn der Bauernhof einen Teil seiner Produkte direkt vermarktet, landet die Handelsspanne, die sonst von Nahrungsmittelindustrie, Zwischen- und Einzelhandel eingenommen wird, in der Kasse des Bauern. Daher gelten für direkt vermarktete Erzeugnisse ganz andere Selbstkostenlimits als für Erzeugnisse, die von Betriebsfremden weiter verarbeitet oder weiter gehandelt werden.
- Familienarbeitskräfte sind Nutznießer landwirtschaftlicher Vermögen. Selbst wenn sie nicht als Erben eingesetzt sind, sind sie in der Regel in Bezug auf Wohnraum, Lebensqualität und gesellschaftliches Ansehen den Lohnarbeitern gegenüber privilegiert.
 - Familienarbeitskräfte haben keine festen Arbeitszeiten. Sie sind flexibel einsetzbar – was gerade für Frühjahrsarbeit und Ernte von Vorteil ist.
 - Es macht wenig Sinn, Familienarbeitskräfte zu entlassen. Die Folgeprobleme (Ehekrise usw.) sind selten beherrschbar.
 - Familienbetriebe verhalten sich daher häufig als Arbeitsmaximierer: Falls eine landwirtschaftliche Ausrichtung ungenügend Einkünfte bietet, wird nicht entlassen, sondern auf eine arbeitsintensivere Produktion umgeschaltet. Wenn die eigentliche landwirtschaftliche Arbeit nicht ausreicht, wird sie beispielsweise durch eine Einkommenskombination ergänzt. Sollte auch dies nicht ausreichen, kann man die Einkommenskombination als Gewerbe anmelden und die Landwirtschaft im Nebenerwerb weiter führen. Familienbetriebe können in der Regel flexibel auf Nachfrageveränderungen reagieren.
 - Juristische Personen und Kommanditgesellschaften verhalten sich als Arbeitsrationalisierer. Mit der Reduzierung von Arbeitskräften können sie ihre Fixkosten senken.
 - Aufgrund der Familienbindung ist in bäuerlichen Betrieben die Arbeitskräftefluktuation geringer. Dies ist nicht nur ein wesentlicher Stabilitätsfaktor in der Betriebsorganisation, sondern auch bedeutsam für den Umgang mit Boden und Ressourcen. Die Familienmitglieder erwerben durch ihre Arbeit „tacit knowledge“ (= stilles, nicht sprachlich oder schriftlich festgehaltenes Wissen), das vor allem in Süddeutschland aufgrund der besonderen Boden- und Reliefverhältnisse von größter Wichtigkeit für den landwirtschaftlichen Erfolg sein kann.
 - Familienbetriebe sind in der Regel kleiner als juristische Personen und Gesellschaften. Ausrüstung, Saatgut und Maschinen kaufen sie meist im regionalen Spezialhandel, während Großbetriebe direkt beim Hersteller, Importeur oder Großhändler kaufen. Insofern erzeugen Familienbetriebe ein anderes dörfliches Wirtschaftsumfeld als Großbetriebe mit ständigen Arbeitskräften.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

- Mit ihren Vermögen und ihrem Arbeitseinsatz bilden die Familienbetriebe eine Mittelschicht im ländlichen Raum, die mit ihrem Konsum weitere Mittelschichtelemente wie Einzelhändler, Spezialhändler, Reparaturbetriebe stützt. Westdeutsche Dörfer sind entsprechend reicher als ostdeutsche Dörfer. In Ostdeutschland häufen sich Gewinne und Vermögen in der Hand weniger Personen, die oft gar nicht mehr im Dorf wohnen.

Betrachtet man die Differenzierung der einzelnen Bundesländer nach Arbeitskräfte-Einheiten, fällt die Sonderstellung Bayerns auf. Mit 113.000 Familienarbeitskräfte-Einheiten hat es mehr als doppelt so viele als jedes andere Bundesland. Saisonarbeit spielt in Bayern eine geringe Rolle. Zusätzliche Arbeiten dieser Art werden offenbar in starkem Maße durch die Familien abgedeckt.

Ganz anders stellt sich die Situation in Niedersachsen dar: Es ist das Bundesland mit den meisten ständigen Arbeitskräften. Sie sind überwiegend in Großviehanlagen beschäftigt. Zwar ist der Arbeitseinsatz der Familienarbeitskräfte derzeit noch doppelt so hoch wie der ständigen, doch ist die Zahl der ersteren stark rückläufig.

Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen weisen eine stark von Familienarbeitskräften dominierte Struktur auf. Rheinland-Pfalz ist das einzige Bundesland, in dem der Input der saisonalen stärker als der der ständigen Arbeitskräfte ausfällt. Wein- und Gemüseanbau sind die Ausrichtungen, die besonders viel Saisonarbeit einsetzen.

Die Strukturen der ostdeutschen Flächenländer werden klar von den ständigen Arbeitskräften dominiert. Nur in Sachsen erreichen die Familienarbeitskräfte mehr als 4000 AK-E.

Die niedrigen Arbeitskräftezahlen in Ostdeutschland lassen vermuten, dass die Besatzzahlen je Flächeneinheit in Deutschland erheblich differieren. Mit 1,3 Arbeitskräfte-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche weist Mecklenburg-Vorpommern den niedrigsten Arbeitskräftebesatz in ganz Deutschland auf. Das sind nur 42 % des gesamtdeutschen Durchschnittswerts von 3,1 AK-E je 100 ha LNF.

Im westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein ist der Arbeitskräftebesatz (mit 2,6 AK-E je 100 ha LNF) bereits doppelt so hoch

Die süddeutschen Länder und Nordrhein-Westfalen weisen mit Ausnahme des Saarlandes überdurchschnittliche Werte auf. In Baden-Württemberg und Bayern wird das Dreifache des Wertes von Mecklenburg-Vorpommern überschritten.

Diese Disparitäten sollen in zwei Richtungen weiter untersucht werden:

- a) unterschiedliche Arbeitsintensität der einzelnen landwirtschaftlichen Nutzungen,
- b) absoluter Arbeitskräftebesatz der unterschiedlichen landwirtschaftlichen Nutzung.

Dabei werden die landwirtschaftlichen Nutzungen nach den 9 Klassen der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung gegliedert.

Im gesamtdeutschen Rahmen hat der Gartenbau mit großem Abstand die höchste Arbeitsintensität je Flächeneinheit. Mit 76,6 AK-E/100 ha LNF übertrifft er die Dauerkulturen als zweitrangige Intensität fast um das Vierfache. Der Pflanzenbauverbund rangiert mit 7,1 an dritter Stelle. Die anderen Ausrichtungen liegen mit Ausnahme des Ackerbaus dicht am deutschen Durchschnitt von 3,1 AK-E/100 ha LNF. Der Ackerbau liegt mit 1,9 weit darunter.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

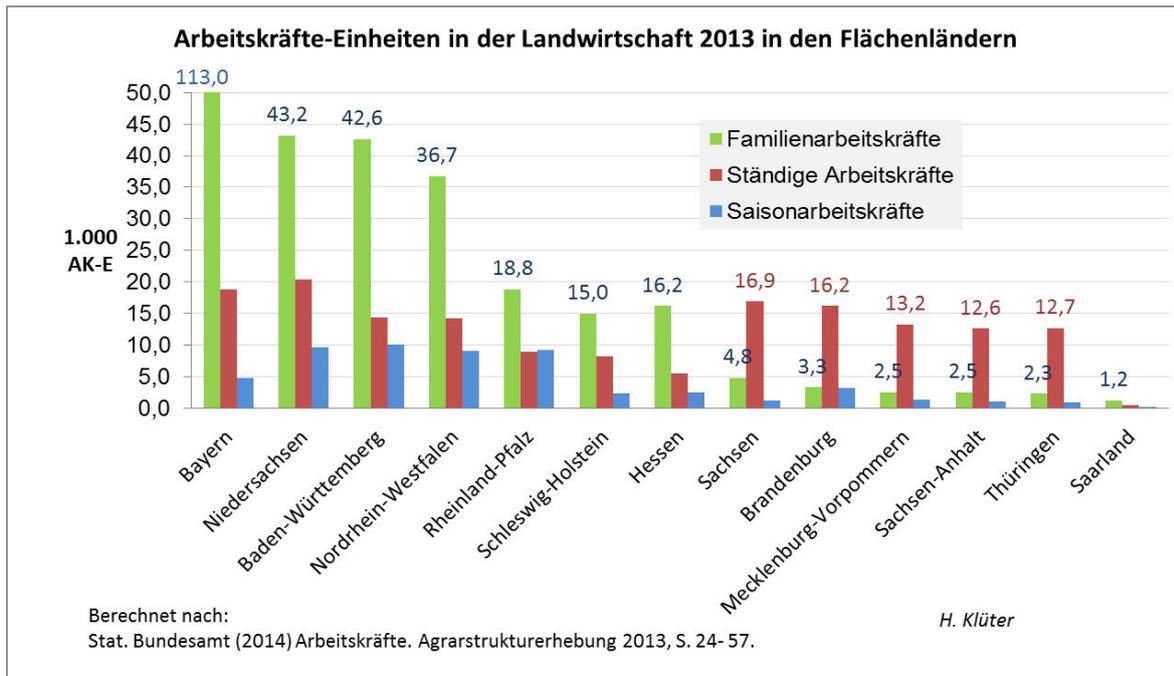


Abb. 197: Arbeitskräfte-Einheiten in der Landwirtschaft in den Flächenländern 2013

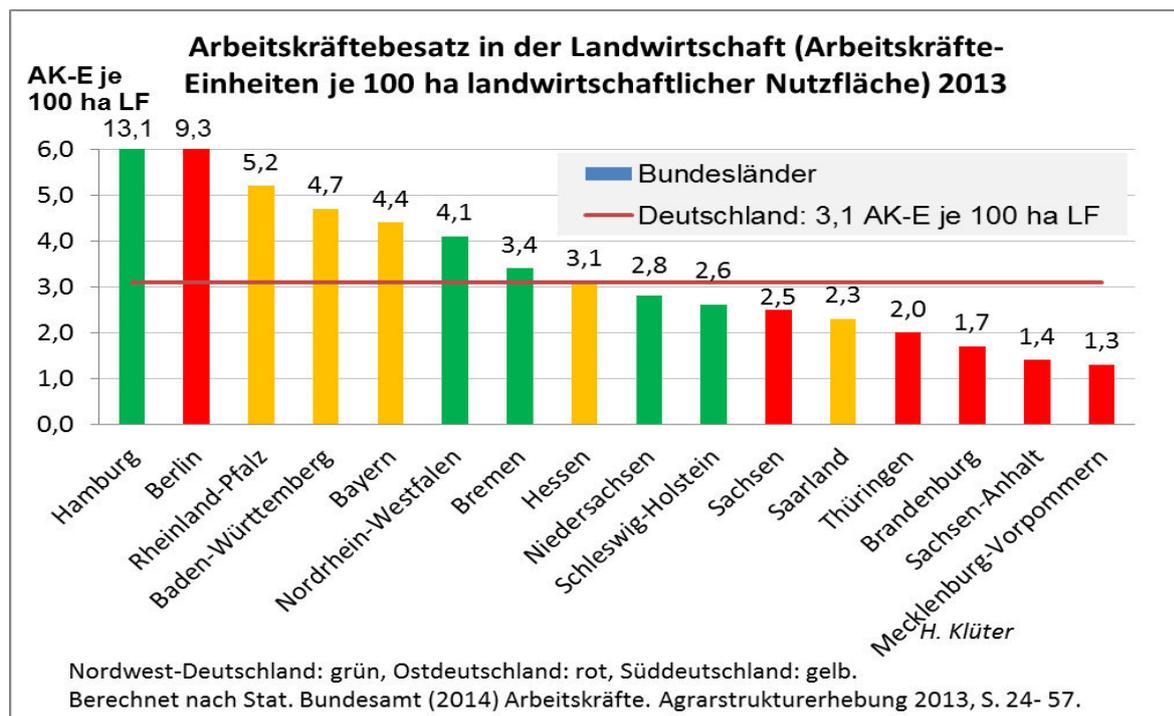


Abb. 198: Arbeitskräftebesatz in der Landwirtschaft (Arbeitskräfte-Einheiten je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche) 2013

Diese Durchschnittswerte sind nur bedingt repräsentativ. In den Haupterwerbsbetrieben Nordrhein-Westfalens wird Veredelung mit 3,3 AK-E/100 ha LNF betrieben, in den Betrieben juristischer Personen Mecklenburg-Vorpommerns jedoch mit 18,5 AK-E/100 ha LNF.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

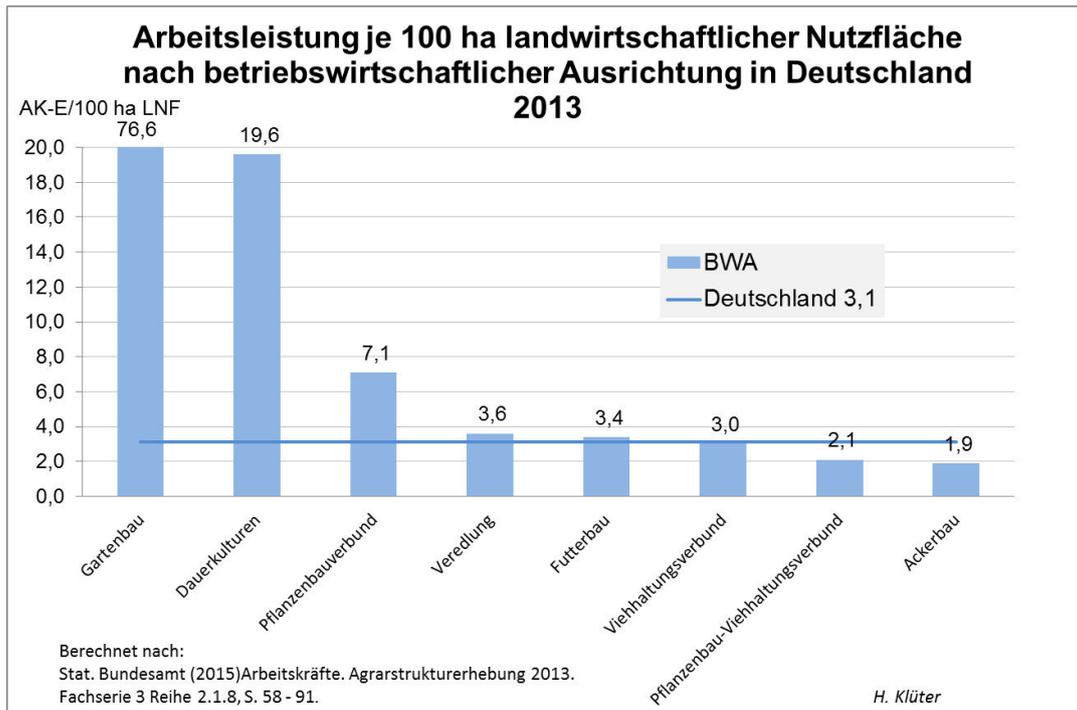


Abb. 199: Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Deutschland 2013

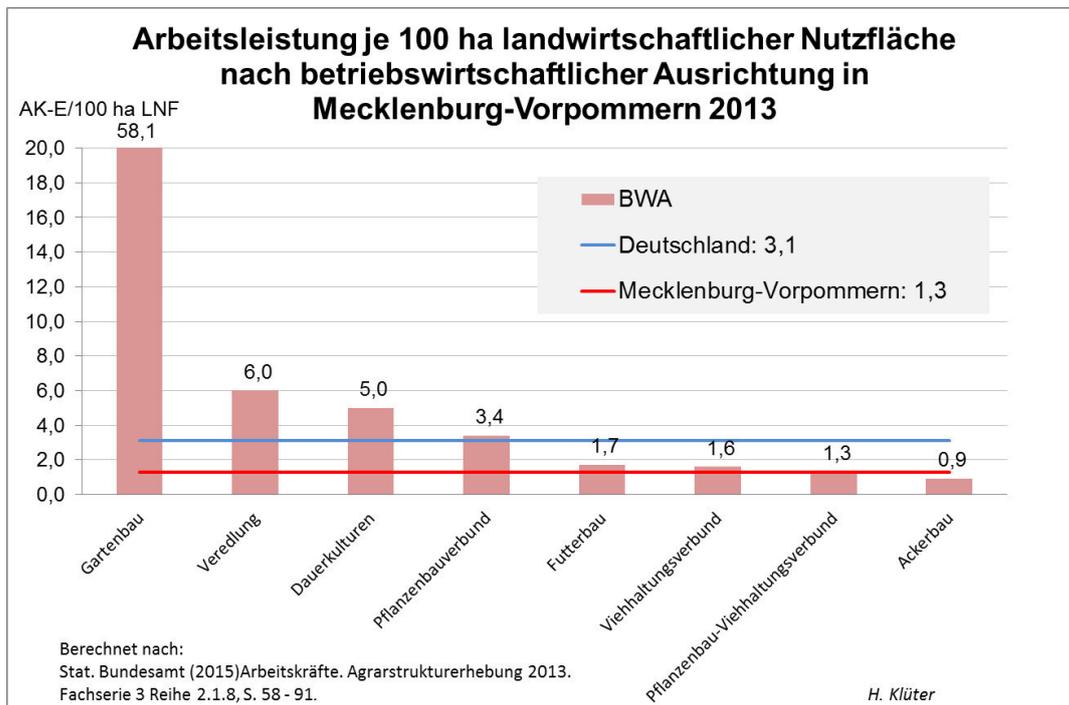


Abb. 200: Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Mecklenburg-Vorpommern 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Der überhöhte Wert kommt dadurch zustande, dass einige Großviehanlagen über keine landwirtschaftlichen Flächen verfügen und so diesen Indikator nach oben treiben. 2015 gab es 4.900 Betriebe in Deutschland, die über keine landwirtschaftlichen Nutzflächen verfügten. Neben Großviehanlagen sind auch einige Lohnunternehmen darunter.

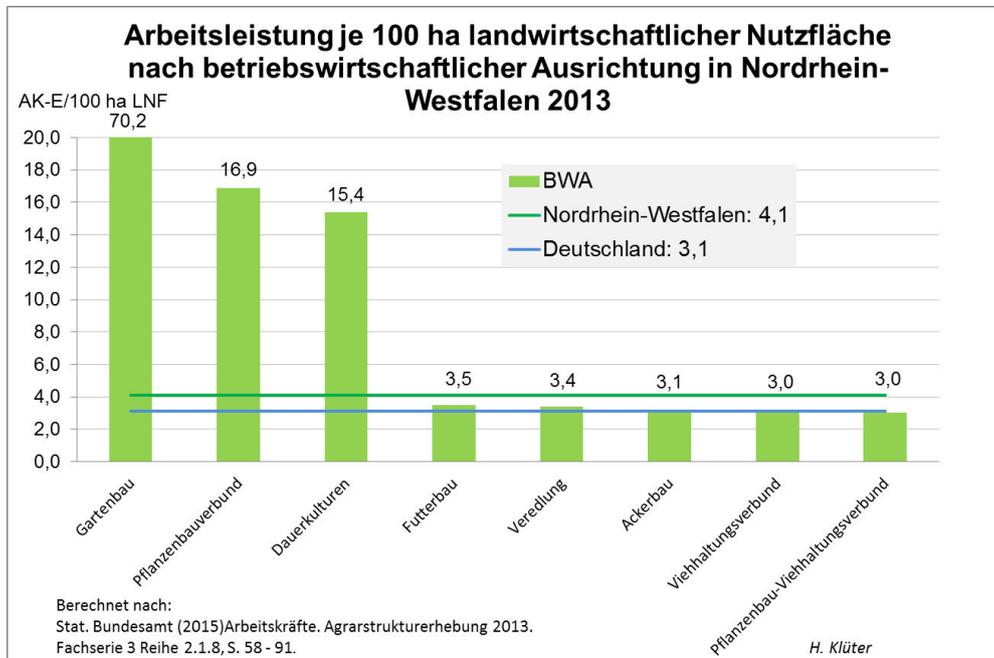


Abb. 201: Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Nordrhein-Westfalen 2013

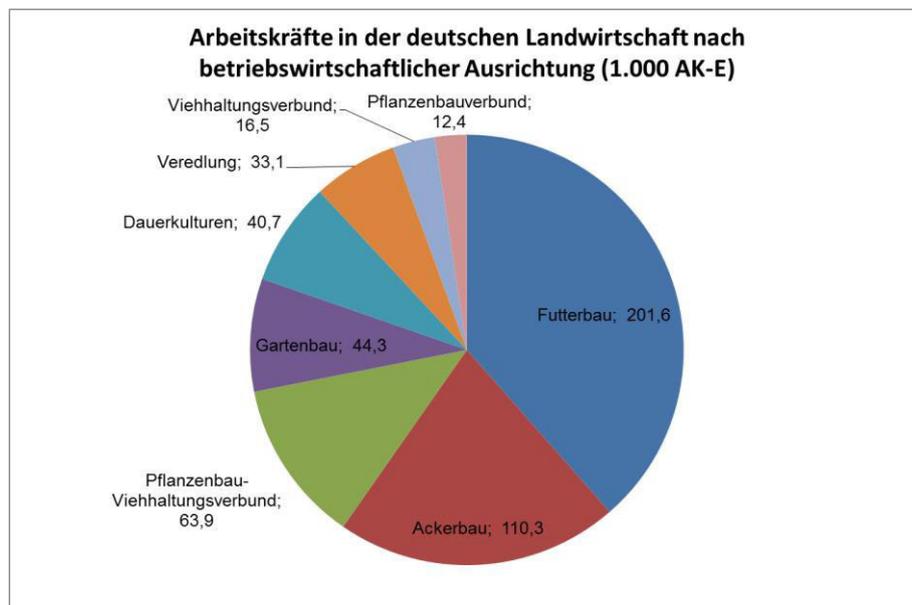


Abb. 202: Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Damit wird der Durchschnitt der Arbeitsleistung in der Ausrichtung Veredelung in Mecklenburg-Vorpommern auf 6,0 AK-E/100 ha LNF gehoben. In allen anderen Ausrichtungen ist die Arbeitsleistung je Flächeneinheit erheblich niedriger als nach den deutschen Durchschnittswerten. In Nordrhein-Westfalen werden in fast allen Ausrichtungen überdurchschnittliche Werte erreicht. Nur in der Veredelung wird der gesamtdeutsche Wert von 3,6 mit 3,4 AK-E/100 ha LNF unterschritten. Er liegt auch erheblich niedriger als der Wert für Mecklenburg-Vorpommern (6,0). Bei Gartenbau und Dauerkulturen wird der deutsche Durchschnitt nicht erreicht. Beim Pflanzenbauverbund wird er jedoch um mehr als das Doppelte überschritten.

Die Frage nach der quantitativen Stärke dieser Nutzungen führt auf weitere Unterschiede. Deutschlandweit nehmen die 3 stärksten Ausrichtungen (1. Futterbau, 2. Ackerbau, 3. Pflanzenbau-Viehhaltungsverbund) bereits 72 % der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitsleistung ein. Es folgen 3 Ausrichtungen, die zwischen 6 und 9 % der Arbeitsleistungen benötigen (4. Gartenbau, 5. Dauerkulturen, 6. Veredelung).

Dabei ist auffällig, dass im Gartenbau weit mehr Arbeit geleistet wird als in der Veredelung.

In Mecklenburg-Vorpommern besetzt die Gruppe der ersten 3 Ausrichtungen nicht 72 % sondern 87%. Veredelung ist mit 5,85 % mehr als doppelt so stark wie der Gartenbau mit nur 2,34 %.

Gartenbau ist in Nordrhein-Westfalen mit einem Arbeitsanteil von 16,67 % die drittgrößte Ausrichtung. Er übertrifft damit auch den Arbeitsanteil der Veredelung, der in Nordrhein-Westfalen 13 % erreicht. Futterbau ist mit 29,33 % erheblich schwächer als im gesamtdeutschen Durchschnitt von 38,57 %. Insgesamt zeigt sich, dass das Leistungsprofil Nordrhein-Westfalens stärker als im deutschen Durchschnitt diversifiziert ist.

Mecklenburg-Vorpommern ist demgegenüber stark monostrukturiert. Arbeitsintensive Kulturen spielen nur eine geringe Rolle. Während in den anderen Bundesländern aufgrund des höheren Arbeitskräftebesatzes gewisse Wahlmöglichkeiten unter den Ausrichtungen wahrgenommen werden können, arbeitet Mecklenburg-Vorpommern am unteren Rand des in Deutschland Möglichen. Es gibt bei den dortigen Betrieben kaum Reserven, um bei Preis- oder Produktionsschwankungen in andere Ausrichtungen auszuweichen. Solche Schritte würden erheblich mehr Arbeitskräfte benötigen. Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns scheint damit stärker als in anderen Bundesländern auf billige Massenerzeugung angewiesen zu sein.

Für ein Umschalten auf höherwertige Ausrichtungen fehlen ihr die Arbeitskräfte-reserven. Auf Grund der damit verbundenen Inflexibilität ist sie krisenanfälliger als die mit Arbeitskräften besser ausgestattete Landwirtschaft Westdeutschlands.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

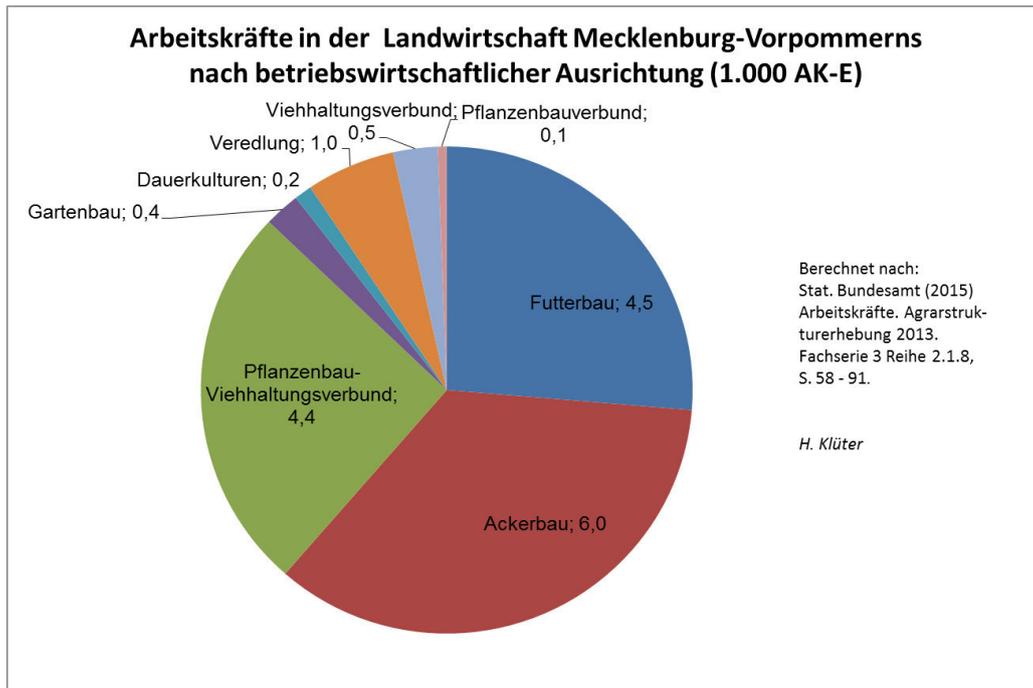


Abb. 203: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013 (1.000 AK-E)

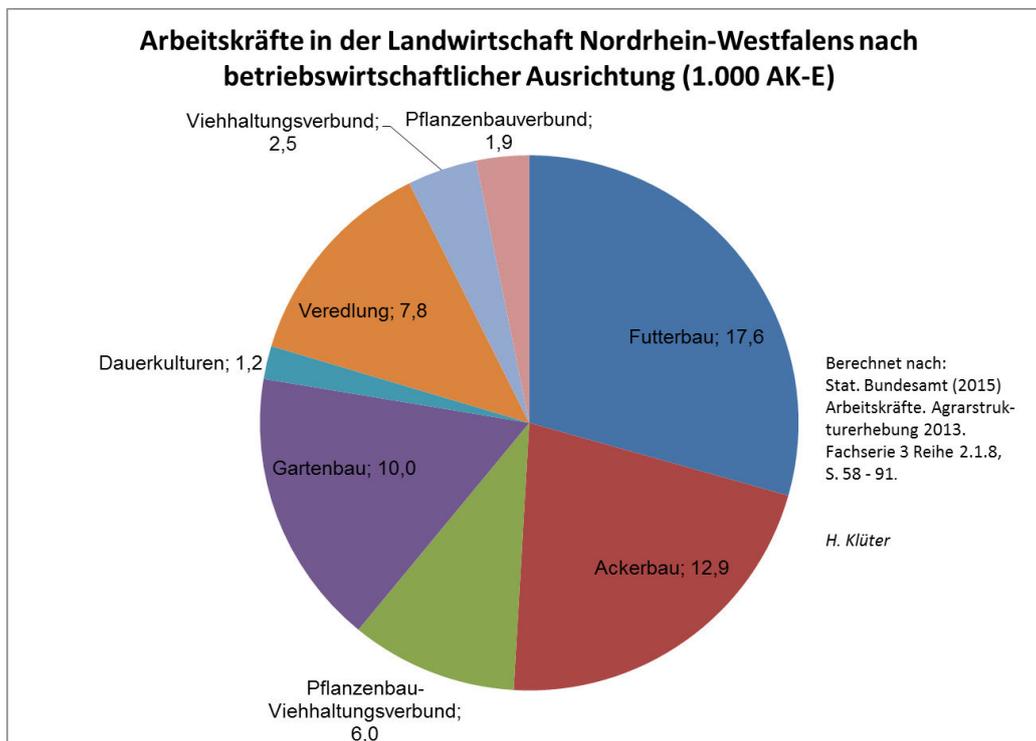


Abb. 204: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Nordrhein-Westfalen nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung 2013 (1.000 AK-E)

7.2.4 Landwirtschaftliche Arbeitskräfte im Nebenerwerb

Ein großer Teil der Flexibilitätsreserven steckt in den Nebenerwerbsbetrieben. Nebenerwerbslandwirte werden von anderen Wirtschaftszweigen bezahlt. Sie können das Arbeitseinkommen aus anderen Branchen für landwirtschaftliche Zwecke nutzen. Daraus ergeben sich einige besondere Eigenschaften:

- Der Nebenerwerbsbetrieb ist aufgrund seiner außerlandwirtschaftlichen Einkünfte von den ökonomischen Folgen möglicher Witterungsschäden, Überproduktion- und Preiskrisen weniger stark betroffen als Haupterwerbsbetriebe.
- Aus ähnlichen Gründen können Nebenerwerbsbetriebe Grenzertragsböden bewirtschaften, die für Haupterwerbsbetriebe unattraktiv sind.
- Aufgrund der außerlandwirtschaftlichen Finanzierung eines Teils der Arbeitskräfte ist der ökonomische Druck zur Personaleinsparung nicht so stark wie bei anderen Rechtsformen. Mit 4,0 AK-E/100 ha LNF haben die Nebenerwerbsbetriebe die höchste flächenbezogene Arbeitsleistung in Deutschland (vgl. Abb. 205).
- Nebenerwerbsbetriebe bilden wichtige Bindeglieder zur übrigen Wirtschaft, da der Betriebsinhaber hauptsächlich außerhalb der Landwirtschaft arbeitet. Damit sind Nebenerwerbsbetriebe in der Lage, erprobte Techniken und Strategien aus anderen Berufen in die Landwirtschaft zu übertragen. Viele technische und organisatorische Innovationen finden über Nebenerwerbsbetriebe ihren Weg in die Landwirtschaft.
- Wie schon auf S. 240 dargestellt kann man über den Nebenerwerb in mehreren meist reversiblen Stufen in die Landwirtschaft ein- und aussteigen. Wenn der Hof durch Verwandte, Bekannte, Enkel oder „solidarische Landwirtschaft“ neue Arbeitskräfte erhält, könnte wieder auf Haupterwerb umgeschaltet werden.

All dies bedeutet, dass Nebenerwerbslandwirtschaft keineswegs mehr nur die bemitleidete Arme-Leute-Bauerei von früher ist. Zwar geht die Gesamtzahl der bäuerlichen Betriebsinhaber und Familienarbeitskräfte kontinuierlich zurück. Aber der Anteil der Nebenerwerbslandwirte bleibt mit etwa einem Drittel stabil. Von 1999 bis 2007 gab es sogar einen relativen Anstieg von 33,4 auf 36,4 %. Nach der Agrarstrukturerhebung 2013 betrug der Anteil noch 34,5 %.

Die Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern weichen erheblich von den in Abb. 205 dargestellten deutschen Durchschnittswerten ab. In Mecklenburg-Vorpommern beträgt die Arbeitsleistung der Nebenerwerbsbetriebe nicht 4,0, sondern nur 1,3 AK-E/100 ha LNF. Dort erreicht keine der Rechtsformen die deutsche Durchschnittsleistung von 3,1 AK-E/100 ha LNF.

Alle vier Rechtsformen weichen nur wenig vom Landesdurchschnitt (1,3) ab. Eine Besonderheit besteht darin, dass die juristischen Personen die höchste Arbeitsleistung je 100 ha LNF aufweisen. Auch hier wirkt sich aus, dass einige Massentierhaltungsbetriebe über keine landwirtschaftliche Nutzfläche verfügen. Das führt dazu, dass in der Betriebsgrößenklasse unter 5 ha der flächenbezogene Arbeitskräftebesatz auf 751,3 AK-E/100 ha LNF steigt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

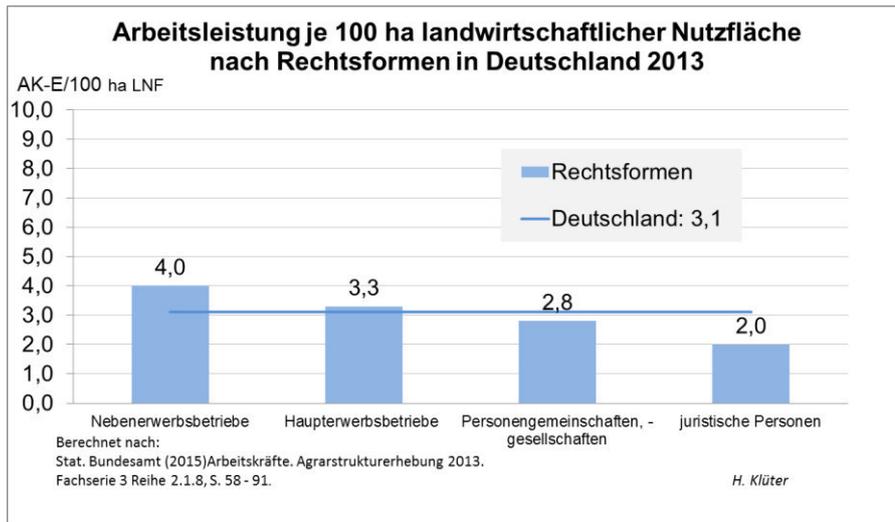


Abb. 205: Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Rechtsformen in Deutschland 2013

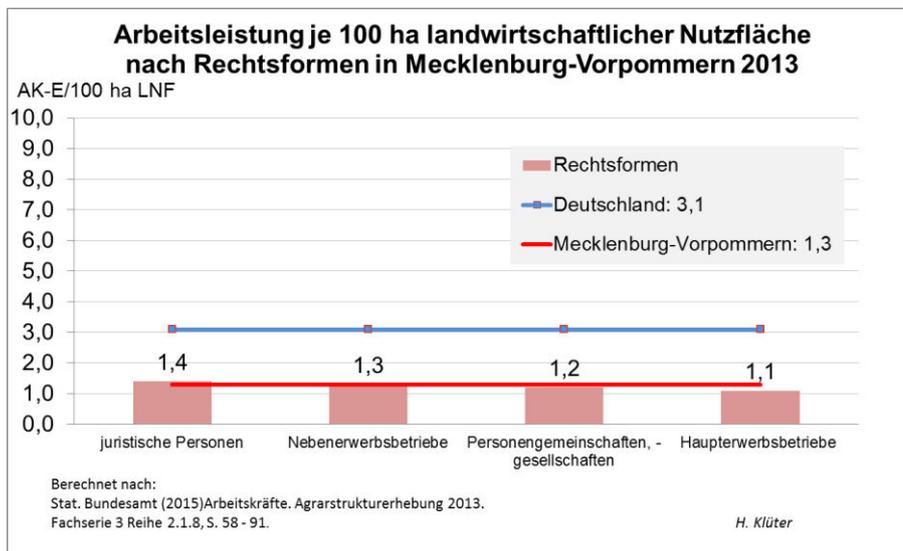


Abb. 206: Arbeitsleistung je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern 2013

Einige dieser Anlagen sind Personengesellschaften und -gemeinschaften. Bei den Betrieben dieser Rechtsform in der Größenklasse unter 5 ha beträgt der flächenbezogene Arbeitskräftebesatz 436,3 AK-E/je 100 ha LNF. Diese Extremwerte ziehen den durchschnittlichen AK-E-Besatz jener Rechtsformen nach oben.

Die Nebenerwerbswirtschaften sind in Deutschland sehr ungleich verteilt, so dass die genannten Flexibilitätseffekte in den Bundesländern unterschiedlich stark ausfallen. In Hessen wurden 2013 36,4 % der Arbeitsleistung von den Personen erbracht, die in Nebenerwerbsbetrieben tätig waren. Auch die anderen innovationsträchtigen süddeutschen Länder sind stark im bäuerlichen Nebenerwerb engagiert. Die Werte in Abb. 207 beziehen sich im Gegensatz zu den Daten in Tab. 28 auf Arbeitskräfte-

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Einheiten. Den niedrigsten Anteil hatten sie in Thüringen mit 5 %. Mecklenburg-Vorpommern lag mit 6,4 % bei einem Drittel des deutschen Durchschnittswerts von 21,3 %.

Tab. 28: Betriebsinhaber, Familienarbeitskräfte und Nebenerwerbslandwirte 1999 bis 2013

	1)	2)	Anteil von 2) an 1) in %
	Betriebsinhaber und Familienarbeitskräfte (1.000)	...davon in anderer Erwerbstätigkeit beschäftigt (1.000)	
1999	940,8	314,1	33,4
2001	860,1	297,4	34,6
2003	822,7	294,7	35,8
2005	782,7	275,3	35,2
2007	728,6	264,9	36,4
2010	567,7	180,2	31,7
2013	505,6	174,3	34,5

Berechnet nach: *Stat. Bundesamt (2015), Arbeitskräfte. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.1.8, S. 435.*

Die fünf ostdeutschen Flächenländer bilden eine geschlossene Schlussgruppe, die süddeutschen Bundesländer mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz eine kompakte Spitzengruppe. Zwischen diesen Gruppen liegen Nordwestdeutschland und Rheinland-Pfalz. Von ihnen erreicht nur Nordrhein-Westfalen den deutschen Durchschnitt.

7.2.5 Ständige Arbeitskräfte

Die ostdeutschen Großbetriebe stützen sich vor allem auf die ständigen Arbeitskräfte. Zwar ist die absolute Leistung (AK-E) der ständigen Arbeitskräfte in Niedersachsen und Bayern höher als in jedem ostdeutschen Bundesland, doch bei der Berechnung des relativen Anteils am gesamten Arbeitsvolumen zeigt sich ein anderes Bild. Im gesamtdeutschen Durchschnitt entfällt mit 31,3 % knapp ein Drittel der Leistung auf die ständigen Arbeitskräfte. In ostdeutschen Flächenländern sind es jedoch über 70 %. In Mecklenburg-Vorpommern steigt ihr Anteil auf 77,2 % und in Thüringen sind es sogar 79,9%. Mit durchschnittlich 14,01 € je Arbeitsstunde wurden die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte Mecklenburg-Vorpommerns 2014 im deutschlandweiten Vergleich recht gut bezahlt. Im Vergleich mit anderen Arbeitnehmern in Mecklenburg-Vorpommern war es wenig. Es wurden nur 77% eines durchschnittlichen Arbeitnehmergehalts von 18,20 € (MV 2014) gezahlt. Das hat zur Folge,

- dass in der Landwirtschaft vor allem Personen mit niedrigen Qualifikationen beschäftigt sind,
- dass die Fluktuation hoch ist,
- dass die Sorgfalt, mit der gearbeitet wird, in der Regel weit niedriger als in Familienbetrieben liegt,
- dass Arbeitseinsatz und Betriebsergebnis vergleichsweise niedrig ausfallen.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

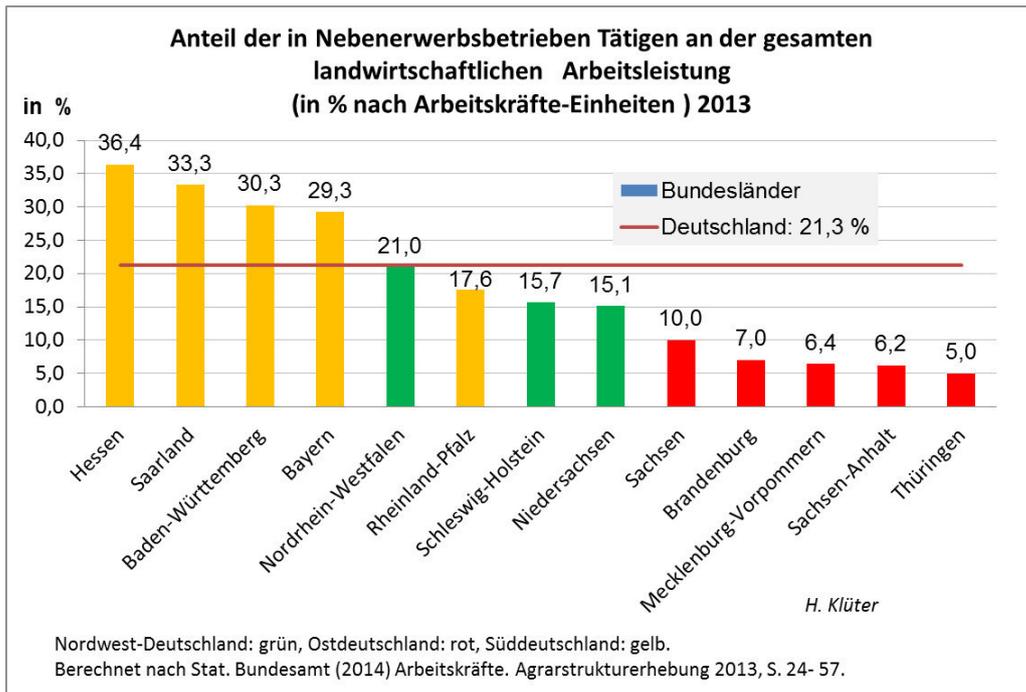


Abb. 207: Anteil der in Nebenerwerbsbetrieben Tätigen an der gesamten landwirtschaftlichen Arbeitsleistung (in % nach Arbeitskräfte-Einheiten) 2013

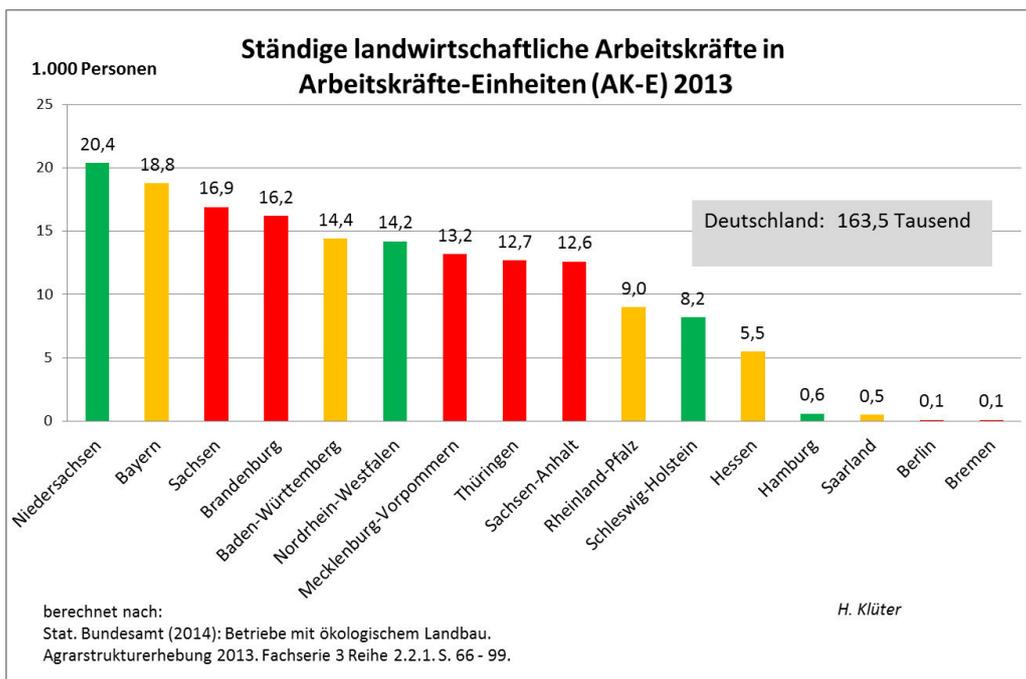


Abb. 208: Ständige landwirtschaftliche Arbeitskräfte in Arbeitskräfte-Einheiten 2013

Rechnerisch zählt die Arbeitsproduktivität der Großbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns zu der höchsten in der deutschen Landwirtschaft. Sie ist jedoch selten das Ergebnis qualitativ hoher Leistung, sondern Effekt davon, dass die Arbeitskräfte im Herbst entlassen und (vielleicht) im Frühjahr wieder

eingestellt werden, und dass für eine flächenproduktive Landwirtschaft strukturell zu wenig Arbeitskraft vorgehalten wird.

Es fällt auf, dass die Verteilung der „ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte“ (Abb. 209) dem invertierten Bild der Verteilung der in Nebenerwerbsbetrieben Tätigen (Abb. 207) und dem invertierten Bild der Flächenproduktivität (Abb. 88) ähnelt.

Wenn westdeutsche Landwirte durch Mecklenburg-Vorpommern geführt werden, fällt ihnen in der Regel als erstes auf, wie nachlässig, grob und rücksichtslos mit dem Boden umgegangen wird. Ein Besucher kommentierte: „Wenn mein Acker so aussähe, würde mich niemand mehr zum Bürgermeister wählen.“ Ebenso wird über barackenähnliche Viehställe gestaunt. Unverständnis wird darüber geäußert, dass zwar moderne, teure Maschinen und Ausrüstungen gekauft wurden, dass sie aber im Freien abgestellt werden und dort vor sich hin rosten, weil es für sie keine Garagen gibt.

Vieles davon lässt sich damit erklären, dass die Menschen, die diese Maschinen nutzen, nicht ihre Eigentümer sind. Es ist ihnen gleich, ob oder wann die Maschinen verrostet. Und: warum soll man einen Acker pflegen, wenn sowieso schon klar ist, dass man im nächsten Jahr auf einem ganz anderen Acker für einen anderen Arbeitgeber arbeiten wird? Insofern ist das Verhältnis der Eigentümer von GmbH, Aktien- und Kommanditgesellschaften zur konkreten landwirtschaftlichen Arbeit in den Betrieben mehrfach gebrochen. Anders als auf den meisten Bauernhöfen oder Arbeitsgenossenschaften werden landwirtschaftliche Arbeiten nicht von den Besitzern oder Anteilseignern, sondern von Arbeitern und Angestellten verrichtet. Oft sind die letzteren gezwungen, ohne Rücksicht auf das Tierwohl und auf ökologische Faktoren kurz- und mittelfristige Gewinne zu erwirtschaften. Dies sind Motive für den mehr oder weniger skrupellosen Umgang mit Tieren in der Massenviehhaltung, aber auch für die manchmal bedenkenlose übermäßige Ausbringung von Gülle, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln. Einige dieser Missstände sind dem Desinteresse großer Verpächter an den Aktivitäten der Pächter geschuldet. Oft beklagt wurde die Praxis der BVVG, die ihr anvertrauten Liegenschaften ohne Rücksicht auf Umweltgesichtspunkte an zweifelhafte GmbH, Aktien- und Kommanditgesellschaften verpachtet bzw. verkauft zu haben. Der Vorwurf trifft aber auch andere große Verpächter wie Landesbehörden und Kirchen.

Das bedeutet keineswegs, dass alle juristischen Personen ihre Tiere und Böden prinzipiell schlechter als Bauern behandeln. Es gibt „Arbeitsgenossenschaften“, d.h. Genossenschaften, in denen die Teilhaber – ähnlich wie in den früheren LPG – direkt im Betrieb arbeiten, fast wie es in einem großen Familienbetrieb üblich ist. Genannt sei als Beispiel die Agrargenossenschaft „Oberes Vogtland“ (AGOVA) in Adorf (Erzgebirge).

Auch in Westdeutschland gibt es juristische Personen, die sich durch besonders sorgfältigen Umgang mit der Umwelt auszeichnen. Erwähnt sei hier das Kollektiv der Rechtler von Oberstdorf im Allgäu. Es hat keine sozialistische Vergangenheit, sondern seinen gemeinschaftlichen Besitz aus der mittelalterlichen Allmende gerettet und sich seit 1951 im Rahmen eines Vereins weiterentwickelt (*vgl. www.rechtler.de ;2016-05-24*). Heute hat der Verein den größten Teil seiner Landwirtschaftsflächen an Mitglieder verpachtet bzw. nach altem Recht zur Nutzung überlassen. Das Rechtlergebiet zählt zu den Territorien höchster Biodiversität in den deutschen Alpen.

Mit den Daten über den Arbeitskräfteeinsatz kann nicht geklärt werden, wer von landwirtschaftlicher Tätigkeit lebt oder nicht. Dieser Aspekt steht in der Erwerbstätigenstatistik im Vordergrund.

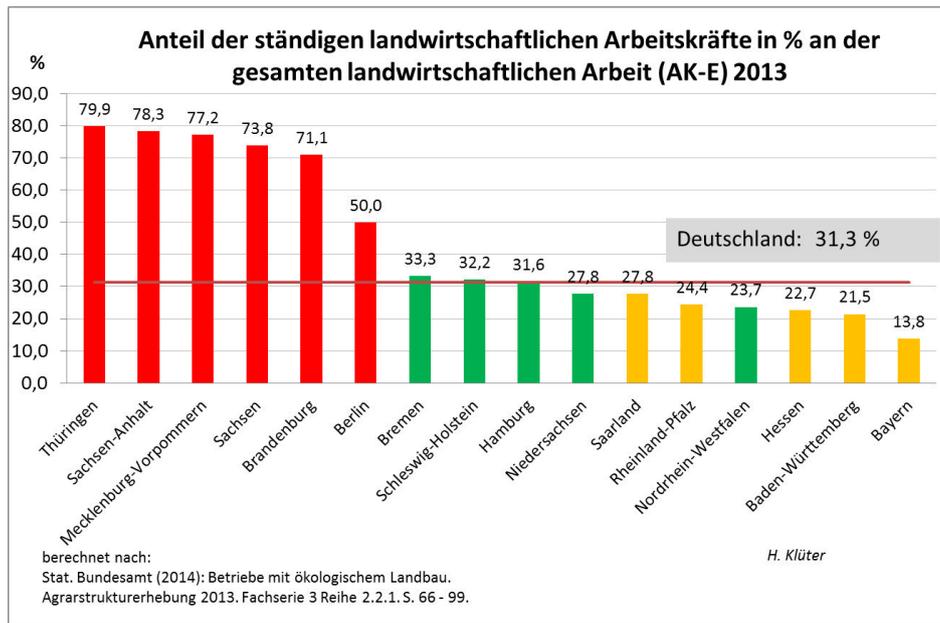


Abb. 209: Anteil der ständigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in % an der gesamten landwirtschaftlichen Arbeit (AK-E) 2013

7.2.6 Erwerbstätige

„Erwerbstätige sind nach den Definitionen der internationalen Arbeitsorganisationen (ILO) Personen im Alter von 15 Jahren und mehr, die mindestens eine Stunde <in der Woche; H. K.> gegen Entgelt irgendeiner berufliche Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) oder selbstständig ein Gewerbe, einen freien Beruf, ein Handwerk oder eine Landwirtschaft betreiben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitgliedes mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen.“

Aus:

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/Begriffe/Erwerbstaeetige.html?nn=55254> (2015-12-26)

In der Erwerbstätigenstatistik wird jede Erwerbsperson nur je einem einzigen Wirtschaftszweig zugeordnet. Menschen, die in mehreren Berufen arbeiten, werden in der Branche geführt, in der sie am meisten verdienen. Das bedeutet, dass die Nebenerwerbslandwirte nicht in der Landwirtschaft, sondern in einem anderen Wirtschaftszweig gezählt werden. Das gilt auch für die meisten Saisonarbeitskräfte. Andererseits gelten Vermögende, die eine Stunde in der Woche am Computer sitzen und die Bilanz ihres landwirtschaftlichen Unternehmens durchrechnen, als landwirtschaftliche Erwerbstätige, sofern sie keine anderen beruflichen Einkünfte haben. Außerdem werden in der Erwerbstätigenstatistik auch solche Personen erfasst, die aufgrund der festgesetzten Grenzwerte aus der Agrarstrukturerhebung herausfallen. Die Erwerbstätigen in Kleinbetrieben unter 5 ha werden mitgezählt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Betrachtet man die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen Mecklenburg-Vorpommerns in den letzten 25 Jahren, fällt der stärkste Rückgang in die Periode 1991 bis 1996. In dieser Zeit wurde der größte Teil der LPG Ostdeutschlands abgewickelt, wobei die Nachfolgebetriebe nur einen Bruchteil der ehemaligen Genossenschaftsmitglieder übernahmen.

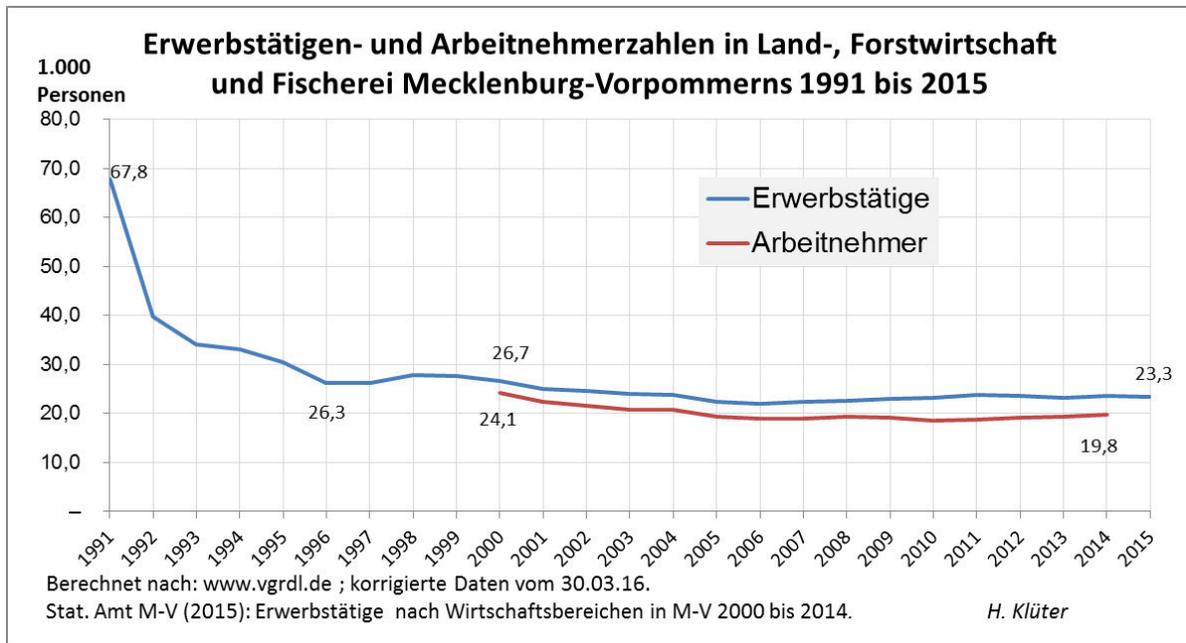


Abb. 210: Erwerbstätigen- und Arbeitnehmerzahlen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommerns 1991 bis 2015

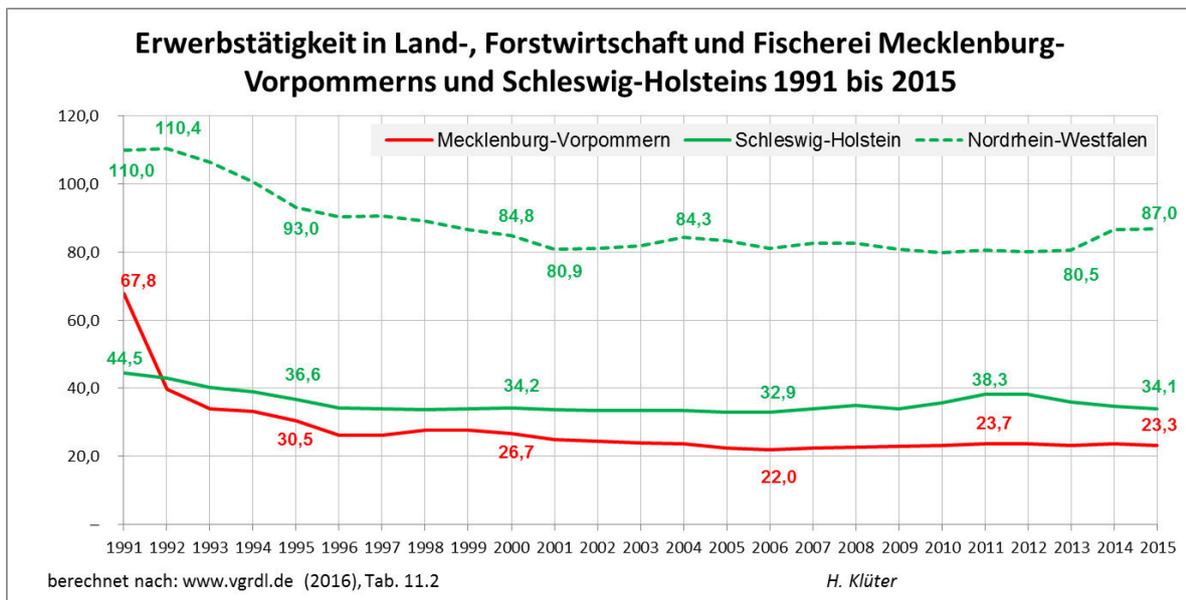


Abb. 211: Erwerbstätigkeit in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 1991 bis 2015

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Mit der Wirtschaftskrise 2007/08 gab es einen leichten Anstieg der Erwerbstätigenzahlen. Ähnlich wie die Studentenzahlen verhalten sich die Zahlen der landwirtschaftlich Erwerbstätigen leicht antizyklisch: Wenn in der übrigen Wirtschaft die Nachfrage nach Arbeitskräften fällt, nehmen Studentenzahlen und landwirtschaftlich Erwerbstätige zu. Wenn die anderen Wirtschaftsbereiche mehr Arbeitskräfte benötigen, stagniert das Kontingent der Studierenden und in der Landwirtschaft Tätigen oder es nimmt ab.

Vergleicht man die Daten einzelner Bundesländer miteinander, macht sich für Mecklenburg-Vorpommern der starke Einbruch in den frühen 90er Jahren drastisch bemerkbar. Innerhalb von vier Jahren ging die Zahl der landwirtschaftlich Erwerbstätigen um die Hälfte zurück. Danach begann eine Phase der leichten Stagnation.

Während der Wirtschaftskrise 2007 bis 2011 gab es in Mecklenburg-Vorpommern einen leichten Anstieg der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit.

Beim Vergleich mit Schleswig-Holstein ist zu berücksichtigen, dass die landwirtschaftliche Nutzfläche des Nachbarlandes um ein Drittel geringer als die Mecklenburg-Vorpommerns ist. Dennoch überflügeln die Erwerbstätigenzahlen Schleswig-Holsteins die Mecklenburg-Vorpommerns bereits 1992. Von 2006 bis 2011 gab es in Schleswig-Holstein ein Wachstum um 16 % auf 38.300 Personen. Danach erfolgte ein Rückgang auf 34.100 Personen im Jahre 2015. Damit ist die landwirtschaftliche Erwerbstätigkeit im westlichen Nachbarland fast um die Hälfte höher als in Mecklenburg-Vorpommern mit 23.300 Erwerbstätigen.

Diese Zahl wird in Nordrhein-Westfalen mit 87.000 landwirtschaftlich Erwerbstätigen um das 3,7-fache übertroffen, obwohl Nordrhein-Westfalen nur 8 % mehr landwirtschaftliche Nutzfläche hat. Auch Nordrhein-Westfalen erlebte in den 90er Jahren einen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen. Seit 2001 stagnieren die Zahlen bei 80.000. Seit 2013 gab es ein leichtes Wachstum.

Ähnlich wie in den verschiedenen Bundesländern war auch die Entwicklung innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns keineswegs ausgewogen. Das statistische Amt liefert vergleichbare Daten auf Kreisebene für den Zeitraum 2000 bis 2013. Im Landesdurchschnitt gab es einen Rückgang um 12,7 %. Auf der Mecklenburgischen Seenplatte betrug er jedoch fast 36 %, während der Landkreis Rostock im selben Zeitraum ein Wachstum von 4,5 % verzeichnete. Wie die Abb. 212 zeigt, fiel der starke Rückgang auf der Mecklenburgischen Seenplatte in Zeit von 2000 bis 2006.

Seitdem sind die Zahlen annähernd stabil. 2013 gab es auf der Mecklenburgischen Seenplatte 4.622 Erwerbstätige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei. Bereits 2006 wurde sie vom Landkreis Ludwigslust-Parchim überholt, der 2013 mit 4.997 Personen die meisten Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftssektor aufwies. An dritter Stelle rangierte der Landkreis Rostock mit 4.390 Erwerbstätigen. Die beiden vorpommerschen Kreise sind mit 3.402 (VG) und 3.329 (VR) Personen annähernd gleichstark. Nordwestmecklenburg verzeichnet eine weitgehend stabile Entwicklung.

Die absoluten Erwerbstätigen-Zahlen sagen nur wenig über die Bedeutung der Landwirtschaft an den regionalen Arbeitsmärkten aus.

Im Landesdurchschnitt kommen Land-, Forstwirtschaft und Fischerei auf einen Anteil von 3,19% an allen Erwerbstätigen (2013). Allerdings enthält dieser Wert auch die Stadtkreise, in denen die Landwirtschaft und Fischerei 2013 mit nur 145 Erwerbspersonen präsent war.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

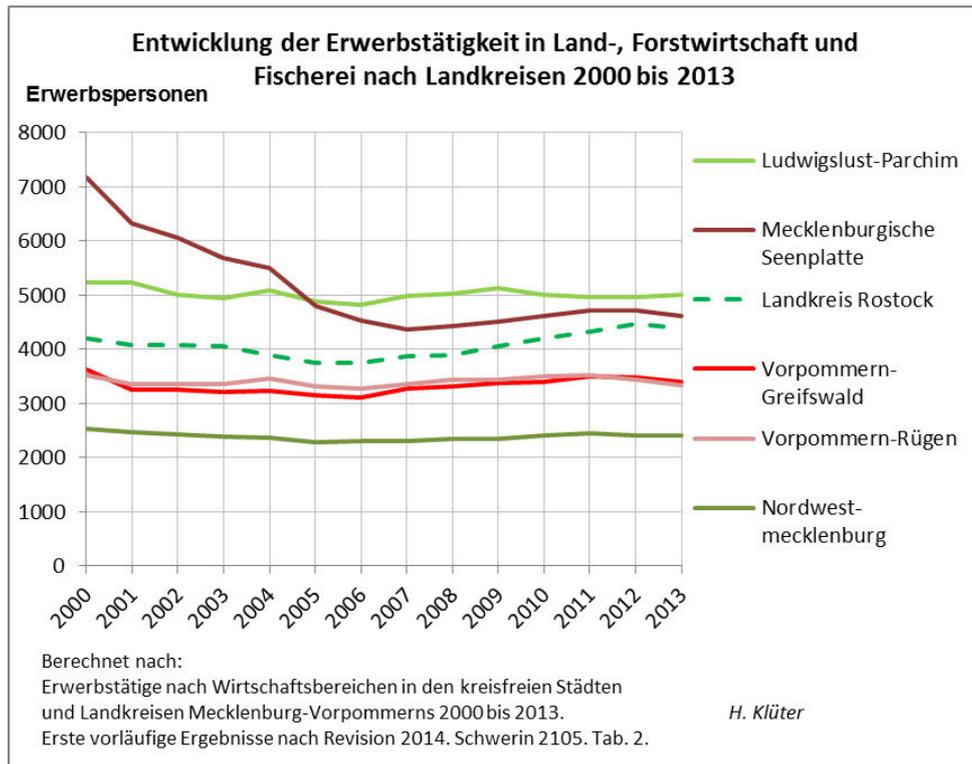


Abb. 212: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Landkreisen 2000 bis 2013

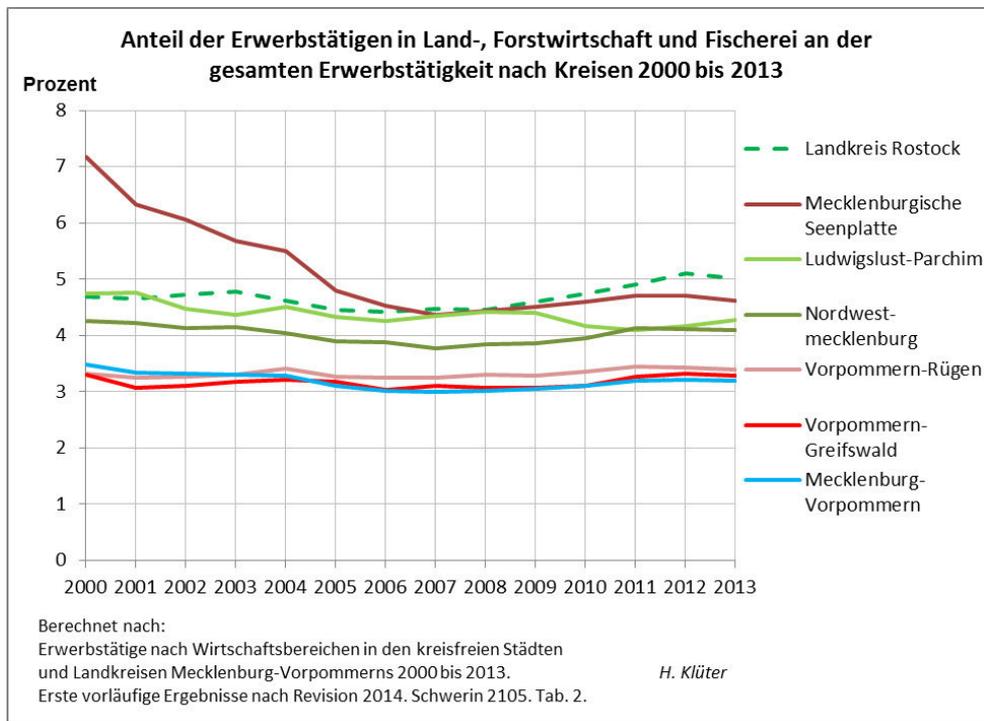


Abb. 213: Anteil der Erwerbstätigen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Erwerbstätigkeit nach Kreisen 2000 bis 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

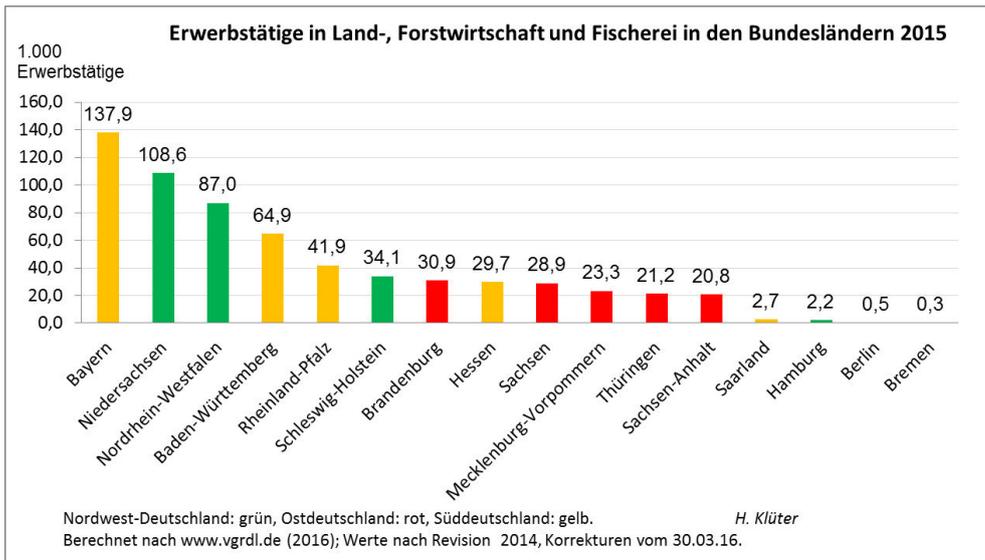


Abb. 214: Erwerbstätige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei in den Bundesländern 2015

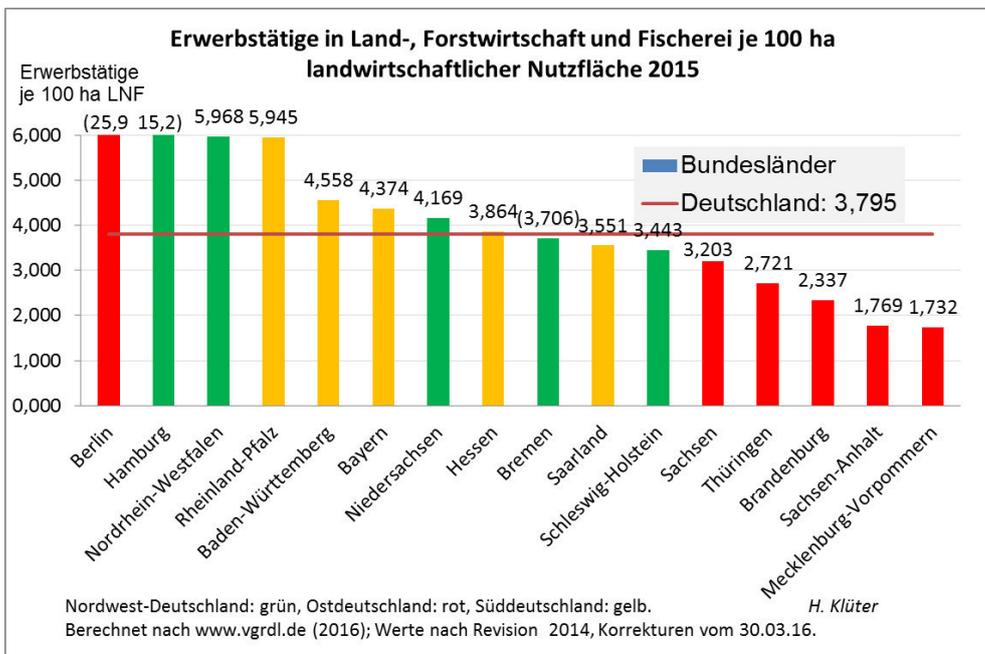


Abb. 215: Erwerbstätige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche 2015

Im Landkreis Rostock ist der Anteil der landwirtschaftlich Erwerbstätigen 4,69 % im Jahre 2000 auf 5,02 % im Jahre 2013 gestiegen. Auch in Vorpommern-Rügen gab es in jenem Zeitraum einen schwachen Anstieg von 3,325 auf 3,395 %. Der relative Anstieg ist nicht zuletzt durch das Wegbrechen industrieller Arbeitsplätze in der Stralsunder Werftindustrie bedingt. In Vorpommern-Greifswald und Nordwestmecklenburg blieb der Anteil über den gesamten Zeitraum nahezu gleich. Einen drastischen Rückgang gab es auf der Mecklenburgischen Seenplatte. Der Anteil der Landwirtschaft schrumpfte

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

von 7,17 % (2000) auf 4,62 % im Jahre 2013. Ursache dürfte hier in erster Linie der absolute Rückgang der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen sein.

Wie schon bei der Arbeitsleistung führt Süddeutschland auch bei den landwirtschaftlichen Erwerbstätigen. 277.252 Personen oder 43,06 % von Deutschland entfielen auf diese Makroregion. 232.116 Erwerbstätige arbeiten in der nordwestdeutschen Landwirtschaft. Sie kam auf 36,6 % Anteil an Deutschland. Nur 19,8 % oder 125.632 Erwerbstätige entfielen auf Ostdeutschland.

Über die Hälfte der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit Deutschlands konzentriert sich auf drei Bundesländer: Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Nach Absolutzahlen bilden die ostdeutschen Länder mit Hessen und dem Saarland die Schlussgruppe unter den Flächenländern.

Bei Umrechnung dieser Daten auf die landwirtschaftliche Nutzfläche führen die Stadtstaaten. Da die statistischen Flächenangaben nur in 1.000 ha angegeben sind, fallen die Umrechnungen für die kleinen Stadtstaaten sehr ungenau aus. Daher wurden sie in Abb. 215 eingeklammert.

Den höchsten landwirtschaftlichen Erwerbstätigenbesatz je 100 ha LNF unter den Flächenländern weist Nordrhein-Westfalen mit 5,968 mit knappem Vorsprung vor Rheinland-Pfalz mit 5,9444 Erwerbstätigen je 100 ha LNF auf.

Auch Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen weisen Werte oberhalb des deutschen Durchschnitts von 3,795 je 100 ha LNF auf. Die ostdeutschen Flächenländer liegen erheblich darunter und bilden eine geschlossene Schlussgruppe. Den niedrigsten Wert hat Mecklenburg-Vorpommern mit 1,732 landwirtschaftlich Erwerbstätigen. Damit erreicht es weniger als die Hälfte des deutschen Durchschnitts. Ähnliches gilt für das eigentlich fruchtbare Sachsen-Anhalt, das mit 1,769 den zweitletzten Rang besetzt.

Hier zeigt sich erneut, dass die Bevölkerung der reichen Bundesländer sich relativ intensiv mit ihrer Landwirtschaft beschäftigt, während die Bevölkerung des weitaus ärmeren Ostdeutschland dazu aufgrund der Dominanz agrarindustrieller Besitzstrukturen keine Gelegenheit hat.

7.2.7 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Eine besondere Gruppe unter den Erwerbstätigen sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Da sie in die Kranken-, Arbeitslosigkeits- und Rentenversicherung einzahlen, gibt es darüber exakte jährlich bzw. monatlich erstellte Daten, die teilweise bis auf die Gemeinde- oder Ämterebene verfügbar sind. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind eine Teilmenge der bereits erwähnten ständigen Arbeitskräfte.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat Daten zur Geschlechterstruktur der landwirtschaftlichen Lohnarbeit veröffentlicht. Der Anteil der Frauen an den 240.000 landwirtschaftlich Beschäftigten liegt bei 32 %.

An der ausschließlich geringfügig entlohnten Arbeit in der Landwirtschaft sind Frauen jedoch mit 63 % beteiligt. Damit ist der Frauenanteil nur wenig niedriger als bei den Frauen unter den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten im Gastgewerbe (67 %).

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft am Arbeitsort sind in Mecklenburg-Vorpommern sehr ungleich verteilt. Gliedert man das Land in die 114 amtsfreien Gemeinden und Ämter, werden in keiner Gebietseinheit mehr als 600 Landwirtschaftsbeschäftigte erreicht.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

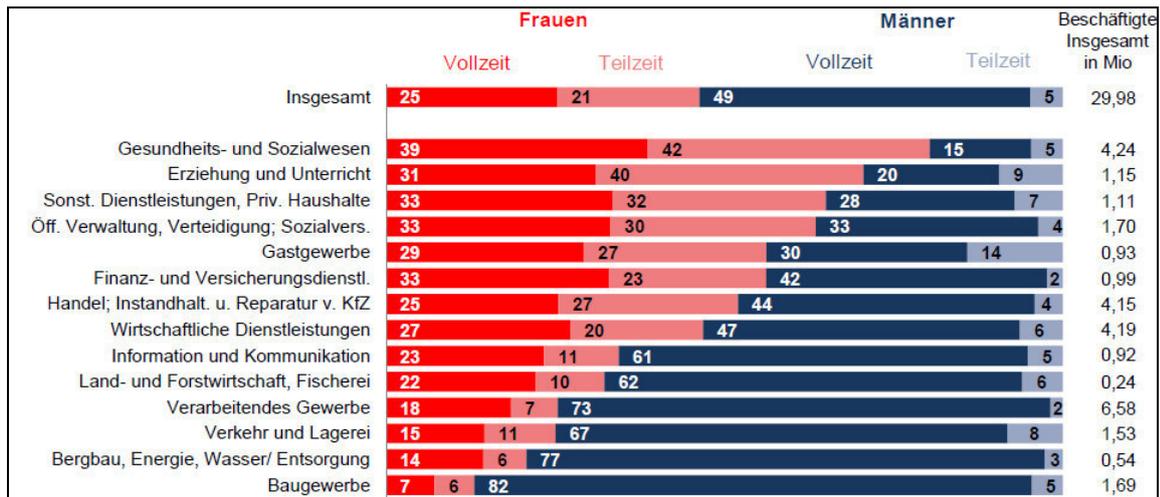


Abb. 216: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (15- bis 65-jährige)nach Branchen, Geschlecht und Arbeitszeit in Prozent, Juni 2014.

Aus: Bundesagentur für Arbeit 2015, S. 11.

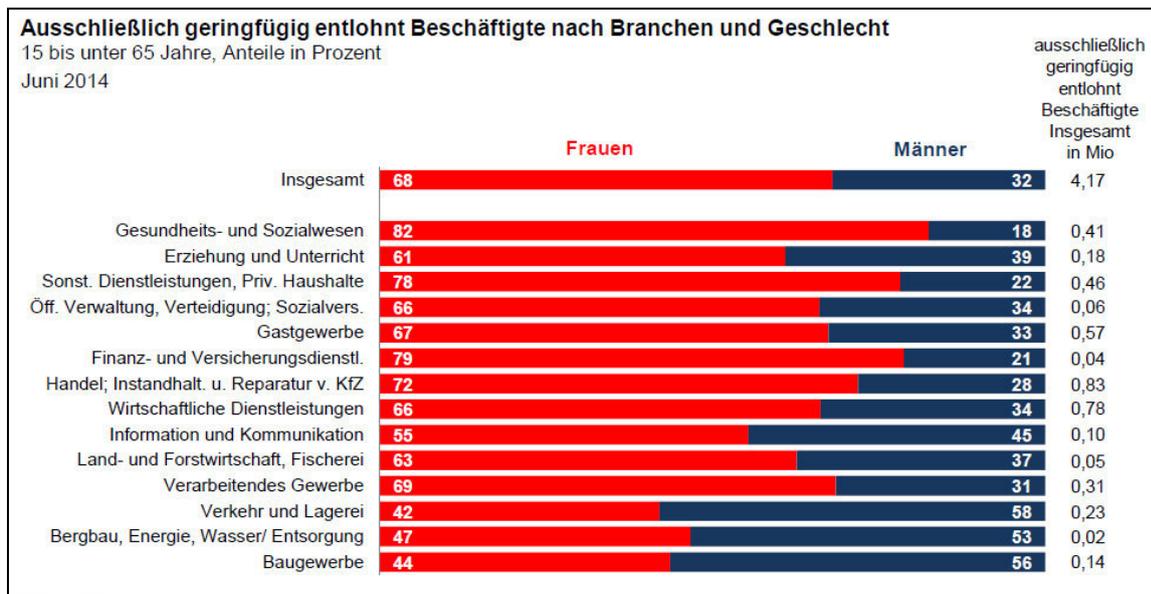
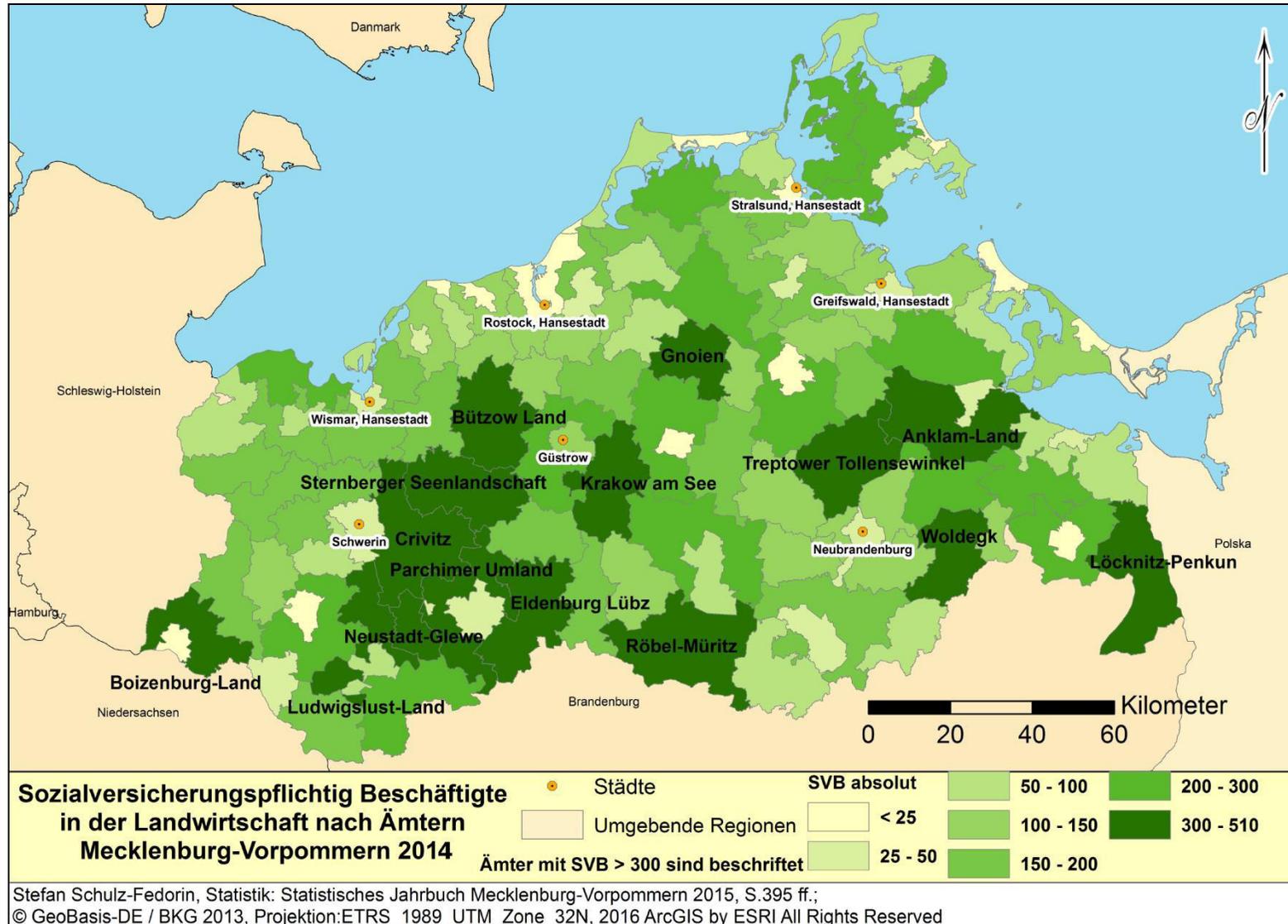


Abb. 217: Ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte nach Branchen und Geschlecht

Aus: Bundesagentur für Arbeit 2015, S. 13.

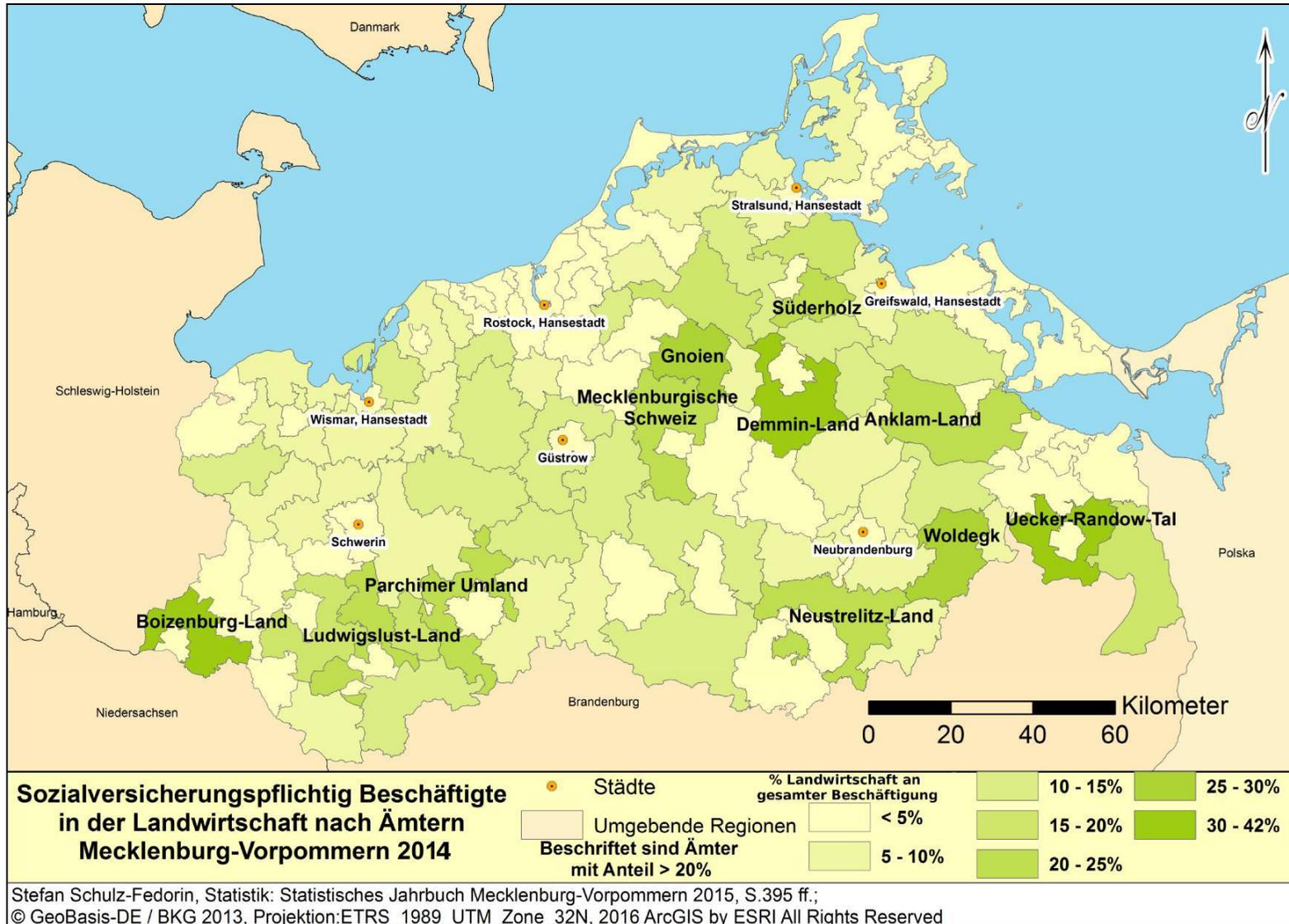
Die fruchtbaren Böden Nordwestmecklenburgs und Rügens zeigen durchschnittliche Werte. Zahlen über 300 Beschäftigte werden vor allem im Altkreis Parchim, in den Ämtern Gnoien, Krakow am See, Röbel-Müritz sowie im Treptower Tollense-Winkel und Woldegk erreicht. Vorpommern ist in dieser Kategorie nur mit Anklam-Land und Löcknitz-Penkun vertreten. Die höchste relative Bedeutung erreichten die landwirtschaftlichen Beschäftigten vor allem in Mantelämtern, also in den Gebietseinheiten, in denen der dienstleistungs- und/oder industriestarke Hauptort ein eigenes Amt bildet. In Boizenburg-Land sind es 41,4 %, in Demmin-Land 36,6 % und im Uecker-Randow-Tal um Pasewalk 35,4 %.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft



Karte 25:
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Landwirtschaft nach Ämtern Mecklenburg-Vorpommern 2013

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft



Karte 26:
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Landwirtschaft nach Ämtern Mecklenburg-Vorpommern 2014

In den Ämtern, die auch ihr Zentrum enthalten, werden höchstens 29,1 % (Woldegk) oder 26,4 % (Gnoien) erreicht. In keiner einzigen Ämtergebietseinheit Mecklenburg-Vorpommerns kommt die Landwirtschaft auf die Hälfte der Arbeitnehmer.

Immerhin stieg die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer landesweit seit 2010 an und erreichte 2013 insgesamt 19.342 Personen. Dieses Wachstum erfasste alle Landkreise. In der Zeit bis 2010 verhalten sich die Kurven in etwa so wie die Zahlen der landwirtschaftlich Erwerbstätigen.

7.2.8. Bauern, Familienangehörige und Selbständige in Mecklenburg-Vorpommern

Ein völlig anderes Bild zeigt sich in der Entwicklung der Anzahl der Bauern, Familienangehörigen und anderen Selbständigen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei: Landesweit gab es 2013 nur 3.959 Personen in dieser Gruppe – also weniger als in einem mittleren nordwestdeutschen Landkreis. Von 2000 bis 2011 hatte es in dieser Gruppe Wachstum gegeben (Abb. 219). Seit 2011 erfolgten drastische Rückgänge, die mittlerweile alle Kreise erfasst haben. Besonders stark sind die Mecklenburgische Seenplatte, der Kreis Rostock und Ludwigslust-Parchim betroffen. Die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2016 könnten Aufschluss darüber geben, warum es zu diesen Rückgängen gekommen ist. Eine der möglichen Ursachen könnte die große Nachfrage nach Arbeitskräften in Wirtschaftszweigen außerhalb der Landwirtschaft sein.

Mit 869 Personen hatte die Mecklenburgische Seenplatte im Jahr 2013 die meisten Bauern und Selbständigen. Nordwestmecklenburg hatte mit nur 405 Personen dieser Gruppe weniger als die Hälfte jener Zahl aufzuweisen. Die beiden vorpommerschen Landkreise nahmen mittlere Positionen ein.

7.3 STRUKTURVERÄNDERUNGEN ÜBER LANDVERKÄUFE

Die Präsenz der Agrarindustrie in Deutschland korreliert hochgradig mit den Agrarflächenverkäufen. Obwohl Ostdeutschland nur über 1/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügt, entfallen auf diesen Landesteil 64% der 2014 verkauften Flächen. Allein in Brandenburg wurde mit 24.837 ha mehr verkauft als in allen süddeutschen Bundesländern zusammengenommen.

In Bayern, dem Land mit der größten landwirtschaftlichen Nutzfläche, wurden 2014 nur 7.756 ha verkauft. Das waren etwa 2,5 % der gesamten LNF. Der deutsche Mittelwert lag bei 6,5 %. Mit dem Saarland (8,0 %) lag nur ein westdeutsches Bundesland über diesem Wert. Sachsen kam auf 9,4 %. Brandenburg übertraf mit 18,9 % den deutschen Durchschnitt um fast das Dreifache. Mecklenburg-Vorpommern hatte mit 11,8 den zweithöchsten Wert.

Die landwirtschaftliche Grundstücksmobilität liegt in Ostdeutschland bereits seit langem höher als im Westen. In beiden Landesteilen kam es während der Wirtschaftskrise 2007/08 zu einem Optimum. Danach flachten die Werte ab. In Ostdeutschland erfolgte 2013 ein erneuter Anstieg. 2014 war ein Hektar Landwirtschaftsfläche in Bayern und Nordrhein-Westfalen dreimal teurer als in Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

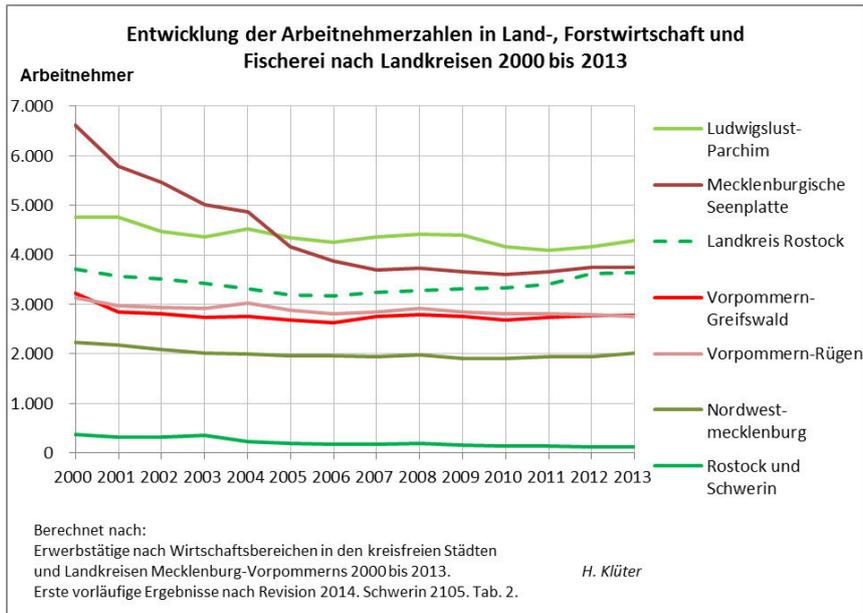


Abb. 218: Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Landkreisen 2000 bis 2013

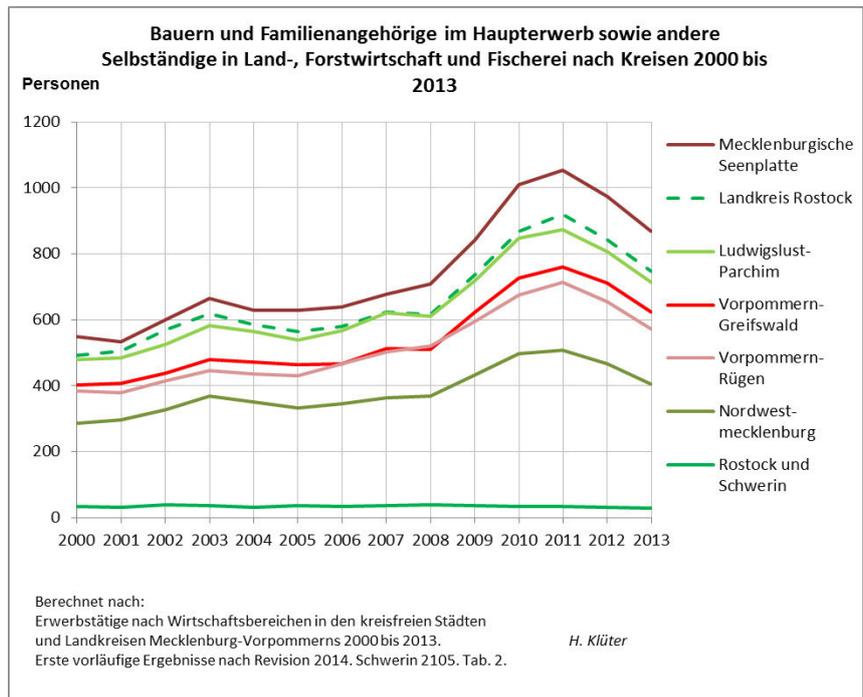


Abb. 219: Bauern und Familienangehörige im Haupterwerb sowie andere Selbständige in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Kreisen 2000 bis 2013

2015 übertraf Mecklenburg-Vorpommern als erstes ostdeutsches Land mit 20.107 € den gesamtdeutschen Durchschnitt von 19.578 €. In Sachsen, Brandenburg, Thüringen und im Saarland wurden nur um die 12.000 € je Hektar gezahlt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

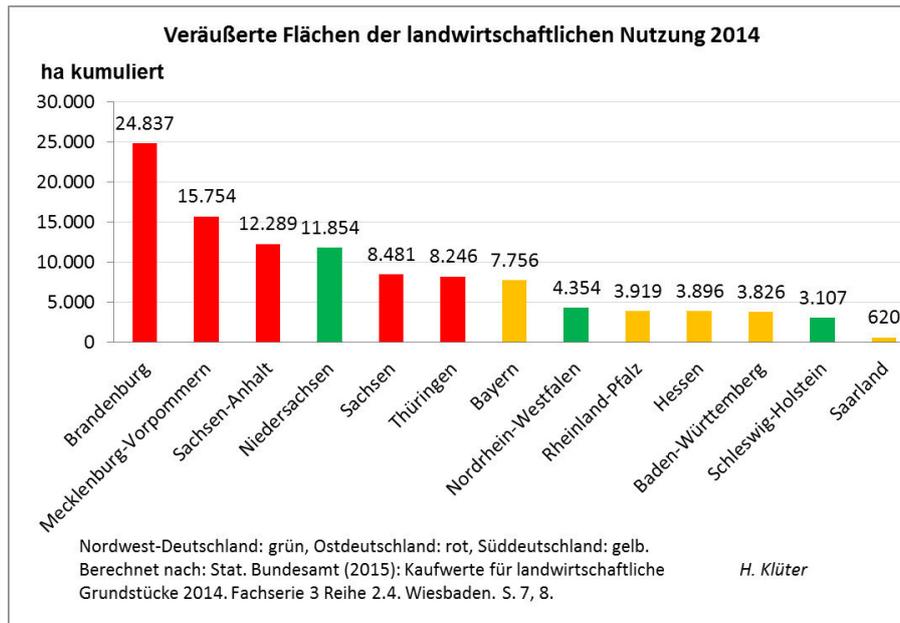


Abb. 220: Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung 2014

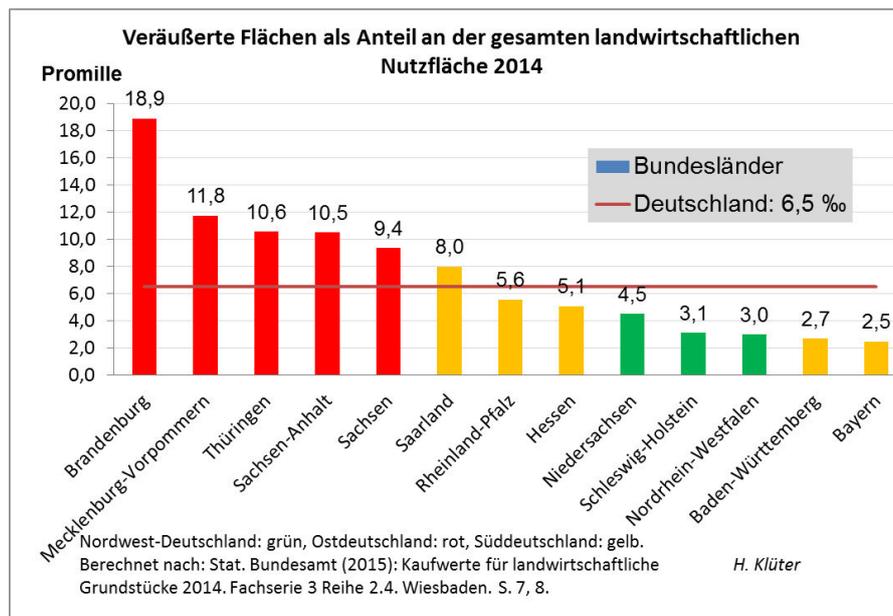


Abb. 221: Veräußerte Flächen als Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche 2014

Während der Umfang der veräußerten Flächen nach 2009 wieder leicht zurückging, befinden sich die Grundstückspreise weiterhin in ungebremstem Wachstum. Sie steigen seit 2007 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland, wobei die völlig unterschiedlichen Niveaus offenbar beibehalten werden. Auf Bundesländerebene wird dieses Bild relativiert: In Schleswig-Holstein setzte der Aufwärtstrend früher als in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen ein. Jedoch wurde es 2013 von Niedersachsen überholt.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

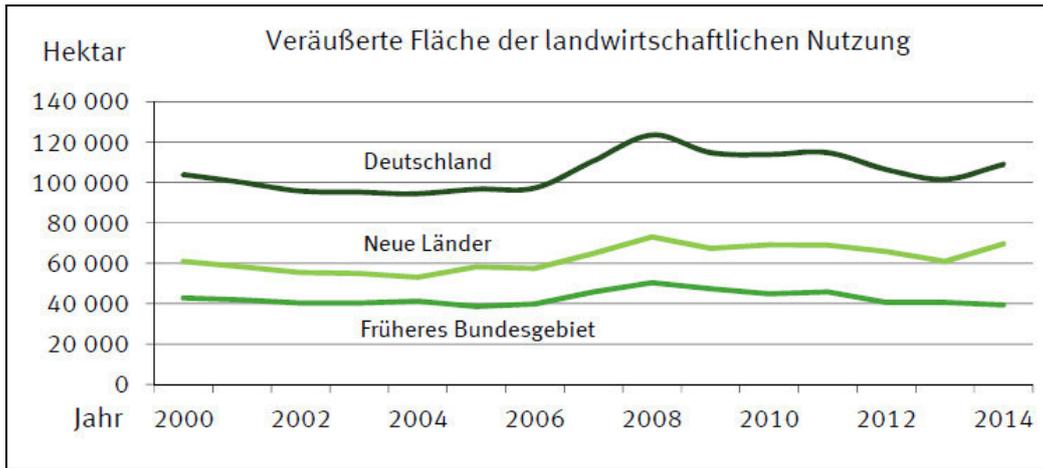


Abb. 222: Veräußerte Flächen der landwirtschaftlichen Nutzung

Aus: Stat. Bundesamt (2015): Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014. Fachserie 3 Reihe 2.4. Wiesbaden. S. 6.

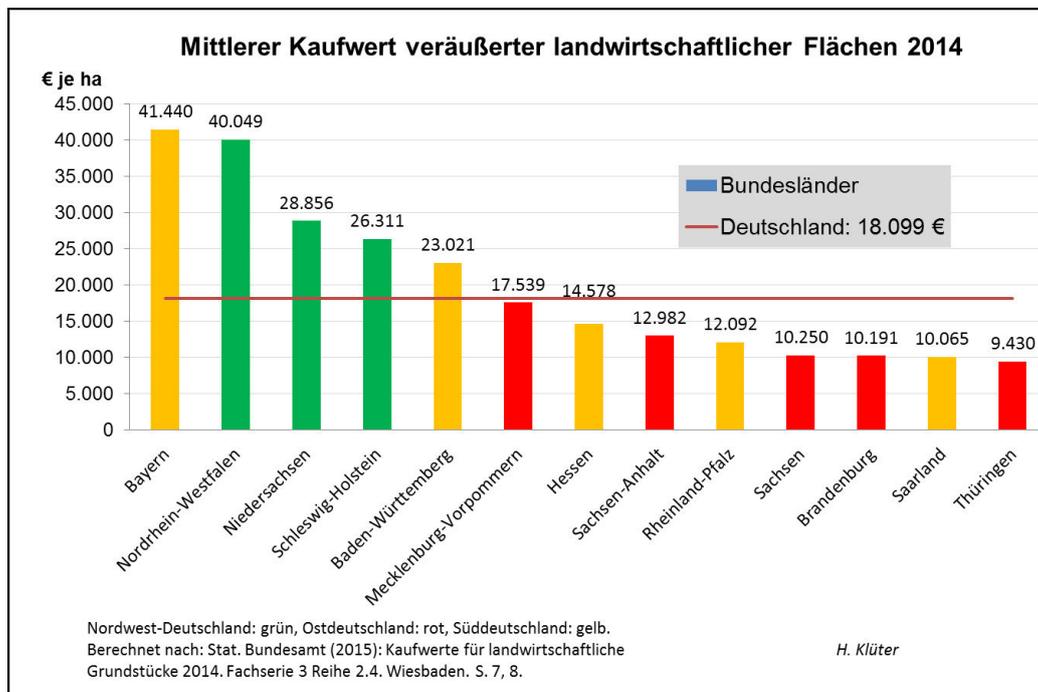


Abb. 223: Mittlerer Kaufwert veräußerter landwirtschaftlicher Flächen 2014

In Nordrhein-Westfalen gab es 2013 einen Sprung von 33.951 auf 40.049 € im Jahr 2014. Eine besondere Kurve bildet Mecklenburg-Vorpommern. 2005 befanden sich die dortigen Preise etwa auf dem Niveau von Sachsen und Thüringen. 2009 wurde das bis dahin in Ostdeutschland führende Sachsen-Anhalt überholt und 2015 der gesamtdeutsche Durchschnitt übertroffen. Bedenkt man, dass Mecklenburg-Vorpommerns Flächenproduktivität jedoch weit unter dem deutschen Durchschnitt liegt, ist davon auszugehen, dass derartige Preise nicht mehr durch rein landwirtschaftsbezogene Interessen zu rechtfertigen sind. Hier geht es ziemlich offensichtlich um Bodenspekulation (Abb. 225).

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Dieser Eindruck findet seine Bestätigung in den überdimensionalen Preissteigerungen. Während die Kaufwerte je ha in Nordrhein-Westfalen im betrachteten Zeitraum 2005 bis 2015 um 50 % gestiegen sind, haben sie sich in Mecklenburg-Vorpommern mehr als vervierfacht. In Brandenburg kam es beinahe zu einer Verfünffachung. Auch die anderen ostdeutschen Länder übertrafen den gesamtdeutschen Durchschnitt – Verdoppelung der Preise seit 2005 – beträchtlich. Niedersachsen und Schleswig-Holstein lagen knapp über dem deutschen Durchschnitt. Schleswig-Holstein erreichte den Index von 217 gegenüber 2005. Damit lag es weit hinter dem östlichen Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern, das auf 467 kam.

Die Größenstruktur der veräußerten Flächen kann einiges erklären: In Schleswig-Holstein entfielen 62 % der veräußerten Flächen auf die dortige teuerste Größenklasse der veräußerten Flächen von 5 und mehr ha. In dieser Klasse gab es 184 Veräußerungsfälle, die eine kumulierte Kaufsumme von 54,377 Millionen € erbrachten. Ein Veräußerungsfall dieser Klasse kostete im Durchschnitt 296 000 €. In Mecklenburg-Vorpommern entfielen nicht 62 %, sondern 89 % auf diese Klasse.

Die Statistik weist für die ostdeutschen Länder drei weitere Größenklassen aus, von denen die der veräußerten Fläche mit mehr als 50 ha die Spitze bildet. Auf sie entfielen in Mecklenburg-Vorpommern 2014 5.027 ha, also knappes Drittel aller veräußerten Flächen. In dieser Klasse gab es 43 Veräußerungsfälle, die insgesamt 105,155 Mill. € erbrachten. Je Veräußerungsfall waren durchschnittlich 2,4 Millionen € fällig. Ein normaler Bauernhof wird selbst mit besten Bankverbindungen eine solche Summe nicht aufbringen können. Das bedeutet, dass in dieser Klasse praktisch die Agrarindustrie unter sich ist. Andere Marktteilnehmer werden durch die Höhe der Kaufsumme automatisch ausgeschlossen.

In jener Größenklasse betrug die durchschnittliche Ertragsmesszahl in Mecklenburg-Vorpommern 37,4. Der durchschnittliche Kaufwert je ha FdIN erreichte 20.919 €. In Sachsen-Anhalt betrug die durchschnittliche Ertragsmesszahl dieser Klasse 57,7. Es wurden jedoch nur 13 991 € je ha FdIN gezahlt. Nimmt man dies als Maßstab, dann kostet ein Ertragsmesszahlpunkt in Mecklenburg-Vorpommern in jener Größenklasse 559 €, in Sachsen-Anhalt jedoch nur 242 €. Das bedeutet, dass in Mecklenburg-Vorpommern der Verkaufspreis etwa um das 2,3-fache durch Bodenspekulation und andere Faktoren gegenüber Sachsen-Anhalt überhöht ist.

Tab. 29: Inwertsetzung der Verkaufsgrößenklasse von veräußerten Flächen 2014, die größer als 50 ha waren:

	Anzahl der Veräußerungsfälle	veräußerte FdIN	Kaufsumme (Millionen €)	Ertragsmesszahl je ha veräußerter FdIN	Kaufwert je ha veräußerter FdIN	Kaufwert je Punkt Ertragsmesszahl in €
Mecklenburg-Vorpommern	43	5027	105,155	37,4	20.919	559
Brandenburg	80	11.384	136,479	32,1	11.998	374
Sachsen	9	1293	22,959	48,4	17.750	367
Sachsen-Anhalt	14	1440	10,147	57,7	13.991	242

Berechnet nach: Stat. Bundesamt (2015): Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014. Fachserie 3 Reihe 2.4. Wiesbaden. S. 11.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Auch in Brandenburg und Sachsen war der Kaufwert je Punkt Ertragswertzahl 2014 höher als in Sachsen-Anhalt. Für Thüringen lagen keine Werte vor.

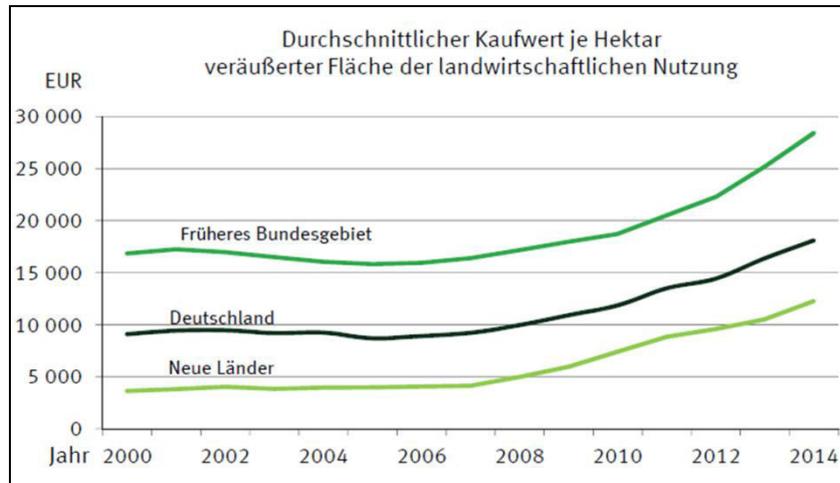


Abb. 224: Durchschnittlicher Kaufwert je Hektar veräußerter Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung
 Aus: Stat. Bundesamt (2015): Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014. Fachserie 3 Reihe 2.4. Wiesbaden, S. 6.

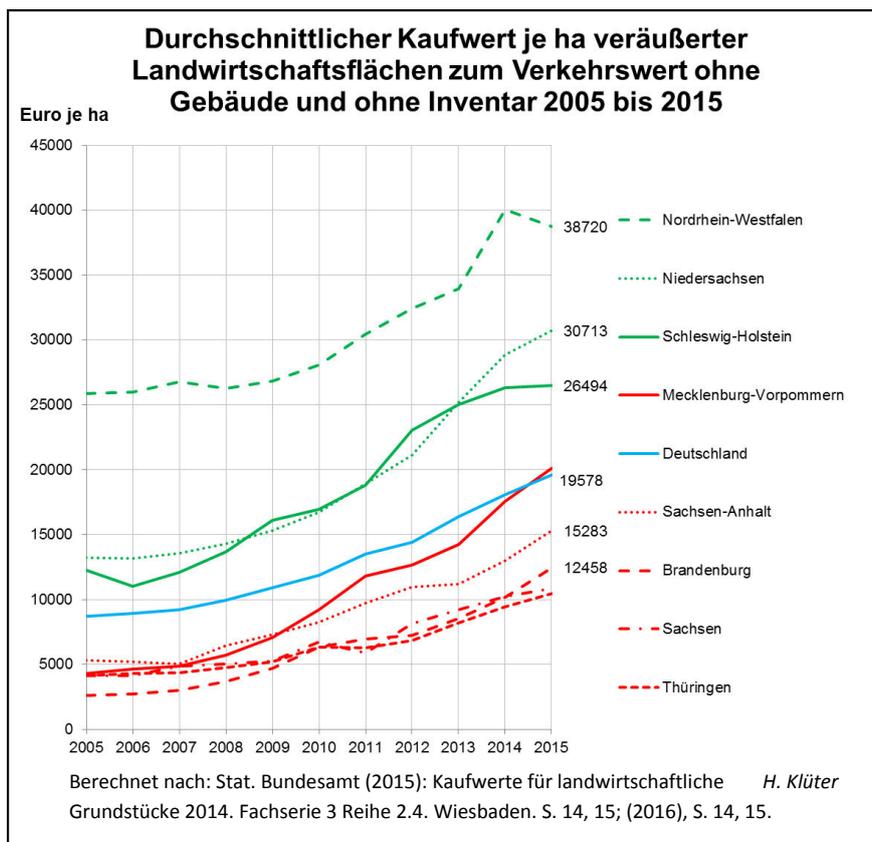


Abb. 225: Durchschnittlicher Kaufwert je ha veräußerter Landwirtschaftsflächen zum Verkehrswert ohne Gebäude und ohne Inventar 2005 bis 2015

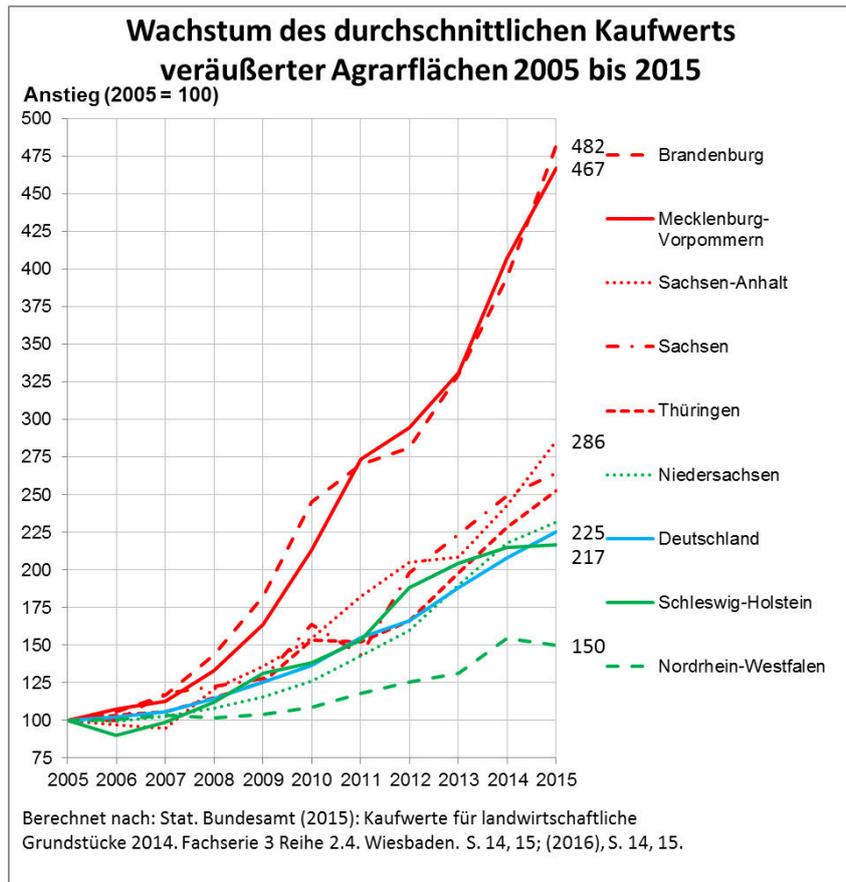


Abb. 226: Wachstum des durchschnittlichen Kaufwerts veräußerter Agrarflächen 2005 bis 2015

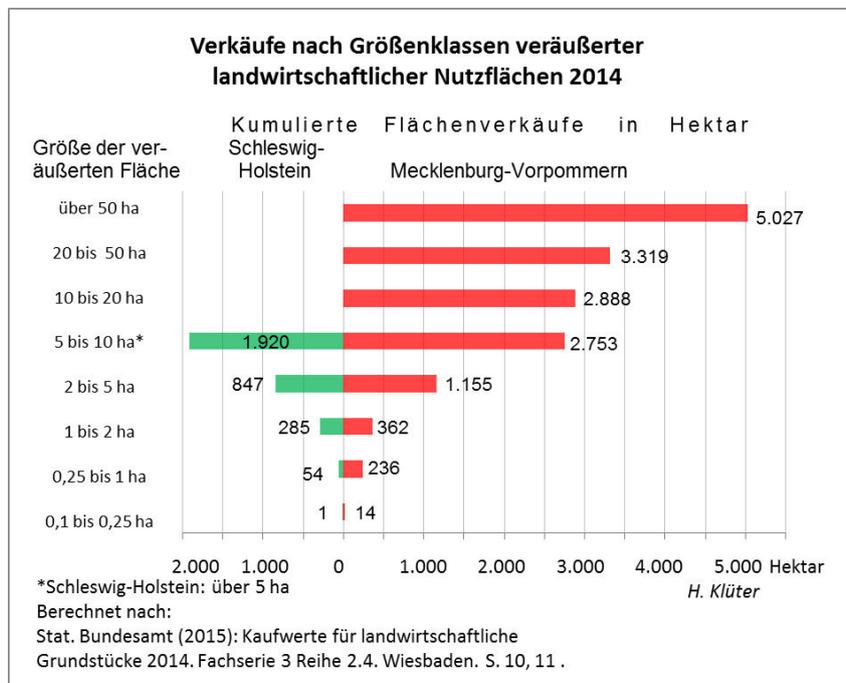


Abb. 227: Verkäufe nach Größenklassen veräußerter landwirtschaftlicher Nutzflächen 2014

7.4 LANDERWERB ÜBER BETEILIGUNG AN JURISTISCHEN PERSONEN

Landerwerb im Agrarsektor findet nicht nur durch Flächenverkäufe, sondern auch durch Veränderungen und Übernahme von Anteilen an juristischen Personen und Personengesellschaften statt.

Andreas Tietz hat in den letzten Jahren die durch Beteiligungsveränderungen in juristischen Personen induzierten Besitzveränderungen untersucht. Die Investoren wurden nach Ortsansässigkeit, landwirtschaftsnahen bzw. landwirtschaftsfernen sowie Filialisierung differenziert. Ortsansässigkeit galt mit einigen Ausnahmen dann als gegeben, wenn der Investor in einem Radius von 50 km vom Betrieb seinen Erstwohnsitz hatte. Als landwirtschaftsnah wurde ein Investor bezeichnet, der in der Landwirtschaft oder einer vor- bzw. nachgelagerten Industrie tätig war. Große Agrarhandelshäuser wurden dabei als nicht landwirtschaftlich eingestuft.

„Die große Mehrheit (67 %) der als überregional aktiv eingestuften Mehrheitseigentümer kommt aus den alten Bundesländern, weitere 9 % kommen aus dem europäischen Ausland. Dagegen kommen nur 24 % aus den ostdeutschen Bundesländern, darunter nur wenige Fälle mit einer Distanz unter 100 km.“ (Tietz 2015, S. 62)

Als Fallregionen wurden je zwei Landkreise aus Mecklenburg-Vorpommern (Mecklenburgische Seenplatte und Vorpommern-Rügen), Sachsen-Anhalt (Stendal und Anhalt-Bitterfeld), Sachsen (Nordsachsen und Bautzen) und Thüringen (Sömmerda und Schmalkalden) ausgewählt. Das Ministerium für Landwirtschaft und Infrastruktur des Landes Brandenburg lehnte es ab, sich an der Studie zu beteiligen, was angesichts der Haltung brandenburgischer Behörden zu merkwürdigen Formen des Landerwerbs (Steinhoff-Skandal) nicht ganz unverständlich ist.

Von den 676 Unternehmen, die Tietz untersuchte, erwiesen sich mindestens 204 als Filialen. Die Zahl könnte höher sein, denn die Verflechtung mit Personengesellschaften und einzelbäuerlichen Unternehmen ist darin nicht enthalten. Von den vier untersuchten Rechtsformen erwies sich vor allem die GmbH & Co. KG als attraktiv für externe Investoren. Eine GmbH & Co. KG ist eine Personengesellschaft aus beschränkt haftenden Kommanditisten und einem persönlich haftendem Komplementär, der jedoch aufgrund seines GmbH-Status auch nur beschränkt haftet.

„Regional aktive Ein- und Mehrfamilienunternehmen machten hier nur zusammen 42 % der analysierten Unternehmen aus. 27 % entfallen auf landwirtschaftsnahe überregional aktive Investoren, 31 % auf nichtlandwirtschaftliche Investoren.“ (Tietz 2015, S. 34).

Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden zu 31 % orts- bzw. landwirtschaftsfern gesteuert. Bei Aktiengesellschaften waren es 23 % und bei eingetragenen Genossenschaften nur 5 %.

Auch regional zeigten sich erhebliche Unterschiede in der Attraktivität. Auf der Mecklenburgischen Seenplatte war das Engagement der überregional aktiven bzw. landwirtschaftsfernen Investoren mit 37 % am größten. Der ebenfalls in Mecklenburg-Vorpommern gelegene Kreis Vorpommern-Rügen lag mit 36 % nur wenig darunter. In diesen beiden Landkreisen liegen mit 87 GmbH & Co. KG über 70 % aller untersuchten Betriebe dieser Rechtsform. In Anhalt-Bitterfeld und den sächsischen Kreisen Bautzen und Nordsachsen lag ihr Anteil bei 30 % und in den beiden thüringischen Kreisen unter 17 %.

Nach landwirtschaftlicher Nutzfläche liegt der Anteil in Thüringen sogar unter 7 %. In den anderen Kreisen entsprechen die Anteile der einzelnen untersuchten Unternehmensgruppen an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in etwa den bereits genannten Betriebszahlenanteilen.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

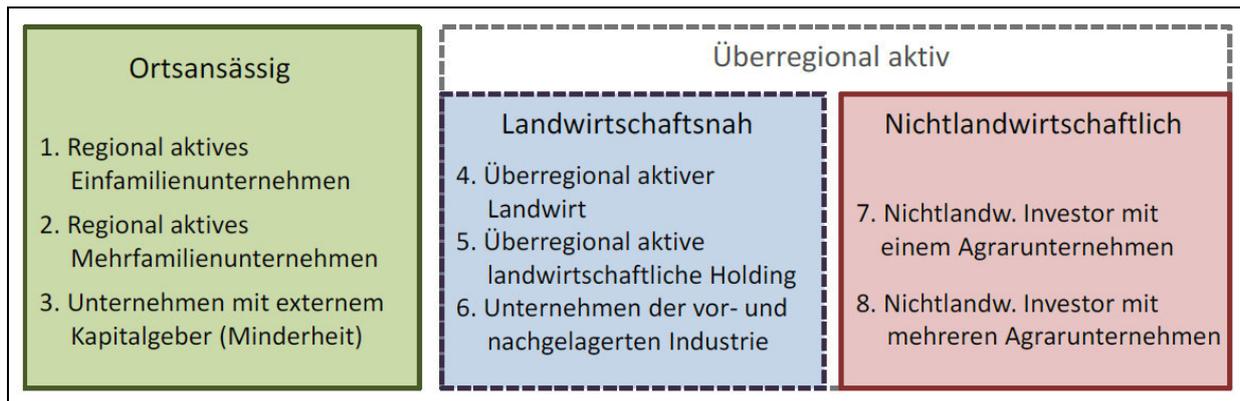


Abb. 228: Gliederung der untersuchten Fallgruppen von Betriebsübernahmen

Aus: A. Tietz 2015, S. 20.

Tab. 30: Anzahl der von A. Tietz untersuchten Unternehmen nach Fallgruppe und Rechtsform:

Fallgruppe	eG	AG	GmbH		GmbH & Co. KG		Summe	Anteil
			Autonom	Filiale	Autonom	Filiale		
1 Regional aktives Einfamilienunternehmen	1	-	76	12	20	1	110	16%
2 Regional akt. Mehrfamilienunternehmen	124	10	86	99	24	7	350	52%
3 Unternehmen mit Kapitalgeber (Minderheit)	-	-	4	4	2	-	10	1%
4 Überregional aktiver Landwirt	5	-	29	14	21	2	71	11%
5 Überregional aktive landwirtschaftl. Holding	-	-	5	12	1	1	19	3%
6 Untern. der vor-/nachgelagerten Industrie	-	1	11	19	4	3	38	6%
7 Nichtlandw. Investor (1 Unternehmen)	-	-	14	1	13	2	30	4%
8 Nichtlandw. überregional aktiver Investor	1	2	8	14	10	13	48	7%
Summe	131	13	233	175	95	29	676	100%

Aus: A. Tietz 2015, S. 33.

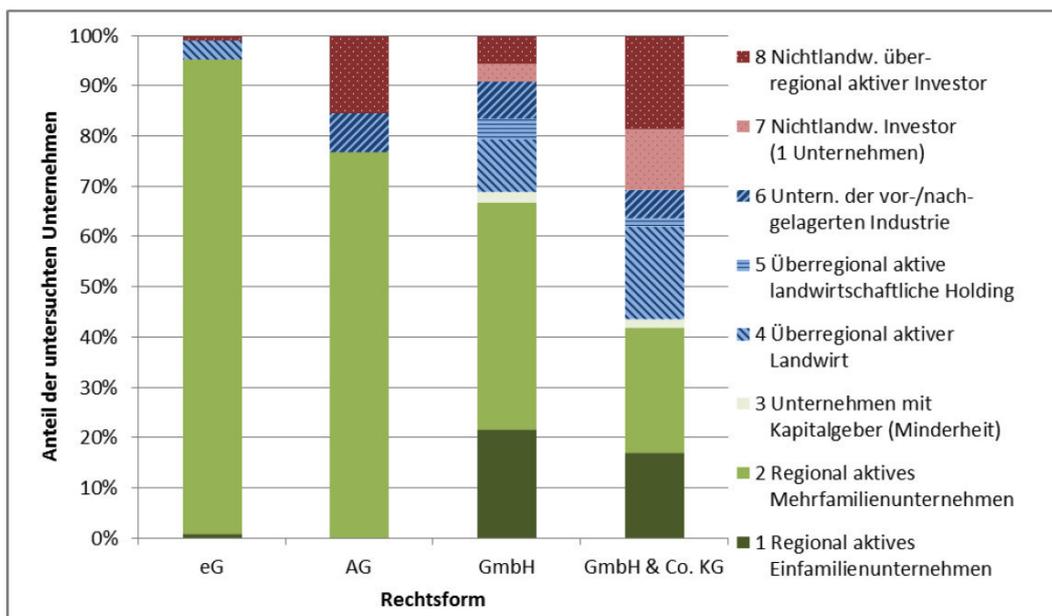


Abb. 229: Anteile der Unternehmen in den Fallgruppen nach Rechtsform

Aus: A. Tietz 2015, S. 33.

Tab. 31: Zahl der Unternehmen nach Fallgruppen und untersuchten Landkreisen

Fallgruppe	MSE	VR	ABI	SDL	SM	SÖM	BZ	TDO
1 Regional aktives Einfamilienunternehmen	41	33	3	14	2	1	4	12
2 Regional akt. Mehrfamilienunternehmen	74	47	31	55	31	32	34	46
3 Unternehmen mit Kapitalgeber (Minderheit)	2	7	-	-	1	-	-	-
4 Überregional aktiver Landwirt	31	15	4	3	3	-	6	9
5 Überregional aktive landwirtschaftl. Holding	-	-	6	-	-	-	8	5
6 Untern. der vor-/nachgelagerten Industrie	21	6	-	2	-	-	-	9
7 Nichtlandw. Investor (1 Unternehmen)	17	4	3	2	1	-	2	1
8 Nichtlandw. überregional aktiver Investor	15	17	2	2	1	9	1	1
Summe	201	129	49	78	39	42	55	83

aus: A. Tietz 2015, S. 35.

107 der analysierten 676 Unternehmen wurden in der Zeit von 2007 bis 2014 neu gegründet. Davon waren mindestens 27 scheinbare Neugründungen, da sie als Betriebe bereits vorher existierten. Umwandlungen von Genossenschaften in GmbH mit anschließender Übernahme durch Externe wurden nicht einbezogen (vgl. Tietz 2015, S. 45).

Außerdem gab es 60 Unternehmensübernahmen. Dabei kamen in den beiden mecklenburg-vorpommerschen Kreisen zu über zwei Drittel externe Investoren zum Zuge.

Im Kreis Stendal und den beiden sächsischen Kreisen betrug der Anteil der Externen etwa die Hälfte. Im Zeitverlauf (vgl. Abb. 231) zeigen sich kaum Regelmäßigkeiten. In den Jahren 2009 und 2010 waren die Übernahmeaktivitäten externer Investoren besonders stark. Abb. 232 zeigt die Anteilsveränderungen von 2006 bis 2014 an der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach Investorenkategorien. Die größten Veränderungen haben sich für die beiden mecklenburg-vorpommerschen Kreise ergeben.

„Waren 2006 noch rund 46.500 ha in der Hand überregional aktiver Investoren (Fallgruppen 4 bis 8), so sind es 2014 rund 77.500 ha. Damit sind 31.000 ha von ortansässigen Anteilseignern auf überregional aktive Anteilseigner übergegangen. Das sind im Durchschnitt 3.900 ha pro Jahr. Der Anteil an der Gesamtfläche stieg von 20 % auf 34 % bzw. um 1,7 Prozentpunkte pro Jahr. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hat die Fallgruppe der überregional aktiven Landwirte, deren Flächenanteil alleine von 6 % auf 12 % angestiegen ist.“ (Tietz 2015, S. 58).

In Tabelle 32 wurden die durch Anteilerwerb den durch Kauf induzierten Besitzveränderungen gegenübergestellt. Bei der durch Anteilerwerb übergegangene Fläche sind die laufenden Pachtverträge mit eingeschlossen. Mehrfachzahlungen ein und derselben Fläche durch Wiederverkauf oder erneuter Besitzstrukturveränderung innerhalb der 7 Jahre von 2007 bis 2014 konnten nicht ausgeschlossen werden. Es zeigt sich, dass in den Landkreisen Mecklenburgische Seenplatte und Bautzen der Flächenerwerb über Anteilskäufe größer gewesen ist als der über Grundstücksverkäufe. Mit dem Grundstücksverkehrsgesetz kann man diese Form der Bodenmobilität weder kontrollieren noch steuern.

Tab. 32: Besitzveränderungen 2007 bis 2014 in ausgewählten ostdeutschen Landkreisen

	Verkaufte Fläche	Mit Anteilskäufen übertragene Fläche	Summe Besitzveränderungen LF	LF insgesamt	Anteil der Besitzveränderungen an gesamter LF
Mecklenburgische Seenplatte	32.225	23.405	55.630	290.915	19,1
Vorpommern-Rügen	17.137	18.206	35.343	202.188	17,5
Stendal	12.000	3.326	15.326	149.321	10,3
Anhalt-Bitterfeld	11.384	600	11.984	88.619	13,5
Nordsachsen	9.096	5.048	14.144	127.812	11,1
Bautzen	3.337	6.152	9.489	99.913	9,5
Sömmerda	4.051	1.309	5.360	57.607	9,3
Schmalkalden-Meiningen	3.227	1.094	4.321	43.252	10,0
Summe der Fallregionen	92.457	59.140	151.597	1.059.627	14,3

Ausgangsdaten nach A. Tietz 2015, S. 53.

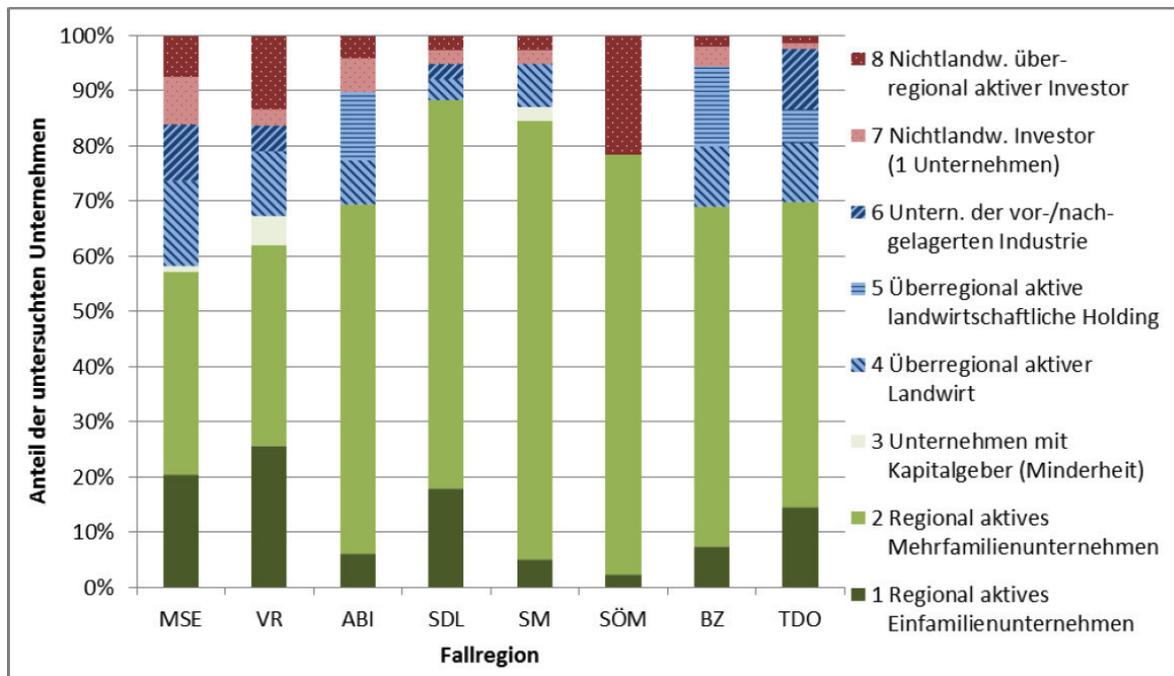


Abb. 230: Anteil der Unternehmen nach Fallgruppe und untersuchten Landkreisen
Aus: A. Tietz 2015, S. 35.

7. Besitzstrukturen und Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

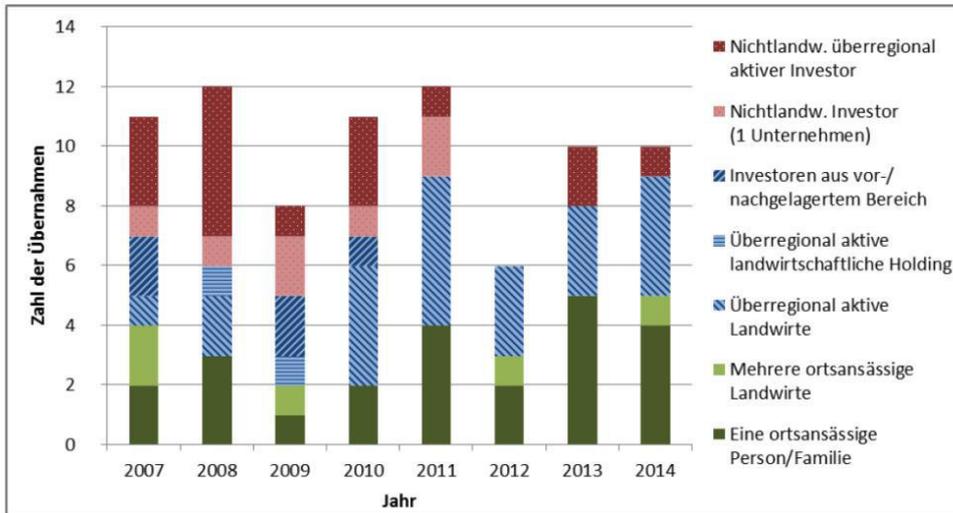


Abb. 231: Entwicklung der Zahl der Übernahmen nach Fallgruppen

Aus: A. Tietz 2015, S. 48.

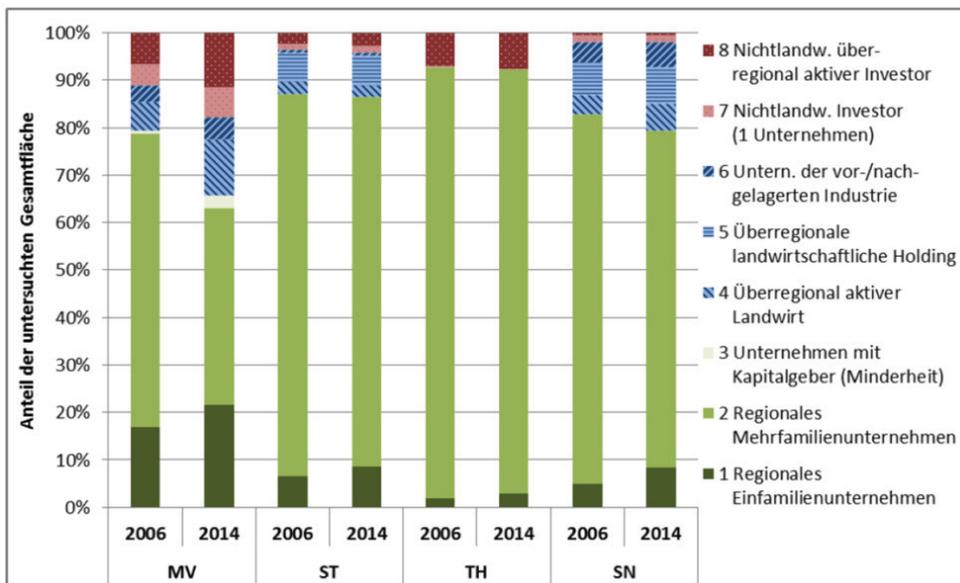


Abb. 232: Veränderung der Anteile der landwirtschaftlichen Nutzfläche analysierter Unternehmen 2006 und 2014 nach Fallgruppen und Bundesländern.

Aus: A. Tietz 2015, S. 57.

Zusammen mit den Grundstücksverkäufen wechselten in den betrachteten 7 Jahren 55.630 ha landwirtschaftlicher Nutzflächen den Besitzer. Das bedeutet, dass innerhalb dieser Periode jeder 5. Hektar auf der Seenplatte einen neuen Besitzer bekam. In Vorpommern-Rügen war die Bodenmobilität mit 17,5 % etwas geringer.

Die übrigen Kreise hatten Mobilitätswerte um 10 %. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, dass darin die Aktivitäten der Personengemeinschaften und -gesellschaften noch nicht enthalten sind. Sowohl das Volumen der Verkäufe, die überhöhten Bodenpreise und der starke Zugriff externer Investoren zeigen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich neben dem Berliner Umland zu einem Zentrum der Bodenspekulation in Ostdeutschland entwickelt hat.

7.5 ZWISCHENERGEBNIS: BESITZSTRUKTUREN UND ARBEITSKRÄFTE

In kaum einem Bereich unterscheiden sich die Landwirtschaften in Ost und West so stark wie in den Rechtsformen. Die ostdeutsche Landwirtschaft wird von meist großflächigen juristischen Personengesellschaften oder -gemeinschaften, die westdeutsche von kleinen und mittleren bäuerlichen Haupterwerbsbetrieben dominiert. Die geteilten und oft schwer durchschaubaren Verantwortlichkeiten in GmbH und Kommanditgesellschaften erleichtern die Umgehung von Tier- und Umweltschutz zum Zweck der Gewinnerhöhung und des Kapitalexports.

Während in Westdeutschland Bauernhöfe mit Familienarbeitskräften die Landwirtschaft dominieren, überwiegen in Ostdeutschland juristische Personen sowie Personengesellschaften und -gemeinschaften, die sich hauptsächlich auf ständige Arbeitskräfte stützen. Die ständigen Arbeitskräfte sind von der landwirtschaftlichen Vermögensbildung ausgeschlossen. Oft werden sie nach der Ernte entlassen und erst im Frühjahr wieder eingestellt. Familienarbeitskräfte können nicht entlassen werden. Arbeitsreduzierung durch Mechanisierung und Automatisierung wird daher durch Einkommenskombinationen oder arbeitsintensivere betriebswirtschaftliche Ausrichtungen kompensiert. Diese Tendenzen sind so stark, dass sie bisher die Produktionsverluste durch Höfesterben weitgehend ausgeglichen haben. Nach wie vor konzentriert sich über die Hälfte der deutschen landwirtschaftlichen Arbeitsleistung auf Süddeutschland. Ostdeutschland, auf das 33,1 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche entfällt, ist nur mit 18,2 % am landwirtschaftlichen Arbeitsvolumen beteiligt.

Ostdeutsche Großbetriebe befassen sich in viel stärkerem Maße als westdeutsche Agrarbetriebe mit Flächenaufkäufen und Bodenspekulation. Ein immer größerer Teil der Landbesitzveränderungen wird nicht über Flächenverkäufe, sondern über Anteilskäufe und Neugründungen von Unternehmen abgewickelt. Besonders betroffen sind Genossenschaften, die erst aufgekauft und dann in GmbH und andere Formen umgewandelt werden. In einer Fallstudienanalyse des Thünen-Instituts erwies sich der Kreis Mecklenburgische Seenplatte als am stärksten betroffen. Mindestens ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wechselte dort in den letzten sieben Jahren den Besitzer. Eine der Ursachen für die hohe Grundstücksmobilität ist die große Anzahl der unrechtmäßigen LPG-Umwandlungen nach der Wiedervereinigung. Mit den forcierten Verkäufen an Dritte und Vierte schaffen die damaligen Akteure – einschließlich der genehmigenden Landwirtschaftsämter – „vollendete Tatsachen“, die auch bei größeren Verfehlungen eine seit langem geforderte juristische Aufarbeitung der unrechtmäßigen Landnahme nach 1991 unmöglich machen.

8. VERKAUFSERLÖSE UND LANDWIRTSCHAFTLICHE EINKÜNFTE IM BUNDESLÄNDERVERGLEICH

8.1 VERKAUFSERLÖSE

Die Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft beliefen sich 2013 nach der Regionalen landwirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder auf 41,7 Mrd. €. 16,4 Mrd. €, also 39,4 %, wurden pflanzlich, 25,3 Mrd. €, also 60,6 % wurden tierisch erzeugt.

5,4 % der Verkaufserlöse wurden in Mecklenburg-Vorpommern erzielt. Das ist beträchtlich weniger, als der Anteil des Landes an der gesamtdeutschen landwirtschaftlichen Nutzfläche (8,01 %) beträgt. In nur zwei Produktgruppen erreichte Mecklenburg-Vorpommern überproportionale Verkaufserlösanteile: Bei Ölsaaten und Getreide. Bei anderen Massenprodukten erreicht Mecklenburg-Vorpommern Anteile über 3 %. Bei den meisten hochwertigen Erzeugnissen wie Obst, Baumschulerzeugnisse, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen liegen die Anteile bei 2,8 bis 0,6 %.

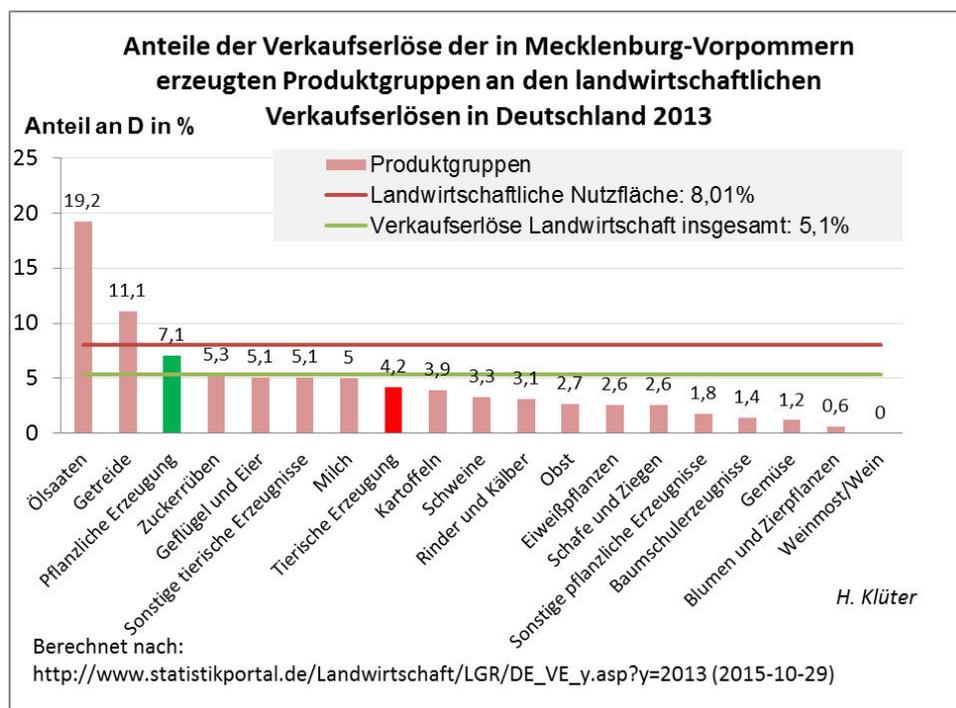


Abb. 233: Anteile der Verkaufserlöse der in Mecklenburg-Vorpommern erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

Die Frage, was hoch- und was niedrigwertige Produktgruppen sind, ist teilweise aus Abb. 234 ersichtlich. Beispielsweise ist die Anbaufläche von Getreide deutschlandweit etwa 50-mal größer als die von Gemüse (einschließlich Erdbeeren). Der Verkaufserlös ist jedoch nur 2,6-mal größer. Gemüse bringt deutschlandweit mehr Verkaufserlöse als Ölsaaten (hauptsächlich Raps). Blumen und Zierpflanzen

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

sind erlösstärker als Kartoffeln. Baumschulerzeugnisse bringen in Absolutwerten mehr als Zuckerrüben oder Obst.

In Brandenburg ist die Lücke zwischen Verkaufserlösanteil und Nutzflächenanteil an Deutschland mit 3,3 Prozentpunkten noch größer als in Mecklenburg-Vorpommern (2,9 Prozentpunkte). Nur bei billigen Massenerzeugnissen wie Eiweißpflanzen, Ölsaaten und Geflügel werden überproportionale Anteile erzeugt. Allerdings ist der Gemüseanteil mit 6,1 % fünfmal höher als in Mecklenburg-Vorpommern. Ursache ist vor allem der stark expandierende Spargelanbau.

In Schleswig-Holstein ist demgegenüber der Anteil an den Verkaufserlösen um 0,2 % höher als der an der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands. Überproportionale Verkaufserlöse werden bei Schafen und Ziegen, Baumschulerzeugnissen, Milch, Rindern, Kälbern, Ölsaaten und sonstigen tierischen Erzeugnissen, also in sechs Produktgruppen erzielt. Besonders schwach fallen die Anteile an Kartoffeln und Zuckerrüben aus.

Genau das wiederum ist die Stärke von Niedersachsen. Außerdem sind die Erlöse von Geflügel, Eiern, Schweinen, Obst, Rindern und Kälbern überproportional. Unterproportionale Werte gibt es bei Billigprodukten wie Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen. Mit Blumen und Zierpflanzen befindet sich nur ein Hochpreisprodukt in den Gruppen mit schwachen Verkaufserlösen. Insgesamt übertrifft Niedersachsens Erlösanteil an Deutschland mit 22,2 % den Anteil an der Nutzfläche um 6,6 %.

Im flächenmäßig kleineren Nordrhein-Westfalen beträgt diese positive Differenz immerhin 5,8 %. Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland Marktführer bei den Hochpreisproduktgruppen Blumen, Zierpflanzen sowie Baumschulerzeugnissen. Auch bei Schweinen, Gemüse, Rindern und Kälbern werden überproportionale Anteile erzielt. Bei Billigprodukten wie Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen hat Nordrhein-Westfalen niedrige Erlösanteile.

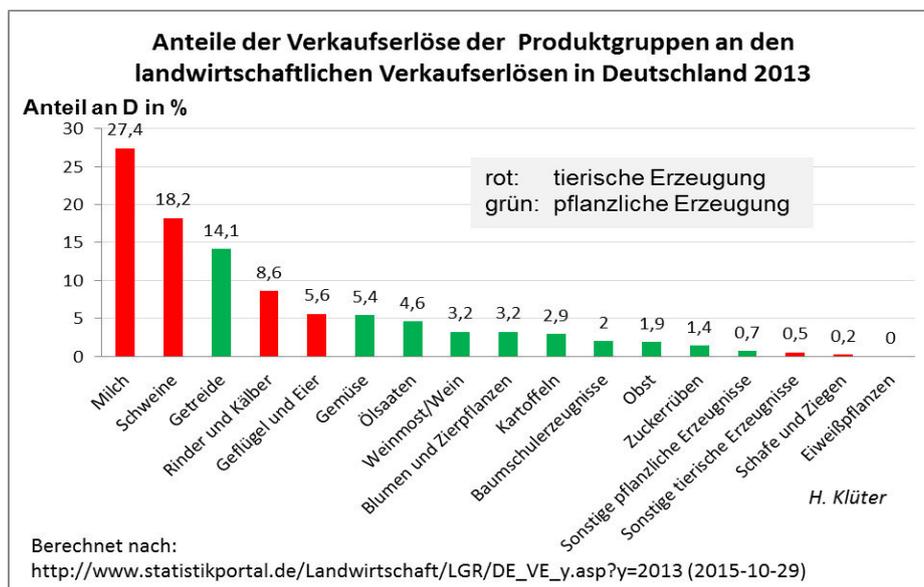


Abb. 234: Anteile der Verkaufserlöse der Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

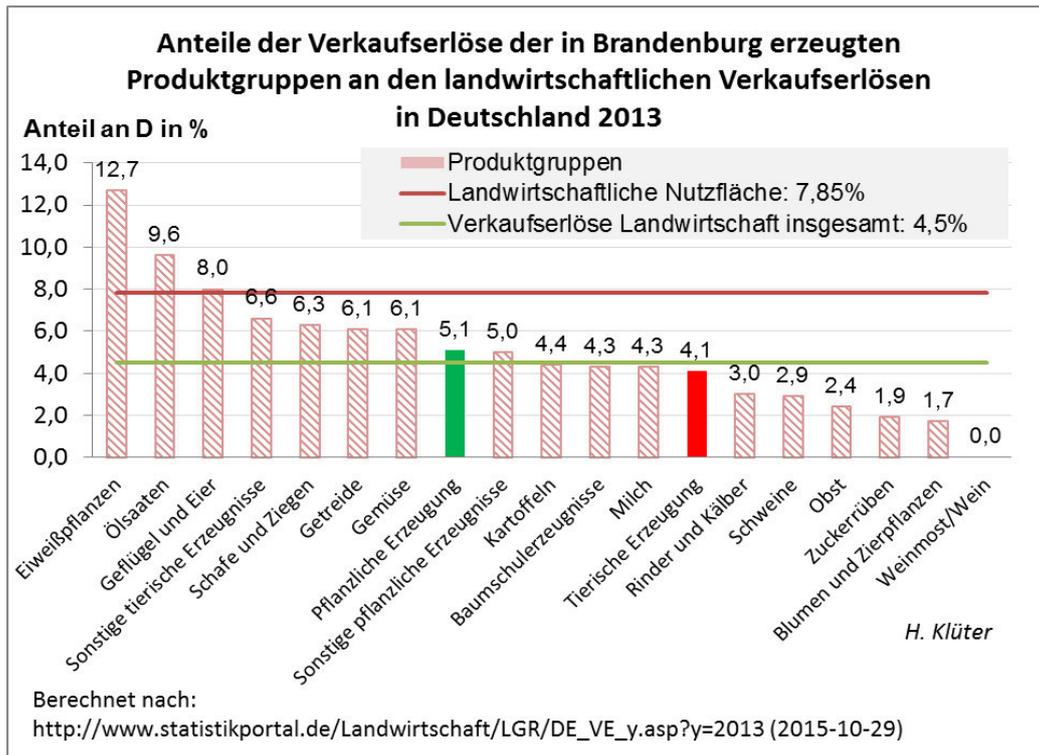


Abb. 235: Anteile der Verkaufserlöse der in Brandenburg erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

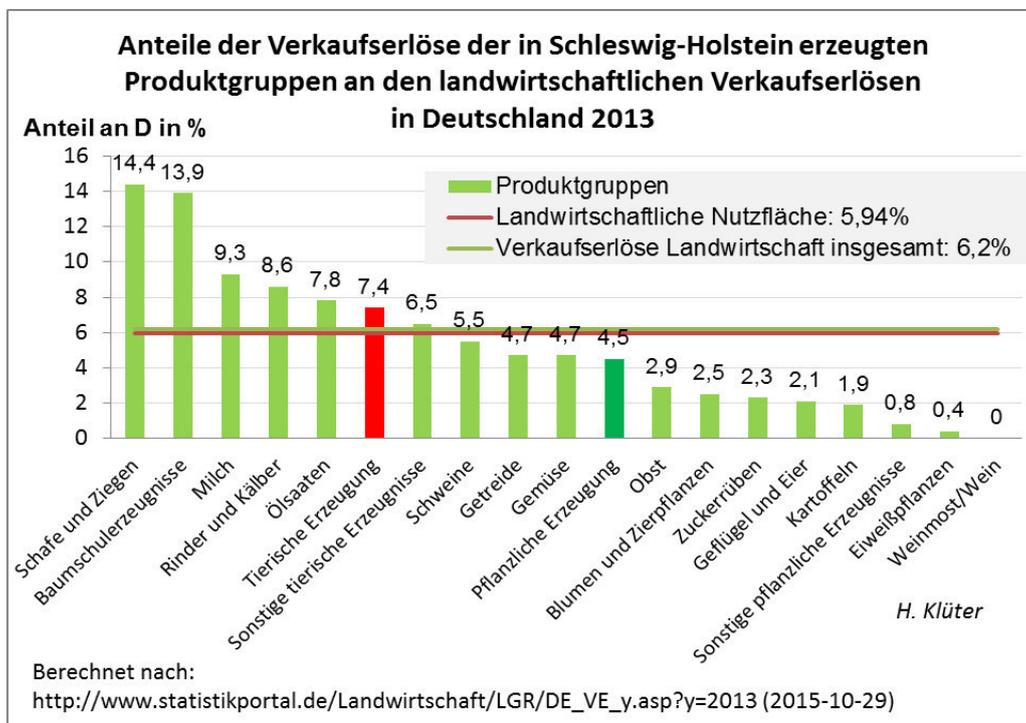


Abb. 236: Anteile der Verkaufserlöse der in Schleswig-Holstein erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

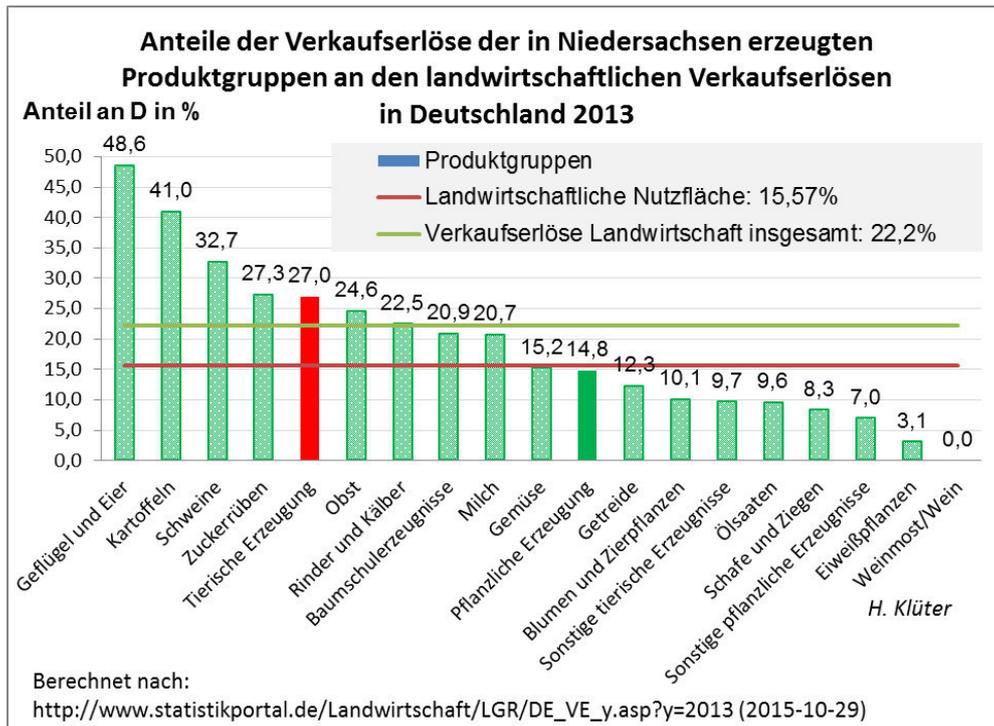


Abb. 237: Anteile der Verkaufserlöse der in Niedersachsen erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

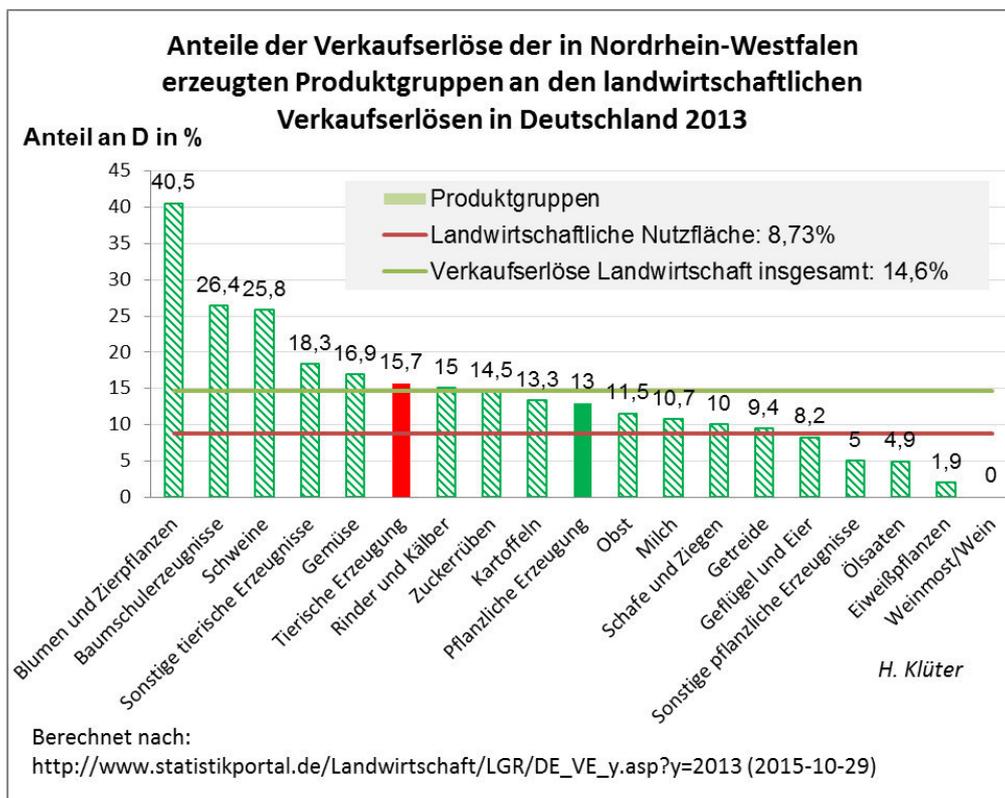


Abb. 238: Anteile der Verkaufserlöse der in Nordrhein-Westfalen erzeugten Produktgruppen an den landwirtschaftlichen Verkaufserlösen in Deutschland 2013

8.2 VORLEISTUNGEN

Die Verkaufserlöse und der Produktionswert werden durch die Vorleistungen geschmälert:

„Im **Produktionswert** der Landwirtschaft sind neben Verkäufen pflanzlicher und tierischer Produkte an andere Wirtschaftsbereiche und an andere landwirtschaftliche Einheiten auch der betriebliche Eigenverbrauch, die Vorratsveränderungen, die selbst erstellten Anlagen (Vieh) sowie die auf der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe erbrachten Dienstleistungen (z. B. Neuanpflanzungen von Dauerkulturen) enthalten. Nach den Bestimmungen des ESVG beinhaltet der Produktionswert auch den innerbetrieblichen Verbrauch von Futtermitteln (Futtergetreide, Silage, Heu) in landwirtschaftlichen Betrieben. Ebenfalls erfasst werden landwirtschaftliche Lohnarbeiten (auch von gewerblichen Lohnunternehmen durchgeführt) sowie nichttrennbare nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeiten (z. B. Ferien auf dem Bauernhof).

Aus der mit durchschnittlichen Erzeugerpreisen ohne Mehrwertsteuer bewerteten Produktion – differenziert nach einzelnen Erzeugnissen – ergibt sich der **Produktionswert zu Erzeugerpreisen**. Im Produktionswert zu Herstellungspreisen sind darüber hinaus die Gütersubventionen abzüglich der Gütersteuern berücksichtigt. Bis 2004 zählten hierzu vor allem die Flächenzahlungen für Ackerkulturen und Tierprämien. Ab 2005 wurden diese EU-Zahlungen von der Produktion entkoppelt und als einzelbetriebliche Prämien ausbezahlt. Nach den Regeln des ESVG werden diese Betriebsprämien in der LGR als sonstige Subventionen verbucht. Der Produktionswert zu Herstellungspreisen fällt daher 2005 deutlich niedriger aus als in den Jahren zuvor.

In den **Vorleistungen** sind der ertragssteigernde Aufwand (Futtermittel, Handelsdünger, Pflanzenschutzmittel, Saat- und Pflanzgut), die Aufwendungen für die Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude und des Inventars, die Ausgaben für Energie, für Tierarzt und Medikamente sowie für andere Güter und Dienstleistungen zusammengefasst. Analog zum Produktionswert werden hier auch der innerbetriebliche Verbrauch an Futtermitteln und die in Anspruch genommenen landwirtschaftlichen Dienstleistungen berücksichtigt.“

Aus: *Stat. Ämter d. Bundes u. d. Länder: Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Begriffsdefinitionen.* <http://www.statistik-bw.de/LGR/def.asp> (2016-02-17)

In den neunziger Jahren lag das Vorleistungsniveau der Landwirtschaft bei etwa 25 Mrd. €. 2005 waren es 26,1 Mrd. €, 2007 bereits 31 Mrd. € und 2014 schließlich 39,7 Mrd. €. 2014 entfielen 69 % des Produktionswerts der Landwirtschaft (57,4 Mrd.) auf Vorleistungen (BMEL 2015. *Stat. Jahrb.*, S. 3). Nach Bundesländern differenziert liegen die Werte von 2013 vor. Damals erreichten die Vorleistungen 66,7 % des Produktionswerts. In einigen Bundesländern mit starker Viehwirtschaft und entsprechendem Futtermittelzukauf waren es über 70%: in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Die ostdeutschen Bundesländer lagen mit Anteilen von 60 bis 66% knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Ein besonderer Fall ist Rheinland-Pfalz. Über ein Drittel des Produktionswertes entfällt dort auf den Weinbau, der relativ wenige Vorleistungen benötigt. Den größten Teil der Vorleistungen bildet das Viehfutter. In Nordwestdeutschland sind das über 47 % der Vorleistungen.

Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 38,9 % weit unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Von den ostdeutschen Ländern liegt nur Sachsen im deutschen Durchschnitt.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Im westlichen Nachbarland Schleswig-Holstein waren 2013 die Vorleistungen mit 2,7 Mrd. € um 40 % höher als in Mecklenburg-Vorpommern mit 1,972 Mrd. €. Die enorme Differenz kam vor allem durch Futtermittelzukäufe und die Gruppe der anderen Vorleistungen wie Saatgut, Lohnarbeit, Leasing u.ä. zustande. Der Deutsche Bauernverband schätzte den Umsatz der Lohnunternehmen für die gesamtdeutsche Landwirtschaft für 2014 auf 2,28 Mrd. € (DBV 2015, S. 12).

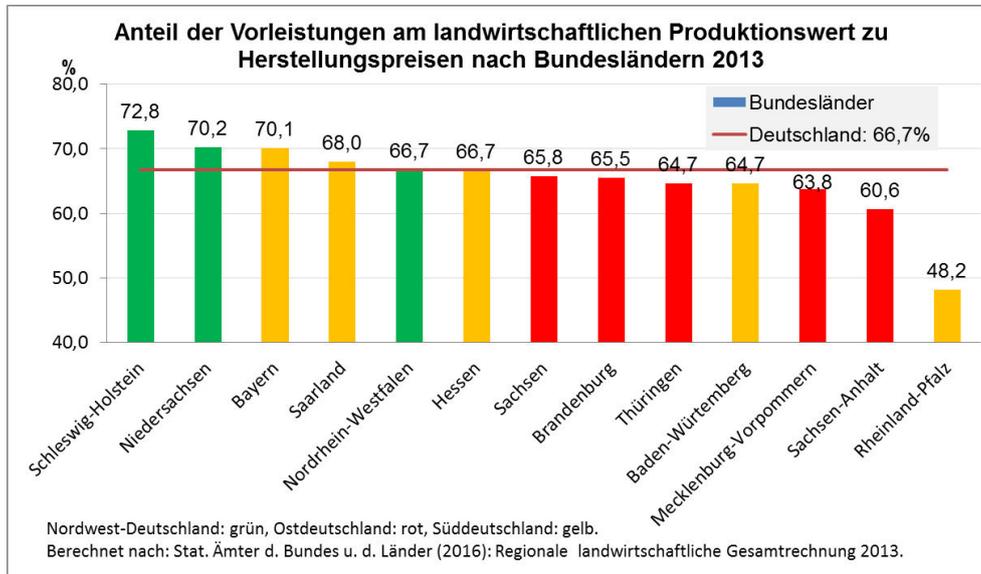


Abb. 239: Anteil der Vorleistungen am landwirtschaftlichen Produktionswert zu Herstellungspreisen nach Bundesländern 2013

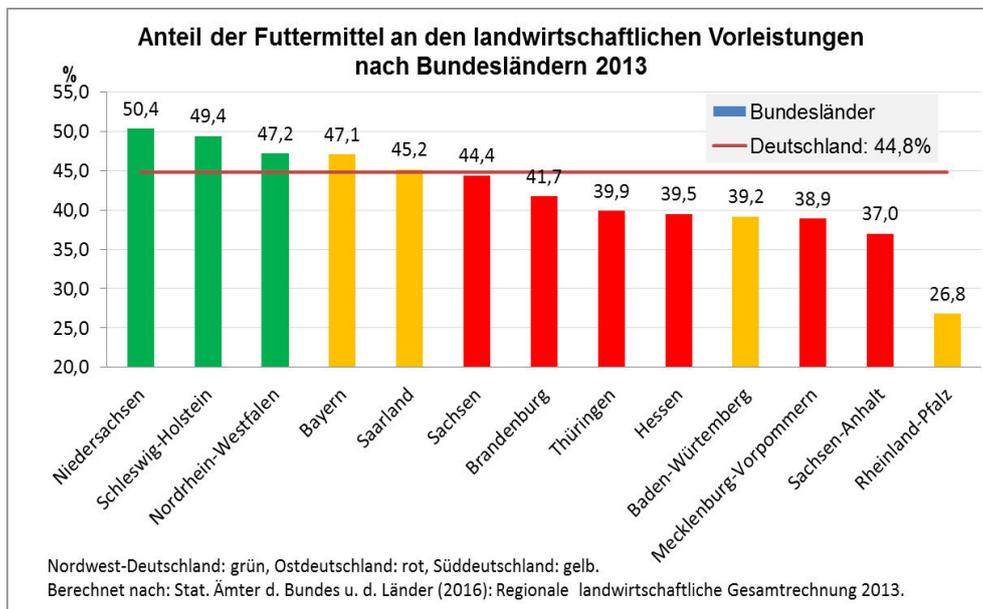


Abb. 240: Anteil der Futtermittel an den landwirtschaftlichen Vorleistungen nach Bundesländern 2013

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

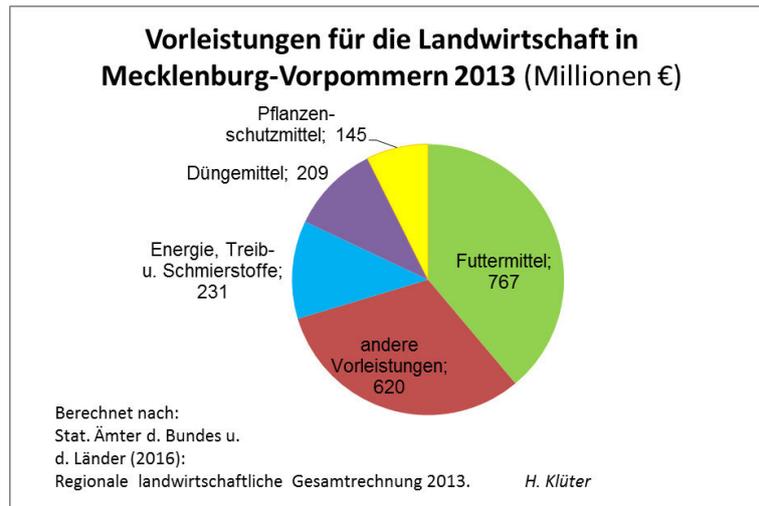


Abb. 241: Vorleistungen für die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2013



Abb. 242: Vorleistungen für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein 2013

8.3 BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN

Handelt es sich um Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt, werden sie als Bruttoanlageinvestitionen geführt. Dazu gehören der Erwerb von Maschinen, der Bau von Anlagen und Gebäuden, Meliorationsmaßnahmen und wertsteigernde Reparaturen. 2013 beliefen sich die Bruttoanlageinvestitionen in der Landwirtschaft auf 9,5 Mrd. €. Auf drei von 16 Bundesländern (Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) entfielen über die Hälfte der Investitionen (54 %). An

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

der landwirtschaftlichen Wertschöpfung waren diese drei Bundesländer 2014 mit 48 % beteiligt. Innerhalb Ostdeutschlands führt Mecklenburg-Vorpommern mit 473 Millionen € vor Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Jedoch erhält allein Bayern mehr landwirtschaftliche Bruttoanlageinvestitionen als ganz Ostdeutschland.

Bezieht man die landwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen auf die Nutzfläche, dann liegt Mecklenburg-Vorpommern mit 353 €/ha vor Brandenburg auf dem zweitletzten Rang in Deutschland. Damit erreicht Mecklenburg-Vorpommern nur 62 % des gesamtdeutschen Durchschnittswerts von 570 €/ha. Mit Ausnahme Berlins liegen alle ostdeutschen Länder unter dem deutschen Durchschnitt.

In Niedersachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen liegt der Wert mehr als doppelt so hoch wie in Mecklenburg-Vorpommern. In den durch Obst- und Gartenbau geprägten Stadtstaaten wurden Werte von über 1000 €/ha erreicht. Statistisch setzen sich die Bruttoanlageinvestitionen aus Ausrüstungen und sonstige Anlagen sowie Bauten zusammen.

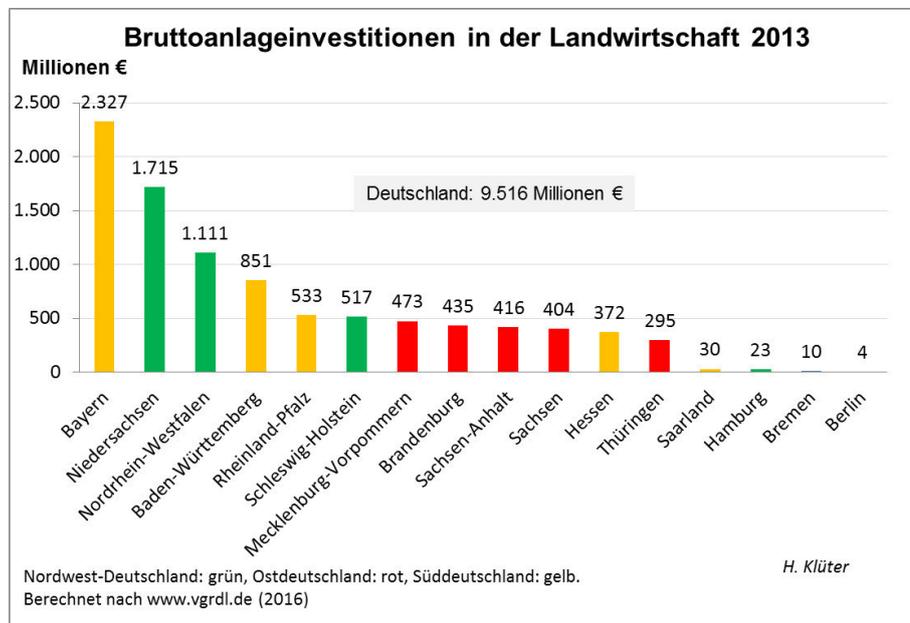


Abb. 243: Bruttoanlageinvestitionen in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2013

Bereits bei den neuen Ausrüstungen je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche weisen die ostdeutschen Länder einen erheblichen Rückstand dem Westen gegenüber auf. Ein Aussteller auf der MeLa meinte, in Ostdeutschland gelte beim Maschinenkauf immer noch „groß und billig“, während in Westdeutschland stärker auf Qualität und Langlebigkeit der Maschinen geachtet werde. Einige Großbetriebe würden kaum noch Maschinen kaufen, sondern sie leasen oder mechanisierte Arbeiten durch Lohnunternehmen verrichten lassen. Außerdem gelte das Gesetz der großen Zahl: Solange es im Westen zehnmal mehr Betriebe als im Osten gäbe, würde man im Westen auch etwas mehr verkaufen. Drastischer fallen die West-Ost-Unterschiede bei den Investitionen in neue Bauten aus. Der gesamtdeutsche Mittelwert betrug 2013 etwa 145 € je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. In Mecklenburg-Vorpommern lag er mit 26 € je ha über fünfmal niedriger und wurde nur von Sachsen-Anhalt und Berlin unterboten.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

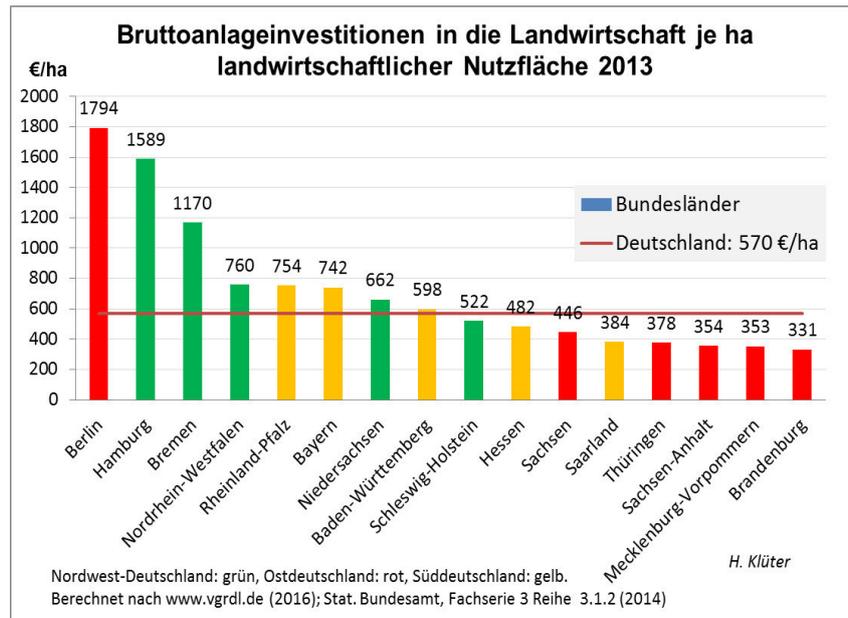


Abb. 244: Bruttoanlageinvestitionen in der Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2013

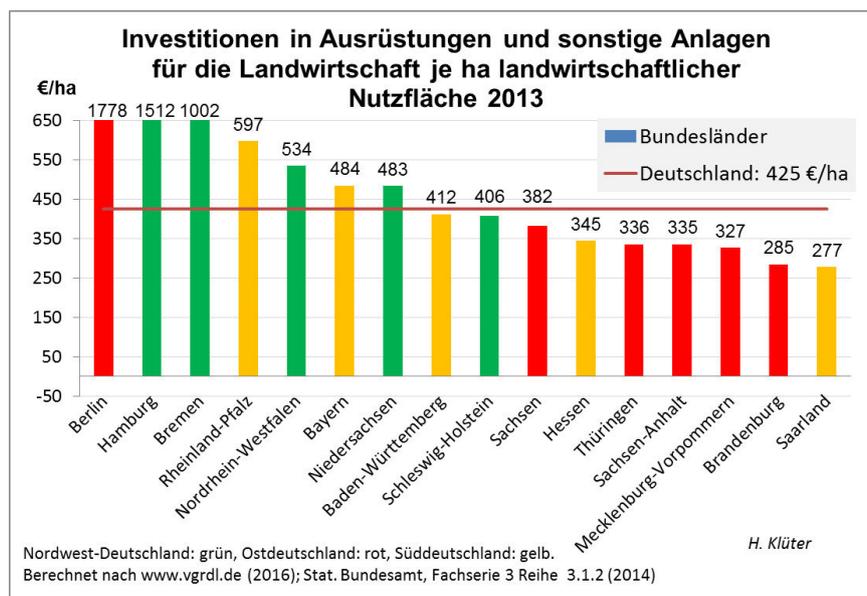


Abb. 245: Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen für die Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2013

Kein ostdeutsches Bundesland erreicht die Hälfte des deutschen Mittelwerts. Auch hier scheint sich zu bestätigen, dass die großen Agrarbetriebe langfristige Investitionen eher scheuen und auf kurz- oder mittelfristige Gewinnabschöpfung zielen.

In allen westdeutschen Flächenländern werden Bauinvestitionen von mehr als 100 € je ha getätigt. In Nordrhein-Westfalen und Bayern liegen die Werte sogar über 200 € je ha.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

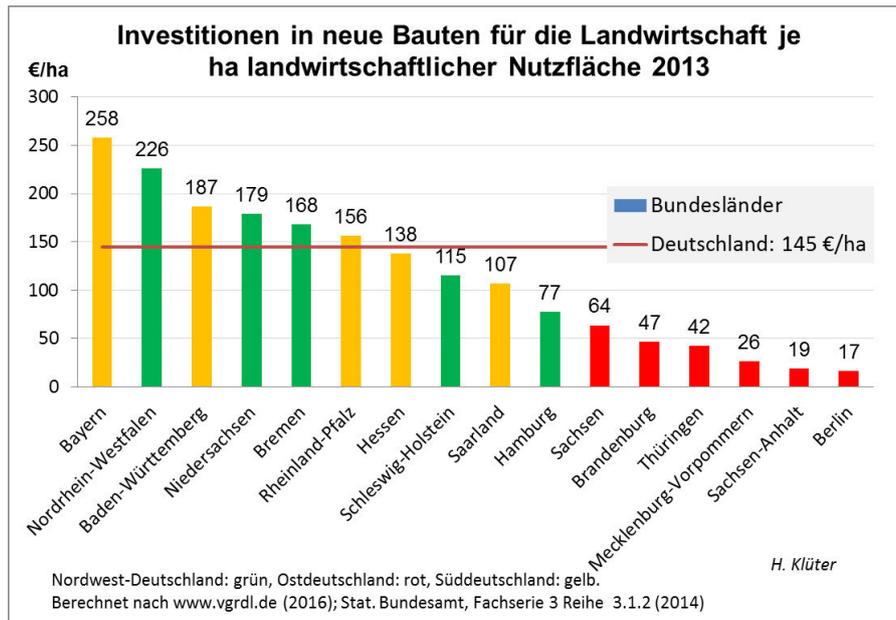


Abb. 246: Investitionen in neue Bauten für die Landwirtschaft je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche nach Bundesländern 2013

Ein Prozessvergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein soll verdeutlichen, wie es zu dieser Situation gekommen ist. Obwohl die landwirtschaftliche Nutzfläche in Mecklenburg-Vorpommern um ein Drittel größer als im Nachbarland ist, lagen die landwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen in Schleswig-Holstein seit 1991 bis auf wenige Ausnahmehahre (1994, 2005) fast immer signifikant über denen in Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2013 wurden in die Landwirtschaft Schleswig-Holsteins mit 517 Millionen € 9 % mehr investiert als in Mecklenburg-Vorpommern (473 Millionen €).

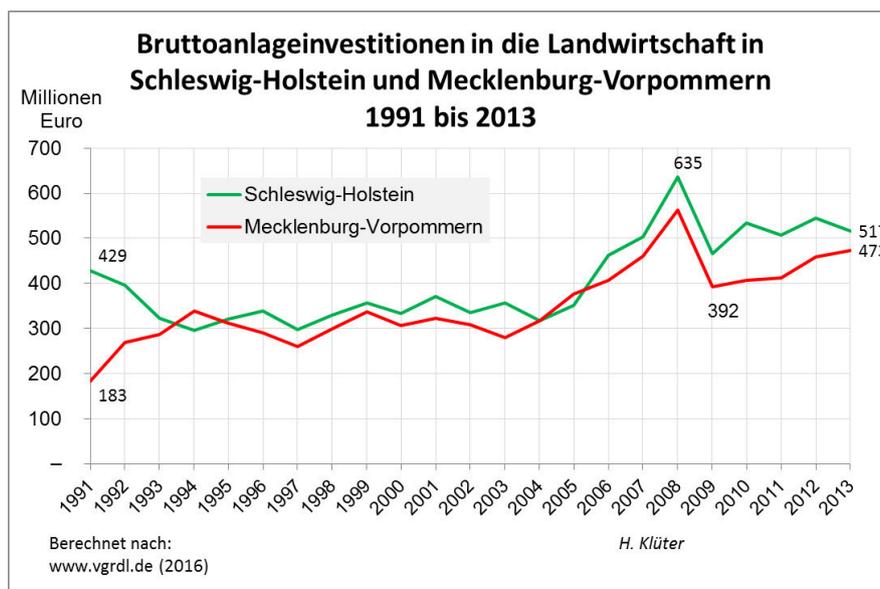


Abb. 247: Bruttoanlageinvestitionen in die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2013

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

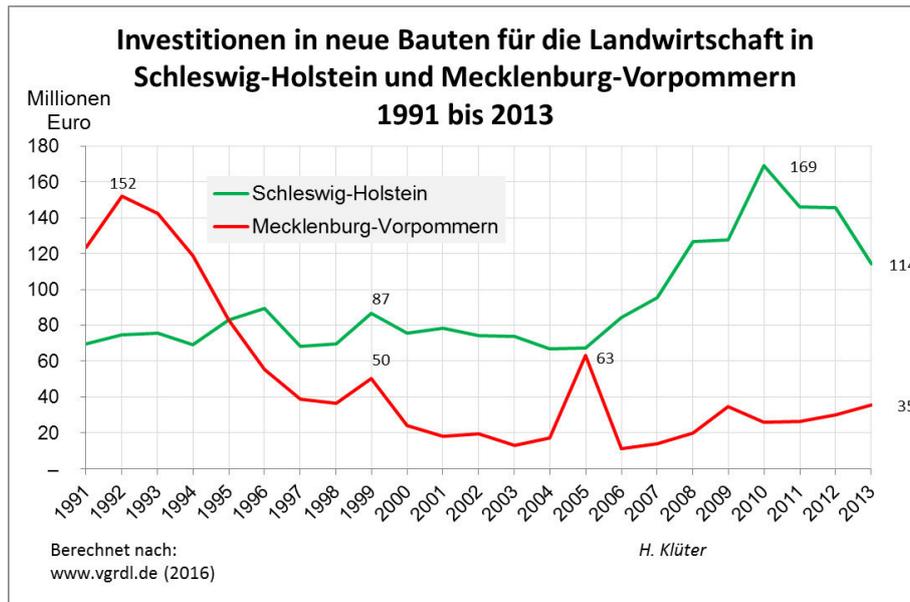


Abb. 248: Investitionen in neue Bauten für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern 1991 bis 2013

Größere Unterschiede gibt es bei den Bauinvestitionen. 1992 waren sie in Mecklenburg-Vorpommern mit 152 Millionen € mehr als doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein (75 Millionen €). Bereits drei Jahre später war der Vorsprung Mecklenburg-Vorpommerns verschwunden. Beide Länder trafen sich bei 83 Millionen. Während die landwirtschaftlichen Bauinvestitionen Schleswig-Holsteins dieses Niveau bis 2006 in etwa hielten, fielen die Mecklenburg-Vorpommerns nach 2000 auf unter 20 Millionen € ab. Seit 2007 gab es einen Anstieg auf 35 Millionen € im Jahr 2013. Währenddessen erreichten die landwirtschaftlichen Bauinvestitionen in Schleswig-Holstein 2010 die Rekordsumme von 169 Millionen €. Zwar gab es bis 2013 einen Rückgang auf 114 Millionen. Doch damit ist Schleswig-Holstein im landwirtschaftlichen Baubereich noch dreimal investitionsstärker als Mecklenburg-Vorpommern.

Wenn die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern als besonders gewinnträchtig beschrieben wird, dann ist dies nicht zuletzt auf ein zynisches Investitionsverhalten zurückzuführen. Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist seit fast zwei Jahrzehnten unterfinanziert. Das liegt nicht an einer unzureichenden Förderpolitik, sondern vor allem an den extraktiv orientierten Interessen der Besitzer – vorzugsweise den oft landwirtschaftsfremden Anlegern in Personengemeinschaften und -gesellschaften sowie in juristischen Personen.

8.4 EINKÜNFTE AUS LANDWIRTSCHAFTLICHER TÄTIGKEIT

Zur Berechnung der landwirtschaftlichen Einkommen gibt es verschiedene Ansätze und zwar:

- a) auf Basis der Einkommenssteuerstatistik
- b) auf der Grundlage der Buchführungsergebnisse von 10.776 landwirtschaftlichen Betrieben. In Verteilung und betriebswirtschaftlicher Ausrichtung sollen sie 280.000 landwirtschaftliche Unternehmen in ganz Deutschland repräsentieren.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

zu a)

Die Einkommenssteuerstatistik liegt zurzeit bis 2011 vor. In jenem Jahr gab es 593.896 Steuerpflichtige mit Einkünften aus landwirtschaftlicher Tätigkeit. Die Zahl der Personen, die dahinter stehen, ist erheblich höher. Viele bäuerliche Familienbetriebe geben für alle auf dem Hof arbeitende Familienmitglieder nur eine Erklärung ab. Insgesamt wurden 9,6 Mrd. € an Einkünften ausgewiesen. Das waren 0,85 % der gesamtdeutschen Einkommen. Die Einkünfte aus landwirtschaftlicher Lohnarbeit sind in diesen Zahlen wahrscheinlich nicht enthalten, da unselbständige Arbeit eine besondere Zeile in dem Zahlenwerk bildet. Leider ist es nicht nach Bundesländern untergliedert. Aufgrund der Zeitverzögerungen bei den Steuererklärungen kann die Gegenwart nicht abgebildet werden. Immerhin geben die Zahlen einen Einblick in die Dimensionen der Landwirtschaft und zeigen, wie stark Wetter- und Preisschwankungen das Ergebnis beeinflussen. Beispielsweise gab es von 2008 auf 2009 einen erheblichen Rückgang der Einkünfte.

Tab. 33: Einkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit in Deutschland

Jahr	Steuerpflichtige	Einkünfte (1.000 €)	Durchschnitt in €	Median in €
2007	593.254	9.151.551	15.426	3.475
2008	593.503	8.930.115	15.046	3.246
2009	584.275	7.919.695	13.555	2.060
2010	590.743	8.718.268	14.758	3.059
2011	593.896	9.647.021	16.244	3.250

Aus: Stat. Bundesamt: *Finanzen und Steuern. Jahre 2007 bis 2011. Jährliche Einkommenssteuerstatistik. Fachserie 14 Reihe 7.1.1, jeweils S. 10.*

Zu b)

Die Einkommensschwankungen lassen sich anhand der Buchführungsergebnisse genauer ablesen. Außerdem reichen die Daten bis zum Wirtschaftsjahr 2014/15.

Das Landwirtschaftsministerium gliedert die Betriebe anders als das Statistische Bundesamt, und zwar in drei Gruppen:

1. 8.792 landwirtschaftliche Hauptidebetriebe umfassen nicht nur einzelbäuerliche Höfe wie in der Bundesstatistik, sondern auch Personengesellschaften. Als Mindestgröße gelten 50.000 € Standardoutput und die Tätigkeit mindestens einer Vollarbeitskraft.
2. Die 1.401 Klein- und Nebenerwerbsbetriebe haben weniger als 50.000 € Standardoutput und weniger als eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft.
3. Juristische Personen werden nur in Ostdeutschland erfasst. Im Unterschied zum statistischen Bundesamt zählen bei den Buchführungsergebnissen auch die GmbH & Co. KG zu dieser Gruppe, so dass sie 583 Einheiten umfasst.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

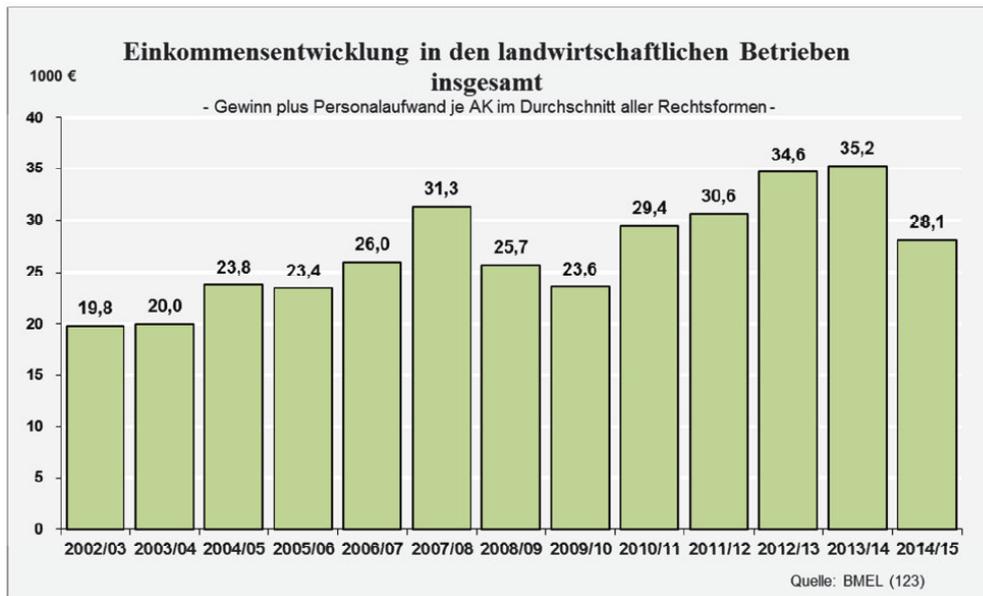


Abb. 249: Einkommensentwicklung in den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt

Aus: BMEL 2015 Buchführungsergebnisse, S. 6.

Tab. 34: Ursachen der Gewinnveränderung von 2013/14 auf 2014/15 der landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe

Ertrags-/Aufwandsposition	Anteil an den betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen	Veränderung 2014/15 gegen 2013/14		Auswirkung auf den Gewinn	
	%	€	%	%	
Positiv vor allem:					
Reduzierter Aufwand Futtermittel	15,5	- 2 295	- 5,4	+ 5,3	
Reduzierter Aufwand Tierzukäufe	9,1	- 1 751	- 7,0	+ 4,0	
Erlös Rinder	8,8	+ 1 293	+ 5,0	+ 3,0	
Reduzierter Aufwand Treib- u. Schmierstoffe	4,3	- 717	- 6,1	+ 1,7	
Negativ vor allem:					
Rückgang Erlöse Milch	19,7	- 10 549	- 14,8	- 24,4	
Rückgang Erlöse Schweine	16,7	- 6 327	- 10,9	- 14,6	
Rückgang Erlöse Kartoffeln	1,6	- 2 035	- 29,7	- 4,7	
Rückgang Erlöse Getreide	8,9	- 1 092	- 3,8	- 2,5	
Rückgang Erlöse Zuckerrüben	1,6	- 875	- 14,8	- 2,0	
Insgesamt					
Betriebliche Erträge	100,0	- 22 155	- 6,7	- 51,2	
Betriebliche Aufwendungen	100,0	- 2 282	- 0,9	+ 5,3	

Aus: BMEL 2015 Buchführungsergebnisse, S. 9.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Bedenkt man, dass einige Länder in jenem Wirtschaftsjahr Verluste von über 30% hinnehmen mussten (Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Saarland) wirken jene Unterschiede eher marginal. Verluste unter 10% hatten Brandenburg (-1,8 %), Sachsen (-2,2%) und Thüringen (-5,1 %). In Westdeutschland fallen Baden-Württemberg und Bayern mit niedrigeren Verlusten zwischen -14 und -18 % auf.

Rechnet man die Gewinne auf die landwirtschaftliche Nutzfläche um, bilden die ostdeutschen Länder gemeinsam mit Schleswig-Holstein und dem Saarland die Schlussgruppe. In Mecklenburg-Vorpommern betrug der Gewinn pro ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 350 €. Er erreichte 60 % des gesamtdeutschen Durchschnitts von 579 €. Sachsen erreichte als bestes ostdeutsches Bundesland mit 402 € 75 % des deutschen Durchschnitts. Allerdings erhielten die sächsischen Betriebe neben der Flächenprämie noch 189 € je ha LNF an weiteren Zulagen. Das war viermal mehr als in Mecklenburg-Vorpommern. Die Differenz ergibt sich aus der in Sachsen mehrfach höheren Ausgleichszulage (22 €/ha) und den Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen (64 €/ha). In Mecklenburg-Vorpommern kamen die Testbetriebe nur auf 2 €/ha Ausgleichszulage und 16 €/ha Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen. Die stark diversifizierten Landwirtschaften in Rheinland-Pfalz, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erzielten weit überdurchschnittliche Gewinne.

Tab. 35: Einkommen der Haupterwerbsbetriebe nach betrieblicher Ausrichtung 2014/15

Betriebsform	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Ackerbau	15,2	67 663	-24,5	39 378	-18,8
Gartenbau	5,0	50 660	- 3,8	25 158	+ 3,4
Dauerkulturen ¹⁾	6,0	54 276	- 7,9	25 939	- 3,0
Weinbau	4,2	63 335	+ 5,4	28 883	+ 6,7
Obstbau	1,6	32 874	-43,0	20 645	-21,0
Futterbau	46,5	34 888	-40,4	24 010	-35,7
Milch	37,3	36 583	-42,7	24 697	-38,2
Sonstiger Futterbau	9,2	28 051	-25,0	20 958	-20,3
Veredlung	11,1	45 199	-34,4	29 549	-30,2
Gemischt (Verbund)	16,2	36 774	-31,6	24 579	-25,3
Pflanzenbauverbund	1,3	42 422	-34,0	21 988	-21,2
Viehhaltungsverbund	4,8	26 745	-40,9	18 819	-35,9
Pflanzenbau-Viehhaltung	10,1	40 813	-27,6	27 801	-22,1
Insgesamt	100,0	43 271	-31,7	27 405	-24,7

1) Einschließlich sonstige Dauerkulturen.

Aus: BMEL 2015 Buchführungsergebnisse, S. 6

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Tab. 36: Gewinn und Einkommen landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 2014/15

Land	Anteil der Betriebe in %	Gewinn je Unternehmen		Gewinn plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Schleswig-Holstein	6,2	35 773	- 48,7	26 881	- 38,9
Niedersachsen	19,3	41 219	- 45,9	27 809	- 37,7
Nordrhein-Westfalen	13,7	41 544	- 39,3	27 954	- 29,1
Hessen	4,3	40 504	- 30,0	25 360	- 24,7
Rheinland-Pfalz	6,6	51 571	- 26,6	24 461	- 20,2
Baden-Württemberg	12,5	38 090	- 21,0	25 225	- 14,3
Bayern	30,9	40 888	- 20,3	26 457	- 17,8
Saarland	0,3	29 209	- 42,4	18 943	- 36,1
Brandenburg	1,2	70 452	- 16,9	28 518	- 1,8
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	100 470	- 20,7	47 572	- 17,0
Sachsen	1,4	52 588	- 11,8	28 043	- 2,2
Sachsen-Anhalt	1,3	102 981	- 21,2	44 150	- 17,9
Thüringen	0,8	56 396	- 5,8	31 598	- 5,1
Deutschland	100,0	43 271	- 31,7	27 405	- 24,7

Aus: BMEL 2015 Buchführungsergebnisse, S. 15.

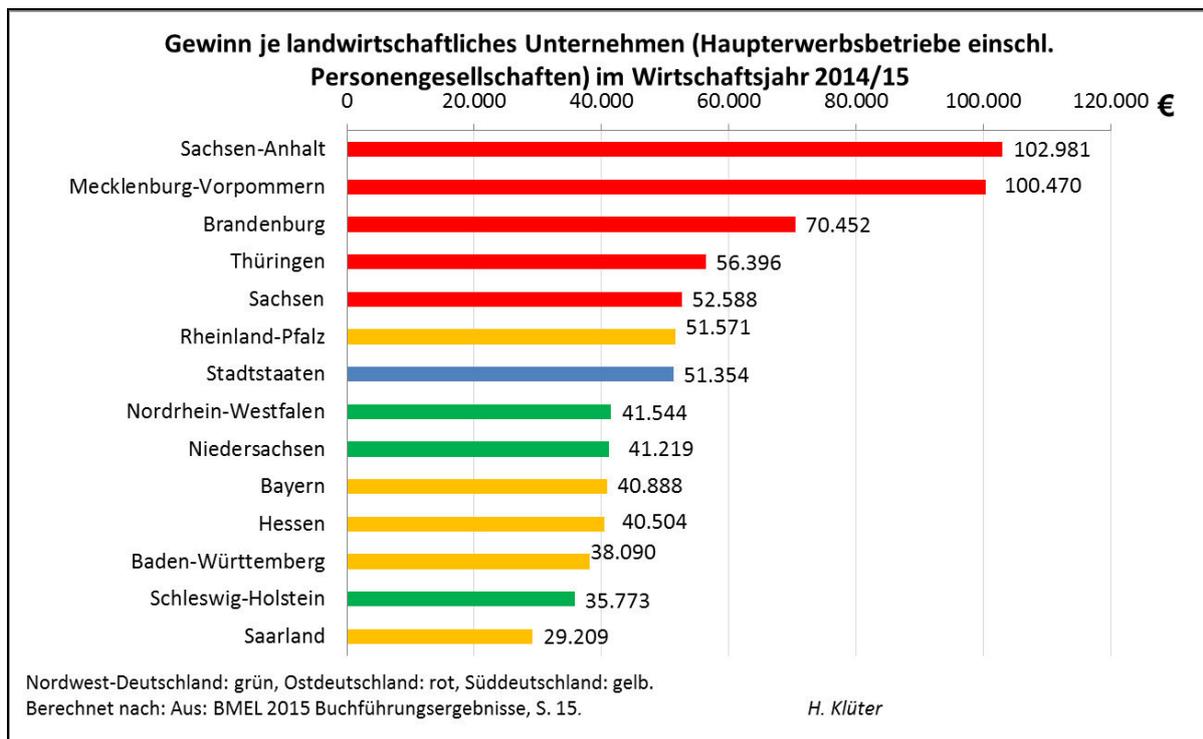


Abb. 250: Gewinn je landwirtschaftliches Unternehmen (Haupterwerbsbetriebe einschl. Personengesellschaften) im Wirtschaftsjahr 2014/15

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

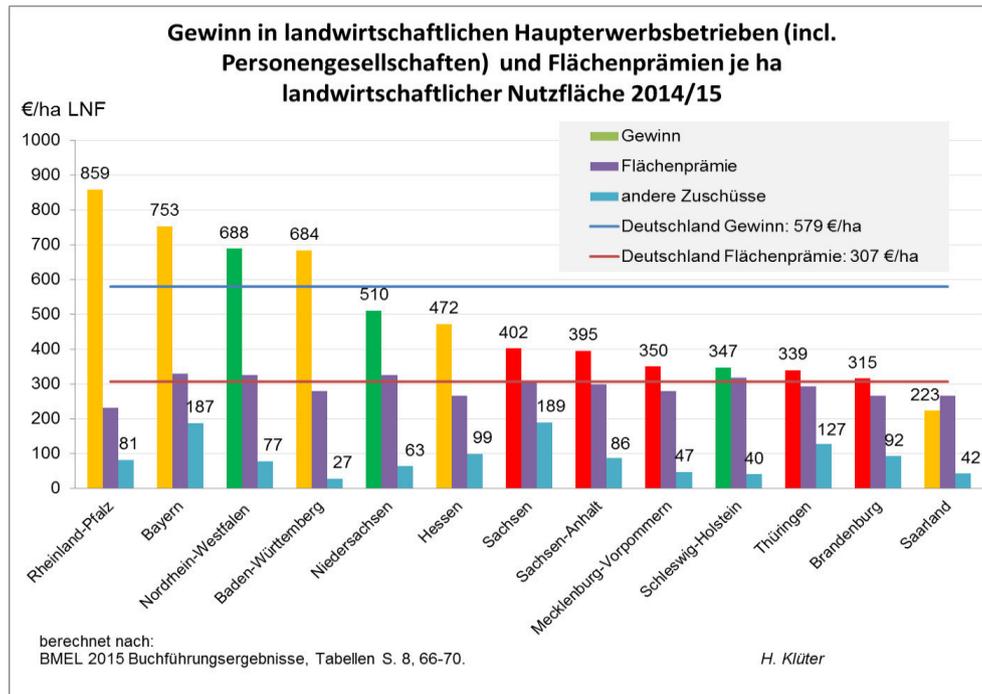


Abb. 251: Gewinn in landwirtschaftlichen Hauptideberbetrieben (incl. Personengesellschaften) und Flächenprämien je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2014/15

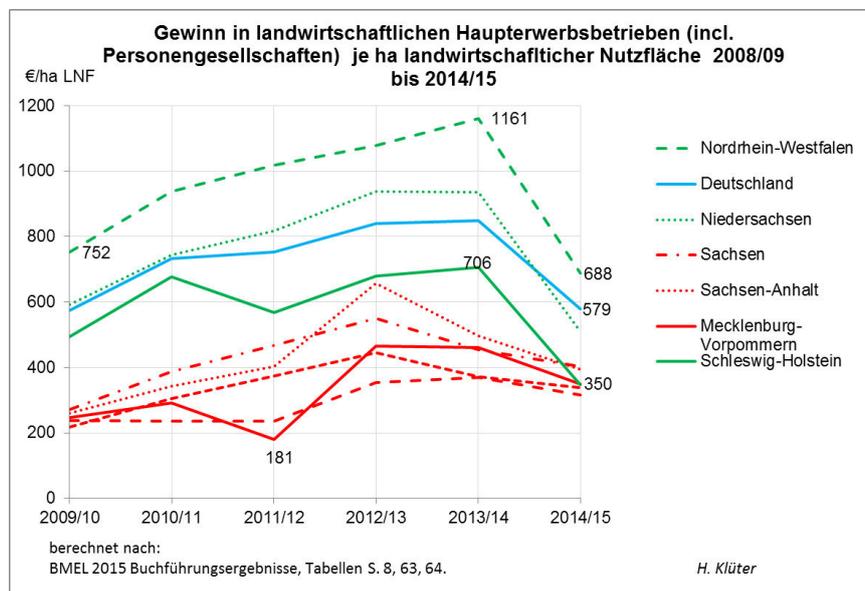


Abb. 252: Gewinn in landwirtschaftlichen Hauptideberbetrieben (incl. Personengesellschaften) je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2008/09 bis 2014/15

In Abb. 252 wurden die Zahlen des für Norddeutschland sehr problematischen Wirtschaftsjahrs 2014/15 mit den Vorjahren verglichen. Dabei zeigt sich, dass die nordwestdeutschen Länder in „normalen“ Jahren mit den süddeutschen konkurrieren können. Die ostdeutschen Länder liegen zumindest seit 2009/10 regelmäßig 150 bis 200 €/ha unter dem deutschen Durchschnitt.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Bei den juristischen Personen - einschließlich GmbH & Co. KG - lag der Jahresüberschuss plus Personalaufwand je Arbeitskraft mit durchschnittlich 39.260 Euro höher als die entsprechende Größe bei den Haupterwerbsbetrieben mit 27.405 €. Allerdings sind die Unterschiede nach einzelnen Bundesländern beträchtlich. Sie reichen von 33.699 € in Brandenburg bis 46.867 in Mecklenburg-Vorpommern. Auch die Verlustraten variieren. Am gravierendsten waren sie beim Jahresüberschuss vor Steuern plus Personalaufwand je Arbeitskraft mit -15,8 % in Sachsen-Anhalt. Moderater fielen sie in Thüringen mit -4,8 % aus. Diese Ergebnisse sind mit denen der Haupterwerbsbetriebe vergleichbar.

Tab. 37: Gewinn und Einkommen der juristischen Personen (einschließlich GmbH & Co. KG) in Ostdeutschland im Wirtschaftsjahr 2014/15

Land	Anteil der Betriebe in %	Jahresüberschuss je Unternehmen		Jahresüberschuss vor Steuern plus Personalaufwand je AK	
		€	Veränderung gegen Vorjahr in %	€	Veränderung gegen Vorjahr in %
Brandenburg	24,2	147 640	- 18,9	33 699	- 9,7
Mecklenburg-Vorpommern	24,8	176 931	- 41,8	46 867	- 10,9
Sachsen	16,3	221 318	- 8,3	36 912	- 3,9
Sachsen-Anhalt	18,0	174 434	- 46,6	43 195	- 15,8
Thüringen	16,7	209 027	- 26,1	38 441	- 4,8
Neue Länder	100	181 555	- 31,4	39 260	- 9,8

Aus: BMEL 2015 *Buchführungsergebnisse*, S. 19.

Rechnet man den Jahresüberschuss der ostdeutschen juristischen Personen auf die zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Nutzfläche um, zeigen sich ganz andere Ergebnisse. Er lag im Wirtschaftsjahr 2014/15 mit 161 €/je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche weit unter der durchschnittlichen Flächenprämie von 284 €/ha. Die Betriebe in Sachsen und Thüringen profitieren von den dort höheren Ausgleichszulagen und Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen.

Mit dem Wirtschaftsjahr 2014/15 erlebten auch die juristischen Personen einen drastischen Einbruch bei den Jahresüberschüssen. Besonders stark war der Absturz in Sachsen-Anhalt, das 2012/13 und 2013/14 noch Spitzenwerte erzielt hatte. 2014/15 lag Thüringen an der Spitze, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings zeigt sich, dass der Jahresüberschuss je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auch in guten Jahren nicht an das Niveau der Flächenprämie heranreicht. Der Jahresüberschuss ist mit dem Gewinn der Haupterwerbsbetriebe nicht vergleichbar, weil aus dem Gewinn keine Steuern vom Einkommen und Ertrag zu zahlen sind. Außerdem ist im Gewinn die nicht entlohnte Arbeit des Landwirts und der mithelfenden Familienangehörigen enthalten, jedoch mit einem weit niedrigeren Sozialversicherungsanteil, als das bei juristischen Personen der Fall ist, die externe Arbeitskräfte beschäftigen.

Abb. 255 versucht dennoch einen Vergleich zwischen den Unternehmensdaten der juristischen Personen und der Haupterwerbsbetriebe. Die juristischen Personen sind mit ihrem Jahresüberschuss vor Steuern einschließlich des Aufwands für externe Arbeitskraft und mit einem zweiten Wert ohne den externen Personalaufwand dargestellt. Die juristischen Personen in Sachsen und Thüringen kamen dabei auf Jahresüberschüsse von über eine Million Euro. Zieht man den Personalaufwand ab, bleiben

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Summen von 180.000 in Brandenburg bis 300.000 € in Sachsen. Dabei wird in keinem Fall das Niveau der Flächenprämien erreicht. In Mecklenburg-Vorpommern wurden nur 68 % der Flächenprämien erzielt. Dies bedeutet, dass die Betriebe ohne die Flächenprämie kaum lebensfähig wären. Zwar wäre eigentlich zu erwarten, dass die Großbetriebe aufgrund der höheren Skalenerträge ökonomisch besser als die Haupterwerbsbetriebe gestellt sind, doch das ist nach diesen Zahlen nur bedingt der Fall. Man könnte ebenso vermuten, dass die Betriebe so groß sind, um möglichst viel Flächenprämie abzuschöpfen. Auf jeden Fall ist klar, dass die Großbetriebe eine enorme räumliche Bündelungsfunktion auf die Flächenprämie ausüben. Eine juristische Person in Sachsen bekommt durchschnittlich so viel wie 21 Höfe in Rheinland-Pfalz. Eine juristische Person in Mecklenburg-Vorpommern vereinte auf sich die Flächenprämien von 11 Durchschnittshaupterwerbsbetrieben in Schleswig-Holstein.

Nicht ganz so stark bündeln die Großbetriebe die Gewinne. Dennoch dürfte klar sein, dass ihnen für die Finanzierung von Verbands- und Werbeaktivitäten – nicht zuletzt für politische Parteien – viel größere Ressourcen zur Verfügung stehen, als der kleinteiligen bäuerlichen Landwirtschaft.

Bei den auf Einsparung von Lohnarbeit ausgerichteten nichtbäuerlichen Betrieben müsste eigentlich der Gewinn je Arbeitskraft größer sein als bei bäuerlichen Betrieben. Doch das ist nicht uneingeschränkt der Fall. Die ostdeutschen juristischen Personen weisen zwar höhere Gewinne je Arbeitskraft als westdeutsche Haupterwerbsbetriebe einschließlich Personalgesellschaften aus, doch werden sie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt von den dortigen Haupterwerbsbetrieben übertroffen. Abb. 256 zeigt eine klare Gliederung nach Makroregionen.

In Ostdeutschland sind die arbeitsplatzbezogenen Gewinne am höchsten, in Süddeutschland am niedrigsten. Die nordwestdeutschen Haupterwerbsbetriebe liegen im Durchschnitt. Mit Ausnahme der Stadtstaaten korreliert die Rangfolge weitgehend mit den Nutzflächengrößen. Auch dies ist ein Indiz dafür, dass der Betriebsgewinn stark von der Flächenprämie bestimmt wird. Mecklenburg-Vorpommern scheint eine weitere Ausnahme zu sein, da dort offenbar die Haupterwerbsbetriebe stärker sind. Daher sollen diese Daten näher untersucht werden.

Das Institut für Pflanzenproduktion und Betriebswirtschaft der LFA Mecklenburg-Vorpommern weist in seiner Statistik die einzelbäuerlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe getrennt aus. Vergleicht man die Zahlen mit der ebenfalls stichprobenartigen Agrarstrukturerhebung 2013, erfassen die Testbetriebe 6,2 % der Gesamtzahl der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Von den Nebenerwerbsbetrieben wurden nur 0,3 % erfasst. Außerdem fällt auf, dass alle Testbetriebe in ihrer Durchschnittsfläche die landwirtschaftliche Nutzflächendaten aus der Agrarstrukturerhebung weit übertreffen, bei den Nebenerwerbsbetrieben und den juristischen Personen sogar um mehr als das Doppelte. Insgesamt verfügten die Testbetriebe über durchschnittlich 632 ha, während die Durchschnittsgröße aus der Landwirtschaftserhebung 2013 nur 284 ha betrug. Daraus könnte man schließen, dass unter den Testbetrieben - die Teilnahme an der Meldung ist freiwillig - starke Betriebe überrepräsentiert sind.

Außerdem zeigt sich, dass die juristischen Personen die Schweinemast, die Geflügelmast und den Futtermittelzukauf in Mecklenburg-Vorpommern stark dominieren. Beim Personalaufwand haben die Nebenerwerbsbetriebe definitionsgemäß die niedrigsten Werte, denn die Arbeitskraft wird von einem nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweig bezahlt. Auch der Personalaufwand der Haupterwerbsbetriebe ist sehr niedrig, denn sie beschäftigen kaum familienexterne Arbeitskräfte.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

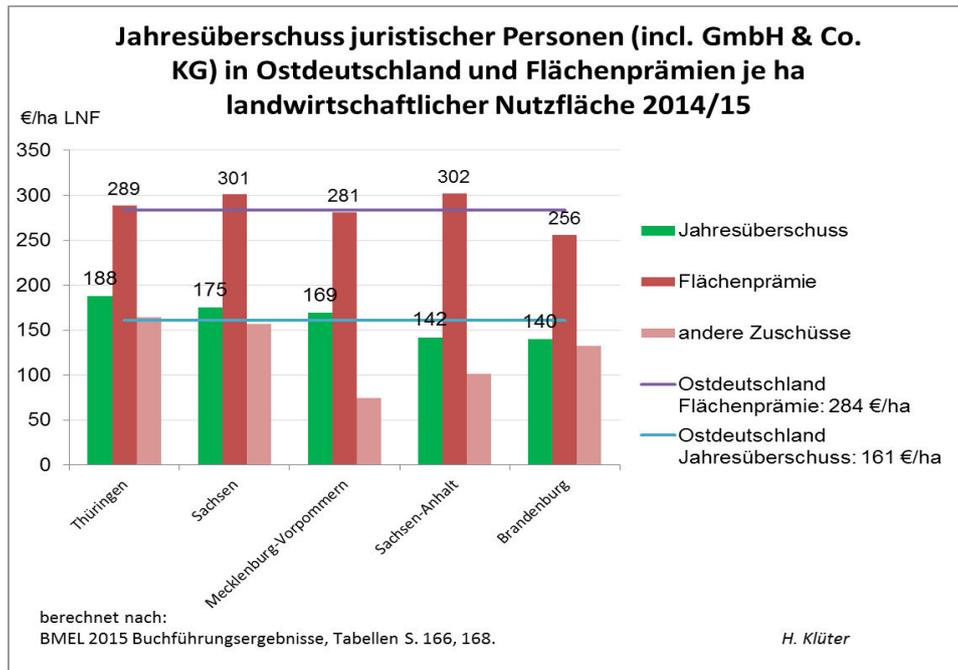


Abb. 253: Jahresüberschuss juristischer Personen (incl. GmbH & Co.KG) in Ostdeutschland und Flächenprämien je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2014/15

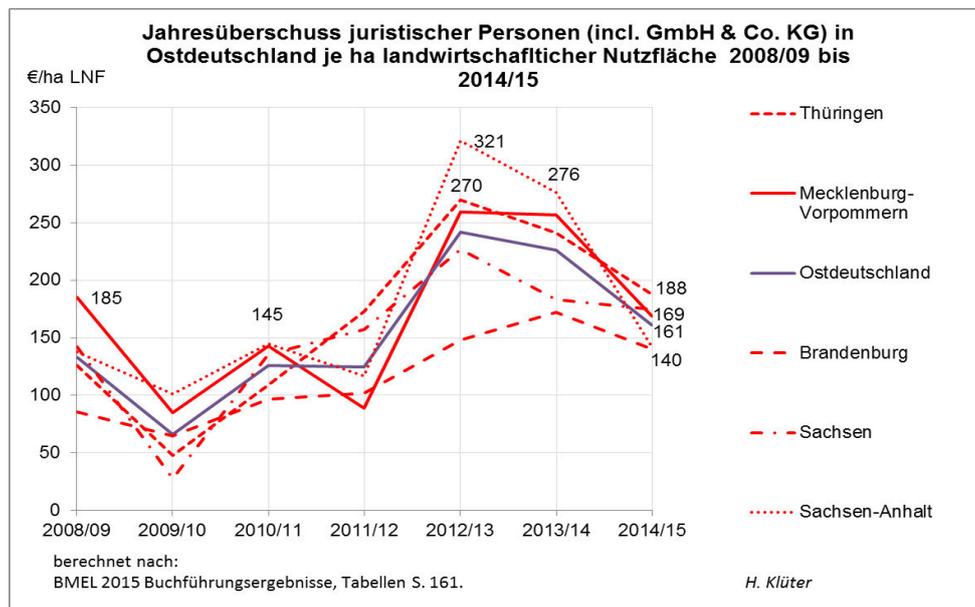


Abb. 254: Jahresüberschuss juristischer Personen (incl. GmbH & Co.KG) in Ostdeutschland je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 2008/09 bis 2014/15

Juristische Personen und Personengesellschaften haben den höchsten Personalaufwand je ha. Da Gewinn und Personalaufwand für Familienarbeitskräfte bei den einzelbäuerlichen Unternehmen nicht voneinander zu trennen sind, wurden auch bei juristischen Personen und Personengesellschaften Jahresüberschuss und Personalkosten in vergleichbarer Weise zusammengeführt.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

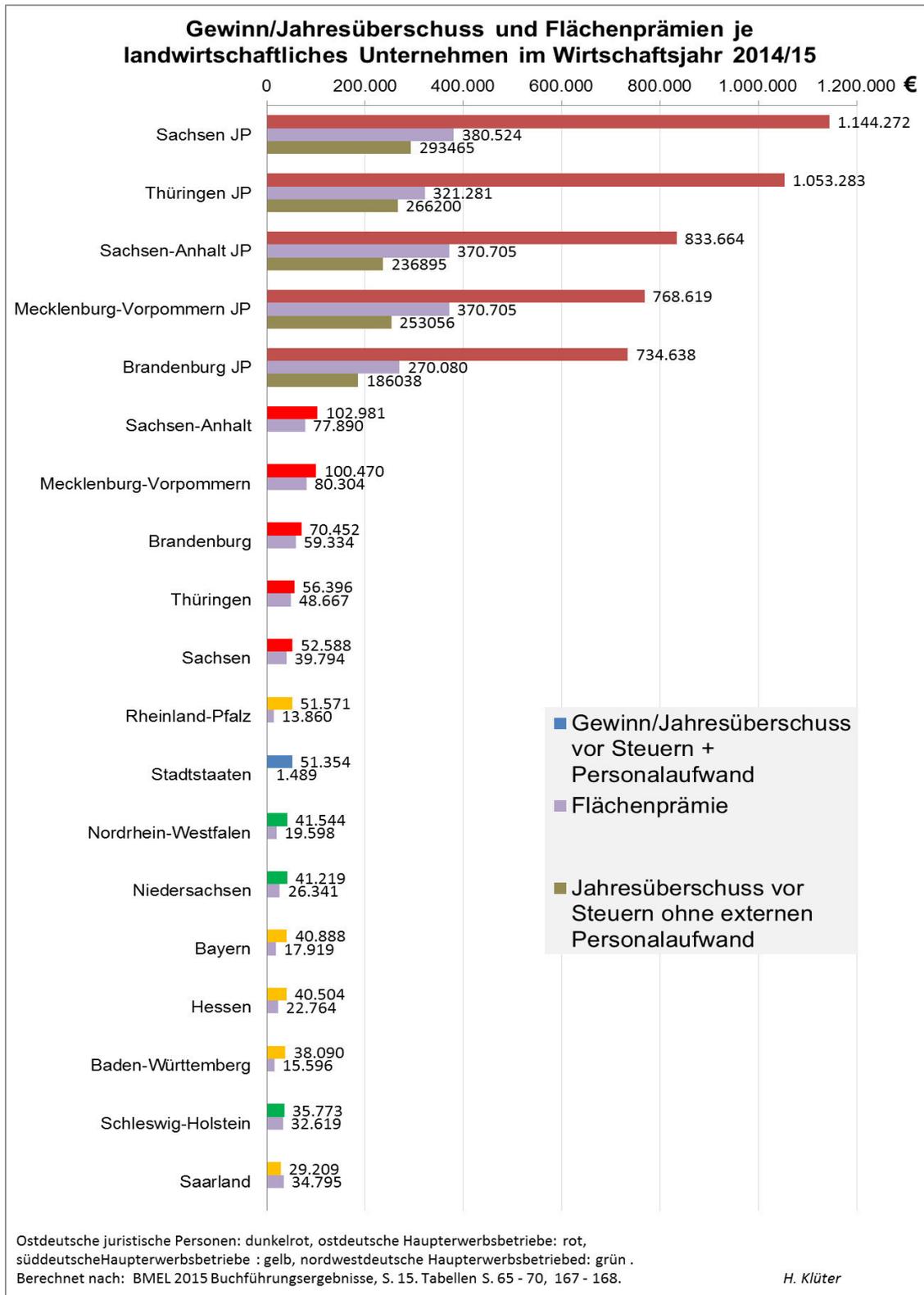


Abb. 255: Gewinn/Jahresüberschuss und Flächenprämien je landwirtschaftliches Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2014/15

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

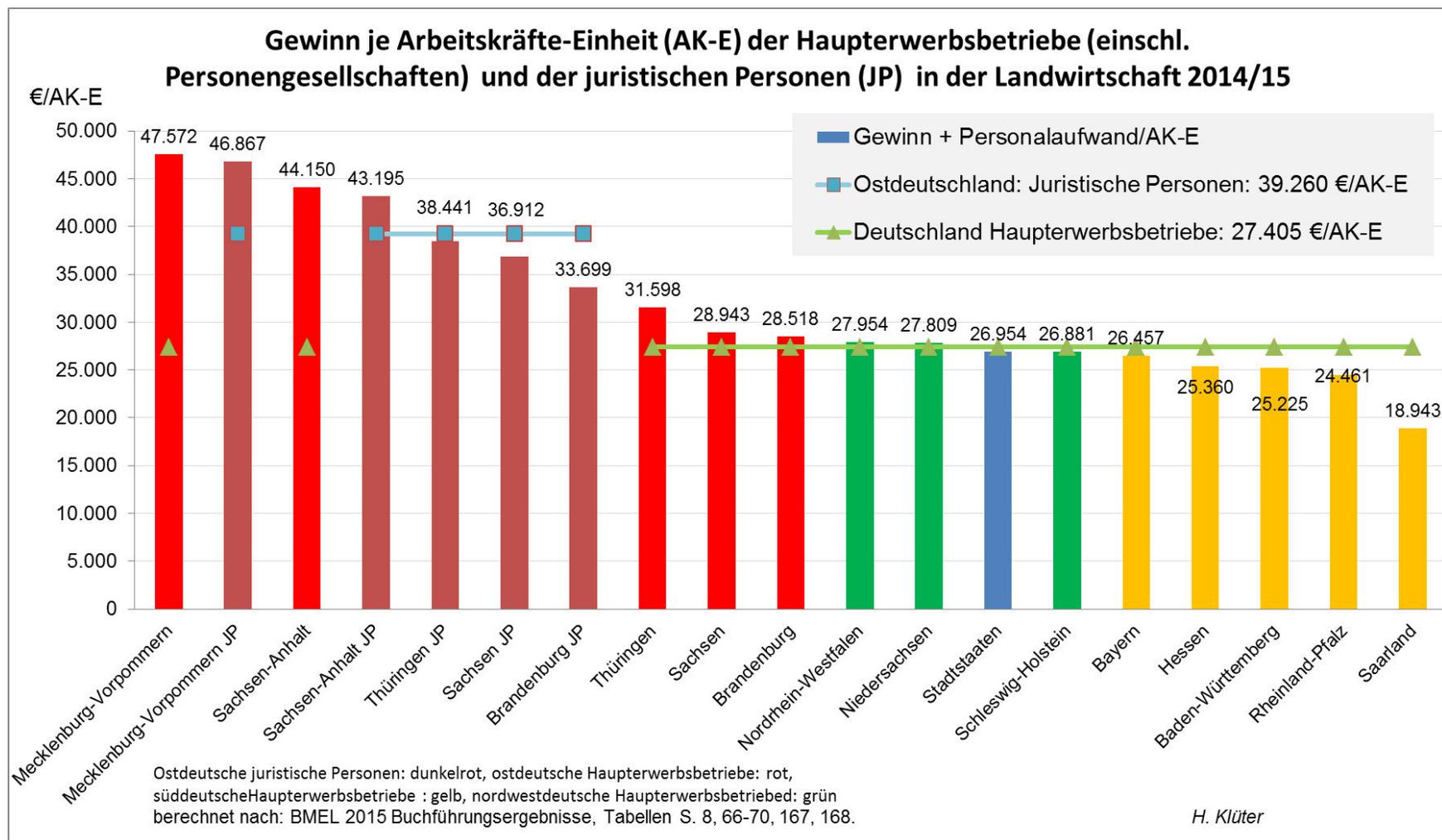


Abb. 256: Gewinn je Arbeitskräfte-Einheit (AK-E) der Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) und der juristischen Personen (JP) in der Landwirtschaft 2014/15

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

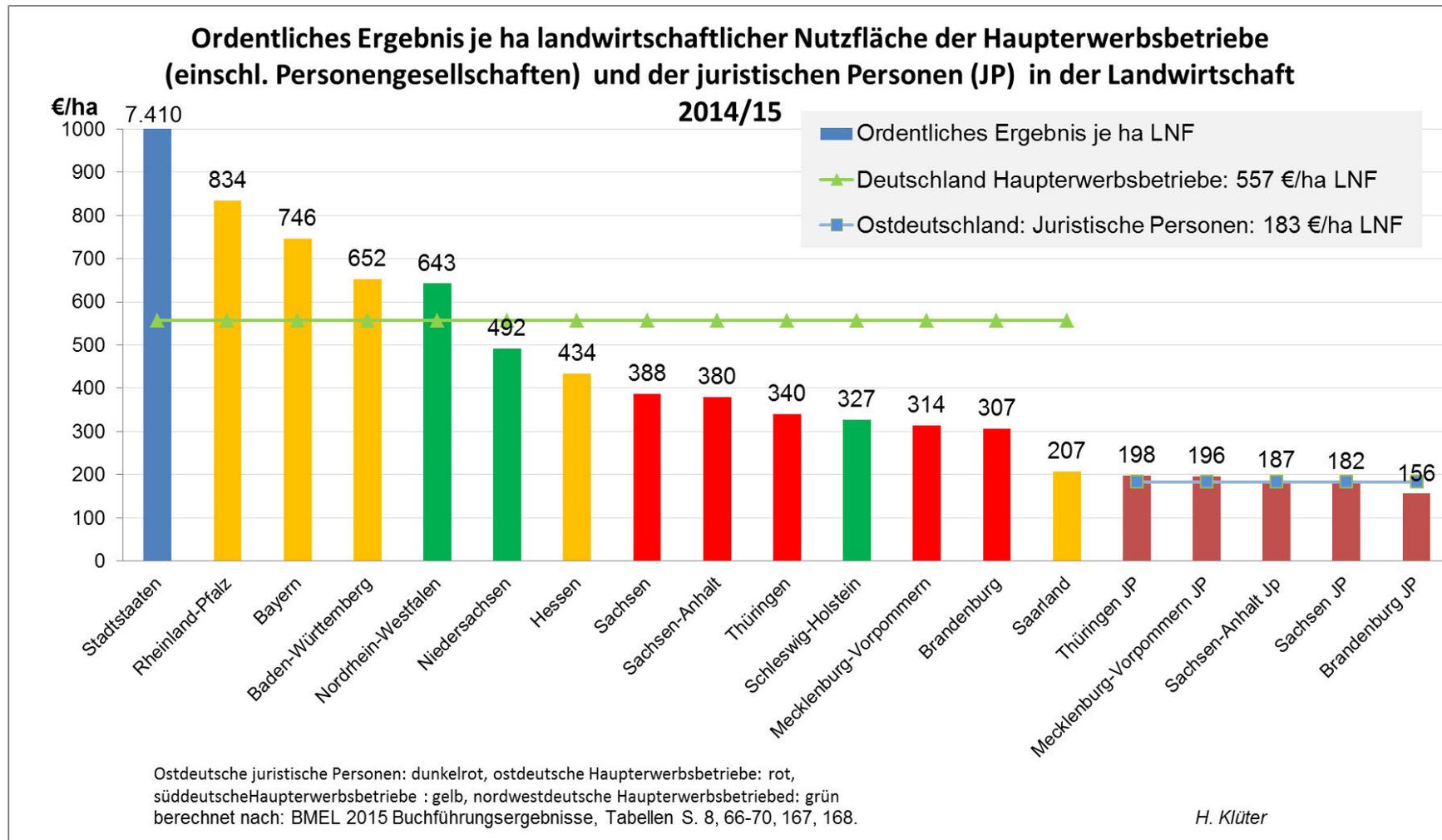


Abb. 257: Ordentliches Ergebnis je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche der Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) und der juristischen Personen (JP) in der Landwirtschaft 2014/15

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Tab. 38: Einige Ergebnisse aus den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern

	Einheit	Haupt- erwerbs- betriebe	Neben- erwerbs- betriebe	Personen- gesell- schaften	Jur. Personen und GmbH & Co. KG	Betrie- be ins- ges.
Betriebe 2013	Anzahl	ca. 1300	ca. 1700	ca. 600	ca. 1.100	4.700
Landw. genutzte Fläche je Unternehmen 2013	ha je Unternehmen	253	47	347,3	652,6	284
Testbetriebe als Anteil an allen Betrieben	in %	11,3	0,3	8,2	8,1	6,2
Testbetriebe 2014/15	Anzahl	147	5	49	89	290
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	282	101	485	1.323	632
darunter Nettopachtfläche	ha	158	69	325	807	384
Arbeitskräfte-Besatz	AK/100 ha	1,0	0,6	1,2	1,5	1,3
Familienarbeitskräfte	je Unternehmen	1,2	0,6	1,3		0,9
(Lohn-) Fremd-Arbeitskräfte	je Unternehmen	1,2	0	4	19,6	7,3
Verkauf Mastschweine	Stück	53		103	916	325
Besatz Geflügel	Vieheinheiten je 100 ha	0,3		1,1	3,4	2,4
Futtermittelzukauf	€/ha LF	90	9	178	265	213
Personalaufwand	€/ha LF	144	0	206	457	353
Gewinn + Personalaufwand	€/AK	51.234	53.073	46.406	43.741	45.308
ordentliches Ergebnis	€/ha LF	312	345	321	145	206

Berechnet nach: LFA M-V 2016, Testbetriebsergebnisse 2014/15; Stat. Jahrb. M-V, S. 156 – 158.

Rechnet man dies auf die Arbeitskräfte-Einheiten um, weisen die einzelbäuerlichen Unternehmen in der Tat die besseren Daten auf. Die letzte Zeile in Tab. 38 zeigt das ordentliche Ergebnis, umgerechnet auf die landwirtschaftliche Nutzfläche.

Das ordentliche Ergebnis wird wie folgt berechnet:

„Dieser Kennwert stellt eine Fortschreibung des bisherigen bereinigten (zeitraumechten) Gewinnes dar. Neben der bisherigen Bereinigung um zeitraumfremde und außerordentliche Erträge/ Aufwendungen (neutraler Ertrag/ Aufwand) wird die Ausgangsgröße Gewinn/Verlust auch um Investitions-

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

zulagen bereinigt. Bei juristischen Personen wird zusätzlich um die Erträge aus Verlustübernahmen und den abgeführten Gewinnen bereinigt. Rechenformel:

Gewinn/Verlust

- Investitionszulagen
- zeitraumfremde Erträge
- + zeitraumfremde Aufwendungen
- außerordentliche Erträge
- + außerordentliche Aufwendungen
- Erträge aus Verlustübernahme (Jur. Personen)
- + abgeführte Gewinne (Jur. Personen)
- = Ordentliches Ergebnis

Dieser Maßstab zeigt den Unternehmenserfolg ohne neutrale (zeitraumfremde oder außerordentliche) Einflüsse im abgelaufenen Wirtschaftsjahr.“ Aus: LFA M-V 2015, *Definition der Kennzahlen*, S. 8.

Nicht zuletzt aufgrund des niedrigeren Personalaufwands liegen Neben-, Haupterwerbsbetriebe und Personengesellschaften über 300 €/ha, während die juristischen Personen, einschließlich der GmbH & Co. KG auf 145 €/ha kommen.

Betrachtet man die ordentlichen Ergebnisse je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche auf Bundesländerebene (vgl. Abb. 257), dann liegen die süddeutschen Bundesländer mit Ausnahme Hessens und des Saarlandes über dem gesamtdeutschen Durchschnitt der Haupterwerbsbetriebe (einschließlich Personengesellschaften) von 557 € je ha. Die dortigen Betriebe arbeiten relativ dicht am Endkunden (starke Direktvermarktung), nutzen die starke Kaufkraft der Städte für verstärkten Gemüse- und Gartenbau. Nordrhein-Westfalen liegt mit 643 €/ha ebenfalls über dem Durchschnitt. Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die nordostdeutschen Länder wurden durch den Preisverfall bei Getreide, Milch und Schweinefleisch schwer getroffen und erreichten etwa zwei Drittel des Durchschnitts. Die juristischen Personen Ostdeutschlands (einschließlich GmbH & Co. KG) lagen weit unter diesen Werten. Ihr ordentliches Ergebnis reichte von 156 €/ha in Brandenburg bis 198 €/ha in Thüringen. Regionale Besonderheiten wie gute Böden (z. B. in Sachsen-Anhalt) oder starke Nachfrage nach hochwertigen landwirtschaftlichen Produkten (Metropolregionen Berlin und Mitteldeutschland) haben offenbar geringe Einflüsse auf das ordentliche Ergebnis juristischer Personen. Die niedrigen Werte scheinen hauptsächlich durch die Art der Rechtsform determiniert zu sein.

8.5 SUBVENTIONEN

Die direkten Subventionen für die Landwirtschaft setzten sich bis 2014/15 im Wesentlichen aus der Flächenprämie, aus Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen, der teilweisen Steuererstattung für Agrardiesel aus dem Bundeshaushalt, Zins- und Investitionszuschüssen und der Ausgleichszulage zusammen. Nach den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe machen diese Subventionen deutschlandweit im Winterjahr 2014/15 um 410 € je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche aus.

Fast drei Viertel der Subventionen entfielen auf die Flächenprämie, die in früheren Jahren etwa 350 € je ha und 2014/15 knapp 300 € je ha ausmachte. Das Jahr 2014/15 ist ungewöhnlich, weil es faktisch zwischen zwei Förderperioden liegt.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

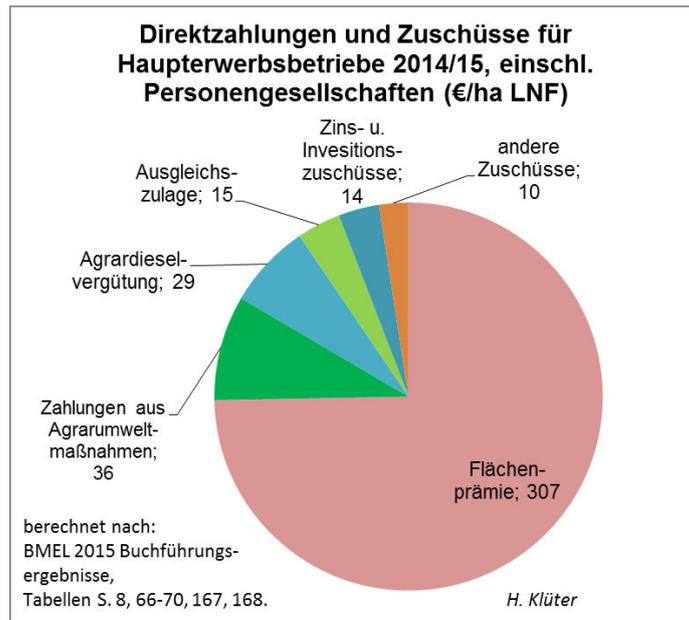


Abb. 258: Direktzahlungen und Zuschüsse für Haupterwerbsbetriebe 2014/15, einschl. Personengesellschaften (€/ha LNF)

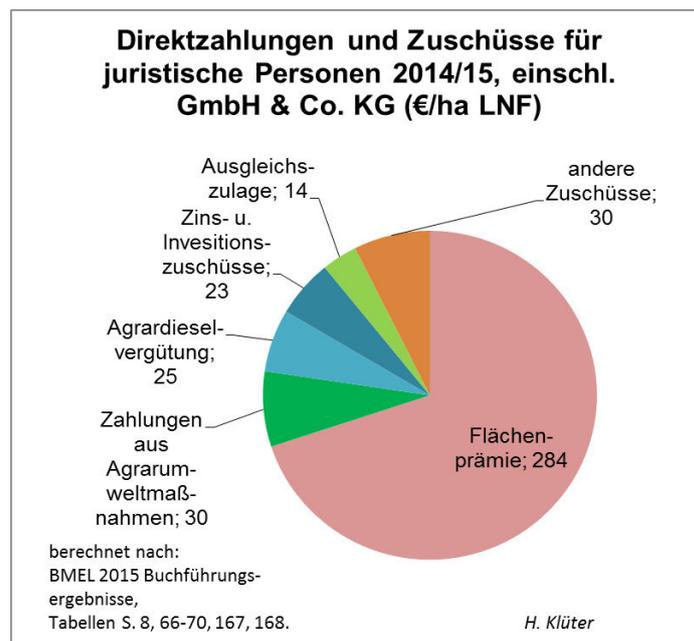


Abb. 259: Direktzahlungen und Zuschüsse für juristische Personen 2014/15, einschl. GmbH & Co.KG (€/ha LNF)

2013 standen für die Flächenprämie bundesweit etwa 5,8 Mrd. € zur Verfügung. 2014 waren es umstellungsbedingt 4,8 Mrd. €. Für 2015 liegen noch keine Daten vor. Die Flächenprämie ist für große Betriebe und Kapitalanleger ein wichtiges Motiv, Land zu pachten oder zu erwerben. Betriebe ab etwa 3000 ha erhalten ca. 1 Million € Flächenprämie pro Jahr. Kleinere Unternehmen und Nachfrager nach Land werden durch überhöhte Kauf- und Pachtpreise aus dem Markt gedrängt. In einigen Regionen

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

sind Kauf- und Pachtpreise so hoch, dass sie durch normalen Ackerbau nicht refinanzierbar sind (vgl. Kap. 7.5, 7.6)

Größter Empfänger von Flächenprämien, einschließlich ELER-Zahlungen und anderer EU-Gelder, war in Mecklenburg-Vorpommern nach der BLE-Datei 2014 der landeseigene „Betrieb für Bau und Liegenschaften, Rostock“ mit 4,872 Millionen €. An zweiter Stelle folgte das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern mit 4,689 Millionen €. Die Landesforsten in Malchin erhielten 4,437 Millionen € und die Landgesellschaft in Leezen 2,298 Millionen €. Nach www.agrar-direktzahlungen.de gab es noch 2 weitere Empfänger, die mit mehr als 2 Millionen € aus EU-Mitteln subventioniert wurden. Diese Zahlen beziehen sich allerdings auf das Jahr 2013. In demselben Jahr gab es 12 Betriebe, die zwischen 1 und 2 Millionen € an EU-Subventionen bekamen. 119 Betriebe erhielten Subventionen im Rahmen einer halben bis einer Million €.

Die damalige KTG-Agrar-Holding trat in den BLE-Listen direkt nur mit KTG – Energie AG, Hamburg, auf. Sie erhielt 2014 die vergleichsweise bescheidene Summe von 95.083,06 € an Flächenprämie (www.agrar-fischerei-zahlungen.de ; 10.02.2016).

Die Subventionsportfolios von juristischen Personen und Haupterwerbsbetrieben unterscheiden sich insofern, als für die ersteren Zins- und Investitionszuschüsse sehr bedeutsam sind. Der durchschnittliche Verschuldungsgrad von Haupterwerbsbetrieben lag im Wirtschaftsjahr 2014/15 bei 22 %, bei juristischen Personen, einschließlich der GmbH & Co. KG, jedoch bei 40 %.

Unverständlich niedrig im Vergleich zu den Flächenprämien waren die Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen und die Ausgleichszahlungen für die Bewirtschaftung benachteiligter Flächen. In der neuen Förderperiode wird dieser Katalog zu Agrar-Umwelt-Klima-Maßnahmen (= AUKM) erweitert.

Im Widerspruch zur Intention der AUKM steht die teilweise Steuererstattung für Agrardiesel.

Diesel wird in Deutschland im Gegensatz zur europäischen Praxis schwächer besteuert als das saubere Benzin. Die zusätzliche Agrardieselvergütung begünstigt übergroße Maschinen und verlängerte Transportwege per LKW. Auch qual- und stressvolle Tiertransporte werden auf diese Weise subventioniert. Die Übermotorisierung in der deutschen Landwirtschaft – auch in kleineren Betrieben – ist wiederum ein wichtiges Element in den Absatzstrategien der Maschinenbauer. Die ständig wachsende Größe der Traktoren und der teilweise absurde Energiebedarf einiger Maschinen verdeutlichen dies.

Die Frage, in welchem Maße landwirtschaftliche Aktivitäten durch diese Subventionen beeinflusst werden, fällt regional sehr unterschiedlich aus. Modellhaft kann man vom ordentlichen Ergebnis je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche die Flächenprämie und die Agrardieselvergütung abziehen. Den Haupterwerbsbetrieben, einschließlich den Personengemeinschaften, verbleiben nach den Buchführungsergebnissen 221 €. In den durch Gartenbau geprägten Stadtstaaten sind es 7.149 €/ha, im Saarland waren es -80 €/ha. Kleinbetrieblich strukturierte Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lagen über dem Durchschnitt. Die anderen nordwest- und ostdeutschen Bundesländer lagen weit unter dem Durchschnitt.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

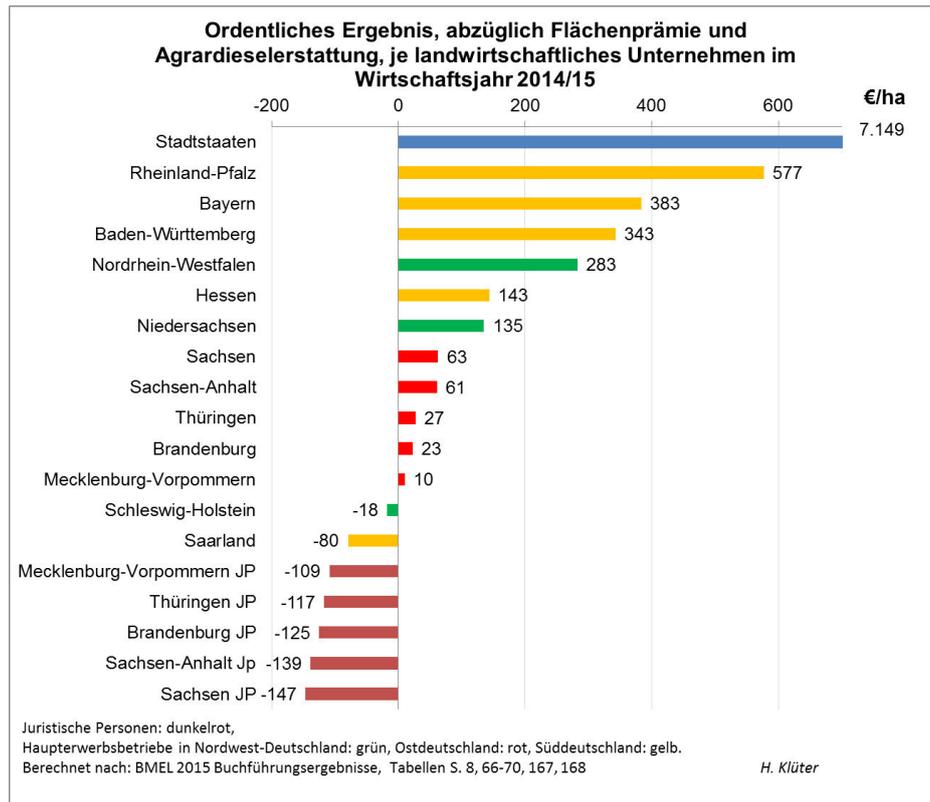


Abb. 260: Ordentliches Ergebnis, abzüglich Flächenprämie und Agrardieselerstattung, je landwirtschaftliches Unternehmen im Wirtschaftsjahr 2014/15

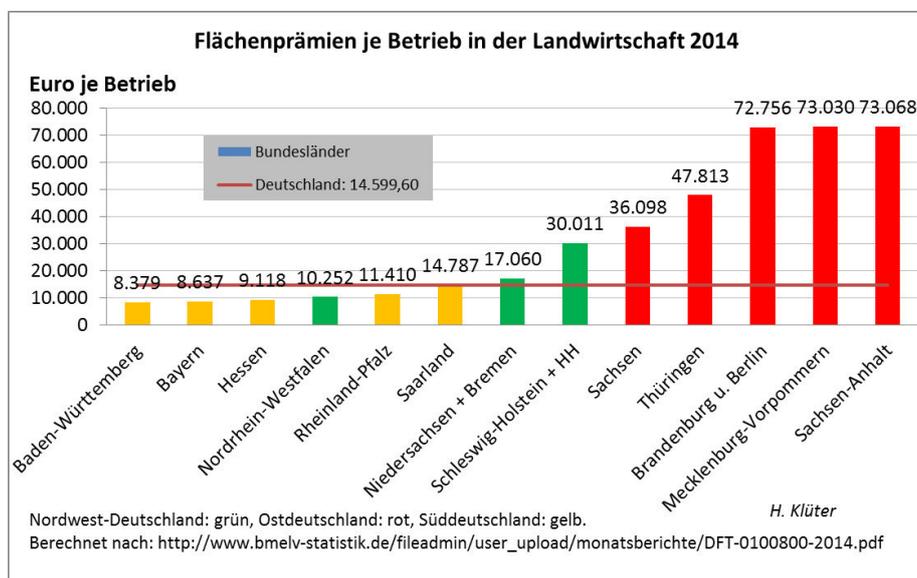


Abb. 261: Flächenprämien je Betrieb in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2014

Bei den juristischen Personen lagen die Werte zwischen -109 und -147 €/ha. Bei diesen Betrieben ist die direkte Abhängigkeit von den genannten Subventionen am größten.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

In der LFA-Statistik Mecklenburg-Vorpommerns, die teilweise andere Werte als die BLE-Statistik ausweist, sind auch Angaben über bäuerliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe enthalten. Sie nehmen die Agrardieselvergütung weniger in Anspruch als die Personengesellschaften und juristischen Personen. Das beste ordentliche Ergebnis ohne Flächenprämien und Agrardieselvergütung erzielen die Nebenerwerbsbetriebe mit +45 €/ha. Die bäuerlichen Haupteinwerbsbetriebe liegen mit +5 €/ha knapp über Null. Für die juristischen Personen wird mit -151 €/ha ein erheblich größeres Defizit als in der BLE-Statistik (-109 €/ha) ausgewiesen.

Tab. 39: Ordentliches Ergebnis landwirtschaftlicher Unternehmen, abzüglich der Flächenprämie und der Agrardieselerstattung, nach Rechtsformen in Mecklenburg-Vorpommern im Wirtschaftsjahr 2014/15

	Einheit	Haupt- erwerbs- betriebe	Neben- erwerbs- betriebe	Personen- gesell- schaften	Jur. Personen und GmbH & Co. KG	Be- triebe insges.
Betriebe 2013	Anzahl	ca. 1300	ca. 1700	ca. 600	ca. 1.100	4.700
Landwirtschaftlich ge- nutzte Fläche je Unter- nehmen 2013	ha je Unter- nehmen	253	47	347,3	652,6	284
Testbetriebe als Anteil an allen Betrieben	in %	11,3	0,3	8,2	8,1	6,2
Testbetriebe	Anzahl	147	5	49	89	290
ordentliches Ergebnis	€/ha LF	312	345	321	145	206
Direktzahlungen u. Zu- schüsse	€/ha LF	329	316	316	343	337
Flächenprämie	€/ha LF	285	283	276	281	281
Agrardieselerstattung	€/ha LF	22	17	26	25	25
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	14	3	6	7	8
Ordentliches Ergebnis, abzüglich Flächenprämie und Agrardieselerstat- tung	€/ha LF	5	45	19	-151	-100

Berechnet nach: LFA M-V 2016, Testbetriebsergebnisse 2014/15; Stat. Jahrb. M-V, S. 156 – 158.

Ein anderer Weg, die Subventionsabhängigkeit einzuschätzen, bietet die Datenbank Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (ZID), deren kumulierte Jahresergebnisse vom Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung veröffentlicht werden. 2014 gab es in Deutschland 325.345 Betriebe,

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

die Anträge auf Flächenprämie stellen konnten. In Mecklenburg-Vorpommern waren es 4.779 – und in Bayern mit 110.740 etwa 23-mal mehr.

Die durchschnittliche Höhe eines Zahlungsanspruchs betrug deutschlandweit 14.559,60 €. Die regionalen Unterschiede spiegeln die Flächengrößen. In Süddeutschland betrugen die Zahlungen 8.000 bis 15.000 € je Betrieb. In Nordrhein-Westfalen waren es 10.252 €.

In Schleswig-Holstein mit Hamburg waren die Prämien je Betrieb bereits doppelt so hoch. Dargestellt sind nicht die konkreten Abrufungen, sondern die Zahlungsansprüche und die Zahl der Berechtigten.

In den nordostdeutschen Bundesländern ergaben sich mit über 70.000 € je Betrieb die höchsten Ansprüche. Ein Betriebsinhaber mit derart hoher Subvention hat sicher weniger Motivation, Salat oder Möhren anzubauen oder Ziegen zu züchten, als jemand, der nur 8.000 € pro Jahr bekommt und darauf angewiesen ist aus seiner geringen Nutzfläche seinen Lebensunterhalt herauswirtschaften.

Das schlägt sich direkt in der Wertschöpfung nieder. Im Durchschnitt lag sie 2014 3,71-mal höher als die Flächenprämie. In Rheinland-Pfalz wurden aus 1 € Flächenprämie 8,55 € und in Baden-Württemberg 4,96 € erwirtschaftet. Damit lagen sie 130 % bzw. 34 % über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Auch Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen/Bremen erzielten überdurchschnittliche Durchschnittswerte. Am schlechtesten war das Verhältnis zwischen Wertschöpfung und Flächenprämien in Nordostdeutschland und im Saarland. Für diese Bundesländer ist eine entsprechend hohe Subventionsabhängigkeit anzunehmen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden mit 1 € Flächenprämie nur 2,63 € Bruttowertschöpfung erzeugt. Damit lag das nordostdeutsche Bundesland fast 30 % unter dem deutschen Durchschnitt von 3,71 €. Kein ostdeutsches Bundesland erreichte diesen Durchschnittswert.

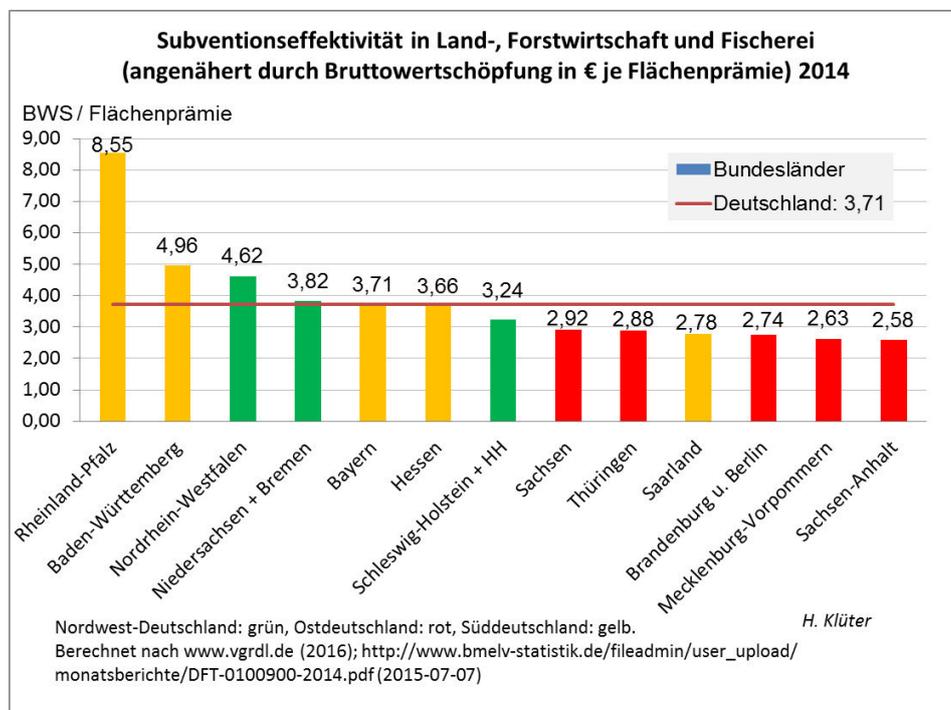


Abb. 262: Subventionseffektivität in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2014

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Gegen diese Berechnung wird oft eingewandt, dass sich die regionalen Werte der Flächenprämie je ha LNF unterscheiden.

„Die Zahlungsansprüche der Betriebsinhaber hatten zunächst unterschiedliche Werte. Dies war insbesondere davon abhängig, ob in die Ermittlung - ein flächenbezogener Betrag für Ackerland und Dauergrünland und - eventuelle betriebsindividuelle Beträge (insbesondere historische Tierprämien, Milch, Zucker, Tabak) eingeflossen sind. Zwischen 2010 und 2013 wurden die Zahlungsansprüche schrittweise zu regional einheitlichen Werten angepasst und im Jahre 2014 linear um 17,03 % gekürzt. Im Jahr 2014 lagen die regionalen Werte im Ergebnis zwischen 245,18 € (RP) und 304,37 € (NI/HB).“
Aus: http://www.bmel-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/DFB-0020000-2014.pdf (2015-10-06)

Die Unterschiede variieren jedoch nur von +6,6 % in Niedersachsen/Bremen bis -14,1 % in Rheinland-Pfalz. Das Bundesland mit der niedrigsten Flächenprämie ist also gleichzeitig das mit der höchsten Subventionseffektivität. In Mecklenburg-Vorpommern war die Flächenprämie 2014 3,2 % niedriger, die Subventionseffektivität jedoch fast 30 % niedriger als im deutschen Durchschnitt.

Tab. 40: Abweichungen der regionalen Werte der Zahlungsansprüche je ha LNF im Rahmen der Betriebsprämienregelung im Jahre 2014

	regionaler Wert	Abweichung vom deutschen Mittelwert
Niedersachsen + Bremen	304,37	+6,6 %
Bayern	299,49	+4,9 %
Nordrhein-Westfalen	298,46	+4,5 %
Sachsen	297,96	+4,4 %
Schleswig-Holstein + Hamburg	297,81	+4,3 %
Sachsen-Anhalt	297,15	+4,1 %
Thüringen	288,35	+1,0 %
Deutschland	285,51	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	276,48	-3,2 %
Baden-Württemberg	256,15	-10,3 %
Brandenburg + Berlin	253,67	-11,2 %
Hessen	245,87	-13,9 %
Saarland	245,34	-14,1 %
Rheinland-Pfalz	245,18	-14,1 %

Berechnet nach: http://www.bmel-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/DFB-0020000-2014.pdf (2015-10-06)

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

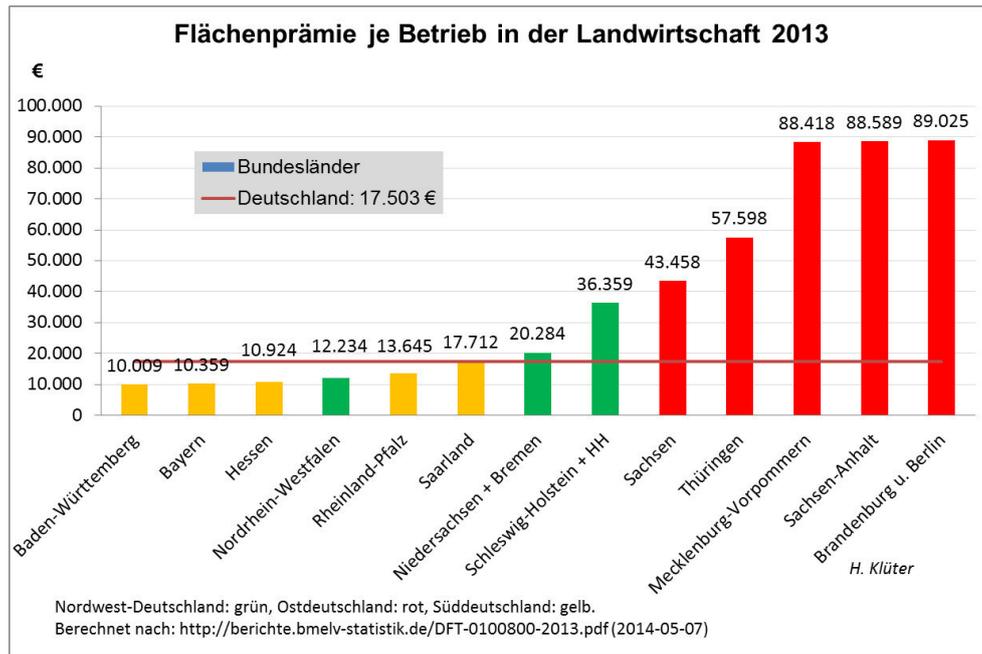


Abb. 263: Flächenprämie je Betrieb in der Landwirtschaft nach Bundesländern 2013

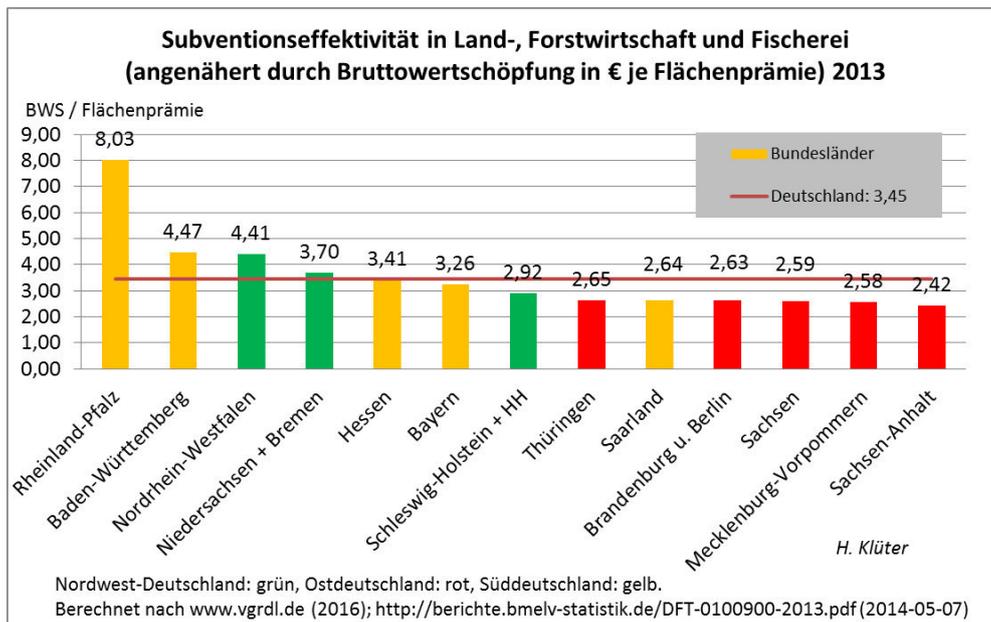


Abb. 264: Subventionseffektivität in Land-, Forstwirtschaft und Fischerei nach Bundesländern 2013

Da das Jahr 2014 ein Übergangsjahr zwischen zwei Förderperioden war, lag 2013 und in den vorausgehenden Jahren die kumulierte Flächenprämie um 1 Mrd. € höher. Der durchschnittliche Zahlungsanspruch lag in Gesamtdeutschland mit 17.503 € etwa 2.900 € höher als 2014. In Mecklenburg-Vorpommern lag der durchschnittliche Zahlungsanspruch rund 15.000 € höher (vgl. Abb. 263).

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Das hat die begünstigten Unternehmen jedoch nicht veranlasst, mehr zu produzieren. Stattdessen war die Subventionseffektivität mit 2,58 € Bruttowertschöpfung noch niedriger als im Jahre 2014. Das ist umso erstaunlicher, als in Ostdeutschland 2013 eine relativ gute Ernte eingefahren werden konnte.

Auch in Rheinland-Pfalz wurde 2014 eine bessere Subventionseffektivität als 2013 erzielt. Im gesamtdeutschen Durchschnitt stieg sie um 0,36 € - was größtenteils mit der schlichten Reduzierung der Subvention zu erklären ist.

Die Verteilung der Flächenprämien nach Höhe der Auszahlungen zeigt für Mecklenburg-Vorpommern erhebliche Asymmetrien. 6,2 % der Betriebe – 294 an der Zahl - erhielten 36,1 % der kumulierten Flächenprämie. In der Klasse mit mehr als 300.000 € an Zahlungsansprüchen betrug der durchschnittliche Prämienanspruch 459.000 € pro Betrieb. Damit stellt der großflächige Agrarflächenerwerb eine der einfachsten Formen zum Abgreifen von Subventionen dar. Während der Bürgermeister einer Landgemeinde für eine staatliche Förderung von 450.000 € viele Anträge schreiben muss, bekommt ein agrarischer Großbetrieb die Förderung jedes Jahr regelmäßig und ohne großes Federlesen. Damit werden im ländlichen Raum diejenigen Strukturen, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und vernichten, stärker gefördert, als diejenigen, die in der Gemeinde neue Arbeit einrichten möchten. Es gibt eine ganze Reihe von Großbetrieben, die ihre Subventionen vollständig zur Qualitätsverbesserung, Bedienung der Nachfrage und im Sinne einer konstruktiven Regionalentwicklung einsetzen und damit beachtliche Erfolge erzielen (vgl. Kap. 12, 14). In der landwirtschaftlichen Gesamtbilanz Mecklenburg-Vorpommerns bilden sie jedoch eine Minderheit. Das, was diese Betriebe positiv zur Bruttowertschöpfung beitragen, geht durch der regionalen Wirtschaft durch andere, extraktiv orientierte Betriebe überproportional verloren.

Während in Mecklenburg-Vorpommern die ländliche Mittelschicht bei Flächenprämien fast leer ausgeht, stellt sie im benachbarten Schleswig-Holstein mit den Klassen der Zahlungsanträge von 20.000 bis 100.000 € die bedeutendsten Empfängergruppen. Sie erhalten kumuliert über 200 Millionen €, während in Mecklenburg-Vorpommern für diese Gruppen nur 65 Millionen € zur Verfügung stehen. In Mecklenburg-Vorpommern werden damit 1.128 mittlere Betriebe gefördert. In Schleswig-Holstein sind es in dieser Klasse mit 5.400 Betrieben fast fünfmal so viel.

Noch drastischer fällt der Vergleich zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen aus. Nordrhein-Westfalen hat eine etwas größere landwirtschaftliche Nutzfläche als Mecklenburg-Vorpommern. Das Gesamtvolumen der Flächenprämien übertraf mit 459,6 Millionen € das mecklenburg-vorpommersche (373,8 Millionen €) um 23 %. In Nordrhein-Westfalen gab es nur fünf Empfänger mit Ansprüchen von über 300.000 €. 130 Millionen €, die in Mecklenburg-Vorpommern an die Großbetriebe dieser Klasse gingen, standen in Nordrhein-Westfalen also für die Förderung kleiner und mittlerer Betriebe zusätzlich zur Verfügung. Das meiste Geld ging mit 187 Millionen € an die 6.438 Betriebe mit Ansprüchen von 20.000 bis 50.000 € – eine Klasse, die in Mecklenburg-Vorpommern nur 530 Betriebe zählt.

Die folgenden beiden Karten zeigen die Verteilung der 231 Subventionsmillionäre in Deutschland, wie Sie für das Jahr 2013 von www.agrar-direktzahlungen.de abrufbar sind. Auf der Karte der Empfänger von 1 bis 2 Millionen € zeichnet sich deutlich die ehemalige Westgrenze der DDR ab. Besonders hoch ist die Dichte dieser Betriebe in Mitteldeutschland. Bei den Empfängern westlich dieser Grenze handelt es sich meist um öffentlich rechtliche juristische Personen. Das gilt auch größtenteils für die westdeutschen Empfänger, die über 2 Millionen € Subventionen erhielten. In Ostdeutschland treten neben

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

dieser Gruppe auch einige privatrechtliche juristische Personen als Empfänger auf, wie die Agrargesellschaft Pfiffelbach in Thüringen nordöstlich von Weimar oder Agrarprodukte Ludwigshof in Ranis südlich von Pößneck.

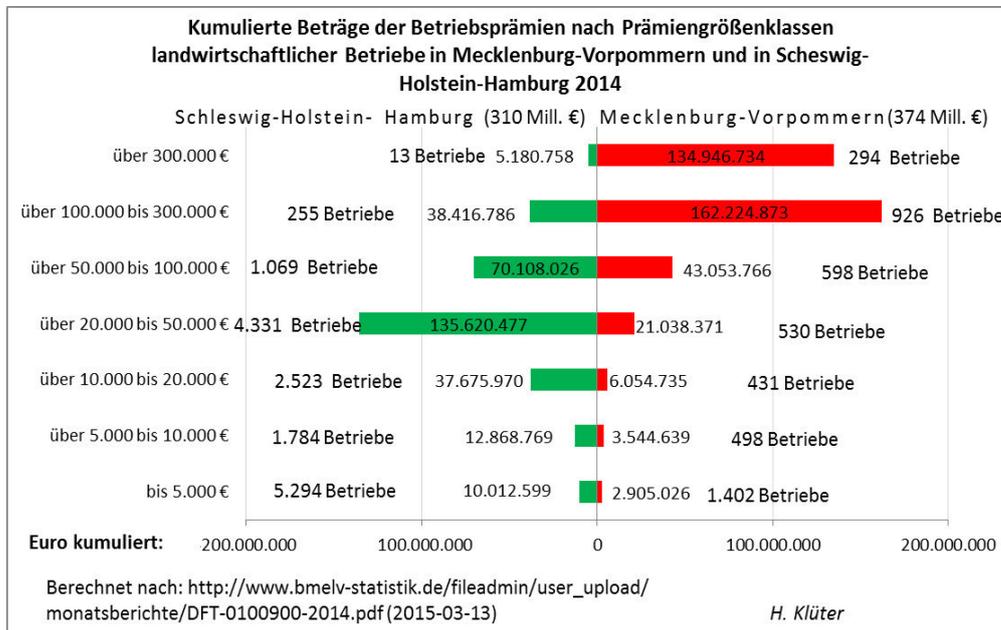


Abb. 265: Kumulierte Beträge der Betriebsprämien nach Prämiengrößenklassen landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein-Hamburg 2014

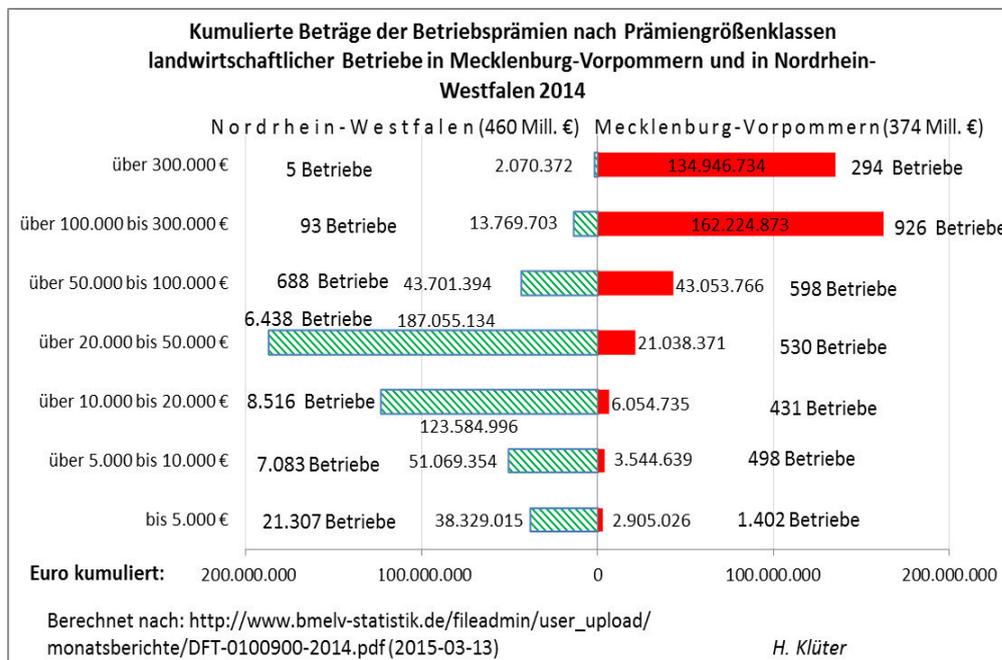
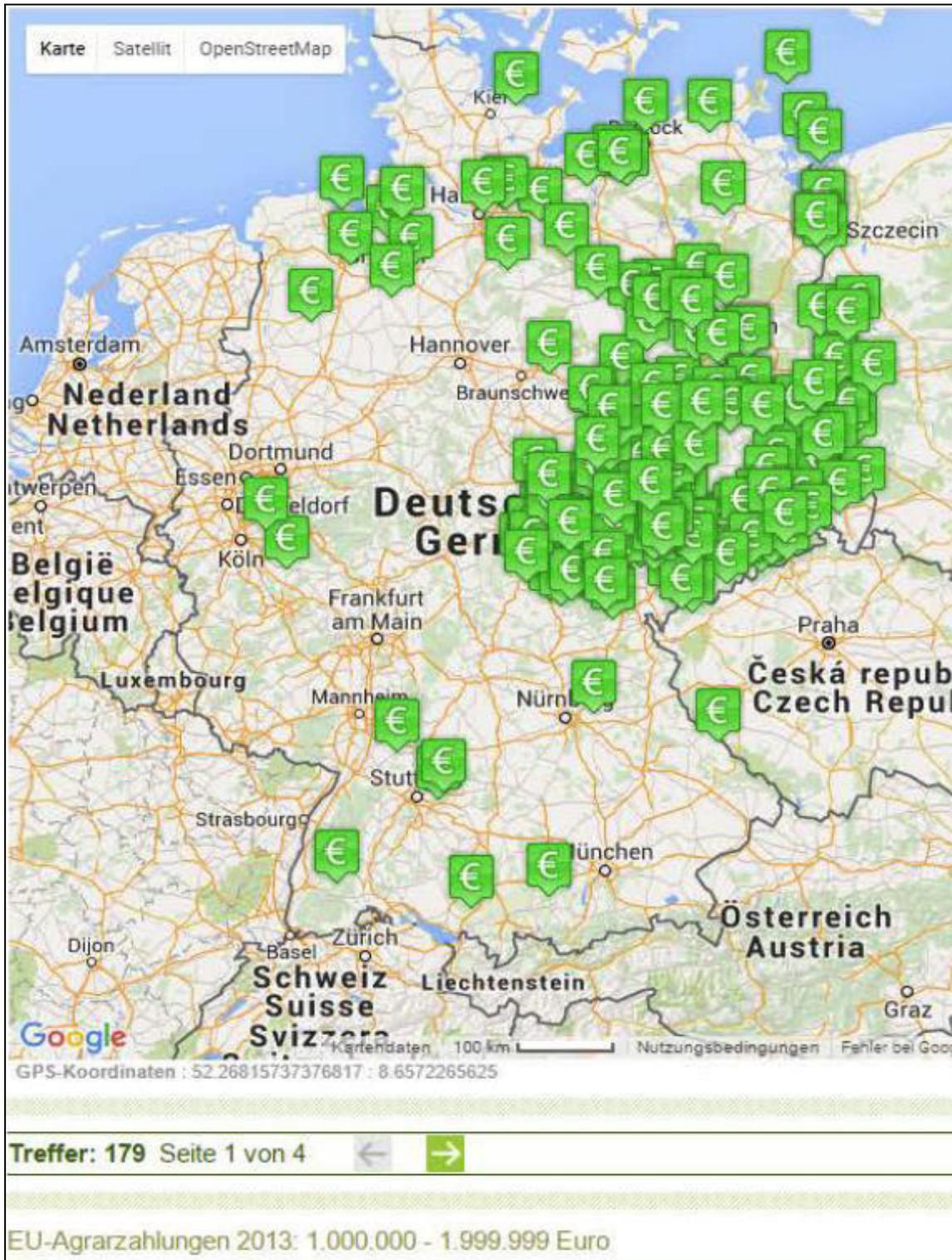


Abb. 266: Kumulierte Beträge der Betriebsprämien nach Prämiengrößenklassen landwirtschaftlicher Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern und in Nordrhein-Westfalen 2014

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich



Karte 27: Räumliche Verteilung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen im Umfang von 1 bis 2 Millionen € 2013

Aus: <http://www.agrar-direktzahlungen.de/site.php?SITEID=1397665044> (2016-03-04)

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich



Karte 28: Räumliche Verteilung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen im Umfang von über 2 Millionen € 2013 Aus: <http://www.agrar-direktzahlungen.de/site.php?SITEID=1397665044> (2016-03-04)

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Mit der Umsetzung der EU-Agrarreform 2014 – 2020 wird sich an diesem Modus einiges ändern. Die Disproportionen zwischen übergroßen und mittleren Betrieben bleiben jedoch weitgehend erhalten (vgl. *BMEL 2015, Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland*).

Während die Flächenprämien in Westdeutschland einer relativ breiten Schicht mittlerer Betriebe zugutekommen, werden in Mecklenburg-Vorpommern die bestehenden neofeudalen Strukturen gestärkt. Sie werden so stark gefördert, dass die landwirtschaftliche Produktion für viele Großbetriebe zweitrangig ist. Es ist eigentlich egal, womit die Felder bestellt werden. Hauptsache scheint zu sein, dass Ende des Jahres die Flächenprämie kommt, und dass man davon nicht zu viel an die Arbeitskräfte abgeben muss. Die Flächenprämie gestattet es auch, die Ernte zu Niedrigstpreisen zu verkaufen.

Damit eröffnen die Großbetriebe eine Preisspirale nach unten, die die weniger stark geförderten kleinen und mittleren Betriebe zur Aufgabe zwingt. Auch dieser Prozess trägt dazu bei, dass in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern mit dem derzeitigen Modus der Subventionierung die Umverteilung landwirtschaftlicher Vermögen von unten nach oben begünstigt wird.

In diesen Zahlen zeigt sich, dass betriebswirtschaftliche und regionalwirtschaftliche Rationalität nicht übereinstimmen: Für die Großbetriebe ist es sinnvoll, ihre Arbeitskräfte zu minimieren und betriebswirtschaftliche Ausrichtungen zu wählen, die möglichst kostengünstig Flächenprämien und Spekulationsgewinne durch Landverkäufe abschöpfen können. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht führt dies zu einer extrem niedrigen Flächenproduktivität und zu der für ein Agrarland wie Mecklenburg-Vorpommern paradoxen Notwendigkeit, gerade im Hochpreisniveau von Gemüse, Obst, Blumen und ökologischen Lebensmitteln auf Einfuhr angewiesen zu sein.

8.6 AGRARINDUSTRIE

Die fehlende Umsetzung der Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenmarkt hat gezeigt, dass landwirtschaftsbezogene Behörden und Ministerien mit den neuen Aktivitäten-Spektren einiger Großbetriebe überfordert sind. Auch die Ausweitung in die Immobilienwirtschaft, die die Bezeichnung „Bodenmarkt“ suggeriert, greift offensichtlich zu kurz.

Das neue strategische Element, das hier unternehmerisch wirksam wird, besteht in der Verknüpfung von

- agrarischen Aktivitäten
- mit bestimmten Formen industrieller Massenproduktion
- und professioneller Finanz- und Börsenwirtschaft.

Das agrarische Vermögen an Grund und Boden und die Stetigkeit des staatlich finanzierten Flächenprämienzuflusses dienen als Sicherheit für Operationen im Finanzwesen. Am Ende dieses Entwicklungsprozesses stehen finanzwirtschaftliche Strukturen, in denen die agrarischen und industriellen Aktivitäten den Charakter von Einkommenskombinationen tragen, aber nicht mehr Unternehmenszweck sind.

Derzeit sind diese großbetrieblichen Strukturen normalen einzelbäuerlichen Strukturen gegenüber stark privilegiert und zwar aus folgenden Gründen:

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

1. Durch ihre Flächengröße haben sie einen Zugriff auf besonders hohe Flächenprämien, die aufgrund der starken Flächenkonzentration bzw. Bündelung in den zweistelligen Millionenbereich reichen.
2. Als Nachfolgebetriebe der LPG und anderer Strukturen genießen die Unternehmen einen besonderen Zugriff auf Pachtland, insbesondere auf BVVG-Land. Lange Zeit konnten sie diese Ländereien auch privilegiert erwerben. Die schlimmsten Auswüchse dieser Praktiken (vgl. Gerke 2008) sind inzwischen durch neue Vergabekriterien abgestellt. Doch die meisten BVVG-Flächen sind inzwischen verkauft. Viele der privilegierenden Altverträge in der Verpachtung laufen nach wie vor weiter.
3. Die Unternehmensgröße sorgt in Verbindung mit der Flächenprämie dafür, dass ein Großunternehmen mehr öffentliche Subventionen und Fördermittel erhält als die lokale Dorfgemeinde, in der der Betrieb sich befindet. Der agrarische Großbetrieb, der Arbeitsplätze aufgrund von Rationalisierung abbaut oder sie durch Pacht und Aufkauf bisher bäuerlicher Flächen verdrängt, wird von der öffentlichen Hand stärker subventioniert als die politische Gemeinde, in der der Betrieb liegt und die sich möglicherweise um neue Arbeitsplätze bemüht (vgl. S. 318). Auch der „demographische Wandel“ auf dem Lande erfährt eine Akzentuierung: 12 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche werden per Flächenprämie ohne weitere Öko- oder Naturschutzaufgaben von der Öffentlichen Hand stärker subventioniert als ein Kind. Für ein Kind erhält man bis zu 2.700 € Kindergeld, für 12 ha LNF über 2.800 € Flächenprämie. Die sich daraus ergebenden realen Machtstrukturen vor Ort erinnern in vieler Hinsicht an feudalzeitliche Verhältnisse.
4. Nicht zuletzt aufgrund der besonderen Unternehmensgröße und des stetigen Zuflusses an Flächenprämien haben Großunternehmen einen besonderen Zugriff auf Kredite und Kapital aus nicht landwirtschaftlichen Quellen.
5. Die „nichtlandwirtschaftlichen Quellen“ können Einzelunternehmen und echte Personengesellschaften (ohne Beteiligung juristischer Personen) in andere Rechtsformen umwandeln und den Landerwerb nicht über Agrarflächenkäufe, sondern den Erwerb von Unternehmensanteilen und Neugründungen organisieren. Auf diese Weise ist der Landerwerb den Kontrollen der Agrarbehörden entzogen. Das Grundstücksverkehrsgesetz ist in solchen Fällen wirkungslos.
6. Die Verschachtelung der Betriebe in große Konsortien verteilt die Unternehmensführung auf mehrere Strukturen, an denen das auf natürliche Personen zugeschnittene Agrarkontrollrecht abprallt.
7. Die oft durch aufwändige, professionalisierte Rechtsabteilungen gesicherten Großunternehmen haben weitläufige juristische Möglichkeiten, sich gegen unerwünschte Auflagen, Verordnungen, Sanktionen oder Strafen der juristisch nicht so versierten lokalen Behörden zur Wehr zu setzen. Am 22.03.2014 erschien in der Ostsee-Zeitung ein Artikel mit der Überschrift „Behörden mit Sauenanlage überfordert“. Es ging um die Art und Weise, wie Adriaan Straathof, der Besitzer einer Massentierhaltung in Alt-Tellin Auflagen und Regeln der Unteren Wasserbehörde austrickste. (OZ vom 22.03.2014, S. 5) Solche Möglichkeiten stehen Einzelbauern in der Regel nicht zur Verfügung. Ein Jahr später wurde bekannt, dass es in Straathofs Betrieben

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

bei 213 Kontrollen von Landesämtern und Veterinärbehörden 207 Fälle von Beanstandungen gegeben hatte, ohne dass ein Betriebsverbot ausgesprochen wurde. Ein solches Verbot wurde schließlich vom Landratsamt Jerichower Land für Straathofs Anlage in Gladau erteilt – also in Sachsen-Anhalt, und nicht in Mecklenburg-Vorpommern.

8. Viele Behördenmitarbeiter schützen sich vor derartigen Auseinandersetzungen dadurch, dass Kontrollen nur selten durchgeführt werden. Wenn sie durchgeführt werden, wird manchmal dafür Sorge getragen, dass das nicht unangemeldet geschieht, zumal auch jemand vor Ort sein muss, der die gewünschten Auskünfte geben kann.
9. Trotz der drastischen Vorfälle erhalten kriminelle oder halbkriminelle Strukturen Unterstützung von der Landesregierung. Zu einem Zeitpunkt, als Straathof in den Niederlanden schon mehrfach wegen Tierquälerei verurteilt war, wurde er bei seiner Flucht nach Mecklenburg-Vorpommern von Landesbehörden unterstützt.

„Da ist zum Beispiel der Brief, mit dem Hartmut Pätzold, der Bürgermeister von Medow, im Februar 2010 die neun Mitglieder des Gemeinderats unter Druck setzte: Sie hatten eine Veränderungssperre für das Gelände beschlossen, auf dem Straathof seine Anlage betrieb. Die Sperre sollte eine Vergrößerung der Anlage verhindern. Doch der Bürgermeister widersprach und übernahm Teile seiner Begründung direkt aus einem Schreiben von Straathofs juristischen Beratern. Darin wiesen sie darauf hin, dass jedes Mitglied des Gemeinderats bei Regressforderungen mit seinem Privatvermögen haften. Gegenüber der *ZEIT* wollte sich Pätzold dazu nicht äußern.

Außerdem ist da noch das Schreiben einer Dezernentin des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt in Vorpommern. Darin forderte sie den Gemeinderat von Medow im November 2012 auf, einer Erweiterung der Straathof-Anlage um mehr als 13.000 Mastplätze zuzustimmen. Mit Blick auf die Belastung durch Geruch, Keime, Überdüngung und Lärm hatte der Gemeinderat das zuvor verweigert. Auch die Dezernentin drohte: Die Behörde, schrieb sie, könne das Einverständnis der Gemeinde auch ersetzen.

In Mecklenburg-Vorpommern gehört die Unterstützung der Agrarindustrie zur Landesräson, Politiker und Behörden buhlen um Agrarindustrielle wie Adriaan Straathof. Dazu wurden bereits Anfang der neunziger Jahre die Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH und die LMS Agrarberatung GmbH gegründet. Beide Unternehmen gehören mehrheitlich dem Land Mecklenburg-Vorpommern. Sie sollen Agrarbetriebe beraten und so Investoren in die Region locken. Wie in Alt Tellin.

Einer von Straathofs Betrieben übernahm hier 2011 von einem Anwohner eine alte Schweinezuchtanlage mit rund 3.600 Sauen – und riss sie nieder. An ihre Stelle setzte er einen Betrieb für mehr als 10.000 Sauen. Die Landgesellschaft übernahm die Bauplanung. Dafür erhielt sie von der Straathof-Firma 43.400 Euro. So steht es in einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Grünen. Außerdem half die Landgesellschaft Straathof beim Bau seiner Anlagen in Medow und Fahrbinde sowie bei Anlagen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Insgesamt erhielt sie von Straathofs Betrieben 165.400 Euro.

Auch die andere landeseigene Gesellschaft, die LMS, unterstützte den Züchter bei seinem Bauvorhaben in Alt Tellin: Sie berechnete in einem Antrag die voraussichtliche Umweltbelas-

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

tung seines Mastbetriebs. Normalerweise übernehmen diese Aufgabe private Planungsbüros. Auf Anfrage der *ZEIT* bestätigte das Landwirtschaftsministerium in Schwerin nun erstmals diese Unterstützung: Von 2006 bis 2013 erhielt die LMS für ihre Leistungen in Alt Tellin insgesamt 118.500 Euro von Straathofs Betrieben. Außerdem half sie ihm bei dessen Anlage in Fahrbinde.“ (aus: *Zimmermann 2015*). Seit 2016 ist Adriaan Straathof auch in Deutschland mit einem Berufsverbot belegt.

10. Faktisch sind die betroffenen Unternehmen von unerwarteten Umweltkontrollen und bisweilen auch von unbequemen Tierschutzauflagen befreit. Wenn wirklich Auflagen ausgesprochen werden, sind die Umsetzungszeiträume meist so bemessen, dass die Gegenseite nicht zu klagen braucht. Damit eröffnet sich für die Großbetriebe eine Grauzone ungewöhnlicher Rechtsfreiheiten, die für bäuerliche Einzelunternehmen in der Regel nicht zugänglich ist.
11. Das Kontrollspektrum der Behörden – wenn es angesichts der Personalreduzierungen in den Landes- und Kreisverwaltungen überhaupt noch fachgerecht und regelmäßig durchgeführt werden kann - ist in der Regel sehr eng landwirtschaftlich, wasserwirtschaftlich, selten auch noch bodenkundlich orientiert. Komplexe Folgen großbetrieblicher Aktivitäten wie erhöhte Tierseuchengefahr, MRE-Problematik, Staubstürme, Verunreinigungen der Gewässer durch Überdüngung, Verstetigung des Schadstoffeintrags (Pflanzenschutzmittel) in Böden werden quasi institutional ausgeblendet. Von der Entschädigung und Erstattung der Folgeschäden ihrer Produktion sind diese Betriebe weitgehend befreit. Während in chemischer und pharmazeutischer Industrie über Gifte und Gefahrenstoffe genau Buch geführt werden muss und ihr Verbleib bis auf das letzte Gramm kontrolliert wird, dürfen agrarische Großbetriebe dieselben Stoffe von – aus Chemie-Sicht – meist unqualifiziertem Personal tonnenweise in der offenen Landschaft verklappen lassen.
12. Viele Großbetriebe erzeugen Produkte in Mengen, die es ihnen gestatten, den agrarischen Zwischenhandel zu umgehen und direkt an den Großhandel oder an die Nahrungs- und Futtermittelindustrie zu verkaufen. Die enorme Pass- und Anschlussfähigkeit großagrarischer und großindustrieller Strukturen in der Nahrungs- und Futtermittelerzeugung ist eine der Ursachen dafür, dass in Nordostdeutschland (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt) genau dieser Bereich der größte Industriezweig ist. Die agrarischen Großbetriebe nehmen auf diese Weise Einfluss auf die Erzeugerpreise. Hier zeichnen sich Tendenzen zur vertikalen Konzentration ab: Nahrungs- und Futtermittelkonzerne kaufen agrarische Großbetriebe auf oder schließen mit ihnen langfristige Lieferverträge ab, um von Preisschwankungen unabhängiger zu werden.
13. Die derzeit in Deutschland gebräuchlichen Landwirtschaftsdefinitionen sind mit den genannten Strategien überfordert. Sie wurden größtenteils zu einer Zeit formuliert, als es Privatbetriebe dieser Größenordnung noch nicht gab. Besonders problematisch ist die Definition in Baugesetzbuch § 201 (vgl. S. 24 der vorliegenden Arbeit). Sie gestattet es den Großbetrieben, sich hinter dem eigentlich für bäuerliche Betriebe konzipierten Landwirtschaftsbegriff zu verstecken.

Auf der Basis dieser 13 Privilegien können agrarische Großbetriebe ungehindert planerisch und wirtschaftlich einen Unternehmensstatus einnehmen, der ihnen Vorrechte, Leistungen und Fördermittelzugriff gestattet, die extrem marktverzerrend wirken.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Aus diesen Gründen ist es notwendig, diese Großbetriebe aus der Landwirtschaft auszugliedern. Sie sollen im Folgenden als „Agrarindustrie“ bezeichnet werden.

Für Agrarindustrie gelten folgende Kriterien:

- Filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position,
- Unternehmen oder Unternehmensteile, die nicht von einem orts- oder regionsansässigen Berufslandwirt dauerhaft geführt werden,
- Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Besitz-, Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen („Regionalkartelle“),
- Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV),
und/oder mehr als 2000 Schweinen
oder mehr als 380 Sauen mit 3000 Ferkeln
und/oder mehr als 9000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet,
- Betriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. (vgl.: Klüter 2015, S. 214, 215.)

Agrarbetriebe, die eines der obigen Kriterien erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zu zählen sind. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn Sie im Arbeitskräftebesatz 30 % über dem ausrichtungsspezifischen gesamtdeutschen Mittelwert liegen und/oder in sozial- bzw. regionalökonomisch bzw. -ökologisch bedeutsamen Bereichen wichtige Aufgaben erfüllen.

8.7 ZUR ENTSTEHUNG AGRARINDUSTRIELLER STRUKTUREN IN DEUTSCHLAND

Die lange Liste agrarindustrieller Privilegien, von denen die meisten destruktiv auf die bäuerlichen Betriebe wirken, wirft die Frage auf, wie derartig landwirtschaftsfremde, marktverzerrende Strukturen entstehen konnten.

In der wissenschaftlichen Literatur wird der Begriff „Agrarindustrie“ spätestens seit 1989 genutzt, zunächst zur Beschreibung von agrarstrukturellen Verhältnissen in den USA und im Oldenburger Münsterland (vgl. Windhorst 1989). Mit Tanneberger 2002, Gerke 2003, 2008 und vielen anderen wurde er zunehmend auf die Agrarstrukturen in Ostdeutschland angewandt.

Die hinter diesem Begriff stehenden Sachverhalte sind in Deutschland älter. Die Etablierung der heutigen Agrarindustrie lief in mehreren Stadien ab:

1. 1965 beschloss das Zentralkomitee der SED den Aufbau von Großanlagen für die industrielle Produktion und Verarbeitung von Schlachtvieh. 1966 wurde in Ferdinandshof (Vorpommern-Greifswald) das Kombinat Industrielle Mast (KIM) gegründet. Nach amerikanischen und sowjetischen Vorbildern wurden Großviehanlagen aufgebaut, die keine eigene landwirtschaftliche Futterbasis hatten und ähnlich wie Industriebetriebe organisiert und geführt wurden (vgl. Lambrecht 1977). Die Großanlage in

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Ferdinandshof wurde 1966 mit englischer Hilfe fertig gestellt (vgl. *Bethkenhagen, Lüdke, Wühl 2006, S. 20, 21*). Sie war seinerzeit die größte Rinderzuchtanlage Europas. Heute ist sie die größte von Deutschland.

Der Aufbau des KIM wurde auch in Westdeutschland marktrelevant, und das aus zwei Gründen:

- a) Die Futtermittelbasis der damaligen DDR reichte nicht aus, um das dort gehaltene Vieh zu versorgen.

„Ähnlich wie bei der Beschaffung von Stickstoff- und Phosphatdüngern griff Mitteldeutschland auch im Bezug hochwertiger Futtermittel auf den Interzonenhandel zurück (vgl. Übersicht 45).“
(Tümmler, Merkel, Blohm 1969, S. 265; „Übersicht 45“ bezieht sich auf den Text von Tümmler, Merkel, Blohm)

- b) Da die DDR politisch als Staat nicht anerkannt war, galt sie aus westdeutscher Sicht nicht als Ausland. Wirtschaftlich gesehen war sie bereits damals in mancher Hinsicht De-facto-Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften, den Vorläufern der heutigen EU. Sie durfte ihre Erzeugnisse zollfrei nach Westdeutschland einführen. Für den stark regulierten EG-Agrarmarkt mit Fleischquoten bedeutete dies, dass man in der DDR für Westdeutschland produzieren konnte, ohne den EG-Produktionsbeschränkungen zu unterliegen. Das machten sich einige westdeutsche Viehgroßhändler und Großschlachtereien zunutze.

„Der Weg, den das DDR-Fleisch nimmt, macht die Sache besonders pikant. Der größte Importeur von Rindviechern aus dem Osten ist ein ganz spezieller Spezi von Landesvater Franz Josef Strauß. Der Rosenheimer Fleischwaren-Fabrikant Josef März ("Marox") hat allein für eine Halbjahres-Frist bis März 1986 die Genehmigung des bayrischen Innenministers, 20.000 Bullen aus der DDR nach Bayern einzuführen.“ (aus: „Der Spiegel“ vom 10.02.1986, Heft 7/1986, S. 64, 65.)

Der im Zitat erwähnte Schlachtersohn Franz Josef Strauß war von 1978 bis 1988 bayerischer Ministerpräsident. Die gesamte Produktion der Industriellen Mast in Ferdinandshof, landete also zu DDR-Zeiten in noch stärkerem Maße in westdeutschen Schlachtereien, als das heute, nach der Wiedervereinigung, der Fall ist. Die Warengruppe „Nahrungsmittel und lebende Tiere“ hatte in den 80-er Jahren etwa 4 bis 5% Anteil am gesamten Export der DDR. Das war für ein derart hoch industrialisiertes Land viel. Jedoch ihr Anteil beim Export in die westlichen Industrieländer, in denen Westdeutschland der größte Abnehmer war, lag ab 1986 stetig um die 7% - also um mehr als ein Drittel höher. 1989 wurden 7,5% erzielt (vgl. *Stat. Amt der DDR 1991, S. 279*).

Die Liefer- und Kooperationsbeziehungen vor 1989 können auch erklären, warum im Zuge der Wiedervereinigung die Privatisierung der für die westdeutsche Landwirtschaft weitgehend atypischen Großviehanlagen in einigen Fällen überraschend schnell und reibungslos abgewickelt wurde.

Zu DDR-Zeiten wurden die Großviehanlagen weitgehend als Volkseigene Güter bewirtschaftet, von denen es 1989 464 Einheiten gab. Inwieweit die 3.844 Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) zum damaligen Zeitpunkt als agrarindustrielle Betriebe im heutigen Sinne zu betrachten sind, ist von Fall zu Fall unterschiedlich zu beantworten. In den LPG waren viele ehemalige Bauern beschäftigt, die zum LPG-Beitritt gezwungen worden waren. Da dies auf den Dörfern bekannt war, und man auf deren Arbeitskraft nicht verzichten konnte, war die faktische Binnenstruktur der LPG stark unterschiedlich: In einigen LPG wurden die kritischen Bauern zur Mitarbeit gezwungen – was für den Gesamtbetrieb nicht sehr effektiv war. In anderen LPG wurden sie als Spezialisten be-

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

handelt, hoch geachtet und wahrsten Sinne des Wortes kooperativ zur Mitarbeit stimuliert, was auch die Achtung des in die LPG eingebrachten eigenen Landes einschloss. In Groß Wüstenfelde nördlich von Teterow blieb der relativ lockere Verbund des LPG Typ 1 faktisch bis zur Wiedervereinigung erhalten. Die Entflechtung in die einzelnen alten Bauernhöfe gestaltete sich dort nach der Wende entsprechend einfach (vgl. *Karge 2014*).

2. Am 8. März 1990 fand in Suhl eine Tagung der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) statt. Auf dieser Tagung ließen die von der SED und agrarischen Großbetriebsleitern dominierten Funktionäre über eine Namensänderung abstimmen. Der neue Name lautete „Bauernverband der DDR e. V.“ Mit dieser relativ einfachen Strategie wollte man die Anschließbarkeit an den westdeutschen Bauernverband, und damit das Überleben der eigenen Strukturen sichern.

Bereits im Vorfeld hatte man die Tagung in Suhl als „Bauerntag“ angekündigt – obwohl es in der DDR gar keine freien Bauern mehr gab. Widerspruch gegen diese Art der Anbiederung und des Ausverkaufs gab es merkwürdigerweise weder von den westdeutschen Bauern noch von den Beschäftigten in den ostdeutschen Großbetrieben. Er kam jedoch von den Genossenschaften, also den Vorsitzenden der LPG und der GPG (Gärtnerische Produktionsgenossenschaft). Sie gründeten mit dem Genossenschaftsverband LPG/GPG eine eigene Organisation, die sich jedoch schon bald nicht mehr gegen den Bauernverband durchsetzen konnte. Nach der Wiedervereinigung gab es Überschneidungen und Konflikte mit dem westdeutschen Genossenschaftsverband, so dass der ostdeutsche sich am 07.12.1991 auflöste. Die Kreisgruppe Bad Doberan wurde allerdings erst am 26.02.2016 aus dem Handelsregister gelöscht (<https://www.moneyhouse.de/Genossenschaftsverband-der-LPG-GPG-und-VEG-eV-des-Kreises-Bad-Doberan-Satow> ; 2016-03-11).

Das Wort „Bauernverband“ wurde somit für Ostdeutschland faktisch in einen Großagrarierverband transformiert. Den westdeutschen Verbandsoberen blieb diese Strategie nicht verborgen. Doch es gab mächtige Sympathisanten. Ein Zeitzeuge berichtet:

„Indessen erzählt eine kleine Episode von der Faszination, die die großflächige Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns schon zu DDR-Zeiten auf Heereman ausgeübt hat. Der Präsident des (west-)Deutschen Bauernverbandes hatte die Landwirtschaft dort in den achtziger Jahren auf mehreren Jagdausflügen kennen gelernt. Nach einem solchen Ausflug und einer damit verbundenen Feldbesichtigung wurde Heereman von Fritz Dallmann, damals Mitglied des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in der mecklenburgischen Gemeinde Priborn, mit den Worten zitiert:

„Mensch, Eure Flächen und unsere Maschinen, und wir wären unschlagbar.“

Die Bewunderung, die aus der spontanen Äußerung von damals spricht, hat zweifellos später, nach dem Zusammenbruch der DDR, die vom Deutschen Bauernverband in Ostdeutschland verfolgte Politik nicht unmaßgeblich beeinflusst. Ungeachtet aller vorherigen Bekenntnisse hat nämlich auch der Bauernverband der möglichst weitgehenden Erhaltung der ostdeutschen Großstrukturen den Vorrang vor dem Wiederaufbau eines bäuerlichen Mittelstandes eingeräumt. Er hat dabei sogar eine Vielzahl schwer wiegender Manipulationen und Betrügereien, die von den LPG-Nachfolgegesellschaften im Zuge der Vermögensauseinandersetzungen mit den Altmitgliedern begangen wurden, stillschweigend in Kauf genommen und selbst wiederholt versucht, sie der öffentlichen Kritik zu entziehen.“ (*Kemper 2005, S. 37*)

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Der im Zitat genannte Fritz Dallmann (1923 – 1999) war von 1982 bis zum 06.03.1990 Vorsitzender des Zentralvorstandes der VdGB.

3. In der Bürgerrechtsbewegung der damaligen DDR wurden die oben genannten Vorgänge verfolgt. Die Gefahren einer zukünftigen agrarindustriellen Konzentration wurden derart deutlich, dass der Runde Tisch das Thema in den Verfassungsentwurf für die DDR aufnahm:

„Artikel 32

(1) Die Nutzung des Bodens und der Gewässer ist in besonderem Maße den Interessen der Allgemeinheit und künftiger Generationen verpflichtet. Ihre Verkehrsfähigkeit kann durch Gesetz beschränkt werden. Die Nutzung von Grund und Boden ist nur im Rahmen einer Flächennutzungsplanung zulässig. Das Eigentum und die Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die einhundert Hektar übersteigen, ist genossenschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen und den Kirchen vorbehalten. Die Veräußerung von Grund und Boden und die Überlassung von Nutzungsrechten an Ausländer bedürfen der Genehmigung.“

(http://www.documentarchiv.de/ddr/1990/ddr-verfassungsentwurf_runder-tisch.html#II ; 2014-10-10; Unterstreichung H. K.)

Damit enthielt dieser Entwurf eine klare Obergrenze für die anstehende Agrarflächenprivatisierung. Mit dem Artikel 32 hatte der Runde Tisch sich den Bauernverband und eine Vielzahl von Funktionären zu Feinden gemacht. Sie unternahmen große Anstrengungen, den parlamentarischen Verfassungsprozess in der DDR zu hintertreiben. Nachhaltige Unterstützung fanden sie in der damaligen Bundesregierung. Die Bundesrepublik hatte damals wie heute keine Verfassung, sondern nur ein Grundgesetz. Eine demokratische Verfassung in der DDR hätte für den Einigungsprozess erhebliche staatsrechtliche Konsequenzen gehabt, zumal der neue DDR-Verfassungsentwurf unter Mitwirkung westdeutscher Verfassungsrichter in einigen Teilen auf eine gesamtdeutsche Verfassung zielte. Daher bevorzugte die Bundesregierung keine legislative, sondern eine administrative Lösung des Wiedervereinigungsproblems, und zwar über einen Einigungsvertrag unter Rettung des bestehenden Grundgesetzes. Die Frage, ob das provisorisch für die drei westlichen Besatzungszonen angelegte Grundgesetz ohne weiteres auf ostdeutsche Praxis übertragbar sei, wurde im Einigungsvertrag auf vieldeutige Weise umschifft:

„Artikel 9

Fortgeltendes Recht der Deutschen Demokratischen Republik

(1) Das zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags geltende Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Landesrecht ist, bleibt in Kraft, soweit es mit dem Grundgesetz ohne Berücksichtigung des Artikels 143, mit dem in Artikel 3 genanntes Gebiet in kraft gesetztem Bundesrecht sowie mit dem unmittelbar geltenden Recht der Europäischen Gemeinschaften vereinbar ist und soweit in diesem Vertrag nicht anders bestimmt wird. Recht der Deutschen Demokratischen Republik, das nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Bundesrecht ist und das nicht bundeseinheitlich geregelte Gegenstände betrifft, gilt unter der Voraussetzung des Satzes 1 bis zu einer Regelung durch den Bundesgesetzgeber fort.“

(http://www.gesetze-im-internet.de/einigotr/art_9.html ; 2016-02-25)

Mit diesem Artikel konnten nicht nur die damalige Treuhand-Gesellschaft, sondern auch viele andere DDR-Institutionen gut leben. Der Wettlauf zwischen legislativ dominiertem Verfassungsprozess und

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

administrativer Lösung wurde von der damaligen Bundesregierung dadurch entschieden, dass die für November/Dezember geplante Wiedervereinigung auf den 3.10.1990 vorgezogen wurde. Damit wurde unter anderem verhindert, dass die Volkskammer die neue Verfassung verabschieden und zur Volksabstimmung freigeben konnte. Die Frage, ob die Verfasser des Einigungsvertrages damit gerechnet haben, dass sie auf diese Weise indirekt die Privilegien agrarischer Großbetriebe langfristig sicherten, kann verneint werden. In Artikel 5 des Einigungsvertrages wurde angemahnt, innerhalb von zwei Jahren eine durch eine Volksabstimmung legitimierte Verfassungsgebung nach § 146 des Grundgesetzes einzuleiten. Doch diese Mahnung wurde bis heute nicht befolgt, so dass der oben erwähnte Artikel 9 des Einigungsvertrages faktisch immer noch aktuell ist.

4. Wie in dem Zitat aus *Kemper 2005* angedeutet, fand zur DDR-Zeit eine juristisch-formale Enteignung der Genossenschaftsmitglieder nur in den Fällen statt, in denen Genossenschaften in VEB umgewandelt wurden. In den allermeisten Fällen fand sie bei der Umwandlung der LPG in Nachfolgegesellschaften statt, also nach der Wiedervereinigung. Die Duldung dieser Massenenteignung durch Gerichte, Staatsanwaltschaften, Politiker gehört zu den großen Hypotheken der Wiedervereinigung. Im Nachbarland Brandenburg befasste sich eine Enquete-Kommission des Landtags „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ 2010 bis 2014 mit den damaligen Vorgängen. In einem der Gutachten heißt es:

„Fast jede LPG-Umwandlung in Brandenburg war mit Fehlern behaftet. Rund 11 % der Umwandlungen waren mit derart schweren Mängeln behaftet, dass sie auf Grundlage der relevanten Rechtsprechung des BGH als unwirksam zu qualifizieren sind. Bei diesen Fällen handelt es sich im Wesentlichen um unzulässige „übertragende Umwandlungen“ und Verstöße gegen das Prinzip der Identität der Mitgliedschaften. Nicht jede dieser unwirksamen Umwandlungen ist bis heute auch gerichtlich festgestellt worden, so dass einige LPGen nach wie vor als in Auflösung befindlich fortbestehen, obwohl sie formal aus dem Register gelöscht sind. Die vermeintlichen LPG-Rechtsnachfolger sind lediglich Scheinnachfolger, auf die das LPG-Vermögen nicht wirksam übergegangen ist.“

Auch in der jüngeren Zeit haben LPG-Nachfolgeunternehmen in Brandenburg erneut ihre Rechtsform gewechselt. Solche „Nachumwandlungen“ geschahen häufig bei eingetragenen Genossenschaften, die in eine GmbH umgewandelt worden sind. Darüber hinaus sind noch einige LPGen aus Brandenburg als in Liquidation befindlich im Register eingetragen.

Flächendeckend missachtet wurden in Brandenburg – wie auch in den anderen neuen Bundesländern – die gesetzlichen Vorgaben zur Vermögensauseinandersetzung und zur Ermittlung der Abfindung für ausscheidungswillige (ehemalige) LPG-Mitglieder. Insbesondere wurden Teile des LPG-Eigenkapitals durch überhöhte Rücklagenbildung der Vermögensverteilung entzogen. Die Rücklagenbildung mag zwar dem Bestandsinteresse der LPG-Nachfolger gedient haben, hat jedoch in gesetzwidriger Weise ausscheidungswillige Mitglieder, vor allem Wiedereinrichter, benachteiligt und diese um Teile der ihnen zustehenden Abfindungen gebracht. Im Registergerichtsbezirk Potsdam waren mindestens 67,3 % der Vermögensauseinandersetzungen, die auf Grundlage des LwAnpG 1991 erfolgten, fehlerhaft. Lediglich 1,9 % entsprachen den gesetzlichen Vorgaben. Für 30,8 % der Vermögensauseinandersetzungen lagen keine ausreichenden Daten für eine externe Auswertung vor.“

(Aus: *Bayer, Kaufmann 2012*, S. 89 – 90.)

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

In Mecklenburg-Vorpommern sind diese Vorgänge weder in Form einer Enquete-Kommission noch in anderer Form aufgearbeitet.

5. Wie konnte es trotz dieser Vorgänge zu einer relativ breiten Akzeptanz der unrechtmäßig entstandenen Unternehmen kommen? Der VdGB war nicht die einzige DDR-Struktur, die sich über ihren Namen „verwestlichte“. Unter den politischen Organisationen versuchten die Parteien ähnliche Strategien. Die sozialistische Blockpartei CDU wurde durch Inkorporation fast ohne eigenes Zutun zu einem Teil der gesamtdeutschen Regierungspartei. Sogar die PDS konnte große Teile ihrer früheren Strukturen in die Bundesrepublik retten. In den Jahren 1990 bis 1992 standen wichtige Wahlkämpfe auf Bundesebene, auf der Ebene der neu gebildeten Länder sowie der Gemeinden und Kreise an. Bei der Annahme von Spenden wurde nicht lange gefragt, ob ein LPG-Nachfolgebetrieb rechtmäßig oder unrechtmäßig entstanden war. Auf diese Weise wurden diese Betriebe zwar nicht legitimiert, aber doch immerhin salonfähig. Da die meisten Industriebetriebe sich im Besitz der Treuhand befanden, gehörten die landwirtschaftlichen Großbetriebe zu den wenigen Wirtschaftssubjekten, die in Ostdeutschland überhaupt Parteispenden leisten konnten.

6. Eine gewisse Schlüsselfunktion zur Herstellung der Spendierfähigkeit nahmen seinerzeit die Staatlichen Ämter für Landwirtschaft ein. Natürlich konnten in den Nachfolgebetrieben der industriellen Mast und der LPG nicht alle Führungskräfte aus den früheren sozialistischen Betrieben untergebracht werden. Planer und andere Spezialisten bewarben sich daher auf die neuen Stellen in den Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft. Nicht ganz unverständlich ist unter diesen Bedingungen, dass das Landwirtschaftsamt für Vorpommern in Ferdinandshof, dem früheren KIM-Standort, seinen Sitz fand. Die Ämter für Landwirtschaft verteilten die EU-Agrarsubventionen. Die LPG- und VEB-Nachfolgestrukturen, die von ihnen anerkannt wurden, erhielten mit den Subventionen eine Überlebenschance, die anderen nicht. Nicht ganz unerwartet stiegen die Nachfolgebetriebe der Rinderzucht in Ferdinandshof zu den damals größten Subventionsempfängern in Vorpommern auf. Schwierigkeiten beim Empfang von Subventionen hatten weniger die Nachfolgebetriebe, als vielmehr die Wiedereinrichter, also jene Bauern, die in teilweise zähen Verhandlungen, ihr Eigenland aus den LPG herausgelöst hatten.

7. Spezialisten, die weder bei den Nachfolgebetrieben noch bei den Staatlichen Ämtern zum Zuge kamen, erhielten nicht selten bei der Treuhand-Gesellschaft eine Chance. Die Treuhand war nach der Wende der größte Grundbesitzer, den es je in Deutschland gegeben hatte. Die Frage, an wen sie ihr Land verpachtete, war für die meisten Betriebe ähnlich wichtig wie die Frage der Anerkennung als Subventionsempfänger. Wie wir heute wissen, entschieden sich die Treuhand und die Nachfolgegesellschaft BVVG in über 90 % der Fälle für die Verpachtung an Nachfolgestrukturen der DDR-Großbetriebe. Der bereits erwähnte ehemalige Bauernverbandspräsident (bis 1997) Constantin Heerman von Zuydtwyck nahm lange Zeit ein Aufsichtsratsmandat in der BVVG wahr.

8. Ein beispielloser Vorgang der Nachwendezeit war der Verzicht auf die Wiedereinrichtung von Landwirtschaftskammern in Ostdeutschland. Bis in die Nachkriegszeit hatte es diese Selbstverwaltungskörperschaften der Landwirte in allen ehemals preußischen Provinzen Ostdeutschlands gegeben. Die Hauptverwaltung einer solchen Kammer besteht aus gewählten Landwirten. Personengesellschaften und -gemeinschaften sowie juristische Personen hätten allein aufgrund ihrer geringen Anzahl kaum Chancen gehabt, in die Führungsgremien gewählt zu werden. Außerdem hätten die Landwirtschaftskammern die Landwirtschaftsschulen zurückbekommen, was sicherlich Einfluss auf die Lehrinhalte gehabt hätte. Die staatlichen Ämter für Landwirtschaft wären überflüssig geworden,

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

weil ihre Aufgaben größtenteils von den Landwirtschaftskammern wahrgenommen worden wären. Insofern ergab sich eine breite Koalition aus Großbetrieben, Verbänden und staatlicher Administration, die diese demokratischen Selbstverwaltungsinstitutionen bisher in allen östlichen Bundesländern verhindert haben.

9. Nach der Bundestagswahl 1998 gelang es den großbetrieblichen Agrarstrukturen, die Stelle des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundeslandwirtschaftsministerium mit einem der Ihren zu besetzen. In seiner siebenjährigen Amtszeit bis 2005 definierte Gerald Thalheim praktisch neu, was aus Bundessicht agrarischen Großbetrieben gestattet werden könne. Gegen viele Widerstände auch im eigenen Ministerium gelang es ihm, die Einführung der Flächenprämie zu einer Art Regierungsprogramm zu machen

10. Mit der Etablierung der Flächenprämie ab 2005 erfuhren die Großbetriebe ihren bisher größten Entwicklungsschub. Obwohl viele Spezialisten bereits im Vorfeld vor einem solchen Instrument gewarnt hatten (vgl. *Tanneberger 2003*), entschieden sich der Bauernverband und Thalheim dafür. Die damit fest etablierte Besserstellung großflächiger Betriebe hat die Bodenspekulation beflügelt und die Sterben der kleineren Höfe in Westdeutschland beschleunigt.

11. Mit der Flächenprämie setzte eine stärkere Kapitalisierung der Agrarindustrie ein. Flächen aus dem BVVG-Bestand konnten in riesigem Umfang von den Großbetrieben erworben werden. Flächen, die in der Vermögensauseinandersetzung nach der Wiedervereinigung auf zweifelhafte Weise erworben wurden, konnten abgestoßen werden.

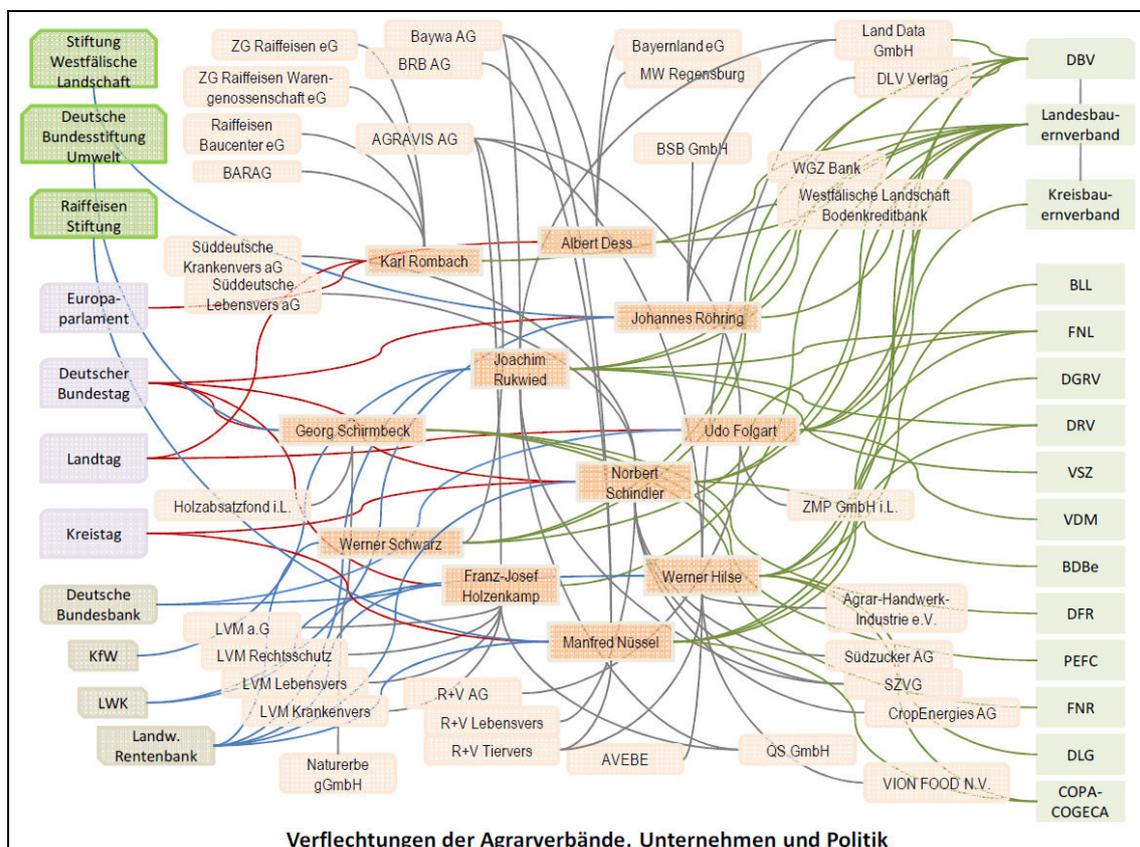


Abb. 267: Verflechtungen der Agrarverbände, Unternehmen und Politik

Aus: Heintz 2013, S. 8.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Meist wurden sie an andere agrarindustrielle Strukturen verkauft. Die Verkäufe auch der zweifelhaft oder unrechtmäßig erworbenen Flächen wurden von den Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt genehmigt. Genossenschaften und Nachfolgebetriebe, die aufgrund der oben geschilderten Vorgänge nach der Wiedervereinigung hätten beklagt werden können, wurden liquidiert oder in andere Unternehmen bzw. Unternehmensformen überführt. Somit bestehen heute kaum noch Möglichkeiten, das seit den 90-er Jahren begangene Unrecht aufzurollen und zu korrigieren. Das Amt für Landwirtschaft in Ferdinandshof wurde aufgelöst. Ein kleiner Teil befindet sich derzeit noch im Gebäude der ehemaligen Kreisverwaltung von Ueckermünde. Der größere Teil der Behörde hat seinen Sitz in Stralsund. 2013 analysierte Heintz *„die Vernetzung der Agrarindustrie und Agrarpolitik in Deutschland“*. Sie zeigt, dass die Agrarindustrie auf Bundesebene und in den ostdeutschen Ländern einige der mächtigsten Lobby-Strukturen aufgebaut hat, die es in der deutschen Wirtschaft gibt (vgl. Abb. 267, S. 332).

Die agrarindustriellen Strukturen sind durch zunehmende Filialisierung charakterisiert. Der inzwischen insolvente Konzern KTG Agrar zählte im Geschäftsbericht 2014 86 Tochtergesellschaften im Agrarbereich, 34 Tochtergesellschaften im Energiebereich und 10 nicht konsolidierte bzw. assoziierte Unternehmen auf. Außerdem gab es allein 2014 10 Neuakquisitionen. (KTG Agrar 2014, S. 83 bis 89).

Tietz verweist in seiner Studie über *„Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen“* darauf, dass in der Rechtsform GmbH von 75 untersuchten Neugründungen im Zeitraum 2007 bis 2014 41 Filialen waren, also weit mehr als die Hälfte. Bei den GmbH & Co. KG waren von 32 Neugründungen im betreffenden Zeitraum 11 Filialen. Auch von Übernahmen waren Filialen von GmbH stärker betroffen als autonome Unternehmen.

8.8 ZWISCHENERGEBNIS: VERKAUFSERLÖSE UND EINKÜNFTE

Auf 8,01 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands erzielt die mecklenburg-vorpommersche Landwirtschaft nur 5,1 % der gesamtdeutschen Verkaufserlöse. Vor allem bei hochwertigen Produkten wie Obst, Gemüse, Blumen und Zierpflanzen ist Mecklenburg-Vorpommern unterrepräsentiert. Bei billigen Massenprodukten wie Ölsaaten und Getreide ist Mecklenburg-Vorpommern stark. Für hochwertige Strukturen haben die Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern zu wenige Arbeitskräfte. Es werden auch nicht mehr eingestellt, weil dadurch die Fixkosten erhöht und die Gewinne geschmälert werden könnten. Die Gewinne werden den Großbetrieben bereits durch die hohe Flächenprämie und durch vielfältige Privilegien den kleinen und mittleren Betrieben gegenüber garantiert. Sie genießen außerdem besondere Vorrechte beim Zugriff auf Pachtland – früher vor allem bei der BVVG, bei der weitgehend ungestraften Besetzung von Agrarflächen ehemaliger LPG-Genossen, beim Zugriff auf landwirtschaftsexternes Kapital und Kredite, bei der juristischen Sicherung und Verteidigung gegen unerwünschte Tierschutz- und Umweltkontrollen, bei der Umgehung des landwirtschaftlichen Zwischenhandels und beim Kapitalexport mit Hilfe undurchsichtiger Konzernstrukturen. Entsprechend gering ist die Bereitschaft der Großbetriebe, in die Landwirtschaft zu investieren. Mit nur 353 €/ha nahm Mecklenburg-Vorpommern 2013 den zweitletzten Rang vor Brandenburg unter den deutschen Bundesländern ein. Der gesamtdeutsche Durchschnitt lag bei 570 €/ha.

8. Verkaufserlöse und landwirtschaftliche Einkünfte im Bundesländervergleich

Umgekehrt ist das Verhältnis bei Gewinnen je Betrieb: In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt lagen die Gewinne je Haupterwerbsbetrieb 2014/15 bei über 100.000 €. Das westdeutsche Flächenland mit den höchsten Werten war Rheinland-Pfalz mit etwas über 51.000 € je Betrieb. Der durchschnittliche Jahresüberschuss der juristischen Personen in Mecklenburg-Vorpommern schwankt zwischen 150.000 und über 200.000 €. Zieht man vom Jahresüberschuss den externen Personalaufwand ab, schrumpft er auf Durchschnittswerte unterhalb der jährlichen Flächenprämie. Die juristischen Personen sind also vor allem aufgrund der hohen Flächenprämien so gewinnträchtig. Aufgrund ihrer juristischen Stärke und der Kontrolldefizite in den schwachen Länder- und Kreisverwaltungen können sie es sich leisten, die ökologischen Kosten ihrer Produktion (Tierseuchenfolgekosten, Nitratbelastung im Grundwasser, Artensterben, MRE-Problematik) an den Steuerzahler zu delegieren. Viele landwirtschaftliche Kontroll- und Förderinstrumente sind auf die Alleinverantwortlichkeit der Besitzerfamilie zugeschnitten. Bei verteilten oder verschachtelten Verantwortlichkeiten, wie sie für die Agrarindustrie typisch sind, sind sie weitgehend unwirksam. Daher müssen die großbetrieblichen Strukturen als Agrarindustrie von der übrigen Landwirtschaft getrennt werden und einem besonderen Monitoring und Controlling unterzogen werden.

Die makroökonomischen Daten in Abschnitt 5.2 (Wertschöpfung und Flächenproduktivität) hatten gezeigt, dass die durch kleine und mittlere Familienbetriebe dominierte Landwirtschaft Westdeutschlands den großbetrieblichen Strukturen in Ostdeutschland weit überlegen ist. Selbst auf den sehr fruchtbaren Böden Sachsens sind die großbetrieblichen Strukturen nicht in der Lage, die gesamtdeutschen Durchschnittswerte zu erreichen. Die Frage der Organisationsform des landwirtschaftlichen Betriebs dominiert physiogeographische Vorgaben wie Bodenfruchtbarkeit und Klimagunst.

Die Art und Weise der Berechnung der Buchführungsergebnisse setzt eine hochgradige Monetarisierung der Produktions- und Versorgungsprozesse voraus. Obwohl dies die juristischen Personen und Personengesellschaften begünstigt, zeigt sich, dass die Familienbetriebe vor allem in arbeitsintensiven Bereichen (Gartenbau, Obstbau), im hochwertigen Produktspektrum und bei der Nähe zum Endverbraucher (Einkommenskombinationen, v. a. Direktvermarktung; s. u.) besser arbeiten.

Die Diskussion um Einkünfte und Subventionen zeigt auch, dass die derzeitige Berechnung der betriebswirtschaftlichen und die der regionalwirtschaftlichen Rationalität nicht immer übereinstimmen. Betriebswirtschaftlich kann es für ein agrarindustrielles Unternehmen sinnvoll sein, möglichst viele Flächen sehr billig und mit minimalem Arbeitseinsatz zu bewirtschaften. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht bedeutet das Vernichtung von Arbeitsplätzen und Verschwendung von Ressourcen, denn auf den Böden könnte man Pflanzen anbauen, für die in der Bevölkerung eine hohe Nachfrage besteht – z. B. Gemüse, Obst oder Produkte aus ökologischem Anbau.

Im meso- oder regionalökonomischen Kontext heißt das, dass die kleinen und mittleren Familienbetriebe in Westdeutschland eine breitere Einkommensstreuung und somit relativ reiche Dörfer erzeugen, und dass die juristischen Personen und Personengesellschaften mit ihrer Gewinn- und Subventionskonzentration auf wenige sehr reiche Personen die relative Armut ostdeutscher Dörfer verlängern.

9. UMWELTBELASTUNGEN AUS DER LANDWIRTSCHAFT

9.1 AMMONIAK

Die Ammoniak-Luftemissionen in Deutschland fielen von 1990 – 1994 von 792.000 auf 663.000 t. Bis 2001 stiegen sie auf 703.000 t an. 2013 lagen sie mit 671.000 t nur wenig darunter.

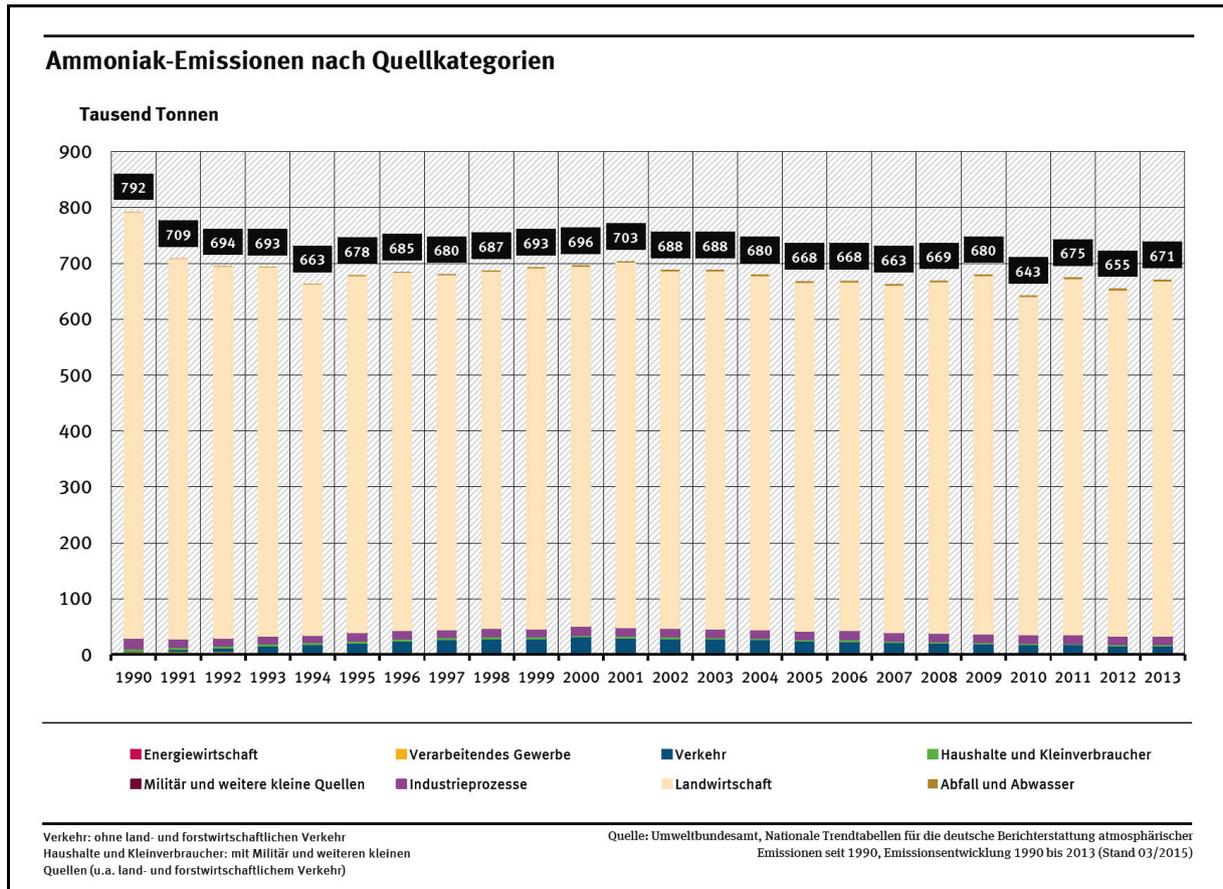


Abb. 268: Ammoniak-Emissionen nach Quellkategorien

(https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_abb_ammoniak-emi ; (2016-03-10)

„Ammoniak reagiert in der Atmosphäre mit anderen Gasen zu gesundheitswirksamen Partikeln (sekundär gebildete Feinstaub) oder lagert sich in Ökosystemen ab, wo es auf Pflanzen bzw. das Nährstoffgefüge des Bodens negative Wirkungen ausüben kann oder in die Stickstoffkaskade eintritt. Für die Ammoniakkonzentration in der Luft gibt es derzeit keine ausreichende Regelung.

Die Landwirtschaft ist mit einem Anteil von etwa 95 Prozent Hauptemittent des Luftschadstoffs Ammoniak in Deutschland. Gemäß der Emissionsberichterstattung 2013 stammt der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Ammoniak-Emissionen aus der Rinderhaltung (52 Prozent), der Schweinehaltung (20%), der Geflügelhaltung (9%) sowie der Mineraldüngeranwendung (15%). In der Schwei-

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

nehaltung entsteht der Großteil der Emissionen direkt im Stall, in der Rinderhaltung bei der Wirtschaftsdüngerlagerung und -ausbringung.“

(aus: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/luft/luftschadstoffe/ammoniak>; 2016-03-10)

„Ammoniak breitet sich in der Atmosphäre aus. Es kann dort mit anderen Bestandteilen der Atmosphäre reagieren und lagert sich anschließend wieder in Ökosystemen ab. Ammoniak selbst und das nach Umwandlung entstehende Ammonium schädigen Land- und Wasserökosystemen erheblich durch Versauerung und Eutrophierung (Nährstoffanreicherung). Bodenversauerung und Nährstoffübersorgung natürlicher und naturnaher Ökosysteme (wie zum Beispiel Moore, Magerstandorte, Gewässer) können zu Veränderungen der Artenvielfalt führen. In der Umgebung von großen Tierhaltungsanlagen können Ammoniak-Emissionen besonders hoch sein und zu direkten Schäden an der Vegetation führen. Ammoniak und Ammonium sind außerdem wesentliche Vorläufersubstanzen für die Bildung von gesundheitsschädlichem Feinstaub.“

(aus: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/ammoniak-geruch-staub#textpart-1> (2016-05-25)

Wurden 2007 nur 268 Schweinemastbetriebe mit mehr als 10 t Emissionen pro Jahr registriert, waren es fünf Jahre später mit 403 Betrieben 50 % mehr. Die mikroräumliche Konzentration der Emissionen hat damit erheblich zugenommen.

Inzwischen gibt es Großviehanlagen, die den Grenzwert von 10 t pro Jahr um mehr als das zehnfache überschreiten. Diese Anlagen liegen ausnahmslos in Ostdeutschland. Zwei liegen in Mecklenburg, drei in Sachsen-Anhalt und je eine in Brandenburg, Thüringen und Sachsen.

2010 sah das Bild in der Geflügelhaltung ähnlich aus:

„Allein aus der intensiven Geflügelhaltung haben 203 Betriebe den Schwellenwert für Ammoniak im Jahr 2010 überschritten. In den letzten drei Jahren hat sich Zahl der Betriebe bei circa 200 eingependelt. Die mit Abstand meisten Betriebe (85) liegen in Niedersachsen, gefolgt von Sachsen-Anhalt (30) sowie Bayern (17), Mecklenburg-Vorpommern (15), Sachsen (14), Brandenburg (12) und Thüringen (11). Die Karte zeigt eine deutliche Konzentration der Betriebe im Nordwesten von Niedersachsen, in Sachsen-Anhalt – mit nordwestlichem Sachsen – und im Osten Bayerns. In den übrigen Bundesländern sind die Betriebe gleichmäßiger verteilt. Die Karte erfasst alle Geflügelhaltungsbetriebe, die jährlich mehr als zehn Tonnen Ammoniak in die Luft freisetzen. 2010 waren es zusammen 6.056,6 Tonnen.

Die Schattierung der Punkte in der Karte zeigt die jeweilige Größenordnung der vom Betrieb freigesetzten Ammoniakmengen im Jahr 2010. Die meisten der Geflügelhaltungsbetriebe, nämlich 106, setzten zwischen zehn und 20 Tonnen Ammoniak pro Jahr frei. 79 Betriebe emittieren jeweils zwischen 20 und 50 Tonnen Ammoniak pro Jahr. Nur neun Betriebe setzten zwischen 50 und 100 Tonnen frei und ebenfalls neun Betriebe mehr als 100 Tonnen.“

Aus: <http://www.thru.de/thru/auswertung/top-thema/automatisches-archiv/maerz-2013-ammoniak-aus-der-intensiven-gefluegelhaltung/> (2016-03-12)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

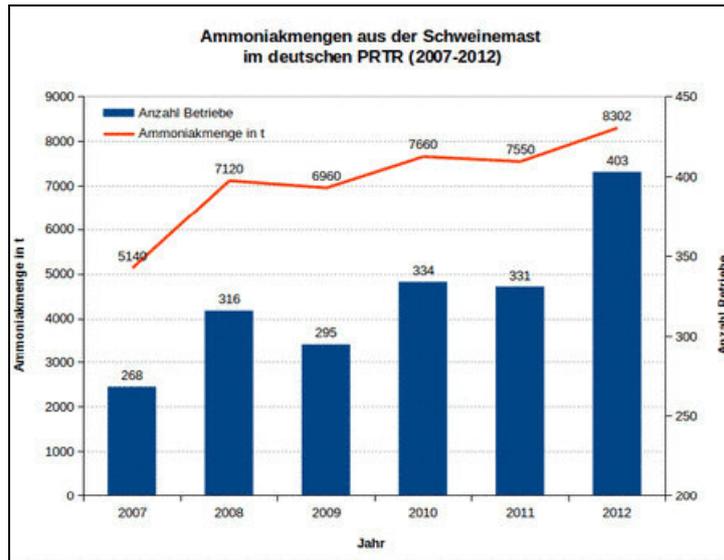
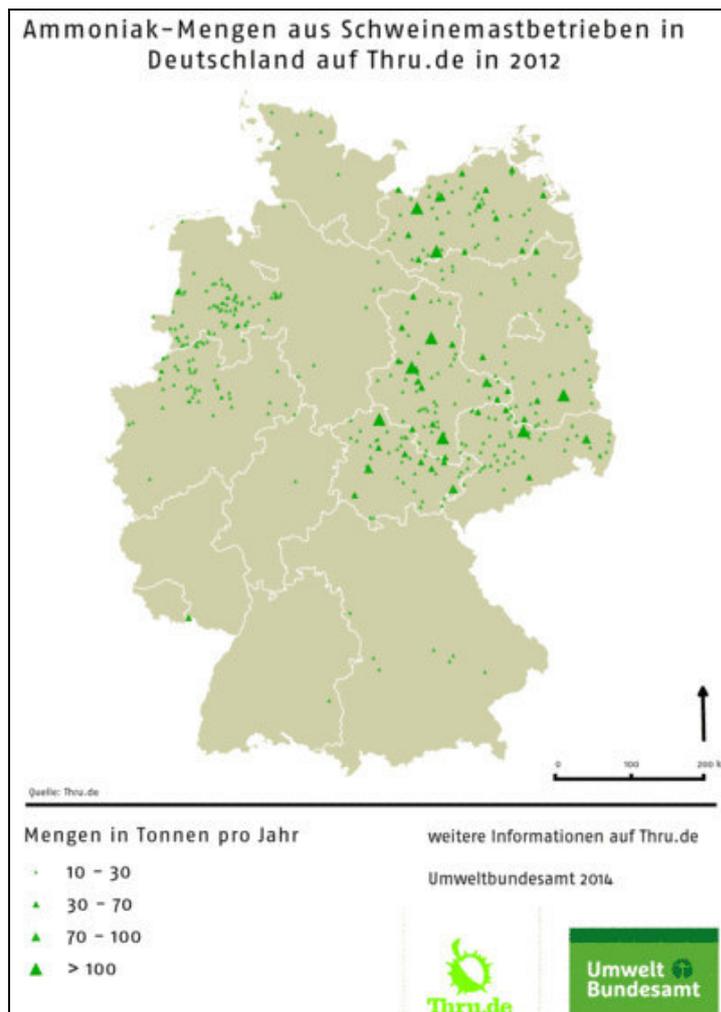
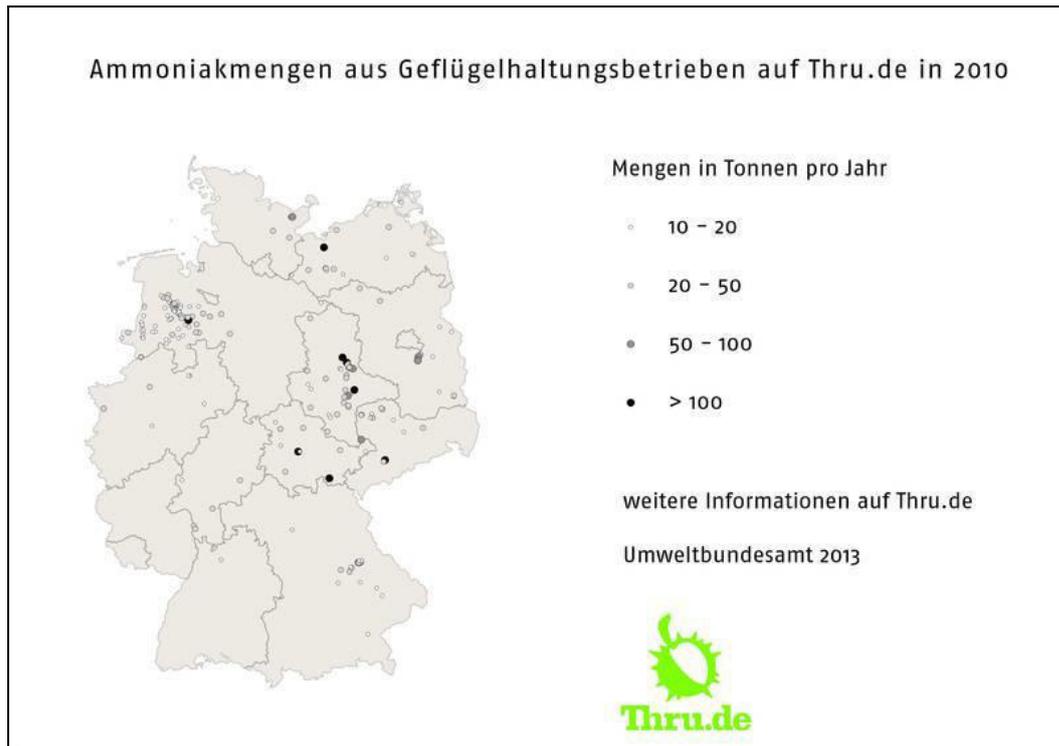


Abb. 269: Ammoniakmengen aus der Schweinemast im deutschen PRTR (2007-2012) Aus: UBA 2014: *Ammoniak aus der Schweinemast*.



Karte 29: Ammoniak-Mengen aus Schweinemastbetrieben in Deutschland auf Thru.de in 2012 Aus: <http://www.thru.de/thrude/auswertung/top-thema/ammoniak-aus-der-schweinemast-emissionen-weiter-auf-hohem-niveau/> (2016-02-24)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft



Karte 30: Ammoniakmengen aus Geflügelhaltungsbetrieben auf Thru.de in 2010

Aus: <http://www.thru.de/thrude/auswertung/top-thema/automatisches-archiv/maerz-2013-ammoniak-aus-der-intensiven-gefluegelhaltung/> (2014-02-03)

Neuere Daten liegen zu dieser Thematik leider nicht vor.

9.2 METHAN UND DISTICKSTOFFOXID

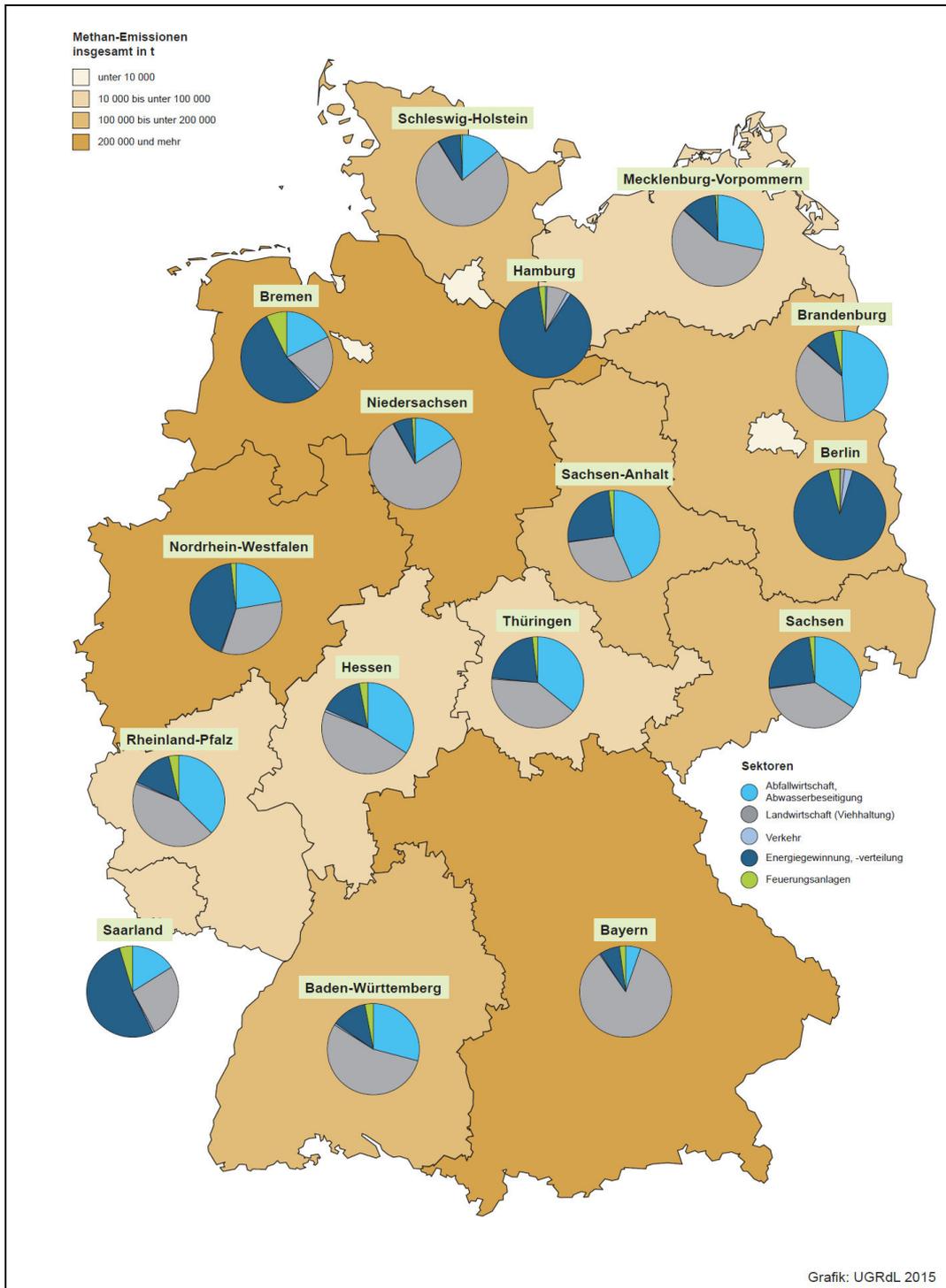
Auch bei dem klimaschädlichen Gas Methan ist die Landwirtschaft der größte Emittent. 19,7 % der deutschlandweiten Methan-Emissionen entfielen 2013 auf das Lagern und Ausbringen von Gülle und Festmist. In Bayern entfallen über drei Viertel der Emissionen auf die Landwirtschaft, In Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind es etwa drei Viertel. In Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg stellt die Landwirtschaft über die Hälfte der Methan-Emissionen. In Sachsen-Anhalt und Sachsen rangiert die Landwirtschaft nach der Abfall- und Abwasserwirtschaft an zweiter Stelle. In Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und in den Stadtstaaten ist die Energiewirtschaft der größte Emittent. 77 % der Emissionen des Treibhausgases Distickstoffoxid (Lachgas) stammen in Deutschland aus der Landwirtschaft.

„Lachgas (N_2O) ist ein Treibhausgas, das rund 300-mal so klimaschädlich ist wie Kohlendioxid (CO_2). Hauptquellen für Lachgas sind stickstoffhaltige Düngemittel in der Landwirtschaft und die Tierhaltung, Prozesse in der chemischen Industrie sowie Verbrennungsprozesse. Die Treibhausgas-Emissionen Deutschlands sind seit den 1990er-Jahren rückläufig. In der Landwirtschaft ist dies vor allem auf den Rückgang der Tierbestände in den neuen Bundesländern und den dadurch geringeren Einsatz

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

tierischer Wirtschaftsdünger zurückzuführen. In geringerem Maße trugen auch Flächenstilllegungen und der somit geringere Einsatz von mineralischen Stickstoffdüngern sowie das vorgeschriebene Düngemanagements dazu bei.“

Aus: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/lachgas-methan> (2016-03-02)



Karte 31: Methan-Emissionen 2012 in deutschen Bundesländern nach Wirtschaftssektoren.

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

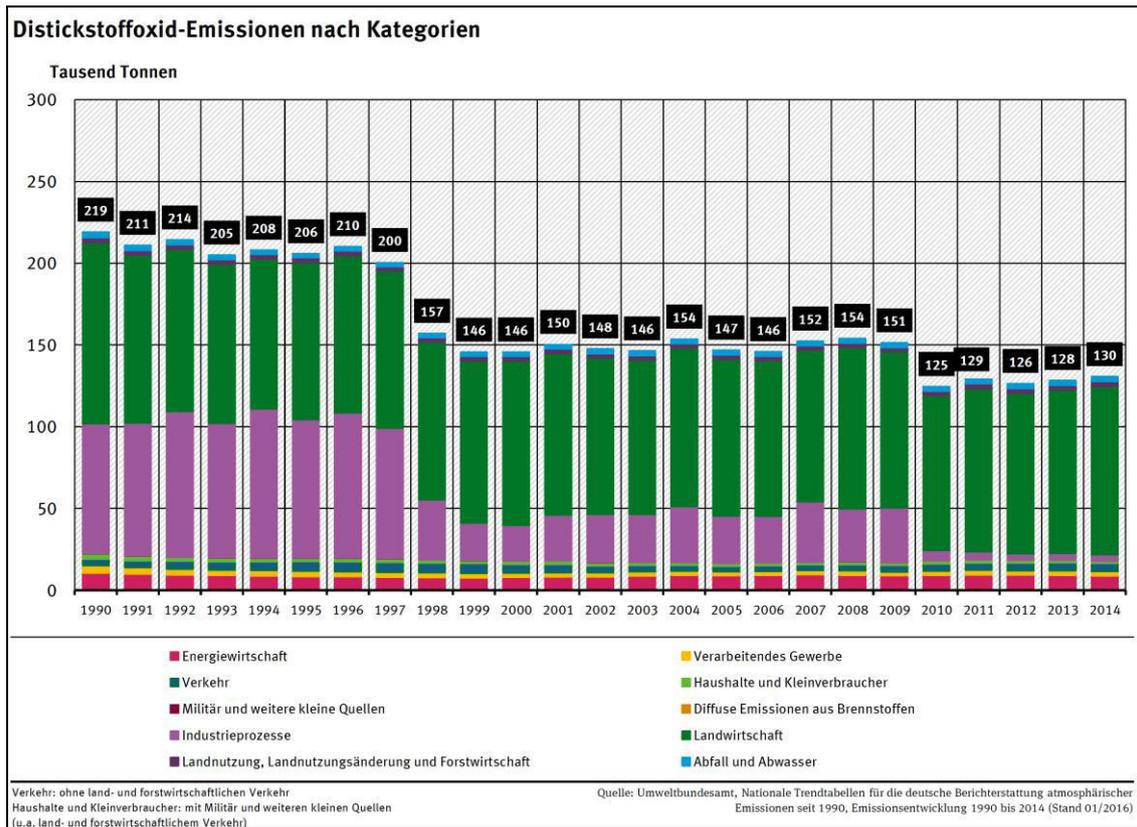


Abb. 270: Distickstoffoxid-Emissionen nach Kategorien

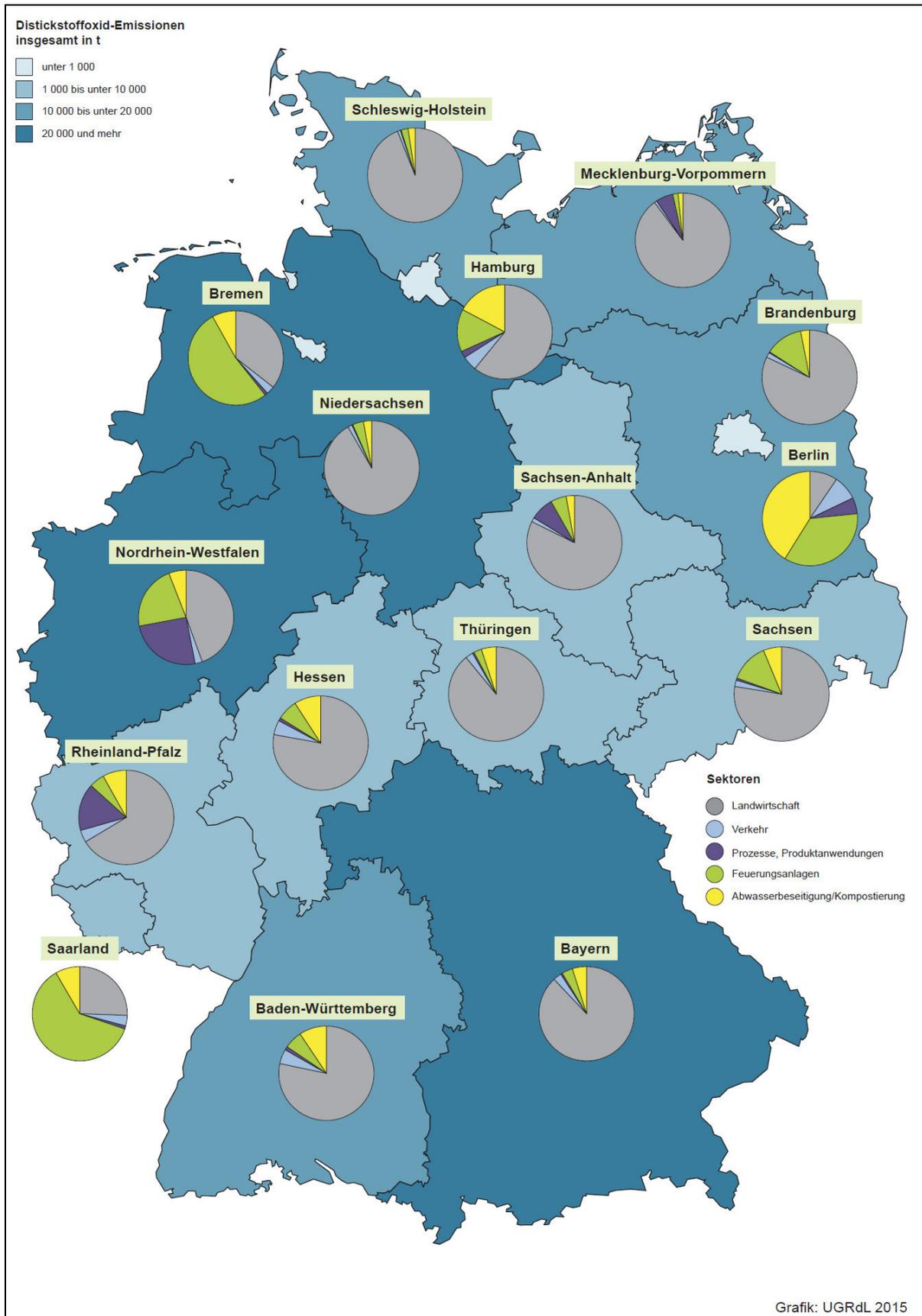
Aus: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/2_abb_distickstoffoxid-emi-kat_2016-04-22.pdf (2016-03-04)

Überdurchschnittliche Anteile der Landwirtschaft an den Distickstoffoxid-Emissionen gibt es in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Weit unterdurchschnittlich fallen sie in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Saarland und Berlin aus.

9.3 KUNSTDÜNGER

2015 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 5,5 % der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Deutschlands auf 8,01 % der Fläche erzeugt. Man könnte annehmen, dass die niedrige Produktivität möglicherweise auch durch besonnenes oder sparsames Düngen verursacht würde. Doch das Gegenteil ist der Fall. Im Wirtschaftsjahr 2014/15 wurden 174.483 t stickstoffhaltige Düngemittel eingesetzt. Dabei handelte es sich nicht um 5,5 % des deutschen Stickstoffeinsatzes, sondern um 9,6 %. Dieser überhöhte Wert ist keineswegs einmalig, denn im Wirtschaftsjahr 2013/4 lag der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns bei 11,2 %. Bei Phosphat betrug er 2014/5 8,7, im Wirtschaftsjahr davor jedoch 14,8 %. Beim Kali-Einsatz kam Mecklenburg-Vorpommern 2014/5 auf 9,4 %, beim Kalkeinsatz auf 8,5 % der jeweiligen deutschen Menge.

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft



Karte 32: Distickstoffoxid (N₂O)-Emissionen in deutschen Bundesländern 2012 nach Sektoren

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

Das bisherige Optimum der Stickstoffdüngung in Mecklenburg-Vorpommern lag im Wirtschaftsjahr 2007/8 bei 211.078 t. Bis dahin hatte der Stickstoffverbrauch tendenziell sogar zugenommen, obwohl in den Zeitraum von 1993 bis 2008 die Etablierung des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern erfolgte.

Theoretisch hätte es daher einen Rückgang des Stickstoffeinsatzes von 8 bis 10 % geben müssen. Faktisch haben die konventionellen Betriebe jedoch so viel Stickstoff mehr eingesetzt, dass der Verzicht der Öko-Betriebe sich auf die Bilanz nicht auswirkte.

Entsprechend der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sollte der Stickstoffeintrag bereits bis 2010 auf 80 kg je ha gesenkt werden. 2011 betrug der deutschlandweite Mittelwert 114 kg je ha. Mecklenburg-Vorpommern kam der Zielgröße im Wirtschaftsjahr 1996/7 mit 105 kg je ha am nächsten. Danach gab es einen Anstieg, der 2007/8 etwa 164 kg je ha erreichte. Seitdem sind die Zahlen gesunken, liegen aber immer noch um die Hälfte höher als der Zielwert von 2010.

Die Überdüngung fällt in einigen Regionen so stark aus, dass mit einem Time lag von 10 bis 20 Jahren das Grundwasser belastet wird. Gefährdet sind zunächst die oberflächennahen Grundwasservorkommen. Wird ein Wert von 50 mg/l NO₃ überschritten, ist das Wasser als Trinkwasser nicht mehr geeignet und muss behandelt werden. Deutschlandweit betraf dies 27 % aller Grundwasserkörper, wobei das Maximum in Niedersachsen mit etwa 60 % liegt. In Mecklenburg-Vorpommern fallen je nach Messjahr 26 % bis 29 % der Stellen in den Bereich der zu hohen Nitratbelastungen. Der Spitzenwert für die Messungen 2007 - 2013 liegt in Sommerstorf im Kreis Mecklenburgische Seenplatte mit 332 mg/l NO₃, gefolgt von Suckow/Parchim mit 225 mg/l NO₃. Von den landesweit 41 Messstellen mit zu hohen Nitratwerten entfallen 17 auf den Kreis Ludwigslust-Parchim. Das sind bereits 41 % der Messstellen des gesamten Landes. Am zweitstärksten ist der Kreis Vorpommern-Greifswald mit 7 dieser Messstellen belastet. Auf der Mecklenburgischen Seenplatte waren es 5, in den Landkreisen Rostock und Nordwestmecklenburg je 4, in Vorpommern-Rügen je 3 und in Rostock eine Messstelle betroffen.

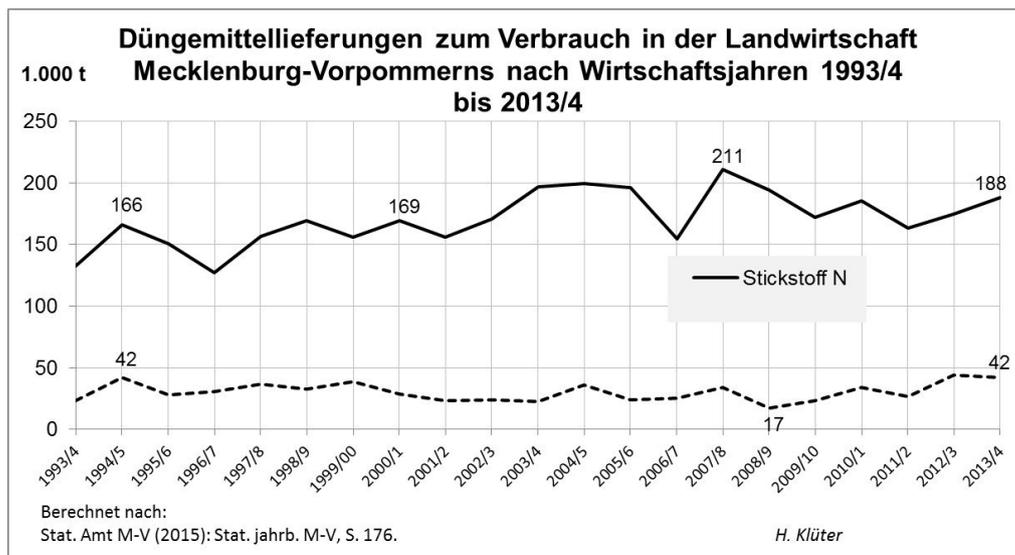


Abb. 271: Düngemittellieferungen zum Verbrauch in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns nach Wirtschaftsjahren 1993/4 bis 2013/4

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

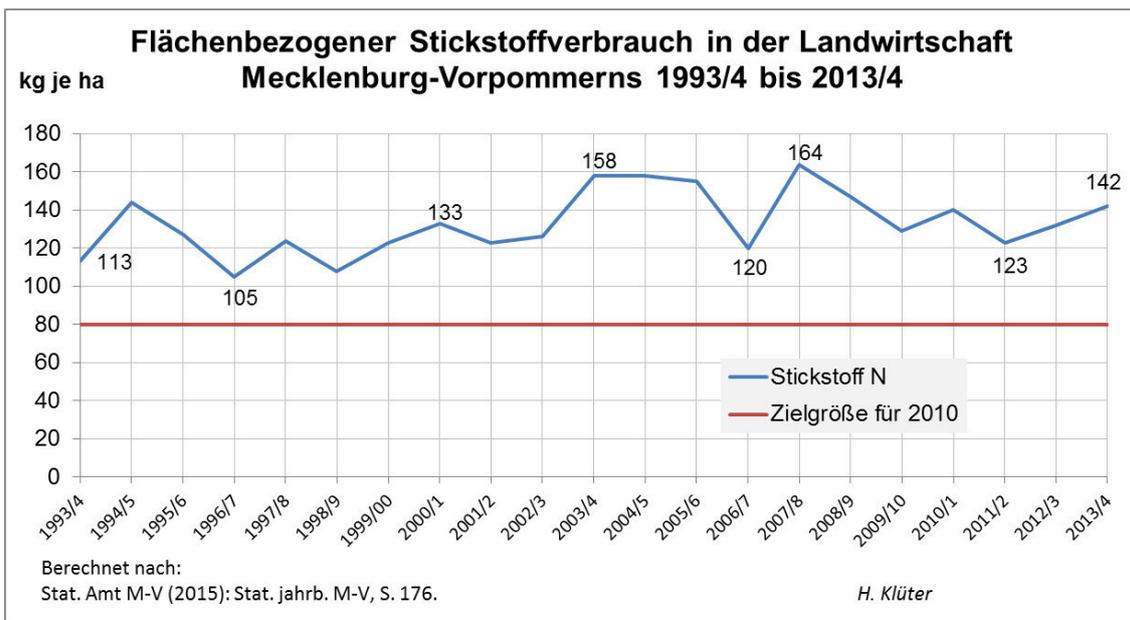
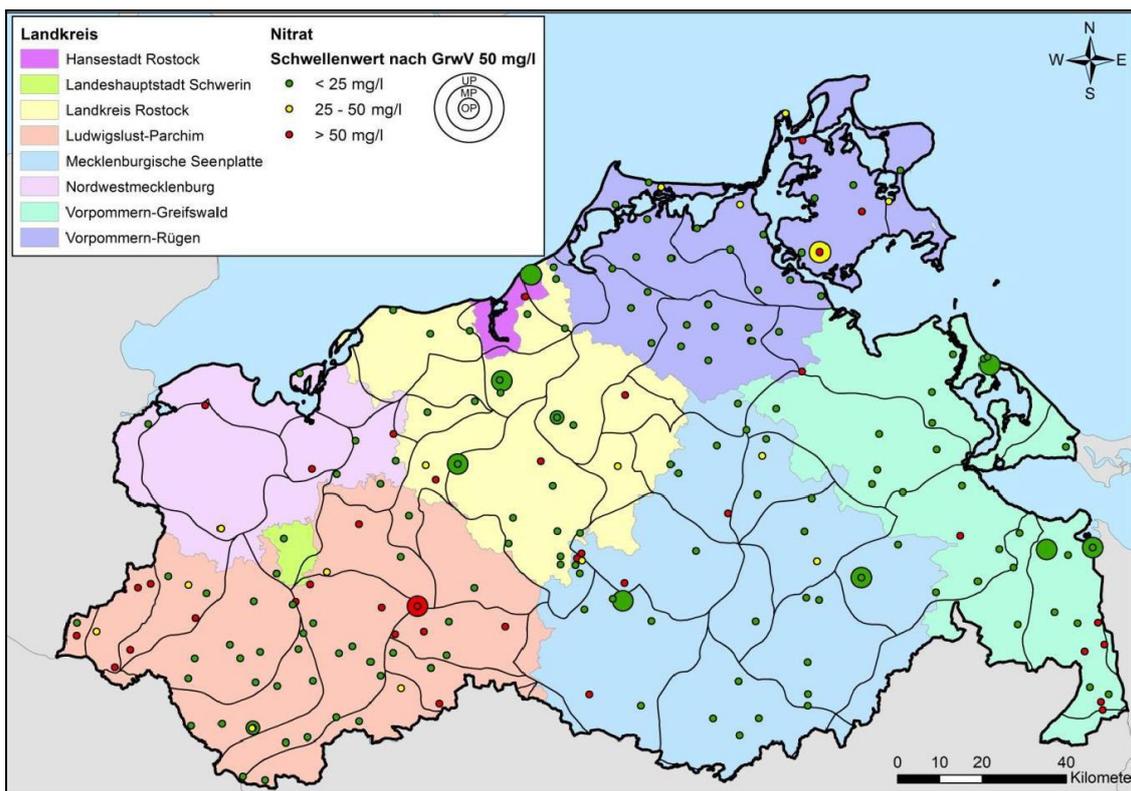


Abb. 272: Flächenbezogener Stickstoffverbrauch in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 1993/4 bis 2013/4



Karte 33: Nitratbefunde in oberflächennahen Grundwassermessstellen (FOK \leq 25 m) in Mecklenburg-Vorpommern (Mittelwerte 2007 - 13) Aus: LUNG 2015, S. 14.

Karte 33 legt nahe, dass besonders Standorte mit Großviehanlagen auf Sandböden (Ludwigslust-Parchim, Altkreis Uecker-Randow) gefährdet sind. Nicht so sehr die Landesmittelwerte, sondern der mikroregional konzentrierte Eintrag ist beunruhigend.

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

Tab. 41: Grundwassermessstellen mit mittleren Nitratgehalten > 50 mg/l NO₃

Messstellenname	GWK-Nr.	Landkreis	Filterbereich in m unter Gelände	MW (2007-2013) in mg/l NO ₃
Grundwasser-Messstellen im oberen Grundwasserleiter (Filteroberkante <= 25 m)				
Grebbin OP	MEL_EO_1	LWL-PCH	13,0-15,0	190
Friedrichsruhe OP	MEL_EO_1	LWL-PCH	11,0-13,0	112
Plate Hy1/98	MEL_EO_1	LWL-PCH	16,5-25,5	89
Grebbin UP	MEL_EO_1	LWL-PCH	25,0-27,0	77
Parchim Hy4/95	MEL_EO_2	LWL-PCH	12,0-15,0	176
Altenlinden	MEL_EO_2	LWL-PCH	3,7-5,7	104
Möderitz	MEL_EO_2	LWL-PCH	6,0-9,0	77
Suckow/Parchim	MEL_EO_3	LWL-PCH	6,2-8,2	225
Zarrentin Hy2/94	MEL_SU_1	LWL-PCH	14,0-18,0	154
Gülze OP	MEL_SU_1	LWL-PCH	7,0-9,0	88
Lüttow P2/94	MEL_SU_1	LWL-PCH	3,0-6,0	51
Tessin-Dersekow 1/98	MEL_SU_2	LWL-PCH	4,0-8,0	127
Perdöhl 1/97	MEL_SU_2	LWL-PCH	16,9-18,9	86
Schwerin Süd 123 OPa	MEL_SU_3	LWL-PCH	14,0-16,0	103
Grebs OP alt	MEL_SU_4	LWL-PCH	18,0-20,0	68
Nostorf B8/95	DE_GB_DESH_EI19	LWL-PCH	4,0-6,0	91
Holzendorf OP	WP_WA_2	LWL-PCH	14,0-16,0	169
Roggenstorf Hy4/01	ST_SP_1	NWM	9,5-12,5	213
Losten	WP_KW_2	NWM	4,9-7,9	207
Babst Hy3/94	WP_WA_3	NWM	12,0-14,0	143
Warnow OP	WP_WA_4	LRO	5,9-9,9	122
Spoitgendorf 1/98	WP_WA_6	LRO	13,5-19,5	113
Lühburg	WP_PT_4	LRO	17,0-19,0	106
Hinrichshagen	WP_WA_10	HRO	3,5-5,5	53
Sommerstorf GHGG3/99	WP_PT_1	MS	3,2-4,2	332
Liepen P10 (17/74)	WP_PT_1	MS	8,0-10,0	131
Au II Alt Kentzlin	WP_PT_3	MS	4,1-5,1	80
Liepen P12	WP_WA_6	MS	10,0-12,0	68
Bütow OP	MEL_EO_4	MS	18,0-20,0	136
Trent	WP_KO_9	VR	7,0-9,0	108
Poseritz OP	WP_KO_9	VR	9,6-12,6	57
Tilzow	WP_KO_9	VR	4,5-6,5	53
Groß Zetelwitz WB	WP_KO_5	VG	0,0-5,0	100
Demnitz	ODR_OF_1	VG	8,2-10,2	155
Hohenholz OP	ODR_OF_3	VG	13,2-15,2	203
Hohenfelde	ODR_OF_3	VG	23,0-25,0	186
Nadrensee OP	ODR_OF_3	VG	18,0-20,0	160
Plöwen	ODR_OF_3	VG	8,7-10,7	118
Blankensee Dorf	ODR_OF_3	VG	7,0-9,0	84
Grundwasser-Messstellen in tieferen Grundwasserleitern (Filteroberkante > 25 m)				
Thelkow Deponie	WP_KO_1	LRO	33,0-35,0	80
Blowatz-Robertsd. OP	WP_KW_3	NWM	52,0-54,0	62

Aus: LUNG 2015, S. 11.

9.4 PFLANZENSCHUTZMITTEL

Ähnlich wie der Düngemittel- hat sich auch der Pflanzenschutzmitteleinsatz in den letzten 20 Jahren nicht verringert. Mit 46.103 t wurde 2014 das bisherige Optimum erreicht. Werte für 2015 liegen noch nicht vor. Auch hier gilt, dass die Etablierung des ökologischen Anbaus und der damit verbundene Nutzungsverzicht durch den verstärkten Einsatz in der konventionellen Landwirtschaft überkompensiert werden. Seit 2004 ist der Inlandsabsatz von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland um 31 % gestiegen. Ursachen sind u.a.:

- Der verstärkte Anbau von Energiepflanzen verleitet zu Kulturen aus anderen Klimazonen (Mais), die in Deutschland entsprechend angegriffen werden.
- Bei Energiepflanzen, die ja nicht als Nahrungs- oder Futtermittel eingesetzt werden, liegt die Hemmschwelle des Gifteinsatzes erheblich niedriger. Dabei wird kaum beachtet, dass die Pflanzengifte sich im Boden anreichern und über Gärreste noch einmal verstärkt eingetragen werden.
- Die Tendenz zu immer größeren Schlägen mit Monokulturen macht die Pflanzen angreifbar.

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

- Immer mehr Schadpflanzen entwickeln Resistenzen gegen Pflanzenschutzmittel. Diese Gefahr besteht auch bei einigen tierischen Schädlingen.
- Die verstärkte Bodenmobilität verleitet vor allem agrarindustrielle Strukturen zu einer Ex-und-Hopp-Mentalität: Wenn ein Acker vergiftet ist, wird ein anderer gepachtet oder verkauft. Auch dieser wird so lange genutzt, bis es nicht mehr geht, und dann gegen einen anderen ausgetauscht. Damit entsteht eine neue Spielart von „Shifting cultivation“, einer Kulturform, die bisher nur aus der Dritten Welt bekannt war.
- Vor allem in der Agrarindustrie werden immer gefährlichere Stoffe von immer schlechter qualifiziertem Personal ausgebracht. Derzeit kann das Update zum Sachkundenachweis Pflanzenschutz in 4 Stunden in einem Computerkurs, also faktisch ohne die Betreuung und Kontrolle durch eine ausgebildete Lehrkraft absolviert werden.

(<https://www.landakademie.de/kursangebot/landwirtschaft/fortbildung-sachkundenachweis-pflanzenschutz/>)

Angesichts der Gefährlichkeit der Stoffe muss eine solche Praxis mehr als leichtfertig klassifiziert werden.

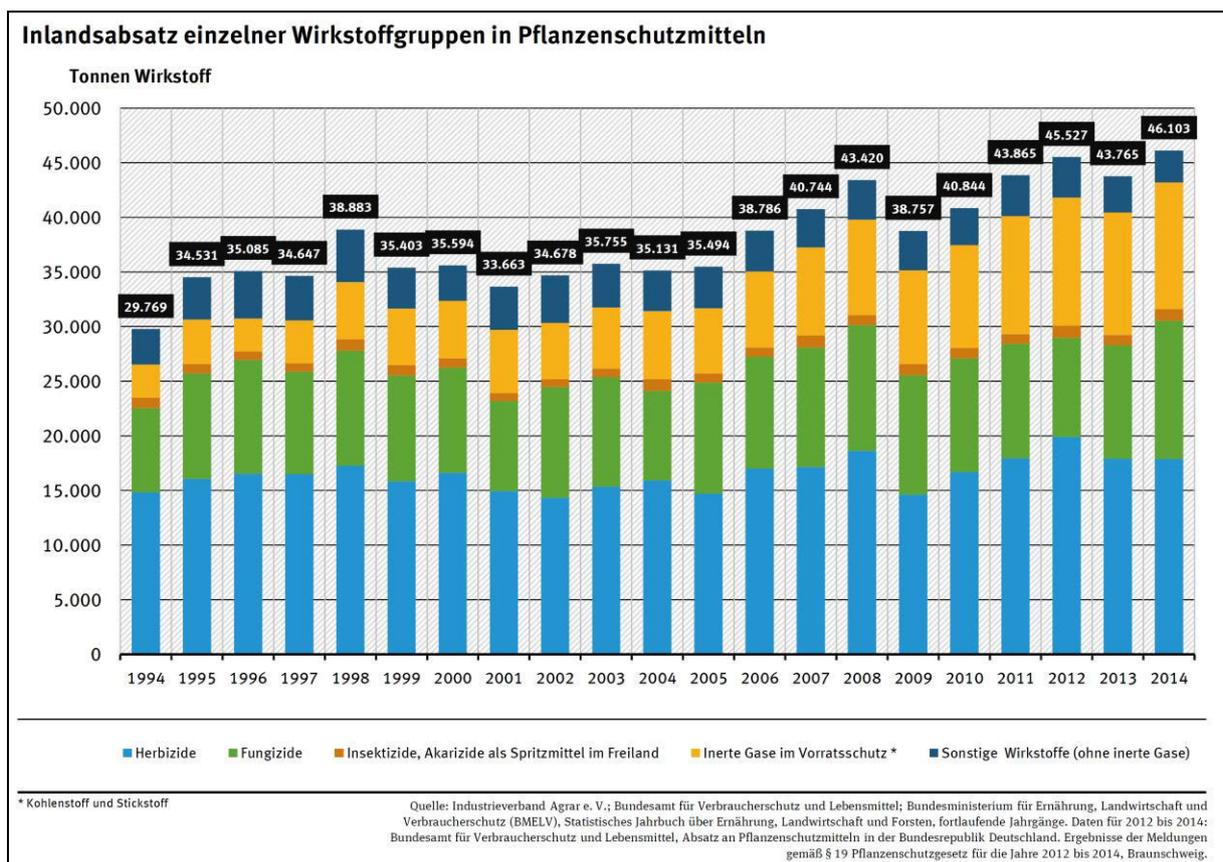


Abb. 273: Inlandsabsatz einzelner Wirkstoffgruppen in Pflanzenschutzmitteln

Aus:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/3_abb_pflanzenschutzmittelabsatz_2016-01-13.pdf; 2016-04-11)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

Leider wurden keine Daten gefunden, aus denen hervorgeht, wie stark Mecklenburg-Vorpommern von der Pflanzenschutzmittelwelle betroffen ist. Die älteren Generationen werden sich noch daran erinnern, dass, wenn man in den 90-er Jahren mit dem Auto durch das sommerliche Mecklenburg-Vorpommern fuhr, die Windschutzscheibe nach etwa einer Stunde von Insekten gereinigt werden musste. Seit etwa sieben Jahren sind solche Reinigungsaktionen nahezu überflüssig geworden, weil Insekten in den früher bekannten Mengen nur noch selten auftreten. Die Auswirkungen des forcierten Pflanzenschutzmitteleinsatz auf die Biodiversität sollten genau beobachtet werden.

Der übermäßige Einsatz von Pflanzenschutzmitteln könnte schon bald durch alternative Techniken reduziert werden. Bosch, Inmach und andere High-Tech-Firmen haben ein selbst fahrendes Gerät entwickelt, das Unkräuter fototechnisch erkennt und sie mechanisch in den Boden schießt. Einige Prototypen existieren bereits. Ein befragter Spezialist geht davon aus, dass die neue Technologie bereits in zwei bis drei Jahren marktfähig ist. Sicher wird das Gerät zunächst nur auf hochwertigen Kulturen eingesetzt werden. Da es sich unbemannt GPS-gesteuert bewegen kann, ist aber absehbar, dass bald auch größere Flächen damit bearbeitet werden.

9.5 BODENSCHADVERDICHTUNG

„Bodenverdichtung ist eine Gefügeveränderung. Sie äußert sich in einer funktionalen Änderung des Poren- oder Hohlraumsystems. Nicht jede Abnahme des Porenvolumens kann schon als Schadverdichtung bezeichnet werden, denn die Böden neigen bereits wegen ihres Eigengewichtes und der Gravitation zur Verdichtung. Die Verdichtung ist in bestimmten Grenzen tolerabel, zum Teil ist eine Rückverfestigung sogar erwünscht, wie z. B. zur Herstellung eines abgesetzten Saatbettes mit Bodenschluss. Beim Verdichtungsvorgang nimmt der Festsubstanzanteil am Bodenvolumen relativ zu, weil sich das Porenvolumen verringert. Das in den Bodenporen befindliche Wasser fördert diesen Vorgang, weil es als Gleitfilm für die Partikelbewegung wirkt.“

(Frielinghaus et al. 2003, S. 12.)

Von der Bodenverdichtung ist die Bodenschadverdichtung zu unterscheiden.

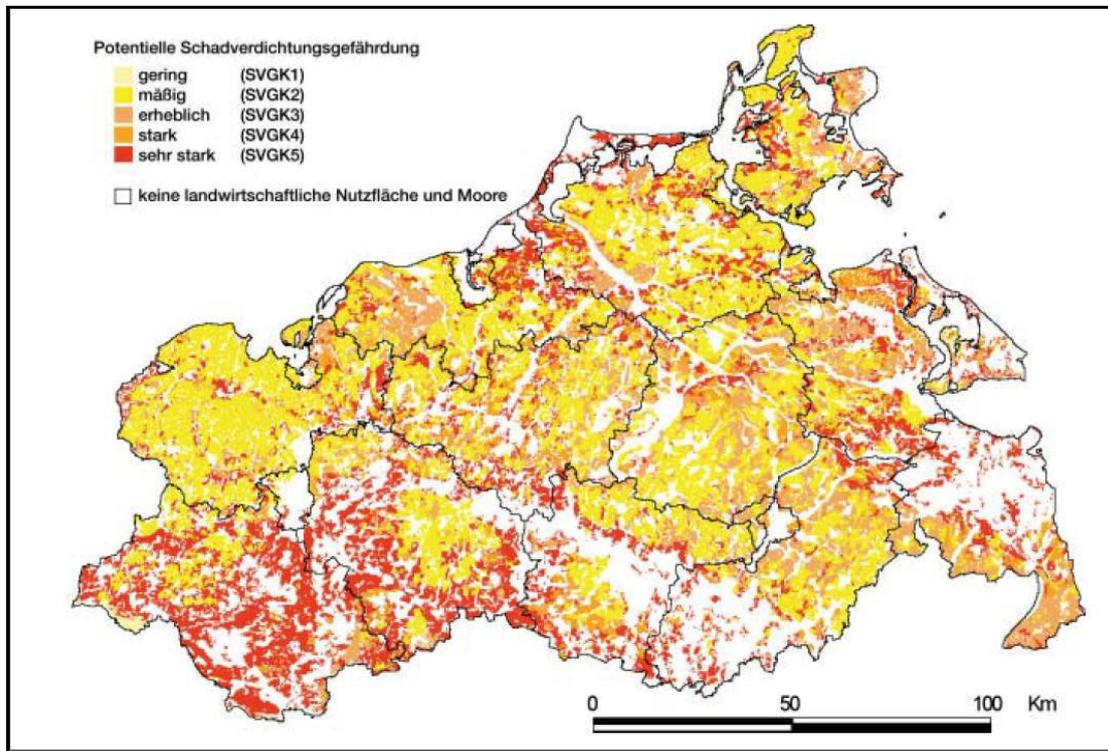
„Böden sind aus ökologischer Sicht als schadverdichtet anzusehen, wenn infolge technogener Überlastung das Porensystem im Boden soweit reduziert ist, dass die Produktions-, Regelungs- und Lebensraumfunktionen zeitweilig oder dauerhaft beeinträchtigt werden. Das bedeutet für einen Pflanzenbestand eine Verschlechterung der Versorgung mit Luft und Wasser und führt zu einer dauerhaften Beeinträchtigung der Ertragsfähigkeit und Ertragssicherheit. Die Infiltration von Niederschlagswasser in den Boden und die Wasserspeicherung sind gestört. Außerdem verschlechtern sich die Lebensbedingungen für Bodentiere und Mikroorganismen drastisch.“

(Frielinghaus et al. 2003, S. 13.)

Bodenschadverdichtung ist in der Regel eine Folge technogener Prozesse. Beim Befahren der Agrarflächen mit Maschinen entsteht ein Kontaktflächendruck, der sich als Bodendruck in die Tiefe fortpflanzt. Zwar nutzt die Landwirtschaft heute häufig breite Niederdruckreifen, um den Kontaktflächendruck zu verteilen, doch wird dieser Effekt durch das Nachrollen der zweiten, dritten oder vierten Achse des Fahrzeugs oder Schleppzuges wieder aufgehoben. Besonders problematisch ist die Schadverdichtung in Verbindung mit Schlupf, der durch die Drehwirkung von Treibrädern entstehen

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

kann. Dabei wird das Bodensubstrat nicht nur gepresst, sondern zusätzlich vermahlen und damit nachhaltig zerstört. Um die Schadverdichtung flächenmäßig zu begrenzen, fahren viele Landwirte bei der Ackerbestellung immer wieder die gleichen Spuren. Diese sind dann häufig so verfestigt, dass dort kaum noch etwas wächst. Im hangigen Gelände können sich daraus bei Starkniederschlägen Erosionsrinnen entwickeln.



Karte 34: Potentielle Schadverdichtungsgefährdung. Aus: *Frielinghaus 2003, S. 27.*

Mit der zunehmenden Größe von Landmaschinen hat die Schadverdichtung fast alle konventionell bestellten Ackerflächen in Mecklenburg-Vorpommern erfasst. Viele dieser Maschinen sind drastisch übermotorisiert. Mit der Agrardieselerstattung wird diese Tendenz von der Öffentlichen Hand subventioniert und muss so schnell wie möglich abgestellt werden.

Die Bodenschadverdichtung könnte drastisch reduziert werden, wenn die in Kap. 9.4 dargestellte fototechnische Unkrauterkenner mit mechanisch-automatischer Vernichtung zum Einsatz kommt. Solche Geräte sind erheblich leichter als herkömmliche Traktoren und benötigen keine schweren Flüssigkeitstanks.

9.6 ANTIBIOTIKAEINSATZ IN DER TIERHALTUNG

2014 wurden 1.238 t Antibiotika von pharmazeutischen Unternehmen und Großhändlern an Tierärzte in Deutschland abgegeben (vgl.

https://www.vol.bund.de/DE/08_PresseInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_Hintergrundinformationen/05_Tierarzneimittel/2015/2015_07_28_pi_Antibiotikaabgabemenge2014.html; 2016-04-14)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

„Im Jahr 2014 wurden deutschlandweit ca. 1200 t Veterinärantibiotika (VA) abgegeben (BVL 2015). Dies entspricht ungefähr der doppelten Menge des humanmedizinischen Antibiotikaverbrauchs (vgl. Paul-Ehrlich-Gesellschaft 2014). An Menschen und Tiere verabreichte Antibiotika werden größtenteils unverändert als Muttersubstanz oder in veränderter Form als Metabolite wieder ausgeschieden und können nachfolgend in die Umwelt gelangen. Bei Antibiotikarückständen aus dem Veterinärbereich geschieht dies in der Regel über diffuse Eintragswege, wobei der Eintrag in landwirtschaftlich genutzte Böden mit der Ausbringung von Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft (z. B. Gülle) von großer Bedeutung ist. Rückstände von Antibiotika werden zudem unter bestimmten Voraussetzungen aus belasteten Böden in Oberflächengewässer oder auch in das Grundwasser transportiert. Als Folge sind Antibiotikarückstände sowohl in den Exkrementen behandelter Tiere als auch in verschiedenen Umweltkompartimenten (Boden, Oberflächen- und Grundwasser) regelmäßig nachweisbar.“

Aus: *BfR 2015, S. 65*

Die regionale Zuteilung der Antibiotika-Abgabe korreliert hochgradig mit der Viehhaltung. Das Optimum liegt im Postleitzahlbezirk 49 im westlichen Niedersachsen. Mecklenburg-Vorpommern und das übrige Ostdeutschland gehören zu den Regionen mit mittleren und geringeren Antibiotika-Abgaben. Allerdings ist bei den Angaben auf der Karte zu berücksichtigen, dass sich in Niedersachsen die Antibiotika-Menge auf eine große Anzahl viehhaltender Betriebe verteilt. In Ostdeutschland dominiert demgegenüber der lokal konzentrierte Einsatz in relativ wenigen Großviehanlagen. Die Ausbildung von Antibiotikaresistenzen ist in Betrieben dieser Größenordnung viel leichter als in kleineren Betrieben möglich. Dies wiederum hat zur Folge, dass stärkere Antibiotika eingesetzt werden müssen. Viele von ihnen überschneiden sich chemisch mit den Medikamenten, die auch in der Humanmedizin eingesetzt werden. Inzwischen hat sich die Situation etwas verbessert:

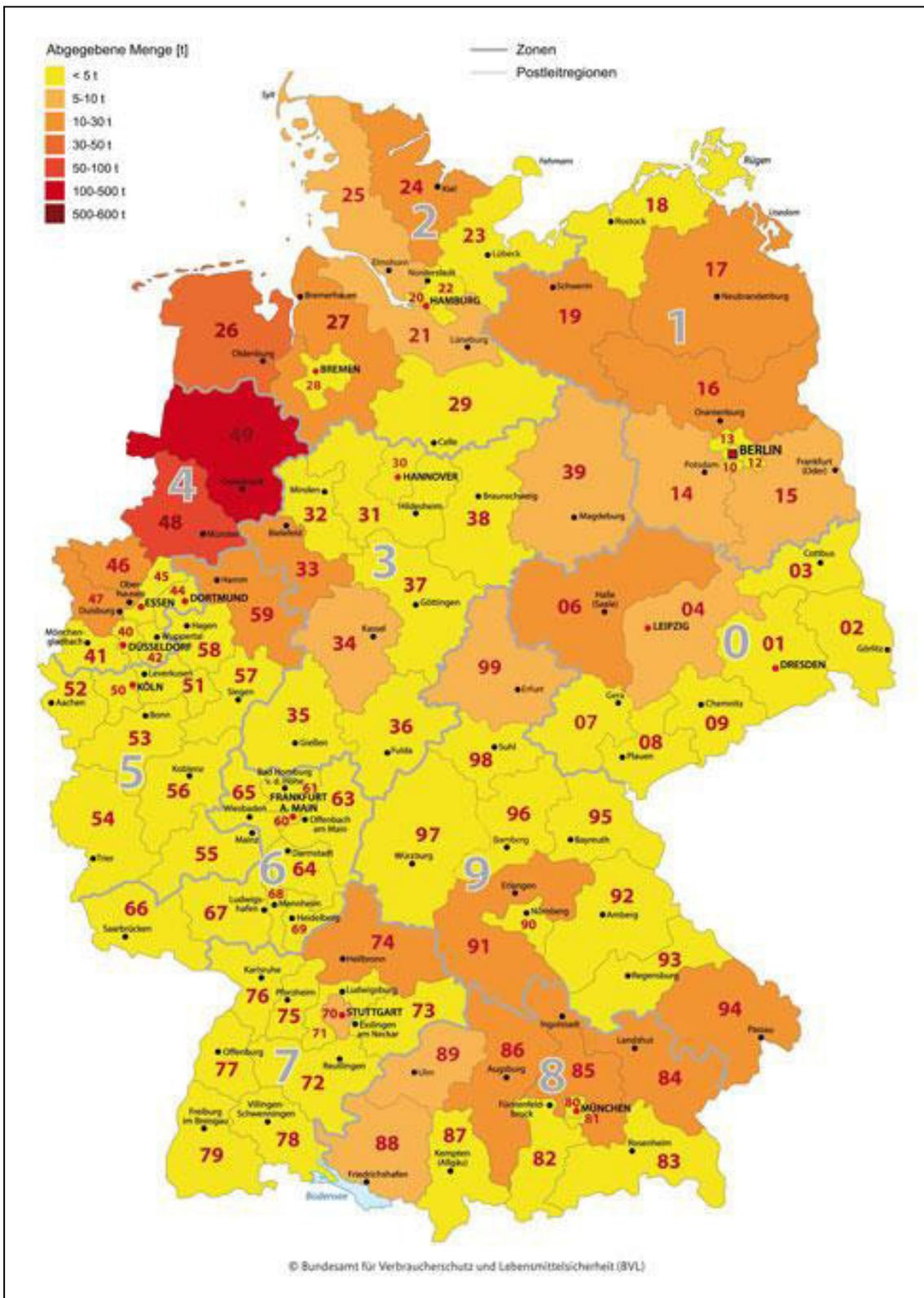
„In Deutschland hat sich die Gesamtmenge der von pharmazeutischen Unternehmen und Großhändlern an Tierärzte abgegebene Menge an Antibiotika zwischen den Jahren 2011 und 2015 von 1.706 auf 805 Tonnen mehr als halbiert (minus 53 Prozent). Von 2014 zu 2015 ging die Gesamtmenge der abgegebenen Antibiotika um 433 Tonnen (35 Prozent) zurück. Die Abgabemengen für Antibiotika mit besonderer Bedeutung für den Menschen sind nicht – wie bei der ersten Auswertung 2016 ermittelt – angestiegen, sondern leicht gesunken.“

Die Hauptabgabemengen bilden, wie in den vergangenen Jahren, Penicilline mit etwa 299 Tonnen (t) und Tetracycline mit etwa 221 t, gefolgt von Polypeptidantibiotika (Colistin) mit 82 t, Sulfonamiden mit 73 t und Makroliden mit 52 t. Fenicole wurden, wie bereits in den Vorjahren, zu etwa 5 t abgegeben. Von den von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) als Wirkstoffe mit besonderer Bedeutung für die Therapie beim Menschen eingestuften Antibiotikaklassen (Highest Priority Critically Important Antimicrobials) wurden im Vergleich zum Vorjahr 2014 ebenfalls geringere Mengen abgegeben (rund 10,6 t Fluorchinolone und 3,6 t Cephalosporine der 3. und 4. Generation). Die Abgabe von Fluorchinolonen hat damit erstmals um 1,8 t (15 %) abgenommen. Die Zunahme im Zeitraum von 5 Jahren beträgt allerdings 2,4 t (29 %). Die Abgabemengen von Cephalosporinen der 3. und 4. Generation gingen von 2014 bis 2015 leicht um 0,1 t (3 %) auf 3,6 t zurück.“

Aus:

http://www.bvl.bund.de/DE/08_PresseInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_Hintergrundinformationen/05_Tierarzneimittel/2016/2016_08_03_pi_Antibiotikaabgabemenge2015.html (2016-09-30)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft



Karte 35: Regionale Zuteilung der Antibiotika-Abgabemengen 2015

Aus:

http://www.bvl.bund.de/DE/08_PresseInfothek/01_FuerJournalisten/01_Presse_und_Hintergrundinformationen/05_Tierarzneimittel/2016/2016_08_03_pi_Antibiotikaabgabemenge2015.html (2016-09-30)

9. Umweltbelastungen aus der Landwirtschaft

Tab. 42: Vergleich der Abgabemengen von Antibiotika in der Tierhaltung nach Wirkstoffklassen 2011 bis 2015

Wirkstoffklasse	Abgegebene Menge [t] 2011	Abgegebene Menge [t] 2012	Abgegebene Menge [t] 2013	Abgegebene Menge [t] 2014	Abgegebene Menge [t] 2015	Differenz [t] 2011 zu 2015
Aminoglykoside	47	40	39	38	25	- 22
Cephalosp., 1. Gen.	2,0	2,0	2,0	2,1	1,9	- 0,1
Cephalosp., 3.Gen.	2,1	2,5	2,3	2,3	2,3	+0,2
Cephalosp. 4. Gen.	1,5	1,5	1,5	1,4	1,3	- 0,2
Fenicole	6,1	5,7	5,2	5,3	5,0	- 1,1
Fluorchinolone	8,2	10,4	12,1	12,3	10,6	+2,8
Folsäureantagonisten	30	26	24	19	10	- 20
Fusidinsäure*						
Ionophore*						
Lincosamide	17	15	17	15	11	-6
Makrolide	173	145	126	109	52	- 121
Nitrofurane*						
Nitroimidazole*						
Penicilline	528	501	473	450	299	- 229
Pleuromutiline	14	18	15	13	11	- 3
Polypeptid-Antibiotika	127	124	125	107	82	- 45
Sulfonamide	185	162	152	121	73	- 112
Tetrazykline	564	566	454	342	221	- 343
Summe	1.706	1.619	1.452	1.238	805	- 901
Scheinbare Ungenauigkeiten oder Abweichungen bei den Mengenangaben sind durch Rundungseffekte bedingt.						
*Wahrung des Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses, Daten dürfen nicht veröffentlicht werden, da es i. d. R. nur einen Zulassungsinhaber gibt (nach § 6 IFG und § 9 Abs. 1 (3) UIG)						

Aus:

http://www.bvl.bund.de/SharedDocs/Bilder/09_Presse/Download_Bilddateien_Presse_Hintergrundinformationen/20160803_Tabelle_Antibiotika_Abgabemenge2015_Print.jpg?__blob=publicationFile&v=5 (2016-09-30)

10. GESUNDHEITLICHE BELASTUNGEN AUS DER AGRARINDUSTRIE

Großbetriebe in der Tierzucht beeinflussen nicht nur die Tiergesundheit, sondern zunehmend auch die Gesundheit von Menschen. Komplexe Tierseuchen wie die Vogelgrippe und andere finden in Großbetrieben optimale Verbreitungs- und Mutationsbedingungen, die dazu führen, dass einige Erreger auch Menschen infizieren können. Der erhöhten Seuchengefahr in agrarindustriellen Strukturen soll durch ebenso erhöhten Antibiotika-Einsatz vorgebeugt werden. Diese Sekundärfolge des verstärkten Antibiotika-Einsatzes hat zu Resistenzen geführt. Einige multiresistente Erreger gehen auch auf den Menschen über. Das Bundesinstitut für Risikoforschung schreibt über MRSA, einer besonderen Gruppe dieser Erreger:

„Methicillin-resistente *Staphylococcus aureus* (MRSA) sind Keime, die beim Menschen unter anderem Wundinfektionen und Entzündungen der Atemwege hervorrufen können und gegen bestimmte Antibiotika resistent sind. In der Vergangenheit trat der Keim vor allem in Krankenhäusern auf, wo er von Mensch zu Mensch übertragen wird. In den vergangenen Jahren wurden vermehrt Fälle registriert, in denen sich Menschen außerhalb von Krankenhäusern infiziert hatten.

MRSA werden auch bei Nutztieren und in Lebensmitteln nachgewiesen, die somit eine Infektionsquelle für den Menschen sein können.“ Aus:

http://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zu_methicillin_resistenten_staphylococcus_aureus__mrsa_-11172.html (2016-04-03)

Weiter heißt es zur Übertragbarkeit durch Tiere:

„MRSA werden meistens durch den Zukauf von Tieren, die den Keim tragen, zwischen den Tierbeständen übertragen. Grundsätzlich kann das Vorkommen von MRSA in Tierhaltungen aber von vielen Faktoren beeinflusst werden, beispielsweise von der Größe des Betriebs oder vom Antibiotikaeinsatz im Bestand.

Deutlich wurde das in einer Studie zum MRSA-Vorkommen in Mastschweinebetrieben: In reinen Mastbeständen, die alle Mastschweine zukaufen, wurden die Keime häufiger gefunden als in Beständen, die ihre selbst gezogenen Ferkel mästen. Zudem fanden sich die Keime in großen Schweinebeständen häufiger als in kleinen Beständen. Ebenso wurden die Keime häufiger in Beständen gefunden, in denen Antibiotika eingesetzt worden waren.“ Aus :

http://www.bfr.bund.de/de/fragen_und_antworten_zu_methicillin_resistenten_staphylococcus_aureus__mrsa_-11172.html#topic_191381 (2016-04-03)

Als besondere Risikogruppe für MRSA galten zunächst nur die Arbeitskräfte in Großviehanlagen, Tierärzte und das Personal in der Viehtransportlogistik. Vossenkuhl (2015) hat die mögliche Übertragung entlang der Schlachtkette modellhaft untersucht. Dort heißt es nach Untersuchung einer Putenfleischkette:

„ ... Die durchgehend hohen Ähnlichkeitswerte zwischen den einzelnen Proben weisen auf eine mögliche Übertragung von MRSA entlang der Lebensmittelkette hin“. (Vossenkuhl 2015, S. 6)

In Pennsylvania (USA) wurde festgestellt, dass Menschen, die in der Nähe von Großviehanlagen wohnen, eine höhere MRSA-Inzidenz aufweisen als Kontrollgruppen, die in größerer Entfernung leben (vgl. Casey et al. 2013). Die Autoren gehen davon aus, dass die MRSA-Keime auch durch den Staub in der Abluft von Großviehanlagen übertragen werden können.

10. Gesundheitliche Belastung aus der Agrarindustrie

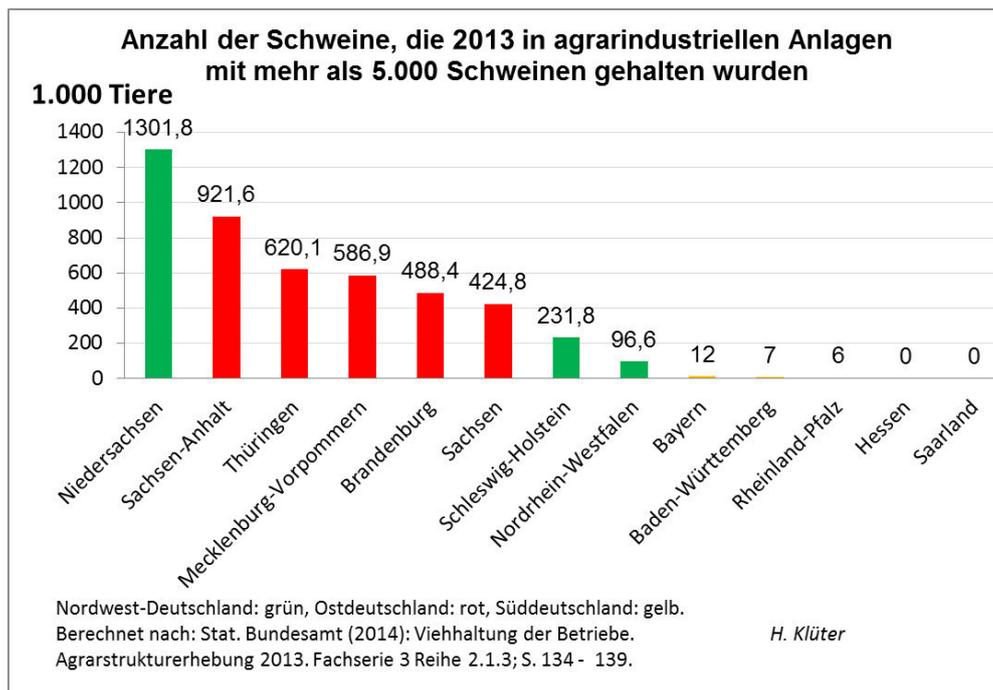


Abb. 274: Anzahl der Schweine, die 2013 in agrarindustriellen Anlagen mit mehr als 5.000 Schweine gehalten wurden

Die Koinzidenz von Großviehanlagen und MRSA-Infektionen ist auch in Deutschland beträchtlich: Bundesländer, in denen es nur sehr wenige Anlagen gibt, sind viel weniger betroffen als solche, die damit stärker besetzt sind, wie der Vergleich der Abbildungen 274 und 275 zeigt. In Abb. 275 sind nicht alle, sondern nur die gesundheitsamtlich registrierten Fälle dargestellt. Auch wenn man daher mit einer erheblichen Dunkelziffer rechnen muss, bleiben bestimmte Regelmäßigkeiten konstant:

- Die süddeutschen Länder mit ihren klein- und mittelbetrieblichen Strukturen sind nur wenig betroffen.
- Die mit vielen großen Schweine- und Hühnerzuchtbetrieben besetzten Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sind überdurchschnittlich betroffen.
- Die höchsten Werte unter den Flächenländern weisen Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern auf. Sie gehören mit zu den Ländern, in denen über eine halbe Million Schweine in übergroßen Anlagen gehalten werden. (vgl. Abb. 274).

Die hohe MRSA-Inzidenz in Berlin ist teilweise dadurch bedingt, dass dort bereits früh ein vollständiges MRSA-Screening eingeführt wurde. Die Betrachtung der regionalen MRSA-Inzidenz auf Bundesländer-Ebene in den letzten drei Jahren zeigt, dass die Varianz sich stabilisiert: Ostdeutschland und Nordwestdeutschland sind besonders betroffen. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt liegt die MRSA-Inzidenz 90 % über dem Bundesdurchschnitt. Eine weitere Differenzierung auf Kreisebene wird dadurch beeinträchtigt, dass die Bevölkerung versucht, Krankenhäuser mit hoher MRSA-Belastung zu meiden.

10. Gesundheitliche Belastung aus der Agrarindustrie

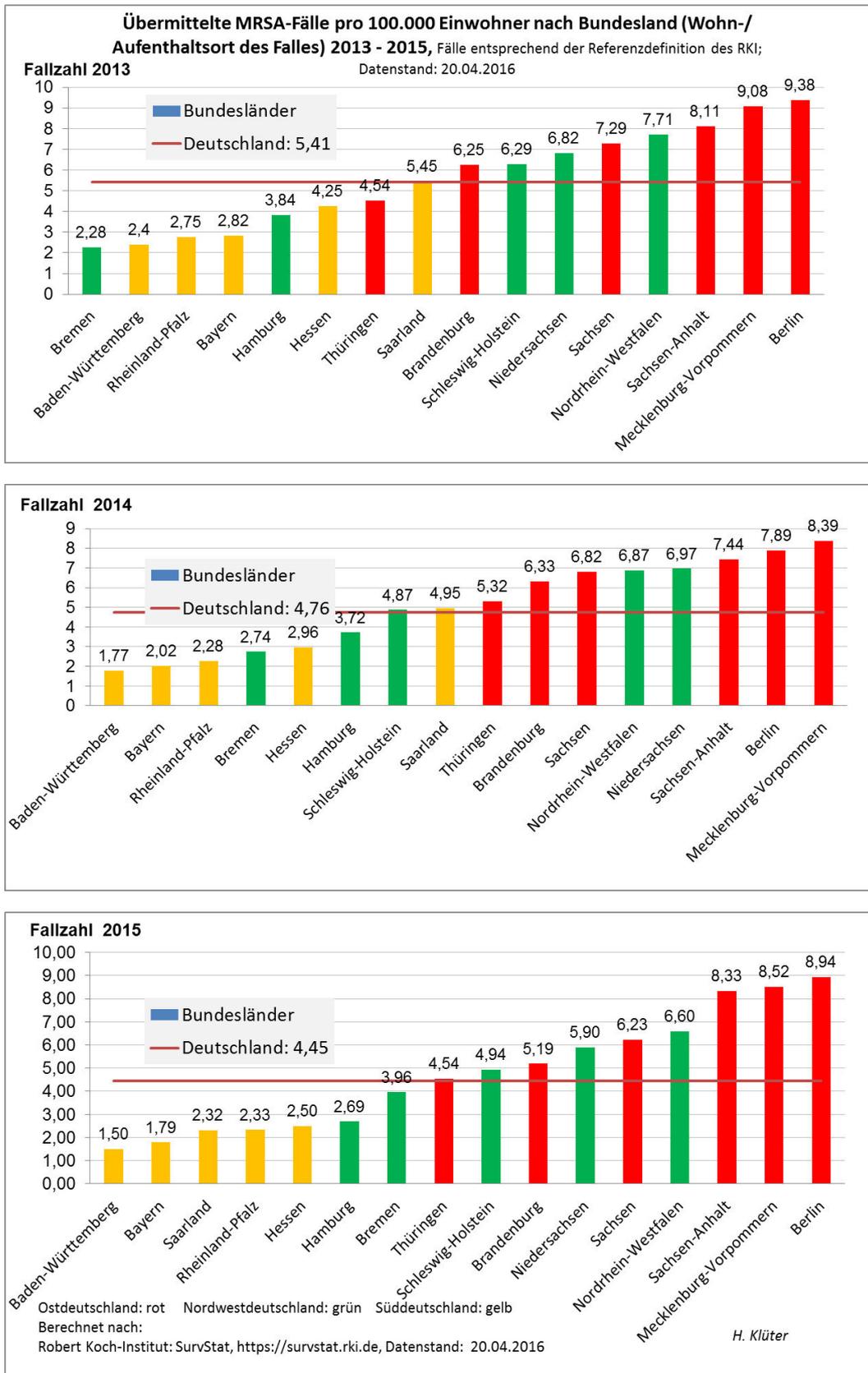


Abb. 275-277: Übermittelte MRSA-Fälle pro 100.000 Einwohner nach Bundesland (Wohn-/ Aufenthaltsort des Falles) 2013-2015

10. Gesundheitliche Belastung aus der Agrarindustrie

Die Frage, in welchem Umfang MRE durch mangelhafte Krankenhaushygiene – also „von innen“ – oder durch Eintrag der Erreger „von außen“ erfolgt, ist von Klinik zu Klinik unterschiedlich zu beantworten. Im Falle der Greifswalder Universitätsklinik, die seit 2008 einen völlig neuen Gebäudekomplex bezogen hat, konnte der Eintrag nur von außen erfolgen. Das Problem der MRE-Fälle ist inzwischen so gravierend, dass die Gesundheitsökonomie sich mit den dadurch verursachten Mehrkosten befasst hat. Oberländer *et al.* 2015 haben errechnet, dass den Krankenkassen etwa 17.500 € Mehrkosten pro Fall entstehen.

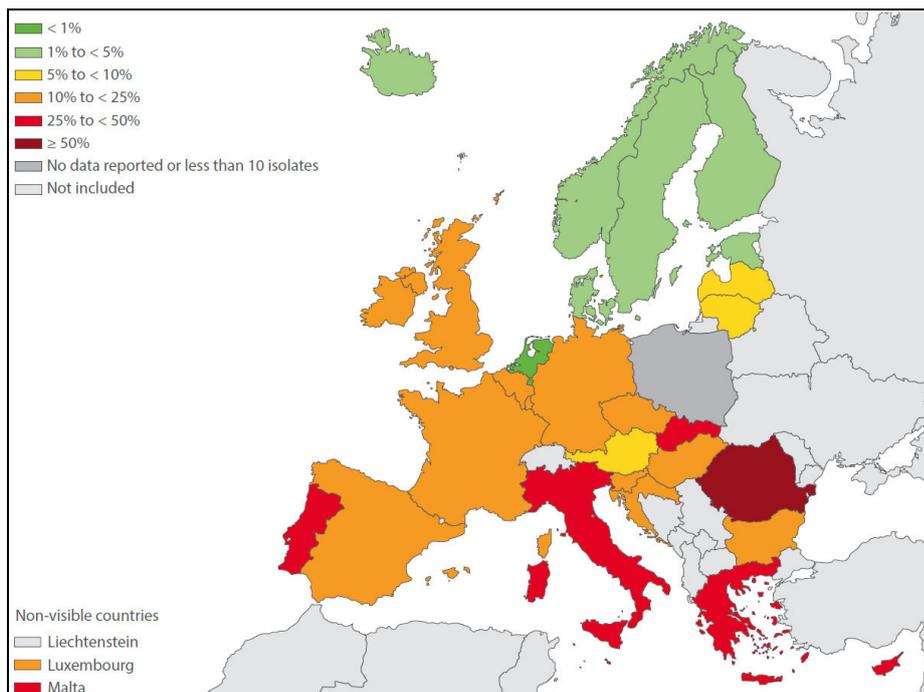
Die Frage, welche zusätzlichen Kosten der Klinik entstehen, wird damit nicht beantwortet. Kosten für Folgeeffekte wie die zeitliche Verschiebung von chirurgischen Eingriffen (aufgrund der notwendigen zusätzlichen Desinfizierung von Operationssälen und Krankenzimmern), die seinerzeit nicht geplante verstärkte Belegung von Einzelzimmern u. ä. sind nicht enthalten.

Die Karte des European Centre for Disease Prevention and Control zeigt, dass Deutschland europaweite bei der MRSA-Gefährdung eine mittlere Position in Europa einnahm. Die Niederlande und die skandinavischen Länder sind in der MRSA-Prävention bereits weiter als Deutschland. Einige ost- und südeuropäische Staaten wie Rumänien, Slowakische Republik, Portugal, Italien, Zypern und Griechenland sind stärker als Deutschland betroffen.

Tab. 43: Durchschnittliche der Krankenversicherung entstehende zusätzliche Behandlungskosten durch MRE

	männliche Versicherte (Kosten in €)			weibliche Versicherte (Kosten in €)		
	MRE	Kontrollen	Differenz	MRE	Kontrollen	Differenz
stationär	26 959,22	9 180,66	17 778,56	22 148,54	8 363,26	13 785,28
ambulant	985,34	877,40	107,94	967,55	788,72	178,83
Arzneimittel	3 864,83	2 805,73	1 059,10	3 918,10	2 528,85	1 389,25
Summe	31 809,39	12 863,79	18 945,60	27 034,19	11 680,83	15 353,36

Aus: Oberländer *et al* 2015, S. 856.



Karte 36:
Staphylococcus aureus. Percentage of Invasive isolates with resistance to methicillin (MRSA), by country, EU/EEA countries, 2014

Aus: ECDC 2015, S. 62.

11. AUSWIRKUNGEN LANDWIRTSCHAFTLICHER STRUKTUREN AUF DIE VOLKSWIRTSCHAFT UND AUF LÄNDLICHE RÄUME

11.1 MINDERUNG DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN WERTSCHÖPFUNGSANTEILS AN DER GESAMTEN VOLKSWIRTSCHAFT

Im Jahre 1991 betrug die landwirtschaftliche Wertschöpfung in Deutschland 16,79 Mrd. €. Das waren 1,17 % von der gesamten Wertschöpfung. Neun Jahre später waren es nur noch 1,06 %. Die Bruttowertschöpfung zu jeweiligen Preisen war in den anderen Wirtschaftssektoren schneller gewachsen als in der Landwirtschaft. Die jährliche Schrumpfrate lag bei 1,07 %. In den einzelnen Bundesländern verlief dieser Prozess mit unterschiedlicher Intensität, zumal die Ausgangsniveaus verschieden waren. In Berlin erzeugte die Landwirtschaft damals 0,04 % der Bruttowertschöpfung. In Bremen, Hamburg und im Saarland lag es unter 0,5 %. In Nordrhein-Westfalen und Hessen lag er zwischen 0,5 und 1 %, in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen zwischen 1 und 2 %, in Schleswig-Holstein und Thüringen zwischen 2 und 3 %. In Sachsen-Anhalt und Brandenburg lag er bei über 3 und in Mecklenburg-Vorpommern bei 5,4 %. In jenem Zeitraum erlitten alle ostdeutschen Länder überdurchschnittliche Transformationsverluste.

In der Zeit von 2000 bis 2015 beschleunigte sich der Wertschöpfungsanteilsverfall der Landwirtschaft. Betrug er in den 90-er Jahren durchschnittlich -1,07 % im Jahr, waren es 2000 bis 2015 mit -3,18 % pro Jahr dreimal so viel. Im gesamtdeutschen Durchschnitt ergab sich ein Rückgang von insgesamt -47,76 %. Hatte Brandenburg in den 90-er Jahren einen Rückgang um -39,01 % erlebt, betrug er in den 15 Jahren danach nur -37,15 %. In Mecklenburg-Vorpommern verschärfte die jährliche Schrumpfung sich von -2,50 % (1991 bis 2000) auf -3,04 % im Zeitraum 2000 bis 2015. Auch Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein gerieten in den Abstiegsog. Ähnliches galt für Hessen, Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg. In beiden Zeiträumen war die Schrumpfung in Berlin am stärksten, da aufgrund der Hauptstadteffekte die Landwirtschaft immer stärker weichen muss.

Dort, wo hochwertige Spezialkulturen dem Preisdumping der Agrarindustrie entzogen waren, verlief die Schrumpfung langsamer. Zu diesen Ländern gehören Rheinland-Pfalz mit dem Weinbau, Brandenburg mit dem expandierenden Spargelanbau, und einige andere. Dort, wo das Preis-Dumping auf kleinbetriebliche Strukturen derselben Ausrichtung traf, gab und gibt Verdrängungswettbewerb, bei dem die ostdeutschen Großbetriebe erhebliche Vorteile genießen. Jene Vorteile ergeben sich daraus, dass die Großbetriebe die ökonomischen und ökologischen Kosten ihrer Produktion bisher noch auf die Allgemeinheit abwälzen können, und daraus, dass sie derzeit übersubventioniert werden. Auf diese Weise können sie mit Niedrigstpreisen die Viehwirtschaft in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen bedrängen. 2015 wurden Überproduktion und anschließender Preisverfall so stark, dass auch ostdeutsche Großbetriebe erhebliche Einbußen erlitten.

11. Auswirkungen landwirtschaftlicher Strukturen auf die Volkswirtschaft und auf ländliche Räume

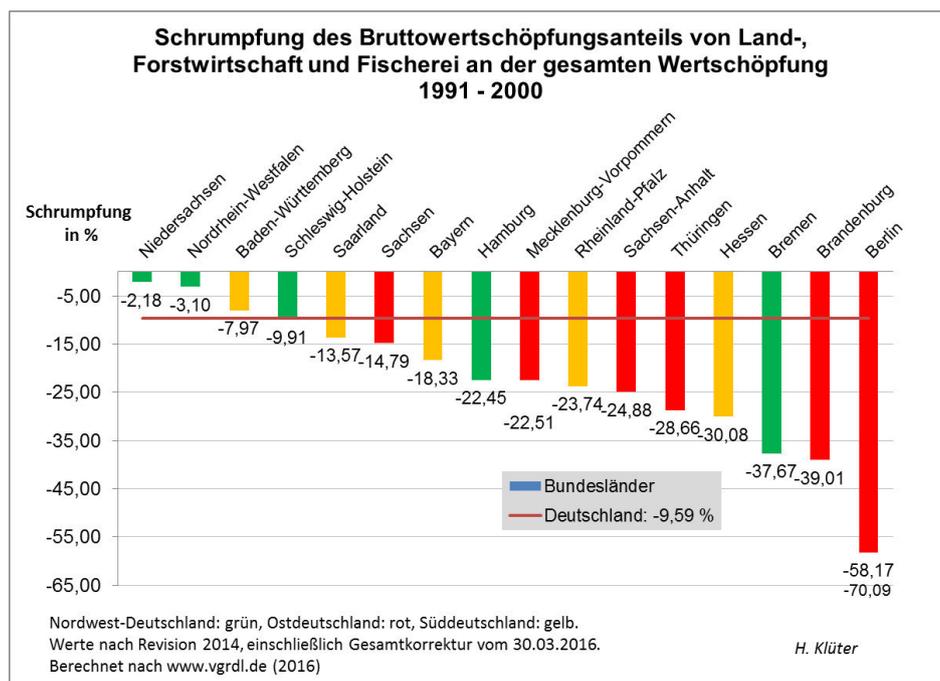


Abb. 278: Schrumpfung des Bruttowertschöpfungsanteils von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Wertschöpfung 1991 - 2000

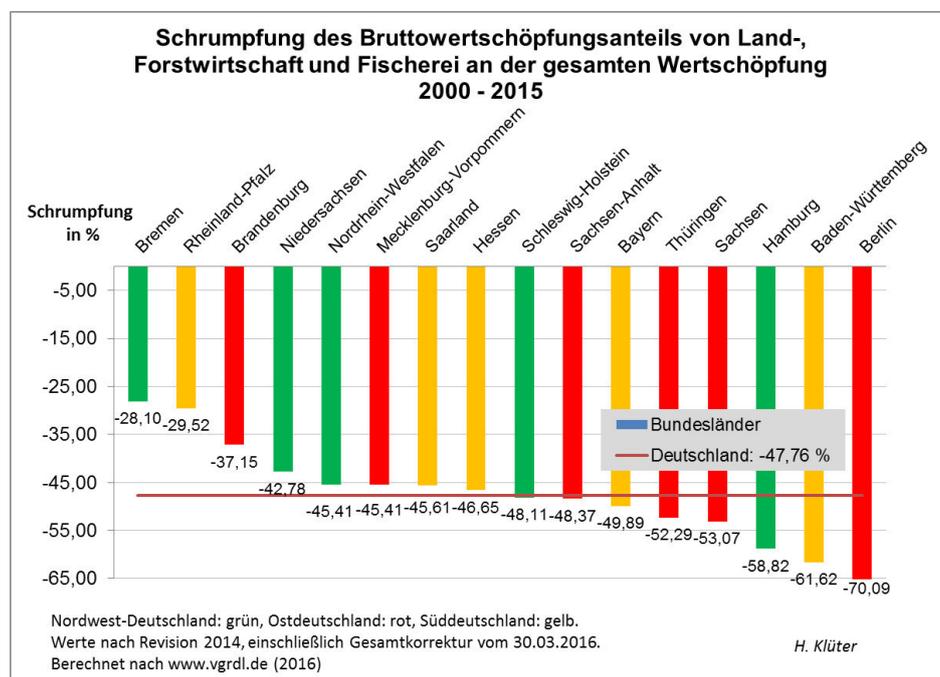


Abb. 279: Schrumpfung des Bruttowertschöpfungsanteils von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei an der gesamten Wertschöpfung 2000 - 2015

11.2 VERLUSTE DURCH AGRARINDUSTRIELLE STRUKTUREN IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Die Berechnung der volkswirtschaftlichen Schäden durch agrarindustrielle Strukturen gestaltet sich insofern schwierig, als das Preissystem, in dem gerechnet werden muss, bereits durch die Überproduktion und das Dumping der Großbetriebe deformiert ist (vgl. Abschnitt 11.1).

Die Arbeitsfrage lautet: Wie produktiv könnte der Agrarsektor in Mecklenburg-Vorpommern sein, wenn er eine andere Besitz- und Unternehmensstruktur hätte? Leitindikator ist die Flächenproduktivität, also der Quotient aus Bruttowertschöpfung von Land-, Forstwirtschaft und Fischerei und der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Die Vorteile, die Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein durch Einbeziehung der Fischerei genießen, sind so gering, dass sie in der Berechnung vernachlässigt werden können.

Als Vergleichsregionen wurden Westdeutschland, Gesamtdeutschland und Schleswig-Holstein gewählt. Bei den ersteren wurde der Weinbau mit seinen Flächen von 97.000 bis 100.000 ha und seinem Produktionswert von 1,2 bis 1,5 Mrd. € abgezogen. Der Weinbau ist eine Spezialkultur, die mit ihren besonderen Anforderungen an Betriebsorganisation, Arbeitskräften sowie ihren Produktivitätsindikatoren, einen Vergleich mit Nordostdeutschland verzerren würde. Der Vergleich mit Gesamtdeutschland wird weiterhin dadurch beeinträchtigt, weil darin die Daten für Mecklenburg-Vorpommern und der anderen agrarindustriell geprägten ostdeutschen Bundesländer enthalten sind. Daher wurden in den folgenden Tabellen auch die entsprechenden Daten für Westdeutschland aufgenommen.

Schleswig-Holstein ist das Bundesland, das nach physiogeographischen Rahmenbedingungen Mecklenburg-Vorpommern am ähnlichsten ist. Andererseits gehört es innerhalb Westdeutschlands zu den Bundesländern, die am stärksten durch Agrarindustrie geprägt sind.

Tab. 44: Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2012

Bezugsjahr: 2012	Flächenproduktivität ohne Weinbau	landwirtsch. Nutzfläche M-V	Mögliche BWS M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland ohne Weinbau	1.198 €/ha	1343,1 Tsd. ha	1.610 Mill. €	
Deutschland ohne Weinbau	1.080 €/ha	1343,1 Tsd. ha	1.451 Mill. €	
Schleswig-Holstein	957 €/ha	1343,1 Tsd. ha	1.285 Mill. €	
Reale Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern			1.036 Mill. €	
Differenz M-V zur möglichen BWS nach westdeutscher Flächenproduktivität			574 Mill. €	55 %
Differenz M-V zur möglichen BWS nach deutscher Flächenproduktivität			415 Mill. €	40 %
Differenz M-V zur möglichen BWS nach schleswig-holsteinischer Flächenproduktivität			249 Mill. €	24 %

Berechnet nach: *www.vgrdl.de* (Bruttowertschöpfung nach Revision 2014 korrigierte Werte 30.03.2016), *Stat. Jahrb. Deutschland und Internationales 2013*, S. 469, 483; *Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2012* (http://www.statistik-bw.de/LGR/DE_PW_y.asp?y=2012)

11. Auswirkungen landwirtschaftlicher Strukturen auf die Volkswirtschaft und auf ländliche Räume

Im Jahr 2012 übertraf die Flächenproduktivität von Schleswig-Holstein mit 957 €/ha die von Mecklenburg-Vorpommern mit 772 €/ha beträchtlich. Der westdeutsche Wert betrug ohne Weinbau 1.198 €/ha. Würde man diese Flächenproduktivitäten auf Mecklenburg-Vorpommern anwenden, ergäben sie 1,61 bzw. 1,451 Mrd. € landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung. Real betrug sie aber nur 1,036 Mrd. €. Der sich daraus ergebende Verlust beträgt den westdeutschen Verhältnissen gegenüber 574 Millionen, Schleswig-Holstein gegenüber 249 Millionen €. Damit lag der westdeutsche Wert 55 % und der schleswig-holsteinische um 24 % höher als die Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern.

Auch 2013 erreichten die Unterschiede zwischen Mecklenburg-Vorpommern und den westdeutschen bzw. schleswig-holsteinischen Werten einen dreistelligen Millionenbetrag. Die relativen Werte betragen 44 % Verlust zum westdeutschen und 25 % zum schleswig-holsteinischen Wert. Im Jahre 2014 stiegen sie auf 52 % bzw. 39 %.

Im Jahre 2015 kam es aufgrund der Überproduktion bei Getreide, Schweinefleisch und Milch zu einem drastischen Preisverfall, der in ganz Deutschland zu einem Rückgang der Bruttowertschöpfung führte. Aufgrund der verringerten Ausgangsgrößen nahmen die Verluste durch agrarindustrielle Strukturen ab. Die relativen Abstände zu Schleswig-Holstein und Westdeutschland insgesamt blieben jedoch erhalten. Trotz des Krisenjahres hätte der mecklenburg-vorpommersche Agrarsektor mit einer westdeutschen Betriebsstruktur fast um die Hälfte mehr Bruttowertschöpfung erzeugen können. Auf Basis der schleswig-holsteinischen Struktur hätte das Plus wie bereits 2012 249 Millionen € betragen.

Innerhalb von nur vier Jahren beliefen sich die Verluste, die Mecklenburg-Vorpommern aufgrund agrarindustrieller Strukturen erlitten, hat auf etwa 1,1 Mrd. €, wenn man die schleswig-holsteinischen Vergleichswerte zugrunde legt. Nutzt man als Vergleich westdeutsche Durchschnittswerte, summieren die Verluste sich auf knapp 2 Mrd. €. Dem ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns fehlen jährlich 250 bis 580 Millionen € an Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft. Das ist nur die quantitative Dimension der Verluste. Daneben gibt es eine qualitative, die sich daraus ergibt, dass aufgrund der ungünstigen Besitzverteilung die Wertschöpfung der Großbetriebe weniger stark in Investitionen und regionalen Konsum verlängert wird als das bei der bäuerlichen Mittelschicht der Fall ist, die in Westdeutschland dominiert.

In den Daten der Tabellen 45 bis 47 sind die Verluste durch MRE, Bodenverschlechterung durch Erosion und Schadstoffeinträge nicht enthalten.

Wie bereits in Kap. 3 ausgeführt gehen viele landwirtschaftliche Leistungen untermonetarisiert in die Wertschöpfung ein. Daher erscheint es sinnvoll, die Verluste durch die Agrarindustrie auch arbeitsplatzbezogen zu berechnen.

11. Auswirkungen landwirtschaftlicher Strukturen auf die Volkswirtschaft und auf ländliche Räume

Tab. 45: Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2013

Bezugsjahr: 2013	Flächenproduktivität ohne Weinbau	landwirtsch. Nutzfläche M-V	Mögliche BWS M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland ohne Weinbau	1.245 €/ha	1.341 Tsd. ha	1.670 Mill. €	
Deutschland ohne Weinbau	1.200 €/ha	1.341 Tsd. ha	1.609 Mill. €	
Schleswig-Holstein	1.038 €/ha	1.341 Tsd. ha	1.452 Mill. €	
Reale Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern			1.161 Mill. €	
Differenz M-V zur möglichen BWS nach westdeutscher Flächenproduktivität			508 Mill. €	44%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach deutscher Flächenproduktivität			448 Mill. €	39%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach schleswig-holsteinischer Flächenproduktivität			291 Mill. €	25%

Berechnet nach: *www.vgrdl.de* (Bruttowertschöpfung nach Revision 2014 korrigierte Werte 30.03.2016), Stat. Jahrb. Deutschland und Internationales 2014, S. 473, 488; Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 2013 (http://www.statistik-bw.de/LGR/DE_PW_y.asp?y=2013;2016-03-27)

Tab. 46: Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2014

Bezugsjahr: 2014	Flächenproduktivität ohne Weinbau	landwirtsch. Nutzfläche M-V	Mögliche BWS M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland ohne Weinbau	1.109 €/ha	1.340,3 Tsd. ha	1.487 Mill. €	
Deutschland ohne Weinbau	992 €/ha	1.340,3 Tsd. ha	1.330 Mill. €	
Schleswig-Holstein	1.016 €/ha	1.340,3 Tsd. ha	1.362 Mill. €	
Reale Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern			981 Mill. €	
Differenz M-V zur möglichen BWS nach westdeutscher Flächenproduktivität			505 Mill. €	52%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach deutscher Flächenproduktivität			348 Mill. €	36%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach schleswig-holsteinischer Flächenproduktivität			381 Mill. €	39%

Berechnet nach: *www.vgrdl.de* (Bruttowertschöpfung nach Revision 2014; korrigierte Werte 30.03.2016), Stat. Jahrb. Deutschland und Internationales 2015, S. 475, 490; Stat. Landesamt Rheinl.-Pfalz 2015, Die Landwirtschaft 2014, S. 144 – 157.

11. Auswirkungen landwirtschaftlicher Strukturen auf die Volkswirtschaft und auf ländliche Räume

Tab. 47: Modellrechnung zur möglichen Bruttowertschöpfung im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2015

Bezugsjahr: 2015	Flächenproduktivität ohne Weinbau	landwirtsch. Nutzfläche M-V	Mögliche BWS M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland ohne Weinbau	918 €/ha	1340,3 Tsd. ha	1230 Mill. €	
Deutschland ohne Weinbau	819 €/ha	1340,3 Tsd. ha	1098 Mill. €	
Schleswig-Holstein	801 €/ha	1340,3 Tsd. ha	1074 Mill. €	
Reale Bruttowertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern			825 Mill. €	
Differenz M-V zur möglichen BWS nach westdeutscher Flächenproduktivität			405 Mill. €	49%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach deutscher Flächenproduktivität			273 Mill. €	33%
Differenz M-V zur möglichen BWS nach schleswig-holsteinischer Flächenproduktivität			249 Mill. €	30%

Berechnet nach: *www.vgrdl.de* (Bruttowertschöpfung nach Revision 2014; korrigierte Werte 30.03.2016), *Stat. Jahrb. Deutschland und Internationales 2015*, S. 475, 490; *Stat. Landesamt Rheinl.-Pfalz 2015, Die Landwirtschaft 2014*, S. 144 - 157.

2015 gab es in Mecklenburg-Vorpommern 23.313 Erwerbstätige in der Landwirtschaft. Bezogen auf die damalige landwirtschaftliche Nutzfläche des Landes ergaben sich 1,732 Erwerbstätige je 100 ha. Nimmt man den Wert von Schleswig-Holstein mit 3,443 Erwerbstätigen je ha als Basis, hätte Mecklenburg-Vorpommern mit 46.352 Erwerbstätigen fast doppelt so viele Erwerbspersonen in der Landwirtschaft haben müssen. Der Verlust Schleswig-Holstein gegenüber betrug also nicht 42 % wie bei der Flächenproduktivität, sondern 99 %. Legt man den westdeutschen Erwerbstätigenbesatz von 4,546 zugrunde, hätte Mecklenburg-Vorpommern 61.203 Erwerbstätige in der Landwirtschaft haben müssen, also 163 % mehr als in der Realität.

Die Daten über die Erwerbstätigen liegen zwar mit großer Genauigkeit vor, haben aber drei Nachteile:

- Sie schließen die Fischer- und Forstberufe mit ein;
- Die Inhaber von Nebenerwerbsbetrieben sind in den landwirtschaftlichen Erwerbstätigenzahlen nicht enthalten. Sie werden den jeweiligen Haupterwerbswirtschaftszweigen zugerechnet.
- Teilzeitarbeit und Vollzeitbeschäftigung werden in der Erwerbstätigenbilanz nicht voneinander unterschieden.

Diese Nachteile können umgegangen werden, wenn man auf die Arbeitskräfte-Einheiten aus der Agrarstrukturerhebung 2013 zurückgreift. Diese Daten liegen nur in 100-er Werten vor.

Tab. 48: Modellrechnung zur möglichen Erwerbstätigkeit im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2015

Bezugsjahr: 2015	Erwerbstätige je 100 ha	landwirtsch. Nutzfläche M-V	Mögliche landwirtsch. Erwerbstätige in M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland	4,546	1346,2 Tsd. ha	61.203	
Deutschland	3,795	1346,2 Tsd. ha	51.094	
Schleswig-Holstein	3,443	1346,2 Tsd. ha	46.352	
Mecklenburg-Vorpommern	1,732	1346,2 Tsd. ha	23.313	
Differenz M-V zu möglichen Erwerbstätigenzahl nach westdeutschem Flächenbesatz			37.890	163%
Differenz M-V zu möglichen Erwerbstätigenzahl nach deutschem Flächenbesatz			27.781	119%
Differenz M-V zu möglichen Erwerbstätigenzahl nach schleswig-holsteinischem Flächenbesatz			23.039	99%

Berechnet nach: *www.vgrdl.de*, (2016)Tabelle 2015 Erwerbstätige (Inland);
Stat. Bundesamt (2015) Bodennutzung der Betriebe. Fachserie 3 Reihe 3.1.2.

In Mecklenburg-Vorpommern wurden 2013 17.100 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E) geleistet. Das waren 1,275 AK-E je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Der entsprechende Wert Schleswig-Holsteins lag mit 2,574 mehr doppelt, der von Westdeutschland mit 3,646 fast dreimal so hoch. Mit Hilfe der Daten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wurde der Weinbau aus dem Arbeitskräftebesatz herausgerechnet. Einschließlich des Weinbaus würde der Besatz in Westdeutschland 3,825 und in Gesamtdeutschland 3,130 betragen. Wenn Mecklenburg-Vorpommern eine westdeutsche Besitz- und Bewirtschaftungsstruktur im Agrarsektor hätte, wäre das Arbeitsvolumen um 186 % größer als in der Realität 2013. Statt 17.100 Vollzeitkräfte würden 48.900 beschäftigt.

Mit dem schleswig-holsteinischen Arbeitskräftebesatz könnte man 34.500 Vollzeit-Arbeitsstellen schaffen – mehr als doppelt so viel wie 2013 in Mecklenburg-Vorpommern real. Berücksichtigt man die Multiplikatoreffekte in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen (Nahrungs- und Futtermittelindustrie, Landmaschinenhandel, Alltagskonsum der zusätzlichen Arbeitskräfte) von etwa 2,3 aus, dann entgehen Mecklenburg-Vorpommern durch die agrarindustrielle Dominanz etwa 40.000 (Maßstab Schleswig-Holstein) bis 73.000 Vollzeitarbeitsplätze (Maßstab gesamtes Westdeutschland).

Tab. 49: Modellrechnung zum möglichen Arbeitskräftevolumen im Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns und Verluste durch agrarindustrielle Strukturen 2013

Bezugsjahr: 2013	Arbeitskräfte-Einheiten je 100 ha	landwirtsch. Nutzfläche in M-V	Mögliche 1.000 AK-E in M-V	Verlust durch agrarindustrielle Strukturen
Westdeutschland ohne Weinbau	3,646	1341 Tsd. ha	48,9	
Deutschland ohne Weinbau	3,010	1341 Tsd. ha	40,3	
Schleswig-Holstein	2,574	1341 Tsd. ha	34,5	
Mecklenburg-Vorpommern	1,275	1341 Tsd. ha	real: 17,1	
Differenz M-V zu möglichen AK-E nach westdeutschem Arbeitskräftebesatz			31,8	186 %
Differenz M-V zu möglichen AK-E nach deutschem Arbeitskräftebesatz			23,2	136 %
Differenz M-V zu möglichen AK-E nach schleswig-holsteinischem Arbeitskräftebesatz			17,4	102 %

Berechnet nach: Stat. Bundesamt (2014): *Arbeitskräfte Agrarstrukturerhebung 2013, Tab. 06011*; Stat. LA Rheinland-Pfalz (2014), *Stat Berichte C IV – ur/13, S. 17*. Stat. Bundesamt (2014) *Fachserie 3 Reihe 3.1.2*

In diesen Dimensionen muss man die Arbeitsplatzvernichtung sehen, die sich durch die Dominanz der Agrarindustrie in Mecklenburg-Vorpommern ergeben hat.

Dabei ist auf der Zeitschiene nicht eingerechnet, dass im Falle eines mehr als doppelt so hohen Arbeitsvolumens in der Landwirtschaft die Abwanderung aus den ländlichen Räumen in den letzten beiden Jahrzehnten viel langsamer abgelaufen wäre. Große Teile des inzwischen verloren gegangenen Wohnraums und der abgebauten Infrastruktur wären noch vorhanden.

Auch die Effekte der verpassten Vermögensbildung wurden nicht berücksichtigt. Hätte man nach der Wiedervereinigung im Rahmen einer gerechten Privatisierung einen bäuerlichen Mittelstand geschaffen, hätte das Land jetzt, nach einem Vierteljahrhundert, mindestens 6.000 Vermögensmillionäre mehr als in der Gegenwart. Von den 829.900 deutschen Vermögensmillionären lebten 2010 schätzungsweise nur 8.300 in Mecklenburg-Vorpommern. Das waren 0,5 % der Bevölkerung. In Schleswig-Holstein lebten 25.500 Vermögensmillionäre, d.h. 0,9 % der Bevölkerung. Der deutsche Durchschnitt betrug 2010 1,01 % (<http://www.trust-wi.de/reich-reicher-am-reichsten/vermogensverteilung-in-deutschland.html>; 2015-12-28). Hinzu käme, dass diese Vermögen – neben den erhaltenen Arbeitsplätzen – eine weitere Abwanderungsbremse für die ländliche Bevölkerung gewesen wären. Die agrarindustriellen Betriebe sind im bundesdeutschen Vergleich keine Wohlstands-, sondern Armutsbeschaffer.

12. EINKOMMENSKOMBINATION

Einkommenskombinationen waren ursprünglich eine Möglichkeit, landwirtschaftliche Einkommen durch weitere Tätigkeiten aufzubessern. Im Gegensatz zum Nebenerwerbsbetrieb liegt jedoch kein landwirtschaftsexterner Financier für die Arbeitskraft vor. Außerdem soll die Landwirtschaft für die neue Tätigkeit eine Art Basis bilden, obwohl dieses Kriterium eher einen ideellen Wert hat. Heute umfassen Einkommenskombinationen ein weites Spektrum von Diversifizierungsstrategien. Ein wichtiges Motiv ist die Bindung von Familienmitgliedern an den Hof, wenn etwa Motorisierung und Automatisierung menschliche Arbeitskraft in der eigentlichen Landwirtschaft überflüssig machen. Einkommenskombination kann in einem gewissen Grade die Abwanderung überschüssiger landwirtschaftlicher Arbeitskräfte vermeiden helfen. Dabei werden häufig technische, soziale und ökonomische Innovationen in Wert gesetzt. Für den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb haben Einkommenskombinationen auch deswegen einen besonderen Wert, weil sie beispielsweise in der Direktvermarktung die teure Lieferkette über Nahrungsmittelindustrie, Groß- und Einzelhandel zum Kunden umgehen. Handelsspanne und Transportkosten bleiben im landwirtschaftlichen Betrieb. Daraus ergibt sich nicht nur ein zusätzliches Einkommen, sondern über den direkten Kontakt zum Kunden auch die Möglichkeit, auf dessen Wünsche und auf neue Nachfragetrends zeitnah einzugehen.

Weinberger-Miller *et al.* haben die Entwicklung von Einkommenskombinationen systematisiert.

Tab. 50: Modellhafte Entwicklungsschritte von Einkommenskombinationen

Modell		Leistung	Erläuterung	Beitrag zum Einkommen
A	Einstieg Potenziale aus dem Betrieb nutzen	gelegentlich vorhandene Kapazitäten nutzen	keine Investitionen zur Nutzung vorhandener Potenziale	unerheblich
B	Nebenbetrieb horizontale Diversifizierung	wie A, jedoch dauerhaft oder periodisch, in größerem Umfang	umfangreichere Nutzung, Erweiterung des Programms	periodische Einnahmen
C	Standard vertikale Diversifizierung	traditionelle Bewirtschaftung von Einkommenskombinationen (Urlaub auf dem Bauernhof, Direktvermarktung)	Investitionen in Gebäude und Geräte, Qualifizierung, Nutzung ordnungsgemäßer Marketing-schienen	Nebeneinkommen
D	Spezialangebot horizontale und vertikale Diversifizierung	Angebot mit entgeltlichen Sonderleistungen, Spezialangebote, professionelles Marketing	Erweiterung von Modell C durch Vertiefung des Angebots, professionelles Agieren am Markt	Neben- bis Haupteinkommen
E	Profession fachspezifische Angebote mit professionellen Dienstleistungen	qualifiziertes Angebot mit Dienstleistungen vom Unternehmen Bauernhof zur Existenzsicherung	vorwiegend gewerblich eingestufte Angebote mit Dienstleistungscharakter vom Bauernhof	wesentlicher Beitrag zur Einkommenssicherung, meist eigenständiges Unternehmen

Aus: Weinberger-Miller *et al.* 2013, S. 17.

12. Einkommenskombination

Die Autoren betonen, dass damit kein deterministischer Prozess beschrieben werden soll, sondern mehrere Varianten der Kombination von landwirtschaftlicher und außerlandwirtschaftlicher Tätigkeit. So etwa kann es steuerlich durchaus sinnvoll sein, auf das Modell E zu verzichten, denn zu diesem Zweck müsste ein Gewerbe angemeldet werden, das den relativ großen Frei- und Entfaltungsraum verlässt, der Einkommenskombinationen zur Verfügung steht.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen (Auto-) Mobilität der Kunden kann mittlerweile auch der abgelegendste Bauernhof von Städtern und Touristen erreicht werden. Außerdem hat die Automobilisierung dazu beigetragen, dass die nicht im Agrarsektor beschäftigte Bevölkerung auf dem Lande drastisch zugenommen hat. Selbst in Mecklenburg-Vorpommern gibt es auf Ämterebene keinen Gemeindeverband mehr, in dem die Landwirtschaft über die Hälfte der Erwerbstätigen stellt. Das sind gute Voraussetzungen für die Einkommenskombination Direktvermarktung. Nutzt man dafür die Modelle A bis E aus Tabelle 51, ergeben sich folgende Leistungsprofile:

Tab. 51: Entwicklungsschritte nach Modellen bei der Direktvermarktung

Modell		Leistungen (Input)	Ergebnis (Output)
A	Produkte aus der Überproduktion	Rohprodukte aus der Urproduktion für befreundete Kunden beim Ab-Hof-Verkauf	„Eiergeld“ (gelegentliche Einnahmen)
B	Vermarktung vorwiegend unverarbeiteter Produkte	wie A, jedoch dauerhaft oder periodisch, größere Mengen für zusätzliche zufällige Kunden beim Ab-Hof-Verkauf oder durch Belieferung	„stetiges Eiergeld“ (periodische Einnahmen)
C	Verarbeitung und Direktvermarktung	Direktvermarktung mit spezifischen Investitionen in Räume, Geräte und Qualifizierung, ordnungsgemäße Vermarktung	Nebeneinkommen
D	Direkt- oder Regionalvermarktung eines Sortiments verarbeiteter Produkte	gewerblich eingestufte Direktvermarktung eines Produktsortiments über professionelle Marketingschienen (Hofläden, Bauernläden, Bauernmärkte)	Neben- bis Haupteinkommen
E	Produkte, Speisen und Dienstleistungen vom Bauernhof	gewerblich eingestufte Direktvermarktung verarbeiteter Produkte bis hin zu Convenience-Produkten und Speisen über kooperative Marketingschienen für Lebensmitteleinzel- und -großhandel, Gemeinschaftsverpflegung, Gastronomie	Einkommen als Beitrag zur Existenzsicherung, eigenständiges, meist gewerblich eingestuftes Unternehmen

Aus: Weinberger-Miller et al. 2013, S. 18.

In der Statistik werden Einkommenskombinationen wie folgt gegliedert:

„Zu den Einkommenskombinationen zählen ausschließlich solche Tätigkeiten, die im landwirtschaftlichen Betrieb ausgeübt werden und mit denen der landwirtschaftliche Betrieb Umsätze erzielt. Wurde für die nachfolgend genannten Tätigkeiten ein rechtlich selbstständiger Gewerbebetrieb gegründet, sind diese hier nicht einzubeziehen.“

Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Bearbeitung von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen zu einem im Betrieb verarbeiteten Produkt, unabhängig davon, ob der Rohstoff im Betrieb erzeugt oder von außerhalb zugekauft wurde. Hierzu zählen u.a. die Fleischverarbeitung und die Käseherstellung. Die verarbeiteten landwirtschaftlichen

12. Einkommenskombination

Erzeugnisse müssen verkauft werden (auch Direktvermarktung). Die Herstellung von Wein und die Erzeugung nur für den Eigenverbrauch sind ausgeschlossen.

Fremdenverkehr, Beherbergung

Alle Tätigkeiten im Bereich Fremdenverkehr, Führung von Touristen und sonstigen Gruppen, Beherbergung durch den Betrieb sowie Sport- und Freizeitaktivitäten (z.B. Landurlaub, Wellnessangebote, Reitunterricht), bei denen der Grund und Boden, die Gebäude oder sonstige Betriebsmittel des betreffenden Betriebes eingesetzt werden.

Pensions- und Reitsportpferdehaltung

Hierzu zählen nur die Unterbringung (Pension) und Haltung von Pferden zur Ausübung von Freizeitaktivitäten, ggf. verbunden mit dem Einsatz von Verleih- bzw. Lehrpferden.

Erzeugung von erneuerbarer Energie

Die Erzeugung erneuerbarer Energien kann z.B. durch Windkraftanlagen, Biogasanlagen, Strohverbrennung und die Verwertung von nachwachsenden Rohstoffen wie Raps, Mais oder Holz in Anlagen zur Erzeugung von Wärme und Strom aus Biomasse erfolgen. Ausgenommen hiervon sind Anlagen, die ausschließlich dem Eigenverbrauch dienen sowie die ausschließliche Produktion bzw. der Verkauf von nachwachsenden Rohstoffen.

Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen

Herstellung von handwerklichen Erzeugnissen im Betrieb durch Arbeitskräfte, die auch landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Die hergestellten Erzeugnisse müssen verkauft werden. Hierunter fällt auch die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz.

Be- und Verarbeitung von Holz

Be- und Verarbeitung von Rohholz für Vermarktungszwecke, z.B. im Sägewerk. Die Weiterverarbeitung, z.B. die Herstellung von Möbeln aus Nutzholz, fällt nicht hierunter.

Fischzucht und -erzeugung

Aufzucht, Haltung und Nutzung von Fischen, Flusskrebse usw. im Betrieb. Fischzucht und -erzeugung wird betrieben, sobald in irgendeiner Form, z.B. durch regelmäßigen Besatz, Fütterung und Schutz vor natürlichen Feinden, mit dem Ziel der Produktionssteigerung in den Wachstumsprozess eingegriffen wird. Dazu müssen sich die Tiere im Besitz von natürlichen oder juristischen Personen befinden und sind Gegenstand von Rechtsansprüchen aus vertraglichen Bindungen. Befinden sich dagegen die Tiere nicht im Besitz einer natürlichen oder juristischen Person, gelten sie als jedermann zugängliche Güter, die von der Allgemeinheit mit oder ohne entsprechende Lizenzen genutzt werden können. In diesem Fall sind sie wie die reine Fischfangtätigkeit (z.B. See- und Flussfischerei) von der Erfassung ausgeschlossen.

Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe

Die Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe werden auf Grundlage einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung gegen Entgelt durchgeführt. Zu den vertraglichen Arbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe zählen alle landwirtschaftlichen Arbeiten wie Feld- und Stallarbeiten, buchhalterische Arbeiten und Transportleistungen.

Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft

Die Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft werden auf Grundlage einer mündlichen oder schriftlichen Vereinbarung gegen Entgelt durchgeführt. Zu den vertraglichen Arbeiten außerhalb der Landwirtschaft zählen z.B. die Landschaftspflege, der Straßenbau und der Winterdienst für Kommunen.

Forstwirtschaft

Forstwirtschaftliche Arbeiten, die von den Arbeitskräften und mit den Maschinen und Ausrüstungen, die im landwirtschaftlichen Betrieb vorhanden sind, ausgeführt werden.

Sonstige Einkommenskombinationen

Zu den sonstigen Einkommenskombinationen zählt z.B. die Pelztierzucht. Das Unterstellen von Caravans bzw. Wohnwagen, Booten usw. in Wirtschaftsgebäuden des Betriebes zählt nur dazu, wenn diese Gebäude auch landwirtschaftlich genutzt werden.“

Aus: Stat. Bundesamt 2014: Einkommenskombinationen. Agrarstrukturerhebung 2013, Fachserie 3, Reihe 2.1.7; S. 12 – 14.

Einkommenskombinationen gestatten auf diese Weise

- eine stärkere Öffnung der Landwirtschaft zur Dienstleistungssphäre,
- die Erweiterung der Verdienstmöglichkeiten, wenn die rein landwirtschaftliche Einkünfte eines Betriebes zur Lebenshaltung nicht mehr ausreichen,
- eine Möglichkeit der Nutzung beruflicher Qualifikationen von außerhalb der Landwirtschaft, Betätigungsmöglichkeit für Quereinsteiger in der Landwirtschaft,
- die Bindemöglichkeit nicht landwirtschaftlich ausgebildeter Ehepartner an den Hof,
- die Verbesserung der Möglichkeiten, mit dem Endverbraucher in direkten Kontakt zu treten (Direktvermarktung, Reiterhöfe, ländliches Handwerk, Ferien auf dem Bauernhof usw.),
- Interessante Möglichkeiten nachfrageorientierter Produktionsinnovationen,
- Stärkung der Bindearme der Landwirtschaft zu anderen Sektoren der regionalen Wirtschaft.

Gerade die letztgenannten Aspekte führen dazu, dass es vor allem die Betriebe mit Einkommenskombinationen sind, die das positive Image der Landwirtschaft in der Bevölkerung bestimmen.

Das gilt auch für Mecklenburg-Vorpommern. Die ersten Einkommenskombinationen entwickelten sich nach der Wiedervereinigung aus Verkaufsstellen der ehemaligen LPG. Bald zeigte sich, dass zunächst diejenigen Erfolg hatten, die besondere Produkte anbieten konnten. Genannt sei hier die Sanddornplantage Storchennest in Ludwigslust, die heute der größte Betrieb dieser Art in Deutschland ist. Die Sanddorn-Erzeugnisse werden sowohl vor Ort, als auch deutschlandweit vermarktet. Dabei geht es nicht nur um Säfte, sondern auch Marmeladen, mit Sanddorn versetzten Honig, Sirups, Likör, Bonbons und vieles andere. Mit der Darßer Fruchtmanufaktur in Wieck gibt es seit 2005 einen weiteren Sanddorn-Produzenten, der direkt vermarktet.

Der Biohof Sander in Tarnow ist mit besonderen Speiseölen erfolgreich. Die meisten Pflanzen dafür werden auf dem eigenen Hof angebaut und in der dortigen Ölmühle kalt gepresst.

Der Kräutergarten Pommerland in Lassan-Pulow hat sich auf die Erzeugung von Heilkräutern und Kräutertee-Mischungen spezialisiert, die selbst verpackt, abgefüllt und über den Spezialhandel oder über das Internet vermarktet werden.

12. Einkommenskombination

Die Baumschule Hager in Bartow kultiviert unter Anderem alte Obstsorten aus Mecklenburg-Vorpommern und verschickt sie in alle Welt. Neben dem Pflanzenverkauf gibt es ein Hofcafé.

Auch hochwertige Fleischprodukte werden in Mecklenburg-Vorpommern teilweise in Hofläden verkauft. Genannt sei hier das Gut Darß in Born, das neben Rindern auch Wasserbüffel hält und mit ihnen Landschaftspflege im Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft betreibt.

Schillings Gasthof in Schaprode verarbeitet Fleisch von Rindern, die der Besitzer auf der Insel Öhe im Schaproder Strom züchtet.

Der Landwerthof bei Sundhagen-Stahlbrode war zunächst ein Viehzuchtbetrieb. Da die hochwertigen Rinder in Vorpommern nicht öko-gerecht geschlachtet werden konnten, wurde eine eigene Schlachtereieröffnung. Auch Schweine werden artgerecht gehalten. Ein Teil des Fleisches wird im Hofladen direkt vermarktet, der andere Teil geht an Restaurants der Region, die damit werben, dass das bei ihnen zubereitete Fleisch nicht aus Massentierhaltung stammt. Außerdem bedient der Landwerthof je zwei Verkaufsstellen in Stralsund und Greifswald sowie drei weitere in Berlin.

Nach einem ähnlichen Konzept arbeitet der Hof Schaalsee in Waschow. Hier werden ebenfalls Rinder und Schweine artgerecht gehalten und in der hofeigenen Schlachtereier zerlegt. Schinken und Fleisch werden im Hofladen und auf den Wochenmärkten in Schwerin, Lauenburg und Wismar angeboten.

In *Bahra, Liebich 2013* sind etwa 20 dieser und anderer Einkommenskombinationen dargestellt. Einige haben sich längst zu eigenständigen Gewerben entwickelt. Teilweise werben sie gemeinsam unter der Marke „ländlichfein“.

Diese Betriebe heben sowohl das Image der Landwirtschaft, als auch das ihrer Region, denn die meisten von ihnen bedienen nicht nur die Wohnbevölkerung, sondern auch Touristen.

Viele Ressourcen liegen allerdings nach wie vor ungenutzt. Bärlauch ist nicht nur eine bedeutsame Heilpflanze, sondern von Sibirien bis England das erste heimische Frühlingsgemüse, mit dem die Vitaminbilanz nach dem Winter aufge bessert werden kann. Als solcher wird er genutzt und als Delikatesse angeboten. Bärlauch ist eine anspruchsvolle Pflanze. In Deutschland gedeiht er beispielsweise in den Wäldern nördlich Wetterau, wo er gesammelt und deutschlandweit ziemlich teuer verkauft wird.

Das größte zusammenhängende Vorkommen des Bärlauchs liegt nicht in der Wetterau, sondern im Schlosspark von Putbus auf der Insel Rügen. Dort wurde er seinerzeit als Zierpflanze für den Park eingeführt, wilderte erfolgreich aus und eroberte einen Großteil der Freiflächen. Zwar gibt es Einheimische und Touristen, die versuchen, den Bärlauch zu ernten, doch meist schneiden sie nur die grünen Blätter ab, wobei der wertvollste Teil der Pflanze, der Schaft, nicht genutzt wird. Den weißen Schaft der Pflanze erhält man nur, wenn man die Pflanze dort fasst, wo sie aus der Erde tritt, und sie lotrecht nach oben zieht. Sie bricht dann oberhalb der 10 bis 20 cm tiefen Zwiebel, so dass der Schaft ohne weiteren Schaden für die Pflanze genutzt und verarbeitet werden kann.

2016 trat der Bärlauch in Putbus bereits Februar so weit aus der Erde, dass er geerntet werden konnte. Doch kaum jemand tat oder tut es. Wenn man in Berliner Spezialgeschäften fragt, woher der dort angebotene Bärlauch bezogen wird, erhält man als Antwort: „aus dem Ausland“. Das Rügener Bärlauchvorkommen ist in Berlin unbekannt.

Vergleicht man den Stand der Einkommenskombinationen mit anderen Bundesländern, ergibt sich erheblicher Nachholbedarf. Nach der Agrarstrukturhebung 2013 gab es in Deutschland 94.100 Betriebe mit Einkommenskombinationen. Das war etwa ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe.

12. Einkommenskombination

Auf Ostdeutschland entfielen nur 5.600, davon auf Mecklenburg-Vorpommern etwa 1.000 Betriebe. Ungefähr 12.000 Personen arbeiten deutschlandweit ausschließlich in den Einkommenskombinationen. 116.000 waren teilweise in Einkommenskombinationen beschäftigt (vgl. Abb. 281). Davon entfiel über die Hälfte auf Haupt- und ein Drittel auf Nebenerwerbsbetriebe. Personengemeinschaften- und -gesellschaften beschäftigten ein Neuntel und die juristischen Personen weniger als ein Zwanzigstel der teilweise mit Einkommenskombinationen Befassten. Schon an diesen Zahlen wird deutlich, dass vor allem die bäuerlichen Betriebe dieses Innovationsportal nutzen.

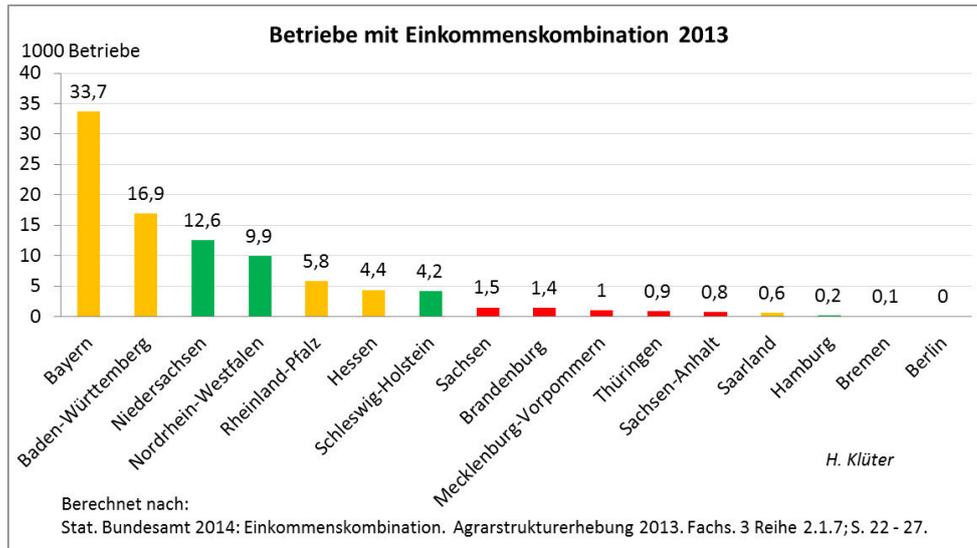


Abb. 280: Betriebe mit Einkommenskombination nach Bundesländern 2013

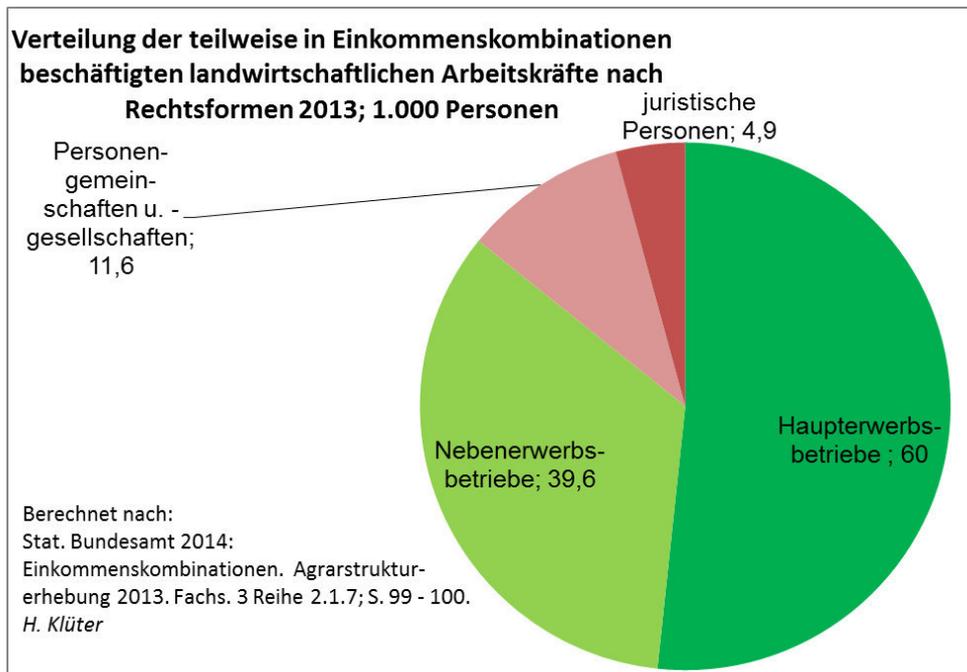


Abb. 281: Verteilung der teilweise in Einkommenskombination beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach Rechtsformen in Deutschland 2013

12. Einkommenskombination

Gliedert man die Einkommenskombinationen nach der Ausrichtung der Betriebe, dann arbeiten von den 116.000 teilweise in Einkommenskombinationen Beschäftigten fast 52.000 in Futterbaubetrieben. Ackerbau und Pflanzenbau-Viehhaltungsverbund decken ein weiteres Drittel ab. Die übrigen Ausrichtungen teilen sich weniger als ein Viertel der Gesamtzahl.

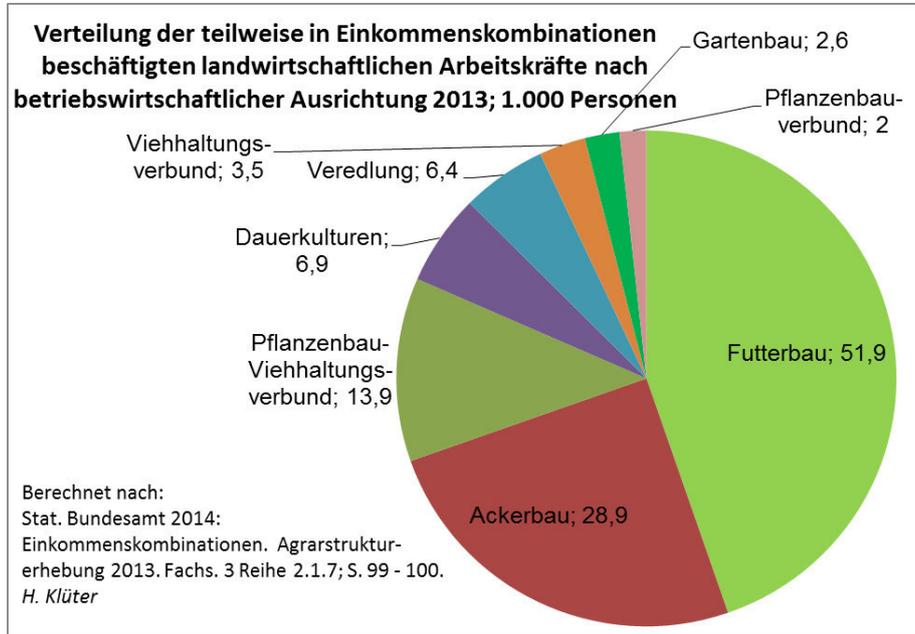


Abb. 282: Verteilung der teilweise in Einkommenskombination beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte nach betriebswirtschaftlicher Ausrichtung in Deutschland 2013

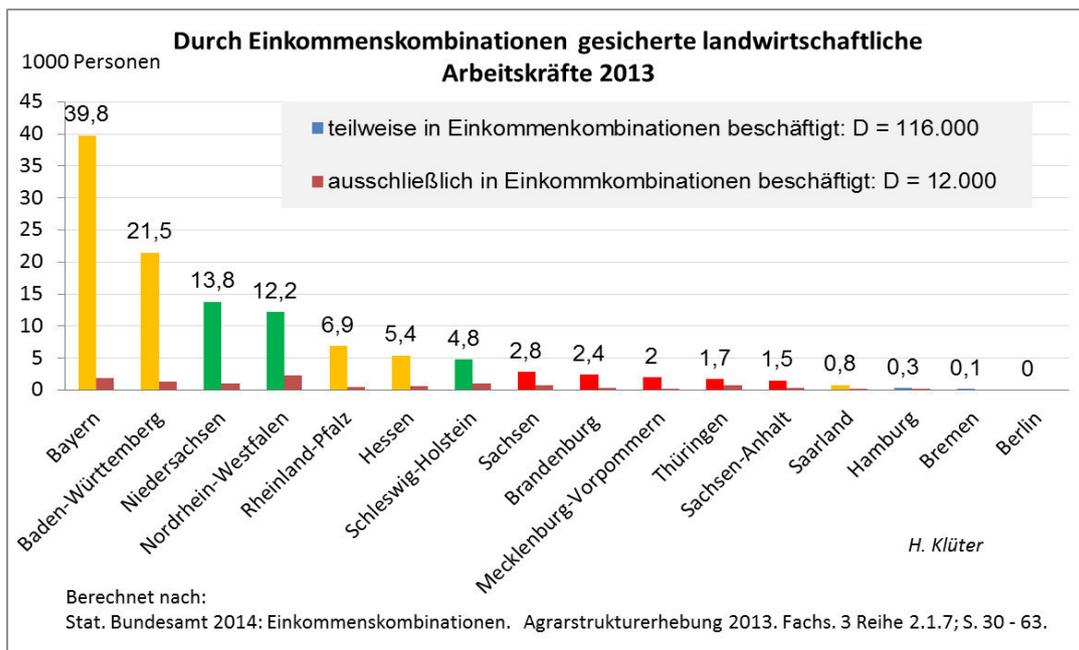


Abb. 283: Durch Einkommenskombinationen gesicherte landwirtschaftliche Arbeitskräfte nach Bundesländern 2013

12. Einkommenskombination

Insgesamt werden 128.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte ganz oder teilweise durch Einkommenskombinationen gesichert. In Ostdeutschland waren es 12.900, und damit weniger als jeweils allein in Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen.

Die meisten ausschließlich mit Einkommenskombinationen Beschäftigten hat Nordrhein-Westfalen (2.300), gefolgt von Bayern (1.900) und Baden-Württemberg (1.300). Bei den teilweise durch Einkommenskombinationen Gesicherten führen mit großem Abstand Bayern (39.800) und Baden-Württemberg (21.500).

Schleswig-Holstein ist gemeinsam mit dem Saarland das schwächste Flächenland in Westdeutschland, hat aber mit 5.900 Personen mehr als doppelt so viele in Einkommenskombinationen beschäftigt wie Mecklenburg-Vorpommern (2.200). Dort sind nur etwa 200 Personen ausschließlich und 2000 teilweise in Einkommenskombinationen beschäftigt.

Besonders groß ist der Vorsprung Schleswig-Holsteins bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Während in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Branche vor allem spezialisierte Konzerne aktiv sind, die der Landwirtschaft etwas Pacht für das Aufstellen ihrer Anlagen – zumeist Windkraft – bezahlen, engagieren sich in Schleswig-Holstein und Niedersachsen auch Bauernhöfe. Die mittelgroßen Bauernhöfe sind selbst investitionsstark genug, Windkraftanlagen aufzustellen. In Mecklenburg-Vorpommern und im übrigen Ostdeutschland fehlt diese bäuerliche Mittelschicht nahezu vollständig.

Dies ist auch eine der Ursachen, weshalb Schleswig-Holstein bei den Einkommenskombinationen Fremdenverkehr, Beherbergung, Freizeitaktivitäten achtmal stärker als Mecklenburg-Vorpommern ist. Groß ist der Nachholbedarf bei Pensions- und Reitsportpferdehaltung. In diesem ebenfalls touristisch wichtigen Bereich ist Schleswig-Holstein fünfmal stärker als die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Auf der Website www.auf_nach-mv.de/reiterhof-urlaub sind 26 Höfe eingetragen. 17 davon liegen an oder nahe der Küste. Im Binnenland vor allem im Kreis Ludwigslust-Parchim, im Altkreis Demmin und im Kreis Vorpommern-Greifswald weist das Netz große Lücken auf.

Bei Verarbeitung und Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte wurde, wie oben geschildert, einiges erreicht. Doch dieser Sektor ist im westlichen Nachbarland dreimal stärker als in Mecklenburg-Vorpommern.

2015 wurden in Deutschland fast 71 Millionen t Milch direkt vermarktet. Über die Hälfte davon entfiel auf die drei Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Ganz Ostdeutschland produzierte nur knapp 11 %. Mecklenburg-Vorpommern lag mit 598.000 t und 0,842 % Anteil an Deutschland auf dem zweitletzten Rang vor Sachsen-Anhalt.

Die stärkste Einkommenskombination in Mecklenburg-Vorpommern sind Lohnarbeiten für andere landwirtschaftliche Betriebe. In Schleswig-Holstein wird dieser Bereich von der dortigen Erzeugung erneuerbarer Energien und von der Pensions- und Reitsportpferdehaltung übertroffen.

Die Frage, ob Einkommenskombination „sich lohnt“, ist für viele Betriebe sekundär, geht es doch zunächst meist darum, Familienmitglieder auf dem Hof zu halten. Von den 94.100 Betrieben, die sich 2013 deutschlandweit in Einkommenskombinationen engagierten, erwirtschafteten 52.500 bis zu einem Zehntel ihres Umsatzes in der oder in den Kombinationen. 29.700 erwirtschafteten ein Zehntel bis zur Hälfte des Umsatzes mit Einkommenskombinationen. 12.000 Betriebe erwirtschafteten mehr als die Hälfte ihres Umsatzes in den Kombinationen. Das waren, bezogen auf ganz Deutschland, 12,8 % der Betriebe mit Einkommenskombinationen. In Mecklenburg-Vorpommern lag dieser Indikator

12. Einkommenskombination

jedoch bei 20 %. Von rund 1.000 Betriebe mit Einkommenskombinationen waren 200 in den Kombinationen umsatzstärker als in der eigentlichen Landwirtschaft. Auch in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gehörten über 20 % der Kombinationsbetriebe in dieser Kategorie. Hier zeigt sich, dass man in Bundesländern mit schwachem Kombinationsbesatz offenbar weit mehr bewegen kann, als in den mehr oder weniger gesättigten Märkten Westdeutschlands. Das gilt vor allem für Mecklenburg-Vorpommern, in dem die Touristen ein besonders interessantes Nachfragekontingent bilden (vgl. Abb. 287).

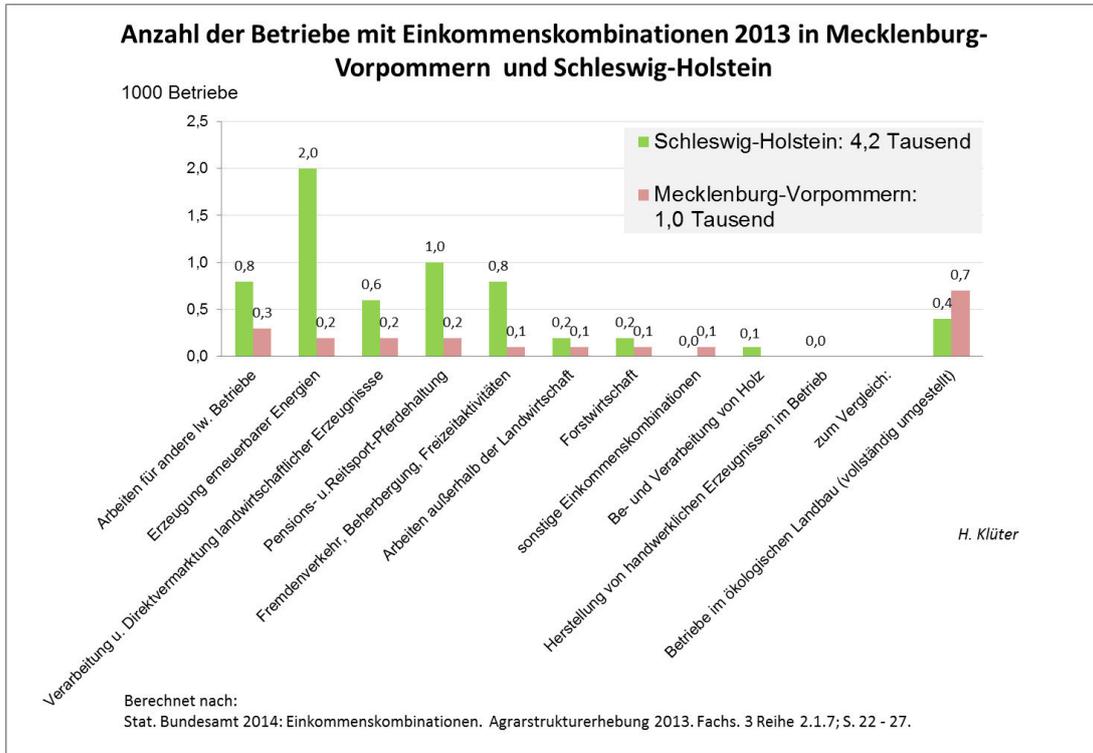


Abb. 284: Anzahl der Betriebe mit Einkommenskombinationen 2013 in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein



Abb. 285: Vorsprung Schleswig-Holsteins Mecklenburg-Vorpommern gegenüber bei Einkommenskombinationen in der Landwirtschaft 2013

12. Einkommenskombination

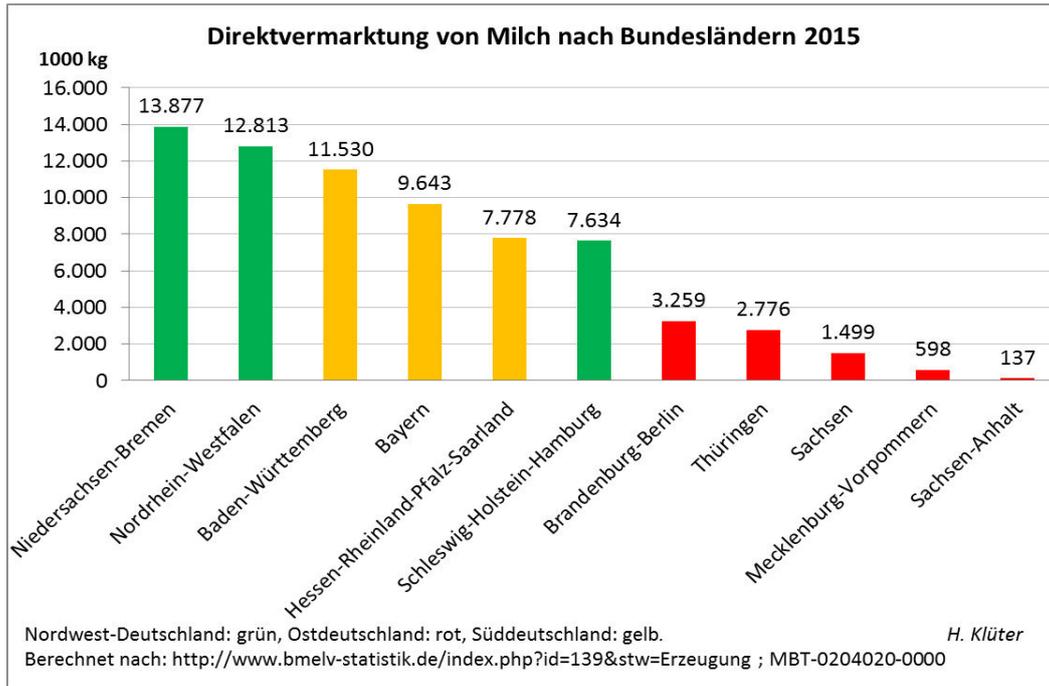


Abb. 286: Direktvermarktung von Milch nach Bundesländern 2015

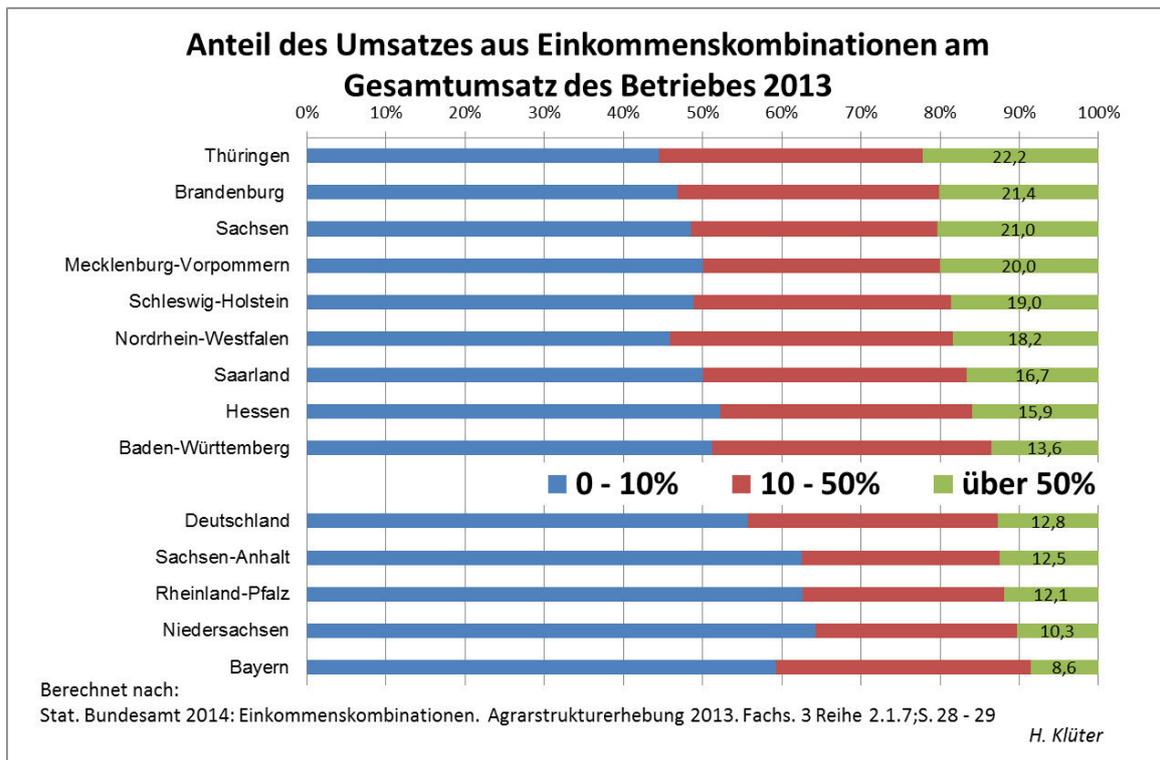


Abb. 287: Anteil des Umsatzes aus Einkommenskombinationen am Gesamtumsatz des Betriebes nach Flächenländern 2013

13. ÖKOLOGISCHER LANDBAU

13.1 BESTAND UND VERBREITUNG

Vergleicht man den Besitz der mecklenburg-vorpommerschen Kreise mit dem übrigen Deutschland in Bezug auf Betriebe mit ökologischem Landbau, fällt vor allem der Süden des Bundeslandes durch hohe Prozentanteile an der jeweiligen Gesamtzahl der Betriebe auf. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass aufgrund der übermäßig großen agrarindustriellen Betriebe jene Gesamtzahlen erheblich niedriger als in Westdeutschland liegen. Daher reichen bereits relativ wenige Ökobetriebe in einem Kreis aus, um hohe Prozentsätze zu erreichen.

Bei Betrachtung der ökologisch bewirtschafteten Flächen sieht das Kartenbild bereits anders aus. Hier zeigt sich, dass der flächenstarke ökologische Landbau vor allem auf Grenzertragsböden wie im Uecker-Randow-Kreis, Barnim, Lausitz, Lüneburger Heide und im Gebirge konzentriert ist: Rhön, Westerwald, Schwarzwald, Allgäu und Alpen. In diesen Regionen ist die Flächenkonkurrenz der konventionellen Landwirtschaft meist geringer. Es gibt dort außerdem große Viehzuchtbetriebe, die eine extensive Weidewirtschaft betreiben, u.a. Mutterkuhhaltung und andere Ausrichtungen, bei denen Düngung und Pflanzenschutz mit Chemie sowieso ausgeschlossen ist.

Würde man die Wertschöpfung der Öko-Betriebe in einer Karte darstellen, dann würden vor allem großstadtnahe Gebiete in Westdeutschland hervorgehoben. Der dortige ökologische Obst- und Gemüseanbau ist hoch produktiv, besetzt aber nur kleine Flächen.

Die Daten in den Karten 37 und 38 wurden 2010 erhoben. Daher ist Mecklenburg-Vorpommern nach Altkreisen, und nicht nach den 2011 eingerichteten Großkreisen dargestellt.

13.2 SPEZIFIKA DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS

Über den ökologischen Landbau heißt es in einer Publikation des Bundeslandwirtschaftsministeriums:

„Die ökologischen Landbaumethoden wollen – stärker als andere Anbaumethoden –

- einen möglichst geschlossenen betrieblichen Nährstoffkreislauf erreichen. Futter- und Nährstoffgrundlage soll der eigene Betrieb sein,
- die Bodenfruchtbarkeit erhalten und mehren und
- Tiere besonders artgemäß halten

Folgende Maßnahmen stehen dabei im Vordergrund:

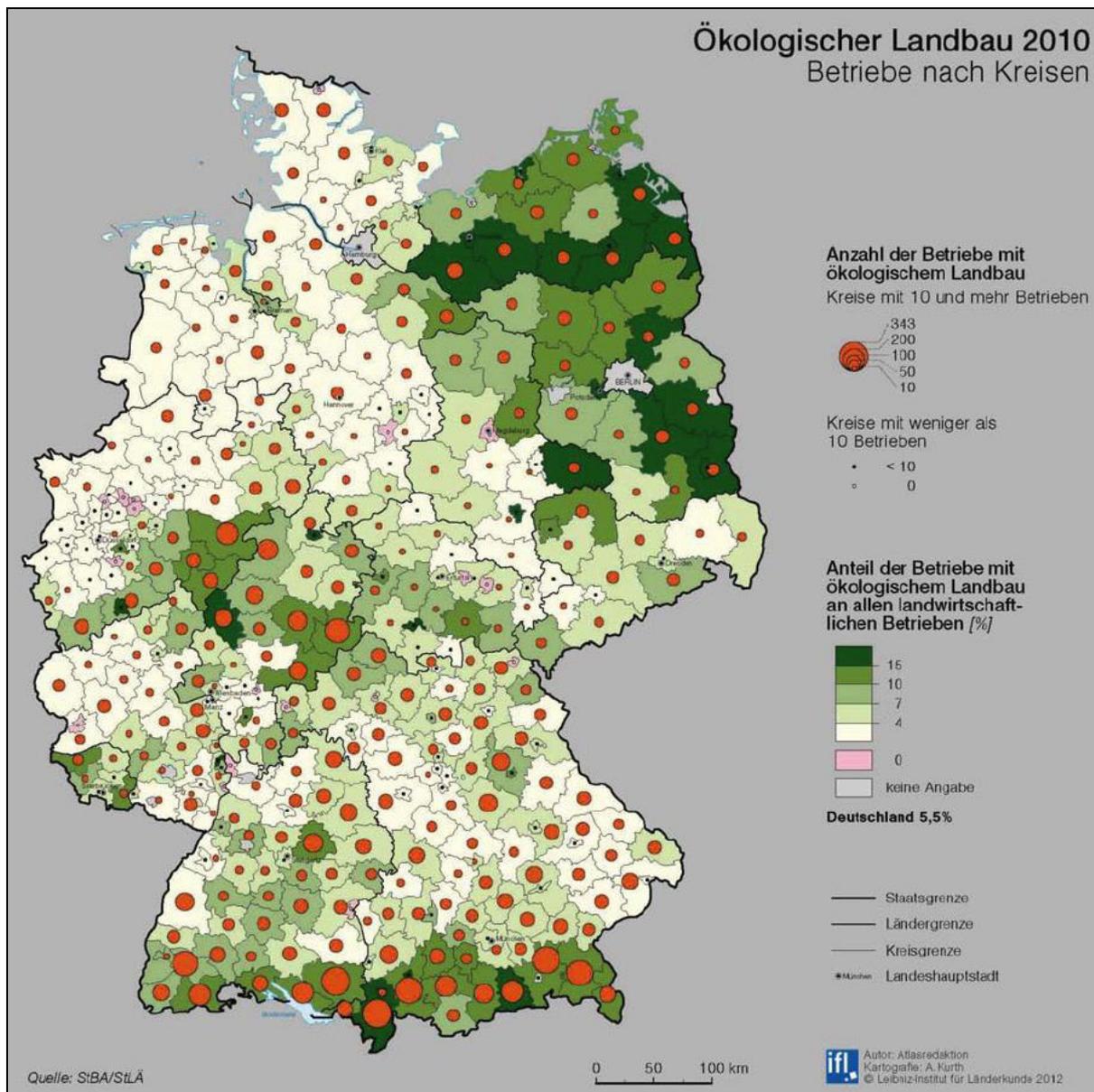
- kein Pflanzenschutz mit chemisch-synthetischen Mitteln, Anbau wenig anfälliger Sorten in geeigneten Fruchtfolgen, Einsatz von Nützlingen, mechanische Unkraut-Bekämpfungsmaßnahmen wie Hacken und
- keine Verwendung leicht löslicher mineralischer Düngemittel, Ausbringen von organisch gebundenem Stickstoff vorwiegend in Form von Mist oder Mistkompost, Gründüngung durch

13. Ökologischer Landbau

Stickstoff sammelnde (Leguminosen) und Einsatz langsam wirkender natürlicher Düngestoffe;

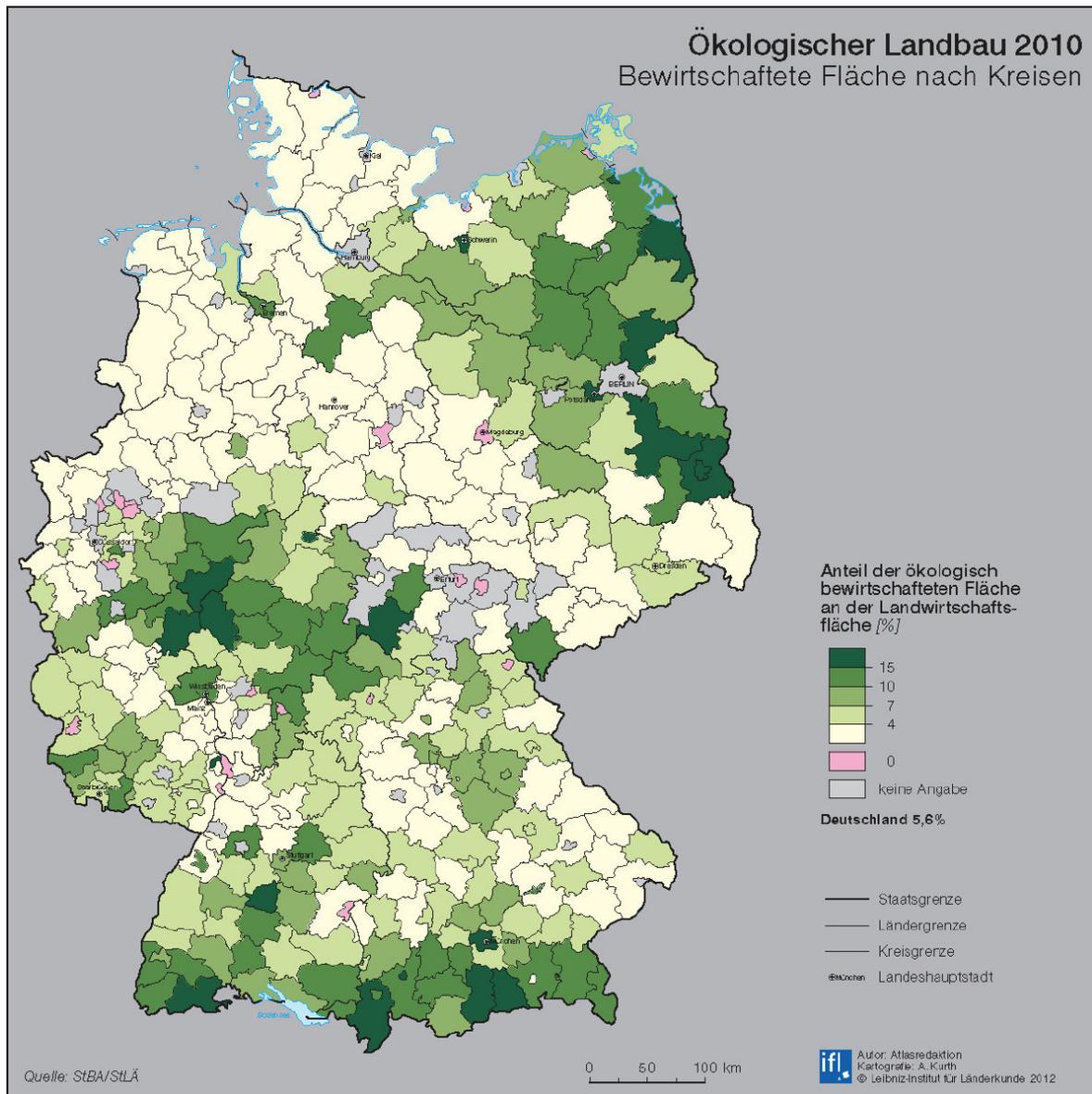
- Pflege der Bodenfruchtbarkeit durch ausgeprägte Humuswirtschaft;
- abwechslungsreiche, weite Fruchtfolgen mit vielen Fruchtfolgegliedern und Zwischenfrüchten;
- keine Verwendung von chemisch-synthetischen Wachstumsregulatoren;
- begrenzter, streng an die Fläche gebundener Viehbesatz;
- Fütterung der Tiere möglichst mit hofeigenem Futter, wenig Zukauf von Futtermitteln;
- weitgehender Verzicht auf Antibiotika.“

Aus: BMEL 2015, *Ökologischer Landbau in Deutschland*, S. 3.



Karte 37: Ökologischer Landbau in Deutschland 2010. Anzahl der Betriebe nach Kreisen

Aus: http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/12_02_Oekolandbau.pdf (2015-04-03)



Karte 38: Ökologischer Landbau in Deutschland 2010. Bewirtschaftete Fläche nach Kreisen

Aus: http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/12_02_Oekolandbau.pdf (2015-04-03)

Diese Ziele gestatten – quasi als Blaupause – einen Einblick in das, was in der konventionellen Landwirtschaft ertragssteigernd eingesetzt wird. Die Auswirkungen des Verzichtes auf diese Mittel auf Boden und Umwelt hat Gruber 2013 dargestellt und kommt dabei zu dem Ergebnis, dass dies keineswegs zu der in weiten Kreisen befürchteten Nährstoffverarmung führt (vgl. Gruber 2013, *Auswirkungen einer langjährigen ökologischen Bewirtschaftung*; Gruber 2013, *Ackerbauliche Grundlagen der ökologischen Bewirtschaftung*). Allerdings ist der Verzicht auf jene Mittel mit Ertragseinbußen verbunden, die durch erhöhte Preise und öffentliche Förderung kompensiert werden sollen.

13.3 ÖKOLOGISCHER UND KONVENTIONELLER LANDBAU IM WIRTSCHAFTLICHKEITSVERGLEICH

Die bereits erwähnten Buchführungsergebnisse der Testbetriebe geben einen Eindruck über die Dimensionen der besonderen Effekte, die beim Ökolandbau zu berücksichtigen sind (vgl. Tab. 52). Bei Weizenertrag und Viehbesatz kamen die ökologischen Betriebe im Wirtschaftsjahr 2013/14 auf die Hälfte der konventionellen Betriebe. Allerdings konnte der Ökoweizen auch mehr als doppelt so teuer verkauft werden.

Tab. 52: Durchschnittszahlen für Haupterwerbsbetriebe des ökologischen und des konventionellen Landbaus in Deutschland 2013/14:

Kennzahl	Einheit	Ökologischer Landbau ¹	Konventionelle Betriebe ¹
Betriebe	Zahl	420	7 222
Betriebsgröße Standardoutput (SO)	1 000 €	139	217
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	87,1	81,9
Vergleichswert	€/ha LF	614	678
Arbeitskräfte	AK	2,0	1,9
Viehbesatz	VE/100 ha	76,5	147,3
Weizenertrag	dt/ha	37,2	79,9
Kartoffelertrag	dt/ha	210,4	389,8
Milchleistung	kg/Kuh	5 871	7 583
Weizenpreis	€/dt	40,69	18,47
Kartoffelpreis	€/dt	50,48	14,72
Milchpreis	€/100 kg	48,47	40,40
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 792	4 162
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	439	877
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 369	2 320
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	597	398
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	300	307
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	26	10
Agrardieselvergütung	€/ha LF	21	29
Ausgleichszulage	€/ha LF	36	14
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen ²	€/ha LF	193	24
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	21	13
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 074	3 297
dar.: Düngemittel	€/ha LF	21	169
Pflanzenschutz	€/ha LF	2	121
Tierzukauf	€/ha LF	101	363
Futtermittel	€/ha LF	256	602
Personal	€/ha LF	150	111
Gewinn	€/ha LF	651	792
Gewinn	€/Untern.	56 688	64 881
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/AK	34 732	39 783
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,3	2,8

¹ Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau und Dauerkulturbetriebe).

² Maßnahmen von Bund und Ländern.

Aus: BMEL 2015, Agrarpolitischer Bericht, S. 59.

13. Ökologischer Landbau

Die Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen lagen mit 193 €/ha weit unter den Flächenprämien von 300 €/ha, mit denen auch die konventionellen Betriebe subventioniert wurden. Bei Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln hatten die Ökobetriebe erheblich weniger, bei Personal mehr Aufwand. Insgesamt lagen sie jedoch beim Gewinn mit 651 €/ha über 20 % unter dem der konventionellen Betriebe, die auf 792 €/ha kamen.

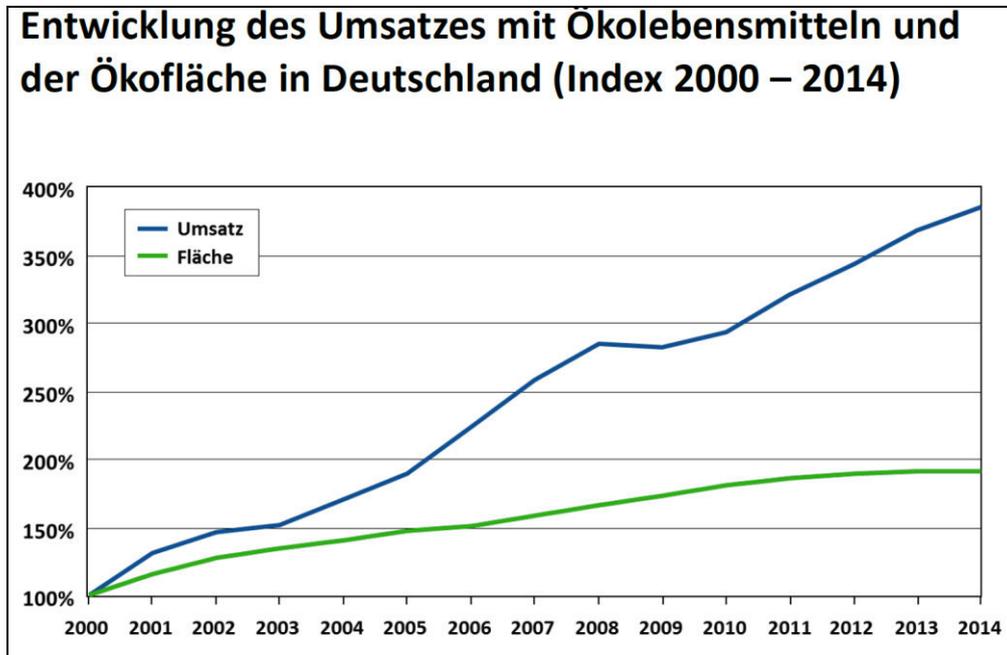


Abb. 288: Entwicklung des Umsatzes mit Ökolebensmitteln und Ökofläche in Deutschland (Index 2000 – 2014) Aus: *Thünen-Institut 2015, Ökolandbau in Zahlen, Folie 5.*

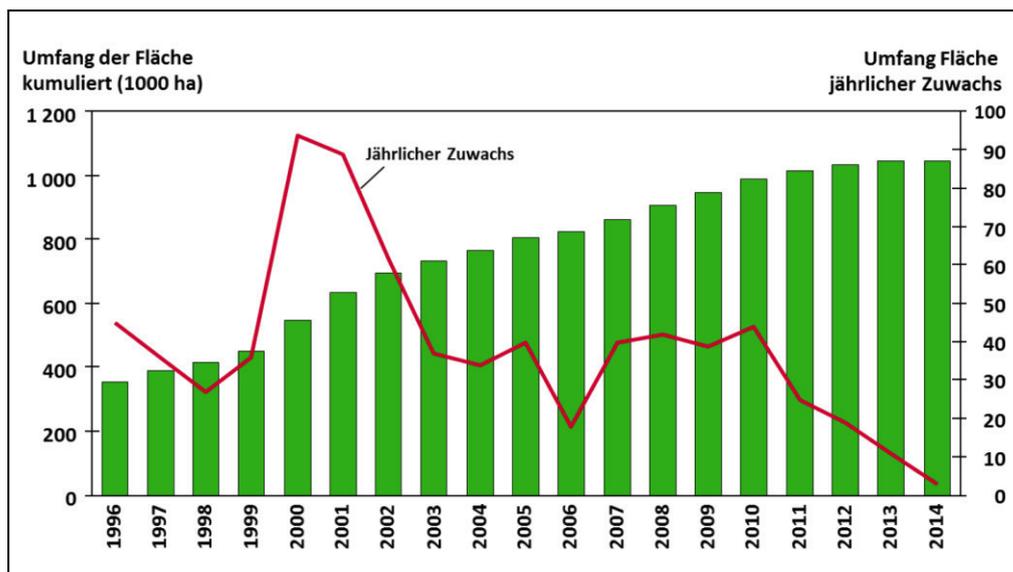


Abb. 289 Umfang und Zuwachs ökologisch bearbeiteter Flächen in Deutschland 1996 bis 2014 Aus: *Thünen-Institut 2015, Ökolandbau in Zahlen, Folie 2.*

13. Ökologischer Landbau

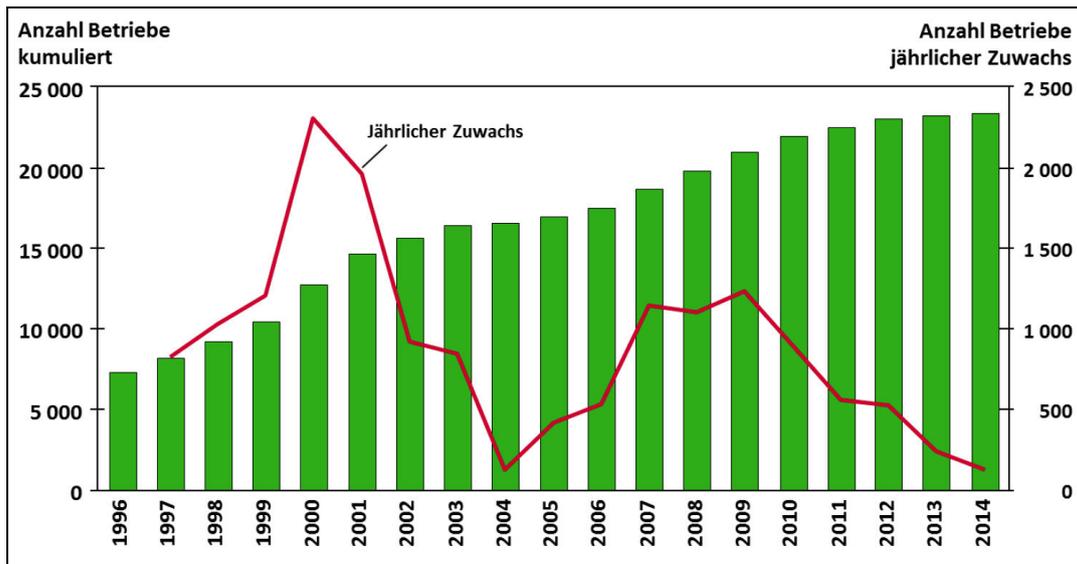


Abb. 290: Anzahl und Zuwachs ökologisch wirtschaftender Betriebe in Deutschland 1996 bis 2014
 Aus: Thünen-Institut 2015, Ökolandbau in Zahlen, Folie 3.

Bei der Bewertung in Geld-Indikatoren ist zu berücksichtigen, dass die Preise durch die Dumping-Strategien der Agrarindustrie und die Agrarförderung erheblich nach unten verzerrt sind. Da die Preise für ökologisch erzeugte Lebensmittel nur in einem gewissen Korridor von denen für konventionell erzeugte abheben können, sind auch Ökobetriebe von den Preisverzerrungen betroffen. Ein Vergleich der Gewinne je Arbeitskraft zwischen ökologischen und konventionellen Betrieben zeigt, dass es bereits in den 90-er Jahren eine Phase gab, in der die Ökoförderung zu niedrig und damit praktisch wirkungslos war. Bis zum Wirtschaftsjahr 2003/04 lagen die beiden Gewinnkurven dicht beieinander. Erst danach genossen die Ökobetriebe einen gewissen Vorsprung. Doch seit 2010/11 gibt es kaum noch Gewinnwachstum. Im Wirtschaftsjahr 2012/13 überholten die konventionellen die Ökobetriebe und konnten 2013/14 ihren Vorsprung ausbauen. Unter diesem Aspekt war es ökonomisch nachvollziehbar, dass Ökobetriebe den Weg der Rückumwandlung beschritten.

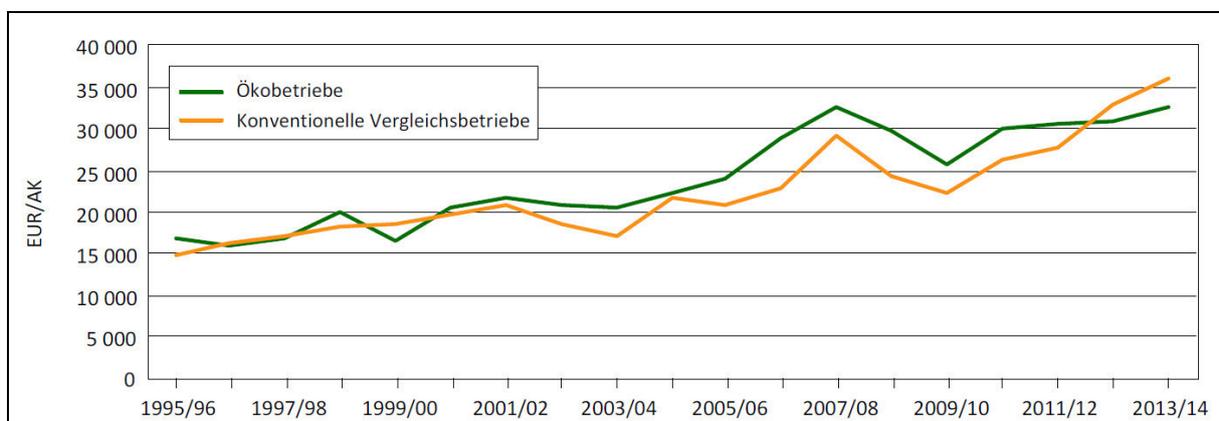


Abb. 291: Entwicklung des Gewinns plus Personalaufwand je Arbeitskraft in ökologischen und vergleichbaren konventionellen Betrieben in Deutschland 1995/96 bis 2013/14
 Aus: Thünen Institut in: BMEL 2015, Ökologischer Landbau in Deutschland. S. 13.

Die Stagnation verlief nicht überall gleich. Betrachtet man den Zeitraum 2009-2014, wiesen Brandenburg, Niedersachsen, Thüringen einen Negativsaldo bei den Ökoflächen auf. Konzentriert man sich auf die Jahre 2013/14, kam Mecklenburg-Vorpommern auf die größten Verluste. In Mecklenburg-Vorpommern erreichte die Zahl der ökologischen landwirtschaftlichen Betriebe 2012 mit 811 ein Maximum. Seitdem ist die Zahl auf 784 (2014) geschrumpft. Die Ökoflächen konnten 2012 und 2013 noch einen leichten Anstieg auf 124.928 ha verzeichnen. Danach brachen sie 2014 auf 119.076 ha ein.

13.4 REGIONALE UNTERSCHIEDE IN DER FÖRDERUNG DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS

In Abb. 292 fällt auf, dass in beiden Betrachtungszeiträumen die Spitzengruppe der Bundesländer gleich geblieben ist: In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Hessen gab es Flächenzuwächse im Ökolandbau. Daraus kann geschlossen werden, dass es neben der überdimensionierten Förderung konventioneller Betriebe weitere Einflussgrößen für die Stagnation im Ökolandbau gibt. Aus den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe geht hervor, dass die Einkünfte aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen und Ausgleichszulagen nach Bundesländern stark differieren. In Bayern sind es umgerechnet auf alle Betriebe 108 € je ha, in Schleswig-Holstein jedoch nur 6 € je ha. Mecklenburg-Vorpommern erreicht mit 18 €/ha nur 35 % des gesamtdeutschen Niveaus von 51 €. Es setzt sich aus 15 €/ha Ausgleichszulage und 36 €/ha Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen zusammen. Beide Fördergruppen sind je nach Bundesland in unterschiedliche Programmstrategien eingebunden, so dass die einzelnen Blöcke in Abb. 293 nur bedingt vergleichbar sind. Das zeigt sich beispielsweise bei der Ausgleichszulage. Es ist logisch, dass sie in Gebirgsländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen und Hessen höher als in den flachen Bundesländern ist. Andererseits liegt sie in den flachen Stadtstaaten über und in den teilweise gebirgigen Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen weit unter dem deutschen Durchschnitt.

Erhebliche Unterschiede gab es bei den Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen. Auch hier führen die Mittelgebirgsländer und die Stadtstaaten. Außer Mecklenburg-Vorpommern weisen Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Saarland und Schleswig-Holstein stark unterdurchschnittliche Werte auf.

13.5 ÖKOLOGISCH BEWIRTSCHAFTETE FLÄCHEN NACH BUNDESLÄNDERN

Eine der Ursachen dürfte in der absoluten Zahl der Antragsteller liegen: Von den 23.398 landwirtschaftlichen Öko-Betrieben in Deutschland entfielen 13.702, also 58,6 % auf die beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern mit je über 6.700 Betrieben (vgl. Abb. 294). Es folgt eine Gruppe von Bundesländern mit 1.200 bis 1.800 Ökobetrieben, zu der Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz gehören. Von den übrigen 10 Bundesländern kommt keines über 800 hinaus. Sie verfügen zusammen über nur 15 % der deutschen Ökobetriebe. Bemerkenswert ist, dass Schleswig-Holstein mit 490 noch weniger als Mecklenburg-Vorpommern mit 785 hatte. Die Zahlen entstammen einer Tabelle des BMEL nach Meldung der Kontrollstellen nach Verordnung (EG) Nr. 834/2007 in Verbindung mit Verordnung (EG) Nr. 889/2008 zum Stichtag 31.12.2014.

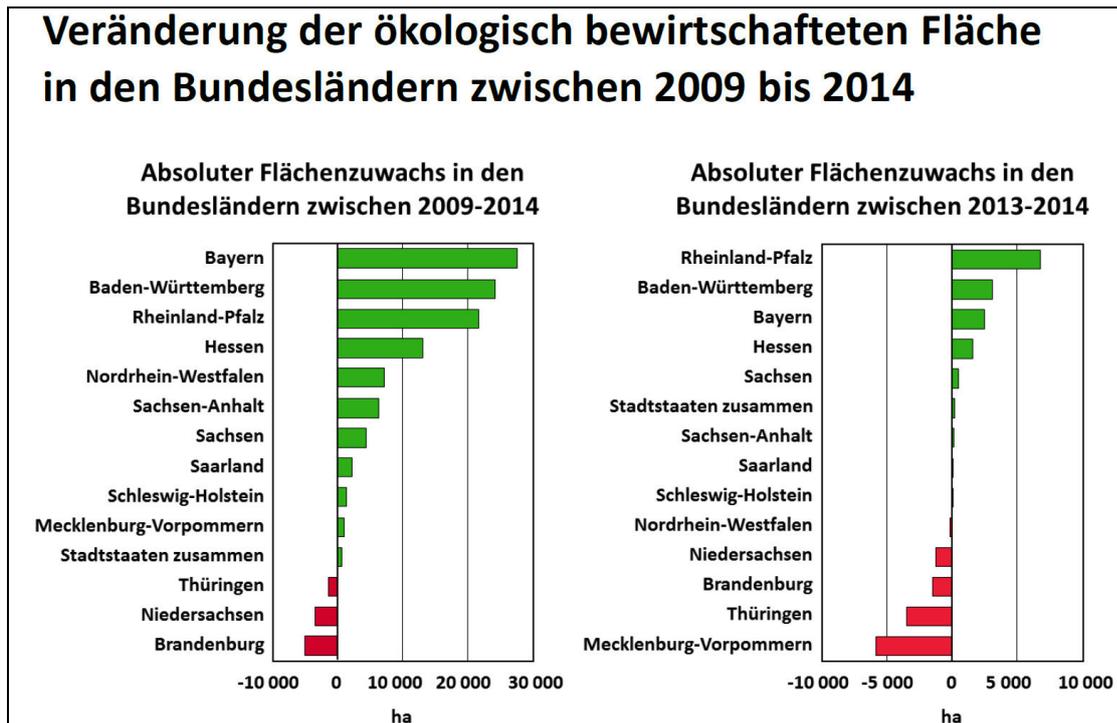


Abb. 292: Veränderungen der ökologisch bewirtschafteten Fläche in den Bundesländern zwischen 2009 bis 2014; Aus: *Thünnen-Institut 2015, Ökolandbau in Zahlen, Folie 4.*

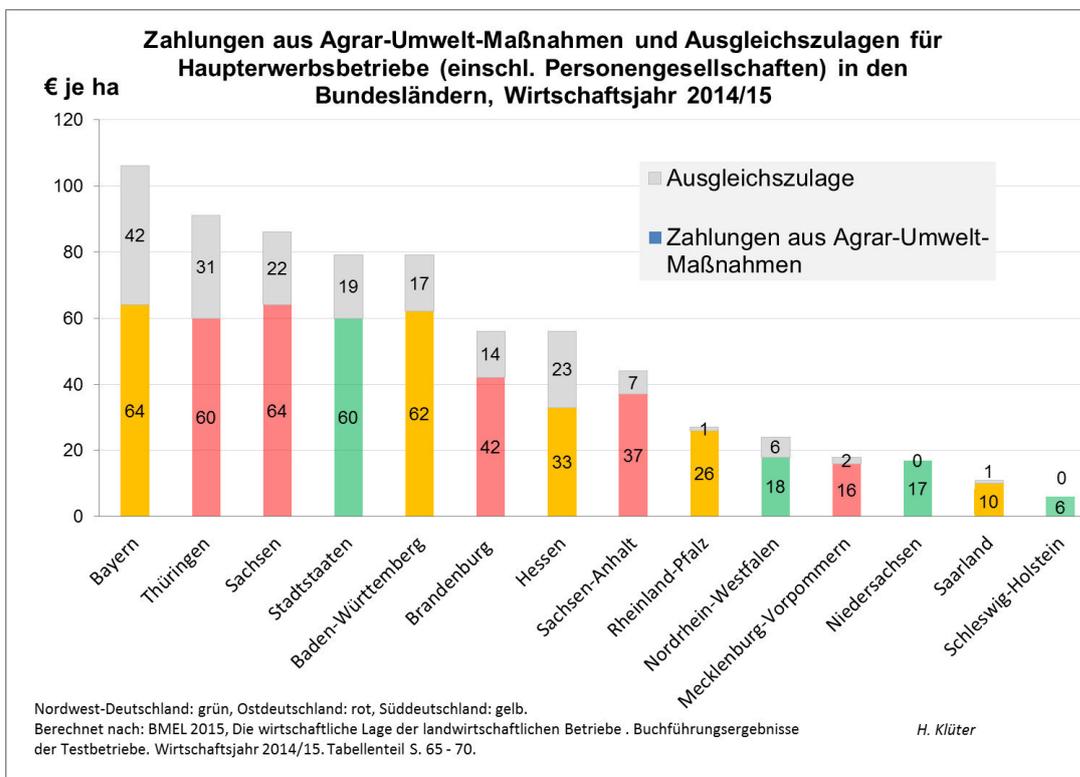


Abb. 293: Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen und Ausgleichszulagen für Hauptideberbetriebe (einschl. Personengesellschaften) in den Bundesländern, Wirtschaftsjahr 2014/15

13. Ökologischer Landbau

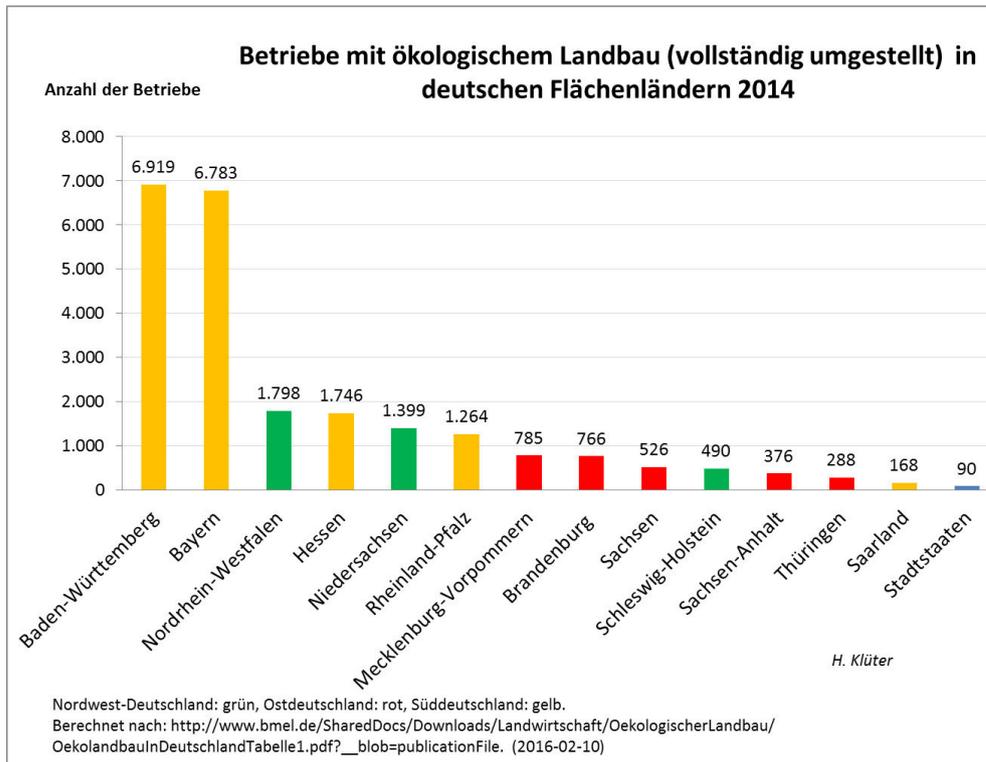


Abb. 294: Betriebe mit ökologischem Landbau (vollständig umgestellt) in deutschen Flächenländern 2014

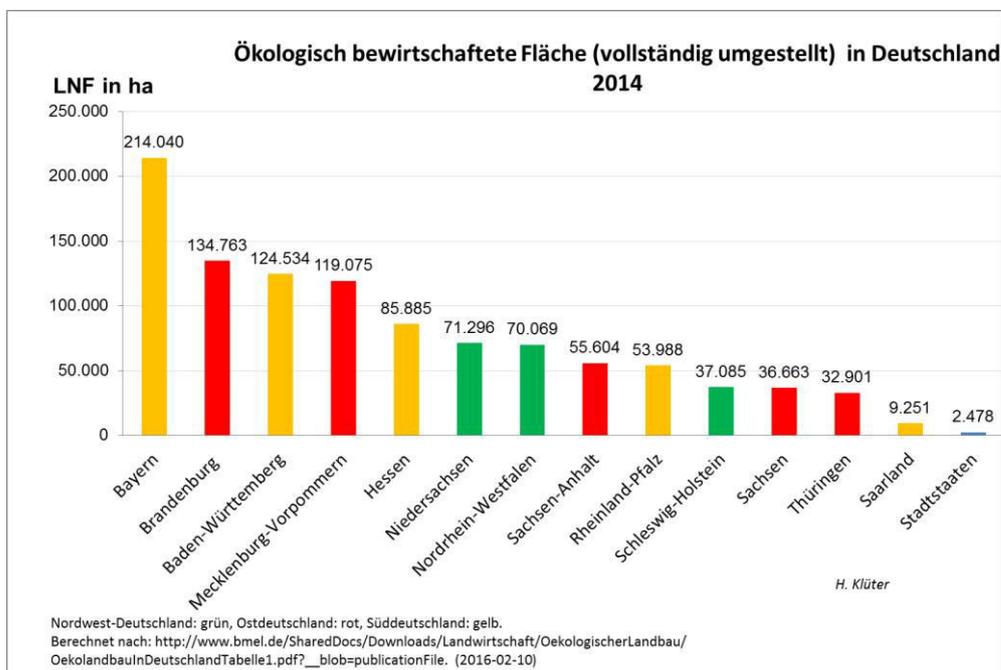


Abb. 295: Ökologisch bewirtschaftete Fläche (vollständig umgestellt) in Flächenländern 2014

Damit sind sie nicht nur exakter als die Zahlen aus der Agrarstrukturerhebung 2013, sondern enthalten auch die Betriebe unter 5 ha. Diese Zahlen sind mit denen aus der Agrarstrukturerhebung 2013

nur bedingt vergleichbar. Betrachtet man die ökologisch bewirtschafteten Flächen in Deutschland, ergibt sich ein völlig anderes Bild: Zwar liegt Bayern wie bei den Absolutzahlen an erster Stelle, doch wird der 2. Platz mit 134.763 ha von Brandenburg eingenommen. Baden-Württemberg folgt mit 124.534 ha an dritter und Mecklenburg-Vorpommern mit 119.075 ha an vierter Stelle. Damit ist Mecklenburg-Vorpommern erheblich flächenstärker als Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz. Mecklenburg-Vorpommern ist an Ökoflächen dreimal stärker als der westliche Nachbar Schleswig-Holstein. Daraus ergibt sich, dass die Flächengrößen je Betrieb ein ähnliches Bild aufweisen wie die Landwirtschaft insgesamt.

In Ostdeutschland wird die mittlere deutsche Ökobetriebsgröße von 44,8 ha um das Doppelte bis zum Vierfachen übertroffen. Für Brandenburg ergibt sich eine Durchschnittsgröße von 175,9 ha, für Mecklenburg-Vorpommern von 151,7 ha. Die Betriebe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Berlin, Hamburg, Bremen und Baden-Württemberg liegen teilweise weit unter dem deutschen Durchschnitt. In Baden-Württemberg lag die mittlere Betriebsgröße bei 18 ha.

Die starken Betriebsgrößen in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sind teilweise dadurch bedingt, dass einige sehr große extensiv arbeitende Viehzuchtbetriebe ohne große Umstellungsschwierigkeiten per se ökologisch arbeiten. Die Rinder bleiben das ganze Jahr über auf wechselnden Weiden, die nicht chemisch gedüngt werden. Der wohl größte Betrieb dieser Art in Mecklenburg-Vorpommern ist die Gut Borken GmbH in der Gemeinde Viereck nördlich von Pasewalk. Der Betrieb verfügt über 5.000 ha Fläche nach Richtlinien des ökologischen Landbaus, etwa 50 Rinderherden mit je 50 bis 100 Tieren und 3.500 Bio-Schweine. Er gehört der agrarindustriellen Schneider-Gruppe aus Bayern. Das Gut Borken erhielt 2014 insgesamt 1.770.725,83 € an EU-Subventionen. Die Summe setzte sich wie folgt zusammen:

- 1.043.483,91 € Flächenprämie,
- 508.211,26 € Agrarumweltmaßnahmen,
- 174.902,62 € Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete,
- 43.048,04 € Tierschutzmaßnahmen,
- 1.080,00 € nichtproduktive Investitionen.

(aus: <http://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/afzg/Suche> ; 2016-03-08)

In Mecklenburg-Vorpommern werden von den Betrieben mit mehr als 500 ha ökologischer Wiesen- und Weidefläche 46 %, in Brandenburg über 50 % der jeweiligen Flächengruppe eingenommen.

Dies führt u.a. dazu; dass in der Betriebsgrößenklassenverteilung der Ökobetriebe in Mecklenburg-Vorpommern die Großbetriebe an Fläche stark repräsentiert sind. Bei den Betrieben ab 200 ha Gesamtgröße wird mehr als die Hälfte der Fläche von Wiesen und Weiden eingenommen.

Vergleicht man die sich daraus ergebende Gesamtstruktur mit der der Ökobetriebe in Schleswig-Holstein, fällt auf, dass dort jene stark extensiv wirtschaftenden Ökobetriebe fehlen. Insgesamt ist nicht zuletzt deswegen die Ökofläche in Mecklenburg-Vorpommern mehr als dreimal größer als im westlichen Nachbarland (vgl. Abb. 298).

Der Vergleich mit Nordrhein-Westfalen, das insgesamt eine etwas größere landwirtschaftliche Nutzfläche als Mecklenburg-Vorpommern hat, zeigt ein ähnliches Bild (vgl. Abb. 299). Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass die Betriebsgrößenklasse mit der größten kumulierten Ökofläche die Betriebe mit 50 bis 100 ha sind. In Schleswig-Holstein wird diese Position von der Klasse 100 bis 200

13. Ökologischer Landbau

ha und in Mecklenburg-Vorpommern von der Klasse 200 bis 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche je Betrieb eingenommen.

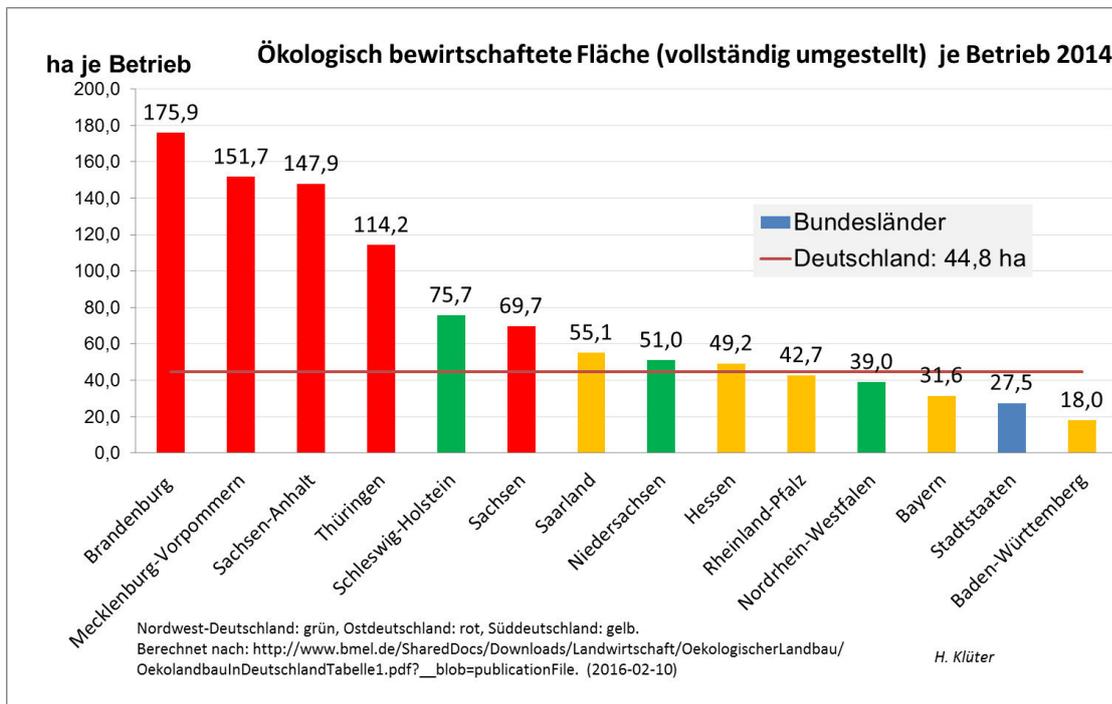


Abb. 296: Ökologisch bewirtschaftete Fläche (vollständig umgestellt) je Betrieb nach Flächenländern 2014

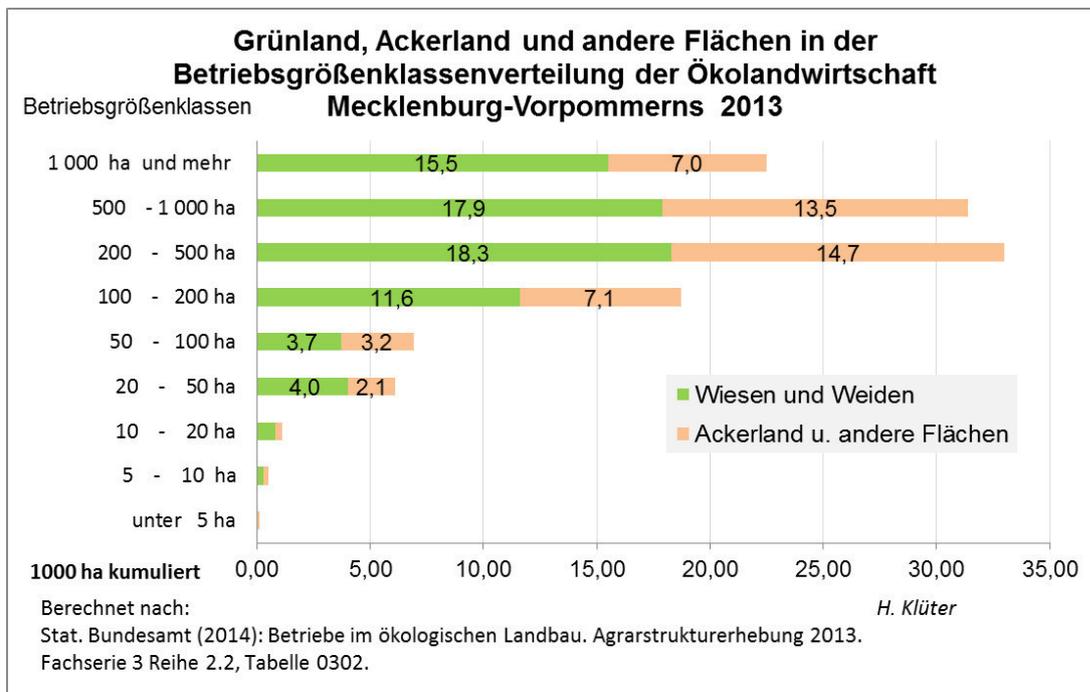


Abb. 297: Grünland, Ackerland und andere Flächen in der Betriebsgrößenklassenverteilung der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2013

13. Ökologischer Landbau

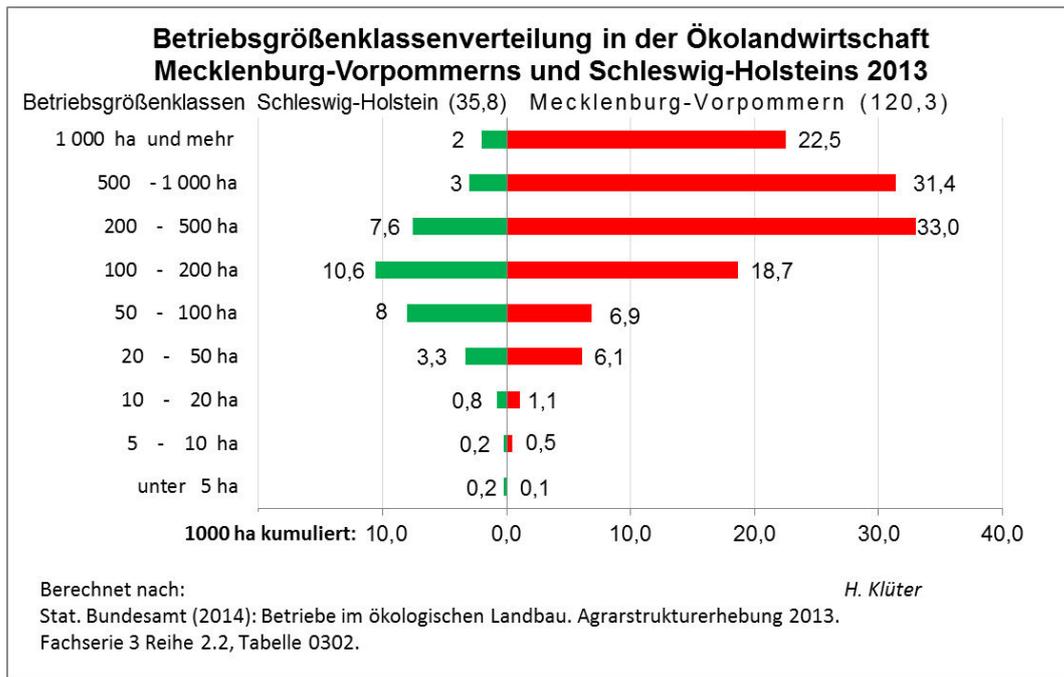


Abb. 298: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Schleswig-Holsteins 2013

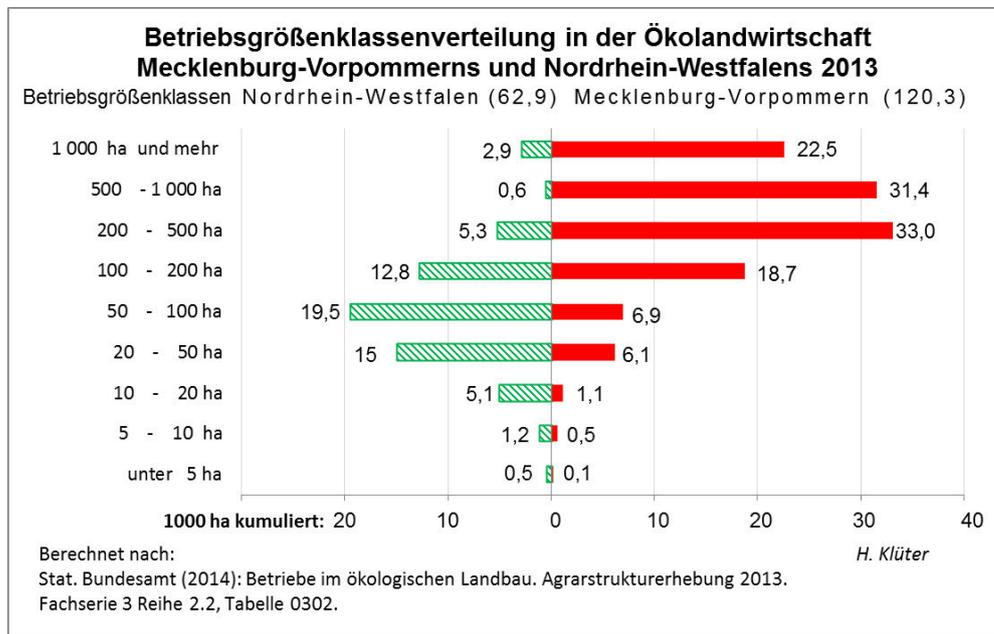


Abb. 299: Betriebsgrößenklassenverteilung in der Ökolandwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns und Nordrhein-Westfalens 2013

13.6 AUSWIRKUNGEN DES ÖKOLOGISCHEN LANDBAUS IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

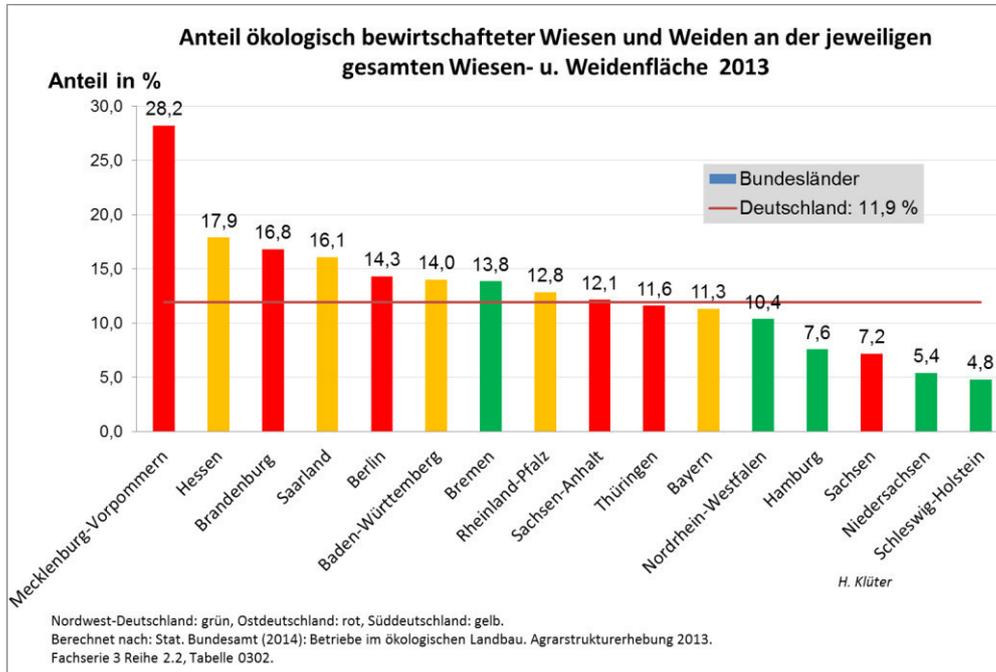


Abb. 300: Anteil ökologisch bewirtschafteter Wiesen und Weiden an der jeweiligen gesamten Wiesen- und Weidenfläche der Bundesländer 2013

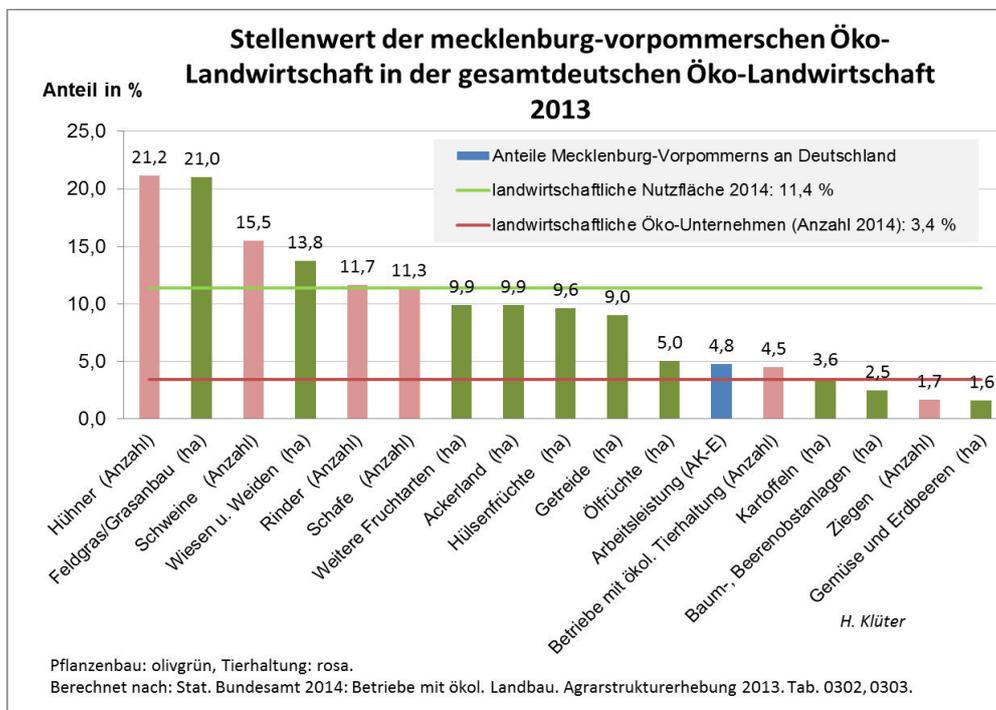


Abb. 301: Stellenwert der mecklenburg-vorpommerschen Öko-Landwirtschaft in der gesamtdeutschen Öko-Landwirtschaft 2013

13. Ökologischer Landbau

In Mecklenburg-Vorpommern werden mehr als ein Viertel aller Wiesen und Weiden ökologisch bewirtschaftet. Damit nimmt Mecklenburg-Vorpommern eine absolute Spitzenposition in Deutschland ein und leistet so einen erheblichen Beitrag zum Grünland- und Klimaschutz. Der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei nur einem Neuntel. Bundesländer mit einem starken Gülleaufkommen wie Schleswig-Holstein (4,8%), Niedersachsen (5,4 %) und Nordrhein-Westfalen (10,4 %) sind durch unterdurchschnittliche Werte gekennzeichnet. Überdurchschnittliche Anteile ökologisch bewirtschafteter Wiesen und Weiden gibt es außer in Mecklenburg-Vorpommern in einigen Mittelgebirgsländern wie Hessen, Saarland und Baden-Württemberg sowie in Brandenburg und den Stadtstaaten Berlin und Bremen.

In Mecklenburg-Vorpommern erbringen 3,4 % der Ökobetriebe Deutschlands 4,8 % der landwirtschaftlichen ökologischen Arbeitsleistung. Sie bewirtschaften 11,4 % der gesamtdeutschen ökologischen Nutzflächen. Mit diesen Anteilsszahlen übertrifft die ökologische Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns die der konventionellen Mecklenburg-Vorpommerns an der gesamten konventionellen Landwirtschaft bei weitem. In einigen Produktgruppen wird der Flächenanteil an Deutschland übertroffen, und zwar bei Hühnern, Feldgras, Schweinen und Rindern. Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise in der Tierhaltung sind leicht überpräsentiert. Die in Abb. 302 Tierzahlen beziehen sich nur auf die ökologisch gehaltenen Tiere in diesen Betrieben.

Unterproportional ist die ökologische Landwirtschaft im Nordosten an Baum- und Beerenobstanlagen, einschließlich Nüssen, an der Ziegenhaltung und an der Erzeugung von Gemüse, Erdbeeren und Zuckerrüben beteiligt.

Bezieht man den Stellenwert der Ökolandwirtschaft auf die gesamte Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns ergeben sich ganz andere Ergebnisse: 16,4 % der Betriebe bewirtschaften nur 8,9 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Mit 9,4 % liegt der Anteil am Arbeitseinsatz nur wenig höher als der Anteil an den Nutzflächen. Mit über 51 % der Anbaufläche für Hülsenfrüchte und 36 % Anteil an den Baum- und Beerenobstanlagen werden in zwei Pflanzenbaugruppen weit überproportionale Anteile erreicht. Mit den Baum- und Beerenobstanlagen rangiert landesweit eine Produktion in der Spitzengruppe, die deutschlandweit nur unterdurchschnittlich präsentiert ist. Hintergrund ist sowohl bei Hülsenfrüchten als auch bei Baum- und Beerenobstanlagen die besondere quantitative Schwäche der konventionellen Betriebe dieser Ausrichtung. Ähnliches gilt für die Schaf- und Ziegenhaltung. In der Tierhaltung arbeiten 20 % der Betriebe ökologisch. Allerdings verfügen sie nur über 13,6 % des gesamten Rinder-, 12,5 % des Hühner- und 3,3 % des Schweinebestandes in Mecklenburg-Vorpommern. In der ökologischen Schweinehaltung des Landes hat ein Betrieb durchschnittlich ungefähr 300 Tiere, in der konventionellen über 2500 Tiere.

Bei der Erzeugung von Gemüse, Erdbeeren, Getreide und Kartoffeln weist der ökologische Landbau in Bezug auf die gesamte Landwirtschaft unterdurchschnittliche Anteile aus.

Über die regionale Verteilung der Produktion der ökologischen Landwirtschaft findet man in der Literatur nur vereinzelte Informationen.

„Derzeit liegt der Anteil von Ökomilch an der insgesamt angelieferten Milch in Deutschland bei etwa 2,3 %. Dabei ist die Produktionsmenge im Jahr 2014 um etwa 3,8 % gewachsen....Die mit Abstand größte Menge Ökomilch wird in Bayern erzeugt. Auf den Freistaat entfällt etwa die Hälfte der gesamten deutschen Produktionsmenge. Zweitgrößter Erzeuger von Ökomilch ist Baden-Württemberg, mit einem Produktionsanteil von etwa 16 %, gefolgt von NRW mit 8,4 %. In Niedersachsen werden knapp

6 % der deutschen Ökomilch erzeugt und auf die drei Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland entfallen zusammen etwa 8,9 % der Produktion. Der Anteil der fünf ostdeutschen Länder liegt zusammen etwa bei 8,7 %.“ (Zinke 2015)

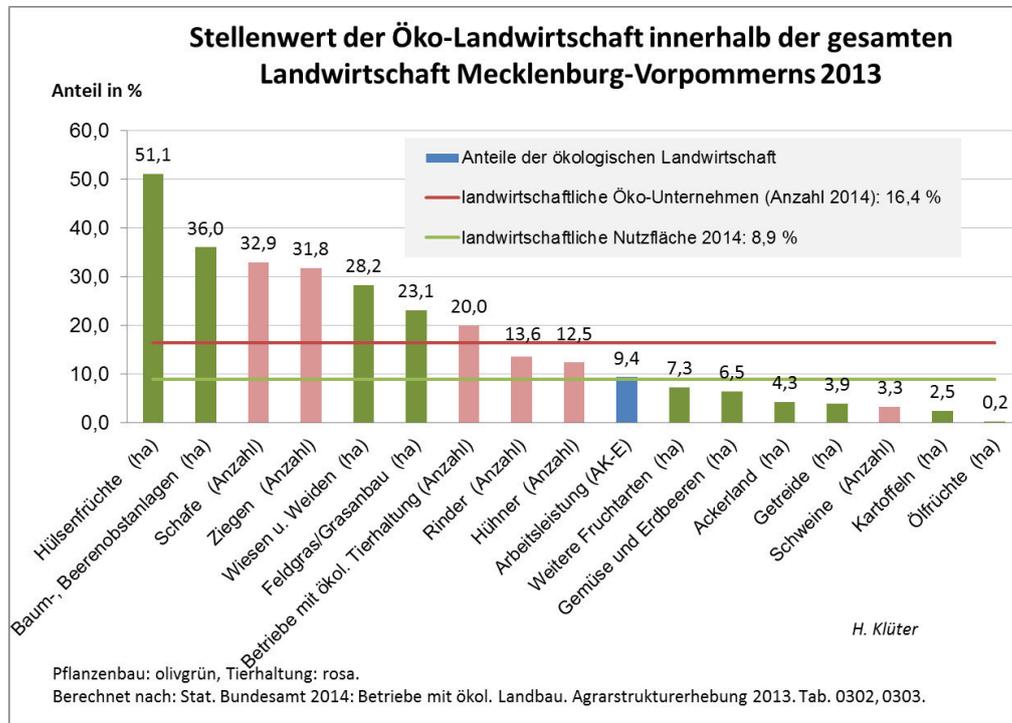


Abb. 302: Stellenwert der Öko-Landwirtschaft innerhalb der gesamten Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns 2013

Systematische Erzeugerstatistiken fehlen. In der offiziellen Produktgruppenstatistik der Statistischen Landesämter wird nicht nach ökologisch und konventionell differenziert. Auch in der Regionalen Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung fehlen solche Angaben. Es ist aber davon auszugehen, dass angesichts des gesamtdeutschen Nachfrageüberhangs und der relativ niedrigen Tier- und Flächenzahlen die Nachfrage nach Gemüse, Ökofleisch, Öko-Milch, Obst und anderen hochwertigen Nahrungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern nicht aus dem eigenen Bundesland gedeckt werden kann.

Nichtsdestoweniger gehören die ökologisch wirtschaftenden Betriebe zu den bedeutenden positiven Imagenträgern für die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns. Alle Mitglieder des bereits erwähnten Netzwerks „Ländlichfein“ erzeugen oder verarbeiten hochwertige ökologische Lebensmittel.

Daneben gibt es eine Vielzahl weiterer Produzenten, die das Außenbild der mecklenburg-vorpommerschen Landwirtschaft prägen (Vgl. z. B. *Ausstellerliste zur Grünen Woche 2016, Halle 5.2b* http://www.gruene-woche-mv.de/cms2/IGW_prod/IGW/_downloads/Ausstellerliste_Halle52b.pdf; 2016-02-26)

Zur Frage, wie die Absatzkrise bei Milch, Getreide, Schweinefleisch und anderer Produkte auf die Landwirtschaft wirken, soll noch einmal auf die Buchführungsergebnisse der Testbetriebe eingegangen werden, und zwar auf das Wirtschaftsjahr 2014/15.

Mit Hilfe der Buchführungsergebnisse der Testbetriebe hat das BMEL (2015) die Daten der ökologisch wirtschaftenden Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) mit den konventionellen

13. Ökologischer Landbau

verglichen. Dabei wurden 8.055 ökologische Betriebe dieser Kategorie von 433 Testbetrieben repräsentiert. Der Repräsentationsgrad betrug 5,38 %. Die Testbetriebe waren im Durchschnitt 82,7 ha (LNF) groß, was mit den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2013 in etwa kompatibel ist. Demnach waren die 6.900 ökologischen Haupterwerbsbetriebe im Durchschnitt 65,4 ha, die ökologischen Personengesellschaften 107,5 ha groß.

Die Milchleistung pro Kuh war im konventionellen Betrieb 27 % höher als im ökologischen. Doch die ökologisch erzeugte Milch war 43 % teurer. Der konventionelle Weizenertrag war 2,2-mal höher als der ökologische, aber der ökologische war 2,7-mal teurer. Unter diesen Bedingungen lag im Wirtschaftsjahr 2014/15 der Gewinn des Ökobetriebs mit 681 €/ha über ein Drittel höher als der des konventionellen Betriebs mit nur 499 €/ha.

Tab. 53: Haupterwerbsbetriebe (einschl. Personengesellschaften) des ökologischen Landbaus im Vergleich mit entsprechenden konventionellen Betrieben in Deutschland im Wirtschaftsjahr 2014/15

	Einheit	Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Betriebe	Zahl	433	7 217
Betriebsgröße Standard-Output (SO)	1000 €	141	220
Ldw. genutzte Fläche (LF)	ha	82,7	82,4
Vergleichswert	€/ha LF	608	678
Arbeitskräfte	AK	2,0	1,9
Viehbesatz	VE/100 ha	84,9	150,5
Weizenertrag	dt/ha	37,3	83,8
Kartoffelertrag	dt/ha	203,4	437,8
Milchleistung	kg/Kuh	5 938	7 558
Weizenpreis	€/dt	45,74	16,69
Kartoffelpreis	€/dt	33,80	8,96
Milchpreis	€/100 kg	48,23	33,68
Betriebliche Erträge	€/ha LF	2 935	3 822
dar.: Umsatzerlöse landw. Pflanzenproduktion	€/ha LF	402	826
Umsatzerlöse Tierproduktion	€/ha LF	1 528	2 078
Direktzahlungen und Zuschüsse	€/ha LF	594	398
dar.: Betriebsprämie	€/ha LF	305	310
Zins- und Investitionszuschüsse	€/ha LF	25	13
Agrardieselvergütung	€/ha LF	22	29
Ausgleichszulage	€/ha LF	36	14
Zahlungen aus Agrarumweltmaßnahmen	€/ha LF	197	23
Sonstige Zahlungen	€/ha LF	9	9
Betriebliche Aufwendungen	€/ha LF	2 190	3 246
dar.: Düngemittel	€/ha LF	23	163
Pflanzenschutz	€/ha LF	3	116
Tierzukauf	€/ha LF	121	335
Futtermittel	€/ha LF	274	566
Personal	€/ha LF	165	120
Gewinn	€/ha LF	681	499
Gewinn	€/Untem.	56 331	41 130
Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand)	€/AK	34 791	27 405
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,2	-31,1

1) Hochgerechnete Ergebnisse der Haupterwerbsbetriebe (ohne Gartenbau- und Dauerkulturbetriebe).

Aus: BMEL (2015): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Wirtschaftsjahr 2014/15. S. 24.

13. Ökologischer Landbau

Während der konventionelle Durchschnittsbetrieb eine Einkommenseinbuße von 31,1 % im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Tab. 52 und 53) hinnehmen musste, ergab sich für die Ökobetriebe ein Plus von 0,2 %. Die Frage, inwieweit diese Befunde auch für Mecklenburg-Vorpommern gelten, wird in der Bundesstatistik nicht beantwortet, weil die Daten der Ökobetriebe nicht für die Bundesländer berechnet wurden. In der mecklenburg-vorpommerschen LFA-Statistik über die Buchführungsergebnisse ist eine Tabelle über die dortigen ökologischen Testbetriebe enthalten. Sie ist nicht nach Rechtsformen differenziert und insofern nur bedingt mit Tab. 54 vergleichbar.

Tab. 54: Betriebe des ökologischen Landbaus im Vergleich mit konventionellen Betrieben in Mecklenburg-Vorpommern

	Einheit	Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Anzahl Betriebe		15	275
Repräsentierte Betriebe		785	4779
Repräsentationsgrad	%	1,91	5,75
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	296	651
Vergleichswert Landwirtschaft	€/ha LF	514	633
Arbeitskräfte-Besatz	AK/100 ha	1,1	1,3
Arbeitskräfte insgesamt	AK	3,3	8,7
nicht entlohnte AK	nAK	1,0	0,9
(Lohn-) Fremd-AK	AK	2,3	7,6
Ackerfläche (AF), Ende WJ	% LF	53,3	84,3
Dauergrünland, Ende WJ	% LF	45,9	15,2
Besatz Rindvieh insgesamt	VE/100 ha	49,2	34,9
Milchkühe	St	22,7	112,5
Mutter- u. Ammenkühe	St	53,6	17,1
Mutterschafe	St	11,5	2,6
Besatz Schweine insgesamt	VE/100 ha	1,2	10,0
Mastschweine und Läufer	St	9,8	110,8
Zuchtsauen	St	1,5	11,9
Besatz Geflügel insgesamt	VE/100 ha	6,0	2,3
Viehbesatz insgesamt	VE/100 ha	57,2	47,3
Ertrag Weizen	dt/ha	40,7	92,6
Ertrag Gerste	dt/ha	28,8	81,5
Ertrag Kartoffeln	dt/ha	614,4	403,3
Weizenpreis	€/dt	33,4	16,7
Gerstenpreis	€/dt	24,4	14,8
Kartoffelpreis	€/dt	16,2	8,3
Betriebliche Erträge insgesamt	€/ha LF	1.919,4	2.519,2
Umsatzerlöse landwirtsch. Pflanz.Prod. insg.	€/ha LF	218,4	1.095,7
Getreide (ohne Körnermais)	€/ha LF	185,2	611,4

13. Ökologischer Landbau

	Einheit	Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe
Umsatzerlöse Tierproduktion insges.	€/ha LF	1.122,2	753,5
Rinder	€/ha LF	315,5	99,1
Milch	€/ha LF	265,2	523,2
Schweine	€/ha LF	23,1	93,6
Geflügel / Eier	€/ha LF	233,5	34,0
Sonstige betr. Erträge insgesamt	€/ha LF	518,8	498,2
Zulagen und Zuschüsse	€/ha LF	457,6	333,2
Agrardieselerstattung	€/ha LF	22,5	24,8
Entkoppelte Betriebsprämie	€/ha LF	282,6	280,6
Ausgl.zahlg. umweltgerechte Erzeugung	€/ha LF	125,3	5,4
Betriebliche Aufwendungen insgesamt	€/ha LF	1.511,7	2.201,0
Saat-/Pflanzgut	€/ha LF	39,6	83,6
Düngemittel	€/ha LF	35,5	202,3
Pflanzenschutz	€/ha LF	5,9	144,7
Tierzukäufe insgesamt	€/ha LF	63,4	55,3
Futtermittelzukauf	€/ha LF	159,5	214,6
Tierarzt, Besamung	€/ha LF	24,6	35,0
Personalaufwand insgesamt	€/ha LF	221,1	355,7
Löhne Familien-AK	€/ha LF	5,2	6,0
Gewinn / Verlust	€/ha LF	338,4	245,6
Gewinn je nicht entlohnte AK	€/nAK	99.592	174.849,7
Gewinn + Pers.aufw. je AK insgesamt	€/AK	49.897	45.099,2
Ordentliches Ergebnis 2014/15	€/ha LF	319	246
Ordentliches Ergebnis 2013/14	€/ha LF	349	322
Ordentliches Ergebnis 2012/13	€/ha LF	208	338
Ordentliches Ergebnis 2011/12	€/ha LF	105	106
Ordentliches Ergebnis 2010/11	€/ha LF	125	206

Berechnet nach: LFA M-V 2016, Testbetriebsergebnisse Wirtschaftsjahr 2014/15

Über konventionelle Betriebe macht die LFA-Statistik keine Angaben. Da aber Daten für alle Betriebe insgesamt vorliegen, kann mit Hilfe der Daten über Flächen-, Arbeitskräfte- und Viehbesatz sowie anderer Angaben die Daten für die konventionellen Betriebe mehr oder weniger kompliziert berechnen. Die Ergebnisse sind in Tab. 54 dargestellt.

Mit 15 von insgesamt 785 Betrieben wurde ein Repräsentationsgrad von nur 1,91 % erreicht. Bei den konventionellen Betrieben betrug er immerhin 5,75 %.

Der Arbeitskräftebesatz je 100 ha fällt bei den ökologisch wirtschaftenden Betrieben mit 1,1 geringer als bei den konventionellen aus. Ursache sind unter anderem Großviehanlagen im konventionellen Bereich, die kaum über landwirtschaftliche Nutzflächen und über sehr niedrige Arbeitskräftezahlen je 100 Großvieheinheiten verfügen. Diese Betriebe treiben den Arbeitskräftebesatz je 100 ha LNF nach

13. Ökologischer Landbau

oben. Der ökologische Landbau verfügt im Durchschnitt über dreimal mehr Grünland als der konventionelle Betrieb und kann daher für sein Vieh in der Regel Weidehaltung praktizieren.

Die Direktzahlungen und Zuschüsse für die Ökobetriebe waren mit 458 € um 23 % niedriger als für Test-Ökobetriebe im gesamtdeutschen Durchschnitt. Sowohl die Flächenprämie als auch die Zahlungen aus Agrar-Umwelt-Maßnahmen fielen erheblich niedriger aus.

Insgesamt fiel der Gewinn der mecklenburg-vorpommerschen Test-Ökobetriebe mit 338,4 €/ha um die Hälfte niedriger aus als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Auch dies kann zumindest teilweise auf die extensive Bewirtschaftung extrem großflächiger Weidebetriebe zurückgeführt werden.

Innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns war der auf Fläche bezogene Gewinn der Öko-Betriebe um über ein Drittel höher als der dortigen konventionellen Betriebe. Diese Relation schlägt sich auch im ordentlichen Betriebsergebnis nieder. Betrachtet man die Vorjahre seit 2010, wird klar, dass dahinter kein dauerhafter Trend steckt. Im Wirtschaftsjahr 2010/11 erreichte das ordentliche Ergebnis der Testökobetriebe, auf die landwirtschaftliche Nutzfläche bezogen, nur 61 % des Niveaus der konventionellen Betriebe.

Tab. 55: Vergleich der ordentlichen Ergebnisse ökologischer und konventioneller Betriebe nach den Buchführungsergebnissen der Testbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern für die Wirtschaftsjahre 2010/11 bis 2014/15

		Ökologischer Landbau	Konventionelle Betriebe	Öko in % Konvent.
2014/15				
Anzahl Betriebe		15	275	
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	296	651	
Ordentliches Ergebnis 2014/15	€/ha LF	319	246	130
2013/14				
Anzahl Betriebe		13	270	
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	253	639	
Ordentliches Ergebnis 2013/14	€/ha LF	349	322	108
2012/13				
Anzahl Betriebe		15	281	
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	303	643	
Ordentliches Ergebnis 2012/13	€/ha LF	208	338	62
2011/12				
Anzahl Betriebe		19	289	
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	377	626	
Ordentliches Ergebnis 2011/12	€/ha LF	105	106	99
2010/11				
Anzahl Betriebe		20	286	
Landw. genutzte Fläche (LF)	ha	366	615	
Ordentliches Ergebnis 2010/11	€/ha LF	125	206	61

Berechnet nach: <http://www.landwirtschaft->

mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/index.jsp?&artikel=970 (2016-03-06)

Dieser niedrige Wert, der sich im Wirtschaftsjahr 2012/13 wiederholte, mag eine der Ursachen für die Rückumstellungswelle sein, die Mecklenburg-Vorpommern in den letzten 5 Jahren erlebte.

Positiv ist zu bewerten, dass mit der neuen Förderperiode 2014-2020 die Prämien für die Einführung des ökologischen Landbaus angehoben wurden. Für neue Dauerkulturen betragen sie jetzt in Mecklenburg-Vorpommern 1.150 €/ha, für Gemüseflächen 835 €/ha und für übrige Acker- und Dauergrünlandflächen 260 €/ha. Die Beibehaltung wird bei Dauerkulturen mit 675 €/ha, Gemüse mit 330 €/ha und den übrigen Acker- und Dauergrünlandflächen mit 200 €/ha unterstützt (vgl. *MLUV MV 2015, Förderfibel, S. 49*).

Da auch die anderen Bundesländer ihre Förderung für die ökologische Landwirtschaft erhöhen und die Verknappung von Agrarflächen durch Bodenspekulation unvermindert anhält, die Pachten und Kaufpreise über das landwirtschaftlich refinanzierbare Maß steigen, bleibt vorerst unklar, wie erfolgreich diese Maßnahmen sein werden.

13.7 ZWISCHENERGEBNIS: ÖKOLOGISCHER LANDBAU

Beim ökologischen Landbau ist Mecklenburg-Vorpommern stärker als in Schleswig-Holstein. Allerdings war die Förderung in den letzten Jahren so niedrig, dass es zu Rückumwandlungen kam. Seit etwa 2005 kann die Zunahme der Ökofläche in Deutschland mit dem rasanten Nachfragewachstum nicht mehr Schritt halten. Der ökologische Landbau wurde in den Mittelgebirgsländern und in Brandenburg mehr als doppelt so stark gefördert wie in Mecklenburg-Vorpommern. Erst vor kurzem wurden die Umstellungs- und Weiterführungsprämien erhöht.

58 % der 23.398 landwirtschaftlichen Öko-Betriebe in Deutschland haben ihren Sitz in Baden-Württemberg und Bayern. Mecklenburg-Vorpommern ist mit 785 Betrieben die stärkste Region in Ostdeutschland. 11,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden ökologisch bewirtschaftet. Nur Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg haben höhere Anteile. Der relativ hohe Flächenanteil in Mecklenburg-Vorpommern ist einigen flächenstarken Viehzuchtbetrieben geschuldet, die sehr extensiv arbeiten und ihre Rinder oft das ganze Jahr auf der Weide lassen. Mit 151,7 ha im Durchschnitt hat Mecklenburg-Vorpommern die zweitgrößten Öko-Betriebe in Deutschland. Der Arbeitskräftebesatz ist kaum höher als bei den konventionellen Betrieben. In Nordrhein-Westfalen sind die Öko-Betriebe durchschnittlich nur 39 ha groß. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 44,8 ha.

Der Beitrag der Öko-Betriebe zur landwirtschaftlichen Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern ist erheblich. Besonders in einigen Hochpreissegmenten wie Baum- und Beerenobstanlagen und Ziegenhaltung sind die Öko-Betriebe stark vertreten. 28,2 % der Wiesen und Weiden werden ökologisch bewirtschaftet. Dieser Anteil ist höher als in jedem anderen Bundesland. Der Bundesdurchschnitt lag 2013 bei 11,9 %.

14. ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR LANDWIRTSCHAFT UND LÄNDLICHE RÄUME IN MECKLENBURG-VORPOMMERN: DAS LEITBILD „GARTEN DER METROPOLLEN“

14.1 DAS LEITBILD „GARTEN DER METROPOLLEN“ UND SEINE BEDEUTUNG

Im Folgenden werden die Entwicklungsmöglichkeiten für die Ländlichen Räume Mecklenburg-Vorpommerns entlang eines Leitbildes abgebildet. Damit soll u.a. die Kompatibilität der einzelnen Entwicklungslinien gesichert werden. Als Leitbild wurde „Garten der Metropolen“ gewählt, weil mit der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung „Garten“

- die Landwirtschaft mit einer besonders nachfragenahen Nutzung vertreten ist.
- Garten intendiert, dass die Grenzen
 - zwischen Landwirtschaft und Landschaftskunst,
 - Ökonomie und Ökologie,
 - Arbeit und Freizeit,
 - Profi-Aktivitäten und Hobby,
 - zwischen Einheimischen, Zweitwohnsitznehmern und Touristen,
 - Kreativität und Routine,
 - Ästhetik/Schönheit und Sachzwang,
 - Fremd- und Selbststeuerungaufgeweicht oder aufgehoben werden.
- Gartenbau gehört zu den betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen mit der höchsten Flächenproduktivität.

Der Garten in einer größeren Dimension ist der Park. Stärker als der Garten dient der Park als Kulisse für andere Aktivitäten. In der Regel gehen sie weit über die Landwirtschaft hinaus:

- Ein Kurpark soll die heilende Wirkung von Quellen, Brunnen oder anderen Kureinrichtungen umrahmen.
- Ein Schlosspark unterstreicht den feudalen Herrscheranspruch, dem sich auch die Natur unterzuordnen hat.
- Ein Landschaftspark präsentiert gezähmte Natur oder versucht, die Anordnung der Vegetation einer spezifischen Ästhetik unterzuordnen.
- Im Naturpark sollen irgendwie definierte Natur und wirtschaftliche Aktivitäten tourismusoptimal verknüpft werden.
- Mit dem Nationalpark sollen Kulissen und Ökotope von überregionaler Bedeutung geschützt werden.

Ähnlich wie das Konzept der „Metropolregionen“ nutzt auch „Garten der Metropolen“ die Beziehungen zwischen großen Städten und ihrem erweiterten Umland als Basis. Der Unterschied ist darin zu sehen, dass bei Metropolregionen die Großstadt im Zentrum des Interesses steht: Sie wird als der mit

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

Abstand wichtigste Arbeitsort betrachtet, der das erweiterte Umland mit Waren, Dienstleistungen und Kaufkraft versorgt. „Garten der Metropolen“ betont demgegenüber die Leistungen des erweiterten Umlands: Der „Garten“ bietet den Agglomerationen Lebensmittel, Natur-, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten, sowie zunehmend ruhigen, teilweise hochwertigen Wohnraum, vor allem für die neue multilokale Generation.

	Metropolregionen	Garten der Metropolen
Gemeinsames	...gehören zur Gruppe der räumlichen Zentrum-Peripherie-Modelle	
Dominierende Betrachtungsweise	Metropole → ländliche Räume	Ländliche Räume → Metropole
Leitidee	Die Metropole versorgt ländliche Räume mit Waren, Dienstleistungen und Arbeitsplätzen	Ländliche Räume bieten den Städten Lebensmittel und Rohstoffen, Freizeit- u. Erholungsmöglichkeiten, grüne Energie
Theoretischer Hintergrund	Christallers Konzept der „Zentralen Orte“ (1933)	Thünensche Kreise aus „Der isolierte Staat...“ (1826)

Abb. 303: Vergleich des Konzepts der Metropolregionen mit dem Leitbild „Garten der Metropolen“

Das Leitbild „Garten der Metropolen“ verbindet

- den Freizeit- und Erholungswert ländlicher Räume für die Einwohner der Agglomerationen Berlin, Hamburg, Rostock und Szczecin
- mit einer regional effektiven Landwirtschaft.

Eine derartige überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierte Landwirtschaft bedient mit der Erzeugung hochwertiger, ökologisch einwandfreier Produkte die Nachfrage der eigenen Bevölkerung und der Metropolen,

- kooperiert mit einem regional angepassten Produktions- und Dienstleistungssektor, einschließlich urbaner Sektoren, bei denen der Arbeitsplatz nicht oder zeitweise nicht mehr citygebunden zu sein braucht,
- sowie mit qualitativ hochwertigem Wohnen und Arbeiten vor ländlicher Kulisse.

„Garten der Metropolen“ ersetzt das alte de-facto Leitbild vom „Demographischen Wandel“, das den ländlichen Räumen ein Vierteljahrhundert Schrumpfung, drastische räumliche Zentralisierung und vorausseilenden Infrastrukturabbau, z. B. Schulschließungen, verordnet hat.

14.2 HYPOTHESEN ZUR ATTRAKTIVITÄT MECKLENBURG-VORPOMMERNS ALS „GARTEN DER METROPOLN“

1. Seit etwa 2000 entdeckt der Zeitschriftenmarkt den ländlichen Raum als Gegenwelt zur Stadt. Das Landleben wird darin meist als heile, gesunde, ruhige Welt verkauft. Auch wenn das Idyll meist wenig Realitätsbezug hat, wirkt es dennoch auf sein Publikum. Die 2005 gegründete Zeitschrift „Landlust“ rangiert heute mit ihrer Auflage von 850.000 Exemplaren in ähnlichen Größenordnungen wie der „Stern“ oder der „Spiegel“. Die Zeitschrift wurde vom Münsteraner Landwirtschaftsverlag entwickelt. Es ist derselbe Verlag, der auch das Statistische Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten oder Top Agrar produziert. Insofern handelt es sich bei „Landlust“ um ein Erzeugnis, das buchstäblich aus der Landwirtschaft und ihrem bedeutendsten Fachverlag erwachsen ist.



Abb. 304: Zeitschriften über ländliches Leben am Zeitschriftenkiosk Foto: H. Klüter

Die Image-Aufbesserung des Landlebens ist mit dieser Zeitschrift mehr als gelungen. Sowohl die Zahl der Nachahmer, als auch die der Leser lassen vermuten, dass man den Nerv der Zeit getroffen hat. Das, was zunächst als mehr oder weniger virtuelle Unterhaltung gedacht war, hat heute reale Einflüsse auf den ländlichen Tourismus und die Umzugsmobilität.

2. Für Menschen mit städtischen Berufen, aber ohne feste Arbeitszeiten war das zeitweise Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern schon seit dem späten 19. Jahrhundert attraktiv. Maler, Schauspieler, Künstler, Literaten, Freiberufler und Selbstständige bauten Sommerhäuser und Zweitwohnsitze oder kauften Bauern- und Fischerhäuser auf.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

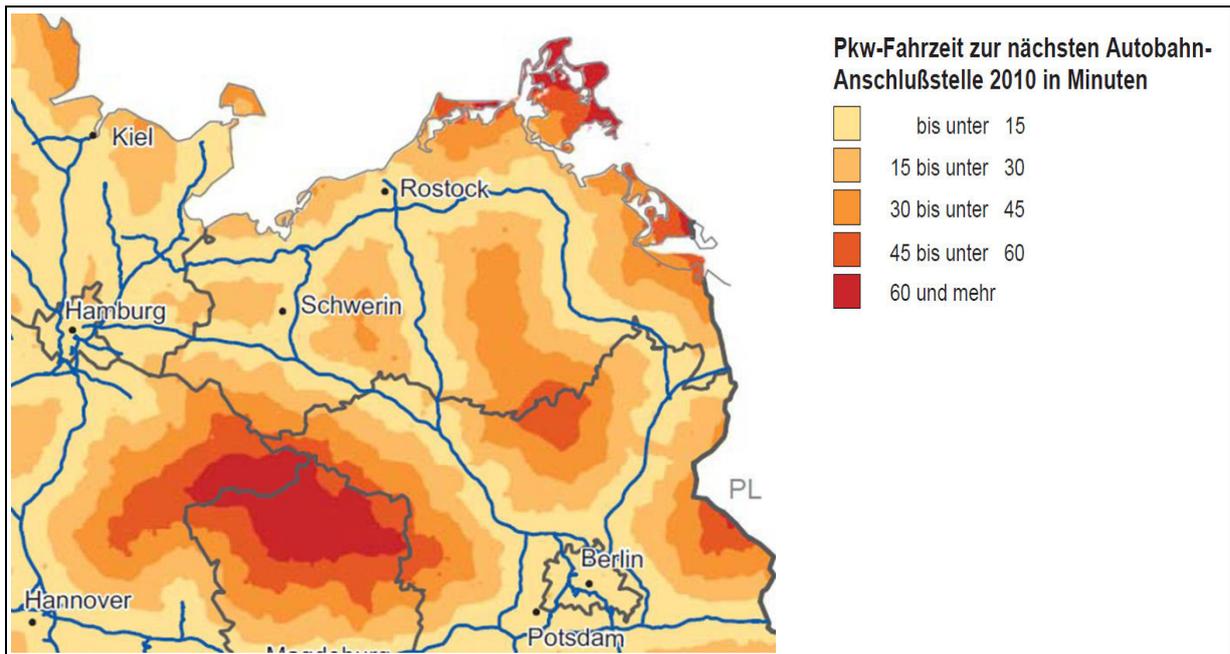
3. Heute sind es nicht mehr nur die „Kreativen“ und Gutsbesitzer, die auf's Land ziehen. Im Zeitalter des Computers wächst die Zahl derjenigen, die nicht mehr direkt an ihren städtischen Arbeitsplatz gebunden sind. Sie nehmen den Computer mit und arbeiten zu Hause. Es reicht, wenn sie für ein oder zwei Tage in der Woche zum städtischen Arbeitsplatz fahren. Sie können die übrige Arbeitszeit zu Hause ableisten, sofern schnelles Internet zur Verfügung steht. Nicht mehr die Nähe zum städtischen Büro oder Geschäft bestimmt die Wahl des Wohnorts, sondern Familienfreundlichkeit und Freizeit. Der Groninger Geograph Gert de Roo beschrieb das Ergebnis dieser neuen Prioritätensetzung mit seinem LILAC-Konzept: Living in leisure-rich areas and communities (*de Roo 2006*). Er untersuchte zunächst den Osten der Niederlande. Der neue Umzugstrend bedeutete für die bis dahin eher strukturschwachen Gebiete nicht nur wachsende Bevölkerungszahlen, sondern einen erheblichen Kaufkraftzufluss, eine Belebung des Immobilienmarkts, des Handels und hochwertiger Dienstleistungen. In einigen dieser Regionen wurde der Druck auf die dortige Agrarindustrie so stark, dass der Staat den Großviehanlagen Prämien für die Schließung ihrer Ställe zahlte. Zwar zeitigte diese Strategie für die Niederlande die gewünschten positiven Effekte, für das benachbarte Niedersachsen und für Ostdeutschland hatte sie jedoch fatale Folgen: Einige niederländische Unternehmen nutzten die Prämien, um dort noch größere Mastviehanlagen zu bauen als die, die in den Niederlanden gerade geschlossen worden waren.

4. Da das Wohnen in den großen Städten und ihrem Umland sehr teuer geworden ist, werden die Orte entlang der überregionalen Verkehrsachsen als Wohnort in besonders interessant. Vor allem die Orte in den Autobahnkorridoren von A 19 und A 20 gewinnen an Attraktivität:

- Man kann innerhalb von ein bis zwei Stunden den Arbeitsplatz in Berlin, Hamburg oder Szczecin erreichen.
- Der Ostseestrand ist außerhalb der Saisonspitzen weniger als eine Autostunde entfernt..
- Mieten und Immobilienpreise sind um mehr als die Hälfte niedriger als im Berliner oder Hamburger Umland und weit niedriger als an der Küste oder auf den Inseln.
- Breite Bevölkerungsschichten, vor allem Familien mit Kindern können sich auf den Dörfern größeren Wohnraum leisten.
- Zumindest in einigen Teilregionen kann man die Kinder „im Einklang mit der Natur“ aufwachsen lassen.

5. Verstärkt wurde der Zuzugstrend durch einige Langzeiteffekte des Tourismus. In den 90er Jahren wurde Mecklenburg-Vorpommern von Gästen aus Nordwestdeutschland und West-Berlin neu oder wieder entdeckt. Ein Teil der Touristen war derart fasziniert von der Region, dass sie sie wiederholt aufsuchten, bzw. dort einen Zweitwohnsitz errichteten oder kauften. Vor allem gegen Ende des Berufslebens stellt sich die Frage, ob man angesichts sinkender Einkünfte (Rente usw.) die Wohnung in der Stadt oder die auf dem Lande aufgibt. Die derzeitige Entwicklung geht dahin, dass der Wohnraum in Berlin oder Hamburg zu teuer wird. Oder: man lebt an der Ostsee und vermietet das Haus in Berlin. All dies hat dazu geführt, dass der größte flächige Wirtschaftssektor in Mecklenburg-Vorpommern nicht mehr die Landwirtschaft, sondern der Tourismus ist. Das gilt nicht nur für die Küste, sondern auch für weite Teile des Binnenlandes. Während die Landwirtschaft nur 25.000 Menschen in Brot und Arbeit setzt, sind es im Tourismus während der Saison 154.000. Über 100.000 davon wohnen an der Küste, knapp 50.000 im Binnenland. In Abb. 306 wird die Wertschöpfung der Landwirtschaft mit der des Gastgewerbes verglichen.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume



Karte 39: PKW-Fahrzeit zur nächsten Autobahn-Anschlusstelle 2010 in Minuten

Aus: www.bbsr.bund.de (2012-06-05)

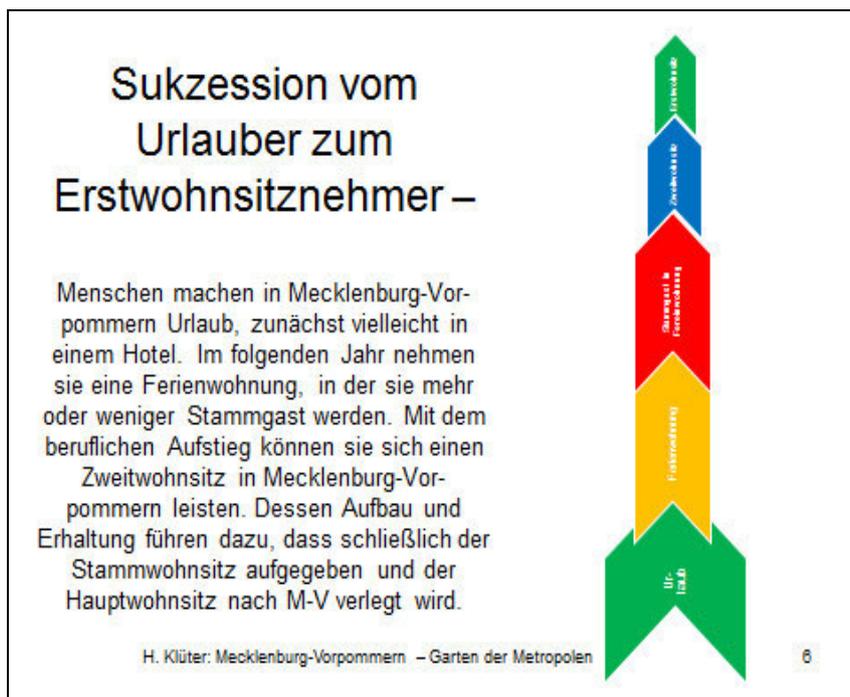


Abb. 305: Sukzession vom Urlauber zum Erstwohnsitznehmer - „Zuwanderungsrakete“

Für den Tourismus liegen keine regelmäßig errechneten Wertschöpfungsdaten vor. Das Gastgewerbe schließt touristische Verkehrsleistungen, den touristischen Einzelhandel und Event-Tourismus aus. Daher müsste die in Abb. 306 dargestellte Kurve eigentlich um einige 100 Millionen € nach oben verschoben werden.

14.3 ZUR ENTSTEHUNG DES LEITBILDES „GARTEN DER METROPOLEN“

Johann Heinrich von Thünen (1783 – 1850) war einer der ersten, der Flächennutzung, Entfernung vom Nachfrager zur Lagerente modellierte. Ergebnis waren die „Thünenschen Kreise“ mit einer idealisierten Nutzungsabfolge von der zentrumsnahen „Freien Wirtschaft“ bis zur peripheren Viehzucht:

1. Freie Wirtschaft: leicht verderbliche Produkte
2. Forstwirtschaft: Brennholz
3. Fruchtwechselwirtschaft
4. Koppelwirtschaft: Acker – Weide
5. Dreifelderwirtschaft – jedes 3. Jahr Brache
6. Viehzucht

Die Gartennutzung war diejenige betriebswirtschaftliche Ausrichtung, die den höchsten Nutzungseffekt hatte. Unter „§ 3. Erster Kreis. Freie Wirtschaft“ heißt es:

„Die feinern Gartengewächse, welche theils den Transport auf Wagen aus weiterer Ferne nicht ertragen können, wie Blumenkohl, Erdbeeren, Salat u. m. a., und deshalb nach der Stadt getragen werden müssen, theils nur in kleinen Quantitäten und ganz frisch abzusetzen sind, können nur in der Nähe der Stadt gebauet werden. Die Gärten werden also die nächsten Umgebungen der Stadt einnehmen.“
(Thünen 1826, S. 2 – 3)

Das Thünensche Kreismodell (Abb. 307) setzte hohe Transportwiderstände und minimale überregionale Kapitaltransfers voraus. Diese Annahme war mit dem Aufkommen der Eisenbahnen seit Mitte des 19. Jahrhunderts veraltet, denn mit der Inbetriebnahme der Eisenbahnen wurden Transportzeiten und -kosten um ein Mehrfaches abgesenkt. Mit dem Bezug auf die Lagerente war von Thünen sehr modern und inspirierte bis heute Agrar- und Immobilienökonomie. Die Lagerente ist ein direkter Vorläufer der Flächenproduktivität, die in der vorliegenden Studie eine wichtige Rolle spielt.

1809 kaufte von Thünen das Gut Tellow und lebte seit dieser Zeit überwiegend auf dem Lande. Für einen Gutsbesitzer war das nichts Ungewöhnliches, für einen Dichter jener Zeit jedoch schon:

Nach 1817 verließ Karl Lappe (1773 – 1843), seinerzeit ein deutschlandweit bekannter Poet, die Städte und lebte fortan in Pütte. Dieses Dorf liegt 10 km westlich von Stralsund und gehört heute zum Suburbanisierungsring der Stadt. Damals war es jedoch 2 Wegstunden von Stralsund entfernt. Lappe wohnte bis 1842 in Pütte und hinterließ eine Reihe von Gedichten, in denen er unter anderem die Vorzüge des Landlebens aus der Sicht eines Nichtlandwirts hervorhob. Eines davon – „So oder so“ – wurde von seinem Zeitgenossen Ludwig van Beethoven (1770 – 1827) vertont, der seinerseits mit der 6. Sinfonie F-Dur, von 1806 bis 1808 komponiert und „Sinfonia pastorale“ genannt, Ländlichkeit idyllisch, einfach und naturnah interpretierte. Nicht nur Dichter, auch Maler entdeckten den ländlichen Raum für sich neu. Die Landschaft war nicht nur gemalte Kulisse, Exotik oder zeitweises Idyll, wie seit der italienischen, niederländischen oder französischen Renaissance. Sie wurde zum Wohnort der Maler. 1848 zog Théodore Rousseau (1812 – 1867) in das Dorf Barbizon, 60 km südlich von Paris, und wohnte dort bis zu seinem Tode. Einige seiner Kollegen folgten ihm und malten nun Szenen aus ländlichen Räumen in teilweise ungeschönten Realismus.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

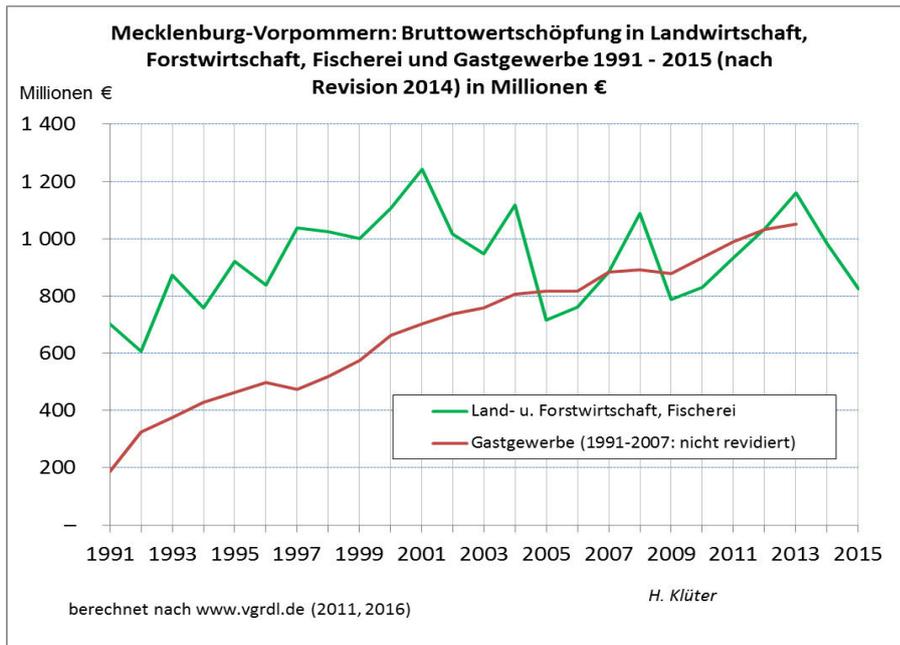


Abb. 306:
Mecklenburg-Vorpommern: Bruttowertschöpfung in Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei und Gastgewerbe 1991 - 2015 (nach Revision 2014)

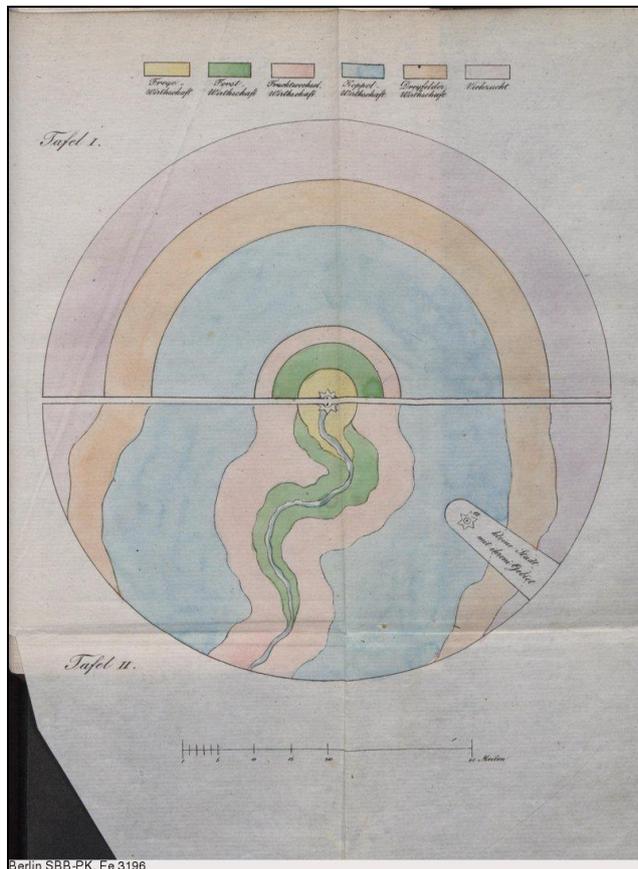


Abb. 307:
Das Modell der „Thünenschen Kreise“.
Aus: *Thünen 1826, Tafel I und II.*

Die Künstlerkolonie von Barbizon war ein derartiger Erfolg, dass sich die Idee schnell in ganz Europa verbreitete. Die technische Innovation der Eisenbahn revolutionierte im 19. Jahrhundert die Erreichbarkeit ländlicher Räume: Man konnte die Stadt mit der Bahn verlassen, nach 50 km aussteigen, sich erholen und noch am selben Tag zurückfahren. 1859/60 ließ der englische Maler und Designer William Morris (1824 - 1896) das weltberühmte „Red House“ in Bexleyheath bei London errichten. Es war das erste bürgerliche Wohngebäude, das in großzügig moderner Weise einen Atelier-, Arbeitsbereich

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

und Garten vereinigte. Es war in dieser Form nur auf dem Lande, nicht aber in einer Stadt mit ihren hohen Grundstückspreisen erschwinglich. 1871 erfolgte der Umzug nach Kelmscott Manor in die Cotswolds Hills zwischen Oxford und Cirencester, nördlich der Themse. 1890 veröffentlicht Morris seinen utopischen Roman „News from Nowhere“, in dem er eine postindustrielle Gesellschaft ohne Großstädte beschreibt. Somit spielt der Roman bereits mit Themen, die dem heutigen Leitbild vom „Garten der Metropolen“ in einigen Zügen nahe kommen (Morris 1890). Morris verlegte auch sein Atelier, seine Teppich- und Tapetenmanufaktur und seine Druckerei nach Kelmscott. Seine Ornamentik, die viele Motive aus dem ländlichen Raum aufnahm, wurde stilbildend. Sein Design wird heute noch durch die von ihm begründete Manufaktur verkauft (<https://www.william-morris.co.uk/?act=ssocomplete>; 2016-04-10). Als „Arts and Crafts“-Bewegung und „Modern Style“ – oder in Deutschland „Jugendstil“ – erfasste sie nicht nur ländliche, sondern auch städtische Architektur. Blumen, Bäume und Märchengestalten tauchten plötzlich als Schmuckelemente auf städtischen Fassaden auf. Die Villenarchitektur des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts wurde besonders stark beeinflusst.

1877 gründeten Morris und einige Kollegen die „Society for the Protection of Ancient Buildings“ in Bloomsbury. Die Gesellschaft setzte sich für den Schutz historischer Gebäude auf dem Lande, später auch in der Stadt ein. Die Gesellschaft ist Keimzelle und Inspiration für die Gründung des eine der Inspiratoren und in gewisser Weise auch Keimzelle für den „National Trust for Places of Historic Interest or Natural Beauty“ (Nationale Treuhandschaft für Orte von historischem Interesse oder von Naturschönheit). Er wurde 1895 von der Feministin und Sozialreformerin Octavia Hill (1838 – 1912) gemeinsam mit Robert Hunter und Hardwicke Rawnsley gegründet. Der National Trust befasst sich mit dem Schutz historischer Objekte durch Ankauf und durch Publizität. Die erworbenen Gebäude und Gärten werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Heute ist der National Trust mit 4,1 Millionen Mitglieder und 500 Millionen € Haushalt eine der größten Organisationen für Kultur- und Naturschutz in Europa. Präsident ist Prinz Charles. Der National Trust besitzt über 200 Schlösser, Gutshäuser und Gärten auf 2.550 km² oder 1,5 % der Fläche Englands. Die meisten seiner Liegenschaften sind vorbildlich restauriert und in Stand gehalten. Das bedeutet, dass die Gärten faktisch in „lebendem“ Zustand erhalten werden. Sie werden jedes Jahr aufwendig bepflanzt und gepflegt. Der National Trust wurde damit zum Trendsetter. Andere Eigentümer öffneten nun ebenfalls ihre Gärten und Herrenhäuser. Sissinghurst in Kent, Sudeley Castle in Gloucestershire und viele andere entwickelten sich zu Besuchermagneten. Die Eröffnung der großen Autobahnen 1960 bis 1980 verbesserte die Erreichbarkeit. In Südengland ist die Gartendichte mittlerweile so groß, dass in einigen Regionen alle 10 km ein riesiger Schloss- oder Adelsgarten eröffnet wurde. Da die Mitglieder des National Trust „ihre“ Gärten kostenfrei besuchen dürfen, haben auch die anderen Eigner Wege und Mittel gefunden, die Touristen und andere an sich zu binden. Kunden und Käufer kommen zumeist aus London und den südenglischen Großstädten. London allein hat mit 8,5 Millionen mehr Einwohner und Kaufkraft als Berlin und Hamburg zusammen genommen. Neubauten gibt es in Gloucestershire und anderen Zielregionen wenige. Die Zuwanderer sanieren alte Häuser in den Dörfern oder auf den Höfen, die sie erworben haben.

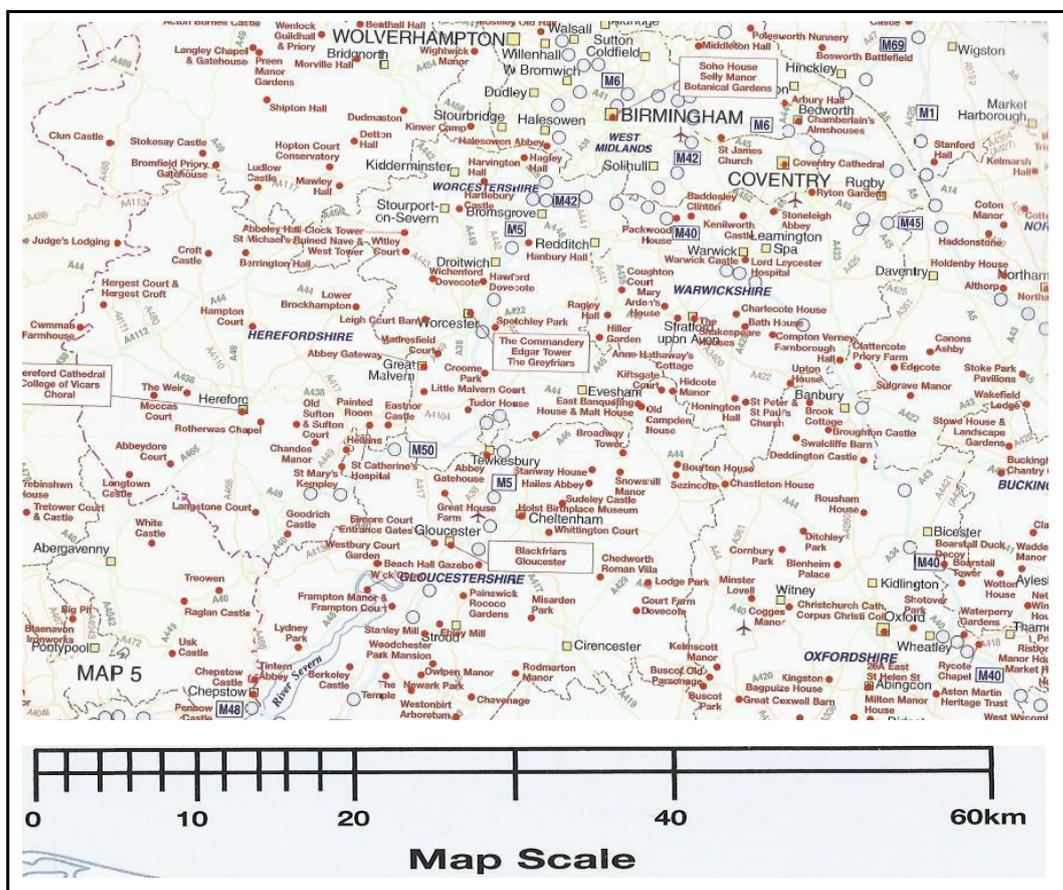
Seit 300 Jahren hat es in England keine Revolution gegeben. Das bedeutet, dass es dort ähnlich wie seinerzeit in Mecklenburg und Preußen viele Adelsgüter und Großbetriebe gibt. Im englischen Südwesten wurden daraus jedoch keine agrarindustriellen Strukturen entwickelt. Zum Teil hängt das

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

damit zusammen, dass Gartenpflege und Landwirtschaft nach wie vor adlige und damit hoch ange-sehene Beschäftigungen sind:

- Der Garten von Sissinghurst ist das Werk von Vita Sackville-West (1892 -1962). Daneben war sie Schriftstellerin und Freundin von Virginia Woolf. Sie ist nicht nur in die englische Garten-geschichte (vgl. Lord 1995), sondern auch in die Literaturgeschichte eingegangen.
- In Highgrove bei Tetbury in Gloucestershire residiert Prince Charles auf einem Landgut, das nach ökologischen Grundsätzen geführt wird. Auf unzähligen Fotos wird gezeigt, wie er selbst Hand anlegt – und unterstützt damit das Image der Landwirtschaft als königliche Be-schäftigung.

Die zahlreichen gut gehaltenen Gärten und Schlösser beflügeln den Tourismus und den Wohnwert Südenglands. Die Landwirtschaft hat sich den neuen Rahmenbedingungen angepasst, denn die Parks, Wälder und Siedlungen liegen so dicht, dass für agrarindustrielle Massenproduktion kein Platz ist. Der ländliche Raum als grüne Wohn-, Ruhe- und Freizeitlandschaft für Städter erscheint den Agrarar-beitern attraktiver als agrarindustrielle Massenproduktion. Die Kaufkraft der Stadtflüchter beflügelt den Handel auf dem Lande, das Handwerk und die Dienstleistungen. Unter den Stadtflüchtern sind viele „Kreative“, d.h. Künstler, Wissenschaftler, Unternehmer und Freiberufler, die mit ihren Ideen die regionale Wirtschaft stimulieren. Die regionalwirtschaftlichen Effekte des englischen „Gartens der Metropolen“ sind erstaunlich, wenn man das dortige Bruttoinlandsprodukt je Einwohner mit dem norddeutschen vergleicht.



Karte 40: Schlösser und Gärten in Herefordshire, Warwickshire, Gloucestershire und Oxfordshire, England

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

Eurostat misst das regionale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner mit Hilfe von KKS (Kaufkraftstandards). „Der **KKS** (Kaufkraftstandard) ist eine Kunstwährung, die die Unterschiede zwischen den nationalen Preisniveaus berücksichtigt. Diese Einheit ermöglicht aussagekräftige Volumenvergleiche der Wirtschaftsindikatoren verschiedener Länder. Aggregate in KKS werden berechnet, indem man das Aggregat in laufenden Preisen und nationaler Währung durch die entsprechende Kaufkraftparität (KKP) teilt.“ (Aus: *Eurostat-Pressemitteilung 39/2016 vom 26. Februar 2016*.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7192297/1-26022016-AP-DE.pdf/88e58f1b-d364-4f4c-86dd-cda194f67c8e>, S. 2; 2016-04-08)

Im Jahr 2014 betrug das britische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 29.900 € KKS. Das war beträchtlich weniger als im gesamtdeutschen Durchschnitt mit 34.500 € KKS. Das gilt auch für die Metropolen: Hamburg war reicher als Groß-London, Berlin war erheblich reicher als die West-Midlands mit Birmingham, Coventry und Wolverhampton. Beim Vergleich der ländlichen Räume zwischen den Metropolen London, Birmingham und Bristol einerseits und den norddeutschen Metropolenumgebungen ist es genau umgekehrt: Die Gruppe der Grafschaften Berkshire, Buckinghamshire, Oxfordshire ist mit 41.100 € KKS je Einwohner reicher als Niedersachsen, und sogar reicher als Baden-Württemberg (39.500) oder Bayern (39.700). Auch die Gruppe Gloucestershire, Wiltshire, Bristol/Bath lässt Niedersachsen und Schleswig-Holstein hinter sich zurück. Nur die für englische Verhältnisse peripher gelegene Region an der walisischen Grenze (Herefordshire, Worcestershire, Warwickshire) liegt mit 26.700 € KKS je Einwohner unter dem englischen Durchschnitt. In Norddeutschland rangieren die agrarindustriell dominierten Bundesländer Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern nicht nur erheblich unter dem deutschen, sondern auch weit unter dem EU-Durchschnitt.

Tab. 56: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im englischen und deutschen „Garten der Metropolen“ 2014, nach Kaufkraftstandards (KKS) in €

Norddeutschland		EU28=100	Südengland		EU28=100
Hamburg, Stadt	56.600 €	206	London	51.200 €	186
Berlin, Stadt	32.800 €	119	West Midlands	23.700 €	86
Niedersachsen	31.300 €	114	Berkshire, Buckinghamshire & Oxfordshire	41.100 €	149
Schleswig-Holstein	28.700 €	104	Gloucestershire, Wiltshire & Bristol/ Bath area	30.800 €	112
Brandenburg	24.300 €	88	Herefordshire, Worcestershire & Warwickshire	26.700 €	97
Mecklenburg-Vorpommern	23.200 €	84			
Deutschland	34.500 €	126	Großbritannien	29.900 €	109

Daten aus: *Eurostat-Pressemitteilung 39/2016 vom 26. Februar 2016*.

<http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7192297/1-26022016-AP-DE.pdf/88e58f1b-d364-4f4c-86dd-cda194f67c8e> (2016-04-08)

Auch in Deutschland kam es zur Gründung von Künstlerkolonien. 1884 „entdeckte“ der Maler Fritz Mackensen (1866 – 1953) das Dorf Worpswede am Rande des Teufelsmoors bei Bremen. Fünf Jahre später folgten einige Kollegen und gründeten dort eine Künstlerkolonie. 1894 kam Heinrich Vogeler zum ersten Mal nach Worpswede, verliebte sich in die Tochter des dortigen Lehrers, ließ 1895 einen

Hof („Barkenhof“) zum gemeinsamen Wohnhaus und Atelier umbauen und machte mit seinen Ausstellungen Worpswede deutschlandweit bekannt. 1901 heiratete die Malerin Paula Becker (1865 – 1907) den Maler Otto Modersohn (1865 – 1943). Das Paar wohnte ebenfalls in Worpswede. Vogeler und seine Kollegen gestalteten das Dorf nachhaltig um. 1910 wurde der von Vogeler entworfene Bahnhof eingeweiht, 1919 wurde die Kunsthalle Worpswede eingeweiht, 1927 war das von Bernhard Hoetger geplante Kunstschau-Gebäude fertig gestellt. Schnell entwickelte sich Worpswede zu einem Kunst- und Ausstellungszentrum. Die Aufwertung zog viele Stadtlüchter in das Dorf, die dort teilweise große Häuser errichteten oder Bauernhöfe zu Wohnstätten umbauten. In Mecklenburg-Vorpommern erlebte Ahrenshoop eine Transformation zur Künstlerkolonie mit erhöhtem Tourismus- und Wohnwert. Weitere Kolonien entstanden in Schwaan und auf Usedom. Eine Entwicklung in Richtung auf einen „Garten der Metropolen“ kam jedoch nicht zustande, weil der Erste Weltkrieg (1914 – 1918) und der Zweite Weltkrieg (1939 – 1945) den angearbeiteten Wohlstand vernichteten. Erst nach 1960 waren in Westdeutschland einige Regionen so reich, dass die Städte und ihre Suburbanisierungsräume die gestiegenen Bauansprüche nicht mehr aufnehmen konnten. Von Frankfurt aus wurden der Taunus, von München aus das Alpenvorland und von Stuttgart aus der Bodenseeraum als Wohn- und Freizeitlandschaft erschlossen. Eine Parklandschaft wie in England wurde jedoch nur ansatzweise entwickelt.

1968 wurde in Norddeutschland die heutige Autobahn A1 (Leverkusen – Dortmund – Münster – Osnabrück – Bremen – Hamburg – Lübeck) fertig gestellt. Über diese Autobahn verkürzten sich die Fahrzeiten aus der heutigen Metropolregion Rhein-Ruhr ins Münsterland erheblich. Für den aufkommenden Tourismus wurden Wasserburgen, Schlösser und Gutshäuser renoviert, Radwege gebaut und Ortsbilder aufgefrischt. Innerhalb von nur zwei Jahrzehnten entwickelte das Münsterland sich von einer rückständigen landwirtschaftlichen zu einer interessanten Tourismus- und hochwertigen Wohnregion. Heute präsentiert es sich als Radfahr-, Gourmet-, Wander- und Erholungsregion. Zwar ist es mit einem Bruttoinlandsprodukt von 29.900 € KKS je Einwohner immer noch der „ärmste“ Regierungsbezirk in Nordrhein-Westfalen, doch ist es reicher als Schleswig-Holstein, und erheblich reicher als Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg. Kann man die Modelle aus Südeuropa und aus dem Münsterland auf Mecklenburg-Vorpommern übertragen?

14.4 DAS LEITBILD „GARTEN DER METROPOLEN“ IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Nicht nur in West-, auch in Ostdeutschland wurden die Vorzüge des Lebens auf dem Lande von Teilen der Stadtbevölkerung mehr oder weniger „erlebt“. Auf dem Lande war die soziale und politische Kontrolle in der Regel schwächer als in den Städten. Es gab Möglichkeiten für Aktivitäten, die nicht ins städtische Leben passten. Vor allem Künstler und Kulturschaffende machten davon Gebrauch. Als Beispiel genannt sei der Botanische Garten Christiansberg in Luckow bei Ueckermünde, der seit 1982 aufgebaut wurde. Auf der Basis eines alten Bauernhofes entstand ein Obst- und Ziergarten, der in Nordostdeutschland einmalig ist. Bereits seit Ende der neunziger Jahre wurde er busseweise von niederländischen Gartenliebhabern besucht. Mittlerweile wird er auch von Tagesbesuchern aus Szczecin frequentiert.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

Bereits 1993 versuchten Metzger und Schattinger, die wichtigsten Parks in Mecklenburg-Vorpommern darzustellen (Metzger, Schattinger 1993). Danach verging kaum ein Jahr, in dem nicht mindestens eine umfassende Publikation über Gärten oder Parks erschienen wäre. Beispiele sind *Schöttke-Penke, Lehsten 2009, Karge 2011 und Gartz 2013*. Weitere Initiativen nach der Wiedervereinigung werden in 14.5 vorgestellt.

„Biofleisch aus dem Garten der Metropole“ – so lautete 2007 der Werbeslogan einer Schlachterei in Bollewick. (vgl. http://www.nachhaltigkeitsforum.de/fileadmin/user_upload/pdfs/EE/2012_11_23-24_Wege_Bioenergie_dorf_NST-BOL/2012_11_23-24_Wege_Bioenergie_dorf_NST-BOL_THOENES.pdf; 2016-02-01)

Damit war eine Begriffsbildung geboren, die von vielen Seiten begrüßt wurde. 2009 wurde sie für die Verbreitung bioenergetischer Konzepte, die Veredlung von Lebensmitteln, regionaler Vermarktung und naturschonenden Tourismus genutzt (Manthey 2009).

2010 stellte Klüter in Vorträgen „Garten der Metropolen“ dem resignativen De-facto-Leitbild des „Demographischen Wandels“ gegenüber. 2011 wurde „Garten der Metropolen“ als umfassendes Leitbild für Nordostdeutschland für die Enquete-Kommission des brandenburgischen Landtags „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ in einem Zwischenbericht und ein halbes Jahr später im Endbericht dargestellt (vgl. Klüter, Bastian 2012). Im Oktober 2012 wurde „Agrarindustrie oder Garten der Metropolen?“ Thema einer landesweiten Tagung, die in Schwerin stattfand (Kröger 2013). „Garten der Metropolen“ wird in 6 Handlungsblöcke gegliedert, die als Obergruppen für die Handlungsempfehlungen in Kap. 16 (S. 413 ff.) dienen.

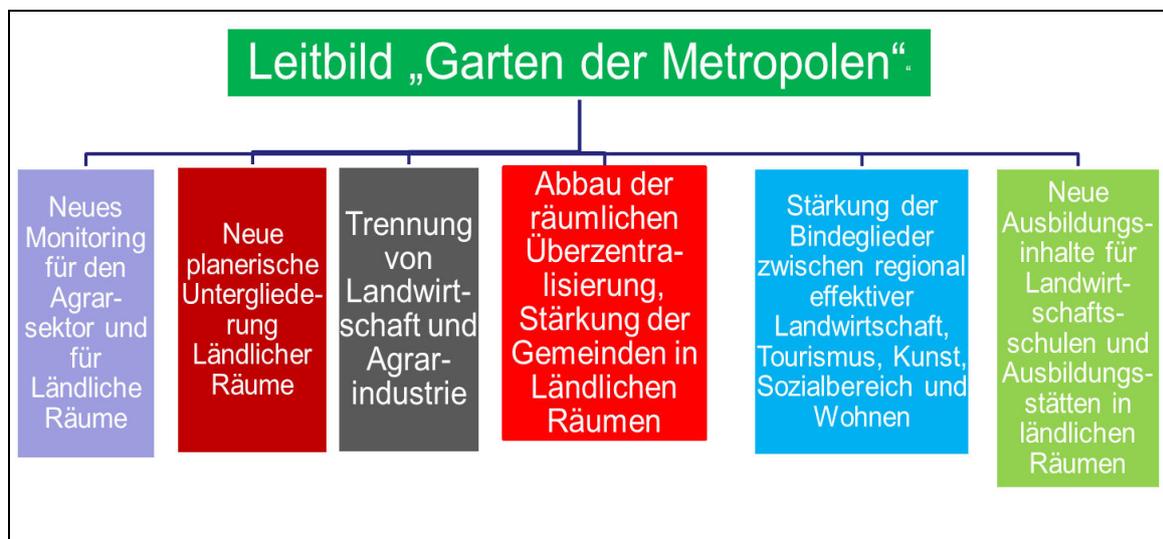


Abb. 308: Leitbild „Garten der Metropolen“

14.5 STÄRKUNG DER BINDEGLIEDER ZWISCHEN LANDWIRTSCHAFT UND TOURISMUS

2015 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 29.468.190 Gästeübernachtungen gezählt. Jahresdurchschnittlich befanden sich damit 80.735 Personen mehr im Land als die 1,6 Millionen Erstwohnsitzbevölkerung. Quantitativ steigt damit die Nachfrage nach Nahrungsmitteln um 5 %. Aufgrund der starken Saisonalität im Tourismus ist dies jedoch nur ein theoretischer Wert. Ausgehend von den Übernachtungskapazitäten ergeben sich für den Sommer folgende Werte: 2015 gab es in Mecklenburg-Vorpommern

- 84.006 Schlafgelegenheiten in Hotels, Gasthöfen und Pensionen,
- 78.116 in Ferienheimen, Ferienhäusern, Jugendherbergen und ähnlichen Unterkünften,
- 104.916 auf Campingplätzen und
- 9.712 in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Mit diesen 276.750 Schlafgelegenheiten sind jedoch nur die Anbieter mit mehr als 10 Betten oder 10 Stellplätzen erfasst. Zählt man die Gäste der kleineren Anbieter, die Zweitwohnsitznehmer und auswärtige touristische Saisonarbeitnehmer hinzu, und zieht man die Erstwohnsitznehmer ab, die außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns ihren Urlaub verbringen, müssen im Sommer bis zu 330.000 Personen zusätzlich mit Nahrungsmitteln versorgt werden. Tagesgäste aus Berlin, Hamburg oder Stettin sind in dieser Summe nicht enthalten. Das bedeutet, dass in der Zeit von Juni bis September die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in Mecklenburg-Vorpommern um etwa 25 bis 30 % steigt. Davon profitieren vor allem Betriebe mit einem hochwertigem Angebot und bzw. oder mit Einkommenskombinationen.

Die Synergien zwischen Landwirtschaft und Tourismus gehen in Mecklenburg-Vorpommern weit darüber hinaus. Dies sei an einigen Beispielen erläutert: Das Weingut Rattey bei Golm liegt in der Nähe der Autobahn A20 zwischen Neubrandenburg und Pasewalk. Der Weinbau hatte in dem Gebiet eine gewisse Tradition, allerdings nicht in Rattey, sondern in Burg Stargard an den Südhängen des Burgberges. Bei dem Tal von Rattey handelt es sich wie beim Stargarder Burgberg um eine klimatische Gunstregion. Bereits in den 90-er Jahren wurden die ersten Reben gepflanzt. Nicht zuletzt aufgrund der Klimaerwärmung gelangen bald darauf einige gute Ernten. Zwischenzeitlich wurde das schlossartige Gutshaus zum Hotel umgebaut. Es etablierte sich als Tagungs-, Hochzeits- und Eventhotel. 1999 wurde ein Winzerverein gegründet. Seit 2004 ist Rattey offizielles Weinanbaugebiet für Tafelwein – für den Nordosten eine einmalige Attraktion. Die Anbaufläche beträgt 4,75 ha. Seit 2016 erscheint ein eigener Weinbau-Kalender.

Das Gutshaus Stellshagen im Klützer Winkel ist eines der bekanntesten Gesundheitshotels in Mecklenburg-Vorpommern. Die Gastronomie des Hotels stützt sich auf einen eigenen ökologischen Landwirtschaftsbetrieb. Mit etwa 80 Beschäftigten ist das Unternehmen, zu dem auch das in der Nähe gelegene Gutshaus Parin gehört, einer der größten Arbeitgeber im ländlichen Binnenland Nordwestmecklenburgs.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

Der Rujana-Hof in Glowe auf Rügen züchtet Wasserbüffel auf Weiden im Biosphärenreservat Ostrügen, schlachtet sie und vermarktet das Fleisch im Marstall von Putbus mit angeschlossenem Hofladen. Für Interessierte bietet der Hof Safaris durch seine Weidegründe an.

In Bollewick östlich von Röbel befindet sich die größte erhaltene Feldsteinscheune Deutschlands. Das 1881 errichtete Gebäude wurde nach der Wiedervereinigung in ein ländliches Kultur- und Einkaufszentrum umgebaut. Der Hofladen zur Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher Erzeugnisse, regionales Kunsthandwerk und viele Kulturveranstaltungen erzielen mittlerweile überregionale Aufmerksamkeit.

In Deutschland gibt es etwa 550 Hofkäsereien und Hofmolkereien. Sie präsentieren sich u. a. in regionalen Käsestraßen. Auf der „Käsestraße Mecklenburg-Vorpommern“ gibt es derzeit 19 Mitglieder. In der Regel gibt es neben Viehhaltung und der Käseherstellung Hofläden und/oder Hofcafés. Ein Teil arbeitet als Schaukäsereien. Es gibt auch einige Hofkäseschulen.

Die teilweise sehr aufwändig gestalteten Unternehmen versuchen, ein Maximum an Individualität, Spezialitäten und Transparenz zu bieten. Sie erzeugen eine Art Gegenbild zur Agrarindustrie. Der Kunde erhält Einblicke in die Produktionsweise und kann sich ein Bild über die Regionalität der Vorprodukte machen. Ursprünglich zielte das Konzept auf die Bindung städtischer Kunden aus den mehr oder weniger nahe gelegenen Agglomerationen. In Mecklenburg-Vorpommern jedoch bilden Touristen eine wesentliche weitere Zielgruppe.

Mit diesem Ziel könnte man Ideen von außen importieren. In Nussdorf am Bodensee gibt es beispielsweise eine „Genussecke“. Es ist eine multifunktionale Einrichtung in einem alten Dorfkern, die ein Spezialitätencafé mit einem Geschenkladen, einem Online-Versand und einer Partnerschaft mit der Überlinger Tourismus-Information verbindet. Die Genussecke belebt nicht nur den Dorfkern, sie ist auch Anlaufstelle für Touristen und bildet so einen spannenden Treffpunkt zwischen Alteingesessenen und Gästen.

Unter dem Namen „Naturata“ vermarktet in Überlingen eines der ältesten Öko-Geschäfte von Deutschland Lebensmittel aus dem nahe gelegenen Gut Rengoldshausen und anderen Bio-Höfen mit Büchern, Spielsachen, Souvenirs und Gartenbau-Artikeln. In dem völlig aus Holz errichteten eigenwilligen Gebäude befinden sich außerdem ein Café/Restaurant sowie ein Hotel. Das Gebäude wurde 1992 nach Plänen des ungarischen Architekten Imre Makowecz (1935 – 2011) errichtet und gibt dem Komplex ein unverwechselbares Ambiente.

Weit über die Landwirtschaft hinaus reichen auch die Festspiele Mecklenburg-Vorpommern. Das Hotel Schloss Ulrichshusen ist ihre Keimzelle. Ähnlich wie bereits vorher im Schleswig-Holstein Festival wurde klassische Musik in den ländlichen Raum verlegt. Eine Konzertscheune wurde eingerichtet. Nach den Anfängererfolgen konnten weitere Schlösser und Gutshäuser als Veranstaltungsstätten gewonnen werden. Inzwischen werden auch Kirchen und andere besondere Bauten genutzt. Das Festival Mecklenburg-Vorpommern ist nicht direkt mit der Landwirtschaft verknüpft, hat aber einen positiven Image-Faktor für den ländlichen Raum als Ganzes. Schlossparks, Dorfensembles und die schöne Umgebung bilden eine wichtige Kulisse für das Festival. Viele Festivalgäste verbinden ihren Aufenthalt mit weiteren touristischen Aktivitäten. Die Kulissenfunktion des ländlichen Raumes spielt auch für andere die Schlösser und Gärten des Landes eine wichtige Rolle. Sie bilden eigene Attraktionen und dienen den regionalen Tourismus Anbietern als Alleinstellungsmerkmale.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume



Karte 41: Milch- und Käsestraße Mecklenburg-Vorpommern

Aus: http://www.hofkaese.de/milchundkaesestrassen/mecklenburg_vorpommern (2016-04-10)



Karte 42: Spielstätten des Mecklenburg-Vorpommern Festivals 2016. Aus: *Fein 2016*, S. 12.

Genannt seien Schloss Basedow, Burg Schlitz, die romantische Burgruine Landskron, Schloss Gelbensande mit seiner besonderen deutsch-russischen Geschichte, die Schlösser Schlemmin, Kittendorf, Groß Plasten und viele andere.

Der Landschaftspflegeverband Mecklenburger Agrarkultur hat einige Güter zum „Mecklenburger Parkland“ zusammengeschlossen. Diese Initiative kommt in ihrer Schwerpunktsetzung von Landschaftspflege, Schlosshotels, Reit- und Wandertourismus den erwähnten südeinglichen Vorbildern am nächsten.

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume

Die Verbindung von ländlichen Handwerk, Landwirtschaft, Kunst und Tourismus hat sich der Unternehmerverein MiLaN (= „Mit Lust an der Natur“) auf die Fahnen geschrieben. Das Netzwerk im Tollense-Tal verbindet die Erzeugung und Vermarktung regionaler Produkte und Kunsthandwerk mit besonderen, lokal angepassten Übernachtungs- und Tourismusangeboten. Es ist mittlerweile nicht nur deutschlandweit, sondern auch im Ausland bekannt.

Eines der größten Events in Vorpommern ist „Kunst offen“. 258 Künstler öffneten zu Pfingsten 2016 ihre Werkstätten und Ateliers. Die Idee der Künstlerkolonie hat sich in fast alle Regionen des Landes ausgebreitet. Inzwischen beteiligen sich die anderen Regionen des Landes ebenfalls an „Kunst offen“. Der Erfolg von „Kunst offen“ hat dazu beigetragen, dass es ein „Tag der offenen Gärten“ in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet wurde. Daran beteiligen sich nicht nur größere Schloss- und Gutsparks, sondern auch private Personen in den Dörfern und Städten.

Die Vernetzung all dieser Initiativen ist keineswegs einfach. Einen Versuch stellt die „Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern“ dar (Karte 46, S. 410). Allerdings sind bisher nur 36 Parks und Gärten aufgenommen. In der Karte fehlen einige Gärten, so beispielsweise der Schlosspark von Putbus, der Botanische Garten und das Arboretum der Universität Greifswald.

Tab. 57: „Offene Gärten“ in Mecklenburg-Vorpommern, Bearbeitungsstand 08.03.2016

Landkreis/Stadtkreis	Anzahl der beteiligten Gärten
Ludwigslust-Parchim	29
Stadt Rostock	26
Mecklenburgische Seenplatte	23
Vorpommern-Rügen	16
Vorpommern-Greifswald	16
Nordwestmecklenburg	16
Stadt Schwerin	1

Aus: <http://www.offene-gaerten-in-mv.de/garten-termine-2016/gaerten-nach-landkreisen.html> (2016-03-08)

Gestört werden die Synergien durch die Agrarindustrie. Radler möchten im Urlaub nicht durch Mais-schluchten fahren. Die Gäste des Festivals Mecklenburg-Vorpommern wünschen keinen Gülle-Gestank. Familienväter möchten ihren Kindern nicht erklären müssen, warum Schweine und Rinder in Viehtransporten gepfercht werden, wo doch eigentlich im Lande so viel Raum ist.

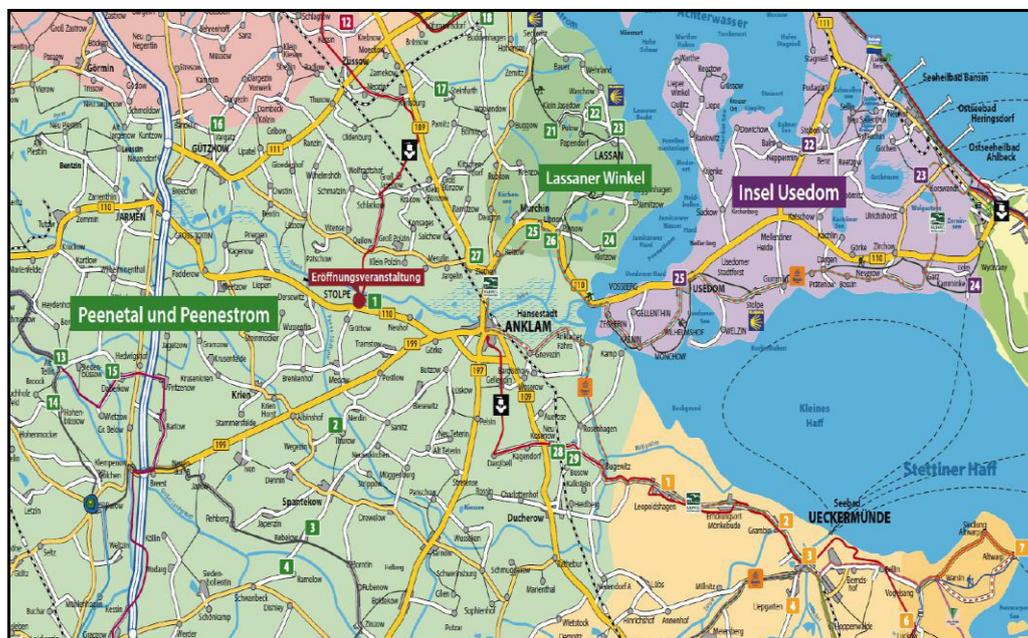
Die derzeitige Raumplanung nimmt jedoch auf touristische Belange dieser Art wenig Rücksicht. Die räumliche Verteilung von Großviehanlagen in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Karte 24, S. 209) lässt keine Ansiedlungsstrategie erkennen: Bedeutsame räumliche Entwicklungsachsen, die für Tourismus, hochwertiges Wohnen und andere kapitalintensive Wirtschaftssektoren attraktiv sind (z. B. Achse Schwerin-Rostock), wurden ebenso mit Großviehanlagen besetzt, wie die ökologisch wertvollen Randlagen der teilweise naturbelassenen Flusstäler, z. B. Alt Tellin am Tollense-Tal. Der volkwirtschaftliche Schaden, der der Region durch eine derartige Allokation entsteht, ist um ein Mehrfaches größer als der betriebswirtschaftliche Nutzen solcher Anlagen. Solche Fehlentwicklungen können nur vermieden werden, wenn für agrarindustrielle Investitionen zwingend Raumordnungsverfahren vorgeschrieben werden

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume



Karte 43: Mecklenburger Parkland

Aus: http://www.plmo.de/files/downloads/Land_der_Traeume.pdf (2016-04-30)



Karte 44: Ateliers und Kunstwerkstätten in der Peene-Region nach „Kunst offen –Vorpommern 2016“

Aus: http://www.vorpommern.de/fileadmin/documents/kunst_offen/TVV-KunstOffen-2016-Web-gesamt.pdf (2016-04-12)

14. Entwicklungsmöglichkeiten für Landwirtschaft und ländliche Räume



Karte 46: Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern 2015

http://mvp.gartennetz-deutschland.de/images/stories/file/GR-faltkarte%202015_klein.pdf (2015-12-27)

15. RESUMÉ IN THESEN

1. Trotz relativ guter Rahmenbedingungen und guter Böden ist die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns der einzige Wirtschaftsbereich im Land, dessen Bruttowertschöpfung sich in den letzten 20 Jahren nicht positiv entwickelt hat.
2. Der Agrarsektor Mecklenburg-Vorpommerns stagniert auf niedrigem Niveau und liegt mit einer Flächenproduktivität von nur 613 €/ha um 31,7 % unter dem deutschen Durchschnitt. Eine der wichtigsten Ursachen dafür sind die auf billige Massenproduktion spezialisierten Großbetriebe.
3. Die agrarischen Großbetriebe Mecklenburg-Vorpommerns sind im gesamtdeutschen Vergleich keineswegs so wettbewerbsfähig, wie es vielfach dargestellt wird. Eher besteht Grund zu der Annahme, dass sie mit Überproduktion und Dumping-Preisen den Markt stören und die Wettbewerbsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns schmälern. Aus regionalwirtschaftlicher Sicht bilden sie einen Niedriglohnsektor und eine Wachstumsbremse für effektivere Nutzungen wie Tourismus oder hochwertiges Wohnen.
4. Die starke Position der Großbetriebe wirkt sich nicht nur wettbewerbsverzerrend auf das Portfolio landwirtschaftlicher Produkte und Preise, sondern auch auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt aus. Vor allem die Kaufpreise für große Flächen erscheinen im Vergleich zu anderen Bundesländern spekulativ überhöht.
5. Der Bodenmarkt wird außerdem durch den nicht unerheblichen Erwerb von Gesellschafts- und Genossenschaftsanteilen durch agrarische oder landwirtschaftsferne Investoren beeinflusst. In einigen Landesteilen ist die mit Anteilserwerb an andere Besitzer übergegangene Fläche größer als die verkaufte Fläche.
6. Außerdem verzerrt die starke Position der Großbetriebe den Tier- und den Fleischmarkt. Die geteilten Verantwortlichkeiten in Unternehmensgesellschaften gestatten es, Belange des Tierwohls zugunsten vermeintlicher Kosteneinsparung so weit zu vernachlässigen, dass Höfe, die ihre Tiere artgerecht betreuen, aus dem Markt gedrängt werden.
7. Mecklenburg-Vorpommern bekommt, bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche, ähnlich hohe Subventionen wie andere Bundesländer. Doch die Subventionseffektivität ist mit nur 2,63 € Wertschöpfung je 1 € Flächenprämie die zweitniedrigste (vor Sachsen-Anhalt) in Deutschland.
8. Eine der Ursachen für die niedrige Flächenproduktivität ist die mangelhafte Flexibilität der Großbetriebe in Hinblick auf Marktsignale. Während kleinere Betriebe sich in ihrer Produktionsausrichtung relativ schnell umstellen können oder Einkommenskombinationen ergänzend einsetzen, versuchen Großbetriebe, Umstellungen zu vermeiden oder so lange wie möglich hinauszuschieben.
9. Besonders groß ist der Nachholbedarf Mecklenburg-Vorpommerns bei der Erzeugung hochwertiger Nahrungsmittel, ökologischer Produkte und der Nutzung von Einkommenskombinationen.
10. Die Gewinne je Unternehmen in der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns gehören zu den höchsten in Deutschland. Sie sind nicht zuletzt Folge überhöhter Subventionierung und besonderer, weitgehend unverdienter Privilegierung der Agrarindustrie.
11. Angesichts des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch aus der Sicht des Umwelt- und Naturschutzes stellen die agrarindustriellen Strukturen in den meisten Regionen des Landes eine kostenträchtige Belastung und Fehlnutzung dar.

12. Die agrarindustriell dominierte Produktion, die Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe durch Bodenspekulation und Preisdumping der Agrarindustrie verursachen in Mecklenburg-Vorpommern regionalwirtschaftliche Schäden in Höhe von mindestens 250 Millionen € jährlich.
13. In jenen 250 Millionen € sind die Schäden durch multiresistente Erreger, die Kosten erhöhter Tierseuchengefahr, massenhafter Tierquälerei, Verunreinigung der Böden und Gewässer durch Überdüngung, des übermäßigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und anderer Zusatzstoffe nicht enthalten.
14. Somit ist davon auszugehen, dass 2015 die privatwirtschaftlichen Gewinne der Agrarindustrie von den durch sie hervorgerufenen volks- und regionalwirtschaftlichen Schädigungen, durch ökologische und medizinische Beeinträchtigten weit übertroffen wurden.
15. Vor dem Hintergrund dieser Befunde ist es dringend notwendig, das Monitoring und die Instrumente zur Kontrolle agrarindustrieller Betriebe zu verbessern und diese Aufgaben einer Bundes- oder EU-Einrichtung zu übertragen.
16. Agrarindustrie muss definitorisch von der übrigen Landwirtschaft getrennt werden.
17. Alle agrarindustriellen Unternehmen müssen einem regelmäßigen Betriebsgenehmigungsverfahren unterzogen werden, das von der o.g. Bundesbehörde geleistet werden muss.
18. Subventionierung und Privilegierung der Agrarindustrie müssen abgebaut werden.
19. Ein immer größerer Teil Mecklenburg-Vorpommerns wurde in touristische, Wohn- und Freizeitaktivitäten einbezogen. In vielen Regionen hat der stagnierende Agrarsektor seine Rolle als stärkster Wirtschaftsfaktor an den Tourismus, an das Wohnungswesen oder an andere Bereiche verloren.
20. Im Gegensatz zur Agrarindustrie kooperieren viele kleine und mittlere Betriebe mit dem Tourismus und anderen Branchen. Kunst, Literatur und Musik nutzen ländliche Räume erfolgreich als Kulissen für ihre Aktivitäten.
21. Diese zukunftssträchtigen Synergien sollen unter dem Leitbild „Garten der Metropolen“ ausgebaut werden.
22. „Garten der Metropolen“ verbindet eine regional effektive Landwirtschaft mit einem hohen Wohn-, Freizeit- und Erholungswert für die Bewohner der Agglomerationen.
23. Eine derartige überwiegend klein- und mittelbetrieblich strukturierte Landwirtschaft kann mit der Erzeugung hochwertiger, ökologisch einwandfreier Produkte die Nachfrage der eigenen Bevölkerung und der Metropolen bedienen und mit einem regional angepassten Produktions- und Dienstleistungssektor zusammen arbeiten.
24. Die EU-Kommission muss wettbewerbswidrige Aktivitäten bekämpfen. Das bedeutet, dass kein Mitgliedsstaat eine gesamte Branche subventionieren darf. Es ist nur erlaubt, innovative kleine und mittlere Unternehmen beim Markteintritt zu fördern oder Marktasymmetrien zu korrigieren. Diese Regelung muss auch auf die Landwirtschaft angewandt werden. Es ist sinnvoll, wenn die Kommission junge kleinere und mittlere Landwirte begünstigt. Es ist jedoch destruktiv für die Märkte, wenn ein EU-Land wie Deutschland alle Agrarunternehmen, einschließlich der großen europaweit agierenden Konzerne, subventioniert.
25. Der hier umrissene Kurswechsel in der Agrarpolitik und in der Planung für Ländliche Räume sollte durch eine Enquete-Kommission des Landtags „Stärkung Ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern“ vertieft und mit Politik und Verwaltung umgesetzt werden.

16. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Angesichts des erheblichen Reformbedarfs bei Strukturen und Steuerungsmechanismen der Landwirtschaft sind in den letzten Jahren von verschiedener Seite Empfehlungen ausgesprochen worden. Beispielhaft seien in diesem Kontext genannt:

- Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ hat in ihrem Zwischenbericht 2014 und im Endbericht 2015 Vorschläge gemacht, aus denen die Agrarressortchefs der Länder einige als Empfehlungen aufgewertet haben (Vgl. *Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ 2014 und 2015*). Nur wenig davon wurde bisher verwirklicht.
- Das Bundesamt für Naturschutz hat im Rahmen seines Grünlandreports 2014 Forderungen zum Erhalt des Grünlandes aufgestellt.
- Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim BMEL hat 2015 ein Gutachten zur Nutztierhaltung vorgelegt, dem ein 33-seitiges Kapitel mit Empfehlungen angehängt ist (vgl. *Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL 2015, S. 303 bis 336*).
- Roloff hat Empfehlungen zur Stärkung des ökologischen Landbaus in Mecklenburg-Vorpommern entwickelt (vgl. *Roloff 2015, S. 63 ff.*).

Diese Vorschläge werden im Folgenden als bekannt vorausgesetzt.

Die im weiteren Text dargestellten Empfehlungen verfolgen vorrangig das Ziel, den Entwicklungs- und Flächenproduktivitätsrückstand der Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns den anderen Bundesländern gegenüber auszugleichen und die Umwelt- und Gesundheitsschädigungen abzubauen. Die Gliederung entspricht den 6 Handlungsblöcken des Leitbilds „Garten der Metropolen“, das in Abb. 308 (S. 404) dargestellt ist. Die Verweise zu den Begründungen der Empfehlungen sind mit (vgl. S. xyz) gesetzt.

16.1 NEUES MONITORING FÜR DEN AGRARSEKTOR UND FÜR LÄNDLICHE RÄUME

- Die Statistik zur Erfassung agrarischer Aktivitäten muss angesichts der fortschreitenden Betriebskonzentration um mehrere Größenklassen erweitert werden. Beispielsweise ist derzeit die Betriebsgrößenklasse mit LNF über 1000 ha die nach oben letzte. Sie muss wie in den 90-er Jahren des letzten Jahrhunderts weiter untergliedert werden (1000 – 2000 ha, 2000 – 3000 ha usw.) (vgl. S. 161 – 184).
- In ähnlicher Weise muss die Gliederung zur Erfassung der Tierbestände erweitert werden, vor allem bei Schweinen und Geflügel (vgl. S. 209 – 219).
- Beim Monitoring müssen Produktion und Rahmendaten der Großbetriebe von der übrigen Landwirtschaft getrennt werden (vgl. Abschnitt 16.3). Außerdem sollte in den Produktionsdaten die ökologische Erzeugung getrennt ausgewiesen werden (vgl. S. 322 – 334, 373 – 392).
- Ein Boden- und Gewässerzustandsbericht muss angefertigt werden, auf dessen Basis bestimmte landwirtschaftliche Aktivitäten genehmigt bzw. verboten werden (vgl. S. 43 – 64).

16. Handlungsempfehlungen

- Das könnte im Rahmen des seit über 20 Jahren nicht fertig gestellten Bodenschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommern geschehen. Von seinen drei Teilen ist bisher nur der erste Teil 2002 (Bodenbericht) erschienen. Der Bodenbericht muss bereits aktualisiert werden.
- Es muss ein neuer Landesumweltbericht erstellt werden. Der letzte ist 1998 erschienen.
- Mecklenburg-Vorpommern hat aufgrund seiner Budget-Schwäche eine im Vergleich zu anderen Bundesländern unvollständige Landesverwaltung. Daher muss besonders im Monitoring und Controlling mit anderen Bundesländern Ost- und Nordwestdeutschlands stärker zusammen gearbeitet werden (vgl. S. 86 -91).
- Um die Bürokratie für landwirtschaftliche Betriebe zu vereinfachen, sollte eine Monitoring-Behörde eingerichtet werden, die die Auflagen aus Wasser-, Boden-, Naturschutzrecht, die Verteilung von Pflanzenschutzmitteln, Tiermedikamenten und Futterzusatzstoffen, Gärresten, Gülle, Kunstdünger und anderer Schadstoffe, Emissionen u. ä. aufnimmt und auf dieser Basis Betriebsgenehmigungen erteilt und die Zuteilung der Agrarsubventionen vornimmt.
- Für agrarindustrielle Unternehmen muss das o. g. Monitoring aufgrund der überregionalen Verflechtung und der juristischen Stärke der Unternehmen von einer Bundes- oder EU-Einrichtung getragen und kontrolliert werden. Die Besitz- und Pachtstrukturen sind ebenfalls zu erfassen. Das Schadstoffmanagement und das ökonomische Monitoring in der Agrarindustrie müssen denen anderer Industriebereiche angepasst werden (vgl. S. 322 – 334).
- Das bedeutet unter anderem, dass für die Arbeit mit Pharmaka, chemischen Pflanzenschutzmitteln und Futterzusatzstoffen Fachkräfte einzustellen sind, die an Landwirtschaftsschulen, in der Chemie oder in der Pharmazie entsprechend ausgebildet sind (vgl. S. 335 – 350).
- Soziale und wirtschaftliche Indikatoren müssen für ländliche Räume und Gemeinden ähnlich exakt und ausführlich dargestellt und veröffentlicht werden wie für städtische. Interessante Beispiele sind die statistischen Kommunalprofile in Schweden, Nordrhein-Westfalen oder Bayern (vgl. S. 80 – 88).
- Wie in einigen anderen Ländern Europas auch müssen Zweit- und Drittwohnsitze systematisch erfasst werden (vgl. S. 395 – 397).
- Ein neuer Raumordnungs- oder Landesentwicklungsbericht muss erstellt werden, damit den Unternehmen, der Bevölkerung, aber vor allem der Regierung des Landes klar wird, wo das Land ökonomisch und sozial eigentlich steht. Der letzte Bericht dieser Art – und bisher der einzige in diesem Land überhaupt - ist 1995 erschienen

16.2 NEUE PLANERISCHE UNTERGLIEDERUNG LÄNDLICHER RÄUME

- Angesichts der starken Zuwanderung und des Bevölkerungswachstums benötigt Mecklenburg-Vorpommern in Zukunft keine Schrumpfungs- (wie im LEP-Entwurf 2016), sondern Wachstumsstrategien (vgl. S. 103 – 117).
- Der ländliche Raum als Planungskategorie muss weiter differenziert werden, und zwar in:
 - Ländlicher Raum mit starker Wirtschaftsbasis (Tourismus),
 - Ländlicher Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen,
 - Landstädte,
 - dünn besiedelter Ländlicher Raum.

16. Handlungsempfehlungen

- Da die Tourismusräume an der Ostsee, die größeren Städte und ihr Umland bereits stark genutzt werden, muss das Wachstum vor allem in ländliche Räume entlang überregionaler Verkehrsachsen, in Landstädte und in dünn besiedelte ländliche Räume gelenkt werden.
- Hochwertiger Tourismus und hochwertiges, naturnahes Wohnen als Wachstumschancen für ländliche Räume sind mit agrarindustriellen Nutzungen unvereinbar. Angesichts der Tatsache, dass der stagnierende Agrarsektor in vielen Regionen als Störfaktor und Wachstumsbremse auftritt, müssen die im Landesraumentwicklungsprogramm dargestellten großräumigen Überschneidungen zwischen den Vorbehaltsgebieten Tourismus, Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege reduziert und entzerrt werden. Das muss in den Neufassungen der Regionalen Raumentwicklungsprogramme umgesetzt werden (vgl. S. 395 – 403).
- Für die einzelnen Raumkategorien müssen flächenbezogene Richtwerte der Mindestversorgung mit Schulen, Gesundheits- und Kultureinrichtungen festgelegt werden. Für die Schul- und Gesundheitsinfrastruktur müssen bundesweit Richtwerte erfüllt werden, die sich aus Art. 3 GG (Absicherung der Menschenrechte), nicht nur aus der relativ „weichen“ Auflage der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse (Art. 72 GG) ableiten. Die derzeitige räumliche Überzentralisierung ist abzubauen (S. 142 – 146).
- In Ländlichen Räumen mit starker Wirtschaftsbasis muss die Zweitwohnsitzentwicklung gebremst und gesteuert werden.
- Im Ländlichen Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen sind die wichtigsten Entwicklungsräume für die Zukunft. Sie bieten erschwinglichen Wohnraum. Wenn man dort wohnt, kann man sowohl die Ostsee-Strände als auch die Agglomerationen Berlin, Hamburg, Szczecin und Rostock in 1 bis 2 Stunden erreichen. Im Ländlichen Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen, in Landstädten und im dünn besiedelten Ländlichen Raum sollten bestehende Ortskerne Wohnbrachen für Zweitwohnsitznehmer begünstigt werden (vgl. Kap. 16.5).
- Die ländlichen Räume mit starker Wirtschaftsbasis, diejenigen entlang überregionaler Verkehrsachsen und die Landstädte sollen von agrarindustriellen Anlagen frei gehalten werden.
- Die oben genannten Probleme, einschließlich der Konfrontation von Agrarindustrie und Tourismus, enthalten angesichts der Stärke dieser beiden Sektoren im östlichen Landesteil weit mehr Konfliktstoff als im westlichen Landesteil, der über mehrere hoch entwickelte wirtschaftliche Standbeine verfügt. Daher ist es notwendig, wie bereits 2003 vorgeschlagen, für den östlichen Landesteil (Vorpommern und Mecklenburgische Seenplatte) ein eigenes Landesentwicklungszentrum oder Amt für regionale Landesentwicklung einzurichten, das u. a. die Aufgabe erhält, den sozioökonomischen Rückstand der östlichen Landesteile dem Westen gegenüber auszugleichen (vgl. S. 125 – 130).

16.3 TRENNUNG VON LANDWIRTSCHAFT UND AGRARINDUSTRIE

- Europaweit muss definiert werden, wer als ortsansässiger Landwirt gilt, und welche Mindestausbildung dafür notwendig ist. (vgl. S. 24 – 27)
- Alle landwirtschaftlichen Betriebe müssen von jeweils einem dauerhaft beschäftigten, professionellen, ortsansässigen Landwirt in persönlicher Verantwortung geführt werden. Bei der

16. Handlungsempfehlungen

Zuordnung müssen die teilsektoralen Ausbildungsprofile berücksichtigt werden. Ein Florist darf beispielsweise keinen Viehzuchtbetrieb leiten. Ortsansässigkeit ist anzunehmen, wenn zwischen Erstwohnsitz des Landwirts und seinem Betrieb weniger als 1 Stunde Pendelentfernung (in der Ebene 30 bis 50 km) besteht. Großbetriebe müssen von entsprechend mehreren Landwirten geleitet werden, vor allem dann, wenn sie über mehrere weit auseinanderliegende landwirtschaftliche Nutzflächen oder Betriebsteile verfügen (vgl. S. 24 – 27, 281 – 287).

- Vor dem Hintergrund des europäischen Wettbewerbsrechts und der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist es nicht zulässig, einen gesamten Wirtschaftszweig einschließlich großer und übergroßer Konzerne zu fördern. Die Förderung muss – wie für andere Branchen auch – auf innovative kleine und mittlere Betriebe sowie auf die Gründung neuer Bauernhöfe beschränkt werden.
- Die heutige ungünstige Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht natürlich gewachsen, sondern durch besondere politische Rahmenbedingungen begünstigt worden. Die Probleme, die daraus entstanden sind, wie die Dominanz großer Betriebe, der Verlust von Arbeitsplätzen, Wertschöpfung und Biodiversität oder die Spekulation mit Bodenpreisen können durch ein entsprechendes Agrarstrukturgesetz eingedämmt werden (vgl. S. 326 – 333).
- Der unter der Drucksachenummer 6/5309 (<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/dokument/37708/gesetz-zur-sicherung-und-verbesserung-der-agrarstruktur-in-mecklenburg-vorpommern-agrarstrukturgesetz-m-v-.pdf>; 2016-05-05) in den Landtag eingebrachte Entwurf bietet dafür eine geeignete Grundlage. Die Ziele eines solchen Agrarstrukturgesetzes sind die Sicherung der Vielfalt landwirtschaftlicher Unternehmen und der Wertschöpfung im ländlichen Raum, die Beschränkung der Aktivitäten außerlandwirtschaftlicher Investoren und damit auch die Begrenzung der Bodenpreissteigerung. (vgl. S. 274 – 285)
- Beim Verkauf und bei der Verpachtung landwirtschaftlicher Flächen müssen zuerst kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe berücksichtigt werden. Die Lose und in Frage kommenden Grundstücke müssen parzelliert bis höchstens 20 ha Größe angeboten werden. Das muss auch für die Behörden und Einrichtungen der Gemeinden, des Landes und des Bundes gelten. Sofern sich keine bäuerlichen Interessenten für die Grundstücke finden, sollen sie von der Landgesellschaft erworben werden. Sie darf an agrarindustriellen Betrieben in höchstens mittelfristigen Verträgen bis zu 5 Jahren verpachten, wenn sich keine bäuerlichen Interessenten finden. Weitere Vorschläge sind im Entwurf zum Agrarstrukturgesetz Mecklenburg-Vorpommern (vgl. *Karłowski et al. 2016*) enthalten (vgl. S. 274 – 285).
- Der Betrieb agrarindustrieller Strukturen muss einer zeitlich begrenzten Genehmigung von 2 - 3 Jahren unterliegen. Die Betriebsgenehmigung sollte von der oben erwähnten Monitoring-Behörde erteilt werden, die anhand ihrer Daten den gesamten technischen, ökologischen und ökonomischen Wirkungsbereich der jeweiligen Anlage bewerten kann. Kommunale oder Landesbehörden sind erwiesenermaßen zu schwach dafür. Die Genehmigungsbehörde muss daher auf Bundesebene – wie das UBA – oder auf EU-Ebene angesiedelt sein (vgl. S. 310 – 333).
- Im Rahmen einer solchen Genehmigung ist auch zu prüfen, ob ein Betrieb der Landwirtschaft oder der Agrarindustrie zuzurechnen ist.

16. Handlungsempfehlungen

Für Agrarindustrie gelten folgende Kriterien:

- Filialisierte Unternehmensstrukturen mit mindestens einer regional marktbeherrschenden Position,
- Unternehmen oder Unternehmensteile, die nicht von jeweils einem orts- oder regionsansässigen Berufslandwirt dauerhaft geführt werden,
- Gruppen von Betrieben, die über Dauerverträge (länger als zwei Jahre) an Besitz-, Großabnehmer- und Lieferstrukturen der Ernährungswirtschaft gebunden sind – vor allem dann, wenn diese Betriebe direkt nebeneinander liegen („Regionalkartelle“),
- Viehanlagen mit mehr als 500 Rindern (GV),
und/oder mehr als 2000 Schweinen
oder mehr als 380 Sauen mit 3000 Ferkeln
und/oder mehr als 9000 Geflügeltieren, wobei die Besetzung einer Stallanlage 600 Tiere nicht überschreitet,
- Betriebe mit mehr als 500 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Agrarbetriebe, die eines der obigen Kriterien erfüllen, müssen daraufhin untersucht werden, ob sie noch zur Landwirtschaft zu zählen sind. Letzteres wäre dann der Fall, wenn Sie im Arbeitskräftebesatz 30% über dem ausrichtungsspezifischen gesamtdeutschen Mittelwert liegen und in sozial- bzw. regionalökonomisch bzw. -ökologisch bedeutsamen Bereichen wichtige Aufgaben erfüllen. (vgl. S. 322 – 333)

- Agrarindustrielle Betriebe müssen in den einschlägigen Gesetzeswerken, vor allem im Baugesetzbuch, von der übrigen Landwirtschaft getrennt werden.
- Für den Neubau und die Erweiterung agrarindustrieller Betriebe dürfen angesichts der von ihnen ausgehenden negativen Struktureffekte keine öffentlichen Investitions- und Kredithilfen vergeben werden.
- Neubau und Erweiterung agrarindustrieller Anlagen dürfen nur nach einem positiven Raumordnungsverfahren genehmigt werden.
- Agrarindustrielle Erzeugnisse müssen von landwirtschaftlichen getrennt werden. Für Fleisch aus agrarindustriellen Strukturen und Großschlachthöfen ist wegen der Seuchen- und MRE-Gefahr eine Kennzeichnungspflicht einzuführen. Eine weitere Kennzeichnungs-kategorie sollte für konventionell erzeugtes Fleisch aus normalen landwirtschaftlichen Betrieben und kleineren Schlachthöfen eingeführt werden. Die dritte Kategorie sollte konventionellem Fleisch aus regionaler landwirtschaftlicher Erzeugung und Verarbeitung vorbehalten sein. Ökologisch produziertes Fleisch sollte als vierte; ökologisch produziertes Fleisch aus regionaler Höfen und regionalen Öko-Schlachtereien (Hofschlachtereien) als fünfte Kategorie ausgezeichnet werden.
- Die Agrardieselerstattung muss für agrarindustrielle Betriebe, für den Nahrungs-, Futtermittel-, Viehtransport-, Gülle- und Gärresteverkehr ersatzlos gestrichen werden.
- Die Privilegien der agrarindustriellen Betriebe müssen abgebaut werden. Bei ökologischen, ökonomischen, sozialen und anderen Schädigungen muss auch für agrarindustrielle Betriebe das Verursacherprinzip gelten. Agrarindustrielle Betriebe müssen sich an den Kosten zur Be-

16. Handlungsempfehlungen

hebung von MRE-Folgen, Tierseuchen und zur Beseitigung der durch Pflanzenschutzmittel und Düngung erzeugten ökologischen und wirtschaftlichen Schäden beteiligen, etwa in Form von speziellen Versicherungen (vgl. S. 322 – 333).

- Der privilegierte Zugang agrarindustrieller Unternehmen zu landwirtschaftsexternem Kapital und entsprechend vergrößertem Kreditrahmen, zu Direktabnehmern in der Nahrungsmittelindustrie wird nicht zu verhindern sein. Die daraus folgenden Marktverzerrungen, sowie andere regional- und volkswirtschaftliche bzw. tiergesundheitsliche und ökologische Schädigungen agrarindustrieller Strukturen können gemindert werden, indem diese Unternehmen aus der flächenbezogenen Förderung herausgenommen und von Investitionsbeihilfen ausgeschlossen werden. Die auf diese Weise von der öffentlichen Hand eingesparten Beträge im dreistelligen Millionenbereich sollen für die weiter unten vorgeschlagenen Fördermaßnahmen genutzt werden. (Vgl. S. 322 – 325)
- Für agrarindustrielle Viehzuchtbetriebe, die in der Ebene näher als 8 km zusammen liegen, soll eine Dekonzentrationsabgabe eingeführt werden. Sie soll innerhalb von 5 Jahren auf mindestens 10 % des Standardoutputs ansteigen. In besonders gefährdeten Regionen, z.B. Flusstälern, kann der Richtwert von der Regional- und Landesplanung bis auf 15 km oder mehr angehoben werden. Aus der Dekonzentrationsabgabe sollen zweckbestimmte Maßnahmen finanziert werden, die die Lasten agrarindustrieller Wirkungen für die betroffene Bevölkerung, die Gemeinden und die Gesellschaft als Ganzes mindern, z. B. mit Anlagen zum Oberflächen- und Grundwasserschutz, Aufforstung am Standort der Anlagen, Bepflanzung entlang der Verkehrswege, Bildungs- und Startup-Maßnahmen der Sechsländerakademie (s. u.). u.a. Die Dekonzentrationsangabe fällt auch an, wenn durch mehrere Anlagen unterhalb der agrarindustriellen Richtwerte kumulierte Besatzzahlen in der Größe von mehr als zwei agrarindustriellen Anlagen überschritten werden. (vgl. S. 207 – 220)
- Auf die Agrarflächenkäufe und -pachtungen von Betrieben, die bereits mehr als 500 ha bewirtschaften, sollte ebenfalls eine Dekonzentrationsabgabe erhoben werden, und zwar für Betriebe von 500 bis 1000 ha in Höhe von 10%, für Betriebe von 1000 bis 1500 ha in Höhe von 15 %, für Betriebe von 1500 bis 2000 ha 20 %, für Betriebe von 2000 ha bis 2500 ha 25 % usw. auf den jeweiligen Kauf- oder Pachtpreis.
- Die Beschäftigten von agrarindustriellen Mastbetrieben, Großschlachthöfen und Großküchen sind regelmäßig auf MRE zu untersuchen. (vgl. S. 347 – 354)
- Medikamente, die für die Humanmedizin wichtige Antibiotikastämme enthalten, dürfen nicht an Tiere verabreicht werden. (vgl. S. 351 – 354)
- Für besonders gefährliche Pflanzenschutzmittel und Tierpharmaka könnte ein Gefahrenaufschlag auf den Preis erhoben werden. Diese Mittel könnten zur Beseitigung von medizinischen und ökologischen Schäden, die durch den Ge- oder Missbrauch dieser Stoffe entstanden sind, eingesetzt werden.

16.4 ABBAU DER RÄUMLICHEN ÜBERZENTRALISIERUNG, STÄRKUNG DER GEMEINDEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

- Die Gemeinden müssen finanziell und organisatorisch in die Lage versetzt werden, die Aufgaben der Kommunalverfassung selbständig zu erfüllen.
- Wie in den dünn besiedelten Regionen Nordeuropas sollte in Mecklenburg-Vorpommern das Gemeindeleitbild „Kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“ umgesetzt werden. Legt man dänische und schwedische Richtwerte zugrunde, wären solche Gemeinden etwa so groß wie die Altkreise vor der Gebietsreform von vor 1994. Während heute nur 8 Orte als kreisfreie oder Kreishauptstädte kommunale Dienstleistungen zumindest konzentriert an einem Ort anbieten können, wären es nach einer solchen Reform etwa 35. Ämter würden vollständig entfallen, Kreise würden sich auf Vernetzungs- und Koordinationsaufgaben beschränken. Die Amtsumlage würde vollständig, die Kreisumlage zu etwa 75 % entfallen. In Deutschland werden kommunale Dienstleistungen aus einer Hand von den kreisfreien Städten angeboten. In Bayern genießen auch Städte mit etwa 40.000 Einwohnern diesen Status. Die in Mecklenburg-Vorpommern angesetzten Grenzen für die Kreisfreiheit (über 90.000 Einw.) sind dysfunktional und für die Umsetzung des Leitbilds „Kommunale Dienstleistungen aus einer Hand“ völlig ungeeignet (vgl. S. 80 – 91, 134 – 146).
- Die Landgemeinden sollen durch ein Dorfkernentwicklungsprogramm gestärkt werden.
- Es ist absurd, dass in Mecklenburg-Vorpommern sterbende Landgemeinden über die Umverteilung mittels FAG prosperierende Städte unterstützen. Das FAG muss den realen Bedarfsverhältnissen angepasst werden (vgl. S. 80 – 91).
- Die Gemeinden sollen durch Angebote zur Entschuldung, zur Verbesserung der Bildungs-, Schienen-, Straßeninfrastruktur und Gesundheitsversorgung u. ä. zu territorial und organisatorisch sinnvollen Zusammenschlüssen motiviert werden. Der Schutz der Interessen kleinerer Orte kann durch Flächenbeiräte und andere Strukturen innerhalb der neuen Gemeinden gesichert werden.

16.5 STÄRKUNG DER BINDEGLIEDER ZWISCHEN REGIONAL EFFEKTIVER LANDWIRTSCHAFT, TOURISMUS, KUNST, KULTUR, SOZIALBEREICH UND WOHNEN

- Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns soll sich auf die Bedienung der Nachfrage der eigenen Bevölkerung, der Touristen und der nahegelegenen Metropolen Berlin und Hamburg konzentrieren (vgl. S. 221 – 232, 286 – 293).
- Der Anteil der nicht mehr städtisch- oder agglomerationsgebundenen Arbeitsplätze wird in Zukunft stark anwachsen. Immer mehr Erwerbstätige benötigen für ihre Arbeit nur noch einen Computer und schnelles Internet. Dabei ist unwichtig, ob der Laptop-Computer in die Großstadt, auf's Dorf oder an den Strand mitgenommen wird. Wie in Abschnitt 16.2 darge-

16. Handlungsempfehlungen

legt, sollen der Ländliche Raum entlang überregionaler Verkehrsachsen, die Landstädte und der dünn besiedelte Raum für den Zuzug von außen geöffnet werden, d.h. für Zuziehende aus den großen Städten, aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland (vgl. S. 136 – 146, 393 – 397).

- Die soziale, bildungs- und gesundheitsbezogene Infrastruktur in ländlichen Räumen muss entsprechend besonderer eigener Richtwerte umprogrammiert und umstrukturiert werden. Sie muss in die Lage versetzt werden, die eigene Bevölkerung, „Stadtflüchter“ mit ihren Familien und Touristen optimal zu bedienen (vgl. S. 136 – 146).
- Im Rahmen eines Dorfkern- und Landstadtprogramms sollen ländliches Wohnen, Kultur und Kunst zur Aufwertung ländlicher Siedlungen gefördert werden. So kann der Wohnwert für die eigene Bevölkerung und die Attraktivität für Zuziehende erhöht werden (S. 403 – 410).
- In ähnlicher Weise soll die kulturelle und oder wohnorientierte Nutzung leerstehender Schlösser und Gutsanlagen unterstützt werden.
- Vor dem Hintergrund der durch die Agrarindustrie verursachten niedrigen Wachstumszahlen in der Bruttowertschöpfung ist es volkswirtschaftliche Verschwendung, diesem Wirtschaftszweig (z. B. im neuen LEP M-V 2016) Vorbehaltsgebiete zuzuweisen, die von anderen Wirtschaftszweigen besser und effektiver in Wert gesetzt werden. Dazu gehören vor allem Tourismus, naturnahes Wohnen und Dienstleistungen für Senioren. In den regionalen Raumentwicklungsprogrammen müssen die Fehler des LEP M-V 2016, einschließlich der falschen Bevölkerungsprognosen und der daraus abgeleiteten Schrumpfungsideologie, korrigiert werden (vgl. S. 103 – 117, 405 – 410).
- Die Vorbehaltsgebiete Naturschutz und Landschaftspflege müssen so vergrößert werden, dass sie die Einzugsbereiche ihrer wichtigsten Zuflüsse mit umfassen. Außerdem können auf diese Weise die Kulissenfunktionen für die eigene Bevölkerung, Tourismus und hochwertiges Wohnen gestärkt werden (vgl. S. 66 – 76).
- Landwirtschaftliche Betriebe mit Einkommenskombinationen, die der Wohnbevölkerung und dem Tourismus zugutekommen, sollen besonders gefördert werden: Direktvermarktung, Fremdenverkehr, Beherbergung und Freizeitaktivitäten, Herstellung handwerklicher Erzeugnisse (vgl. S. 363 – 372).
- Um die Erosionsgefährdung zu senken, ist festzulegen, was eine förderfähige Ackerfläche sein soll. Ackerflächen müssen durch Busch- und an besonders gefährdeten Stellen durch Waldschutzstreifen voneinander, von Verkehrswegen und Siedlungen getrennt werden. In der Ebene soll die Größe einer zusammenhängenden Ackerfläche 12 ha nicht überschreiten. Größere Flächen können dann wieder gefördert werden, wenn sie durch Hecken oder Waldstreifen so geteilt sind, dass die daraus entstehenden Flächen kleiner als 12 ha sind (vgl. S. 56 – 64).
- In Mecklenburg-Vorpommern müssen Waldschutzstreifen angelegt werden. Abbildungen 309 und 310 zeigen ausgewachsene, wirbelsturmresistente Schutzstreifen. Es dauert mindestens 10 bis 25 Jahre nach der Anpflanzung, bis sie ihre Wirkung entfalten können. Bei Nadelbäumen (Abb. 310) ist dieser Zeitraum in der Regel länger. Kriterium für die heutigen Pflanzungen müsste also der durch die Klimaerwärmung erhöhte Bedarf im Jahre 2030 sein (vgl. S. 56 – 64).

16. Handlungsempfehlungen



Abb. 309:
Waldschutzstreifen an der Straße von Kemerovo nach Leninsk-Kuzneckij (Südsibirien)
Foto: H. Klüter



Abb. 310:
Waldschutzstreifen aus Nadelbäumen an der Straße von Čusovitino nach Borisovo (Südsibirien)
Foto: H. Klüter

- Auf Flächen in Landes- und Bundeseigentum sowie entlang wichtiger Verkehrswege sollte mit der Anlage von Waldschutzstreifen so schnell wie möglich begonnen werden. Dabei können bestehende Alleen integriert werden (vgl. S. 56 – 64).
- Der ökologische Landbau soll stärker gefördert werden. Für die Versorgung der Bevölkerung, der Touristen, für das Image des Landes und seiner Landwirtschaft ist er von größter Bedeutung (vgl. S. 221 – 232, 373 – 392).
- Der hier umrissene Kurswechsel in der Agrarpolitik und Planung für Ländliche Räume soll durch eine Enquete-Kommission des Landtags „Nachhaltige Entwicklung Ländlicher Räume in Mecklenburg-Vorpommern“ vertieft und mit Politik und Verwaltung umgesetzt werden.

16.6 NEUE AUSBILDUNGSINHALTE FÜR LANDWIRTSCHAFTSSCHULEN UND AUSBILDUNGSSTÄTTEN IN LÄNDLICHEN RÄUMEN

- Der Landwirtschaft fehlt in vielen Bereichen der Nachwuchs. Dieses Problem hängt nicht nur mit dem „schmutzigen“ Image der Agrarindustrie zusammen, sondern auch mit dem Fehlen attraktiver Bildungseinrichtungen. Zur Stärkung umweltgerechter Landwirtschaftsformen soll für Ostdeutschland eine Sechsländerakademie für den ökologischen Landbau und das Genossenschaftswesen eingerichtet werden. Ein einzelnes ostdeutsches Bundesland ist wahrscheinlich zu finanzschwach, um eine solche Akademie aufzubauen und zu unterhalten.
- Die Akademie soll die nicht pflichtschulmäßige Berufsausbildung und die berufliche Fortbildung des Berufsnachwuchses sowie die berufsbezogene Weiterbildung von in der Landwirtschaft Tätigen durchführen und die Betriebe in ihrer nachhaltigen Entwicklung durch Beratung unterstützen.
- Im Rahmen der Sechsländerakademie soll der besonderen Situation der Landwirtschaft in Ostdeutschland (Kapitalknappheit in den kleineren Betrieben, schwach entwickelte regionale Vermarktungsstrukturen, erdrückende großbetriebliche Konkurrenz, ausgedünnte Studien- und Bildungssysteme in ländlichen Räumen) durch entsprechende Bildungsprogramme Rechnung getragen werden. Dazu gehören unter anderem:
 - Regionale Nachfrage – regionales Angebot - regionale Kreisläufe,
 - Innovative klein- und mittelbetriebliche Agrarstrukturen als Rahmenbedingung für das Wachstum ländlicher Räume,
 - Nachhaltige Bodenbewirtschaftung,
 - Genossenschaften, genossenschaftliche Organisation der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,
 - Einkommenskombination,
 - Ökologisierung,
 - Marketing hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte (S. 287 – 392)
- Die Akademie soll das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, insbesondere auch als Start up-Struktur für Berufseinsteiger, Erzeugergemeinschaften, Erzeugerzusammenschlüsse zum Zweck regionaler Vermarktung fördern (vgl. S. 221 – 232, 393 - 405).
- Die Sechsländerakademie soll die Belange einer nachhaltigen Landwirtschaft und die herausragende Bedeutung der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur-, Tier- und Verbraucherschutz in die Gesellschaft vermitteln und in ihren Bildungsmaßnahmen an ihre Schüler weitergeben.
- Die Akademie soll landwirtschaftliche Betriebsneugründungen bzw. Betriebsübernahmen durch ihre Absolventen in den ersten 5 Jahren betreuen und unterstützen (vgl. S. 250 – 286).
- Das Land Mecklenburg-Vorpommern sollte die Sechsländerakademie fördern und durch ein effektives Jungbauern-Programm unterstützen.
- Mit Hilfe einer gemeinnützigen Stiftung könnte ein Bodenfonds für Junglandwirte aufgebaut werden. Dieser Fonds sollte seine Flächen an Junglandwirte zu besonders günstigen Konditionen verpachten.

LITERATURVERZEICHNIS

Das Datum nach der URL bezeichnet den Zeitpunkt des für diese Studie letzten Abrufs.

Abakumov, Boris A.; Babenko, Dmitrij K.; Bartenev, Ivan M. (1986): Zaščitnoe lesorazvedenie v SSSR. (Die Anlage von Schutzwäldern und Waldschutzstreifen in der UdSSR). Moskau: Agropromizdat.
<http://www.booksite.ru/fulltext/rusles/zashi/text.pdf> (2016-05-21)

Agentur für erneuerbare Energien (ed.) (2013): Potenzialatlas Bioenergie in den Bundesländern. Berlin.
<http://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/broschueren/potenzialatlas-bioenergie-in-denbundeslaendern>
(2015-10-12)

AgrarBündnis e.V. (ed.)(2016): Der kritische Agrarbericht 2016. Schwerpunkt: Wachstum. Konstanz, Hamm: Abl-Verlag.

Albrecht, Gertrud; Albrecht, Wolfgang (1996): Die Entwicklung der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Zwischenbemerkungen zum Transformationsprozess. In: Eckart, Klüter 1996, S. 37 – 52.

Allan, James et al. (2016): Factory Farming. Assessing investment risks. 2016 report. Farm Animal Investment Risk & Return. O. O.
http://www.fairr.org/wp-content/uploads/FAIRR_Report_Factory_Farming_Assessing_Investment_Risks.pdf
(2016-01-25)

Annen, Thomas (2008): Boden-Klima-Räume zur regionalen Gliederung der Testbetriebsergebnisse. In: Mitteilungen der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern, Heft 40, S. 135 – 138 .
http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content_downloads/Hefte/Heft_40/Heft_40.pdf (2015-10-31)

Annen, Thomas (2014): Wirtschaftsjahr 2013/14 mit überdurchschnittlichen Ergebnissen. Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei, Gülzow.
http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content_downloads/AN_Wirtschaftliche_Lage_der_Landwirtschaft_in_MV_2013-14.pdf (2015-08-11)

Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2013): Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder. Band 2. Indikatoren und Kennzahlen. Ausgabe 2013. Düsseldorf.
http://www.ugrdl.de/pdf/ugrdl_graf_2013.pdf (2014-07-04)

Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2014): Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder. Band 2. Indikatoren und Kennzahlen. Ausgabe 2014. Düsseldorf.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2015/Entw_Laenderhaushalte_bis-Dez._2015_vorl%C3%A4ufiges_Erg..pdf?__blob=publicationFile&v=1 (2016-01-31)

Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2015): Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder. Band 2. Indikatoren und Kennzahlen. Ausgabe 2015. Düsseldorf.
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Foederale_Finanzbeziehungen/Laenderhaushalte/2015/Entw_Laenderhaushalte_bis-Dez._2015_vorl%C3%A4ufiges_Erg..pdf?__blob=publicationFile&v=1 (2016-01-31)

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2014): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013. Reihe 1, Band 1. (Daten nach Revision 2011). Berechnungsstand: August 2013/Februar 2014. Stuttgart.

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2014): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1992 und 1994 bis 2012. Stuttgart.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/VGRderLaender/VGR_KreisergebnisseBand1.html (2014-09-12)

Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (ed.) (2015): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder Reihe 1, Länderergebnisse Band 1. Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung 2015.

Bahra, Hanne; Liebich, Angela (2013): Eine kulinarische Entdeckungsreise. Mecklenburg-Vorpommern. Neustadt a. d. Weinstraße: Neuer Umschau Buchverlag.

Balzer, Frederike; Schulz, Dietrich et al. (2015): Umweltbelastende Stoffeinträge aus der Landwirtschaft. Möglichkeiten und Maßnahmen zu ihrer Minderung in der konventionellen Landwirtschaft und im ökologischen Landbau. Dessau-Rosslau: Umweltbundesamt.
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/umweltbelastende_stoffeintraege_aus_der_landwirtschaft.pdf (2015-12-20)

Bayer, Walter; Kaufmann, Thomas (2012): Die Umwandlung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Land Brandenburg. Potsdam
http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/3_Gutachten%20Prof.%20Bayer%20Agrargeschichte%20Brandenburg%20nach%201989_90_Ausgabe_04.pdf (2013-10-05)

Bastian, Uwe (2003): Sozioökonomische Transformationen im ländlichen Raum der Neuen Bundesländer. Diss. Berlin 2003.
http://www.diss.fu-berlin.de/diss/receive/FUDISS_thesis_00000001171 (2010-02-19)

Behr, Hans-Christoph (2014): Bio-Umsatzentwicklung 2013. Bonn.
http://www.oekolandbau.de/fileadmin/redaktion/dokumente/service/Zahlen/20140211_AMI_Bio-Umsatz_2013.pdf (2014-03-10)

Beil, Thomas; Kröger, Jörg; Roloff, Burkhard (reds.): Aktionsprogramm Nachhaltige Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern 2015. Schwerin 2015.
<http://www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvmeckpomm/pdf/APnLW-Broschuere-komplett.web.pdf> (2015-03-17)

Bethkenhagen, Wolfgang; Lüdke, Werner; Wähl, Dietlinde (2006): 1705 – 2005. 300 Jahre Ferdinands-hof in Vorpommern. Festschrift. Friedland: Steffen.
<http://www.ferdinandshof.de/pictures/FestschriftFerdinandshof.pdf> (2016-01-03)

Billwitz, Konrad; Albrecht, Gertrud et al. (1995): Mecklenburg-Vorpommern. Das Land im Überblick. Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Band 1. Landeszentrale für politische Bildung. Schwerin.

Böttcher, Gerd et al. (2002): Bodenbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Phase 1 des Bodenschutzprogramms Mecklenburg-Vorpommern. LUNG, Güstrow
http://www.lung.mv-regierung.de/wasser_daten/Bodenbericht%20Mecklenburg-Vorpommern.htm (2015-12-22)

Booß, Christian (2011): Genossenschaftliche Betriebe im Bereich der Landwirtschaft, die nicht LPG waren. Enquete des Landtages Brandenburg Ek 5/1. Potsdam
http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/4_Gutachten%20Chr.%20Boo%C3%9F%20%20Genossenschaftliche%20Betriebe..._151211_Ausgabe%2004.pdf (2013-09-02)

Brandt, Holger (2015): Neue Förderperiode für Agrarinvestitionen – Landgesellschaft als kompetenter Dienstleister bereit. In: Landgesellschaft aktuell 2015. S. 58, 59.

Braun, Albert; Obenaus, Hans (eds.) (1992): Landesreport Mecklenburg-Vorpommern. Berlin, München: Verlag Die Wirtschaft.

Braun, Gerald et al. (2013): Atlas der Industrialisierung der Neuen Bundesländer. Rostock 2013.

Bundesagentur für Arbeit (2015): Der Arbeitsmarkt in Deutschland. Frauen und Männer am Arbeitsmarkt 2014. Nürnberg.
<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Personengruppen/generische-Publikationen/Frauen-Maenner-Arbeitsmarkt-2015-07.pdf> (2015-11-17)

Literaturverzeichnis

Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ (2014): Zwischenbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“. Berlin.

http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Bodenmarkt-Zwischenbericht-Bund-Laender-Arbeitsgruppe.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-20)

Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ (2015): Landwirtschaftliche Bodenmarktpolitik: Allgemeine Situation und Handlungsoptionen. Bericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Bodenmarktpolitik“ gemäß Beschluss der Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder vom 16. Januar 2014. Berlin.

http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/LaendlicheRaume/Bodenmarkt-Abschlussbericht-Bund-Laender-Arbeitsgruppe.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-20)

Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) (2014): Die Bio-Branche 2014. Zahlen, Daten, Fakten. Berlin.

http://www.boelw.de/uploads/media/pdf/Dokumentation/Zahlen__Daten__Fakten/ZDF_2014_BOELW_Web.pdf (2014-03-10)

Bundesagentur für Arbeit, Arbeit (2014): Arbeitsmarkt in Zahlen. Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008) Dezember 2013. Nürnberg.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201312/iii6/sozbe-monatsheft-wz/monatsheft-wz-d-0-pdf.pdf> (2015-09-17)

Bundesamt für Naturschutz (ed.)(2014): Grünland-Report. Alles im Grünen Bereich? Bonn.

https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/presse/2014/PK_Gruenlandpapier_30.06.2014_final_layout_barrierefrei.pdf (2015-07-07).

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (ed.)(2013): Ackerbauliches Ertragspotential der Böden in Deutschland 1 : 1.000.000. Hannover.

http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Boden/Produkte/Karten/Downloads/karte_AckerbaulichesErtragspotential_A0.pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (2015-09-22)

Bundesinstitut für Risikobewertung (ed.)(2015): Antibiotikaresistenz in der Lebensmittelkette. BfR-Symposium, 2.-3.November 2015. Berlin.

<http://www.bfr.bund.de/cm/343/bfr-symposium-antibiotikaresistenz-in-der-lebensmittelkette-abstracts.pdf> (2016-02-14)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ed.)(BMELV 2012): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2012. Münster-Hiltrup.

<http://berichte.bmelv-statistik.de/SJB-0002012-2012.pdf> (2014-03-12)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ed.) (BMELV 2013): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2013. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (ed.)(2014): Ökologischer Landbau in Deutschland. Stand Januar 2014. Berlin 2014.

http://www.bmelv.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/OekologischerLandbau/OekolandbauDeutschland.pdf?__blob=publicationFile (2014-03-10)

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (ed.)(BMEL 2015): Agrarpolitischer Bericht der Bundesregierung 2015. Berlin.

http://www.bmelv-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/DFB-0010010-2015.pdf (2015-11-11)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.)(BMEL 2015): Umsetzung der EU-Agrarreform in Deutschland. Ausgabe 2015. Bonn.

http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/UmsetzungGAPinD.pdf?__blob=publicationFile (2016-01-22)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.)(BMEL 2015): Ökologischer Landbau in Deutschland. Stand: Juli 2015.

Literaturverzeichnis

http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Landwirtschaft/OekologischerLandbau/OekolandbauDeutschland.pdf?__blob=publicationFile (2016-02-25)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.) (BMEL 2015): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 2015. Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag.

<http://www.bmelv-statistik.de/de/statistisches-jahrbuch/> (2016-02-18)

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft (ed.) (BMEL 2015): Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Wirtschaftsjahr 2014/15. Bonn.

http://www.bmelv-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/BFB-0111101-2015.pdf (2016-02-18)

BVVG (ed.) (2015): Geschäftsbericht 2014. Berlin.

[https://www.bvvg.de/INTERNET/internet.nsf/HTMLST/dPDFGeschBericht/\\$File/BVVG%20GB%202014-Doppelseiten.pdf](https://www.bvvg.de/INTERNET/internet.nsf/HTMLST/dPDFGeschBericht/$File/BVVG%20GB%202014-Doppelseiten.pdf) (2016-02-05)

Casey, Joan A. et al. (2013): High-density livestock operations, crop field application of manure, and risk of community-associated methicillin-resistant staphylococcus aureus infection in Pennsylvania. In: JAMA Internal Medicine 2013; 173 (21). S. 1980 -1990.

<http://archinte.jamanetwork.com/article.aspx?articleid=1738717> (2016-04-04)

Conrad, Johannes (1888): Agrarstatistische Untersuchungen. Die Latifundien im preußischen Osten. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 50. S. 121 - 170.

Chemnitz, Christine; Benning, Reinhild (2013): Fleischatlas. Berlin.

<http://www.boell.de/sites/default/files/fleischatlas.pdf> (2014-03-06)

Chemnitz, Christine; Weigelt, Jes et al. (2015): Bodenatlas. Daten und Fakten über Acker, Land und Erde. Berlin.

https://www.boell.de/sites/default/files/bodenatlas2015_iv.pdf (2015-12-04).

Chemnitz, Christine et al. (2016): Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Deutschland regional. Berlin.

https://www.boell.de/sites/default/files/2016_fleischatlas_regional.pdf (2016-01-14)

Deutsches Biomasse-Forschungszentrum (DBFZ) (ed.) (2010): Globale und räumliche Verteilung von Biomassepotenzialen. Status Quo und Möglichkeit der Präzisierung.

[http://www.unendlich-viel-](http://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/255.DBFZ_ZALF_DLR_VTI_Globale_Regionale_Biomassepotenziale_mar10.pdf)

[energie.de/media/file/255.DBFZ_ZALF_DLR_VTI_Globale_Regionale_Biomassepotenziale_mar10.pdf](http://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/255.DBFZ_ZALF_DLR_VTI_Globale_Regionale_Biomassepotenziale_mar10.pdf) (2015-11-29)

Deutscher Bauernbund (ed.; 2013): Agrarbericht Neue Länder. Quedlinburg.

<http://www.bauernbund.de/images/bauernbund/pdf/Agrarbericht%202013.pdf> (2015-07-14)

Deutscher Bauernverband (ed.) (2015): Situationsbericht 2015/16. Trends und Fakten zur Landwirtschaft. Berlin.

<http://www.bauernverband.de/11-wirtschaftliche-bedeutung-des-agrarsektors-664030> (2016-01-04)

Deutscher Wetterdienst (ed.) (2015): Deutscher Klimaatlas. Kiel.

http://www.dwd.de/DE/klimaumwelt/klimaatlas/klimaatlas_node.html (2015-12-27)

Dünel, Frieder; Herbst, Michael; Schlegel, Thomas (eds.) (2014): Think rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Eckart, Karl; Klüter, Helmut (eds.) (1996): Aktuelle sozialökonomische Strukturen, Probleme und Entwicklungsprozesse in Mecklenburg-Vorpommern. Berlin: Duncker & Humblot.

Eckermann, Frauke (2014): Die Umweltwirtschaft in Deutschland. Dessau-Rosslau 2014.

http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/hgp_umweltwirtschaft_in_deutschland.pdf (2014-03-06)

EFRE, ESF und ELER (ed.) (2015) =

Gemeinsame Verwaltungsbehörde – Verwaltungsbehörde für den EFRE, ESF und ELER (ed.): Zwischenbericht 2014 gem. Art. 82 der VO (EG) Nr. 1698/2005 zum Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007 – 2013. Schwerin, Hannover.

[http://www.europa-](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf)

[mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf)

[2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf) (2015-12-03)

European Centre for Disease Prevention and Control – ECDC (ed.) (2015): Surveillance report. Antimicrobial resistance surveillance in Europe 2014. Solna .

<http://ecdc.europa.eu/en/publications/Publications/antimicrobial-resistance-europe-2014.pdf> (2016-04-16).

Fein, Markus (ed.) (2016): Festspiele Mecklenburg-Vorpommern. Festspielsommer 17.06. – 17.09.2016. Schwerin.

Forschungsgruppe Agrar- und Regionalentwicklung Triesdorf, ECOZEPT GbR (2013): Evaluation des Ökologischen Landbaus in Bayern. Abschlussbericht im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Weidenbach-Triesdorf, Freising.

https://www.stmelf.bayern.de/mam/cms01/landwirtschaft/dateien/abschlussbericht_oekolandbau_mit_zusammenfassung.pdf (2016-01-02)

Forstner, Bernhard; Arkenstette, Teresa (2014): Fakten zum Agrarstrukturwandel in der norddeutschen Landwirtschaft. Thünen-Institut für Betriebswirtschaft. Vortrag am 30.01.2014, Neumünster.

[http://www.lbv-net.de/fileadmin/user_upload/ZJT-](http://www.lbv-net.de/fileadmin/user_upload/ZJT-Referenten/2014/Fakten_zum_Strukturwandel_in_der_norddeutschen_Landwirtschaft.pdf)

[Referenten/2014/Fakten_zum_Strukturwandel_in_der_norddeutschen_Landwirtschaft.pdf](http://www.lbv-net.de/fileadmin/user_upload/ZJT-Referenten/2014/Fakten_zum_Strukturwandel_in_der_norddeutschen_Landwirtschaft.pdf) (2015-12-27)

Forstner, Bernhard; Tietz, Andreas; Klare, Klaus; Kleinhanß, Werner; Weingarten, Peter (2011): Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland. Zweite aktualisierte Fassung. Johann Heinrich von Thünen-Institut. Sonderheft 352.

http://www.ti.bund.de/fileadmin/dam_uploads/oTI/Publikationen/Thuenen%20Report/lbf_sh352-neu.pdf (2014-04-12)

Friedrich-Loeffler-Institut. Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit (ed.) (2014): Tiergesundheitsjahresbericht 2012. Greifswald Insel Riems.

[https://openagrar.bmel-](https://openagrar.bmel-forschung.de/servlets/MCRFileNodeServlet/Document_derivate_00009712/TGJB_2012.pdf)

[forschung.de/servlets/MCRFileNodeServlet/Document_derivate_00009712/TGJB_2012.pdf](https://openagrar.bmel-forschung.de/servlets/MCRFileNodeServlet/Document_derivate_00009712/TGJB_2012.pdf) (2015-08-20)

Frielinghaus, Monika et al. (2002): Bodenerosion. 2. überarb. Aufl. Beiträge zum Bodenschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow.

<http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/bodenerosion.pdf> (2015-10-02)

Frielinghaus, Monika et al. (2003): Bodenverdichtung. Beiträge zum Bodenschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow.

<http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/bodenverdichtung.pdf> (2015-09-03)

Gartz, Katja (2013): Gartenreiseführer Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Hinstorff.

Gemeinsame Verwaltungsbehörde – Verwaltungsbehörde für den EFRE, ESF und ELER (ed.) (2015): Zwischenbericht 2014 gem. Art. 82 der VO (EG) Nr. 1698/2005 zum Entwicklungsprogramm für den Ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007 – 2013. Schwerin, Hannover.

[http://www.europa-](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf)

[mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf)

[2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf](http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Jahresberichte/Jahresbericht_2014_zum_EPLR_MV_2007_2013.pdf) (2015-12-03)

Literaturverzeichnis

- Gerke, Jörg (2003): Zur Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz. In: AgrarBündnis e.V.(ed.): Der kritische Agrarbericht 2003. Hamm. S. 54 – 57.
<http://make-sense.org/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2003/Gerke.pdf> (2015-12-05)
- Gerke, Jörg (2008): Nehmt und Euch wird gegeben. Das ostdeutsche Agrarkartell. Bauernlegen für neuen Grundbesitz und Agrarindustrie. Hamm: AbL-Verlag.
- Gerke, Jörg (2015): Die Umdeutung der Geschichte – das Beispiel der DDR-Landwirtschaft und ihrer Transformation nach 1990. Rukieten 11.11.2015.
<http://ostdeutsche-bodenpolitik.de/2015/11/11/die-umdeutung-der-geschichte-das-beispiel-der-ddr-landwirtschaft-und-ihrer-transformation-nach-1990/#more-309> (2015-11-14)
- Gömann, Horst et al. (2015): Agrarrelevante Extremwetterlagen und Möglichkeiten von Risikomanagementsystemen. Abschlussbericht. Thünen Report 30. Braunschweig.
https://www.ti.bund.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen_Report_30.pdf (2015-11-23)
- Gocht, Alexander; Röder, Norbert; Meyer-Borstel (2015): Karten zur Standortlehre. Thünen-Institut für Ländliche Räume.
https://www.ti.bund.de/media/ti/Ueber_uns/Struktur/Vorlesung_Standortlehre/standortlehre_kli.pdf (2015-12-27)
- Grajewski, Regina; Forstner, Bernhard; Horlitz, Thomas (2015): Bericht zur laufenden Bewertung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns im Rahmen der 7-Länder-Bewertung. Braunschweig.
http://www.europa-mv.de/cms2/Europamv_prod/Europamv/de/eufoerderinstrumente/Europaeische_Fonds_in_Mecklenburg-Vorpommern/Foerderperiode_2007-2013/ELER/_Dokumentenliste/Laufende_Bewertung_des_EPLR_MV/2015-05-18_Lfd_Bewertung_2015_final.pdf (2016-02-02)
- Grajewski, Regina; Schmidt, Thomas (2015): Agrarumweltmaßnahmen in Deutschland – Förderung in den ländlichen Entwicklungsprogrammen im Jahr 2013. Thünen Working Paper 44. Braunschweig.
https://www.ti.bund.de/media/publikationen/thuenen-workingpaper/ThuenenWorkingPaper_44.pdf (2016-02-16)
- Gruber, Harriet (2013): Ackerbauliche Grundlagen der ökologischen Bewirtschaftung. Fachtagung Ökolandbau am 06.03.2013. Güstrow-Bockhorst.
http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/Oekologischer_Landbau/Ackerbau_und_Bodenfruchtbarkeit/Ackerbauliche_Grundlagen/Ackerbauliche_Grundlagen_Gstrow_06.03.13.pdf (2015-07-13)
- Gruber, Harriet (2013): Auswirkungen einer langjährigen ökologischen Bewirtschaftung auf acker- und pflanzenbauliche sowie umweltrelevante Parameter am Standort Gülzow. LFA, Institut für Pflanzenproduktion und Betriebswirtschaft. Gülzow.
http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/Oekologischer_Landbau/Ackerbau_und_Bodenfruchtbarkeit/AB_Langzeitwirkung_Fruchtfolge/AB_Langzeitwirkung_Fruchtfolge.pdf (2015-07-13)
- Gustafsson, Gerhard (2014): Marginal rural Areas in Sweden. Problems and Perspectives. In: Dünkel, Herbst, Schlegel 2014, S. 261 – 274.
- Hannemann, Christin et al. (2015): Karte zur Gartenroute Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
http://mvp.gartennetz-deutschland.de/images/stories/file/GR-falkarte%202015_klein.pdf (2015-12-27)
- Hartje, Volkmar; Wüstemann, Henry; Bonn, Arletta (eds.) (2015): Naturkapital und Klimapolitik. Synergien und Konflikte. Berlin, Leipzig 2015.
http://www.naturkapital-teeb.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1445974123&hash=1a57dc416f6245edfdef6c3c98ad830445bee662&file=fileadmin/Downloads/Projekteigene_Publikationen/150618_UFZ_TEEB_Bericht1.pdf (2015-10-26)

- Heinz, Michael; Stahlkopf, Enrico (reds.) (2012): Bildung überwindet Grenzen. Erster Bildungsbericht des Landkreises Vorpommern-Greifswald 2012. Anklam.
<http://geoportals.de/geoport/berichte/BiBer2012WEB.pdf> (2015-04-22)
- Heintz, Veikko (2013): Die Vernetzung der Agrarindustrie und Agrarpolitik in Deutschland. Netzwerkbetrachtung der deutschen Agrar- und Ernährungswirtschaft und ihrer Interessenvertretung in Spitzenverbänden und in der Politik. O. O.
http://www.topagrar.com/dl/4/2/6/3/6/0/Studie_Bauern_und_Bonzen.pdf (2014-07-31)
- Heuser, Alessa (2015): Discourses on East German land property concentration. Studying the investor-controversy from the perspective of practice theory. Master's Thesis. Wageningen.
- Hudson's Guide (2005): Historic Houses and Gardens. Castles and Heritage Sites. 2005. Published by Norman Hudson & Co. Banbury.
- Irmer, U.; Blondzik, K. (reds.) (2010): Wasserwirtschaft in Deutschland. Teil 2: Gewässergüte. Dessau-Rosslau 2010
<http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/419/publikationen/wasserwirtschaft-gewaesserguete.pdf> (2013-03-06)
- IFOAM-EU-Gruppe, FiBL, CIHEAM (eds.) (2014): Ökologischer Landbau in Europa. Perspektiven und Entwicklungen. Brüssel.
- Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft (ed.) (2016): Ökobarometer 2016. Bonn.
https://www.oekolandbau.de/fileadmin/redaktion/dokumente/service/Zahlen/infas_praesentation_Oekobarometer_2016.pdf (2016-03-01)
- Jenssen, Martin; Hofmann, Gerhard; Nickel, Stefan; Pesch, Roland; Riediger, Jan; Schröder, Winfried (2013): Bewertungskonzept für die Gefährdung der Ökosystemintegrität durch die Wirkungen des Klimawandels in Kombination mit Stoffeinträgen unter Beachtung der Ökosystemfunktionen und -dienstleistungen. Mit 9 Anhängen. Dessau-Rosslau 2013
http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_87_2013_bewertungskonzept_fuer_die_gefaehrung_der_oekosystemintegritaet_durch_die_wirkungen_des_klimawandels.pdf (2014-03-10)
- Kaak, Heinrich (1991): Die Gutsherrschaft. Theoriegeschichtliche Untersuchungen zum Agrarwesen im ostelbischen Raum. Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 79. Berlin.
- Kaiser, Klaus-Dieter (ed.) (1991): Lebendiger ländlicher Raum. Herausforderungen - Akteure - Perspektiven. Schwalbach: Wochenschau-Verlag.
- Kaiserliches Statistisches Amt (ed.) (1901): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1900. Berlin.
http://www.digizeitschriften.de/dms/toc/?PID=PPN514401303_1900 (2015-11-03)
- Kape, Hans-Eberhard; Kastell, Silvia (2016): Erosionsereigniskataster Mecklenburg-Vorpommern. Bodenerosion durch Wasser. Herausgegeben vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
<http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=1572932> (2016-04-10)
- Kapp, K. William (1950): Social Costs of Business Enterprise. 2nd edition 1963. Deutsch 1979: Soziale Kosten der Marktwirtschaft. Frankfurt: Fischer.
- Karge, Wolf (2014): Bauern, Ritter, Siedler – 700 Jahre Groß Wüstenfelde als Dorf- und Gemeindeverband. Groß Wüstenfelde.
- Karge, Wolf; Lehmann, Jörn (2011): Gartenrouten in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock: Hinstorff.
- Karge, Wolf et al. (2011): Agrarpolitik und Ländlicher Raum in Mecklenburg-Vorpommern. Reihe Beiträge zur Geschichte Mecklenburg-Vorpommern Nr. 15. Friedrich-Ebert-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/schwerin/10225.pdf> (2015-11-03)

Literaturverzeichnis

- Karlowski, Ursula et al. (2016): Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung und Verbesserung der Agrarstruktur in Mecklenburg-Vorpommern (Agrarstrukturgesetz). Drucksache 6/5309. Schwerin.
<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/dokument/37708/gesetz-zur-sicherung-und-verbesserung-der-agrarstruktur-in-mecklenburg-vorpommern-agrarstrukturgesetz-m-v-.pdf>; 2016-05-05
- Kemper, Klaus (2005): Tomaten statt Weizen. Plädoyer für eine Neuorientierung in der Agrarökonomie. Frankfurt: Edition Agrar.
- Kirchhof, Ferdinand (2015): Der demographische Wandel und das Recht. Vortrag und Diskussion am 15.07.2015 im Alfred-Krupp-Wissenschaftskolleg, Greifswald.
- Klüter, Helmut (1999): Raum und Organisation. In: Meusburger, Peter (ed.): Handlungsorientierte Sozialgeographie. Benno Werlens Entwurf in kritischer Diskussion. Stuttgart 1999: 187 – 212.
http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/fakultaet_forst_geo_und_hydrowissenschaften/fachrichtung_geowissenschaft/en/ig/lehrstuehle/oeuropa/lehre/allg_sowi/literatur_dokumente/Raum_u_Organisation.pdf (05.03.2014)
- Klüter, Helmut (2000): Regionale Kommunikation in Politik und Wirtschaft. In: Informationen zur Raumentwicklung 2000, Nr. 9/10: 599 – 610.
- Klüter, Helmut (2002): Raum und Kompatibilität. In: Geographische Zeitschrift 90, 2002. Heft 3 + 4, S. 142 – 156.
http://www.jstor.org/stable/27818946?seq=1#page_scan_tab_contents (2015-06-23)
- Klüter, Helmut; Bastian, Uwe (2012): Gegenwärtige Strukturen und Entwicklungstendenzen in der Brandenburger Landwirtschaft im Ländervergleich. Greifswald.
http://www.landtag.brandenburg.de/sixcms/media.php/5701/Gutachten%20Prof.%20Kl%C3%BCter%20Entwicklungstendenzen%20brd.%20Landwirtschaft_03.07.2012%20gesamt.pdf; abgerufen am 05.03.2014
- Klüter, Helmut (2013): Leitbild für die Ländlichen Räume Nordostdeutschlands: Ausbreitung der Agrarindustrie oder Garten der Metropolen? Tagungsvortrag vom 10.10.2012. In: Kröger et al. 2013, S. 9 – 20.
- Klüter, Helmut (2014): Garten der Metropolen. Ein neues Leitbild für die ländlichen Räume Nordostdeutschlands. In: Dünkel, Herbst, Schlegel 2014, S. 281 - 294.
- Klüter, Helmut (2015): Die Landwirtschaft in Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern. Endbericht. Dresden 2015.
https://www.gruene-fraktion-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Studien/Landwirtschaftsstudie_web_2015-01.pdf (2015-04-16)
- Kohr, Leopold (1995): „Small is beautiful“ – Ausgewählte Schriften aus dem Gesamtwerk. Wien: Deuticke.
- Krebs, Christian (1979): Artikel „Landwirtschaft“ und „Landwirtschaftliche Betriebsformen“ in: Lutz, Kuppe 1979, S. 642 – 665.
- Kröger, Jörg et al. (2013): Agrarindustrie oder Garten der Metropolen? Schwerin 2013.
http://www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Agrarpolitik/TLR-2012-Tagungsmappe.pdf
http://www.gutshaus-wietzow.de/MiLaN/aktuelles/Tagung_broschuere_Endfassung.pdf (2014-10-14)
- Krug, Janina (2013): Perspektiven ackerbaulicher Grenzstandorte in Nordostdeutschland – Übertragbarkeit extensiver Produktionssysteme überseeischer Trockenstandorte. Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut. Thünen Report 6.
http://literatur.ti.bund.de/digbib_extern/dn052166.pdf (2015-10-25)
- Krüger, Paul (2015): Erfahrungen mit der Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern – Einkreisung kreisfreier Städte am Beispiel der Stadt Neubrandenburg. In: Städtetag aktuell 2015, Nr. 9, S. 7-9.
http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/veroeffentlichungen/dst_aktuell/2015/9_2015_staedtetag_aktuell.pdf (2015-11-03)

KTG-Agrar (2015): Investor relations.

http://www.ktg-agrar.de/fileadmin/Dateien/Investor-Relations/Publikationen/2015/150513_KTG_Agrar_GBPflichtteil_Digital.pdf (2015-11-20)

Kuhnert, Heike; Behrens, Gesine; Hamm, Ulrich; Müller, Henriette; Nieberg, Hiltrud; Sanders, Jörn; Strohm, Renate (2013): Dauerhafte Ausweitung des ökologischen Landbaues in Deutschland: Analyse der Ausstiege von Betrieben und Entwicklung eines Konzepts zur nachhaltigen Vermeidung. Braunschweig, Hamburg. Witzhausen.

<http://orgprints.org/22697/1/08OE117-08OE234-22697-vti-nieberg-2013-rueckumstellung.pdf> (2014-03-10).

Kulik, Konstantin N. (2014): Zaščitnoe lesorazvedenie v Rossii. Prošloe, nastojaščee, buduščee (Waldschutzstreifen in Russland. Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Volgograd.

http://www.vnialmi.ru/Novosti/doklad_golden.htm (2016-05-18)

Lachmann, Kai (2016): Kreis macht nur noch elf Millionen Schulden. In: OZ vom 12.04.2016, S. 9.

Lambrecht, Horst (1977): Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Sonderheft 117. Berlin: Duncker & Humblot.

Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2005): Böden in Mecklenburg-Vorpommern. Abriss ihrer Entstehung, Verbreitung und Nutzung. 2. Aufl. Beiträge zum Bodenschutz in Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow.

<http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/boedenmv.pdf> (2015-08-12)

Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2011): Emissionskataster für genehmigungsbedürftige Anlagen Mecklenburg-Vorpommern. Schriftenreihe des LUNG Mecklenburg-Vorpommern. Güstrow.

http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/ee_bericht_2011_12_16.pdf (2015-11-22)

Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Das Landesmessnetz zur Güteüberwachung des Grundwassers in Mecklenburg-Vorpommern. Untersuchungsergebnisse 2007 – 2013 und Bewertung des chemischen Zustandes gemäß Grundwasserverordnung (GrwV). Güstrow.

http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/schadstoffbelastung_des_grundwassers_2015.pdf (2016-04-25)

Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern (2008): Ökonomische Betrachtungen zur Situation der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Mitteilungen der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei, Heft 40.

http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content_downloads/Hefte/Heft_40/Heft_40.pdf (2015-10-31)

Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern (2015): Jahresbericht 2014. Mitteilungen der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei, Heft 54. Gülzow.

http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content_downloads/Hefte/Heft_54/Jahresbericht_2014.pdf (2015-10-20)

Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern (2015): Definition der Kennzahlen zur Testbetriebsauswertung. Gülzow.

http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/Betriebswirtschaft/Buchfuehrungsergebnisse/Testbetriebsergebnisse_MV/Definition_der_Kennzahlen_zur_Testbetriebsauswertung2870217849653380283.pdf (2016-02-24)

Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern (2016): Testbetriebsergebnisse für das Wirtschaftsjahr 2014/15 Mecklenburg-Vorpommern. Gülzow.

http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/Betriebswirtschaft/Buchfuehrungsergebnisse/Testbetriebsergebnisse_MV/Testbetriebsergebnisse_MV_2014-15.pdf (2016-05-25)

Literaturverzeichnis

- Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015a): Große Anfrage der Fraktion Die Linke. 20 Jahre Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und Antwort der Landesregierung. Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Drucksache 6/3870 vom 31.03.2015.
<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/dokument/35928/20-jahre-verfassung-des-landes-mecklenburg-vorpommern.pdf> (2015-04-28)
- Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015b): Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Karlowski. Das Bodenschutzprogramm Mecklenburg-Vorpommern und Antwort der Landesregierung. Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Drucksache 6/3852 vom 04.05.2015.
<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/dokument/35895/das-bodenschutzprogramm-mecklenburg-vorpommern.pdf> (2015-10-02)
- Lenz, Karl (1958): Die Wüstungen der Insel Rügen. Forschungen zur deutschen Landeskunde, Band 113. Remagen: Selbstverlag der Bundesanstalt für Landeskunde.
- Lenschow, Uwe (2001): Landschaftsökologische Grundlagen zum Schutz, zur Pflege und zur Neuanlage von Feldhecken in Mecklenburg-Vorpommern. Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie, Güstrow.
http://www.lung.mv-regierung.de/dateien/hecke05_sicherung1.pdf (2015-07-05)
- Lord, Tony (1995): Gardening at Sissinghurst. London 1995. Deutsch: Sissinghurst. Der schönste Garten Englands. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem National Trust. Köln 2002.
- Ludz, Peter Christian; Kuppe, Johannes (eds.)(1979): DDR-Handbuch. 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. Herausgegeben vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Köln.
- Manthey, Henrik (2009): Garten der Metropolen. Räume für Menschen Innovationen zwischen Hamburg, Berlin und Szczecin (Stettin). Akademie für Nachhaltige Entwicklung. Güstrow.
- Martens, Bernd (2010): Landwirtschaft in Ostdeutschland: Der späte Erfolg der DDR. Bundeszentrale für politische Bildung, Dossier: Lange Wege der deutschen Einheit. Bonn, Berlin 30.03.2010
<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47157/landwirtschaft?p=all> (2015-11-10)
- Melior, Susanne et al. (2014): Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/1 „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“. Landtag Brandenburg. Drucksache 5/8500. Potsdam.
Mit abweichendem Votum von Müller-Enbergs, Helmut: „Dieses entsetzlich quälende, lange Schweigen“
http://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/Abschlussbericht%20EK%205_1%20Drs.%205%208500_Ausgabe%206.pdf (2014-05-10)
- Metro Group (ed.) (2015): Metro-Handlexikon 2015/2016. Daten, Fakten und Informationen zum Handel in Deutschland, Europa und der Welt. Düsseldorf.
http://www.metro-handlexikon.de/assets/download/METRO_Handlexikon-2015-16.pdf (2016-02-02)
- Metzger, Hubert; Schattinger, Bernd (1993): Gärten und Parks in Mecklenburg-Vorpommern. Würzburg. Flechsig-Verlag.
- Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Umwelt Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (1995): Raumordnungsbericht Mecklenburg-Vorpommern 1995. Bericht der Landesregierung gemäß § 26 des Landesplanungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
- Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung (ed.)(2016): Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern 2016. Schwerin.
<http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Raumordnung/Landesraumentwicklungsprogramm/aktuelles-Programm/> (2016-08-12)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (MLUV) (ed.)(2011): Agrarbericht 2011 des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Berichtsjahr 2009 - 2010. Schwerin 2011.

Literaturverzeichnis

- http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content/de/Fachinformationen/Betriebswirtschaft/Allgemein/Agrarbericht_2011_de_s_Landes_Mecklenburg-Vorpommern/Agrarbericht%2b2011_Internet.pdf (2015-09-14)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2012a): Erhaltung und Entwicklung der Biologischen Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.
http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=70847
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (2012b): Agrarstruktur in MV ist historisch gewachsen. Presseerklärung Nr. 206/2012 vom 11.10.2012.
<http://www.regierung-mv.de/Landesregierung/lm/Service/Presse/Aktuelle-Pressemitteilungen?id=38847&processor=processor.sa.pressemitteilung> (2015-11-26)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2014): Statistisches Datenblatt 2014. Schwerin.
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2015): Statistisches Datenblatt 2015. Schwerin.
http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1563535 (2015-10-09)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2015): Förderfibel zur Umsetzung des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2014 – 2020. Schwerin.
http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=1563536 (2015-11-02)
- Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern (ed.) (2016): Erosionsereigniskataster Mecklenburg-Vorpommern. Bodenerosion durch Wasser. Schwerin.
<http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=1572932> (2016-04-10)
- Möckel, Stefan; Köck, Wolfgang; Rutz, Cordula; Schramek, Jörg (2014): Rechtliche und andere Instrumente für vermehrten Umweltschutz in der Landwirtschaft.
http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/texte_42_2014_rechtliche_und_andere_instrumente.pdf (2014-06-28)
- Morris, William (1890): News from Nowhere. 1890 als Fortsetzungsroman in der Zeitschrift „Commonweal“; als Buch: Kelmscott 1892. Deutsch: Kunde von Nirgendwo. Berlin: Golkonda 2013.
- Niemann, Eckehard (2010): Die verschwiegene Agrarindustrialisierung. Über die Zunahme von Großagrariern und Agrarfabriken. In: Agrarbündnis 2010, S. 46 – 50.
<http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2010/Niemann.pdf> (2015-09-09)
- Nier, Stefan; Tamaśy, Christine (2015): Die Agrar- und Ernährungswirtschaft in Niedersachsen. Institut für Strukturforschung und Planung in agrarischen Intensivgebieten. Universität Vechta. Weiße Reihe, Band 41/2015.
http://www.uni-vechta.de/fileadmin/user_upload/ISPA/Publikationen/Weisse_Reihe/Weisse_Reihe_Band_41.pdf (2016-02-05)
- Oberdörfer, Heike; Hübner, Claudia; Linder, S.; Fleßa, Steffen (2015): Mehrkosten bei der Versorgung von Patienten mit multiresistenten Erregern. Eine Analyse aus Sicht einer gesetzlichen Krankenversicherung. In: Gesundheitswesen 77, S. 854 – 860.
<https://www.thieme-connect.de/products/ejournals/pdf/10.1055/s-0034-1387709.pdf> (2016-03-09)
- Paul, Leo (2003): „Uns gab’s nur einmal“. Mecklenburg-Vorpommern voor en na de Duitse hereniging. Delft: Eburon.
- Perspektivkommission „Mensch und Land“ (ed.) (2015): Status und Entwicklungsbericht im Masterplanprozess „Mensch und Land“ 3.0. Ergebnisse der Themenworkshops im Jahre 2015.
http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1568700 (2015-12-20)
- Roloff, Burkhard et al (2015): Aktionsprogramm Mehr BIO aus MV. Studie des BUND Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern 2015. Schwerin.

Literaturverzeichnis

- http://www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlomeckpomm/BUND_Gruppe_Schwerin/JPG/NSG-Befahrung/Broschuere_OEkolandbau_2016_komplett_web_kl.pdf (2016-02-20)
- Roßberg, Dietmar; Michel, Volker; Graf, Rudolf; Neukampf, Ralf (2007a): Boden-Klima-Räume und Anbauggebiete als Basis des regionalisierten Sortenwesens in Deutschland. Beiträge zum Sorten- und Versuchswesen und zur Biostatistik. Heft 37. S. 24 – 30.
http://www.landwirtschaft-mv.de/cms2/LFA_prod/LFA/content_downloads/Hefte/Heft_37/Rgionales-Sortenwesen.pdf (2015-11-22)
- Roßberg, Dietmar; Michel, Volker; Graf, Rudolf; Neukampf, Ralf (2007b): Definition von Boden-Klima-Räumen für die Bundesrepublik Deutschland. In: Nachrichtenblatt des Deutschen Pflanzenschutzdienstes 59 (7), S. 155 – 161.
http://www.journal-kulturpflanzen.de/artikel.dll/nb2007-07-155-161_MzUxODY5.PDF?UID=5642C7B105198189937793788EC5C74AF7390A304131DE8544 (2016-11-22)
- Schaller, Michaela; Weigel, Hans-Joachim (2007): Analyse des Sachstands zu Auswirkungen von Klimaveränderungen auf die deutsche Landwirtschaft und Maßnahmen zur Anpassung. (= Landbauforschung Völknerode, Sonderheft 316). Braunschweig 2007.
http://literatur.vti.bund.de/digbib_extern/bitv/dk039488.pdf (2014-03-10)
- Schmidtner, Eva; Lippert, Christian; Dabbert, Stephan (2014): Öko-Pacht - Die Bestimmungsgründe der Landpachtpreise in Deutschland - eine Analyse zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ökologischer und anderer besonders nachhaltiger Landwirtschaft. Universität Hohenheim, Stuttgart.
<http://orgprints.org/27810/1/27810-11OE114-uni-hohenheim-dabbert-2014-oekopachtpreise.pdf> (2016-02-24)
- Schöne, Jens (2005): Die Landwirtschaft der DDR 1945 – 1990. Landeszentrale für politische Bildung, Erfurt.
http://www.lzt-thueringen.de/files/andwirtschaft_in_der_ddr.pdf (2014-03-06)
- Schöttke-Penke, Beate; Lehsten, Christian (2009): Offene Gärten in Mecklenburg. Friedland: Steffen-Verlag.
- Schumacher, Ernst Friedrich (1973): Small is beautiful. A study of economics as if people mattered. London.
<http://www.ditext.com/schumacher/small/small.html> (2015-12-26)
- Schult, Christoph (2013): Brüsseler Bio-Bombe. Wo Öko draufsteht, ist oft nicht nur Öko drin. In: Spiegel 2014, Heft 3 (13.01.2014), S. 34.
- Seyfert, Ulrike; Buchhorn, Marcel; Bunzel, Katja; Held, Claudia; Thrän, Daniela (2010): Globale und regionale räumliche Verteilung von Biomassepotenzialen. Anhang I – Regionale Biomassepotenziale. Leipzig.
http://www.unendlich-viel-energie.de/media/file/254.DBFZ_ZALF_DLR_VTI_Globale_Regionale_Biomassepotenziale_Anhang_mar10.pdf (2015-12-03)
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (ed.)(1956): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955. Erster Jahrgang. Berlin.
http://www.digizeitschriften.de/dms/img/?PID=PPN514402644_1955|log2&physid=phys3#navi (2015-09-12)
- Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern (2000): Entwicklungsbericht Vorpommern. Eine Analyse der erfolgten Entwicklung und durchgeführten Maßnahmen (1989 – 1999). Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 3. Wahlperiode. Drucksache 3/1716 vom 28.12.2000.
<http://www.dokumentation.landtag-mv.de/Parldok/dokument/2306/entwicklungsbericht-vorpommern.pdf> (2015-08-13)
- Statistisches Amt der DDR (1991): Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990. Berlin: Rudolf Haufe Verlag.

Literaturverzeichnis

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (ed.) (2014): Zensus 2011. Gebäude und Wohnungen. Ergebnisse des Zensus am 9. Mai 2011. Wiesbaden 2014.
https://www.destatis.de/DE/Methoden/Zensus_/Zensus.html (2015-08-26)
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (ed.) (2015): Kreiszahlen. Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland. Ausgabe 2013. Hannover.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Regionales/Kreiszahlen1023001137004.pdf?__blob=publicationFile (2015-10-05).
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2014. Schwerin 2014.
[http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/_downloads/Veroeffentlichungen/11._Gesamtausgabe\(2014\).pdf](http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/_downloads/Veroeffentlichungen/11._Gesamtausgabe(2014).pdf) (2015-01-15)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2013 (Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung). Stat. Bericht C IV – 3j. Schwerin.
http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/la/Veroeffentlichungen/index.jsp?para=e-BiboInterTh05&linkid=050404&head=0504 (2015-07-07)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Personal im öffentlichen Dienst in Mecklenburg-Vorpommern 2013. Stat. Bericht L III – j. Schwerin 2014.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung in Mecklenburg-Vorpommern 2013. (Ergebnisse der Flächenerhebung). Stat. Bericht A V – j.
http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth01/bevoelkerung--haushalte--familien--flaeche/a-v_/c193_/daten/c193-2013-00.pdf (2015-10-14)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Mecklenburg-Vorpommern, Juli 2015. Statistische Berichte C II – m.
http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth05/landwirtschaft/c-ii_/c213_/2015/daten/c213-2015-07.pdf (2015-08-20)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2014): Agrarstruktur. Sozialökonomische Verhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern 2013. Stat. Bericht C IV – 3j. Schwerin.
http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth05/landwirtschaft/c-iv_/c4937_/daten/c4937-2013-01.pdf (2015-10-10)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Investitionen der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2012. Stat. Ber. E I - j. Schwerin 2015.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. Beschäftigung und Umsatz der Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen in Mecklenburg-Vorpommern. Stat. Bericht E I - j. Schwerin 2015.
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Bodennutzung der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2014 (endgültige Ergebnisse).
http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth05/landwirtschaft/c-i_/c113e_/daten/c113e-2014-01.pdf (2015-10-20)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014. Erste vorläufige Ergebnisse nach Revision 2014. Stat. Bericht A VI – einm. Schwerin.
http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/er/Veroeffentlichungen/index.jsp?para=e-BiboInterTh04&linkid=040109&head=0401 (2015-11-04)
- Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung in Mecklenburg-Vorpommern 2014. Stat. Bericht E IV – j. Schwerin.
http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth10/umwelt--verkehr--energie/e-iv_/e433_/daten/e433-2014-00.pdf (2015-12-12)

Literaturverzeichnis

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Mecklenburg-Vorpommern. Stat. Bericht N I – j. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth11/einkommen--preise/n-i_/n133j_/daten/n133j-2014-00.pdf (2015-08-17)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2015): Bruttolöhne und –gehälter sowie Arbeitnehmerentgelt am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen in Mecklenburg-Vorpommern 2000 bis 2014. Erste Ergebnisse nach Revision 2014 (erweiterte Ausgabe). Stat. Bericht P I – j.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth11/einkommen--preise/p-i_/p123_/daten/p123-2014-00.pdf (2015-12-03)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2016): Bodennutzung der Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2015 (endgültige Ergebnisse). Stat. Bericht C I unreg. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth05/landwirtschaft/c-i_/c113e_/daten/c113e-2015-01.pdf (2016-01-18)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2016): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Mecklenburg-Vorpommern 30.06.2015. Stat. Ber. A VI – vj. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth04/erwerbstaetigkeit/a-vi_/a653_/2015/daten/a653-2015-42.pdf (2016-02-15)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2016): Natürliche Bevölkerungsbewegung in Mecklenburg-Vorpommern 2014 (endgültige Ergebnisse). Stat. Bericht A II j. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth01/bevoelkerung--haushalte--familien--flaeche/a-ii_/a213j_/daten/a213j-2014-00.pdf (2016-03-09)

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2016): Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern. Dezember 2015, Jahr 2015. (endgültige Ergebnisse). Stat. Bericht G IV - m. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmv/daten_stam_berichte/e-bibointerth07/handel--tourismus--dienstleistungen/g-iv_/g413_/2015/daten/g413-2015-12.pdf (2016-03-23)

Statistisches Bundesamt (ed.)(1952): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (ed.)(2013): Erhebung über tierärztliche Versorgung von Nutztieren. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/TieraerztlicheVersorgung5419101129004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.) (2013): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung. Fachserie 3 Reihe 5.1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (ed.)(2013): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Viehbestand und tierische Erzeugung 2012. Fachserie 3 Reihe 4. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (ed.)(2013): Produzierendes Gewerbe. Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Bundesländern 2012. Fachserie 4 Reihe 4.1.4. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (ed.)(2013): Finanzen und Steuern. Jährliche Einkommenssteuerstatistik 2009. Sonderthema: Einkünfte aus Kapitalvermögen. Wiesbaden. Fachserie 14 Reihe 7.1.1. Wiesbaden. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/Steuern/LohnEinkommensteuer/Einkommenssteuerstatistik2140711097004.pdf> (2016-01-07)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2013): Qualitätsbericht Agrarstrukturerhebung 2013. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/LandForstwirtschaft/Agrarstruktur.pdf?__blob=publicationFile (2014-01-15)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Stadt-Landgliederung nach Fläche und Bevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 und Bevölkerungsdichte am 31.12.2012. Wiesbaden.

Literaturverzeichnis

<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/LaenderRegionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/NichtAdministrativ/Aktuell/33STL.html> (2014-05-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Bodennutzung der Betriebe 2014 (Landwirtschaftlich genutzte Flächen). Fachserie 3 Reihe 3.1.2. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/LandwirtschaftlicheNutzflaeche2030312147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-07-17)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Wachstum und Ernte – Baumobst. Fachserie 3 Reihe 3.2.1. Wiesbaden.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ErnteObst/ObstJahr2030321137144.html>

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Geflügel 2013. Fachserie 3 Reihe 4.2.3. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Gefluegel2030423137004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Schlacht- und Fleischuntersuchung. Fachserie 3 Reihe 4.3. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Flischuntersuchung2030430137004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Landwirtschaftliche Betriebe mit Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien. Agrarstrukturerhebung 2013. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/BetriebeAnlagen5411204139004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Fläche) Agrarstrukturerhebung. Fachserie 3 Reihe 3.1.2. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/LandwirtschaftlicheNutzflaeche2030312137004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung). Bodennutzungshaupterhebung 2014. Fachserie 3 Reihe 2.1.2. Wiesbaden.

<https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/Bodennutzung.html> (2015-11-14)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Eigentums- und Pachtverhältnisse. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.1.6.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/EigentumsPachtverhaeltnisse2030216139004.pdf?__blob=publicationFile (2014-09-27)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Einkommenskombinationen. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.1.7.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/Einkommenskombinationen2030217139004.pdf?__blob=publicationFile (2014-07-04)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Arbeitskräfte. Agrarstrukturerhebung 2013. Wiesbaden. Fachserie 3 Reihe 2.1.8

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/Arbeitskraefte2030218139004.pdf?__blob=publicationFile (2014-10-03)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Betriebe mit ökologischem Landbau. Agrarstrukturerhebung 2013. Fachserie 3 Reihe 2.2.1. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Betriebe/OekologischerLandbau2030221139004.pdf?__blob=publicationFile (2014-06-20)

Statistisches Bundesamt (ed.)(2014): Bodennutzung der Betriebe (Landwirtschaftlich genutzte Fläche) Agrarstrukturerhebung. Fachserie 3 Reihe 3.1.2. Wiesbaden.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/LandwirtschaftlicheNutzflaeche2030312157004.pdf?__blob=publicationFile (2015-01-12)

Literaturverzeichnis

- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben. Wiesbaden 2015.
<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/BinnenhandelGastgewerbe/Tourismus/Tourismus/Tabellen/UEbernachtungenBundeslaender.html> (2015-05-22)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Produzierendes Gewerbe. Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Bundesländern. Fachserie 4 Reihe 4.1.4. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/IndustrieVerarbeitendesGewerbe/Strukturdaten/BeschaeftigungUmsatzBundeslaender2040414147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-08-18)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland. Mikrozensus 2014. Fachserie 1 Reihe 4.1.1 Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/StandEntwicklungErwerbstaetigkeit2010411147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-10-19)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Geflügel 2014 Fachserie 3 Reihe 4.2.3. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Gefluegel2030423147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-21)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Mikrozensus 2014. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Beruf, Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Erwerbstätigen. Fachserie 1 Reihe 4.1.2 Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/BerufArbeitsbedingungErwerbstaetigen2010412147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-10-19)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Viehbestand 3. Mai 2015. Fachserie 3 Reihe 4.1. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Viehbestand2030410155314.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-12)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Düngemittelverordnung. Wirtschaftsjahr 2014/15. Fachserie 4 Reihe 8.2. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/IndustrieVerarbeitendesGewerbe/Fachstatistik/Duengemittelversorgung2040820157004.pdf?__blob=publicationFile (2016-03-03)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Wachstum und Ernte. Feldfrüchte. Aug./Sept 2015. Fachserie 3 Reihe 3.2.1. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ErnteFeldfruechte/FeldfruechteAugustSeptember2030321152094.pdf?__blob=publicationFile (2016-02-08)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Statistisches Jahrbuch Deutschland und Internationales 2015. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/StatistischesJahrbuch/StatistischesJahrbuch2015.pdf?__blob=publicationFile (2015-11-09)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Bodennutzung der Betriebe (Struktur der Bodennutzung). Bodennutzungshaupterhebung 2015. Fachserie 3 Reihe 2.1.2. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/Bodennutzung/Bodennutzung2030212157004.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-01)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Finanzen und Steuern. Jährliche Einkommenssteuerstatistik 2011. Sonderthema: Werbungskosten. Wiesbaden. Fachserie 14 Reihe 7.1.1. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/FinanzenSteuern/Steuern/LohnEinkommensteuer/Einkommenssteuerstatistik214071117004.pdf?__blob=publicationFile (2016-01-07)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke 2014. Fachserie 3 Reihe 2.4. Wiesbaden.
https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Preise/Baupreise/KaufwerteLandwirtschaftlicheGrundstuecke2030240147004.pdf?__blob=publicationFile (2015-12-15)
- Statistisches Bundesamt (ed.)(2015): Außenhandel. Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel (Endgültige Ergebnisse). Jahr 2014. Fachserie 7 Reihe 1. Wiesbaden.

Literaturverzeichnis

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJendgueltig2070100147004.pdf?__blob=publicationFile (2016-02-22)

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(1995): Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 1995. Schwerin.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(1996): Statistische Daten Mecklenburg-Vorpommern 1950 – 1990. Schwerin.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(2002): Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern 2001. Stat. Bericht C IV – 2j. Schwerin.

http://service.mvnet.de/statmw/daten_stam_berichte/e-bibointerth05/landwirtschaft/c-iv_/c473_/daten/c473-2001-01.pdf (2015-10-14)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (ed.)(2014): Agrarstrukturerhebung 2013. Rechtsform, betriebswirtschaftliche Ausrichtung, Standardoutput, sozialökonomische Betriebstypen und Einkommenskombinationen der landwirtschaftlichen Betriebe. Stat. Bericht C IV – ur/13. Bad Ems.

https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/C4683_201301_ur_L.pdf (2016-03-31)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (ed.)(2015): Die Landwirtschaft 2014 mit Vergleichszahlen seit 1949. Bad Ems.

http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/nach_themen/verlag/baende/band406_die_landwirtschaft_2014.pdf (2016-03-03)

Statistisches Reichsamt (ed.)(1936): Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1936. Berlin.

Tanneberger, Dieter (2002): Die industriellen Komplexe der Agro-Industrie.

<http://www.deutsche-landwirte.de/060202c.htm> (2016-03-08)

Tanneberger, Dieter (2003): Die Entkopplung der Direktzahlungen von der Produktion.

<http://www.deutsche-landwirte.de/100303b.htm> (2016-03-08)

Tietz, Andreas (2015): Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen. Bestandsaufnahme und Entwicklung. Thünen Report 35. Braunschweig.

https://www.ti.bund.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen-Report_35.pdf (2015-12-14)

Thönes, Thomas (2012): Bollewick auf dem Weg zum (Bio)Energiedorf. Tagung (Bio)Energiedörfer Mecklenburg-Vorpommern. Chancen für den ländlichen Raum durch Wertschöpfung und Teilhabe. Bollewick, 23./24.11.2012

http://www.nachhaltigkeitsforum.de/fileadmin/user_upload/pdfs/EE/2012_11_23-24_Wege_Bioenergiedorf_NST-BOL/2012_11_23-24_Wege_Bioenergiedorf_NST-BOL_THOENES.pdf (2016-02-01)

Thünen, Johann Heinrich von (1826): Der isolirte Staat in Beziehung auf Landwirthschaft und Nationalökonomie. Hamburg.

http://www.deutschestextarchiv.de/book/view/thuenen_staat_1826?p=309 (2016-03-12)

Thünen-Institut (ed.) (2015): Ökolandbau in Zahlen. Braunschweig.

<http://www.ti.bund.de/de/thema/oekologischer-landbau/aktuelle-trends-der-deutschen-oekobranche/oekolandbau-in-zahlen/> (2016-02-12)

Tümmler, Edgar; Merkel, Konrad; Blohm, Georg (1969): Die Agrarpolitik in Mitteldeutschland und ihre Auswirkung auf Produktion und Verbrauch landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Band 3. Berlin: Duncker & Humblot.

Umweltbundesamt (ed.)(2014): Ökologische Vorrangflächen – unverzichtbar für die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft! Dessau-Rosslau 2014.

http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/klu_oekologische_vorrangflaechen_januar_2014_0.pdf (2014-03-10)

Umweltbundesamt (ed.)(2014): Ammoniak aus der Schweinemast - Emissionen weiter auf hohem Niveau.

Literaturverzeichnis

<http://www.thru.de/thrude/auswertung/top-thema/ammoniak-aus-der-schweinemast-emissionen-weiter-auf-hohem-niveau/> (2015-12-03)

Umweltbundesamt (ed.)(2015): Neue PRTR-Daten 2013 in thru.de. Summary report. Dessau-Rosslau. http://www.thru.de/fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads/2015-07-07_TOP-Thema_neue_Daten_PRTR2013_2015_06_final.pdf (2015-12-22)

Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern (ed.)(1998): Umweltbericht 1998 - Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin.

Van den Berg, Neeltje et al. (2015): Versorgungsatlas Vorpommern. Datenbasis für die gesundheitliche Versorgung. Institut für Community Medicine, Greifswald. http://www2.medizin.uni-greifswald.de/icm/fileadmin/user_upload/vcm/dokumente/Atlas_Onlineversion.pdf (2015-06-03)

Volger, Georg (1893): Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche. 2. Lieferung. Provinz Pommern. 3. verbesserte Auflage. Berlin: Nicolaische Verlagsbuchhandlung R. Stricker. <http://ub-goobi-pr2.ub.uni-greifswald.de/viewer/toc/PPN815760965/1/> (2015-11-25)

Vossenkuhl, Birgit (2015): Transmission of MRSA along the meat supply chain. A methodological concept from farm to fork. Diss. Universität Potsdam. <https://publishup.uni-potsdam.de/frontdoor/index/index/docId/8591> (2016-02-13)

Willer, Helga; Lernoud, Julia; Kilcher, Lukas (eds.) (2013): The World of Organic Agriculture. Statistics and Emerging Trends 2013. FiBL-IFOAM Report. Research Institute of Organic Agriculture (FiBL), Frick, and International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM). Revised version August 2013 with some minor corrections. Bonn. <https://www.fibl.org/fileadmin/documents/shop/1606-organic-world-2013.pdf> (2014-03-10)

Weinberger-Miller, Paula; Friedlhuber, Ramona; Ley, Jonas Moritz; Loock, Elisabeth (2013): Einkommenssicherung und -entwicklung durch Diversifizierung in der Landwirtschaft. Teilbericht III: Entwicklungslinien bei Einkommenskombination. Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft. München. https://www.lfl.bayern.de/mam/cms07/publikationen/daten/informationen/057606_teilbericht3.pdf (2016-02-25)

Windhorst, Hans-Wilhelm (ed.) (1989): Industrialisierte Landwirtschaft und Agrarindustrie. = Vechtaer Arbeiten zur Geographie und Regionalwissenschaft 8. Vechta.

Wissenschaftlicher Beirat Agrarpolitik beim BMEL (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten. Berlin. http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung?__blob=publicationFile (2015-11-15)

Woods, Michael (2007): Engaging the global countryside: globalization, hybridity and the reconstitution of rural place. In: Progress in Human Geography. August 2007. S. 485 - 507. <http://phg.sagepub.com/content/31/4/485.full.pdf+html> (2015-11-22)

Woods, Michael (2014): Family farming in the global countryside. In: Anthropological Notebooks 2014 (= 20. Jg.), Heft 3, S. 31 - 48. http://www.drustvo-antropologov.si/AN/PDF/2014_3/Antropological_Notebooks_XX_3_Woods.pdf (2015-11-30)

Zimmermann, Fritz (2015): Der Fleischmann. In: Die Zeit, Nr. 32/2015 vom 6.8.2015. <http://www.zeit.de/2015/32/tierschutz-schweine-zucht-sachsen-anhalt> (2015-11-03)

Zinke, Olaf (2015): Prämien für Ökomilch auf Rekordstand. In: Agrarmanager vom 25.09.2015. <http://www.agrarheute.com/agrarmanager/news/praeemien-fuer-oekomilch-rekordstand> (2016-01-17)

Greifswalder Geographische Arbeiten

- Band 42 R. ZÖLITZ-MÖLLER (Hrsg.): 3. Greifswalder Baurechtstage. Praxiserfahrungen mit dem neuen BauGB – umweltrechtliche Belange : Beiträge zur BauGB-Tagung ; veranstaltet durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald und die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, 23. - 25. März 2006 in Greifswald, 2006, 110 S.
- Band 43 T. VETTER: Hochwasserbegleitende Sohldynamik eines großen Flachlandflusses (Vereinigte Mulde, Sachsen-Anhalt) unter besonderer Berücksichtigung von gestörten Transportverhältnissen, 2008, 162 S.
- Band 44 P. HAUCK: Die Geschichte der Geographie an der Universität Greifswald von der Gründung der Hochschule 1456 bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 in Beziehung zur Entwicklung der Geographie im deutschsprachigen Raum, 2009, 283 S.
- Band 45 SOLBRIG, F.; BUER, C.; STOLL-KLEEMANN, S.: Landschaftswahrnehmung, regionale Identität und Einschätzung des Managements im Biosphärenreservat Mittelbe. Ergebnisse einer quantitativen Bevölkerungsbefragung, 2013, 58 S.
- Band 46 SOLBRIG, F.; BUER, C.; STOLL-KLEEMANN, S.: Landschaftswahrnehmung, regionale Identität und Einschätzung des Managements im Biosphärenreservat Schaalsee. Ergebnisse einer quantitativen Bevölkerungsbefragung, 2013, 61. S
- Band 47 STOLL-KLEEMANN, S.; SOLBRIG, F.; BUER, C.: Landschaftswahrnehmung, regionale Identität und Einschätzung des Managements im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Ergebnisse einer quantitativen Bevölkerungsbefragung, 2013, 54 S.
- Band 48 SOLBRIG, F.; BUER, C.; STOLL-KLEEMANN, S.: Landschaftswahrnehmung, regionale Identität und Einschätzung des Managements im Biosphärenreservat Südost-Rügen. Ergebnisse einer quantitativen Bevölkerungsbefragung, 2013, 61 S.
- Band 49 SCHÜLER, A; BÜLOW, C.; ZORNOW, A.: (Infra-)Strukturelle Differenzen und deren Ursachen in peripheren Räumen – Aktuelle Beiträge des Lehrstuhls für Regionale Geographie, 2014, 118 S.
- Band 50 STOLL-KLEEMANN, S. (Hrsg.): Wahrnehmung und Akzeptanz des bundesländerübergreifenden Naturparks Barnim, 2015, 161 S
- Band 51 STOLL-KLEEMANN, S. (Hrsg.): Local Perceptions and Preferences for Landscape and Land Use in the Fischland-Darß-Zingst Region, German Baltic Sea, 2015. 67 S.
- Band 52 ALBRECHT, W.; HAUCK, P. (Hrsg.): Die Geographie an der Universität Greifswald nach dem II. Weltkrieg: Von der 3. Hochschulreform der DDR 1968/69 bis ins Nachwendejahrzehnt – Zeitzeugen erinnern sich –, 2016. 238 S.
- Band 53 KLÜTER, H.: Die Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommerns im Vergleich mit anderen Bundesländern, 2016. 442 S.